Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

Deutsche Politik

Jahrgang 1919 • I

Digitized by Google

BERKELEY
LIBRARY
UNIVERSITY OF
CALIFORNIA

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kulturpolitik

◆

Herausgeber:
Ernst Jäckh, Paul Rohrbach, Philipp Stein

Schriftleitung:
Theodor Heuß, Axel Schmidt

◆

Vierter Jahrgang

Januar/Juni 1919

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart-Berlin

Digitized by Google

Inhalts-Verzeichnis

I. Hauptartikel

	Seite
Anschütz, Gerhard, Bundesrat oder Staatenhaus	111
Bencke, Albert, Indien während des Krieges	523
Bergsträsser, Hochschulen und politische Bildung	86
Bernath, M., Die Herkunft des Bolschewismus	281
Biensfeldt, Johannes, Zur Beamtenreform	664
Bonn, M. J., Der Kampf um den Völkerbund	423
Braatz, Carl, Die Nöte der Revolutionsregierung	238
Brandes, Georg, Die heilige Allianz	451, 483
Brandt, Livlands und Rigas Untergang	63
Brinkmann, Carl, Das Ergebnis der englischen Wahlen	54
Buetz, O., England in Turkestan	19
Burckhardt, O. H., Brief an die „Deutsche Politik"	639
Deißmann, D. Adolf, „Briefe aus Deutschland" (1916)	666
— Herolde des Wiederaufbaus in Amerika	468
Dresdner, Albert, Eine nordische Stimme über den Völkerbund	360
Dyes, Wilh. A., Wirtschaftliche Aufklärung oder Bankrott	275
Eulenburg, Franz, Von Staatsregie, Sozialisierung und anderem	340, 380
Fabricius, W., Die geschichtlichen Beziehungen des Saargebiets und Lothringens zu Frankreich	206
Fabrizius, Viktor, Der nationale Kampf um Schleswig	683
Foehr, Eugen, Der Glaube an die Macht	42
— Die Prinzipien des Siegers	552
Franz, G., Rußlands Vorbereitungen für den großen Krieg	780
Glaserfeld, Bruno, Die ärztliche Versorgung des zukünftigen deutschen Heeres	758
Goetz, Walter, Der Leipziger Generalstreik	402
Hahn, K., Zur Frage des Gymnasiums	251
Hassell, Revolution und Verwaltungsreform	372
Hempel-Chuchul, Forderungen der Auslandsdeutschen	572
Hennig, Richard, Der Kampf ums Selbstbestimmungsrecht im englischen Weltreich	595
Herre, Paul, Spanien und der Ausgang des Weltkrieges	217
Heuß, Theodor, Bayern und das Reich	464
— Bürgerkrieg	327
— Die Wahl zur Nationalversammlung	131
— Die Wahlen in Deutschösterreich	264
— Rätekongreß	521
— Versailles	611

Digitized by Google

D1
D45
v.11.1-26

Seite

Henwang, E., Zur elsässischen Frage 442
Hohenlohe-Langenburg, Prinz Max und die Abdankung des Kaisers . 560
Hoffmann, Georg, Die Reichsverfassung der Paulskirche 13
Hohmann, Georg, Die Reinigung Bayerns 694
Hüpeden, Th., Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Heeres 472
Jagow, G. v., Die deutsche Kriegserklärung gegen Rußland 1914 743
Janssson, Wilhelm, Das Rätenroblem und die Gewerkschaften 437
Jastrow, J., Die „Sozialisierung der Betriebe" 118
Koch, Georg, Die deutsche Volkshochschule und die Wirklichkeiten des Lebens . 22
Kolbe, Franz, Die Entente und die deutschen Kolonien 202
— Was hat England im Interesse der Eingeborenen getan? 364
— Wilson und die deutschen Kolonien 267
Kötschke, H., Die Schuld des Pazifismus 94
Kuczynski, R., Die Ursachen unserer Finanznot 720, 750
Landmann, L., Die Großstadtfinanzen und der Krieg 696
Laurila, K. S., Die Rückwirkung der deutschen Umwälzungen auf Finnland . 181
Lindenau, Heinrich, Die öffentliche Unsicherheit in Deutschland 538
Linter, Die kleine Aktie 286
— Die Versklavung Deutschlands 414
— Die wirtschaftlichen Forderungen unserer Gegner 668
— Neue Sozialisierungsformen 475
— Staatsbankerotte 541
— Vom Kriegsanleihemarkt 158
— Währungsfragen im ehemaligen Habsburger Reich 350
Marx, Erich, Der gefährdete Anschluß Deutschösterreichs 188
Massow, W. v., Die neueste Entwicklung der polnischen Frage 71
— Zur Lage in Polen 632
Meinecke, Friedrich, Bemerkungen zum Entwurf der Reichsverfassung . 135, 176
Meleschka, Joh. v., Die weißruthenische Frage 496
Michael, Rudolf, Das Problem „Groß-Hamburg" 376
Moos, Ferdinand, Die Absichten Frankreichs 527
Moritzen, J., Die Krisis aller Krisen 601
— Innere Politik als weltpolitische Waffe 48
Müller-Loebnitz, Die Wehrfrage 305
Münsterberg, Oscar, Bildungsreform 584
Peycke, R., Südafrika 728
Rade, Martin, Drei Monate Preußische Landesversammlung 795
Riegner, Heinrich, Zur sozialen Demokratie 313
Rieß, Ernst, Betrachtungen zum Entwurf des Gesetzes über eine Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs 316
Rohrbach, Paul, Alliierte und assoziierte Politik 355
— Der deutsche Gedanke der Zukunft 579
— Der Friede der Revolution 643
— Der Prozeß Deutschlands 483
— Der Untergang des Abendlandes 227
— Der Weg zum Weltfrieden? 515
— Die deutschen Friedensgrundlagen 707
— Die Friedenskrisis 387
— Die Schuldfrage 195
— Die Wiedergeburt Deutschlands 141
— Eine Aufgabe unserer auswärtigen Leitung 99
— Eine politische Alternative 771
— Fragen an die Verantwortlichen 614
— Polengefahr und Ostpolitik 419
— Regierung, Parteien und Wahl 35
— Russische Politik in Deutschland 323
— Trennung von Kirche und Staat 4

Digitized by Google

	Seite
Rohrbach, Paul, Verantwortung und Friedensschluß	739
— Vingt millions de trop!	675
— Völkerbund und Rechtsfriede	259
— Wer treibt satanische Politik	291
Roloff, G., 1807 und 1919	566
Röttinger, Karl, Zur Frage der Kriegsschuldentilgung	89
Rühlmann, Paul, Der Völkerbund als pädagogisches Problem	531
— Zur französischen Trennungsgesetzgebung	76
Saenger, Alwin, Bayern	409
Salz, Arthur, Der Volksstaat und die auswärtige Politik	392
— Verfall	715
Seber, Max, Der alte und der neue Pazifismus	244
— Die Zukunft des Internationalismus	82
Secker, Fritz, Wünsche der Chinadeutschen	701
Sering, M., Die Ziele des ländlichen Siedlungswerkes	146
Sieger, Robert, Deutschösterreich vor den Wahlen	211
Sosnosky, Theodor, Die Größenwahnpolitik der Südslaven	334
Schiemann, Paul, Die Revolution der Geistigen	184
Schmidt, Axel, 1806 — 1848 — 1918	67
— Brest-Litowsk und Versailles	683
— Kontinentalpolitik	557
— Korrektheit	792
Schrameier, W., Der ferne Osten auf der Friedenskonferenz	659
Schremmer, Wilhelm, Die tschechische Gefahr	400
Schulze-Gaevernitz, G. v., Wie es kam — Oktober 1918	233
— Wie es kam — November 1918	329
Schwering, Leo, Kontinentalpolitik	746
Stackelberg, Eduard v., Nichtterritoriale Staaten	59
Stens, Hermann, Das Vorbild der russischen Räterepublik	590
Thimme, Friedrich, Bürgerschaft und Arbeiterschaft	8
— Das erste Memoiren-Trio	688
— Das preußische Kabinett	432
— Um Preußens Schicksal	170
— Weimarer Kultusdebatten	502
— Weltbürgertum und Nationalstaat	106
Treuherz, Walter, Die soziale Revolution in England	426
Triepel, Heinrich, Die Auslieferung des Kaisers	299
Ullmann, Hermann, Der tschechoslovakische Staat und das Angebot v. St. Germain	775
— Deutschböhmen und der tschechische Staat	458
— Ein Reichsamt für das Auslandsdeutschtum	15
Webberg, Hans, Der Völkerbundsentwurf der deutschen Regierung	547
Weißler, F., Brief an die „Deutsche Politik"	255
Wentzcke, Paul, An der Wiege der Rheinischen Republik	712
— Einem neuen Rheinbund entgegen?	154
Wolzendorff, Kurt, Der Völkerbundsgedanke und die deutsche Staats- und Rechtsidee	163
Zache, Hans, Lettow zur Heimkehr	311
Zastrow, v., Englische Eingeborenenbehandlung in Deutsch-Südwest-Afrika	784
Zimmermann, Waldemar, Das Lohnproblem in der Revolutionswirtschaft	506
* * Bismarcks auslandspolitisches Erbe	562
* * * Die wirkliche Ursache des Weltkrieges	649
* * * Parteidarstellung und Geschichte	249
* * * Zwei Kaiserbriefe zum Potsdamer „Kronrat"	621

Digitized by Google

II. Sachregister

Seite

Auswärtige Politik . . . 705
Bismarcks auslandspolitisches Erbe (* * *) 562
Brockdorff-Rantzau . 1, 34, 225, 321
Der alte Schlendrian (Bergstraesser) 821
Der Volksstaat und die auswärtige Politik (Salz) 392
Die wirkliche Ursache des Weltkrieges (* * *) 649
Eine Aufgabe unserer auswärtigen Leitung (Rohrbach) 99
Fragen an die Verantwortlichen (Rohrbach) 614
Zwei Kaiserbriefe zum Potsdamer „Kronrat" (* * *) 621
1806 — 1848 — 1918 (Axel Schmidt) 67
1807 und 1919 (Roloff) . . . 566
Baltische Provinzen 65, 66, 513, 610
Baltenhilfe 319
Lettland 3
Livlands und Rigas Untergang . 63
Nichterritoriale Volksstaaten (Stackelberg) 59
Bayern 257, 290, 482, 641
Bayern (Saenger) 409
Bayern und das Reich (Heuß) . 464
Die Reinigung Bayerns (Hohmann) 694
Kurt Eisner . . . 130, 162, 257, 290
Räteregierung in München . 514, 578
Verfall (Salz) 715
Blockadewirkung
„Briefe aus Deutschland" (1916) (Deißmann) 666
Vingt millions de trop! (Rohrbach) 675
Wer treibt satanische Politik? (Rohrbach) 291
Bolschewismus 130
Der Weg zum Weltfrieden (Rohrbach) 521
Die Herkunft des Bolschewismus (Bernath) 281
Russische Politik in Deutschland (Rohrbach) 323
Deutsch-Böhmen
Deutsche Irredenta in Nordböhmen 3
Deutschland
Danzig 449
Einem neuen Rheinbund entgegen? (Wentzcke) 154
Verfall (Salz) 4
Weltbürgertum und Nationalstaat (Thimme) 106
Geschichtliche Parallelen
1806 — 1848 — 1918 (Axel Schmidt) 67
1807 und 1919 (Roloff) 566

Seite

Der alte und der neue Pazifismus (Seber) 244
Deutsch-Österreich 225, 610, 705
Der gefährdete Anschluß Deutschösterreichs (Marx) 188
Deutschösterreich vor den Wahlen (Sieger) 211
Die Wahlen in Deutsch-Österreich (Heuß) 264
Elsaß-Lothringen 225
Die elsaß-lothringischen Parteien und die Autonomiefrage (Koenig) 817
Zur elsässischen Frage (Heywang) 442
England 738
Das Ergebnis der englischen Wahlen (Brinkmann) 54
Der Kampf ums Selbstbestimmungsrecht im englischen Weltreich (Hennig) 585
Die soziale Revolution in England (Treuherz) 428
Die Wahlen in England . . . 127, 418
England in Turkestan (Buetz) . 19
Indien während des Krieges (Bencke) 528
Irland 162
Südafrika (Peycke) 728
Was hat England im Interesse der Eingeborenen getan? (Kolbe) . 365
Finnland
Die Rückwirkung der deutschen Umwälzungen auf Finnland . 181
Frankreich 737
Der französische Vernichtungswille 417
Die Absichten Frankreichs (Moos) 527
Zur französischen Trennungsgesetzgebung (Rühlmann) 76
Innere Politik
Die Auslieferung des Kaisers (Triepel) 299
Die Wiedergeburt Deutschlands (Rohrbach) 141
Innere Politik als weltpolitische Waffe (Moritzen) 48
Kabinett Bauer 801
Korrektheit (Axel Schmidt) . . 792
Prinz Max und die Abdankung des Kaisers (Hohenlohe-Langenburg) 560
Revolution u. Verwaltungsreform (v. Hassell) 372
Zur Beamtenreform (Biensfeldt) . 604
Internationale 162
Die Zukunft des Internationalismus (Seber) 82

Digitized by Google

Seite

Italien 34, 354, 546, 802
„Annessione, Annessione" (Müller) 626
Fiume — im Brennpunkte der Ententepolitik 478
Triest (K. B.) 190
Kolonialpolitik
Die Entente und die deutschen Kolonien (Kolbe) 202
Englische Eingeborenenbehandlung in Deutsch-Südwest-Afrika (Zastrow) 784
Lettow zur Heimkehr (Zache) . . 311
Südafrika (Peycke) 728
Was hat England im Interesse der Eingeborenen getan? (Kolbe) . 364
Wilson und die deutschen Kolonien (Kolbe) 267
Kontinentalpolitik
Kontinentalpolitik (Axel Schmidt) 557
Kontinentalpolitik (Schwering) . 746
Kulturpolitik
Bildungsreform (Münsterberg) . 584
Der deutsche Gedanke der Zukunft (Rohrbach) 579
Der Untergang des Abendlandes (Rohrbach) 227
Die deutsche Volkshochschule und die Wirklichkeiten des Lebens (Koch) 22
Die Krisis aller Krisen (Moritzen) 601
Die Revolution der Geistigen (Schiemann) 184
Hochschulen und politische Bildung (Bergsträsser) 86
Politische Erziehung (v. Berg) . 575
Trennung von Kirche und Staat (Rohrbach) 4
Weimarer Kultusdebatten (Thimme) 502
Zur Frage des Gymnasiums (Hahn) 251
Zur französischen Trennungsgesetzgebung (Rühlmann) 76
Nationalversammlung 129, 193, 225, 226, 289
Die Wahl zur Nationalversammlung (Heuß) 131
Die Wiedergeburt Deutschlands (Rohrbach) 141
Regierung, Parteien und Wahl (Rohrbach) 41
Weimarer Kultusdebatten (Thimme) 502
Gemeindewahlordnung für Preußen 161
Nationalwahlen 1, 99
Orient 673
Ostasien
Der ferne Osten auf der Friedenskonferenz (Schramcier) . . . 659
Japan 578
Partikularistische Bestrebungen 737

Seite

An der Wiege der rheinischen Republik (Wentzcke) 712
Das Problem „Groß-Hamburg" (Michael) 376
Die geschichtlichen Beziehungen des Saargebiets und Lothringens zu Frankreich (Fabricius) . . 206
Rheinlande 418, 449, 737
Pazifismus 802
Der alte und der neue Pazifismus (Seber) 244
Die Schuld des Pazifismus (Kötschke) 94
Polen 194, 290, 354, 386, 577, 642, 674
Bündnis der Polen mit den Bolschewisten 839
Die neueste Entwicklung der polnischen Frage (v. Massow) . . 71
Polengefahr u. Ostpolitik (Rohrbach) 419
Zur Lage in Polen (v. Massow) . 632
Rätewesen
Das Räteproblem, und die Gewerkschaften (Jansson) . . . 437
Das Vorbild der russischen Räterepublik (Stens) 590
Ein Weg zum sozialen Frieden (Wingen) 29
Rätekongreß (Heuß) 521
Soldatenräte 193
Revolution, deutsche . . . 151
Emil Barth 769
Brief an die „Deutsche Politik" (Weißler) 255
Brief an die „Deutsche Politik" (Burckhardt) 639
Bürgerkrieg (Heuß) 327
Bürgerschaft und Arbeiterschaft (Thimme) 8
Der Leipziger Generalstreik (Goetz) 402
Die Nöte der Revolutionsregierung (Braatz) 288
Die Revolution der Geistigen (Schiemann) 184
Innere Politik als weltpolitische Waffe (Moritzen) 48
Liebknecht 642, 706
Nationalfeiertag 482
Radek 33
Regierung, Parteien und Wahl (Rohrbach) 35
Revolution und Verwaltungsreform (v. Hassell) 372
Revolutionsregierung . . 1, 2, 33, 65
Spartakusbund . . 2, 33, 34, 97, 98
Streikbewegung . . 193, 258, 290, 450
Unabhängige Sozialdemokratie 2, 34, 610
Verfall (Salz) 715
Was brachte uns die Revolution, was muß sie uns noch bringen? 125

Digitized by Google

Seite

Schleswigsche Frage . . . 417
Der nationale Kampf um Schleswig (Fabrizius) 683
Schuldfrage 258, 354, 706
Bethmann Hollwegs „Betrachtungen zum Weltkriege" (Thimme) 811
Das erste Memoiren-Trio (Thimme) 688
Der Glaube an die Macht (Foehr) 42
Der Prozeß Deutschlands (Rohrbach) 483
Die deutsche Kriegserklärung gegen Rußland 1914 (v. Jagow) 743
Die Schuldfrage (Rohrbach) . . . 195
Die wirkliche Ursache des Weltkrieges (* * *) 649
Fragen an die Verantwortlichen (Rohrbach) 614
Parteidarstellung und Geschichte (* * *) 249
Rußlands Vorbereitungen für den großen Krieg (Frantz) 780
Verantwortung und Friedensschluß (Rohrbach) 739
Wer treibt satanische Politik? (Rohrbach) 291
Wie es kam — Oktober 1918? (v. Schulze-Gaevernitz) . . . 233
Wie es kam — November 1918? (v. Schulze-Gaevernitz) 329
Schweiz
Der schweizer Weg zum Weltmarkt (Busch) 224
Sowjetrußland 194, 450, 674, 738
Die weißruthenische Frage (v. Meleschka) 496
Russische Politik in Deutschland (Rohrbach) 323
Spanien
Spanien und der Ausgang des Weltkrieges (Herre) 217
Südslavien
Die Größenwahnpolitik der Südslaven (Sosnosky) 334
Tschechischer Staat . . 737, 770
Der tschechoslovakische Staat und das Angebot von St. Germain (Ullmann) 775
Deutschböhmen und der tschechische Staat (Ullmann) 458
Die „Nationalisierung der Industrie" 767
Die tschechische Gefahr (Schremmer) 400
Ukraine 31, 226, 322, 323, 354, 546, 610, 642
Die deutschen Truppen in der Ukraine 96
Ungarn 578
Vereinigte Staaten . . . 22
Herolde des Wiederaufbaus in Amerika (Deißmann) 468
Roosevelt 66

Seite

Wilson 66, 257, 267, 356, 386, 770
Wirtschaftsimperialismus der Vereinigten Staaten (Treuherz) . 824
Verfassungsfragen 290, 353, 705
Bemerkungen zum Entwurf der Reichsverfassung (Meinecke) 135, 176
Bundesrat oder Staatenhaus (Anschütz) 111
Das preußische Kabinett (Thimme) 432
Die ärztliche Versorgung des zukünftigen deutschen Heeres (Glaserfeld) 758
Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Heeres (Hüpeden) . . . 472
Die Wehrfrage (Müller-Loebnitz) 305
Drei Monate Preußische Landesversammlung (Rade) 795
Reichsverfassung der Paulskirche (Hoffmann) 13
Um Preußens Schicksal (Thimme) 170
Zur sozialen Demokratie (Riegner) 313
Völkerbundsfragen . . . 257
Der Kampf um den Völkerbund (Bonn) 423
Der Völkerbundsentwurf der deutschen Regierung (Wehberg) . . 547
Der Völkerbund als pädagogisches Problem (Rühlmann) 531
Der Völkerbundsgedanke und die deutsche Staats- und Rechtsidee (Wolzendorff) 163
Die heilige Allianz (Brandes) 451, 490
Eine nordische Stimme über den Völkerbund (Dresdner) . . . 360
Völkerbund u. Rechtsfriede (Rohrbach) 259
Waffenstillstands- und Friedensfragen 98, 129, 193, 322, 386, 481, 514 (Saargebiet), 545 (Adria), 546, 609, 641, 770, 802
Alliierte und assoziierte Politik (Rohrbach) 355
Belogen — betrogen — entehrt (Rohrbach) 803
Brest-Litowsk und Versailles (Axel Schmidt) 680
Das Femgericht (* * *) 809
Der Friede der Revolution (Rohrbach) 643
Die deutschen Friedensgrundlagen (Rohrbach) 711
Die Friedenskrisis (Rohrbach) . 387
Die Prinzipien des Siegers (Foehr) 552
Die Reichseinheit in Gefahr? (Heuß) 807
Eine politische Alternative (Rohrbach) 771
Erzberger 98
Versailles (Heuß) 611

Digitized by Google

	Seite
Vingt millions de trop! (Rohrbach)	675
Weltpolitik	
Forderungen d. Auslandsdeutschen (Hempel-Chuchul)	572
Nichtterritoriale Volksstaaten (Stackelberg)	59
Reichsamt für das Auslandsdeutschtum (Ullmann)	15
Rückwandererhilfe 767,	768
Weltbürgertum und Nationalstaat (Thimme)	110
Wünsche der Chinadeutschen (Secker)	701
Wirtschafts- und Sozialpolitik	
Betrachtungen zum Entwurf des Gesetzes über eine Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs (Rieß)	316
Das Lohnproblem in der Revolutionswirtschaft (Zimmermann)	506
Die Großstadtfinanzen und der Krieg (Landmann)	696
Die kleine Aktie (Linker)	286
Die Sozialisierung der Betriebe (Jastrow)	118
Die Ursachen unserer Finanznot (Kuczynski)	720
Die Versklavung Deutschlands	414
Die wirtschaftlichen Forderungen unserer Gegner (Linker)	668
Die Ziele des ländlichen Siedlungswerkes (Sering)	146
Ein Weg zur Neuordnung unserer Finanzen (Kuczynski)	750
Neue Sozialisierungsformen (Linker)	475
Öffentliche Unsicherheit in Deutschland (Lindenau)	538
Sozialisierung 353,	578
Staatsbankerotte (Linker)	541
Vom Kriegsanleihemarkt (Linker)	158
Von Staatsregie, Sozialisierung und anderem (Eulenburg) . . 340,	380
Währungsfragen im ehemaligen Habsburger Reich (Linker)	350
Wirtschaftliche Aufklärung oder Bankrott (Dyes)	275
Zur Frage der Kriegsschuldentilgung (Röttinger)	89

III. Neuerscheinungen

	Seite
Bolschewismus	480
Das Zeitalter des Imperialismus (Heinrich Friedjung)	128
Die „Warschauer Tafeln"	607
Finnland	448
Grundlagen des Völkerrechts (Kohler)	640
Reichsverfassung	320
Von Feinden und Freunden	81

Digitized by Google

4. Jahrgang * 3. Januar 1919 * Heft 1

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

27. Dezember.

Graf Brockdorff-Rantzau, dessen Kandidatur bisher die alldeutsche Meute stets zur Strecke brachte, weil er ihr zu pazifistisch gesinnt war, ist jetzt an Stelle Solfs zum Staatssekretär des Äußeren ernannt worden. Damit ist ihm das unendlich schwere Erbe zugefallen, den unglücklichen Krieg zu liquidieren. Vorbedingung für eine solche Arbeit aber ist, daß die gesamte Regierung endlich ihren Zickzack-Kurs aufgibt und klare Ziele erfaßt. Ohne eine solche feste Grundlage ist es auch der geschicktesten Hand nicht möglich, politische Ziele zu erfassen.

*

Nach Naumann hat das demokratische Bürgertum bei den Nationalwahlen die Aufgabe, die 35 Prozent der sozialdemokratischen Stimmen der letzten Reichstagswahl nicht auf 50 Prozent anschwellen zu lassen. Daß die Sozialdemokratie bei der Ausarbeitung der Verfassung die Rolle der Nationalliberalen vom Jahre 1871 spielen werde, unterläge schon heute keinem Zweifel. Es käme aber sehr darauf an, die bürgerliche Demokratie so stark zu machen, daß sozialistische Experimente verhindert werden könnten. Das wird sie können, wenn es ihr gelingt, den Freiheitsgedanken mit dem Nationalgedanken, den die Regierung Ebert-Haase nicht mit genügender Kraft erfaßt hat, in eine organische Verbindung zu bringen.

*

Am Weihnachtstage ist es zum erstenmal zu einem Kampfe zwischen Truppen der Regierung und der Matrosendivision gekommen, die den Spartakusleuten zuneigt. Der Ausgang ist für die Regierung Ebert-Haase wenig erfreulich. Der „Vorwärts" der noch Tags vorher einen geharnischten Artikel gegen die „Verbrecherherrschaft" veröffentlicht hatte, muß zugeben, daß durch diesen Kompromiß ein „idealer Zustand nicht erreicht sei". Das Blatt hat auch mit

Digitized by Google

der Behauptung nur zu Recht, daß es „nicht zu dem Matrosenaufstande gekommen wäre, wenn die Regierung nicht stets darauf bedacht gewesen wäre, ein Blutvergießen zu vermeiden". Die Spartakusleute besitzen ein Ziel — die Beseitigung der Regierung Ebert-Scheidemann. Der Regierung dagegen mangelt eine aktive Losung. Auf die Dauer ist das ein unhaltbarer Zustand. Jede Truppe wird schließlich den Händen der Führer entgleiten, wenn ihr Angriffswille mit Vorbehalten umstellt wird.

*

Am wenig erfreulichen Ausgang des Kampfes, der zu einer Regierungskrisis geführt hat, sind die Mehrheitssozialisten selbst schuld. Ihrer Unentschlossenheit ist es zu danken, daß sich die Truppen, die sich wie ein Mann hinter sie gestellt hatten, durch vierzehntägige spartakistische Bearbeitung irregeführt, nicht mehr als absolut zuverlässige Waffe erwiesen haben. Die Folgen können sehr schlimm sein. Wir sind jetzt im Begriffe, den Militarismus der Straße kennen zu lernen. Hemmte früher Ludendorff jede politische Aktion, so jetzt Liebknecht. Der leidtragende Teil ist beidemal die Zivilregierung, mag sie Bethmann Hollweg oder Ebert heißen.

*

Daß die Spartakusleute trotz des Friedensschlusses am Weihnachtstage nicht Ruhe halten wollen, beweist die „Eroberung des Vorwärts". Schon lange war den Radikalen die mutige und geschickte Leitung des Parteiblattes der Mehrheitssozialisten ein Dorn im Auge. Unfähig, ihrer „Roten Fahne" eine Bedeutung zu geben, zogen sie es vor, den „Vorwärts" zu expropriieren, um dadurch Verwirrung in die Reihen der sozialistischen Mehrheit zu tragen. Es hat wieder nur Verhandlungen mit Spartakus gegeben, die den Frieden nicht wollen. Jetzt rufen Ebert und Scheidemann zwar nach „Macht", aber ihre bisherige Taktik hat nur die Gegenseite gestärkt.

*

In der „Unabhängigen Sozialdemokratie" sucht man nach den russischen Millionen des Herrn Joffe. „Ich weiß von nichts — mein Name ist Haase", sagt der eine Volksbeauftragte; der andere, Barth, stottert einiges Ungenaue zum Ruhm seiner revolutionären Verdienste, aber das Geld hat er irgendwo bekommen. Eine Revolution, zur finanziellen Peinlichkeit, wie wir jetzt reichlich erfuhren, nicht verpflichtet, nimmt das Geld, wo es sich anbietet. Non olet — die Russen haben's ja wohl auch so gemacht. Herr Oskar Cohn, der ja der Zwischenträger in den dunkeln Geldschiebungen war, ist inzwischen zu einem Hüter des deutschen Rechtsgedankens geworden, Unterstaatssekretär im Reichsjustizamt. Joffe ist böse, weil man ihn in Berlin nicht haben will, und droht, seine Freunde,

Digitized by Google

weil sie den bolschewistischen Ansprüchen nicht mehr genügen, in Enthüllungen auffliegen zu lassen. Liebknecht ist doch zuverlässiger. Und die Unabhängigen laufen aufgestört hin und her, wo sie ein wenig Schutz und Abhängigkeit finden können.

*

Die „Deutsche Tageszeitung" ist eine Hüterin deutscher Gemütswerte. Ihre illustrierte Weihnachtsbeilage zeigt es. Im schmalen Band spannt sich der Sternenhimmel, freundlich heitere Engelköpflein schweben im Rund, die bekränzten Glocken hallen, Kerzen flackern von Tannenzweigen — nun, man kennt ja das Gefühlsleben unserer Ornamentzeichner. So begrüßt die „Deutsche Tageszeitung" ihre Leser zum Fest, in die Mitte des schmückenden Weihnachtsrahmens aber setzt sie das Faksimile der Abdankungsurkunde von Kaiser Wilhelm II! Weihnachtsgruß für Tausende deutscher Bauern — freue, freue dich, o Christenheit! Wenn die „Bilder zur Zeitgeschichte" nicht vor uns liegen würden, könnten wir diese Mischung von Roheit und Taktlosigkeit selbst diesem Blatt, das für Leute mit festen Nerven bestimmt ist, nicht zutrauen.

*

Präsident Masaryk hat die Unterjochung der zweieinhalb Millionen Deutschen in Nordböhmen unter die dort zerstreut lebenden 120 000 Tschechen verkündet. Schafft hierin die Friedenskonferenz nicht Wandel, so wächst in Nordböhmen eine deutsche Irredenta hoch, gegen die die elsaß-lothringische und die Trentinofrage Geringfügigkeiten sind. Wird diese Sünde gegen den Geist der Wilsonschen 14 Punkte geduldet, so heißt der nächste Krieg: der Nordböhmische. Denn auf die Dauer läßt sich ein 70-Millionen-Volk, mag es auch augenblicklich noch so gedemütigt sein, solch eine nationale Vergewaltigung nicht gefallen.

*

Auf dem lettischen Volkstag in Riga ist es zu einer interessanten Debatte über Lettlands Stellung zu den Großmächten gekommen. Während sich das Ministerium Ullmann für eine Annäherung an die Entente aussprach, beanstandete der Sozialdemokrat Mender im Namen der Linken die ententistische Orientierung der Regierung, da diese eine Verkoppelung mit dem verwerflichen Imperialismus Großbritanniens bedeute. Die Annäherung an die Entente sei auch insofern als kurzsichtig zu bezeichnen, als sie für Lettland die Gefahr heraufbeschwöre, an Rußland zurückzufallen. Auch die Verherrlichung Wilsons sei durchaus unangebracht. Die Sozialdemokratie verwerfe daher diese Orientierung, dagegen sei sie bereit, die Freundeshand dem demokratischen, revolutionären Deutschland zu reichen.

Digitized by Google

Trennung von Kirche und Staat

Von Dr. Paul Rohrbach

Wer sich bei der Frage, wie das Verhältnis von Staat und Kirche zueinander gedacht und gestaltet werden soll, über die gewöhnlichste Oberflächlichkeit zu erheben versucht, der kommt alsbald bis auf das Urproblem der Religion. Alles wahrhaft Religiöse ist geistig und spottet von Natur der Form. Reiner Geist aber ist die Religion nur in ihren Heroen. Nur zu bald geht sie die Mischung mit dem Bedingten, Geschichtlichen ein, und diese Mischung wird immer stärker, je weiter sich die Religion von ihrem Ursprung in den großen Persönlichkeiten entfernt.

Das gilt freilich nur von den höchsten und reifsten Erscheinungen der Religion, die für unsere Kulturgemeinschaft in Betracht kommen, vor allem vom Christentum. Dieses ist seinem Wesen nach nicht eine in irgendwelchen Formen verfaßte Organisation, sondern eine Gemeinschaft der Gesinnung in Hingabe an das persönlich gute, überweltliche Prinzip, das wir Gott nennen. So alt das Christentum ist, so ist es ihm freilich nicht gelungen, seine geschichtliche Erscheinung von mehr oder weniger starken Resten der primitiven Religion zu befreien. Diese nennen wir Naturreligion, und der Wesensunterschied zwischen Naturreligion und geistiger Religion besteht darin, daß die eine heilige oder geweihte Dinge kennt, die andere aber nur eine Heiligkeit, d. h. eine Hingabe an das Göttliche, die der Gesinnung innewohnt.

Das Christentum hat sich in einem fast tausendjährigen Entwicklungsprozeß durch den Prophetismus aus der alten israelitischen Naturreligion emporgearbeitet; aber kaum war die christliche Idee in ihrer Reinheit ans Licht getreten und wurde von den Völkern des alten griechisch-römisch-orientalischen Kulturkreises aufgenommen, so wurden wiederum von allen Seiten naturhafte Religionsvorstellungen aus dem früheren religiösen Erbe dieser Völker an sie herangebracht und in immer größeren Massen mit ihr vermengt. Als das Christentum im 4. Jahrhundert Staatsreligion wurde, da war es nach einem berühmt gewordenen Gleichnis nur noch wie die Farbe, die einem anders gearteten Stoff, der seine fremde Natur innerlich bewahrt hatte, den Anschein gab, als ob er eine Wesensänderung erfahren hätte. In der römischen wie in der griechischen Theologie der späteren Jahrhunderte und noch viel mehr in dem Volksglauben sind die Elemente des antiken philosophischen Denkens und der vorchristlichen Religiosität weit stärker vertreten, als die des Evangeliums Jesu, wenngleich diese Quelle selbst nie ganz verschüttet wurde und jedem, der bis zu ihr vordrang, zu trinken erlaubte. Davon sind im Laufe der Jahrhunderte alle Reaktionen gegen die Wesensveränderung des Christentums durch die fremden Stoffe gekommen.

Digitized by Google

Kein Gedanke ist christentumsfremder als der, daß religiöse, d. h. geistige Wirkungen in irgendwelche Stoffe gebannt werden oder von ihnen ausgehen könnten. Daß ein Ort, eine Kirche, ein Gerät, ein Stück Stoff, Metall oder Knochen, oder daß ein Wort, eine Formel, ein Sakrament, das an eine materielle Unterlage gebunden ist, heilig sein, daß solche Dinge irgendetwas mit der Umwandlung des menschlichen Herzens zur Gottesgemeinschaft zu tun haben könnten, ist eine innerlich sogar ganz antichristliche Vorstellung; sie ist nicht christlich, sondern heidnisch, ein Erbstück aus dem Zeitalter der Naturreligion, wo die Menschen daran gewohnt waren (für primitive Völker ist es heute noch selbstverständlich), in irgendwelchen Naturdingen oder künstlich gestalteten Objekten übernatürliche Kräfte zu suchen und zu verehren. Das hat nichts mit Religion in höherem Sinne zu tun, sondern das ist Magie.

Die katholische und die griechische Kirche sind voll von solch primitiv-religiösem, magischem Vorstellungsmaterial. Auch der Protestantismus ist nicht frei davon. Der ganze Sakramentsbegriff ist nicht christlichen, sondern magischen, d. h. heidnischen Ursprungs. Je stärker aber eine „christliche" Kirchengemeinschaft ihre Bekenner außer mit dem Ideengehalt der ursprünglichen christlichen Verkündigung auch durch den Glauben an magische, im Besitze der Kirche befindliche Gewalten zu beeinflussen vermag, desto stärker ist ihre Herrschaft über die Geister. Die katholische Kirche hat aus dem Erbe des römischen Weltstaates außerdem den machtvollen Gedanken übernommen und bis heute bewahrt, daß die Gesamtheit der Christen zugleich einen monarchisch-hierarchisch verfaßten, zum Gehorsam gegen die geistliche Obrigkeit verpflichteten Organismus bilden müsse. Dieser Gedanke, verbunden mit dem anderen, magischen oder religiös primitiven, daß Heilsgut und Unheil, Seligkeit und Verdammnis, von den magisch geweihten kirchlichen Gewalten verwahrt, gespendet und verhängt werde, ist trotz seiner Herkunft aus der uralten, vom Christentum überwundenen heidnischen Naturreligion noch heute aufs höchste wirksam, wirksam nicht nur auf die Massen, sondern auch auf viele, die im übrigen eine moderne geistige Schulung durchgemacht haben. Zur vollkommenen inneren Freiheit von der bannenden Gewalt des Glaubens an die Magie steigen nur verhältnismäßig wenige Menschen empor, oder, wenn dieser Glaube durch andere elementare Wirkungen zertrümmert wird, dann geschieht es leicht so, daß überhaupt eine Verödung des Seelenlebens eintritt.

Wie stark eine Kirchengemeinschaft dem Staate gegenüber ist, hängt davon ab, wie kräftig ihre Angehörigen die kirchliche Autorität der staatlichen gegenüber empfinden — und das werden sie in der Regel um so entschiedener tun, je stärker sie noch im Glauben an die magischen Kräfte der Kirche in betreff der Austeilung von Heil und Unheil für die Seele stehen. Der populäre Spruch drückt das so aus: Die katholische Kirche vermag eine gültige Anweisung auf die Seligkeit zu geben,

Digitized by Google

der orthodoxe Protestantismus eine gewichtige Empfehlung, der liberale nur einen freundlichen Wunsch auf den Weg. Da nun Kirche und Staat beide das Bedürfnis haben, Autorität über die Massen auszuüben, so liegt es nahe, daß sie ein Bündnis eingehen, dessen Charakter davon abhängt, welcher Teil als der stärkere imstande ist, sich des anderen mit zu bedienen, um seine prinzipiellen Ziele zu verfolgen. Auf der Höhe des Mittelalters war die Kirche drauf und dran, den Staat zu verschlingen; in neuerer Zeit hatte der Staat, wenigstens der protestantischen Kirche gegenüber, eine ähnliche Übermacht gewonnen. Die Gründe erklären sich leicht aus dem, was eben über den Charakter der kirchlichen Autorität gesagt wurde. Als Kirche wie als Lehrgebäude ist eben der geschichtliche Protestantismus nichts anderes als ein Katholizismus, der der Magie zwar noch nicht ganz, aber doch soweit entleert ist, daß er einen selbständig zwingenden Einfluß auf die Massen nicht mehr auszuüben vermag, seit neue geistige Kräfte auf diese wirken.

Aus dem alten Verhältnis zum Staat, das im Laufe der Zeit sich äußerlich und innerlich nach verschiedenen Richtungen hin verändert, aber im ganzen doch ohne Bruch weiterentwickelt hatte, sind der katholischen Kirche wie den protestantischen Kirchengemeinschaften starke äußere Vorteile erhalten geblieben. Diese sind einerseits materieller Natur. Der Staat, der den einst großen weltlichen Besitz der Kirche bei der Säkularisierung der Kirchengüter einzog, gewährte teils deshalb, teils weil er sich erfahrungsgemäß eine Erziehung der Massen zum Autoritätsgefühl von den Kirchen versprechen konnte, diesen einen großen Teil ihrer materiellen Bedürfnisse und schützte sie in ihrem Ansehen. Die wertvollste Leistung des Staates aber erblickten die Kirchen darin, daß er, womöglich mit zwingender Verpflichtung, mindestens aber durch sein praktisches Verhalten, dem Volk ein gewisses Mindestmaß von Kirchenglauben oder kirchlicher Betätigung auferlegte. Man braucht nur an den obligatorischen Religionsunterricht in der Schule, an die geistliche Schulaufsicht, und an die durchgehende Begünstigung der kirchlichen Korrektheit von der Regierungsseite her zu erinnern.

Allerdings tat das der Staat, der selber noch ein Erbe und Nachfolger, sei es auch ein entfernter, des alten, kirchlich sehr stark beeinflußten Ständestaates und Obrigkeitsstaates vergangener Jahrhunderte war. Im modernen Staat ist ein anderes, von Natur antikirchliches Prinzip mächtig geworden: das der Aufklärung, in deren Namen die französische Revolution die Vereinigung der kirchlich-religiösen mit der staatlichen Idee und die ganze Begründung der Herrschergewalt auf den Glauben in der Gestalt des Gottesgnadentums, zerbrach. Weil die konservativen Gewalten, Staat und Kirche, vereint den Glauben zu Hilfe riefen, um die Massen zu beherrschen, setzte ihnen die Revolution, heute wie damals, die Aufklärung entgegen. Diese ist von der wahren geistigen Religion ungefähr ebenso verschieden und enthält ebensowenig geistige Schöpferkraft in sich, wie die Magie.

Digitized by Google

Die Aufklärung ist seicht, die Magie ist trübe; die wahre Religion verderben sie alle beide.

Welche Antwort sollen also nun die Kirchen auf die Frage ihrer Trennung vom Staat finden? Darauf ist zu sagen: Die Kirchen mögen eine Antwort finden, wie sie wollen und können; im Namen der Religion aber gibt es nur eine Antwort, nämlich den Kampf des religiösen Prinzips gleichmäßig gegen die Aufklärung und gegen die Magie. Wenn die Revolutionäre von heute der Kirche ihre bisherige Verbindung mit dem Staat und damit die Vorteile kündigen wollen, die sie aus ihr genossen hat, so kann das nur dazu beitragen, daß innerhalb der Kirchen der Kampf zwischen wahrer Religion und Magie schärfer entbrennt. Die Kirche wird die Massen verlieren und wird sehen, wie arm und klein sie zunächst dasteht, wenn sie auf sich allein gestellt ist. Bei den protestantischen Kirchen wird das ohne weiteres der Fall sein, da diese bei ihrer verhältnismäßigen Armut an Magie (allerdings auch an religiöser Kraft) den Massen wenig zu bieten haben. Merkwürdigerweise scheint sich aber auch die katholische Kirche wenig aus eigenen Kräften zuzutrauen und starke Verluste zu befürchten, falls alle Einflüsse der öffentlichen Gewalt im Sinne kirchlicher Betätigung fortfallen.

Wer sich nicht selbst täuschen will, der muß gestehen, daß die Kirchen, und am meisten die protestantischen, in ihrer jetzigen Gestalt nur noch geringe, wahrhaft religiöse lebendige Kräfte besitzen. Das Christentum in seiner kirchlichen Gestalt wird immer wirkungsloser. Eine religiöse Erneuerung erscheint fast nur noch denkbar, wenn zuvor die Kirchen zerbrochen werden und Raum geschaffen wird für eine christliche Prophetie, die den Erweis des Geistes und der Kraft in sich trägt. Die Trennung von Staat und Kirche wird die Kirchen — zunächst gilt das alles vornehmlich von den protestantischen — entweder vollends verkümmern lassen, und dann kann man das dürre Holz abhauen und in den Ofen werfen, oder es wird sie mit neuem, von innen quellendem Leben erfüllen. Auch im ersteren Falle aber wird die Religion einen starken Antrieb erhalten, denn es sind im deutschen Volk religiöse Kräfte und ein religiöses Sehnen, das sich seiner selbst bewußt zu werden strebt, am Werk. Wenige mögen davon wissen, aber was zur Kraft gelangen soll, braucht, wenn seine Zeit sonst gekommen ist, nicht immer vorher in der Leute Mund gewesen zu sein. Das Christentum als Religion, das heißt als gesinnungbewegende geistige Kraft, hat nur soweit eine Zukunft, wie es der gegenwärtigen Menschheit Antwort auf Fragen zu bieten vermag, die sie als brennende Lebensfragen empfindet. Wir meinen, gerade unter diesem Gesichtspunkte wird die Trennung von der Staatskrippe und Staatskrücke das beste, vielleicht das einzige Mittel sein, einem religiösen Zeitalter den Weg zu bereiten.

Digitized by Google

Bürgerschaft und Arbeiterschaft

Von Dr. Friedrich Thimme

Während des Krieges war es ziemlich still geworden von dem durch Marx und Engels im kommunistischen Manifest mit solcher Schärfe herausgearbeiteten und seither von der Sozialdemokratie hartnäckig festgehaltenen feindlichen Klassengegensatz zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat, dem besitzenden Bürgertum und der besitzlosen Arbeiterschaft. Allzudeutlich hatte der Krieg der Theorie des Klassenkampfes die Tatsache von der nationalen Solidarität aller Volksklassen, von dem gemeinsamen Interesse der Unternehmer und der Arbeiter gegenübergestellt. Die weitgehende Umschichtung der sozialen Klassen, die der Krieg heraufführte, hatte zudem den Unterschied zwischen den beiden Grundklassen der Bevölkerung, der sich ohnehin in dem sozial führenden Deutschland keineswegs in der von den Vätern des Marxismus prophezeiten Richtung des Abstiegs der arbeitenden Klasse zum Pauperismus vergrößert, vielmehr in der des wirtschaftlichen und politischen Aufstiegs verringert hatte, vielfach verwischt; in der Kriegsindustrie wenigstens waren die Arbeiter vielfach besser daran als die Schichten des kleinen Mittelstandes, des Beamtentums und der Angestellten. Zu einer inneren Annäherung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft an die übrigen Schichten der Bevölkerung trug nicht wenig bei, daß offiziell der Gegensatz zwischen den nationalen und den antinationalen Parteien, der so erbitternd auf die sozialdemokratische Arbeiterschaft gewirkt hat, fallen gelassen wurde. Noch stärker und nachhaltiger würde es gewirkt haben, wenn die verheißenen freiheitlichen Reformen, die die schon 1890 versprochene volle Gleichberechtigung der Arbeiterschaft durchgeführt hätten, rasch und glatt ins Leben getreten wären. Nichts hat der von einsichtiger bürgerlicher und sozialistischer Seite bewußt und systematisch in Angriff genommenen Synthese zwischen den beiden großen Klassen so viel Eintrag getan, hat der schon ganz zurückgetretenen Klassenkampfstimmung so viel neue Nahrung zugeführt, als der Widerstand, den die rechtsstehenden bürgerlichen Parteien den berechtigten, auch von der Monarchie rückhaltlos anerkannten Ansprüchen der Arbeiterschaft besonders in der Frage des preußischen Wahlrechts entgegensetzten. Auch die vielfach gehässige Art, in der die Kriegs- und Friedensziele der sozialdemokratischen Arbeiterschaft — die sich in der Folge als die einzig vernünftigen erwiesen haben — bekämpft wurden, mußte von unseliger Wirkung sein. Durch ihr törichtes Verhalten hat ein Teil der bürgerlichen Parteien den Ast, auf dem sie saßen, selbst absägen helfen.

Bei einem klügeren und weitsichtigeren Verhalten der bürgerlichen Klassen

Digitized by Google

wäre es schwerlich überhaupt zur Revolution, sicherlich nicht zu einem Abschwenken der gesamten sozialdemokratischen Arbeiterschaft zu der von ihrem Gros keineswegs erstrebten und vorbereiteten Revolution gekommen. Man kann es mit voller Bestimmtheit sagen: Bis in das Jahr 1918 hat der größte Teil der deutschen Arbeiterschaft trotz des aufreizenden russischen Vorbildes nicht an einen Umsturz gedacht. Unzählige Male ist während des Krieges die revolutionäre Katastrophentheorie von sozialdemokratischer Seite selbst verspottet und verhöhnt worden. In seinem ausgezeichneten Buche „Marxismus, Krieg und Internationale" (1917) bezeichnet es der heutige österreichische Staatskanzler Karl Renner als eine Wahnvorstellung, die Eroberung der politischen Gewalt durch das Proletariat werde oder könne sich vollziehen durch ein plötzliches Umschlagen des Systems, durch einen politischen Handstreich der Massen oder einen Kopfsturz der Bourgeoisie! Auch ein Führer der unabhängigen Sozialdemokraten, Julian Borchardt, erklärte noch im Juli 1917 denjenigen für einen Tor, der die Hoffnung auf Revolution als Faktor in seine Rechnung einsetze.*) Wir lesen bei Borchardt, er habe seit Monaten die verschiedensten Genossen gefragt und habe keinen einzigen gefunden, der wirklich glaube, daß die deutschen Arbeiter Revolution machen würden; vielmehr seien vom Gegenteil alle überzeugt. Borchardt geht soweit zu sagen: Fänden sich wirklich ein paar Führer, die zur Revolution aufriefen, so würden ihnen die Volksmassen nicht folgen, weil solch ein Geist gar nicht in ihnen lebe. Ja, er glaubt nicht einmal an den Bestand einer etwa wider alles Erwarten dennoch eintretenden Revolution. „Dann würde nach der Revolution," so lautet die interessante Prophezeiung, „der Rausch alsbald verfliegen, und die nicht von eigenem Willen beseelten Volksmassen würden die Beute irgendwelcher Abenteurer werden, wie sie es in der Jahrtausende alten Geschichte der Revolutionen schon so oft gewesen sind."

In der Tat ist es ja auch nicht das von Marx einst als die einzige wirklich revolutionäre Klasse gepriesene Proletariat gewesen, das die Revolution gemacht hat. Vielmehr ist es das Heer und die Marine selbst gewesen, die des langen Krieges müde und durch eine psychologisch vielfach fehlgreifende Behandlung gereizt, zum militärischen Streik und darüber hinaus zum Aufruhr gegriffen haben. Es ist auch keineswegs an dem, daß nur die Arbeitermassen in Uniform sich erhoben hätten; der Revolutionsbazillus hatte vielmehr Matrosen und Soldaten ohne Unterschied ihrer Zugehörigkeit zur Bürger- oder Arbeiterklasse ergriffen. Soldaten und Matrosen sind es auch bis auf den heutigen Tag gewesen, die der Revolution ihre Kraft und Nachhaltigkeit verliehen haben, während die „klassenbewußtesten Proletarier" drauf und dran sind, die Prophezeiung

*) Revolutionshoffnung! Von Julian Borchardt. Berlin-Lichterfelde, Verlag der Lichtstrahlen. Juli 1917.

Digitized by Google

Borchardts zu erfüllen, daß sie die Beute irgend welcher Abenteurer werden würden.

Natürlich hat das Klassenbewußtsein der sozialdemokratischen Arbeiter, obwohl sie es nicht in erster Linie gewesen sind, die der Revolution zum Erfolg verholfen haben, durch den raschen und fast unblutigen Sieg der Revolution eine ungeheure Stärkung erfahren. Man kann es der Sozialdemokratie nicht verdenken, wenn sie in der absoluten Widerstandslosigkeit des Bürgertums, dessen ganze Weisheit in der Befolgung der klassischen Parole „ducken! ducken! ducken!" bestand, einen Beweis für die von Marx so oft betonte innere Misere und Charakterlosigkeit des Bürgertums und für die geistige Superiorität der Arbeiterklasse erblickte, und wenn die sozialistischen Machthaber über die Köpfe der bürgerlichen Parteien hinweg die sozialistische Republik ausriefen. Wäre das Bürgertum wirklich, wie es nur zu sehr den Anschein hat, eine träge, energielose, eines sittlichen Aufschwunges unfähige Masse, so trüge es selbst die Schuld daran, wenn der Ruf nach einer bleibenden Diktatur des ungestüm vorwärtsdrängenden Proletariats immer größere Kraft entfaltete.

Alles kommt jetzt darauf an, ob das Bürgertum, das sich zur Entschuldigung seines Versagens auf die doppelte Überraschung des 4. Oktober und des 9. November berufen mag, sich aus seiner Lethargie zu einem wirklichen Klassenbewußtsein aufzuraffen vermag. Bisher hat es an einem solchen Klassenbewußtsein, das irgend in Konkurrenz mit dem Klassenbewußtsein der Arbeiterschaft treten könnte, so gut wie ganz gefehlt. Nichts charakterisiert diesen Mangel schärfer als die Tatsache, daß sich aus den Reihen des Bürgertums bei den Wahlen unzählige Mitläufer der Sozialdemokratie zur Verfügung gestellt haben, während der umgekehrte Fall, daß ein Sozialdemokrat par dépit sich dem Bürgertum angeschlossen hätte, fast undenkbar erscheint. Es fehlte dem Bürgertum, dem es ein Leichtes hätte sein müssen, die gehobenen Schichten der Arbeiterschaft zu sich heranzuziehen und an sich zu fesseln, an der Werbekraft einer eigenen Ideenwelt, die der ungeheuren Suggestion der sozialistischen Idee Widerstand zu leisten vermochte. Das Bürgertum verließ sich zu sehr auf die Machtmittel des Staates, der in der Tat sein Möglichstes tat, um ein Übergreifen der Sozialdemokratie auf die von ihm abhängigen Massen des Beamtentums und der Staatsarbeiterschaft zu verhindern. Jetzt, wo dem Bürgertum die Krücken des alten Obrigkeitsstaates aus der Hand geschlagen sind, bleibt ihm gar nichts anderes übrig, als sich auf seine eigenen inneren Werte zu besinnen und nachzuweisen, daß es über fruchtbare und schöpferische Ideen verfügt. Es ist ja gar keine Frage, daß sich aus dem Prinzip des Sozialismus an sich entgegengesetzten Prinzip des Individualismus, das sich darum der Befruchtung durch die sozialistische Ideenwelt keineswegs zu entziehen braucht, ein politisches Programm aufbauen ließe, das an Reiz kaum viel hinter dem

Digitized by Google

Sozialismus zurückstände. Nicht umsonst sucht das Dichterwort das größte Glück der Erdenkinder in der freien Entfaltung der Persönlichkeit!

Leider merkt man in den Programmen der neugebildeten bürgerlichen Parteien bisher noch blutwenig von einer spezifisch bürgerlichen Ideenwelt. An Absagen und Kritiken an dem sozialistischen Programm fehlt es nicht, zu einem positiven, aus einem Prinzip abgeleiteten eigenen Programm hat sich noch keine bürgerliche Partei erhoben. Auch von einer Vereinheitlichung des bürgerlichen Parteiwesens, einem Zusammenschluß des ganzen Bürgertums, aus dem ein bürgerliches Klassenbewußtsein Nahrung ziehen könnte, ist kaum die Rede. Nicht einmal der bürgerliche Liberalismus hat sich zu der hier befürworteten liberalen Einheitspartei zusammenzufinden vermocht. Auch der Zusammenschluß der rechtsstehenden Parteien in der Deutschnationalen Volkspartei ist nur ein scheinbarer; weder hat die konservative, noch die freikonservative Partei ihre bisherige Organisation aufgegeben, und es ist heute schon klar, daß der neue Sammelbegriff nicht von Bestand sein wird. Im großen und ganzen betrachtet, bietet das bürgerliche Parteiwesen noch den gleichen Zustand der Zerfahrenheit und Verworrenheit, wie vor der Revolution; ja im Grunde genommen ist die Verwirrung nur noch größer geworden, da die breiten Massen des Volkes sich in den neuen Parteibezeichnungen und den neuen Programmen noch nicht zurechtzufinden vermögen.

Dabei stehen die Wahlen zur Nationalversammlung, die über das künftige Schicksal auch des Bürgertums entscheiden müssen, vor der Tür. Die Landtagswahlen in Anhalt, Mecklenburg-Strelitz, Braunschweig lehren mit eindringlichster Deutlichkeit, daß das Bürgertum, wenn es nicht in den wenigen Wochen bis zur Wahl zu größerer Geschlossenheit, zu systematischer Verständigung auch über die gegenseitige Verbindung der Listen gelangt, bestenfalls nur die Aussicht hat, in annähernd gleicher Stärke wie die Sozialdemokratie in die Nationalversammlung einzuziehen. Bleibt das Bürgertum, wie fast zu besorgen steht, in der Minderheit, so muß es mit Sicherheit darauf rechnen, von den revolutionären Gewalten auch weiterhin als quantité négligeable behandelt und von aller politischen Mitwirkung ausgeschlossen zu werden. Gelingt es ihm dagegen, eine wenn auch nur schwache Majorität zu behaupten, so darf es erwarten, sein Wort trotz seiner Zersplitterung entscheidend in die Wagschale werfen zu können. Auch dann wird ja, nachdem einmal die Revolution dem Sozialismus ein materielles und geistiges Übergewicht in die Hand gegeben hat, nicht die Rede davon sein können, wieder ein einseitiges bürgerliches Regiment einzuführen. Die Partei der Mehrheitssozialisten wird, das liegt in der Natur der Dinge, auf irgend absehbare Zeit hinaus das Zentrum der Regierung sein und bleiben. Aber entschlossen, wie die Sozialisten sind, das demokratische Prinzip, den in den Wahlen ausgedrückten

Digitized by Google

Mehrheitswillen des deutschen Volkes zu achten und zu respektieren, werden sie nicht umhin können, sich mit der oder den ihnen zunächst benachbarten, gleich ihnen offen und klar auf demokratischem Boden stehenden bürgerlichen Parteien, d. h. der Deutschen demokratischen Partei und allenfalls dem Zentrum zu einer festen Mehrheitsbildung zusammen zu finden. Unter diesem Gesichtspunkt muß man die Bildung der Deutschen demokratischen Partei, die ihrerseits bereit ist, ein gut Stück Weges mit der Sozialdemokratie zusammenzugehen, für eine Notwendigkeit und für ein Glück erachten, einerlei ob man sich im übrigen zu ihren Grundsätzen bekennt oder nicht. Man darf ihre Gründung in den unmittelbar auf die Revolution folgenden Tagen als einen Beweis nehmen, daß der politische Sinn im Bürgertum doch nicht ganz erstorben ist. Denn die Synthese zwischen Bürgertum und sozialdemokratischer Arbeiterschaft, richtiger gesagt der Arbeiterklasse schlechthin, ist heute notwendiger wie je, und der gemeinsame Boden ist der deutsche freiheitliche und soziale Staat, der mit aller Behutsamkeit und Vorsicht dem sozialistischen Ideal nähergeführt werden mag. Unsere ganze deutsche Zukunft beruht auf dieser Synthese!

Es ist kein innerer Widerspruch, wenn hier in einem Atem ein starkes und klassenbewußtes Bürgertum auf der einen und ein Kompromiß zwischen ihm und der Arbeiterklasse, das deren einseitige Klassendiktatur ausschließt, auf der anderen Seite gefordert wird. Ein ehrliches und aufrichtiges Verständnis, eine fortschreitende Synthese zwischen zwei Klassen ist eben nur möglich, wenn beide sich in ihrer Eigenart immer klarer ausprägen, beide sich mit stolzem Klassenbewußtsein erfüllen, beide sich in ihrem Klassenbewußtsein achten und ehren.

Wir wollen es hoffen, daß die blutigen Ereignisse der letzten Tage, so trübe Aussichten sie eröffnen, doch die beiden großen Postulate, die wir hier aufgestellt haben, ein klassenbewußtes Bürgertum und eine Synthese desselben mit einer klassenbewußten Arbeiterschaft der Erfüllung näherbringen werden. Der Terrorismus des linken sozialdemokratischen Flügels muß doch dem Bürgertum die Augen öffnen über die ganze furchtbare Größe der Gefahr, die ihm droht, wenn es sich nicht in letzter Stunde über sich selbst erhebt und seine äußersten Kräfte zur Selbstbehauptung zusammennimmt. Er muß auch der Partei der Mehrheitssozialisten lehren, daß ihr Heil und das Heil Deutschlands nur in ihrem Zusammengehen mit den bürgerlichen Parteien, mit denen sie den demokratischen Boden gemeinsam haben, liegen kann. Man versteht, daß sie so lange wie irgend möglich in erster Linie ein geschlossenes Zusammengehen der ganzen sozialistischen Arbeiterklasse erstrebt haben. Dieses geschlossene Zusammengehen hat sich bei dem Wüten des linken Flügels der Sozialisten gegen ihre eigenen Genossen von den Rechtssozialisten als unmöglich erwiesen; das Resultat war und ist die völlige Ohnmacht und Schwäche der Regierung. An seine Stelle muß schon jetzt, noch vor der

Digitized by Google

Nationalversammlung, das Zusammengehen zwischen dem Gros der sozialistischen Arbeiterklasse und dem demokratisch gerichteten Teil der Bürgerklasse treten. Es ist das Gebot der aufs äußerste gespannten Stunde. Wird es nicht befolgt, so ist unser aller Untergang so oder so gewiß.

Die Reichsverfassung der Paulskirche

Von Reichsgerichtsrat a. D. Georg Hoffmann

Vermutlich wird die demnächst zusammentretende verfassunggebende deutsche Nationalversammlung an das am 28. April 1849 vollendete Verfassungswerk der Frankfurter Nationalversammlung anzuknüpfen suchen. Es ist deshalb nicht ohne Interesse, sich die hauptsächlichsten Bestimmungen jener Verfassung wieder in das Gedächtnis zu rufen.

Die Paulskirche ließ das Staatensystem des bisherigen deutschen Bundes sowie die in den einzelnen Staaten bestehenden Regierungsformen unangetastet und stellte sich selbst auf monarchischem Boden, indem sie — freilich nur mit einer Mehrheit von 267 gegen 263 Stimmen — die Würde des Reichsoberhauptes als „Kaiser der Deutschen" einem der regierenden deutschen Fürsten mit Vererblichkeit im Mannesstamme nach dem Rechte der Erstgeburt übertragen wissen wollte. Nicht deutsche, mit deutschem Lande nur durch die Person des Staatsoberhauptes verbundene Lande sind von der Zugehörigkeit zum Deutschen Reiche ausgeschlossen. Die Reichsgewalt wird vom Kaiser als Träger dieser Gewalt ausgeübt, soweit nicht dem Reichstage besondere Rechte und Befugnisse zugewiesen sind. Alle Regierungshandlungen des Kaisers bedürfen aber zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung von wenigstens einem der von ihm ernannten Reichsminister, der dadurch die Verantwortung übernimmt. Der Reichstag besteht aus zwei Häusern, dem Staatenhaus und dem Volkshaus. Das Staatenhaus setzt sich zusammen aus 192 Mitgliedern als den Vertretern der deutschen Staaten (damals 39), wobei auch den kleinsten Einzelstaaten noch je ein Mitglied zugedacht ist. Solange die deutsch-österreichischen Lande an dem Bundesstaate nicht teilnehmen, erhöht sich entsprechend die Stimmenzahl der größeren Einzelstaaten. Die Mitglieder des Staatenhauses werden zur Hälfte durch die Regierungen und zur Hälfte durch die Volksvertretung der betreffenden Bundesstaaten, in den größeren Ländern durch die Provinzialstände, und zwar je auf sechs Jahre, mit Erneuerung zur Hälfte nach drei Jahren, ernannt. Das Volkshaus besteht aus Abgeordneten des deutschen Volkes, die nach dem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten, in einem besonderen Gesetze geregelten Wahlrecht auf je drei Jahre gewählt werden. Zum

Digitized by Google

Zustandekommen eines Gesetzes gehört Übereinstimmung beider Häuser des Reichstages und Zustimmung der Reichsregierung. Aber auch ohne diese Zustimmung erlangt ein Reichstagsbeschluß Gesetzeskraft, wenn er in drei aufeinanderfolgenden Sitzungsperioden unverändert gefaßt worden ist. Beim Reichshaushalt wird zwischen ordentlichem und außerordentlichem Budget unterschieden. Nur im Rahmen des ordentlichen Budgets genießt das Volkshaus eine Vorzugsstellung vor dem Staatenhaus. Niemand kann gleichzeitig Mitglied beider Häuser sein, die Reichsminister dürfen dem Volkshaus, nicht aber dem Staatenhaus angehören. Das Volkshaus kann durch das Reichsoberhaupt aufgelöst werden. Dies hat gleichzeitige Vertagung des Staatenhauses bis zur Wiedereinberufung des Reichstages zur Folge. Das Reichsgericht ist mit der eigentlichen Zivil- und Strafgerichtsbarkeit fast gar nicht befaßt. Wohl aber ist es als Staatsgerichtshof berufen, zur Entscheidung von Verfassungsstreitigkeiten zwischen Einzelstaaten und Reichsgewalt, zwischen dem Staaten- und dem Volkshause, von Streitigkeiten der Einzelstaaten untereinander oder von inneren Streitigkeiten über die Landesverfassungen, sowie über Ministeranklagen und über Klagen von Staatsbürgern über Verletzung verfassungsmäßiger Rechte. Für besondere Fälle bleibt auch beim Reichsgericht die Urteilsfällung durch Geschworene vorbehalten.

Zur ausschließlichen Zuständigkeit des Reiches gehört die völkerrechtliche Vertretung nicht bloß Deutschlands, sondern auch der einzelnen deutschen Staaten. Ihnen ist verboten, ständige Gesandte und Konsule zu halten oder zu empfangen. Verträge der einzelnen deutschen Regierungen nicht rein privatrechtlichen Inhalts sind der Reichsverwaltung zur Kenntnisnahme und nach Befinden Bestätigung vorzulegen. Im übrigen ist die Zuständigkeit des Reiches auf den Gebieten des Heer- und Flottenwesens, der Verkehrs-, Zoll- und Wirtschaftspolitik, des Finanzwesens, des privaten und öffentlichen Rechts im großen und ganzen so wie in der bisherigen Reichsverfassung geregelt. Die Reichsgewalt ist jedoch allgemein befugt, wenn sie im Gesamtinteresse Deutschlands gemeinsame Einrichtungen und Maßregeln notwendig findet, die zu ihrer Begründung erforderlichen Gesetze in den für Verfassungsänderungen vorgeschriebenen Formen (Zweidrittelmehrheit in beiden Häusern des Reichstags) zu erlassen.

Bekannter sind die in 60 Paragraphen niedergelegten „Grundrechte des deutschen Volkes". Sie sollten den Verfassungen der deutschen Einzelstaaten zur Norm dienen und keine Verfassung oder Gesetzgebung eines deutschen Einzelstaates sollte sie je aufheben oder beschränken können. Von den Grundrechten sind manche inzwischen gesetzgeberisch festgelegt und ausgebaut worden. Andere bilden, ergänzt in sozialem Geiste, dessen Hauch um die Mitte des vorigen Jahrhunderts noch wenig zu spüren war, noch heute wichtige Forderungen in den Programmen der politischen Parteien. Aus der Frankfurter Verfassung seien nur hervor-

Digitized by Google

gehoben: Aufhebung aller Standesunterschiede. „Alle Titel, insoweit sie nicht mit einem Amte verbunden sind, sind aufgehoben und dürfen nie wieder eingeführt werden." Beseitigung der Todesstrafe, ausgenommen für das Kriegsrecht und den Fall der Meuterei im Seerecht, vollste Preßfreiheit, Aburteilung von Preßvergehen durch Schwurgerichte, Glaubens- und Gewissensfreiheit, freie Religionsübung, Selbständigkeit der Religionsgesellschaften, Freiheit der Wissenschaft und ihrer Lehre, Unterrichtsfreiheit unter staatlicher Aufsicht, kein Schulgeld in den Volksschulen, freies Versammlungsrecht und Vereinsrecht auch für Heer und Kriegsflotte, insoweit die militärischen Dienstvorschriften nicht entgegenstehen, Unverletzlichkeit des Eigentums, Aufhebung der Familienfideikommisse, keine Strafe der Vermögenseinziehung, Beschränkung der Militärgerichtsbarkeit auf Aburteilung militärischer Verbrechen und Vergehen sowie der Militär-Disziplinarvergehen, Schwurgerichte bei allen politischen Vergehen, Beseitigung der Verwaltungsrechtspflege, über alle Rechtsverletzungen entscheiden die Gerichte.

Ein Reichsamt für das Auslandsdeutschtum

Von Dr. Hermann Ullmann

Die Frage des Auslandsdeutschtums steht mit der ganzen falschen Grundrichtung unseres außenpolitischen und unseres politischen Denkens überhaupt zwischen der Gründung des Reiches und dem Weltkriege in engstem Zusammenhange. Dasselbe Gemisch von Schwäche und Auftrumpfen am falschen Orte, das uns so unendlichen Schaden auf allen Gebieten unseres staatlichen Lebens eingetragen hat, derselbe Mangel an Sinn für die Wirklichkeit kennzeichnet auch unser Verhältnis zu den Volksgenossen außerhalb unserer Reichsgrenzen. Da wir kein Volksstaat waren, vielmehr einerseits Angehörige fremder Völker in unseren Reichsgrenzen beherbergten, anderseits dreißig Millionen Volksangehörige außerhalb des Deutschen Reiches hatten, da wir ferner mit einem Völkerstaate blindlings auf Gedeih und Verderb verbündet waren, zögerten wir allzulange, das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das die Feinde gegen uns ins Feld führten, selbst auch zu unseren Gunsten geltend zu machen. Wir Auslandsdeutschen, die wir uns in erster Linie als Volksdeutsche fühlten, und Preußen-Deutschland, das kleindeutsche Deutsche Reich, in erster Linie als die Vertretung des Gesamtvolkes gewürdigt sehen wollten, verlangten von Anbeginn des Krieges an, daß neben den Kriegszielen des Deutschen Reiches, die so unheilvolle Wirkung im ganzen Volke gestiftet haben, die klaren und einigenden Kriegsziele des deutschen Volkes verfochten würden. Diese hätten nicht nur uns

Digitized by Google

innerlich vereinigen und uns über den innerpolitischen Jammer hinweghelfen können, sie wären auch den Feinden und den Neutralen verständlicher gewesen, als etwa das Eintreten für die morsche und nicht mehr lebensberechtigte Habsburger Monarchie. Während die Kriegsziele des Deutschen Reiches umstritten und unklar waren, den einen zu weit, den anderen zu nahe gesteckt waren, hätten die Kriegsziele des deutschen Volkes dem Streit der Parteien entrückt werden können. Konnte sich darüber Streit erheben, ob es ratlich sei, den Reichsboden nur zu verteidigen oder ihn zu erweitern, konnte man hinter den Bestrebungen auf Ausdehnung des Reichsgebietes Bestrebungen von Interessentenschichten wittern und andererseits den bloßen Verteidigern des Reichsgebietes vorwerfen, daß ihren Zielen die werbende Kraft fehle, so wäre die Forderung: daß alle Volksgenossen die Möglichkeit haben sollten, so weit sie es wollten, ihrem Volkstum anzugehören, nicht ohne Werbekraft und dabei weit ab von allem unvolkstümlichen Verdacht gewesen. Die Feinde und Neutralen aber, die im Gegensatz zu uns nicht nur als Staaten, sondern vor allem als Völker im Kampfe standen, oder ihn verfolgten, hätten eine solche Volksforderung besser verstanden als die ausgeklügelten Theorien unserer offiziösen Professoren, die mit allem Aufwand ihres Gelehrtentums nachwiesen: Staatsverband gehe vor Volksverband.

So waren wir auch während des Krieges wie vor dem Kriege nicht darauf eingestellt, Ziele des Volkes vor denen des Staates anzustreben. Wie es vor dem Kriege gewesen war, so blieb es während des Krieges in verstärktem Maße. Die Ziele unseres Staatssystems, überdies noch mit dem unseligen Bleigewicht des Bündnisses mit der nirgend mehr geachteten Monarchie versehen, belasteten unseren Kredit in der Welt so stark, daß für ein Eintreten zugunsten der Volksdeutschen der Mut der Ämter und der Parteien nicht mehr ausreichte. Die Aufmerksamkeit des Volkes und seine privaten wie amtlichen Kräfte waren durch die „Weltpolitik", die wir schon damals Allerweltspolitik nannten, von den wesentlichen Aufgaben des deutschen Staatslebens abgelenkt: von der Obsorge für die deutsche Volkskraft, die sich jetzt nach dem Zusammenbruch von künstlichen Systemen, Verträgen und Beziehungen als das einzig sichere Besitztum der Nation erweist. Teils wußte man von den Auslandsdeutschen nichts, und wo man etwas von ihnen pflichtgemäß wissen sollte, bei den Ämtern und bei den politischen Führern, da galt jeder Hinweis auf sie als unangenehme Ablenkung vom Gewohnten, als Belästigung, fast als eine Art von Querulantentum. Eben wegen ihrer falschen Stellung scheute sich unsere Reichspolitik, die sich ohnehin im Geruche des unersättlichsten Imperialismus wußte und dabei doch nichts wollte als leidliche Handelsmöglichkeiten und erträgliche Beziehungen, sich kräftig der Auslandsdeutschen anzunehmen, die ihrerseits allzu wenig Verbindung mit der Heimat

Digitized by Google

hatten, um eine fruchtbare und richtige Zusammenarbeit zu ermöglichen. Die feindliche Propaganda erkannte sehr bald diesen schwachen Punkt und bezeichnete jeden Deutschen außerhalb der Reichsgrenze, der den Zusammenhang mit seinem Volkstum suchte, als Anhänger des deutschen Imperialismus, als deutschen Spion oder als deutschen Irredentisten. Und während das Deutsche Reich so wenig Werbekraft entfaltete, daß es wirkliche Deutsche unmittelbar vor seinen Toren abstieß, wucherte in der Welt die Legende von der alldeutschen Eroberungsgier, wurde jedes Zeichen von Treue gegen die Heimat als Vorbereitung zur Machterweiterung des Reiches gedeutet, bekam jede Arbeit für das Deutschtum im Auslande einen Anstrich von heimlichem Imperialismus, auch wenn sie in den ehrlichsten, rein kulturellen Formen geschah, nicht im mindesten etwa mit der Arbeit der „Alliance Français" zu vergleichen war. Verbessert wurde dieser Zustand freilich nicht durch die Torheiten und Taktlosigkeiten radikaler Redner und Schreiber, die, ohne irgend welche wirkliche Verantwortung zu tragen, die Gebärden von Imperialisten annahmen, wo nichts zur Frage stand, als ein klares und unbestreitbares Volksrecht, und die andererseits dort auf Rechten bestanden, wo es sich wirklich nicht um Forderungen des ganzen Volkes handeln konnte.

Das falsche System ist zusammengebrochen, jeder leiseste Verdacht von Imperialismus über die Kräfte hinaus ist von einem geschwächten und um sein Leben ringenden deutschen Volke genommen. Selbst der Boden des Reiches ist nicht unbestritten, unbestritten bleibt nur noch das Recht des Volkes auf eigenes Leben, dieses ursprünglichste und eigenste Recht, das nur durch Verbrechen, nicht aber mehr durch den geschichtlichen Kampf um die Macht zerstört werden kann. Die alten Gedanken vom Volksstaat leben wieder auf, vom Staat, an dessen Leitung nicht nur alle Schichten des Volkes beteiligt sind, sondern der auch alle Angehörigen des Volkes umfaßt, vom Staat, der der Vertreter seines Volkes vor der Welt ist. Jetzt, nachdem die Belastung der deutschen Reichspolitik mit anderen fremden und der Welt schlecht verständlichen Zielen geschwunden ist, hat sie doppelt die Pflicht, sich für dieses eine klare und unbestreitbare Ziel einzusetzen: für das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes.

Da stellt sich denn heraus, daß keines Volkes Selbstbestimmungsrecht so schwer zu verteidigen ist, wie das des deutschen. Während alle anderen Völkerschaften, von den kleinen Völkern des Ostens und Südostens abgesehen, klar umrissene Siedlungsgebiete und Grenzen zur Verfügung haben, wohnen die Deutschen, die seit Jahrhunderten als Kolonisatoren den Osten und Südosten für das geschichtliche Leben reif gemacht haben, in unzähligen Sprachinseln zwischen fremden Völkern zerstreut, die ganze Ostgrenze des Deutschtums ist durchbrochen und zerstückelt. Und es erweist sich, daß das Volk, das in dem Ruf eines unersättlichen Imperialismus

Digitized by Google

stand, als Volk die meisten unfreien und in ihrem Kulturleben beschränkten Angehörigen zählte unter allen europäischen Kulturvölkern. Die Aufgabe, all die Deutschen außerhalb des Reiches in Verbindung mit dem Gesamtdeutschtum zu halten und ihnen ein Leben in ihren eigenen Kulturformen, Pflege ihrer Sprache, Erhaltung ihrer Schulen, Volksbildungs-Einrichtungen usw. zu sichern, geht weit über die Kräfte einzelner Vereinigungen, wie etwa des „Vereins für das Deutschtum im Ausland", der ältesten und volkstümlichsten, hinaus. Mußte man vordem unterscheiden zwischen Aufgaben, die der Staat hatte und solchen, die der privaten Initiative überlassen waren, war es z. B. dem Staate unmöglich, für die Deutschen im „verbündeten" Österreich einzutreten, so fällt jetzt jene Scheidung weg. Ein Staat, dessen Unternehmungen von jedem Verdachte des Imperialismus frei sein müssen, hat desto mehr die Pflicht und das Recht, für die Volksangehörigen und für kulturelles Leben zu sorgen. Die bisherigen Reichsbehörden bieten nirgend die Möglichkeit einer ausreichend fachlichen Behandlung der hierher gehörigen Fragen. Das Auswärtige Amt wird immer durch andere Aufgaben abgelenkt sein, auch wenn es etwa jene vollständige Erneuerung an Persönlichkeiten und Methoden erfahren sollte, die ihm schon so lange notkut. Einzelne Zweige, wie die Fürsorge für die Rückwanderer und Auswanderer, waren dem Reichsamt des Innern und anderen Stellen angegliedert, sie können aber nicht ohne Fühlung mit Behörden, welche die Bildungs- und Erziehungsarbeit leiten, arbeiten. Wir brauchen eine Stelle, an der die Fürsorge für die Auslandsdeutschen vereinigt und fachgemäß besorgt wird: ein Reichsamt für das Auslandsdeutschtum. Es hätte nicht nur die unendlich mannigfaltigen Zustände und Verhältnisse, in denen die Auslandsdeutschen leben, zu erforschen, es hätte vor allem für Schulen, Fürsorgeanstalten, Jugendpflegeeinrichtungen, Volksbildungsvereinigungen, Büchereien, Vortragswesen, Krankenhäuser, Volksheime bei den Auslandsdeutschen zu sorgen. Dieser Kulturarbeit wäre jeder Schein des Politischen zu nehmen, sie hätte im vollen Lichte der internationalen Öffentlichkeit vor sich zu gehen — wenn diese den Hoffnungen entspricht, die von den Verfechtern des Völkerbundes auf der feindlichen wie auf unserer Seite erweckt worden sind. Denn diese neue Völkergerechtigkeit muß an erster Stelle die Rechte eines jeden auf Pflege seiner Muttersprache und seiner Volkskultur festsetzen und gerade den in fremden Völkern Eingesprengten diese Rechte doppelt sichern. Gerade die Anwendung des Selbstbestimmungsrechts auf die vielen kleinen Völker des Ostens, die Neuordnung Europas, wie sie vom Verbande angestrebt wird, wenn sie überhaupt Dauer erlangen und einen Krieg aller gegen alle verhüten kann, wird zahlreichen deutschen Enklaven das politische Selbstbestimmungsrecht nehmen. Desto mehr muß ihr kulturelles durch Einrichtungen jeder Art, nötigenfalls auch durch die Möglichkeit der Rückwande-

Digitized by Google

rung gesichert werden. Soll der Völkerbund nicht, wie die eben erst von Wilson erzogenen und schon seiner Schule entlaufenen Tschechen behaupten, eine schöne Phrase sein, so muß er neben der politischen Selbständigkeit größerer, zusammenhängend wohnender Volksgemeinschaften die kulturelle Autonomie der Versprengten und gerade dem deutschen Volke die Möglichkeit des Zusammenhanges mit seinen Genossen in der Fremde verbürgen.

England in Turkestan?

Von G. Buetz, Dessau

Aus Petersburg kommt die Meldung, daß England anfängt sich im reichsten Maße für Turkestan zu interessieren. In Taschkent sollen Verhandlungen mit den Vertretern der turkestanischen Regierung gepflogen werden. Wir haben allen Grund die Richtigkeit dieser Nachricht nicht zu bezweifeln, denn Turkestan hat einen recht hohen Wert für England. Nicht die Baumwolle in Turkestan lockt die Engländer, Baumwolle hatte man genug in Indien, Baumwolle bringt ja Ägypten; Turkestan bedeutet für England nicht mehr und nicht weniger als *eines der zwei russischen Ausfallstore nach Indien*. Sie zu schließen ist die Aufgabe, welche England restlos erfüllen möchte, ist England doch stets großzügig genug, in seinen Handlungen möglichst auf zwei Generationen vorzusorgen. Das Programm des Weltkrieges ist für England neben einigen anderen Kleinigkeiten den Landweg nach Indien endgültig sicher zu stellen. Diesem Programm war das alte zaristische Rußland durchaus nicht geneigt. Man erinnert sich wohl, daß, als Caprivi Bismarck folgte, die Annäherungspolitik dieses zweiten deutschen Reichskanzlers an England auf der Tatsache der englisch-russischen Spannung beruhte. Rußland zeigte unzweideutig seine Absicht, sich nach dem persischen Golfe hin einerseits und nach Afghanistan andererseits auszudehnen. In diesem Streben mußte England eine schwere Gefährdung Indiens erblicken. Wiederholt haben die englisch-russischen Reibungen in Persien und Afghanistan bis zu einer drohenden Kriegsgefahr zwischen beiden Ländern geführt. Wenn man 1907 die englisch-russische Verständigung über Persien, Afghanistan und Tibet einging, so zeigt das nur, wie schwer die Konflikte waren, die hier bestanden. Sie mußten zu einem Teile erst aus der Welt geschafft werden, um das große Ententebündnis zu ermöglichen. Rußland war damals geneigt, England entgegen zu kommen, weil man der Ansicht war, auf diese Weise Konstantinopel gewinnen zu können. Im Besitze Konstantinopels und damit — was

Digitized by Google

für Großrußland stillschweigend sicher stand, auch des Hauptteiles von Kleinasien, — glaubte man sich kräftig genug, trotz des Vertrages von 1907 seine Pläne weiterzuführen, hatte man sich doch ohnehin durch das Abkommen russischerseits nicht eben in seinen Plänen weiter stören lassen. Die strategischen Bahnen gegen Persien wurden von Petersburg genau so fortgeführt, wie jene in Turkestan nach Afghanistan zu.

Es ist England sicherlich nicht leicht geworden, den russischen Verbündeten wanken zu sehen, als aber Großrußland sich durch einen Friedensschluß im letzten Augenblick zu retten suchte, hat England seinen kühnsten und glücklichsten Schachzug getan: es stieß nach dem, was fallen wollte! Wenn Rußland nicht mehr bereit war oder bereit sein konnte, England zu helfen, konnte ein zerschmettertes Rußland nur ein Glücksumstand für England sein. Man muß bedenken: Großbritannien hat den Vernichtungskrieg gegen Deutschland zu einem Hauptteile darum geführt, weil die Bagdadbahn, die deutschen Pläne, die Türkei in Syrien und Arabien erneut zu festigen, in England als eine Gefahr für Indien erkannt wurde. Wie viel mehr hatte man Rußland da zu fürchten! Rußland, dessen Kräfte so bei weitem jene Deutschlands überstiegen, Rußland, dessen Grenzen an den von England umworbenen Gebieten mündeten. Nichts kann England heute lieber sein, als ein zerschmettertes Rußland, nichts wird England rühriger betreiben, als Rußland in Ohnmacht zu halten, auch wenn es jetzt den Bolschewismus niederwerfen will. Nie wird England *ehrlich* Rußlands Erstarken, Rußlands Neugesundung fördern. Was hätte ein *ehrlicher* englischer Makler sonst in Turkestan zu suchen?

Als Rußland unter General Kaufmann seine Unterjochung Chivas und Bucharas begann, als man Ferghana einverleibte, begann man in England mit allen Mitteln Afghanistan unter britische Kontrolle zu bringen. Afghanistan ist ein *wunder Punkt* Englands in seiner Indien-Politik. Nachdem man 1824, 1839—42, 1878—80 vergeblich versucht hatte, in Feldzügen Afghanistan zu unterwerfen, mußte man sich bereit finden, das kriegerische und wilde Volk durch diplomatische Mittel zu unterjochen. Da Afghanistan keine Fremden in das Land hineinließ, war die Aufgabe außerordentlich schwer. Die Schwierigkeiten wurden teilweise unüberwindlich, weil Rußland, nachdem es Herr von afghanisch Turkestan geworden, mit Gewalt und Lockungen einen Einfluß in Afghanistan zu erzwingen suchte. Da den klugen Afghanen das nahe und mächtige Rußland stärker erschien als das seines indischen Besitzes nie ganz sichere ferne England, hielt man bei aller Zurückhaltung England von zwei Übeln für das kleinere. Man nahm von England die notwendigen Subsidien und bahnte mit britischer Hilfe die Reorganisation des Heeres an. Die mit Englands Hilfe zur Macht gelangten Emire

Digitized by Google

zogen es aber stets vor, das Maß ihrer Abhängigkeit durch heimlich betriebene Aufstände gegen Englands indische Grenzen weise einzuschränken. England war sich keinen Augenblick im Zweifel darüber, daß es ohne kriegerische Entscheidung eine Machtstellung in Afghanistan nicht erreichen konnte, da Rußland aber eine Unterwerfung des Gebietes durch England nie zugegeben hätte, hieß die Entscheidung, welche herbeizuführen war, nicht eine solche gegen Afghanistan, sondern — gegen Rußland. Beide Staaten haben auf diesen Austrag hin gerüstet. England legte an der Südgrenze seine stärkste Militärstation, Quetta, an, es verband Quetta mit den leistungskräftigsten Militärbahnen Indiens und sammelte in Quetta Eisenbahnmaterial zu Bahnbauten nach der Afghanischen Grenze. Es baute eine Militärbahn am Khyberpaß, führte sie nach der afghanischen Ostgrenze und verband sie mit dem Schienenweg nach Kalkutta. Rußland seinerseits antwortete mit dem Bau von Festungen in Turkestan, mit einem Anschluß der turkestanischen Linien an die sibirische Bahn und an die kaspischen Linien. Es hatte feste Militärstationen in Afghanisch-Turkestan.

Heute will England nun für alle Zukunft den russischen gefährlichen Nachbar aus Turkestan drängen. Einerseits ist ein schwaches von der afghanischen Grenze abgedrängtes Rußland keine Gefahr mehr für England, andererseits ist Afghanistan, im Norden und Süden von England erfaßt, so zu bearbeiten, daß man dem englischen Machthaber über kurz oder lang ausgeliefert ist. England hat schon vor dem Kriege die Absicht gehabt, einen britischen Vizeregenten in Afghanistan neben der Scheingestalt eines Emir einzusetzen.

Nun würde Rußland nicht nur durch den Verlust Turkestans England als Grenznachbar bekommen, es würde nicht nur für eine seiner hauptsächlichsten Industrien seinen Rohstoff verlieren, wir müssen uns auch vollkommen klar machen, daß mit Turkestan asiatisch Rußland vom Süden her geöffnet wird. Von Kokant über Taschkant geht die Militärbahn nach Orenburg, also an die Linie der sibirischen Bahn Omsk—Moskau; Von Kokant über Buchara gehen die Linien zum Kaspischen Meere hinüber nach Tiflis und Asow. Welch eine Lage für Rußland, welche eine schwere und ständige Bedrohung! Man wohnt in einem Hause ohne Tür.

Wie gut der Plan! Im Süden legt England in Turkestan die Bresche, im Osten öffnet Japan nach Sibirien das Tor, im Norden bei Kola liegen England und Amerika auf der Lauer, — und dann tritt die Entente für den Wiederaufbau, für die Staats- und Machtreorganisation Rußlands ein! Wie selbstlos und zielsicher ist die Weise, in der man Rußland helfen will! Ein Großrußland, das noch nicht vernichtet ist, wird es auf diese Art wenigstens sicher.

Digitized by Google

Die deutsche Volkshochschule und die Wirklichkeiten des Lebens

Von Pfarrer Dr. Georg Koch-Langd (Oberhessen)

Man mag Fichtes „Reden an die deutsche Nation" als Gelehrter noch so kritisch betrachten, geschichtlich angesehen bleiben sie uns ein kostbares Erbe, in ihrer starken Wirkung auf die Zeitgenossen ein hehres Sinnbild der Gewalt des Geistes in der Völkergeschichte. Geist ist wirksame Kraft, machtvoll eingreifend in das Getriebe mechanischen Geschehens. Es war die Not, die damals beten, nach unsichtbaren Tiefen schauen und greifen gelehrt hatte. So ist es kein Zufall, wenn auch heute in der Not des Weltkrieges wieder ein starkes Verlangen nach Entbindung geistiger Kraft durchs Volk geht, und wenn auch wir solche Kraft erwarten von vertiefter Menschenbildung, von einer neuen Erziehung, die das Volk als Ganzes ergreift und den in ihm ruhenden Keimen geistigen und sittlichen Wachstums zur Entfaltung verhilft. Wie Fichte nach der deutschen Volksschule, so schauen wir aus nach einer deutschen Volkshochschule, wie er auf Pestalozzi, den warmherzigen schweizer Kinderfreund, so blicken wir auf dessen großes Gegenbild im Norden unseres Vaterlandes, den Dänen Grundtvig, den begeisterten Freund und Erwecker mannbarer Jugend.

1. Aber enthält der Plan einer deutschen Volkshochschule wirklich etwas so Neues, daß er es wagen darf, neben Fichtes hohe Entwürfe zu treten? Wurde nicht schon lange vor unseren Tagen auch bei uns freie Volksbildungsarbeit getrieben, und wertvollste Arbeit von berufenen Kräften? Nur Unkenntnis wird die großen Verdienste der bisherigen Volksbildungsbestrebungen gering achten. Ist doch größtenteils auf ihrem Boden auch der neue Volkshochschulgedanke erwachsen, der jetzt mit einem Male wie durch geheime Verabredung in so vielen Geistern zugleich eine Gewalt geworden ist. Aber was ist das Neue in diesem Gedanken? — Es wird sich uns erschließen durch die Beobachtung, daß die deutsche Volksbildung alter Art im wesentlichen ein Kind der Aufklärung war, philosophischer im 18. und naturwissenschaftlicher im 19. Jahrhundert. Aufklärung will Fortschritt über das Alte, das Bestehende hinaus. So mußte es das Bestreben auch jener Volksbildung sein, grundsätzlich Neues an die Vorstellungswelt des ungelehrten Menschen heranzubringen, seinen Gesichtskreis, soweit irgend tunlich, zu erweitern. Man hat von anderer Seite oft genug auf die Gefahr hingewiesen, der solche Bildungsarbeit leicht erliegt. Der neue Bildungsstoff droht sich an die alte Vorstellungswelt anorganisch gleich einem Balggeschwulst anzusetzen und mit seinem Gewicht den geistigen Organismus unnatürlich zu verschiefen. Wir reden dann von „Halbbildung", der mit Recht gefürchteten. Und so war es doch wohl nicht immer geistige Trägheit oder gar Bildungsfeindschaft, sondern

Digitized by Google

vielfach ein gesundes, tiefer gegründetes Empfinden, das weite Kreise, besonders auf dem Lande, die Bemühungen der herkömmlichen freien Volksbildungsarbeit mit vorsichtiger Zurückhaltung oder gar ausgesprochenem Mißtrauen betrachten ließ. Man witterte das Anorganische.

An die Stelle solch einseitig fortschrittlichen Verfahrens, das Wort natürlich nicht politisch, sondern rein psychologisch verstanden, setzt die Volkshochschule eine grundsätzlich konservative Methode. Sie erweist ihre Herkunft aus einem Zeitalter vertieften geschichtlichen Sinnes darin, daß sie klarer in der Volksseele die überaus reichen und tiefen Bildungsgrundlagen sieht, an denen die Jahrhunderte und Jahrtausende gearbeitet haben, und die dem sehenden Auge wundervoll sich offenbaren in den meist unbewußten Kräften des Volkstums, in Sprache, Sitte und Brauch, in Volkslied und Volksglaube, in Überlieferung und Sage, in gesellschaftlichen Anschauungen und eingewurzeltem Rechtsgefühl. Dieses uralte geistige Erbgut ist, nicht bloß im Bauerndorfe, unendlich reicher als die neben ihm kümmerliche Zutat aller in einem kurzen Menschenleben möglichen Neubelehrung. Aber es ist ein Schatz, der größtenteils noch in den dunkeln Kellern des Unbewußten ruht, der ungehoben und ungemünzt seine volle Kraft noch nicht zu entfalten vermochte. Daß verborgenes Erbgut zu hellem Tagesbesitz und leuchtendem Bildungsgut werde, gilt es, das Unbewußte ins Bewußtsein erheben, den gereifteren Menschen erst einmal schauen lehren, was Urmutter Geschichte als Familiengeschichte, Heimatgeschichte, Volksgeschichte, Menschheitsgeschichte in ihn gelegt hat. Erste Forderung tieferer Menschenbildung darf nicht wahlloses Vermehren sein, sondern planvolles Klären des Vorhandenen, Verdeutlichen der geschichtlichen Kräfte, die das Leben auch des einfachen Menschen gestalten, der mannigfaltigen Zusammenhänge, in die es ihn gestellt hat, des kostbaren Geisteserbes, das vergangene Zeiten über seine Väter her in ihn gesenkt haben und das hier nur der Stunde seiner Entdeckung harrt. Nicht Synthese, sondern Analyse ist das mathematische Gleichnis solcher Volksbildung. Was sie erstrebt, ist Selbsterkenntnis unserer volkstümlichen Kultur, ist Innenschau. Aus Innenschau und Innerlichkeit hat ja deutsche Bildung noch immer ihre tiefsten Schätze gehoben. Eine so in ihren Grundlagen analytische, konservative Bildungsarbeit wird dabei den Gesichtskreis nicht weniger erweitern als jene einseitig synthetische, naiv fortschrittliche. Aber die neuen Vorstellungen werden möglichst restlos einem geschlossenen Bildungsziele dienen und organisch sich verknüpfen mit Vorhandenem, die neuen Zellen nicht zum Anhängsel zusammenschießen, sondern den Organismus zu gesundem Wachstum durchdringen und beleben. So nimmt die Volkshochschule alle jene bildungskonservativen Bestrebungen, die sich seit einem Menschenalter um „Heimatpflege", „Volkskunde" und verwandte Losungen sammeln, nicht nur mit hinein in ihre Entwürfe, sondern zum methodischen Aus-

Digitized by Google

gangspunkt ihrer ganzen Arbeit. An ihrer Wiege steht der Geist des alten Wilhelm Heinrich Riehl mit seinem tiefen und feinen Sinn für die geschichtlich gewordenen Wirklichkeiten des Volkslebens. — Bei solcher geschichtlichen Einstellung der Volkshochschularbeit braucht uns vor den Abwegen altertümelnder Spielerei oder rückwärtsgewandter, doch wieder wirklichkeitsfremder Romantik so lange nicht bange zu sein, als nur das Ziel feststeht, daß alle Versenkung in die Vergangenheit zuletzt lediglich dem Verständnis lebendiger Gegenwart zu dienen berufen ist. Solche Beziehung zwischen einst und jetzt aber wird in einer Schule, die ihre Schüler mitten aus dem tätigen Leben nimmt, ganz von selbst schon viel straffer sich gestalten als in jeder Unterweisung von Kindern oder auch im akademischen Unterricht.

2. Von hier aus ergibt sich nun eine zweite Abgrenzung der neuen Volkshochschule gegen die Volksbildung alten Stils. Der naive Fortschrittsgedanke der Aufklärung ist geneigt, den Hebel geistiger Entwicklung einseitig in der Erkenntnis zu suchen und die selbständige Bedeutung von Gefühl und Willen zu verkennen. Das brachte in die Volksbildungsarbeit jenen professoralen Zug, der sie lange Zeit nicht recht volkstümlich werden ließ. Erst als man unter dem Einfluß neuerer Kunsterziehungsgedanken und verwandter Strebungen mit Volkskunstabenden und ähnlichen Veranstaltungen den Bedürfnissen des „Gemütes" mehr entgegenkommen lernte, als man gelegentlich gar sich nicht scheute, in Volkslied und Volksfest nach Wandervogelweise den Geist einer neuen Romantik zu Hilfe zu rufen, kündete sich ein Aufschwung an. So ließ der Volksbildner sich vom einfachen Mann selbst darüber belehren, daß es nicht nur Verstand, sondern auch „Seele" war, was in ihm nach Förderung und Pflege verlangte. Hatten doch die Begründer der dänischen Volkshochschule schon lange die Entdeckung gemacht, daß zur Aufnahme ernsterer Belehrung nur der seelisch aufgeweckte, der „begeisterte" Mensch fähig war, daß also nicht Belehrung, sondern gefühls- und willensmäßige „Belebung" in jeder tiefer dringenden Bildungsarbeit das erste sein mußte. So hat sich die deutsche Volksbildungsarbeit etwa der letzten zwei Jahrzehnte suchend und tastend einer Erkenntnis genähert, die heute in der Idee einer deutschen Volkshochschule in derselben Klarheit vor uns steht, mit der sie vor zwei Menschenaltern den Vätern der nordischen Volkshochschule aufleuchtete. An dem Erbgut der Jahrtausende, das diese Schule ihrem Zögling ins Bewußtsein heben will, haben ja sichtbar genug alle Seelenkräfte des Menschenwesens gearbeitet, nicht bloß nüchterner Verstand. Was in einer stürmisch bewegten Menschheitsgeschichte nicht Wagnersche Verständigkeit, sondern faustischer Drang an Bildungsgut hat erstehen lassen, spottet der Einengung in populär-wissenschaftliche Aufklärung und Belehrung. Mit der klaren Erkenntnis des geschichtlichen, kulturkonservativen Ausgangspunktes tieferer Volksbildung hat so der neue

Digitized by Google

Volkshochschulgedanke die Entwicklungsstufe einer einseitigen Wissens- und Verstandespflege endgültig überwunden. Nicht Gelehrte oder Halbgelehrte will die Volkshochschule ins Leben schicken, sondern verinnerlichte, in ihrem Denken, Fühlen und Wollen zugleich vertiefte Menschen, junge Männer und Frauen, deren Augen leuchten können wie in neuer Erkenntnis so in tatfroher Begeisterung, deren Lippen zu reden vermögen in schlichter Klarheit und zu schweigen in stiller Ehrfurcht. Auch in solchem Umspannen aller geistigen und seelischen Kräfte und Eindringen bis in ihre innerste Verwurzelung auf dem Grunde der Persönlichkeit offenbart die neue Volkshochschule ihren vertieften Wirklichkeitssinn.

Damit enthüllt sich uns nun auch die entscheidende Bedeutung, die Grundtvig im Unterricht der Volkshochschule dem „lebendigen Wort" beimißt. Je mehr eine harmonische Bildung nicht einseitig vom Verstand, sondern von allen Geistes- und Seelenkräften zugleich aufgenommen sein will, um so weniger wird die Volkshochschule auskommen mit der akademischen Vorlesung oder einem schulmäßigen Lehrverfahren in Frage und Antwort, um so dringender fordert sie die freie, zu Herzen gehende, weckende und zündende Rede. So ist denn auch nach dem Dänen M. Pontoppidan („Süddeutsche Monatshefte", Januar 1916), auf die Lehrart gesehen, „die dänische Volkshochschulbewegung nicht als eine Erweiterung der Universität, sondern eher als eine Erweiterung der Kirche entstanden . . . Die Art zu belehren und zu beleben, die im Laufe der Zeit durch die Männer der Kirche entwickelt wurde, kam durch den Unterricht in den Hochschulen auf weiteren Gebieten in Gebrauch." Auf dem Katheder der dänischen Volkshochschule hat sich so im Laufe zweier Menschenalter eine besondere und eigenartige Sprache herausgebildet. „Diese Männer", sagt Hollmann, wohl der beste deutsche Kenner der Verhältnisse, „sprechen ohne Ekstase, ohne allen Schwulst oratorischer Ornamentik, aber es geht durch den Vortrag ein tiefer Unterstrom von Gefühl, der zu Herzen dringt und die Aufmerksamkeit gefangen hält." Als tauglich zum Lehrer an der Volkshochschule gilt nur, wer mit den anderen persönlichen Voraussetzungen, zu denen selbstverständlich gründliche Sachkenntnis gehört, diese Gabe des „lebendigen Wortes" vereinigt. Das mahnt auch uns Deutsche bei Gründungen zu peinlicher Sorgfalt in der Auswahl der Lehrkräfte. Nichts könnte der großen Sache empfindlicher schaden, als Massengründungen und hohe Zahlen, hinter denen nicht überall kraftvolle persönliche Wirklichkeit stände. Wie eine rechte Volkshochschule ihre Grundmauern tief hineinsenkt in die geschichtlichen Wirklichkeiten des Volkslebens, so darf ihr Aufbau einzig sich formen aus der gediegenen Wirklichkeit persönlicher Eignung und Leistung, selbst auf die Gefahr hin, daß über hohen Ansprüchen das ganze Werk zunächst nur langsam wachsen sollte. Von heute auf morgen baut man Wellblechbaracken, aber keine gotischen Dome.

Digitized by Google

3. Aufklärung zersetzt, löst Gemeinschaft auf. Das war ja eine ihrer großen geschichtlichen Aufgaben, erstarrte Bindungen zu lösen, Zünfte und Abhängigkeiten zu zerschlagen. Aber die freien Elemente suchten neue, lebendige Bindung, und der in der Menschennatur nun einmal unausrottbare soziale Trieb ist in unseren Tagen daran, ein neues, noch reicheres Einigungswesen zur Entfaltung zu bringen. Dabei aber gewinnt neben dem bloßen Zweckverband zunehmende Bedeutung ein Zusammenschluß so persönlicher Art, daß wir uns, kaum zufällig, wohl an die „Bruderschaft" des Mittelalters erinnert fühlen mögen.

Die Volksbildung alter Art verrät ihre Abkunft vom Zeitalter der Aufklärung auch in ihrem individualistischen Gepräge. Sie hat sich im wesentlichen damit begnügt, den einzelnen mit Buch und Zeitschrift zu versehen oder für eine lehrreiche Stunde in den Vortragssaal einzuladen. Anders die neue Volkshochschule, die ihren tiefen Zusammenhang mit innersten Strebungen der Volksgegenwart auch in der Wertung gemeinsamen Lebens offenbart. Wo irgend die äußeren Verhältnisse es zulassen, sollen Lehrende und Lernende mindestens für einen vollen Winter zu enger Lebensgemeinschaft zusammengeschlossen werden. Es liegt auf der Hand, wie in solchem Schulheim nicht nur die Persönlichkeit des Leiters, zumal des verheirateten, in ganz besonderem Maße sich auswirken, sondern auch die Gemeinschaft selbst zu einer bedeutsamen Macht der Erziehung und Bildung sich entwickeln wird. Um nur eines herauszuheben: welch schöner Geist sozialer Verständigung kann aus solchem Zusammenleben und -streben Angehöriger der verschiedensten Volksschichten und Berufe erwachsen! Welche einzigartige Gelegenheit gerade für Glieder gehobener Stände, besonders für angehende Volkserzieher aller Art, für Lehrer jeder Gattung und Pfarrer, für Richter und Verwaltungsbeamte, für Offiziere, Schriftsteller und Künstler, durch nächste und dauernde persönliche Berührung mit dem einfachen Manne die Volksseele an der Quelle kennen zu lernen und sich tiefer durchdringen zu lassen von dem sozialen Brudergeist, der allein ihnen das innere Recht verleihen kann, als Führer dereinst in ihrem Volke zu stehen. Der Verfasser dieser Zeilen, der zur Zeit in der Front mitarbeitet an einer volkstümlichen „Feldhochschule" mit solch enger Lebensgemeinschaft der Teilnehmer vom Offizier bis zum Gemeinen, vom Akademiker bis zum Bauernsohn und Fabrikarbeiter, könnte viel davon erzählen, wie hier gerade der Geist sozialer Versöhnung und Kameradschaft sich mächtig erwies, Menschen innerlich zu erfassen und über sich selbst hinauszuheben in gemeinsamem geistigen und sittlichen Streben. Mit ihrem gemeinsamen Leben rührt die Volkshochschule in ganz anderem Maße als die alte Volksbildung an wirkliche Bedürfnisse und Kräfte, setzt sie den Hebel an im Herzpunkt gerade des heutigen Volkslebens.

Wir dürfen überhaupt nicht vergessen, daß die Begründer der ersten, der

Digitized by Google

dänischen Volkshochschule letzten Endes ja nicht eine Schule für den „gemeinen Mann" im Auge hatten, sondern eine einheitliche nationale Bildungsstätte im weitesten Sinne. In der „erweiterten Volkshochschule" zu Askov ist eine solche in der Verwirklichung begriffen, und es wird nach Hollmann „immer häufiger, daß auch Angehörige der höheren Berufe, Akademiker, Beamte, Offiziere, den Weg nach Askov suchen, um hier das zu finden, was ihnen in der fachlichen Ausbildung vorenthalten blieb, eine völkische Allgemeinbildung". Auch in Deutschland wäre ein Askov sehr wohl denkbar, auch bei uns erweist sich die innere Gemeinschaft zwischen den Volksschichten bei geistiger Regsamkeit auf allen Seiten jetzt schon weit größer, als unsere Oberschicht heute noch im allgemeinen anzunehmen geneigt ist. Und so mag denn auch eine deutsche Volkshochschule noch einmal, wenn auch nur ein Stück der nationalen Einheitsbildung verwirklichen helfen, an der in Dänemark bereits mit offenkundigem Erfolg gearbeitet wird. Nur ein flüchtiger Ausblick kann das sein in mögliche Zukunft. Er soll uns gewiß nicht den klaren Blick trüben für die so viel bescheidenere Aufgabe nächster Gegenwart, wohl aber darf er uns einmal für einen kurzen Augenblick mit dem stolzen Bewußtsein erfüllen, daß es sich auch in der deutschen Volkshochschule nicht um eine Winkelsache handelt, sondern um ein Werk von vielleicht weittragender Bedeutung für die Zukunft deutscher Bildung überhaupt.

4. Aber verlangt denn unser Volk überhaupt nach der tieferen Bildung, die ihm hier angeboten wird? Will es überhaupt eine solche Schule ohne alle Prüfungen, Berechtigungen und Versorgungsscheine, ohne fachliche Weiterbildung oder sonst greifbare wirtschaftliche und soziale Förderung, eine Schule für Erwachsene mit rein idealen, innerlichen Zielen? Werden nicht doch nur wenige geneigt sein, ihrem Bildungsverlangen alle die Opfer an Zeit und Geld zu bringen, ohne die es doch einmal nicht gehen wird?

Ich versage mir den ausführlicheren Hinweis auf Dänemark, in dem nach etwa 70jährigem Bestehen der Volkshochschule etwa jeder dritte junge Mann und jedes vierte junge Mädchen vom Lande diese dort hochangesehene Anstalt besucht. Wir verkennen nicht, daß in Deutschland die Dinge in mancher Hinsicht anders liegen. Hier mag uns lieber ein Wort Lagardes den Weg weisen: „Die Nation besteht nicht aus der Masse, sondern aus der Aristokratie des Geistes." Aristokraten des Geistes aber gibt es in den unteren Volksschichten wie in den oberen. Ihnen zunächst, die ihrem Stande, ihrer Schicht einmal Führer zu werden bestimmt sind, möchte die deutsche Volkshochschule ihre Tore auftun. Sie sind das Volk, denn sie sind es, die die Masse geistig formen. Ist es nicht eine immer wiederkehrende Beobachtung, daß drei bis vier geistig höherstehende, in gleicher Richtung strebende Männer einem ganzen Dorf sein Gepräge verleihen können? Die deutsche Volkshochschule gründet sich auf jenen echt aristokratischen

Digitized by Google

Führergedanken, der gerade in unseren Tagen steigende Bedeutung zu gewinnen scheint, und dem zum mindesten niemand die Anerkennung versagen wird, daß er tieferem Einblick in die Wirklichkeiten menschlichen Gemeinschaftslebens entspringt als die Schlagworte naiv massendemokratischer Gewöhnung. Echt aristokratische mit echt demokratischer Betrachtung zu höherer Einheit verbindend, möchte die deutsche Volkshochschule zunächst den Besten aus dem Volke eine Stätte geistiger und persönlicher Klärung und Vertiefung bieten, von der sie, zur Führerschaft gründlicher ausgerüstet, fröhlich zurückkehren in die alte Arbeit unter den Berufs- und Standesgenossen. Denn das muß stets zu den obersten Ehrentiteln der deutschen wie dort der dänischen Volkshochschule gehören, daß sie ihrem Zögling den alten, schlichten Beruf nicht verleidet, sondern ihn in seiner sittlichen Größe verstehen lehrt und damit erst recht wert macht. So wird sie, um nur dies eine zu berühren, nicht etwa das Bauerndorf weiter entvölkern helfen, sondern weit eher dem alten Übel der Landflucht entgegenarbeiten, indem sie auch dem Begabtesten die Möglichkeit und Anleitung gibt, sein tieferes Bildungsverlangen in der ländlichen Heimat zu befriedigen. Jenem echten Bildungstrieb wird sie entgegenkommen, der jüngst aus der Frage eines wackeren rheinhessischen Bauern sprach: „Gibt es denn nirgends eine Schule, in der mein Sohn sich weiter bilden und doch Bauer bleiben kann?" „Freie Bahn dem Tüchtigen", ja, aber nicht nur möglichst bald aus dem Geleise zu springen, sondern auch dazu, um im alten guten Geleise weiterzukommen, um aus dem alten Berufe etwas zu machen, darin ebenso gut wie in jedem anderen ein geistiges Leben sich führen läßt. Schönstes Ziel der Volkshochschule wird es bleiben, ihren Zögling mit vertiefter Achtung vor der schlichten Wirklichkeit seines heimatlichen Berufes ins Leben zurückzusenden.

5. Wenn die deutsche Volkshochschule darin, daß sie von einer unmittelbaren Einwirkung auf die Massen absieht, zunächst ein aristokratisches Gepräge tragen wird, so darf sie überzeugt sein, gerade mit solcher Haltung einen um so tiefer gehenden Einfluß auch auf die breiten Volksschichten auszuüben. Peinlich wird sie sich freilich hüten müssen vor jeder Einwirkung im Sinne irgend welcher politischen Partei oder Richtung. Dazu muß ihr die Wahrheit, der sie selbstlos dienen will, zu heilig sein, und die Menschenseele, die sie nicht um dinglicher Zwecke, sondern allein um ihrer selbst willen zu bilden sucht, ein zu kostbares Gut. Nicht dazu ist sie berufen, Urteile zu züchten, die doch nur Vorurteile sein könnten, sondern zur Fähigkeit selbständigen Urteilens zu erziehen, vorerst jene Auslese der Besten, durch ihre Vermittlung aber dann auch die breite Masse. Solche Hebung der Urteilsfähigkeit in der Masse aber erweist sich in einer Zeit wachsender Volksrechte deutlich genug zugleich als dringende Staatsnotwendigkeit. Dem Volke erweiterte Rechte am Staat einzuräumen, ohne gleichzeitig

Digitized by Google

auf seine tiefere Bildung bedacht zu sein, hieße Volk und Staat zugleich verraten. So wurzeln die Ziele der Volkshochschule tief in den Wirklichkeiten und Notwendigkeiten auch unseres Staatslebens.

Es ist in einer kurzen Betrachtung nicht entfernt möglich, die überaus vielseitige Bedeutung unseres Gegenstandes auch nur annähernd zu umschreiben. Wer sich in der Frage der Volkshochschule ein begründetes Urteil bilden will, wird nicht umhin können, das grundlegende Buch von A. H. Hollmann über „die dänische Volkshochschule" (Berlin, Parey 1909. 3 Mark) durchzuarbeiten. Hier kam es uns vorwiegend nur darauf an, an einzelnen Beobachtungen den Nachweis zu führen, wie der Volkshochschulgedanke gegründet ist in ehrfürchtiger Achtung vor den tieferen Wirklichkeiten des Lebens, des Seelen-, Volks- und Staatslebens, wie er klarerem Einblick in diese Wirklichkeiten seine Entstehung verdankt als alles Bemühen, mit bloß mechanischen Mitteln unseres Volkes Zukunft zu sichern. Denn letzte Wirklichkeit auch des Volkslebens ist und bleibt doch der lebendige Mensch mit allen seinen äußeren und inneren Kräften, wie er, in seinen edlen Anlagen entwickelt, hervorgeht aus der Hand des Erziehers. Es ist dieselbe Wirklichkeit, vor die jenes Wort Fichtes uns stellt: „Dasjenige Volk, welches bis in die untersten Schichten hinein die tiefste und vielseitigste Geistes- und Gemütsbildung besitzt, wird zugleich das mächtigste und glücklichste sein unter den Völkern seiner Zeit, unbesiegbar für seine Nachbarn, beneidet von den Zeitgenossen und ein Vorbild der Nachahmung für sie."

Notizen

Ein Weg zum sozialen Frieden. Auf der Versammlung der Berliner Soldatenräte, die in der ersten Dezemberhälfte d. J. stattfand, hat der Volksbeauftragte Barth Mitteilung von einer geplanten Verordnung gemacht, wonach jedem Arbeiterrat das Recht zustehen soll, in die Betriebsleitungen der einzelnen Industriebetriebe zwei Arbeiter zur Einsichtnahme in den Betrieb zu entsenden. Manchem Unternehmer wird diese „Beaufsichtigung" gewiß nicht willkommen sein, aber bei vernünftiger Handhabung und fester Umgrenzung der Rechte dieser Arbeiterdelegierten kann sich hier ein guter Weg zur Überbrückung des sozialen Gegensatzes zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber öffnen. Besser als tausend noch so wohl begründete theoretische Widerlegungen der Ausführbarkeit gewisser sozialer Theorien wird diese praktische Mitarbeit dem Arbeiter zeigen, wo

Digitized by Google

die Grenzen seiner Forderungen gegenüber den Verhältnissen in der Wirklichkeit zu ziehen sind. Hier ist die Möglichkeit gegeben, sich menschlich kennen und verstehen zu lernen, vielen Märchen über das „Drohnendasein" oder die „Sklavenhalterallüren" der Unternehmer für immer das Wasser abzugraben und den Arbeiter Verständnis gewinnen zu lassen für die Bedeutung des Unternehmertums und seine Stelle im Wirtschaftsleben des Volkes. Einsichtigen Unternehmern bietet sich hier die Möglichkeit, einmal rückhaltlos den Arbeiter in die ungeheure Kompliziertheit eines großen Betriebes mit aller damit verbundenen Verantwortlichkeit einzuführen, ihm klar zu machen, daß auch der Unternehmer bei Gefahr des Unterganges bestimmten wirtschaftlichen Gesetzen nicht entgegenhandeln darf, daß auch er nicht nur „treibt", sondern ebensosehr „getrieben" wird von Kräften, die außerhalb seines Machtbereiches liegen. Der Eintritt der Arbeiter in die Verwaltungsmaschinerie hat hier nach anfänglicher Verachtung des „Intellektuellen" doch schnell zu der Erkenntnis geführt, daß der vielgehaßte Beamte nicht nur als „Schmarotzer" bezeichnet werden kann, daß die Bedeutung des intellektuellen Elementes ungeheuer ist und daß die Ausschaltung des „Bourgeois" nicht ohne eigene Schädigung erfolgen kann. Das beste Mittel gegen wirtschaftspolitische Ideologien ist die harte Wirtschaftspraxis mit ihrem Kampf ums Dasein! Darum komme man den Arbeiterdelegierten mit Verständnis und gutem Willen entgegen, man zeige ihnen rückhaltlos, wie viele Dinge in Wirklichkeit aussehen gegenüber den schönfärberischen Darstellungen in Reden und Flugblättern. Der deutsche Arbeiter ist in seiner Mehrzahl so hoch gebildet, so ruhig und innerlich gerecht, daß der Unternehmer sich furchtlos seiner Mitarbeit freuen darf, da nur durch Mit-Arbeiten, nicht durch Gegeneinander-Arbeiten die Möglichkeit zur Schlichtung des wirtschaftlichen Chaos sich bietet. Als aufmunterndes Beispiel kann hier die Entwickelung der Industrie-Kartellbildung dienen. Aus den ursprünglich einander todfeindlichen Unternehmern ist hier in Erkenntnis der gemeinsamen Interessen ein Zusammenarbeiten entstanden, das zwar einschneidend in das „Hausrecht" des einzelnen Kartellmitgliedes eingreift, aber schließlich so viele und bedeutsame Vorteile bringt, daß heute niemand mehr den alten Zustand des Kampfes Aller gegen Alle herbeiwünschen möchte. So gilt es sich auch gegenüber der „Mitregierung" des Arbeiters zu stellen, nicht hemmen soll sie, sondern das Höchste des wirtschaftlich Erreichbaren zu erlangen helfen, der deutschen Industrie den für die Zukunft so überaus wichtigen inneren Frieden bringen. Dazu ist gewiß eine tiefgehende Gesinnungsänderung in der Seele des Unternehmers notwendig, er muß den Herrenstandpunkt verlassen und seine Tätigkeit in sozialem Sinne erfassen lernen als eine Art Amt der Gemeinschaft der Volksgenossen gegenüber. Guter Wille muß von beiden Seiten das Werden des Neuen erleichtern helfen, Verständnis und Achtung sind die unerläßlichen Bedingungen, die die Schließung eines „Kartells zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern" allein ermöglichen. Auf dem Wege dazu sind wir, gehen wir ihn mit dem entschlossenen Willen zur Zukunft, mit dem Willen zur Mit- nicht zur Gegeneinander-Arbeit, dann wird die Welt zu ihrem Staunen erleben, welche Riesenkräfte einem Volk aus seiner tiefsten Not wachsen können und wie der furchtbare Krieg uns zusammengeschweißt hat zu einer einigen und freien Nation! Oskar Wingen.

Die Zukunft des deutschen Handels mit dem Osten. Die deutsch-ukrainische Gesellschaft gibt eine eigene Zeitschrift „Die Ukraine" heraus, der wir folgende interessante Ausführungen entnehmen:

Wird nach dem Kriege der deutsche Handel in der Ukraine noch ein Betätigungsfeld finden können, da die Entente drauf und dran ist, sich in Großrußland und der Ukraine

Digitized by Google

politisch festzusetzen? Auf diese Frage hat ein Vortrag des Professors Grinewezki in Kijew eine Antwort gegeben, die für uns von um so größerem Interesse ist, weil sie aus feindlichem Munde stammt. Das Zeugnis für die guten Aussichten des deutschen Handels in der Ukraine verdienen daher die größere Beachtung seitens der deutschen Industrie und des deutschen Handels.

Prof. Grinewezki begann damit, daß Rußland und die Ukraine für die beiden kriegführenden Mächtegruppen ein gleichwichtiges Interessengebiet darstellten. Während aber Deutschland an den beiden Ländern mehr vom Gesichtspunkte des Warenaustausches interessiert sei, stellte sie für England, Amerika und Frankreich fast ausschließlich ein Betätigungsfeld für kapitalistische Bestrebungen dar. Die Absicht der ehemaligen russischen Verbündeten, den Osten zu einem starken blühenden Wirtschaftsstaat umzuwandeln, findet einzig und allein in den Wünschen Englands und Amerikas seine Erklärung, Rußland für seine kapitalistischen Produktionszwecke auszunutzen. Auf dem Gebiet des Warenaustausches und insbesondere der Ausfuhr nach Rußland und der Ukraine können England und Amerika mit Deutschland nicht erfolgreich konkurrieren, da die günstige geographische Lage Deutschlands diesem einen Vorsprung gibt, den die beiden Westmächte durch keinerlei Maßregeln wettmachen können. Infolgedessen wird für sie die Interessiertheit am russischen und ukrainischen Warenaustausch immer ein begrenzter sein, weil eben der Osten für sie nur ein Markt zweiter Ordnung darstellt und in Übereinstimmung hiermit nicht genügend intensiv organisiert und bearbeitet werden wird.

Ganz anders steht es mit Deutschland. Abgesehen davon, daß es schon vor dem Kriege an hervorragender Stelle als Lieferant und Bezieher für Rußland dastand, werden seine Blicke sich jetzt, wo der anglo-amerikanische Westen wahrscheinlich für Deutschland aufgehört haben dürfte als Interessengebiet erster Ordnung in Frage zu kommen, in verstärktem Maße auf den Osten richten. Die in einzelnen Kreisen Rußlands und der Ukraine verbreitete Anschauung, als ob die deutsche Industrie durch den Krieg für längere Zeit in ihrer Leistungsfähigkeit herabgebracht worden ist, und im Osten keinerlei größere Aufgaben mehr erfüllen könne, sei ein kindlicher Gedanke, denn es unterliegt keinem Zufall, daß die deutsche Industrie sich verhältnismäßig leicht und schnell auf die Bedürfnisse der Friedenszeit einstellen wird. Jedenfalls muß der Osten damit rechnen, daß die Erstarkung des wirtschaftlichen Einflusses Deutschlands, insbesondere innerhalb der Gebiete des ehemaligen Russischen Reiches, eine Erscheinung ist, die für unumstößlich hingenommen werden muß, eine Entscheidung ferner, die durch keine politischen Maßnahmen mehr rückgängig gemacht werden kann und mit der man sich deshalb allerseits aussöhnen muß.

Neuerscheinungen

Von Feinden und Freunden.

Rabindranath Tagore spricht sich in einer Schrift des „Neue-Geist-Verlag" (Leipzig) über den „Geist Japans", sein Verhältnis zu dem des Ostens und zu Europa aus. Er sagt über das Verhältnis Japans zu Asien: „Das moderne Japan ist aus dem uralten Osten entsprossen wie die Lotusblume, die sich leicht und anmutig in der Luft wiegt und

Digitized by Google

doch fest und tief in dem Boden wurzelt, dem sie entsprungen." „Japan hat uns gelehrt, daß wir die Losung unserer Zeit lernen müssen, um ihrer Schildwache antworten zu können; sonst werden wir vernichtet. Japan hat Asien die Kunde gebracht, daß der alte Same den Lebenskeim in sich birgt, daß er nur in den Boden der neuen Zeit gesenkt zu werden braucht." Wegen des Verhältnisses zu Europa wendet er sich an Japan unmittelbar: „Von allen Ländern in Asien habt ihr in Japan die Freiheit, das, was ihr vom Westen bekommen habt, nach eurem Sinn und eurem Bedürfnis zu nutzen." „Der Osten wird das Bild der modernen Zivilisation ändern, indem er da Leben einhaucht, wo sie Maschine ist, an Stelle kalter Berechnung menschliches Gefühl setzt, nicht so sehr nach Macht und Erfolg fragt, als nach harmonischem und lebendigem Wachstum, nach Wahrheit und Schönheit." Bemerkenswert ist die Auslegung des Begriffes modern: „Das wahrhaft Moderne ist Freiheit des Geistes, nicht Sklaverei des Geschmacks. Es ist Unabhängigkeit des Denkens und Handelns, nicht Unmündigkeit unter der Vormundschaft europäischer Schulmeister. Es ist Wissenschaft, aber nicht ihre verkehrte Anwendung im Leben, eine bloße Nachahmung unserer Lehrmeister in der Naturwissenschaft, die sie zum törichten Aberglauben herabwürdigen, indem sie ihre Hilfe zu allen möglichen und unmöglichen Zwecken anrufen". Darum muß „Japan bedenken, daß die wahre Macht nicht in den Waffen selbst liegt, sondern in dem Mann, der diese Waffen schwingt; und wenn er in seinem eifrigen Streben nach Macht seine Waffen auf Kosten seiner Seele vervielfältigt, so ist er selbst in größerer Gefahr als seine Feinde." „Wenn man den Geist eines ganzen Volkes mit maßloser Eitelkeit auf seine Überlegenheit erfüllt, wenn man es lehrt, stolz zu sein auf sittliche Stumpfheit und auf seinen durch Unrecht erworbenen Reichtum, wenn man die Demütigung besiegter Völker dauernd macht, indem man Siegestrophäen zur Schau stellt und sie in den Schulen benutzt, um im Herzen der Kinder Verachtung für andere großzuziehen, so ahmt man dem Westen da nach, wo er eiterndes Geschwür ist, das immer weiter um sich frißt, bis in seinen Lebenskern." So beantwortet Tagore die Frage, von der er ausging: „Hat der Instinkt des Westens recht, der sein nationales Wohl aufbauen will hinter einer Mauer von Mißtrauen gegen die ganze Menschheit? Man müßte die Schrift ausschreiben, um alle die richtigen Sätze zitieren zu können, mit denen er eine Antwort im einzelnen begründet.

K. Hönn.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a I. Für Anzeigen F. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 90. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.70, übriges Ausland M. 8.—. Einzelnummer 50 Pfg. / Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Ermann, Berlin SW 48.

Digitized by Google

4. Jahrgang * 10. Januar 1919 * Heft 2

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

5. Januar 1919.

Der neue Leiter des Auswärtigen Amtes, Graf Brockdorff-Rantzau, hat in seiner ersten Kundgebung als Handwerkszeug zur Erzielung eines Friedens des Rechtes „Wahrheit und Offenheit" bezeichnet. Erfreulicherweise hat er aus dieser Formel für Deutschland nicht nur Pflichten, sondern auch Rechte abgeleitet: „Wenn der Grundsatz gelten soll, der Balkan den Balkanvölkern, so wird es auch heißen müssen: Deutschland den Deutschen."

*

Die Wiederholung des Wunsches der deutsch-österreichischen Regierung nach Zusammenschluß mit dem bisherigen Deutschland hat dem neuen Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Gelegenheit gegeben, die Unterlassungssünde des bisherigen Volksbeauftragten Haase wieder gutzumachen, der es für „diplomatisch" hielt, die großdeutsche Frage auf die lange Bank zu schieben.

*

Das Auftauchen Radeks auf dem Parteitag der Spartakusleute war selbst für Berlin eine Sensation ungewöhnlicher Art. Sein Vorschlag an das deutsche Volk, zusammen mit den Truppen der Sowjetrepublik am Rhein dem Kapitalismus eine Niederlage beizubringen, fiel selbst der Rosa Luxemburg auf die Nerven, die eben erst den Spartakusbund als ewigen Frieden ausgelobt hatte. Je länger die Regierung der Mehrheitssozialisten damit zögert, ihr Verhältnis zum bolschewistischen Rußland klarzustellen, um so schwieriger wird ihre Lage. Ohne radikalen Trennungsschnitt wird sie nicht auskommen, schon weil Deutschland sonst seitens der Entente neue Schwierigkeiten erwachsen dürften.

*

Digitized by Google

So unglaublich es klingen mag, die Bekämpfung der „antirevolutionär verseuchten Mehrheitssozialisten" durch das Parteiorgan der Unabhängigen Sozialisten ist gänzlich in den Hintergrund gerückt. Die Männer der „Freiheit" sind selbst durch den Spartakusbund in die Verteidigung gedrängt worden. Damit nicht genug, hat ihr Vorsitzender Ledebour die Fahne der Empörung im eigenen Lager entrollt, weil er unter keinen Umständen mit dem Spießbürger Haase auf einer Wahlliste stehen will. Im Parteiorgan wird ihm dafür „sein parteizerstörendes Vorgehen" öffentlich bescheinigt. Aber auch beim Spartakusbunde kann der Revolutionstribun Ledebour keinen Anschluß finden, weil die neugegründete Partei gegen den Willen Liebknechts und Rosa Luxemburgs die Teilnahme an der Nationalversammlung ablehnte. Die äußerste Linke befindet sich demnach in völliger Auflösung und besäße keinerlei Bedeutung, wenn die Regierung in Berlin die Energie aufbrächte, mit dem Terror dieser Elemente aufzuräumen.

*

Endlich haben sich auch die preußischen Minister von der Unabhängigen-Partei entschlossen, ihre Posten zur Verfügung zu stellen. Damit hat auch der Konflikt Hänisch-Adolf Hoffmann seine Lösung gefunden. Jedoch nicht nur Adolf Hoffmann ist jetzt seine reichszerstörende Kirchenpolitik unmöglich gemacht, sondern auch Herr Cohn, der Vermittler der russischen Millionen, mit denen Barth die deutsche Revolution finanziert hatte, ist erledigt.

Der Kampf geht jetzt um das Berliner Polizeipräsidium, das der Söldling der bolschewistischen Telegraphenagentur und Waffenlieferant der Spartakusleute nicht freiwillig räumen will. Ihm zu Ehren hat Spartakus die Berliner großen Blätter nebst dem Wolffschen Telegraphen-Büro beschlagnahmt.

Noske, der neue Volksbeauftragte, wird jetzt zeigen müssen, ob er in der Lage ist, wieder Ruhe und Ordnung in Berlin zur Herrschaft zu bringen, oder ob in Berlin die Revolution zur Anarchie ausarten wird.

*

In Italien ist es zu einer Regierungskrise gekommen. Der kriegerische Flügel der Sozialdemokratie unter Bisolati ist aus der Regierung ausgeschieden und hat sich wieder dem kriegsfeindlichen Flügel genähert. Beide gemeinsam fordern die Einberufung einer konstituierenden Versammlung. Wenn auch diese Bewegung ohne Zweifel nicht unbeträchtlich ist, so sind doch wieder Orlando und Sonnino mit der Kabinettsbildung betraut worden, weil sie noch eine wenn auch verminderte Majorität besitzen.

Digitized by Google

Regierung, Parteien und Wahl

Von Dr. Paul Rohrbach

Wenn in der Regierung oder in der politischen Lage bis zu den Wahlen für die Nationalversammlung keine Wunder geschehen, so wird vermutlich die Regierung für ihre bisher bewiesene Unfähigkeit, Deutschland in dieser Zeit zu führen, eine so deutliche Quittung erhalten, wie sie nur je Regierenden erteilt worden ist. Als bei Ausbruch der Revolution die Sozialdemokratie die Staatsleitung übernahm, lagen zwar die Schwierigkeiten vor ihr, die sich aus der militärischen Niederlage und dem inneren Zusammenbruch ergaben, aber im übrigen konnte sie mit Verhältnissen rechnen, die günstiger waren als sie irgend sonst hätte erwarten dürfen. Entscheidend wirkte, daß im Augenblick der Umwälzung der monarchische Gedanke so gut wie alle Kraft verloren hatte. Wäre das nicht der Fall gewesen, hätte in weiten Kreisen der Nation noch ein starkes, auf die Dynastien und vor allem auf die Hohenzollern gerichtetes Empfinden bestanden, so wäre das republikanische sozialdemokratische Regime schon an der Klippe des Widerstrebens gegen die Beseitigung des Kaisertums und des preußischen Königtums gescheitert. Nichts dergleichen aber gab es. Die Staatsform der Republik wurde fast widerspruchslos hingenommen, von den einen gleichgültig, von den anderen zustimmend, und selbst ihre Gegner fühlten, daß Widerstand äußerlich und innerlich gleich unmöglich war. So beispiellos leicht wäre es in dieser Beziehung der Sozialdemokratie unter keinen anderen Umständen geworden.

Der zweite große Vorteil, den sie genoß, war der, daß die Übernahme der Regierung durch die sozialdemokratischen Parteiführer in der Form, wie es geschah, zunächst von jedermann als Befreiung von weit größeren Sorgen, von der Furcht vor Terror, Anarchie und Hungersnot empfunden wurde. Die ganze Nation, alle Stände und Schichten, selbst die alten grundsätzlichen und scharfen Gegner der Sozialdemokratie, kamen ihr mit momentaner Dankbarkeit und relativ gutem Willen entgegen. Auch der staatliche und kommunale Apparat stellte sich ihr zur Verfügung und mit einer unter solchen Umständen beispiellosen Loyalität erwarteten alle Behörden ihre Order von der neuen Regierung. Die verschwindend wenigen Fälle, in denen persönlicher Widerstand auftrat, illustrieren erst recht, wie geschlossen im ganzen die Bereitwilligkeit ihr gegenüber war. Dazu kam noch, daß durch den Krieg auch dem eigentlichen sozialdemokratischen Prinzip der Sozialisierung des Staats- und Wirtschaftslebens, sowohl tatsächlich als auch im öffentlichen Bewußtsein weitgehend vorgearbeitet war. Zugeständnisse, um die unter anderen Verhältnissen die Sozialdemokratie erst den erbittertsten Kampf hätte bestehen müssen, wurden ihr von der allgemeinen Stimmung teils fertig entgegengetragen, teils waren die Widerstände so gelockert, daß sie beim ersten

Digitized by Google

Anstoß fallen mußten. Was haben wir nun trotz dieser für das neue Regime so günstigen Voraussetzungen erlebt? Was hat die Sozialdemokratie geschafft? Wie steht sie nach ihren Leistungen, nach ihrem Ansehen und nach den Erwartungen, die man von ihr hegen kann, da?

Die Antwort auf diese Frage ist kritisch für die Regierung. Die deutsche Industrie treibt, durch die aufgehetzten, rasend gegen die Werke und gegen sich selbst wütenden Arbeiter, der drohenden Vernichtung in Kürze entgegen. Der Kohlen- und Eisenbergbau, der Lebensnerv des industriellen Deutschland, steht in wichtigen Zentren vor dem Erliegen. Eine sinnlos gewordene Masse zertrümmert die letzten materiellen Hilfsmittel, die Deutschland in seiner furchtbaren Lage noch geblieben sind. In den Großstädten und in den Industriebezirken steht der anarchische Terrorismus auf dem Sprunge, die Gewalt an sich zu reißen. Er verfügt über Maschinengewehre und Handgranaten, über reichliche Munitionslager und millionengefüllte Kassen.

Überall, wo gearbeitet wird, in den Staatswerkstätten, wie in den privaten Betrieben, sind die Qualität und die Gewissenhaftigkeit der Arbeit gesunken, zwei Arbeiter leisten kaum noch soviel, wie früher einer. Was der Stolz des deutschen Volkes war, sein Pflichtgefühl gegenüber der Arbeit, ist dahin. Ein deutsches Volksheer gibt es nicht mehr; die Polen reißen sich Stücke aus dem Leibe Deutschlands und die russischen Bolschewisten drängen widerstandslos gegen unsere Grenzen vor. Das Vertrauen des Auslandes und die deutsche Valuta fallen ins Bodenlose. Schon spricht man draußen davon, es könne nötig werden, da Deutschland doch in Anarchie versinken werde, einen Kordon um Deutschland zu ziehen und den deutschen Brandherd bis zur Schlacke in sich ausbrennen zu lassen — so wie noch vor einem halben, vor einem viertel Jahr wir vom bolschewistischen Rußland sprachen. Nichts ist geschehen zur Wiederherstellung des moralischen Ansehens der Deutschen in der Welt. Nichts ist geschehen, um in der Frage der Schuld am Kriege, die für den Verlauf der Friedensverhandlungen in mehr als einer Hinsicht entscheidend werden kann, die Stellung Deutschlands zu verbessern: eine notwendige und eine durchaus mögliche Aufgabe, die, wenn sie nicht rechtzeitig in Angriff genommen wird, mit dem Gewicht einer moralisch vernichtenden Schuld auf die Verantwortlichen zurückfallen wird.

Die sozialdemokratische Regierung verfügt über ehrliche und wohlmeinende Männer, aber diese selben Männer haben uns ungeachtet ihrer guten Absichten politisch und wirtschaftlich schon bis an den Rand einer Katastrophe treiben lassen. Ein Beispiel dafür, wie es bisher an fester Führung und praktischer politischer Fähigkeit gefehlt hat, bilden die Vorgänge in Berlin. Jedermann weiß, und die besonnenen Sozialdemokraten wissen es wahrscheinlich noch besser als andere Leute, daß die schwerste Gefahr von der Bewaffnung der unorganisierten Massen

Digitized by Google

droht, der dunklen anarchischen Existenzen, und von dem Einfluß unserer Bolschewisten, des sogenannten Spartakusbundes, auf jene. Unausdenkbar, was über Deutschland hereinbricht, wenn diese Hölle losgelassen wird! Nun kommen die Truppen aus dem Felde, die Regimenter ziehen in Berlin ein, ihre Stimmung ist klar. Es bedarf nur eines kurzen Entschlusses in der Regierung, und die Entwaffnung ist schnell und mit wenig Opfern durchgeführt. Der Entschluß aber fehlt, das Wort kommt nicht rechtzeitig, ein großer Teil der Soldaten wird nach Hause entlassen oder entläßt sich selbst, der Rest wird halb von den Bolschewisten infiziert, halb verfliegt bei ihm die von der ungebrochenen Front mitgebrachte Stimmung; dann, als es zu spät ist, will man das Versäumte nachholen, aber das Ergebnis ist eine Vollniederlage. Natürlich kommt es davon, daß in der Regierung Gemäßigte, Radikale und Halb-Bolschewisten zusammengespannt waren, aber die Idee, daß ein solches Gespann den Volkswagen nach irgendeiner Seite hin vernünftig würde ziehen können, war eben unmöglich.

Noch krasser tritt die Unfähigkeit, rechtzeitig zu handeln, in den Ostfragen hervor. Eine so entschieden links gerichtete Persönlichkeit, wie der frühere Oberst Gädke, schreibt im „Vorwärts": „Ein Volk mag noch so sehr durchdrungen sein von dem Ideal eines ewigen Friedens, wenn seine Nachbarn nicht von dem gleichen Gedanken erfüllt sind, muß es fechten oder untergehen. In dieser Lage befinden wir uns an unserer gesamten Ostgrenze. Auch die deutschen Arbeiter und die Berliner insbesondere, werden schwer zu leiden haben, wenn das wirtschaftliche Gebiet mehr und mehr verengt wird. Für uns handelt es sich an unserer Ostgrenze um Leben oder Sterben, um unsere ganze Zukunft". Im Zusammenhang hiermit fordert der Verfasser rein deutsche Truppenteile für Westpreußen, Ostpreußen, Posen und Oberschlesien. Stadt und Festung Posen müssen unter allen Umständen wieder in deutsche Hand gebracht werden. „Geht mit dieser Stadt, die bisher eine der stärksten Grenzfestungen Deutschlands war, die ganze Provinz Posen verloren, dann liegt unsere Ostgrenze nur noch 120 Kilometer von Berlin ab. Der starke Verteidigungsabschnitt der Warthe- und der Obraniederung ist dann in den Händen der Polen; die deutsche Grenzverteidigung aber liegt für derhin an der Oder bei Frankfurt und Küstrin, 80 Kilometer von Berlin entfernt. Wir entsinnen uns aus der Beschießung von Paris, daß die Riesengeschütze unserer Zeit diesen Raum spielend überwinden." Demgegenüber zeigt der Bericht des preußischen Ministers Ernst über Posen, daß gerade an dieser Stelle im Osten die Regierung den furchtbarsten Bankerott gemacht hat, den man sich denken kann. Er besagte mit dürren Worten, vor zwei Wochen wäre es wohl noch möglich gewesen, mit einer mäßigen Kraftanstrengung

Digitized by Google

die deutsche Autorität aufrecht zu erhalten, jetzt aber genüge nicht einmal mehr „eine ganze Division", die der Regierung in Berlin auch gar nicht zur Verfügung stände, um die Lage wiederherzustellen; die Polen seien entschlossen, die Provinz Posen von Deutschland abzutrennen, und man müsse versuchen, sich gütlich mit ihnen zu verständigen. Kann ein Urteilsspruch über eine Regierung noch vernichtender ausfallen, als die Worte ihres eigenen Mitgliedes?

Zu spät war es in Berlin, zu spät ist es in Posen. Zu spät wird es vielleicht auch in Oberschlesien sein, zu spät für die Rettung der Bergwerke und der Industrie, zu spät für die Sicherung der Wahlen gegen die Spartakusleute, zu spät für die Wiederherstellung einer noch so beschränkten brauchbaren deutschen Wehrmacht, zu spät, um bei den Friedensverhandlungen durch Ausnutzung der moralischen Faktoren für Deutschland zu retten, was noch gerettet werden könnte, und zu spät für die Regierung, etwas entscheidendes für die Herstellung ihrer moralischen wie ihrer tatsächlichen Autorität zu tun.

Wie steht es im weiteren Osten, in der Ukraine und im Baltischen Gebiet? In der Ukraine ist es nun glücklich soweit gekommen, daß etwa 200 000 Mann deutsche Truppen nicht vorwärts und nicht rückwärts wissen und hilfeflehende Telegramme schicken: der Rückweg in die Heimat zu Lande sei ihnen abgeschnitten, man möge Schiffe schicken! Dabei hat die Ukraine gegenwärtig eine sozialdemokratische Regierung — in allen wesentlichen Punkten ihres sozialistischen und politischen Programms eine Gesinnungsgenossin des deutschen Sozialismus. Welch ein Maß von Unfähigkeit, die Dinge zu beherrschen, hat dazu gehört, um es von der Erhebung der republikanischen ukrainischen Sozialisten gegen die zum Großrussentum abschwenkende Hetmansdiktatur bis heute zu den blutigen Kämpfen zwischen den deutschen Soldaten und denen der ukrainischen Republik, zur Verlegung der Transportwege, zur momentanen Feindseligkeit der ukrainischen Volksstimmung gegen Deutschland und zur vollständigen Verfahrenheit der Lage kommen zu lassen! Nur der bescheidensten Einsicht in die Verhältnisse und weniger klarer Weisungen hätte es bedurft, um alles in verhältnismäßiger Ordnung sich abwickeln zu lassen.

Im Baltikum ist den Bolschewisten Riga und damit die Dünalinie preisgegeben worden. Der dortige Bevollmächtigte des Reiches, Winnig, hat mit äußerster persönlicher Hingabe getan, was möglich war, sein Verdienst ist es, wenn es einem erheblichen Teil der Reichsdeutschen und deutschen Balten in Livland und Kurland gelingt, sich wenigstens persönlich zu retten. Er ist aber gescheitert an der vollkommenen Auflösung unserer dortigen Truppen, die nur noch eine Herde besinnungslos nach Hause drängender Menschen sind, ohne Verstand und Gefühl für die furchtbaren Folgen, die aus ihrem Verhalten entstehen können. Da die Düna gefroren ist, so liegen jetzt auch Kurland und Litauen offen vor den Bolsche-

Digitized by Google

wiften da. Diese sind überraschend gut disziplinierk und bewaffnet und entschlossen geführt. In einigen Wochen können sie von Johannisburg bis Memel an der ostpreußischen Grenze stehen. In Berlin hat die Regierung keine Division, um Posen wiederzunehmen, das Kriegsvorräte genug für eine polnische Invasionsarmee nach Oberschlesien und Westpreußen enthält, und in Allenstein werden die heimkehrenden Truppen mit Maschinengewehrfeuer begrüßt. Was ist dann zu erwarten, wenn die Bolschewisten auf Königsberg und Gumbinnen marschieren? Sollen sich die Deutschen in Ost- und Westpreußen retten, indem sie eine eigene Republik erklären und zwischen den A.- und S.-Räten im Rücken und den russischen Bolschewisten in der Front eine hinreichende starke Freiwilligenarmee bilden? Das Zeug dazu wird man dort wohl noch am ehesten haben. Mit welchen Aussichten aber geht eine Regierung, die es zu solchen Möglichkeiten hat kommen lassen, in die Wahlen!

Optimisten versichern, daß jetzt eine Ära größerer Energie in der Regierung bevorstehe, und einige Anläufe scheinen in der Tat gemacht zu werden. Ohne eine ausreichende und disziplinierte Truppenmacht aber muß es bei Anläufen, d. h. beim Unzulänglichen, bleiben. Man wird die Probe daran machen können, was im Osten geschieht. *Wenn die Regierung dort nicht wieder vollständig Herr der Lage wird, so ist sie moralisch gerichtet als die Verderberin Deutschlands.* Keine Deklamationen und Entschuldigungen werden dies Brandmal von ihr nehmen können. Politik machen, heißt die gegebenen Verhältnisse richtig beurteilen und das mögliche tun, um die Folgerungen, die sich aus ihnen ergeben, zu verwirklichen. Was aber die Regierung gemacht hat, war überhaupt keine Politik, denn man kann es nicht Politik nennen, wenn jemand meint, mit dem Glauben an die magische Kraft irgendwelcher Prinzipien, mit Beschwörungsformeln und mit gelegentlichen verspäteten und verzagten Versuchen zu irgend etwas, das wie Handeln aussehen soll, eine verzweifelte Lage meistern zu können, wie die, in der Deutschland sich befindet.

Auch der wohlwollende leidenschaftslose Beurteiler kann nur finden, daß die Regierung in den knapp zwei Monaten, die sie am Ruder ist, bisher überwiegend Beweise ihrer Nichtbefähigung erbracht hat, Deutschland in schwerer Zeit zu lenken. Der Wirrwarr in der Ukraine, die Preisgabe des Vorgeländes zwischen der Düna und der deutschen Grenze, das den Schutz Ostdeutschlands vor dem Einmarsch der russischen Bolschewisten bildet, vor allem aber der klägliche und kopflose Verlust von Posen und die Gefährdung von Oberschlesien und Westpreußen sind Argumente, nach denen keine Diskussion möglich ist. Sie stehen aber nicht am Anfang, sondern am — vorläufigen — Ende einer langen Reihe von Zeugnissen. Für einen großen Teil der öffentlichen Meinung in Deutschland sind sie gleichsam die letzten Tropfen, die das Faß zum Überlaufen gebracht haben. Hiernach ist es

Digitized by Google

nicht mehr möglich, daß die Sozialdemokratie, auch die gemäßigte, noch eine innere Werbekraft für die Wahlen bei solchen Wählern entfaltet, die ihr nicht von vornherein parteimäßig fest angehören. Wären die Wahlen zur Nationalversammlung innerhalb der ersten vier oder fünf Wochen nach der Revolution erfolgt, was sich bei einiger Energie hätte machen lassen, so hätte die geeinigte Sozialdemokratie leicht über 50 Prozent der Stimmen bekommen können. Nicht wenige Bürgerliche waren bereit, ja manche vollzogen selbst den Schritt, sich ihr anzuschließen, weil ihnen die Zukunft auf der Seite der sozialistischen Idee und des unleugbar gewaltigen, äußeren Erfolges der Sozialdemokratie zu liegen schien. Das war in jedem Falle unbesonnen gehandelt, erstens, weil über die Leistungen der neuen sozialistischen Regierung im voraus gar nichts feststand, und zweitens, weil, je stärker durch solchen bürgerlichen Zuzug gegenüber den anderen Parteien die Sozialdemokratie im ganzen wird, desto sicherer vorauszusehen ist, daß ihr gemäßigter Flügel der Gefangene des radikalen wird. Hat die Sozialdemokratie in der Nationalversammlung die Mehrheit, so zwingen die Radikalen die Gemäßigten immer weiter nach links; sind die Bürgerlichen in der Mehrheit, so können die gemäßigten Sozialisten zusammen mit der bürgerlichen Linken positive politische Werte schaffen.

Die Katastrophe im Osten, von Posen bis Riga (die in der Ukraine wird das Gros unseres Publikums noch begreifen) als Schuld der sozialdemokratischen Regierung, das zu erwartende weitere Umsichgreifen der Polen, der Anmarsch der Bolschewisten gegen die deutsche Grenze und der jeden Tag drohende Verlust Oberschlesiens haben schon heute die sichere Folge gehabt, daß die sozialdemokratische Stimmenzahl bei der Wahl noch geringer ausfallen wird, als es nach der um sich greifenden Zerrüttung aller unserer Verhältnisse, nach den Produktionen im Zirkus Hoffmann und nach den Berliner Weihnachtsereignissen ohnehin der Fall gewesen wäre. Gelingt es der Regierung, bis zu den Wahlen wenigstens Posen zurückzuerobern und den übrigen Osten zu sichern, so mag die Sozialdemokratie für die Nationalversammlung noch mit einem blauen Auge davonkommen. Wo nicht, so hat sie für alle diejenigen Wähler, die überhaupt noch ein Organ für das Interesse Deutschlands und des deutschen Volkes besitzen, allen politischen Kredit verloren.

Die wahlpolitische Situation hat sich dadurch, daß die Sozialdemokraten sich in zunehmendem Tempo als regierende und regierungsfähige Partei diskreditieren, nach einer bestimmten Seite hin vereinfacht. Auf Zulauf von rechts hat die Sozialdemokratie kaum noch zu rechnen. Was geschieht, wenn die Spartakusleute eine gewaltsame Hinderung der Wahlen versuchten, bleibt eine Sache für sich. Abgesehen hiervon aber lassen sich ziemlich klare Richtlinien für die Wahl-

Digitized by Google

politik geben. Ohne Zweifel wird eine ziemlich starke Gruppe versuchen (und durch das Versagen der Sozialdemokratie an der Regierungsstelle dabei profitieren), den antirevolutionären konservativ-monarchischen Gedanken mehr oder weniger offen als Banner aufzupflanzen. Wen seine Überzeugung dorthin zieht, der wird es auch zu verantworten wissen. Vom Standpunkt des Volkswohls aus muß aber daran erinnert werden, daß auch alle agrarischen und feudalen Klasseninteressen nach dieser Seite hin ihren Anschluß suchen und den „Volks"-Charakter dieser Partei in Wahrheit stark dämpfen werden. Unmittelbar links davon und in nahem Anschluß steht die „Deutsche Volkspartei", der rechte Flügel der einstigen nationalliberalen Partei. In ihr haben sich die Alldeutschen, die einstige Vaterlandspartei, die Schwerindustrie, die Befürworter des Bruchs mit Amerika und des uneingeschränkten U-Bootkrieges, der Verein zur raschen Niederkämpfung Englands usw. mit einer Anzahl aufrichtig national besorgter Patrioten, die von den alldeutschen Schlagworten nicht loskommen, vereinigt. Im ganzen genommen aber ist es ein Verband aller derjenigen Richtungen, deren politische Methoden und Ziele durch den Ausgang des Krieges in spezifischem Sinne bankerott gemacht haben und der deshalb seine Werbekraft schwerlich weit über den Kreis der gemeinsam Leidtragenden hinaus entfalten wird.

Auf der breitesten Grundlage nächst der Sozialdemokratie stehen die „Deutsche demokratische Partei" und die „Christliche Volkspartei", das bisherige Zentrum, die Demokraten, die die alten Fortschrittler und die linken Nationalliberalen in sich aufgenommen haben, enthalten aber in sich ein „Ferment der Dekomposition", insofern sie in ihrem heutigen Bestande sowohl entschieden national gerichtete Kräfte als auch vaterlandsschwache Pazifisten und Internationalisten umfassen. Das Gegenstück dieser Gruppe, die einstigen alldeutschen Scharfmacher, hat sich in der deutschen Volkspartei ziemlich rein herauskristallisiert, während der tatsächlich demokratisch gerichtete nationalliberale Flügel sich lostrennte und nach links Anschluß fand. Die Alldeutschen und die national schwächlich empfindenden Pazifisten sind durch den politischen Unverstand, den sie während des Krieges gezeigt haben, die beiden am stärksten diskreditierten Richtungen in Deutschland. Eine hat der andern an Fehlern und Torheiten in der Beurteilung der Gegner und an Verantwortlichkeit für das gegenwärtige Unheil Deutschlands nichts vorzuwerfen. Wenn diese Art von Pazifismus und Internationalismus bei den deutschen Demokraten dauernd willig gewährten Unterschlupf findet, wird man an der Partei keine reine Freude empfinden können. Gerade darum aber kann von unserer Seite nur der Rat gegeben werden, bei den Wahlen für die Demokraten zu stimmen und bei ihnen das Übergewicht der zielbewußt nationalen Kräfte zu stärken. Gelingt es, das pazifistische Gegenelement zu neutralisieren, so werden

Digitized by Google

die Demokraten ohne Zweifel die stärkste Anziehungskraft auf dem ganzen Raum zwischen der Sozialdemokratie und der reaktionären Rechten entfalten und den stärksten positiven Einfluß auf die deutsche Zukunft ausüben. Für die Wahl empfiehlt sich ein möglichst durchgehendes Bündnis mit der Christlichen Volkspartei und hernach prinzipielle Fühlung mit der gemäßigten Sozialdemokratie, soweit diese sich fähig zeigt, dem nationalen Gedanken den notwendigen Spielraum zu verstatten.

Der Glaube an die Macht

Ein Beitrag zur Schuldfrage

Von Dr. Eugen Foehr

Das Unglück, das im Oktober 1918 über Mitteleuropa hereinbrach, traf das deutsche Volk unvorbereitet. Wohl waren in Deutschland weite Kreise längst von banger Sorge um die Zukunft erfüllt; an die Möglichkeit eines so plötzlichen militärischen Zusammenbruches, wie wir ihn dann erleben mußten, hatte niemand geglaubt. Noch im September, als der Befehl zum allgemeinen Rückzug im Westen bereits gegeben war, hatte die Oberste Heeresleitung feierlich erklärt, daß die militärische Front jedem Ansturm gewachsen sei und bis zum Friedensschluß aushalten werde. Wie war es möglich, daß schon bald danach der Zusammenbruch erfolgte, und zwar so vollständig, daß er fast ohne Parallele in der Geschichte ist?

Es gibt Schriftsteller in Deutschland, die auf der Suche nach Schuldigen der deutschen Heimat vorwerfen, sie sei der Armee in den Rücken gefallen, habe vor dem Feinde kapituliert und so den Zusammenbruch verschuldet. Als Zeuge für die Richtigkeit dieser Auffassung wird neuerdings auch der frühere englische Generalstabschef General Maurice zitiert, der in den „Daily News" und im „Star" die Ursache des katastrophalen Zusammenbruchs der militärischen und maritimen Macht des Deutschen Reiches untersucht und zu dem Ergebnis kommt: die deutsche Armee und Marine sind zusammengebrochen, weil der Mut des deutschen Volkes zermürbt war. Wir können es dem fremden Beobachter nachsehen, wenn er die Begriffe „Deutsches Heer" und „Deutsches Volk" von einander trennt. Aber die einheimischen Kritiker sollten doch wissen, daß es zum mindesten in der zweiten Hälfte des Krieges, wo der ursprüngliche Bestand des aktiven Heeres aufgebraucht war, einen Unterschied zwischen Heer und Volk nicht mehr gab, daß das Heer nichts weiter war als das militärisch organisierte

Digitized by Google

Volk. Es ist eine vollkommene Verkennung der Wechselwirkung zwischen Heimat und Front, wenn behauptet wird, die Front sei von der Heimat aus durchlöchert worden. Das ist ebenso wahr und ebenso falsch wie das Gegenteil. Gewiß hat sich in den vier Kriegsjahren in der Heimat manches zugetragen, was von schädlichem Einfluß auf die Stimmung an der Front war. Aber auch an der Front hatten sich allmählich Zustände herausgebildet, deren Kenntnis die Stimmung in der Heimat ungünstig beeinflußte. Der Zermürbungsprozeß war ein gegenseitiger, und die Oberste Heeresleitung, die auch in der Heimat alle Gewalt an sich gerissen hatte, versäumte den psychologischen Moment, wo es noch möglich gewesen wäre, zu einem ehrenvollen Abschluß zu kommen.

In dem Zusammenbruch der deutschen Armee sieht General Maurice einen neuen Beweis für die alte Erfahrung, daß eine Armee nicht kämpfen kann, ohne das Volk hinter sich zu haben. Am 4. August 1914 hatten unsere Reichsleitung und Oberste Heeresleitung ein gemeinsames militärisch-politisches Ziel, hinter dem das ganze Volk stand: die Verteidigung des Vaterlandes. Es gab den Truppen ihren unvergleichlichen Elan und der Heimat ihre beispiellose Widerstandskraft. Solange ausschließlich dieses Ziel uns vorschwebte, waren der Heimat und der Front keine Opfer an Gut und Blut, keine Entbehrungen und Leiden groß genug, um es zu erreichen. Als aber dann der eigentliche Zweck des Krieges immer mehr hinter weit ausgreifende Eroberungspläne zurücktrat, und mit jedem militärischen Erfolge die Begehrlichkeit und der Übermut gewisser Kreise wuchsen, da begann der Streit um die Kriegsziele an der Einmütigkeit der Nation zu rütteln und den Glauben an die Notwendigkeit einer Fortsetzung des Krieges zu zerstören. Schon vor zwei Jahren hatten Vertrauensmänner der Fronttruppen an maßgebenden Stellen die Ansicht vertreten, die Front würde unbedingt solange, aber auch nicht länger halten, als die Überzeugung herrsche, daß das deutsche Heer nur für die Verteidigung des Vaterlandes in den Kampf geführt werde. Dasselbe galt für die Widerstandskraft der Heimat. Vergebens bemühten sich die sogenannten Aufklärungsoffiziere der Obersten Heeresleitung, an der Front eine andere Auffassung zu verbreiten. Vergebens wandte die unglücklichste militärische Organisation, das Kriegspresseamt, ihre ganze Macht und ihr ganzes Ungeschick auf, um die Heimat in demselben Sinne zu beeinflussen. Auch Parteigründungen, die zu diesem Zwecke erfolgten, änderten an der Tatsache nichts, daß hinter dem Kriegsziel des 4. August 1914 das ganze Volk und hinter der Friedensresolution des Reichstags vom Juli 1917 seine große Mehrheit, hinter der Politik des Ersten Generalquartiermeisters der Obersten Heeresleitung dagegen nur ein kleiner Bruchteil stand. Glänzende militärische Erfolge konnten das Bild vorübergehend verschieben, aber nicht dauernd umgestalten. Das Volk in der Heimat wie an der Front wollte sich weder für den Eigennutz von Kriegsgewinnlern und Kriegswucherern, noch für die phantastischen Eroberungsziele kleiner, aber ein-

Digitized by Google

flußreicher Zirkel, noch für die ehrgeizigen Pläne der Dynastien aufopfern. Es hatte heldenmütig gekämpft und geduldet, um das Vaterland erfolgreich zu verteidigen, und es verlangte nach Frieden, sobald dieses Ziel erreicht schien.

Wenn ich nicht irre, ist es Paul Rohrbach gewesen, der als erster auf die Ideenarmut unserer Kriegspolitik hingewiesen hat. Wohl haben unsere Historiker und Juristen überzeugend, wenn auch ohne Kenntnis der Akten, das Recht Deutschlands nachgewiesen, wohl haben unsere Philosophen und Theologen den deutschen Geist und das deutsche Wesen als die höchste sittliche Kraft der Menschheit gefeiert, wohl haben unsere politischen Publizisten in der Herabsetzung der Gegner und in der Verherrlichung des eigenen Volkes ihr Möglichstes getan. Aber eine neue Idee, die unser Volk über die Verteidigung des Vaterlandes hinaus zu verstärktem Widerstand und Opfermut begeistern konnte, ist keinem eingefallen. Im Gegensatz zu uns haben die Ententemächte bis zuletzt über wirksame moralische Mittel verfügt. Ihr Aufruf zum Kreuzzug gegen den „Preußischen Militarismus" und die „Deutsche Gewaltpolitik" — mögen wir ihn nun für berechtigt halten oder nicht — hat immer wieder gezündet, und das Wilsonsche Programm einer neuen Weltordnung hat in Amerika die Begeisterung für den Krieg geweckt, der Entente unzählige Hilfsvölker zugeführt und dem schon der Erschöpfung nahen Frankreich neuen Mut eingeflößt. Auch die Forderung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, zu der wir uns reichlich spät bekannten und die wir dann doch in dem Gewaltfrieden von Brest-Litowsk verleugneten, stammte aus dem feindlichen Lager. Nachdem der Schutz unseres Vaterlandes gesichert war, standen wir der außerordentlich geschickten Propaganda unserer Gegner mit leeren Händen gegenüber. In den Augen der Welt hatten wir uns durch Worte und Taten ins Unrecht gesetzt, dem eigenen Volke konnten wir nur noch den Glauben an die Macht predigen. Seine Kraft war in den Tagen des Sieges groß; ob sie aber ausreichte, unser Volk auch in den Tagen der Niederlage nervenstark und hoffnungsvoll zu erhalten, das war eben die Frage.

Die vornehmste Stütze unseres Machtglaubens war die militärische Disziplin gewesen. Wir hatten sie in langen Friedensjahren ausgebildet, ihr im Kriege das ganze Volk — auch das Volk der Heimat — unterstellt, und versprachen uns davon den Enderfolg. Gerade in diesem System der Disziplin sieht nun aber General Maurice die Hauptursache des militärischen Zusammenbruchs Deutschlands. Um den Offizierstand zu heben, hat der Kaiser — so argumentiert der englische Kritiker — „eine ganz und gar künstliche Militäraristokratie" geschaffen, die mehr und mehr vom Volke und von den Mannschaften getrennt worden ist. „Die Disziplin der deutschen Armee wurde servil, und eine Sklavendisziplin hat die Probe der Not nie ausgehalten und wird sie nie aushalten. Die Stärke der deutschen Armee hing von der künstlichen Barriere ab,

Digitized by Google

die die Offiziere von den Soldaten trennte. Solange die Berufsoffiziere in genügender Zahl blieben, machten ihre Ausbildung und ihre Tüchtigkeit aus der deutschen Armee ein furchtbares Kriegsinstrument. Als sie infolge der Kriegsabgänge verschwanden, und weniger tüchtige Leute das alte System fortzusetzen suchten, begann es zu krachen und brach dann mit einem Gedröhn zusammen, das noch zu hören ist. Die Disziplin des freien Mannes hatte die Sklavendisziplin geschlagen." General Maurice hätte noch hinzufügen können, daß dieser Prozeß beschleunigt wurde durch die Übertragung des Systems der militärischen Disziplin auf das gesamte öffentliche Leben in der Heimat, daß es dort geradezu verheerend gewirkt und dadurch seinen Untergang auch in den Augen militärfrommer Staatsbürger zu einer unabweisbaren Notwendigkeit gemacht hat.

Die wahren Ursachen des militärischen Zusammenbruchs konnten einem so recht klar werden, wenn man ihn im besetzten Gebiete von Polen miterlebt hat. Solange die rein äußerliche Macht bestand, hielt auch die Disziplin. Die leitenden Männer pochten darauf und schlugen alle Warnungen, selbst die offene Ankündigung der polnischen Pläne, hochmütig in den Wind. Als aber dann in Berlin das alte System zusammenbrach, war sein Ende auch in Polen besiegelt. Wer bisher unter der militärischen Disziplin gelitten hatte, schüttelte sie sofort ab; die Disziplin des freien Mannes dagegen bewährte sich überall, wo sie wirklich bestanden hatte. Für die Zwangsdisziplin gab es keinen Ersatz; sie hatte nirgends — auch in den höchsten Stellungen nicht — die Bismarcksche „Zivilcourage" aufkommen lassen, und so ereignete sich, was unter den gegebenen Umständen leider unvermeidlich war: die Schmach von Warschau.

Der napoleonische Trieb, der den General Ludendorff verleitete, die Kräfte der Armee zu zersplittern und über fast ganz Europa zu verteilen, schweißte nicht nur unsere Gegner immer fester zusammen und veranlaßte die großartigen Kraftanstrengungen Amerikas, sondern verhinderte die deutsche Oberste Heeresleitung auch, die warnenden Zeichen des Stimmungswechsels in der Heimat und an der Front rechtzeitig zu erkennen und daraus die notwendigen Folgerungen zu ziehen. Der Glaube an die Macht vertraute so fest auf die Wirkung der ihm zur Verfügung stehenden Machtmittel, daß er bis zum Schlusse an dem Wahne festhielt, die stetig wachsende Beunruhigung der Heimat könnte durch die Vertuschungs- und Täuschungspolitik der publizistischen Organe der Obersten Heeresleitung niedergehalten und die auch an der Front immer lauter ertönenden Zweifel könnten durch die sogenannte „Aufklärung" beseitigt werden. Der Irrtum war groß, und die Erkenntnis kam zu spät.

Nun wird freilich behauptet, daß das Ziel des Machtglaubens, der unseren Heerführern den Blick für das Erreichbare getrübt hatte, schon in greifbare Nähe gerückt gewesen sei, als wir zusammenbrachen. Wir hätten, so wird uns erzählt, nur noch wenige Wochen auszuhalten gebraucht, dann wäre der Zusammenbruch auf

Digitized by Google

der Gegenseite erfolgt. Unsere Frontsoldaten, die bei jedem Vorstoß den Reichtum der feindlichen Gräben bewundern konnten und fortgesetzt die fast täglich wachsende Macht des Feindes zu spüren hatten, glauben an dieses Märchen nicht. Wer es dennoch tut, der unterschätzt vor allem die ungeheuren Hilfsmittel Amerikas und den entschlossenen Willen der Vereinigten Staaten, den deutschen Glauben an die Macht — unsere Feinde und viele Deutsche nannten ihn „Militarismus" — unter allen Umständen niederzukämpfen. Amerika war bereit, hunderte von Milliarden diesem Zwecke zu opfern, aber nicht, wie man unserem Volke eingeredet hatte, um dadurch die verhältnismäßig geringe Kriegsschuld der Entente zu retten, sondern um einer hohen sittlichen Idee willen. Ihr Verkünder ist der von uns vielgeschmähte und nun doch als letzte Hoffnung begrüßte Präsident Wilson gewesen. Wenn wir daran zweifeln, daß er alle amerikanischen Kräfte angespannt hätte, um sein Programm gegen Deutschland durchzusetzen, dann müssen wir auch daran zweifeln, daß er jetzt entschlossen ist, entgegen den Forderungen englischer und französischer Chauvinisten auf seinem Willen zu beharren, mit anderen Worten: wir müssen unsere letzte Hoffnung auf einen halbwegs erträglichen Frieden fahren lassen. Die Überschätzung der eigenen und die Unterschätzung der feindlichen Macht war das typische Merkmal unseres Machtglaubens gewesen. Daß seine Anhänger sich zu rechtfertigen suchen, kann man verstehen; aber Vertrauen verdienen ihre Berechnungen heute ebenso wenig wie vor dem Zusammenbruch.

Das Goethewort: „Wer Großes will, muß sich zusammenraffen, in der Beschränkung zeigt sich erst der Meister" hat Bismarck zum Meister gemacht. In dem Rate, der während des Weltkrieges über Deutschlands Geschicke entschied, hatte es keine Geltung. Wenn das Wort des Generals Maurice, daß eine Armee nicht kämpfen könne, ohne das Volk hinter sich zu haben, wahr ist — und es ist wahr —, dann mußte die deutsche Oberste Heeresleitung in dem Augenblicke, wo sie das Volk nicht mehr hinter ihren Zielen hatte, unbedingt den Frieden herbeiführen. Aber auch auf der Höhe unserer militärischen Erfolge hätte die Beschränkung den Meister gezeigt. Ein rechter Bismarckfriede wäre der von vielen einsichtigen Deutschen verlangte Verständigungsfriede gewesen, der uns zwar keine flandrische Küste, kein Longwy und Brie gebracht, aber doch den Bestand des Reiches — vielleicht mit Ausnahme Lothringens — gesichert und uns und der ganzen Welt neue Zukunftsmöglichkeiten eröffnet hätte. Auch König Wilhelm I. hatte den Nikolsburger Friedensvertrag, der neben der Einführung des Reichstagswahlrechts als die größte staatsmännische Tat Bismarcks in der Geschichte fortlebt, einen „schmachvollen Frieden" genannt. Kein Wunder, daß in den letzten Jahren die publizistische Gefolgschaft des Generals Ludendorff und der ihn beeinflussenden Kreise einen Verständigungsfrieden als „Schmach- und Verzichtfrieden" ablehnte! Wir haben ja so viel Geschichte, aber leider so wenig aus ihr gelernt. Es

Digitized by Google

fehlte der Staatsmann, der den Generälen und ihrem Anhang seinen Willen aufzwang und, wenn es nicht anders ging, so viel „Zivilcourage" besaß, daß er, wie Wilhelm I. im Jahre 1866 das drohende Entlassungsgesuch Bismarcks bewertete, seinen König „vor dem Feinde im Stiche ließ". Wir hatten keinen solchen Staatsmann. Er fehlte uns, als der Eintritt Amerikas in den Weltkrieg bevorstand; er fehlte uns, als Wilson im Januar 1918 seine vierzehn Friedenspunkte aufstellte und im Juli desselben Jahres ergänzte, und er fehlte uns auch noch im August, als Lloyd George erklärte, der Kaiser und seine Regierung könnten morgen Frieden haben, wenn sie das Programm Wilsons annähmen. Er fehlte uns vor dem Kriege, um den Krieg zu verhüten, und er fehlte uns während des Krieges, um dem Machtwillen zu trotzen und im geeigneten Zeitpunkte Frieden zu schließen. Statt dieses einen Staatsmannes, den wir brauchten, hatten wir eine militärische Diktatur, die die ganze politische Macht an sich riß, Reichskanzler und Staatssekretäre absetzte, den verantwortlichen Staatsleiter und den Reichstag ausschaltete und dazu keine andere Legitimation besaß als ihren Glauben an die Macht. Dieser Glaube hatte auf dem Schlachtfelde Siege erfochten, wie die Geschichte kaum ihresgleichen kennt; er hatte Länder erobert, wie sie in solchem Umfange seit des großen Napoleon Tagen von keinem Volke der Erde besetzt worden sind; er war so von Kraftbewußtsein erfüllt, daß ihm kein Ziel unerreichbar schien. Aber der Glaube an die Macht erwies sich auch in unserem Falle nicht als ein moralisches Moment, das in der Stunde der Not das heilige Feuer der Begeisterung entfacht. Mit der Macht schwand auch der Glaube an sie. Das Waffenstillstandsangebot zeigte der überraschten Welt und einem in seinem Vertrauen schwer getäuschten Volke, daß die deutsche Militärmacht bereits zusammengebrochen war. Bis zu diesem letzten Augenblick hatten die vor der Geschichte verantwortlichen Männer mit dem Eingeständnis ihrer Ohnmacht gewartet. Das ist es, was wir nie verzeihen können.

Und nun gibt es in Deutschland Schriftsteller, die unser Volk in seiner Gesamtheit anklagen, dieses Volk, das in geradezu kindlichem Vertrauen zu seinen Führern aufgeschaut und wie kein anderes heldenmütig gekämpft und gelitten hat. Es ist wohl kein Zufall, daß es dieselben Kreise sind, die bis vor kurzem noch zu den stärksten Stützen des zusammengebrochenen Systems gehörten und die jetzt unser Volk für den Zusammenbruch verantwortlich machen wollen. Alle, die aus ihrer begreiflichen Herzensnot keinen anderen Ausweg finden als die Anklage gegen das eigene Volk, seien an die Worte erinnert, die der Freiherr vom Stein im Jahre 1812 der Zarin, einer württembergischen Prinzessin, auf ähnliche Vorwürfe antwortete: „Ew. Majestät haben sehr unrecht, solches hier auszusprechen, und zwar über ein so großes, treues, tapferes Volk, welchem anzugehören Sie das Glück haben. Sie hätten sagen sollen, nicht des deutschen Vol-

Digitized by Google

kes schäme ich mich, sondern meiner Brüder, Vettern und Genossen, der deutschen Fürsten. Ich habe die Zeit durchlebt, ich lebte in den Jahren 1791, 1792, 1793, 1794 am Rhein; nicht das Volk hatte Schuld, man wußte es nicht zu gebrauchen: hätten die deutschen Könige und Fürsten ihre Schuldigkeit getan, nimmer wäre ein Franzose über Elbe, Oder und Weichsel, geschweige über den Dnjestr gekommen." Was der Freiherr vom Stein damals in gerechter Entrüstung über einen seinem Volke angetanen Schimpf sagte, gilt auch heute: „Nicht das Volk hatte Schuld, man wußte es nicht zu gebrauchen". Die Schuld der deutschen Fürsten freilich ist diesmal geringer als nach dem Zusammenbruch von 1806, wo sie noch absolute Herren waren. Mit ihnen teilen sich ihre Ratgeber und Minister, die Vertreter der Macht im Staate und alle, die zu Führern der Nation berufen waren oder sich berufen fühlten, in die Schuld an dem Zusammenbruch von 1918. Ein jedes Volk, auch das politisch reifste, braucht und hat Führer, auf deren Weisheit und Gerechtigkeit es in normalen wie in kritischen Zeiten bauen kann. Ob sie nun von einer erblichen Krone oder vom Volke selbst berufen werden, in jedem Falle sind sie es, die die Verantwortung tragen für das, was im Staate geschieht. Wer von denen, die in den letzten 30 Jahren in Deutschland ein öffentliches Amt bekleideten oder sonst im politischen Leben tätig waren, will sich frei von Schuld sprechen und die Anklage erheben gegen die Volksgemeinschaft, die ihm vertraute? Vor einem wirklich unparteiischen Richter würde kaum einer Gnade finden. Letzten Endes waren sie alle Götzendiener des Glaubens an die Macht.

Der Glaube an die Macht hat Schiffbruch erlitten und Deutschland mit sich in die Tiefe gezogen. Er war ein Teil jenes Systems gewesen, das trotz scheinbarer Selbstverwaltung des Volkes in Wahrheit den aufgeklärten Absolutismus zu verewigen suchte. Dieses System gehörte längst einer untergehenden Weltordnung an und hat nun auch in Deutschland für immer Grund und Boden verloren. Als eines der letzten großen Völker tritt das deutsche in die Reihe der Nationen, die ihre Geschicke selbst bestimmen. Ein neues Reich wird erstehen, und in ihm wird auch ein neuer Glaube herrschen. Als letzter Kanzler des alten Regimes hat Prinz Max von Baden den Glauben an das Recht verkündet. Es geschah zu spät für diesen Krieg, hoffentlich noch nicht zu spät für unser Volk, sicher nicht zu spät für die Menschheit.

Innere Politik als weltpolitische Waffe

Von J. Moritzen (Jels)

Die Überschrift dieser Abhandlung wird zunächst befremdend und gewagt anmuten. Innere Politik als weltpolitische Waffe. Doch wohl nicht unsere jetzige innere Politik! Ist es nicht sehr gewagt und mehr als ideologisch-

Digitized by Google

professorenhaft, jetzt über innere Politik überhaupt etwas zu schreiben, wo wir doch jetzt gar keine innere Politik haben, sondern ständig am Rande eines Chaos leben? Ich hoffe, die Überschrift wird sich im Nachfolgenden rechtfertigen.

Wir müssen von der inneren Politik das Allergrößte erwarten. Wo hätten wir sonst irgend etwas zu erwarten? Dabei wollen wir uns gar keinen Illusionen hingeben und uns bei dem einen Erwarten beschränken: irgendwie werden doch die 60—70 Millionen Menschen, die Deutsche heißen, leben und arbeiten können.

Zunächst, es ist nicht trostbegierige Träumerei, die über die nächsten, vielleicht katastrophenreichen Wochen hinwegschauen will. Wir müssen das. Gerade bürgerliche Kreise, die am meisten bedroht sind, in Besitzstand und Einfluß auf Rechts- und Verfassungsfragen, müssen politisch arbeiten, denken. Die bisherige unpolitische Art des breiten Bürgertumes ist eine sich schwer rächende Schuld. Da haben wir gleich eine der Erkenntnisse, die uns helfen, Sinn in all dies schreckliche Geschehen zu bringen: es ist schon viele Male in der Geschichte so gewesen, daß Völker erst durch Niederlagen politische Ziele stellen lernten und zu solchen Zielen zusammengeschweißt wurden.

Es ist nötig, daß wir nach Sinn in dem Geschehen suchen, daß wir von all dem dabei Zufälligen loskommen; das heißt eben die Vorgänge, die wir erlebten, innerlich verarbeiten. Wir müssen frei werden von allem hin und her und versuchen, eine Hauptlinie zu erkennen, die uns die Möglichkeit gibt, wirklich mit einem Ziel zu arbeiten.

War diese Revolution nötig, so fragt man. Mancher Menschen Gedanken nennen sie heimlich oder öffentlich die deutsche Schmach. Man hört von Gerüchten, nach denen England auch in ein paar Wochen vor dem Nichts gestanden hätte. Man denkt an das gewiß in der Revolution mitspielende russische Gold. Man denkt daran, daß diese Revolution und die Abdankung des Kaisers den Feinden hochwillkommen und deshalb wohl nie unser Glück sein kann. Niederlage und Revolution erscheinen unlöslich verknüpft zu sein. So spricht man, so denkt man. Abgesehen davon, daß dies alles unfruchtbare Erwägungen sind, weil sie nur Schwermut, Haß, Klage- und Anklagestimmungen nähren, so bleiben sie auch bei Äußerlichkeiten stehen und dringen nicht durch zum Verständnis der wirklichen Notwendigkeiten, die sich durchsetzen, durchsetzen mußten.

Die Revolution — es war ja eigentlich keine so gefährliche Sache, oder n o c h keine — und alles was damit unmittelbar verknüpft ist, hat meines Erachtens insofern eine innere Nötigung gehabt, als bei allen Wandlungen und Wendepunkten die Naturkraft der Geschehnisse zu viel Macht entfaltet und damit zu weit geht, übers Ziel hinausschießt. Auch der Bolschewismus, die Übersozialisierungswut hat diese Art Nötigung in sich. Es wird öfters bei Entwickelungen in überstürzender Hast, in Notreife vorweggenommen, was erst langsam, allmählich

Digitized by Google

reifen kann. Es mußten die Revolutionsvorgänge als Begleiterscheinungen kommen, mit zwingender Notwendigkeit mußte aber die Demokratisierung und zwar die absolute Demokratisierung kommen. Das muß man sich einmal ganz klar machen, um über die vielen betrüblichen Nebenerscheinungen hinwegzukommen.

Ich glaube das in dem Folgenden, Gedanken, die schon vor der Revolution festlagen, beweisen zu können.

Demokratie hat absolut siegen müssen! Wie liegen die Dinge und besonders die psychologischen Nötigungen?

Wir wehrten uns siegreich, sagen wir mit Recht und mit Stolz. Die Masse überwältigte uns, es ist nicht schimpflich, der Masse zu weichen. Die Masse des Materials, der Menschen wurde gegen uns mobilisiert, 10 fache Übermacht. Die Masse der Rohstoffe wurde uns vorenthalten. Noch ein anderes, und das war viel gefährlicher, denn es macht uns vielfach irr und wirr, die Idee der Masse, der demokratische Gedanke, hat gegen uns mobil gemacht werden können.

Demokratie, Volksherrschaft, hat Deutschland das nicht auch erstrebt, und zum großen Teil schon gehabt? Ja und Nein. Soviel ist zunächst zu sagen: Niemand seufzte bei uns unter korrupten Verhältnissen, egoistischen, bestechlichen Beamten, erpressenden Ministern usw. Im Staate der Pflicht gab es diese Dinge nicht, hatten wir Monarchie, Aristokratie, so war sie nicht schlechthin moralisch untergraben.

Aber doch veraltet, unmöglich. Dies zeigt sich mit schmerzlicher Deutlichkeit. Unser Reichstag, nach freiestem System gewählt, hatte Einfluß auf die Regierung, die Entschlüsse der Regierung in Innen- und Außenpolitik waren stets von Rücksichtnahme auf die Volksstimmung mitbestimmt. Man sieht das von Anfang des Krieges an bis der Parlamentarismus selber die Macht ausübte. Wie kommt es aber, daß dies so langsam ging, richtiger, daß es so von der ganzen Volksmasse in ihrem Empfinden nicht verarbeitet und durchlebt wurde, sondern vielfach halb unwillig, wie ein Fremdartiges, ertragen wurde? Und nun zuletzt die gewaltsame und doch so unnötig erscheinende Revolutionierung? Weil wir so gewohnt waren und es liebten, regiert zu werden und auch da sehr verwöhnt worden sind. Weil wir dies demokratische System von unseren Feinden lernten.

Das deutsche Volk in weitesten Schichten und einflußreichen Kreisen verstand unter Demokratie entsprechend seiner hohen intellektuellen Bildung und seines ganz geringen politischen Instinktes etwas ganz anderes als die andern Nationen. Nämlich eine Zusammenarbeit aller Volkskräfte in Harmonie, so daß Gebildete und Ungebildete, Fähige und Unfähige, Charaktervolle und Charakterlose in rechtes Gleichgewicht gebracht, die höchste Leistung ermöglichten. So gründlich (intellektuell) denkend, so idealistisch arbeitete man. Abgesehen von

Digitized by Google

den Demokraten reinsten Wassers, die auch vielfach lediglich aus Parteigründen anders urteilten.

Wir leiden an Kompliziertheit. Das Deutsche Reich tat es immer. Auch jetzt noch ist das Reich ein kompliziertes Gebilde. Unsere Demokratie sollte auch etwas kompliziertes werden.

Ideen sind nie kompliziert, immer einfach und setzen sich einfach durch. Ich denke an ein Beispiel. Die Idee von der Schändlichkeit des Sklavenhandels hat sich, obwohl es immer Verhältnisse gibt, die sich damit berühren, absolut durchgesetzt; ihre absolute Gültigkeit und Segen kann man in einzelnen Fällen vielleicht bestreiten. Diese Idee steht fest. Die Idee von der Toleranz religiöser Weltanschauungen ist absolut eingedrungen, beides findet sich: praktische Intoleranz und Verhältnisse, wo man sich zum Bestreiten der Notwendigkeit dieser Idee genötigt fühlt.

Die Idee steht fest. So die demokratische Idee, und zwar im absoluten Sinne. Diese Idee gibt jedem Menschen prinzipiell politisch gleiche Rechte und Verantwortung und Macht. Diese Idee ist durchgedrungen. Die Folgerungen sind Parlamentarismus usw. (nicht notwendig Republik).

Es hat uns schwer geschadet, daß die Feinde dies an unserem Staatswesen tadeln konnten, daß wir nicht freie Verhältnisse hatten. Damit haben sie methodisch zu unsern Ungunsten arbeiten können. Dieser Geist der Masse hat sehr dazu beigetragen, außer dem einfachen Machtdruck, die andern Völker, nacheinander in die Schrecknisse des Krieges zu stürzen und zwar stets in bona fide, im Glauben, sie täten es sich selbst zu Ehren und der Menschheit zum Ruhm. Das sind nicht Lügenkünste allein gewesen, wie wir oft meinten, — eine alte Wahrheit gibt jedem Irrtum nur so viel Kraft wie das Körnchen Wahrheit, das doch drinsteckt — sondern Kräfte der Idee, die siegen mußten. Man kann sagen nach dem Gesetz der in ihnen wohnenden Schwere. Diese Gegensätze unserer kompliziert historischen Gebilde und kompliziert psychologischen Empfindungen und die Vereinerleiung des Westens stritten sich. Ja, wie in einen Religionskrieg kämpften Anschauungen.

Unsere Methode ist besiegt. Der Geist der Masse mußte siegen. Da liegt Schuld, daß wir das erst so spät erkennen. Diese Schuld ist tragisch, sehr tragisch; hängt sie doch mit dem besten, tiefsten in unserem Wesen zusammen. Deshalb aber kann sie auch überwunden werden, und uns selber und der Welt dienen.

Wir erkannten die Erdenschwere im Geist der Masse. Man vergleiche die Oligarchie in Rußland und Amerika. In dem einen Lande brachten Herkommen, vererbte Rechte, Traditionen und Gewöhnung die Macht an wenige. In dem anderen Staate die Macht des Geldes auf dem Wege durch Wahlkampf und Presse. In einem Staate naturgegebene Abhängigkeiten, im anderen selbst-

Digitized by Google

gewählte. Vielleicht im letzteren einsuggerierte, aber doch immer mit dem Namen Freiheit verschönte.

Demokratie kann in Händen weniger sein, schützt nicht vor Ausbeutung, kann unsittlich sein durch und durch. Monarchie kann gut und heilsam sein.

Man muß aber wissenschaftlich feststellen, die Demokratie hat gesiegt. Demokratie in absolutem Sinne: Jeder Mensch politisch prinzipiell gleichen Wert und gleiche Verantwortung.

Das hat beides Vorteile und tiefe Gründe.

Vorteile: Das Volksleben reguliert sich leichter, sozusagen automatisch durch Mehrheitsprinzip, Ministerwechsel usw. Der Vorwurf äußeren Zwanges kann nie erhoben werden, obwohl die innere Nötigung und Abhängigkeit die freie Wahl oft genug zur Farce machen wird. In letzterem, dem fehlenden Zwang, liegt ein Fortschritt. Jede neue Generation nimmt von neuem ihr Geschick in die Hand. — Die Nachteile: die vielen, zu politischen Kämpfen verpufften Geisteskräfte seien auch erwähnt.

Doch die Gründe, die sind wichtiger zu erkennen. Wenn eine Sache notwendig ist, so müssen doch alle Lust- und Unlustgefühle sich abfinden.

Der Sieg der Demokratie hängt zusammen mit der Ausreifung unserer christlich-protestantischen Weltideale von der freien Persönlichkeit, hängt tief zusammen mit den heiligen Naturrechten des Individuums.

Überall begegnen wir dem Vorgang der Verkomplizierung des Lebens und des Durchbrechens des Einzelnen. Beispiel: Katholische Kirche, Protestantismus; Obrigkeitsstaat, Revolutionierung. Beides, Kirche und Staat waren Geistes-, Kulturprodukte, beide auf Grund des Schaffens freier Persönlichkeiten entstanden. Es ist nicht zu befürchten, daß dieser Losreißungsprozeß zur völligen Auflösung führt. Nicht zu hoffen, zum reinen Idealreich. Zu neuen Konsolidierungen voll Erdenschwere und Fehlern.

Unsere Gegner hatten innerlich begründete Methode in ihrer Weltpolitik, was können wir da lernen, sollen wir etwa nur nachkommen, nachahmen? Weit — weit gefehlt.

Wir haben aus Treue gegen die Wahrheit in sittlich guten Zuständen, in Erkenntnis der Mängel der Demokratie, der absoluten Demokratisierung widerstanden. Nicht eigentlich Mächtegruppe gegen Mächtegruppe um Vorteiles willen. Nicht gegen Freiheit haben wir uns gewehrt, sondern gegen die andere Form des Zwanges, wir waren zu sehr verstandesmäßig, zu hoch in den Forderungen.

Wir müssen das Prinzip der absoluten Demokratie annehmen. Müssen das vorbehaltlos.

Wir müssen unsere tiefere Einsichtnahme, die wir besitzen, nützen zur Gestaltung der vollkommensten Zusammenarbeit aller Kräfte in Harmonie bei uns. Soll

Digitized by Google

Völkerbund eine Wirklichkeit werden und das ist anzunehmen, denn der Gedanke liegt in zwingend logischer Folgerung des demokratischen Systemes, so wird die Zusammenarbeit der Völker auf dem Gebiet der inneren Politik beginnen — nicht nur in Abrüstungsfragen — und wird viel brennende Fragen aufwerfen. Da heißt es, die inneren Verhältnisse methodisch ausbauen und in den Dienst der äußeren Politik stellen.

Es liegt die Gefahr vor, daß der Völkerbund eine Entwicklung nimmt ähnlich der des demokratischen Staates, ein Bund der Mehrheit gegen die Minorität. Ich sage Gefahr, weil unser Volk die Minorität ist; wie groß diese Gefahr ist, das zeigen alle feindlichen Pressestimmen, die uns die allerhärtesten Friedensbedingungen auferlegen wollen. Aber unser Volk hat Kräfte und Quellen, die es trotzdem mutig seinen Weg gehen lassen werden.

Die Zukunft wird es lehren, daß kein Volk sich so absolut für eine Idee zu begeistern vermag, als gerade das deutsche. Auch die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie beweist das; sie war stets die an Idee reichste, die prinzipiellste und glaubenstreueste. Die Waffe des geordneten Sozialismus ist ein gefährliches Ding gegenüber kapitalistischen Staaten.

Ideen, große Völkerbewegungen, Krankheiten ziehen von altersher im Zuge von Osten nach Westen über die Erde. Bolschewismus ist ein krankhafter Zustand; die Idee des sozialen Staates wird kommen und mächtig sein gerade bei der bestimmt immer mehr einsetzenden Internationalisierung der Welt. Deutschland hat einmal eine gewaltige Sendung gehabt in der Welt, die Reformation. Es wird wiederum eine Sendung haben, es hat Kräfte, Kräfte idealen Könnens. Es hat auch Quellen. Dabei sei hier nur auf eine hingewiesen. Die vielen Millionen Auslandsdeutschen, die von der Heimat und Heimatregierung bisher so bitter vernachlässigt sind. Die wissen, was Selbsthilfe bedeutet und wie sie geschafft wird. Durch Selbsthilfe haben sie oft in rührender Treue ihr deutsches Wesen und die Liebe zur deutschen Art hochgehalten und kundgetan. Sie werden das deutsche Volk auch nicht im Leid im Stich lassen.

Es gilt, mit der Waffe der Idee zu kämpfen. Einen schüchternen Versuch machten wir in der ersten Note an Wilson, da wir unsere Vorzüge, Schutz der arbeitenden Klassen dem Völkerbund ins Herz schieben wollten. Solche Wege gilt es mit Geschick zu gehen, nicht als Schulmeister der Welt.

Immer mehr ist die Welt auf Zusammenarbeit angewiesen. Diejenigen, die nur Gedanken hegen, die sich innerhalb des eigenen Volkes bewegen, sind Narren.

Der Weg durch die vier Jahre Krieg war ein Leidensweg, und den Leidensweg der Minorität werden wir gehen müssen, aber wir haben doch Erkenntnisse und Fähigkeiten, gerade weil wir solange der absoluten Demokratie widerstanden, die uns allen anderen voranstellen können. Unsere Innenpolitik auf gleicher Basis wie die der anderen Völker wird überhaupt erst verstanden werden.

Digitized by Google

Vom deutschen Geist, der siegt, dem nichts widersteht, träumten wir 1914. Was meinten wir? Eine Fülle von Schriften stellten sich die Aufgabe, den Geist von 1914 festzuhalten. Und doch beobachten wir, daß sich dort außerordentlich wenig Gedanken und viel Stimmungen finden. Jedenfalls, wie sind die Gedanken betrogen worden! Was war der deutsche Geist 1914? War es nicht der Geist der Pflicht, der Geist der Treue, der Geist des Opfers. Dies ist eine wahrhafte Größe, die unser Volk zeigte. Wer wird jemals so würdelos werden, diese Tage zu vergessen.

Doch diesem Geist widerstand die Welt, die Masse. Dieser Pflichtgedanke, wie ihn unser Volk unvergleichlich darstellte. war hohe Sittlichkeit; mögen die Kurzsichtigen und Schimpflustigen den Militarismus tadeln und kritisieren. Er verdient Kritik, aber diese Seite war groß und wird es ewig bleiben. Sittlichkeit, doch — ohne Erkenntnis; Wille, ohne Ziel.

Erkenntnisse verwandeln die Welt. Gehen wir getrost den Leidensweg der Minorität, die wahre Erkenntnis wird immer Sieger bleiben, zuletzt.

Wir haben ein Ziel, das auch für ein so armes, geschlagenes und gedemütigtes Volk wie unser liebes Volk es jetzt ist, nicht unmöglich ist, oder unerreichbar, und zugleich das höchste Ziel der Welt, das Ziel, der beste soziale Staat zu sein. Es kommt hierbei nämlich nicht in erster Linie auf Masse, auf Geld, auf Glücksgüter an, sondern auf Methode. Setzen wir unser Ideal in Marsch, wenn wir auch arm sind, wir werden es erleben, daß diesem deutschen Geist und Ziel nichts widersteht.

Das Ergebnis der englischen Wahlen

Von Carl Brinkmann

Das Ergebnis der englischen Wahlen ist eine Überraschung, obwohl es in der Richtung liegt, die ich vor kurzem in diesen Blättern angeben durfte. Der Sieg Lloyd Georges hat in der vom ersten Wahltag (14. Dezember) bis zur Verkündung des Ergebnisses (28. Dezember) verflossenen Zeit einen Umfang erreicht, und die hervorragendsten unter den jetzt bekannten Einzeltatsachen dabei sind von einer Seltsamkeit, daß der mit der Lage weniger Vertraute geradezu vor einem Rätsel zu stehen meint. Daß der alte Kern der liberalen Partei unter Asquiths Führung in einer Zeit, die sogar in den Arbeiterkreisen den Gedanken des Freihandels immer mehr in den Hintergrund gedrängt hat, eine Niederlage erleiden würde, war vorauszusehen; kaum, daß weder Asquith selbst, noch die Hauptführer des englischen Jungliberalismus, die während des Krieges die Freihandelsparole zu erneuern versucht hatten, ihre zum Teil altangestammten Wahlkreise behauptet haben. Die zweitgrößte Überraschung ist wohl der Grad, in dem es der irischen Revolutionspartei, dem Sinnfein gelungen ist,

Digitized by Google

sowohl Ulsterleute wie Nationalisten auf ihrer Insel zu schlagen. Der gegenwärtige Führer des irischen Nationalismus, Dillon, ist persönlich dem berühmten Führer der Sinnfeiner, De Valera, unterlegen. Die bekannte Barrikadenkämpferin des Dubliner Osteraufstandes von 1916, die Gräfin Markiewicz, ist eine der wenigen Frauen, die die neu eingeführte Wählbarkeit ins Parlament bringt. Das bedeutet also: In Irland wie in England verschwinden die ursprünglichen Stützen des Regiments, unter dem Großbritannien in den Krieg eintrat und unter dessen maßgebender Beteiligung es seine erste Koalitionsregierung bildete. Und daß in England der konservative Rest der Koalition unter Lloyd George, in Irland umgekehrt die Revolution, den Vorteil daraus zieht, kommt, so sonderbar es scheinen mag, für den Augenblick ziemlich auf dasselbe hinaus: selbst wenn die Sinnfeiner den herkömmlichen Boykott gegen das Unterhaus aufgeben und in ihrer neuen Stärke von 70 Mann in Westminster erscheinen sollten, wird es lange dauern, ehe sie für die Zwecke einer geschlossenen englischen Opposition bündnisfähig werden.

Auch die englische Mehrheit Lloyd Georges, die die noch nicht dagewesene Höhe des Doppelten der gesamten anderen Abgeordneten erreicht, verdient nun aber auf Zusammensetzung und Färbung etwas näher angesehen zu werden. Symbolisch ist, daß statt Asquith ein Mann wie der Führer der Hafen- und Werftarbeiter, Ben Tillett, gewählt wurde. Er steht ungefähr auf dem Schnittpunkt der verschiedenen für Lloyd George verbündeten Strömungen und Interessen. Im Frieden ein gefürchteter und unermüdlicher Führer riesenhafter Ausstände, hat er im Kriege zwar nicht die geradezu jingoistische Haltung der Seeleute-Gewerkschaft eingenommen, stets aber die Massen seiner Untergebenen in unzweideutig kriegsfreundlicher Weise geleitet. Man sagt, daß die Stellung wie der Seeleute, so auch der Hafenarbeiter im Grunde auf den U-Boot-Krieg zurückzuführen sei, der bei jenen die maßlose Verhetzung durch die ständige Lebensgefahr, bei diesen die hohen Gewinne durch die verwickelten Landungs- und Ladeverhältnisse herbeiführte. Jedenfalls hat ein Mann wie Tillett auch als Helfer in der Organisation der englischen Seeversorgung einen gewaltigen Anteil an der Bekämpfung des U-Boot-Krieges gehabt. Solcher Säulen der Herrschaft Lloyd Georges, die ja stets wenigstens den Anschein einer sozialen Diktatur aufrecht zu erhalten verstand, haben anscheinend noch viele mit ihm und für ihn gesiegt. Frühere Minister, wie Barnes, ernten jetzt den Dank ihrer Arbeitergenossen dafür, daß sie niemals ministeriell genug waren, um sich nicht wenigstens scheinbar den Beschlüssen der Arbeiterpartei zu fügen. Dagegen ist, wohl das größte persönliche Ereignis nächst der Niederlage Asquiths, der große Führer der unabhängigen Arbeiterschaft, Henderson, nicht gewählt, und von den etwa 400 eigenen Kandidaten, die die von ihm neueingerichtete Arbeiterpartei insgesamt aufgestellt hatte, haben nur 65, also weniger als z. B. Sinnfeiner in Irland, ihre Wahl durchgesetzt. Die Nachrichten darüber, daß gerade der radikalste Flügel der

Digitized by Google

Arbeiterpartei, den der Ministerpräsident noch kurz vor dem Wahltage als bolschewistisch heftig angegriffen hatte, völlig in die Enge getrieben sei, werden trotz des Sturzes von Snowden und Macdonald zunächst mit Vorbehalt aufzunehmen sein. Immerhin ist klar, daß die nach dem 14. Dezember besonders aus dem Felde hinzukommenden Soldatenstimmen gerade für diesen Radikalismus einen Zuwachs nicht gebracht haben werden, so wenig sie auf der anderen Seite die Hoffnung der Gegner Lloyd Georges erfüllt haben, das vorläufige Wahlergebnis zu seinen Ungunsten abzuändern.

Es sind Anzeichen da, daß Lloyd-Georges Wahlkampagne sehr stark im Zeichen des radauluftigen Siegestaumels gestanden hat. Der berüchtigte Doppelgänger Northcliffes in der Londoner Vulgärpresse, der Herausgeber des „John Bull" und „Sunday Pictorial", Horatio Bottomley, ist von den Londoner Cockneys mit Begeisterung auf den Schild erhoben worden, und sogar eine fast noch mehr bloßgestellte Persönlichkeit wie der Abgeordnete Pemberton Billing, der bekannte Dilettant im Flugwesen, Urheber von Lärmszenen im Unterhause und Ankläger der Maud Allen, wurde anstandslos wiedergewählt. Es war freilich von vornherein nicht zweifelhaft, daß Lloyd George in seinem Eroberungszug die schmutzigsten Hände gerade recht sein würden, und er hat es auch während der Wahlvorbereitungen wieder glänzend verstanden, die bedenklichsten Faktoren und Stichworte in die demokratische Form der allgemeinen Volksstimme zu kleiden und sich jede chauvinistische Ungeheuerlichkeit erst so und so oft vorsagen zu lassen, ehe seine Wahlreden sie aufnahmen.

Dennoch scheint es sich bei dem Typus des jingoistischen Wählers von Lloyd George nicht um etwas ganz so einfaches zu handeln, als man auf dem Festlande vermuten könnte. Es ist ein Jingoismus, der nicht nur zum Schein das Gepräge der sozialen Anwaltschaft trägt. Ein Mann wie Billing zog die Kräfte seiner Volkstümlichkeit ebensosehr wie aus allerlei schlechten Instinkten doch auch aus der Tatsache, daß seine Enthüllungen aus dem schwarzen Buch der englischen Gesellschaft mit der verwahrlosten Plutokratie des Parlamentsliberalismus aufzuräumen versprachen. Bottomley legte, auch darin seinem großen Vorbild Northcliffe ähnlich, stets Wert darauf, seine Patronage für Lloyd George in die rauhesten Formen des getreuen Eckart von der Straße zu kleiden, und war, wie jeder Leser des „John Bull" weiß und von deutschen Erfahrungen aus besonders beachtenswert finden wird, auch sachlich vorsichtig genug, die rücksichtslose Vertretung der Mannschaftswünsche in Heer und Flotte selbst gegen die höchsten Behörden zu einer seiner journalistischen Hauptaufgaben zu machen. Sylvia Pankhurst die Tochter, deren revolutionäre Gebärden in der deutschen Presse vielfach ernst genommen wurden, bediente sich in Wirklichkeit dieses Auftretens nur, um auch die breitesten Massen proletarischer Frauen für Lloyd George gewinnen zu können. Hat man diese Zusammenhänge aber erst einmal eingesehen,

Digitized by Google

so ist die Klaviatur von Lloyd Georges Wahlpropaganda im Grunde nicht schwer zu übersehen. Am Ende von vier Kriegsjahren sind auch die englischen Massen von dunklem und unbestimmtem Ressentiment erfüllt. Lloyd George sieht seine Hauptaufgabe darin, es auf ihm ungefährlich oder gelegen scheinende Ziele abzulenken. Das Rachegefühl gegen den Deutschen, das im Durchschnittsengländer durch den Krieg nicht so sehr geschaffen als bloß gesteigert wurde, geht dabei fast unmerklich in den dumpfen Groll gegen den manchesterlichen Kapitalisten über, der, so sagt die Jingopresse, hauptsächlich mit deutschen Verbindungen und deutscher Hilfe die englische Volkswirtschaft zu Grunde gerichtet hat. Allerdings ist die Gewalt der Gedanken- und Gefühlsströme, die der Ministerpräsident so in Bewegung setzt, mit diesen rohen Klischees nicht erschöpft. Neben dem Ressentiment ruhen in der Seele der europäischen Massen heute alle Grade des Begehrens von der primitivsten Bereicherungssucht bis zu den ehrlichsten sozialistischsten Träumen. Lloyd George will, und darauf sollte ganz Europa achten, den geschichtlich sehr schweren Weg gehen, diesen Wünschen die Erfüllung nicht durch den bürgerlichen Liberalismus, sondern durch eine neue Form von nationalistischem Imperialismus zu verheißen. Was außer in Rußland auf dem ganzen Festlande im Übergang vom Krieg zum Frieden versucht wird und noch auf lange hinaus versucht werden wird, die Rückbildung sozialer Militarismen in mehr oder minder bürgerlich freie Wirtschaftssysteme, streicht Lloyd George entschlossen ganz von seinem Programm. Während jene Versuche im wesentlichen den Arbeiter mit dem Manchestermann versöhnen sollen, will er umgekehrt den Arbeiter zum Bundesgenossen bei einer Fortführung der Kriegswirtschaft.

Gewiß steht also zunächst hinter der Erbitterung des unterlegenen Bürgertums die Furcht vor den unbefahrenen wirtschaftlichen und sozialen Meeren, auf die der Ministerpräsident ohne und gegen einen Teil der alten Herrscherklasse das englische Staatsschiff hinaussteuert. Aber eine solche Ansicht wäre doch eine äußerst einseitige Übertreibung der Sachlage zu Lloyd Georges Gunsten. Man muß versuchen, auch vom entgegengesetzten Standpunkt die ganze Summe der Halbheiten und Gefahren zu sehen, die seine Großzügigkeit in den Kauf nimmt. Auch in England bilden weder die Massen noch ihre einzelnen Führer und Straßenhelden eine politische Macht, mit der die Staatsmaschine noch dazu in ganz neuer Richtung fortzutreiben wäre. Es ist daher kein Wunder, daß im Augenblick, da Lloyd George die eine der beiden großen traditionellen Mächte im englischen Parlamentarismus ausschaltet, ganz unabhängig von seinem oder irgendeinem anderen Willen die politische Vorherrschaft der anderen, den schutzzöllnerischen Unionisten zufällt. Das ist der Sinn der liberalen Prophezeiung, daß Lloyd George für seinen Triumph seine Seele verkauft habe und im Augenblick des Sieges schon heute ein verlorener Mann sei. Das Mischungsverhältnis zwischen dem Protektionismus, nach dem das englische Industriekapital verlangt und von dem die Arbeiter

Digitized by Google

eine bessere Zukunft erhoffen, wird nicht der Ministerpräsident und nicht die Staatsgewalt, sondern eine soziale Gewalt bestimmen, die durch den Sieg ihrer Ideale im Kriege an lüsternem Machtstreben dem alten Liberalismus tausendfach überlegen ist.

Und schon hat mitten in der Niederlage die liberale Gegenwehr gegen Lloyd George einen großen Erfolg errungen. Sie hat die außenpolitische Lage geklärt, die viel mehr als die kommende Staats- und Gesellschaftsordnung die drängende Frage der unmittelbaren Gegenwart ist. Denn es ist ihr gelungen, den Punkt aufzuzeigen, an dem das schöne System von Lloyd Georges Friedensprogramm in naher Zukunft zur inneren Reibung und Explosion kommen muß. Die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht ist gewiß zunächst eine der großen liberalen Forderungen. Ihr Hauptvertreter Sir John Simon ist soeben im Wahlkampf unterlegen. Aber schon das Hauptereignis der Agitation gegen die Wehrpflicht, die Enthüllung des Eisenbahnerführers Thomas über die Pläne des englischen Generalstabs zur Beibehaltung eines stehenden Millionenheeres, zeigt, daß auch die Arbeiter diese Siege des Militarismus in Gemeinschaft mit ihren festländischen Genossen unbedingt bekämpfen. Dennoch hat der Minsterpräsident über diese Frage bisher nur zögernde und unbestimmte Erklärungen abgegeben. Den Grund dafür haben die Liberalen und auch die Konservativen, denen ja der Ministerpräsident ebenfalls nicht weit genug geht, in gegenseitiger Polemik klar herausgearbeitet: es sind die leichtsinnigen Entschädigungs- und Bestrafungsforderungen, auf die sich Lloyd George zur Popularisierung seiner Wahlmache einlassen mußte. Jeder Einsichtige in England durchschaut heute den Zusammenhang zwischen der Entschädigungs- und Abrüstungsfrage. Eine wirtschaftliche Sklaverei des deutschen Volkes zum Vorteil der Entente wäre nur unter einer starken und dauernden Besetzung Deutschlands durch feindliche Truppen, d. h. einer gleichlangen militärischen Versklavung der Ententevölker denkbar, die schon heute den Massen ihrer Heere vollkommen unerklärlich erscheinen wird. Die goldenen Berge der deutschen Kriegsentschädigung müßte sich also besonders das englische Volk mit dem Opfer aller seiner alten bürgerlichen Freiheiten erkaufen. Man versteht, weshalb ein großer Teil der Gegner Lloyd Georges trotz seines überwältigenden Sieges schon heute mit einer schnellen Ernüchterung der Wählermassen und einer entsprechend kurzen Lebensdauer des jetzt gewählten Unterhauses rechnet. Das politische Experiment Lloyd Georges wäre schon in friedlichen Zeiten gewagt genug. Die Erregung des Kriegsausganges, die ihm auf der einen Seite sicherlich zustatten kommt, könnte sich ihm andererseits gerade deshalb verhängnisvoll erweisen, weil er selbst, von ihr fortgerissen, die Verlegenheiten des Augenblicks übersah.

Digitized by Google

Nichtterritoriale Volksstaaten

Von Eduard von Stackelberg.

Der Leidenskelch, den das Schicksal unserem deutschen Volke und jedem deutschen Manne gereicht hat, wird dort zur Neige — bis zu den letzten tödlichsten Tropfen — geleert werden müssen, wo der Deutsche unter Fremden wohnt.

Zur Entmutigung, Verarmung und sittlichen Zerrüttung, zur Auflösung festgefügter politischer und wirtschaftlicher Gebilde von erprobter Tragkraft gesellt sich dort Entrechtung, Verachtung, Verfolgung, Vertreibung von angestammten Wohnstätten, Vergewaltigung an Eigentum und Leben.

Solch ein düsteres Bild entrollt sich auch in den baltischen Ländern, seit dem Beginn des Rückzuges der deutschen Truppen.

Den zeitweiligen Regierungen der beiden neuentstandenen nationalen Republiken Estia und Latwia kam es zunächst zugute, daß die bolschewistischen Elemente der Esten und Letten während der deutschen Besetzung des Gebietes aus dem Lande verdrängt oder geflohen waren. So konnten sie sich auf demokratischer Grundlage konstituieren und die Anerkennung sowohl der Entente als auch der deutschen Reichsregierung als Vertretung der beiden Völker — nicht als selbständige staatliche Gebilde — erlangen. Sie suchten zunächst durch Anfachung eines gegen Deutschland und die Deutsch-Balten gerichteten Chauvinismus eine Ablenkung von kommunistischen und anarchistischen Tendenzen zu schaffen. Es wurden Hochverratsprozesse gegen die Parteigänger Deutschlands angekündigt, Maßnahmen gegen die Auswanderung von Deutschen getroffen und eine Konfiskation des Großgrundbesitzes in Aussicht genommen. Die estnische zeitweilige Regierung verlangte beschleunigten Abmarsch der deutschen Truppen. Den sich zum Eintritt in die Bürgerwehr meldenden Deutsch-Balten wurde der Eintritt verweigert. Da aber die Hilfe der Entente auf sich warten ließ, und da auf die Räumung der Städte Narwa und Pleskau sofort ein verheerender Einfall der bolschewistischen Banden folgte, sahen sich die beiden zeitweiligen Regierungen veranlaßt, einzulenken, um Verzögerung des Abmarsches zu bitten und in die Bildung einer Landeswehr unter Mitwirkung auch der Deutsch-Balten einzuwilligen.

Die Konfiskation der Rittergüter wurde vorläufig in eine „Kontrolle" der Gutswirtschaften zur Vorbeugung einer Devastation durch Inventarverkäufe umgewandelt.

In jedem Fall, ist der bestehende Zustand ein völlig labiler: greift die Entente in die Bekämpfung des Bolschewismus tatkräftig ein, so kommt sofort die verschärfte nationalistisch-chauvinistische Richtung wieder zum Durchbruch und der baltische Deutsche ist jeder Schikane, dem Boykott und der systematischen Benachteiligung und Bedrückung ausgesetzt. Bleibt aber das Land sich selbst überlassen, so werden die neuerstandenen gemäßigt-sozialdemokratischen Republiken der Esten

Digitized by Google

und Letten vom großrussischen Strudel erfaßt und fortgespült und mit ihnen auch der Rest der Deutsch-Balten, von denen die wenigsten sich rechtzeitig durch die Flucht werden retten können, da weder Geld noch Transportmittel genügend vorhanden sind, um eine Abwanderung im Großen in die Wege zu leiten.

Diese Lage der Dinge drängt dazu, das Problem des Deutschtums im Auslande auch für das baltische Gebiet ins Auge zu fassen. Ist es eine reine Machtfrage, so ist es schnell erledigt: dann ist eben der Deutsche hier wie überall machtlos und daher als solcher Objekt der Beraubung und Ausbeutung der ganzen gegen ihn verbündeten Außenwelt. Dann gibt es keine ihr Dasein verteidigende Deutsche Nation, keinen Zusammenhang mehr unter ihren Teilen.

Ist es eine Rechtsfrage aber, so muß für den Deutschen dasselbe Selbstbestimmungsrecht gelten, wie für alle anderen Völker: dann gibt es auch eine Selbsterhaltungspflicht der deutschen Sprachgemeinschaft des deutschen Volkes.

Für die Deutsch-Balten wären in diesem Sinne die für den Einzelnen alternativ zu stellenden Ansprüche aufzustellen:

Unbehinderter Abzug aus der bisherigen Heimat und Erleichterung der Einbürgerung in Deutschland, die bisher an den vorhergehenden Erwerb eines festen Wohnsitzes in einem der Bundesstaaten geknüpft war, und Zusammenschluß der Zurückbleibenden zu einem staatsrechtlichen Nationalverbande, zu einem nichtterritorialen Volksstaat.

Der Gedanke an die Lösung der verwickelten nationalen Probleme des Ostens auf dem Wege der Anerkennung nationaler Autonomie ist nicht neu. Er ist von Otto Bauer in Wien und vom russischen Professor v. Nolde entwickelt worden. Noch führt er ein keimhaftes Dasein und doch ist er vielleicht berufen, den im Gemenge lebenden Völkern einen dauernden gerechten Frieden zu bringen und die Probe auf seine Lebensfähigkeit in unserer rauhen Wirklichkeit zu bestehen.

In den baltischen Provinzen hätte dieser Gedanke — rechtzeitig erfaßt und in entschlossene Tat umgesetzt — dauernde Werte schaffen können. Doch kann er eben noch zu einer Rettung eines sonst zum Tode verurteilten Teiles des deutschen Volkes führen.

Der baltische Deutsche hat notgedrungen seine geschichtlich gewordene Herrschaftsstellung, seine Führung der Landesverwaltung verteidigen müssen, da ihm ein Ausweg zu einer Gleichberechtigung versperrt erschien: Die Preisgabe seiner bevorzugten Stellung hätte keinen Gleichgewichtszustand geschaffen, sondern ein rasches Abgleiten und ein Aufgehen im Esten- und Lettentum.

Das starre Schema der territorialen politischen Gebilde hätte durchbrochen werden müssen, um eine gerechte Lösung der Spannung zu finden. Für die auf einem Heimatboden wohnenden Nationen — für Deutsche, Esten und Letten hätte zum mindesten das geschaffen werden müssen, was die konfessionellen Verbände in verschiedenen Ländern in verschiedenem Umfange besitzen: eine staatlich an-

Digitized by Google

erkannte Selbstverwaltung bis zum autonomen Selbstbestimmungsrecht und Selbstbesteuerungsrecht. Eine nationale und kulturelle Autonomie also — ohne Mehrheitsherrschaft der einen Nation über die andere.

Ansätze dazu waren im baltischen Gebiet vorhanden aus einer Zeit noch, wo die Landgemeinden rein estnisch oder lettisch, die Städte rein deutsch waren. Jede Nation besteuerte zu ihren Gunsten die ihr gehörigen Objekte. Die Rittergüter, die in deutschen Händen waren, nicht aber die estnisch-lettischen Bauernhöfe waren für die deutschen Schulen besteuert.

Über dieses System lagerte sich aber die zwangsläufige Russifikation. Es wurde in seiner Voraussetzung auch hinfällig durch den Übergang des städtischen Grundbesitzes — bis zu mehr als der Hälfte — in estnische und lettische Hände.

Als vor einem Jahre das Selbstbestimmungsrecht der Nationen Rußlands anerkannt wurde und die politischen Ansprüche der Esten und Letten sich durchzusetzen begannen, hätten die Deutsch-Balten dort anknüpfen sollen und statt eines Aufbaues des Baltenstaates auf paritätischer Grundlage mit Hilfe eines Zensualsystems einen neuen Weg beschreiten sollen: Selbstbestimmungsrecht auch für den deutschen Mann auf seiner angestammten Scholle fordern müssen.

Nicht ständische Gliederung, Dreiklassenwahlsystem, Notablenversammlung oder wie auch immer die Aushilfsmittel geheißen haben mögen, an die gedacht wurde, um der Unterdrückung des Deutschen durch das Zahlenübergewicht der jungen Nationen vorzubeugen, sondern:

drei nebeneinander bestehende Nationalräte und drei Nationalversammlungen, jedoch mit gesondertem Nationalvermögen und mit dem ausschließlichen Besteuerungsrecht dieses Vermögens. Eigenes Schulwesen, eigene Wohlfahrtseinrichtungen, eigene innere Justiz. Und ein Bundesrat für das baltische Territorium, bestehend aus den Delegationen der drei verbündeten Nationalitäten, die durch Matrikularbeiträge das Budget für die gemeinsamen Landeseinrichtungen aufbringen (Verkehrswesen, Polizei und allgemeine Rechtspflege). Ein solches Gebilde war nicht nur unter deutscher Schutzherrschaft, sondern ist auch unter einem internationalen Weltstaatenbund und einem dazu bestellten Superarbitrium denkbar.

Ja, die Verhältnisse sind eben, wo die kaum geborenen lettisch-estnischen Republiken unter dem Druck des Bolschewismus und unter dem passiven Verhalten beider bisher kriegführenden Mächtegruppen zusammenzubrechen drohen, einer solchen Konstruktion günstiger wie je zuvor. Die neuen zeitweiligen Regierungen Lettlands und Estlands bewerben sich — da die anglo-amerikanische Hilfe zu spät kommt und das Land langsam und unerbittlich einer fürchterlichen Verheerung anheimfällt — um den Schutz des Deutschen Reiches, ja um Fürsprache der Deutsch-Balten nicht nur in Berlin, sondern um Verwendung auch in Helsingfors, Stockholm — und London.

Digitized by Google

Es sind in diesen Schreckenswochen, die das baltische Land eben zu bestehen hat, mehr Deutsch-Balten und freiwillig zurückbleibende Reichsdeutsche, die das Land vor der Verheerung zu schützen suchen, als Esten und Letten, die unentschlossen, gespalten und zaghaft sind.

Was wäre für die Zukunft der Deutsch-Balten von der estnisch-lettischen Volksseite zu fordern? — bloße Duldung deutscher Schulen und deutscher Vereine wäre keine Gewähr gegen Bedrückung durch Besteuerung und durch tendenziöse Gesetzgebung. Nur die Anerkennung einer deutsch-baltischen, nicht territorialen, sondern völkischer Souveränität, eines freien Selbstbesteuerungsrechts, einer selbständigen Vertretung nach außen, also eines Eingehens auf den Gedanken eines ganz neuartigen Staatsgebildes würde eine Hoffnung auf Rettung und Neuschöpfung des bereits zerstörten gewährleisten.

Freilich — es ist ein ganz neuer Weg und die Zahl der Einwände und Bedenken dagegen ist sehr groß. Zunächst ein theoretischer Einwand:

Jeder Staat ist ein Zwangsverband und setzt eine „ursprüngliche Gewalt", die ihn schafft und erhält, voraus. Die konfessionellen Verbände, die als Analogie erwähnt worden sind, und nationale Verbände dieser neuen Art wären als bloße „Sozietäten" ohne physische Machtmittel nur innerhalb eines bestehenden Staates möglich.

Das ist zugegeben und daraus folgt, daß der angestrebte baltische Trialismus einer außerbaltischen Autorität bedarf, die über staatliche Macht- und Zwangsmittel verfügt: also Weltparlament oder eine benachbarte größere Macht.

Dazu ein praktischer:

Wie sind die Nationen völkisch von einander abzugrenzen und wohin fallen die dazwischenhängenden Elemente: Polen, Schweden, Russen, Juden? Die Antwort wäre auch hier die, daß volle Freiheit herrschen soll. Es kann also niemand gezwungen werden, einem der Nationalverbände der drei gleichberechtigten Nationen beizutreten und dadurch die Rechte eines Inländers zu erlangen.

Den übrigen ortsansässigen steht es ebenfalls frei, nationale Verbände zu bilden, doch kann ihre Stellung im Bundesrat erst nachträglich, wenn dieser erfolgt ist, je nach der Leistungsfähigkeit der später entstehenden Verbände bestimmt werden.

Der Weg ist gangbar. Aber er bedarf eines entschlossenen Willens. Er setzt voraus, daß die Partei- und Klassenkämpfe im Innern des Deutschen Reiches den Gedanken an ein einiges und großes deutsches Volk nicht verkümmern lassen.

Ob Arbeiter oder Bürger, Soldat oder Akademiker, Kommunist oder Kapitalist — wir werden als Deutsche in der ganzen Welt bedrängt, verleumdet und gehaßt. An uns liegt es, unserem Volke — nicht nur in den Reichsgrenzen, sondern in der ganzen deutschen Sprachgemeinschaft — die Stellung eines freien, gleichberechtigten Volkes zu erkämpfen und allem zuvor das niedergebrochene Volksbewußtsein aus Staub und Asche wieder aufzurichten.

Digitized by Google

Notizen

Livlands und Rigas Untergang. Livland und Riga sind verlorengegangen, sind unter die Herrschaft der östlichen Bolschewistenhorden geraten. War der Feind, der das Land überfiel, so mächtig? Waren die Kräfte des Widerstandes so schwach?

Über die Macht der Bolschewisten ist in jüngster Zeit viel gefabelt und gefaselt worden. Bald sollte es eine Armee sein, mehrere Hunderttausend stark, die von Witebsk bis zum Finnischen Meerbusen aufgestellt sei. Dann hieß es wieder, es handele sich nur um Banden, die vor jeder regulären Truppe davonlaufen. Beides ist unrichtig. Es gibt eine Rote Armee, die diszipliniert und ausgerüstet ist, die von Offizieren geführt wird, Artillerie, Panzerautomobile, Panzerzüge und dergl. besitzt und als reguläre Truppe anzusehen ist. Diese Armee ist aber nicht sehr groß. Gegen die Ostseeprovinzen wurden davon etwa zwanzig- bis dreißigtausend Mann in Marsch gesetzt. Da sie aber sowohl gegen Estland wie gegen Südlivland operierten, stand zum Anmarsch auf Südlivland eine Streitkraft von höchstens 6000 Mann zur Verfügung. Diese Streitmacht hat Riga erobert. Vor diesen 6000 Mann hat die gesamte ehemalige 8. Armee das Weite gesucht. Angehörige derselben deutschen Heere, die dem Ansturm von Millionen getrotzt haben, sind kopflos auseinander gelaufen und haben Millionenwerte in den Händen ebenderselben Bolschewisten gelassen, von denen sie noch vor zehn Monaten das Land in 14 Tagen zu säubern verstanden hatten. Es ist wie ein häßlicher Traum, und man müht sich vergebens, den Gang der Dinge zu begreifen. Das Heeresgut, das zurückgeblieben ist, ist unübersehbar. Aber was schlimmer ist: alle Achtung vor dem deutschen Soldaten ist verlorengegangen. Die als Herren ins Land kamen, sind wie Diebe davongelaufen.

Aber hat denn überhaupt niemand die Hand gehoben, hat niemand widerstanden? Ja, es haben einige widerstanden. Aber weil alles sie im Stich ließ, die Kameraden davonliefen, die Heimat keine Hilfe sandte, so waren sie schließlich an Zahl zu wenig und an Ausrüstung zu schwach, um auch nur die 6000 Mann Sowjettruppen fernzuhalten. Wer waren diese, die standhielten? Es war ein kleiner Teil der sogenannten eisernen Division, die sich bald in eine eiserne Brigade umbenennen mußte, und die im Grunde genommen bei den Kämpfen um Riga nur 2 Kompagnien zur Verfügung hatte, — diese waren es, die wirklich ihre Kraft einsetzten. Und das waren dieselben Kompagnien, die bereits seit Narwa in ständiger Gefechtsfühlung mit dem Feinde standen, eine vollkommen ermattete und abgekämpfte Truppe. Was an Freiwilligen aus sonstigen Truppenteilen und hier und da auch aus der Heimat dazugekommen war, war meist geringwertiges Material. Diejenigen Truppen, welche die frischgebackene lettische Republik aufzustellen in der Lage war, haben mit wenigen Ausnahmen vollständig versagt. Eine Kompagnie mußte wenige Tage vor der Eroberung Rigas von anderen Truppen entwaffnet werden. Verläßliche Waffenbrüderschaft fanden die kampfbereiten Teile der eisernen Brigade nur in den Kompagnien der sogenannten baltischen Landeswehr. Glänzend hat sich im besonderen die baltische Stoßtruppe geschlagen. Sie bestand vornehmlich aus Deutsch-Balten, die seiner Zeit freiwillig in die deutsche Armee eingetreten und nun zum Schutze der Heimat nach Hause geeilt waren. Sie wurden von deutschen Offizieren geführt und haben den Bolschewisten manche Schlappe beigebracht. Aber die bildeten mitsamt den übrigen Kompagnien der Landeswehr nicht mehr als ein Bataillon. Abgesehen von der Stoßtruppe, bestand dieses Bataillon dazu großenteils aus zwar williger, aber noch kaum ausgebildeter junger Mannschaft. Die gesamte Artillerie der 8. Armee war abtransportiert. Ihre Geschütze mögen auf irgendwelchen Kasernenhöfen im Schnee und Regen stehen. Inzwischen mußten die Verteidiger Rigas sich mit zwei Kanonen begnügen, die ihnen denn auch bei einem der letzten Treffen verloren gingen.

Das ganze ist eine Tragikomödie, geschrieben mit Blut und Tränen. Der Chronist hätte noch zu berichten, daß 14 Tage lang auch englische Schiffe im Hafen von Riga lagen, so daß die arme, vielgetäuschte Bevölkerung bis zuletzt noch die Fata morgana

Digitized by Google

einer englischen Landung vor sich sah, die in der Tat genügend gewesen wäre, die Stadt zu retten. Aber diese Landung erfolgte nicht. Als die Kämpfe sich ihrem unseligen Ende zuneigten, dampften die englischen Schiffe davon und überantworteten die unglückliche Stadt ihrem Schicksal.

In welcher Weise sich dieses Schicksal alsbald erfüllen sollte, davon legte noch vor der Einnahme der Brand des deutschen Stadttheaters Zeugnis ab: ein kennzeichnendes Fanal der neuen Herrschaft.

So ging Riga verloren, und so ist ganz Livland unter die Macht der Bolschewisten geraten. Man glaube aber nur nicht, es würde damit sein Bewenden haben. Die Dünalinie ist dahin und die bolschewistische Flut bricht nach Kurland herein. Wenn es so weitergeht, wie bisher, so dürfte der Zeitraum, in der auch dieses Land verloren sein wird, sich kaum noch nach Wochen, eher nach Tagen bemessen. Dann aber steht der Bolschewist an der Schwelle Ostpreußens. Meint man, er würde diese Grenze achten? Meint man, der Erfolg, der ihn so rasch vom Finnischen Meerbusen bis in die Nähe von Memel, Tilsit und Königsberg führte, werde ihn nicht weitertreiben? Ist Kurland dahin, so geht der Vormarsch auf Ostpreußen und nach Deutschland hinein. Deutsches Volk, willst du auch dieses tatenlos erwarten?

Der bisherige preußische Justizminister hat uns folgendes Schreiben zukommen lassen: „Heft 51 der „Deutschen Politik" enthält auf Seite 1603 folgenden Satz: „Die Verhaftung der Thyssen und Stinnes ist eine der unerhörtesten Rechtsskandale, die nicht so sehr die Brutalität des Mülheimer A.u.S.-Rates belasten, als den Polizeipräsidenten Eichhorn und den Justizminister Dr. Rosenfeld, die alles taten, um ein geordnetes Justizverfahren zu verschleppen." Diese Darstellung ist tatsächlich unrichtig. Ein „Justizverfahren" hat bei keiner Justizbehörde geschwebt, es lag auch für keine Justizbehörde ein Anlaß vor, ein Verfahren einzuleiten, da das von dem Mülheimer A.u.S.-Rat veranlaßte Ermittelungsverfahren, ehe es an eine Justizbehörde übergegangen war, die Nichtigkeit des entstandenen Verdachtes ergeben hatte. Meine Tätigkeit in dieser Angelegenheit bestand dementsprechend darin, die mündlich und schriftlich an mich gelangten Vorstellungen an das Ministerium des Innern weiterzureichen, da bei dem polizeilichen Charakter des eingeleiteten Verfahrens nur dieses Ministerium als zuständig in Betracht kommen konnte. Ich ersuche, in der nächsten Nummer der „Deutschen Politik" eine Berechtigung des von mir beanstandeten Satzes zu veröffentlichen und die gegen mich erhobenen Vorwürfe zurückzunehmen." Dr. Rosenfeld.

Wir nehmen von dieser Zurechtstellung Notiz, erlauben uns aber nachstehende Anfrage an den Herrn Justizminister: Nach deutschem Reichsgesetz (St.P.O.) darf kein deutscher Bürger länger als 24 Stunden in Haft gehalten werden, ohne daß von der Justizbehörde ein Verfahren gegen ihn eingeleitet wurde. Hat sich der Mülheimer A.u.S.-Rat nur die Funktionen der Polizeibehörde angeeignet, so mußte die Staatsanwaltschaft nach 24 Stunden die Angelegenheit in ihre Hände nehmen. Maßte sich der A.u.S.-Rat auch staatsanwaltliche Funktionen an, so war es Pflicht des Justizministeriums, gegen einen solchen Eingriff in die Aufgaben der Justiz zu protestieren. Unbeteiligter Dritter und eine Vermittlungsinstanz, wie Herr Dr. Rosenfeld meint, ist die Justizbehörde in keinem Falle.

Der Pazifistische Bankerott und die Revolution. Der Artikel von Dr. Rohrbach, der in Heft 51 der „Deutschen Politik" unter diesem Titel erschien, ist aus dem Leserkreise der „Deutschen Politik" wiederholt und dringlich als Flugblatt erbeten worden. Es sind daher eine größere Anzahl von Sonderdrucken hergestellt und zum Preise von 10 Pf., über 10 Exemplare 5 Pf., vom Verlag gegen Einsendung des Betrages zu beziehen.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a I. Für Anzeigen J. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland M. 8.—. Einzelnummer 50 Pfg. / Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 48.

Digitized by Google

1. Jahrgang * 17. Januar 1919 * Heft 3

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

13. Januar 1919.

Vier Wochen später als geboten gewesen wäre, hat die Regierung den Entschluß gefunden, der Deutschland zugrunde richtenden Anarchie einen Zaum anzulegen. Was damals rascher, sicherer und mit weniger Blutvergießen hätte erledigt werden können, wächst sich jetzt zu einer verzweifelten Kraftprobe im äußersten Augenblick aus, bei der es um Tod und Leben nicht nur für die Regierung, sondern für Deutschland im ganzen geht. Bis jetzt kann man hoffen, daß die Sache noch zum guten Ende gebracht wird. Wo nicht, so brechen das innere Chaos und die äußere Entmündigung der Nation auf Menschenalter herein. Deutschland erlebt die Revolution in einer ähnlichen Periode des Mangels an großen führenden Geistern, wie in dem halben Jahrhundert zwischen dem Freiherrn v. Stein und Bismarck. Auch in den Jahren gab es Redlichkeit und Tüchtigkeit, aber kein politisches Genie. Die Rolle Friedrich Wilhelms IV., der aus doktrinärer Gläubigkeit an das Gottesgnadenprinzip die ihm vom Volke angetragene Kaiserkrone ausschlug, spielten bisher die Führer der Mehrheitssozialisten mit ihrer Bindung an das Dogma von der Sünde der bewaffneten Autorität. Nur wird es diesmal, wenn die Dinge unglücklich laufen, mehr kosten, als 20 Jahre Verzögerung für den Aufbau des Reiches.

*

Nachdem Riga von den Bolschewisten erobert worden, haben die deutschen Truppen jetzt auch Mitau geräumt. Damit ist bis auf Libau das gesamte Baltenland dem Ansturm der asiatischen Horden preisgegeben. Nicht darauf kommt es aber an, daß dort jetzt siebenhundertjährige deutsche Kultur vernichtet wird, sondern, daß damit für Ostpreußen die russische Gefahr

Digitized by Google

wieder akut wird. Schon einmal während des Krieges hat Memel den Besuch dieser plündernden Horden über sich ergehen lassen müssen. Wird jetzt rechtzeitig für einen Grenzschutz gesorgt werden? Oder soll zum zweiten Mal sich von dort der asiatische Vernichtungswille über Ostpreußen ergießen.

*

Winnig, der deutsche Reichskommissar für das Baltenland, der bis zum letzten Augenblick auf verlorenem Posten ausgeharrt hat, meldet jetzt, daß lettische und russische Bolschewisten in Riga eine Bartholomäusnacht veranstaltet haben. Schon einmal, als Iwan IV. von Moskau das Baltenland mit seinen viehisch rohen Horden durchzog, schien das baltische Deutschtum zum Tode verurteilt, wurden doch aus Dorpat damals alle Deutschen nach Moskau verschleppt. Trotzdem hat es sich wieder an die Spitze emporgearbeitet. Ob es ihm dieses Mal gelingen wird, ist freilich höchst fraglich, weil jetzt nicht nur von außen, sondern auch von unten der Vernichtungskampf gegen die Deutsch-Balten geführt wird. Die deutschen Truppen haben, bis sie zusammenbrachen, ihre Pflicht gegen die Deutsch-Balten getan und die europäische Kultur gegen den Bolschewismus geschützt. England, der Schützer der kleinen Nationen, dagegen hat in Riga mit seiner Flotte nicht eingegriffen, sondern tatenlos zugesehen, wie sich der Bolschewismus aus wehrlosen Deutsch-Balten seine Opfer aussuchte.

*

Mit Roosevelt ist einer jener amerikanischen Charakterköpfe verschwunden, die imstande sind, Bedeutendes zu wollen, den Instinkt politischer Erfahrung und eine mächtige Energie besitzen, mit ihrer unausbleiblichen persönlichen Lebensreklame auch ein Stück wirklichen Idealismus verbinden und doch so wenig fruchtbar für die Welt im ganzen sind. Der Grund dafür ist der Mangel an geschichtlicher Bildung und positivem Wissen um die nichtamerikanischen Dinge, der drüben auch die hervorragendsten Männer gefangen hält. Die letzten Amerikaner von allgemeiner geistiger Bedeutung waren die Väter der Unabhängigkeitserklärung, die noch in der universalen Bildung des Aufklärungszeitalters standen. Der Raum nach ihnen ist erfüllt mit Männern, deren Bedeutung nur mit beschränkt amerikanischem Maßstabe gemessen werden kann. Wilson hat den Ehrgeiz und die Möglichkeit, es als erster seit Washington wieder weiterzubringen. Der Weltfriedensschluß wird zeigen, ob Amerika jetzt, anderthalb Jahrhunderte, nachdem aus seinem Schoß die Menschenrechte geboren wurden, der Welt wirklich von neuem eine befreiende Idee von universaler Kraft zu bringen fähig ist — den Völkerbund, der mehr ist, als Name und Schein.

Digitized by Google

1806—1848—1918

Von Axel Schmidt

Bismarcks Schöpfung liegt zertrümmert am Boden. Daß das Deutsche Reich so restlos zusammengebrochen, ist nicht „Verdienst" der Revolutionäre, sondern Schuld der Reaktion, die Bismarcks Erbe nicht zu bewahren verstanden. Sein Wort von den Revolutionen, die gelingen, weil berechtigte Konzessionen zu spät gegeben werden, war prophetisch auf die deutsche Revolution geprägt. Er selbst hatte auf der Höhe des Erfolges das gleiche Wahlrecht für den deutschen Reichstag „in die Pfanne gehauen" und damit einer Generation das Ventil für die Unzufriedenheit geboten. Freilich später ist er selbst von diesem Wege des klugen Vorbeugens abgewichen und hat mit Kulturkampf und Sozialistenbekämpfung der preußischen Reaktion Vorspanndienste geleistet. Namentlich das Stempeln seiner Gegner zu „Reichsfeinden" hat das politische Leben Deutschlands vergiftet, und noch heutzutage wirken bei der älteren Generation der unabhängigen Sozialdemokraten die Schrecken der Sozialistengesetzes nach. Das Zeitalter Wilhelm II. hat dann diese Absperrungspolitik der Massen von der aktiven Politik immer mehr gesteigert, bis der preußische Obrigkeitsstaat mit seinem reaktionären Wahlrecht das Deutsche Reich mit seinem Volksparlament immer mehr lahm legte. Es wurde die Politik des „Sic volo sic jubio" eingeführt, und in einem Menschenalter das große Kapital an Vertrauen und Verehrung, das Wilhelm I. seinem Großsohn hinterlassen hatte, vergeudet.

Seitdem sich der Weg, den Bismarcks Kleindeutschland ging, im Weltkrieg als Sackgasse erwiesen hat, richten sich unwillkürlich aller Augen auf die Jahre 1806 und 1848 zurück. Zwar der Kaisergedanke, der noch 1848 die Gemüter aufs leidenschaftlichste in zwei Lager spaltete, ist 1918 zugunsten der Republik erledigt. Ein Monarch, der sich in Stunden der Gefahr ins Ausland flüchtet, hat der Kaiseridee selbst so tödliche Wunden geschlagen, von denen sie sich nie mehr erholen kann. Das ist auch der Grund, weswegen das am allermonarchischsten veranlagte Volk der Welt, die Deutschen, es nicht einmal zu einer Vendée gebracht haben. Ohne Vendée kann es aber auch keine Rückkehr zum Kaisertum geben. Hätte Kaiser Wilhelm II. „moralische Eroberungen" gemacht, wäre er der Träger des politischen und sozialen Fortschritts geworden, statt Preußen zum Hort der Reaktion und des Klassenstaates zu machen, so wäre es denkbar gewesen, daß zwar die Kleinstaaterei jetzt zusammengebrochen, die Kaiserkrone aber als Symbol von Einheit und Freiheit, wie sie noch den Männern von 1848 vorschwebte, erhalten geblieben. Jetzt ist die Frage der Einheitsmonarchie stets mit der Hypothek der Hohenzollern-

Digitized by Google

reaktion belastet und wird daher schwerlich wieder feste Wurzeln im Volke schlagen können. Die monarchische Idee, die Wilhelm I. und Franz Joseph II. durch ihre Persönlichkeiten nach der revolutionären Welle von 1848 wieder zu Ehren gebracht hatten, ist durch Wilhelm II. und Karl VI. in den Staub gezogen worden. Die Sozialisten sollten daher wirklich andere Sorgen hegen, als die Angst vor einer Gegenrevolution. Schatten können nicht wieder den Monarchismus einführen, und Männer hat es in diesem Jahrhundert auf deutschen Thronen nicht gegeben. Brave Spießbürgerlichkeit konnte wohl zur Not Lippe-Detmold oder Reuß ä. L. betreuen, nicht aber dem Deutschen Reich, dessen wirtschaftlicher Aufschwung ihm mächtige Neider an allen Grenzen erstehen ließ, Aufnahme in den Konzern der Weltstaaten verschaffen.

Ist auch die Kaiseridee tot, so leben die anderen Ideale von 1806 und 1848 um so kräftiger wieder auf. Als Preußen nach Jena am Boden lag, da hielt es Freiherr vom Stein, trotzdem Napoleons Heere noch im Lande standen, für zeitgemäß, den Befreiungskampf nach außen durch eine Freiheitsgebung nach innen vorzubereiten. Der leibeigene Bauer wurde freier Mann auf eigener Scholle und der von der Obrigkeit gegängelte Städter, dessen einzige Bürgerpflicht Ruhe war, erhielt das hohe Gut der Selbstverwaltung. Freilich mußte Hardenberg die Aufhebung der Leibeigenschaft bei den Junkern mit der Preisgabe der kleinen Bauernwirtschaften erkaufen, die der Großgrundbesitz schluckte. Erst als damit in Stadt und Land der alte verzopfte Geist vertrieben war, ging man daran, das Joch des Korsen abzuschütteln. Auch jetzt, wo Deutschland nach unerhörten Siegen durch die größenwahnsinnigen Ziele Ludendorffs sein Jena erlebt hat, muß in Stadt und Land ein neuer Geist einziehen, um Deutschland zu retten, wie es 1806 Stein und Hardenberg durch Bauernbefreiung und Städteordnung taten. Die Sozialdemokratie glaubt in der Sozialisierung das Heilmittel gefunden zu haben. Die Bürgerlichen dagegen stehen ohne positive Ideale da und fühlen sich nur zum Hemmschuh berufen, sollte das Tempo des sozialistischen Staatswagens gar zu eilig werden. Und doch müßten sich gerade die Bürgerlichen positive Ziele stecken. Naumanns alter Ruf: „Bauerndorf an Bauerndorf bis zur russischen Grenze" besäße werbende Kraft. Solch eine Befreiungstat kann aber nur gelingen, wenn sie aus der Enge des Parteigetriebes herausgehoben und zur Herzenssache aller gemacht wird. Wie bei Aufhebung der Leibeigenschaft oder bei Beseitigung der Sklaverei in Nordamerika den Ausschlag schließlich nicht der engbrüstige Interessenstandpunkt gab, sondern die sittliche Forderung der Unbeteiligten, so muß sich auch die Frage der Zurückführung breiter Volksmassen aus der Enge der Großstädte in die Weite des Landes zu einer völkischen Bewegung auswachsen, deren Nutzen nicht nach Prozenten berechnet werden darf. Erst wenn diese Aufgabe dem Bürgertum neue sittliche Pflichten auferlegt, wird es Werbekraft gegenüber der

Digitized by Google

Sozialdemokratie gewinnen, die es verstanden hat, die Arbeitermassen mit den sozialen Ideen, wie mit einer Religion, zu erfüllen. Knüpft die innere Kolonisation an die Ideale von 1806 an, so die andere Forderung an 1848. Kaisertum oder Republik und Groß- oder Kleindeutschland waren die beiden Streitfragen, die im „tollen Jahr" die Gemüter aufs heftigste erregten. Damals wurde sie gegen den Protest der Besten (Uhland, Freiligrath, Dahlmann u. a. m.) im Sinne des Ausschlusses Österreich-Ungarns und damit auch der Deutschösterreicher entschieden. Bismarck akzeptierte später diese Lösung und seitdem ist mehr wie eine Generation Deutscher herangewachsen, die ohne Nachdenken die Spaltung des deutschen Volkes als Naturnotwendigkeit hingenommen. Der Krieg hat auch diese deutsche Frage erneut zur Diskussion gestellt, und heute gibt es mit einem Male kaum einen Deutschen, der nicht den großdeutschen Zusammenschluß als den einzig möglichen Ausweg aus den Nöten des verlorenen Krieges erkennt.

Auch das Hineinbringen des deutschösterreichischen Brudervolkes in die deutsche Republik würde diese Staatsform um so fester in den Herzen des Volkes verankern, als die dynastische Eifersucht uns um unser herrliches Elsaß hat kommen lassen. Gerade dieser belastende Posten auf dem Schuldkonto der deutschen Monarchie müßte der sozialistischen Leitung der deutschen Republik zur Warnung dienen, daß auf die Dauer ein Volk nur eine Regierung erträgt, die die nationalen Güter nicht verschleudert, sondern mehrt. Der Erhalt des preußischen Ostens von Danzig bis Oberschlesien ist nicht nur Deutschlands, sondern auch Eberts und Scheidemanns Schicksalsfrage. Gelingt es ihnen nicht, den preußischen Osten zu retten, so werden sie ebenso wie Wilhelm II. gewogen und zu leicht befunden werden, auch wenn es ihnen inzwischen gelingen sollte, Berlin von der Spartakusgefahr zu befreien. Denn die Herstellung von Ruhe und Ordnung in Berlin ist kein positives Ideal, sondern nur eine Vorbedingung für das Weiterbestehen des Deutschen Reiches. Ein Volk aber verlangt nach mehr als nach der Lebensmöglichkeit. Es verlangt nach schöpferischen Zielen. Die aber kann Deutschland nicht allein in der Sozialisierung finden, die zudem nach einem verlorenen Kriege und in einer durch sinnlose Lohnforderung bedrohten Industrie nicht allzu schnell eingeführt werden kann, sondern muß sie auch in der inneren Kolonisation suchen. Ohne den latifundienreichen Osten aber, der mit Menschen aufgeforstet werden kann, soll er nicht mehr, wie jetzt durch die Sachsengängerei verslawen — wäre dieser Plan zur Aussichtslosigkeit verurteilt. Es würde dann nichts weiter übrig bleiben, als Millionen von arbeitslosen Menschen zu exportieren, da wir, von den enorm gestiegenen Löhnen ganz abgesehen, schon wegen des Mangels an Rohstoffen längere Zeit viel zu wenig Waren exportieren können, um unserer gesamten Be-

Digitized by Google

völkerung genügende Lebensmöglichkeiten zu verschaffen. Solch ein Aderlaß an Volkskraft würde aber die so wie so schon schwierige Lage unserer Volkswirtschaft hart treffen und die Steuerschraube müßte weiter empfindlich angezogen werden. Daher müßte die Regierung alles daransetzen, um die preußischen Grenzgebiete vor der Gefahr aus dem Osten zu retten. Ihre Bedrohung ist aber doppelter Natur. Polen und Bolschewisten greifen beide mit hungrigen Händen nach deutschem Kulturgebiet. Augenblicklich ist die polnische Flut, die schon in Preußen verheerend eingebrochen ist, die akutere. Die größere Gefahr lebt aber im Bolschewismus. Ist es doch nicht unmöglich, daß sich der polnische Übermut über kurz oder lang selbst von der bolschewistischen Sündflut erfaßt sehen wird. Aber wie dem auch sei; beide, Polen wie Bolschewisten, sind nicht mit Friedensresolutionen und guten Worten abzuwehren, sondern nur mit Taten, und über den Feind in Berlin darf der an der Grenze nicht vergessen werden.

Der Ausfall der Wahl zur badischen Landesversammlung ist der beste Beweis dafür, daß das deutsche Volk schon jetzt zu erkennen beginnt, daß es nicht gut ist, wenn die sozialistischen Bäume in den politischen Himmel hineinwüchsen. Während die ersten Wahlen nach der Revolution in Anhalt und selbst im agrarischen Mecklenburg sozialistische Mehrheiten erbrachten, ist es in Baden sehr anders gelaufen. Nicht nur sind die radikalen sozialistischen Elemente völlig unterlegen. Die Unabhängigen haben es nicht einmal auf einen Sitz gebracht. Aber auch die Mehrheitssozialisten haben nicht nur die absolute Majorität nicht erhalten, sondern sie stehen nicht einmal an erster Stelle. Sie sind um 6 Mandate hinter dem Zentrum zurückgeblieben. Gewiß hat zu diesem Ausgang nicht wenig Adolf Hoffmanns geschmacklose Kriegsansage an die Kirche beigetragen, aber die Sozialdemokratie soll sich nicht täuschen. Nicht wenig Abbruch hat ihr auch ihr unentschlossenes Auftreten gegen den inneren und äußeren Feind getan. Ständen wir auf engherzigem Parteistandpunkt, so könnten wir uns freuen, daß die Sozialdemokratie solch gute Wahlpropaganda für die bürgerlichen Parteien betriebe, aber uns geht der Staat vor den Parteien. Das Reich aber muß leiden, wenn sich nicht in der Stunde der Gefahr alle, auch die früher getrennten Glieder, unter dem schwarz-rot-goldenen Banner zusammenfänden. Jetzt, wo sich sogar bisher staatenlose Völker, wie Tschechen und Südslawen, eigene Häuser bauen, darf es nicht im Deutschen Reiche wieder resigniert heißen:

„Das Band ist zerschnitten,
War schwarz, rot und gold,
Und Gott hat es gelitten,
Wer weiß, was er gewollt."

Digitized by Google

Die neueste Entwicklung der polnischen Frage

Von W. v. Massow

Die Verhältnisse in unseren Ostprovinzen haben sich derart entwickelt, daß man, um überhaupt davon reden zu können, die stärksten Regungen der Scham und Empörung niederkämpfen muß. Unsere Reichsgewalt war in der ersten Periode der Revolution in der Hand einer Regierung, die durch unzweckmäßige Zusammensetzung jeder Fähigkeit des Handelns beraubt war und durch ihre über alles Erträgliche weit hinausgehende Untätigkeit in den Ostmarken Dinge geschehen ließ, die bei rechtzeitigem Eingreifen einer mit normalen Mitteln arbeitenden und mit natürlicher Autorität ausgestatteten Staatsgewalt ganz undenkbar gewesen wären. Versäumtes ist immer nur mit sehr viel schwereren Opfern einzuholen, als bei rechtzeitiger Anstrengung erforderlich gewesen wäre. Darum ist es außerordentlich schwer, im gegenwärtigen Augenblick die Aussichten einer Wiederherstellung unserer Rechte im Osten abzuwägen, da wir das Maß der Machtmittel, die die Regierung aufwenden will und kann, nicht kennen. Jedenfalls muß alles geschehen, was in unseren Kräften steht, um die Ostmarken zu retten und dadurch den sichtbaren Beweis zu liefern, daß wir in diesen Provinzen nicht einen Raub an polnischem Volkseigentum, sondern unser Recht und unsere wichtigsten Lebensinteressen verteidigen.

Man muß einen Unterschied machen zwischen der „Ostmarkenfrage", die formell eine preußische, in Wirklichkeit aber eine deutsche Sache ist, und der eigentlichen „Polenfrage", die eine europäische Angelegenheit ist. Beide hängen natürlich eng zusammen, da es sich in beiden Fällen um das Verhältnis zwischen Deutschen und Polen handelt und das Gebiet der einen Frage in das der anderen hinüberreicht. Aber wir müssen immer daran festhalten, daß wir die Provinzen, auf die sich jetzt das Begehren der Polen richtet und die sie in Benutzung unserer gegenwärtigen Schwäche vorläufig an sich zu reißen versuchen, nicht deshalb besitzen, weil wir die eigene Existenz des polnischen Volkes vernichten wollen, sondern weil dieses Gebiet trotz seiner gemischten Bevölkerung, und obgleich in einigen Kreisen des Regierungsbezirks Posen sogar die Polen eine Mehrheit haben, seinem ganzen Charakter nach deutsch und auch in seinen polnischen Teilen ein Werk der deutschen Kultur ist. Es muß ferner in unsere Grenzen einbezogen bleiben, weil der preußische Staat sonst eine Ostgrenze haben würde, deren unmögliche Gestaltung sich kein lebenskräftiges Volk von einiger Selbstachtung gefallen lassen kann. Der fehlerhafte Ausgangspunkt unserer ganzen Polenpolitik liegt mehr als hundert Jahre zurück. Er ist in der Haltung unserer preußischen Vertreter auf dem Wiener Kongreß 1814-15 zu suchen, als Preußen, obwohl ihm der bei weitem größere Teil seines ehemaligen polnischen Besitzes auf Betreiben

Digitized by Google

Rußlands vorenthalten wurde, sich dennoch in Reih' und Glied mit den anderen ehemaligen „Teilungsmächten" stellen ließ, anstatt seine Ansprüche auf Westpreußen und Posen auf eine ganz andere Begründung zu stellen und sich dadurch in der eigentlichen „Polenfrage" eine freiere Stellung für die Zukunft zu wahren. Wäre dieser Standpunkt unseren Politikern bei Zeiten mehr in Fleisch und Blut übergegangen, so wäre es bei Ausbruch des Weltkrieges nicht so schwer gewesen, für eine zweckmäßige und vernünftige Orientierung der Polenpolitik die Zustimmung der öffentlichen Meinung und die Mitwirkung aller in Betracht kommenden Stellen zu finden. Man muß anerkennen, daß die Reichsregierung wenigstens die Grundlinien ihrer Politik richtig bestimmt hat, wenn auch in der Ausführung Fehler begangen worden sind.

Das muß hervorgehoben werden, weil man so häufig angesichts der traurigen Entwicklung der Lage in Posen der Meinung begegnet, das sei die Folge unserer verkehrten Politik, die den Polen geholfen habe, ihren Staat wieder aufzubauen, und nun den Dank dafür ernte. Für Leute, die diese ihnen ganz fremden Dinge nicht zu überschauen vermögen, liegt ja diese Schlußfolgerung offenbar sehr nahe. Sie ist aber trotzdem irrtümlich. Sie beruht teilweise auch auf der Meinung, daß die neue polnische Republik die von uns ausgebildeten Legionen gegen uns über die Grenze gesandt habe. Daß die polnische Regierung in Warschau das sehr gern tun würde, läßt sich wohl annehmen. Aber sie kann es glücklicherweise einstweilen noch nicht. Gegenwärtig handelt es sich nur um einen natürlich von Warschau aus ermunterten und moralisch unterstützten Aufruhr unserer eigenen Polen.

Für unsere gesamte Polenpolitik konnte es nur folgende Richtlinien geben:

Erstens in der Ostmarkenfrage unbeugsames Festhalten an der Wahrnehmung der durch die Polen stets bedrohten deutschen Interessen und *Forderung des Verzichts der Polen auf jedes Stück deutschen Reichsbesitzes.*

Zweitens in der *eigentlichen Polenfrage* möglichst weit entgegenkommende *Erfüllung der berechtigten und mit unseren Interessen vereinbaren Wünsche und Hoffnungen des polnischen Volkes.*

Was bedeutet dieser zweite Programmpunkt? Es standen uns überhaupt nur drei Wege offen, wenn wir die zwar möglichen, aber praktisch ungangbaren von vornherein ausschieden. Diese drei Lösungen waren: die Rückgabe Polens an Rußland, die sogenannte austro-polnische Lösung und die Wiederherstellung eines selbständigen polnischen Reiches. Weshalb wir die beiden ersten Lösungen verwerfen mußten, habe ich in der „Deutschen Politik" im vorigen Jahre (Heft 34 vom 23. August 1918) auseinandergesetzt. Es blieb also trotz aller Bedenken nur die dritte Lösung übrig.

Digitized by Google

Doch zurück zu den beiden Programmpunkten! Sie gehörten notwendig zusammen. Die Wiederherstellung Polens ließ im einzelnen sehr verschiedene Ausführungen zu. So konnte der erste Programmpunkt zur Bedingung des zweiten gemacht werden. Aber unsere Regierung erwies sich nicht stark und geschickt genug, um der störenden Einflüsse auf ein Programm dieser Art Herr zu werden. Unsere meist allzu einseitig auf die innere Politik eingestellten „Ostmärker" waren zu sehr gewohnt, die Richtlinien der preußischen Ostmarkenpolitik auf die ganze Polenfrage anzuwenden, als daß sie sich so schnell mit dem Gedanken einer Wiederherstellung Polens hätten befreunden können. Diese sahen sie nicht so sehr unter dem Gesichtspunkt einer politischen Notwendigkeit, als unter dem einer Wohltat und Befreiungstat für ein Volk, das solche Freundlichkeit nicht verdient hatte. Außerstande, aus dem Kampf der Nationalitäten in der heimischen Ostmark das Gefühlsmoment auszuscheiden, trugen sie es auch in die Frage der großen Politik hinein und erwarteten nun auch von polnischer Seite eine Gefühlsregung, nämlich Dankbarkeit, wo doch im günstigsten Falle nur ein allmähliches Schwinden des Mißtrauens und der Abneigung zu erwarten war. Dadurch wurde in diesen Kreisen unsere Polenpolitik auf ein falsches Geleise geschoben, und die Pläne der Regierung stießen auf schroffe Ablehnung und schärfste Kritik unserer eigenen Leute gerade da, wo sie hätten unterstützt werden müssen. Die Möglichkeit, die geeigneten Kreise aufzuklären und zu gewinnen, hatte sich die Regierung selbst verbaut durch die unsachgemäße und dilettantische Handhabung der politischen Zensur.

Aber die Regierung unterließ es leider auch, ihrerseits zwischen unseren Ostmarken-Interessen und unseren Interessen in Kongreßpolen den nicht minder nötigen scharfen Trennungsstrich zu ziehen. Im inneren Zusammenhang damit stand es, daß es an einer klaren, rechtzeitigen Auseinandersetzung mit unserem Bundesgenossen Österreich-Ungarn fehlte. Man ließ es sich ferner gefallen, daß die Erklärungen polnischer Vertreter aus Kongreßpolen und Galizien sich hinsichtlich der polnischen Wünsche auf preußisches Gebiet stets in Zweideutigkeiten bewegten, und obwohl der Weg der Wiederaufrichtung eines selbständigen Polens längst vorgezeichnet war, schwankte man doch beständig zwischen dieser und der austro-polnischen Lösung, zu der man im ungeeignetsten Augenblick ganz und gar wieder abzuschwenken schien. Dabei nahmen die Vertreter Österreich-Ungarns in Warschau — davon kann man ja jetzt offen sprechen! — durchaus nicht die zarten Rücksichten auf uns, wie wir auf den Bundesgenossen, und arbeiteten mit Hochdruck gegen die deutschen Interessen in Polen. Diese Schwäche und Unklarheit unserer politischen Stellungnahme in Polen war es vornehmlich, die alle unsere Bemühungen, die Polen für unsere politischen Pläne zu gewinnen, fruchtlos machte.

Digitized by Google

Um nicht ungerecht zu sein, muß man freilich daneben auch hervorheben, daß die militärischen Forderungen sich unseren politischen Bestrebungen als starkes Hemmnis in den Weg legten. Solange wir Truppen in Westrußland und der Ukraine hatten, mußten wir im Interesse der Verpflegung und Sicherung dieser Ostfront Polen als besetztes Kriegsgebiet behandeln und ausnutzen, vor allem im Sinne einer Entlastung unserer ohnehin wirtschaftlich schwer bedrängten Heimat. Aber allerdings erringt man auf diesem Wege nicht gerade das Wohlwollen der Bevölkerung eines solchen Gebiets. Das ist nicht zu ändern. Daher wurde von verschiedenen Seiten vorgeschlagen, die Frage der Zukunft Polens möglichst lange offen zu lassen und eine rein militärische Verwaltung bis zum Friedensschluß einzurichten. Ich kann mich nicht überzeugen, daß dadurch etwas gebessert worden wäre, ganz abgesehen von den abschreckenden Erfahrungen, die uns die Verwaltung des sogenannten „Gebietes Ober-Ost" gebracht hat. Eine solche Behandlung Polens und der polnischen Frage wäre gleichbedeutend mit einer politischen Propaganda für die Entente gewesen. So wurde wenigstens die durch Kriegsrücksichten gebotene Ausnutzung des Landes für unsere Zwecke dadurch gemildert, daß wir uns den Polen gegenüber beizeiten verpflichteten, nach dem Kriege ihre Selbständigkeit anzuerkennen und ihnen die von uns geschaffene Organisation zur Verfügung zu stellen. Diese Organisation hatten wir eingerichtet, um die Hilfskräfte des von Natur reichen, aber verwahrlosten, von den russischen Behörden verlassenen, von der russischen Truppenmacht bei der Räumung systematisch verwüsteten Landes — man beachte den Unterschied von Belgien! — in unserem Interesse auszunutzen. Es muß das einmal offen ausgesprochen werden, denn wir verraten damit den Polen kein Geheimnis, während bei uns von einer schlecht unterrichteten Kritik die dumme Legende verbreitet wird, wir hätten das alles getan, nur um den Polen „Wohltaten" zu erweisen und ihnen ihren Staat aufzubauen, während sie selbst keinen Finger rührten.

Nun bleibt freilich immer noch der unwirsche Einwand, wir hätten von vornherein wissen müssen, daß wir bei den Polen keine Gegenliebe finden würden, und daß sie Verträge bei ihrem bekannten Irredentismus einfach nicht halten würden. Sie würden die Wiederherstellung ihres Staates stets benutzt haben, um unsere Grenzen zu bedrohen. Darauf ist zu erwidern, daß die Vereinigung Polens mit der wiederhergestellten russischen Großmacht in der Eigenschaft eines autonomen Bestandteils, sowie nicht minder die Anlehnung des um Galizien vergrößerten Polens an Österreich-Ungarn, — und das waren die beiden einzigen Möglichkeiten, zwischen denen wir sonst noch zu wählen hatten, — die Übelstände noch verschlimmert haben würden. Wir schufen wenigstens klare Verhältnisse, wenn wir aus Polen einen selbständigen Staat machten. Und ebenso sehe ich meine

Digitized by Google

andere Behauptung nicht widerlegt: Gerade weil wir innerhalb unserer anerkannten Grenzen den hochverräterischen Bestrebungen der Polen in scharfer Abwehr entschieden entgegentreten müssen, konnten wir ihnen außerhalb unserer Grenzen den Beweis liefern, daß wir zwar auch unsere Interessen wahrnehmen, ihnen aber ihr gutes Recht als Nachbarvolk nicht vorenthalten wollten. Dabei mußte natürlich von vornherein mit der polnischen Unzuverlässigkeit gerechnet werden, jedoch in dem Sinne, daß wir mit den uns zu Gebote stehenden Kräften Vorsichtsmaßregeln trafen und vor allem unter den Polen selbst Gegengewichte gegen die uns unbequemen Seiten ihrer Eigenart schufen, nicht aber so, daß wir sie auf Grund dieser Eigenart überflüssigerweise Unfreundlichkeit oder Geringschätzung fühlen ließen oder da, wo nur die kühlen Forderungen der Politik in Frage kamen, als Moralisten auftraten. Die von der deutschen recht verschiedene polnische Mentalität können wir nicht ändern, am allerwenigsten indem wir uns über ihre unangenehmen Seiten entrüsten; wohl aber zeigt sie gewisse Seiten, die wir uns hätten zunutze machen können. Ein guter Pädagoge weiß, daß die Lüge des Kindes nicht immer einer schlechten Anlage oder der Furcht, sondern in sehr zahlreichen Fällen einer unbeherrschten und irregeleiteten Phantasietätigkeit entspringt. Demgemäß wird er als Erzieher handeln. Auch der gute Politiker darf, wenn er bei einem fremden Volk auf Unzuverlässigkeit, Wankelmut und Hinterhaltigkeit stößt, nicht gleich mit den Begriffen „schlecht" und „feig" arbeiten. Auch die Polen sind vorwiegend Phantasie- und Gefühlsmenschen, nicht Verstandes- und Willensmenschen. Wer etwas bei ihnen erreichen will, muß auf ihre Phantasie wirken und dadurch erst den Gemütszustand schaffen, in dem sich auch der Pole der Vernunft öffnet und seinen Vorteil erkennt. Aber leider verstehen wir Deutschen nichts so schlecht wie eben das. Immerhin lag es im Bereich der Möglichkeit, und man kann den Grundgedanken einer Politik nicht für falsch erklären, weil die Ausführung fehlerhaft ist.

Erinnern wir uns noch einmal kurz, wie sich die inneren Verhältnisse Polens während unserer Besetzung gestaltet haben. Besonders organisiert hatten sich die Sozialisten und die Juden. Die nichtsozialistischen Polen gliederten sich in Aktivisten und Passivisten; jede dieser großen Gruppen bestand aus kaleidoskopartig wechselnden Parteiorganisationen. Die Aktivisten wollten im Sinne eines politischen Anschlusses an die Mittelmächte mitarbeiten; die Passivisten wollten sich nur sammeln, organisieren und schulen, um sich dann bei Ausgang des Weltkrieges dem Sieger anzuschließen. Die Sozialisten teilten sich in eine Rechte und eine Linke. Die Linke begeisterte sich für die rote Internationale und liebäugelte mit dem Bolschewismus; die Rechte verwarf den Bolschewismus, war streng national und lehnte den Anschluß an Deutschland nicht grundsätzlich ab, fürchtete sich aber vor der Gegnerschaft Deutschlands gegen eine demokratische Republik in

Digitized by Google

Polen. Die Juden gingen zu einem Teil mit den Sozialisten; die anderen waren teils infolge des wachsenden Einflusses des Zionismus englandfreundlich, teils auf Grund ihrer schon vor dem Kriege gewählten Stellung russenfreundlich, in beiden Fällen also auf seiten der Entente. Unsere Gefolgschaft in Polen war also sehr klein, und wir konnten sie infolge eigener Fehler und der eifrigen Gegenarbeit Österreich-Ungarns nicht vermehren. Was uns hätte helfen können, ein entschiedenes und schnelles Vorgehen in der Erfüllung unserer Zusagen, unterblieb infolge der geschilderten Hemmungen, namentlich auch infolge des unglückseligen Gedankens der Annexion eines Grenzstreifens, womit wir die Polen ohne sorgfältig durchdachten Zweck ängstigten und quälten und anstelle der Eigenschaften, die auch der feindselige Pole am Deutschen achtete, gerade die bewiesen, die wir den Polen vorwerfen, nämlich Doppelzüngigkeit und Umdeuten gegebener Versprechungen. Trotzdem fingen die Passivisten an, bei dem anfangs siegreichen Verlauf der deutschen Frühjahrsoffensive 1918 ihren Übergang in das mittelmächtefreundliche Lager vorzubereiten; da kam der Rückschlag in einer auch für unsere Polenpolitik besonders unglücklichen Zeit. Das Ministerium wurde gestürzt, und die aus den sogenannten Nationaldemokraten bestehende Mehrheit der Passivisten orientierte sich sofort nach der Entente, was in starken Forderungen und herausfordernden Erklärungen zum Ausdruck kam. Noch hielt uns unsere militärische Stellung im Lande. Als diese infolge der Revolution versagte, brach für uns die letzte Stütze. Unsere Besatzung mußte das Land verlassen, und auch in Polen war der Sozialismus siegreich, der den Regentschaftsrat stürzte. Es war die Rechte der Sozialisten, die die Gewalt an sich riß und Pilsudski an die Spitze stellte.

Die Ereignisse zeigen, daß unsere Niederlage und die Revolution die gegenwärtigen Verhältnisse und in ihrem Gefolge auch den Aufstand in Posen geschaffen haben, nicht etwa der Grundgedanke unserer Polenpolitik. Ohne die jähe Lähmung unserer nationalen Kraft hätte die Wiederherstellung Polens auf unsere Ostmarken kaum nennenswerte schädliche Wirkung ausgeübt. Doch die nähere Beleuchtung dieser Frage würde hier zu weit führen. Jetzt handelt es sich für Deutschland in seiner Ostmark um seine Existenz und seine Ehre. Darüber gibt es zur Zeit keine politischen Betrachtungen, sondern nur die harte Forderung: Gewalt gegen Gewalt!

Zur französischen Trennungsgesetzgebung

Kriegsbeobachtungen von Professor Dr. Rühlmann-Berlin

Trüb schauen heute viele Freunde der Kirche, auch der Religion in die Zukunft. Besonders die kirchenpolitische Forderung des Tages, die Trennung von

Digitized by Google

Staat und Kirche, bereitet ihnen bange Sorge. Zu Unrecht! Gewiß war Adolf Hoffmann's Wirken bisher ein Faustschlag jedem kirchlich Gesinnten, überhaupt jedem tiefer Empfindenden, ins Gesicht, doch seine kleine, eitle Persönlichkeit ist nicht mit der Trennungsforderung identisch, diese braucht durchaus nicht religionsstörend zu wirken, im Gegenteil, sie wird der Kirche zum Heil ausschlagen, denn sie bringt ihr die Lebensluft aller Gesunden und Kräftigen, die Freiheit.

Diese Überzeugung gewann ich als Feldgrauer drüben in Frankreich. Frankreich ist der erste europäische Großstaat, der die Trennung von Staat und Kirche durchgeführt hat; nicht im einzelnen immer glücklich, wie sich zeigen soll, doch grundsatztreu, wie so oft in der französischen Geschichte und durchaus entsprechend der unerbittlichen Logik seines Volksdenkens. Dieser Kampf zwischen Kirche und Staat, der 1905 begann, hat die dritte Republik in ihren tiefsten Tiefen aufgerührt — Zolas Vérité gibt uns eine erschütternd wirklichkeitsechte Schilderung — und trotzdem sah 1914 der Krieg ein beispiellos einmütiges Volk, ein Volk, das einmütig blieb selbst unter den entsetzlichsten Blutopfern, einmütig bis zum endlichen Siege. Der Haupteinwurf, daß die Trennung von Kirche und Staat stets die nationale Einheit gefährden müsse, eine in Deutschland weit verbreitete Annahme, besteht also durchaus nicht zu Recht.

Es war ein Reiz eigener Art für mich, in den Bauerndörfern der Champagne, des Aisne- und des Maastales den Spuren dieses französischen Kulturkampfes nachzugehen und besonders unter den Ardennenbauern seine Wirkungen zu studieren, deren hauptstädtische Züge ich bereits aus eigener Beobachtung kannte.

Ein besonderer Umstand begünstigte meine Beobachtungen: Längere Zeit verwaltete ich Sommer 1915 die Ortskommandanturgeschäfte in dem lieblichen Vandy, einem reizend an den Uferhöhen der breiten Aisneebene in der Nähe von Vouziers gelegenen Bauerndorf. Hier betreute, unbekümmert um die seit September 1914 tobenden Kriegswirren ein rüstiger Vierziger als Pfarrer den zurückgebliebenen Rest seiner Gemeinde; da Lehrer und Maire geflohen waren, bildete er den alleinigen geistigen Halt der biederen, tüchtigen Ardennenbauern. 1918 wurde Vandy mehrmals in den amtlichen Heeresberichten des September genannt, sein hochgetürmtes Kirchlein ist wohl heute sicher ein Opfer jener Rückzugskämpfe.

In Vandy hatte ich so manche Einzelzüge typischer Bauernfrömmigkeit beobachtet; denn der kirchliche Sinn war offenbar stark entwickelt, fast jeder größere Bauer hatte ein buntes Kirchenfenster gestiftet, auf den Anhöhen oft kirchliche Erinnerungen, Messe und Beichte waren fast stets vollzählig von Männlein und Weiblein besucht. Da mich schon mehrmals die Dienstgeschäfte mit dem klugen Sutanenträger zusammengeführt hatten, lockte es mich, ihm auch die mich so bewegende Frage, wie in dieser dörflichen Sphäre das Trennungsgesetz vom 11. Dezember 1905 gewirkt habe, vorzulegen. Ich hatte sie nur angedeutet, als

Digitized by Google

ich schon der überraschendsten und entgegenkommendsten Bereitwilligkeit begegnete.

„Wie gestaltete sich hier die vermögensrechtliche Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche? Gingen die berüchtigten „Zwangsinventarisationen" ohne Reibung vonstatten?" fragte ich den Pfarrer zunächst.

Mit resigniertem Blick zeigte er mir in der Sakristei eine in die Wand gelassene schwarze Marmortafel, die nach französischer Art die Namen der frommen Stifter enthielt. Diese Stiftungen fielen dem Staate anheim. Der alte Pfarrer, der Vorgänger des jetzigen, hatte versucht, sich dem Raubzuge des Staates zu entziehen — wie übrigens die meisten Pfarrer. Er wollte die Kapitalien nicht herausgeben. Der Harmlose hatte vergessen, daß diese Form des Widerstandes vergeblich sein mußte, da nach französischem Recht alle „frommen Stiftungen" in Staatspapieren angelegt sein mußten; der Staat braucht also nur die betreffenden Zinsscheine als ungültig zu kennzeichnen. Durch diesen ersten Schritt verlor unsere Kirchengemeinde etwa 300 Franken alljährlich an Zinsgenuß. Hatte der erste Schritt den Staat bereichert, so der zweite die Gemeinde: Alle liegenden Güter, hier besonders Wiesen und Korbweidenkulturen, wurden der bürgerlichen Gemeinde überwiesen, und zwar der Armenkasse. Dies raubte der Kirche Vandy eine jährliche Pachteinnahme von 150—200 Frank. Endlich wurde inventarisiert, auch das „Kultgebäude", die Kirche mit den dazu gehörenden kirchlichen Gerätschaften, wie Orgel, Paramenten, Meßbücher usw. Diese Kultgebäude waren gemäß einem bereits in der Revolutionsgesetzgebung ausgesprochenen Grundsatz Eigentum der Gemeinde, die sie aber unentgeltlich bis zum 12. Dezember 1916 sich bildenden Kultvereinen zu „gottesdienstlichen Zwecken" überlassen sollte. „Und bildeten sich solche Kultgemeinden?" Ich wußte von früher, daß dies die leidenschaftlichste Frage des ganzen Kulturkampfes war; denn würde man sich den Kultvereinsbestimmungen unterwerfen, so drückte man die Kirche Gottes auf das Niveau eines vulgären Vereins herab. Weite Kreise des französischen Klerus schwankten, die Haltung der Kurie blieb sowohl in der Enzyklika „Vehementer" wie in der „Gravissimo" einheitlich und klar, fast verletzend logisch in der Zurückweisung jeglicher Konzession an den französischen Staat. Rom wußte, daß es hier in seinen Grundfesten erschüttert wurde; die Kultvereine mußten den hierarchischen Aufbau der Kirche und somit diese selbst zerstören. Und als ganz unmöglich empfand man, daß mit den Kultvereinen dem Laienelement ein so stark mitbestimmender Einfluß in rein innen-kirchlichen Verhältnissen gewährt werden sollte.

Auch der alte Pfarrer von Vandy schwankte einige Tage. Der Zwangsinventarisierung setzte er keinen ernstlichen Widerstand entgegen. Deshalb kam es hier auch nicht zu den anderwärts gemeldeten, von der französischen Rechten or-

Digitized by Google

ganisierten Zusammenrottungen und Einschlagen der verschlossenen Kirchentüren. Aber zur Bildung eines Kultvereins kam es auch nicht. Wohl aber war der Pfarrer anfänglich der „Anmeldepflicht" für die kirchliche „Versammlung" nachgekommen, die der französische Staat im Rückzugsgefecht als Ersatz für die mißglückten Kultvereine dann 1907 gefordert hatte. „Er hat dem Feldhüter hier in diesem heiligen Raume der Sakristei zu Protokoll erklärt, wann er den Gottesdienst abhalten will, und — denken Sie sich — er hat den Maire um die Erlaubnis gebeten, die Glocken läuten zu dürfen. Das Alter hat seinen Sinn verwirrt, er ist kurz darauf gestorben," erzählte in verhaltenem Zorn sein Nachfolger. Der junge Pfarrer war offenbar ein treuerer Sohn der Kurie. Gehorsam dem päpstlichen Breve gab es für ihn weder Kultvereine, noch Anmeldepflicht, noch Mietvertrag. Er trotzte dem Staate und mit ihm fast alle Kleriker. „Ich habe den ersten Montag und Dienstag die Messe um 3 Uhr in der Nacht gehalten, um der staatlichen Anmelde- und Überwachungspflicht aus dem Wege zu gehen. Ich erwartete damals ruhig meine Verhaftung am Morgen, doch sie erfolgte nicht."

„Wie ist nun gegenwärtig die finanzielle Lage der Kirche?"

„Da nach dem Trennungsgesetz der französische Staat keinen Kultus anerkennt, besoldet oder unterstützt, fiel natürlich unsere Beamtenstellung. Seit 1906 haben die Pfarrer keine öffentlich-rechtliche Funktion in Frankreich mehr. Die Einziehung des Kirchenvermögens bereicherte den Staat gewaltig, über 400 Millionen Frank waren ihm mit einem Schlage zugefallen. Hier liegt ein stark mitsprechender Grund für die Tatsache, daß das demokratische Frankreich bis jetzt ohne die demokratischste aller Steuern, die progressive Einkommensteuer, ausgekommen ist. Leicht war der Übergang für uns Geistliche aus zwar gesicherten, aber innerlich gefesselten Staatsdienern in ganz auf uns gestellte, dafür aber freie Kirchendiener, nicht. Es geschah überdies sehr klug: 1906 und 1907 sollten wir im Gehalt um ein Viertel, die beiden folgenden Jahre um die Hälfte, die nächsten um drei Viertel gekürzt werden, nach acht Jahren sollte diese Umwandlung durchgeführt sein, in größeren Gemeinden bereits nach vier Jahren. Da jedoch die Kirche jede Verständigung mit dem Staate grundsätzlich abwies, bestimmte dieser als Gegendruck, daß von 1909 kein Geistlicher mehr staatliches Gehalt erhielt.

„Wer zahlt Ihnen denn Gehalt? Wovon und wie leben Sie denn?"

„Anfänglich, in den ersten Jahren nach 1909 war unsere Lage durchaus unklar. Die Bischöfe hatten zwar sofort nach dem Trennungsgesetz von 1905 begonnen, kirchliche Kollekte zu sammeln für die Ausbildung, Besoldung und die Ruhegehälter der Geistlichen. Da es eben hierbei keine bestimmte Taxe gab, gingen die Gelder gering und ganz unregelmäßig ein. Ich habe noch vor drei Jahren kaum über 100 Frank jährlich bezogen. Jetzt aber ist die Gehaltsfrage wesentlich günstiger geregelt, so daß ich jetzt etwa dasselbe Einkommen beziehe, wie vor der

Digitized by Google

Trennung, wo ich vom Staate 900 Frank für Vandy und 200 Frank für die Filialleitung in Terron bezog. Ein wesentlicher, ja, der wichtigste Punkt ist, daß wir unser Gehalt nicht von der Gemeinde empfangen wie die evangelischen Pfarrer in Frankreich, sondern von der bischöflichen Kasse. Jeder Diözesane hat als Mindestbeitrag in den ersten Monaten des Kirchenjahres 1 Frank an die Kirche seines Ortes abzuführen; dazu kommen die freiwilligen Kollekten in der zweiten Hälfte des Jahres, von denen ich gegen 300 Frank nach Reims abführe, die Kirchenstuhlmiete ergibt auch 300 bis 400 Frank, geistliche Handlungen sind grundsätzlich unentgeltlich, doch gewisse reichere Ausstattungen, besonders bei Taufe und Hochzeit geben einen nicht geringen Ertrag. Die bischöfliche Kasse zu Reims teilt nun die Einnahmen nach dem Grundsatz der ausgleichenden Gerechtigkeit, die ärmeren Gemeinden sollen in der Seelsorge nicht hinter den reicheren zurückstehen. Die Gemeinden zahlen fast immer willig, schon aus Billigkeitserwägungen. Wo eine Gemeinde böswillig die Zahlungen verweigert, beruft der Bischof den Pfarrer ab, doch dies erfolgt sehr selten.

Ist in der Besoldungsfrage der Pfarrer nicht unmittelbar abhängig von der Gemeinde, so ist in der Wohnungsfrage die Bindung etwas stärker. Nach dem Trennungsgesetz sind die Kultgebäude, auch das Pfarrhaus, zwar Eigentum der bürgerlichen Gemeinde, doch diese darf es keinem anderen als gottesdienstlichem Zwecke zuführen. Ist nun eine Gemeinde kirchen- und pfarrerfreundlich, so überläßt sie dem Pfarrer das Pfarrhaus entweder unentgeltlich oder zu einem mäßigen Mietpreis. (180 Frank). Sitzen aber in der Gemeindevertretung viele Sozialisten oder Radikale, so kann es vorkommen, daß man die Miete so steigert daß der Pfarrer sie nicht mehr bezahlen kann und sich nach einem anderen Miethause umsehen muß, was vom kirchlichen Gesichtspunkte aus nicht wünschenswert ist.

Auf dem gleichen Grundsatz der völlig vom Staate losgelösten Selbständigkeit baut sich auch die Vorbildung der Geistlichen auf. Die Kirche ist freie Unternehmerin: Für jede Diözese unterhält sie „Kleine Seminare", die der Bildung der künftigen Geistlichen dienen: die Lehrer sind in der Regel Geistliche; für den naturwissenschaftlichen Unterricht nimmt man auch einzelne Laienlehrer an; viele Freistellen, ermöglichen dem Begabten den Zugang zur Priesterlaufbahn. Etwa ein Fünftel der künftigen Priester macht die Abiturientenprüfung, diese besuchen dann die großen Seminare, die „freien" theologischen Hochschulen zu Paris oder Nancy, denn stets hat man von kirchlicher Seite das Streben nach dem Doktorat gefördert. Neben den Söhnen der höchsten Aristokratie, die sich wieder zahlreicher denn je zu den Priesterseminaren drängen, ist in nicht kleiner Anzahl der Weinbauernsohn aus der Champagne oder das schlichte Waldkind der Ardennen zu finden. Es besteht heute durchaus nicht mehr wie vor zehn Jahren die Gefahr, daß das wissenschaftliche Niveau der Geistlichen sinkt.

Digitized by Google

„Wie hat diese Trennung das kirchliche Leben beeinflußt?" „Zunächst hat sie uns ein köstliches Gut gegeben: die Freiheit. Wurde vor dem Gesetz in der Predigt irgend eine staatliche Einrichtung kritisiert, sei es auch nur ganz leise, sofort erfolgte eine Denunziation, und wir wurden zum Teil mit ganz empfindlichen Gehaltssperren von den meist kirchenfeindlichen republikanischen Behörden belegt. Jetzt sind wir vollkommen frei in der Lehre wie im Leben. Unsere Pfarrer, unsere Bischöfe werden nach rein kirchlichen Gesichtspunkten gewählt und befördert. Die dem kirchlichen Leben stets abträglichen Konkordate gibt es nicht mehr. Wir möchten um keinen Preis wieder unter das staatliche Bevormundungsjoch zurück.

Auch den Gemeinden gegenüber haben wir die Abhängigkeit durch das Einschieben der bischöflichen Kassen als Mittelglied glücklich vermieden. Wohl haben wir dem demokratischen Grundsatz zuliebe einen „Kirchenrat" eingerichtet, doch er dient nur zu unserer finanziellen Entlastung, selbständige Verwaltungsrechte hat er nicht. Ich, der Pfarrer, ernenne in Wirklichkeit die fünf Gemeindemitglieder der „Kirchenväter"; denn der Bischof, dem eigentlich das Ernennungsrecht zusteht, nimmt ja doch stets die ersten fünf der zwanzig aufgezählten Namen. Vernachlässigt eines der Kirchenratsmitglieder seine katholischen Pflichten, so lasse ich ihn durch den Bischof absetzen. Ich ernenne den Organisten, die Kirchendiener ich vertrete in jeder Beziehung die Gemeinde und kann durch keine Vollmacht des Kirchenrates gebunden werden. Kann man freier sein?" Die Stimme des Geistlichen klang siegerhaft.

„Wird der kirchliche Einfluß auch künftighin stark genug bleiben?" Hier führte er mit weniger sieghafter Stimmer aus: „In die Zukunft schaue ich nicht so ganz freudig; denn uns fehlt die Jugenderziehung. Hier ist der Staat stärker als wir, er hat die Schule und damit die Zukunft. Noch gibt es ja eine ältere Lehrergeneration (unser Lehrer hier gehört zu ihr), die zwar ihre dienstlichen Stellung nach, aber nicht persönlich kirchenfeindlich ist. Sie gehen zwar nicht zur Kirche, sie sehen es auch nicht gern, wenn ihre Namen auf die Liste der kirchlichen Spender gesetzt werden und so ihr kirchlicher Sinn zur Kenntnis der kontrollierenden republikanischen Behörden kommt, wohl aber lassen sie durch Frau und Kinder an die kirchlichen Sammlungen zahlen. Sie wählen auch aus der Liste der staatlich genehmigten Lehrbücher fast immer solche aus, die in Geschichts-, Moral-, im bürgerkundlichen Unterricht der Kirche und der Religion ihre Rechte lassen und nicht ausgesprochen kirchenfeindlich sind, wie dies von vielen der Lehrbücher nachgewiesen ist. Aber ob dieser Zustand von Dauer ist, kann ich nicht sagen; denn die jüngeren Lehrer haben auch für ihre Person und nicht nur für das Amt die Trennung von der Kirche vollzogen. Die Neutralität des weltlichen Unterrichtes wird nicht selten zur Kirchenfeindschaft. Hier ist noch eine

Digitized by Google

Verständigung anzustreben; denn die Schule hat die Zukunft. Ob die Kirche sich überhaupt weiter als Masseneinrichtung, als die jeden einzelnen umfassende Volkskirche halten kann, muß sich erweisen. An Versuchen unsererseits, durch Unterhaltungsabende, durch kirchliche Zirkel, durch kirchliche Parteigründungen, durch Unterhaltungsblätter und kirchliche Kalender wieder zur allumfassenden Erziehungsträgerin unseres Volkes zu werden, hat es bisher nicht gefehlt. Schließlich ist die Kirche ewig, sie wird auch diese Prüfung überwinden, Gott hat sie ihr zur inneren Läuterung geschickt."

Drei inhaltsschwere Jahre liegen hinter dieser Unterredung mit dem klugen Priester. Nicht ahnte ich, daß ich mich ihrer schon so bald erinnern würde. Wenngleich das neue Deutschland eins ist mit dem Frankreich der dritten Republik in dem erstrebenswerten Ziel, im Weg darf es nicht Frankreichs Spuren folgen; eine sich überstürzende Kampfgesetzgebung muß es ablehnen um des Staates und nicht zuletzt der Kirche willen.

Die Zukunft des Internationalismus

Von Dr. Max Seber-Dresden

Die Gefahren der bloß nationalen Lebensform sind durch den Krieg so offensichtlich geworden, daß der Wille und Wunsch nach internationalen Lebensformen der Völker und Staaten außerordentlich gewachsen ist. Drei Vormarschlinien scheinen der Entwicklung zum Internationalismus gegeben: die wirtschafts- und verkehrstechnische, die kulturorganisatorische und die staatspolitische. Über den Wert und das gegenseitige Verhältnis dieser Wege bestehen nun unter den grundsätzlichen Verfechtern des Internationalismus — grundsätzliche Gegner gibt es nicht mehr allzu viele — Meinungsverschiedenheiten, die auch für die praktische Politik der nächsten Zukunft von größter Wichtigkeit sind.

Die verbreitetste Ansicht erblickt in den wirtschafts- und verkehrstechnischen, sowie den kulturorganisatorischen Verknüpfungen das eigentliche Gemeinschaftsband der Zukunft, während die staatspolitischen Abmachungen reine Zweckgebilde darstellen, die erst durch die andern Gemeinschaftsbeziehungen wärmere Temperatur erhalten. Diese Theorie ist die rein pazifistische, wie sie schon vor dem Kriege bestand, und in der Ablehnung jedes vereinigten Staatengedankens und der Forderung unbeschränkten Freihandels ihr besonderes Kennzeichen hat. Ihr schließt sich eng der sozialistische Internationalismus an, der aber mehr die internationale Kulturorganisation, internationale Sozialreform, besonders Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaftsweise fordert. Nicht so einheitlich sind beide Richtungen in der Verneinung. Im Sozialismus finden sich nicht wenige Stimmen, die für etappenweise Staatenförderation eintreten und einen bloß politischen allumfassen-

Digitized by Google

den Völkerbund den Stürmen des Staatenlebens nicht gewachsen halten. Diese Schule des Neu-Marxismus bildet so den Übergang zu einer dritten Gruppe, die sich von der allumfassenden technischen und kulturpolitischen Gemeinsamkeit wenig verspricht, ihr Augenmerk deshalb mehr der staatspolitischen Gemeinschaft beschränkten Umfanges zuwendet, die nur gleichartig interessierte, in ihren wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnissen sich verwandte Staatswesen umfaßt. Es ist nicht schwer zu erraten, daß diese Strömung vor allem im mitteleuropäischen Bündnis die Hauptaufgabe deutscher Politik sieht, ohne deswegen die Idee des Völkerbundes und der mit ihm verbundenen Pläne von Schiedsgerichten, Vermittlungsämtern und Abrüstungsvorschlägen abzulehnen.

Aus dem Gewoge rein persönlicher Meinungen und Voreingenommenheit kann uns bloß die Untersuchung der Frage herausführen, ob denn die technischen und kulturorganisatorischen Beziehungen ihrem Umfang und ihrem Wesen nach zur Bildung einer wahrhaften internationalen Lebensgemeinschaft geeignet sind. Muß diese Frage verneint werden, so genügt offenbar ein bloßer Zweckverband der Staaten zur Beseitigung der Kriege auf keinen Fall, um auch nur diese Aufgabe zu erfüllen. Wir sind dann gezwungen, nach außenpolitischen Lebensgemeinschaften zu trachten, die natürlich nur beschränkten Umfanges sein können und die Herstellung einer umfassenden internationalen Gemeinschaft dem Laufe der Entwicklung, dem Zug nach weltumspannenden Betriebsgemeinschaften zu überlassen.

Der Hauptfehler der pazifistischen Richtung ist die Überschätzung der technischen Lebensverhältnisse, die auf der Annahme fußt, daß die Seele sich dem technischen Zwang, wenn auch nur langsam, fügt. Eine tiefere Betrachtung der innerkulturellen Entwicklung lehrt aber, wie äußerlich das bloße Technische am Menschen haftet, wie wenig es in seine innersten Lebensverhältnisse einzudringen vermag. Trotz hochentwickelter Technik ist der Stand unserer geistigen und seelischen Personenkultur bedauerlich niedrig, ja früheren Zeiten gegenüber zurückgegangen. So vermochte denn die völkerverbindende Technik keineswegs höheres Gemeinschaftsempfinden zu erzeugen, sie vermochte die Hochflut des Nationalismus nicht zu dämmen, der gerade aus der engen Verbindung der nationalen Wirtschaftsgebiete neue Nahrung sog und es bewirkte, daß sich Menschen und Kapitalien, wie Ruedorffer schreibt, auf der ganzen Welt bekämpften. Ebenso wird der Glaube an den Freihandel der tatsächlichen Verschiebung nicht gerecht. Angesichts der weit gediehenen wirtschaftlichen Eigenentwicklung der Staaten läßt sich der Gedanke der wirtschaftlichen Arbeitsteilung der Erde nicht mehr durchführen. Allzusehr hat man inzwischen die Vorteile eigner Ernährung und eigner Industrie kennen gelernt. Wäre der Freihandelsgedanke nicht in dem Wirtschaftsgrundsatz des freien Spiels der Kräfte untergetaucht, der nur britischen Interessen entsprach, so wäre er vielleicht durchführbar gewesen und hätte die Welt vor der heutigen Krise bewahrt.

Digitized by Google

Aber ohne Regelung hätte der Freihandel zu einer Ausplünderung der unentwickelten Staaten durch die fortgeschrittenen geführt, genau wie im innerstaatlichen Wirtschaftsleben. Aber diese Zeiten kehren kaum wieder. Der Gedanke der Selbstversorgung ist nun erwacht und nicht mehr zu beseitigen. Er ist aber nicht wie der alte Merkantilismus streng einzelstaatlich, sondern durchaus zu überstaatlichen Zusammenfassungen, zu Wirtschaftsbündnissen geeignet.

Höher als der unpolitische Pazifismus steht zweifellos der sozialistische Pazifismus. Sein Grundgedanke, daß das Kulturorganisatorische das eigentliche völkerverbindende Element sei, überragt die pazifistische Gedankendürre denn doch um Haupteslänge. Hier ist es nicht mehr bloße Technik, sondern die Regelung von Lebensverhältnissen, die dem Einzelnen deutlich fühlbar sind. Nicht mehr rein materielle Interessen beherrschen das internationale Sehnen, sondern der Kulturhunger der Massen schwingt hier mit, Gefühle und Empfindungen hochstehender Art. Fragt sich nur, ob denn der kulturelle Reformeifer in allen Staaten gleichmäßig vorhanden und gleichtiefgehend ist und ob die geplanten großen Reformen wirklich nur auf internationaler Basis durchzuführen sind. Würde dies nicht der Fall sein, so würde sich der Sozialismus seine Aufgabe selbst ungeheuer erschweren und ihre Durchführung verzögern. Ebenso würden die erhofften Gemeinschaftsempfindungen ausbleiben und die rein nationalen Gefühle, die in Sprache, Geschichte, Kunst, Heimatliebe, unversiegliche Quellen besitzen, die Oberhand gewinnen. Nun ist die Verschiedenheit des sozialen Reformwillens und die verschiedene Auffassungsweise vom Wesen des Sozialismus bekannt. Der deutsche Sozialismus ist ein Gewächs eigner Art. Doch soll auf diesen Gesichtspunkt weiter kein Wert gelegt werden, da die Verhältnisse nach dem Kriege zunächst unüberschaubar sind. Um so genauer müssen wir es mit dem anderen Punkt nehmen: der angeblichen Unlösbarkeit der großen Kulturprobleme im nationalen Rahmen. Trifft diese so oft erhobene Behauptung wirklich zu?

Wir sahen vor dem Kriege Länder wie Australien und Neuseeland mit vollen Segeln ins gelobte Land des Sozialismus hineinsteuern, wir sehen jetzt Großrußland am Werk, die einschneidendsten sozialen Maßnahmen durchzuführen, ohne erst auf internationale Abmachungen zu warten. Und hat nicht auch bei uns der Staatssozialismus ständig an Boden gewonnen, ganz auf eigne Hand? Es ist nicht einzusehen, warum die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, Aufhebung des Privateigentums an Grund und Boden, Beschränkung der Erbfolge und der Erbmassen, starke Besteuerung der großen Einkommen und Vermögen, ausgedehnte innere Kolonisation, wirksamer Arbeiterschutz usw., nicht schon im nationalen Rahmen durchzuführen sein sollen. Gewiß wird man sich in mancher Beziehung mit anderen Staaten verständigen müssen, gerade z. B. wegen der Besteuerung hoher Vermögen, wegen des Arbeiterschutzes usw., aber solche einzelne Ab-

Digitized by Google

machungen schaffen noch keine Gemeinschaft. Vollends unberechtigt erscheint die Behauptung der Unlösbarkeit großer Kulturfragen im nationalen Staat, wenn man die Alkoholfrage, die Sexualfrage, die Bildungsfrage, die Frauenfrage, die Jugendfrage, die Frage sozialer Rechtsgestaltung, die Weltanschauungs- und religiöse Frage in Betracht zieht. Richtig ist natürlich, daß nur durch allgemeine Abrüstung die Mittel zur Durchführung vieler Kulturaufgaben gewonnen werden könnten, aber dieser indirekte Zusammenhang der innerstaatlichen Kulturfragen mit dem internationalen Problem genügt nicht, einen im Wesen der Sache verankerten internationalen kulturorganisatorischen Zusammenhang herzustellen. Daß die erwähnte Behauptung so widerspruchslos aufgenommen wird, liegt wohl an einer Verwechslung der bloß ideellen Kulturgemeinschaft und der kulturorganisatorischen. Gewiß beruht die Schnelligkeit unserer Entwicklung auf der internationalen Geistes- und Arbeitsgemeinschaft, dem gegenseitigen Austausch der Erfahrungen und Ideen, sicherlich werden durch den Zwang gleichlaufender Ursachenreihen die nationalen Kulturen immer gleichartiger, obwohl sich daneben dem schärferen Blick auch immer feinere Eigenarten zeigen. Aber diese Geistesgemeinschaft hätte erst dann tiefere Gemeinschaftswirkungen, wenn sie zur organisierten Kulturgemeinschaft würde, wenn alle einzelnen großen Kulturfragen im Internationalen mündeten und internationale Bearbeitung verlangten. Dann wäre in der Tat ein starkes Gemeinschaftsband geschaffen, da ja die Frage organisatorischer Massenkultur die Frage unserer Zeit ist. In Wirklichkeit aber erweist sich die nationale Lebensgemeinschaft als die wichtigste Kulturgemeinschaft, auch für die Fragen organisatorischer Massenkultur, wogegen die internationale Lebensform an Bedeutung sehr zurücktritt. Auch die Anschauung ist irrig, daß eine Vereinigung der Talente der ganzen Welt auf dieselben Kulturfragen dem Kulturfortschritt besonders zugute käme. Wichtiger als solche quantitative Vereinigung, ist eine qualitative. In den Gußformen der Nationen bilden sich Eigenformen gleichartiger Geister aus, die vermöge der nationalen Abgeschlossenheit diese Eigenart rein und unverkürzt in der Behandlung der Kulturfragen auswirken können. So werden von den verschiedenen Nationen verschiedene Wege zu denselben Zielen eingeschlagen, wodurch eine Art experimenteller Kulturarbeit geschaffen wird, die allein den internationalen Austausch so fruchtbar macht und der Menschheit im ganzen viele Umwege erspart.

Sind nach dem Gesagten weder die internationale Wirtschafts- und Verkehrsgemeinschaft, noch die Kulturgemeinschaft imstande, eine wahre dauerhafte internationale Lebensgemeinschaft zu begründen, so bleibt nur noch die politische Staatengemeinschaft übrig. Diese kann aber offenbar nicht allumfassend sein, und außerdem nicht bloß auf die Aufgabe der Friedensbewahrung gestellt, sondern muß ein größeres Gebiet wichtiger politischer Fragen umfassen. Also nicht so

Digitized by Google

weitgreifend, aber tiefer fassend. Ein solches Verhältnis läßt sich aber nicht künstlich und willkürlich schaffen, es muß von selber wachsen zwischen Staaten gleichartiger Interessen und Willensrichtungen. Diese Einsicht ist auch der Grund, warum unsere Pazifisten die Bündnisidee so energisch ablehnen, weil eben ein allgemeines, alle wichtigen außenpolitischen Fragen umfassendes Bündnis eine offensichtliche Utopie wäre. Deswegen preisen sie den bloßen, auf eine einzige politische Aufgabe beschränkten Zweckverband. Es entgeht ihnen aber nicht, welch lockeres Gefüge sie damit dem Spiel der Wellen aussetzen, was sie veranlaßt, die vereinende Wirkung der Interessen des Verkehrs, der Technik, der Kulturgemeinschaft außerordentlich zu überschätzen und als Ersatz einzustellen.

Die Zukunft des Internationalismus beruht aber nicht auf der Entwicklung der Technik und Kulturgemeinschaft, sondern auf dem Zusammenwachsen der politischen Gemeinschaften, der Staaten, auf dem Wege der Gruppenbildung. Nur so kann ein wetterfestes Gebilde entstehen.

Hochschulen und politische Bildung

Von Professor Bergsträsser-Greifswald.

Ein demokratischer Staat muß mehr wie irgend ein anderer getragen sein von der Gesinnung und dem tätigen politischen Anteil weitester Kreise seiner Bürger. Schon deshalb, weil es zu seinem Wesen gehört, daß seine leitenden Männer zum großen Teil nicht, wie die des bürokratischen Obrigkeitsstaates aus dem wissenschaftlichen Spezialistentum hervorgehen, sondern aus der politisch-parlamentarischen Praxis. Demgegenüber ist in ganz Deutschland nur eine Stimme, daß in keinem anderen Lande die politische Bildung so darniederliegt wie bei uns.

Auf die Frage, woher es kommt, daß zwischen diesem Sonderteil und anderen Teilen der allgemeinen Bildung in Deutschland ein augenscheinlicher Abstand ist, kann man mancherlei Antworten geben; die bequemste ist die, unser Volk sei nun einmal unpolitisch. Demgegenüber muß denn doch darauf hingewiesen werden, daß auch die Gelegenheiten, sich politisch zu bilden, daß die politische Bildungsarbeit bei uns unverhältnismäßig schwach entwickelt gewesen ist. Die Schule bot so gut wie nichts; man hat die Jugend einseitig mit dynastischen und kriegsgeschichtlichen Darstellungen gefüttert. Für später sah sich die Mehrzahl der Interessierten auf eigene Arbeit angewiesen. Und ihr haftet, wie allem Autodidaktentum, das an, daß dabei eine Menge wertvoller Zeit dadurch vertan wird, daß jeder die methodischen Irrgänge für sich wiederholt, die eine einigermaßen vernünftige Anleitung erspart. Am erfreulichsten war noch, was die politischen Parteien selbst, besonders Sozialdemokratie und Zentrum leisteten.

Digitized by Google

Es genügte vielfach für die Massen, nicht aber für die zum Führer bestimmt waren oder sich zum Führer berufen fühlten; sie blieben nach wie vor auf die eigene Arbeit angewiesen.

Für die Zukunft kann und darf das nicht bleiben. Das wichtigste Mittel, diesen Zustand zu ändern, wird ohne Zweifel sein, daß man die Bildungsanstalten die dazu berufen sind, Führer auszubilden, in den Dienst dieser großen Aufgabe stellt, nicht nur nebenbei, sondern bewußt und systematisch. Das sind unsere Hochschulen, einerlei, ob sie im großen und ganzen bleiben, was sie sind, oder ob sie wesentlich, etwa nach der Seite der Volkshochschule erweitert werden.

Gelegenheit zur politischen Bildung gab es bisher auf den technischen Hochschulen fast nicht; sie hatten in ihren allgemeinen Abteilungen nur Professuren für Volkswirtschaft und manchmal für bestimmte Teile des Rechts. Auf den Universitäten war die politische Bildung nur erreichbar, wenn man sich durch irgend ein Spezialfach methodisch durchwälzte; und dazu hat eben nur der Spezialist Zeit. Politik aber ist die Sache aller. Auf den Handelshochschulen lag es ähnlich, nur daß die wirtschaftspolitischen Fragen vielfach eingehender behandelt wurden. Überdies haben wichtige, für die Politik ungemein fruchtbare Fächer, wie die Geographie und die neuere Geschichte, die politische Seite oft, man kann sagen zumeist, vernachlässigt. Wo wird z. B. politische Geographie gelesen?

Darum ist unbedingt und dringend zu fordern, daß die für die politische Bildung in Betracht kommenden Fächer — es sind hauptsächlich Volkswirtschaft, öffentliches Recht, Geographie und Geschichte, — an allen Universitäten systematisch in den Dienst der politischen Bildung gestellt, daß diese Fächer an allen technischen Hochschulen und auch an den Handelshochschulen unter diesem Gesichtspunkt erweitert bezw. geschaffen werden.

Für die Universitäten genügt dabei nicht, daß in den schon jetzt bestehenden Vorlesungen das politische Moment, die Beziehung zu Gegenwart besonders betont wird. Das Stoffgebiet muß erweitert werden. In der neueren Geschichte z. B. muß eine Vorlesung: Das europäische Staatensystem seit 1870 regelmäßig gelesen werden. Dazu Einzelvorlesungen über die äußere wie innere Geschichte der wichtigsten Großmächte; natürlich nur für die neuere Zeit; eine französische Geschichte des Mittelalters ist durchaus entbehrlich. Überhaupt wird es für alle in Rede stehenden Fächer wichtig sein, daß Vorlesungen über einzelne politische Fragen regelmäßig gehalten werden, denn die können sich auf weniger Stunden beschränken, sie können einstündig sein und darum doch ihr Thema eingehend behandeln, die politischen Probleme herausarbeiten. Etwa: Staat und Kirche, Balkanfrage, Theorien des Sozialismus, Geschichte der politischen Parteien in Deutschland, Grundlagen der politischen Geographie, Pazifismus usw. Diese

Digitized by Google

Vorlesungen müssen auch an den kleineren Universitäten reichlich und in jedem Semester gelesen werden, denn trotz der Zunahme der großen Universitäten hält sich doch noch die Mehrzahl der Studierenden an den kleineren auf. Für die technischen und Handels-Hochschulen ist das gleiche zu verlangen und ebenso darauf zu sehen, daß nicht allzuviel in große vierstündige Vorlesungen hineingepackt, sondern möglichst der Stoff in kleinere gegliedert wird, die zu besuchen jeder Student die Zeit hat.

Es ist selbstverständlich, daß die durch eine solche Erweiterung gestellten Aufgaben nicht oder nur in den seltensten Fällen von den bisherigen Lehrkräften bewältigt werden können. Dazu sind die Ordinarien zu sehr mit Prüfungen und anderen Verwaltungsaufgaben überhäuft, die sich bei dem Zusammenstrom der Studenten für die Jahre nach dem Kriege noch steigern werden. Es müssen in größerem Maßstabe jüngere Kräfte herbeigezogen werden. Dabei wird darauf zu achten sein, daß nicht wahllos dieser oder jener mit der neuen Aufgabe betraut wird, sondern möglichst Dozenten, die schon vorher sich mit der politischen Seite ihres Faches oder mit Politik überhaupt befaßt haben; denn gerade politische Betrachtung wird nicht aus Büchern allein gelernt, sondern ist fruchtbar erst, wenn sie sich auf eine längere Praxis aufbaut. Dem Einwande gegenüber, daß dann der politisch selbst tätige Dozent seine parteipolitische Auffassung mit in die Vorlesung hineinträgt, möchten wir entgegen halten, daß dies kein Schade ist; Politik ist eben nur von einem bestimmten Standpunkte aus möglich und da der vernünftige Hörer sich nicht auf einen Dozenten beschränken wird, es auch bei den verschiedenen Fächern gar nicht kann, so gleichen sich die Einflüsse von selbst aus. Verlangen wird man nur, daß die Ausführungen wissenschaftlich begründet seien.

Darüber hinaus wäre zu erwägen, ob es nicht nützlich sein könnte neben den Universitätsdozenten, die ja selbstverständlich die Hauptarbeit tragen müssen, schon weil es am wichtigsten ist, das regelmäßige Bedürfnis zu befriedigen, daß neben ihnen ab und an auch Männer der Praxis kürzere auf kleinere Fristen zusammengedrängte, etwa 3—6 stündige Vorlesungen aus ihrem Arbeitsgebiete hielten, etwa ein Handelskammersyndikus, ein Gewerkschaftsführer. Man hat während des Krieges an verschiedenen Hochschulen politische Wochen veranstaltet, in denen bestimmte Auslandsgebiete im Querschnitt behandelt wurden; das Verfahren könnte nützlich auch auf die innerpolitischen Fragen angewandt werden.

Dies alles, ausgebaut, je nach Bedürfnis erweitert und den Zeitforderungen entsprechend umgemodelt, gibt dem Besucher der Hochschulen Gelegenheit, sich eine breite Grundlage politischer Kenntnisse zu schaffen. Auch das genügt noch nicht; es gilt dann erst noch die Verbindung zur politischen Arbeit hinüber zu finden.

Dazu könnten die Hochschulen in gewissem Maße beitragen, indem z. B. jour-

Digitized by Google

nalistische Übungen veranstaltet würden, die dem Studenten Gelegenheit geben, seine Feder für das Leben zu üben, nachdem er sie in der Schule meist an lebensfernen und uninteressanten Fragen hat versuchen müssen, die überdies oft weit über seinem Erfahrungsmaterial lagen. Auch und gerade der Journalismus verlangt Übung; es ist gar nicht so leicht, etwa zu einer neuen wohlweisen Verfügung eines Amtes einen Kommentar zu verfassen, der die Paragraphen wirklich dem Verständnis des Zeitungslesers anpaßt; wer die offiziösen Kommentare der Ämter einmal daraufhin geprüft hat, wird das sofort zugeben. Eine solche journalistische Schulung weiterer Kreise hätte den Vorteil, daß Männer der Praxis, die sehr oft gar mancherlei nützliches zu sagen haben, nicht nur deswegen schweigen, wie es jetzt vielfach geschieht, weil sie die Scheu vor dem Schreiben überwinden müssen, weil es sie ohne Übung einfach zu viel Zeit kostet, ihre Gedanken wirkungsvoll auszudrücken. Ebenso liegt es mit dem Sprechen; alle, besonders die bürgerlichen Parteien, klagen über Mangel an Rednern für Vorträge, noch mehr für Diskussionen; viel Akademiker müssen im Beruf erst eine schwere Lehrzeit durchmachen, wenn er freies Sprechen von ihnen verlangt. Auch hierin könnte abgeholfen werden durch politische Kolloquien, in denen Tagesfragen diskutierend behandelt würden oder durch politische Diskussionsübungen, an denen ein Dozent oder ein Student einen einleitenden, die Probleme herausarbeitenden Vortrag hielte; es könnte in dieser Art im Laufe eines Semesters ein größeres Problem von allen Seiten beleuchtet werden. Nach den bisherigen Bezeichnungen der Universitäten könnte man das politische Übungen oder politisches Seminar nennen.

Man verstehe diese Ausführungen nicht falsch, es handelt sich nicht darum, Journalisten zu züchten, noch weniger darum, politische Führer zu drillen, sondern ganz einfach um das wichtige Problem: wie stellen wir die Hochschulen in den Dienst der großen Aufgabe, unser gesamtes Volk mehr wie bisher zu politisieren. Für die Hochschulen selbst wird es ein Vorteil sein, diese Aufgabe zu übernehmen; die Kluft, die sich bisher doch ziemlich stark zwischen ihnen und der übrigen Volkswelt aufgetan hat, wird sich mindern, sie werden wie früher wieder Anteil nehmen an dem praktischen Leben des ganzen Volkes.

Zur Frage der Kriegsschuldentilgung

Von Finanzamtmann Karl Röttinger, Mannheim

Einer der größten Fehler unserer Kriegsführung war zweifellos der Mangel an Psychologie. Wir waren unpsychologisch in der Behandlung unserer Bundesgenossen, unpsychologisch in der Behandlung der Gegner, unpsychologisch aber auch in der inneren Politik. Hier haben wir es unternommen,

Digitized by Google

gleichzeitig an die edlen Triebe und an die tierischen Instinkte zu appellieren. Auf der einen Seite verlangte man Opferwilligkeit bis zum Tode, auf der anderen Seite übte man Anreizpolitik, d. h. man stachelte die Gewinnsucht an mit dem Erfolg, daß immer weitere Kreise und schließlich das ganze Volk von einem Geist der Gier und Gewinnsucht erfaßt worden sind, in dem jede Opferwilligkeit erstickt ist.

Ins Kapitel der Anreizpolitik gehört unsere mit Unrecht gepriesene Kriegsanleihepolitik. Man hat es für nötig gehalten, dem Zeichner im Kriege günstigere Bedingungen, namentlich einen höheren Zinsfuß, zu gewähren als in Friedenszeiten, um ihn dadurch zu möglichst reichlicher freiwilliger Zeichnung zu veranlassen. Also: statt Opfer zu verlangen, wie es dem Wesen einer solidarischen Volksgemeinschaft entspricht, hat man Gewinn in Aussicht gestellt. Es wird eingewendet, daß das Reich anders nicht das nötige Geld erhalten hätte. Wir fragen: hätte das Reich die nötigen Soldaten erhalten, wenn wir das Freiwilligensystem gehabt hätten und hätte das Reich die nötigen Einkünfte gehabt, wenn seine Finanzen auf freiwillige Beträge aufgebaut gewesen wären? Dem Wesen des Staates als solidarischer Volksgenossenschaft entspricht nicht die Freiwilligkeit der Leistung. Diese führt vielmehr dazu, daß sich die schlechten Elemente ihren Verpflichtungen gegenüber dem Ganzen entziehen. Das Opferbringen muß allgemein sein, sonst werden auch die opferwilligen Elemente an der Gerechtigkeit der Staatsordnung irre. Daher haben wir die allgemeine Wehrpflicht und die allgemeine Steuerpflicht. Diesen gesunden Einrichtungen hätte es entsprochen, wenn das Reich seinen Anleihebedarf nicht im Wege der Freiwilligkeit, sondern im Wege der Zeichnungspflicht, mit anderen Worten der Zwangsanleihe gedeckt hätte. Auf diesem Wege wäre es möglich gewesen, im Kriege nicht teureres sondern billigeres Geld zu erhalten als im Frieden.

Daß uns der Gedanke der Zwangsanleihe so fremd ist, ist ein Beweis für die materialistische Verstrickung unserer Denkungsart. Meist wird die Zwangsanleihe als das Mittel betrachtet, mit dem der Staat, der keinen Kredit mehr genießt, sich Kredit erzwingt. Diese Vorstellung mag historisch begründet sein. Auch die allgemeine Wehrpflicht ist erst eingeführt worden, als man mit der Freiwilligkeit nicht mehr ausgekommen ist. Gleichwohl entspricht die allgemeine Wehrpflicht dem Wesen der Volksgemeinschaft besser als das Freiwilligensystem. Das gleiche gilt auch von der Zwangsanleihe.

Allerdings hat die freie Anleihe, solange sie die nötigen Mittel flüssig macht, den Vorzug der leichteren Handhabung gegenüber der Zwangsanleihe. Die Zwangsanleihe setzt, wenn sie als gerecht empfunden werden soll, eine umständliche Veranlagungstätigkeit voraus und ist ohne hochentwickeltes Veranlagungssystem überhaupt nicht denkbar. Denn es gilt, den Anleihebedarf so auf die Allgemeinheit umzulegen, daß jeder einzelne entsprechend seiner Leistungsfähigkeit heran-

Digitized by Google

gezogen wird. Die Aufgabe ist also dieselbe wie bei der Besteuerung. Auch von ihr wird verlangt, daß sie nach der Leistungsfähigkeit erfolgt. Nun besteht in der Theorie und Praxis des Steuerwesens Übereinstimmung darüber, daß die Leistungsfähigkeit am besten im Einkommen und Vermögen zum Ausdruck kommt, also nicht in einem von beiden allein, sondern in der Kombination von beiden. Daher finden wir überall, wo das Steuersystem mit der Entwicklung Schritt gehalten hat, ein kombiniertes System von Einkommens- und Vermögenssteuern. Genau entsprechend müßte die Umlegung des Anleihebedarfes nach Maßgabe des Einkommens und Vermögens erfolgen, nicht etwa nur nach der Höhe des Vermögens. Denn offenbar kann bei gleichem Vermögen der Pflichtige, der ein größeres Einkommen hat, mehr Anleihe übernehmen als ein anderer, der ein geringeres Einkommen hat.

Schwierigkeiten würden die Fälle machen, wo jemand bei hohem Einkommen ein geringes Vermögen hat, das nicht hinreicht, um den auf ihn entsprechend seiner Leistungsfähigkeit entfallenden Anteil der Zwangsanleihe bezahlen zu können. In diesem Falle müßte die annuitätenweise Abzahlung gewährt werden. Sicherheit für die vollständige Abzahlung könnte durch Eingehen einer Lebensversicherung in entsprechender Höhe geleistet werden. Die Schwierigkeit des immobilen Besitzes, genügend Mittel mobil zu machen, um die Anleihe bezahlen zu können, könnte u. a. dadurch erleichtert werden, daß die Möglichkeit geschaffen würde, durch Hingabe von Grundstücken zu bezahlen.

Damit soll nur angedeutet werden, daß eine gerechte Umlegung der Zwangsanleihe technisch durchführbar ist. Auf Einzelheiten wollen wir uns hier nicht einlassen, da es uns lediglich darauf ankommt, den Grundgedanken klarzulegen.

Die Zwangsanleihe bedeutet aber nicht nur billige Geldbeschaffung, sondern bietet auch den weiteren Vorteil, daß die Schuldentilgung sich leichter und einfacher durchführen läßt, als bei der freien Anleihe.

Es bestehen zwei extreme Vorstellungen der Schuldentilgung. Die einen stellen sich auf den korrekten Standpunkt, daß das Reich seine Verpflichtungen gegenüber den Zeichner einfach erfüllen müsse, koste es was es wolle, und schlagen zu diesem Zwecke die vollständige Wegsteuerung der Kriegsgewinne und außerordentliche Eingriffe in die Vermögensbestände vor. Die andern meinen, daß der Staatsbankerott unvermeidlich sei, da das Reich, mit einer Schuld von 200 Milliarden beladen, nicht mehr lebensfähig sei und das deutsche Volk die Mittel zur Verzinsung und Tilgung dieser Schuld einfach nicht aufbringen könne.

Nun gehen natürlich die Ansichten darüber, was das deutsche Volk und die deutsche Volkswirtschaft in steuerlicher Hinsicht ertragen können, sehr weit auseinander. Soviel liegt aber auf der Hand, daß wir bei dem erstgenannten Verfahren in die Steuerknechtschaft gerieten, die das Leben in Deutschland für sehr viele unerträglich machen würde. Andererseits würde der Staatsbankrott

Digitized by Google

jedem Gerechtigkeitsgefühl Hohn sprechen. Er würde die schädigen, die im Krieg ihrer Pflicht gegenüber der Gesamtheit genügt haben, indem sie nach Kräften oder über die Kräfte hinaus Kriegsanleihe gezeichnet haben und würde die belohnen, die sich dieser Pflicht entweder ganz entzogen oder sie nur ungenügend erfüllt haben. Außerdem würde die plötzliche Vernichtung großer Vermögenswerte durch den Staatsbankrott eine Katastrophe für das Wirtschaftsleben bedeuten, die gerade beim Übergang in die Friedenswirtschaft unter allen Umständen vermieden werden muß.

Es muß daher verlangt werden, daß die Lastenabbürdung so vorgenommen wird, daß sie als gerecht empfunden wird und außerdem das Wirtschaftsleben möglichst wenig erschüttert. Beides kann durch die Zwangsanleihe ermöglicht werden. Wenn die Zwangsanleihe, wie wir es gezeigt haben, entsprechend der Leistungsfähigkeit umgelegt wäre, so könnte es nicht als ungerecht empfunden werden, wenn sie ohne Zuhilfenahme von Tilgungssteuern in der Weise getilgt würde, daß entweder der Schuldbetrag oder der Zinsfuß oder beides zugleich planmäßig von Jahr zu Jahr gekürzt werden, bis sie auf den Nullpunkt angelangt sind.

Man nennt dies Verfahren in der Literatur über den Staatskredit den verschleierten oder latenten Staatsbankrott. Das unschöne Wort darf uns aber nicht schrecken. In Wahrheit handelt es sich dabei nicht um einen Bankrott, bei dem Gläubigerrechte verletzt werden, sondern um ein durchaus gerecht wirkendes Tilgungsverfahren, zu dessen Anwendung das Reich kraft seiner Finanzgewalt ebenso berechtigt ist, wie zur Erhebung von Steuern.

Unser Vorschlag zur Schuldentilgungsfrage geht nun dahin, die bestehende Anleihe vollständig einzuziehen, eine entsprechende Zwangsanleihe zu einem wesentlich niedrigeren Fuß (3 Prozent) nach dem Verhältnis der Leistungsfähigkeit umzulegen und im Wege der planmäßigen Schuld- und Zinskürzung allmählich zu tilgen. Mit der Umlegung könnte zweckmäßig eine einmalige außerordentliche Tilgung verbunden werden. Diese entspräche dem Vorschlag einer einmaligen außerordentlichen Vermögensabgabe. Ebenso könnte der Gedanke der Wegsteuerung der Kriegsgewinne damit verknüpft werden, indem man die Personen, die im Kriege ihr Vermögen und Einkommen besonders stark gesteigert haben, bei der außerordentlichen Tilgung entsprechend stärker bedenkt.

Die Vorteile dieses Verfahrens wären, um es zu wiederholen,

1. daß die Verteilung der Belastung die denkbar gerechteste wäre,
2. daß der Staatskredit bedeutend verbilligt würde,
3. daß Tilgungssteuern nicht notwendig würden und
4. daß die Tilgung unabhängig von wandelbaren Steueraufkommen planmäßig vor sich gehen könnte.

Eingewendet wird werden, daß die Regierung und der Reichstag sich darauf festgelegt haben, daß die Anleihezeichner keine Benachteiligung zu gewärtigen

Digitized by Google

haben und daß die Einhaltung der Emissionsbedingungen unter allen Umständen sicher sei. Mit dieser Zusage stehe obiger Vorschlag im Widerspruch.

Er steht sachlich betrachtet damit nicht im Widerspruch. Er stünde damit im Widerspruch, wenn die vorgeschlagene Art der Tilgung vorgenommen würde, ohne daß vorher die Umlegung nach dem Verhältnis der Leistungsfähigkeit erfolgt wäre. Denn dann würden die geschädigt, die reichlich Kriegsanleihe gezeichnet haben und die geschont, die sich enthalten oder zu wenig gezeichnet haben. Ist aber die Zwangsumlegung nach dem Verhältnis der Leistungsfähigkeit vorgenommen, dann wirkt die vorgeschlagene Tilgung genau wie eine Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit, also gerecht, und hat vor der Besteuerung den Vorzug der größeren Einfachheit, leichteren Handhabung und geringeren Belästigung des Publikums.

Das Wesen der Zwangsanleihe bedingt natürlich, daß sie sich nur auf Personen erstreckt, die der Reichsfinanzhoheit unterstehen. Die im Ausland befindlichen Schuldtitel müßten wie die inländischen eingezogen und der entsprechende Betrag im Inland umgelegt werden.

Eine ernst zu nehmende Schwierigkeit ist lediglich darin zu erblicken, daß die Leistungsfähigkeit, nach der die Umlegung erfolgt, bei den einzelnen Pflichtigen von Jahr zu Jahr Schwankungen unterworfen ist, so daß, streng genommen, jedes Jahr eine neue Umlegung der Anleihe erfolgen sollte. Dies ist natürlich praktisch nicht durchführbar. Dagegen müßte nach längeren Perioden, etwa alle 10 Jahre, eine neue Umlegung vorgenommen werden. Auch müßten für solche Fälle, wo die Änderung der Leistungsfähigkeit besonders groß ist, Erleichterungen innerhalb des zehnjährigen Zeitraumes vorgesehen werden.

Die Umlegung setzt, wie gesagt, die Feststellung des Einkommens und Vermögens voraus. Bei der ungeheuren Tragweite der vorgeschlagenen Finanzaktion für jeden einzelnen Pflichtigen, müßte verlangt werden, daß alle denkbaren Mittel angewendet werden, um Einkommen und Vermögen vollkommen zu erfassen. Es wäre unerträglich, wenn der Ehrliche lebtäglich einer fortgesetzten Beschneidung seines Vermögens und Einkommens nach dem geschilderten Verfahren unterworfen wäre, während der Unehrliche sich von der Mitverantwortlichkeit drückt. Es müßte eine vollständige Personenstandsaufnahme, wie sie das Besitz-St.Ges. (§ 51) vorsieht, vorgenommen werden, ferner müßten die Erklärungen eidlich abgegeben werden, die Strafverfahren müßten öffentlich durchgeführt und die Namen der Bestraften veröffentlicht werden. Ferner müßten alle Kreditanstalten zur Auskunftserteilung auch außerhalb des Strafverfahrens verpflichtet werden. Die Riesenaufgabe könnte natürlich nicht von dem vorhandenen Veranlagungspersonal, das gerade für die Erledigung der laufenden Arbeiten ausreicht, noch nebenbei erledigt werden. Dieses Personal müßte vielmehr durch Heranziehung von Finanzbeamten aus anderen Zweigen der Finanzverwaltung, von Juristen, Verwaltungsbeamten, Lehrern usw. um ein Mehrfaches verstärkt werden, damit eine gründliche Prüfung

Digitized by Google

aller Erklärungen gewährleistet wäre. Auf diese Weise würden viele Milliarden neuer Steuerwerte, die bisher verschwiegen worden sind, zur Veranlagung gebracht werden. Die Gewährung eines Generalpardons für frühere Verfehlungen würde diese Arbeit erleichtern und ist daher ebenfalls zu empfehlen.

Brief an die „Deutsche Politik"

Die Schuld des Pazifismus?

Dr. Rohrbach urteilt im letzten Heft in seinem Aufsatz über den pazifistischen Bankerott und die Revolution sehr scharf über die pazifistische Agitation. Unseres Erachtens nur teilweise mit Recht. Er folgt einer weitverbreiteten Ansicht mit seiner Behauptung, daß die Pazifisten die Auflösung der Front betrieben und uns damit wehrlos gemacht hätten. Ist das richtig?

Rohrbach betont mit Recht, daß Hindenburg und Ludendorff einen sofortigen bedingungslosen Waffenstillstand verlangt hätten. Das geschah am 29. September. Damit war unser Verderben besiegelt. Ludendorff wollte unter Umständen nicht mal bis zur Bildung einer neuen Regierung warten. Binnen 24 Stunden sollte sich die Regierung entschließen. Alles spätere kommt wenig in Betracht. Jedenfalls kann auch die ungenügende Haltung der Heimat die Truppen nicht allzu ungünstig beeinflußt haben. Denn die Truppen haben sich noch im Oktober viel besser gehalten, als die Oberste Heeresleitung erwartet hatte. Denn sie hat im Oktober ihr Urteil über die Truppen vom 29. September verbessert.

Aber, so sagt man, die Pazifisten haben geglaubt, die Feinde würden nach Abdankung des Kaisers ihre Bedingungen ermäßigen. Das wäre eine schwere Täuschung gewesen. Einer solchen mögen sich manche hingegeben haben. Diese Täuschung wäre aber nicht erfolgt, wenn die Front nicht zu schwach geworden wäre, sondern wir uns noch lange stark gehalten hätten. Den Franzosen und Engländern war es jetzt zu leicht gemacht, ihre Leidenschaften an uns auszutoben, trotzdem eigentlich ihr Ziel, den Militarismus niederzuwerfen, mit der Beseitigung des Kaisers erreicht war. Ein Verständigungsfriede wird im allgemeinen nur zwischen zwei Gleichstarken abgeschlossen. Einen ungünstigen Einfluß auf den Gang der Dinge hat der Optimismus mancher Pazifisten aber jedenfalls nicht gehabt.

Die Front löste sich schließlich völlig nach dem 9. November auf. Aber der bedingungslose Waffenstillstand wurde schon im Walde von Compiègne noch im Auftrage der Regierung des Prinzen Max geschlossen. Die Kenntnis von der Revolution kam erst langsam nach dem Walde von Compiègne. Die völlige Demobilisierung aber war eine der hauptsächlichsten Waffenstillstandsbedingungen. Man kann also dem Pazifismus keine besondere Schuld an unserer verzweifelten Lage beimessen. Sie lag schon im Angebot der Obersten Heeresleitung vom 29. September.

Digitized by Google

Dabei soll es gar nicht in Abrede gestellt werden, daß manche Pazifisten eine recht unglückliche Haltung eingenommen haben und noch einnehmen. Wir lesen z. B. im letzten Heft der deutschen Friedenswarte folgenden Tagebucherguß über Elsaß-Lothringen unter dem 18. November:

> In Paris fand gestern unter größter Glanzentfaltung das Fest zur Feier der Wiedererlangung der beiden Provinzen statt. Vor der seit 48 Jahren mit Trauerkränzen umgebenen Straßburgstatue stand die Rednertribüne. Ich beneide die Franzosen um dieses Erlebnis. Im Grund meines Herzens feiere ich mit ihnen. Man muß ein ganz bornierter Patriotarde sein, um den Sieg einer Idee, die Erfüllung einer schon fast verloren geglaubten Hoffnung nicht rein menschlich mitzuempfinden. Ich fühle mit ihnen, ein Schauer der Erregung durchzittert mich bei der bloßen Vorstellung dieses Erlebnisses. Wie mag es erst jenen ergehen, die mit dabei sein können! Ich bin nur von Trauer erfüllt darüber, daß so viel Blut fließen, so viel Glück vernichtet werden mußte, um den Franzosen das nie vergessene Land wiederzugeben.

Und das schreibt ein Deutscher, der Führer der Pazifisten, Dr. Alfred H. Fried! Solche Urteile könnten allerdings den Pazifismus völlig in Mißkredit bringen, wenn sie nicht ganz vereinzelt wären. Denn es ist doch klar, daß nun das umgekehrte eintreten muß wie nach 1870. Jetzt ist in Deutschland eine unheimliche Revanchelust geradezu unausbleiblich, wenn die unerhört freche Annektion Elsaß-Lothringens durch Frankreich, die ohne jede Rücksicht auf das Völkerrecht sozusagen schon jetzt erfolgt ist, andauern sollte. Und wir haben doch eine ganz andere Rechtfertigung dafür. Ein Pazifismus aber, der leichten Herzens nationale Rechte preisgibt, ist das Zeichen einer furchtbaren Schlaffheit. Einen solchen lehnen wir mit der größten Entschiedenheit ab.

Fried glaubt allerdings schreiben zu dürfen, man fängt in Deutschland an, sich ganz ruhig damit abzufinden, nämlich mit der Annektion Elsaß-Lothringens durch Frankreich. Diesen Eindruck kann man wohl nur von der Schweiz aus haben. Trotzdem bedauern wir es unsererseits allerdings ebenfalls, daß in der Tat das deutsche Volk über die inneren Wirren und Nöte Elsaß-Lothringen viel zu sehr außer Acht läßt. Die Revolutionen sind sonst Zeiten stärksten Aufschwungs. Wilson muß wissen, daß das deutsche Volk eine Französierung Elsaß-Lothringens nicht erträgt und nicht ertragen kann. Denn wir sind doch wirklich im ganzen nicht schlaffer als die Franzosen. Das einzig erträgliche wäre eine Neutralisierung Elsaß-Lothringens. H. Kötschke.

Nachschrift der Redaktion. Wir haben diesen Ausführungen nichts hinzuzufügen als die Feststellung, daß, weil „der Führer der Pazifisten Dr. Alfred Fried" solch würdeloses Zeug geschrieben, der deutsche Pazifismus völlig mißkreditiert ist. Dieses festzunageln, war auch der Zweck der Rohrbachschen Ausführungen.

Digitized by Google

Notizen

Die deutschen Truppen in der Ukraine. In der deutschen Presse werden vielfach Hilferufe deutscher Truppen in der Ukraine veröffentlicht, die von den Ukrainern entwaffnet werden. Das erscheint auf den ersten Augenblick wie schnöder Undank. Leider hat aber, wie die ukrainische Presse mitteilt, die deutsche militärische Leitung, wie stets bisher, die politische Sachlage völlig verkannt und selbst viel zu diesen betrüblichen Zuständen beigetragen. Sie hat sich nämlich, auch nachdem sich der Hetman völlig den Großrussen in die Arme geworfen, als Gegner des ukrainischen Nationalverbandes betätigt und damit natürlich die Erregung der Ukrainer gegen die deutschen Truppen aufs höchste gesteigert. Was hilft es, wenn die deutsche Regierung die besten Instruktionen nach Kiew sendet, wenn das Militär Politik auf eigene Faust weiterbetreibt. Am 10. Dezember hat nämlich noch das deutsche Pressebüro in Kiew eine Erklärung veröffentlicht, deren Punkt 2 lautet:

„Die Abwehr des Vormarsches Petljuras auf Kiew war nicht allein die Tat der Freiwilligen, sie ist durch das Eingreifen deutscher Truppen erreicht worden. Bei aller Achtung vor den Handlungen der Freiwilligen muß anerkannt werden, daß sie allein nicht imstande gewesen wären, die Anhänger Petljuras zu zersprengen; nur dank dem Aufmarsch bedeutender deutscher Truppenteile und der Einnahme von Bjelhorodka ist Kiew von dem auf ihm lastenden Druck befreit worden."

Die Folgen dieser verkehrten Politik müssen natürlich unsere armen Soldaten ausbaden. Es bleibt bei den vielen Unbegreiflichkeiten des Weltkrieges unser entscheidender Fehler, daß wir zu Hause, wie in den besetzten Gebieten, nur Untertanenpolitik und niemals Volkspolitik zu betreiben verstanden haben. Das ist auch letzten Endes die Ursache für unsere Mißerfolge in der Ukraine. Unsere sozialdemokratische Regierung sollte aber doch endlich erkennen, welche Möglichkeiten ihnen dort auch jetzt noch offen stehen. Zu ihrem Nutzen und Frommen veröffentlichen wir folgenden Artikel des Parteiorgans der ukrainischen Sozialdemokraten:

Die volle nationale Unabhängigkeit des ukrainischen Volkes, seine Freiheit im Aufbau seines sozialen Lebens, Kampf gegen jede Reaktion und Unterdrückung, — das sind die Losungen, unter denen unser Aufstand sich entwickelt und gesiegt hat . . . . .

Die Neutralität der Ukraine — das ist die wichtigste Forderung der Stunde, weil wir ohne dieselbe die durch das Blut der Bauern und Arbeiter errungene Staatsordnung nicht befestigen können. Wir können uns nicht in den Krieg zwischen den verschiedenen Weltmächten verwickeln lassen, welche an unseren verschiedenen Grenzen stehen, weil uns der Krieg aufs neue zugrunde richten und wieder der Reaktion ausliefern könnte.

Unsere Kraft liegt in unseren Massen, in den Massen der Arbeiterschaft und der Bauernschaft. Und wer diese Kraft besitzt, besitzt auch die Macht . . .

Der allerenergischste Kampf gegen die Klassen der Bourgeoisie und der Gutsbesitzer — das ist unsere dringendste Aufgabe.

Die sofortige Erfüllung der sozialen Forderungen der werktätigen Klassen, und vor allem die Übergabe des Landes zur Nutzung an das werktätige Bauernvolk, — das ist das reale Programm der nächsten Tage."

G. S.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a I. Für Anzeigen F. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland M. 8.—. Einzelnummer 50 Pfg. / Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 48.

Digitized by Google

4. Jahrgang * 24. Januar 1919 * Heft 4

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

19. Januar.

Der Tod der beiden Spartakistenführer, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zeigt ebenso wie der erbitterte Straßen- und Häuserkampf in Berlin, wie hoch durch das zu lange Zögern der Regierung mit dem Entwaffnungsbefehl, die Leidenschaften gestiegen waren. Was Liebknecht angeht, so hat sich herausgestellt, daß er durch seinen Fluchtversuch trotz Warnung seinen Tod selbst verschuldet hat. Über dem Ende Rosa Luxemburgs liegt noch Dunkel. Man weiß nicht, ob von Lynchjustiz einer Volksmenge im amerikanischen Sinne gesprochen werden kann oder ob nur einzelne sich gewalttätig zu Vollstreckern eines unberufenen Urteils gemacht haben. Dann trifft sie das Verschulden, zum ersten Male den bisher selbst durch die Revolution nicht befleckten Ruf Deutschlands, daß das deutsche Volk mehr als ein anderes auf der Welt die Sache der Gesetzlichkeit und Selbstbeherrschung als die seinige führt, in Frage gestellt zu haben. Dazu kommt die Gefahr, daß falls es den Radikalen möglich wird, das Ende ihrer Führerin im Lichte einer Märtyrerin zu zeigen, die tote Rosa Luxemburg Deutschland noch gefährlicher werden könnte, als es die Lebendige war.

*

Die Spartakusunruhen im Reich sind eine viel bedenklichere und besorgniserregendere Erscheinung, als jemand, der von ferne zusieht und das System und den Zusammenhang nicht beobachtet, optimistischerweise glauben könnte. Vor allen Dingen ist nicht daran zu zweifeln, daß der russische Bolschewismus mit Agitationskräften und Geldmitteln dahintersteckt. Eine starke, im verborgenen wirksame Klammer war nach dieser Seite hin Rosa Luxemburg. Ihr Tod wird in den russisch-bolschewistischen, mit Deutschland arbeitenden Kreisen als ein noch schwererer Schlag empfunden werden, als im Spartakusbund. Man darf nie ver-

Digitized by Google

gessen, daß in einem Punkt das russische Wesen von einer geradezu unheimlichen Begabung und entsprechender Zähigkeit ist: im Zerstören jeder Art von Ordnung. Das ist die einzige Aufgabe, der sich der Russe mit dauernder Leidenschaft und Hingabe zu widmen imstande ist, und in dieser Beziehung sind auch Elemente des Ostjudentums erfolgreich russifiziert worden.

*

Wir haben in diesen letzten Wochen unendliche Wahlaufrufe der verschiedenen Parteien zu lesen bekommen. In zwei Dingen waren sie bei aller sonstigen Gegensätzlichkeit auffallend einander ähnlich: sie verbeugten sich samt und sonders vor dem demokratischen Prinzip und sie vergaßen so gut wie alle unter ihren Programmpunkten — Deutsch-Österreich! Wer bloß Wahlaufrufe las, von den Unabhängigen bis zu den Deutschnationalen, hätte kaum in einem seltenen Ausnahmefall erfahren, daß diese Nationalversammlung über mehr als zehn Millionen Deutsche außerhalb des heutigen Deutschland mit zu entscheiden hat. Ein merkwürdiger Beweis für den politischen Instinktmangel und für die gedankenlos schematisch ausgefahrenen Gleise, in denen unsere Parteien denken.

*

Der Waffenstillstand ist verlängert. Staatssekretär Erzberger tritt aus der Waffenstillstands- nicht in die Friedenskommission über; seine bisherigen Dienste sind aber in stark unterstrichener Weise von der Regierung anerkannt worden. Es versteht sich von selbst, daß die Verantwortung für die eigentlichen Friedensverhandlungen die Sozialdemokratie mit dem Volksbeauftragten Scheidemann übernimmt, denn sie trägt auch die Verantwortung dafür, daß Deutschland durch die Revolution im kritischen Augenblick sich selber auf Gnade und Ungnade dem Friedensdiktat der Feinde auslieferte. Die Bedingungen, unter denen General Foch den Waffenstillstand verlängert hat, sind hart und die Zurückbehaltung unserer Gefangenen ist ebenso eine auf bloße Quälerei berechnete Grausamkeit, wie die Fortdauer der Blockade. Es scheint aber nicht, daß der würdigere und entschiedenere Ton, den unsere Sprache im letzten Augenblick fand, uns die Bedingungen des Waffenstillstandes schlechter gemacht hat.

*

An der polnischen Kampffront in Posen stehen die Dinge nach wie vor ungünstig. Ob eine Wendung zum Erträglichen bevorsteht, weiß niemand. Immer deutlicher wird hier die Schuld der Regierung, die, als es noch Zeit war, mit einem so sträflichen Leichtsinn gehandelt hat, daß keine Verurteilung scharf genug sein kann. Über Leben und Tod für Deutschland ist hier verfügt worden mit dem politischen Einblick einer Kaffeegesellschaft. Jetzt handelt es sich darum, ob die Regierung oder die Nation die Buße zu zahlen haben wird.

Digitized by Google

Eine Aufgabe unserer auswärtigen Leitung

Von Dr. Paul Rohrbach

Der neue Staatssekretär, Graf Brockdorff-Rantzau, hat zu den Vertretern der deutschen Presse gesagt, wir wollten eine neue Politik für das deutsche Volk, eine Politik der Versöhnung mit dem Auslande, eine Politik, die den echten, von edlem Atem durchdrungenen Bund der Nationen bringt. Das deutsche Volk müsse aber wieder zu einer inneren Einheit werden, wenn die Worte seiner Führer in der ganzen Welt Klang haben sollen.

Eben dahin gehört der weitere Satz des Staatssekretärs, daß der Gedanke des Völkerbundes von uns mit all dem Idealismus aufgenommen worden ist, der das Erwachen des deutschen Volkes zu einer neuen Staatsform kennzeichnet. Diese Worte sind richtig, obwohl der Völkerbund zum Teil in der deutschen Öffentlichkeit wie im vertrauten Kreise auch ablehnend behandelt wird. Einerseits geschieht das von denjenigen Leuten, denen die neue Staatsform und der neue Geist in Deutschland nicht behagen. Sie sind in der Minderheit, und ihre Zahl wird noch geringer werden, sobald sich zeigen sollte, daß die aus der Nationalversammlung hervorgehende zukünftige deutsche Regierung Kraft und Ansehen genug besitzt, um mit der Anarchie fertig zu werden, die Deutschland infolge der Revolution bedroht. Außer den Vertretern des alten und von uns bekämpften alldeutschen Geistes können sich aber viele auch darum schwer zum Glauben an den Völkerbund entschließen, wenigstens was seine praktische Verwirklichung angeht, weil vorläufig alle Beweise dafür zu fehlen scheinen, daß er im Sinn der Entente etwas anderes sein soll, als eine besondere Methode zur Versklavung Deutschlands.

Graf Brockdorff sagt hierzu: Niemand kann uns durch Zwang und Gewalt dazu bringen, von der Überzeugung zu lassen, daß die sittlichen Kräfte in allen Ländern nach einem Neuaufbau der Ordnung zwischen den Staaten dürsten, und daß wir in dem Verlangen nach der Schaffung einer einigen großen Völkerfamilie uns der Zustimmung der edelsten Geister in der ganzen Welt sicher fühlen. Aber — und die nun folgenden Worte finden sich in der einen Tag früher veröffentlichten Protestnote des Staatssekretärs an die Vertreter der Entente vom 13. Januar:

In der Masse des deutschen Volkes beginnt der Gedanke aufzudämmern, die Alliierten hätten die Wilsonschen Punkte, nach denen Deutschland als freies Volk unter den Völkern leben soll, nur angenommen, um Deutschland erst wehrlos zu machen und

Digitized by Google

es dann zu vergewaltigen. Die Beibehaltung der Blockade, die Hinausschiebung der Versorgung mit Lebensmitteln, die wirtschaftliche und politische Absperrung zwischen dem rechten und linken Rheinufer machen das deutsche Volk aufmerksam. Im Vertrauen auf die Note des Staatssekretärs Lansing vom 5. November haben in Deutschland Heimat und Heer einen weiteren Kampf als unnötig aufgegeben und die Waffen niedergelegt. Wenn jetzt die alliierten und assoziierten Regierungen dadurch, daß sie den Friedensschluß hinauszögern und den Waffenstillstand als ein Instrument zu vorheriger wirtschaftlicher Erdrosselung Deutschlands handhaben, ihrer in einem der feierlichsten Momente der Geschichte gegebenen Erklärung entgegenhandeln, so vermag das deutsche Volk darin keine Kriegslist zu erblicken, sondern ein solches Vorgehen erscheint ihm als außerhalb jedes menschlichen Verständnisses und göttlichen Rechtes stehend. Es müßte jedes Gefühl für eine Versöhnung der Völker ersticken, und es gäbe kein Verzeihen und Vergessen dafür.

In diesen Sätzen sind bedeutsam die Worte von der neuen deutschen Auslandspolitik, die wir aufrichtigen Willens machen wollen, und von ihrer Erwürgung, noch bevor sie ans Licht treten könne, durch das Verhalten der Entente. Die Zusage, die am 5. November 1918 vom amerikanischen Staatssekretär namens der Alliierten gegeben wurde, lautete dahin, die Wilsonschen Punkte würden die Grundlagen des Friedensschlusses mit uns bilden. Nach ihnen sollten wir zwar gehalten sein, in der elsaß-lothringischen und polnischen Frage und bezüglich der Wiedergutmachung der Kriegsschäden uns dem Ergebnis der Friedenskonferenz anzubequemen; im übrigen aber bedeuteten sie dem Sinne nach das unmißverständliche Versprechen einer Behandlung, die es uns ermöglichen würde, „als freies Volk unter den Völkern" fernerhin zu leben. Wenn uns statt dessen Wortbruch trifft, so mag unsere Lage es uns unmöglich machen, darauf die Antwort zu geben, die wir unter anderen Umständen fänden. Niemals aber dürfen wir Treulosigkeit und Vergewaltigung ohne lauten Protest im Namen des Weltgewissens und ohne rückhaltlose Kennzeichnung der Hinterlist der Feinde hinnehmen.

Die Anrede des Staatssekretärs an die Pressevertreter darf man wohl als einen Anfang der Erziehungsarbeit betrachten, die dazu führen soll, seinen zu erhoffenden Bemühungen die nötige nationale Resonanz zu geben. Diese Arbeit wird schwer sein, hauptsächlich wegen der Sünden des alten Regimes in bezug auf die Propaganda im Kriege. Graf Brockdorff kennt sie wahrscheinlich, aber sicher weiß er auch, wie schwierig es zunächst jemand hat, moralische Instanzen anzurufen, wenn gegen ihn moralische Vorurteile bestehen. Gerade hiermit haben wir zu kämpfen, dank der stupiden Unfähigkeit, mit der unter dem alten Regime die moralische Offensive „geleitet" wurde. Vor mir liegt einiges Englische aus neuester Zeit, Dezember 1918, das die Früchte jener

Digitized by Google

politischen Stumpfheit zeigt. Zunächst einen Brief. Eine englische Schriftstellerin, die während des Krieges von ihrem deutschen Manne getrennt war, hat ihn an diesen nach Deutschland geschrieben. Folgendes sei daraus mitgeteilt:

. . . Ich kann natürlich noch immer nicht frei schreiben und ebenso wenig kannst Du es. Ich bin außerordentlich gespannt zu wissen, wie alles bei Dir geht, aber bevor die Zensur nicht aufgehoben ist, kann ich nicht erwarten, etwas zu hören. Um eins aber bitte ich Dich. Selbst wenn die Zensur einmal aufgehoben ist, schreibe mir nichts über den Krieg, um keinen Preis. Wir können nicht hoffen, darin übereinzustimmen, Du wirst immer mit Deinem Lande, ich mit dem meinigen fühlen. Warum also über Dinge diskutieren, die nur Bitterkeit erregen können und häßliche Gefühle?

Auch um etwas anderes bitte ich Dich. Schicke Deine Briefe nicht von Deutschland direkt hierher, sondern wie früher über die Schweiz, bis ich Dir wieder diesbezüglich etwas anderes sagen werde. Du kannst Dir keinen Begriff davon machen, was für Gefühle hier herrschen. Wenn es hier bekannt wäre, daß ich Briefe aus Deutschland bekomme, so wäre meines Bleibens hier nicht länger und ich müßte wieder nach London zurückgehen. Ich vermute, es ist ebenso bei Dir. Ich will meine Briefe an Dich schicken, wie Du es für am besten hältst. Ich will nicht etwa versuchen, meine Verbindung mit Dir abzubrechen, durchaus nicht. Ich versuche mein möglichstes, mit Dir in Verbindung zu bleiben, aber es muß in einer Weise geschehen, daß es nicht noch weiteres Unglück für mich bedeutet.

Natürlich sind die Vorgänge in Frankreich und Flandern daran schuld, Vorgänge, von denen Du höchstwahrscheinlich nichts weißt, durch die Du und ich, unschuldig wie wir daran sind, leiden müssen. Ich will keineswegs einen Kommentar darüber geben oder irgend etwas aussprechen, das Dich ärgern könnte, aber wir stehen vor Tatsachen, deren Hauptsache für mich ist, daß Leute, besonders Frauen, sich über ganz England zusammengetan haben, sich mit nichts, was deutsch heißt, zu befassen, mit keinem Deutschen zu sprechen oder ihm die Hand zu schütteln. Du sagst, in Deutschland existiert ein so schreckliches Gefühl nicht gegen uns. Ich kann mich aber nicht des Glaubens enthalten, daß auch dort ein solches Empfinden vorhanden sein muß; allerdings ist nicht die gleiche Ursache dafür vorhanden.

Ich muß das erwähnen, weil es mich eben so furchtbar mitnimmt. Wenn man wüßte, daß ich in direkter Verbindung mit Deutschland stehe, so dürfte ich eben nur noch in London leben, wo niemand meine Privatverhältnisse kennt. Würden sie bekannt, so würde kein Verleger es wagen, meine Erzählungen zu verlegen und kein Herausgeber würde es wagen, meine Bücher zu veröffentlichen. Ich lebe auf einem Torpedo, der durch ein zufälliges Wort jeden Augenblick explodieren kann. Ich kann nicht jede Chance, mein Brot zu verdienen, unter den Füßen verlieren. Verstehst Du es jetzt, warum ich Dich bitte, mir über die Schweiz zu schreiben?

Diese Briefstellen zeigen, wie in England die durchschnittliche Stimmung gegen die Deutschen ist: besinnungsloser Haß, gegründet auf eine ebenso besinnungslose moralische Verurteilung Deutschlands. Zwischen einer solchen Volksstimmung und einer Politik, wie Graf Brockdorff-Rantzau sie an der Entente brandmarkt, bestehen nur zu begreifliche Zusammenhänge. Diese Stimmung aber konnte in der Geschlossenheit, in der sie uns jetzt entgegentritt, von den Northcliffe und Genossen nur darum in England erzeugt werden, weil man es auf der deutschen Seite mit

Digitized by Google

hilflos unfähigen Gegenspielern zu tun hatte. Die englische Frau, die ihr bekümmertes Herz in dem Briefe ausschüttet, hat wahrscheinlich nie daran gedacht, daß alles, was sie schaudernd von „Frankreich und Flandern" andeutet, an Unmenschlichkeit schon allein hinter dem Kindermord weit zurücksteht, der an mehr als Hunderttausend Kleinen im zarten Alter durch die englische Hungerblockade bei uns verübt worden ist. Und doch haben menschlich und gerecht fühlende englische Politiker schon am Anfang des Krieges, als deutsche Schiffsgranaten auf die englische Ostküste fielen und die Deutschen dafür Baby-Killer (Kindertöter) genannt wurden, zu ihren Landsleuten gesagt, man könne Babys ebenso durch Hunger töten wie durch Granaten! Northcliffe hat für den ganzen Haßfeldzug gegen Deutschland kein Wort von so durchschlagender innerer moralischer Kraft zur Verfügung gehabt. Mit ihm allein hätte eine bessere Staatskunst als die unsrige den Eintritt Amerikas in den Kampf verhindern können, sogar mit dem U-Boot-Krieg! Jede andere Diplomatie als die, mit der wir gestraft waren, wäre imstande gewesen, mit dem ihr zur Verfügung stehenden Material die besonnenen Kreise mindestens in England zur Abkehr von der wilden und gewissenlosen Haßpropaganda zu bringen. Dann brauchten wir heute nicht die Vergewaltigungen des Waffenstillstandes zu ertragen, ja, dann wären wir nie in die Lage gekommen, einen solchen Waffenstillstand schließen zu müssen.

Zu den persönlichen Briefen noch ein Seitenstück aus der großen englischen Tagespresse. Die „Westminster Gazette" brachte neulich folgenden Artikel:

Es hat bis jetzt immer als elementare Staatsweisheit gegolten, daß eine siegende Nation alles tun sollte, was in ihrer Macht liegt, um die Auflösung der Regierung in dem besiegten Staate zu verhindern. Eine gewisse Nachsicht, eine gewisse Rücksicht, welche davor zurückhalten, den Besiegten zur Verzweiflung zu treiben, eine Bereitwilligkeit, zu helfen, damit die schlimmsten Folgen der Niederlage gemildert werden, sind bisher immer als empfehlenswerte Tugenden eines Siegers gelobt worden. Aber wir haben uns gewöhnt, Deutschland als einen außergewöhnlichen Fall zu betrachten, welcher diese Maßregeln ausschließt. Wir sagen uns, daß es sich durch seine Methode, den Krieg zu führen, sein Eindringen in Belgien, seine ruchlosen Unterseeboote, seine Giftgase, seine mutwilligen Verwüstungen, seine Fortschleppung von Geiseln, sowie andere Verbrechen gegen wehrlose Bürger jedes Recht auf Menschlichkeit verscherzt hat. Es muß behandelt werden, so wie es uns behandelt hätte. Die Tatsachen rechtfertigen gewiß eine gerechte Empörung; aber zum Schlusse müssen wir daran denken, daß wir in den Krieg gingen, um zu beweisen, daß wir bessere Menschen sind, als die Deutschen, und damit, daß wir in der Stunde des Sieges ihnen das antun, was sie uns angetan hätten, beweisen wir, daß wir gerade so schlecht sind, wie sie. Aber wenn Menschlichkeitserwägungen uns nicht erlaubt werden, so bleibt uns noch das Argument der Vernunft. Und die Tatsachen sind einfach die, daß, falls die schwache Regierung, welche jetzt verzweifelnde Versuche macht, um Ordnung zu wahren, über Vermögen bedrängt wird, vielleicht bald keine Regierung mehr vorhanden sein wird und damit unsere eigenen Schwierigkeiten und Bedrängnisse sich ins Unendliche vergrößern. Wenn wir also in der

Digitized by Google

aufgeregten Wahlenstimmung verharren, welche es als Sünde betrachtet, Lebensmittel nach Deutschland zu schicken, oder seinen Industrien die Rohstoffe zu gewähren, ohne welche sie die Arbeit nicht aufrechterhalten und den zurückkehrenden Soldaten Arbeit bieten können, und wenn wir darauf bestehen, daß das ganze geschätzte Vermögen des Landes mit Beschlag belegt wird, so müssen wir uns auf Folgen gefaßt machen, die für jeden denkenden Menschen beklagenswert sind. Wir würden einer ordentlichen deutschen Regierung jede Existenz unmöglich machen und wir versetzen damit, so wenig wir es auch wünschen mögen, dem deutschen Volke einen Stoß auf dem abwärtsführenden Wege zum Bolschewismus und zur Anarchie . . .

Auch diese Ausführungen gehen von der zugestandenermaßen in England herrschenden Überzeugung aus, Deutschland habe sich „jedes Recht auf Menschlichkeit verscherzt". Wodurch? Durch sein Eindringen in Belgien! Aber ein deutscher Durchmarsch durch Belgien wurde ja noch in den 80 er Jahren von leitenden englischen Staatsmännern als ein keineswegs unerhörter Gedanke angesehen, und 1807 sagt der englische Minister des Auswärtigen, George Canning, England habe Dänemark gegenüber nicht in einem Augenblick unmittelbarer Gefahr auf ein Verfahren verzichten können, das Klugheit und Politik geboten, bloß um, falls es unter dem Andrang der Feinde gesunken wäre, den Trost Pufendorfs (d. h. des Völkerrechts!) für sich zu haben. Lord Palmerston sagte in derselben Parlamentsdebatte, er sei bereit, dem Völkerrecht den Tribut seiner Achtung zu zollen und seine Anwendung zu empfehlen, „so oft es die Umstände erlaubten", aber Dänemark gegenüber seien eben diese Grundsätze nicht ohne Not außer Kraft gesetzt, das heißt, sie seien „angewendet worden in Gemäßheit des Naturrechts, welches Selbsterhaltung befiehlt". Kein deutscher Staatsmann, keine deutsche Zeitung hätte je Belgien erwähnen dürfen, ohne auf diese 100 Jahre zuvor von England einem neutralen Staat gegenüber verkündeten Grundsätze hinzuweisen. Dann würde kein Engländer mehr wagen dürfen, das belgische Pferd zu reiten.

Die Westminster Gazette spricht von den „ruchlosen Unterseebooten". Sind sie so ruchlos wie der englische Kindermord? Von den Giftgasen! Wer hat denn zuerst solche Giftgase im Kriege angewendet? Deutschland war es nicht. Von den „mutwilligen Verwüstungen"! Warum sollen denn nur die von den deutschen Befehlshabern aus militärischen Gründen angeordneten Zerstörungen mutwillig sein? Was sagt man auf Seiten der Entente von der Verwüstung der Pfalz durch die Franzosen unter Mélac, von der Schändung der Kaisergräber im Dom von Speyer durch die französischen Revolutionssoldaten, von den — durch die militärische Notwendigkeit und den Erfolg begründeten — wahrhaft furchtbaren Verwüstungen unter dem Befehl des Generals Sherman im nordamerikanischen Bürgerkriege, und was endlich von der totalen Verwüstung der Burenfreistaaten?

Digitized by Google

Genug, es ließe sich noch Unendliches sagen, was alles seit Jahr und Tag im Munde oder im Gedächtnis der Welt sein müßte, des feindlichen wie des neutralen Auslandes, so daß es den Gegnern heute unmöglich wäre, auf der einstimmigen moralischen Verurteilung Deutschlands und dem dadurch erregten Haß gegen Deutschland zu fußen — *wenn wir eine Regierung und eine Heeresleitung gehabt hätten, die Ideen über moralische und politische Kriegführung, so wie die Feinde die Sache verstanden, besaßen!*

Die Aufgabe unserer auswärtigen politischen Leitung ist nun, alles zu versuchen, was heute noch geschehen kann, um wenigstens nachträglich die Wahnvorstellung von der absoluten moralischen Schuld Deutschlands und von der Reinheit der Kräfte, die den Einkreisungsring um Deutschland geschlossen hatten, zu zerstören. Das Material, das vorliegt, um zu beweisen, wie auf der Ententeseite zum Kriege getrieben worden ist, weit mehr und von weit maßgebenderen Stellen als bei uns von den Alldeutschen, ist unabsehbar. Eine ihrer Aufgabe gewachsene Regierung hätte von sich aus dafür gesorgt, daß von Anfang des Krieges an die Fülle dieser Zeugnisse in allen zugänglichen Teilen der Welt in überzeugender Form ausgebreitet wurden. Was die Regierung hätte tun sollen, habe ich mit einer Anzahl Mitarbeiter unter erschwerenden Umständen und mit geringen Mitteln durchzuführen versucht, und schon 1917 eine Materialsammlung über *die Brandstifter der Entente* zusammengebracht. Sie ist erst jetzt als erster Band eines von mir herausgegebenen größeren Werks erschienen. *) Ich habe versucht, darin in 5 Kapiteln: über die *Kriegsdrohungen*, die seit Jahrzehnten von England, Frankreich, Rußland und Italien ausgingen, über die grundsätzliche *Verherrlichung des Krieges bei den Ententevölkern*, über die *Lehre vom auserwählten Volk*, in der sich der englische, französische, der russische usw. italienische nationale Hochmut auslebte, über den *Land- und Machthunger* der Ententegenossen und ihren von Anfang des Krieges an entfesselten *Vernichtungswillen gegen Deutschland* eine im Vergleich zu der Gesamtmasse des Stoffes kleine Auswahl von Zeugnissen dafür beizubringen, wie stark der Wille zum Angriffskrieg seit lange auf der Gegenseite war.

Wo z. B. hat je in einem deutschen Soldatenkatechismus ein Satz wie der aus Chapius, Catéchisme du Soldat (S. 19) gestanden:

*) Chauvinismus und Weltkrieg. Herausgegeben von Paul Rohrbach. Erster Band: Die Brandstifter der Entente. Von Paul Rohrbach und Joachim Kühn. 373 Seiten. Preis 12 Mark. 1918. Verlag von Robert Engelmann, Berlin W. 15. Die Vorrede unterrichtet den Leser auch über die eigentümlichen Gründe, aus denen das Werk nicht früher erscheinen konnte.

Digitized by Google

„Soldaten! Angenommen, man fragt euch, ob ihr wünscht, daß Frankreich die größte Nation der Welt werde, daß man es die Herrin aller zivilisierten Völker nenne; gewiß werdet ihr antworten: Ja?"

Kann man sich ein zynischeres Bekenntnis zum Raubkrieg gegen Deutschland denken als die Worte, die Ende 1916, bei der Generalversammlung der London and Provincial Bank, der Vorsitzende, Oberst Alfred Gilbey, sprach:

„Wir haben diesen Krieg begonnen, um die industrielle Macht und den steigenden Einfluß Deutschlands auf das internationale Bankwesen endgültig zu vernichten; wir bringen die schwersten Opfer, um zu diesem Ziel zu gelangen, und machen — wahrhaftig — Elend und Angst genug mit, um den Plan zu vollenden, der uns vorschwebt. Vor dem Kriege sahen wir uns von den deutschen Konkurrenten überall umstellt. Ein erträgliches Dasein war nicht mehr möglich. Soll dieser Zustand wiederkehren? Nein! Wir müssen den Krieg fortsetzen bis zum endgültigen Siege. Wir müssen die Macht Englands größer gestalten, als sie es jemals gewesen. Der Deutsche muß aus dem Wege geräumt werden. Das war unsere Absicht, als wir den Krieg begonnen haben; das bleibt unsere Absicht."

Norman Angel zitiert aus einem Buche von Major Murray über den zukünftigen angelsächsischen Frieden die Sätze:

„Der europäische Papierkorb ist der Platz, zu welchem alle Verträge schließlich ihren Weg finden, und ein Vertrag, der täglich zur Makulatur werden kann, ist wohl ungeeignet, die nationale Sicherheit zu begründen. Aber es gibt dennoch viele Leute in diesem Lande, welche Verträge so ansehen, als wenn sie nie gebrochen werden könnten. Das sind sehr gutgläubige, aber auch sehr gefährliche Leute — Idealisten, zu gut und arglos für diese harte und grausame Welt, deren Hauptgesetz die Gewalt ist. Auch im Parlament gibt es augenblicklich solche arglosen Leute, doch steht zu hoffen, daß wir sie in Zukunft nicht mehr sehen werden."

Das schrieb ein Engländer vor dem deutschen Einmarsch nach Belgien, und in solchen Worten drückt sich die Meinung weiter und einflußreicher Kreise des englischen Volkes über die Heiligkeit von Verträgen aus, wenn Englands Interesse dabei in Frage kommt. Welche entrüsteten Deklamationen über den deutschen Kriegsgeist, die deutsche Verherrlichung des Krieges hat man in der Ententepresse gelesen! Franzosen, Engländer und Italiener aber haben sowohl was die Idealisierung des Krieges als auch was das brutale Bekenntnis zu seiner Roheit betrifft, Größeres geleistet als je ein Deutscher. Der Franzose Proudhon hat die Schönheit des Krieges in Wendungen gefeiert, die Nietzsches Zarathustra bei weitem in den Schatten stellen:

„Der Krieg ist das tiefste, herrlichste Problem unseres sittlichen Lebens"; schwärmt er in seinem großen Werk „La guerre et la paix", „kein anderes kann ihm an die Seite gestellt werden, weder die eindrucksvollen Kulthandlungen der Kirche, weder die Auswirkungen der Herrschergewalt, noch die riesenhaften Schöpfungen der Industrie. Der Krieg, den nur eine irrige Philanthropie als furchtbare Geißel, als Ausbruch unserer eingefleischten Bosheit und als Offenbarung des himmlischen Zorns hinstellte, der Krieg ist der unbestechlichste Ausdruck unseres Gewissens, der einzige Akt, der uns trotz der

Digitized by Google

hineinspielenden unreinen Einflüsse vor der Schöpfung und vor dem Ewigen am meisten ehrt."

Auch der englische Dichter Swinburne hat den Frieden geradezu als Krebsschaden gebrandmarkt, während er „die blutrote Ernte des Krieges" in glühenden Farben verherrlichte. In Swinburnes Verse mischt sich bereits jene perverse Note, die heute gang und gäbe geworden ist und in Kipling ihren Höhepunkt gefunden hat. Wie ein Franzose, der bekannte Soziologe Jaques Bardoux, betont hat, fassen Kiplings Helden die Ermordung farbiger Eingeborener als Beschäftigung und Zerstreuung auf: der blinde Dick Helbar, der bei den Kämpfen im Sudan die Kanonen donnern hört, ruft in fanatischem Entzücken: „Laßt sie das Feuer der Hölle schmecken!", Nevin (in „A Conference of the Powers") schießt einen Inder herunter und fühlt dabei nichts als Durst und das Bedürfnis nach einer Zigarette, Learoyd (in „With the Main Guard") singt, wenn er mit Kolbenschlägen die Köpfe seiner Gegner zusammenhaut, und „In the Matter of a Private" enthält das schöne Geständnis:

„Zuweilen wandelte ihn die Lust an, sich selbst zu malen, wie er einem Gegner mit schweren Dienststiefeln das Leben aus dem Leibe trampelte, wie er anderen mit dem Kolben ins Gesicht hieb und wieder anderen auf die Schulter sprang und den Schädel so lange zurückbog, bis der Wirbel krachte."

In „Heart of the Empire" erläutert der Dichter kaltblütig, wenn es mit Hieb und Stich über die Afghanen hergehe, so klinge das, als würde auf einem Blocke Fleisch gehackt. Der bekannte Spionagegeneral Baden-Powell gibt nur einer allgemeinen Ansicht Ausdruck, wenn er schreibt:

„Der Fußball ist ein schönes Spiel, aber noch schöner als jedes Spiel ist die Jagd auf den Menschen."

Das sind nur einige wenige Proben aus hunderten. Sie zeigen aber, von welcher Art das Material ist, das man dem Schuldgeheul der Ententehetzer gegen Deutschland entgegenhalten könnte und schon lange hätte entgegenhalten sollen. Wir haben noch heute, weit über jene einzelne Buchsammlung von den Brandstiftern der Entente hinaus, Waffen in Fülle, um uns gegen die moralische Verfemung zu wehren — wenn wir sie nur kennen lernen und aufheben wollen! An der neuen Leitung im Auswärtigen Amt ist es nun, zu zeigen, wie sie die Aufgabe anfaßt.

Weltbürgertum und Nationalstaat

Von Dr. Friedrich Thimme

Als zu Beginn des 19. Jahrhunderts der Bau des tausendjährigen alten Deutschen Reiches unter dem Ansturm der französischen Revolution zusammenzubrechen drohte, warf Schiller in einem erst neuerdings bekannt gewor-

Digitized by Google

denen Gedichtfragment, dem der Herausgeber den Titel „Deutsche Größe" gegeben hat, die Frage auf: „Darf der Deutsche in diesem Augenblicke, wo er ruhmlos aus seinem tränenvollen Kriege geht, wo zwei übermütige Völker ihren Fuß auf seinen Nacken setzen und der Sieger sein Geschick bestimmt — darf er sich fühlen"? In aller Not und Aussichtslosigkeit der deutschen Zukunft beantwortete der Dichterheros die Frage dennoch mit einem Ja! „Ja, er darf's. Der Deutsche geht unglücklich aus dem Kampfe, aber das, was seinen Wert ausmacht, hat er nicht verloren. Deutsches Reich und deutsche Nation sind zweierlei Dinge. Die Majestät des Deutschen ruht nie auf dem Haupt seiner Fürsten. Abgesondert von dem Politischen hat der Deutsche sich seinen eigenen Wert gegründet, und wenn auch das Imperium unterginge, so bliebe die deutsche Würde unangefochten. Sie ist eine sittliche Größe, sie wohnt in der Kultur und im Charakter der Nation, der von ihren politischen Schicksalen unabhängig ist . . . indem das politische Reich wankt, hat sich das geistige immer fester und vollkommener gebildet."

Dürfen auch wir in der heutigen Katastrophe des neuen Deutschen Reiches, wo wiederum fremde Völker den Fuß auf unseren Nacken setzen und uns noch weit tiefer zu demütigen drohen als vor 100 Jahren, uns als Deutsche fühlen, dürfen wir mitten in unserer Erniedrigung den nationalen Gedanken hochhalten?

Ja, wir dürfen es nicht nur, wir müssen es sogar!

Zunächst, wir gehen keineswegs wie das alte Deutschland in Schillers Zeitalter ruhmlos aus dem tränenvollen Weltkriege hervor. Mehr als vier Jahre hindurch hat sich die deutsche Nation gegen eine gewaltige feindliche Übermacht militärisch und wirtschaftlich unter den denkbar schwierigsten Umständen behauptet. Selbst als es schließlich offenbar wurde, daß wir in unserem nationalen Hochgefühl die eigenen Kräfte überspannt hatten, als unsere Streitmacht im Westen weiter und weiter zurückgedrängt wurde, ist unsere Front nicht zusammengebrochen. Unser Heer hat kein Jena und kein Auerstädt erlebt. Wir brauchen uns auch dessen nicht zu schämen, daß wir solange unsere Kräfte und unsere Ausdauer gegenüber einer Welt von Feinden zu hoch angeschlagen haben. Was Königin Luise einst dem finsteren Korsen zurief: „Sire, der Ruhm Friedrichs des Großen hat uns über unsere Mittel getäuscht", das dürfen auch wir unseren höhnenden Feinden entgegenhalten: Der Ruhm des stolzen Bismarckschen Reiches, das Bewußtsein der unermeßlichen Kräfte, die in dem Schoße eines seiner Einheit bewußt gewordenen Volkes ruhen, durfte uns zu der Täuschung über unsere Mittel und über die auf die Dauer so viel größeren unserer Feinde führen. Unverantwortlich freilich war es, daß uns die deutsche Heeresleitung in dieser Selbsttäuschung mit allen Mitteln künstlich zu bestärken und festzuhalten suchte; zeitige Selbsterkenntnis hätte uns wahrlich besser gefrommt, als das Beharren in einem Irrwahn, der schließlich zu einem Zusammenbruch führen mußte. Was uns selbst in unserem Glauben und

Digitized by Google

unserer Zuversicht bestärkte, bestärken durfte, war, daß wir bis fast auf den letzten Volksgenossen gewiß waren, das sittliche Recht auf unserer Seite zu haben. Wir sind ja heute nach allem, was seither über den Ursprung des Krieges bekannt geworden ist, nicht mehr ganz so sicher in dem Bewußtsein dieses unseres Rechts. Wir urteilen jetzt weit schärfer über die Fehler und Versäumnisse unserer Staatsmänner und Diplomaten, und wir leugnen nicht mehr, daß es auch auf unserer Seite an Kriegstreibern und Kriegsverlängerern nicht gefehlt hat. Aber neben unseren Feinden dürfen wir doch unser Haupt aufrecht und hoch tragen. Die größere Schuld liegt, was wir auch versehen und gefehlt haben mögen, unzweifelhaft auf Seiten der Entente: die Tatsachen der Einkreisung Deutschlands, der französischen Revanchepolitik, des panslawistischen Eroberungsdranges, die Selbstbekenntnisse des Suchomlinowprozesses, die unverdächtigen Zeugnisse der belgischen Diplomaten beweisen es. Wir brauchen trotz Herrn Kurt Eisner und anderer Selbstkasteien ein Welttribunal über die Schuldfrage, das unbefangen alle Beweisstücke hüben und drüben prüft, so wenig zu scheuen, daß wir vielmehr wieder und wieder nach einem solchen verlangen sollten. Mit aller Zuversicht erwarten wir, daß die Weltgeschichte uns einst gerechter werden wird, als der Haß unserer Feinde und unser eigener unseliger Hang zur Selbstzerfleischung.

Wir brauchen denn auch keineswegs in unserem Unglück unseren Trost allein darin zu suchen, daß der Deutsche sich, abgesondert von dem Politischen, einen eigenen unvergänglichen Wert gegründet habe, brauchen uns keineswegs auf unser weltbürgerliches Bewußtsein, auf das, was nach Schiller die höchste Bestimmung des Deutschen ausmacht: „Er verkehrt mit dem Geist der Welten" zurückzuziehen. Im Gegenteil, wir wollen und wir müssen den Wert unserer politischen Individualität bei aller klaren Erkenntnis unserer Mängel und Schwächen durchaus festhalten. Wir haben allen Grund, mit Stolz auf unsere politische Vergangenheit zu schauen. Wir haben nach jener Zeit der Erniedrigung, die einem Schiller nur noch einen tröstlichen Ausblick ins Kosmopolitische übrigließ, uns aus eigener Kraft in der Reformzeit und den Freiheitskriegen von neuem erhoben und das Joch der Fremdherrschaft abgeschüttelt. Wir haben im Laufe des 19. Jahrhunderts unseren deutschen Nationalstaat so fest gegründet, daß er auch jetzt der jähen Katastrophe, die über uns gekommen ist, standzuhalten verspricht. Vieles von dem, was unsere Kraft und unsere Stärke ausmachte, haben sich unsere Feinde im Laufe des Weltkrieges in einer oft sklavischen Nachahmung selbst anzueignen gesucht. So dürfen wir das Bewußtsein festhalten, daß das deutsche Wesen, der deutsche Gedanke, auch in politischer und staatsbildender Hinsicht seinen Wert und seine Bedeutung nicht allein für uns, sondern auch für die Menschheit gehabt hat und weiter behalten werde. Und erst recht dürfen wir die Hoffnung und den Glauben festhalten, daß wir uns aus der gegenwärtigen Er-

Digitized by Google

niedrigung von neuem zu politischer Kraft und zu einem staatlichen Neubau erheben werden, der der ganzen Welt Achtung und Wertschätzung abnötigt. Noch ringen wir, nachdem unser früheres, bei allen seinen Mängeln glorreiches Staatswesen zusammengebrochen ist, mit dem Chaos der Revolution. Aber nichts ist uns gewisser, als daß wir uns aus diesem Chaos wieder aufschwingen werden, wie der Vogel Phönix aus der Asche. Die geistige Erneuerung Deutschlands, die der politischen voraufgehen muß, wird uns durch die Revolution erleichtert werden. Darin hat Schiller ja tausendfach recht: die Majestät des Deutschen ruhte nicht auf dem Haupte seiner Fürsten. Sie ruhte auch nicht auf dem deutschen Militarismus, der Überspannung des deutschen Machtgefühls, die letzthin doch auf die Bismarcksche Theorie von Blut und Eisen hinauslief. Aber sie ruhte zum guten Teil auf dem Gedanken der sozialen Fürsorge, den Deutschland vor jedem anderen Staatswesen mit der ganzen Kraft und Innerlichkeit des deutschen Wesens ergriffen und propagiert hat. Sie wird in Zukunft noch mehr als bisher auf den Gedanken des sozialen Fortschritts und der politischen Freiheit beruhen, in denen Deutschland, so hoffen wir, nach den gewaltigen Impulsen der Revolution erst recht die Führung ergreifen wird. Vielleicht, daß jenes oft zitierte, oft mißbrauchte Geibelsche Wort von dem deutschen Wesen, an dem noch einmal die Welt genesen werde, nach unserer Läuterung, die die Folge unseres Unglücks sein muß, doch noch zur Wahrheit wird.

Haben wir somit keinen Grund, auch nach unserer Niederlage nicht, uns des nationalen Gedankens zu entschlagen, so müssen wir uns freilich mehr als bisher dessen bewußt werden, daß unsere Zukunft auch auf unserem Weltbürgertum beruht. Es ist nun einmal an dem, daß das Nationalbewußtsein der Völker die ungeheure Katastrophe des Weltkrieges nicht fernzuhalten vermocht, sie vielmehr erst zum guten Teil heraufgeführt hat. Mit dem Nationalbewußtsein muß sich das Völkerbewußtsein, mit dem nationalen Gedanken der internationale verbinden. Wir Deutschen haben seit der Reichsgründung unseren nationalen Gedanken vielleicht zu ausschließlich, jedenfalls zu laut und zu aufdringlich betont und uns dadurch viel Feindschaft zugezogen, ohne daß die Kraft und Intensität unseres nationalen Bewußtseins dem anderer Völker, die weniger Wesen von ihrem Volksbewußtsein machten, entsprochen hätte. Hatten wir dabei nicht ganz vergessen, daß wir Deutsche auch ein kosmopolitisches Zeitalter gehabt und in der weltbürgerlichen Gedankenwelt geführt hatten? Nun, wo unser Nationalgefühl einen so schweren Stoß erhalten hat, sollten wir jene andere Seite unseres Wesens und unserer Geschichte stärker hervorholen und betonen. Es bleibt uns und ebenso auch den übrigen Völkern auch gar nichts anderes übrig, als uns mit aller Kraft der früher so viel verspotteten Völkerbundsideen zu bemächtigen, und sie aus ihrer Verschwommenheit zu festen Begriffen und klaren Systemen herauszuarbeiten.

Digitized by Google

Nicht in der einseitigen Zuspitzung auf den nationalen oder auf den internationalen Gedanken kann die Zukunft Deutschlands, Europas, ja der Welt beschlossen liegen, sondern in der Synthese von „Weltbürgertum und Nationalstaat". Uns scheint diese Formel, unter der Friedrich Meinecke 1907 seine wunderbar tiefen und geistvollen Studien zur Genesis des deutschen Nationalstaates veröffentlichte, von geradezu divinatorischer Bedeutung zu sein, indem es jetzt allerding darauf ankommen muß, bei dem Suchen nach neuen Formen für dieses Doppelideal das Weltbürgertum an erster Stelle zu betonen. Daß wir alle national bleiben müssen, das ist heute eine Selbstverständlichkeit, über die nicht erst viel Worte verloren zu werden brauchen. Friedrich Theodor Vischer pflegte zu sagen: „das Moralische versteht sich immer von selbst". Mit demselben Rechte läßt sich sagen: „das Nationale versteht sich von selbst". Daß wir aber auch weltbürgerlich empfinden, daß wir uns auf unser Weltgewissen besinnen, daß wir uns mit den Ideen eines innigeren Zusammenhalts unter den Völkern vertraut machen, uns aufs ernstlichste der Völkerversöhnung widmen müssen, das muß uns erst in Fleisch und Blut übergehen und kann gar nicht nachdrücklich genug dem deutschen Volke gesagt werden.

Möchten doch auch unsere Parteien dessen eingedenk sein, oder vielmehr werden, daß in unserer Not uns mit der einseitigen Betonung des nationalen oder des internationalen Gedankens nicht gedient ist, daß das Heil nur aus der innigen Verbindung beider Begriffe entstehen kann. Leider scheinen unsere Parteien mit rühmlicher Ausnahme des Zentrums, das überhaupt das ausgeglichenste Programm aufweist, aus der einseitigen Verfolgung des einen oder des anderen Gedankens einen Programmpunkt zu machen. Auf der einen Seite haben wir die Sozialdemokratie, bei der ja die vorwiegende Betonung des internationalen Gedankens von je gang und gäbe war, die dann nach dem Ausbruch des Weltkrieges sich auch ausdrücklich zu ihrem Nationalgefühl bekannte, aber dieses doch, zumal seit der Revolution, wieder mehr und mehr in den Hintergrund treten läßt. Der sozialistischen Regierung wird man den Vorwurf nicht ersparen können, daß in ihren Bittgesuchen an die Entente die nationale Würde nicht hinreichend gewahrt ist. Auch der Deutschen demokratischen Partei ist es viel verdacht worden, daß sie in ihren Aufrufen und ihrem vorläufigen Programm kein Wort über den nationalen Gedanken und die nationale Würde verloren hat. Manche Blätter, die auf dem Boden der demokratischen Partei stehen, müßten in der Tat mehr darauf bedacht sein, jeden Anschein einer Liebedienerei gegenüber dem Auslande von sich fernzuhalten. Das deutsche Ehrgefühl sollte in einer Zeit wie der jetzigen, doppelt empfindlich sein. Von allen Vorwürfen, die uns vom Auslande gemacht werden, brennt doch keiner so sehr als der, daß Deutschland sich zur Würdelosigkeit erniedrige.

Digitized by Google

Aber wenn wir der sozialistischen Mehrheitspartei und der Deutschen demokratischen Partei mehr Wärme in der Betonung des nationalen Gedankens wünschen möchten, so müssen wir die anderen Parteien, die den nationalen Gedanken als maß- und richtunggebend überall in den Vordergrund stellen und alles Internationale, was deutsche Art zurückdrängt und beeinträchtigt, ablehnen, vor allem die Deutsche Volkspartei mahnend darauf hinweisen, daß ein solch einseitiges Betonen des nationalen Gedankens nur zu leicht die Erinnerung an die Überspannung nicht des nationalen Gedankens an sich, wohl aber der nationalen Forderungen wachruft, die uns im Kriege so überaus verhängnisvoll geworden ist. Wir haben allen Anlaß, jede nationalistische Überhebung, zu der uns in Wahrheit die Kriegslage niemals Veranlassung bot und die jetzt uns lächerlich machen würde, so fern wie möglich von uns zu halten. Wir haben umgekehrt nicht einmal das Recht mehr, irgendeinen Rettungsanker, der sich aus den pazifistischen und Völkerbundsideen für uns ergeben könnte, zu verschmähen, und dürfen uns nicht hochmütig von „verschwommenem Idealismus" und von Utopien abwenden, deren völkerverbindende Kraft erst noch erprobt werden muß, nicht aber im vornhinein geleugnet werden sollte. Am wenigsten sollte die Deutsche Volkspartei aus den internationalen Fragen einen Trennungsgrund gegen die Demokratische Partei herleiten. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß diese beiden Parteien, die in ihrer Gesamtheit das liberale Bürgertum verkörpern, nach den Wahlen zu der Nationalversammlung sich darauf besinnen werden, daß nur die Synthese zwischen Weltbürgertum und Nationalstaat zu einer neuen großen deutschen Zukunft hinleiten kann und daß diese Synthese anerkennen, auch die Vereinigung beider Parteien durchführen heißt. Nicht wirksamer können unsere Parteien den „Tag des Deutschen", den unser großer Dichter inmitten Deutschlands tiefer Erniedrigung mit seinen Seheraugen schaute, in Wahrheit heraufführen, als wenn sie sich bewußt in den Dienst dieser Synthese stellen.

Bundesrat oder Staatenhaus

Von Dr. Gerhard Anschütz

Die Hauptaufgabe der kommenden Nationalversammlung wird es sein, dem deutschen Volke an Stelle des zusammengestürzten ein neues, sturmfestes Haus zu bauen, die über ihre vorübergehenden Formen erhabene Einheit dieses Volkes in ein neues Gewand, eine neue Verfassung zu kleiden. Ein Werk, welches, wie Dr. Theodor Heuß in Nr. 52 (1918) dieser Zeitschrift, S. 1642, mit Recht bemerkt, „gründlicher geistiger Vorarbeit bedarf, damit seine Durchführung nicht in endlosen Ausschußsitzungen lahm läuft." Ein treffliches Stück solcher Vorarbeit ist

Digitized by Google

in den Abhandlungen, denen dieser Satz entnommen ist, selbst schon geleistet; weitere Stücke werden geliefert werden können, wenn auf Grund der Heuß'schen Abhandlungen in diesen Blättern eine Diskussion über die künftige Reichsverfassung zustande kommt. In der Absicht, eine solche Diskussion in Gang zu bringen, melde ich mich hier als Erster zum Wort.

Aus der Fülle der den sachkundigen Betrachter sich zudrängenden Probleme sei nur eines herausgegriffen: die Frage, in welcher Art und welchem Maße die Einzelstaaten des Reichs bei der Willensbildung der Reichsgewalt beteiligt werden sollen. Diese Frage stellen, heißt eine andere bejahen: die, ob im neuen Deutschland neben und unter der nationalen Zentralgewalt überhaupt noch „Einzelstaaten", d. h. wahrhaft staatliche Organisationen des historischen oder irgend eines andern, neugeformten Partikularismus fortbestehen werden, fortbestehen sollen. Hierüber zunächst einige Worte. Wenn Heuß sich für eine „möglichste Zentralisierung aller Staatsaufgaben" ausspricht, so bin ich mit ihm hierin nicht nur einig, sondern gehe sogar grundsätzlich noch weiter und möchte kein Hehl daraus machen, daß ich das Festhalten an der staatlichen Konstituierung der Teilgebiete, welche unser Vaterland — ich kenne nur eines, es heißt Deutschland — zergliedern, unter allen Umständen für einen Schaden halte, dem ein ausgleichender oder höherer Nutzen nicht gegenübersteht. Die Teilgebiete sollten sich mit der Rolle — sie ist groß und dankbar genug — *reichsunmittelbarer Selbstverwaltungskörper* begnügen: kommunale Verbände, die, zugleich Verkörperungen landschaftlichen und völkischen Sonderbewußtseins, wirtschaftlicher oder kultureller Eigenart, die Gesetze des Reichs unter dessen Aufsicht zu vollziehen und für die Wohlfahrt ihres Gebietes und Volkes zu sorgen, alles wahrhaft Staatliche aber, alle Politik im höheren und eigentlichen Sinne dem Reiche zu überlassen haben. Das ist meine Meinung vom richtigen deutschen Staatsrecht: *der nationale Einheitsstaat mit vielregionaler Selbstverwaltung und Dezentralisation.* Aber ich bin mir bewußt, daß der Verwirklichung dieses Gedankens Hindernisse entgegenstehen, die selbst von der Revolution nicht überwunden werden können (gesetzt, daß der zu solchem Können zuallererst erforderliche Wille da wäre, was eine weitere Frage ist). Die Mehrheit des deutschen, namentlich des süddeutschen Volkes hängt nun einmal zäh an dem Gedanken der Staatlichkeit des engeren Heimatlandes und wir werden nicht sowohl demokratisch als vor allem realpolitisch genug sein müssen, um auf diese Stimmung Rücksicht zu nehmen. Hierzu kommt, daß *Deutsch-Österreich* sich staatsrechtlich wie politisch leichter in ein föderalistisches wie in ein rein unitarisches Deutschland eingliedern lassen wird und endlich sprechen gegen den Einheitsstaat

Digitized by Google

auch noch andere, hier nicht zu erörternde Gründe, die dem Gebiete der auswärtigen Politik angehören. So werden wir uns bescheiden und uns damit abfinden müssen, daß der nationale Einheitsstaat, wie er schon 1848 und 1866—71 nicht erreicht wurde, so auch 1919 nicht erreicht werden wird: wie damals, so wird auch jetzt ein grundsätzlich föderalistischer Aufbau des Reichs den Ausweg — Heuß hat Recht, es ist nur ein Ausweg — darstellen, der nach Lage unserer inneren und äußeren Verhältnisse lediglich beschritten werden kann und deshalb auch beschritten werden wird.

Föderalismus — das heißt nicht sowohl Fortbestand der Einzelstaaten (nicht notwendig der gerade jetzt bestehenden, sondern überhaupt von Einzelstaaten) und Anerkennung ihres Selbstbestimmungsrechts innerhalb eines gewissen, vom Reiche nicht zu betretenden, „reichsfreien" Betätigungsspielraums, sondern das heißt vor allem Mitbestimmungsrecht der Einzelstaaten in Reichsangelegenheiten, Anteilnahme der Staaten bei der Bildung des Reichswillens. Und damit gelangen wir zu dem bereits angegebenen eigentlichen Gegenstand unserer Betrachtungen.

Das Problem der Beteiligung der Glieder eines zusammengesetzten Staatswesens bei der Bildung des zentralen Willens kann verschiedenartig gelöst werden. Zwei Möglichkeiten greife ich, ohne zu untersuchen, ob es noch andere gibt, heraus, da voraussichtlich nur sie für das neue Deutschland in Betracht kommen werden. Die eine beteiligt die Gliedstaaten im wesentlichen nur bei der *Gesetzgebung*, nicht, oder doch nur in geringem Maße, bei der Verwaltung des Reichs, indem sie Repräsentanten der Staaten (auf diese nach ihrer Bevölkerungsziffer repartiert, zu wählen von den Volksvertretungen oder vom Volke direkt) zu einer parlamentarischen Versammlung vereinigt und dieser Versammlung die Stellung einer föderalistischen zweiten Kammer des Reichsparlaments neben der ersten, unitarischen, Volkskammer anweist. Es ist der Weg, den — nach dem Vorbilde der amerikanischen und schweizerischen Verfassung — die Frankfurter Reichsverfassung vom 1849 gegangen ist: wie in Amerika und in der Schweiz, so beschränkt sich auch nach der Verfassung der Paulskirche der Einfluß der Einzelstaaten auf die Zentralgewalt darauf, daß sie die eine Kammer des Zentralparlaments (Amerika: Senat, Schweiz: Ständerat, Paulskirche: Staatenhaus) besetzen. Ich nenne diese Möglichkeit, dem Sprachgebrauch der Frankfurter Verfassung folgend, das *Staatenhaussystem*. Die zweite Möglichkeit ist das der bisherigen Reichsverfassung zugrunde liegende *Bundesratssystem*. Hier erscheinen die Vertreter der Einzelstaaten nicht als gewählte Repräsentanten, die in parlamentarischer Weise *frei*, sondern als (von den Regierungen) ernannte Bevollmächtigte, die *nach Instruktion* abzustimmen haben; sie bilden ein Kollegium, welches sowohl in bezug auf seine Formation als auch auf seine

Digitized by Google

Zuständigkeit und seine Geschäftsformen nicht einem Parlamente sondern vielmehr einem Regierungskörper gleicht.

Die Meinung derer, die über diese Dinge nachgedacht haben, neigt sich jetzt, wie es scheint, überwiegend auf die Seite des Staatenhaussystemes: so Max Weber (Frankf. Ztg. v. 28. Nov. 1918), F. Meinecke (Neue Rundschau, 1918, Heft 1 S. 6). Auch Heuß gehört hierher, geht er doch sogar so weit, das Bundesratssystem „oder irgend eine ähnliche Lösung" für „durch die Erfahrungen der Geschichte sachlich erledigt" zu erklären. Und Zeitungsnachrichten (für deren Richtigkeit ich nicht einstehen kann) zufolge, wird der in der Entstehung begriffene, der Nationalversammlung vorzulegende Entwurf einer neuen Reichsverfassung gleichfalls auf dem Staatenhaussystem beruhen.

Ich bin demgegenüber anderer Ansicht und möchte dem Bundesratssystem — ohne mich auf die Ausgestaltung festzulegen, die es gerade in der seitherigen Reichsverfassung gefunden hat — grundsätzlich den Vorzug geben. Gewiß ist und wirkt dieses System föderalistischer als das Staatenhaussystem. In einem Bundesrate, wo sie durch instruierte Kommissare ihrer Regierungen vertreten werden, können die Partikularstaaten sich, ihren Willen und ihre Interessen ganz anders und viel stärker zur Geltung bringen, als in einem nach freier Überzeugung redenden und abstimmenden Staatenhause im Frankfurter Stil, einem Staatenhause, welches in dem Duo des republikanischen Zweikammersystems dem völlig übermächtigen Volkshause gegenüber durchaus auf die Rolle der zweiten Violine beschränkt sein dürfte. Das Bundesratssystem ist also föderalistischer, das Staatenhaussystem unitarischer. Gleichwohl aber, oder vielmehr gerade deshalb bin ich, obzwar (wie bemerkt) überzeugter Unitarier, jetzt für das erstere System. Es gilt eben auch hier, den bestehenden Wirklichkeiten und Kräfteverhältnissen Rechnung zu tragen. Der Stärkegrad der von den Einzelstaaten, insbesondere den Mittelstaaten erhobenen föderalistischen Ansprüche ist zur Zeit und für absehbare Zeit ein sehr hoher und man wird nicht umhin können, diesen Ansprüchen entgegenzukommen: schon einfach deshalb, weil andernfalls die föderalistische Gesinnung der in Betracht kommenden Kreise leicht zu nacktem Partikularismus oder gar Separatismus verderben könnte. Noch immer ist in zusammengesetzten Staatswesen der Föderalismus das beste Mittel gegen zentrifugale Strömungen gewesen.

Die deutschen Staaten werden sich, die Mittelstaaten voran, schon aus Feindschaft gegen Berlin mit all seinem Drum und Dran, mit dem Recht zum Mitreden in einem mehr oder minder sekundären Staatenhause kaum begnügen; sie werden nicht bloß durch losgelassene Abgeordnete, auf die ihre Regierungen und Landtage keinen Einfluß haben, mitparlamentieren, sondern durch instruierte Vertreter im Reiche mit r e g i e r e n wollen. Es wird sich empfehlen, diesem Wunsche in irgendeiner Weise zu entsprechen, sonst könnte man es erleben, daß der Ruf

Digitized by Google

„los von Berlin" sich zu einem „los vom Reich" steigert; der Boden ist, Gott sei's geklagt, hierfür vielerorten nur allzu gut vorbereitet.

Geht man davon aus, daß den Einzelstaaten mehr zu gewähren ist als ein parlamentarisches Votum bei der Gesetzgebung, daß man ihnen vielmehr auch einen gewissen Anteil an der Regierung und Verwaltung des Reiches einräumen muß, so folgt daraus, daß das Organ, in dem sich dieser Verfassungsgedanke verkörpert, nicht als Parlament bzw. als die eine Kammer eines nach dem Zweikammersystem eingerichteten Parlaments, sondern mehr als eine Art Regierungskollegium auszubilden ist. Hieran ist festzuhalten, auch angesichts des amerikanischen Senats, dem, obwohl er kein Regierungskollegium, sondern ein Parlament ist, doch gewisse Zustimmungsrechte auf Gebieten, die nicht der Gesetzgebung, sondern der Exekutive angehören, zustehen (z. B. Mitwirkung beim Abschluß von Staatsverträgen), und auch angesichts der beachtenswerten Meinung von Heuß, wonach dem Staatenhause, falls seine Mitgliederzahl nicht zu groß ist, „ein Teil der bisherigen bundesrätlichen Verordnungsrechte" (also gleichfalls nicht legislative, sondern exekutivische Zuständigkeiten) übertragen werden könnte.

Der bisher vorschwebende ist nicht der einzige Grund, der für den Bundesrat und gegen das Staatenhaus spricht. Es läßt sich in dieser Hinsicht verschiedenes geltend machen. Zunächst: Der Bundesrat macht, da er im föderalistischen Sinne mehr leistet als das Staatenhaus, letzteres entbehrlich (wie wir ja auch im bisherigen Reich ein Staatenhaus weder hatten noch brauchten); dadurch erfährt der Aufbau des Reichsparlaments eine Vereinfachung — Einkammer- statt Zweikammersystem —, deren Nützlichkeit umso höher anzuschlagen ist, als durch sie die konstitutionelle Stellung der Reichsregierung, die alsdann nur *einer* parlamentarischen Versammlung, nicht zweien (mit möglicherweise verschiedenartigen Parteiverhältnissen) verantwortlich ist, an Klarheit gewinnt. Sodann eine mehr verwaltungstechnische als politische Erwägung: bei der Besetzung des Bundesrates wäre nicht auf die politische Parteistellung, sondern auf die persönliche Eignung, auf Sachkenntnis und Berufserfahrung innerhalb bestimmter Staatstätigkeitsgebiete (z. B. Wirtschafts- und Sozialpolitik, Finanzwesen, auswärtige Politik) zu sehen, und der Bundesrat würde — im Gegensatz zu einer parlamentarischen Versammlung — gerade in *administrativer* Hinsicht um so mehr leisten, je mehr es gelingt, ihn, ebenso wie es sein Namensgenosse im seitherigen Reich war, zu einem Kollegium zu gestalten, welches die Auslese des Beamtentums aller Einzelstaaten in sich vereinigt und die Geschäftskenntnis, das Sachverständnis dieses Beamtentums verkörpert. Schließlich soll auch nicht unbetont bleiben, daß das Bundesratssystem ein Festhalten am Gewohnten und Bewährten bedeuten würde. Ein Gesichtspunkt, der, ich gebe es zu, nicht „revolutionär" ist. Aber handelt es sich denn darum, *alles* Bestehende umzustürzen,

Digitized by Google

nur weil es eben das Bestehende ist? Ich rechne auf die Zustimmung jedenfalls des besonnenen Teils der heute herrschenden Klassen und Mächte, wenn ich die Parole vorschlage: Revolution nicht so weit als möglich, sondern soweit als nötig. Die bestehenden Reichsinstitutionen müssen so weit umgestaltet werden, als erforderlich ist, um sie mit dem politischen Grundprinzip des neuen Deutschlands, dem Gedanken des Volksstaates, der Demokratie, in Einklang zu bringen. Mit dieser Maßgabe können sie in die neue Ordnung der Dinge hinübergenommen werden, soweit sie sich bewährt haben.

Dies findet auch auf den Bundesrat Anwendung. Selbstverständlich kann er, wenn man ihn, wie hier befürwortet wird, beibehält, nicht unverändert bleiben, weder in bezug auf seine Formation, noch auf seine staatsrechtliche Stellung und Kompetenz. Auf die Frage der Formation möchte ich hier nicht näher eingehen. Der Bundesrat würde, wie bisher, aus Bevollmächtigten der einzelstaatlichen Regierungen bestehen, die von diesen ernannt und instruiert werden. Der notwendig und dauernd mit der preußischen Stimme verbundene Vorsitz kommt — da an eine Fortdauer der hegemonischen Stellung Preußens nicht zu denken ist — in Wegfall. Die Stimmgewichtsverteilung ist neu zu regeln; das Wie hängt davon ab, welche Einzelstaaten die Nationalversammlung bestehen lassen bzw. neu bilden und wie sie dieselben begrenzen wird.

Auch die staatsrechtliche Stellung und Zuständigkeit des Bundesrates kann nicht unverändert bleiben. Der alte Bundesrat stellte — allerdings mehr in der Idee als in der Wirklichkeit — das oberste Reichsorgan, den „Träger der Reichsgewalt", dar (man denke an Bismarcks Wort: „Die Souveränität ruht nicht beim Kaiser, sie ruht bei den verbündeten Regierungen", d. h. eben beim Bundesrate). Damit ist es selbstverständlich vorbei. Das neue Reich wird nicht von einer Neuauflage der „verbündeten Regierungen", sondern von einer dem Willen des Reichsparlaments — nennen wir es wie bisher „Reichstag" — gemäß zusammengesetzten, dem Reichstage und niemand sonst verantwortlichen Regierung geleitet sein. Abgesehen hiervon: der völlig unzweckmäßige Regierungsdualismus des bisherigen Reiches (es gab zwei Reichsregierungen statt einer einzigen: den die „verbündeten Regierungen" verkörpernden Bundesrat und die durch Kaiser, Reichskanzler und Staatssekretäre dargestellte „Reichsleitung") darf auf keinen Fall in das neue Deutschland hinübergenommen werden. Zwei Regierungen in einem Staat — davon ist eine zuviel. Die Lösung ist einfach: der neue Bundesrat darf nicht „die Reichsregierung" vorstellen wollen. Er regiert nicht selbst, hilft aber beim Regieren und ist imstande, die Regierung des Reiches zu hemmen, indem er über — in der Verfassung zu bezeichnende — wichtige Maßnahmen der Regierung auf legislativem und administrativem Gebiete berät und beschließt: einem föderalistischen Staatsrat vergleichbar, aber mehr als

Digitized by Google

ein solcher, da er ja, wie nochmals betont sei, nicht nur zu beraten, sondern zu beschließen hat, so zwar, daß die in Frage kommenden Regierungsmaßnahmen — zu denken namentlich an Verordnungen, insbesondere Ausführungsvorschriften zu Reichsgesetzen, organisatorische Anordnungen, aufsichtliche Verfügungen des Reichs an die Einzelstaaten, gewisse Beamtenernennungen, Staatsverträge — an die Zustimmung des Bundesrats gebunden sind oder nur auf Vorschlag des Bundesrats (Beamtenernennungen!) ergehen dürfen. Sein früheres Recht der Gesetzessanktion, welches ihn zum Hauptorgan der Reichslegislative machte, kann der Bundesrat unter den neuen, demokratischen Verhältnissen natürlich nicht behalten. Beläßt man ihm — was ich befürworten würde — einen Anteil an der gesetzgebenden Gewalt, so kann dieser nicht in einem absoluten, sondern nur in einem suspensiven Veto gegenüber legislativen Reichstagsbeschlüssen bestehen, einem die Gesetzeskraft dieser Beschlüsse auf gewisse Zeit (etwa die Dauer der Sitzungsperiode) hemmenden Widerspruchsrecht, welches mit einem gleichartigen Recht der Reichsregierung konkurriert und unabhängig von ihm ausgeübt werden kann.*) Auch darf der Bundesrat das Recht behalten, Anträge im Reichstage zu stellen und durch seine Mitglieder dort vertreten zu lassen; ebenso wird gegen die Beibehaltung der bisherigen Einrichtung, wonach jedes Mitglied des Bundesrats im Reichstage gehört werden mußte, um die Ansichten seiner Regierung zu vertreten, auch dann, wenn diese Ansichten von der Mehrheit des Bundesrates nicht adoptiert worden sind (Art. 9 Satz 1 RVerf.; ein nützliches föderalistisches Sicherheitsventil!), nichts einzuwenden sein.

Wie soll nun die Regierung geformt sein, deren Tätigkeit, wie vorstehend angegeben, der neue Bundesrat, teils unterstützend, teils hemmend, begleitet? Hiervon zu reden habe ich mir für diesmal nicht vorgenommen. Nur einige Hauptgesichtspunkte, Richtlinien für den Aufbau der Reichsregierung, seien hervorgehoben. Als erste Richtlinie wird gelten müssen: die Formation der Reichsregierung muß, im Gegensatz zu dem föderalistisch konstruierten Bundesrat, rein und streng unitarisch, mit anderen Worten, von den partikularen Gewalten, insbesondere den Regierungen der Einzelstaaten, unabhängig sein. Dies nicht sowohl des-

*) Vorschlag einer Formulierung:

Beschlüsse des Reichstags, welche durch die Verfassung der Reichsregierung zur Ausführung überwiesen sind, bedürfen der Zustimmung der Reichsregierung, gesetzgeberische Beschlüsse auch der Zustimmung des Bundesrats. Ein Beschluß, welcher die hiernach erforderliche Zustimmung nicht erhalten hat, darf in derselben Sitzungsperiode nicht wiederholt werden.

Die Zustimmung gilt als erteilt:

1. wenn sie nicht binnen zehn Tagen verweigert wird;
2. wenn nach Verweigerung der Zustimmung der betreffende Beschluß in der nächstfolgenden Sitzungsperiode des Reichstags wiederholt wird.

Digitized by Google

halb, weil wir andernfalls zuviel Föderalismus im Reiche haben würden, als aus folgendem Grunde: der deutsche Volksstaat kann nicht anders regiert werden als nach dem Willen und durch Beauftragte des Volkes, d. h. der deutschen Nation als Einheit; die Reichsregierung kann demnach nur nach dem Willen dieser Einheit oder ihrer parlamentarischen Vertretung, des Reichstags, nicht aber nach dem Willen partikularer Faktoren zusammengesetzt sein. Zweite Richtlinie: Organische Trennung zwischen staatsoberhauptlichen und ministeriellen Regierungsfunktionen. Also weder ein Reichsoberhaupt, welches zugleich sein eigener Ministerpräsident (Reichskanzler) ist, noch ein Reichsministerium, welches, in Ermangelung eines ihm übergeordneten Reichsoberhauptes, selbst das Reichsoberhaupt darstellt. Vielmehr gehört an die Spitze des Reiches ein demokratisches Oberhaupt, ein — vom Volke unmittelbar oder vom Reichstag auf bestimmte Zeit gewählter — Präsident der deutschen Republik, welcher, selbst nicht oder nur in beschränktem Maße verantwortlich, die ihm übertragene Regierungsgewalt durch verantwortliche Minister ausübt. Damit ist eine dritte Richtlinie bezeichnet: Ausgestaltung des Regierungskörpers nach den Grundsätzen des parlamentarischen Systems. Der Präsident regiert nicht selbst, sondern durch die Minister. Er ernennt und entläßt die Minister, kann sie jedoch nur im Einvernehmen mit dem Reichstage ernennen und muß sie entlassen, wenn der Reichstag es verlangt.

Die „Sozialisierung der Betriebe"

Von Dr. J. Jastrow, Professor an der Universität Berlin

Zündende Worte hat die deutsche Revolution von 1918 nicht hervorgebracht. Ihre „Volksbeauftragten" und „Zentralräte" sind nüchterne Amtsbezeichnungen; der „Preußen-Ausschuß" weniger als das; in den „Arbeiter- und Soldatenräten" sind Name wie Sache bloße Entlehnungen, und dazu noch Entlehnungen von Rußland. Aber keine von der Revolution aufgebrachte Formulierung ist wohl so unglücklich, wie die „Sozialisierung der Betriebe". Man muß zunächst einmal etwas genauer feststellen, was mit diesem Schlagwort gemeint ist.

Die „Sozialisierung" oder „Vergesellschaftung" soll die Übertragung an die Gesamtheit bedeuten im Gegensatz zu der bis jetzt bestehenden Verfügungsgewalt des einzelnen. Diese Umwandlung ist eine grundlegende Forderung des Sozialismus in der Gestalt, die er durch Marx erhalten hat. Den Grund allen Proletarier-Elends erblickt Marx darin, daß der Arbeiter von seinen Produktionsmitteln getrennt worden ist. Der Handwerker alten Schlages besaß sein Handwerkszeug. Der moderne Fabrikarbeiter ist davon abhängig, daß

Digitized by Google

ein anderer, der das Fabrikgebäude mitsamt den darin befindlichen Maschinen, Werkzeugen, Rohstoffen usw. besitzt, ihm Gelegenheit zur Arbeit gibt, und zwar zu Bedingungen, die unter dem Druck der Lebensnotwendigkeit erfolgen. Arbeiter und Kapitalisten seien zwei verschiedene Gesellschaftsklassen geworden. Jene Klasse erhalte nicht mehr den vollen Ertrag ihrer Arbeit; diese sei in der Lage, ihr Kapital beständig zu vergrößern. Hierbei sei der am erfolgreichsten, der das größte Kapital zusammenbringe: die kleinen werden von den großen verschluckt, diese von den größeren, diese von den noch größeren usw., bis nur einige wenige ganz große übrig bleiben und dann schließlich von dem Allergrößten, der Gesamtheit, die „Expropriateurs expropriiert" werden. So führt das Privateigentum an den Produktionsmitteln (Produktionskapital, „Kapital") zunächst zur Zusammenballung in immer weniger Händen und schließlich zu seiner Selbstaufhebung, indem anstelle des privaten das Gesamteigentum tritt. Diese Entwickelung ist für Marx eine Naturnotwendigkeit. Um sie herbeizuführen, bedarf es für ihn keiner Revolution. Wenn er trotzdem Revolutionär gewesen ist, so nur, weil die Gefahr vorhanden ist, daß in dem entscheidenden Moment, wo das Kapital reif ist zum Übergang an die Gesamtheit, diese sich eine politische Verfassung geben könnte, die die Proletarier ebenso zu Lohnsklaven eines neuen Gesamtheits-Organismus machen könnte, wie sie bisher Lohnsklaven der einzelnen Kapitalisten gewesen seien. Darum sei vor dem letzten Akt der (wirtschaftlichen) Umwandlung für eine kurze Übergangszeit eine (politische) „Diktatur des Proletariats" notwendig. Diese habe die Übertragung der Produktionsmittel an die Gesamtheit so vorzunehmen, daß jede neue Verknechtung ausgeschlossen sei. Man fragt sich, weswegen diese Übertragung nicht einfach Verstaatlichung genannt wird. Auf diese Frage gibt es in der Tat keine vollkommen zureichende Antwort. Die abweichenden Ausdrücke hat man ersonnen, um den †††Staat nicht in den Mund zu nehmen. Es soll angedeutet werden, daß man in keiner Weise an einen Staat, wie den heutigen, denke, sondern an eine in allen ihren Mitgliedern sich frei organisierende Gesellschaft. Aber die organisierte Gesellschaft ist der Staat. Und mit der Übergabe der Produktionsmittel an die Gesellschaft (Gemeinschaft, Gesamtheit) ist die Übergabe an den Staat gemeint. Als in den 80er oder 90er Jahren einmal eine Umfrage an bedeutende Männer aller Fakultäten gerichtet wurde, wie sie vom Standpunkte ihrer Wissenschaft sich zu dem Programm der Sozialdemokratie stellen, antwortete ein Theologe: ihm sei nicht erinnerlich, daß man vor der Verstaatlichung der Eisenbahnen ein Gutachten der Theologen eingeholt habe; ebensowenig habe seine Theologie es zu begutachten, wenn nicht ein, sondern alle Produktionsmittel verstaatlicht werden sollen. Dies bringt den Sachverhalt zu klarem Ausdruck. Was die Sozialdemokratie meint, ist Verstaatlichung aller Pro-

Digitized by Google

duktionsmittel (und damit aller Produktion). Die Ausdrücke „Vergesellschaftung" oder „Sozialisierung" besagen nichts anderes.

Noch unglücklicher ist in dem Schlagwort der Ausdruck „Betriebe". Ob nämlich, wenn es ans Sozialisieren geht, gerade der Betrieb, d. h. das Betreiben der Produktion verstaatlicht wird, ist noch sehr fraglich. In Rußland wenigstens hat der radikalste Bolschewismus sich nach den bis jetzt vorliegenden Nachrichten in Fabriken, Bankgeschäften usw. zumeist damit begnügt, das Eigentum zu verstaatlichen und hat den Betrieb des Geschäfts dem bisherigen Unternehmer nicht nur nicht genommen, sondern ihn sogar gezwungen, den Betrieb weiter zu führen. Tatsächlich gehen bei uns die Meinungen darüber sehr auseinander, ob der Staat besser dabei fährt, wenn er die Produktion „in eigene Regie nimmt" (wie er es nicht nur bei dem oben erwähnten Beispiel der Eisenbahnen, sondern von jeher bei Posten und Telegraphen getan hat), oder wenn er den Betrieb den Privaten überläßt und seinerseits sich darauf beschränkt, als Eigentümer das Fett abzuschöpfen, oder in einer Art von Ober- und Miteigentum sich mit dem bisherigen Besitzer in den Gewinn zu teilen. Ja, es gibt unter den Befürwortern der Sozialisierung eine Richtung, die sogar beides den Privaten überlassen will: der Fabrikant soll seine Fabrik weiter betreiben und soll auch ihr Eigentümer bleiben; lediglich der Handel mit den Fabrikaten soll verstaatlicht werden. Dieser Weg wird hauptsächlich damit befürwortet, daß so der Anreiz zu technischen Verbesserungen erhalten bleibe. Zahlt der Staat für die Ware allein den gleichen Preis, so fällt der Vorteil einer verbesserten, d. h. verbilligenden Technik dem Fabrikanten zu. Andererseits hat der Staat durch die Bestimmung des Ankaufpreises es in der Hand, diesen Gewinn in Schranken zu halten; ebenso wie er durch den Verkaufspreis und seine Ausgestaltung nach geringeren oder besseren Qualitäten sozialpolitische Unterschiede in derselben Art machen kann, als wenn er die Herstellung selbst betriebe.

Aber nicht einmal das Wörtchen „der" können wir an unserm Schlagwort unbeanstandet lassen. Ja, dieses Wörtchen ist vielleicht am meisten irreführend. „Sozialisierung der Betriebe" kann nur bedeuten: aller Betriebe. Wenn das gemeint wäre, so würde die Formel nichts anderes besagen als: Einführung des sozialistischen Staates. Die Formel ist aber gerade aus dem Gefühl hervorgegangen, daß die Sozialdemokratie jetzt, wo sie zur Herrschaft gelangt ist, sich außerstande sieht, ihr Programm mit einem Schlage zu verwirklichen. Falls es hierüber innerhalb der Elemente, die seit dem 9. November an der Regierung beteiligt waren, noch Meinungsverschiedenheiten gibt (was nicht mit Sicherheit zu sagen ist), so fallen sie jedenfalls nicht mit der Unterscheidung von Rechts- und Links-Sozialisten zusammen, sondern werden dadurch bestimmt, daß die einen wirtschaftliche Dinge zum Gegenstand berufsmäßigen Nachdenkens gemacht haben, die

Digitized by Google

anderen mehr es für ihre Aufgabe halten, die Idee, die ihnen am Herzen liegt, als solche zu verbreiten, und für sie einzutreten. Kautsky hat stets auf dem äußersten linken Flügel der Partei gestanden; aber er hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß er die Verstaatlichung der Produktionsmittel durch ein Dekret der Regierung für glatt unausführbar hält. Unter den leitenden Kreisen beider sozialistischen Parteien besteht Übereinstimmung darüber, daß man zunächst mit *den* Erwerbszweigen anfangen soll, in denen die Zusammenballung und gleichförmige Ausgestaltung bereits einen solchen Grad erreicht hat, daß der Marx'sche Zeitpunkt herangekommen ist, wo die „Expropriateurs expropriiert werden" können. Das war gemeint, wenn noch die Regierung Ebert-Haase eine Kommission einsetzte, die prüfen sollte, welche Betriebe „sozialisierungsreif" sind.

Die „Sozialisierung der Betriebe" ist also ein Übergangs-Programm. Sie will einen Anfang machen und festzustellen suchen, wo und wie der Anfang am zweckmäßigsten gemacht wird. Wie jedes Übergangs-Programm kann es auch von solchen mitgemacht werden, die das Ziel, zu dem übergegangen werden soll, nicht billigen. Verstaatlichungen können von den einen angestrebt werden, weil sie den sozialistischen Staat anbahnen; von andern, weil sie als beruhigende Abfindung ihm vorbeugen; von noch andern, weil sie aus ganz andern Gründen Verstaatlichungen wünschen (z. B. zu Finanzzwecken) und die sozialistische Bundesgenossenschaft gern mitnehmen.

In der „Sozialisierung der Betriebe" handelt es sich also nicht um *eine* Frage, sondern um ganze Fragenbündel. Zunächst: *was* soll verstaatlicht werden? Darüber scheint Übereinstimmung zu herrschen, daß unter „Sozialisierungsreife" ein schon vorhandener hoher Grad von Konzentriertheit zu verstehen ist. Die Vorarbeit, die die Entstehung von Riesenbetrieben und umfassenden Syndikaten hier geleistet hat, ist am größten in der *Fabrikation von Rohstoffen und Halbzeug*, verhältnismäßig geringer in der Fertigfabrikation, und zwar desto weniger ins Gewicht fallend, je mehr diese mit Geschmacksrichtungen und Verschiedenheit der Muster und Qualitäten zu rechnen hat. Danach wurde der *Bergbau*, und zwar in erster Linie der auf *Kohle* und *Eisen*, als sozialisierungsreif bezeichnet: Kleinbetrieb fast verschwunden, Syndikate mächtig, ein Teil schon jetzt im Staatsbesitz. Eingewandt wurde dagegen, daß mit Kohle und Eisen die ganze Industrie in Abhängigkeit geraten würde, während man doch die Möglichkeit hätte, mit solchen Gewerben zu beginnen, die nicht mehr andere nach sich ziehen. Diese Anschauung würde also die Stellung zu Rohstoffen und Fertigfabrikaten gerade umgekehrt gestalten wollen. — Man hat dann Industrien empfohlen, in denen sich die Einheitlichkeit aus der Natur der Sache heraus entwickelt und dann in den Händen der Allge-

Digitized by Google

meinheit besser aufgehoben ist, als in denen auf Privatgewinn arbeitenden Gesellschaften. So alle Verkehrs-Unternehmungen, ferner die Versorgung ganzer Ortschaften und Landschaften mit Licht und Kraft (Gas, Elektrizität). Aber die meisten dieser Unternehmungen befinden sich bereits im Gemeinbesitz, sei es des Reiches, der Einzelstaaten oder der Gemeinden; oder sie sind im Begriff, ihm zugeführt zu werden; neue große Aussichten böte nur die Gewinnung elektrischer Kraft aus Wassergefällen mit großen Überland-Zentralen. Am ehesten wird man vielleicht über Industrien einig werden, deren sich der Privaterwerb noch nicht bemächtigt hat. Das hervorragendste Beispiel dafür ist die im Kriege begonnene Gewinnung des Stickstoffs aus der Luft, die im Interesse der Salpetergewinnung vom Kriegsministerium in die Hand genommen wurde und im Frieden als Ersatz des Chile-Salpeters für künstliche Düngung eine hohe landwirtschaftliche Bedeutung erlangen wird. Sonst kann kaum ein Zweig zur Sozialisierung empfohlen werden, ohne daß gewichtige Sachverständige dartun, er sei dafür besonders wenig geeignet. Wenngleich diese Literatur etwas an das Gebet erinnert: „O heiliger St. Florian, b'hüt unser Haus, zünd' andre an!", so darf sie doch nicht übersehen werden. In meinem Buche „Gut und Blut fürs Vaterland" habe ich die Erwerbszweige zusammengestellt, die im Laufe der Zeit bei uns von der einen oder andern Seite einmal zur Verstaatlichung empfohlen worden sind. Ihre Zahl ist so groß (Tabak, Getreide, Spiritus, Petroleum, Schlepp-Schiffahrt usw.), daß eine reiche Auswahl und damit auch die Aussicht vorhanden ist, in Rede und Gegenrede irgendwo einen gemeinsamen Boden zu finden.

Wie soll verstaatlicht werden? Nach dem eben Gesagten wird vor allem zu entscheiden sein, ob der Staat die Herstellung selbst übernimmt, oder nur das Eigentum ohne Selbstbetrieb, oder beides in privaten Händen läßt und nur den Handel verstaatlicht. In allen drei Fällen wird für die verstaatlichte Sphäre die private Tätigkeit ausgeschlossen, und es entstehen Monopole: Betriebs-, Eigentums- oder Handelsmonopole, (wie das im letzten Reichstage in Beratung genommene Getreidemonopol ein Getreide-Handelsmonopol sein sollte). Auf den Handel aber kann man jene Unterscheidung von Betrieb und Eigentum nochmals anwenden: es können entweder die Handelsbetriebe verstaatlicht werden, oder man kann die Händler in ihrer Tätigkeit belassen, den Staat aber als Handelsherrn über ihnen einsetzen, der sie entweder zu Angestellten mit Gewinnbeteiligung macht oder sich begnügt, selbst nur einen Anteil am Gewinn einzustreichen. Auch sonst sind hier viele Abflachungen möglich (bis herab zur „gemischt-wirtschaftlichen Unternehmung"), die alle als Vorstadien oder Nebenarten staatlicher Tätigkeit betrachtet werden können. Ja, es braucht der Erwerbszweig nicht einmal wirklich

Digitized by Google

monopolisiert zu werden, sondern der Staat kann mit den Privaten in Konkurrenz treten. So ist vorgeschlagen worden, die Eigentums-Verstaatlichung nur da vorzunehmen, wo das Eigentum sich in „reifer" Form zusammengeballt findet: in der Landwirtschaft an den Latifundien, im Gewerbe an Aktiengesellschaften. Der Staat würde dadurch (wie übrigens jetzt schon) als Gutsbesitzer neben Gutsbesitzer als Großgewerbetreibender neben andere treten, — daß in allen Fällen eine Entschädigung gezahlt werden müßte, darf mit Fug und Recht als selbstverständlich bezeichnet werden. Selbst vom strengsten sozialistischen Standpunkte aus könnte die entschädigungslose Enteignung nur in Frage kommen (übrigens auch dann nur in Frage kommen), wenn das Privateigentum an Produktionsmitteln als Rechtsinstitution gänzlich abgeschafft würde. Wenn es aber als rechtliche Einrichtung bestehen bleibt und nur einigen Inhabern entzogen wird, so gibt es für den sozialdemokratischen Staatsmann einen sehr bestimmten Grund, der es ihm unmöglich macht, von einer Entschädigungspflicht abzusehen. Dieser Grund heißt: Lassalles „System der erworbenen Rechte". Damit ist freilich nicht gesagt, daß die Entschädigung nach der Höhe einer augenblicklichen Konjunktur, am wenigsten einer bloßen Kriegskonjunktur erfolgt. — Läßt das Wie der Sozialisierung, wie wir gesehen haben, weiten Spielraum in der Ausführung, so ist doch eine bestimmte Grenze gegen Neuformungen zu ziehen, die davon zu unterscheiden sind. Die Beteiligung der Arbeiter an den Gewinnen ihrer Fabrik (oder auch eines landwirtschaftlichen Gutsbetriebes; denn auch eine solche ist praktisch vorgekommen) mag eine löbliche Einrichtung sein; aber in diesen Zusammenhang gehört sie nicht. Und der Gedanke, der der optischen Anstalt Zeiß-Jena zugrunde liegt, aus dem Unternehmen eine Stiftung zu machen, die ganz der Verwaltung der Arbeiter übergeben wird, beweist eine Großzügigkeit, die seinem Urheber Abbe neben seinen Ingenieur-Leistungen eine zweite Weltberühmtheit als Sozialpolitiker beschafft hat. Aber von Verstaatlichung ist diese Gestaltung das Gegenteil; denn sie macht nicht die Gesamtheit (Staat, Gemeinde) zu Trägern des Unternehmens, sondern die darin tätigen Arbeiter, die der Gesamtheit nicht anders, wie eine Aktiengesellschaft, gegenüberstehen.

Endlich das Wann? Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist (nach Vorläufern der 60er Jahre) im Jahre 1875 begründet worden. Ein halbes Jahrhundert hindurch ist gepredigt worden, daß die Zeit kommen muß, wo das Privateigentum an Produktionsmitteln abgeschafft, wo der Staat, in dem die kapitalistische Produktionsweise die Staatsgewalt bestimmt, durch eine neue Form gesellschaftlichen Zusammenlebens ersetzt wird, in der das Eigentum der Gesamtheit an ihren Produktionsmitteln die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen unmöglich macht. Und nun, wo dieselben, die das gepredigt

Digitized by Google

haben, im Besitze der Macht sind, wo die „Diktatur des Proletariats" Tatsache ist, wie nur jemals eine Prophezeiung zur Wirklichkeit geworden ist, — da geschieht es unter Umständen, die den stets vorausgesetzten entgegengesetzt sind. Marx hatte die Pyramide der zunehmenden Konzentration gezeichnet, in deren Spitze sich schließlich die völlige Vereinigung in einer Hand vollziehen sollte. Die Marxisten hatten in einem Zeitalter blühender Geschäftserfolge diese Konzentration in immer weniger Händen als eine Entwicklung zu steigenden und immer sicherer werdenden Gewinnen erlebt, so daß sie mit Augen zu sehen glaubten, wie der Riesenbetrieb und das Riesensyndikat ihre besten Schrittmacher seien. Jetzt ist der Tag der Erfüllung da. Aber die Industrie, an der sich etwas erfüllen soll, ist nicht da. „Das Schicksal gewährt uns unsere Wünsche, aber auf seine Weise!"

Das ist der Grund der Zuckungen, die wir in diesen Tagen durch die sozialdemokratischen Parteien gehen sehen. Die Revolution, die aus einem monarchischen Staatswesen eine Republik machte, vollzog sich kampflos. Die Revolution, die sich gegen die Führer der sozialdemokratischen Partei richtet, arbeitet mit Panzerautos und Maschinengewehren und muß mit Bombardements bezwungen werden. Nicht nur, daß in der Partei der Unabhängigen sich ähnliche Bewegungen zeigen, so daß deren Führer zeitweise nicht mehr Stellung zu nehmen wissen; auch im Spartakusbund sind die Führer der Masse nicht schnell und entschieden genug. In den Gewerkschaften vollends geschieht, was geschieht, nur noch gegen, im besten Falle ohne die Führer; die Arbeitseinstellungen sind „wilde" Streiks. Die Massen fühlen sich verraten, weil die „Diktatur des Proletariats" da ist und zu nichts von alledem gebraucht wird, wozu sie so oft und so lange geweissagt wurde.

In diesem Gegensatz ist nur eines wunderbar: daß innerhalb der beiden sozialdemokratischen Parteien die volkswirtschaftlich geschulten Kräfte sich die Ruhe des Blicks bewahrt haben und sehen, daß Deutschland in dieser Lage in seiner Industrie nicht eine Umwandlung vornehmen kann, die die ohnedies vorhandenen Gefahren der deutschen Volkswirtschaft ins Ungemessene vergrößern würde.

Vielleicht hat jene Schwierigkeit es bewirkt, daß die ausgegebene Parole die unbestimmte und vieldeutige Form der „Sozialisierung der Betriebe" annahm. Deutschland muß jetzt und in nächster Zukunft alle seine Kräfte anspannen, um seine Produktivität so hoch wie möglich zu steigern. Jede vorgeschlagene Änderung muß darauf hin geprüft werden: wird die Güterproduktion dadurch vermehrt oder vermindert? Es mag Industriezweige geben, in denen Egalisierung, Normalisierung, Einführung von Einheitstypen, durch die Verstaatlichung gefördert werden und sich als Kraftersparnisse bewähren. Ob aber nicht die Verstaatlichung, in weiterem Umfange durchgeführt, die Kraft, die in der Initiative

Digitized by Google

des Individuums liegt, dem Volkswirtschaftskörper gerade in dem Augenblick entzieht, in dem er sie am nötigsten braucht, das ist eine Frage, die kein Volkswirt ohne bange Besorgnis erwägen kann. Der Gegensatz ist klar: *Die Massen sehen nur, daß der geweissagte Zeitpunkt für die Verstaatlichung gekommen ist; die Volkswirte halten diesen Zeitpunkt für den denkbar ungeeignetsten.* Politisch sprach sich dies in dem Kampfe um die Nationalversammlung aus: dort das Verlangen, die Sozialisierung perfekt zu machen, solange noch die Diktatur des Proletariats dauert; hier die Überzeugung, daß die Sozialisierung, wenn überhaupt, so nur unter sachkundiger Mitwirkung aller Beteiligten ins Werk zu setzen ist, wie sie eine freie gewählte verfassunggebende Versammlung bietet.

Es gibt wohl manchen, der unter diesen Umständen wünscht, daß dieser Kelch an uns vorübergehen möge. Wird dieser Wunsch uns nicht etwa durch Schicksalsschläge von einer Härte erfüllt, die schlimmer ist als das, was sie verhüten könnten, so müssen wir ihn glatt als unerfüllbar ansehen. *Die Sozialisierung kommt.* Wir alle haben ein Interesse, daß die Auswahl der Betriebe, die als „sozialisierungsreif" abgestempelt werden sollen, tunlichst sachgemäß erfolgt. Was dazu Genaueres zu sagen ist, darüber sollen demnächst an dieser Stelle erfahrene Kenner des gewerblichen Lebens sich aussprechen.

Brief an die „Deutsche Politik"

Was brachte uns die Revolution, was muß sie uns noch bringen?

Was soll überhaupt eine Revolution, was bezweckt sie? Sie soll das bestehende Schlechte durch etwas Besseres ersetzen. Sie kommt dann zum Ausbruch, wenn ihre Ziele auf gesetzmäßigem Wege, in allmählicher Entwicklung nicht zu erreichen sind, oder wenn es so den Anschein hat. Es hat heute keinen Zweck, sich zu überlegen, ob sich die Ziele der Revolution nicht ohne Gewalt hätten erreichen lassen. Jetzt kommt es nur darauf an, sich die Fragen vorzulegen: „Was brachte uns die Revolution, und was muß sie uns noch bringen?" Die erste dieser beiden Fragen hängt eng zusammen mit der Frage: „Wie entstand die Revolution?"

Gewiß hat bei ihrem Entstehen feindliche Hetze und Propaganda eine große Rolle gespielt, aber der wesentliche Grund für ihren großen und schnellen Erfolg war doch die Tatsache, daß im deutschen Volke der Boden für diese feindliche Saat im Laufe des Krieges langsam aber sicher reif geworden war. Ohne tiefere Gründe und auf leere Schlagworte hin macht kein Volk Revolution, besonders das deutsche nicht! Das Volk war durch die lange Blockade zermürbt, es hungerte und darbte und mußte bei vielen einem Luxus und einer Schlemmerei zusehen,

Digitized by Google

schlimmer als in Friedenszeiten. Das Volk war erbittert über den ungeheuren Einfluß der Alldeutschen, über den Militarismus, an dem doch etwas ist, über die Zensur, über die Verweigerung des gleichen Wahlrechts (denn darauf kommt schließlich die ewige Verzögerung hinaus) und über die riesige Überschätzung des Geldes und des Namens. Mit all diesen Mißständen hat nun allerdings die Revolution zum Glück gehörig aufgeräumt. Aber sie hat auch ihr Schuldkonto und zwar aus folgenden Gründen. Wird eine solche Umwälzung vom ganzen Volke ins Werk gesetzt, so ist ohne weiteres klar, daß sich alle Volksteile, alle Parteien und Klassen an der Neugestaltung des Staates beteiligen, und daß so die Revolution ganz von selbst dem gesamten Volke eine Besserung der Verhältnisse bringt. Geht aber die Revolution von einer Partei aus, wie in Deutschland, so liegt eine einseitige Entwicklung nicht nur nahe, sondern sie ist ganz natürlich. Es müssen Fehler und Ungerechtigkeiten zunächst vorkommen, und es kommt nur darauf an, daß sich die ursprünglich nicht revolutionierenden Volksteile im richtigen Moment an der Umwälzung beteiligen und daß das ganze Volk in gemeinsamem Handeln sich sein neues Heim zimmert. Also die Revolution hat auch ihr Schuldkonto. Sie macht uns in dem Augenblick, wo über unsere Zukunft für lange Zeit entschieden werden soll, wehrlos unseren beutegierigen, haßerfüllten Feinden gegenüber. Wir sind ohnmächtig, die Feinde können mit uns machen, was sie wollen. Selbst der begeistertste Pazifist muß doch zugeben, daß wir noch nicht wissen, ob Wilson seine Grundsätze vom Frieden der Gerechtigkeit und seine Völkerbundpläne auch wird durchsetzen können. In den ersten Revolutionstagen sind Plünderungen großer Depots vorgekommen, infolge des Zusammenbruchs der Etappe sind ungeheure, für das deutsche Volk unersetzliche Werte in Feindeshand gefallen, in den Industriegebieten werden verbrecherische Streiks angezettelt. Aus all diesen Gründen und noch vielen anderen, die zum Teil auch noch mit der Revolution zusammenhängen, ist die Lage unserer Volksernährung, unserer ganzen Volkswirtschaft außerordentlich ernst. Das Treiben der Spartakus-Leute rückt die Gefahr eines Bürgerkrieges nahe, und die ganze „Berliner Wirtschaft" blamiert uns nicht nur unsterblich vor der ganzen Welt, sondern droht auch noch das Reich auseinanderzusprengen. Aber all dieses, was uns die Revolution an üblem und Bedenklichem gebracht hat, kann noch zum Guten gewendet werden, und hier kommen wir zu der zweiten und wichtigeren Frage: „Was hat uns die Revolution noch zu bringen?"

Sie muß dem deutschen Volke die wahre Freiheit bringen, die Möglichkeit für jeden einzelnen, über die Gestaltung seines Vaterlandes mitzubestimmen; alle müssen sich mit ganzer Kraft und heller Freude an dem großen Umbau beteiligen können. Die Errungenschaften der Revolution müssen in einer für die Gesamtheit nutzbringenden Weise ausgebaut werden. Von dieser Freiheit des deut-

Digitized by Google

schen Volkes war bei den Sozialdemokraten ja wohl manchmal die Rede, aber in der Erledigung der Frage, was die Revolution dem deutschen Volke außerdem zu bringen hat, haben sie sich wenig mit Ruhm bedeckt. Die anderen Parteien waren darin übrigens nicht viel besser. Es handelt sich um die Einheit des deutschen Volkes. Denn wir haben sie noch nicht! Es gilt nicht nur, das bisherige Kleindeutschland allen partikularistischen Regungen zum Trotz zu erhalten. O nein! In Deutschösterreich sind die Augen von Millionen von Deutschen auf uns gerichtet, und wir sollten diese Millionen nicht mit offenen Armen empfangen? Wie begrüßt Frankreich die Rückkehr Elsaß-Lothringens und wie gleichgültig ist die Masse des deutschen Volkes in dieser Frage seiner Einheit!! Wo ist im deutschen Volke das nachdrückliche, freudige, begeisterte Eintreten für Deutschösterreichs Anschluß an uns? Es ist traurig und ein Armutszeugnis für uns alle, daß es fehlt! Hier muß ein großes Versäumnis der Revolution rasch nachgeholt werden. Das ist, ebenso wie die Erringung der wahren Freiheit, nur möglich durch eine möglichst sofortige Nationalversammlung. Erst wenn die Revolution uns dieses bringt, die Freiheit und Einheit des deutschen Volkes, dann, aber auch nur dann kann nicht nur jeder Deutsche sich mit ihr „abfinden", wie es jetzt noch sehr häufig der Fall ist, sondern das ganze deutsche Volk kann sich dann mit voller Kraft und hoher Begeisterung der neuen Ära zuwenden.

Ein deutscher Student.

Notizen

Die Wahlen in England. Lloyd Georges Koalition hat von den 700 Sitzen im englischen Parlament 470 erobert. Das war nur möglich, weil in England bekanntlich keine Stichwahlen existieren, sondern die relative Majorität schon genügt. Die Oppositionsparteien, die in Liberale, Arbeiterpartei, Unabhängige, Sinn Feiners, Irische Nationalisten zerfallen sind, vereinigten nur zu oft die Majorität der Stimmen auf sich, trotzdem ging aber der Anhänger Lloyd Georges mit relativer Mehrheit aus den Wahlen hervor. Nach der „Morning-Post" haben 10,7 Millionen Menschen an den Wahlen teilgenommen. Hiervon fielen auf die Koalition von Lloyd George 5,1 Millionen Stimmen, während die Opposition insgesamt 5,0 Millionen Stimmen erhielt. Wenn in England nach dem Proportionalsystem abgestimmt worden wäre, so würde sich das Bild völlig verschoben haben:

Partei	Mill. Steuern	Mehrh.-Wahlen	Proport.-Wahlen
Unabhängige und irische Unionisten	0,5	39	48
Koalition	5,1	472	338
Liberale	1,2	38	83
Arbeiterpartei	2,4	65	161
Unabhängige	0,5	6	38
Sinn Feiners	0,4	71	35
Irische Nationalisten	0,2	7	15

Digitized by Google

Wie man aus dieser Tabelle ersieht, würde Lloyd George, ohne die Unionisten mit ihren 39 Sitzen, die rechts von seiner Koalition stehen, nur eine Majorität von 8 Stimmen besitzen, während er jetzt über 472 Plätze verfügt, (ganz abgesehen von den 39 Mandaten der Irischen Unionisten) während die Opposition nur 196 Plätze inne hat.

Neuerscheinungen

Heinrich Friedjung, das Zeitalter des Imperialismus, 1884—1914. Erster Band. Erstes bis dreißigstes Tausend. Verlag Neufeld und Hanius-Berlin, 1919. 464 Seiten.

Friedjungs Arbeit ist zur Fortsetzung der Schlosserschen Weltgeschichte bestimmt; bis zum Erscheinen der in Vorbereitung befindlichen Neuauflage des großen Werks steht sie selbständig. Der erste Band reicht bis zum Schluß des russisch-japanischen Krieges 1905. Das Buch ist technisch sehr gut und flüssig geschrieben, mit klarer Hervorhebung der Zusammenhänge und der entscheidenden Punkte in der Entwicklung. Das Urteil über die deutsche Politik ist mehrfach streng, aber nicht ungerecht. So heißt es nach dem Krügertelegramm, in der Politik gegenüber Österreich-Ungarn, Italien und Rumänien hätten zwar die von Bismarck eingerammten Pfähle die Richtung gegeben: „Wo aber ohne dessen großes Vorbild in den täglich sich aufdrängenden Sorgen der Weltpolitik selbständige Entschlüsse zu fassen waren, versagte die deutsche Staatskunst." Die Schwankungen und die dadurch bedingte Erschütterung des Vertrauens in die deutsche Politik werden charakterisiert und getadelt. Die Anregung Chamberlains zu einem englisch-deutschen Bündnis 1900/01 sind kurz aber in den Hauptpunkten richtig berührt: Angebot der Teilung Marokkos in ein deutsches und englisches Interessengebiet, was jetzt eben durch die neueste Hammannsche Veröffentlichung im Einzelnen bestätigt wird; außerdem Charakterisierung der Lage dahin, daß es darauf ankam, ob die deutsche Regierung der Anregung entgegenkommen wollte oder nicht. „Unterließ sie es, so mußte das britische Kabinett die Sache auf sich beruhen lassen." In jedem Kapitel spürt man den bedeutendsten Historiker Österreichs. Wir hoffen auf baldiges Erscheinen des zweiten Bandes (er ist für dieses Jahr versprochen) und empfehlen bis dahin den ersten aufs wärmste unseren Lesern.

Zur gefälligen Beachtung!

Diesem Heft ist ein Prospekt der **Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart und Berlin** über die „Politische Bücherei" beigeheftet, den wir der besonderen Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Reiße, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a I. Für Anzeigen F. W. Piel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Österreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.70, übriges Ausland M. 8.—. Einzelnummer 50 Pfg. / Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 48.

Digitized by Google

4. Jahrgang * 31. Januar 1919 * Heft 5

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Die Franzosen wollen den Waffenstillstand offenbar ausnutzen, Deutschlands Gesundung unmöglich zu machen — sie verzögern deshalb alle Möglichkeiten, zu einem Vorfrieden zu kommen. In den Waffenstillstand werden von Monat zu Monat neue Gewaltmaßnahmen eingepackt, gegen die wir Proteste abgeben, die aber dann von uns angenommen werden. Ist nicht der Zeitpunkt da, wo dieses Verfahren beendigt werden muß? Indem wir uns allen Demütigungen Fochs unterwerfen, befreien wir die Entente von der inneren Erörterung: was soll geschehen, wenn die deutsche Regierung sagt, daß sie die weitere Verhandlung ablehnt. Wird sie marschieren? Sie hat viele Gründe, es nicht zu tun. Es ist Gefahr in Verzug, daß die Zugeständnisse, die wir bei den Wiederholungen des Waffenstillstands getan haben, beim Frieden uns zu Fesseln werden.

*

Die politische Aufgabe der Nationalversammlung heißt: Macht hinter die Regierung stellen, die wirtschaftliche: Beseitigung der wilden Streiks. Seit durch Fortfall der Kriegskredite der politische Gegensatz der beiden sozialdemokratischen Fraktionen hinfällig geworden ist, beginnt sich zwischen ihnen in wirtschaftlicher Beziehung eine unüberbrückbare Kluft aufzutun. Die Mehrheitssozialisten sind nach wie vor Anhänger der Gewerkschaften, die Unabhängigen dagegen bilden sich immer mehr zu Vertretern des Syndikalismus aus. Für erstere ist der Streik eine wirtschaftliche Waffe zur Hebung des Lebenszuschnittes der Arbeiter, wobei die Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Industrie die natürliche Grenze ihrer Forderungen bildet, für letztere dagegen ist er zu einer politischen Waffe zum „Vorwärtstreiben der Revolution" mit der

Digitized by Google

Losung „je toller desto besser" geworden. Gelingt es nicht in letzter Stunde noch die Epidemie der wilden Streiks erfolgreich zu bekämpfen, so ist Deutschlands staatliches Leben ruiniert, selbst wenn es der Nationalversammlung gelänge, politisch wieder die Verhältnisse in regelrechten Gang zu bringen.

*

Macht muß etwas sehr Süßes sein, besonders in den Händen des Literaten. Kurt Eisner hat von Sonntag zu Sonntag erfahren, daß das Bayerische Volk ihn völlig ablehnt; er will aber nicht darauf verzichten, seine Beglückerrolle weiterzuspielen und gerät nun auf die schiefe Ebene, aus Volksschmeichlertum eine unsachliche, partikularistische Politik zu betreiben. Wann machen denn die Auer und Heim von ihrem freistaatlich bayerischen Selbstbestimmungsrecht Gebrauch und setzen diesen Dilettanten von Diktator an die Luft. Denn daß er sich zurückziehe, erlaubt ihm seine Bescheidenheit nicht.

*

Daß die bürgerliche Demokratie die „Vorfrucht der Sozialdemokratie" sei — dies Wort Bismarcks gehört zum eisernen Bestand aller Wahlagitation. Darf es nach den Wahlen zur Nationalversammlung noch gebraucht werden? Blickt man auf die Bewegung der Wählerstimmen, so wird dies deutlich: nicht die Städte, sondern das platte Land hat der Sozialdemokratie den großen Stimmenzuwachs gebracht. Das ist nicht nur eine Landarbeiterbewegung gegen den Gutshof, sondern beim Kleinbauerntum die Auswirkung der agrarischen Klassenkampfagitation des „Bundes der Landwirte". Ein paar Jahrzehnte hat der mit materialistischem Geist Wind gesät, jetzt kommt die Ernte des sozialistischen Sturmes.

*

Die Entente hat ihre kriegerische Frontstellung gegen den Bolschewismus abgebaut. Zusammen mit den übrigen auf dem russischen Territorium entstehenden Staatswesen ist auch die Räterepublik auf die Prinzen-Inseln im Marmarameer zu einem Stelldichein geladen worden. Selbst Frankreich scheint diesem Plan nicht mehr absoluten Widerstand entgegen zu setzen, seitdem die bolschewistische Regierung die Möglichkeit durchblicken ließ, bei den französischen Milliarden von ihrem Prinzip der Annullierung aller Schulden abzusehen. Bei diesen Verhandlungen kann um so leichter eine Anerkenntnis der Ukraine herausspringen, als bekanntlich die dortige Regierung bereit ist, den auf sie entfallenden Teil der russischen Schulden zu tilgen, wenn ihr dafür die politische Selbständigkeit zugebilligt würde.

Digitized by Google

Die Wahl zur Nationalversammlung

Von Dr. Theodor Heuß

Der entscheidende Unterschied dieser Wahl und der Wahlbewegung zu allen früheren ist dies, daß Parteien und nicht Personen gewählt wurden. Die breite Masse der Wählerschaft, die ehedem in Wahlkreisverbänden noch Einfluß besaß auf die Nominierung der Kandidaten, und die in Wählerversammlungen mit den paar Kandidaten in Gedankenaustausch treten konnte, ist in den Hintergrund gedrängt; bei den Parteizentralen liegt die Auswahl derer, die sie in der Volksvertretung wünschen, und der Bewerber kann bei der Ausdehnung der Bezirke nur in ein paar größeren Plätzen sprechen. Die Wahlarbeit auf dem platten Land muß von freiwilligen oder bezahlten Kräften geleistet werden, ohne daß der Kandidat mitwirkt. Die Wähler lernen eine Partei zu wählen. Diese Versachlichung des Wahlgeschäfts ist ein Gewinn, denn sie befreit die Politik von den örtlichen Rücksichten, von der Kirchturmsperspektive, die Entpersönlichung ist aber auch ein Verlust, denn sie zerreißt die beiden Teilen erzieherisch wertvollen Bindungen zwischen Wähler und Gewählten.

Wie ist die Wirkung des Wahlverfahrens auf die qualitative Zusammensetzung des Parlaments? Wer die Leistungsfähigkeit einer Volksvertretung nicht nur nach der Arithmetik der Fraktionsziffern berechnet, sondern nach der geistigen Energie und Schöpferkraft, die innerhalb der einzelnen Fraktionen sich durchsetzt, wird hier zu einiger Skepsis gezwungen sein. Theoretisch gewährt zwar die Verhältniswahl allen Parteien die Möglichkeit, die Wahl ihrer besten Köpfe zu sichern und auch solche Leute zu entsenden, denen die besonderen Kandidateneigenschaften, Beredsamkeit, volkstümliche Art, Berufsverbindungen usw. fehlen. Aber die Praxis verfährt nicht immer nach diesem Rezept. Wenn man die Zusammensetzung der Nationalversammlung durchliest, bekommt man, ungeachtet der vielen neuen Namen, die mit das Beste sind, weil sie Überraschungen enthalten können, nicht den Eindruck, daß die Konstituante den alten Reichstag übertrifft oder daß sie gar den geistigen Charakter der Paulskirche erreicht. In allen Parteien begegnet man ein paar Köpfen, von denen man weiß, daß sie nur auf diesem Weg zur parlamentarischen Arbeit kommen konnten, aber daneben, in allen Fraktionen, die wachsende Zahl derer, die nicht so sehr durch ihre persönliche Qualifikation als durch den beruflichen Hintergrund, der Wählerstimmen anziehen sollte, in die Nationalversammlung gekommen sind. Bei der Sozialdemokratie, die eine riesige Beamtenschaft aus Partei, Gewerkschaft, Konsumvereinen, Krankenkassen usw. zur Verfügung und unterzubringen hat, ist dieser Zustand ja schon alt und er hat das geistige Niveau der Fraktion seit dem Wachstum nicht

Digitized by Google

eben stark gehoben; jetzt frißt das weiter in die anderen Parteien. Gewählt wird, neben den alten Parlamentariern, die mit den Erfahrungen der Vergangenheit das Reich unserer Kinder bauen sollen, wer durch seine Berufsstellung, sei es als Verbandssekretär oder sonstwie, ein Maximum von Stimmen aus den Kreisen der Beamten, Angestellten, Handwerker, Arbeiter u. s. f. heranbringt. Das ist eine offenbar unvermeidliche Entwicklung, wenn nicht die Nationalversammlung selber den Entschluß aufbringt, das Wahlrecht, aus dem sie geworden ist, wieder abzuändern, indem sie zu einer Mischung von Bezirks- und Proporzwahlen kommt. Diese Frage bleibt offen. Man wird aber nicht an der Tatsache vorbeigehen können, daß heute schon das verfassunggebende Parlament, das mit Berufsfragen nichts zu tun hat, mit berufsständischen Vertretungen durchsetzt ist. Hoffentlich leidet darunter das Verfassungswerk selber nicht allzusehr.

Die Hoffnung der einen, die Furcht der anderen, daß die Nationalversammlung eine sozialistische Mehrheit bringen werde, ist nicht eingetreten. Man kann sagen, daß die Spartakistentumulte in den Städten die Stimmen der rechtsstehenden Kreise über Erwarten in die Höhe trieben, daß aber dann umgekehrt das Ende von Liebknecht und Rosa Luxemburg in Berlin und Sachsen den Unabhängigen, die sonst schlecht genug abgeschnitten haben, auf Kosten der Mehrheitssozialisten Stimmen zuführten. Beobachtet man einzelne Landesteile nach ihrer Parteiverteilung, so kann man sehen, das viel Kleinbauerntum von dem agrarischen Klassenkampf des Bundes der Landwirte seit Jahrzehnten seelisch dazu vorbereitet, unmittelbar ins rote Lager abschwenkten, auch in bisher geschlossen katholischen Bauerngegenden — vor allem haben sich viele Soldaten, denen es schwer fallen würde, sozusagen eine sozialistische Weltanschauung zu vertreten, mit dem roten Stimmzettel für das Ungemach in Feld und Kaserne gerächt.

Die erste Aufgabe der Nationalversammlung wird sein, bevor sie das Verfassungswerk in die Hand nimmt, eine neue Regierung zu schaffen; es bleibt ihr natürlich auch der Weg, die gegenwärtigen „Volksbeauftragten" zu bestätigen, wodurch deren Mandat von dem Zentralrat der A.- u. S.-Räte abgelöst würde. Wie liegen die Mehrheitsverhältnisse? Die „alte" Sozialdemokratie mit 163 Mandaten, ist die bei weitem stärkste Partei, aber auch mit den „Unabhängigen" reicht es zu keiner Mehrheit. Daß sie die Zusammenarbeit mit der Linksgruppe suche oder annehme, ist aber nach den Dezembererfahrungen nicht wahrscheinlich, wenn auch die Versöhnungstendenzen in beiden Gruppen nicht völlig versandet sind — heute steht ja vor allem noch das ungelöste Problem Eichhorn zwischen ihnen. — Dieser verflossene Berliner Polizeipräsident und amtliche Putschist wird durch einen Steckbrief verfolgt, ist aber zugleich in die Nationalversammlung gewählt.

Digitized by Google

Es bleibt also nur das Zusammenwirken mit der Deutschen Demokratischen Partei, die mit über fünfeinhalb Millionen Stimmen die zweitstärkste politische Bewegung geworden ist — an der Stelle des alten Zentrums stehen in ähnlicher Stärke verschiedene partikularistisch abgetönte Gruppen, deren einheitliche Politik noch nicht gesichert ist. Die „Deutsche Demokratie" hat durch ihre Lage eine große Macht, aber auch eine große Verantwortung. Es wird ihre vaterländische Pflicht sein, bei der Herstellung einer vor allem auch nach außen aktionsfähigen Regierung mitzuhelfen, auf der anderen Seite soll sie ihre Unentbehrlichkeit zu bestimmten Reformen im Innern ausnutzen. Denn sie kann unmöglich mit ihrem Namen die fast fahrlässige Gleichgültigkeit decken, mit der die derzeitige Regierung den zwangsläufigen Ruin unserer Arbeitsverhältnisse duldete. Man soll doch nicht so tun, als ob die Niederwerfung der Spartakistenumtriebe, die nicht Ebert-Scheidemann, sondern der durchgreifenden Energie von Noske zu danken ist, ein Befähigungsnachweis der mehrheitssozialistischen Entschlußkraft sei. Weit gefährlicher als diese Tumulte, die sich vermutlich wiederholen werden, ist die Tatsache, daß heute in Deutschlands Großstädten Arbeitslosigkeit zum Staatsrentnertum wird, wohin sich auch viele Soldaten zurückziehen, weil die Zahlungen ein halbwegs erträgliches Dasein ohne Arbeit gestatten. Währenddem brauchen die Bergwerke, die Zuckerindustrie, die Landwirtschaft Hunderttausende von Händen, die Deutschland durch Arbeit aus der Not der nächsten Monate retten sollen. Dieses Problem anzupacken, ist höchst unpopulär, zumal unverschuldete Erwerbslosigkeit unselig genug ist. Aber Sentimentalität entbindet heute die Regierung nicht von der Pflicht zum Mut, und die „Deutsche Demokratie" muß von den Mehrheitssozialisten verlangen, daß sie diesem Problem, Erneuerung der Arbeitsmoral, nicht ausweichen, indem sie auf den Krieg und seine verwüstenden Folgen schimpfen.

Offen bleibt die Frage, ob und wie weit das Zentrum an einer Regierungsbildung beteiligt sein will und wird. Wahrscheinlich steckt die Partei selber voll verschiedener Strebungen. Von Erzberger darf nach seiner Haltung angenommen werden, daß er versuchen wird, trotzdem er jetzt als Vertreter für die Friedensverhandlungen fallen gelassen wurde, in einer Regierungskombination beteiligt zu bleiben. Andererseits ist an den kirchlichen Fragen teilweise eine Verschärfung des Gegensatzes zwischen der klerikalen und der sozialistischen Partei eingetreten. Das Zentrum wird sich aber, zumal es sich seines feudalen Flügels ziemlich entledigt hat, hüten, mit der deutschnationalen Volkspartei eine Opposition der Rechten zu bilden; denn nur durch Demokratie können sich seine Arbeiterführer gegenüber der sozialistischen Konkurrenz behaupten. Daß das Zentrum, zum erstenmal seit Jahrzehnten für parlamentarische Mehrheitsbildung entbehrlich ist, ist die neue und

Digitized by Google

für die Partei etwas ungewohnte Lage. Man wird gerade von dieser Seite eine sehr starke und vielleicht ungesunde Betonung des „föderalistischen" Gedankens beim Verfassungswerk erwarten müssen, denn das Zentrum hat im Süden, Osten und Westen aus Mangel an durchschlagenden geistigen Argumenten seine Anhänger wesentlich unter partikularistischen Zielpunkten gesammelt. Adolf Hoffmann hatte ihm für die Rheinlande, Kurt Eisner für Bayern die erwünschten Unterlagen gegeben.

Völlig unerheblich wird die Stellung der eigentlichen Rechten sein. Wohin Stresemann mit dem Anhang der Gekränkten gehen wird, ist noch unbestimmt — er hat früher immer Wert darauf gelegt, in den innerpolitischen Dingen einen scharfen Schnitt zu den Konservativen zu ziehen. Aber seine Politik des Mandatsopportunismus hat ihm die Unterlage eines festen Standpunktes geraubt. Die deutschnationale Volkspartei wird die Opposition spielen — aber man kann sich nicht recht denken, daß Männer wie Posadowsky und Clemens Delbrück, deren Rat in den Verfassungsdingen nicht ohne Gewicht sein könnte, die innere Bindung mit den Leuten eingehen, die, aus Ideenmangel, den ganzen Wahlkampf mit einem ziemlich rüden Antisemitismus gespeist haben. Der Zusammenbruch der Rechten ist die Quittung auf die preußische Wahlrechtspolitik und die illusionistische Behandlung der auswärtigen Fragen — sachlich, für eine scharfe Klärung der Verfassungsprobleme wäre eine stärkere, auch qualitativ wertvollere Vertretung in manchem sicher zum Gewinn geworden. Denn die Grundprobleme unserer künftigen Politik wären in der Reibung deutlicher zum Ausdruck gekommen.

Eine Regierung, die fähig ist, mit den Feinden in Würde und gestützt auf den Volkswillen nicht nur in ausweichender Passivität zu verhandeln, diese zu schaffen, ist das erste Werk der Nationalversammlung. Dann aber soll sie mutiger sein als der Reichstag bei seinem Ende gewesen ist und nicht ihre Arbeit in der Furcht vor der Straße beginnen. Daß man statt Berlin Weimar gewählt hat, ist die Folge der hohen Stimmenziffer, die die „Unabhängigen" in Berlin auf sich vereinigen konnten. Aber vielleicht ist diese vorzeitige Flucht aus Berlin noch nicht das letzte Wort in dieser Frage; kein Zweifel, daß die Angst vor neuen Anschlägen keine sehr eindrucksvolle Weihe der großen Arbeit ist, die auf die Versammlung wartet.

Tapfer soll sie auch sein gegen den Ansturm des Partikularismus, der sich jetzt meldet. Throne konnten in Deutschland gestürzt werden, ohne daß die Einheit des Reiches, wie man zunächst fürchten mochte, gefährdet wurde, aber die Grenzpfähle scheinen in der Seele des Volkes tiefer Wurzel geschlagen zu haben. Ehrfurcht vor der Geschichte ist etwas Schönes, soweit diese Geschichte Ehrfurcht

Digitized by Google

verdient — von der Territorialpolitik der deutschen Mittelstaaten kann man das keineswegs immer behaupten. Aber größer ist der Wille, selber mit Phantasie und Verantwortung eigener nationaler Geschichte den Weg zu bahnen. Dessen bedarf die deutsche Nationalversammlung, wenn sie sich von der Erbschaft der Jahrhunderte losreißen will und neue Fundamente unseres künftigen Staates festlegen.

Bemerkungen zum Entwurf der Reichsverfassung

Von Prof. Dr. Friedrich Meinecke

I.

Jeder politisch interessierte Deutsche kennt jetzt den Entwurf zur neuen Reichsverfassung, den der Staatssekretär Dr. Preuß der Öffentlichkeit vorgelegt hat und über den die Nationalversammlung zu beraten und zu entscheiden haben wird. Vorbereitet und begleitet muß das Werk der Nationalversammlung nun werden von einer regen und eindringlichen Mitarbeit aller politisch Denkenden, — aber auch von einer möglichst planmäßigen und gut organisierten. Ich verstehe darunter, daß wir bei der Erörterung der einzelnen Verfassungspunkte zunächst einmal die großen Haupt- und Grundfragen unseres neuen Verfassungszustandes herausheben und die feinere technische Durcharbeitung der einzelnen Bestimmungen einem weiteren Stadium der Diskussion überlassen. Zuerst gilt es, die unitas in necéssariis, die Verständigung über das Notwendigste und Wichtigste zu erreichen.

Ich halte den Preußischen Entwurf für eine durchaus benutzbare, wohl durchdachte, in vieler Hinsicht — das gilt namentlich auch von der einleitenden Denkschrift — meisterhafte Grundlage. Unabhängig von ihm schrieb ich schon Ende November v. J. meinen Aufsatz über Verfassung und Verwaltung der Deutschen Republik (im Januarheft der „Neuen Rundschau"), der sich in vielen wichtigen Punkten mit dem Preußischen Entwurfe berührt, und wiederum ganz unabhängig von uns und von einander haben Max Weber (in mehreren Aufsätzen der „Frankfurter Zeitung", Ende November und Anfang Dezember) und Erich Brandenburg in seiner Broschüre „Wie gestalten wir unsere künftige Verfassung?" in dieselbe Kerbe gehauen. So beginnt sich eine erfreuliche Übereinstimmung in einigen Grundfragen schon zu entwickeln. Dennoch muß man auf schwere und leidenschaftlich auszukämpfende Meinungsverschiedenheiten gefaßt sein.

Das gilt nun gleich schon von der Forderung, die Preuß, Batocki, ich und andere als Voraussetzung des neuen Verfassungsbaues aufgestellt haben, die preußische Staatseinheit aufzulösen und den preußischen Provinzen anheimzugeben, sich zu neuen staatlichen Gebilden von mittelstaatlicher Größe umzubilden. Ein leidenschaftlicher Widerspruch aus den verschiedensten Parteilagern hat schon

Digitized by Google

eingesetzt, und selbst die Deutsche demokratische Partei, der man am ersten eine unbefangene Würdigung unserer so gänzlich neuen Lage zutrauen sollte, hat sich auf die Erhaltung Großpreußens festgelegt. Man glaube doch nicht, daß wir leichten Herzens und mit geschichtlicher Respektlosigkeit unsere Forderung erhoben haben. Ich bin in preußischer Gesinnung, in Stolz und Liebe für meinen Heimatsstaat groß geworden, und als ich die Geschichte des preußisch-deutschen Problems und des Gedankens, Preußen zu zerstückeln, schrieb, habe ich kein Hehl daraus gemacht, daß ich ihn für die Vergangenheit und Gegenwart ablehnte und zufrieden wäre, mit einer starken Verringerung der Reibungsflächen zwischen Preußen und Deutschland. Ich wünschte im Herzensgrunde auch heute noch, daß man sich damit begnügen könnte, und ich sehe die Revolution und den Sturz der Monarchie, die mich auf andere Gedanken gebracht haben, als ein furchtbares und mindestens ebenso großes Unglück, wie unsere Niederlage im Kriege an. Aber nun gilt es, mit festem Schritte den Weg zu gehen, auf den uns das Schicksal gezwungen hat, und im Konflikte mit staatsmännischer Vernunft und ererbten Idealen und Gefühlen, den wir alle in uns auszutragen haben, stark und klar zu bleiben. Ich weiß sehr wohl, daß diese ererbten Ideale ungeheuer stark noch sind und daß sie auch von sehr realen Mächten noch gestützt werden. Der geschichtlich gewordene Einzelstaat und voran unser Preußen, diese große und heroische Schöpfung von Jahrhunderten, hat sich tief eingegraben in Denken und Fühlen und nicht zum mindesten auch in die Interessen seiner Angehörigen. Wieder wie im Jahre 1848 nach der ersten Sturzwelle der Revolution erhebt sich heute, und nicht nur in Preußen, diese Macht der einzelstaatlichen Gesinnungen. Aber diesmal ist es doch anders wie damals. Der Bruch mit der Vergangenheit geht von vornherein jetzt viel tiefer, — die Wurzel des Einzelstaates, die Dynastie, ist zerstört. Und während die übrigen Einzelstaaten, von den kleinsten abgesehen, auch in der neuen republikanischen Form ihren alten territorialen Umfang ohne Schädigung der deutschen Gesamtrepublik behalten können, ist der preußische Staatsgedanke durch den Sturz der Monarchie am schwersten und, wie ich glaube, unheilbar getroffen worden. Denn er war schon viel zu eng verbunden mit dem deutschen Reichsgedanken, um ohne ihn jetzt in republikanischer Gestalt weiterleben zu können, — wenigstens könnte er es nur zum Schaden des deutschen Reichsgedankens. Das ist der springende Punkt. Deutschland kann sich nicht gedeihlich entfalten, wenn Großpreußen bestehen bleibt.

Denn Preußen ist so groß und mächtig, daß es entweder der Führer des deutschen Bundesstaates sein muß, oder, wenn ihm dies nicht zuteil wird, der gefährlichste Rival dieses Führers werden muß. An diesem Satze kann nicht gerüttelt werden. Führer des Bundesstaates war Preußen bisher durch die Vereinigung des Kaisertums mit der preußischen Königswürde und durch alle die Rechte und

Digitized by Google

Machteinflüsse, die daraus flossen. Soll der künftige deutsche Reichspräsident etwa auch Präsident der preußischen Republik sein? Das ist undenkbar, da Preußen sich seinen Präsidenten allein wird wählen wollen und keine außerpreußischen Wählermassen über sein Staatsoberhaupt mit abstimmen lassen kann. Ebensowenig werden die nichtpreußischen Deutschen sich ihren Reichspräsidenten allein vom preußischen Volke wählen lassen wollen. Wie denkt man sich nun, das Verhältnis des preußischen Präsidenten zum Reichspräsidenten, des preußischen Parlamentes zum Reichsparlamente zu gestalten? Es kann ja unmöglich damit gut gehen. Die preußische Regierung und Volksvertretung stützen sich auf die 40 Millionen Deutschen, die innerhalb der preußischen Grenzen wohnen, die Reichsregierung und der Reichstag stützen sich auf dieselben 40 Millionen nebst 30 Millionen anderer Deutschen dazu. Aber jene 40 Millionen Deutschen stellen mit ihrer Regierung zusammen einen gewaltigen Staatskörper dar, der notwendig und organisch-gesetzlich seine eigene Individualität, seinen eigenen Willen, seine besonderen Bedürfnisse und Auffassungen hat auch in Fragen, die das ganze Reich angehen. Man trenne noch so säuberlich die Kompetenzen des Einzelstaates von denen des Reichs, man drücke noch so sehr durch das geschriebene Verfassungsrecht die Kompetenzen des Einzelstaates herunter, — aber man kann die Natur des Staates nicht mit der Gabel austreiben, und er wird immer seinen eigenen individuellen Willen haben, und um so mehr haben, je stärker er an Volks- und Wirtschaftskraft ist, und er wird wider den Stachel löcken, wenn ihm die Reichsgesetzgebung einmal nicht gefällt, wenn die Reichstagsmehrheit einmal taub ist für preußische Wünsche. Wir kannten schon bisher im reichen Maße diese Reibungen zwischen preußischem Interesse und Reichsinteresse und litten schwer darunter. Aber diese Reibungen konnten doch bis zu einem gewissen Grade immer dadurch ausgeglichen werden, daß eine gemeinsame Spitze über Preußen und dem Reiche da war und daß ein persönlicher Kontakt zwischen dem preußischen Staatsministerium und den Chefs der Reichsämter durch Berufung eines Teils derselben in das preußische Staatsministerium hergestellt wurde. Diese Verzahnungen der Räderwerke ineinander fallen jetzt weg, und wenn sie sich jetzt miteinander berühren, müssen sie sich stören und hemmen.

Man wird nun einwenden, daß die bisherigen Reibungen zwischen Preußen und dem Reiche wesentlich daher kamen, daß Preußen mit seinem Dreiklassenwahlrecht und seiner konservativ-engherzigen Verwaltung und das Reich mit seinem demokratischen Wahlrecht und seinen freieren und weiteren Bedürfnissen Kinder zu verschiedenen Geistes gewesen seien, um sich miteinander vertragen zu können; fortan aber werde der preußische Staatswille und der deutsche Reichswille genau auf der gleichen demokratischen Grundlage erwachsen, und die Stärkeverhältnisse der Parteien werden in der preußischen und der deutschen

Digitized by Google

Volksvertretung ungefähr die gleichen sein. Darauf ist erstlich zu antworten, daß diese Voraussetzung keineswegs sicher ist. Norddeutschland ist stärker industrialisiert als Süddeutschland. Einst wetterte Treitschke über die demokratische Zuchtlosigkeit der Süddeutschen. Demokratisch sind sie auch heute noch gestimmt, aber der „zuchtlose" Süden hat jetzt durch seine Wahlen zur deutschen Nationalversammlung sehr wesentlich dazu beigetragen, uns vor einer ausgesprochenen sozialistischen Gesamtmehrheit zu bewahren. Und es ist doch sehr bezeichnend und sollte zum Nachdenken veranlassen, daß die „Freiheit", das Organ der Unabhängigen, eine Zerstückelung Preußens jetzt nicht wünscht. Ein konservatives Preußen hätten sie ohne Zweifel mit Wonne zerstückeln lassen, aber von den künftigen preußischen Volksvertretungen erhoffen sie sich Dinge, die von den künftigen deutschen Volksvertretungen nicht so leicht zu erreichen sein werden. Wir dürfen uns in Zukunft weder eine rein bürgerliche, noch eine rein sozialistische Majoritätsherrschaft wünschen. Die Versuchung zum Mißbrauch der Macht, die Gefahr der Verschärfung des Klassenkampfes, der Verewigung des Bürgerkrieges wäre dann zu groß. Wir können nur dann zum sozialen Frieden kommen, wenn sowohl für die reformwilligen bürgerlichen Parteien wie für die gemäßigten Sozialisten ein Zwang zum Kompromiß, zu einer vernünftigen und besonnenen Arbeitsgemeinschaft besteht. Eine Volksvertretung Großpreußens, die radikaler zusammengesetzt wäre als die Deutschlands, würde, — genau wie das einst schon im Jahre 1848 geschehen ist, — zum Störenfriede werden. Schon damals konnte man es erleben, daß der Radikalismus mit dem Partikularismus eine vergnügte Ehe einging, wenn er damit ein Stück Weges vorwärts zu kommen hoffte. Unsere deutschen Einzelstaaten sind ja überhaupt nur alte feste Gehäuse, in die jetzt die neuen Inhaber der Macht hineinschlüpfen; nun machen sie es sich wohnlich in ihnen und denken gar nicht daran, sie niederzulegen. Kurt Eisners groteskes Bajuvarentum ist für den geschichtlich Denkenden gar nicht so erstaunlich. Es geht eben ein gewaltig zwingender Bann von diesen alten Staatspersönlichkeiten aus; die Erben ihrer Macht werden auch die Erben ihrer Traditionen um immanenten Interessen. Die jakobinischen Konventskommissare setzten die Funktion der monarchischen Intendanten fort. Die äußere Form des Dreiklassenparlaments ist zerbrochen, — aber der Berliner Vollzugsrat der ersten Revolutionswochen war nichts anderes als ein Dreiklassenparlament mit umgekehrten Vorzeichen.

Ich leugne also gar nicht, daß es ein hartes Stück Arbeit wäre, das aus Quadern gefügte Staatsgebäude Preußens niederzulegen. Ich verkenne auch nicht das Gewicht der Gründe, die von den preußischen Verwaltungsbeamten dagegen erhoben werden. Eine Masse positiver Kulturaufgaben und gerade heute dringender Arbeiten würde gestört werden, wenn man vom Fleck weg heute Preußen

Digitized by Google

zerteilen wollte. Das braucht ja aber auch nicht sofort zu geschehen. Man könnte eine lange Übergangszeit in Aussicht nehmen, eine Reihe von Zweckverbänden organisieren und allmählich die Einheit abbauen. Die administrative und technische Einheit könnte also noch lange erhalten bleiben, — aber die politische Einheit, die Möglichkeit, daß ein besonderer preußischer Staatswille den allgemeinen deutschen Reichs- und Volkswillen stört, müßte jetzt schon zerbrochen werden, Palliativmittel helfen da nicht viel. Ein solches milderes Mittel hat schon der Preuß'sche Entwurf in Aussicht genommen, indem er in § 33 bestimmt: „Kein deutscher Freistaat darf durch mehr als ein Drittel aller Abgeordneten im Staatenhause vertreten sein." Danach wäre Großpreußen, wenn es mit seiner $^4/_7$ gesamtdeutschen Bevölkerung bestehen bliebe, im Staatenhause ganz unverhältnismäßig schwach und schlecht vertreten. Würde es aber nach Verhältnis seiner Bevölkerung in ihm vertreten werden, so würde es wieder einen ganz unverhältnismäßigen und den übrigen Freistaaten sehr unbequem werdenden Einfluß auf die Entscheidungen des Staatenhauses und damit auch der ganzen Legislative in die Hand bekommen. Ein echter Bundesstaat, in dem kein Einzelglied übermäßig dominiert, ist eben nicht möglich, solange Großpreußen als politische Einheit auch weiterhin besteht. Im vorliegenden Falle könnte man sich jetzt schon etwa dadurch helfen, daß die preußischen Abgeordneten zum Staatenhause nicht, wie in den übrigen Freistaaten, von der Gesamtvertretung des Staates, sondern von den Landtagen der einzelnen Provinzen oder von Komplexen mehrerer Provinzen zu wählen wären. Das wäre ein erster wichtiger Anfang zur Lockerung der politischen Einheit Großpreußens. Ein weiterer Schritt würde sein, die Landesvertretung Großpreußens umzubauen, sie gewissermaßen zu entpolitisieren und zu kommunalisieren. Das würde geschehen, wenn man ihre Mitgliederzahl verringerte und sie nicht aus direkten Volkswahlen, sondern aus Delegationen der vom Volke zu wählenden Provinziallandtage hervorgehen ließe.

Und noch eines. Der Anschluß Österreichs an Deutschland würde sehr erleichtert werden, wenn unsere Forderung verwirklicht würde. Ein Großpreußen drückt, nicht nur politisch, sondern auch kulturell zu stark auf Wien und das österreichische Deutschtum. Friedrich Wilhelm Förster hat kürzlich mit verstiegener, aber nicht geistloser Ideologie gemeint, daß Deutsch-Österreich durch Anschluß an Deutschland seinen eigentümlichen wertvollen Charakter verlieren und aufhören würde, „Empfangssalon für aufstehende Südostvölker" zu sein; die „altösterreichische Kulturwürde" werde dann dem „Arbeitskultus des Nordens" weichen. Nun, die Eigenart süddeutscher Kultur zeigt ja genügend, daß die Gefahr, durch den norddeutschen Geist nivelliert zu werden, noch nicht so groß ist. Und der ganze Förstersche Gedanke, einen deutschen Volksstamm, der zu uns hinstrebt, mit Gewalt in der Umklammerung durch die slawische Welt zurückzuhalten, ist ein Attentat gegen

Digitized by Google

das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Aber ohne Zweifel würde das österreichische Deutschtum innerhalb Deutschlands freier atmen und Wien würde leichter gegen Berlin ankommen, wenn Großpreußen verschwinden oder doch stark aufgelockert würde. Jede gesamtdeutsche Entscheidung, die eine großpreußische Farbe trüge, würde in Zukunft die politische Verschmelzung Deutsch-Österreichs mit Deutschland erschweren.

Es würde einen tiefen weltgeschichtlichen Sinn haben, wenn Altpreußen und Altösterreich, diese einst fast gleichzeitig in Europa emporgekommenen Großmächte, nachdem sie durch zwei Jahrhunderte feindlich-freundlich nebeneinander gelebt und durch eine geheime Relation aufeinander angewiesen waren, nun auch gleichzeitig ihre alten Schalen zerbrächen und unter dem höheren Zeichen des allgemeinen Deutschtums, dem sie in gebrochener Weise schon immer dienten, ihre deutschen Inhalte miteinander vereinigten. Die ostdeutsche Kolonisierung des Mittelalters würde dann ihr letztes Ziel erreichen und Muttervolk und Kolonialvolk harmonisch zusammenfassen.

Auflösung Preußens und Vereinigung Deutsch-Österreichs mit Deutschland, das sind die beiden großen geschichtlichen Tendenzen, die sich nach dem Zusammenbruch unserer bisherigen nationalen Formen mit innerster Notwendigkeit erheben müßten, um eine neue, der Zukunft gewachsene nationale Form zu schaffen. Ich wage nicht zu behaupten und zu hoffen, daß sie schon jetzt zum vollen Siege kommen, denn in den alten zusammengebrochenen Formen ist hüben und drüben noch so viel Leben übriggeblieben, daß sie noch lange den Gang der Entwicklung retardieren können. In Zeiten der Katastrophe wie heute verlaufen die Dinge zu rasch, als daß das menschliche Verständnis ihnen sofort nachzukommen vermag. Falsch verstandene Pietät und Tradition können vielleicht noch einmal obsiegen. Die Erhaltung Großpreußens, die sie erzwingen könnten, würde nur dann einmal von dem Urteile der Geschichte gerechtfertigt werden, wenn eine monarchische Restauration möglich wäre. Aber mag unser altpreußisches Herz sie noch so sehr wünschen, Vernunft und Einsicht, historische wie politische Einsicht müssen auf sie verzichten. Wertvolle altpreußische Erinnerungen und Eigenschaften können auch weiter bodenständig gepflegt werden, wenn, wie ich vorgeschlagen habe, die altpreußischen Stammlande Brandenburg, Pommern, Ost- und Westpreußen sich zu einem Freistaat zusammentun. — Und ebensowenig kann verloren gehen, was Preußen für Deutschland im ganzen geleistet hat. Die ruhmreiche Erinnerung an die nun zu Ende gegangene Epoche preußisch-deutscher Geschichte wird herzlicher und reiner gepflegt werden, wenn sie befreit wird von den bisherigen politischen Hemmungen. Bleiben diese aber bestehen, so werden wir uns auch in Zukunft immer über ein preußisch-deutsches Problem den Kopf zu zerbrechen haben.

Digitized by Google

Die Wiedergeburt Deutschlands

Von Dr. Paul Rohrbach

Die Wahlen zur Nationalversammlung sind abgeschlossen, und ihr nächstes Ergebnis ist, daß mit einer Reihe möglicher Gefahren, die von hier aus hätten drohen können, jetzt nicht mehr gerechnet zu werden braucht. Die eine und zwar die größte Gefahr, die überhaupt in Betracht kam, wäre gewesen, daß Regierungssozialisten und die Unabhängigen zusammen die Mehrheit erhielten. Dann stand zu befürchten, daß durch das Drängen der Radikalen, die sich auf die vorhandene Mehrheit berufen und damit überall agitieren konnten, Besonnenheit und Ruhe endgültig zunichte gemacht wurden. Zunahme der Verwirrung, Unsicherheit nach allen Seiten, gefährliche sozialpolitische Experimente und die Zerstörung des letzten Restes von Vertrauen und Kredit, der in der Welt noch für uns vorhanden ist, wären die Folge gewesen.

Die zweite gefährliche Möglichkeit bestand in einer rein regierungssozialistischen Mehrheit, bei der die herrschende Partei sich leicht hätte versucht fühlen können, alle Rücksicht auf den nicht sozialdemokratischen Teil des Volkes auszuschalten.

Die dritte war die, daß die Rechte samt der Deutschen Volkspartei und dem Zentrum mit der unabhängigen Sozialdemokratie stärker wurde, als gemäßigte Sozialisten und Deutsche Demokraten zusammen. Dann war der Bürgerkrieg so gut wie unausbleiblich. Die Unabhängigen hätten auch, um die Dinge zur Krisis zu treiben, nach dem Rezept, das in Süddeutschland schon von den Spartakisten ausgegeben wurde, bei jeder möglichen Gelegenheit zusammen mit der Reaktion stimmen und alle Politik nach innen und außen lahmlegen können.

Jetzt, so wie die Wahlen ausgefallen sind, ist auf der einen Seite eine Mehrheit aus allen bürgerlichen Parteien gegenüber den vereinigten Sozialdemokraten beider Richtungen da, und sie reicht hin, um gefährliche radikale Maßnahmen abzuwehren. Auf der anderen Seite besteht eine Mehrheit von genügender Stärke aus Regierungssozialisten und Demokraten, um eine Regierung von entschlossenem Reformwillen auf gemäßigter Grundlage zu führen. Damit ist zunächst allerdings nur gesagt, als daß eine tragfähige Basis für die politische Arbeit geschaffen ist. Jetzt kommt es darauf an, ob die Arbeit auch wirklich geleistet wird. Sozialdemokratie und deutsche Demokraten können sich zu einer solchen vereinigen, aber es gehören auf beiden Seiten Schwung des politischen Intellekts und ein starker politischer Arbeitswille. Die Sozialdemokratie ist eine grundsätzlich sozialistische und eine Klassenpartei. Bei der jetzigen Wahl sind zwar aus prinzipiellen und wohl noch mehr aus realpolitischen Gründen eine ganze Anzahl früher nichtsozialdemokratischer Stimmen „für die Regierung" abgegeben worden, aber der eigentliche Dammbruch ist nicht gekommen. Er wäre eingetreten, wenn ent-

Digitized by Google

weder die Wahlen gleich hinter der Revolution erfolgt wären oder die regierende Sozialdemokratie sich imstande erwiesen hätte, trotz der Revolution, Ordnung und Wirtschaft in Deutschland aufrecht zu erhalten. Die starke politische Unfähigkeit, die sie statt dessen gezeigt hat, war die oberste Ursache dafür, daß ihre Wahlstimmen nicht entscheidend zunahmen. Bei aller Gerechtigkeit, selbst bei ausgesprochenem Wohlwollen gegen die Regierungssozialisten, kann nicht geleugnet werden, daß sie doch überwiegend den Beweis vorläufiger Nichtbefähigung zum Regieren geliefert haben. Vor allen Dingen haben sie durch das Zerfallenlassen des Heeres Deutschland gegen Polen und Bolschewisten wehrlos gemacht und sich unfähig gezeigt, die Arbeiter, für deren Interesse sie vorher agitatorisch gewirkt hatten, jetzt als Regierung soweit zu beeinflussen, daß keine sinnlosen, das Wirtschaftsleben ruinierenden Forderungen erhoben wurden. In dieser und in anderer Hinsicht treibt das politische Schiff Deutschlands steuerlos auf den Strudeln einer aufgeregter Flut daher. Dazu kommt als Sünde an unserer nationalen Zukunft, die der Regierung überhaupt nie wird vergeben werden können, ihre Lauheit und Stumpfheit in der österreichischen Frage — falls sich zeigen sollte, daß hier Unwiederbringliches versäumt ist.

Die Demokraten können bei aller Bereitschaft zum Zusammenarbeiten die bisherigen sozialistischen Minderleistungen nicht ignorieren. Sie nennen sich außerdem Deutsche Demokratische Partei und betonen damit ihren nationalen Charakter. Das ist erfreulich, aber auch notwendig, denn niemand kann sich darüber täuschen, daß sich ihnen auch national sehr lau gesinnte und in gefährlichem Sinn pazifistische Elemente angeschlossen haben. Ein Prüfstein darauf ist die Art, wie sich diese Art von Demokraten dem nationalen Aufschwung Deutschlands beim Ausbruch des Weltkrieges 1914 gegenüberstellt. Man mag alles zugeben, was nachher während des Krieges an Fehlern und Sünden begangen worden ist, um Deutschlands Stellung moralisch und materiell zu verschlechtern, aber zu Beginn war im ganzen deutschen Volk mit Recht das Gefühl lebendig: wir wehren uns gegen feindlichen Überfall! Über die begeisterte Vaterlandsliebe und den idealen Opfermut, die damals durch ganz Deutschland aufflammten, jetzt mit hämischem, vaterlandsschwachem Geschreibsel als über ein sinnloses Kriegsdelirium zu geifern, ist eine Beleidigung der Nation. Die demokratische Partei wird in nationaler Hinsicht nicht nur für die Unterdrückung der Vaterlandsschwäche in ihren eigenen Reihen zu sorgen haben, sondern auch dafür, daß die Sozialdemokratie im Zusammenarbeiten das nationale Pflichtmoment bestimmter und vor allen Dingen bewußter aus sich herausholt, als bisher. Es wäre falsch zu sagen, daß es keine Sozialdemokraten mit deutschem nationalen Bewußtsein gäbe. Wo dies Bewußtsein in der Sozialdemokratie aber vorhanden ist, da gehört es nicht organisch zur sozialdemokratischen Weltanschauung, sondern

Digitized by Google

gilt eher als eine Art geduldeter Konterbande oder als Überbleibsel einer noch unvollkommenen Gegenwart, das in einer konsequenteren Zukunft von selber verschwinden wird. Es genügt aber nicht, wenn die Stellung der Sozialdemokraten zur nationalen Frage bestenfalls als eine glückliche Inkonsequenz gegenüber der parteipolitischen Lehre vom Internationalismus als der höheren Form des Empfindens bezeichnet werden kann. An diesem Punkte muß vielmehr die Sozialdemokratie sich bewußt ändern, und die demokratische Partei würde nichts anderes tun, als sich selbst ihr Grab schaufeln, wenn sie sich unter dem Einfluß ihrer eigenen vaterlandsschwachen Mitläufer und unter dem der Sozialdemokratie nationale Rückgratlosigkeit zeigen wollte. Kehren die Demokraten hier nicht selbst mit scharfem Besen aus, so ist es sicher, daß sie das nächste Mal entscheidend von denjenigen Parteien geschlagen werden, die das nationale Banner fest aufpflanzen.

Die Deutsche Demokratische Partei erlebt jetzt gleich beim ersten Auftreten ihre große Stunde, denn sie ist ausschlaggebend zwischen rechts und links. Gegen sie wird der Vorwurf erhoben, daß sie nicht entschieden genug als Bekämpferin des sozialistischen Wirtschaftsprinzips auftrete, sondern selbst bekenne, ihr Daseinszweck erschöpfe sich nicht schon in der Funktion als Bremse gegen die Sozialisierung. Diesen Vorwurf können die Demokraten ruhig zurückweisen. Welches Maß von Sozialisierung wir brauchen, um den inneren Friedensschluß aller Volksklassen miteinander zu erreichen und unserer nationalen Wirtschaft die größtmögliche Gesamtenergie zu schaffen, das ist ein Problem, das nicht nach sozialistischen oder antisozialistischen, sondern nach rein praktischen Grundsätzen gelöst werden muß. Geschehen muß, was das Zweckmäßigste ist, um die ökonomische Kraft Deutschlands nach innen und außen so wirksam zu machen, wie möglich. Daß es eine große Partei gibt, die von vorn herein erklärt, auf diesem Boden mit der Sozialdemokratie vorurteilsfrei zusammenarbeiten zu wollen, ist notwendig, umsomehr, als die Sozialdemokraten selbst sehen, daß sie weit entfernt davon sind, ihre theoretischen Ideale verwirklichen zu können und daß sie auf die politische nicht die soziale Revolution folgen lassen können, sondern nur die soziale (d. h. vor allen Dingen die sozial *wirtschaftliche*) Reform. So wichtig das alles ist, so ist es aber doch noch nicht die Hauptsache. Diese ist nicht wirtschaftlicher, sondern moralischer Natur, denn auch für die Völker gilt das Wort: der Mensch lebt nicht vom Brot allein. Daran werden sich jetzt auch unsere Parteiprogramme, und vor allem das demokratische, auf das praktisch jetzt am meisten ankommt, zu erproben haben.

Das, worauf es jetzt in Deutschland moralisch am meisten ankommt, ist die Wiederherstellung des Selbstbewußtseins und der Würde des deutschen Volkes. Beides hat fast noch eine schwerere Niederlage erlitten, als die kriegerische Kraft Deutschlands. Über weite Kreise hat es sich wie eine Betäubung des nationalen Selbst-

Digitized by Google

gefühls gelegt, und bei Millionen ist es offenbar geworden, daß sie in ihrem Innern nie etwas diesem Gefühl Ähnliches besessen haben und jetzt ohne Schamgefühl die Schande des Volkes, die sie selbst sind, zur Schau tragen. Dieser verzweifelte geistige Krankheitszustand der Nation wird eines Tages aufhören und dann wird die Abrechnung mit denen kommen, die, obwohl sie nach ihrer Stellung und ihren Ansprüchen Führer der Erneuerung hätten sein sollen, zu niedrig denkend oder zu träge waren, um mit Bewußtsein dafür zu arbeiten. Wenn die Mehrheit des deutschen Volkes einmal aus ihrer Lethargie erwacht, so wird sie sich umsehen und fragen, wo die Männer und Frauen sind, die in der schweren Zeit die Pflicht der persönlichen Arbeit für die Wiedergeburt des Vaterlandes erkannt und auf sich genommen haben. Diese Pflicht macht vor keinem Parteiprogramm halt, aber sie läßt sich auch durch kein Parteiprogramm ersetzen. Sie ist überhaupt keine Sache der Programme und parteipolitischen Schulen, sondern von ihr gilt das Wort der Apostelgeschichte: wer in irgend einem Volk Gott fürchtet und Gerechtigkeit übt, der ist ihm angenehm! Die „Gerechtigkeit" ist hier der Gehorsam gegen die Stimme des nationalen Gewissens, und die ist jeder ohne Unterschied der Partei zu hören imstande.

Wir fragen uns: wie wird die Nationalversammlung auf diese Gewissensfrage reagieren, und wir sehen der Antwort, die die Abgeordneten praktisch darauf geben werden, nicht ohne einige Sorge entgegen. Unsere Sorge hängt mit einer Tatsache zusammen, die man am besten so ausdrücken kann: Es gibt zwei Deutschlande, nämlich zwei innerlich verschieden geartete deutsche Generationen, und nicht nur die Nationalversammlung, sondern überhaupt die offizielle Führerschaft des Volkes in Amt, Beruf und Politik ist überwiegend einseitig aus der älteren Generation zusammengesetzt. Das ist an sich das Gewöhnliche, und in Zeiten normaler Entwicklung entstehen daraus keine anderen Spannungen, als die natürlicherweise durch den Unterschied von Lebensalter und Temperament bedingt sind. Das Schlimme bei uns in Deutschland ist nur, daß die heute führende ältere Generation aufgewachsen ist und ihre Bildungseinflüsse empfangen hat in der allerschlimmsten Zeit materialistischer Erfolgsanbetung und geistig kultureller Verödung, die wir erlebt haben. Das ist für den einzelnen, den es getroffen hat, keine Schuld, aber für die Nation im ganzen kann es ein Unglück sein, wenn gerade ein Geschlecht, dessen geistiges Bildungszeitalter an Schwunglosigkeit und Ideenarmut litt, in einer solchen Zeit, wie wir sie erleben, die Führer in der Not stellen soll. Einzelne Persönlichkeiten, die trotz allem fruchtbar geworden sind, wird es immer geben, und ebenso solche, die auch im vorgerückten Alter sich eine jugendliche Kraft zur Aufnahme und Durchbildung neuer Vorstellungen bewahren. Im ganzen aber ist die Generation, die sich am Ende der Bismarckzeit und während der Anfänge des neuen Deutschland bildete, politisch, moralisch und kulturell steriler,

Digitized by Google

als es die vorhergehende war, und auch als es die ihr folgende, jetzt emporkommende, zu werden verspricht.

Wer viel mit unseren jüngeren Leuten, Männern wie Mädchen und Frauen, zusammen ist, der empfindet es deutlich, daß hier im ganzen genommen neue, bessere Wurzeln unserer Kraft sich bilden, als die alten. Wer an Deutschlands Wiedergeburt arbeiten will, der muß vor allen Dingen die Jugend sammeln. Es gibt Aufgaben, die ihrer Natur nach nur von gereiften Kräften mit langer Erfahrung in Angriff genommen werden können: so der große Gedanke, für Deutschland eine Stellung in der Welt dadurch wiederzugewinnen, daß wir zuerst das Ziel des fruchtbaren Ausgleiches zwischen der sozialistischen Idee und dem alten Wirtschaftssystem verwirklichen, dadurch neue Kräftequellen für uns schaffen und die übrigen Völker nötigen, uns zu folgen. Was aber in der Tiefe daneben hergehen muß, ist die Wiedergeburt des opferwilligen und idealistischen nationalen Sinnes, der keine nationale Phrase mehr kennt, sondern nur noch den nationalen Gedanken und die nationale Tat.

Wir brauchen einen Bund, d. h. ein organisiertes Zusammenhalten und Zusammenarbeiten aller derjenigen, die entschlossen sind, für den Aufbau ihrer politischen Weltanschauung die Konsequenz aus den Lehren des Krieges zu ziehen. Zu diesen gehören: Verabschiedung des Militarismus, d. h. des Wahns, durch Gewalt und äußerliche Ordnungen ließen sich Ideenkämpfe bekämpfen oder dienstbar machen; Glaube an den Volksstaat; Wiederherstellung des moralischen Ansehens der Deutschen in der Welt; und der Weltaufgabe des nationalen Gedankens eine richtige, auf Kenntnis der ausländischen Völker gegründete Behandlung des Auslandes und eine von hieraus sicher fließende nationale Kontrolle unserer auswärtigen Politik; Völkerbund, sobald der Würde und der Tapferkeit des deutschen Volkes darin Genüge geschieht; endlich das Bekenntnis zur überragenden Kraft des volksgenossenschaftlichen Empfindens gegenüber allen parteipolitischen Gegensätzen.

Das sind die Sätze, um die die Gemeinschaft derer sich sammeln müßte, die entschlossen sind, an der Wiedergeburt des Vaterlandes zu arbeiten. Es nützt aber wenig, wenn lauter einzelne da sind, die jeder für sich den besten Willen haben, aber keiner weiß von den anderen im Vaterlande, die eines Sinnes miteinander sind. Beeinflussung der öffentlichen Angelegenheiten, Erziehung des nationalen Urteils, Kontrolle der Parteien und Institutionen, Eindruck auf das Ausland sind nur möglich, wenn eine große Gemeinschaft, ein Bund mit wirksamen Organen und Achtung gebietender Stärke, sich erhebt. Ein solcher Bund zur Wiedererneuerung des gesamten deutschen Vaterlandes, soweit deutsche Stämme leben und in deutscher Zunge geredet wird, das ist es, was uns notkut. Es muß in planvoller, geduldiger Arbeit erbaut werden, bis er eine Macht im deutschen

Digitized by Google

Leben wird, stark genug, die nationale Wiedergeburt geschehen zu lassen. Diese wird nicht von selbst kommen, sondern nur wenn bewußt von denjenigen an ihr gearbeitet wird, die die Natur der Aufgabe erkennen. Vor allem gehört das junge Deutschland dazu. Ohne ein lebendiges Feuer in den Gemütern und ohne rückhaltlose Bereitschaft, Neues nicht nur aufzunehmen, sondern auch zur Grundlage des Glaubens und Handelns zu machen, kommt die deutsche Erneuerung nicht zustande. Auf sie vertrauen heißt daher auf die deutsche Jugend und auf die von den Alten vertrauen, die noch die innere Erneuerungskraft der Jugend besitzen!

Die Ziele des ländlichen Siedlungswerkes

Von Prof. Dr. M. Sering

Als die Deutschen im Jahre 1870 auszogen, um ihre Einheit und Unabhängigkeit von der französischen Hegemonie zu erkämpfen, waren sie ein Landvolk. 26 Millionen lebten in Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern. 13 Millionen in größeren Ortschaften. Dann setzte unter dem Antrieb des Sieges jenes Wachstum städtischen Wesens und städtischer Wirtschaft ein, das bis 1914 anhielt. Seit den achtziger Jahren versiegte die Auswanderung, die viele Millionen in die neu erschlossenen Gebiete des westlichen Amerika geführt hatte. An Stelle der Menschen lernten wir Waren zu exportieren, wurden zu Seefahrern und richteten eine Industrie auf, mit deren Entwicklung nur die nordamerikanische verglichen werden konnte. So wuchs die deutsche Bevölkerung von 1871 bis 1914 auf 67 Millionen an, und der ganze Zuwachs strömte in die Städte. Das Landvolk wahrte mit 26 Millionen Köpfen mühsam seinen Bestand. Den Städten mit mehr als 2000 Einwohnern gehörten 1871 36,1 %, 1910 60 % der Gesamtbevölkerung an; den Großstädten mit mehr als 100 000 Einwohnern 1871 4,8 %, 1910 21,3 %. Von fünf Deutschen sind also jetzt mindestens drei Städter und ein Großstädter. Schon daraus ergibt sich das Künstliche der Entwicklung. Sie ruhte auf einem unsichtbaren Reich, das die ganze Welt umspannte und die Bodenschätze aller Zonen in die deutschen Häfen derart lenkte, daß der deutsche Unternehmungsgeist und das Geschick einer hochgeschulten Arbeiterschaft eine Art von Handelsherrschaft durch überragende Leistungen begründete. Gewiß haben in dieser Zeit auch die Erträge des deutschen Bodens eine bedeutende Steigerung erfahren, aber sie hielten keineswegs Schritt mit dem Bedarf der städtischen Bevölkerung. Der jährliche Einfuhrüberschuß an Nährstoffen für Menschen, Tiere und Pflanzen schwoll auf mehr als 2 Milliarden Mark dem Werte nach an. Das Gleichgewicht zwischen landwirtschaftlicher und

Digitized by Google

gewerblicher Produktion ging verloren. Die Landwirtschaft selbst geriet in scharfe Abhängigkeit vom Auslande. Mehr als die Hälfte der genannten Zufuhr bestand aus Futter- und Düngemitteln. Selbst mit ihrer wichtigsten Produktionskraft, der menschlichen Arbeit, wurde unsere Landwirtschaft vom Auslande ins Schlepptau genommen. Denn eine wahre Landflucht entvölkerte das Gebiet der großen Güter von der Elblinie an östlich, so daß es in den meisten Bezirken jetzt weniger Einwohner zählt, als im Jahre 1871. Die landwirtschaftlichen Großbetriebe fanden einen nach Menge und Leistungen allerdings ungenügenden Ersatz durch fremde Wanderarbeiter. Vor dem Kriege war es fast eine halbe Million Polen und Ruthenen — nicht viel weniger als die Hälfte der überhaupt im Großbetrieb Beschäftigten. Nur die Hilfe der Fremden ermöglichte es, im Großen noch intensiv zu wirtschaften. Aber die Mehrzahl der großen Güter blieb aus Mangel an Menschen weit zurück hinter dem technisch erreichbaren Maximum der Bodenerträge. Das gleiche gilt für den Hauptteil der Großbauergüter, die die soziale Verfassung in den niedersächsisch-friesischen Landschaften rings um die Nordsee und in den Vorlanden der Alpen bestimmen, und auch im Osten nach den Großbetrieben die Hauptrolle spielen. Dort umfassen beide 69 %, in ganz Deutschland 51 % des landwirtschaftlichen Bodens. Man kann demnach annehmen, daß etwa die Hälfte der deutschen Anbaufläche ungenügend mit Arbeitskräften ausgestattet und außerstande ist, mit eigenen Mitteln ausreichend produktiv zu wirtschaften.

Künstlich und ohne Sicherheit der Dauer war unsere Entwicklung zum industriellen Exportlande auch deshalb, weil es eine vorübergehende Konjunktur der Weltwirtschaft war, welche die Entwicklung trug. Hervorgerufen durch die rasche Erschließung von bisher fast unbevölkerten Erdteilen mit Hilfe der Eisenbahnen herrschte einige Jahrzehnte hindurch eine Überfülle an billigen Rohstoffen und Nahrungsmitteln auf den mitteleuropäischen Märkten und der stärkste Begehr nach Industriewaren in den Kolonialgebieten. Aber schon lange vor dem Kriege flaute diese Konjunktur ab, als die erste Inbesitznahme dieser Gebiete vollendet, die Grenze der günstigsten Produktionsbedingungen überall erreicht war, und die jungen Gemeinwesen zur Verarbeitung der eigenen Rohstoffe im großen mit Hilfe von Hochschutzzöllen übergingen.

Vor allem ergab sich eine ungeheure politische Gefahr aus dem wachsenden Mißverhältnis zwischen unserer Volkszahl und der geringen Eigenproduktion des heimischen Bodens. Exportindustrie, Schiffahrt und Auslandsunternehmungen konnten großen Volksteilen lohnende Arbeit nur solange verschaffen, wie man Deutschland als gleichberechtigtes Glied der Völkergemeinschaft und Teilhaber an der Weltwirtschaft überall anerkannte. Mit der Erschließung der Kolonialgebiete waren aber Volkswirtschaften und Reiche entstanden, welche über die sachlichen und persönlichen Kräfte ganzer Erdteile ver-

Digitized by Google

fügten. Daraus erwuchs ein Bewußtsein der Übermacht, das in immer schrofferen Widerstreit gerade zu jenem Anspruch der Gleichberechtigung trat und den Wettbewerb des unbequemen Außenseiters zu dulden keineswegs gesonnen war. Die durch Eroberungskriege entstandenen, aber nie gesättigten Weltreiche schlossen sich gegen die allzu lebenskräftigen Staaten der europäischen Mitte zusammen, deren altes Siedlungsgebiet durch seine Kleinheit dem Koalitionskrieg einen sicheren Erfolg in Aussicht stellte. Sie teilten die wenigen ihrem Zugriff bisher entzogenen Gebiete politischer Depression unter sich auf, als gäbe es nur noch Engländer, Russen, Franzosen und Amerikaner auf der Welt, und trafen alle Vorbereitungen zu dem gemeinsamen Unterdrückungskriege, den dann der Mord von Serajevo und Rußlands Gesamtmobilmachung entfesselte. Das Ziel dieses Krieges könnte jetzt auch dem Blindesten sichtbar werden. Es galt nicht, die „autokratische Regierung", die Trägerin des „Militarismus" zu vernichten, sondern das fleißige und friedliche deutsche Volk aus der Reihe der gleichberechtigten Staaten auszuschalten und die alte Raubpolitik zu erneuern, die einst im Bunde mit England Ludwig XIV. so erfolgreich ins Werk gesetzt hatte. Wer könnte unter dem Eindruck der schmachvollen und erpresserischen Waffenstillstandsbedingungen noch an einen Völkerbund glauben, der mehr wäre als eine Sicherung und Draperie der gegen die Völker der europäischen Mitte ins Werk gesetzten Vergewaltigung? Die formale Rechtsgleichheit gibt keinen Schutz gegen die brutale Ausnutzung des politischen und wirtschaftlichen Übergewichts der Weltreiche. So müssen wir von vorn anfangen und uns dabei auf uns selber stellen.

Der Sieg der Feinde hat alle Lebensbedingungen unseres Volkes mit einem Schlage verändert. Drei Viertel unserer Eisengewinnung und ein Viertel der Kohlengewinnung sollen mit Lothringen und Oberschlesien uns entrissen werden — die einzige im eigenen Boden verankerte Industrie, die stolzeste von allen, wird damit entwurzelt. Jetzt sind die großen Reiche in der Lage, die Preise für fast alle Rohstoffe, die wir verarbeiten, und für die Nahrung unserer Städte zu diktieren, die Bedingungen unserer Existenz vorzuschreiben — und zwar ohne jedes Hemmnis. Denn unser einziges natürliches Monopol, das uns gegen solche Ausbeutung einigen Schutz zu gewähren vermöchte, würde durch die französische Annexion des deutschen Elsaß mit seinen reichen Kalilagern zerstört werden. Dabei hat der Krieg unsere Friedensrüstung verschlissen, unsere Kapitalkraft wird durch Kriegsschulden, Kriegssteuern und Naturaltribute vernichtet, planmäßig hat der Feind unsere Auslandsunternehmungen zertrümmert und ist nun im Begriff, unsere Handelsflotte ebenso zu rauben wie unsere Kolonien. Gewiß können wir hoffen, in mühsamer Arbeit einen Teil der Auslandsbeziehungen wieder herzustellen. Aber es gibt für uns keinen anderen breiten Weg, der zu wirklicher Wiedererstarkung

Digitized by Google

führen könnte, als den wir schon vor dem Kriege — nur unter dem Druck kurzsichtiger Klasseninteressen viel zu zaghaft — beschritten hatten: die Kolonisation des eigenen Landes. Nicht anders können wir wenigstens einem großen Teil der vielen Millionen, die in den Städten nun erwerbslos werden, die Möglichkeit eines Unter- und Vorwärtskommens geben, als daß wir die noch unvollkommen entwickelten Hilfsquellen des landwirtschaftlichen Bodens zu ergiebigster Nutzung bringen. Wir müssen wieder mehr zu einem Agrarvolke werden und unsere Siedlungen dezentralisieren. Was wir an äußerem Glanz des Lebens einbüßen, werden wir an Gesundheit des Leibes und der Seele, an innerer Kraft und ruhiger Sicherheit des nationalen Lebens gewinnen. Wir werden und müssen das Gleichgewicht von Industrie und Landbau herstellen, die bisher von außen bezogenen Bodenerzeugnisse der gemäßigten Zone im eigenen Lande erzeugen, und zwar mit den Arbeitskräften der eigenen Volksgemeinschaft.

Im Mittelpunkt dieser Aufgabe steht die Massenbegründung neuer selbständiger, d. h. für den Absatz arbeitender, spann- und maschinenfähiger Bauergüter, die ihre Wirtschaft mit den Kräften der eigenen Familie führen. Den kleinbäuerlichen Betrieben stehen im Durchschnitt zwei- bis viermal so viel Arbeitskräfte auf der Flächeneinheit zur Verfügung als den mittleren und großen. Sie setzen auch mittelbar viel mehr Menschen durch Handwerk und Industrie in Brot, weil sie wie mit Personal, so mit Vieh, Gerät und Gebäuden am reichsten ausgestattet sind; nur mit ihrer Hilfe wird sich deshalb auch die erwünschte Dezentralisation der gewerblichen Bevölkerung vollziehen können. An die kleinbäuerlichen Betriebe gliedert sich überall leicht und nach Maßgabe der Nachfrage eine hochstehende Landarbeiterschaft, weil solche Agrarverfassung jedem Tüchtigen die Möglichkeit des Aufstieges zu ökonomischer Unabhängigkeit eröffnet. Die selbständige Kleinbauerwirtschaft muß vor allem deshalb den Typus des Kolonistengutes bilden, weil sie sich als die produktionstechnisch leistungsfähigste Betriebsform erwiesen hat, die allen anderen, und zwar in allen Kulturländern allmählich mehr und mehr Raum abgewinnt. Sie verbindet Arbeitgeber und Arbeiter durch den Kommunismus der Familie zu einer Interessengemeinschaft, deren Kraft des Zusammenhalts und Einheitlichkeit der Zielsetzung durch keinerlei noch so raffinierte Lohnmethoden oder gar durch Produktivgenossenschaften erreicht werden könnte. Die liebevolle Sorgfalt der Arbeit auf dem genau zu übersehenden Arbeitsfelde, die elastische Anpassung an die oft von Grundstück zu Grundstück wechselnden Produktionsbedingungen befähigen den kleinbäuerlichen Betrieb dazu, die höchsten Erträge an Pflanzen und Tieren von der Flächeneinheit hervorzubringen. Es bedarf nur der gut organisierten, bisher besonders in Ostdeutschland aber sehr unvollkommenen Unterweisung, der Förderung durch eine großzügige staatliche Produktionspolitik und genossenschaftlicher Ergänzungen, um alle technischen Er-

Digitized by Google

rungenschaften dem familienhaften Betriebe nutzbar zu machen. Die im Laufe der nächsten zwanzig Jahre notwendige Verdoppelung der dem Boden abzugewinnenden Nährwerte muß durch allgemeinen Übergang zu intensiver Fruchtwechselwirtschaft mit starkem Hackfruchtbau bewirkt, und dieser Übergang kann nicht anders, als durch Begründung von hunderttausenden von Kleinbauerstellen vollzogen werden. Die im Großbetrieb vollkommenere Ausnutzung der Spezialmaschinen fällt gegenüber der in der intensiven Wirtschaft entscheidenden Sorgfalt der Arbeit wenig ins Gewicht und gewährt für die Hackkultur überhaupt keinen Vorsprung. Doch paßt die reine Familienwirtschaft nicht auf jeden Boden. Ganz schwerer Boden verlangt mehr Spannkraft, als der normale Ansiedler zur Verfügung hat, und größeres Betriebskapital. Dort findet der intensive Mittel- und Großbetrieb die richtige Stätte, wie umgekehrt auf ganz leichtem Boden meist eine mehr extensive Kultur auf größerer Fläche zweckmäßig ist. Aber diese größeren Wirtschaften müssen sich in und zwischen volkreiche Dorfschaften eingliedern, wenn ihnen die nötigen tüchtigen Arbeitskräfte sicher zur Verfügung stehen sollen. So ist das Ziel — schon rein produktionstechnisch betrachtet — nicht eine vollkommene Gleichmacherei, sondern die Herstellung einer gemischten, wenn auch mehr ausgeglichenen Besitzverteilung.

Aus solchen Erwägungen ist der von mir entworfene Siedlungsplan hervorgegangen, dem nach eingehenden Beratungen mit allen beteiligten Kreisen und Zentralbehörden die Bundesregierungen nunmehr ihre Zustimmung erteilt haben.*) Es handelt sich zunächst um den Ausbau der vorhandenen Landgemeinden, wenn sie nicht schon ihre Bevölkerungskapazität erreicht haben, wie in den Kleinbauergebieten am Mittel- und Oberrhein mit ihren Nebenflüssen, in Franken und Thüringen. Dieser Aufgabe dient ein Vorkaufsrecht der schon überall bestehenden gemeinnützigen Siedlungsunternehmungen für alle Grundstücke mit 20 Hektar und mehr landwirtschaftlichen Bodens. Nach den Aufzeichnungen über den Umfang des Besitzwechsels ist anzunehmen, daß mit Hilfe des Vorkaufsrechts im Laufe der nächsten zwanzig Jahre gegen 4 Millionen Hektar Kulturland erfaßt werden können, um darauf kleinbäuerliche Anwesen und Arbeiterstellen zu begründen. Aber es gibt im Deutschen Reich noch weite zusammenhängende Flächen, die Raum genug für die Begründung von vielen Tausenden neuer Landgemeinden bieten. Wissenschaft und Technik haben sichere Wege gewiesen, um die umfangreichen Moor- und Ödländereien in fruchtbare Acker, Wiesen Weiden und Gärten zu verwandeln. Sie werden im großen entwässert und, wo notwendig, mit Bewässerungseinrichtungen versehen, ebenso im großen mit Ma-

*) In letzter Stunde sollen zwei süddeutsche Regierungen, denen die Einladung nicht rechtzeitig zuging, leider Einspruch erhoben haben.

Digitized by Google

schinen kultiviert, aber im kleinen durch selbständige Siedler bewirtschaftet. Bekanntlich liegen große Hochmoore besonders im Flußgebiet der Ems und Weser, in Ostfriesland, Oldenburg usw., daran schließen sich weite Ödlandsgebiete in den diluvialen Geest-Landschaften, die von Schleswig-Holstein durch das Lüneburgische bis zur holländischen Grenze ziehen. Mit Niederungsmooren ist fast ganz Norddeutschland durchsetzt; vor den Toren Berlins liegen zehntausende von Hektaren besten Bodens noch fast unbenutzt. *Mindestens eine Million Menschen können auf den bisher unbewirtschafteten Moor- und Ödlandsflächen ihr reichliches Auskommen finden.*

Das neue Gesetz bietet den öffentlichen Siedlungsunternehmungen starke Handhaben, um solch unbewirtschaftetes Land im Wege der Enteignung an sich zu ziehen. Hier kommt der vom Bundesrat schon 1915 anerkannte Grundsatz zu erweiterter Anwendung, daß kein Eigentümer befugt ist, anbaufähiges Land dem Anbau zu entziehen. Die Gesamtheit nimmt es in Anspruch und entschädigt den Eigentümer nur für den Ertrag, den es in unverbessertem Zustande (durch Torfnutzung, Brennkultur usw.) gewährt.

Zur Siedlung müssen ferner die menschenarmen landwirtschaftlichen Flächen der großen Gutsbezirke herangezogen werden. Mehr als neun Zehntel der Anbauflächen aller landwirtschaftlichen Großbetriebe des Deutschen Reiches liegen östlich der Elbe und in einem Übergangsgebiet in Mitteldeutschland (Provinz und Bundesstaat Sachsen, Anhalt, Braunschweig). Es ist, geschichtlich betrachtet, zugleich das klassische Kolonialland der Deutschen und das Gebiet der ehemaligen Gutsherrschaft. Denn seit dem Abschluß der Bauernkolonisation am Ende des 14. Jahrhunderts unterwarf sich die Ritterschaft die Bauernschaften und hat ihnen schweren Abbruch wie an ihrer Freiheit, so an ihrem ursprünglichen Besitzstande zugefügt. Auch nach Aufhebung der Gutsherrschaft, in der Vorbereitungszeit der Befreiungskriege gegen Napoleon I. sind durch die nach deren Abschluß einsetzende reaktionäre Gesetzgebung und durch die Landentschädigungen für die aus dem Titel öffentlicher Gewalt entstandenen (!) Frondienstpflichten der Bauernschaft zugunsten der großen Güter noch gewaltige Flächen entzogen worden. Dieses historische Unrecht will das neue Gesetz wieder gut machen. Es nimmt die *Besiedlung des dritten Teiles der Gesamtfläche der großen Güter* innerhalb jedes der zu bildenden umfangreichen Siedlungsbezirke in Aussicht. Auf diese Weise werden im Laufe der Zeit 2,1 Millionen Hektar Kulturland für die Ansiedlung verfügbar werden, und zwar zu dem gemeinen Wert, welchen die Ländereien als Bestandteil der großen Güter unter Ausschaltung der aus dem Kriege erwachsenen außerordentlichen Wertsteigerung besitzen. Um einen so kräftigen Eingriff ohne Schädigung der produktiven Interessen zu ermöglichen und die Gutsbesitzer selbst in den Dienst des Wiederaufbaues der deutschen Volkswirtschaft

Digitized by Google

zu stellen, faßt das Gesetz die Eigentümer der großen Güter zu öffentlichen Selbstverwaltungskörpern, sogenannten Landlieferungsverbänden zusammen. Sie sind verpflichtet, den gemeinnützigen Siedlungsunternehmungen Land nach Maßgabe der Nachfrage zu jenem billigen Preise zur Verfügung zu stellen. Dafür ist ihnen aber auch die Handhabung der Zwangsmittel anvertraut, die das Gesetz vorsieht: des Vorkaufsrechts und vor allem der Enteignung. Für ihre Landerwerbs- und Enteignungspolitik gibt das Gesetz gewisse Richtlinien, die dafür sorgen, daß wirtschaftlich und sozial vorbildliche Mustergüter erhalten bleiben, für Siedlungszwecke dagegen in erster Linie solche ergriffen werden, welche besonders extensiv oder schlecht bewirtschaftet sind, von Kriegsgewinnlern erworben wurden, als Spekulationsobjekt im Markte schwimmen, zu Latifundien gehören usw.

Weitere Vorschriften sorgen für ein glattes Zusammenarbeiten der Landlieferungsverbände und gemeinnützigen Siedlungsunternehmungen. In der Neumark, in Vorpommern und Schlesien haben angesehene Gutsbesitzer mit bestem Erfolge Aufrufe erlassen und Umfragen veranstaltet, um die freiwillige Hergabe des nötigen Siedlungslandes herbeizuführen. So erscheint die Hoffnung berechtigt, daß die Umgestaltung der östlichen Agrarverfassung sich ohne zu große Reibungen vollziehen, und den Ansiedlern die schwer zu entbehrende freudige Hilfe der Gutsbesitzer nicht fehlen werde.

Die Staatsdomänen müssen zu einem besonders niedrigen Preise (Ertragswert unter Ausschaltung der Kriegskonjunktur) den Siedlungsunternehmen jeweils nach Ablauf der Pacht angeboten werden, wenn ihre Erhaltung als Großbetrieb nicht im öffentlichen oder volkswirtschaftlichen Interesse liegt. Besiedelt, kommen sie auf das zu liefernde Landdrittel in Anrechnung. Ebenso die von Privaten ohne Vermittlung der gemeinnützigen Siedlungsunternehmungen begründeten Ansiedlerstellen, und die voraussichtlich bedeutenden Flächen, die in Anrechnung auf die aufzuerlegenden außerordentlichen Vermögensabgaben von Gutsbesitzern für Siedlungszwecke ohne Entgelt hergegeben werden.

Wenn das ganze Werk vollendet ist, wird der große Gutsbetrieb noch immer eine sehr erhebliche Bedeutung besitzen, etwa ein Viertel der gesamten landwirtschaftlichen Fläche des Ostens, statt wie bisher zwei Fünftel umfassen, in manchen Landschaften, wie in Mecklenburg, noch erheblich mehr. Dabei werden die verbliebenen Güter nunmehr zwischen volkreichen neuen oder ausgebauten alten Siedlungen liegen und von dort die ihnen bisher fehlenden Arbeitskräfte beziehen können.

Unterbliebe die Kolonisation, so würden die Großbetriebe infolge des zu erwartenden Ausbleibens der Wanderarbeiter aus dem zu staatlicher Selbständigkeit und eigener Volkswirtschaft durch uns erhobenen Polen entweder bankerott machen, oder — was in vielen Fällen dasselbe bedeuten würde — zu ganz extensiver Wirtschaft überzugehen genötigt sein.

Digitized by Google

Auf ehemaligen Gutsflächen werden wiederum wenigstens eine Million Menschen als Glieder von unabhängigen bäuerlichen Familien, glückliche Lebensbedingungen finden, und weitere Hunderttausende werden in gewerblichen Betrieben den Bedarf der neuen wohlhabenden Landbevölkerung herstellen. Die kleinen und mittleren Städte, die bis jetzt im Osten das Schicksal des unaufhaltsamen Bevölkerungsniederganges mit den großen Gütern teilten, werden eine neue Blüte finden. Indem sich gleichzeitig die zentralisierten Menschenansammlungen zu Gartenstädten auflockern, wird der Gegensatz zwischen Stadt und Land sehr zum Nutzen beider seinen Ausgleich finden.

Das von den Bundesregierungen angenommene Gesetz zur Behebung der Wohnungsnot, das für Stadt und Land in gleicher Weise Geltung hat, gibt dem Wohnungskommissar weitgehende Befugnisse hinsichtlich der Beschaffung von Baugrund und Baumaterialien. Ein Überteuerungsfonds von 500 Millionen Mark soll die Schwierigkeiten überwinden helfen, welche der Ansiedlung aus der jetzigen Kostspieligkeit der Baumaterialien erwachsen. Die einzelstaatlichen Verwaltungen werden billiges Holz aus den öffentlichen Forsten zur Verfügung stellen. Eine neue Verteilung der Schullasten ist in Aussicht genommen, derart, daß nicht, wie bisher, die menschenproduzierenden Landdistrikte zugunsten der menschenverbrauchenden Städte überlastet sind. Eine wichtige Ergänzung findet das Wohnungsgesetzes durch die Bestimmungen des hier besprochenen ländlichen Siedlungsgesetzes in der Richtung, daß die Gemeinden und Gutsbezirke verpflichtet werden können, eine Allmende bis zu einem Zwanzigstel der gesamten Feldmark zur Verfügung zu stellen, aus der ständig beschäftigte Landarbeiter Land zu Pacht oder sonstiger Nutzung für die Zwecke ihres Haushalts erhalten. Die Gemeinden können ihrerseits solches Land im Wege der Zwangspachtung und Zwangsenteignung in Anspruch nehmen. Voraussichtlich werden viele Arbeiter von dieser Gelegenheit Gebrauch machen, weil ein sehr allgemeiner Wunsch dahin geht, Frau und Kinder frei zu machen vom Zwange der Außenarbeit, sie dem eigenen Haushalt und der höchst produktiven Arbeit im eigenen Garten und Kleinviehstalle vorzubehalten. Die Arbeiter gewinnen ein Sprungbrett, von dem aus viele sich zur vollen ökonomischen Unabhängigkeit emporschwingen werden.

Eine der großartigsten Aufgaben ist durch die neuen Wohnungs- und Siedlungsgesetze den deutschen Baumeistern gestellt: zu sorgen, daß Millionen arbeitsfroher Menschen in einer würdigen, und innerlich wahren Umgebung sich betätigen, und unbedrückt von zu hohen Bauschulden einen sicheren Weg zur ökonomischen Freiheit finden.

Jeder der auf's Land hinausgehen will, muß freilich wissen, daß seiner mühevolle Arbeit harrt, und daß nur der einen eigenen landwirtschaftlichen Betrieb zu führen vermag, der das schwierigste von allen Gewerben gründlich erlernt hat. Aber viele

Digitized by Google

der jetzigen Städter sind noch auf dem Lande aufgewachsen, und das Kapitalabfindungsgesetz hat den Kreis der Bewerber um ländlichen Grundbesitz mächtig erweitert.

Doch sind zwei Voraussetzungen für das Gelingen des Siedlungswerkes gegeben: ein anderes System der Erwerbslosen-Fürsorge und die Sicherung der Ostgrenze.

Bisher wird das anschwellende Heer der Arbeitslosen auf allgemeine Kosten erhalten, und man scheut sich, sie auf's Land zu senden, obwohl die Zuweisung „geeigneter Arbeit außerhalb des Berufs und Wohnorts" gestattet ist. Kein Wunder, daß nur wenige die sich bietende ländliche Arbeitsgelegenheit unter solchen Umständen aufsuchen. Es ist aber eine echte Bankerottpolitik, die wir da treiben; wir verbrauchen, ohne zu produzieren. Sogar die Anwerbung von Ausländern für die Landwirtschaft nimmt notgedrungen ihren Fortgang. Erst die rasche Verabschiedung des ländlichen Siedlungsgesetzes durch die Volksbeauftragten würde es gestatten, in dem allen gründlich Wandel zu schaffen und mit der Umsiedlung zu beginnen.

Unsere Wehrlosmachung hat inzwischen neue Hindernisse und Gefahren heraufbeschworen. Die Polen beanspruchen bekanntlich rein deutsche Landschaften, wie das seit dem 13. Jahrhundert von deutschen Bauern und Bürgern besiedelte Weichseltal. Entreißen sie uns aber auch nur endgültig die gemischtsprachigen Gebiete, so wird damit der Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft und für alle Zukunft ein gesichertes politisches Dasein unmöglich gemacht. Nicht nur weil in diesen Gebieten ein volles Viertel der zu besiedelnden Gutsflächen liegt. Ein fremdes Staatswesen, das seine eigene Lebensfähigkeit erst noch zu beweisen hätte, nachdem es an der politischen Unfähigkeit seiner oberen Klassen zugrunde gegangen ist, würde Millionen von Deutschen sich unterwerfen, die mit ihrem Besitztum integrierende und unentbehrliche Bestandteile unserer Volksgemeinschaft sind. „Länder, die von einer unzweifelhaft polnischen Bevölkerung bewohnt sind," wie es in der 13. Friedensbedingung Wilsons heißt, gibt es überhaupt nicht, nur in schmalen Grenzstücken, weil überall zwischen den polnischen deutsche Dörfer, Güter und Städte liegen, und weil die polnische Bevölkerung dieser Landschaften erst durch die Deutschen zu Freiheit und Wohlstand erhoben worden ist.

Einem neuen Rheinbund entgegen?

Von Archivdirektor Dr. Paul Wentzcke (Düsseldorf)

Ob sich die Berliner „Regierung" nach dem 19. Januar zu der Tatkraft aufraffen wird, die nicht nur Deutschland, sondern die ganze gesittete Welt von ihr erwartet? — Wir am rechten Rheinufer, von Lörrach bis hinunter nach Düssel-

Digitized by Google

dorf und Emmerich haben dies Vertrauen auf solche Wandlung bereits verloren. Langsam, aber stetig zerfrißt der Zweifel das Band des Vertrauens, das eine gerade hundertjährige gemeinsame Geschichte gewirkt hatte. Die militärischen, politischen und wirtschaftlichen Interessen, die im 19. Jahrhundert von dem nationalen Gemeinschaftsgefühl überwölbt wurden, sind gefallen, und langsam sinkt der stolze Bau des Reiches zusammen. Noch wahrt Deutschland nach außen hin seine territoriale Größe, aber die Grundpfeiler sind unterhöhlt, und jeder Tag kann den Einsturz bringen, seitdem Elsaß-Lothringen rettungslos verloren ist.

In der Tat: wie seit dreieinhalb Jahrhunderten sind auch heute wieder Elsaß und Lothringen „Schicksalsländer" des Reiches geworden. Tagtäglich führen es uns die Berichte vom linken Rheinufer vor Augen! Nach dem Verlust von Metz und Straßburg stehen ganz Süd- und Westdeutschland dem Einfluß und dem Angriff der Westmächte offen. In ungeheurem Maße wiederholt sich die Entwicklung, die uns die deutsche Geschichte des Zeitalters vom dreißigjährigen Kriege bis zur Reichsgründung Bismarcks zeigt. Eine Rheinbundzeit steht uns bevor, wie sie unsere Vorfahren von 1658 und von 1806 kaum zu ahnen vermochten.

Süddeutschland wird bereits heute wie damals von den Kanonen von Straßburg beherrscht. Der Besetzung von Brückenköpfen bedarf es dort am Oberrhein nicht mehr. Ganz Baden ist ja nichts anderes als das Glacis der elsässischen Festung, über das hinweg die modernen Geschütze von 120 Kilometer Tragweite Stuttgart und Darmstadt mit direktem Schuß bedrohen! Offen frohlocken die französischen Regierungsblätter, daß auch das englische Kabinett nach dem Ausfall der jüngsten Wahlen bereits seine Zustimmung zur „strategischen Abgrenzung" Frankreichs an der elsässischen Nordgrenze gegeben habe. Nicht nur Landau wird bereits heute amtlich zu Frankreich gezählt. In der ganzen Südpfalz ist der französische Sprachunterricht, zum Teil mit drei bis vier Stunden wöchentlich, in der Volksschule durchgeführt. Und trotzdem stehen alle diese Vorbereitungen zur künftigen „Selbstbestimmung" der Völker weit zurück gegen den Druck, den die Besitznahme Lothringens moselabwärts das ganze Mittel- und Unterrheintal entlang ausübt.

Als Ludwig XIV. den Rheinbund von 1658 schloß, erlangte er durch die Angriffsbastionen Straßburg und Metz, die nach dem treffenden Wort Richelieus die Pforten zum Einmarsch ins Innere Deutschlands stets offen hielten, den überragenden militärischen, politischen und geistigen Einfluß im Reich. Dieser Druck konnte nachlassen, als die militärische Kraft Frankreichs erlahmte. Das ancien régime der Bourbonen besaß nicht die Fähigkeit, sich auch die wirtschaftlichen Schätze der unterworfenen Länder dienstbar zu machen, solange Frankreich selbst kein straff zentralisierter Ein-

Digitized by Google

heitsstaat war. Und noch weniger vermochte das schöngeistige, weltbürgerliche Zeitalter der Enzyklopädisten die nationale Eigenart der Elsässer und Rheinländer zu entwurzeln. Erst die große französische Revolution hat bekanntlich diese Einheit erreicht und mit ihr das Elsaß gewonnen. Mit dem brutalen Machtstreben der Richelieu und Ludwig XIV. verbündeten sich die „Ideen von 1789", und zugleich nutzte Napoleon I. rücksichtslos auch die wirtschaftlichen Kräfte der Rheinbundstaaten von 1806 aus. Die Kontinentalsperre gegen England richtete vor allem die rechtsrheinischen Lande zugrunde, die selbst nicht ins französische Zollgebiet einbezogen, sondern ohne jeden Entgelt für die Interessen der napoleonischen Weltherrschaft ausgeraubt wurden.

Was damals vernichtet worden ist, konnte zunächst nicht einmal der deutsche Zollverein ersetzen, dessen hundertjähriges Bestehen im Vorjahre klanglos vorüberging. Erst die Wiedererwerbung von Elsaß und Lothringen stellte die wirtschaftliche Einheit des Rheinlands wieder her, die vor allem die wechselseitige Schutzzollpolitik Frankreichs und Deutschlands völlig vernichtet hatte. Die Zeit mittelalterlicher Kaiserherrlichkeit schien wieder zu erstehen, als endlich die Rheinschiffahrt von der Nordsee bis hinauf nach Straßburg und Basel wieder aufgenommen werden konnte, und aufs engste verband sich mit dieser uralten Verkehrsstraße eine neue industrielle Gemeinschaft, die sich nach der Einführung des Thomasverfahrens zwischen Ruhrkohlengebiet und lothringischer Minette ausbildete.*) Auf die Gefahr hin, allen Lesern nur längstbekannte Zahlen zu wiederholen, muß doch auch hier nachdrücklich darauf hingewiesen werden, daß zuletzt von der gesamtdeutschen Eisenerzeugung von 27 Millionen mehr als 21 Millionen Tonnen aus dem Minettegebiet stammten, und daß von den gewinnbaren Vorräten an deutschen Eisenerzen mehr als 76 v. H. in Lothringen lagen. Noch vor zwei Jahren konnte Otto Hue daher als Vertreter der Bergarbeiterschaft betonen, daß die gewaltsame Lostrennung Elsaß-Lothringens für die Eisen- und Stahlindustrie Deutschlands und für die mit ihr verwandten Industrien einen tötlichen Schlag bedeute, Millionen und Abermillionen von Arbeitern brotlos mache.

Mit dieser Waffe in der Hand marschieren Frankreichs Heere heute aufs neue aus den Toren von Metz aus. Zu den Ideen vom ewigen Frieden und vom Völkerbund, die schon Ludwigs XIV. Raubscharen voranschritten, und zu den „Ideen von 1789" gesellt sich neben der militärischen Überlegenheit, die rein geographisch schon auf dem Besitz von Straßburg und Metz beruht, der gewaltigste Helfer von allen, der Hunger: der Hunger nach Rohstoffen und dahinter der Hunger nach dem täglichen Brot!

*) Ich darf hier auf meine Flugschrift verweisen: Was ist Elsaß-Lothringen dem Reich? Straßburg, K. J. Teubner, die bereits kurz vor der Revolution erschien.

Digitized by Google

Unter diesem Gesichtspunkt in erster Reihe sind die Bedingungen zu verstehen, die schon am 15. Dezember der deutschen Waffenstillstandskommission gestellt wurden: Fortsetzung der bisher üblichen Lieferung von Rohstoffen nach Lothringen mit Kohlen, Koks, Manganerzen, Maschinenersatzteilen, Treibriemen und Motoren. Ist das ganze Rheintal im letzten halben Jahrhundert ein einheitliches Wirtschaftsgebilde geworden, so lockt unerbittlich die französische Logik, so muß es nach der Besetzung des Teilstücks Lothringen eben vollständig von Frankreich und seinen Helfern abhängig werden. „Unerbittliche Ausbeutung der Rheinlande bis zu ihrer Abtrennung" fordert schon heute offen die Pariser Presse. Wenn sie dabei auch scheinbar noch lediglich die linksrheinischen Gebiete im Auge hat: gerade am Niederrhein sind die Industriezentren auf beiden Ufern so unmittelbar aufeinander angewiesen, daß eine Trennung nach Flußgrenzen ganz unmöglich erscheint. Und ohne die Ruhrkohle darf Frankreich zudem gar nicht an wirkliche Ausbeutung seiner neuerworbenen Minettefschätze denken, da es schon vor dem Weltkriege seine eigenen Erzlager nur zum geringsten Teil mit eigenem Brennstoff verhütten konnte! Mit unerbittlicher Gewalt greift der künftige Rheinbund aufs rechte Rheinufer hinüber, seitdem die Linie Essen—Metz die stärkste Lebensader Westdeutschlands geworden ist.

In diese militärischen, politischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge spielt nun das Zentrum alte innerpolitische Wünsche und Hoffnungen hinein. Schon 1830 glaubten die Vorkämpfer der klerikalen Bestrebungen im Rheinland im Anschluß an die belgische Unabhängigkeitsbewegung die Zeit für ein neues, rein katholisches Gemeinwesen gekommen. Im Jahre der ersten deutschen Volksrevolution, 1848, wiederholten sich diese Absonderungsgelüste vom „protestantischen" preußischen Königtum, als das Staatsrecht wie heute „von den Dächern gepredigt" wurde. Im Kranze der Heerschilde und Verwaltungsbezirke, in die damals die Publizistik gern das künftige Deutschland — nicht anders wie heute! — zu teilen liebte,*) erschien die rheinisch-westfälische Republik im gleichen Ausmaß und mit denselben Tendenzen, wie sie vor wenigen Wochen erst die „Kölnische Volkszeitung" proklamierte. Wie es scheint, wird ein Volksreferendum schon in diesen Wochen am linken Rheinufer vorbereitet. —

1. Wie stellen Sie sich zu einer rheinisch-westfälischen Republik im Anschluß an Deutschland?

2. Wie stellen Sie sich zu einer rheinisch-westfälischen Republik in voller Selbständigkeit?

3. Wie stellen Sie sich zu einer Angliederung des Rheinlandes als Provinz an Frankreich?

So werden schon jetzt nach unwidersprochenen Meldungen die Fragen an die

*) Zahlreiche Beispiele, die heute mehr als „aktuell" anmuten, in meiner kritischen Bibliographie der Flugschriften zur deutschen Verfassungsfrage, 1848—51. 1911.

Digitized by Google

Bevölkerung formuliert. Wie die Antworten ausfallen werden, hängt nicht von nationaler Gesinnung ab, sondern von dem wirtschaftlichen Druck und von den wirtschaftlichen Versprechungen, die die Entente in der allernächsten Zeit verhängen und austeilen wird. Das einzige, was die Stimmung noch verbessern und zum Aushalten beim deutschen Staatsleben mahnen kann, ist und bleibt ein straffes Auftreten der Reichsleitung, das allen Kreisen die Gewißheit gäbe, daß noch ein selbstbewußtes Deutschland hinter den Massen steht, die jetzt täglich mehr von Berlin abgestoßen werden.

Volk in Not! so tönt es laut und vernehmlich aus dem Berliner Blätterwald. Wird derselbe Ruf Anklang und Widerhall finden, wenn er vom Rhein zur Weichsel zurückschallt? Noch ist es Zeit, zum wenigstens das Selbstgefühl der Rheinländer zu kräftigen, ihnen den Mut zum Widerstand wiederzugeben. Aber es ist die allerhöchste Zeit! Der deutsche Agrarstaat ist durch die schmähliche Preisgabe seiner Ostprovinzen bereits vernichtet. Soll das Herz seines Industriegebietes folgen? Will Berlin, will Mitteldeutschland Trier, Aachen und Köln, Düsseldorf und Essen, Straßburg und Metz folgen lassen?

Vom Kriegsanleihemarkt

Bei all den schweren Schicksalsschlägen, die auch in wirtschaftlicher Beziehung über uns hereinbrachen, ist ein erfreulicher Umstand zu verzeichnen: das ist die Kursentwicklung unserer Kriegsanleihe. Als im November die Katastrophe allen klar geworden war, da ging ein schwerer Pessimismus durch die Reihen derjenigen, die Kriegsanleihe gezeichnet hatten. Man verwies auf den gewaltigen Umlauf dieses Typs in Höhe von etwa 100 Milliarden, auf die noch nicht fundierten schwebenden Schulden, auf die kommenden Entschädigungsansprüche der Feinde usw. Wenn auch immer wieder darauf hingewiesen worden war, daß ein sogenanntes Interventionskonsortorium gebildet würde, das heißt also eine Gruppe von Banken sich um den Verkauf der an den Markt kommenden Beträge kümmern und den Kurs einigermaßen halten würde, so schrikt doch gar mancher zur Abstoßung der von ihm gezeichneten Anleihe, ohne allzusehr auf den Kurs zu sehen. Die Folge davon war ein scharfer Rückgang. Zwar nahm das Reich durch seine Vertrauensstellen zunächst die Anleihen zu 96, später 95, 94 usw. auf. Das war aber nur ein beschränkter Betrag. Was darüber hinaus an den Markt kam, wurde im sogenannten freien Verkehr von kleineren und mittleren Bankiers nur zu wesentlich niedrigeren Kursen gekauft. Die Folge davon war, daß unsere Kriegsanleihen an den Börsen bis zu 87¾ Prozent heruntergingen.

Digitized by Google

Ganz zu schweigen von jenen Verkaufsvorgängen, die sich abseits der Börsen auf dem platten Lande abwickelten. Dort verstanden es und verstehen es vielleicht auch heute noch gewiegte Schwindler, den Bauern derartig Angst zu machen vor dem kommenden Staatsbankerott usw., daß diese unerfahrenen Leute froh sind, wenn sie 75 Prozent für die Anleihen bekommen.

Diese Abwärtsbewegung ist jetzt endlich nicht nur zum Stillstand gelangt, sondern sogar in das Gegenteil umgeschlagen. Das ist jenen Bestimmungen zu danken, die man bei der Begebung der Anleihen festgelegt hatte. So wurde damals, wie erinnerlich, versprochen, daß nach Beendigung des Krieges beim Verkauf von Heeresgut Kriegsanleihe zum Nennbetrag in Zahlung gegeben werden könne. Da es sich hier um sehr erhebliche Beträge handelt, so mußte das auf den Kurs selbstverständlich günstig wirken. Noch viel wichtiger aber sind die Bestimmungen in den so mannigfachen neuen Steuergesetzen. Allenthalben ziehen diese die Zahlung der Steuern durch Kriegsanleihe vor. Bei manchen ist sogar die Ablieferung von 50 Prozent der zu zahlenden Beträge in Anleihen vorgeschrieben. Derartige Bestimmungen schaffen selbstverständlich in ganz außerordentlichem Maße Käuferschichten an der Börse, und so darf es nicht wundern, wenn gegen Ende Januar die Kriegsanleihe auf einen Kurs von 91,20 sich verbessert hat. Da auf der anderen Seite die Reichsbank den Kurs, zu dem die Banken beschränkte Beträge aufnehmen dürfen, allmählich auf 92 heruntergesetzt hat, so ist wohl in absehbarer Zeit zu hoffen, daß es am Anleihemarkte nur mehr einen Kurs gibt und nicht mehr wie früher zwei weit voneinander verschiedene, von denen nur jene Elemente Vorteil haben, die von dieser Einrichtung der Reichsbank wissen. Diese Absicht, die Kurse sich gegenseitig nähern zu lassen, war schon seit geraumer Zeit von den zuständigen Behörden ausgesprochen worden und ist nunmehr annähernd erreicht.

An und für sich würde vermutlich die Erholung des Kurses noch schneller vor sich gegangen sein, wenn nicht die neuen Steuergesetze das Vorzugsrecht der vollen Leistung der Steuer in Kriegsanleihe auf diejenigen beschränken würde, die tatsächlich seinerzeit sich bei den Zeichnungen beteiligt haben. Der Sinn dieser Bestimmung ist der, daß man nicht etwa jenen, die unpatriotischerweise seinerzeit überhaupt keine Anleihen gezeichnet haben, heute es ermöglicht, zu einem wesentlich niedrigeren Kurse, als er damals vorgeschrieben war, sich in Anleihen eindecken zu können. Leider hat diese Bestimmung, wie häufig unsere Gesetze, eine große Lücke. Es wird nämlich nur der Nachweis verlangt, daß man Anleihe *gezeichnet* hat, nicht aber der Nachweis des Besitzes gefordert. Somit können alle diejenigen, die seinerzeit große Beträge gezeichnet, sie aber sofort wieder verkauft haben — und das waren sehr viele der Kriegslieferanten — heute mit außerordentlichem Gewinn sich wieder eindecken. Was das unter Umständen bedeutet, sei an einem Beispiel erörtert: Es ist bekanntlich verfügt worden,

Digitized by Google

daß niemand mehr als 200 000 Mark Vermögenszuwachs während des Krieges haben darf. Wenn nun etwa ein Kriegslieferant in den letzten viereinhalb Jahren sich eines Vermögenszuwachses von 10 Millionen erfreuen kann, so hat er 9,8 Millionen Steuer zu zahlen. Für diesen Betrag kauft er sich, sofern er seinerzeit gezeichnet, aber inzwischen die Anleihen wieder abgestoßen hat, Kriegsanleihen. Diese kosten ihn höchstens 9 Millionen Mark. Es verbleiben ihm trotz allem etwa 800 000 Mark Kriegsgewinn neben 200 000 Mark steuerfreiem.

Die außerordentliche Bevorzugung der Kriegsanleihen bei der Steuerzahlung bringt neben der Befestigung des Kurses auch noch einen weiteren sehr bedeutenden Vorteil. Sie bewirkt nämlich einen starken Abbau der außerordentlich bedenklichen Überschwemmung unseres Landes mit Scheinkapital jeglicher Art. Es ist schon häufig darauf hingewiesen worden, daß heute, wo wir so unendlich arm geworden sind, eine Vermögensaufstellung der einzelnen Wirtschaften vermutlich ein sehr überraschendes Ergebnis bringen würde, nämlich die Tatsache, daß insgesamt die Bewohner Deutschlands kaum ärmer geworden sind als seit Mitte 1914. Das kommt daher, daß wir durch die Schaffung der vielen Kriegsanleihe und durch andere ähnliche Maßnahmen neben dem wirklichen Kapital unzählige Milliarden von Scheinkapital hervorgezaubert haben, die nun jene Erscheinung bewirken, die man als Inflation bezeichnet, es ist in unglaublichem Maße zusätzliche Kaufkraft geschaffen worden, die nun jene unerträgliche Teuerung hervorgerufen hat, an der wir alle so empfindlich leiden. Der Abbau dieser Inflation, dieses Scheinkapitals, ist eine der dringlichsten Notwendigkeiten. Wenn nun durch kräftige Steuergesetze hier ein Anfang gemacht wird mit der Kriegsanleihe, so werden sich die wohltätigen Wirkungen in absehbarer Zeit zeigen, da gleichzeitig der Anleihekurs gehoben und die Steuerlast des Reiches gemindert wird, so kann man mit diesen Maßnahmen der neuen Regierung sehr wohl zufrieden sein. **Linter.**

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolb, Berlin W 35, Grunewalder Ufer 30 a I. Für Anzeigen F. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.70, übriges Ausland M. 8.—. Einzelnummer 50 Pfg. / Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 48.

Digitized by Google

4. Jahrgang * 7. Februar 1919 * Heft 6

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Jetzt erst beginnt in Deutschland der Kampf um die Macht, und das Feldgeschrei: Nationalversammlung oder Räteregierung? erhält eine weit ernsthaftere Bedeutung, als bei den Redeschlachten im Dezember. Denn nun ist die Nationalversammlung zusammengetreten; aber die Berliner A.u.S.-Räte beantragen, daß gleichzeitig wieder ein deutscher Rätekongreß einberufen werde. Gibt der „Zentralrat", gibt die Reichsleitung diesem Ersuchen statt, so haben wir in Deutschland glücklich zwei Parlamente, von denen des demokratisch-ernsthafte die Nation vertritt, das „revolutionäre" aber neben der Spartakistendrohung einen dauernden Kompetenzenstreit bedeutet. Die Reichsleitung wird vermutlich den Wunsch haben, ernsthaft mit der Nationalversammlung zu arbeiten, denn diese Arbeit ist der einzige Weg zum Frieden; sie muß dann aber auch die Kraft finden, sich von dem Mandat des Zentralrats loszureißen und damit den Arbeiterräten ihren provisorischen Charakter bestätigen. Dazu gehört etwas Mut, denn wer Rentner der Macht geworden ist, und seine mangelhafte Fähigkeit mit einer Legende von Verdiensten umwoben hat, weicht nicht gerne von der Stelle, die er an sich gerissen hat. Das gilt für das Reich, das gilt für Staaten und Gemeinden. Freilich, die Revolution hat sich die Bequemlichkeit angewöhnt, alles, was gegen ihren Dilettantismus und die staatliche Verantwortungslosigkeit ihrer Unterorgane gerichtet ist, als „gegenrevolutionär" auszuschreien. Das strengt die Gehirne wenig an. Wann wird hier ein Strich gezogen? Deutschland ist dabei, sich die am meisten demokratische Verfassung der Welt zu geben und mit den alten Gewalten abzubauen. Wird es damit ernst, dann wollen wir uns aber auch kein Revolutions-Antiquariat anlegen. Dafür war der ganze Betrieb zu geistlos.

*

Die Aussichtslosigkeit, daß Preußen eine sozialistische Mehrheit erhalte, hat die Regierung Hirsch veranlaßt, eine neue Gemeindewahlordnung für Preußen zu oktroyieren. Man schafft im großen Stil: die Wählerlisten der

Digitized by Google

Nationalversammlung gelten auch für die Gemeinden. Nur nicht kleinlich sein! Was an Soldaten noch in den Kasernen steckt, was wegen der hohen Erwerbslosenunterstützung in den Großstädten sich sammelt, wird im Februar noch Schicksal für die preußische Gemeindepolitik spielen. Nun ist außer Zweifel: die preußische Gemeindeordnung ist der Auffrischung durch Demokratie dringend bedürftig. Aber dieses Vabanque-Spielen mit einer Gewaltverordnung, knapp vor dem Zusammentritt der gesetzgebenden Körperschaft, bedroht die letzten Einrichtungen, die sich gegenüber der Wirrung und Demagogie halbwegs intakt halten konnten. Die Maßnahme ist nur erträglich, wenn sie gleichzeitig zu einer Befreiung der Gemeinden von dem Hineinregieren unverantwortlicher Lokalgewalten führt.

*

In Bern werden die ersten Fäden der sozialistischen Internationale neu geknüpft. Stockholm wiederholt sich mit anderen Vorzeichen. Die deutschen Sozialisten sind unsicher, ob sie als Sieger, ob sie Mitleid heischend auftreten sollen. Die von der Mehrheit haben ernsthafte Männer, wie Molkenbuhr und H. Müller, entsandt, für die „Unabhängigen" hat sich aus Wichtigtuerei Eisner eingefunden, und es ist anzunehmen, daß er dem gefährlich werden kann, was positiv in Bern möglich ist: Probleme der internationalen Sozialpolitik auf einen Nenner zu bringen. Im übrigen werden die nächsten Monate das zeigen müssen, ob der westliche Sozialismus eine Macht geworden ist oder werden wird. Heute zeigt er sich noch als eine deklamierende Ohnmacht.

*

Immer wieder taucht in der holländischen Presse die Meldung auf, daß die irische Frage vor einer sensationellen Wendung stände. Die Sinn Feiner sollen mit aller Macht an der Aufrichtung der irischen Republik arbeiten. Es ist daher nicht unzeitgemäß daran zu erinnern, daß der russische Exdiplomat und Journalist Brantschaninow schon am 28. März 1914 (Nowoje Sweno Nr. 13) die Ansicht ausgesprochen hat, daß „ein Krieg für die englische Regierung einen Ausweg aus den inneren Schwierigkeiten der Homerulfrage bedeute". „Und," fügte er hinzu, „ist es nicht seltsam zu denken, daß Europa wegen der irländischen Frage in anderthalb bis zwei Monaten einem allgemeinen Kriege entgegengeht." Dieser Satz ist der Schlüssel zum Rätsel, warum England, das noch während des Balkankrieges den russischen Kriegstreibern abgewinkt hatte, den russischen Lockungen im Jahre 1914 nicht mehr Widerstand leistete. Auch England hat damals das alte russische Rezept, innere Gährungen nach außen hin explodieren zu lassen, angewandt. Ob mit Erfolg, erscheint fraglich, weil die Sinn Feiner-Bewegung, wie die Wahlen gezeigt haben, im Kriege rapid zugenommen hat und jetzt drauf und dran zu sein scheint, eine Kraftprobe zu versuchen.

Digitized by Google

Der Völkerbundsgedanke und die deutsche Staats- und Rechtsidee

Von Professor Dr. Kurt Wolzendorff, Königsberg i. Pr.*)

Als vor hundert Jahren die deutsche akademische Jugend noch von dem heiligen Streben durchglüht war, auch auf politischem Gebiete dem Volke Pfadfinder zu sein zum ideellen Ziel, da ist ein herrlicher Vers gedichtet worden, den die Enkel noch heute singen:

Seid der Väter heiligem Brauche treu,
Doch denket der Nachwelt auch dabei.

Das Denken an die Nachwelt, an die Rettung unserer Zukunft, ist in der Gegenwart zu so unerbittlichem Zwange geworden, daß uns Heutige jene Mahnung fast in umgekehrtem Sinne trifft: wie vereinen wir mit der realpolitischen Sorge für unsere Zukunft, der ja doch die Marschroute gebunden ist, die Treue gegenüber den ideellen Werten unserer Volksgeschichte?

Freilich: es handelt sich hier um eine rein ideelle Frage, um die Frage grundsätzlicher geistiger Stellungnahme zu den Problemen menschlicher Gemeinschaftsordnung. Ob die Beschäftigung mit solchen Fragen überhaupt und besonders in Zeiten so ungeheurer Zusammendrängung realer politischer Aufgaben irgendwelchen Wert hat, darüber wird man nun zwar verschieden denken — aber nicht streiten können. Denn das sind einfach Dinge der Überzeugung, der Weltanschauung. Es ist reine Überzeugungssache, ob man in die Frage nach dem politisch „Richtigen" die Frage mit einschalten will: können wir das mit unseren Grundanschauungen vom menschlichen Gemeinleben vereinbaren? Eine Weltanschauung, die den Glauben an die Rechtsidee in sich birgt, muß jenen Überzeugungswillen haben. Für sie — und nur für sie kann ich dabei sprechen — gibt es durchaus kein Ausweichen vor der Frage:

Wie verhält sich das deutsche Staats- und Rechtsdenken zur Idee des Völkerbundes?

Der Altmeister deutscher Rechts- und Staatslehre, O. v. Gierke, hat schon vor

*) Diese Abhandlung ist die Wiedergabe eines am 20. Dezember 1918 in einer öffentlichen Versammlung zu Königsberg i. Pr. auf Einladung der dortigen Ortsgruppe der Deutschen Friedensgesellschaft gehaltenen Vortrags. Eine eingehendere wissenschaftliche Begründung ihrer Gedankengänge und Offenlegung der Quellen gibt die demnächst erscheinende Arbeit des Verfassers über „Deutsches Völkerrechtsdenken". — Seine Auffassung von der Eigenart der deutschen Staats- und Rechtsidee hat der Verfasser dargestellt in seiner Studie „Vom deutschen Staat und seinem Recht" (1917) und dem Buche „Staatsrecht und Naturrecht" (1916); vgl. ferner den demnächst in der Zeitschrift für deutsche Politik erscheinenden Aufsatz „Zur Psychologie des deutschen Staatsdenkens".

Digitized by Google

Jahren gesagt, daß bei der mit der Beendigung des Weltkrieges einsetzenden großen Aufgabe des Wiederaufbaues des Völkerrechts das deutsche Volk das Beste zu geben haben werde und daß es dies aus der Tiefe und Einheit seiner Rechtsidee geben müßte. Es ist aber doch leider eine ebenso traurige wie unumstößliche Tatsache, daß in dem Bilde „deutschen Wesens", das die „geistigen Führer der Nation" während vier Kriegsjahren ausgemalt haben, beim besten Willen nichts von dieser schöpferischen Kraft der deutschen Rechtsidee zu erkennen ist. Inzwischen ist die Einsicht allgemein geworden, auf gar schmerzliche Weise allgemein geworden, daß dies Bild ein böses Phantasiebild war. Aber damit ist wenig geholfen, daß wir nun dies falsche Bild wegwerfen. Denn wenn wir uns nun nach einem echten Bilde umsehen, dann bemerken wir mit wachsender Beklemmung, daß, solange wir auch die Ateliers unserer modernen Meister durchgehen, wir nichts recht Klares und Anschauliches finden. Doch kann das denjenigen, der sich über die „ganze Richtung" unseres Geisteslebens und ihre „Gesinnungs"-Übertünchung im letzten halben Jahrhundert klar ist, keine Enttäuschung bedeuten. Denn er weiß, daß er die Erscheinungsformen des deutschen politischen Idealismus vor 1866 suchen muß, da mit dem Erfolge von Königgrätz Bismarck die letzten Wirkungsmöglichkeiten des klassischen deutschen Idealismus in der Psyche des deutschen Bürgertums vernichtet hatte. Er weiß aber auch, daß wir ihren publizistischen Erscheinungsformen die deutsche Denkweise in staatlichen und rechtlichen Dingen das schwarz-rot-goldene Ideal von „Freiheit und Recht" aus dem Volksempfinden damals ebensowenig ganz ausgelöscht werden konnte wie 1817: „Der Geist lebt in uns allen".

Diesen Geist gilt es zu erkennen. Es handelt sich dabei einfach um gedankliche Klärung dessen, was uns im Bewußtsein ist. Wir wollen uns nicht künstlich etwas zurechtmachen, sondern nur psychologische Realitäten in ihrer Erscheinung aufdecken. Wo aber könnten wir deutsches Staatsdenken in klarerer und reinerer Erscheinung zu finden hoffen, als in jenem starken Hervorbrechen deutschen Volksbewußtseins, das vor hundert Jahren die Volkserhebung in den Freiheitskriegen brachte? Denn dort ist der Staatsgedanke des neuen deutschen Verfassungs- und Rechtsstaates entstanden, den das 19. Jahrhundert dann praktisch ausgebildet hat — und dessen Schicksalswende wir heute erleben.

Damals hatte mit der französischen Revolution eine neue Epoche der Menschlichkeitsgeschichte begonnen. Das Programm der „grandes idées de 1789" hat zwar nicht die neuen deutschen Staatsgedanken geschaffen. Aber diese Ideen haben ihn ins Leben gedrängt; ins Leben gedrängt durch ihre Wirkung Die Volksheere der französischen Revolution und ihres gewaltigen Sohnes hatten die Maschinerie des absolutistischen friderizianischen Staatssystems über den Haufen geworfen. Nur mit gleichen Kräften konnte der preußische Staat der

Digitized by Google

neuen Macht gegenüber sich wieder durchsetzen: nur mit der Volkskraft. Er mußte die Organisation seines Lebens auf das Volk gründen.

So ist das preußische Volksheer entstanden. Seine Bildung bedeutete die Staatenwende in der Geschichte des deutschen Volkes. Bewußt hatten seine Schöpfer mit dieser militärischen Einrichtung ein organisatorisch-politisches Prinzip zur Auswirkung gelangen lassen, das in sich ein Rechtsprinzip ist.

Die Stellung des Staates auf die Lebenskraft des Volkes ist das politisch-organisatorische Prinzip. In der Art seiner Verwirklichung ist es ein Rechtsprinzip: das Prinzip der rechtlichen Pflicht aller gegen alle, die alle zu Genossen im Recht macht. Alle sind der gleichen Rechtsordnung teilhaftig. Und in dieser genossenschaftlichen Teilhaftigkeit an der rechtlichen Ordnung der Gemeinschaft ist diese selbst gegründet; rechtlich und politisch. Das heißt: mit der Gründung des Volksheeres ist anerkannt, daß der Staat Rechtsstaat, seine Macht rechtlich gebunden ist; daß er Volksstaat, sein Recht das des Volkes ist. So war es von den Schöpfern des preußischen Volksheeres gedacht. Die Organisation des Volksheeres sollte die „Kriegsverfassung" des Staates, eine Seite also nur der gesamten Verfassung des Staates sein. Daher war die Bildung des Volksheeres unternommen worden als politisch- und rechtsgedanklich einheitliche Aktion zusammen mit der Einführung der Selbstverwaltung in den Städten, der Bauernbefreiung (als Vorstufe dazu auf dem Lande) und den Verheißungen einer konstitutionellen Verfassung durch den König. Und so war es auch allgemein aufgenommen worden von der politischen Ideologie jener Zeit, von den Dahlmann, Welcker, Rotteck, Benzenberg, Görres und wie sie alle heißen. Damit war ein neues deutsches Staatsdenken geweckt worden, in dem doch nur das uralte germanische Gemeinschaftsdenken wieder auflebte.

Wenn die französische Revolution die Grundprinzipien der neuen Staatsepoche aufgestellt hatte in den angeborenen „Rechten und Freiheiten der Menschen und Bürger", so ging das letzten Endes zurück auf das alte deutsche Denken. Die „angeborene Freiheit", die 1789 proklamiert wurde, war schon wörtlich, aber in deutscher Sprache und aus deutschem Rechtsdenken proklamiert worden 1581 in jener „Haager Akte", mit der sich die Niederländer von der Herrschaft des mächtigsten Monarchen der Welt um ihrer Glaubensfreiheit willen absagten. Das war die alte deutsche Idee des Geburtsrechts (birthright), des „ererbten" Rechts, von dem wir bei Schiller die Schweizer auf dem Rütli reden hören: das Recht seines Volkes haftet dem Menschen an von der Geburt; es ist ihm Persönlichkeitseigenschaft. Daher ist es zugleich das Band, das alle Genossen zur Gemeinschaft fügt, so in der Vielheit die Einheit bildend.

Digitized by Google

Einheit in der Vielheit ist die deutsche Geistesform. Auf ihr beruht die aus den Einzelheiten heraus und über sie hinaus zur einheitlichen Wölbung wachsende Architektur des gotischen Domes wie die alte deutsche Verfassungsidee des „ordre gotique", von dem Montesquieu sprach. So lebt sie noch heute in dem durch die „Aufrechten" Gottfried Kellers uns so vertrauten Schweizer Gemeinschaftsideal. „Freundschaft in der Freiheit".

Daher aber auch umgekehrt: Lebensprinzip der Gemeinschaft ist der rechtliche Wille der Genossen. Nicht das Interessenprinzip der „do ut des": Treue um Treue; sondern das Rechtsprinzip: gleiche gemeinsame Treue gegenüber dem Recht, die Rechtstreue aus sittlicher Pflicht. „Justitia" nannte das die mittelalterliche Rechtslehre. Und als jene Niederländer 1581 unter Berufung auf ihr „angeboren vryheidt" gegen den König von Spanien in den Kampf zogen, da sangen sie das Lied von „Wilhelmuß von Nassouven", der Gott mußte „obvedieren in der gerechtigkeet". So hat in stärkster Innigkeit Zwingli das einige Grundprinzip der sozialen Ordnung für den einzelnen wie für die Gemeinschaft genannt: „die lieb der gemeinen grechtigkeit".

Treue gegenüber dem Recht ist das Lebensprinzip des Staates im deutschen Denken. Nur nach dem Rechtsprinzip kann der Staat leben. Das muß seine Stellung auch gegenüber anderen Staaten bestimmen. So ist überhaupt nur ein Völkerrecht, ein Recht zwischen den Staaten denkbar: weil das Recht in dem einzelnen Staat lebt, verbindet es ihn allen anderen Staaten, in denen das gleiche Recht lebt, zum Genossen.

Tatsächlich ist das Völkerrecht auch nichts anderes als eine rein genossenschaftliche Rechtsordnung. Unsere Wissenschaft hat das längst erkannt; freilich ohne die Bedeutung des Zusammenhangs mit der deutschen Rechts- und Staatsidee zu erkennen. Das ist das Wesen der rein genossenschaftlichen Rechtsordnung: sie hat ihre Garantie nicht in einer zur Selbständigkeit organisierten Autorität, wie die Rechtsordnung im Staate, wo nur das materielle Lebensprinzip der formell zur Selbständigkeit ausgebildeten Autorität genossenschaftlich ist. Prägnanter hat man (G. Jellinek) deshalb das Völkerrecht als „anarchisches Recht" bezeichnet. Es hat tatsächlich nicht nur seine ideelle Grundlage — wie auch das Staatsrecht — sondern auch seine Garantie allein im Rechtswillen der Genossen der Gemeinschaft. Deshalb hängen Rechtsstaat und Völkerrecht zusammen. Denn der Rechtsstaat trägt das Prinzip rechtlichen Wollens in sich.

Das Völkerrecht beruht auf der genossenschaftlichen Rechts- und Gemeinschaftsidee des deutschen Denkens. Daher auch seine Geistesform, die jenes ist, die Einheit in der Vielheit. In der Vielheit der Rechts-

Digitized by Google

staaten wirkt das Recht, denn es lebt in den einzelnen. So zwingt es die Vielheit aus sich selbst heraus und über sich selbst hinaus zur Einheit der Völkerrechtsgemeinschaft.

Damit ist aber zugleich schon ein weiteres gegeben: wenn das Rechtsprinzip im Einzelleben durch sein eigenes Wesen über sich selbst hinaus in der Vielheit zur Einheit strebt, muß das zu immer festerer Verwachsung der Genossen mit der Gemeinschaft führen. Die Lebensfestigung der Wurzel muß die Triebkraft im organischen Wachstum stärken: mit der inneren Verdichtung des Rechtsprinzips im Staatsleben wird unmittelbar dessen äußere Wirkung im Staatenleben, die völkerrechtliche Gemeinschaftsbildung verstärkt. Sehen wir näher zu.

Staaten, die — im Recht errichtet — auf das Volk gebaut sind, können gegenüber anderen Staaten nur das Recht ihres Volkes wollen. Deshalb ist der im Recht geordnete Volksstaat unvereinbar mit dem reinen Machtprinzip. Der Machtstaat kann keine Rechtsordnung wollen, denn er stellt sein Machtinteresse über die bindende Kraft des Rechts: „clausula rebus sic stantibus". Für ihn muß „das soziale Ideal der siegreiche Krieg" sein (E. Kaufmann). Umgekehrt: das Rechtsprinzip muß den Frieden als das soziale Ideal erscheinen lassen. Denn das Recht ist Gegensatz zur Macht: gewollte Unabhängigkeit von der Macht. Recht- und Machtprinzip schließen sich aus.

Macht bedeutet: Krieg; Recht bedeutet Frieden als soziales Ideal. Auch das ist in der Überlieferung des deutschen Rechts- und Gemeinschaftsdenkens wieder besonders lebendig.

Recht ist Schutz gegen Gewalt; seine Wirkung daher „Freiheit", „Friede". Noch heute lebt dies Bewußtsein in unserem Sprachgebrauch. Wenn meine Lebenssphäre gegen gewaltsamen Einbruch von außen geschützt ist, ist sie „befriedet". Der „Burgfriede", wie heute noch in manchen deutschen Gauen (Bayern z. B.) der Stadtbezirk bezeichnet wird, kündet dem Wanderer: hier bist du geborgen im Schutze des Rechts dieser Stadt. Die Wirkung des Rechts, das Ziel des Rechts ist dem deutschen Denken: Friede. Das Völkerrecht ist aber eine Rechtsordnung nach der deutschen Rechts- und Gemeinschaftsidee. So ist als sein Ziel nur der Friede zu denken.

Ziel des Völkerrechts wie allen Rechts muß sein der Friede, d. h. Ausgleich der Interessen, statt Machtkampf zwischen den Interessen. Daraus ist zugleich die Forderung gestellt an die Entwicklungsrichtung des Völkerrechts: Die Völkerrechtsordnung muß technische Mittel zum Ausgleich schaffen, die den Kampf der Macht unnötig und unmöglich machen. Sie muß eine Autorität schaffen, die den friedenbrechenden Willen eines einzelnen Staates Schranken zu setzen vermag. Nicht rechtliche Normen, sondern rechtliche

Digitized by Google

Einrichtungen allein können sie schaffen. Denn sie müssen eine Macht bilden, die stark genug ist, den sozialen Strebungen der einzelnen Staaten gegenüber die internationale Rechtsautorität zur Geltung zu bringen. Solche Macht kann die Völkerrechtsordnung nur schaffen, indem sie real vorhandene Macht durch Rechtssatzung dem Rechtswillen der Völkerrechtsgemeinschaft zur Verfügung stellt. Das geht nur, indem die einzelnen Staaten, in denen das Recht lebt, durch Rechtsvereinbarung ihre reale Macht in den Rechtsdienst der Gemeinschaft stellen. Dazu gehört die Schaffung jener ganzen Organisation, die wir als den Völkerbund zu bezeichnen gewöhnt sind. Durch sie wird die bisher anarchische Gewalt zwischen den Völkern zu einer rechtlichen: Recht ist organisierte Macht.

Wie die Organisation im einzelnen auszugestalten ist, gehört nicht hierher. Denn für uns handelt es sich nur um die Idee, das Prinzip. Da ist es nun aber doch sehr interessant, daß das Prinzip der internationalen Organisation, soweit sie bis jetzt ausdenkbar ist, ganz dem aus der deutschen Rechtsidee erwachsenen Institutionen-System des alten deutschen Genossenschaftsstaates entspricht: sein Angelpunkt ist die Pflicht der Genossen: „rechtes zu helfen". Wie die Genossen der germanischen Volksstaaten einander Rechtes halfen, indem sie zum Rechtsspruch über seine Ansprüche als Gericht zusammentraten und den „Friedensbrecher" auf das „Gerüfte" des Angegriffenen gemeinsam bekämpften, so werden das auch die Genossen des Völkerbundes mit- und füreinander tun. Sie werden die „lantweri" der Welt bilden zur Verteidigung des „Landfriedens" der Welt.

Die Idee des Völkerbundes ist nur die Folgerung aus der deutschen Rechtsidee: die „Gemeinbürgschaft" für Recht und Friede.

Und so ist es kein Zufall, daß vor 100 Jahren, als die deutsche Rechtsidee der Jungborn wurde für den deutschen Staatsgedanken, überall auch die Idee des Völkerbundes auftauchte. Und damals dachte das deutsche Volk nach einem Siege so, denn es wußte, daß nur Völkerfreiheit und Völkerrecht die Staaten durch Vielheit zur Einheit verbinden können. „Alle Völker haben gleiches Interesse, jedem Volke das Recht der Selbstbestimmung zu erhalten", so sagte man 1815 im Hinblick auf das besiegte Frankreich, „und nie kann die Verschuldung eines Volkes so groß werden, daß es dieses Recht verwirke".*) Solches Denken ist es, das uns den moralischen Anspruch gibt, auch heute als Besiegte für einen auf wahrer Gerechtigkeit, als seiner allein denkbaren Grundlage, errichteten Völkerbund die Stimme zu erheben:

*) „Nemesis", V, 276.

Digitized by Google

Ein Völkerbund kann nur aus dem Recht, nie aus der Macht erstehen und bestehen. Nach der Rechtsidee aber kann die Gerechtigkeit als Lebensprinzip einer Gemeinschaft selbst nur Leben haben in und aus dem Leben des Rechts der einzelnen Genossen. Denn ihre Einheit besteht nicht aus und in sich, sondern nur aus und in der Vielheit des Rechts des einzelnen. Löst sie sich von dem Recht auch nur eines Gliedes, so löst sie sich von ihrer Wurzel. Das Recht hört auf, in ihr zu leben, aber es lebt weiter in seiner eigenen Wurzel, in der Brust der Völker, wohin eine höhere Macht sie gepflanzt hat. Wie über aller Gemeinschaftsordnung steht daher auch über der des Völkerbundes jenes gewaltige Wort, das John Locke vor 2½ Jahrhunderten für immer in die Geschichte des Menschengeistes geschrieben — und vor 100 Jahren Schiller uns übersetzt — hat: „where the people, or any single man, is depraved of his right, oder under the exercise of a power without right, and have no appeal an earch, then they have a liberty to appeal to heaven . . ."

Wir wissen nicht, was die nächste Zukunft uns bringen wird. Wir wissen nicht, ob unser deutsches Volk seiner Gemeinschaftsidee noch die schöpferische Lebenskraft fester Staatsbildung entnehmen und gegenüber inneren und äußeren Zersetzungsbestrebungen wird zur Lebensgeltung bringen können. Wir wissen nicht, ob die angelsächsischen Staatsmänner noch des Rechtsidealismus John Lockes — und Woodrow Wilsons — eingedenk, die Franzosen den Ideen ihrer größten Zeit treu sein werden: „les entreprises contre la liberté d'un Peuple sont un attentat contre tous les autres".

In alle Ungewißheit dringt ein weher Klang der Klage allzusehr vergessener heiliger Ideale aus der Väter Erbe, doch aber auch seltsam verheißungsvoll wie Deutung heutiger Dinge zu uns ein Wort von 1815, kündend das Werden der Völkerbundsidee aus der Erfüllung der deutschen Rechtsidee im deutschen Lande, „wo zwischen besserer Menschlichkeit und rohem Völkergewühle und knechtischem Geist der Kampf sich entscheiden soll:

„Es geht ein Morgen über Europa auf, feurig zugleich und trübe; noch sieht niemand recht, wie der Tag werden wird. Dringt bei uns der Geist der Freiheit und des altväterlichen Rechts durch, und wird eine wahre Verfassung, nicht auf Papieren, sondern auf der Kraft der Nation selbst, auf einer wahren Einigung und allgemeinen Selbstbestimmung und Selbstverständigung gegründet, so muß die Wirkung davon spät oder früh Europa ergreifen . . . . .

So werde dem Geist Grund gegeben an einem Punkt, und er bestimmt die Ordnung einer Welt."

Digitized by Google

Um Preußens Schicksal

Von Dr. Friedrich Thimme

Es ist von großem Interesse, das Ergebnis der Wahlen zur Nationalversammlung mit dem der Wahlen zur preußischen Landesversammlung zu vergleichen. Da Preußen im Durchschnitt stärker industrialisiert ist, als Gesamtdeutschland, so war die Besorgnis nicht ohne Grund, daß die Sozialisten bei den Wahlen am 26. Januar aufholen würden, was ihnen am 19. Januar noch an der absoluten Majorität fehlte. Aber das Ergebnis ist ein gegenteiliges: ein sozialdemokratischer Rückschritt anstatt eines Fortschrittes. In der Nationalversammlung verfügen Mehrheitssozialisten und Unabhängige über 188 von 421 Sitzen, in der preußischen Landesversammlung über 169 Sitze von 401; an der absoluten Mehrheit fehlen ihnen dort 23, hier 32 Stimmen. Auch die Demokratische Partei hat gegenüber den Wahlen zur Nationalversammlung vielfach eine Einbuße an Stimmen erlitten, die über den allgemeinen Stimmenrückgang hinausging. Dagegen hat die Deutsch-nationale Volkspartei in einer Reihe von Wahlkreisen, vor allem in der Provinz Posen unleugbare Fortschritte erzielt.

Frägt man sich, worauf diese Verschiebung in den Wahlergebnissen, die freilich das gleichmäßige Hauptresultat beider Wahlen, die mehrheitssozialistisch-demokratische Majorität als Vorbedingung einer ebensolchen Koalitionsregierung im Reiche wie in Preußen, nicht zu beeinträchtigen vermag, zurückzuführen ist, so ist klar, daß von einem in der Woche zwischen beiden Wahlen eingesetzten oder verstärkten Zug der Wählerschaft nach rechts nicht die Rede sein kann. Wohl aber ist es kaum zweifelhaft, daß die unmittelbar nach den Wahlen zur Nationalversammlung erfolgte Veröffentlichung des Entwurfs zur künftigen Reichsverfassung nebst der Denkschrift des Staatssekretärs Preuß, den Rechtsparteien durch die sofort mit voller Wucht ausgenutzte Wahlparole „Gegen die Zerstückelung Preußens!" das Wasser auf die Mühle geleitet hat. Freilich hat auch der geschäftsführende Ausschuß der Demokratischen Partei sich zugunsten der Aufrechterhaltung eines einheitlichen und ungeteilten Preußens ausgesprochen. Aber die Öffentlichkeit war vielfach geneigt, darin nur ein taktisches Manöver zu erblicken, zumal da der Urheber des Verfassungsentwurfs und der Denkschrift zu demselben, Staatssekretär Preuß, dem geschäftsführenden Ausschuß der Demokratischen Partei angehört. Auch hatte die Demokratische Partei sich zumindest in dem Hannoverschen, wo die Bestrebungen zur Loslösung von Preußen einen überaus starken Resonanzboden gefunden haben, die Parole für ein „freies Hannover in einem freien Deutschland" zu eigen gemacht. Diese unklare Stellung der Demokratischen Partei in der grundlegenden Verfassungsfrage hat

Digitized by Google

es verschuldet, daß sie genau wie die Partei der Mehrheitssozialisten, die ebenfalls eine offene Stellungnahme vermieden hat, statt einer Fortsetzung ihres vielverheißenden Anfangserfolges vom 19. Januar einen nicht abzuleugnenden Rückschlag zu verzeichnen hatte. Das sollte Grund genug für sie sein, innerhalb ihrer eigenen Reihen die möglichste Klärung über die Kardinalfrage Preußen-Deutschland herbeizuführen. Den Luxus eines „Falles Preuß" kann sich eine jungaufstrebende Partei, die unendlich viel zu gewinnen, aber auch alles zu verlieren hat, nicht gestatten.

Die vielen und gewichtigen Gründe, die für eine Auflösung der preußischen Staatseinheit und für eine Umbildung der preußischen Provinzen zu neuen Staatsorganismen von mittelstaatlicher Größe sprechen, hat Friedrich Meinecke im vorigen Hefte dieser Zeitschrift mit eindringender Klarheit an der Hand der Preuß'schen Denkschrift, die ihrerseits bei dem unvoreingenommenen Leser den stärksten Eindruck hinterläßt, in der Presse aber längst nicht nach Gebühr gewürdigt ist, auseinandergesetzt. Meinecke ist ebenso, und noch mehr wie Preuß, über den Verdacht einer Animosität gegen das preußische Staatswesen erhaben; im Gegenteil, wenige Historiker sind mit solcher Liebe, solch spürendem Scharfblick den großen und starken Eigenschaften des alten Preußen nachgegangen. Er ist zugleich der tiefste Kenner des Problems Preußen-Deutschland, dem er in seinem wundervollen Werke „Weltbürgertum und Nationalstaat" eine eigene Darstellung gewidmet hat. Sein Urteil fällt daher stärker in die Wagschale, als das irgend eines anderen Staatsmannes und Gelehrten. Und doch kann ich mich der Empfindung nicht erwehren, als ob in seinen Ausführungen nicht die ebenfalls gewichtigen Gründe, die gegen eine Auflösung Preußens sprechen, und die großen Schwierigkeiten, die eine solche Auflösung haben würde, genügend zur Geltung kämen. So mag es gestattet sein, diese Gegengründe und Schwierigkeiten, die bei der Bedeutung des Gegenstandes doch auch voll gewürdigt sein wollen, etwas näher zu beleuchten.

Ein gerade vom demokratischen Standpunkt aus mit voller Wucht gegen die Auflösung der preußischen Staatseinheit geltend zu machender Grund ist eben jetzt durch das Ergebnis der preußischen Wahlen augenfällig geworden: der preußische Volkswille. Es war in diesen Wochen vielfach in den sozialistischen Blättern zu lesen, daß Preußen, das nur durch die Dynastie der Hohenzollern zusammengehalten sei, nach deren Fortfall eigentlich nur noch ein geographischer Begriff sei, daß es wohl einen preußischen Staat, nie aber ein preußisches Volk im eigentlichen Sinne gegeben habe. Man berief sich dabei wohl gar auf den Fürsten Bismarck, der in seinen, gerade heutigen Tages wieder höchst lesenswerten Ausführungen über „Dynastien und Stämme" selbst die Frage aufgeworfen hat, ob der staatliche Zusammenhang Preußens fortbestehen würde, wenn man sich die

Digitized by Google

Dynastie Hohenzollern und jede, die ihr rechtlich nachfolgen könnte, verschwunden denke. Aber Bismarck hat die gleiche Frage auch auf Bayern angewandt: würde Bayern, isoliert gedacht, geschlossen zusammenhalten, wenn die Wittelsbacher Dynastie spurlos verschwunden wäre? Und mit voller Energie betont Bismarck: die geschichtlich am stärksten ausgeprägte Stammeseigentümlichkeit in Deutschland sei die preußische! Das trifft ja nicht auf alle preußischen Gebietsteile zu. In den 1866 zu Preußen hinzugekommenen Provinzen, insbesondere in Hannover, ist das Bewußtsein der inneren Zugehörigkeit zu dem preußischen Staatswesen noch keineswegs tief durchgewurzelt; im Gegenteil hat hier die „Los von Preußen-Bewegung" starke Fortschritte gemacht. Ein gleiches gilt von den Distrikten mit polnischer Bevölkerung. Auch in der Rheinprovinz sind die Erinnerungen an die Zeiten der geistlichen Fürstentümer und selbst an den Rheinbund noch keineswegs ganz erloschen. Aber wenn in dem Rheinland und sogar in Westfalen, besonders dem Münsterländischen, Absonderungsbestrebungen sich geltend machen, so ist das weniger auf eine Abneigung gegen Preußen, als auf das konfessionelle Moment zurückzuführen, das durch Adolf Hoffmanns geradezu unsinniges Vorgehen in den Vordergrund geschoben worden ist. Bei der Jahrhundertfeier der Zugehörigkeit der Rheinlande zu Preußen im Jahre 1915 haben jedenfalls auch die rheinischen Katholiken ihre preußische Staatstreue laut bekannt. „Die Rheinlande," so schrieb einer der besten unter ihnen, Dr. Julius Bachem, „fühlen sich heute als ein dem staatlichen Organismus fest eingefügtes Glied der preußischen Gesamtmonarchie, und wollen nichts anderes sein, allerdings ein in jeder Beziehung völlig gleichberechtigtes Glied." Und wenn hierin seit dem Zusammenbruch Preußen-Deutschlands ein Wandel eingetreten sein sollte, so ist doch in den altpreußischen Provinzen, einschließlich Mindens, Ravensbergs usw. das preußische Bewußtsein völlig ungebrochen. Es lebt nicht bloß in den Schichten der Gebildeten, sondern auch beim Bürger und Bauern und selbst in der Arbeiterschaft. Es lebt vor allem in der preußischen Beamtenschaft, die so viel zu der Größe des preußischen Staatswesens beigetragen hat, bis hinauf zu der sozialistischen Regierung Preußens, die eben erst wieder, wie schon am 10. Dezember, allen Versuchen, Teile von Preußen loszureißen, mit stärkstem Nachdruck entgegengetreten ist und betont hat, daß die künftige staatsrechtliche Gestaltung Preußens nur durch die preußische verfassunggebende Versammlung bestimmt werden könne. Kann jemand zweifeln, daß auch in der preußischen Landesversammlung sich eine große Majorität gegen eine Auseinanderreißung Preußens, die wie ein Schwert durch die Seele eines weit überwiegenden Teils der preußischen Bevölkerung gehen müßte, zusammenfinden wird?

Über die Gründe, von denen sich die preußische Regierung bei ihrer ablehnenden Haltung gegen eine Auflösung Preußens leiten läßt, sind wir durch das Com-

Digitized by Google

muniqué über die Sitzung der Staatsregierung vom 24. Januar unterrichtet. Es sind vor allem finanzielle und staatspolitische Gesichtspunkte, die von dem Unterstaatssekretär Freund, als dem Referenten, geltend gemacht worden sind: Es wäre eine Gefahr für das ganze Reich, wollte man an der breiten finanziellen Grundlage, die das jetzige Preußen darstelle, rütteln und an die Stelle des staatswirtschaftlichen Großbetriebes Preußen eine Fülle von Kleinbetrieben setzen, deren jeder doch seine eigenen Ministerien, Regierungen, Landratsämter und technischen Behörden haben müßte, was nicht nur eine Verteuerung, sondern auch eine erhebliche Verschlechterung der Verwaltung mit sich bringen würde. Auf diesem verengten Boden könnten die neuen Staatsgebilde keinesfalls den großen kulturellen und wirtschaftlichen Aufgaben gerecht werden, die eben nur ein Staat auf breiter finanzieller Basis im besten Sinne lösen könne. Vor allem würde es den wirtschaftlich zurückgebliebenen Landesteilen, wenn sie auf eigenen Füßen stehen sollten, unmöglich sein, ihre kulturellen Aufgaben zu erfüllen.

Neben den finanziellen Gesichtspunkten führt die Regierung aber auch schwerwiegende nationalpolitische Gründe für ihre Ansicht ins Feld. Je größer die Zersplitterung Deutschlands durch eine Zerschlagung Preußens werde, je schärfer sich eine Trennung zwischen den westlichen und östlichen Gebietsteilen des ehemaligen Preußens herausbilde, um so leichter würde auf der einen Seite Frankreich, auf der anderen der neue polnische Nachbar die neuen Teilstaaten gegeneinander ausspielen können und so Einfluß auf die innerdeutschen Verhältnisse gewinnen. Daß ein kleiner Oststaat gegen die drohende Slawisierung sich nicht schützen könne, liege auf der Hand; er wäre ihr unrettbar verfallen. Nur das Zusammenarbeiten auf breiter staatlicher Grundlage könne ein Bollwerk gegen die einbrechende Slawenflut und eine wirksame Germanisierung schaffen. Von verhängnisvoller Wirkung müsse es endlich in nationalpolitischer Beziehung sein, wenn durch die Abtretung gewisser Provinzen von Preußen, die eine vorherrschende Konfession hätten, wie Rheinland und Westfalen, die konfessionelle Scheidewand zwischen evangelischen und katholischen Landesteilen verschärft werde.

Das sind doch sehr schwerwiegende Bedenken, die gegen eine Aufteilung Preußens sprechen. Dabei ist noch gar nicht einmal der unsäglichen Schwierigkeiten gedacht, die eine Teilung in finanzieller und vermögensrechtlicher Hinsicht mit sich bringen würde. Die Auseinandersetzungskommissionen würden in einem ganzen Menschenalter nicht fertig werden. Ebensowenig ist berücksichtigt, daß der vielberufene Paragraph 11 des Verfassungsentwurfs ein dauerndes Moment der Unruhe und der Zersetzung in die deutschen Verhältnisse hineintragen würde. Wenn es jedem noch so kleinen Volksteil gestattet sein soll, sich nach Belieben aus dem bisherigen Staatsverbande loszulösen, um sich mit einem oder mehreren anderen deutschen Freistaaten zu vereinigen oder einen selbständigen Freistaat

Digitized by Google

innerhalb des Reiches zu bilden, so ist gar kein Ende einer itio in partes abzusehen, und das Resultat könnte nur zu leicht die volle Anarchie sein. Man stelle sich nur einmal vor, daß sich Litauen aus Ostpreußen, die Lausitz aus Sachsen, die ehemaligen Fürstentümer Ansbach und Bayreuth aus Bayern — warum sollten diese Landschaften nicht zu Preußen zurückstreben, zu dem sie so lange gehörten? — loslösten, man erwäge die Möglichkeit, daß die einzelnen Freistaaten, um sich abzurunden, nach dem Gute des Nachbarstaates streben und zu diesem Zwecke eine wilde Agitation in ihn hineintragen, und man wird doch erschrecken müssen vor den Geistern, die ein gut gemeinter, aber in seinen möglichen Konsequenzen nicht überdachter Paragraph entfesseln könnte. Es ist wirklich gut, daß der Entwurf zu einer provisorischen Reichsverfassung dem möglichen Mißbrauch des Paragraphen 11 einen Riegel durch die Bestimmung vorgeschoben hat, daß der Gebietsbestand eines Freistaates nur mit seiner Zustimmung geändert werden kann.

Selbstverständlich m ü ß t e n alle diese Bedenken und Besorgnisse, so unendlich schwer sie wiegen, überwunden werden, wenn es die Rücksicht auf den Zusammenhalt der deutschen Nation erforderte. Auch Fürst Bismarck hat den Fall gesetzt, daß die vis major der Gesamtnationalität seine dynastische Mannentreue und persönliche Vorliebe schonungslos vernichte. Er hat das prophetische Wort gesprochen: „Ich sehe in dem deutschen Nationalgefühl immer die stärkere Kraft überall, wo sie mit dem Partikularismus in Kampf gerät, weil der letztere, auch der preußische, selbst doch nur entstanden ist in Auflehnung gegen das gesamtdeutsche Gemeinwesen."

In der Tat geht die Denkschrift des Staatssekretärs Preuß von der Voraussetzung aus, daß gerade die Rücksicht auf die deutsche Einheit, auf die Herstellung eines wirklichen deutschen Volksstaates, die Auflösung Preußens in seine Teile, sein Aufgehen in Deutschland fordere. Er ist der Ansicht, daß nur das Verschwinden der preußischen Hegemonie in Deutschland, das ohne das Verschwinden des preußischen Einheitsstaates unmöglich sei, die partikularen Spannungen innerhalb Deutschlands entkräften könne. Umgekehrt ist die preußische Regierung der Ansicht, die logisch allerdings begründeter erscheint, daß die Bildung eines Dutzend neuer Partikularstaaten aus dem preußischen Bestande den schon bestehenden Partikularismus nur noch vergrößern müsse. Mit voller Energie bestreitet die preußische Regierung auch den Satz des Staatssekretärs Preuß, daß der Fortbestand einer einheitlichen Republik von 40 Millionen innerhalb einer Republik von zusammen 70 Millionen Einwohnern schlechthin eine staatsrechtliche, politische und wirtschaftliche Unmöglichkeit sei, und daß er, wenn er dennoch aufrechterhalten werde, einen ständigen Kampf zwischen dem Reiche und Preußen herbeiführen werde, der zur völligen Lähmung des Reiches führen müßte. Im Gegenteil vertritt die preußische Regierung die Anschauung, daß von einer bedrohlichen Hegemonie

Digitized by Google

Preußens nicht mehr die Rede sein könne, wenn sie in demokratischem und nicht, wie früher, in reaktionärem Sinne ausgeübt würde.

Ich muß gestehen, daß eine Entscheidung über diese beiden, einander diametral gegenüberstehenden Ansichten außerordentlich schwer fällt. Sicher ist auf der einen Seite, daß zumindest wirtschaftlich ein Großpreußen innerhalb Deutschlands eine erdrückende Wirkung allerdings haben müßte, wenn nicht eine weitgehende, noch über den Rahmen des Verfassungsentwurfs hinausgreifende Zentralisierung der wirtschaftlichen Angelegenheiten von Reichs wegen stattfände. Ob auf der anderen Seite staatsrechtlich und politisch ein demokratisch gerichtetes Preußen die hegemonialen Bestrebungen des encien regime auch ohne seinen Willen wieder aufnehmen müßte, steht als eine Zukunftsfrage dahin. Aber einer solchen Entwicklung könnte doch wohl durch stärkere Palliativmittel, als sie schon bei Preuß vorgesehen sind, vorgebeugt werden. Es verdiente vor allem die sorgsamste Überlegung, ob nicht bei gleichzeitiger möglichster Dezentralisierung in Preußen eine stärkere Zentralisierung im Reiche möglich wäre, ohne damit die Gefahr einer Sprengung des Reichsverbandes heraufzubeschwören. Mag auch der Einheitsstaat noch auf lange hinaus ein Ideal bleiben, so sollte doch nicht übersehen werden, daß in den Reihen der sozialistischen Partei bis zu den Volksbeauftragten hinauf der Einheitsstaat eine sehr starke Anhängerschaft besitzt. Es ließe sich weiter erwägen, ob nicht schon eine Abtrennung derjenigen Provinzen, die erst 1866 auf dem Wege der Gewalt und damit, sagen wir es offen, des Unrechts, an Preußen gefallen sind, und innerhalb deren eine wirkliche Volksbewegung zugunsten der Loslösung besteht — so viel ich sehe, trifft das allein auf Hannover zu —, die Besorgnisse vor hegemonialen Tendenzen Preußens wirksam zurückdrängen könnte. Alle diese Punkte werden der sorgsamsten Erwägungen in der Nationalversammlung bedürfen: lieber die Entscheidung in einer so ungeheuer wichtigen Frage hinausziehen, als durch eine vorschnelle Entscheidung einen nie wieder gut zu machenden Schaden anrichten! Die von Meinecke befürchtete Gefahr, daß eine Volksvertretung Großpreußens, die radikaler zusammengesetzt wäre als die Deutschlands, zum Störenfriede werden müßte, ist ja durch den Ausfall der Preußenwahlen, der eine nahezu identische Zusammensetzung beider Versammlungen gezeitigt hat, gegenstandslos geworden. Zum ersten Male seit der Reichsgründung ist das Feld frei für ein harmonisches Nebeneinanderarbeiten und Zusammenarbeiten des Reichsparlaments und der preußischen Landesversammlung. Möge es gelingen, hier eine glückliche Lösung der Grundlage unseres ganzen Verfassungslebens, des Problems Deutschland-Preußen, zu finden. Es ist eine Riesenaufgabe; aber sollte nicht eine Zusammenfassung all der unendlichen geistigen Kräfte, die die Revolution entbunden hat, zu einer gedeihlichen, jeden Radikalismus vermeidenden Lösung reichen?

Digitized by Google

Bemerkungen zum Entwurf der Reichsverfassung

Von Prof. Dr. Friedrich Meinecke (Berlin)

II.

Man hat zuweilen jetzt den Eindruck, als ob die Erwägungen über die beste Verfassung der deutschen Republik und die Erwägungen über das, was unserem Vaterlande in seiner jetzigen fürchterlichen, von Lebensgefahren aller Art bedrohten Lage Not tut, in zwei ganz verschiedenen Regionen verliefen. Verfassungsbestimmungen werden konstruiert und diskutiert, als ob wir in leidlich ruhigen und gesetzten Verhältnissen lebten, als ob der Einsturz unseres alten staatlichen Gebäudes nur eine willkommene Gelegenheit für tüchtige Architekten geliefert habe, einen modernen Neubau zu entwerfen. Und doch ist nicht nur altes Gemäuer eingestürzt, sondern der Boden selber wankt unter unseren Füßen. Man muß das Elend, in das wir geraten sind, rücksichtslos aussprechen. Die Voraussetzungen aller staatlichen und sozialen Neuordnung versagen, der moralische Kitt des Volkslebens ist brüchig geworden. Wir sind bereit, dem Sozialisierungsgedanken sehr große Zugeständnisse zu machen, — aber was hilft alle Sozialisierung, wenn die sozialgesinnten Menschen, die sie voraussetzt, nicht vorhanden sind. Auf Gemeinsinn und Pflichtgefühl gründen sich die Ideale des Sozialismus, — statt dessen ergehen sich große Teile der Arbeiterschaft in einem wilden und blinden Egoismus. Ihre unsinnigen Lohnforderungen und rücksichtslosen Arbeitseinstellungen bedrohen uns mit einer Katastrophe, die über alles bisher Erlebte hinausgeht. Unser stolzes Volksheer ist, von wenigen Ansätzen neuer Freiwilligen-Formationen abgesehen, zu morschen Trümmern zusammengefallen. Wie bringen wir die Arbeiter wieder zur Arbeitspflicht, die Soldaten wieder zu Disziplin und Subordination zurück? Wir sind verloren, wenn jetzt die neue deutsche Demokratie versagt, wenn sich jetzt nicht der Wille der Volksgesamtheit energisch aufrafft und eine Regierungsform schafft, die wieder Halt und Zucht in unsere verlotterten Zustände bringt. Dies ist die Grund- und Hauptforderung, die wir an das Verfassungswerk zu stellen haben.

Unsere Lage schreit nach einer aufgeklärten und energischen auf Volkswillen beruhenden Vertrauensdiktatur. Aber unsere heutigen Parteien haben, fürchte ich, nicht den politischen Weitblick und die entsagende Bescheidenheit, um auf ein parlamentarisches Ministerium, in dem sie ihre verschiedenen Führer unterbringen können, zu verzichten und sich der Führung einer einzelnen Persönlichkeit unterzuordnen. Ich schrecke nicht zurück vor dem Gedanken, daß dieser Führer aus den Reihen der Mehrheitssozialisten entnommen werden könnte. Trägt er erst die Last der ganzen Verantwortung und fühlt er sich dabei frei von den täglichen Hemmungen des Parteizwanges, so wird er sich nicht mehr als reiner Parteimann, sondern als

Digitized by Google

Staatsmann fühlen und führen müssen. Ihm wird es viel eher gelingen, als einem parlamentarischen Ministerium, das zu schaffen, was zunächst von Nöten ist: Eine kleine, aber zuverlässige, straff disziplinierte bewaffnete Macht, die allem spartakistischen Unfug entgegengeworfen werden kann und unsere schwer bedrohten Ostmarken schützt. Und nur eine ganz einheitliche und starke Hand wird dann auch imstande sein, uns von der Mitregierung der Arbeiter- und Soldatenräte, diesem Mauerschwamm unseres öffentlichen Lebens, diesem Hohne auf alle echte und gerechte Demokratie zu befreien. Demokratie und Vertrauensdiktatur sind auch keine Gegensätze, die sich ausschließen, sondern die Demokratie kann sich heute nur dadurch durchsetzen und retten, daß sie, indem sie allen gesetzgeberischen Willen dem Volke und seiner Vertretung vorbehält, rücksichtslos dafür sorgt, daß dieser Wille auch ausgeführt und die gesetzliche Ordnung der Gesellschaft wiederhergestellt werde. Mit freundlichem Zureden und wohlmeinend-nachgiebigen Verordnungen allein bringt man gewalttätige Minoritäten nicht dazu, sich dem Mehrheitswillen des Volkes unterzuordnen. Sondern der Mehrheitswille braucht heute einen eisernen Besen, um sich Respekt zu verschaffen.

Das Problem der Exekutivgewalt ist demnach das wichtigste und dringendste aller Verfassungsprobleme. Prüfen wir, wie es in dem Entwurfe der Reichsverfassung gelöst wird. § 58 sagt: „Der Reichspräsident wird vom ganzen deutschen Volk gewählt." Gut und recht; nur dadurch erhält er die nötige Autorität gegenüber dem Volke und gegenüber etwaigen widerstrebenden Minoritäten, mit denen wir auch in Zukunft leider werden rechnen müssen. „Gewählt ist", heißt es weiter, „wer die Mehrheit von allen im Deutschen Reiche abgegebenen Stimmen erhalten hat. Stellt sich eine solche Mehrheit nicht heraus, so muß eine engere Wahl zwischen den beiden Bewerbern stattfinden, die die meisten Stimmen erhalten haben." Gewiß ist es zu wünschen, daß der Reichspräsident sich nicht bloß auf das Votum einer relativen, sondern einer absoluten Mehrheit des Volkes stützen kann. Aber Stichwahlen sind und bleiben von Übel, verleiten zu unlauteren Geschäften zwischen den Parteien, bringen kleine Parteien, die den Ausschlag bei der Stichwahl geben können, zu ganz unverhältnismäßigem Einflusse, verfälschen also letzten Endes das Wahlresultat. Wir halten es für richtiger, die Wahl des Präsidenten durch *einen* Wahlgang, also möglicherweise auch nur durch eine relative Mehrheit (die aber nicht unter $^2/_5$ der abgegebenen Stimmen sinken dürfte), entscheiden zu lassen. Das zwingt die Parteien dazu, von vornherein sich untereinander zu verständigen und die Zahl der Kandidaten zu beschränken.

Wichtiger aber noch ist die Absteckung der Rechte der Exekutivgewalt gegenüber dem aus Volkshaus und Staatenhaus zusammengesetzten Reichstage. Es ist ganz in der Ordnung, daß die Gesetzgebung selbst dem Reichstage, die Initiative aber, das Recht, Gesetze vorzuschlagen, nicht nur beiden Häusern des Reichstages,

Digitized by Google

sondern auch der Reichsregierung zusteht (§ 51), — denn die wertvolle und unentbehrliche legislatorische Vorarbeit der Reichsämter darf nicht ausgeschaltet, muß verfassungsmäßig anerkannt werden. Ein absolutes Veto kann der Präsident einer Republik gegenüber dem übereinstimmenden Willen der beiden gesetzgebenden Körperschaften nicht beanspruchen. Der § 60 gibt ihm nun für den Fall, daß eine Übereinstimmung beider Häuser über eine Gesetzesvorlage nicht zustande kommt, das Recht, eine Volksabstimmung darüber herbeizuführen,. Man müßte ihm dieses Recht auf jeden Fall, also auch gegen übereinstimmende Beschlüsse beider Häuser geben, damit in ernsten und schweren Fragen auch sein gewichtiges Votum beim Volke, das die letzte Entscheidung zu fällen hat, in die Wage falle. Mit den einzelnen Regierungsrechten, die dem Präsidenten durch §§ 59 und 60 bis 64 zufallen und mit den Einschränkungen, die sie dabei zugleich erhalten, bin ich einverstanden. Aber die Einschränkungen, die die Regierungsgewalt des Präsidenten im allgemeinen durch die §§ 68—71 erleidet, drohen uns um alle Vorteile einer starken plebiszitären Exekutivgewalt zu bringen. Es handelt sich um die Bildung der eigentlichen Reichsregierung, um die Ernennung der Minister. § 69 bestimmt, daß der Reichskanzler und auf dessen Vorschlag die Reichsminister vom Reichspräsidenten ernannt werden, § 71 fordert, daß Reichskanzler und Reichsminister zurückzutreten haben, wenn ihnen das Volkshaus durch einen ausdrücklichen Beschluß das Vertrauen entzieht. Zwei verschiedene Systeme sind hier miteinander vermischt, das amerikanische und das französische. Das amerikanische System, auf dem Gedanken der Gewaltentrennung aufgebaut, läßt die Exekutivgewalt geradlinig aus dem Volkswillen hervorgehen und konzentriert sie im plebiszitären Präsidenten, der durch die von ihm ausgewählten, ihm verantwortlichen Staatssekretäre regiert. Das französische System gibt die Regierungsgewalt den aus der jeweiligen Mehrheit des Parlaments hervorgehenden Ministerien. Wohl ist nun zuzugeben, daß das amerikanische System die Exekutive und Legislative gar zu schroff trennt. Ein Kontakt zwischen beiden ist durchaus wünschenswert, kann aber schon dadurch hergestellt werden, daß der Präsident neben Nichtparlamentariern auch Parlamentarier in sein Ministerium beruft. Nicht aber ist wünschenswert, daß er sein ganzes Ministerium nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit des Volkshauses bildet und wieder entläßt. Damit geht seine Macht sofort verloren an das Parlament, — obgleich er doch auf einen ebenso starken Machtgrund im Volkswillen sich berufen kann, wie das Parlament. Das Volk will aber, wenn es seinen Präsidenten direkt wählt, keinen schwachen, sondern starken Präsidenten, und jeder vom Volke gewählte Präsident muß den Ehrgeiz haben, dies Vertrauen zu rechtfertigen und so zu regieren, wie das Volk es will. Er wird es schon tun, um seine Wiederwahl zu ermöglichen. Und er wird freier und ungehinderter dem Gesamtinteresse des Volkes dienen, fester und sicherer die

Digitized by Google

große Linie des Handelns durchführen, als ein durch parlamentarische Rücksichten auf Schritt und Tritt gebundenes Ministerium. Wir haben nun einmal nicht jene festen Mehrheitsverhältnisse und jene politisch geschulten Parteien, die auch einem parlamentarischen Ministerium die nötige Stabilität geben können. Und wann wären sie nötiger gewesen als heute?

Die Verbindung des amerikanischen und französischen Systems bringt nun aber einen inneren Zwiespalt in die Regierungsgewalt hinein und entfesselt zwangsläufig einen Kampf der Kräfte mit einander, eine Rivalität zwischen dem Reichspräsidenten und den wechselnden Mehrheiten des Volkshauses, die in unserer Lage verhängnisvoll werden kann. Und diese Rivalität wird noch mehr verschärft und zugleich kompliziert dadurch, daß zwischen den Reichspräsidenten und das vom Volkshause abhängige Ministerium noch ein Reichskanzler eingeschoben wird, der ebenfalls vom Vertrauen der Volkshausmehrheiten abhängen soll. Dieser Reichskanzler ist doch offenbar gedacht als staatsmännische Persönlichkeit ersten Ranges. Eine solche soll auch der Reichspräsident sein. Sofort sieht man nun, wie die Dinge sich entwickeln werden. Der Reichspräsident, stark durch das Vertrauensvotum der Volksmehrheit, der Reichskanzler, stark durch das Vertrauen der ihn stützenden Volkshausmehrheit, werden ganz unmittelbar und persönlich um die Macht miteinander ringen müssen, wenn sie beide die Kerle sind, die wir brauchen. Es kann wohl auch einmal gut gehen, wenn es dem Reichspräsidenten bei der Auswahl des Reichskanzlers gelingt, eine Persönlichkeit zu finden, die ihm das ist, was ein guter Generalstabschef seinem Generale ist. Aber ein Reichskanzler, der an der Spitze eines Ministeriums steht, will doch und muß mehr sein als ein bloßer Generalstabschef. Allein schon die stolze Tradition des Namens, den er trägt, muß ihn antreiben, das Heft ganz in die Hand zu bekommen und den Reichspräsidenten auf die bescheidene Rolle eines dekorativen Repräsentanten zurückzudrängen. Da wird dann der Reichspräsident, um dem vorzubeugen, nur zu leicht der Versuchung erliegen, eine möglichst bequeme, gefügige und unselbständige Persönlichkeit zum Reichskanzler auszuwählen. Womit uns erst recht nicht gedient ist.

Also lasse man den Reichspräsidenten getrost seinen eigenen Reichskanzler sein. Warum soll man ihm nicht auch, statt des nüchternen Titels eines Reichspräsidenten, den für unser deutsches Ohr voller tönenden und beziehungsreicheren eines deutschen Reichskanzlers geben? Eine starke und einheitliche Reichskanzlergewalt an der Spitze der deutschen Republik, das wäre das richtige organische Band zwischen Vergangenheit und Zukunft unseres nationalen Daseins. Wir haben die monarchische und obrigkeitliche Basis der Regierungsgewalt ersetzt durch die Basis der Volkssouveränität, und wir müssen dies, wenn wir alle Ent-

Digitized by Google

wicklungskräfte und Machtverhältnisse nationaler und universaler Art richtig einschätzen, als ein endgültiges und unwiderrufliches Ereignis, sei es mit Resignation, sei es mit innerer Zustimmung, buchen. Aber das heißt nun nicht, daß wir uns einen völlig neuen Staat schaffen könnten und müßten. Alle guten und bewährten Errungenschaften unserer monarchischen Vergangenheit haben wir, soweit sie mit der neuen Basis der Volkssouveränität zu vereinigen sind, aufs sorgfältigste zu bewahren. Und zu diesen gehört in allererster der Bismarcksche Gedanke der kraftvollen Reichskanzlerschaft. Er schuf sie in dem Gefühle, daß die Geschicke einer großen Monarchie nicht gar zu sehr abhängen dürften von den guten oder schlechten Eigenschaften des jeweiligen Monarchen, daß die Monarchie sich ergänzen und stützen müsse durch eine stärkere Premierministerschaft. Unsere Monarchie ist wesentlich mit daran zugrunde gegangen, daß sie diese Stütze verfallen ließ, daß sie das Reichskanzleramt sich nicht frei und ungehindert auswirken ließ, daß sie in ihren letzten Zeiten zwei Regierungen statt einer walten ließ. Der neue demokratische Volksstaat mag sich hieraus eine Warnung entnehmen. Auch er bedarf einer Ergänzung seiner natürlichen Schwächen. Der schwache Punkt der Monarchie liegt in den Schwankungen, die durch die wechselnden Fähigkeiten des Monarchen verursacht werden. Der schwache Punkt der Republik liegt in den Schwankungen, die durch die wechselnden Strömungen der Parlamentsmehrheiten verursacht werden. Man kann solche organischen Schwächen niemals ganz aus der Welt schaffen, weil sie untrennbar verknüpft sind mit den Vorzügen der Systeme. Aber man kann sie einschränken. Auch der demokratische Volkswille hat alle Veranlassung, sich selbst Schranken zu setzen durch eine von ihm gewählte starke Exekutivgewalt. Auch diese ist der Gefahr des Mißbrauchs ausgesetzt, — aber auch diese Gefahr ist in der Demokratie leicht einzuschränken. § 73 des Preuß'schen Entwurfes sagt: „Vor Ablauf der (siebenjährigen Amts-)Frist kann der Reichspräsident auf Antrag des Reichstags durch eine Volksabstimmung abgesetzt werden. Für den Beschluß des Reichstags gilt das gleiche wie für Verfassungsänderungen (Zweidrittelmehrheit). Nach dem Beschluß ist der Reichspräsident an der Ausübung des Amts verhindert. Die Ablehnung der Absetzung durch die Volksabstimmung gilt als Wiederwahl." Wir billigen es, daß der Reichstag diese wuchtige Waffe gegen den Reichspräsidenten in die Hand bekommt. Der Reichspräsident ist dadurch schon völlig hinreichend gezwungen, im großen und ganzen homogen mit dem Parlamente zu regieren und schwerere Konflikte mit ihm zu vermeiden. Jede weitere Fessel, die man ihm anlegt, hindert ihn, sich frei und fruchtbar auszuwirken in seinem hohen und verantwortungsvollen Vertrauensamte.

Digitized by Google

Die Rückwirkung der deutschen Umwälzungen auf Finnland

Von Dr. K. S. Laurila.

Der Zusammenbruch Deutschlands und die damit zusammenhängenden Umwälzungen haben tiefgreifende Rückwirkungen auch in Finnland zur Folge gehabt. Allerdings nicht solche wie in einigen anderen Ländern, wo die Deutschen nach ihrem Fall über Nacht aus hochgeachteten Beschützern, Verbündeten und Freunden in lästige Fremdlinge, wenn nicht gar in Feinde verwandelt worden zu sein scheinen, denen schleunigst ein Laufpaß und zum Abschied womöglich noch ein Fußtritt gegeben wird. In Finnland ist vielmehr die Volksstimmung Deutschen und Deutschland gegenüber unverändert geblieben. Die Sympathie und Dankbarkeit für die von Deutschland bei der Abwehr des Bolschewismus geleistete Hilfe sind nach dem deutschen Zusammenbruch nur noch mit besonderer Stärke und Wärme zum Ausdruck gekommen, wie die zahlreichen überaus warmen Kundgebungen beim Abzug der deutschen Truppen aus Finnland es so überzeugend dargetan haben. Aber das praktische Verhältnis zu Deutschland konnte nach der total veränderten politischen Weltkonstellation nicht mehr das alte bleiben. Es mußte anders werden, unabhängig von dem Willen und den Wünschen des finnischen Volkes schon deshalb, weil Deutschland seinerseits das alte Verhältnis zu Finnland nicht mehr aufrechterhalten konnte, nach der innerpolitischen Umwälzung vielleicht auch nicht wollte.

Die Rückwirkungen der deutschen Umwälzungen in Finnland beschränken sich aber nicht allein auf die außenpolitische Stellung des Landes, sondern haben mittelbar auch innerpolitische Änderungen hervorgerufen, u. a. auch eine Neugruppierung der politischen Parteien.

Die Parteigruppierung in Finnland war allerdings schon lange in wichtigen Punkten veraltet, auf überwundenen, schon vielfach bloß der Vergangenheit angehörenden Streitfragen beruhend. Dieser Anachronismus wird nun durch die erfolgte Neugruppierung zu einem wesentlichen Teil beseitigt.

Es gab ja in Finnland bis jetzt fünf politische Hauptparteien: die altfinnische und die jungfinnische, die schwedische, die sozialdemokratische und den Kleinbauernbund. Von diesen bleiben die schwedische und die sozialdemokratische Partei, welche letztere bei dem roten Aufruhr eigentlich einen moralischen Selbstmord begangen hat, von der Neugruppierung im wesentlichen unberührt. Auch der Kleinbauernbund dürfte nur verhältnismäßig wenig von der Neugruppierung berührt werden. Diese bezieht sich hauptsächlich auf die altfinnische und die jungfinnische Partei, die beide jetzt aufgehört haben zu existieren und nicht allein unter neuen Namen, sondern auch in wesentlich neuer Zusammensetzung und mit neuen Programmen wieder auferstan-

Digitized by Google

den sind als nationale Koalitionspartei und nationale Fortschrittspartei.

Die bis jetzt bestandene Zweiteilung der finnischen Partei stammte ja aus der Jahrhundertwende, der Periode der schlimmsten Russifizierungspolitik. Allerdings war ja die finnische Partei schon seit Ende der achtziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts in zwei Flügel geteilt, von denen der kleinere, linksstehende, radikalere Neuerungen und überhaupt modernen Freisinn vertrat, der größere rechte Flügel wiederum stärker für finnisch-nationale Bestrebungen, für Wahrung der religiösen Lebensgrundlagen und überhaupt für staatserhaltende Politik eintrat. Diese Gruppierung wurde aber in den Stürmen der Russifizierungsperiode während der brutalen Gewaltherrschaft Bobrikows über den Haufen geworfen, und die verschiedene Stellungnahme zu der Russifizierungspolitik wurde zum entscheidenden Grund der Parteibildung. Auf dieser Grundlage gruppierten sich damals zu der jungfinnischen Partei alle die sogenannten „Konstitutionellen", d. h. diejenigen, die prinzipitreu und unerschütterlich an den Rechten Finnlands festhalten und der Russifizierung unerbittlichen, wenigstens passiven Widerstand, — denn ein aktiver Widerstand war ja meistens ausgeschlossen, — leisten wollten. Die altfinnische Partei war wiederum zu Verhandlungen und Kompromissen geneigt und hoffte durch kluge Konjunkturpolitik die wesentlichen Daseinsgrundlagen des finnischen Volkes besser bewahren zu können.

Dieser Trennungsgrund war nun schon seit geraumer Zeit hinfällig geworden, und es fehlte nur noch an einem äußeren Anstoß, um die innerlich unhaltbar gewordenen Parteiformationen zu zerbrechen. Diesen Anstoß gaben der Zusammenbruch Deutschlands und die damit eingeleiteten Weltereignisse.

Die Neugruppierung der finnischen Parteien ist in der Weise erfolgt, daß zunächst die jungfinnische Partei auf ihrem Parteikongreß Anfang Dezember sich in zwei ungefähr gleich große Hälften spaltete und sich darauf auflöste. Die eine Hälfte, deren Organ die Zeitung „Helsingin Sanomat" ist, konstituierte sich nachher als nationale Fortschrittspartei und erhielt einige wenige Zuzügler aus der altfinnischen Partei. Die andere Hälfte schloß sich mit der ungeteilten altfinnischen Partei und mit, wie es scheint, ziemlich zahlreichen Zuzüglern aus dem Bauernbund und aus anderen kleinen Fraktionen zu der großen nationalen Koalitionspartei zusammen.

Für diese Neugruppierung scheinen hauptsächlich drei Gründe maßgebend gewesen zu sein. Der erste und wohl der nächste Trennungsgrund war die Verfassungsfrage. Der nationalen Koalitionspartei haben sich alle diejenigen Kreise angeschlossen, die in der Verfassungsfrage für die Monarchie eingetreten waren. Die neuen Fortschrittler dagegen sind wohl ausnahmslos Republikaner. Weiter finden sich in den Reihen der nationalen Koalitionspartei zusammen alle ent-

Digitized by Google

schieden deutschfreundlichen finnischen Kreise, diejenigen, welche vom Anbeginn des Weltkrieges an die Rettung Finnlands durch den Sieg Deutschlands gewünscht und gehofft und in diesem Sinne u. a. auch die Bildung der finnischen Freiwilligenlegion in Deutschland, des finnischen Jägerbataillons 27 in der preußischen Armee, unterstützt oder gar gefördert hatten. Zu der nationalen Fortschrittspartei dagegen fühlen sich offenbar angezogen alle diejenigen, welche sich der Jägerbewegung und der ganzen deutschen Orientierung gegenüber entweder skeptisch oder mißbilligend verhielten und geheim oder offen ententefreundlich gesinnt waren.

Aber diese beiden Trennungsgründe, eine so große Rolle sie auch bei der jetzt vollzogenen Parteigruppierung tatsächlich gespielt haben mögen, könnten doch für die Zukunft keine haltbare Grundlage der Parteigruppierung bilden, weil sie beide schon jetzt der Vergangenheit angehören oder ihr wenigstens demnächst angehören werden. Soll die neue Parteigruppierung bestehen bleiben, so muß es also noch einen weiteren Trennungsgrund geben, der über den gegenwärtigen Zeitpunkt hinaus seine Gültigkeit behält. Einen solchen Trennungsgrund gibt es tatsächlich auch, und er besteht in einer verschiedenartigen Stellungnahme zum Bolschewismus oder zum Umsturz überhaupt. Und hierin liegt tatsächlich der tiefste Grund der jetzt vollzogenen Neugruppierung. Die Koalitionspartei möchte eine starke geschlossene bürgerliche Front zum Schutz der gesellschaftlichen Ordnung aufrichten und überhaupt energische staatserhaltende und bewährte sittliche und Rechtsgrundlagen staatlichen Lebens bewahrende Politik führen, und mit dem Bolschewismus nicht paktieren. Die Fortschrittspartei wiederum scheint mehr zu Kompromissen und Verhandlungen geneigt, sie möchte offenbar nicht den Demos vor den Kopf stoßen, sondern glaubt durch Entgegenkommen und durch ein möglichst weitgehendes Eingehen auf dessen Forderungen und Wünsche seine „wilden Triebe" besänftigen zu können. Den Gegensatz einfach mit den alten Schlagworten konservativ-liberal bezeichnen, trifft nicht ganz den Kern der Sache. Denn erstens ist es ja auch das Endziel der Fortschrittspartei, den Staat und die Grundlagen einer gesunden staatlichen Ordnung zu bewahren und zweitens ist wiederum auch die Koalitionspartei durchaus nicht gegen Fortschritt und Reformen. Vielmehr werden wohl die sachlichen Reformprogramme im großen und ganzen ungefähr dieselben sein. Aber der Geist, in dem die Reformen vorgenommen werden, ist verschieden.

Wie großen Anhang die beiden Parteien gewinnen werden, ist natürlich im Augenblick schwer zu prophezeien. Man kann nur feststellen, daß die Koalitionspartei wenigstens ihr Leben beginnt als große Partei, denn sie umfaßt ja die ganze altfinnische Partei, die schon ohnehin die größte bürgerliche Partei war, und ungefähr die Hälfte der aufgelösten jungfinnischen Partei nebst Zuzüglern von ver-

Digitized by Google

schiedenen Seiten. Aber die Fortschrittspartei kann darauf rechnen, Eroberungen in den Grenzgebieten der bürgerlichen und sozialdemokratischen Welt, vielleicht sogar in der augenblicklich desorganisierten sozialdemokratischen Partei zu machen. Jedenfalls kann sie diese linksstehenden Kreise als Reservemacht benutzen, die man gelegentlich gegen andere bürgerliche Parteien ausspielen kann.

Im Zusammenhang der Neugruppierung der politischen Parteien ist auch im Zeitungswesen Finnlands eine bedeutungsvolle Änderung geschehen. „Uusi Suometar", die älteste finnische Zeitung Finnlands, die eben ihr 50. Lebensjahr vollendet hatte, hat aufgehört zu existieren, ebenso wie das vor erst anderthalb Jahren gegründete Spezialorgan der finnischen Selbständigkeitsbewegung „Uusi Päivä", und beide sind zusammengeschlagen zu einem großen, zweimal täglich erscheinenden (bis jetzt gab es in Finnland keine zweimal täglich erscheinende Zeitung) Blatte, das den Namen „Uusi Suomi" (das neue Finnland) hat und das Hauptorgan der neuen Koalitionspartei sein soll. Da die neue Zeitung über ungewöhnlich reichliche materielle und geistige Mittel verfügen soll, verspricht sie ein großes politisches Blatt zu werden.

Die Revolution der Geistigen

Von Dr. jur. Paul Schiemann

Der Haß gegen das Bürgerliche ward nicht nur im Proletariat gesponnen, nicht nur im Drucke wirtschaftlicher Verknechtung. Das Böseste, was über den Bürger gesprochen und geschrieben wurde, entstand in einer Auflehnung geistiger Unbürgerlichkeit im Caféhause der Bohème. Wie haben wir ihn gehaßt, den Satten, den Feisten, den Selbstzufriedenen, den Spießer! Sadistische Phantasien schwelgten in Strafgerichten der Zukunft. Eine neue Zeit mußte anbrechen, die den Bürger aus seinem Lehnstuhl werfen und mit ihm einer verlogenen Kultur und Gesellschaftsordnung ein Ende machen würde.

Die neue Zeit ist da. Der Bürger steht zitternd hinter seinem Lehnstuhl, und derbe Arbeiterfäuste rütteln an den Fundamenten, auf denen sein Leben aufgebaut war.

Wo stehen nun wir?

Die bürgertumfeindlichen Arbeiter des Schrifttums, des Theaters, der Kunst?

Die Revolutionäre des Caféhauses. Die Umstürzler aus Schwabing und Friedenau?

Die Revolution ist nicht von den Geistigen gemacht. Das bißchen Einfluß, das einige Simplizissimus-Bilder und Geschichten, ein paar Romane und Verse auf die Revolutionierung des Volkes geübt haben mögen, läßt sich mit dem Verdienste nicht messen, das auch der kleinste Gewerkschaftsführer an den Ergebnissen des

Digitized by Google

9. November sich zuschreiben darf. Das sollten vor allem diejenigen sich gesagt sein lassen, die stolz auf den eigenen, unentwegten Radikalismus das gut bürgerliche Verantwortlichkeitsgefühl verdienter proletarischer Vorkämpfer, wie Ebert und Scheidemann, verhöhnen zu dürfen meinen.

Wenn irgendwer einen Grund hat, in der heutigen Zeit bescheiden zu bleiben, so ist es der revolutionäre Bohèmien, der Bürgerfeind aus der Literatur und aus der Kunst. Ob er nun in Pazifismus oder in Futurismus oder in sonst irgendeinem der Bürgerlichkeit fremd gebliebenen Ismus Lorbeer gepflückt zu haben glauben möge. Dem Proletariat waren sie alle fremd. Ja, man darf wohl sagen, daß der Bohèmien, der ja nur eine Abzweigung des Bürgertums ist, vom sozialistischen Standpunkte aus eine im höheren Maße parasitäre Erscheinung ist, als die des Bourgeois. Wenn deshalb der geistige Revolutionär im gegenwärtigen Augenblicke eine Aufgabe erfüllen zu können meint, so kann es jedenfalls nicht die sein, sich in die Reihe der Sieger zu stellen und die fortschreitende Revolutionierung mit aufmunternden Bravorufen oder hetzerischen Spottreden zu begleiten. Er muß sich vielmehr über die Gründe klar werden, die ihn zu der revolutionären Haltung gegenüber dem Bürgertume veranlaßten. Er muß sich darauf besinnen, daß es ganz bestimmte geistige und sittliche Güter waren, die unserem Empfinden nach vom kapitalistischen Zeitalter nicht genügend gewertet wurden. Daraufhin wird er sich fragen müssen, ob denn die neue Zeit bereits genügende Sicherheit für eine richtigere Einschätzung dieser Güter bietet.

Aber das Spielerische unseres Ästhetentumes beharrt in alter Gedankenlosigkeit, und wie es früher sich gleichzeitig für Tolstoi und Nietzsche, für Strindberg und Oskar Wilde zu erwärmen vermochte, so glaubt es heute Bolschewismus mit Pazifismus, Räte-Regierung mit Freiheit, Bürgerhaß mit Selbsterhaltung verbinden zu können. Was in den letzten Wochen von unseren Intellektuellen an Mißverständnis der aus Rußland her drohenden Gefahr für die Revolution geleistet worden ist, überschreitet bei weitem selbst das Maß der im Café-haus üblichen Unbefangenheit. Der Gedankengang, der zu dieser Koketterie mit dem Bolschewismus geführt hat, liegt nahe. Jedermann spricht gegenwärtig von der russischen Gefahr, jede Zeitung weiß von irgendwelchen Greueln aus Petersburg oder Moskau zu erzählen. Da muß der Nicht-Philister natürlich von Mißtrauen erfüllt werden und — das Gegenteil behaupten. Der ganz Strebsame schlägt etwa noch eine Broschüre von Lenin oder Trotzki auf und findet darin, daß diese braven Leute nichts weiter wollen, als Marxsche Theorien in die Praxis umsetzen. Und wenn man in der Bohème auch Marx nicht zu lesen pflegt, so weiß man doch, daß er ein Mann gut revolutionären Geistes war, und man lacht der Wehleidigkeit, die sich über das Bürgerblut entsetzt, das ihm zu Ehren geflossen ist oder fließen soll.

Digitized by Google

Wer wirklich den Bolschewismus als eine Strömung unseres Jahrhunderts kennenlernen will, der muß Tolstoi nicht nur als Dichter, sondern auch als Prediger einer kulturfeindlichen Askese studieren. Der muß das bolschewistische Regiment in der Praxis als folgerichtiges Resultat asiatischer Denkweise kennenlernen. Der muß sich in den Geist des russischen Machtbegriffes versenken, der zu allerletzt vor geistigen Werten Halt macht. Der muß den Unterschied fühlen zwischen einer Despotie des Großen Kurfürsten und Peters des Großen, um zu verstehen, was bolschewistische Diktatur ist und was sie dem deutschen Volke bringen muß..

Wenn der freie Künstler und geistig Schaffende sich mit Recht darüber beklagt, daß ihm das Beste seiner Persönlichkeit von oberflächlicher Genußsucht, Gleichgültigkeit und Verständnislosigkeit des Philistertums verkümmert wurde, so soll er sich dessen bewußt sein, daß die Diktatur des Proletariats seine Persönlichkeit überhaupt nicht anerkennt, sondern die willenlose Anschmiegung an den Gedankengang und die Geschmacksrichtung der breitesten Masse als sittliche und soziale Pflicht fordert. Der bolschewistische Kultusminister Lunatscharski hat es als einzigen Wertmesser für die Kunst hingestellt, ob sie dem Proletarier etwas zu bieten vermöge oder nicht. Die Künstler des proletarischen Staates sollen in Zukunft (für den Augenblick werden aus Opportunitätsgründen ebenso wie beim Techniker noch Ausnahmen gemacht) auf das feste Gehalt des Durchschnittsarbeiters gestellt werden. Dafür gehören ihre Werke dem Staat. Entsprechen die Leistungen nicht den Ansprüchen des Proletariats, so wird dem Genossen Künstler gekündigt, und er muß in die Reihe der Handarbeiter zurückkehren. Wenn er als solcher nicht seine täglichen Arbeitsstunden abdient, verliert er das Recht auf Ernährung und Wohnung, die ihm nach Ermessen und Wahl des proletarischen Rates angewiesen wird.

Das Drama der Zukunft denkt Lunatscharski sich derart, daß einer Proletarierversammlung ein bestimmter literarischer Stoff zur gemeinsamen Verarbeitung vorgelegt wird. Die Zusammenschweißung der aus dieser Arbeit entstehenden Szenen zum Theaterstück ist die Aufgabe des staatlich gelohnten Dichters. Auch der Schauspieler soll nach Möglichkeit vom Proletarier abgelöst werden, oder zum wenigsten von ihm seine künstlerischen Richtlinien erhalten.

In allen Fragen der Wissenschaft muß der proletarischen Majorität von Laufburschen, Scheuerfrauen und Schuldienern der vorherrschende Einfluß eingeräumt werden.

Nur wer Rußland nicht kennt, kann an dem kulturzerstörerischen Charakter des Bolschewismus zweifeln. Nur wer Rußland und das Wesen russischer Kultur lediglich aus einigen Literaturwerken kennengelernt hat, kann sich durch die Tatsache, daß Maxim Gorki sich von erbitterter Gegnerschaft zum Anhänger Lenins

Digitized by Google

durchgearbeitet hat, kopfscheu machen lassen. Was Gorki vom Bolschewismus abstieß, war die äußere Form, der blutrünstige Aktivismus, die Unduldsamkeit und die kriminalistische Durchsetzung des bolschewistischen Regimes. Es war nicht das Bangen um die Erhaltung der Gegenwartskultur. Er drückt das milde aus. In seinem Aufruf „An das russische Volk und die Intellektuellen" sagt er: „Wir Russen sind eine Nation, die mit Recht als in der Kultur zurückgeblieben gilt. Wir sind eine Nation ohne Traditionen und daher kühner, vulgärer, nur wenig durch Schichtungen der Vergangenheit gebunden." Für das Verständnis des Europäers muß das deutlicher gesagt werden.

Die gegenwärtige Kultur Rußlands ist der Gesamtheit des Volkes überhaupt fremd geblieben. Sie wurzelt weder im nationalen Empfinden der Intelligenz, noch in dem der Massen. Seitdem Peter der Große dem halbmongolischen Reiche die äußeren Formen der europäischen Kultur aufzwang, ist es die Tragik der russischen Nation gewesen, daß sie in innerem Widerspruch zu ihrer Kultur stand. Nach der kurzen Epoche einer ausschließlich in den Händen der europäisierten Aristokratie liegenden Literatur, deren Wesensart in Puschkins und Lermontows Beyronismus zutage trat, war das ganze russische Schrifttum von Bjelinski bis Dostojewski nur ein einziger großer und schmerzensvoller Protestschrei wider die Kultur Europas, die dem Seelenleben und der Gedankenrichtung des russischen Volkes zuwiderlief. Und wenn es in den Jahren 1914 bis 1917 eine vom russischen Volke mitempfundene Kriegsideologie gab, so war es die Ideologie einer Abschüttelung des europäischen Kulturjoches, die sich hinter dem Schlagworte einer „Befreiung von deutscher Gewaltherrschaft" barg. Diese Ideologie findet im Bolschewismus ihre Krönung. Es muß die gesamte Kultur des Landes zerstört werden, um den Boden frei zu machen für eine neue wahrhaft russische Kultursaat, die vom Volk selbst, das vom Westen noch nicht infiziert ist, gestreut werden soll.

Ob eine derartige Hoffnung erfüllbar ist, ob Europa den Rückfall eines so gewaltigen Teiles der Welt in die Anfangsstadien kultureller Entwicklung zulassen kann und wird, das ist eine Frage, die hier nicht untersucht werden soll. Es handelt sich nur darum, zu erkennen, daß die niederreißende Arbeit des Bolschewismus gerade aus der Sehnsucht nach eigener nationaler Kultur die beste Kraft erhält.

Ganz anders liegt die Frage für Deutschland, das doch zweifellos seine eigene im Volksleben wurzelnde Literatur, Kunst und Lebenskultur schon hat, die vielleicht der Erneuerung, sicher der Verbesserung, bedarf, die aber ganz zu vernichten selbstmörderisch wäre. Der asiatische Drang nach Gewalt, der Rußland ebenso wie seine mongolischen Vorgänger stets ausgezeichnet hat, strebt nach einer Weltordnung, die nicht nur die Russen, sondern die ganze Welt nötigt, den Kultur-

Digitized by Google

aufbau neu zu beginnen und die gesamte Vergangenheit auszustreichen.

Es fragt sich doch, ob unsere geistigen Revolutionäre ganz genau wissen, was sie tun, wen sie in bezug auf eine Bewegung, die planmäßig durch Mord und Gewalt Deutschland auf die primitivsten Anfänge kulturellen Lebens zurückbringen will, den Standpunkt der Passivität empfehlen und über die „Bluthunde" zetern, die solchem Beginnen mit Waffengewalt entgegentreten. Es fragt sich doch, ob gerade dieser Strömung gegenüber es angebracht erscheint, über die Stumpfheit und Geistesarmut deutschen Bürgertumes zu spotten und zu wehklagen. Es fragt sich, ob die Maler von Worpswede mit ihrer Unterstützung der Bremer Räteregierung nicht mehr künstlerische Naivität als Verständnis für den Geist der neuen Bewegung bekunden. Und wenn Wilhelm Herzog in der „Republik" nur der Regierung Tolstoische Passivität empfiehlt, so wird man ein solches Verhalten zum mindesten einseitig nennen können. Seine halbe Befürwortung des Bolschewismus, die weder nach rechts noch nach links präzise Stellung zu nehmen vermag, entspricht gewiß nicht den Aufgaben, die dem geistigen Revolutionär von unserer Zeit gestellt werden.

Und doch glaube ich, daß es ganz besondere, rein positive Aufgaben gibt, die gerade der geistige Freie zu erfüllen hätte.

Es ist zu hoffen, daß der asiatische Ansturm auch ohne Hilfe des Cafehauses abgewehrt wird. Es ist aber anzunehmen, daß auch die neue Gesellschaftsordnung, die das deutsche Volk sich selbst errichten wird, für eine Geistigkeit um ihrer selbst willen nur wenig Platz haben dürfte. Es ist zu fürchten, daß die sozialistische Republik nicht ganz die Gefahr einer geistigen Nivellierung und Mechanisierung wird vermeiden können. Hier ist das Betätigungsfeld unserer geistigen Revolutionäre. Der Hochmut, mit dem sie kraft eingebildeter oder tatsächlicher Überlegenheit über den Bürger hinwegsahen, muß in einen werktätigen Stolz gewandelt werden, der dem proletarischen Gemeinwesen gegenüber die Bedeutung des Geistigen und sein Recht auf die Individualität vertritt. Dann kann Opposition der Vergangenheit fruchtbare Arbeit der Gegenwart werden, die dafür Sorge trägt, daß das Kulturleben unseres Volkes sich nicht von oben nach unten, sondern von unten nach oben aus richte.

Der gefährdete Anschluß Deutschösterreichs

Von Dr. jur. et phil. Erich Marx, Charlottenburg

Es gab einen Augenblick, da war der Anschluß Deutschösterreichs in einer einzigen stürmischen Aufwallung zu erreichen. Das war damals, als Habsburgs Reich in Trümmer fiel und die Reichsratsabgeordneten Deutschösterreichs,

Digitized by Google

unter Viktor Adlers Führung, sich zur Volksvertretung des neuen Staates Deutschösterreich zusammenschlossen. Da rief man im ersten Sturme der Begeisterung den Anschluß an das Deutsche Reich aus. Einstimmig! Alle waren sie dafür; die Sozialisten ebenso stürmisch wie die Deutschnationalen, und selbst die Christlich-Sozialen wurden vom Rausche des Augenblicks ergriffen.

Wenn damals Deutschlands Regierung, Parlament, Presse und Volk mit einem Jubelruf dem Anschluß Deutschösterreichs geantwortet hätten, dann war er vollzogen, dann konnte keine Macht der Welt das wiedervereinte deutsche Volk trennen. Die Misere des Augenblicks hat den leidenschaftlichen Zuruf nicht erklingen lassen. Zu groß ist die Erschöpfung und die Not, zu groß der Eindruck der äußeren und inneren Geschehnisse gewesen; trotz Brockdorff-Rantzaus kluger Worte ist selbst von der Regierung das große, befreiende, führende Wort nicht erklungen. Und während wir in den Nöten des Augenblicks, scheinbar rettungslos, versinken, scheint der große Augenblick verpaßt.

Schon ist die Flut der Gefahren, welche die Wiedervereinigung bedrohen, zur Sündflut geworden. Von innen und außen sind die Widerstände maßlos gewachsen. Gewiß, Pichons Rede wäre wirkungslos verhallt, wenn das Bild des wiedervereinigten deutschen Volkes tief in die Vorstellung der Menschheit gedrungen wäre. Dies Bild ist nicht erstanden. Während Deutschland wie gebannt dem ferner und ferner entschwindenden Münster von Straßburg nachblickt, ist auch der Stephansturm von Wien in die Ferne gerückt.

Ein neues Phänomen ist den Völkern des ehemaligen Österreich-Ungarn erstanden: Die Idee des „Donaubundes", der wirtschaftlichen Föderation aller ehemals österreichisch-ungarischen Völker einschließlich ganz Polens, Serbiens, vielleicht auch Rumäniens. Masaryk hat den Plan, unter jubelndem Zuruf der Entente, erdacht; er will der böhmischen Industrie den großen Markt erhalten, dessen sie bedarf. Gleich fiel der Chorus der größeren Industriellen Deutschösterreichs und Deutschböhmens ein, die nichts mehr fürchten, als mit der reichsdeutschen Industrie in ein Zollgebiet gesteckt zu werden; dann die Wiener Finanzkreise, die über das ganze Gebiet der alten Monarchie ihre Interessen verteilt haben und nun den mannigfachen, von ihnen beherrschten Industrien das einheitliche Wirtschaftsgebiet, sich selbst den vorherrschenden Finanzeinfluß im Gesamtgebiet erhalten möchten. So ist ein mächtiger Block für den „Donaubund" entstanden; seinen wachsenden Einfluß merkt man an der Haltung der Wiener Kapitalistenpresse.

Zwar dürften die eventuell im Entstehen begriffenen Industrien Ungarns und des Südslawenstaates weniger von der Idee begeistert sein als die leistungsfähigen Fabrikanten Deutschösterreichs und Böhmens. Namentlich Ungarn hatte daran gedacht, mit Hilfe von Schutzzöllen eine eigene Industrie hochbringen zu können. Aber derartige Sentiments wird die Entente bald überwinden.

Digitized by Google

Denn die Entente will den Donaubund. Sie will ihn, um den Anschluß Deutschösterreichs an Deutschland zu verhindern. Sie will ihn, um zu verhindern, daß Ungarn oder der Tschechenstaat oder noch weitere Staaten sich auf die Dauer gezwungen sehen könnten, sich wirtschaftlich an Deutschland anzuschließen, und so „Mitteleuropa" in gemäßigter Form wieder auflebte. Sie wird den Widerstand einzelner Nationalstaaten zu brechen versuchen.

Mit ihr im Bunde steht alles, was ein Neuaufleben der Zentralisation anstrebt. Vor allem der Exkaiser Karl, dann ein Teil des hohen Klerus. In Deutschösterreich aber auch ein großer Teil des niederen Klerus und der mit ihm in engstem Konnex stehenden Kleinbürger- und Bauernschichten. Von den drei deutschen Parteigruppen des alten Reichsrats sind unbedingte Anhänger des Anschlusses die Deutschnationalen und die Sozialisten. Die kleine Gruppe der Deutschfreiheitlichen, d. h. die großstädtische Intelligenz, möchte zur Zentralisation zurück. Die Christlich-Sozialen sind zwar in der ersten Begeisterung dem Anschlußwunsch gefolgt, doch bald hat sich in ihren Reihen eine starke Abkühlung bemerkbar gemacht. Widersprach schon die kapitalistisch-großindustriell-sozialistische Entwicklung Deutschlands sowie der protestantische und antikonfessionelle Einschlag wenig ihren klerikal-kleinbürgerlichen Neigungen, so hat sie die überradikale Tendenz, die sich in Deutschland neuerdings geltend macht, nun vollends vor den Kopf gestoßen. In Tirol begann die Gegenaktion und überall in den Alpenländern macht sich unter Bauern und Kleinbürgern eine entschiedene Abneigung gegen den Anschluß bemerkbar.

Nur noch ein Neuaufleben des nationalen Elans könnte den Anschluß retten. Man möge in Deutschland bedenken, daß auch wirtschaftlich die Einfügung der eisenreichen Alpenländer von fundamentaler Bedeutung ist.

Notizen

Triest. Italien wäre wahrscheinlich von der Teilnahme am Weltkriege abgehalten worden, würde im Jahre 1915 österreichischerseits diesem „Verbündeten" Triest überlassen worden sein. Selbst im allerletzten Moment wäre dieses Anziehungsmittel so stark gewesen, daß es der italienischen Regierung durchführbar erschienen wäre, sich aus den Ententeengagements loszulösen.

Jetzt ist Triest doch italienisch geworden, und wer die Verhältnisse da unten kennt, wird nicht darüber im Zweifel sein, daß auf gütlichem Wege der Italiener aus dem Triester Hafengebiet nicht mehr zu entfernen sein wird, auch nicht durch einen Machtspruch Wilsons oder eines solchen der Entente.

Wir haben mit der Tatsache zu rechnen, daß ebensowohl Triest wie Fiume italienisch ist.

Digitized by Google

Freilich ist diese Entwicklung im Gegensatz zu den Ententegrundsätzen, die bekanntlich dahin gehen, daß jeder Staat einen Ausgang zum Meere haben soll. Will man doch jetzt, koste es was es wolle, dem Polenreich einen deutschen Hafen zubilligen, weil die anderen, in Litauen, Estland, im Baltikum eventuell verfügbaren Hafenstädte den Herren Polen nicht konvenieren. Daß Serbien einen Hafen bekommt, steht auch fest, dagegen schadet es anscheinend nicht, wenn man Österreich des einzigen Hafens beraubt, über den es bisher verfügen konnte, und das gleiche mit Ungarn zutrifft.

Abgesehen von den politischen Erwägungen, die mit der Besitznahme Triests und Fiumes durch die italienische Regierung aufgedrängt werden, scheint es uns von besonderer Wichtigkeit, die wirtschaftlichen Aussichten zu untersuchen, die sich jetzt den beiden Adriahäfen bieten.

Triest war in den Friedensjahren von einer Bevölkerung venetianischer Abstammung Jahrhunderte hindurch okkupiert, wozu rund 50 000 aus dem „Regno" kamen und einige tausend Slowenen. Die paar hundert Deutsche, d. h. Deutsch-Österreicher, zählen hier nicht mit, obgleich sie, zur Oberschicht gehörend, auf die Entwicklung Triests maßgebenden Einfluß namentlich in wirtschaftlicher Hinsicht ausübten. Daß diese Bevölkerungszusammensetzung nach Italien gravitierte, liegt auf der Hand, so daß die von irredentistischer Seite gepflogene Agitation immer in Flammen blieb und das ganze Leben Triests und seiner Umgebung färbte. Trotz aller Hinneigung zu Italien, trotzdem gesellschaftlich und kulturell Triest ebenso italienisch war wie Venedig oder Mailand, muß doch ein wesentlicher Unterschied hervorgehoben werden, sobald es sich darum handelt, das Verhältnis zwischen Triest und Österreich von der wirtschaftlichen Warte aus zu betrachten.

Triest als einziger österreichischer Hafen hatte die — man kann sagen — restlose Unterstützung der österreichischen Regierung zur Seite. Nicht nur hat sie für die Subvention großer Schiffsgesellschaften gesorgt (Österreichische Lloyd, Austro Americana usw.) und Millionenbeträge hierfür ausgeworfen, sondern noch viel höhere Investitionen wurden für den Ausbau der Hafeneinrichtungen, für die Errichtung von enormen Lagerhäusern aufgeboten. Diese immensen Aufwendungen und die auch sonst in materieller Beziehung dem österreichischen Hafen zufließenden behördlichen Begünstigungen haben es zuwege gebracht, daß die Triestiner Bevölkerung in geschäftlichen Dingen keineswegs ablehnend der österreichischen Regierung gegenüberstand.

Man denke beispielsweise an die im Jahre 1882 eingeführten Differentialzölle, die dazu führten, daß der ganze Kolonialwarenhandel Österreichs nach Triest auswanderte, womit die Etablierung Triests als internationaler Kaffeeplatz gewährleistet war.

Der Eigenhandel Triests war bedeutend und kann nur aufrecht erhalten werden, wenn Triest österreichisch ist. Das eine Beispiel der Differentialzölle, d. h. ermäßigter Zölle im Falle der Einfuhr über Triest, beweist schon, daß Triest als zu Italien gehörig von dieser Begünstigung keinen Gebrauch machen kann. Aber auch sonst ist der Eigenhandel Triests für österreichische Bedürfnisse zugeschnitten, und kann, wie wir schon sagten, nicht aufrecht erhalten bleiben, sobald Triest dem italienischen Zollgebiet angegliedert wird.

Noch trauriger sind die Aussichten, sobald Transportfragen behandelt werden. Italien hat für seine adriatischen Häfen nichts getan, weder Bari noch Ancona noch Venedig sind irgendwie in den letzten Jahren vorwärts gekommen, denn die italienische Regierung litt stets an Geldsorgen und hat selbst für den Welthafen Genua sowohl wie für Neapel nur das Allernotwendigste aufgewendet. Bekannt ist, daß in Genua die Hafen- und

Digitized by Google

Eisenbahnverhältnisse äußerst unbefriedigende waren und sind, und daß trotz aller Bemühungen seitens der Genueser Lokalbehörden die Regierung nicht dazu zu bewegen war, irgendwelche größere Geldbeträge für das Wohl dieses Hafens aufzuwenden. Triest wird also von der italienischen Regierung kaum eine bessere Behandlung zu erwarten haben wie die andern italienischen Häfen.

Inwieweit das Hinterland den „italienischen" Hafen Triest benutzen wird, steht dahin. In der Hauptsache hängt das von den Schiffslinien ab, die in Triest ihre Kopfstation haben werden. Ob der Österreichische Lloyd und die andern großen Reedereien von der italienischen Regierung übernommen werden, oder wie dieses Problem gelöst werden soll, läßt sich heute nicht einmal annähernd entscheiden.

Das industrielle Österreich gravitiert nach dem Norden. Hamburg hauptsächlich war für österreichische Rechnung in beiden Verkehrsrichtungen stark besetzt. Die österreichische Südbahn, die die Strecke von Wien nach Triest besitzt, hat in jahrzehntelanger Arbeit alles aufgeboten, um — sei es durch tarifarische Maßnahmen oder sonstwie — Güter über Triest heranzuziehen. Und wir wissen ja auch, daß beispielsweise der Österreichische Lloyd durch seine Linien nach Indien und nach dem fernen Osten eine recht lebhafte Warenbewegung im Triester Hafen hervorgerufen hat, nicht zu sprechen von dem sehr intensiven Verkehr, der zwischen Triest und der Levante, überhaupt mit dem östlichen Mittelmeer gepflegt wurde. Von Venedig gingen Konkurrenzlinien aus, die aber zur Bedeutung des österreichischen Verkehrs nicht herankamen.

Die in Triest etablierten Banken waren ausschließlich österreichischen Ursprungs, in der Hauptsache Wiener Filialen. Diese Zweigniederlassungen sind bei Ausbruch des Krieges aufgehoben und nach Wien verlegt worden. Ob sich die Banken entscheiden werden, nach Triest zu kommen, wenn dasselbe italienisch ist, dürfte auch noch die Frage sein.

Zusammenfassend also präsentiert sich die wirtschaftliche Zukunft Triests äußerst prekär. Zweifelsohne wird auch Deutsch-Österreich alles, was in seinen Kräften steht, tun, um seine Industrie und seinen Verkehr zugunsten der deutschen Transportrouten auszunutzen. Damit wäre ein tödlicher Schlag für das kommerzielle Triest gegeben.

K. B.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Koibe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a I. Für Anzeigen F. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland M. 8.—. Einzelnummer 50 Pfg. / Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 48.

Digitized by Google

4. Jahrgang * 14. Februar 1919 * Heft 7

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

In Eberts Eröffnungsrede zur Nationalversammlung war dies das Wichtige: daß die Reichsleitung die Grenze ihrer Unterwerfung gegenüber den Feinden betont. Das ist heute zur politisch entscheidenden Frage geworden. Über die Arbeit der Waffenstillstandskommission ein gerechtes Urteil zu fällen, ist schwierig genug, denn ihre Entschließungen stehen unter der härtesten Verantwortung. Aber der Eindruck, daß Erzberger voreilig nachgab, ist nicht zu verwischen. Wir können unmöglich das Verfahren schweigend annehmen, daß Foch die Vernichtung unseres Lebens erpreßt, bevor formal zum Frieden geschritten wird. Wollen wir, daß Wilsons 14 Punkte als Unterlage nicht völlig entwertet werden, dann müssen wir selber dem amerikanischen Präsidenten sekundieren. Das geschieht, indem wir unsere Unterschrift zu Bedingungen verweigern, die den Geist der Gerechtigkeit verhöhnen. Die Feinde mögen sich selber dann die Antwort auf die Frage suchen, vor die sie durch die neue Sachlage gestellt werden.

*

Der Zentralrat der A.- u. S.-Räte hat sein „Mandat", Kontrollorgan der Regierung zu sein, unter Leitung von Cohen-Reuß loyal an die Nationalversammlung abgetreten. Das „Staatsrecht" der Revolution ist damit formal erledigt. Aber nur formal. Denn die Soldatenräte, die sich als eine „Errungenschaft" der Revolution empfinden, fühlen teilweise den geschichtlichen Auftrag, die übrigen „Errungenschaften" zu schützen. Sie bleiben beieinander, auch wenn ihre Verbände bereits aufgelöst sind, sie etablieren sich teilweise in Städten, die nie eine Garnison gehabt haben, denn sie haben Angst vor der Demokratie, die gegenüber täglich abbröckelnden Ansprüchen der Minderheiten dem Mehrheitswillen Geltung sichern will. Wie Bremen, Hamburg, Cuxhaven zeigt, sind sie vielfach der Herd des unsinnigsten Separatismus, des örtlichen „Selbstbestimmungsrechtes" und der Verantwortung für Deutschlands Schicksal bar. Man muß, damit der

Digitized by Google

deutsche Einheitsgedanke nicht von ihnen mit dem läppischen Geschrei der Gegenrevolution verdorben werde, wünschen, daß Noske sich noch eine Zeitlang „Bluthund" schimpfen und sich nicht beirren läßt.

*

Die Revolution hat das Vaterland nicht sofort ruiniert, weil die Beamten ihre Pflicht taten und weiter arbeiteten. Der Historiker der Revolution, wenn er gerecht ist, wird ihnen das einmal danken müssen. Sie müssen jetzt dem Vaterland helfen, indem sie ihre Arbeit da und dort einstellen. Der Beamtenstreik, das Schreckgespenst von ehedem, ist heute zu einer staatserhaltenden Funktion geworden.

*

Die Polen, die den seelischen Zusammenbruch des deutschen Volkes nach den unerhörten Lasten von vier Jahren Krieg dazu benutzen, um deutsches Gebiet vor der Friedenskonferenz zu stehlen, haben sich in Wilna als „Heldenvolk" gezeigt. Als die deutschen Truppen Wilna aufzugeben begannen, erschienen in dieser zu Litauen gehörigen Stadt polnische Legionäre in schönen Uniformen und annektierten die Stadt im Namen des polnischen Volkes. Die „polnische Herrschaft" dauerte aber nur drei Tage. Als nämlich die Bolschewistischen Truppen näher rückten, hielten es die polnischen Legionäre doch für ratsamer, das so glühend erstrebte Wilna nicht zu verteidigen, sondern von den viel geschmähten Deutschen einen Extrazug gegen Abgabe der Waffen einzuhandeln und als erste den Schauplatz ihrer Eroberung zu verlassen. Der politische Kredit der Polen ist damit nicht nur bei den Deutschen, sondern auch bei den Litauern auf den Nullpunkt gefallen.

*

Das innerpolitische und wirtschaftliche Fiasko hatte den Bolschewismus in Rußland stark in Mißkredit gebracht. Es fingen von ihm schon seine eigentlichsten Anhänger, die Proletarier, abzubröckeln. Der Verzicht der Entente auf Bekämpfung dieser bisher verfehmten Bewegung hat ihn jetzt innerlich stark gefestigt. Weite russische Volkskreise, die sonst mit ihm nichts zu tun hatten, sind bereit, in Anbetracht dieses äußeren Erfolges, zusammen mit dem Vordringen der bolschewistischen Truppen nach Westen, ihm seine innerpolitischen Sünden zu verzeihen. Es steckt nun einmal in jedem Russen, mag er in seinem Privatberufe Reaktionär oder Revolutionär sein, ein Imperialist. Die Bolschewisten sind klug genug, den Vorschlag der Entente, auf den Prinzeninseln zu verhandeln, anzunehmen, weil sie damit als gleichberechtigter Staat von den Westmächten anerkannt wurden. Daß die bürgerliche großrussische Vertretung mit größter Leidenschaftlichkeit gegen diese Anerkennung des Bolschewismus protestiert, ist verständlich, weil ihr damit der Boden unter den Füßen entzogen wird.

Digitized by Google

Die Schuldfrage

Von Dr. Paul Rohrbach

Seit dem ersten Tage des Weltkrieges ist mit einem ungeheuren Aufwand von Mitteln dafür gearbeitet worden, alle Welt von der „Schuld" Deutschlands zu überzeugen. Die Aufgabe ist so gut wie restlos gelöst worden, und Deutschland steht heute unter den Völkern da, als ob es moralisch entrechtet wäre. Das kommt aber nicht von der besseren Sache seiner Feinde, sondern von deren größerer Geschicklichkeit und besserer Einsicht in die psychologischen Vorbedingungen des Sieges, während in Deutschland die unwissende Beschränktheit der verantwortlichen Stellen und die Unerfahrenheit der Nation fast alle Waffen, mit denen die moralische Sache des deutschen Volkes hätte geführt werden können, unbenutzt ließ oder sie nur mit wirkungslosem Ungeschick zu brauchen versuchte.

Wir fragen hier nach der Schuld am Kriege nicht in dem Sinn, ob durch eine anders gehaltene Politik Deutschlands, z. B. durch Eingehen auf die früheren englischen Verständigungsvorschläge oder dergleichen, der Weltkrieg hätte vermieden werden können. All das hat nichts mit Schuld oder Verantwortung im moralischen Sinne zu tun. Der Vorwurf, den die Feinde Deutschlands erheben, zielt auch nicht dahin. Es wird vielmehr behauptet, Deutschland habe den Krieg gewollt und daher in der Krise, die ihm voranging, von vornherein eine dem friedlichen Ausgange entgegengesetzte Haltung eingenommen. Wäre das richtig, so würde es in der Tat eine Schuld im Sinne der Feinde bedeuten. Es ist aber nicht richtig; vielmehr war gerade auf der Gegenseite der Wille wirksam, einen gewaltsamen Anbruch des Konflikts herbeizuführen.

Man nennt das letzte Menschenalter vor dem Weltkrieg, etwa seit dem Beginn der achtziger Jahre, das Zeitalter des Imperialismus. Vollkommen gesiegt hatte der Imperialismus in England, das an räumlicher Erweiterung seines Besitzstandes in der Welt während der letzten Periode alle anderen Staaten hinter sich zurückließ. Gesiegt hatte er auch in den Vereinigten Staaten von Amerika, die die alte Beschränkung auf das amerikanische Festland aufgaben, über den Stillen Ozean nach Asien hinübergriffen und der Monroe-Doktrin immer mehr eine Auslegung im Sinn politischer Kontrollrechte über Mittel- und Südamerika gaben. Rußland stellte gleichzeitig mit der Erbauung der sibirischen Bahn das Programm der Vorherrschaft in Asien auf und wurde nur durch die Niederlage im Kriege gegen Japan daran gehindert, in Ost- und Mittelasien den ernsthaftesten Versuch zu seiner Verwirklichung zu machen. Frankreich dehnte sich in West- und Zentralafrika und Indochina aus; Italien versuchte in Abessinien Fuß zu fassen, warf seine Blicke übers Adriatische Meer

Digitized by Google

und ging nach Tripolis; Japan machte große Erwerbungen, und auch Deutschland kam am Anfang der imperialistischen Periode zu einigem Kolonialbesitz. Die deutschen Kolonien waren jedoch nur etwa 3 Millionen Quadratkilometer groß und hatten nicht mehr als 12 Millionen Einwohner. Frankreich dagegen war von ½ Million überseeischer Quadratkilometer mit 3,3 Millionen Einwohnern auf 12½ Millionen mit mehr als 47 Millionen Menschen gewachsen; England von rund 18 Millionen Quadratkilometer Kolonialbesitz mit 170 Millionen Einwohnern auf 30 und 380 Millionen; Rußland hatte trotz der Niederlage in Ostasien seinen schon vorher gewaltigen Besitz in Asien um das reiche Baumwolleland Turkestan und um mehr als 25 Millionen Menschen, doppelt so viel als die deutschen Kolonien Einwohner zählten, vergrößert. England hatte die reichere Hälfte von Hinterindien, die Gold- und Diamantengebiete Südafrikas, Ägypten und ein zukünftiges zweites Indien in Nigeria gewonnen. Frankreich gehörten auch die großen Menschenreservoire Westafrikas. Dazu hatten alle Mächte außer Deutschlands für ihre Erwerbungen große Kriege geführt; am meisten England. Man denke an den Burenkrieg, an die Okkupation von Ägypten, an den japanisch-chinesischen und den japanisch-russischen Krieg, an den französisch-chinesischen und amerikanisch-spanischen Krieg, an den Tripolisfeldzug Italiens. Es ist also Tatsache, daß während des imperialistischen Zeitalters, d. h. von der Besetzung Ägyptens durch England bis zum Ausbruch des Weltkrieges, Deutschland unausgesetzt den Frieden bewahrt und im Vergleich zu seinen Nachbarn nur eine wenig bedeutende koloniale Erweiterung erfahren hat, während die anderen sich ins Unermeßliche vergrößerten, die wertvollsten Wirtschaftsgebiete der Welt sich angliederten und stete Kriege führten. Nur der Anteil Deutschlands am Welthandel und an der überseeischen Weltwirtschaft wuchs auf friedlichem Wege verhältnismäßig stärker und schneller, als der der übrigen Nationen.

Die deutsche Politik hat den Schwierigkeiten der Lage Deutschlands dadurch zu begegnen gesucht, daß sie das System des Dreibundes aufrichtete und nach dem Prinzip des sogenannten Risikogedankens eine starke deutsche Flotte erstrebte. Diese Rechnung war, wie sich gezeigt hat, insofern falsch, als England sich durch das „Risiko" nicht hat abhalten lassen, in den Krieg mit Deutschland einzutreten, als die Umstände günstig schienen. Die europäische Konstellation wäre anders geworden, wenn 1901 die von England erstrebte bündnisartige Verständigung mit Deutschland, mit der Front gegen Rußland und damit indirekt auch gegen Frankreich, zustande gekommen wäre. Als die deutsche Politik die Anregung dazu nicht aufnahm, setzte England gegen die Risikogefahr des deutschen Flottenbaus die „Einkreisung" Deutschlands. Es gewann Frankreich durch Marokko, blies unter Benutzung der deutschen Widerstände in der

Digitized by Google

Marokkofrage das bereits schwächer werdende französische Revanchefeuer von neuem an und löste auch die Aufgabe, Rußland zu gewinnen, höchst erfolgreich, indem es Japan im ostasiatischen Kriege unterstützte, Rußland damit aus seiner asiatischen Weltpolitik hinausdrückte und die russischen Interessen wieder scharf auf die Türkei hin richtete. Dort hatte sich inzwischen Deutschland ein Feld gesucht, und so war zu der deutsch-französischen auch die scharfe russisch-deutsche Feindschaft, die England brauchte, gegeben.

Der oberste Gedanke der englischen Politik bei der Einkreisung war nicht Krieg gegen Deutschland auf jeden Fall, sondern die Hineinmanövrierung Deutschlands in eine Lage, bei der es entweder kampflos einem überlegenen Druck nachgeben oder unter ungünstigen Verhältnissen schlagen mußte — in der Erwartung, daß die Deutschen dann das erstere vorziehen würden. Die beiden Zielpunkte, auf die England lossteuerte, waren Einschränkung des deutschen Flottenbaus und Rückzug Deutschlands im Orient. Dort machte die eigene Stellung Englands in Ägypten Sicherungen wünschenswert, und außerdem verlangte dort Rußland für die Teilnahme an der Entente seinen Preis auf Kosten der deutschen Interessen. In England war auch aus Gründen wirtschaftlicher Besorgnis eine Stimmung für einen Krieg gegen Deutschland vorhanden, aber diese Art von Eifersucht beherrschte hauptsächlich gewisse Geschäftskreise und daher zum Teil die populäre Presse; die Sorge wegen der deutschen Flotte dagegen hatte auch die verantwortlichen Stellen ergriffen und erhielt diese dauernd im Bewußtsein, jederzeit vor die Notwendigkeit schwerwiegender Entschlüsse gestellt werden zu können.

Während der Jahre, die dem Ausbruch des Krieges vorangingen, verfolgte England, abgesehen von der zunehmenden Beunruhigung durch die deutsche Flotte, das imperialistische Ziel, sein den Indischen Ozean rings umspannendes Machtgebiet durch Südpersien, Arabien und womöglich auch die Mündungslandschaft des Euphrat und Tigris abzurunden; Rußland den Besitz Konstantinopels und der türkischen Meerengen, Vorherrschaft am Balkan und Schwächung Österreich-Ungarns; Frankreich die Zurückgewinnung von Elsaß-Lothringen und den Alleinbesitz von Marokko; Italien den Gewinn von Südtirol und Triest und die Vorherrschaft auch auf dem jenseitigen Ufer des Adriatischen Meeres. Unter den Mittelmächten wollte Österreich-Ungarn vor allen Dingen Selbsterhaltung, und Deutschland war besorgt um das Offenbleiben seiner weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Zukunft. Die beiden Stellen, wo es bestimmtere Absichten hatte, waren Mittelafrika, und wirtschafts- wie kulturpolitisch auch ein Teil des türkischen Orients durch das Aufschließungswerk der Bagdadbahn. Hier wie dort erklärte sich England noch unmittelbar vor der Katastrophe anscheinend zu nennenswerten Zugeständnissen bereit. Es kam aber zu keinem Abschluß, weil an einer

Digitized by Google

anderen Stelle plötzlich der Ausbruch des Weltkrieges erfolgte. Hier nun wird die Schuldfrage akut!

Die beiden gefährlichsten Konfliktsmöglichkeiten im Spannungsgebiet der internationalen Lage waren durch die englisch-deutsche Flotteneifersucht und durch die Bedrohung der Existenzgrundlagen Österreich-Ungarns von der russischen Seite her gegeben. An Heftigkeit waren das Verlangen der Franzosen und Italiener nach Änderung der europäischen Lage zu ihren Gunsten und die Temperatur der antideutschen Stimmung in Rußland und in weiten Kreisen Englands einander gleich. Weder Frankreich noch Italien konnten aber daran denken, eine kriegerische Entscheidung anzurufen, außer im Bunde mit Rußland und England. Die Gefahr eines englisch-deutschen Krieges wäre zu vermindern gewesen durch eine Flottenverständigung, denn eine solche hätte in England den friedensfreundlichen Elementen vorläufig die Oberhand gegeben. Kriegstreiber gab es überall. In Deutschland jedoch war es nur eine kleine, wenn auch lärmende Gruppe, die Alldeutschen. In Österreich-Ungarn war kriegerischer „Aktivismus" überhaupt kaum vorhanden. In Italien und England reichte er bis stark in die regierenden Kreise hinein, aber es gab Gegengewichte. In Frankreich war alles, was mit der offiziellen Regierung zusammenhing und ein Teil der Nation von Kriegslust durchtränkt; die Massen verlangten eher nach Frieden. Absolut entschlossen zum Kriege und zwar in kürzester Frist, war nur Rußland. Wer die russischen Dinge nur von außen zu beobachten vermochte, namentlich wer wie die meisten deutschen Geschäftsleute irrtümlich die Wirtschaftsinteressen für stärker hielt als die zum Kriege treibenden Kräfte, oder wer gleich der deutschen Diplomatie die St. Petersburger „Sphären" für maßgebend hielt, mochte sich darüber täuschen. Wirkliche Kenner Rußlands mußten sich aber sagen, daß die nationalistische Leidenschaft, die zunehmende Verschiebung des ökonomischen Schwergewichts von Gesamtrußland in das Gebiet des Schwarzen Meeres, die Wichtigkeit der Meerengen für den russischen Getreideexport, die serbische Frage, die Angst der russischen Regierung vor der auf Galizien sich stützenden national-ukrainischen Propaganda und schließlich die Hoffnung der reaktionären Schichten, durch einen siegreichen Krieg das gefährdete innerpolitische System zu retten, zusammen den Krieg von der russischen Seite her sicher machten.

Die unmittelbare und hauptsächlichste Gefahr der Lage bestand in dem „Mechanismus der Entente". Zwischen Rußland und Frankreich war ein festes Verhältnis in dem Sinn vorhanden, daß ein russisch-deutscher Krieg automatisch die Bundesgenossenschaft der Franzosen bedingte. Zwischen Frankreich und England waren mit Hilfe der die Regierung beeinflussenden englischen Kriegspartei Beziehungen geschaffen worden, die, gemäß dem Charakter der englischen Verfassung, zwar ohne Parlamentsvorlage nicht bis zu einer formellen englischen Verpflich-

Digitized by Google

tung gegenüber Frankreich hatten geführt werden können, aber doch bis zu einer starken „moralischen" Bindung. Ähnliches war mit Rußland im Werk. Das so zwischen den drei Ententemächten zustande gekommene System war in jedem Falle stark genug, um, wenn es einem rücksichtslos vorgehenden Partner gelang, einen Konflikt in seinem Interesse hervorzurufen, die übrigen Glieder sehr wahrscheinlich ein entscheidendes Stück Weges mitgezogen werden mußten.

In diese Lage traf die Ermordung des Thronfolgers von Österreich-Ungarn im Juni 1914 durch serbische nationalistische Fanatiker, österreichisch-ungarische Staatsangehörige, mit Vorwissen und Unterstützung (Waffenlieferung) offizieller Persönlichkeiten im Königreich Serbien. Rußland trat sofort hinter Serbien und widersprach, als diesem von Österreich-Ungarn die Forderung gestellt wurde, es müsse entscheidende Genugtuung und Sicherheiten für die Zukunft leisten. Damit war die Krisis da, und für Deutschland erhob sich nun die Frage, was die deutschen Lebensinteressen geboten. Von vornherein war klar, daß jede Lösung der Krisis, bei der die staatliche Weiterexistenz Österreich-Ungarns als Großmacht von der russisch-serbischen Seite her in Frage gestellt worden wäre, Deutschland in die ernsteste Gefahr brachte. Nur wenn Serbien eine wirkliche Demütigung bekam (was auch die englische Regierung im Anfang des Konflikts für notwendig erklärte), und wenn es ihm unmöglich gemacht wurde, die Sicherheit Österreich-Ungarns weiter zu bedrohen, konnte man hoffen, daß das Gefüge der Monarchie die Gefahren überstand, die von der südslawischen Seite her drohten. Blieb dagegen der Mord ohne wirkliche Sühne, und zeigte sich außerdem, daß Rußland Serbien vor Strafe schützte, so war klar, daß von hier aus das Gefüge Österreich-Ungarns in absehbarer Zeit gesprengt werden mußte. Hiernach also war der serbische Konflikt nach seiner Bedeutung für Deutschland zu beurteilen. Wurde Österreich-Ungarn tiefgreifend geschwächt, so rückte damit die russische Macht indirekt bis ans Adriatische Meer und bis nahe an den Fuß der Ostalpen. Die Herrschaft am Balkan fiel Rußland dann von selber zu; auch Rumänien und Bulgarien waren ihm ausgeliefert und Konstantinopel war das nächste unmittelbare Ziel des russischen Zugriffs. Was darnach an Trümmern von Österreich-Ungarn etwa übrig blieb, bedeutete der verstärkten russischen Macht gegenüber nichts; Deutschland aber befand sich dann ohne Bundesgenossen zwischen Rußland, Frankreich und England: eine Lage, die absolut verhängnisvoll war und die zu verhindern, jedes mögliche Mittel ergriffen werden mußte.

Die Frage Österreich-Ungarns, ob Deutschland ihm auch auf die Gefahr des Krieges mit Rußland hin zur Seite stehen werde, konnte aus diesen Gründen gar nicht anders als bejahend beantwortet werden. Mit Unrecht ist dabei aus gewissen Veröffentlichungen in jüngster Zeit der Schluß gezogen worden, die verantwort-

Digitized by Google

liche deutsche Politik habe die Lösung des entstandenen Konflikts im Sinne eines großen allgemeinen Krieges gewünscht, um bei dieser Gelegenheit entscheidende deutsche Ziele, die deutsche „Weltherrschaft" oder ähnliches, durchzusetzen. Die deutschen Staatsmänner machten wegen ihrer fundamental irrtümlichen Vorstellungen über die kriegerische Entschlossenheit Rußlands den Fehler, daß sie glaubten, Rußland „blasse" nur. Wenn sie daher Österreich-Ungarn eine feste Haltung empfahlen und sogar einen österreichisch-ungarischen Krieg gegen Serbien billigten, so war die Absicht dabei, nicht den Weltkrieg zu entzünden, sondern durch schnelle und gründliche Bestrafung Serbiens, dem Rußland, wie man glaubte, im entscheidenden Augenblick doch nicht bewaffnet beispringen würde, die für den Bundesgenossen unerträglich gewordene serbische Gefahr zu beseitigen. Aus dem Bestreben, diesen Schlag so überraschend wie möglich geschehen zu lassen, erklärt sich auch die äußere Haltung der maßgebenden deutschen Stellen, die den Eindruck erwecken sollte, als ob man in Deutschland nicht glaube, daß es zu einer Waffenentscheidung kommen solle. Das alles hat Delbrück sehr gut im Januarheft der Preußischen Jahrbücher von 1919 auseinandergesetzt.

Rußland aber war entschlossen, die Krisis herbeizuführen und zugleich den „Mechanismus der Entente" von sich aus für den Weltkrieg gegen das verbündete Mitteleuropa in Bewegung zu setzen. Der Fehler, den die deutsche Politik in der Beurteilung Rußlands gemacht hatte, war ungeheuer, aber von dem Augenblick an, wo man auf Seiten der deutschen Regierung — zu spät — begriffen hatte, die Russen könnten wirklich losschlagen, läßt sich auch bei ihr eine sehr verstärkte Arbeit für die Erhaltung des Friedens einschließlich des serbischen Brandherdes beobachten. Die beiden entscheidenden Zeugnisse dafür sind das Telegramm des Reichskanzlers nach Wien, Deutschland weigerte sich, durch den Bundesgenossen sich in einen Weltkrieg hineinreißen zu lassen, und das Geständnis der russischen Generale Suchomlinow und Januschkewitsch — Kriegsminister und Generalstabschef bei Ausbruch des Krieges — daß die dringlichen Vorstellungen des deutschen Kaisers den Zaren bereits zur Zurücknahme des Mobilmachungsbefehls bewogen gehabt hätten. Durch die eingestandene Lüge und den Ungehorsam der beiden Generale blieb es aber trotzdem bei der Mobilmachung und damit bei der Unmöglichkeit für Deutschland, sich bei seiner verhängnisvollen geographischen Lage noch länger ohne entscheidende Gegenmaßnahme der furchtbaren, von dorther drohenden Gefahr auszusetzen.

Suchomlinows Geständnis zeigt, daß die für Rußland [illegible]keit maßgebenden Stellen den Krieg wollten und fest entschlossen [illegible] herbeizuführen. Daher ist es völlig unberechtigt, wenn Grey die Schuld [illegible] damit zu beweisen sucht, daß er sagt, wir hätten uns seinem Vorschlag [illegible]zogen, die österreichisch-serbische Sache auf einer europäischen Konferenz zu schlichten. Greys be-

Digitized by Google

kanntes Telegramm an den Botschafter Buchanan in Petersburg, in dem er diesen auffordert, die russische Regierung darauf hinzuweisen, daß Deutschland bei Fortgang der russischen Mobilmachung eventuell den Krieg erklären werde, beweist, daß man in England die deutsche Zwangslage, im Fall daß Rußland Zeit erhielt, seine ungeheuren Kräfte an der deutschen Grenze zu sammeln, wohl erkannte. Eine Konferenz vorzuschlagen, ohne gleichzeitig eine ausdrückliche Garantie gegen die russische Mobilisation zu übernehmen und Rußland mitzuteilen, daß, wenn diese nicht eingestellt würde, England von vornherein seine Neutralität erkläre, war eine Proposition, die Deutschland gar nicht in ernsthafte Erwägung ziehen konnte. Damit immer noch weiter zu operieren, ist ein bloßes Fechterstück.

England, soweit es durch Grey repräsentiert wurde, wollte nicht den Krieg, aber auch Grey hat sich durch Rußland, das den Hebel am Mechanismus der Entente ergriffen und auf Krieg gestellt hatte, ohne klaren Widerstand hineinreißen lassen. Die direkte Schuld Rußlands und die indirekte aber entscheidende Mitschuld Englands am Kriege hat auf englischer Seite zuerst Bernard Shaw, darnach viel ernster und eindringlicher E. D. Morel in seiner Schrift „Der Anteil des Zarentums am Kriege" dargestellt. Morels Arbeit ist immer noch nicht vollständig in deutscher Sprache erschienen, aber ein genügender Auszug findet sich in der Kölnischen Zeitung Nr. 387 und 388 vom 22. und 23. Oktober 1918. Shaw wie Morel stellen als Engländer natürlich auch eine Schuld Deutschlands fest, aber was sie, namentlich Morel, der mit Gefängnis für den Versuch bestraft wurde, seine Broschüre aufs Festland zu bringen, außerdem sagen, bedeutet in den entscheidenden Punkten aus englischem Munde die Entlastung der deutschen Politik, sogar noch bevor Sſuchomlinow und Januschkewitsch gesprochen hatten.

Rußland und kein anderer hat den Weltkrieg entzündet, denn durch die Initiative der deutschen und das Zusammenwirken der englischen Regierung war die Formel schon gefunden, um in der serbischen Frage die Behandlung des Schuldigen (bloße Besetzung Belgrads) eben noch mit den Lebensinteressen Österreich-Ungarns zu vereinigen. Anhalten der russischen Mobilisation hätte die Rettung des Weltfriedens bedeutet. Die Kriegsparteien in Rußland, England und Frankreich waren aber einig gegen den Frieden. Der Manchester Guardian hat erkannt und bald nach Kriegsausbruch geschrieben, daß in Frankreich das Kriegsfeuer durch Belügung des Volkes entzündet wurde: indem die russische Mobilmachung verheimlicht und erst nach der deutschen bekanntgegeben wurde, um den Eindruck zu erwecken, daß Rußland (und Frankreich!) der provozierte Teil seien. Jean Jaurès aber schrieb zwei Tage vor seinem Tode (der Brief wurde mitgeteilt von Philipp Scheidemann im Deutschen Reichstag am 6. April 1916): „Es läge in der Macht der französischen Regierung, den Krieg zu verhindern. Aber man sucht den Krieg, den man schon lange schürte. . . . .

Digitized by Google

Hier treiben alle schädlichen Kräfte zum Krieg, den man zur Erfüllung eines krankhaften Ehrgeizes führen will, und weil die Börsen von London und Paris auf Petersburg spekulieren!"

Deutschland kann also einer unparteiischen Untersuchung der Schuld am Ausbruch des Krieges ruhig seine Aktenschränke öffnen — die Entente kann es nicht und wird es nicht. Hätten wir nur eine Regierung und eine Volksvertretung gehabt, die rechtzeitig wußten, was moralische Offensive ist, so wäre überhaupt niemals die Legende von Deutschlands Schuld so unzerstörbar aufgekommen. Die Nationalversammlung wird jetzt zeigen müssen, ob sie in dieser Grundfrage unserer gegenwärtigen Politik fähig ist, der neuen Regierung besser zu sekundieren und sie, wenn nötig, energischer vorwärts zu treiben, als es der Reichstag gegenüber der alten getan hat. Die Mehrheitssozialdemokratie, die sich auf der Berner Konferenz in nationaler Beziehung im Gegensatz zur unwürdigen Selbsterniedrigung Eisners nicht schlecht gehalten hat, nahm dort, was die Schuld am Kriege betrifft, die grundsätzliche Stellung ein, auch der Imperialismus und Militarismus der Entente seien schuldig und die „unparteiische Untersuchung" müsse die Dinge im einzelnen klären. Die sozialdemokratischen Vertreter hätten aber, ohne der Wahrheit etwas zu vergeben, auch noch ein Stück weitergehen und sagen können, daß durch Deutschlands Bemühungen die Gefahr fast schon beschworen und die Formel für Österreich-Ungarn und Serbien, den Frieden zu erhalten, schon gefunden war. Alle übrigen entscheidenden Stellen hatten sie angenommen — da zerstörte die russische Gesamtmobilmachung die wiederkehrende Wahrscheinlichkeit des Friedens. Sie zerstörte sie aber nicht nur, sondern sollte sie auch zerstören.

Die Entente und die deutschen Kolonien

Von Franz Kolbe

Die Entscheidung darüber, was mit den deutschen Kolonien geschehen soll, scheint die Friedenskonferenz vor eine äußerst schwere Aufgabe zu stellen. Seit dem 25. Januar wird über das Schicksal der deutschen Kolonien verhandelt, und bis jetzt scheint eine Einigung noch nicht erzielt zu sein. Die „Agence Havas" behauptet zwar, es sei eine vorläufige Entscheidung dahin getroffen worden, daß die Kolonien unter keinen Umständen an Deutschland zurückgegeben, sondern, wie von Wilson vorgeschlagen, internationalisiert, d. h. der Verwaltung des Völkerbundes unterstellt werden. Einer Annexion unserer Kolonien, wie sie von England, Frankreich, Belgien und Australien beabsichtigt wurde — auch Portugal soll Ansprüche auf den südlichen Teil Ostafrikas angemeldet haben, und Italien sollte aus englischem und französischem Kolonialbesitz Kompensationen erhalten — soll sich Wilson mit Erfolg energisch widersetzt haben. Bis zum Zu-

Digitized by Google

standekommen des Völkerbundes sollen diejenigen Mächte, welche die Kolonien gegenwärtig verwalten, die Verwaltung behalten, sie sollen sogar das Recht haben, ihre eigenen Gesetze einzuführen, dagegen soll Wilson mit Erfolg verlangt haben, daß der Handel nicht von den Okkupationsmächten monopolisiert werden darf, sondern der freien Betätigung aller Staaten offenstehen muß. Die endgültige Entscheidung über das Schicksal unserer Kolonien würde demnach Sache des Völkerbundes sein.

Nach den neueren Meldungen scheint indes eine Einigung nur zwischen Wilson und dem englischen Kriegskabinett erfolgt zu sein, während sowohl Frankreich als auch die englischen Dominions sich dem Wilsonschen Vorschlage energisch widersetzen. Die gesamte offiziöse französische Presse stellt sich auf den Standpunkt, daß eine Internationalisierung unserer Kolonien undenkbar sei. Ausschlaggebend hierbei ist neben dem Wunsche, die besetzten Teile von Kamerun und Togo zu annektieren, wohl vor allem die Erwägung, daß durch den Wilsonschen Vorschlag der französische Plan, die Reichtümer des französischen Kolonialreiches und seinen gesamten Handel ausschließlich dem Mutterlande zu monopolisieren, unausführbar werden würde.

Außer den Franzosen hat auch der Premierminister des australischen Conmonwealth auf das bestimmteste erklärt, daß er sich mit diesem Beschlusse der Konferenz nicht einverstanden erklären werde: Australien wolle die deutschen Kolonien sofort annektieren.

Inwieweit die Nachricht richtig ist, daß auch Wilson sich mit dem englisch-französischen Wunsche einverstanden erklärt hat, daß die deutschen Kolonien auf keinen Fall an Deutschland zurückgegeben werden, bleibt abzuwarten. Neutrale Blätter wollen jedoch wissen, daß die Stimmung in Amerika und auch die Wilsons eine ganz andere sei. So schreibt z. B. das „Aargauer Volksblatt" in Baden (Schweiz):

„In führenden amerikanischen Kreisen scheint das Bestreben der Verbündeten, sich über die endgültigen Bedingungen ohne Mitwirkung der Vereinigten Staaten zu einigen, großes Mißtrauen erregt zu haben, zumal diese Einigung auf einer Grundlage erfolgt, die mit den 14 Wilsonschen Punkten nicht mehr zu vereinbaren ist. Was insbesondere die Kolonialfrage anlangt, so hatte Wilson auch heute noch an seinem Standpunkt fest, daß sie durch eine Aufteilung des deutschen Kolonialbesitzes unter die Entente nicht gelöst werden könne. Unser Gewährsmann berichtet weiter, daß man es in amerikanischen Kreisen nicht verstehe, wie das deutsche Volk sich zur Zeit anscheinend nur mit innerpolitischen Fragen beschäftige. So wichtig die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und die baldige Bildung einer aktionsfähigen Regierung an und für sich auch sei, trete hierin nicht bald eine Änderung ein, so werde es Wilson kaum möglich sein, bei der Regelung der Kolonialfrage seine Grundsätze, die ja auch Deutschland zugute kämen, zur Geltung zu bringen. Unser holländischer Gewährsmann selbst ist der Ansicht, daß das derzeitige passive Verhalten der deutschen Regierung zum Schaden Deutschlands nur den Eindruck

Digitized by Google

erwecken könne, als ob man deutscherseits auf den künftigen Besitz von Kolonien überhaupt keinen Wert mehr lege. Überhaupt wird Wilsons Stellung durch die Gleichgültigkeit der deutschen Regierungsstellen in außerpolitischen Fragen außerordentlich erschwert. Selbstverständlich kann Wilson nicht deutscher sein als die deutsche Regierung."

Erfreulicherweise hat es den Anschein, als ob diese Gleichgültigkeit des deutschen Volkes und seiner Regierung in der Kolonialfrage endlich ein Ende erreicht habe. Die Reichsregierung hat bereits erklären lassen, daß das deutsche Volk auf der Rückgabe seiner Kolonien bestehe. Große Protestversammlungen haben in Berlin und Hamburg und hoffentlich auch an anderen Orten stattgefunden. Die Vertreter der Mehrheits-Sozialdemokratie auf dem Berner Sozialistentage haben in ebenso würdiger als fester Weise die Rückgabe unserer Kolonien gefordert. Dieselbe Forderung hat der Hansabund und andere wirtschaftliche Verbände erhoben. Das alles aber genügt noch nicht. — Hauptsache wird es sein, daß die Nationalversammlung den Willen Deutschlands, sich mit einer Nichtzurückgabe seiner Kolonien auf keinen Fall einverstanden zu erklären, nachhaltigsten Ausdruck verleiht. Die Mittel, um dieser Forderung den genügenden Nachdruck zu verschaffen, liegen auf der Hand, es ist einerseits die wirtschaftliche Notwendigkeit für Deutschland, ebenso wie die anderen Großmächte zur Sicherung seines Rohstoffbedarfes eigenen Kolonialbesitz zur Verfügung zu haben, der ihm nicht abgesperrt werden darf, andererseits die Berechtigung des deutschen Volkes an der Erziehung der Völker Afrikas und ihrer Hebung auf eine höhere Kulturstufe mitzuwirken. Daß Deutschland tatsächlich hierzu berechtigt ist, ergibt sich aus dem fünften der vierzehn Wilsonschen Punkte: Daß die Interessen der Eingeborenen bei der Entscheidung über die deutschen Kolonien dasselbe Gewicht haben müssen, wie die Interessen der sich um den Besitz der Kolonien streitenden Völker.

Nun haben zwar Engländer und Franzosen, insbesondere durch ihre Presse, alles getan, um der Welt den Glauben beizubringen, die deutsche Kolonialpolitik sei so hart und grausam in der Behandlung der Eingeborenen gewesen, daß schon die Humanität es verbiete, die Eingeborenen nochmals der Gefahr auszusetzen, von Deutschland beherrscht zu werden. Sie haben die Behauptung aufgestellt, die deutsche Kolonialpolitik sei einzig darauf gerichtet gewesen, die Kolonien und ihre Eingeborenen im wirtschaftlichen Interesse der deutschen Industrie auszubeuten und habe sich um die Interessen der Eingeborenen und ihre Rechte nicht im geringsten gekümmert. Außerdem behaupten sie, die deutschen Kolonien seien für Deutschland in der Hauptsache ein Mittel im Kampfe um die Weltherrschaft gewesen: Durch Militarisierung der Eingeborenen hätten sie die Kolonien der anderen Kolonialmächte erobern und durch Anlage von Flottenstationen und U-Boot-Basen hätten sie den Handel der ganzen Welt unterbinden wollen.

Die letzte dieser beiden Behauptungen ist bereits kürzlich von unserem Aus-

Digitized by Google

würdigen Amt kurz aber würdig zurückgewiesen worden. Trotzdem erscheint es wünschenswert, daß auch die Nationalversammlung sich mit diesem Punkte eingehend beschäftigt, daß sie den Nachweis liefert, wer es gewesen ist, der die Eingeborenen Afrikas militarisiert und auf das europäische sowie das ostafrikanische Schlachtfeld geführt hat, während Deutschland, das die Neutralisierung der Kolonien offiziell beantragt hatte, gegen seinen Willen gezwungen war, zu kämpfen, um die Kolonien zu verteidigen. Es dürfte unseren maßgebenden Stellen nicht schwer werden, den Nachweis zu liefern, daß, wie bereits Graf Reventlow noch während des Krieges in seinem Buche „Die große Seemacht im Weltkriege" ausgeführt hat, die Anlage von Flottenstationen eine derartig kostspielige Sache ist und überdies von den anderen Großmächten derartig leicht verhindert werden kann, daß Deutschland jetzt noch weniger — infolge seiner Verarmung — als vor dem Kriege daran denken kann, sich derartige Lasten aufzuerlegen.

In der Frage der Behandlung der Eingeborenen hat jetzt endlich auch unser Reichskolonialamt die Initiative ergriffen und durch Herausgabe eines Graubuches „Die Behandlung der einheimischen Bevölkerung in den kolonialen Besitzungen Deutschlands und Englands", eine moralische Offensive gegen England eröffnet, die — wenn sie nicht etwa schon zu spät kommt — unter allen Umständen den Nachweis führt, daß alles, was uns im englischen Blaubuch vorgeworfen wird, in englischen Kolonien ebensogut, aber noch viel häufiger und in viel schändlicherer Weise vorgekommen ist.

Wer dies deutsche Graubuch aufmerksam liest, muß zu der Überzeugung kommen, daß alles, was England uns vorwirft, auf die englische Kolonialverwaltung viel eher zutrifft, als auf uns. Wenn wir also das Anrecht auf Kolonialbesitz verwirkt hätten, dann müßte England ebenso seine sämtlichen Kolonien herausgeben.

Es wird aber den Vertretern des Reichskolonialamtes auch gar nicht schwer werden, den Nachweis zu führen, daß Deutschland im wahren Interesse der Eingeborenen viel mehr geleistet hat, als irgend eine der anderen Kolonialmächte. Deutschlands Leistungen in der Bekämpfung der Volksseuchen, in der Verbesserung der hygienischen und wirtschaftlichen Lebensbedingungen der Eingeborenen, in der Bekämpfung des Alkoholhandels an die Eingeborenen in Unterricht und Erziehung werden von keiner anderen Kolonialmacht erreicht. Daß die Behandlung der Eingeborenen, die zwar streng aber stets gerecht zu sein bemüht war, manchmal rauher war, als im Durchschnitt bei den anderen Kolonialmächten, mag zutreffen, aber welcher Pädagoge ist der bessere, derjenige, der seinen Zöglingen den Willen läßt, oder derjenige, der rechtzeitig zu züchtigen weiß? Heißt es doch schon in der Bibel: „Wen der Herr lieb hat, den züchtigt er!" Daß die deutsche Erziehungsmethode weit bessere Erfolge erzielt hat, als die der

Digitized by Google

anderen Kolonialvölker, ist von unparteiischen Neutralen vielfach anerkannt worden.

Das deutsche Volk hat keine Veranlassung, an der Aussicht, seine Kolonien wieder zu erlangen, zu verzweifeln. Dr. Richard Hennig hat sich in der Deutschen Kolonialzeitung der mühevollen aber dankenswerten Arbeit unterzogen, die Friedensschlüsse Englands in seinen Kriegen nach der kolonialen Seite hin zu untersuchen. Hennig stellt fest, daß England noch keinen Krieg geführt hat, in dem es seinem Gegner nicht einen kleineren oder größeren Teil seines Kolonialbesitzes entrissen hat, daß es aber auch keinen Frieden geschlossen hat, in welchem es nicht das Eroberte ganz oder zum großen Teil wieder zurückgab.

Hoffentlich werden unsere Unterhändler der Friedenskonferenz sich diese Lehre merken und mit derselben Energie, wie es bei früheren Friedensverhandlungen die Vertreter der betroffenen Mächte getan haben, für die Rückgabe unserer Kolonien sich einsetzen. An Gründen, die unsere Forderung rechtfertigen, kann es ihnen unter keinen Umständen fehlen.

Daß eine Einigung unter unseren Gegnern über die Kolonialfragen sobald erzielt werden könnte, ist nicht anzunehmen — die Gegensätze sind zu groß. Selbst England und Frankreich machen sich den Besitz von Tanger streitig, auf das außerdem auch Spanien Anspruch erhebt; Australien verlangt für England den Besitz der gesamten Südsee, einschließlich der französischen Besitzungen, während Japan die deutschen Südseeinseln nördlich des Aquators verlangt, aber, wie aus gestohlenen Dokumenten hervorgehen soll, die Marschall- und Karolinen-Inseln befestigen will, was Amerika unter keinen Umständen gestatten kann. Auch über den Besitz Syriens sind Meinungsverschiedenheiten zwischen England und Frankreich vorhanden. Und was wird Italien sagen, wenn es durch Internationalisierung der deutschen Kolonien seines Anspruches auf Vergrößerung seines Kolonialbesitzes verlustig gehen sollte?

Die geschichtlichen Beziehungen des Saargebiets und Lothringens zu Frankreich

Von Dr. W. Fabricius (Darmstadt)

Gegenüber den phantastisch-maßlosen Forderungen und Ansprüchen unserer Feinde auf rein deutsches Gebiet in der Saargegend dürfte es wohl angebracht sein, wenn der Bearbeiter des „Geschichtlichen Atlas der Rheinprovinz" im jetzigen Augenblick ein Wort einlegt für die Rechte Deutschlands und jene

Digitized by Google

Anmaßungen auf das schärfste zurückweist. Sie gehen hervor aus der Begier nach den dort vorhandenen für uns lebensnotwendigen Bodenschätzen. Unsere Gegner suchen ihre Ansprüche zu begründen mit uralten Rechtstiteln aus der Kelten- und Römerzeit, oder berufen sich auf die Hausverträge der Merowinger und Karolinger und weisen dabei besonders auf die längere Dauer der Karolingischen Herrschaft im westfränkischen Reiche hin, während doch diese Lande im ganzen Mittelalter, seit dem Ausgang der deutschen Karolinger einen rechtmäßig zugehörigen Teil des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation gebildet haben.

Der größte Teil der jetzigen Rheinprovinz gehörte nach dem Vertrag von Verdun 843 zum Reiche Lothars, dem späteren Herzogtum Lotharingen (Lotharii regnum), das sich als ein breiter Streifen von der Nordsee bis zu den Alpen zwischen den beiden Bruderreichen im Westen und Osten hinzog, von vornherein Gebiete welscher und deutscher Zunge umfassend. Durch den Vertrag von Meersen 870 wurde Lothringen nach dem Erlöschen der dort herrschenden Linie zwischen Karl dem Kahlen von Frankreich und Ludwig dem Deutschen geteilt. Auch die damals vereinbarte Grenze fiel keineswegs mit der Sprachgrenze zusammen, die an der Maas, in der Gegend unterhalb von Lüttich geschnitten wird. Oberhalb würden jetzt auf dem ostfränkischen Gebiet über eine Million französisch oder wallonisch sprechender Leute wohnen, während unterhalb Landstrecken mit heute 4 Millionen deutsch oder vlämisch redender Einwohner dem Westreich zugeteilt wurden. Bei Malmedy dringt ein kleiner Keil wallonischen Sprachgebietes (acht Gemeinden, 14 km) auf den Boden der Rheinprovinz vor, welche sonst ganz im deutschen Sprachgebiet liegt.

Dieser Zustand dauerte nur bis 880, in welchem Jahre dem zur Rettung des westfränkischen Königtums gegen aufrührerische Große herbeigerufenen Ludwig dem Jüngeren von Ostfranken und Sachsen der westliche Teil des Zwischenreiches wieder überlassen wurde. „Nach heutiger Länderverteilung wurden damals Belgien diesseits der Schelde, Luxemburg, die französischen Departements Vogesen und Meurte-et-Moselle vollständig, von den Departements Ober-Maas, Maas, Ardennen und Nord Teile an das Ostreich angeschlossen. Es war die Reichsgrenze aufgerichtet, die mit geringen Unterbrechungen und Verschiebungen völkerrechtliche Geltung gehabt hat bis zum Westfälischen Frieden. Sprachunterschiede haben auch auf ihre Festsetzung keinen Einfluß gehabt." Nochmals erhielt dieses Land einen eigenen König, indem Kaiser Arnulf es seinem unehelichen Sohne Zwentibold (895—900) übertrug. Gegen ihn erhob sich im Gebiet zwischen Maas und Schelde Reginar, durch seine Mutter wahrscheinlich ein Nachkomme Kaiser Lothars. Er wurde der erste Herzog von Lothringen.

Im südlichen Teile des alten lothringischen Reiches gelangten aber die mittelrheinischen Konradiner zu Macht, und so erklärt sich aus dem Gegensatze zu

Digitized by Google

König Konrad I., daß sowohl Reginar, wie sein Sohn Giselbert (seit 915) Anschluß an Frankreich suchten. In den Wirren unter Karl dem Einfältigen geriet Giselbert jedoch in Zwistigkeiten mit dem französischen König, und es gelang nach der für den letzteren unglücklichen Schlacht bei Soissons 923 dem deutschen König Heinrich I. das Herzogtum dauernd für das Ostreich zu erhalten. Bei der Krönung Ottos des Großen 936 in Aachen auf lothringischem Boden waltete Herzog Giselbert des Kämmereramtes. Aber er blieb dem König nicht treu und wähnte die Zeit gekommen, eine selbständige Stellung zwischen beiden Reichen zu gewinnen. Er fand in der Schlacht bei Andernach 939 seinen Tod in den Wellen des Rheins, und nun ward der Franke Konrad Herzog von Lothringen und dann Schwiegersohn des Königs. 953 übertrug Otto seinem, damals zum Erzbischof von Köln erhobenen Bruder Bruno die Verwaltung des Herzogtums. Unter Otto II. machte der vorletzte französische Karolinger Lothar noch einen Versuch, das Land für sein Reich zu gewinnen und besetzte Aachen. Der Kaiser antwortete mit einem Kriegszug bis auf den Montmartre von Paris. Seit 1044 war das Herzogtum geteilt, Nieder- und Oberlothringen entstanden.

Aber die Stammesherzogtümer zerfielen, und nur die Herrschaft über gewisse Teile verblieben den Herzögen. Die bisher unter ihnen stehenden Grafen wurden Landesherren und reichsunmittelbar. So kommt es, daß die Grenzen des Herzogtums (Ober-)Lothringen in der für uns in Betracht kommenden Gegend so verwickelt sind. Es hatten sich die Territorien des Erzstifts Trier, der Grafschaften Luxemburg, Saarbrücken, Zweibrücken und Veldenz gebildet, die mit einer Menge kleiner Herrschaften das Herzogtum einengten und zersetzten. Aber alle diese Halbstaaten blieben einschließlich des territorialen Herzogtums Lothringen Glieder des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation.

Natürlich hat das erstarkende Königtum in Frankreich immer wieder versucht, in Lothringen wie in Brabant und Vlamland, die an die Stelle des niederlothringischen Herzogtums getreten waren, Einfluß zu gewinnen; so mußte König Albrecht I. 1299 auf einer Zusammenkunft mit Philipp dem Schönen von Frankreich dessen Ansprüche zurückweisen.

Der eigentliche Anfang der französischen Machtstellung an den Grenzen der jetzigen Rheinprovinz geschah durch die Besitzergreifung der drei Bistümer Metz, Toul und Verdun seitens des französischen Königs Heinrich II. 1552. Es geschah im Einverständnis mit dem vom Kaiser Karl V. abgefallenen Kurfürsten Moritz von Sachsen, und das Reich hatte diese Abtrennung bis zum Westfälischen Frieden nicht anerkannt, vielmehr hat Kaiser Karl noch in seinem letzten Feldzug den vergeblichen Versuch gemacht, die wertvollen Lande für das Reich zu retten und wiederzugewinnen.

Dem Herzog von Lothringen war durch einen Vertrag zu Nürnberg vom Bruder

Digitized by Google

Karls, dem römischen König Ferdinand, im Jahre 1542 eine freiere Stellung dem Reiche gegenüber eingeräumt worden, ohne daß er dadurch aufhörte, Reichsstand zu sein und den Beitrag zum Reichskammergericht zu zahlen, mit Sitz und Stimme im Reichstag und in den Versammlungen des Oberrheinischen Kreises.

Im Dreißigjährigen Krieg besetzte Frankreich infolge eines unklugen Verhaltens des Herzogs Karl das ganze Lothringer Land (1633) und behielt es wider alles Recht auch nach dem Westfälischen Frieden. Erst im Vertrag von Vincennes 1661 wurde der Herzog wieder eingesetzt, Frankreich behielt aber einige Landesteile, darunter das Amt Sierck an der Grenze der Rheinprovinz mit Elsaß-Lothringen und den lothringischen Anteil an dem mit Kurtrier gemeinschaftlichen Land Montclair, Saargau und Merzig, zwischen Saarburg und Saarlouis. In den Kriegen Ludwigs XIV. wurde Lothringen schon 1670 aufs neue durch die französischen Heere besetzt, und der König errichtete 1680 die berüchtigten Reunionskammern in Besançon, Breisach, Metz und Tournai, zur „Wiedervereinigung" alles dessen, was je einmal von den alten und neuen Erwerbungen Frankreichs oder von französischen Bistümern und Reichsabteien in irgendeiner grundherrlichen oder lehensherrlichen Abhängigkeit gestanden hat. Mit schönen Worten wissen ja auch jetzt unsere Feinde ihren Raubgelüsten ein moralisches Mäntelchen umzuhängen. Was man jetzt Desannexion nennt, hieß damals „Reunion". Es wurden mit großer Unverfrorenheit, auch wenn nur für einzelne Teile und Burgen eine solche Abhängigkeit sich wirklich nachweisen ließ, die ganzen Territorien von Zweibrücken, Saarbrücken, Veldenz, Sponheim und eine Unzahl kleinerer Herrschaften eingeschluckt: Frankreich hat einen guten Magen! An der Unter-Mosel gründete Ludwig die jetzt noch in ihren Resten sichtbare Zwingfeste Mont-Royal bei Trarbach, und an der Saar, im Gebiet der Stadt Wallerfangen, dem Sitz des lothringischen „Baillage Allemand", die Festung und Stadt Saarlouis; Wallerfangen wurde damals ganz zerstört und dem Erdboden gleichgemacht. Nach der Inschrift, die an dem von Ludwig errichteten Prunktor in Breisach gestanden haben soll, waren ja Frankreichs Grenzen erst da, wo der französische Krieger nicht mehr siegte! Und er siegte schließlich nicht mehr. Im Frieden von Ryswick am 20. Oktober 1697 mußte Ludwig seinen Raub größtenteils wieder herausgeben, namentlich das Herzogtum Lothringen und die „Reunionen". Nur das Amt Longwy und die Festung Saarlouis mit einer Bannmeile blieben in den Händen der Franzosen.

Was damals nicht gelang, wurde 38 Jahre später nach dem österreichisch-polnischen Erbfolgekrieg durch den Wiener Präliminarfrieden vom 3. Oktober 1735 angebahnt. In diesem Vertrag wurde bestimmt, daß der Exkönig von Polen, Stanislaus Leszczynski, der Schwiegervater des Königs Ludwig XV. von Frankreich, das Herzogtum Lothringen erhalten, der damalige Herzog Franz IV., der

Digitized by Google

Bräutigam der Erbin der österreichischen Monarchie, Maria Thereſia, mit der Anwartſchaft auf das Großherzogtum Toscana nach dem Ableben des letzten Medici, Johann Caſtor, entſchädigt werden ſollte. Nach Stanislaus' Tod ſolle Lothringen in voller Souveränität und für immer an Frankreich fallen. Am 17. März 1736 ließ Stanislaus von dem Herzogtum Beſitz ergreifen, und die Mutter des Herzogs, Charlotte von Orleans, verließ 1737 das Land, das ſie bisher als Regentin verwaltet hatte. Der endgültige Friede von 1738 beſtätigte die Beſtimmungen von 1735, und nach dem Tode des Stanislaus, 1766, trat Frankreichs König in die Erbſchaft. Er hatte ſchon 1737 für ſich und ſeinen Schwiegervater auf die Lothringen zuſtehende Stimme und Sitz im Reichstag verzichtet, und damit die Ausſcheidung des Herzogtums aus dem Reichsverband ausgeſprochen. Unter franzöſiſcher Herrſchaft behielt das auf dieſe hinterhaltige Weiſe erworbene Land nur provinzielle Selbſtändigkeit. Es behielt ſein eigenes „Parlament" (oberſtes Gericht) und ſeine Rechenkammer in Nanzig.

Das Land zerfiel ſeit früherer Zeit in die drei Oberämter (Baillages) Nanzig, Vogeſen und Deutſch-Lothringen (Lorraine Allemande). Das letztere Gebiet umfaßte das deutſche Sprachgebiet; die zu ihm gehörigen Amtsbezirke lagen zum Teil ſehr zerſtreut und auseinandergeriſſen zwiſchen anderen Territorien des Heiligen Römiſchen Reiches Deutſcher Nation. Auch viele mit ſolchen Herrſchaften gemeinſchaftliche und ſtrittige Gebiete lagen dazwiſchen. Überall gab es Grenzſtreitigkeiten und Klagen über Übergriffe und Gewalttätigkeiten der franzöſiſchen Behörden. War doch ſchon unter Stanislaus die lothringiſche Miliz dem franzöſiſchen Heere angeſchloſſen, trotz der Souveränität des polniſchen König-Herzogs. Es wurden in die Akten des Wiener Friedens beſondere Beſtimmungen aufgenommen, dieſe Grenzfragen durch eine Kommiſſion löſen zu laſſen; ſie hatte keine leichte Arbeit. Es dauerte 1781, 1783, 1787, ehe die Grenzen ſoweit reguliert waren, wie ſie 1792 beſtanden. Iſt doch von dieſem Jahre in den franzöſiſchen Anſprüchen von heute die Rede. Was nun das Saargebiet betrifft, ſo würde dieſe Grenze für uns viel günſtiger ausfallen, als wie die alte lothringiſche Landesgrenze. Dieſe ſchob ſich nördlich des Saarbrücker Kohlenreviers in dem Amt Schaumburg bis in das Fürſtentum Birkenfeld und in den Kreis St. Wendel hinein vor, eine ſchmale Zunge mit einigen zerſprengten Stücken; war doch ſogar das durch ſeine Achatinduſtrie bekannte Oberſtein an der Nahe Gegenſtand lothringiſcher und franzöſiſcher Begehrlichkeit, auf ein Lehensverhältnis und alten Schutzvertrag ſich berufend.

Von dem Saarbrücker Kohlenrevier ſelbſt gehörte nicht das geringſte zu Lothringen, ſondern es lag ganz unter Reichshoheit und Naſſau-Saarbrückiſcher Landesherrlichkeit. Mit dieſem Territorium hatte Frankreich, von den Grenzſtreitigkeiten und Gemeinſchaftsgebieten abgeſehen, nichts weiter zu tun, als daß

Digitized by Google

es teilweise in dem geistlichen Sprengel des Bistums Metz lag, und das Schloß Saarbrücken — nicht das ganze Gebiet — von dem Metzer Bischof zu Lehen herrührte. Daraus drehte zwar Ludwig XIV. seine Stricke, durch die er das Land mit Frankreich „wieder vereinigen" wollte. Unsere jetzigen Gegner aber möchten auch ohne solche Scheingründe, auf der nackten Gewalt fußend, ein Stück unseres wertvollsten und für unser Gedeihen unentbehrlichen Bodens „desannektieren", der immer in deutschen Händen gewesen und durch deutschen Fleiß im 8. und dann im 11. und teilweise auch im 18. Jahrhundert dem Walde abgerungen und besiedelt, seit dem 15. Jahrhundert aber erst bergbaulich erschlossen und so wertvoll gemacht worden ist.

Deutschösterreich vor den Wahlen

Von Prof. Dr. Robert Sieger (Graz)

Das deutsche Volk in Österreich, von dem Zusammenbruch der Monarchie weit unvorbereiteter überrascht als seine Nachbarn, hat sich bisher politisch besser bewährt, als man erwarten mochte. Es dankt dies neben anderem der Erziehungsarbeit der deutschen Volksräte, vor allem aber der politischen Geschlossenheit, mit der Christlichsoziale und Sozialdemokraten zu dem Umschwung Stellung nahmen. So konnten die Parteien rasch zur Aufrechterhaltung der Ordnung zusammentreten; man kann von einer Entwicklung, ja einer ruhigen Entwicklung sprechen.

Dazu war erforderlich, daß die Christlichsozialen ihren rechten Flügel im Zaume hielten und sich nachdrücklich auf den Boden der Republik stellten, daß die Sozialdemokratie die inneren Gegensätze überwand. Beides ist geschehen. Die Sozialdemokraten mußten allerdings immer wieder betonen, daß ihre Ziele von denen der Kommunisten sich nicht unterscheiden; aber sie hoben ebenso entschieden hervor, daß sie deren Verwirklichung nicht auf dem gewaltsamen Wege einer sofortigen „Diktatur des Proletariats", sondern schrittweise auf dem gesetzlichen anstreben.

Auch eine dritte Voraussetzung zur „Organisation der Revolution" ist erfüllt worden, der Zusammenschluß der sogenannten Bürgerlichen, Nationalen oder Freiheitlichen zu einer verhandlungsfähigen Einheit. Diejenigen, die „weder Schwarze noch Rote sein wollen", oder „die zwischen Rot und Schwarz stehen", haben es allerdings an innerer Geschlossenheit fehlen lassen; ebenso an dem Bekenntnis zu großen gemeinsamen Ideen, ja an einfachen, wirksamen Schlagworten. Gemeinsame Abwehr und gemeinsame Interessen müssen solche ersetzen. Das reicht nicht hin, um als große Partei in die Wahlbewegung einzutreten und die in dieser von Tag zu Tag wachsende Gefahr einer Zersplitterung hintanzuhalten. Aber es reichte hin, um im Einvernehmen mit den beiden anderen Gruppen die gesetzgebenden

Digitized by Google

Versammlungen und die Regierungen im Staat und in den Ländern bilden zu können. „Provisorische Nationalversammlung" wurden die deutschen Mitglieder des bisherigen Abgeordnetenhauses. Eine Verstärkung durch Vertreter geistiger oder wirtschaftlicher Interessen lehnten die Sozialdemokraten ab, die nur Erwählte des allgemeinen gleichen Stimmrechts zuließen; dadurch wurde Feilschen und Streit vermieden. Als Vorsitzende und zugleich vorläufige Staatsoberhäupter wurden je ein Vertreter der drei Parteien gewählt, die Stellen im Staatsrat und der Staatsregierung wurden einvernehmlich geteilt. Den Kern der neuen Landesversammlungen bildeten die bisherigen Abgeordneten der Kronländer; da diese aber durch ihre Pflicht oft nach Wien gerufen werden und zu wenig zahlreich sind, mußte das Prinzip der Wahl durch das allgemeine Stimmrecht verlassen und andere Mitglieder von den Parteien zugewählt werden. Dabei dienten hier die bei den Reichsratswahlen abgegebenen Stimmen als Schlüssel für die Verteilung, dort hat man (wie in Steiermark) die Mandate auf die drei Gruppen gleich verteilt. Die Stellen des Landeshauptmanns und seiner Stellvertreter, der Landesausschüsse (Landesräte) und der Wohlfahrtsausschüsse (diese wurden nach dem Vorgang in der Steiermark, dem ersten revolutionären Schritt, in verschiedenen Ländern für wirtschaftliche Aufgaben gebildet), sowie andere neue Ämter wurden nach Vereinbarung geteilt. Auch den Gemeindevertretungen hat man Vertreter bisher zurückstehender Gruppen, vor allem der Arbeiterschaft, beigeordnet. Die ungleiche Stärke, besser: das ungleiche Kraftbewußtsein der Parteien, spiegelt sich in der Tatsache, daß man hierbei meist, doch keineswegs überall, ausschließlich auf Sozialdemokraten griff, die auch sonst bei der Teilung der Gewalten nicht schlecht abschnitten.

Die Arbeit in Gesetzgebung und auch Verwaltung unterscheidet sich nicht nur durch den Wegfall der nationalen Reibungen vorteilhaft von der im alten Österreich. Zwar besteht kein „Burgfriede". Aber die Wechselreden sind sachlicher und kürzer als vordem, persönliche Angriffe und Verdächtigungen (mit österreichischem Maß gemessen) selten; es ist rasch und viel gearbeitet worden. Allerdings verleitete der Eifer bisweilen zu flüchtiger Arbeit, so daß vorschnelle Gesetze und Verordnungen wieder abgeändert werden mußten. In ihrem Arbeitseifer schneidet die vorläufige Nationalversammlung aber auch manche Fragen an, die nicht dringlich genug sind, um der „konstituierenden" Verfassung vorzugreifen. Hierher rechne ich nicht durchaus die viel angefeindeten und nun doch wohl vertagten Steuergesetze, die nicht nur aus sachlichen Gründen auf Widerstand stoßen, aber einem unaufschiebbaren Bedürfnis entspringen. Eher die schließlich abgelehnte, sehr zahme „Ehereform", die eine unerquickliche „Kulturkampfdebatte" mit sich brachte, den beiden extremen Parteien Stoff für die Wahlagitation lieferte, aber auch den inneren Zwiespalt der Mittelgruppe grell beleuchtete.

Digitized by Google

Von einem unbefangen demokratischen Standpunkt aus ist es auch bedenklich, daß bei den Wahlen für die verfassunggebende Versammlung die Hunderttausende von Kriegsgefangenen nicht zu Wort kommen können. Und auch für die politische Entwicklung hat das kaum gute Folgen. Zwar sind von Osten her nicht wenige bolschewistische Heimkehrer zu erwarten; aber die Gefangenen in Italien, vor allem die an der Gebirgsfront erprobten Krieger bilden ein Element der Ordnung, das die verantwortlichen Leiter aller drei großen Parteien schmerzlich vermissen mögen. Vor allem sind sie politisch reifer, als insbesondere die Frauen, die bei den Wahlen vielfach entscheiden werden, aber nur in der Sozialdemokratie politisch geschult sind. Der Gedanke an diese mag manchen gegen die Wahlpflicht einnehmen; in der Regel wird sie aber rein parteipolitisch beurteilt. Die Sozialdemokratie, die ihrer nicht bedarf, lehnt sie mit einer mageren theoretischen Begründung ab, die Christlichsozialen fordern sie; die Haltung der bürgerlichen „Nationalen" ist unklar, aus taktischen Gründen von Land zu Land verschieden. So einigte man sich dahin, die Entscheidung der Landesgesetzgebung zu überlassen. Das Aussehen und das Ergebnis der in die Landstuben verlegten Kämpfe ist ziemlich verschieden. Im allgemeinen wird aber dem sozialdemokratischen Widerstand eine Einrichtung geopfert, die man als selbstverständlichen Bestandteil einer echten, der deutschen Weltanschauung entsprechenden Demokratie und als unentbehrliches Hilfsmittel politischer Erziehung fordern sollte.

Am Anfang der Wahlbewegung wurden vielfach gekoppelte, ja gemeinsame Bewerberlisten der nationalen und der christlichsozialen Partei erwartet und gefordert. Heute ist davon fast nirgends mehr die Rede. Denn einerseits hat die theoretische Frage der Trennung der Kirche vom Staat die Geister erregt, über die recht wahlkampfgemäß gewettert wird, ohne daß beide Teile die Möglichkeit und die Art einer ersprießlichen Lösung erwägen und erörtern würden; anderseits ist das Mißtrauen gegen die republikanische und die großdeutsche Gesinnung der Christlichsozialen erregt worden. Auch die Beziehung der deutschdemokratischen Partei zu einem von den Christlichsozialen unabhängigen und ihnen zumeist unwillkommenen Deutschen Bauernbund erschwert das Zusammengehen. Eine nationalsozialistische Partei von großer Rührigkeit kann leicht den ihr freundlich gesinnten Nationalen mehr Abbruch tun als der Sozialdemokratie. Sicher wird diese großen Vorteil aus der Buntheit und Uneinigkeit der bürgerlichen Parteien ziehen.

Es ist bezeichnend, daß man von dem Hauptproblem, eben von dieser Verfassung, heute so wenig spricht und so ungern von ihm hören will. Die großen Parteien denken eben viel mehr an die Macht, die sie in der Nationalversammlung

Digitized by Google

erwerben und an die Mittel, mit denen sie diese in Gesetzgebung und Regierung ausüben wollen.

Die Schwäche des österreichischen Heerwesens hat den Tschechen und Südslawen ihre Übergriffe erleichtert. Diese wieder verhindern die Wahlen in einem guten Teil des Staatsgebiets. Der Versuch, sie hier offen oder heimlich vorzubereiten, setzt die Bewohner neuen Drangsalierungen aus. So wird man sie vielfach durch Zuwahl von seiten der vorläufigen Nationalversammlung oder der Parteien ersetzen müssen. Darin, daß die besetzten Gebiete vertreten sein sollen, ist ihre Bevölkerung mit der der verschonten Kernländer einig. Die Slawen aber wollen durch die Besetzung einer Volksabstimmung vorarbeiten, falls die Friedensbedingungen eine solche vorsehen sollten. Durch jederlei Druck, auch durch Nahrungssperre, suchen sie die Bewohner der vergewaltigten Gebiete zur „freiwilligen" Erklärung ihres Ausschusses an die Slawenstaaten zu bringen. Als die amerikanische Kommission den Bewohnern von Marburg und Umgebung gestattete, darüber abzustimmen, welchem Staat sie sich anzuschließen wünschen, sprachen sich trotz all und allem sogar viele Slowenen für Deutschösterreich aus. Da griff die jugoslawische Verwaltung ein, störte, ja verbot die Stimmensammlung und nahm willkürliche Verhaftungen vor. Das Beispiel ist nicht vereinzelt in Nord und Süd. Dabei sehen die Slowenenführer ihre Macht über die Bauern schwinden; die Angliederung an Serbien, die Unterstellung unter eine fremde unbeliebte Dynastie, nicht zuletzt die Grenzsperre verstimmen diese. Statt eines gewinnreichen Absatzes ihrer Erzeugnisse in Deutschösterreich, tauschen sie niedrige Höchstpreise im Lande ein und vieles verdirbt mangels der Verkaufsgelegenheit und Beförderungsbewilligung nutzlos. Ein deutscher Einmarsch würde vielen willkommen sein; glaubt doch das untersteierische Volk, Wilson sei der wiedererstandene Kronprinz Rudolf, und erhofft von ihm nicht mehr, wie vor kurzem, die nationale Herrlichkeit, sondern die Wiedervereinigung des Herzogtums! Der Abwehr in Kärnten haben die slowenischen Bauern des von ihren Krainer Volksgenossen besetzten Gebietes nicht nur Hilfe geleistet; sie ist geradezu auf ihren Antrieb erfolgt. Sie zeigte die Schwäche der ruhmredigen Jugoslawen, die nur der rasche Abschluß des Waffenstillstandes vor weiteren Rückschlägen bewahrte. Die maßlosen Ansprüche, die sie gleichwohl erheben (auf Klagenfurt, Villach, Marburg, ja Graz) befördern eine Annäherung und Verständigung zwischen den Deutschen und den Italienern, die keinen südslawischen trennenden Gebietszipfel bei Villach ertragen können, ja sogar zwischen Deutschen und Magyaren. Diese bedroht gleichmäßig der geplante „Korridor" zum Tschechenstaat, der auf verbreiteten südslawischen Karten bis vor die Tore des „tschechischen" Preßburg reicht! Der Widerstand gegen solche Absperrung der beiden Nachbarländer voneinander durch eine geographische Mißbildung schlimmster Art könnte sie einen, trotz der aus der Frage des deutschen

Digitized by Google

Westungarn erwachsenden Spannung und trotz der noch immer gleich hinterhältigen Handelspolitik der Magyaren. Wenn die Südslawen mit mehreren Nachbarn zugleich in Streit kommen, sind sie nicht einmal der tschechischen Unterstützung sicher, geschweige denn ihrer eigenen inneren Einheit. Die Gegensätze zwischen den drei Völkern wachsen still, aber stetig an.

Die Entscheidung über diese Gebietsansprüche und somit auch über die Lebensbedingungen Deutschösterreichs liegt in der Hand der Westmächte und der Amerikaner. Von ihnen hängt es ab, ob die naturgemäßen Verkehrsgebiete, das Tiroler Dreieck Etsch—Eisack—Inn und das innerösterreichische Bruck—Marburg—Villach, unzerrissen, ob ihre Verbindung untereinander, mit Italien und Ungarn frei und damit die deutschen Alpenländer wirtschaftlich lebensfähig bleiben, ob Wien durch das deutsche Nachbargebiet in Ungarn sein notwendiges wirtschaftliches Hinterland gewinnt, ob Deutschböhmen den Anschluß an das Reich findet oder der durch die geschichtliche und verkehrsgeographische Entwicklung erheblich gelockerten „natürlichen Einheit Böhmens" eingeschmiedet werden soll. Diese Fragen sind also dem Wahlkampf und den Parteiprogrammen völlig entzogen. Nicht so unbedingt gilt das von der Abwehr gegen die Jugoslawen. Man wirft insbesondere noch den Kärntner Erfolgen vielfach der Staats- und den Landesregierungen und namentlich dem Einfluß der Sozialdemokratie auf ihre Entscheidungen, nicht ohne Leidenschaftlichkeit, vor, daß sie zu zaghaft vorgehen; aber solche Erörterungen ändern die Lage nicht. Vielleicht, daß das Marburger Blutbad einen Umschwung bringt. Die verschiedene Haltung der Länder nährt die föderalistischen Bestrebungen, obwohl man sich sagen sollte, daß eine ungünstige Abgrenzung in Kärnten auf jene in der Steiermark ungünstig einwirken muß und umgekehrt, ja, daß selbst die Grenzführung in Tirol jene in Innerösterreich beeinflussen kann. Aber die Los-von-Wien-Stimmung schwillt an und wird von wirtschaftlichen Interessen künstlich genährt. Vorarlberg betont wieder seine Neigung zum Anschluß an die Schweiz, Tirol sein freies Verfügungsrecht. Man erkennt allerdings durch die allenthalben eifrig betriebenen Wahlvorbereitungen den Zusammenhang des Staates stillschweigend an, aber der Regierungsentwurf über die Länder- und Gemeindeordnung ist den Landesvertretern „zu zentralistisch" und in allen Parteiprogrammen und Kundgebungen, die sozialdemokratischen nicht ganz ausgenommen, steht die „Autonomie der Länder" an hervorragender Stelle. Die Landesgesetzgebung macht ihre Rechte gegenüber dem Staat bereits nachdrücklich geltend, sucht etwa die Wasserkräfte den Ländern zuzuwenden. So scheinen wir in den Bundesstaat zu steuern; Föderalismus und Zentralismus als Wahlparole sind ausgeschlossen, wie die Verfassungsprobleme überhaupt.

Das hängt mit der Forderung nach dem Anschluß an Deutschland zu-

Digitized by Google

sammen, der den Verfassungsfragen ein neues Gewicht geben muß. Diese Forderung ist in den Programmen aller drei Parteigruppen ausgesprochen und die militärische Schwäche Deutschösterreichs spricht nachdrücklich für sie. Gleichwohl wagen Gegenströmungen sich des öftern sogar an die Oberfläche. Sie werden heute am wirksamsten von gewissen einflußreichen Schwerindustriellen vertreten. Man führt daher den Kampf auf wirtschaftlichem Boden und betont besonders die Vorteile einer „Donaukonföderation" gegenüber den angeblichen Nachteilen des großdeutschen Zusammenschlusses. Kein Staatsmann und keine Partei kann die geographischen Beziehungen und das Austauschbedürfnis zwischen den Ländern des ehemaligen Habsburgerreichs verkennen; aber die Neigung unserer Nachbarn zur Verständigung ist sehr gering, ein politisches Band mit ihnen würde aber für uns zur drückenden Kette. So verwahren sich alle Parteien gegen jederlei, auch nur wirtschaftliche, Erneuerung des alten Österreich und betonen die segensreichen Wirkungen, die der Anschluß an das Gesamtvolk auch für unser Wirtschaftsleben haben muß. Dabei mißtrauen sie aber einander mehr oder weniger. Man wirft den Christlichsozialen vielfach Lauheit und Unaufrichtigkeit in dieser Frage vor; aber die Nationalen, die das tun, hören ihrerseits von den Sozialdemokraten, sie (die in geschmackloser Weise als Kriegshetzer und Kriegsverlängerer hingestellt werden) hätten nur Hinneigung zu dem alten militaristischen und nicht zum neuen sozialistischen Deutschland. Die Lauheit, die auch bei einem guten Teil der Wiener Bevölkerung besteht, ist von einer wirklichen Gegnerschaft breiterer Massen gegen den Anschluß weit entfernt. Übrigens hat der sozialdemokratische Staatssekretär des Äußeren die wirklich Besorgten durch den Hinweis auf Zwischenzölle und dergleichen beruhigt. Zur Zeit, da ich dies schreibe, am letzten Tage des Januar, erweckt der Ausgang der reichsdeutschen Wahlen und die Kundgebungen der Berliner Regierung die Vorstellung, daß wir in dieser Frage schon wesentlich weiter sein können.

Somit sind gerade die größten Fragen, die für Deutschösterreich bestehen, die nach den Grundzügen der künftigen Verfassung, nach dem Verhältnis der Länder zum Gesamtstaat, nach dem Anschluß an das Deutsche Reich, nach der Abgrenzung und wirtschaftlichen Beziehung zu den neuen Nachbarstaaten, aus der Wahlbewegung ziemlich ausgeschaltet; teils weil sie der Einflußsphäre der Parteien, ja der Volksvertretung überhaupt, entrückt sind, teils weil sie mehr Vertiefung und Verständnis erfordern, als für sie besteht oder bei den Wählern vorausgesetzt wird. Man will auf diese — wenn wir von den plumpen gegenseitigen Anklagen und Vorwürfen absehen — vor allem durch wirtschaftliche Versprechungen und wirtschaftliche Schwarzmalerei für den Fall des gegnerischen Sieges wirken. So wird sich der Wahlkampf großenteils um die beschränkten wirtschaftlichen Gruppen- und Klasseninteressen drehen. Zum anderen Teile aber um die großen

Digitized by Google

allgemeinen Probleme der sozialen Weltordnung, um das Maß der Vergesellschaftung und der persönlichen Freiheit, die man kaum geneigt ist, für dieses individuelle Staatswesen unter besonderen Gesichtspunkten zu betrachten. Die schematischen Parteidoktrinen des Sozialismus, Solidarismus, Liberalismus stehen einander gegenüber und im Augenblick handelt es sich um die historisch so wichtige Entscheidung, welche von diesen Gedankenrichtungen für die nächste Zukunft bestimmend werden soll. Die Idee des organischen Volksstaats, auch in sozialer Beziehung, wird bisher nur von einer kleinen Gruppe vertreten. Die Nationalversammlung wird von den großen Parteien als Partei- und Klassenvertretung gewählt und tritt als solche zusammen. Es ist aber sehr wohl möglich, daß die Größe ihrer Aufgabe sie über diese Schranken hinausreißt und daß sie sich das Ziel setzt, dem Staat und seinen Ländern eine organische Verfassung zu geben, die allen Schichten und allen Parteien des Volkes Bewegungsfreiheit und Entwicklungsmöglichkeit bietet.

Spanien und der Ausgang des Weltkrieges

Von Professor Dr. Paul Herre (Leipzig)

Als der ententefreundliche erste Bürgermeister von Barcelona sich vor einigen Wochen in Paris aufhielt, um Clemenceau den Ehrenbürgerbrief der katalonischen Handelsstadt zu überreichen, erklärte er einem französischen Ausfrager: sie (die Spanier) seien sich darüber klar, daß das Verschwinden Frankreichs zugleich und recht bald das Verschwinden Spaniens gewesen wäre. Das sind Worte und Anschauungen, wie sie während der Kriegsjahre bis zum Überdruß aus dem feindlichen Lager uns entgegenklangen, aber daß ein hochstehender Spanier ihnen noch hinterher in dieser Gehässigkeit Ausdruck verleiht, kann einigermaßen überraschen. Denn mit sehr viel größerem Recht hätte der Ausspruch vielmehr aus dem Verschwinden Deutschlands die Folgerung für Spanien ziehen können. Kein anderer als der bekannte französische Politiker André Tardieu hat vor dem Kriege auf die Parallelität der deutschen und spanischen Interessen aufmerksam gemacht (ohne freilich daraus die entsprechenden Folgerungen zu ziehen), und gerade die Entwicklung, die die Dinge in Spanien in den letzten Monaten genommen haben, läßt aufs deutlichste erkennen, was es mit der Gefahr, die der spanischen Zukunft von Deutschland drohte, auf sich hat.

Man darf sagen, daß in keiner Tatsache die ungeheuere Wirkung der deutschen Niederlage über den ganzen Erdball hin greifbarer zutage getreten ist, als in der jähen Schwenkung, die die spanische Politik am Ausgang des vergangenen Jahres vollzogen hat. Spanien hatte bei Ausbruch des Krieges die Neutralität erklärt

Digitized by Google

und mit Nachdruck und Überzeugung hat das spanische Volk durch die ganzen Kriegsjahre hindurch in seiner großen Mehrheit daran festgehalten. Neben den konservativen Parteien waren Heer und Geistlichkeit die hauptsächlichsten Vorkämpfer dieses von echtem Verständnis des Weltringens getragenen Neutralitätswillens, und ein auf der Höhe seiner Aufgaben stehendes Königtum wirkte dazu mit, daß allen zersetzenden Strömungen zum Trotz das eigentliche Ziel unangetastet blieb. In der Verfechtung seiner Selbständigkeit gegenüber den staatsfeindlichen Einflüssen von außen und innen fand das spanische Volk sich selbst wieder, und immer wieder zeigte es sich von dem starken Entschluß beseelt, nicht leidend die gewaltigen Weltumwälzungen über sich ergehen zu lassen, sondern Anteil an der im Werke befindlichen Neugestaltung der Verhältnisse zu haben. Ein glühender nationaler Ehrgeiz erwachte in ihm wieder und trachtete nach Erfüllung. Die Schlagworte Gibraltar, Marokko und Südamerika wurden zu festen politischen Programmen und gewannen in so weitgehendem Maße die Herrschaft über die Nation, daß auch die ententefreundlichen liberalen Parteien sie sich zu eigen machten.

Waren diese Ziele aber durch einen deutschen Sieg gefährdet? Es wirft doch ein helles Licht auf das Zusammenstimmen der deutschen mit den spanischen Interessen, daß die Regierung sich mit dem offenen Bekenntnis zu dem nationalen Programm hervorwagte, als die Waffen der Mittelmächte ihrer Gegner Herr zu werden schienen. Gewiß hatten innerpolitische Gesichtspunkte mitgesprochen, daß im März 1918 dem gemäßigt konservativen Kabinett Dato und den liberalen Kabinetten Romanones und Garcia Prieto eine unter konservativer Leitung stehende Koalitionsregierung folgte, aber die Berufung eines Politikers wie Antonio Maura vermag erst im Zusammenhange der nationalen Bestrebungen des spanischen Volkes voll gewürdigt zu werden. Nicht ohne Recht ist Maura von englischer Seite als „der einzige Staatsmann Spaniens" bezeichnet worden. Obschon innerpolitisch konservativ-klerikaler Parteimann, ragt er in staatsmännischer Hinsicht über alle parteimäßigen Anschauungen hinaus, und mit seiner autoritativen Persönlichkeit war er der gegebene Führer, der das für das politische System in Spanien unerhörte Wagnis unternehmen konnte, alle Parteien zu gemeinsamer Arbeit in der Regierung zusammenzuschließen. Maura aber hatte in seiner vielbeachteten Rede vom 29. April 1917 unter dem Jubel seiner Spanier verkündet: dem nationalen Empfinden Spaniens müßten die Marksteine Gibraltar und Marokko unablässig eingedenk bleiben, da sie klar zeigten, von welcher Seite Spanien die Vergewaltigung drohe. Konnten die Ansprüche Spaniens gegenüber dem Imperialismus Englands und Frankreichs offener geltend gemacht werden? Von da aus verstehen sich die Kundgebungen und Handlungen, mit denen der Ministerpräsident im Sommer 1918 hervortrat, während Deutschland

Digitized by Google

auf der Höhe seiner militärischen Machtstellung stand. Damals (11. Juni) erklärte er in der Debatte über die Militärreform: „Das Wesentliche ist, daß sich die Welt darüber Rechenschaft gibt, daß Spanien seine gewohnte Apathie abschüttelt, um die Bahn der Initiative und der praktischen Entschließungen zu beschreiten." Wenig später (7. Juli) führte er den großen Schlag des Neutralitätsgesetzes gegen das von der Entente unterhaltene Spionagesystem auf spanischem Boden. Ja, es scheint, daß die Regierung damals sogar im Sinne der nationalen Wünsche Spaniens eine unmittelbare diplomatische Fühlung zu den Ententemächten genommen hat.

Indessen der Sommer 1918 sah auch noch die Wendung der militärischen Lage, die Spanien der Gunst der Parallelität mit den deutschen Interessen beraubte und ihm eine völlig veränderte Politik vorschrieb. Noch Maura hat die Folgerung gezogen. Die Beschlagnahme sieben deutscher Dampfer, die er im August, anschließend an den formellen Einspruch gegen den uneingeschränkten U-Boot-Krieg, aussprach, leitete die neue Entwicklung ein. „Daß er sie selbst nicht zum Abschluß führte, war im Hinblick auf das von ihm verkörperte Programm wohl begründet, denn es handelte sich in der neuen Lage der Dinge darum, ohne die laute oder stillschweigende Berufung auf das mitteleuropäische Gegengewicht wenigstens Teile des erstrebten Gewinnes zu retten, und das war jetzt nur noch in einseitigem Appell an das Entgegenkommen der Sieger in Westeuropa und Amerika möglich. Die mit nationaler Leidenschaft beanspruchte selbständige Stellung zwischen den kriegführenden Parteien war auf Grund der Niederlage Deutschlands in naturnotwendiger Umschaltung zur Abhängigkeit von der Entente geworden. Spanien war, wenn man so sagen will, mit den Mittelmächten besiegt.

In diesem Rahmen Politik führen, konnten nur die liberalen Staatsmänner, die aus parteipolitischen Anschauungen schon immer dem Anschluß an das politische System der Entente das Wort geredet oder sogar in die Hände gearbeitet hatten. Und so rollte sich der Film in der umgekehrten Reihenfolge wieder ab, wie er zur Ministerpräsidentschaft Mauras geführt hatte: unter Überspringung des gemäßigt konservativen Dato übernahm Romanones nach einem kurzen Zwischenregiment Garcia Prietos wieder die Staatsgeschäfte; der Typ des spanischen Parteiführers im Stile des bis 1917 üblich gewesenen Schaukelsystems und zugleich das Haupt der Kriegsgewinner-Oligarchie; der Staatsmann, der im April 1917 die Neutralität aufzugeben bereit war und deshalb zurücktreten mußte. Dem begeisterten Ententefreunde fiel wie von selbst die Aufgabe zu, für Spanien die Liquidation des Krieges durchzuführen.

In unlöslicher Verknüpfung mit den außenpolitischen Verhältnissen hat auch die innerpolitische Entwicklung zu diesem Regierungswechsel hingeführt. Mit dem unzweifelhaften Sieg der Entente erhielten auch die inneren Verhältnisse ein

Digitized by Google

neues Gesicht, denn all die oppositionellen Kräfte, die dem Neutralitätswillen der Regierung und der großen Mehrheit des Volkes sich entgegengestellt hatten, drängten nun ungestüm hervor und versuchten, die Führung der Dinge an sich zu reißen. Über die Ententefreundlichkeit der Liberalen hinaus erstrebten die Republikaner und Sozialisten eine völlige Umgestaltung der politischen und sozialen Grundlagen Spaniens, und die große Umwälzung, die sich in Rußland und dann bei den Mittelmächten vollzog, gab der Bewegung neue Kraft. Vor allem erfuhren die Absonderungsgelüste der Katalanen, die während des Krieges immer festere Gestalt gewonnen hatten, eine bedeutende Steigerung. Vergebens hatten die liberalen und konservativen Kabinette die bedrohlich anwachsende Strömung einzudämmen versucht; das Koalitionskabinett Mauras hatte schließlich nur entgegenkommend auf die katalonischen Forderungen eingehen können, und nicht zum wenigsten die darüber entstandenen Auseinandersetzungen haben den inneren Zusammenhalt des Sammelministeriums geschwächt. Da war es schon ein Gewinn, wenn der Katalanenführer Cambo, der die Partei in dem Kabinett Maura vertrat, versicherte, die Bewegung sei nicht separatistisch (d. h. ziele nicht auf die gänzliche Absonderung vom spanischen Staate), sondern nur regionalistisch (d. h. erstrebe lediglich eine gesonderte Stellung innerhalb des Staatsganzen), und es blieb der Regierung nichts anderes übrig, als durch einen Gesetzentwurf, über den die neuen Cortes zu beschließen haben, den Bestrebungen Rechnung zu tragen.

Hinter all diesem Drängen aber stand als eine ernste Gefahr für die ruhige Fortentwicklung die Mißstimmung der unteren Volksschichten über das Versagen der Ernährungsorganisation und der sozialen Reform. Allerdings hatten die Verfechter des Neutralitätsgedankens durchaus Recht, die Schuld daran dem Liberalismus zuzuweisen, der im Banne seiner prinzipiellen Voreingenommenheit ohne zwingende Notwendigkeit wichtige wirtschaftliche Lebensinteressen an die Entente preisgab. Zu einer Kette unneutraler Einzelhandlungen war zuletzt noch der Abschluß langfristiger Wirtschaftsbündnisse gefügt worden, die den spanischen Schiffsraum und dazu das spanische Land mit seiner landwirtschaftlichen und industriellen Produktion der einen kriegführenden Partei auslieferten. Romanones hatte zugunsten der Kriegsgewinn-Magnaten mit stärkster Initiative dafür gearbeitet; Garcia Prieto hatte in mitschuldiger Lässigkeit den Dingen freien Lauf gelassen; Maura aber hatte weder das System noch die unheilvollen Abmachungen mehr rückgängig machen können, weil die selbstverschuldeten wirtschaftlichen Schwierigkeiten eine andere Lösung nicht mehr möglich erscheinen ließen. So mochten die Patrioten wohl bitter Klage führen: die Tatsache wurde trotz aller Häufung des Goldschatzes, trotz allen Steigens der Valuta und trotz all der riesenhaften Gewinne, die einzelne Industrieritter einstrichen, immer greifbarer, daß die Franzosen, die Engländer und vollends die Amerikaner sich einen beherrschen-

Digitized by Google

den Platz in der spanischen Wirtschaftsorganisation eroberten und Spanien zu einer Domäne fremder Ausbeutung machten, wogegen der vor dem Kriege gewesene Zustand ein Kinderspiel war. Der genannte Katalanenführer Cambo hat mit eindringlicher Warnung von einem „Konquistadorenzug", insbesondere des nordamerikanischen Imperialismus, gesprochen. So lag es tatsächlich, aber mit allen Mitteln einer bewährten Hetzpropaganda wurden die schweren Schädigungen, die die wirtschaftlich Schwachen durch ein solches System erfuhren, von den ausländischen und einheimischen Agenten der Entente gerade derjenigen politischen Richtung zur Last gelegt, die die Untergrabung des gesunden Wirtschaftslebens als eine Gefährdung der nationalen Grundlagen immer mit Heftigkeit bekämpft hatte, und in Streiks und Unruhen, die eine ungeheuerliche Verfälschung der wirklichen Ursachen und Triebkräfte bedeuteten, stellten sich die Massen der konservativ gerichteten Regierung und damit auch der Neutralitätspolitik der Volksmehrheit entgegen.

So lag es klar zutage, welchen Weg Spanien gehen würde, als Romanones am 4. Dezember die Zügel der Regierung wieder ergriff. Der offene Anschluß an die Sieger mußte vollzogen werden. An den Entschluß, die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abzubrechen, wirkte zuletzt noch die Verwicklung der portugiesischen Verhältnisse mit. Die Ermordung des Präsidenten Sidonio Paes (15. Dezember) eröffnete einerseits ernste Perspektiven hinsichtlich der Weiterführung der gesamtiberischen Pläne, die den Spaniern sehr am Herzen liegen, und wies anderseits gebieterisch auf ein enges Zusammengehen mit dem britischen Protektorreich. Wenige Tage später wurden dem deutschen Botschafter Prinzen Ratibor unter einem nichtigen Vorwande (der freilich hinreichte, um in gewissen Kreisen bei uns wieder den üblichen Sturm der Entrüstung gegen die unfähige und veraltete deutsche Diplomatie zu entfesseln) die Pässe ausgehändigt. Kurz darauf eilte Romanones nach Paris, um mit den dort versammelten Staatsmännern persönlich zu verhandeln und für die Neuordnung der Welt die nationalen Wünsche Spaniens anzumelden. Wie sind deren Aussichten?

Es ist nicht leicht, sich davon ein einigermaßen klares Bild zu machen. Die zu uns gelangenden Nachrichten über die jüngsten Vorgänge der spanischen Politik sind überaus dürftig und lauten außerordentlich widerspruchsvoll. Indessen gibt es zu denken, daß die auf Romanones selbst zurückgehenden ersten Äußerungen der Befriedigung bisher keine Bestätigung durch die Tatsachen gefunden haben und zu seinen späteren offensichtlich ausweichenden Aussagen in nicht geringem Widerspruch stehen. Daß auch der für die Entente begeisterte Ministerpräsident in weitgehendem Umfange von jenen nationalen Idealen erfüllt ist, die sich in den Schlagworten Gibraltar, Marokko und Südamerika zusammenfassen, hat er oft genug zum Ausdruck gebracht. Noch im Mai 1918 hat er, als er zu

Digitized by Google

dem Buche des französischen Journalisten Albert Mousset über die auswärtige Politik Spaniens ein Vorwort schrieb, für sein Land eine starke Stellung im Mittelmeerraum gefordert, die ihm an der Seite Englands, Frankreichs und der übrigen Mittelmeerstaaten im Friedensschluß gewährleistet werden solle: „dann wird der Augenblick gekommen sein, der spanischen Zone von Marokko die Enklave Tanger anzuschließen, die in ihrer gegenwärtigen Isolierung niemand dient, uns aber schadet". Aber stehen die Dinge heute noch so? Es ist zu beachten, daß die französische Kolonialpartei im Herbst einen heftigen Pressefeldzug gegen die lässige und matte Herrschaft in Spanisch-Marokko eingeleitet hat, die eine große Gefahr für die zivilisatorische Durchdringung Französisch-Marokkos darstelle, und immer offener für eine Besetzung des wichtigen Tanger durch Frankreich, wenn nicht für eine Internationalisierung eintritt. Die Unterstützung aber, die sie dabei in England gefunden hat, deutet darauf hin, daß es sich um ein planmäßiges Vorgehen handelt mit dem offenbaren Ziele, die sogenannten Anti-Afrikanisten in Spanien gegen die Festhaltung Marokkos mobil zu machen und die Bewegung zugunsten einer freiwilligen Räumung des wertvollen, aber schwer zu erschließenden Gebiets am Gegengestade der Meerenge von Gibraltar zu stärken. Nicht minder bemerkenswert ist, daß man in England zwar begonnen hat, die Aufgabe Gibraltars zu erörtern, dessen militärischer Wert heute stark gesunken sei, daß man aber stets die Bedingung eines Austausches gegen die auf der Südseite gelegenen Bastionen Ceuta oder Tanger daran knüpft. Da macht es keinen guten Eindruck, wenn Romanones einem Ausfrager in Paris erklärte, Spanien würde leichten Herzens auf Gibraltar verzichten können. Noch hält die öffentliche Meinung aller bestimmenden Richtungen an den alten Forderungen fest, und mit Vorliebe wird betont, die Verfolgung der Marokkopolitik bedeute keine Expansion, sondern lediglich die Behauptung der nationalen Persönlichkeit. Gleichzeitig jedoch lassen einzelne Maßnahmen, wie die Auflassung des Generalgouvernements und die Teilung des Gebietes in tatsächlichen Besitz und Interessensphäre ein Nachlassen des kolonialen Willens erkennen, über dessen Sinn freilich noch kein sicheres Urteil abzugeben ist.*) Jedenfalls liegt es ganz bei den siegreichen Westmächten, ob und wie sich die nationalen Wünsche Spaniens durchsetzen werden.

Angesichts dieses unzweifelhaften Tatbestandes kann es nicht überraschen, daß sich wie in Deutschland so auch in Spanien die Blicke hoffnungsvoll auf Amerika

*) Während der Korrektur des Aufsatzes eingelaufene Nachrichten melden bereits, daß Spanien den Verzicht auf seine marokkanische Zone ausgesprochen habe und daß England im Einverständnis mit Frankreich, das aus den deutschen Kolonien entschädigt zu werden hoffe, das Gebiet in Besitz nehmen werde im Tausch gegen Gibraltar, das es an Spanien zurückzugeben bereit sei.

Digitized by Google

richten, auf das Land, das vor zwanzig Jahren dem alten Spanien den Todesstoß versetzt hat und dem seither der leidenschaftliche Haß des stolzen Volkes galt. Wilson und seine Ideenwelt sollen nun die Verwirklichung der spanischen Zukunftsideale bringen. Für seine Person hat sich Romanones in letzter Zeit mehrfach als ein überzeugter Anhänger der über den Ozean klingenden Anschauungen bekannt; sein „Diario universal" war seit dem Sommer, er selbst seit den letzten Oktobertagen immer wieder in den Cortes dafür eingetreten. Daraus erklärt sich, daß er in Paris namentlich mit Wilson Verhandlungen geführt hat. Und eine andere Rücksicht sprach dabei noch mit: die auf die Kulturbeziehungen Spaniens zu den einstigen Kolonien in Mittel- und Südamerika, deren Wiederherstellung und Vertiefung einen Hauptbestandteil des nationalen Zukunftsprogramms bildet, zumal nach der schweren Enttäuschung, die die marokkanischen Hoffnungen zu erleiden scheinen. Der Krieg aber hat die Machtstellung der nordamerikanischen Union in den romanischen Gebieten des amerikanischen Kontinents wesentlich gestärkt, und so ist das spanische Volk bei der weiteren Verfolgung dieser Ziele sehr viel mehr als früher auf das Wohlwollen der Vereinigten Staaten angewiesen. Diese gesteigerte Abhängigkeit macht sich bereits in dem neuen Wirtschaftsabkommen geltend, das zur Ergänzung des ersten im Herbst 1918 abgeschlossen worden ist. Die Madrider Regierung hat da in der Frage der amerikanischen Konkurrenz-Schiffahrtslinien ihre Ansprüche erheblich zurückschrauben und es sich sogar gefallen lassen müssen, daß die Ausbreitung seines Handels in Verbindung mit der Rohstoffversorgung für die katalonische Industrie eine recht fühlbare Eingrenzung erfuhr. In welchem Umfange Spanien bezüglich dieser Zusammenhänge eine Verwirklichung seiner Ideale erreichen wird, hängt vor allem von dem Geist ab, in dem der neue Völkerbund abgeschlossen wird und sich betätigt.

Darin teilt das spanische Volk das Schicksal aller derjenigen, die im gegenwärtigen weltgeschichtlichen Zeitpunkt keine maßgebende Stimme in die Wagschale zu werfen haben. Aber zugleich hat es die Entscheidung über seine Zukunft doch selbst in der Hand. In all den Beziehungen und Verbindungen, die sich anspinnen, muß es sich seiner Besonderheit stark bewußt bleiben. Es muß die Grundkräfte seiner Eigenart lebendig erhalten, namentlich jenen wundervollen Idealismus, aus dem alle seine großen geschichtlichen Leistungen hervorgewachsen sind und den es auch in diesen Kriegsjahren wieder gezeigt hat. Es muß sich, in organischer Weiterführung des nach der Katastrophe von 1898 eingeleiteten Gesundungsprozesses, mit klarem Wollen auf den Boden der Wirklichkeit stellen, zu ernster Arbeit ebenso bereit, wie zu ideellem Schaffen, ganz wie das die deutsche Nation jetzt nach dem Zusammenbruch von 1918 tun muß. Dann bleibt das spanische Volk vor der drohenden Gefahr beschirmt, fremden Kulturidealen untertan

Digitized by Google

zu werden, die sich ihm aufdrängen und denen sich in falsch verstandenem Verwandtschaftsgefühl hier und dort die Tore öffnen. Dann aber werden sich wie von selbst auch die Bande wieder festigen, die sich in den Kriegsjahren zwischen Deutschland und Spanien geknüpft haben, jetzt aber gelockert sind. Im Interesse beider Völker ist das zu erhoffen und zu erstreben.

Notizen

Der schweizer Weg zum Weltmarkt. Seit Ausbruch des Krieges ist es französischerseits mit Erfolg versucht worden, den schweizerischen Import und Export über Frankreich zu ziehen.

In den Kreis dieser Aktion gehört ein Bericht, der von der Association Nationale d'Expansion économique ausgearbeitet ist und der das Projekt Suisse—Océan behandelt. Es dreht sich um eine Verbesserung der Eisenbahnverbindung der Schweiz mit dem Atlantischen Ozean, somit um eine Erleichterung und Verbesserung des Transits zwischen der Schweiz und Amerika durch Frankreich über Lyon—Bordeaux. Man will diejenigen Transporte, die bisher über Deutschland und Holland geleitet wurden, für die französischen Linien und französischen Häfen gewinnen. Um welche Quantitäten es sich handelt, davon zeugt die Tatsache, daß 70 % des schweizerischen Außenhandels bisher über Deutschland, Holland und Belgien gingen, wobei nur ein geringer Teil für Marseille und Le Havre in Betracht kam. Zu erklären ist diese Tatsache damit, daß die französischen Hafenverhältnisse schlecht waren und die Verbindungen nach Frankreich langsam.

Bordeaux ist durch die Amerikaner auf ein ganz neues Niveau gestellt worden. Es sind ungeheure neue Hafenanlagen errichtet, modern ausgestattet und geradezu großzügig mit dem Hinterlande durch Schienenstränge verbunden. Von diesen Neubauten profitieren auch Nantes und St. Nazaire, so daß man französischerseits glaubt, mit diesen Häfen erfolgreich die Konkurrenz gegen Antwerpen, Rotterdam und Hamburg aufnehmen zu können.

Das Projekt Suisse—Océan kann aber nur dann den von den Franzosen ersehnten Erfolg haben, wenn die Eisenbahn von Lyon nach Bordeaux modern ausgebaut wird. Und gerade dieser Teil des Projekts bildet den Hauptteil des französischen Berichtes. Es werden dort zwei neue Linien bzw. Ausbau schon bestehender Linien vorgeschlagen, mit einem Kostenaufwande von beiläufig 90 Millionen Franken.

Wir müssen indessen, um den ganzen Fragenkomplex auch von einer anderen wichtigen Seite zu betrachten, bemerken, daß die Schweizer mit gleichem Enthusiasmus und mit gleicher Vehemenz auf die Internationalisierung des Rheins hinarbeiten, mit der weiteren Absicht, dort ihre eigene Rheinschiffahrtsgesellschaft zu gründen, wie sie bereits über eine eigene Seeschiffahrtsgesellschaft verfügen. Dieses Projekt, das Rheinprojekt, hat viel mehr Aussicht auf eine baldige Verwirklichung, als der Plan Suisse—Océan, und wenn die Schweizer der Association Nationale d'Expansion économique gegenüber so tun, als ob sie nur darauf warteten, ihren ganzen Güterverkehr über Frankreich zu leiten, so ist das ein kleiner politischer Trick, den wir weiter den Schweizern nicht zum Vorwurf machen wollen.

K. Busch

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Knabe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a I. Für Anzeigen F. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Österreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland M. 8.—. Einzelnummer 50 Pfg. / Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 68.

Digitized by Google

4. Jahrgang * 21. Februar 1919 * Heft 8

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

16. Februar.

„Man kann uns Gewalt antun, man kann uns aber nicht zwingen, Gewalt als Recht anzuerkennen." Dieser Satz bildet das Leitmotiv der Rede des Ministers des Äußern, des Grafen Brockdorff-Rantzau, die eine stolze Bescheidenheit atmet. Er gibt freimütig begangene Fehler zu, fordert aber andererseits für Deutschland, trotz der Niederlage, die Gleichberechtigung im Völkerbunde. Zwischen den Zeilen erfolgt auch eine leise Ablehnung des Erzbergerschen Optimismus in der Schiffsfrage, der allgemach den Parteien auf die Nerven zu fallen beginnt.

*

Bisher hat die Tagung der Nationalversammlung einen würdigen Verlauf genommen. Ein wenig mehr Wärme hätte freilich den Reden nichts geschadet. Wo blieb der Schrei nach unseren Gefangenen gleich zur Eröffnung der Sitzung? Welch riesige Bewegung ging nicht durch ganz Rußland, als bei Eröffnung der ersten Duma der weißhaarige Vorkämpfer der Freiheitsbewegung, Petrunkewitsch, sofort vom Alterspräsidenten das Wort erbat, um die Befreiung der „politischen Gefangenen des alten Regimes" zu fordern. Der Schrei nach unseren Gefangenen hat sich in der Nationalversammlung in einen ordnungsgemäßen Antrag verwandelt, der kaum irgendwelche Wirkung bei den Neutralen, geschweige denn bei unseren Feinden auslösen dürfte.

*

Nicht anders liegt es mit Elsaß-Lothringen und Deutsch-Österreich. Auch hier zu viel Korrektheit, zu viel taktische Überlegung, statt der Stimme des Gefühls freien Lauf zu lassen. Als 1878 das große Rußland dem kleinen rumänischen Bundesgenossen Beßarabien entriß, beschloß die rumänische Kammer als Protest, die Sitze der beßarabischen Abgeordneten im Parlamente

Digitized by Google

leerstehen zu lassen. Die Nationalversammlung des siebenzig Millionenvolkes der Deutschen läßt aber die zwölf Abgesandten Elsaß-Lothringens, obgleich dieses Land noch zu Deutschland gehört, vor der Türe stehen und will ihnen nicht gestatten, von der Tribüne der Nationalversammlung ihren Protest gegen die Vorenthaltung des Selbstbestimmungsrechtes in die Welt hinauszuschreien.

*

Diese Kritik hält uns nicht ab zu unterstreichen, daß Eberts Dank, wie Scheidemanns Antrittsrede auf erfreulicher Höhe stehen. Beide haben politisch gute Figur gemacht und den klaren Willen zu erkennen gegeben, ohne Verleugnung ihrer sozialdemokratischen Grundsätze „Diener des gesamten deutschen Volkes" zu sein. Dr. Davids Rede als Präsident der Nationalversammlung schloß sich würdig den beiden an. Ja, seine Rede durchpulste starkes nationales Leben, so daß es höchst bedauerlich erscheint, daß das Zentrum aus parteipolitischen Rücksichten diesen „geborenen" Präsidenten ins Kabinett hinausgelobt hat, zumal an seine Stelle Fehrenbach getreten. Gegen Fehrenbachs Leitung des Reichstages war gewiß nichts einzuwenden, aber es erscheint uns reichlich unzweckmäßig, mit dieser Wahl den Anschein zu erwecken, als ob die Nationalversammlung nichts weiter darstelle, als einen Neuaufguß des alten Reichstages.

*

Das ukrainische Direktorium hat gegen zweitausend großrussische Offiziere aus der Ukraine ausgewiesen, weil sie das Asylrecht schmählich mißbraucht hatten, indem sie gegen die Selbständigkeit der Ukraine intrigierten. Jetzt sind Vertreter dieser Schutztruppe des Hetmans nach Deutschland gekommen, um ihre Dienste gegen den Bolschewismus anzubieten. Wir sind der Meinung, daß Deutschland noch immer selbst mit dieser politischen Epidemie fertig werden muß und es nicht nötig hat, zweitausend großrussische Söldner anzuwerben. Dazu kommt, daß das nicht nur unsere Beziehungen zur Ukraine trüben, sondern, daß sich auch Esten und Letten bedanken würden, wieder Großrussen in ihr Land zu bekommen, die naturgemäß nicht für die Selbständigkeit dieser Länder, sondern für deren Wiederanschluß an Rußland kämpfen. Eine Ablehnung dieser Hilfskräfte gegen den Bolschewismus könnte uns aber auch seitens der Entente nicht verübelt werden, weil letztere auf ihre Mitarbeit bereits verzichtet hat, obgleich diese Kräfte einzig und allein nach Archangelsk gehören würden, wo sich ihnen die Möglichkeit böte, großrussisches Gebiet vom Bolschewismus zu säubern. Diese auf den ersten Blick auffällig erscheinende Ablehnung seitens der Entente dürfte wohl darauf zurückzuführen sein, daß diese Offiziere innerpolitisch gar zu reaktionären Ideen anhängen und die Entente befürchtet, bei ihrer Anwerbung die große Masse der russischen Bevölkerung in die Arme des Bolschewismus zu treiben.

Digitized by Google

Der Untergang des Abendlandes

Von Dr. Paul Rohrbach

Wie oft ist die Frage gestellt und mit selbstverständlicher Sicherheit verneint worden: ob es denkbar sei, daß die Kultur der abendländischen Menschheit noch einmal eine ähnliche Katastrophe erleiden könne, wie den Untergang der antiken Welt zur Zeit der Völkerwanderung! Allerdings wird auch dieser weltgeschichtliche Vorgang heute nicht mehr so aufgefaßt, wie noch zur Zeit des großen Berliner Physiologen Dubois-Reymond, der sich kurzweg dahin resolvierte, alles wäre anders gekommen, wenn die Römer rechtzeitig das Pulver erfunden und gegen die Barbaren angewandt hätten. Die Forschungen Hans Delbrücks in seiner Geschichte der Kriegskunst haben uns gezeigt, daß es der Rückfall der abendländischen Welt aus der Geld- in die Naturalwirtschaft, infolge der starken Verringerung des Edelmetallvorrats war, durch den das Heerwesen des Römischen Reichs umgewandelt und die Widerstandskraft des Staates, der den Erdkreis umfaßte, gegen die andringenden, keineswegs überwältigend zahlreichen Barbarenvölker kraftlos gemacht wurde. Gerade von dieser wirtschaftlichen Seite aber, sollte man meinen, steht doch die heutige abendländische Kultur am unerschütterlichsten da, und eine Wiederholung des zwei Jahrhunderte umfassenden ökonomischen Austrocknungsprozesses, der die Alte Welt zugrunde richtete, möchte heute kaum denkbar erscheinen!

Das Wort vom Untergang des Abendlandes kann in einem doppelten Sinn verstanden werden. Die eine Art des Verständnisses bringt uns ein bedeutendes und kluges Buch von Oswald Spengler nahe, das diesen Titel trägt.*) Der Verfasser sagt, daß der entscheidende, entwicklungsgeschichtliche Vorgang im Kulturleben der Menschheit jedesmal der Übergang von der Kultur zur Zivilisation sei. Jede Kultur, heißt es bei ihm, hat ihre eigene Zivilisation. Kultur und Zivilisation sind ein organisches Nacheinander, bei dem das zweite mit Naturnotwendigkeit aus dem ersten folgt; Zivilisation ist das unausweichliche Schicksal jeder Kultur. „Zivilisationen sind die äußersten und künstlichsten Zustände, deren eine höhere Art Mensch fähig ist. Sie sind ein Abschluß; sie folgen dem Werden als das Gewordene, dem Leben als der Tod, der Entwicklung als die Starrheit, dem Lande und der seelischen Kindheit, wie sie Dorik und Gotik zeigen, als das geistige Greisentum und die steinerne, versteinernde Weltstadt. Sie sind ein Ende, unwiderruflich, aber sie sind mit innerster Notwendigkeit immer wieder erreicht worden." (S. 44.)

Spengler verwirft infolge dieser Auffassung das überlieferte Einteilungsschema

*) Oswald Spengler, Der Untergang des Abendlandes. Umrisse einer Morphologie der Weltgeschichte. I. Band. Gestalt und Wirklichkeit. Wien und Leipzig. Wilh. Braumüller 1918.

Digitized by Google

der Geschichte in Altertum, Mittelalter und Neuzeit. Er sagt vielmehr, der Prozeß der Entstehung einer Kultur aus einer primitiveren Daseinsstufe und ihrer Umwandlung in eine Zivilisation habe sich zu verschiedenen Zeiten und in verschiedenen Teilen der Welt in innerlich nahe verwandter Weise abgespielt, in der chinesischen, ägyptischen, vorderasiatisch-semitischen, griechisch-römischen und arabischen Welt, und zuletzt im europäischen Abendlande, von der romanisch-gotischen Periode bis auf die Gegenwart. Dies Schema sei das eigentlich grundlegende zum Verständnis der Geschichte. Bei den romanisch-germanischen Nationen des Abendlandes, bei den Römern und Griechen und auf allen übrigen Schauplätzen, wo die Wandlung eines schöpferischen, lebendig pulsierenden Kulturlebens in Zivilisation, Technik und Geldwirtschaft sich vollziehe, ließen sich Analogien, „Gleichzeitigkeiten", aufweisen, die, wenn sie auch äußerlich durch viele Jahrhunderte, ja selbst durch Jahrtausende getrennt erschienen, doch im tiefsten Innern wesensverwandt seien.

Spengler sagt: „Man kann die Griechen verstehen, ohne viel von ihren wirtschaftlichen Verhältnissen zu reden. Die Römer versteht man nur durch diese Bei Chäronea und bei Leipzig wurde zum letzten Male um eine Idee gekämpft. Im ersten Punischen Kriege und bei Sedan sind die wirtschaftlichen Momente nicht mehr zu übersehen. Erst die Römer mit ihrer taktischen Energie haben der Sklavenarbeit und dem Sklavenhandel jenen riesenhaften Stil gegeben, der für viele den Typus der antiken Lebenshaltung überhaupt entscheidend bestimmt. Erst die germanischen, nicht die romanischen Völker Westeuropas, haben dementsprechend aus der Dampfmaschine eine das Bild der Länder verändernde Großindustrie entwickelt . . . Erst der römische . . . Cäsarismus hat innerhalb der antiken Welt die Erhabenheit des Geldes — in der Hand starkgeistiger, großangelegter Tatsachenmenschen — kennen gelehrt . . .

„Imperialismus (das typische Symbol des Ausgangs einer Kultur) ist reine Zivilisation. In dieser Erscheinungsform liegt unwiderruflich das Schicksal des Abendlandes. Der kultivierte Mensch hat seine Energie nach innen, der zivilisierte nach außen. Deshalb sehe ich in Cecil Rhodes den ersten Mann einer neuen Zeit . . . Sein Wort „Ausdehnung ist alles" enthält in dieser napoleonischen Fassung die eigentlichste Tendenz einer jeden ausgereiften Zivilisation. Das gilt von den Römern, den Arabern, den Chinesen. Hier gibt es keine Wahl. Hier entscheidet nicht einmal der bewußte Wille des einzelnen oder ganzer Klassen und Völker. Die expansive Tendenz ist ein Verhängnis, etwas Dämonisches und Ungeheures, das den späten Menschen des Weltstadtstadiums packt, in seinen Dienst zwingt und verbraucht, ob er will oder nicht, ob er es weiß oder nicht . . . So sehr der heutige, noch wenig entwickelte Sozialismus sich gegen die Expansion

Digitized by Google

auflehnt, er wird eines Tages mit der Vehemenz eines Schicksals ihr vornehmster Träger sein . . .

„Kommen wir zur Einsicht, daß das 19. und 20. Jahrhundert, vermeintlich der Gipfel einer geradlinig ansteigenden Weltgeschichte, als Phänomen tatsächlich in jeder bis zum Ende gereiften Kultur nachzuweisen ist, nicht mit Sozialisten, Impressionisten, elektrischen Bahnen, Torpedos und Differentialgleichungen, die nur zum Körper der Zeit gehören, sondern mit seiner zivilisierten Geistigkeit . . . und daß damit die Zukunft des Abendlandes nicht ein uferloses Hinauf und Vorwärts in der Richtung unserer augenblicklichen Ideale und mit phantastischen Zeiträumen ist, sondern ein in Hinsicht auf Form und Dauer streng begrenztes und unausweichlich bestimmtes Einzelphänomen der Historie, vom Umfange weniger Jahrhunderte, das aus den vorliegenden Beispielen übersehen und in wesentlichen Zügen berechnet werden kann" (S. 51—55).

Das sind die Fundamentalsätze eines mehr als 600 Seiten starken Bandes, der voll von geistreichen und schlagenden, natürlich aber auch von anfechtbaren Behauptungen und Theorien ist. Ohne hier auf eine prinzipielle Auseinandersetzung mit der Grundthese einzugehen, deren Gefahr es offenbar ist, daß sie sich genötigt sieht, die Idee der Emporentwicklung der Menschheit in Frage zu stellen, läßt sich doch sagen, daß seit Hegel nicht wieder ein Buch geschrieben worden ist, das fähig wäre, so starke Anregungen zu einem erneuten Verständnis der Philosophie der Geschichte zu geben. Gegen vieles, und nicht nur gegen das reizvolle und blendende Beiwerk, sondern auch gegen die Kerngedanken, lassen sich starke Einwendungen erheben, aber eine durchgreifende Debatte über das Werk würde unendlich fruchtbar sein. Der Untergang des Abendlandes im Sinne Spenglers wäre gleichbedeutend mit dem Untergang des innerlich treibenden geistigen Kulturprinzips, des Lebens des inneren Menschen nach der Art Dantes, Newtons, Goethes, und seiner Ersetzung durch die materielle Expansion, die Wunder der Technik, den Formalismus des Denkens, und mit der Loslösung der Kunst vom Lebensbrunnen des Volkstums, dem Alexandrinismus. In der Tat ein Untergang — wenn es wirklich und unausweichlich so käme!

So wie das Problem des Untergangs der abendländischen Kultur hier gestellt und beantwortet wird, hat es nur entfernt etwas mit dem Sinn der Frage zu tun, an die wir am Eingang dieses Aufsatzes erinnerten: ob noch einmal eine große äußere Katastrophe, so wie zur Völkerwanderungszeit, denkbar sei. Praktisch gesprochen, ist das für die unendliche Mehrzahl der Menschen viel wichtiger, als das Verständnis der inneren Beziehungen und des Gegensatzes von Kultur und Zivilisation. Spenglers Werk wurde vollendet, als eben der Weltkrieg ausbrach. Es beschäftigt sich daher

Digitized by Google

noch nicht mit der Zerstörung, die der Bolschewismus an beidem, an der Kultur wie an der Zivilisation, anzurichten begonnen hat. Noch beschränkt sich dies Vernichtungswerk in großem Stil auf Rußland, das nicht eigentlich zu den abendländischen Kulturgebieten gehört hat, und es gibt viele, die da meinen, außerhalb der russischen Welt könne der Bolschewismus auf die Dauer keine Möglichkeiten der Entwicklung finden. Dieser Glaube ist falsch. Der Bolschewismus kann überall dort emporschießen, wo so schwere Erschütterungen der Staats- und Gesellschaftsordnung stattgefunden haben, daß die anarchischen, in der Masse ruhenden Instinkte ohne Rücksicht auf den organischen Zusammenhang der Wirtschaft und des Staates in die Höhe drängen können. Zum Bolschewismus gehören außer dem Niederbruch der Staatsgewalt noch zwei Faktoren: fanatische Führer mit dem Glauben an die Notwendigkeit der gewaltsamen Zertrümmerung und Umkehrung aller bestehenden Ordnung durch die Diktatur der Masse (d. h. derer, die sich zu Vertretern ihres Begehrens aufgeschwungen haben), und der urteilslose Haufe, der, wenn ihm das Ziel einer augenblicklichen materiellen Verbesserung gezeigt wird, den ganzen Aufbau des nationalen Lebens nach der Seite seiner inneren ökonomischen Verkettung umzustürzen und zu zerschlagen bereit ist. Von der Vernunft der Masse in dem Sinn, daß der einzelne begreifen sollte, wie in kurzer Zeit auf die Hebung der Lebenslage ein um so schlimmerer Sturz folgen muß, ist, wie die Erfahrung zeigt, nichts zu erwarten. Wo überhaupt die Frage nach dem, was weiter kommen soll, sich regt, genügt der nebelhafte Hinweis: wenn erst die ganze Welt bolschewistisch geworden sei, werde alles wie von selbst sich dauernd und herrlich regeln! In dem Zusammenwirken jener führenden Kräfte und der in Bewegung gebrachten Massen liegt eine wahrhaft furchtbare Kraft überall dort, wo die Staatsordnung bis in ihre Tiefen geschwächt ist. Das Entscheidende ist, daß eine Idee, die fähig ist, Menschen aus einer bestimmten Welt geistiger und materieller Voraussetzungen von Grund auf zu fanatisieren, in den Stand gesetzt wird, sich urteilsloser Massenregungen von elementar zerstörender Gewalt zu bedienen, und daß gleichzeitig alle gewöhnlichen verbrecherischen und gewalttätigen Instinkte sich auf diese plötzlich erscheinende Gelegenheit zur Betätigung stürzen. Das einzige Mittel, das es außer den staatlichen Ordnungskräften dagegen gäbe, nämlich eine innere Vernunft der Masse, ist keines, denn Massenvernunft ist unter demokratischen, aristokratischen und monarchischen Verhältnissen in Gegenwart wie Vergangenheit stets ein unwirklicher hypothetischer Fall gewesen. Natürlich kann man trotzdem von geistiger Gesundheit oder Ungesundheit der Masse sprechen, aber beides ist von der Summe der Daseinsbedingungen abhängig, unter denen die Masse existiert, und niemand kann daran zweifeln, daß diese Bedingungen in Europa heute überwiegend ungesund sind. Der Bolschewismus verspricht Heilung auf eine so brutale und primitive

Digitized by Google

Art, wie es dem Verständnis der niedrigst entwickelten, rohesten Elemente innerhalb der Masse eingeht. Damit ist schon gegeben, daß für die Praxis seines Wirkens die objektiv minderwertigsten Bestandteile eines Volkes den Maßstab machen. Das lehrt uns die Erfahrung der letzten Zeit nur zu eindrucksvoll.

Mehr als das Gesagte ist nicht nötig, um zu erkennen, wie groß die Möglichkeit ist, daß auch in Deutschland der Bolschewismus emporkommt. Das äußere Weiterbestehen eines großen Teils unserer bisherigen Staatsordnung darf uns nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß ihr inneres Traggerüst teils zerbrochen, teils zerfressen ist. Vor allen Dingen fehlt der Regierung die alleinige Kontrolle über den öffentlichen Gebrauch der Waffen und die feste Autorität gegenüber den undisziplinierten, bewaffneten Überbleibseln des einstigen deutschen Heeres. Ein Heer im eigentlichen Sinn existiert nicht, denn was von der alten Armee noch da ist, das ist *keins mehr*, und die jetzt entstehenden Neubildungen sind *noch keins*. Glückt es der Regierung, genügend neue Truppen zu werben und behält sie diese so in der Hand, daß sie im entscheidenden Augenblick die ihnen gegebenen Waffen gegen innere und äußere Feinde Deutschlands und seiner neuen Staatsordnung gebrauchen, so ist es gut. Ob, wie weit und wie lange aber der Regierung auch jetzt, nach der Konstituierung der Nationalversammlung, das glücken wird, bleibt abzuwarten. Die Regierung ist nicht einmal imstande, die Bürger der deutschen Republik unbedingt vor Vergewaltigung zu schützen und die tatsächliche Sicherheit, in der der größte Teil des deutschen Volkes im Augenblick noch lebt, kann fast überall leicht in ihr Gegenteil verkehrt werden.

Die Revolution ist daran schuld, daß im Innern der fundamentalen Erschütterung aller Ordnungen, dem Ruin des Heeres und der Unfähigkeit der Regierung, die Staatsautorität aufrecht zu erhalten, die zügellos gewordenen Instinkte der Masse, der Fanatismus der bolschewistischen Führer und die Bundesgenossenschaft des Verbrechertums drohend gegenüberstehen. Selbst ein ausgesprochener Optimismus ist nicht imstande, über die tatsächliche Gefahr der Lage hinwegzusehen. Von außen her bedroht die erfolgreich vordringende Streitmacht des russischen Bolschewismus die Grenzen Deutschlands. Sie hat ihre Agenten in ganz Deutschland, sie wirft massenhafte Geldmittel nach Deutschland hinein, und es ist kein Geheimnis mehr, daß, um nur ein Gebiet zu nennen, Ostpreußen vor der unmittelbaren Gefahr einer von Rußland her angelegten bolschewistischen Explosion steht. Ob die Truppen, die jetzt gegen den Bolschewismus in einer Werbearbeit von zweifelhaften Erfolgen zusammengerafft werden, fähig sind, einen *raschen* Erfolg zu erringen (allein ein solcher kann helfen), steht dahin. Von Kowno, das von den Bolschewisten bedroht ist, bis an die Grenze sind es nur noch zwei Tagemärsche; das über alle Begriffe schimpfliche Beispiel der 8. Armee im Baltikum macht es

Digitized by Google

nicht leicht, zu hoffen, daß die Osttruppen jetzt entscheidend besser sein sollten, und die tapferen baltischen Landeswehren sind schwach. Ein wirklicher Erfolg der russischen Bolschewisten in Ostpreußen würde einen gefährlichen Stoß gegen das ganze, ohnehin erschütterte Gefüge Deutschlands bedeuten, und seine Wirkungen würden sich gleich den Wellen eines Erdbebens westwärts fortpflanzen.

Auf der anderen Seite wird mit der Fortdauer der Blockade und durch die Erwürgungspolitik der Entente in den Verhandlungen über die Verlängerung des Waffenstillstandes die Kraft Deutschlands immer weiter zermürbt. Es kann gar nicht anders kommen, als daß die Lebensmittelnot, die Kohlennot, die Verkehrsnot, die Verweigerung der Rohstoffe, der je länger, desto lähmender wirkende Stillstand des größten Teils der deutschen Industrie den Kampf, den der Bolschewismus in Deutschland und um Deutschland zu führen entschlossen ist, den Boden aufs beste bereiten. Man braucht sich nur im Ernst die Frage vorzulegen, mit welchen Mitteln denn die gegenwärtige Regierung den Folgen einer Niederlage an der alten russischen Grenze, dem Ausbruch einer bolschewistischen Revolution in Ostpreußen und dem gleichzeitigen blutigen Vorgehen des Spartakusbundes im ganzen übrigen Deutschland entgegentreten will, um sofort zu sehen, wie gefährlich die Situation ist.

Am meisten kommt es offenbar darauf an, daß es gelingt, die Bolschewisten von den Grenzen Deutschlands zurückzudrängen. Bisher sind sie ihnen aber nur näher gekommen. Siegen sie in Deutschland, so ist die Katastrophe des Abendlandes da. Frankreich, England, Italien, der Osten von Mitteleuropa, der Balkan, Polen, Skandinavien werden dann alle mit ergriffen. In allen großen Ländern sind durch den Krieg die Kräfte der Tiefe aufgewühlt, und die Sicherheit, mit der die Regierungen über die Disziplin der bewaffneten Macht, über die Volksmasse in ihrer Gestalt als Heer, verfügen, ist im Vergleich zu früher erschüttert. Es gibt Kenner Amerikas, die behaupten, nicht einmal das amerikanische Leben sei gefeit gegen den Bolschewismus. Vielleicht bleibt Amerika ein Rückzugsgebiet der abendländischen Kultur, wo diese in einer Ausprägung, der alles historische Bewußtsein des Zusammenhanges mit früheren Epochen fehlt und die daher arm ist im Verhältnis zur Gesamtheit des jetzigen Kulturbesitzes der abendländischen Menschheit, sich noch weiter erhält. Europa aber würde dann im Verlauf eines Zeitraums, der wahrscheinlich weit kürzer wäre, als der Todeskampf der antiken Welt, wiederum etwas ähnliches erleben, wie die Länder des einstigen römischen Imperiums durch die Barbaren der Völkerwanderungszeit und schwerlich würde eine zweite Schlacht auf den Katalaunischen Feldern die Samenkörner für eine zukünftige Wiedererneuerung der Kulturblüte des Abendlandes retten.

Digitized by Google

Wie es kam — Oktober 1918?

Von Professor Dr. G. v. Schulze-Gaevernitz, Freiburg i. B.

Unzähligen Feldgrauen, welche aus dem Feld in die von Grund aus veränderte Heimat zurückkehren, brennt die Frage auf den Lippen: Wie es kam nach den ungezählten Opfern an Gut und Blut, dieses furchtbare Ende? Ohne dem künftigen Geschichtsschreiber vorzugreifen, will ich versuchen, in großen Zügen die Linie der Ereignisse nachzuzeichnen, wie ich sie von einem immerhin bevorzugten Beobachtungsposten aus wahrgenommen habe. Ich glaube damit nicht nur dem Wunsche so mancher Feldgrauen und Heimatkrieger entgegenzukommen, sondern ihnen auch die innerliche Umstellung in die neue Zeit zu erleichtern.

Im Hintergrund der Revolution und der sozialdemokratischen Republik von heute steht die Militärdiktatur, welche uns zuerst versteckt, sodann offenkundig während des Krieges beherrschte. In ihr gipfelte der „Militarismus", d. h. die Vorherrschaft der Militärgewalt über die Zivilgewalt in den entscheidenden Fragen des Staatslebens. Kurz vor dem Kriege fiel von Zabern aus ein grelles Schlaglicht auf diese militärischen Übergriffe — ungesetzliche Verhaftung von Zivilpersonen, darunter altdeutschen Beamten, sogar eines Staatsanwalts —, Übergriffe, welche die Reichsbehörden weder zu verhindern noch zu sühnen stark genug waren. Bald darauf spielte bei Kriegsausbruch neben französischer Rachsucht und englischem Handelsneid der deutsche Militarismus insofern zum mindesten eine verhängnisvolle Rolle, als er die Gegner in unglaublicher Weise unterschätzte. So berichtete Graf Lerchenfeld am 31. Juli 1914 nach München: „Preußischer Generalstab sieht Krieg mit Frankreich mit großer Zuversicht entgegen, rechnet damit, Frankreich in vier Wochen niederwerfen zu können. Im französischen Heere kein guter Geist, wenig Steilfeuergeschütze und schlechteres Gewehr." Die Verletzung der belgischen Neutralität wurde als „strategische" Frage behandelt, obgleich sie weltweite politische und moralische Folgen nach sich ziehen mußte, vor allem den Krieg mit England im unvermeidlichen Gefolge hatte. Die Zwangsausfuhr belgischer Arbeiter wurde als rein militärisch-kriegswirtschaftliche Maßnahme von militärischen Stellen angeordnet und durchgeführt, obgleich sie einschneidende internationale Wirkungen, insbesondere für unser Verhältnis zu Amerika, auslöste, übrigens auch kriegswirtschaftlich versagte — sie wurde durchgeführt „gegen Wissen, ja ohne den Willen der Reichsregierung", wie mir eine der damals leitenden Persönlichkeiten der Wilhelmstraße selber sagte. Der „Friede ohne Sieger und Besiegte", wie ihn Wilson erstrebte, wurde von der Obersten Heeresleitung durch die Erklärung des rücksichtslosen Unterseebootkrieges jählings durchkreuzt, weil man in diesen Kreisen keine Friedensvermittlung, vielmehr einen Schwertfrieden wollte. Der Leiter des Reichsmarineamtes

Digitized by Google

erklärte im Hauptausschuß des Reichstages die Mitwirkung Amerikas am Kriege „gleich Null" und die amerikanischen Transportschiffe lediglich als die erwünschte Beute unserer U-Boote. Elsaß-Lothringen, das kurz vor dem Kriege noch für Deutschland votiert hätte, wurde während des Krieges durch militärische Maßregeln usw. den Franzosen in die Arme getrieben; die Autonomie, welche der Reichstag erstrebte, und die möglicherweise noch damals den Franzosen eine psychologische Rückzugsbrücke gebaut hätte, wurde von militärischen und alldeutschen Stellen hintertrieben. Wenige Stunden, nachdem Bethmann Hollweg als Ergebnis langen und zähen Ringens mit allen Mächten der Reaktion die kaiserliche Zusage des allgemeinen und gleichen Wahlrechts für Preußen in die Welt gesetzt hatte, stellte Ludendorff den Kaiser vor die Frage: Rücktritt Bethmanns oder Rücktritt der Obersten Heeresleitung, wodurch Bethmann fiel und der Kaiser tatsächlich abdankte. Im Großen Hauptquartier kam Kühlmann zum Sturz, weil er in letzter Stunde einen Friedensfühler nach England ausstreckte. Dagegen wurde Hertling selbst gegenüber Angriffen aus seiner eigenen Partei von Ludendorff als gefügiges Werkzeug gehalten. Wieviel Entrechtung der Militarismus für den einzelnen enthielt, darüber habe ich manchen Wehrmann ein Lied, aber kein erfreuliches, singen hören — auch so manchen Offizier.

Trotzdem schien bis Ende September 1918 die Militärdiktatur, welche den „Siegfrieden" verbürgte, unerschüttert. Sie ruhte auf straffer Zensur und vielfach unwahrer Stimmungsmache durch das Kriegspresseamt und wurde gestützt durch die alldeutsch und vaterlandsparteilich durchsetzte Gesinnung weiter Kreise der Intellektuellen und Offiziere. An ihren Zusicherungen und Prophezeiungen zu zweifeln, galt als Hochverrat.

Hätte Bethmann im entscheidenden Augenblick diesen Bann durchbrechen und das Unheil des rücksichtslosen U-Boot-Krieges vermeiden wollen, so hätte er der alldeutsch aufgepeitschten öffentlichen Meinung ein Bündnis mit der Sozialdemokratie bis zum letzten entgegensetzen müssen — mit allen innerpolitischen Folgerungen. Das ging über die Kraft des altpreußischen Beamten. Zweifler und Warner, darunter die wenigen Kenner Amerikas in den hohen Reichsämtern wurden damals mit dem höhnischen Worte abgefertigt: „Ludendorff versteht's doch wohl besser".

Zum Zusammenbruch des Militarismus führten zwei Stränge der Entwicklung, welche im September 1918 nebeneinander hergingen, um sich in den ersten Oktobertagen zu unserem Unheil zu vereinigen.

Innerpolitisch bereitete sich das parlamentarische Ende Hertlings vor, dessen Kanzlerschaft unter dem Leitworte stand: „Viel versprechen und wenig halten". Schwach gegenüber den Mächten der Reaktion, suchte er, in preußischen Wahlrechtssachen selbst unsicher, unannehmbare „Sicherungen". In der Elsaß-Lothrin-

Digitized by Google

gischen Frage ließ er die Autonomie gänzlich liegen, trotz gegenteiliger Zusage an die Reichstagsmehrheit. In baltischen Dingen versprach er, diese Länder eigener Selbstbestimmung zuzuführen, wogegen das Militär gewaltsam verdeutschte. In Finnland setzten die Militärs ohne Zustimmung der Mehrheit des Volkes und gegen die Reichstagsmehrheit die Königswahl eines deutschen Prinzen durch, ohne daß der Kanzler widerstand. Im September 1918 entzogen die Volksparteiler und Sozialdemokraten Hertling die Unterstützung, und es tauchte von volksparteilicher Seite her die Kandidatur des Prinzen Max von Baden auf, welcher durch Eintritt leitender Sozialdemokraten sein Kabinett zu verstärken beabsichtigte. Prinz Max, welcher in den Tagen höchsten Machtraumels die sittlichen Mächte als die letztentscheidenden auch des Weltkrieges mit weitvernehmlicher Stimme angerufen hatte, schien gerade als der Abkömmling eines hochverdienten fürstlichen Hauses berufen, den jungen deutschen Volksstaat aus der Taufe zu heben.

Daneben verfinsterte sich im September unsere auswärtige und militärische Lage. So war schon die Friedensnote Burians gegen unseren Willen herausgebracht; Rumänien verzögerte die Ratifikation des Friedens, ohne daß wir es mehr dazu zwingen konnten. Entscheidend war der Abfall Bulgariens, wo unsere „Schlüsselstellung" von deutschen Truppen nahezu entblößt blieb. Der deutsche Höchstkommandierende an der mazedonischen Front hatte keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Bulgaren, bei völligem Mangel an Kleidung, Schuhwerk und Verpflegung, nicht mehr in Betracht kämen, sondern nach Hause gingen. Leider kamen die deutschen Verstärkungen zu spät. Letzthin erfolgte der Zusammenbruch der Türkei, unseres treuesten und andauerndsten Bundesgenossen — im Grunde nichts anderes, als der Sieg der Seemacht über die Landmacht, welche es versäumt hatte, zur rechten Zeit durch Eisenbahnbau die arabische Reichshälfte sich anzuschmieden.

Ausgang September meldete unsere Oberste Heeresleitung in jähester Weise ihren eigenen Bankerott an. Prinz Max von Baden hat das große Verdienst, diese Tatsache durch eine Veröffentlichung in den „Preußischen Jahrbüchern" festgestellt und allem Zweifel entzogen zu haben. Seine Friedenspolitik sei durch das Waffenstillstandsbegehr durchkreuzt worden, welches die militärischen Autoritäten erzwangen. Die Lage an der Front erfordere „binnen 24 Stunden ein Waffenstillstandsgebot. Wenn ich es nicht abgäbe, so müßte es die alte Regierung herausbringen". Es handle sich um Tage, ja um Stunden — erklärte derselbe Mann, der vor kurzem noch Kühlmann als Flaumacher gestürzt hatte. Einer der bekanntesten konservativen Reichstagsabgeordneten sagte mir in diesen Tagen, Anfang Oktober: Ihn quäle der Gedanke, ein Wahnsinniger habe unser Schicksal in der Hand, gestern manisch, heute depressiv, und erinnerte an einen berühmten Feldmarschall, der die Festung Magdeburg 1806 an eine Patrouille französischer Husaren übergab. Nur mit Zustimmung, ja auf Drängen der Ober-

Digitized by Google

sten Heeresleitung wurde im Kronrat der Entschluß gefaßt, den „großen Schritt" zu tun und um Waffenstillstand durch Wilsons Vermittlung zu „bitten". In der Fraktion wurde darauf gedrungen, daß dieser Tatbestand schwarz auf weiß festgelegt werde; denn er werde später geleugnet werden. „Nach einer Woche," so fährt Prinz Max fort, „eröffneten mir die militärischen Autoritäten, daß sie sich in der Einschätzung der Lage an der Front am 1. Oktober getäuscht hätten."

Noch einmal und in letzter Stunde hat der wie ein Kartenhaus zusammenbrechende Militarismus den Zivilisten die Leitung entwunden, mit seiner übereilten Bankerotterklärung die Stimmung im Innern umgeworfen und die Stimmung der Gegner zur Siegesgewißheit emporgeschraubt.

Uns Abgeordneten wurden folgende Gründe der pessimistischen Auffassung mitgeteilt:

„1. Unbedingte Materialüberlegenheit des Gegners. Tausende von Tanks erscheinen zu gleicher Zeit vor unseren Linien, Hunderte von Flugzeugen über ihnen. Ich erinnere mich wohl, daß im Hauptausschuß des Reichstages die Abgeordneten Erzberger und Noske noch vor etwa dreiviertel Jahren den beschleunigten Bau von Tanks verlangten, jedoch von den Militärs abgefertigt wurden.

2. Erschöpfung unserer Truppen, die schon die Frühjahrsoffensive zum Teil nur aus dem Grunde mit Schwung gemacht hatten, um vorwärtsstürmend Lebensmittel zu erbeuten. Unsere Leute sind unterernährt und abgekämpft, und wegen Mangel an Ersatz müssen dieselben Truppen, oft nach wenigen Tagen Ruhe, schon wieder in die vorderste Stellung.

3. Das schlimmste ist der Stimmungszusammenbruch, wohl vor allem infolge langdauernder Unterernährung." Hinzu kam jedoch der Zusammenbruch überschwänglicher Hoffnungen. Wie oft war uns „verbürgt" worden, daß mit der Frühjahrsoffensive, für welche man den hochtönenden Namen „Kaiserschlacht" erfand, Sieg und Friede geholt werden würden. Besonders unzuverlässig war die Stimmung der aus russischer Gefangenschaft zurückgekehrten, nunmehr an die Westfront gebrachten Mannschaften, nicht minder schlecht die Stimmung der jungen Rekruten, welche soeben noch in der Rüstungsindustrie zu übermäßigen Löhnen beschäftigt, das verschwenderische Leben der Großstadt nicht mit dem Höhlendasein der Schützengräben vertauschen wollten. Vielfach, so wurde uns gesagt, gingen die Truppen nicht mehr vor, und den Vorgehenden wurde von den Kameraden nachgerufen: „Streikbrecher!" Urlauber überschritten vielfach ihren Urlaub, ohne daß man sie mehr packen konnte, und es ist zweifelhaft, ob die hohen Ziffern von Gefangenen, welche die Ententeberichte vermeldeten, nur auf militärischen Notwendigkeiten beruhten.

Jetzt rächte sich bitter der Mangel an geistigen Zusammenhängen zwischen den alldeutschgesinnten Offizieren und der überwiegend sozialdemokratischen Mann-

Digitized by Google

schaft. Zweifellos hat sich das Verhältnis zwischen Offizier und Mannschaft während des Krieges verschlechtert. In dieser Richtung wirkte vor allem die getrennte Offizierstafel, die zahlreichen Beurlaubungen von Offiziersburschen zwecks Mitnahme von Nahrungsmitteln in die Heimat, nicht zuletzt die Üppigkeit vieler Etappen, die zum Teil auf Grund eigener Kuhhaltung „in Butter schwammen". Es rächte sich bitter das Ausbleiben freiheitlicher Reformen zu rechter Zeit, welche die Stimmung des Volkes hätten erneuern können, auch das Ausbleiben von Reformen im Heereswesen, wozu das Aufsteigen geeigneter Mannschaften in die Offizierstellen und die Teilnahme der Mannschaften an der Offizierswahl zu rechnen gewesen wäre — Soldatenräte zur rechten Zeit! Der Krieg scheiterte, weil die alte Zeit nicht imstande war, die breiten Volksschichten gefühlsmäßig mitzureißen, was nur bei einem wahrhaften Freiheitskriege möglich gewesen wäre. Aufrufe von Konservativen und Vaterlandsparteilern bewirkten das Gegenteil, wie denn die Vaterlandspartei im Volksbunde eine Gegnerschaft von vier Millionen Mitgliedern auf den Plan gerufen hatte. Die Mannschaften wollten sich nicht für Herrenrechte und Eroberungspläne totschlagen lassen. Bezeichnend für das „zu spät", welchem die alte Zeit erlag, ist die Tatsache: Der kaiserliche Erlaß vom 30. September, welcher die Volksregierung versprach, und die nunmehr einsetzende rasche Demokratisierung unserer staatlichen Zustände, erfolgten erst n a c h dem militärischen Zusammenbruch, als das Feuer auf den Nägeln brannte.

Immerhin waren noch Oktober 1918 zweifellos erhebliche Teile der Front intakt und die Front im ganzen ungebrochen. In diese Kerbe schlug Walther Rathenau, den ich am 6. Oktober kurz, aber eindringlich sprach. Er erklärte, so auch im „Berliner Tageblatt", es handle sich nur um wenige Wochen bis Winter, dann werde der Krieg stilliegen, insbesondere die farbigen Gegner würden versagen. Dem Materialmangel sei abzuhelfen. Erst in diesem Jahre habe die A.E.G. Tausende von Arbeitern mangels ausreichender Aufträge entlassen müssen. Über eine Million kriegsfähiger Feldgrauer drückten sich hinter der Front; man schicke sie hinaus. Hierzu kämen die an der Ostfront freiwerdenden Kräfte — Hunderttausende! Das schlimmste sei die Stimmung, welche nur durch Personen- und Systemwechsel radikal zu verbessern sei, sowie durch das Eingeständnis, daß man bisher belogen und betrogen worden sei. Völliger Zusammenbruch der bisherigen Methoden der Stimmungsmache! — Ähnlich äußerte sich Dr. R., der vortreffliche Leiter des neben Krupp wichtigsten kriegsindustriellen Werkes: die im Bau befindlichen Flugzeuge und Unterseeboote seien denen der Gegner qualitativ weit überlegen und würden in wenigen Wochen herausgebracht werden, wenn die Arbeiter nicht bis dahin „alles kurz und klein geschlagen hätten".

Ich schrieb Anfang Oktober einen Artikel, welcher durch die liberale Presse ging: es seien zwar schwerste Opfer unvermeidlich, aber wenn die erwarteten Waffenstillstandsbedingungen Demütigung enthielten, etwa einseitige Entwaff-

Digitized by Google

nung, so seien wir bereit und imstande, durchzuhalten. In ähnlichem Sinne schrieb damals der „Vorwärts", und offiziell erklärte Prinz Max am 22. Oktober im deutschen Reichstage, daß die deutsche Regierung im Namen des deutschen Volkes die nationale Verteidigung aufrufen würde und die Pflicht übernommen habe, sich nicht kampflos einem Gewaltfrieden zu beugen. Es liegt nicht der geringste Anlaß vor, dieses Wort des Prinzen Max für eine „unverbindliche Phrase" zu erklären, um so weniger, als damals auch verstärkte Aushebungen in diese Richtung deuteten, sowie forcierter Bau der U-Boote.

In der Tat: die Heldentaten unserer geordnet zurückweichenden Kämpfer gegen erdrückende Übermacht suchten gerade während dieser letzten Tage des Krieges ihresgleichen in der ganzen Weltgeschichte. Hinter der Front lagen unbezwungen die Maaslinie und die Vogesenlinie, die Festungen Lüttich, Metz und Straßburg und dahinter die Rheinlinie, die uns so oft einen Schutz gegen gallischen Ansturm gewährt hatte. Aber die Stimmung der Mannschaften? Jedenfalls schlummerte der Gedanke des Volksheeres und Freiheitskrieges, lebte das echte Preußen Scharnhorsts und Fichtes unter den beengenden Fesseln des Militarismus. Im Innern waren die Mächte, die 1806 nicht endgültig besiegt waren, Junkerherrschaft und Stockgehorsam, von Grund aus vernichtet. Der junge deutsche Volksstaat konnte dem letzten Wehrmann das: res tua agitur! zurufen. Über die Stimmung im Offizierkorps äußerte sich einer jener sturmerprobten Helden, welche alles mit der Mannschaft geteilt hatten: Der Offizier habe sich an den Fahneneid gebunden gefühlt; er sei bereit gewesen, bei geordneter und rechtzeitiger Abdankung des Kaisers, eine Treue dem kaiserlichen Enkel zu übertragen und habe erst seinen Halt verloren mit der Flucht des Kaisers ins Ausland. Man wird in diesen Fragen niemals zu einer glatten Antwort gelangen. Tatsache ist, daß ich kurz nach dem Zusammenbruch in der Schweiz aus bestunterrichteter, der Entente nahestehender Quelle hörte: Die Entente hielt Deutschland für so wenig militärisch erledigt, daß man in dem Waffenstillstandsangebot eine Kriegslist erblickte, um das deutsche Heer intakt in neue Stellungen zurückzunehmen. Daher die Bedingung absoluter Entwaffnung.

Die tatsächliche Entscheidung brachte die Revolution.

Die Nöte der Revolutionsregierung

Ein Epilog

Von Dr. Carl Braatz

Es kann nicht gut bezweifelt werden, daß Deutschland seit dem 9. November 1918 mit Riesenschritten seinem Untergang entgegengeht, und daß es offenbar nicht erst der Wirkung des kommenden Friedens bedarf, um das Deutsche Reich von jedem Wettbewerb mit anderen Kulturvölkern auszuschließen. Die

Digitized by Google

Streikepidemie hat Ausdehnungen erreicht, die zusammen mit den maßlosen Lohnsteigerungen unsere Industrie in ganz kurzer Zeit zugrunde richten, der Terrorismus der Spartakusanhänger hebt jede wirkliche persönliche Sicherheit und jede Sicherheit des Privateigentums auf, und im Osten und Südosten ist Deutschland wehrlos den Annexionsgelüsten kleiner, einst gering erachteter Völker ausgesetzt und muß vor der Gefahr eines bolschewistischen Einbruchs erzittern.

Da kann es nicht wunder nehmen, wenn die Revolutionsregierung von allen Seiten, selbst von den eigenen Parteianhängern, scharfen Angriffen ausgesetzt ist. Man wirft ihr, wie Paul Rohrbach in einem der letzten Hefte der „Deutschen Politik", Unfähigkeit vor, ganz besonders aber hört man immer wieder den Vorwurf der Schwäche und Schlappheit.

Den kritischen Beobachter wird es aber nun nachdenklich stimmen, daß den hauptsächlichsten Nöten, in die das Deutsche Reich seit der Revolution gekommen ist, eigentlich verhältnismäßig einfach hätte begegnet werden können, nämlich durch Anwendung von Gewalt. Die Tatbestände sind so klar und die Mittel der Abhilfe liegen so sehr auf der Hand, daß sie nicht gut von einigermaßen einsichtigen Männern übersehen werden konnten und von tatkräftigen Männern hätten angewandt werden müssen. Die Vertreter der Mehrheitssozialisten, die von Anfang an der Regierung angehörten, Ebert, Scheidemann und Landsberg, sind im politischen Leben bekannte Männer, über die man sich ziemlich klar ist, und denen eigentlich nach ihrer Vergangenheit Dummheit und Energielosigkeit nicht gut angehängt werden kann. Das wird nicht nur durch die Politik der sozialdemokratischen Partei während der letzten Jahre bewiesen, sondern auch durch den ganzen Verlauf der Revolution selbst. Ein psychologisches Eindringen in das Tun und Unterlassen der Regierungsmänner scheint also nicht so ganz überflüssig, um ein objektives Urteil über ihre Fähigkeiten zu erhalten.

Die sozialdemokratische Partei wurde durch die Reichstagswahlen von 1912 zahlenmäßig die stärkste der Parteien des Reichstages. Sie hat seitdem eine Politik getrieben, die konsequent auf die Erlangung der Macht hinzielte; sie trieb nicht mehr lediglich negative, sondern positive Politik. Das zeigte sich sofort bei der Präsidentenwahl, die Scheidemann für eine kurze Spanne Zeit zum Vizepräsidenten machte, und dann besonders im August 1914, als sich die Sozialdemokratie einheitlich auf den Boden der Bewilligung der Kriegskredite stellte. Das zeigte sich weiter im Verlauf des ganzen Krieges, währenddem sie konsequent dem Vaterland die Mittel zur Fortführung des Krieges bewilligten, aber ebenso konsequent auf die baldige Beendigung des Krieges, auf den Abschluß eines Verständigungsfriedens hindrängten. Es ist bekannt, daß sich diese Art der Politik nicht ohne Reibung innerhalb der Fraktion vollzog und schließlich

Digitized by Google

zur Sezession der Unabhängigen führte. Sie war trotzdem eine erfolgreiche Politik, und maßgebend und verantwortlich für sie waren von Anfang an Ebert und Scheidemann, während Landsberg als stets ganz rechtsstehender Sozialist wohl nicht ohne Mißtrauen in der Partei angesehen wurde und nur durch seine hervorragende Rednergabe sich einen Einfluß in der Richtung Ebert-Scheidemann sicherte. Jedenfalls zeigt die ganze Leitung der sozialdemokratischen Partei durchaus nicht, daß die führenden Männer unfähig, unklug oder energielos gewesen wären, denn sie machten die Sozialdemokratie zur führenden Partei des Reichstags und sicherten ihr im Herbst 1918 den Eintritt in die Regierung unter Bedingungen, die der Erfüllung des sozialdemokratischen Parteiprogramms ein sehr großes Entgegenkommen zeigten. Es konnte nunmehr kaum einem Zweifel unterliegen, daß die Sozialdemokratie in absehbarer Zeit auf dem Wege der Evolution dasjenige erreichen würde, was sie einstmals nur durch die Revolution erreichen zu können glaubte, allerdings abzüglich einiger Forderungen, die im Lichte realer Politik unhaltbar geworden waren. Als wirkliche Revolutionspartei waren nur noch die Unabhängigen geblieben, und sie betrieben allein mit allen Mitteln die Vorbereitungen für den Ausbruch der Revolution, in der Überzeugung, daß die Zeit so günstig nie wiederkehren könnte.

Was kurz vor Ausbruch der Revolution und in der Woche, in der sich der Brand durch Deutschland bis Berlin fraß, von der Regierung und den bürgerlichen Vertretern in ihr getan wurde, ist bisher noch nicht klar geworden. Offenbar waren sie ebenso fassungslos und handlungsunfähig wie die militärischen Stellen, die gewiß ganz und gar versagt haben. Politisch gehandelt wurde, abgesehen von den Revolutionsparteien, eigentlich nur von den Sozialdemokraten Ebert und Scheidemann, die angesichts des nahenden Unheils aus ihrer Zurückhaltung und Mäßigung heraustreten mußten, ein Ultimatum an die Regierung stellten und ernsthaft versuchten, den Ausbruch der Revolution zu verhindern. Sie waren klug genug einzusehen, daß diese Revolution den großen Massen nichts bringen konnte, was ihnen die ruhige Entwicklung nicht viel besser gab, und daß das deutsche Vaterland in der augenblicklichen Zeit durch die Folgen der Revolution ins Unglück gerissen werden mußte, vielleicht in den Untergang. Außerdem hatten sie aber auch als gute Volkskenner allen Grund zu befürchten, daß die Entfesselung der Masseninstinkte ihnen die Macht über die Bewegung nehmen und in die Hände der Radikalen hineinspielen könnte; und diese Befürchtung wurde voll und ganz wahr.

Die Revolution vom 9. November 1918 ist lediglich von verhetzten jungen Soldaten und radikalen Sozialdemokraten gemacht worden. Als in Berlin die Hauptführer Liebknecht und Ledebour an der Spitze ihrer Anhänger ein Verwaltungszentrum nach dem andern in die Hand nahmen, verpaßten sie

Digitized by Google

doch, berauscht durch ihre großen Triumphe, den richtigen Augenblick. Sie hielten überall fanatische und fanatisierende Ansprachen an die Revolutionäre, und besonders Liebknecht konnte bei der Besetzung des Königlichen Schlosses nicht lange genug im Gefühl seiner Herrschaft schwelgen. Inzwischen nutzten andere die Zeit, denn Ebert und Scheidemann ließen sich vom Prinzen Max von Baden die Regierungsgewalt übertragen und riefen mittags die Deutsche Republik aus. Als die Revolutionsbewegung über die Führer der Mehrheitssozialisten hinweg zu gehen drohte, hatten sie sich als kluge und tatkräftige Männer kurz entschlossen an ihre Spitze gestellt, und sie haben dadurch den Reichswagen knapp vor dem Abgrund herumgerissen. Das deutsche Volk wird immer Anlaß haben, den beiden Männern zu danken, die als Sozialdemokraten für sich, aber doch auch im Interesse aller friedliebenden Bürger handelten.

Von solchen Männern kann man nicht sagen, daß sie unfähig oder schwach sind, aber die Vorwürfe, die man ihnen macht, beginnen bereits bei der Bildung der Regierung: Die drei Mehrheitssozialisten nahmen drei Unabhängige in die Regierung auf und verhindern dadurch selbst jede gedeihliche Tätigkeit. Gewiß sahen auch Ebert und Scheidemann das vollkommen ein, und doch konnten sie nicht anders handeln, wenn sie überhaupt die Macht behalten wollten. Als sie so plötzlich die Republik ausriefen, brachten sie den Liebknecht, Ledebour und Haase damit eine sehr unangenehme Überraschung bei. Diese radikalen Führer dachten wohl im ersten Augenblick daran, eine Gegenregierung auszurufen, aber Liebknecht selbst soll zu einer Einigung geraten haben. Die Radikalen glaubten damals noch, daß die suggestive Wirkung der Revolution auf die Mehrheitssozialisten in einem nach links gerichteten Sinne sich bemerkbar machen werde; außerdem fürchteten sie bei einer Spaltung oder sogar einem feindlichen Gegenüberstehen beider sozialistischen Richtungen für den Bestand der Revolution. Zur Sicherheit aber beabsichtigten sie noch, die Regierung voll und ganz unter die Kontrolle des Vollzugsrats des Arbeiter- und Soldatenrats zu stellen, dessen Zusammensetzung nach ihre Überzeugung eine ganz radikale werden mußte. Am Sonntag, den 10. November, mittags, hat die Wahl zu diesem Vollzugsrat stattgefunden, und noch kurz vorher zweifelten weder die Führer der Mehrheitssozialisten noch die der Unabhängigen daran, daß die Mehrheitssozialisten den Besitz der Macht nicht würden bewahren können. Deshalb wurden auch für die Liste des Vollzugsrats Kandidaten vorgeschlagen, von denen die Hälfte Unabhängige der Richtung Haase, die andere Hälfte Unabhängige der Richtung Liebknecht waren; über die Mehrheitssozialisten glaubte man bereits zur Tagesordnung übergehen zu dürfen. Zur allgemeinen Überraschung waren es da die Soldatenräte, die energisch für die Gleichberechtigung der beiden sozialistischen Parteien eintraten und es durchsetzten, daß die Vertreter unter die Mehrheitssozialisten und

Digitized by Google

die Unabhängigen gleichmäßig verteilt wurden. Eine Regierung, die sich auf einen anderen Standpunkt gestellt hätte, wäre damals unmöglich gewesen. Die Mehrheitssozialisten konnten schon froh sein, daß sie nicht ganz hinausgedrängt waren. Ein Versuch zur Abkehr von den Unabhängigen hätte diesen lediglich in die Hände gearbeitet und ihnen die Macht ausgeliefert. So bemühten sich Ebert u. Gen., mit Haase u. Gen. auszukommen, solange es ging, in der Überzeugung, daß es für eine Zeit auf jeden Fall gehen müßte.

In dieser Entwicklung liegt auch die tiefere Erkenntnis für die folgenden Ereignisse. Ich sprach vorher von *der suggestiven Wirkung der Revolution*, die das gesamte politische Denken plötzlich nach links rückte. Im Verlauf weniger Stunden sind viele Tausende Anhänger der Monarchie Republikaner, viele Tausende von Bürgern Sozialdemokraten, von Mehrheitssozialisten Unabhängige und Spartakusleute geworden. Über diese Tatsache war sich jeder politisch Empfindende bereits im Laufe des November klar geworden, natürlich auch die Männer der neuen Regierung. Sie konnten nur nicht wissen, wie viele ihrer Anhänger nach links abgewandert waren und wie lange die Suggestition der Revolution vorhalten würde. So konnten in der ersten Zeit Anhänger aller drei sozialistischen Richtungen mit gewisser Berechtigung für sich die Massen in Anspruch nehmen. Es war nicht gewiß, wo sie sich im Augenblick befanden, aber wahrscheinlich, daß sie bei einigermaßen ruhigem Verlauf sich wieder der Mehrheitspartei zuwenden würden. Deshalb die ständige Aufforderung zur Ruhe seitens der Mehrheitssozialisten in der Regierung und die ebenfalls ständige Beunruhigung durch die Unabhängigen, die sich bald selbst gegen ihre Vertreter in der Regierung stellten, und durch die Spartakusanhänger — und deshalb auch die äußerste Vorsicht der Ebert-Scheidemann und ihre Rücksichtnahme auf die Politik Haase-Dittmann.

Dazu kam dann noch eine psychologische Erwägung von äußerster Wichtigkeit. *Der Arbeiter hatte die Macht gewonnen und war gewillt, sie mit äußerster Energie zu verteidigen.* Er hatte den Sieg überaus leicht errungen, und das Bürgertum hatte sich derart schwächlich und unwürdig gezeigt, daß er der Sachlage nicht recht traute. Es erschien ihm ganz unfaßbar, daß dieses System, dem man trotz aller Redereien eine bedeutende Kraft und Gesundheit zugetraut hatte, so verfault und brüchig gewesen sein sollte, und so witterte er überall eine Gegenrevolution. Die Zeitungen der radikalen Linken nutzten das möglichst aus und ließen es nicht an ständigen Hetzartikeln fehlen, um den Glauben an eine Gegenrevolution in den Massen lebendig zu erhalten und zu verbreiten. Von diesem Argwohn ist kein ruhiger Arbeiter, wahrscheinlich nicht einmal der Sozialdemokrat in der Regierung, frei geblieben, denn es war ein Produkt der sozialistischen Erziehung, und danach hat die sozialistische Regierung

Digitized by Google

ihre Maßnahmen entweder aus eigenster Überzeugung getroffen oder in Rücksicht auf die Massen treffen müssen. Es klingt so natürlich und überzeugend, wenn darauf hingewiesen wird, daß die Regierung die Fronttruppen nach ihrem Einzug sofort hätte dazu verwenden können, um eine Entwaffnung der Massen in Berlin vorzunehmen. Gewiß war mit einer strengen Durchführung dieser Maßregel im Augenblick Ruhe zu schaffen, und doch wäre sie eine große Unklugheit geworden und eine viel größere und sichere Gefahr gewesen, als es die Spartakusgefahr war. Wenn die Regierung sich damals der Fronttruppen bedient hätte, so hätte sie die Massen mißtrauisch gemacht und in das Lager der Radikalen getrieben; es hätte dann nicht bei der Entwaffnung bleiben dürfen, sondern auch zu einer Auflösung und Ersetzung der Berliner Regimenter kommen müssen. Denn diese Regimenter hätten, empört über das offenbare Mißtrauen, das ihnen die Regierung entgegenbrachte, nur die Zeit abgewartet, bis die Fronttruppen fort waren, um ihrerseits gegen die Regierung einzuschwenken. Man hätte weiter in ganz Deutschland ein gleiches Vorgehen ins Werk setzen müssen — und das wäre eben die Gegenrevolution gewesen. Die Anhänger der bisherigen Regierung, d. h. der dann in der Regierung übrig gebliebenen Mehrheitssozialisten, hätte sich bis auf eine kleine Minderheit zur unabhängigen Sozialdemokratie hingewendet, und die Bürgerlichen wären an ihre Stelle getreten. Es ist mir einmal fraglich, ob der damals entstehende Bürgerkrieg nicht ein sehr blutiger und unglücklicher geworden wäre, und ob es nicht schon deshalb richtig war, wenn die Regierung sich der Fronttruppen nicht bediente. Aber gewiß konnte man von einer verständigen sozialdemokratischen Regierung nicht verlangen, daß sie Gegenrevolution machte. Sie unterließ es, sie nahm jede Herausforderung der Spartakusanhänger ruhig hin, sie gab auch noch in dem Weihnachtsputsch der Volksmatrosendivision recht unrühmlich nach, aber sie tat es wohl überlegt, denn dadurch brachte sie die Massen zur Überzeugung, daß sie nur dem äußersten Zwange weiche, wenn sie zu Machtmitteln greife, und daß es nur die Schuld der Gegner sei, wenn Bruderblut vergossen werde. Und nur dadurch wurde auch die Möglichkeit geschaffen, freiwillige Truppen für den Osten anzuwerben, die vorher von den Massen mit dem größten Argwohn als verkappte Truppen der Gegenrevolution angesehen, und deren Anwerbung verhindert worden wäre. Die Fehler im Osten sind, soweit nicht grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten vorliegen, nur darauf zurückzuführen, daß die Regierung die Massen erst bearbeiten und erziehen mußte, ehe sie handeln konnte, ebenso liegt es auch in der Frage der Arbeitslosen, der Streiks und der übermäßigen Lohnforderungen. Man sieht immer wieder, wie die Regierung zuerst eine eindringliche Pressekampagne vorbereitet und alles tut, um die Massen in ihrem Sinne zu beeinflussen und wie sie mit Taten nicht auf sich warten läßt. So wird jetzt ein Gesetz über den Arbeitszwang angekündigt, daß

Digitized by Google

gewiß einen großen Erfolg der sozialdemokratischen Regierung gegen die unvernünftige Selbstsucht der Massen bedeutet.

Eine bürgerliche Regierung konnte sich gefahrlos der stärksten Zwangsmittel bedienen. Das ist gewiß! Man vergißt immer, daß wir es hier mit einer sozialistischen Regierung zu tun haben, die aus den Massen hervorgegangen ist und in den Massen wurzelt. In einer Zeit revolutionärer Gärungen und Unruhen muß sie ihr Tun und Lassen auf die Psychologie dieser Massen einstellen und ist wesentlich anders zu beurteilen als eine bürgerliche Regierung. Unter Berücksichtigung dieser Umstände kann man nicht gut sagen, daß die Männer der Regierung unfähig oder schwächlich gehandelt hätten. Sie haben aus einer verzweifelten Lage herausgeholt, was sie von ihrem Standpunkt aus nur herausholen konnten. Wenn wir jetzt trotzdem kurz vor dem Abgrund stehen, so ist das eine Folge der Revolution, die in die schwerste Zeit eines verlorenen Krieges hineinfiel, nicht aber eine Folge der Unfähigkeit der Regierung. Denn diese Regierung hat sich niemals im Besitz realer Machtfaktoren befunden, wenn sich ihr auch alle ordnungsliebenden Elemente zur Verfügung stellten. Die Revolution hatte aus den revolutionären Truppen — und auf diese konnte sie allein bauen — in einem Zeitraum weniger Tage durchaus unzuverlässige Elemente gemacht. Organisation, Begeisterung und Energie war lediglich auf Seiten der Spartakusanhänger. Es bedurfte einer Zeit der Sammlung, des Lavierens, der Verarbeitung der Massen, ehe die Regierung handeln konnte. Daß diese Zeit alle Nöte vermehren und die Gefahren wesentlich vergrößern müsse, war klar, aber gewiß das kleinere Übel gegenüber neuen revolutionären Erschütterungen allgemeiner Art. Die Übergangszeit ist vorüber. Immer mehr zeigen die Männer der Regierung, daß sie zu handeln verstehen, denn ihre wirkliche Macht nimmt zu. Rücksichtslos handeln wird aber erst eine Regierung können, die nicht Revolutionsregierung ist, sondern durch die Nationalversammlung eine gesetzliche Grundlage und damit einen wirklichen Rückhalt hat.

Der alte und der neue Pazifismus

Von Dr. Max Seber (Dresden).

Der vor kurzem verstorbene Dramatiker Wedekind sagte einmal: Moral ist ein anderer Ausdruck für schlechte Geschäfte. Dies bizarre Wort enthüllt uns jetzt sein Wahrheitskörnchen. Nachdem unser Vaterland zusammengebrochen ist, werden wir furchtbar moralisch und machen uns gegenseitig die bittersten Vorwürfe. Die Schuld am Zusammenbruch hat auf jeden Fall — der andere. Es ist nur gut, daß man für jede Partei eine Schuldverantwortung konstruieren kann, so daß intellektuelle Redlichkeit anerkennen muß, daß alle einen großen Schuld-

Digitized by Google

anteil haben. Damit ist nicht gesagt, daß keine Unterschiede bestehen. Ohne Pharisäismus kann wohl behauptet werden, daß der vaterlandsparteiische Annexionismus, der ohne jedes innere Gerechtigkeitsgefühl nach Belgien und Nordostfrankreich verlangte, der U-Boot-Fanatismus, der der Regierung schließlich diesen verhängnisvollen Schritt aufzwang, vor allen anderen die Hauptschuld trägt. Aber es ist doch nützlich, zu erkennen, daß keine Partei sich als schuldlos hinstellen kann. Das dämpft den Vorwurfsfanatismus. Es ist ja nicht möglich, die Gegner zu widerlegen, wenn sie behaupten, ihr Mißerfolg rühre bloß davon her, daß ihr Kurs gestört worden sei durch die Agitation der anderen Partei. Wenn den Annexionisten mit Recht vorgeworfen wird, sie hätten den Bogen überspannt, dem deutschen Volke zuviel zugemutet, so können sie darauf antworten, daß die Defaitisten die Stimmung verdorben, den Mut gebrochen hätten. Es ist nicht zu leugnen, daß unsere Regierung während des Krieges geschwankt hat, daß sie zwischen beiden Richtungen hin- und hergependelt hat, und wahrscheinlich eben dadurch die Größe der Katastrophe verursachte. Der Mangel an Zielarbeit und Zielfestigkeit war ja von Anfang an das Verhängnis unserer Politik im Krieg und vor dem Krieg. So darf aus den tatsächlichen Mißerfolgen nicht ohne weiteres geschlossen werden, daß die unserer Regierungspolitik gegensätzliche Politik die richtige gewesen sei und uns die Katastrophe erspart hätte. Der Pazifismus ist nicht dadurch als gut und nützlich erwiesen, weil der Annexionismus gescheitert ist. Eine mittlere Politik, wie sie ja stets in diesen Blättern vertreten wurde, die aus beiden extremen Richtungen das Gesunde herausgeholt hätte und diese Linie unbeirrt verfolgt hätte, wäre sicherlich möglich und wahrscheinlich durchschlagend gewesen. Unsere Regierung hat eine solche feste mittlere Linie nicht eingehalten, sondern bald Zugeständnisse nach links, bald nach rechts gemacht, und gerade dadurch alles verdorben. So ist denn auch die Behauptung der Pazifisten abzuweisen, daß ihre Politik nunmehr durch die Tatsachen als richtig erwiesen sei. In England, Frankreich, Italien ist die allgemeine Ansicht gerade umgekehrt. Ein und dieselbe Theorie kann aber unmöglich das eine Mal falsch, das andere Mal richtig sein. Dazu hängt die Behauptung vom Weltsiege des pazifistischen Gedankens völlig in der Luft. Es zeigt sich ja jetzt, daß wir nicht Unrecht hatten, dem von Czernin konstatierten neuen Völkerrechtsgeist gründlich zu mißtrauen. Dieser wahnwitzige und unmenschliche Vernichtungsgeist, den die französische und englische Politik jetzt verfolgt, ist ja vom Völkerrechtsgeist himmelweit unterschieden. Heute noch hält England die grausame Blockade aufrecht, die bisher 763 000 Männern, Frauen und Kindern das Leben gekostet hat. Angesichts solcher Tatsachen kann man wohl eher von einem Fiasko der pazifistischen Theorie sprechen als von ihrem Siege, da der von ihr vorausgesetzte und immer wieder als vorhanden proklamierte Geist des Rechts eben nicht vorhanden ist. Ja, man muß

Digitized by Google

wohl noch weitergehen und vermuten, daß der heutige Pazifismus im Kern morsch und faul ist und sein gerütteltes Maß von Schuld an diesem Kriege und am deutschen Zusammenbruch im besonderen hat. Dazu braucht man nicht einmal an die deutschfeindliche Haltung des Pazifistenführers A. H. Fried zu erinnern, die ich in eingehendster Weise in meiner Schrift „Die Schicksalsstunde des Pazifismus" erwiesen habe, und durch die in Nr. 3 der „Deutschen Politik" ergangene neue Veröffentlichung unanfechtbar dargetan wird. Man braucht sich bloß daran zu erinnern, was der Pazifismus eigentlich wollte und was er nicht wollte. Der Pazifismus amerikanisch-englischer Herkunft wollte den Frieden durch Errichtung eines zwischenstaatlichen Rechtsverfahrens, durch Schiedsgerichte, Vermittlungsämter, Völkerbund sichern. Er wollte nicht die Gerechtigkeit zur Grundlage der Völkerbeziehungen machen, sondern das Recht. Er lehnte es ausdrücklich ab, die durch hundertjährige Eroberungspolitik und Vergewaltigung entstandene Ungerechtigkeit im Völkerverhältnis zu beseitigen, sondern verlangte stets, daß der status quo Ausgangspunkt der neuen Ordnung sein müsse. Das aber legte allen unterdrückten und benachteiligten Völkern die Zumutung auf, das Gewaltverhältnis als Rechtsverhältnis anzuerkennen, das an ihnen begangene Unrecht zu legalisieren. Das beraubte sie der Möglichkeit, irgendwie und irgendwann dieses Unrecht zu beseitigen und stempelte alle Versuche solcher Änderung zu Rechtsbruch und Auflehnung. Daß in den durch die bisherige Entwicklung bevorzugten Staaten diese Theorie großen Anklang fand, daß auch die Regierungen sich für sie einsetzten, ist nicht zu verwundern. Sie war ihnen ja auf den Leib geschrieben, sie garantierte ihnen ja den Raub und entlastete ihr schlechtes Gewissen. Die ideal denkenden Pazifisten dachten nun allerdings, daß nach genügender Festigung des Staaten- oder Völkerbundes auch diese Ungerechtigkeiten auf rechtlichem Wege beseitigt werden könnten und daß die Art der Länderverteilung künftig nicht mehr so wichtig sein würde, weil ohnehin alle wichtigen Lebensgebiete internationalisiert werden würden. Sie haben dabei außer acht gelassen, daß es sehr schwer ist, einmal eingewurzelte Verhältnisse hinterher mit Güte und Vernunft zu beseitigen. Das Recht, das bloß formale Recht, setzt sich sehr bald an die Stelle der Gerechtigkeit, pocht auf die Moral und wird zum Selbstzweck. „Gesetz und Recht vererben sich wie eine ewige Krankheit fort!" Das gilt auch für das Völkerrecht. Im einzelstaatlichen Recht bedurfte es der Revolution, um der Gerechtigkeit gegen das Recht, das angestammte Recht, zum Siege zu verhelfen. Würde es im völkerrechtlichen Leben anders sein? Darum ist ein auf innere Ungerechtigkeit aufgebautes internationales Recht nutzlos und gefährlich. Nur allzu leicht beruhigt sich das menschliche Gewissen, wenn es äußere Rechtsformen in Geltung sieht und vergißt darüber die Gerechtigkeit. Die andere Ausflucht des Pazifismus, daß durch die Internationalisierung aller lebenswichtigen Verhältnisse natio-

Digitized by Google

nales Unrecht gegenstandslos würde, beruht auf eine Übertreibung des internationalen Prinzips und Unterschätzung des nationalen Prinzips. Das nationale Prinzip wird stets die eigentliche Lebensgrundlage und Leistungsquelle der Menschheit bilden, das internationale dagegen nur ein Hilfsmittel. Es wird keine Verschiebung erfolgen von der nationalen Lebensgrundlage zur internationalen, wie früher etwa vom Stammesleben zum nationalen Leben. Die eigentliche gemeinschaftbildende Kraft wird vielmehr im nationalen Leben beschlossen sein, zu dem der Internationalismus nur den krönenden Oberbau bildet.*)

Dieser Pazifismus war also in politischer Hinsicht durchaus konservativ, er verlangte keine Gesinnungswandlung von den Mächten und Völkern, sondern glaubte mit rein technischen Kunstgriffen den Krieg beseitigen zu können. Unser Völkerleben schien diesen quacksalbernden Reformern nur an mangelhafter Technik zu kranken, was ein A. H. Fried immer von neuem bis zum Überdruß vorbringt. Diesem Pazifismus fehlte der feurige Wein des Geistes durchaus, er war ein richtiger Limonadenpazifismus ohne wärmende Kraft. Seine Einseitigkeit erhellt schon aus seiner Zielsetzung: Beseitigung des Krieges. Was würde man wohl in der inneren Politik von Männern halten, die den inneren Frieden als höchstes Ziel bezeichnen und als Weg dazu innere Schiedsämter vorschlagen würden, ohne das soziale Unrecht selbst antasten zu wollen. Jeder würde es als Dilettantismus geißeln, durch bloßes Rechtsverfahren auf ganz mangelhafter Gerechtigkeitsunterlage Gerechtigkeit erzielen zu wollen. Jeder hält da die Erringung sozialer Gerechtigkeit für ein höheres Ziel, als einen passiven Friedenszustand, und gibt zu, daß schließlich eher das Ideal des Friedens aufzugeben ist, als die Gerechtigkeit. In der äußeren Politik hatten wir vielfach nicht dasselbe gesunde Augenmaß. Selbst unsere Sozialdemokratie, die im Frieden so oft über den bürgerlichen Pazifismus gespottet hatte, näherte sich ihm im Kriege mehr und mehr und vergaß völlig ihre Gerechtigkeitsforderung auch in der äußeren Politik geltend zu machen. Am fernsten lag es dem deutschen Pazifismus, eine solche revolutionäre Forderung zu erheben. — Gerechtigkeit ist ja immer eine revolutionäre Forderung. Er wußte ganz genau, daß damit der ganze Pazifismus in Rauch aufgehen würde, weil ja der Geist sozialer Gerechtigkeit in ihm durchaus nicht vorhanden war. Darum ahmte er bloß brav und mechanisch dem westlichen Pazifismus nach, ohne eine Spur eigener Gedankenarbeit, und stellte lieber die Lebensinteressen seines eigenen Volkes hintenan. Darin liegt eine große Schuld und sein großer Fehler. Die Folge war nun die, daß das deutsche Volk von diesem Pazifismus nichts wissen wollte, weshalb er im Deutschen Reich zu keiner Bedeutung gelangen konnte — eine in Anbetracht der so starken kosmopolitischen Grundrichtung des deutschen

*) Siehe auch den Artikel „Der Internationalismus der Zukunft". „Deutsche Politik" Nr. 3.

Digitized by Google

Volkes ganz auffallende Erscheinung. Daraus hat nun der Pazifismus dem deutschen Volk wieder einen Strick gedreht und vorgeworfen, es wäre in die alte Gewaltpolitik verfallen, nachdem längst alle großen Kulturmächte des Westens sie aufgegeben hätten. Dieser Vorwurf ist richtig, aber ungerecht. Diese Art von Pazifismus konnte das deutsche Volk nicht annehmen, ohne sich selbst aufzugeben. Aufgabe des deutschen Pazifismus wäre es eben gewesen, den westlichen Pazifismus zu verarbeiten und nach den Bedürfnissen Deutschlands umzugestalten. In dieser Hinsicht aber hat der deutsche Pazifismus jämmerlich versagt und ebenso unsere deutschen Geistesarbeiter überhaupt, die sich der ganzen Lage einfach als nicht gewachsen erwiesen. Unklugerweise bekämpfte man den Pazifismus grundsätzlich, verwarf ihn im Bausch und Bogen und verabsäumte es ganz, ihn nach deutschen Bedürfnissen, d. h. im Sinne sozialer Völkergerechtigkeit umzugestalten. So kamen wir in den Geruch der Friedensfeindschaft und der Gewaltliebe, während doch der deutsche Idealismus schon längst um Menschenfriede und Völkerharmonie gekämpft und das deutsche Volk, wie kaum ein zweites, sich in die Eigenarten anderer Völker vertiefte und so das eigentliche Menschheitsvolk war. An dieser Entwicklung war nun nicht bloß die Mangelhaftigkeit und Entwicklungsunterbindung des landläufigen Pazifismus schuld, sondern vor allem die praktische Politik der Westmächte, die der kolonialen Expansion Deutschlands überall und zu jeder Zeit entgegentraten. Diese schmerzlichen Erfahrungen, daß man Deutschland dasselbe verweigerte, was man sich selbst in überreichlichem Maße zugestand, trieb Deutschland in die Gewaltpolitik hinein, die ja alle anderen Staaten stets betätigten. Hätte man ihm den anderen Ausweg gezeigt, so wäre es diesen wohl gegangen. Wir hätten damit eine moralische Offensivstellung gewonnen und brauchten uns nicht in die Defensive drängen zu lassen. Was das bei Ausbruch des Weltkrieges bedeutet hätte, braucht wohl nicht erst gesagt zu werden. Den Feinden wäre die Vergiftung der öffentlichen Meinung niemals in dem Grade gelungen wie so.

Nun haben wohl rückschauende Betrachtungen an und für sich wenig Wert. Das können wir aber daraus entnehmen, daß wir keinen Grund haben, uns als die allein Schuldigen am Kriege zu betrachten. An Deutschland ist viel gesündigt worden, und nicht zuletzt ist es der jetzt so herausfordernd auftrumpfende deutsche Pazifismus, der Ursache hat, an seine Brust zu klopfen, der einer schwärmerischen, halb-religiös-charitativen Gesichtspunkten entsprungenen Theorie zuliebe, die Lebensinteressen seines Vaterlandes preisgab.

Jetzt endlich müssen wir einen wirklich kernfesten Pazifismus vertreten, der auf der Forderung der Gerechtigkeit besteht und jede andere Völkerrechtsordnung als Vergewaltigung moralisch ächtet.

Digitized by Google

Parteidarstellung und Geschichte

Von * * *

In den Blättern der alten Vaterlandspartei stand zu lesen, und in jeder Wahlrede der deutsch-nationalen Partei hieß es:

1. Seit Gründung des Deutschen Reiches sah England mit scheelen Blicken auf Berlin. Als vollends die deutsche Flotte achtunggebiekend wurde und der deutsche Handel vielfach den englischen verdrängte, ging Englands Haltung allmählich in Feindschaft über. Von langer Hand bereitete es die Einkreisung vor, und als der Ring geschlossen war, überfiel es uns, um uns zu vernichten.

2. Gleichwohl hielten wir vier Jahre einer Welt in Waffen stand und hätten auch länger ausgehalten als sie, wäre nicht die Heimat dem tapferen Frontheer in den Rücken gefallen. Den deutschen Siegfried traf Hagens Speer.

Kein Wunder, daß in diesen Regionen jetzt die Schneeflocken der Hammannschen*) Erinnerungen und der „Enthüllungen" Eckardsteins**) unangenehm empfunden und deshalb teils totgeschwiegen, teils als bedeutungslos abgeschüttelt werden. Aber gleichviel, wie ein jeder über die Persönlichkeit der Erzähler denken mag — was sie erzählen, ist Geschichte, sind Tatsachen, die sich durch Schriftstücke beweisen lassen. Wir hören da, wenn wir es nicht vorher wußten, von wiederholten Versuchen Englands, das Verhältnis zu Deutschland auf eine feste Grundlage zu stellen, Versuchen, die an der Sprödigkeit Deutschlands scheiterten und die spätere sogenannte Einkreisungspolitik in wesentlich verändertem Licht erscheinen lassen. Der Einwand, daß diese Darstellung in die Spuren Lichnowskys trete, kann nicht entschieden genug zurückgewiesen werden. Das Licht einer klaren Unterscheidung muß hier deutlich in den trübenden Tages- und Parteienstreit hineinleuchten. Fürst Lichnowsky behauptet, ohne es zu beweisen, daß man in Berlin den Krieg gewollt, also eine schwere sittliche Schuld auf sich geladen habe. Die Vorgänge, welche die Herren Hammann und Eckardstein uns berichten, beweisen dagegen, daß die Berliner Regierung in der Vorgeschichte des Krieges gerade die Erhaltung des allgemeinen Friedens im Auge hatte, wenn sie sich ängstlich besorgt zeigte, nicht in Gegensätze zu Rußland hineingezogen zu werden, daß also die Absicht gut, die Wahl der Mittel aber verfehlt war, weil Rußland durch das Bündnis mit der Revanche bereits den alten Draht mit Deutschland einseitig zerschnitten hatte. Wenn wir uns weiter um seine Gunst bemühten, statt die zwei Eisen des Fürsten

*) Otto Hammann: Zur Vorgeschichte des Weltkrieges. Erinnerungen aus den Jahren 1897—1906. Berlin, Verlag von Reimar Hobbing, 1918.

**) Hermann Frhr. v. Eckardstein, Botschaftsrat a. D.: Diplomatische Enthüllungen zum Ursprung des Weltkrieges. 2. Aufl. Berlin, Verlag von Carl Curtius. Namentlich die erste Publikation ist von Bedeutung, wir kommen noch auf sie zurück.

Digitized by Google

Bismarck im Feuer zu halten, so mußte das mit Notwendigkeit dazu führen, beide zu verlieren. Ja, bedarf es denn eigentlich noch irgendwelcher Enthüllungen? Zeigt uns der Weltkrieg nicht klipp und klar, wie nur der Bruch zwischen Deutschland und England den Russen den Mut geben konnte, Europa in Brand zu stecken, und wie darum auch nur eine achtunggebietende Verständigung zwischen Berlin und London die Angriffslust des Zweibundes und damit den Weltbrand hätte verhindern können?

Die Stinkbombe der Denkschrift des Fürsten Lichnowsky platzte zu einer Zeit, da in England Kriegsmüdigkeit sich zu zeigen begann, und die Lords Lansdowne und Grey auf Grund solcher Stimmung und unter dem Eindruck des Prozesses Suchomlinow sich bemüht zeigten, ihre Landsleute zu einer unparteiischen Beurteilung der Kriegsanfänge hinüberzuleiten. Man hat deswegen mit Recht jene berüchtigte Denkschrift vielen verlorenen Schlachten gleichwertig erachtet. Heute aber wird durch Beiträge zur Zeitgeschichte, welche die Schuld Englands einigermaßen abschwächen, weder der Kampfesmut Englands erhöht, noch derjenige Deutschlands geschwächt, weil keiner von beiden mehr vorhanden ist. Wohl aber erwirbt sich jeder ein Verdienst, der an der Hand von Tatsachen es unternimmt, den völkischen Gegensätzen ihre schärfste Spitze zu nehmen. Denn die vornehmste Aufgabe des Staatsmannes sehen wir heute nicht im Schüren der Gegensätze zwischen Feind und Feind, sondern im Auffinden der Berührungspunkte, und zwar in allererster Linie der internationalen Solidarität gegenüber dem Bolschewismus. Mit anderen Worten: es ist heute viel wichtiger, sich daran zu erinnern, daß wir England gegen einen gemeinsamen Feind noch brauchen werden, als die alten Anklagen zu wiederholen.

Auch der zweite Punkt: „die Heimat fiel dem unbesiegten Frontheer in den Rücken" bedarf zur Steuer der Wahrheit einiger Einschränkungen. Es ist richtig, daß die Revolution, indem sie die äußere Not und die innere Unzufriedenheit ausnutzte, um eine Partei zur Macht gelangen zu lassen, unsere Niederlage ins Unendliche vergrößert hat. Mit der Desorganisation der Armee beginnend, machte sie uns inneren und äußeren Feinden gegenüber wehrlos. Aber die äußere Niederlage war da, und es geht nicht an, auch für diese die Sozialdemokratie verantwortlich zu machen. Es war ein großer Fehler der deutschnationalen Partei in der letzten Wahlkampagne, daß sie sich nicht dazu entschließen konnte, eine reinliche Scheidung zwischen sich und jener alten Vaterlandspartei vorzunehmen, jener Partei, welche mit den Irrwegen der Kriegführung allzu sehr verquickt, auch die Mitschuld am Ausgange nicht ablehnen kann. ‚Es mag schwer sein zu sagen: „Unsere Führer haben sich geirrt", aber noch schwerer büßt derjenige, welcher Irrtümer nicht zur rechten Zeit eingesteht. Die Massen haben zwar kein Urteil, wohl aber Instinkt, und lassen sich nicht über Tatsachen hinwegtäuschen.

Digitized by Google

Zur Frage des Gymnasiums

Von Dr. K. Hahn

Schon zu Anfang des Weltkrieges, 1914, in weit größerem Maße aber seit Beginn der Revolution, in der wir stehen, sind Fragen der Erziehung und des Unterrichts in den Vordergrund des allgemeinen Interesses getreten. Hierbei hat denn wieder einmal der Sturmlauf gegen das Gymnasium eingesetzt. Man hält den Augenblick für günstig, der klassischen Bildung ernstlich zu Leibe zu gehen. Aber wer sind die Hauptangreifer? Soweit es Leute mit akademischer Bildung sind, die das Gymnasium kennen, kann man sich wenigstens sachlich mit ihnen auseinandersetzen, aber gar manche der Rufer im Streit verstehen von der klassischen Bildung überhaupt nichts oder haben sie an Gymnasien genießen müssen, die wenig leisten. Solche gibt es leider in nicht geringer Anzahl. Von den Gründen dafür, die auf sehr verschiedenen Gebieten liegen, will ich hier den herausgreifen, daß bei der heutigen Verteilung der höheren Schulen in Deutschland viele, die eine über die Volksschule hinausgehende Bildung erwerben wollen, gezwungen sind, das Gymnasium zu besuchen, weil es am Ort oder im ganzen Kreis keine andere höhere Schule gibt. Diese armen Jungen wollen ja vielfach nichts als die Einjährigenberechtigung, deren Todesurteil gesprochen zu sein scheint, und diese würden sie sich auch lieber auf einer Realschule holen, wenn eine in erreichbarer Nähe wäre. So aber wird eine Menge von Schülern zu einem Bildungsgang gepreßt, der für sie nichts taugt. Die Folge ist, daß sie mit Widerwillen an den Betrieb der klassischen Fächer herangehen und dann natürlich nicht den Nutzen davon haben können, den diese Dinge fraglos bieten. An solchen Anstalten leiden dann auch die anderen Schüler unter der Ungunst der Verhältnisse, und es bildet sich ein Heer von Unzufriedenen, die der klassischen Bildung die Schuld an einem Mißerfolg beimessen, für den sie nicht verantwortlich ist.

Wie die Anstaltsarten über das Land verteilt sind, dafür ein Beispiel: In der Lahngegend von Wetzlar bis zum Rhein sind Gymnasien in Wetzlar, Dillenburg, Weilburg, Limburg, Hadamar, Montebaur und Oberlahnstein, Realschulen nur in Weilburg und Diez, Oberrealschulen und Realgymnasien fehlen ganz. Das Mißverhältnis liegt auf der Hand. Hier hilft nur ein kräftiger Schnitt. Die Zahl der Gymnasien muß zugunsten der Realanstalten erheblich eingeschränkt werden. Die Schwierigkeiten, die in den Patronats- und Dotationsverhältnissen liegen, mögen groß sein, aber bei gutem Willen lassen sie sich überwinden. Soweit die Direktoren noch in jüngerem Lebensalter stehen, werden sie die Umwandlung ihrer Anstalt in eine andere Schulgattung ohne allzu große Mühe durchführen können, älteren Herren sollte man die Metamorphosen lieber nicht aufzwingen. Wer ein gewisses Alter überschritten hat, kann schwer mehr umlernen, und ohne Umlernen in mancherlei Dingen geht es heute nicht.

Digitized by Google

Wenn man die lebenskräftigeren Gymnasien bestehen läßt und, soweit es noch nicht der Fall ist, mit Direktoren besetzt, die neben der notwendigen wissenschaftlichen Bildung auch die Beweglichkeit und Frische haben, dem Geiste unserer Zeit Rechnung zu tragen, eine Brücke vom alten zum neuen zu schlagen, kurz: Leben ins Haus zu bringen, dann wird die Antike in unserem Geistesleben mehr als jetzt den Platz einnehmen, den sie verdient. Es werden dann weniger Menschen als heute Griechisch und Lateinisch lernen, aber die es lernen, haben auch etwas davon. Eine radikale Beseitigung der klassischen Bildung wäre eine Verarmung unserer Geisteskultur.

Voraussetzung für den Erfolg der übrigbleibenden Gymnasien müßte sein, daß man ihnen nun auch ihre Eigenart läßt. Da das Gymnasialmonopol glücklicherweise aufgehoben ist, also nicht mehr jeder, der einen akademischen Beruf ergreifen will, das Gymnasium besuchen muß, entfällt auch die Notwendigkeit, allen möglichen Lehrstoff in das Gymnasium hineinzuzwängen, der sein Herzstück, die humanistische Bildung, überwuchern würde. Noch schlimmer wäre es, wollte man die Zeit, die den klassischen Sprachen gewidmet ist, noch weiter verkürzen. Aus Kreisen, die vom Lehrstoff des Gymnasiums herzlich wenig verstehen, aber trotzdem — oder vielleicht gerade deswegen — kräftig mitreden und durch ihre Überzahl die eigentlich Sachverständigen zu majorisieren drohen, wird zugunsten einer möglichsten Ausdehnung der Einheitsschule die weitere Hinausschiebung des Beginns der fremden Sprachen befürwortet, eine Maßnahme, die zu den bedenklichsten Folgen führen könnte. Wenn, wie gefordert worden ist, erst nach sechsjährigem Volksschulunterbau die Fremdsprachen einsetzen sollen, dann müßte beispielsweise das Gymnasium in sechs Jahren vier Sprachen lehren, was nur zu Oberflächlichkeit und Halbheit führen würde. Manche wollen dadurch helfen, daß sie die Schulzeit der höheren Lehranstalten um zwei Jahre verlängern, also den jungen Menschen, der studieren will, zwingen, im ganzen 14 Jahre die Schulbank zu drücken. Damit schafft man der höheren Bildung keine Freunde.

Günstiger liegt die Sache, wenn der für Volks- und höhere Schulen gemeinsame Einheitsunterbau nur drei oder vier Jahre umfaßt. Aber hierbei hat der Lehrplan der Gymnasien alten Stils den Nachteil, daß durch den frühen Lateinbeginn (in Sexta) die Entscheidung, ob ein Junge das Gymnasium oder eine Realanstalt durchmachen soll, in zu jugendlichem Alter gefällt werden muß. Der dreijährige gemeinsame Unterbau sämtlicher höheren Schularten, wie ihn die Reformanstalten haben, beseitigt diesen Nachteil und bietet noch den weiteren Nutzen, daß ein großer Teil der Kinder da, wo nur eine höhere Schule am Orte ist, drei Jahre länger im elterlichen Hause bleiben können. Gymnasium und Realgymnasium nach dem (Frankfurter) Lehrplan der Reformanstalten scheiden sich sogar erst nach fünf Jahren. Für kleinere oder mittlere Städte, die sonst zwei

Digitized by Google

von Sexta an getrennte höhere Schulen unterhalten müßten, ermöglicht der gemeinsame Unterbau große Kostenersparnis.

Hand in Hand mit der Umwandlung von Gymnasien in Realanstalten müßte daher meines Erachtens an den übrigen Gymnasien die Einführung des Frankfurter (Reform-)Lehrplanes gehen. Dies dürfte jedoch nur ganz allmählich erfolgen. Zur Zeit ist die Zahl der Oberlehrer, die im altsprachlichen Unterricht nach der Weise der Reformgymnasien Erfahrung besitzen, noch viel zu gering. Es ist nämlich nicht damit getan, daß eines Tages verfügt wird: am X-Gymnasium fängt von Ostern ab Latein in Untertertia, Französisch in Sexta an. Die ganze Lehrweise der alten Sprachen ist eine andere, ob man mit neunjährigen oder mit zwölfjährigen Schülern zu tun hat, von denen die letzteren bereits eine Fremdsprache intensiv betrieben haben. Außerdem stellt der Reformunterricht, besonders in den Unter- und Mittelklassen, an die Kraft und Frische des Lehrers recht große Anforderungen. Man würde leicht bei einer Übereilung der Umgestaltung aus Mangel an geeigneten Lehrkräften den Erfolg der ganzen Aktion in Frage stellen.

Was die am Reformgymnasium den alten Sprachen zugemessene Zeit betrifft, so reicht sie eben noch aus, um bei angestrengter Arbeit, besonders der Lehrer, Erfolg zu zeitigen. Eine Verminderung der Stundenzahl vertrüge der Unterricht nicht; eher würde ich eine Vermehrung begrüßen, die in der Klassikerlektüre eine stärkere Betonung des Kulturgeschichtlichen ermöglichte. Ich bin sogar der ketzerischen Ansicht, daß auf dem Gymnasium die Mathematik einige Stunden an die Sprachen, auch die deutsche, abgeben könnte. Non omnia possumus omnes. Wer intensiv Mathematik betreiben will, kann auf der Oberrealschule oder dem Realgymnasium auf seine Rechnung kommen. Den hohen Wert der Mathematik auch für den Gymnasiasten leugne ich damit keineswegs, nur scheint mir zur Zeit ein Übermaß hiervon vorhanden zu sein. Ein weiterer Gewinn für die Geschlossenheit der Gymnasialbildung könnte erzielt werden, wenn auch der Religionsunterricht in den mittleren und oberen Klassen eine Wochenstunde an die sprachlich-historischen Fächer abgäbe.

Auf Grund meiner Erfahrung muß ich sagen: lieber soll der Schüler von den alten Sprachen kein Wort hören, als daß er einen unzureichenden Unterricht darin genießt. Nur ganze Kraft erreicht das Ziel. Hierzu gehört auch, daß sich der Schüler ein paar Jahre mit der Grammatik plagt, um nachher das nötige Rüstzeug zu beherrschen, wenn er an die Klassiker herangeht. Hat aber ein Primaner noch beständig mit der Syntax oder gar der Formenlehre zu kämpfen, dann wird der Unterricht zur Qual, und für das Wertvollste der Lektüre bleibt nicht genügend Zeit. Also gerade um von den grammatischen Hemmnissen frühzeitig loszukommen und für den inneren Gehalt der Schriftsteller den Kopf frei zu haben, muß für eine

Digitized by Google

tüchtige sprachliche Vorbildung Zeit da sein. Wer, um den „öden Grammatikalismus" zu bekämpfen, die Stundenzahl herabsetzen will, erreicht gerade das Gegenteil, er treibt die Grammatik gewaltsam in die Lektürestunden hinein. Was ist über das Kapitel Grammatik nicht schon von Berufenen und mehr noch von Unberufenen geredet und geschrieben worden! Die Macht sinnlos nachgebeteter Schlagwörter hat sich auch hier verhängnisvoll erwiesen. Wer wissen will, wie ein kluger und feinsinniger Praktiker über diese Frage denkt, der lese Paul Cauers „Grammatica militans".

Man wende auch nicht ein, wir erzögen bei einer gründlichen klassischen Bildung „junge Griechen und Römer". Dies Diktum wird dadurch nicht besser, daß es von einer hochgestellten Persönlichkeit herrührt. Daß unsere Gymnasiasten echte deutsche Männer geworden sind, das haben sie wahrhaftig im Kriege bewiesen. Mir will sogar scheinen, daß die intensive Beschäftigung mit den Alten mehr als vieles andere geeignet ist, in den Jungen Vaterlandsgefühl (nicht Chauvinismus!) und staatsbürgerliches Gemeinbewußtsein zu wecken und zu stärken. Das werden wir gerade im Volksstaat besonders nötig haben, und hierzu mag uns unter anderen auch Plato als Führer dienen.

Wirkliche Erfolge auf dem Gebiete der klassischen Bildung zu erzielen, ist jedoch nur ein gutes Gymnasium imstande. Mittelmäßigkeit ist vom Übel, und der jetzige Zustand konserviert die Mittelmäßigkeit. Wenn es besser werden soll, brauchen wir, wie dargelegt, Verminderung der Gymnasien, Hand in Hand damit Einführung des Reformlehrplans und Ausbau der Eigenart des Gymnasiums durch zielbewußte Betonung der klassischen Fächer, die aber mehr als bisher für das Verständnis unserer Zeit fruchtbar gemacht werden müssen.

Eine leichte Schule wird das Gymnasium nicht sein dürfen, wenn es einen wertvollen Faktor unserer Geisteskultur bilden soll. Aber eine leichte Schule wäre in unserer Zeit überhaupt ein Verbrechen am Volksganzen. Wir sind arm geworden und gehen schweren Zeiten entgegen. Da gilt es, die Menschen und besonders die Jugend, die uns anvertraut ist, mit geistigen und sittlichen Kräften auszustatten. Dies können wir nur, wenn wir sie früh an treue, ehrliche Arbeit gewöhnen, bei der es der Junge sich auch einmal sauer werden läßt. Mit Schlagworten, wie „spielend lernen", sollte man uns jetzt nicht mehr kommen. In der Richtung der Verweichlichung haben wir vor dem Kriege manchen Schritt zuviel getan. Drohnen können wir heute nirgends mehr brauchen, und am allerwenigsten in der höheren Schule.

Arbeit bedingt aber nicht Freudlosigkeit. Der Jugend kann ihr wohlberechtigter Anspruch auf Lebensfreude trotz der Anforderungen, die die Schule stellen muß, vollauf erfüllt werden. Ist die Pflicht getan, dann treten Spieltrieb und Jugend-

Digitized by Google

mut in ihre Rechte. Auch ob eine Stunde freudlos verläuft oder nicht, hängt nicht von dem Stoff oder der Strenge der Forderung ab, sondern in erster Linie von der persönlichen Einwirkung des Lehrers auf seine Schüler. Man kann — auch hier spreche ich wieder eine ketzerische Ansicht aus — in freudigster Stimmung aller Beteiligten 50 Minuten lang Grammatik traktieren. Überhaupt: kein Gegenstand ist an sich langweilig, er wird es erst durch das Unvermögen des Lehrers. Versteht es dieser aber, die Klasse innerlich zu fassen und zu produktiver Mitarbeit zu bringen, dann kommt Leben in den Unterricht und damit Freude und Befriedigung. Wenn nun der Lehrer gar in seiner Freizeit sich den Schülern widmet, mit ihnen hinaus in die Natur geht oder sich auf dem Spielplatz tummelt, dann mag er im Unterricht noch so „streng" sein, die Schüler mögen ihn doch gern, und das erhöht wieder im Lehrer die Berufsfreudigkeit. Weder der Unterrichtsstoff, noch die Höhe der Anforderung machen die Schule zu einer freudeleeren Zwangsanstalt, wie sie uns heute so gern von gewisser Seite geschildert wird. Gibt es solche Anstalten, so sind andere Gründe daran schuld. Aber da diese zum Teil auf der persönlichen Seite zu suchen sind, kann auch die Besserung nicht durch behördliche Verfügungen von heute auf morgen kommen. Der Satz „men, no measures" behält auch in der Schule sein Recht. Darum lasse man auch mehr als bisher tüchtige Schulmänner, die eigene Gedanken haben, sich auswirken. Die Bewegungsfreiheit wird dem Ganzen zugute kommen.

Brief an die „Deutsche Politik"

Gestatten Sie einem Bezieher Ihrer Zeitschrift, der eben nach dreieinhalbjährigem Leben an der Front in die Heimat zurückkehrt, sich zu einigen in den letzten Nummern erörterten Punkten zu äußern:

S. 9 sagt Herr Dr. Thimme, daß das Heer und die Marine es sei, die die Revolution gemacht haben. Das mag für die Etappentruppen und die Marine stimmen, welch letztere ja zum überwiegenden Teil aus dem Etappenleben nie herausgekommen ist. Für das Frontheer trifft es jedenfalls nicht zu. Das folgere ich nicht bloß aus meinen persönlichen Erfahrungen, sondern aus den übereinstimmenden Erzählungen sämtlicher Frontsoldaten, die ich gesprochen habe. Das Frontheer befand sich bekanntlich in den Tagen des 9. November mitten in der großen Rückwärtsbewegung, die an der Maas zum Stehen kommen sollte. Die mit derartigen Bewegungen verbundene starke Inanspruchnahme der Truppen ließ irgendwelche Revolutionsgedanken gar nicht aufkommen, zumal wir auch — ebenfalls wegen der Bewegungen — nicht die mindeste Nachricht von der Heimat erhielten. Aber auch als der Waffenstillstand geschlossen war, regte sich nicht das mindeste in der Truppe. Damals, am 12. November, kam die erste Kunde von dem Umsturz in der Heimat, und zwar durch einen Armeebefehl, in dem es hieß: „In der Heimat haben Umwälzungen stattgefunden, deren Tragweite sich noch nicht übersehen läßt .... Es sind sofort Soldatenräte zu bilden, die die Offiziere bei Aufrechterhaltung der Disziplin zu unterstützen haben." Die Wirkung dieser Nachricht auf die

Digitized by Google

Mannschaften war nahezu niederschmetternd. Die Soldatenräte wurden gebildet, weil es einmal so befohlen war. Aber sie wußten nicht recht, was sie anfangen sollten, und wir Offiziere bedurften im allgemeinen ihrer Mitwirkung nicht, um mit den Mannschaften im Einvernehmen zu bleiben. Auf dem dann beginnenden Rückmarsch hatte ich vierzehn Tage lang Straßenpolizeidienst zu versehen und sah infolgedessen täglich mehrere Divisionen marschieren. Ich hatte gefürchtet, in diesem Dienst oft unangenehme Auftritte zu erleben. Aber ich sah mich angenehm enttäuscht: In bester Ordnung und fester Disziplin zogen die Truppen ihre Straße, und nur ganz selten kamen Disziplinlosigkeiten vor, bei denen ich einschreiten mußte.

Kann man unter diesen Umständen von einem „Zusammenbruch der deutschen Armee" reden, wie Dr. Foehr es S. 42 tut? Ich meine, das Frontheer hat bis zum allerletzten Augenblick voll und ganz seinen Mann gestanden. Freilich haben die fortgesetzten Rückzüge seit Juli 1918 nicht zu seiner Festigung beigetragen, und es war oft genug vorgekommen, daß die Infanterie einem feindlichen Angriff gar nicht erst standzuhalten versuchte, sondern zurückging und der Artillerie die Abwehr überließ. Aber das waren doch immer vereinzelte Stellen geblieben, und im großen und ganzen waren unsere Rückzüge immer freiwillig und vom Feinde unbelästigt geblieben. Es ist meine feste Überzeugung, daß an der geplanten Maasstellung das Heer wieder erfolgreich hätte Widerstand leisten können. Denn in dieser, vor den Pforten des Reiches liegenden Stellung wäre der Gedanke des Verteidigungskrieges neu belebt gewesen und hätte jedem einzelnen den Mut der Verzweiflung gegeben. Namentlich aber an den ungeheuerlichen Waffenstillstandsbedingungen, die man uns vorsichtigerweise erst geraume Zeit nach dem 11. November mitteilte, hätte sich der Mut neu belebt. Denn der Gedanke, die Waffen und Beförderungsmittel dem Feinde auszuliefern, war jedem Soldaten unvollziehbar. Ich habe das deutlich gemerkt, als ich im Oktober für die Kriegsanleihe zu werben hatte. Damals stellte ich den Leuten vor, daß wir für einen Verständigungsfrieden, wie schon immer, so auch jetzt natürlich, sofort zu haben seien, daß wir aber gezwungen seien, weiterzukämpfen, wenn der Feind unerträgliche Bedingungen stellte, wie z. B. Auslieferung der Geschütze oder Abdankung des Kaisers. Mit diesen Ausführungen fand ich damals ungeteilte Zustimmung.

Warum wir dann also nicht weitergekämpft haben? Diese Frage müssen diejenigen beantworten, die bereits am 11. November die Bedingungen kannten und an der Spitze des Heeres standen. Wie man hört, war u. a. die vorzeitige Anhaltung der Munitionstransporte aus der Heimat ein schwerwiegender Grund.

Jedenfalls wird man es verständlich finden, wenn vielen Frontkämpfern das Wort aus der Seele gesprochen war, unter das ein Regiment hier in der Nähe seinen Einzug stellte:

„Vom Feinde unbesiegt,
vom Freunde verlassen,
von der Heimat verraten!"

Dr. F. Weißler.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a I. Für Anzeigen F. W. Stiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.10, übriges Ausland M. 8.—. Einzelnummer 50 Pfg. / Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 48.

Digitized by Google

4. Jahrgang * 28. Februar 1919 * Heft 9

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Ehe Wilson nach Amerika zurückkehrte, hat er einen Entwurf des künftigen Völkerbundes vorgelegt, der einen glatten Verzicht auf den Gedanken des Rechts und der Versöhnung darstellt — der Geist der Clemenceau und Lloyd George hat gesiegt, der mit dem Begriff des Völkerbundes die Dauerallianz der Entente maskieren will. Wir können nur sagen, daß wir einer solchen Karrikatur der Rechtsidee mit abwartender Kühle gegenüberstehen; es hat keinen Zweck, sich über sie aufzuregen. Es muß sich zeigen, ob aus den feindlichen Völkern, aus den neutralen Staaten eine Gesinnung zur Macht sich sammeln kann, die mit gutem und ernstem Willen die internationalen Probleme der Zukunft neu anfassen, neu denken will. Geschieht dies, dann wird Deutschland ein Mitarbeiter sein können. Geschieht es nicht, dann werden wir unseren Weg allein gehen und sehen, wie wir der Idee dienen können, damit sie siege. Von Deutschland ist einmal der Gedanke der internationalen Rechtsorganisation ausgegangen; aber wenn er jetzt verdorben werden soll, um Deutschland auf immer zu demütigen und zu knechten, so sind wir wehrlos und mögen uns mit dem Protest begnügen. Haben wir aber den Glauben, daß aus der Wirrnis dieser Zeit der Rechtsgedanke doch einmal eine gestaltende Macht gewinne — der Glaube kann heute kaum atmen —, dann wird Deutschland ihm trotz der wüsten Entstellung durch Pariser Entwürfe dienen müssen.

*

Die Revolution frißt ihre Erzeuger. Der Mord an Eisner hat einen Menschen getroffen, der rein war, aber durch die Verirrung in die Politik für Deutschland geradezu gefährlich und verhängnisvoll geworden. Ein junger

Digitized by Google

bayrischer Graf hat ihn niedergeschossen, wissend, daß er sich selber opfere: die Tat so feig und so tapfer, so unmoralisch und so selbstlos wie die Attentate der russischen Studenten gegen die zaristischen Gewalthaber. Aber furchtbar und zerstörend in der Wirkung — denn die verbrecherischen Instinkte der Gewaltsamkeit brechen durch und wüten in Bayern. Die wahre Demokratie kämpft mit der russischen Farce des Räteunwesens, das die Sozialdemokratie selber großgezogen und großgelobt — „die ich rief, die Geister, werd ich nun nicht los". Ein Mann von der Loyalität Auers wird durch die Brutalität des anarchistischen Gesindels niedergemacht und ein Hanswurst wie Erich Mühsam kann sich aus der Berliner Kaffeehausgröße zu einer Gefahr für Süddeutschland auswachsen. Das ist das tief Bedrückende der gegenwärtigen Lage. Bayern droht Berlin in der Ruinierung des deutschen Bewußtseins abzulösen; seine Aufgabe ist es auch, das neue deutsche Verfassungswerk in Weimar von Anbeginn partikularistisch zu verhunzen.

*

Das spartakistische Fieber wütet weiter im deutschen Volkskörper. Es hat jetzt das rheinisch-westfälische Kohlengebiet ergriffen; sein Hintergrund ist der Kampf um die Macht, der zwischen den revolutionären Arbeiterräten und den Gewerkschaften unvermeidlich war. Und es scheint, daß allein in der ganz brutalen Auseinandersetzung die Giftstoffe ausgeschieden werden. Denn die Bergarbeiter, durch das dilettantische Sozialisierungsgerede in ihrer Arbeitslust gelähmt und dem Redetaumel aller Revolutionszeiten ausgeliefert, spüren nun, von Mann zu Mann, was es heißt, wenn sie sich der Willkür von bewaffneten Berufsrevolutionären unterwerfen sollen. Dagegen scheint ihre Arbeiterehre sich zu empören. Man kann hoffen, daß aus den schmerzlichen Vorgängen im Ruhrrevier eine Selbstbesinnung erstehen wird.

*

In England ist ein Buch von Professor Oman-Oxford erschienen, das der „Times" schweres Unbehagen verursacht, weil es einen Bericht des Botschafters Buchanan vom 15. September 1917 veröffentlicht, in dem zugegeben wird, daß „die russischen Militärbehörden ohne Kenntnis des Zaren heimliche Vorbereitungen für eine Generalmobilmachung getroffen und daß Sschomlinow den Zaren auf eine Frage über diese Generalmobilmachung belogen habe". Die Unabhängigen, die sich auf der Berner Konferenz in Beschuldigungen Deutschlands nicht genug tun konnten, sollten durch diese Veröffentlichung endlich einsehen, daß ihnen trotz ihrer Beredsamkeit noch einiges zum deutschen Diplomaten fehlt.

Digitized by Google

Völkerbund und Rechtsfriede

Von Dr. Paul Rohrbach

Deutschland ist in furchtbarer Bedrängnis — wer soll es verteidigen? Wiederaufnahme des Kampfes mit den Waffen ist für uns unmöglich. Wäre die Revolution nicht gekommen, wäre es geglückt, Deutschland ohne Umsturz in einen wirklichen Volksstaat zu verwandeln, so ständen wir heute anders da. Entscheidend während der Verhandlungen über den Waffenstillstand war die Frage, ob die Feinde sich würden sagen müssen: es gibt Bedingungen, die Deutschland trotz seiner ungünstigen Lage nicht annehmen, denen es den äußersten Widerstand entgegensetzen wird — oder ob sie sicher sein konnten, daß wir schlechthin alles hinunterschlucken würden, was man uns zumutete. Ohne die Revolution wäre es möglich gewesen, zu den schlimmsten Stücken des uns auferlegten Waffenstillstandes nein zu sagen. Ohne die Revolution hätten die Feinde zu wählen gehabt, ob sie einen weiteren Winterfeldzug, schwere und opfervolle Brechung des deutschen Widerstandes an der festen Maaslinie, Vormarsch durch die winterlichen Alpen usw. wollten, oder ob sie starke Abstriche an den Forderungen für die Waffenruhe vorzogen. Die Wahl wäre zu treffen gewesen angesichts unzweifelhafter Angriffsmüdigkeit der alliierten Truppen und angesichts der Stärkung, die der Gedanke des Rechtsfriedens in England und Amerika erhalten mußte, sobald seine Anhänger darauf hinweisen konnten: Deutschland bietet jetzt einen Frieden an, in dem es seine Opferwilligkeit beweist, aber wenn es brutal vergewaltigt werden soll, so wird es sich bis aufs äußerste wehren! Kein Zweifel, daß auf diese Weise unser Los um vieles besser gefallen wäre, als durch die Katastrophe, die wir jetzt erlitten haben. Verantwortlich für sie ist die Revolution. Indem wir das aber sagen, stellen wir zwar ein unabänderliches geschichtliches Urteil fest, aber wir schaffen keine Hilfe. Diese ist es, auf die jetzt alles ankommt. Noch einmal also: wer soll Deutschland verteidigen und wie soll es verteidigt werden?

Zwei Arten von Kräften sind unfähig, die deutsche Sache wirksam zu führen. Die einen sind diejenigen, die würdelos winseln, über der gebotenen deutschen Selbstkritik, die Gewalt- und Schandtaten der Feinde nicht sehen, Dummheit auf Dummheit in der Preisgabe moralisch und politisch haltbarer deutscher Positionen häufig und sich einbilden, durch Bitten beim Feinde etwas zu erreichen. Es hält schwer, einen Ausdruck zu finden, der das Törichte und Jämmerliche dieses Gehabens kennzeichnet. Deutsch ist es jedenfalls nicht, wenn zum Deutschtum noch Verstand und Männlichkeit gehören. Die zweite Art Leute sind diejenigen, die vor dem Kriege und während des Krieges den Schwertfrieden gepredigt haben. Ihnen kann entgegengehalten werden: ihr empfangt jetzt, was ihr vermutlich selber getan hättet, wenn der Sieg euer gewesen wäre. Damit bleiben nur diejenigen als die berufenen Verteidiger Deutschlands übrig, die immer, auch während des Krieges, als noch

Digitized by Google

der Sieg an unseren Waffen haftete, für die großen Menschheitswerte, die jenseits von Sieg und Niederlage eines Volkes liegen, und für die Beendigung des Krieges durch einen Frieden nach dem Prinzip des Rechts im menschlichen und ethischen Sinne eintraten. Nur mit Berufung auf dieses Recht, kann heute die Verteidigung Deutschlands geführt werden. Auf ihr müssen wir unwandelbar beharren; dazu aber sind nur Persönlichkeiten imstande, die niemals einen anderen Standpunkt vertreten haben, als diesen.

Der Führer der Freunde des Rechts in solchem Sinn ist in Deutschland der Prinz Max von Baden. Er hat am 3. Februar bei der Gründung einer Arbeitsgemeinschaft für Politik des Rechts" (Heidelberger Vereinigung) in Heidelberg einen Vortrag gehalten über das Thema „Völkerbund und Rechtsfriede", der jetzt eben als Sonderabdruck aus dem Märzheft 1919 der „Preußischen Jahrbücher" erscheint. In ihm findet sich der Gedanke, durch das Recht für das Recht zu kämpfen, in bewundernswerter Weise, mit der höchsten Ehrlichkeit und zugleich mit dem höchsten dialektischen Geschick, verwirklicht. Der Prinz geht aus von der Definition:

„In Feindesland prallen gegenwärtig zwei weltpolitische Richtungen hart aufeinander. Der Kampf geht in der Öffentlichkeit vor sich und sicher auch hinter verschlossenen Türen .. Wir können ihn in zwei Worte zusammenfassen: Völkerbund oder Weltherrschaft der Entente."

Der Wille zur Weltherrschaft bei den Alliierten, so heißt es weiter, sucht sich moralisch durch die Behauptung zu rechtfertigen, jene hätten den Kreuzzug für das Recht und die Freiheit der ganzen Menschheit mit ihrem Gut und Blut geführt und gewonnen, und ihrer „heiligen Allianz" müsse die Neuordnung der Welt überlassen bleiben. Außerdem beriefen sich die Gegner darauf, noch sei kein Friede geschlossen, und erst nach dem Friedensschluß werde die Entente weithin sichtbar ihre Weltmission erfüllen; bis dahin gelte ein „Moratorium ihrer ethischen Verpflichtung". Darauf antwortet Prinz Max:

„Dieser Einwand ist nicht echt; er hätte seine Berechtigung, wenn die Entente mit einer Wiederaufnahme der Feindseligkeiten durch Deutschland rechnen müßte. Aber diese Sorge war schon vor dem 9. November eingebildet. Nachdem die deutsche Armee durch die Entente wehrlos gemacht und durch die Heimat gezwungen wurde, Selbstmord zu verüben, weiß jeder Mann in der Entente, der bei Sinnen ist, daß wir keine Kraft und keinen Willen mehr haben, den Krieg wieder zu beginnen. Somit waren alle staatsmännischen Energien der Feinde frei: die Weltbeglückung hätte sofort einsetzen müssen, am ersten Tage des Waffenstillstandes. Hat die Allianz in den zweieinhalb Monaten ihre Würdigkeit bewiesen, die Funktionen des Völkerbundes allein zu verwalten?

Auf diese Frage wird in einer Reihe von Einzelausführungen der Nachweis mit einem vernichtenden Nein geführt, gemessen nach dem Maßstab der Schrift Sir Edward Greys über den Völkerbund. Grey stellt dort die Frage:

Sind die Nationen heute bereit oder werden sie nach dem Kriege bereit sein, den Beschränkungen und Verpflichtungen ins Auge zu sehen, welche der Völker-

Digitized by Google

bund auferlegen wird, und sind sie bereit, mit ganzem Herzen und ganzer Überzeugung so wie nie zuvor zu sagen: „Wir nehmen sie an und wir nehmen sie auf uns —"?

Prinz Max sagt dazu:

Heute ist die Entente die alleinige Trägerin der Macht, sie ist es seit dem 11. November; hat sie sich die Beschränkungen auferlegt und die Verpflichtungen durchgeführt, die Lord Grey verlangt?

Sie hat es nicht getan in Polen, sondern sie hat Polen handeln lassen nach dem Prinzip, das die englische Zeitschrift Truth seinerzeit in den Ausdruck „Unsere Protegés und Schakale" zusammenfaßte, d. h. mit anderen Worten: wer Deutschlands Feind ist, kann ungestraft handeln! Sie hat es nicht getan in den baltischen Ländern. Die Abriegelung des Bolschewismus vom Baltikum war eine politische Verpflichtung von höchstem moralischen Gewicht für ganz Europa. Schon vor einem Jahre schrieb der Prinz:

Hindenburgs Siege waren nicht nur Deutschlands Siege, sie waren Europas Siege. Wer das nicht begriffen hat, der hat auch nicht die echte Grundlage unseres Zornes gegen England begriffen: Ich kann nicht vergessen, mit welchem Behagen England sich 1914 und 1915 ausmalte, wie die russische Dampfwalze Deutschland zermalmen würde. Nun heißt es wieder wachsam sein gegen die große Gefahr, die von Osten her droht. Eine moralische Infektion will sich in Bewegung setzen. Wenn Cholera und Pest drohen — und diese Gefahren gehören nicht bloß der Vergangenheit an —, dann müßten alle zivilisierten Staaten gemeinsame Absperrungsmaßnahmen ergreifen. Das heutige kranke Rußland hat den einen Ehrgeiz, in alle gesunden und gesundenden Staaten seine Krankheit hineinzutragen. Es ist an der Zeit, daß man sich klar wird über die Absperrungsmaßnahmen, die notwendig sind. Trotzki proklamiert ein Weltenschicksal, das er herbeiführen will. Gegen Ideen muß man auch mit Ideen kämpfen. Wir müssen der Weltunordnung Trotzkis, die die Freiheit zerstört, eine Weltordnung entgegensetzen, die die Freiheit schützt.

Als die Bolschewisten gegen Riga vorrückten, genügte das bloße Vorhandensein eines kleinen englischen Geschwaders in der Düna, sie zwei Wochen aufzuhalten. Eine englische Division hätte ausgereicht, um Riga und damit das Land zu retten und den Bolschewismus von den Grenzen Mitteleuropas fernzuhalten! War sie wirklich nicht verfügbar, oder nur das Interesse nicht, im Sinne der Verpflichtungen zu handeln, die Grey für den Völkerbund verlangte?

„Mit der lässigen Behandlung der wichtigsten europäischen Interessen kontrastiert die zielbewußte Präzision und Umsicht, mit der dem deutschen Volke jede erdenkliche Qual und Not in den letzten Monaten angetan wurde." An diesen Satz anknüpfend, wird die Rechtsfrage namentlich in bezug auf die Fortdauer der Blockade erörtert und dargelegt, daß nach den von Grey und Wilson aufgestellten Grundsätzen und nach der Idee des Völkerbundes hier schreiendes Unrecht gegen Deutschland verübt wird. Was die menschlichen Ge-

Digitized by Google

sichtspunkte angeht, so ist dafür Sorge getragen, daß sich „unanfechtbare wissenschaftliche Grundlagen" in den Händen der Entente befinden, aus denen hervorgeht:

1. daß an den Wirkungen der Blockade täglich ungefähr 800 Menschen in Deutschland sterben;
2. daß sich unter den kleinen Kindern an manchen Zentren die Sterblichkeit nahezu verdoppelt hat;
3. daß unter Kindern und Halbwüchsigen die Todesernte der Tuberkulose in großen Städten doppelt so groß wie vor dem Kriege geworden ist, die Sterblichkeit der Mütter am Kindbettfieber sich für ganz Deutschland um zwei Drittel vermehrt hat;
4. daß die Ärzte vielen heilbaren Krankheitsfällen ratlos gegenüberstehen, weil ihnen die nötigen Arzneien und Nahrungsmittel zur Hilfeleistung fehlen;
5. daß infolge der Unterernährung das ganze Volk von einer nervösen Erkrankung ergriffen ist, welche die Initiative lahmlegt und die moralischen Hemmungen schwächt;
6. daß Hunderttausende von Müttern nicht in der Lage sind, ihre rekonvaleszenten Kinder vollends gesund zu pflegen, weil sie sie nicht auffüttern können, so daß vielfach Siechtum auf Lebenszeit zurückbleibt, daß mit einem Wort die Lebenskraft der heranwachsenden Generation an der Wurzel getroffen ist.

Ein entsetzliches Dokument sind die hiernach mitgeteilten Ausführungen des berühmten englischen Arztes Salenby über die in England erhofften Wirkungen der Blockade, durch deren physiologische Ergebnisse das deutsche Volk „nicht nur als Nation, sondern als Rasse" ruiniert werden soll. Die Rhachitis, die „englische Krankheit", wird nach Salenby diese Bezeichnung in Zukunft noch besser als in der Vergangenheit verdienen,

„denn die britische Blockade ist an erster Stelle verantwortlich für Deutschlands jetzige fürchterliche Ernährungsnotlage und infolgedessen für die Dauerwirkungen, die deren Folge sein werden!"

Das also ist der Rekord der Entente. Die Feinde werden darauf einwenden, Deutschland habe soviel Übles getan, daß ihm kein Recht zustehe, Klage zu führen. Prinz Max nimmt das moralische Gewicht einiger der Anklagen, die gegen Deutschland erhoben werden, nicht leicht. Er bekennt, nicht ohne Bitternis an die Verblendung denken zu können, die hinter gewissen Maßnahmen der deutschen Kriegspolitik stand:

Hätten wir unseren guten Namen in der Welt aufgerichtet, dann wären wir die Sieger geblieben; so aber haben wir niemals unsere großen Siege politisch zu einem gerechten Verständigungsfrieden fruktifizieren können, weil in den psychologisch fruchtbaren Augenblicken wir durch unsere Methoden stets aufs neue den erlahmenden feindlichen Kriegswillen auffrischten und den Krieg der Entente immer wieder zu einem Volkskrieg machten, hinter den auch der Idealismus sich stellte.

Demgegenüber aber hat die Entente keinen Anspruch auf die Rolle des Sittен-

Digitized by Google

richters, denn ihre Rechtsverletzungen gegen Feinde und Neutrale, die heidnische Gesinnung, zu der ihre Führer sich oft geradezu mit Stolz bekannten, ihre Kriegsverrohung, der Massenmord an den deutschen Gefangenen in Rußland, die Schmach und Schande, die in den französischen Gefangenenlagern unseren Landsleuten angetan wurde, die namenlosen Untaten in Dahomey — dieser Tatbestand berechtigt sie nur, „als Sünder zum Sünder" zu sprechen.

Die Aufgaben, die seine Urheber dem Waffenstillstand gestellt haben, ist einfach der Zerfall und die Auflösung Deutschlands. Der Völkerbund, sagt der Prinz, ist darum für seine Generation tot. Keine Mächtegruppe und keine Nation dürften nach seinen Grundsätzen sich ihr Recht mit Gewalt holen, ehe eine internationale Instanz gesprochen hat. „Es ist Zynismus, als vornehmstes Kriegsziel die Beseitigung des internationalen Anarchismus auf seine Fahnen zu schreiben und dann durch ein anarchistisches Verfahren die einzelnen Entscheidungen dieses Friedens herbeizuführen, welche für die betroffenen Nationen die lebenswichtigsten ihrer Geschichte sein werden."

Aber zwischen dem echten Völkerbund und dem Gewaltfrieden, den die feindlichen Chauvinisten erstreben, liegen noch andere Möglichkeiten.

Die internationale Rechtsorganisation zur Aufrechterhaltung eines dauerhaften Friedens und der Rechtsfriede sind noch nicht verloren, wir gehen nicht schutzlos auf die Konferenz. Unsere nervöse öffentliche Meinung ist irregeführt, wenn sie glaubt, wir hätten uns bedingungslos ergeben. Unser Schutz ist der Vertrag, den der Präsident Wilson mit der Entente und Deutschland abgeschlossen hat, danach der Friede in Übereinstimmung mit den von ihm formulierten 14 Punkten abgeschlossen werden soll; unser Schutz ist ferner das Versprechen, das er dem deutschen Volke gegeben hat, dieser Friede soll kein diktierter Friede, sondern ein Friede der Unterhandlung werden . . . Nun sind diese 14 Programmpunkte nicht etwa rätselhafte und dunkle Gebilde, die beliebig interpretiert werden können. Ihre authentische Auslegung ist in den Wilsonschen Reden gegeben. Aus diesem Zusammenhang können sie nicht gerissen werden; die darin enthaltenen Grundforderungen eines Rechtsfriedens sind wahrlich hart gegen uns, sie machen nicht Halt vor den Landesgrenzen, aber sie schützen auch das Recht Deutschlands, ja auch das Recht Deutschösterreichs auf Wiedervereinigung mit uns. Um diese Grundsätze wird nicht mehr auf der Konferenz gestritten werden. Zweifel und Mißtrauen sind hier nicht am Platze; die große Gefahr besteht vielmehr darin, daß es den Rechtsgegnern unter unseren Feinden gelingen wird, durch den Waffenstillstand und seine Handhabung, durch Hunger, Bedrohung und Bestechung einen gefälschten und verdunkelten europäischen Tatbestand zu präsentieren, auf den nun die Wilsonschen Forderungen angewandt werden sollen. Diesen Plan zuschanden zu machen, liegt heute noch in Deutschlands Macht. Unsere Unterhändler allein können diese Aufgabe nicht bewältigen, das deutsche Volk muß ihnen entscheidend helfen; von ihm wird es abhängen, welches Gewicht die Worte seiner Vertreter haben werden.

An diesen Abschnitt schließen sich meisterhaft formulierte Fragestellungen für die Kommissionen einer internationalen Rechtsorganisation

Digitized by Google

zur Prüfung der Schuld 1. am Ausbruch, 2. an der Verlängerung des Krieges, und 3. an den Völkerrechtsverletzungen, die sich die Kriegführenden vorwerfen.

Die Aufgabe unserer Unterhändler ist schwer. Ihre Kraft wird von dem nationalen Willen abhängig sein, der hinter ihnen steht.

Heute ist er nicht vorhanden. Unser Volk wartet, was mit ihm geschehen wird, und glaubt, daß die Zeit der Selbsthilfe vorbei ist, seitdem seine militärischen Waffen zerbrochen sind.

Wenn das so bleibt, sind wir verloren. Wir schlagen damit den Vorkämpfern des Rechtsfriedens auf Seiten der Entente ihre stärkste Waffe aus der Hand, nämlich die Warnung, die auch Wilson immer wieder ausgesprochen hat, so in der Januarnote von 1917: „Wenn der zu schließende Friede unheilbare Wunden und Bitterkeit in einer Nation hinterläßt, dann ist er auf Flugsand gebaut!" . . .

Das also ist eine Vorbedingung dafür, daß bei der bevorstehenden Friedenskonferenz das Wort unser Unterhändler überhaupt in die Wagschale fällt: ihre Verteidigung deutschen Rechts muß von einer starken Volksbewegung getragen werden . . .

Wir brauchen Männer und Frauen, deren Gesinnung in nationalen, sozialen und internationalen Fragen zuverlässig ist und Vertrauen erweckt, im Lande und draußen. Wir brauchen erprobte Gewerkschaftler, Unternehmer, die dem sozialen Frieden dienen wollen, Offiziere, deren Führerkraft durch das Vertrauen ihrer Mannschaften während des Krieges bewiesen ist, und Wissenschaftler, die die Kraft des Denkens mit dem Willen zur Tat vereinen.

Die Lebensmüdigkeit Deutschlands muß überwunden werden, und daran soll jeder von uns helfen.

Für dieses Ziel und für das ganze in der Schrift des Prinzen enthaltene Programm der Wiedergeburt Deutschlands ist die Heidelberger Vereinigung gegründet worden. Die Tagespresse hat über die Kundgebung zum Anschluß an sie berichtet, und wir bitten unsere Leser, sich auf Grund der Schrift des Prinzen Max den Zielen anzuschließen, die sie verfolgt.

Die Wahlen in Deutschösterreich

Von Dr. Theodor Heuß

Die Wahlen zur deutschösterreichischen Nationalversammlung erhalten ihr Gesicht durch den außerordentlichen Erfolg der Sozialdemokratie. Der konnte im Grunde niemanden überraschend sein. Denn die Christlich-Sozialen galten als die Anhänger des alten Regimes; vom hohen Klerus wußte man, daß er auf die Rückführung der Dynastie hofft und die Masse des Volkes hofft darauf keineswegs; das österreichische, nicht klerikale Bürgertum ist in kleine Gruppen zerspalten, ohne Führer mit historischer Autorität. Ohne einen zwingenden Gedanken mit werbender Kraft sah es sich vor die Aufgabe gestellt, die Verschuldungen der Vergangenheit auszugleichen — vergebens. Die Sozialdemokratie aber marschierte, vorangetrieben durch den ganzen dichten Groll über soviel Fehlerhaftigkeit des alten Staates, nicht „belastet" mit Ver-

Digitized by Google

antwortungen über den Krieg und Kredite, nicht zerrissen in deutlich geschiedene Organisationen und beschwingt durch die Tatsache, daß Viktor Adler vor seinem Tode, als erster, die Losung des Anschlusses an Deutschland ausgegeben hatte.

Die Anschlußfrage stand als großes staatliches Lebensproblem hinter dem Kleinkram der Agitation. Man kann freilich nicht sagen, daß sie von vornherein der Gesamtheit des Volkes deutlich gewesen wäre. In Wien behandelte man sie mit einer gewissen Zaghaft, denn dort wird sie zugleich als Stadtschicksal empfunden, und die große „bürgerliche" Presse dieser Stadt, in der so viel an Geschwätz und so wenig an straffer erzieherischer Zielsetzung geleistet wird, hat sich mehr um die Bedenken als um das Ja gekümmert. Das gab der Sozialdemokratie den starken Vorsprung.

Auch sie hat ja in ihrer Geschichte und in ihren Persönlichkeiten Hemmungen. Karl Renner war „schwarz-gelber" Sozialist — sein Denken kreiste seit Jahren um die Frage, wie ein staatlich und national besser geordnetes Österreich erhalten werden könnte. Viktor Adlers Lebensarbeit war der Versuch gewesen, die sozialistisch-proletarische Bewegung der einzelnen Nationalitäten im selben Strom zu halten, mit unendlichem Takt und Eifer, mit Geschick und Geduld das Problem der internationalen Klassensolidarität am österreichischen Sonderfall aufzuweisen und zu lösen — es mißlang und mußte mißlingen, da das Nationale stärker ist als der Klassengedanke. Und so kehrte er zurück zu dem großdeutschen Gefühlskreis seiner eigenen Jugend, der eigentlich nur in Karl Leuthner und Ludo Hartmann während der vorangegangenen Zeit bewußte, aktive Vertreter besessen hatte. Als er dies aber tat, handelte es sich nicht um eine parteitaktische Wendung, sondern um ein Bekenntnis, das gleichzeitig weit über alle Parteigrenzen zum Stichwort eines Volkes und eines geschichtlichen Augenblicks wurde. Die Sozialdemokratie, die an den unlösbaren Schwierigkeiten der Spannungen des Nationalitätenstaates eine Zeitlang sich geistig zu zerreiben schien, wurde jetzt die nationale, die deutsche Partei.

Sie konnte sich durchsetzen auch auf dem platten Lande, wo der Klerikalismus in der Stimmung der Heimkehrer vom Felde die Grenzen seiner Macht kennen lernte. Die Christlich-Sozialen besaßen zwar mit Kulturkampfstimmungen, ähnlich wie unser Zentrum, starke Waffen, aber sie gingen in den Kampf mit einer gebrochenen Haltung: sie wollten mit gleicher Entschiedenheit die agrarischen Produzenten und die hungernden städtischen Konsumenten vertreten und dies Kunststück mußte, bei den sehr schweren Gegensätzen, die Österreich gerade hier zeigte, mißlingen.

Eine sehr ernste Lehre ist der Wahlausgang für die nichtsozialistische Demokratie. Sie hat, so wenig wie der rechte Flügel der nichtklerikalen Parteien,

Digitized by Google

bis heute eine ernsthafte Organisation besessen und muß sich eine solche schaffen, wenn der Vorrat an politischer Geistigkeit, über den sie verfügt, nicht verloren gehen soll. Wahrscheinlich kann diese Partei, falls Nord-Böhmen in Zukunft mit dem übrigen „Deutschösterreich" überhaupt in unmittelbarer staatsrechtlicher Verbindung bleibt, nur von hier, wo städtischer Geist und gewerbliche Regsamkeit vorhanden sind, wirklich aufgebaut werden. Auf jeden Fall müssen diese Parteien von vornherein den größeren Wirkungskreis suchen als eben nur Wien, wo zwischen Klerikalen und Sozialisten der Boden heute zu schmal erscheint für eine bürgerlich-freiheitliche Bewegung. Was für ein Vorgang, daß in Wien ein Tscheche und ein Nationaljude gewählt werden konnten, während Dr. Ofner, Dr. Franz Klein und Professor v. Wettstein, erfolglos blieben! Möglich, daß eine nähere Verbindung mit den Parteien des „Reiches" hier befruchtend sein kann; notwendig wird sie werden, wenn die neugewählte Nationalversammlung sich zum Anschluß bekannt haben wird. Denn die Deutschösterreicher müssen und werden auch als Parteien in den deutschen Volkskörper eingehen und keine Sondergruppen bilden. Der erste Versuch wurde gemacht; ich habe selber in Wien in den Tagen vor der Wahl eine Reihe von Versammlungen für die Kandidatur des ausgezeichneten Juristen und Staatsmanns Dr. Klein abgehalten, aber dies Problem wird nicht durch Gastspiele gelöst. Vor allem muß Wien, dessen Presse ja noch ein weit unerfreulicheres Kapitel ist als das von den Berliner Zeitungen, politisch entseucht werden von dem Ehrgeiz mittlerer Intelligenzen, eine politische Führerrolle zu spielen, auch wenn weiter nichts von Belang zu führen ist. Denn das Emporwuchern von Parteien in dieser sonst so liebenswerten, herrlichen Stadt der Raunzer, Besserwisser und Ewig-Unzufriedenen, ist politischer Dilettantismus — erlaubt, solange Parteien Instrumente des Schimpfens auf eine sonst geschätzte Obrigkeit sind, verderblich, wenn diese Parteien die Unterlagen zur Schaffung neuer Obrigkeiten sein sollen. Österreichs Parteileben ist deshalb bisher unentwickelt geblieben, da im Reichsrat nicht eigentlich die Parteien, sondern die Nationalitäten die Träger der großen Entscheidungen waren.

Die neugewählte deutschösterreichische Nationalversammlung, die durch ernannte Vertreter Nordböhmens ergänzt werden soll, hat als wichtigste Aufgabe, die Antwort über das künftige staatsrechtliche Verhältnis der Republik zu Deutschland zu finden. Offen ist im Augenblick die Frage, ob in Deutschösterreich dann noch einmal für Weimar gewählt wird oder, damit eine Beteiligung frühzeitig möglich werde, aus dem neuen Parlament die Vertreter genommen und anerkannt werden. Eines scheint dabei schon halbwegs gesichert zu sein: Deutschösterreichs Hinzutritt wird nicht eine einfache Stärkung der geistlosen subalternen und dem nationalen Gedanken gefährlichen Politik des Partikularismus sein, mit der

Digitized by Google

man in Bayern um die Wette kokettiert. Denn in Deutschösterreich weiß man, daß das Reich, soll es neue Lebenskraft gewinnen, zentraler Gewalten bedarf, des engen Zusammentretens, daß der nationale Geist die landsmannschaftliche Hochmutsenge überwinden muß. Wenigstens die Führer wissen das, während sie bei uns auf diesem Gebiete in allen Parteien schwachmütig geworden sind. Das ist ein gewisser Trost.

Wilson und die deutschen Kolonien

Von Franz Kolbe

In meinem Artikel „Die Entente und die deutschen Kolonien" (Heft 7, 1919, der „Deutschen Politik") führte ich aus, daß auf der Friedenskonferenz zwar eine vorläufige Einigung über das Schicksal der deutschen Kolonien erzielt worden sei, dahingehend, daß sie bis auf weiteres noch durch diejenigen Mächte verwaltet werden sollen, die sie z. Zt. besetzt halten, daß diese Verwaltung aber nur im Auftrage und im Namen des Völkerbundes geschehen dürfte. Diese Auffassung ist durch den jetzt veröffentlichten Entwurf des Vertrages über die Gründung des Völkerbundes bestätigt worden. Nicht bestätigt hat sich leider die auf Grund neutraler Pressestimmen von mir ausgesprochene Annahme, daß Wilson einer Rückgabe der deutschen Kolonien an Deutschland nicht abgeneigt sei. Nach der Rede, mit der Wilson am 14. Februar seinen Völkerbundentwurf der Friedenskonferenz vorlegte, soll er sich dabei in einer Art und Weise über die bisherige Kolonialtätigkeit Deutschlands ausgesprochen haben, die man nach den bisherigen Äußerungen der amerikanischen und neutralen Presse nicht hätte für möglich halten können. Wilson führte nach den bisher vorliegenden Berichten aus:

„Einer der größten und befriedigendsten Fortschritte, die meiner Ansicht nach erzielt wurden, ist der, daß wir die Annexion hilfloser Völker unmöglich gemacht haben. Es ist kein größerer Fortschritt gemacht worden, als dieser. Meine Herren, wenn Sie auf die Geschichte der Welt zurückblicken, so werden Sie sehen, wie hilflose Völker nur allzuoft das Opfer von Mächten geworden sind, die in dieser Sache kein Gewissen hatten. Es ist eine der vielen betrüblichen Enthüllungen der letzten Jahre, daß die Großmacht, die glücklicherweise eben besiegt worden ist, den hilflosen Völkern einiger der von ihr annektierten Kolonien unerträgliche Lasten und Ungerechtigkeiten auferlegte. Deren Ausrottung lag mehr in ihrem Interesse, als deren Entwicklung. Ihr Wunsch war, das Land dieser Völker für europäische Zwecke zu benutzen und nicht ihnen das Vertrauen einzuflößen, durch das die Menschheit in jenen Ländern zu dem nächsthöheren Niveau emporgehoben wird. Jetzt drückt die Welt ihr Gewissen in Gesetzesformen aus und sagt: dies ist zu Ende. Unser Gewissen wird auf diese Dinge angewandt werden. Es werden die Staaten ausgesucht werden, die bereits gezeigt haben, daß sie imstande sind, in dieser Sache gewissenhaft vorzugehen, und unter ihrer Leitung werden den hilflosen Völkern der Welt neues Licht und neue Hoffnung gebracht werden."

Digitized by Google

Wir gehen wohl nicht fehl in der Annahme, daß die Sinnesänderung Wilsons — denn eine solche muß unbedingt vorliegen — veranlaßt worden ist durch Vorstellungen der englischen und französischen Regierung über die Grausamkeit der deutschen Kolonialpolitik, insbesondere durch die Lektüre des englischen Blaubuches vom August 1918: Report on the natives of South-West Africa and their treatment by Germany und des englischen Weißbuches über die Befragung der Eingeborenen in den besetzten deutschen Kolonien. Wir können nicht umhin, gegen diese Wilsonschen Äußerungen über die deutsche Kolonialpolitik auf das schärfste zu protestieren und von dem falsch unterrichteten Wilson an den besser zu unterrichtenden zu appellieren! Präsident Wilson ist von seinen Ententegenossen in schändlichster Weise belogen und betrogen worden, indem diese es so darstellten, als ob die deutsche Kolonialpolitik gegen die Eingeborenen aus einer fortgesetzten Kette von Grausamkeiten und Ungerechtigkeiten bestand, während ihre eigene Kolonialpolitik lediglich vom Wohlwollen gegen die niederen Völker erfüllt war, sich stets nur von der Stimme des Gewissens leiten ließ und stets bemüht war, die Eingeborenenbevölkerung jener Länder zu einem höheren Niveau emporzuheben. Auch gegen diese Auffassung müssen wir auf das schärfste protestieren! Wir dürfen uns diesmal aber nicht mit einem lahmen Proteste begnügen, sondern wir müssen aufschreien, daß wir in der gesamten Welt, auch jenseits der Meere, gehört werden. An Beweisen dafür, daß die Eingeborenenpolitik der anderen Kolonialvölker — gemessen an den nach dem fünften von Wilsons vierzehn Punkten maßgebenden Interessen der Eingeborenen — vor der deutschen Eingeborenenpolitik auch nicht das geringste voraus hatte, daß im Gegenteil Deutschland die Interessen der Eingeborenen besser gewahrt hat, als seine jetzigen Gegner, fehlt es nicht. Protestversammlungen aller kolonialinteressierten Deutschen müssen abgehalten, Protestbeschlüsse in der Nationalversammlung gefaßt, die Grundlagen für einen Beweis der besseren Wahrung der Interessen der Eingeborenen durch Deutschland und der gleichen Verfehlungen, die die Ententemächte Deutschland vorwerfen, durch ihre eigenen Kolonialregierungen müssen gesammelt und spätestens auf der Friedenskonferenz, möglichst aber schon vorher, auf dem Wege über neutrale Staaten zur Kenntnis des Präsidenten Wilson und der ganzen Welt gebracht werden. Vor allem aber sollte unsere Reichsregierung nicht vergessen, durch einen Funkspruch der Großstation Nauen „An Alle" unseren Protest zur Kenntnis aller Völker der Welt zu bringen.

Über das englische Weißbuch, in welchem die Okkupationsregierungen der besetzten deutschen Kolonien das Ergebnis ihrer Umfragen bei den Völkerschaften der deutschen Kolonien veröffentlichen, schrieb die Madrider Zeitung „El Dia" —

Digitized by Google

ein liberales Blatt, also eher entente- als deutschfreundlich — am 12. 12. 1918 mit trefflicher Ironie:

„Der englische Kolonialsekretär Mr. Long sagte insofern die Wahrheit, als England den Eingeborenen, in Togo wenigstens, tatsächlich die Frage gestellt hat (nämlich, ob die Eingeborenen unter englischem Schutz verbleiben oder unter deutschen Schutz zurückkehren wollen). Die Antwort der Eingeborenen aber lautete wesentlich anders, als Mr. Long behauptet. (Das sämtlich nämliche Befragten sich für den englischen Schutz entschieden hätten.) Und zwar dahin, daß sie alle gern unter dem deutschen Schutze weiterleben wollten! ....

Wer aber den egoistischen, zu Verrat neigenden Charakter der Afrikaner genau kennt — wie wir ihn häufig genug in Marokko und anderen Teilen Afrikas haben kennenlernen müssen —, der weiß, wie leicht es ist, die skrupellosen Eingeborenen gegen Deutschland aufzuhetzen, wie leicht es ihnen fällt, alle von Deutschland empfangenen Wohltaten zu vergessen. Wir und alle ehrlichen Menschen wissen nur zu genau, daß die Eingeborenen in Kamerun und in der Nähe unserer Besitzungen am Golf von Guinea einfach verkommen wären, hätten die Deutschen ihnen nicht Ordnung und Zivilisation gebracht."

Auch die französische Regierung hat eine amtliche Denkschrift über die angebliche Behandlung der Eingeborenen-Bevölkerung durch die Deutschen in Togo und Kamerun veröffentlicht. Sie steht auf derselben Höhe — richtiger gesagt, auf demselben Tiefstand — wie das englische Weißbuch. Auch sie enthält lediglich durch nichts kontrollierte Aussagen von Eingeborenen. Nun weiß aber doch jeder, der die Bantuneger-Bevölkerung Afrikas kennt, daß dem Neger die moralische Verderblichkeit der Lüge gänzlich unbekannt sind, daß er die Frage eines Europäers stets in dem Sinne beantworten wird, wie, seiner Auffassung nach, die Antwort dem Europäer am erwünschtesten ist.

Was nun das englische Blaubuch anbetrifft, daß in bezug auf Verleumdung der deutschen Eingeborenen-Politik so ziemlich das Schlimmste darstellt, was man sich überhaupt vorstellen kann, so hat unser Reichs-Kolonialamt in seinem kürzlich herausgegebenen Graubuch „Die Behandlung der einheimischen Bevölkerung in den kolonialen Besitzungen Deutschlands und Englands" eine erfreuliche Gegenoffensive unternommen. Der Vorzug der deutschen Beweisführung liegt hauptsächlich darin, daß fast ausschließlich englische Urteile aus der englischen Kolonialliteratur zur Kennzeichnung der englischen Kolonialpolitik herangezogen sind. Der Vorwurf der Parteilichkeit, der dem englischen Blaubuch, wie wir gleich sehen werden, mit Recht entgegengehalten werden darf, wird dem deutschen Graubuch niemand machen können.

Die Beweisführung des Graubuches ist so schlagend, daß man nur eins bedauern kann: daß es erst jetzt herauskommt, erst in dem Augenblick, in dem die Friedenskonferenz sich bereits damit befaßt, das Schicksal der deutschen Kolonien gegen uns zu entscheiden und das Gift der englischen Verleumdung auch auf den Präsidenten Wilson seine Wirkung ausgeübt hat. Hoffen wir trotzdem, daß es

Digitized by Google

immer noch rechtzeitig erschienen ist, um den englischen Hieb durch Gegenhieb zu parieren. Noch ist ja die getroffene Entscheidung der Konferenz nicht endgültig, noch sind insbesondere Frankreich und die australischen Kolonien entschiedene Gegner der von Wilson vorgeschlagenen und von England angenommenen Lösung.

In der Einleitung des Graubuches wird mit Recht darauf hingewiesen, daß der ganze englische Pressefeldzug und die amtlichen Veröffentlichungen keinen anderen Zweck haben, als eine Annexion der von England besetzten deutschen Schutzgebiete im großen Stile vorzubereiten. Auf alle Weise soll der Welt der Glaube beigebracht werden, daß nicht selbstsüchtige Absichten, sondern nur moralische Gründe England veranlassen, die Hand nach deutschem Besitz auszustrecken. Diesem Zweck dient auch die Parole, Deutschland sei unwürdig, Kolonien zu besitzen.

Zuerst wurde sogar die falsche Behauptung in die Welt gesetzt, Deutschland habe das Übergreifen des Krieges auf die kolonialen Gebiete selbst verschuldet. Die Unwahrheit dieser Behauptung und der wahre Sachverhalt, daß Deutschland allein sich für unbedingte Beachtung der Kongoakte — also Neutralisierung der Kolonien — eingesetzt hatte, ging aber aus offiziellen Auslassungen, wie z. B. dem belgischen Graubuch, zweifellos hervor.

Als Ersatz erschien nun die Behauptung, daß Deutschlands Kolonialbesitz die Gefahr einer Militarisierung Afrikas in sich berge, obwohl allgemein bekannt war, daß der militärische Aufwand in den deutschen Kolonien auf ein Mindestmaß für Aufrechterhaltung des inneren Friedens beschränkt war, also nicht einmal mit deren Verteidigung gegen einen äußeren Feind gerechnet hatte. Frankreich dagegen hatte schon vor dem Kriege die Bildung einer schwarzen Armee zur Bekämpfung Deutschlands vorbereitet, und England folgte während des Krieges diesem Beispiel, indem es aus ganz Afrika Truppen nach Deutsch-Ostafrika schickte.

Als drittes Glied der Kette erschien im August 1918 ein englisches Blaubuch über schlechte Behandlung der Eingeborenen in Südwest-Afrika durch Deutschland. Um einer rechtzeitigen wirksamen Widerlegung vorzubeugen, wurde der Inhalt des Blaubuches nur stückweise an die Presse gegeben, während das Blaubuch selbst noch zurückgehalten wurde. Die sogenannten Enthüllungen des Blaubuches fordern aber geradezu die Frage heraus, wie die Engländer früher, im Gegensatz zu heute, über die deutsche Kolonisationsarbeit geurteilt haben, wie es in Wirklichkeit mit den wegen Südwest-Afrika gegen Deutschland erhobenen Anklagen bestellt ist, und endlich, wie England mit seinen eigenen Schutzbefohlenen verfahren ist und noch verfährt. Daraus wird sich dann die richtige Antwort auf die Frage ergeben: Ist England berufen, den Richter in Fragen der Eingeborenenbehandlung zu spielen?

Der erste Teil des deutschen Graubuches ist der Veröffentlichung von englischem Lob der deutschen Kolonisationsarbeit vor dem Kriege gewidmet. Zunächst sei

Digitized by Google

einiges aus dem Urteil des Amerikaners E. A. Forbes in der amerikanischen „Review of Reviews" 1911 wiedergegeben, der lange Zeit in Afrika geweilt hat, der Kolonisationsarbeit der Franzosen Anerkennung zollt, die deutschen Kolonisationsarbeit aber weit höher einschätzt: „Von allen Schutzherren in Afrika hat der Deutsche die reinsten Hände und die besten Aussichten." Deutschland habe bei seiner afrikanischen Besitzergreifung geschickt diplomatisiert, „aber selbst sein bitterster Gegner kann kaum behaupten, daß es dabei nicht ehrlich gespielt habe." Über die deutsche Eingeborenen-Politik heißt es:

„Ohne große Posaunenstöße und ohne die lärmende Hilfe des Preßagenten erzieht sich der Deutsche das junge Afrika nach seiner Art, und er läßt es sich auch Mühe kosten. Ich habe die Deutschen in ihrem nahen Verkehr mit ihren halbwilden Schützlingen an der Westküste beobachtet. Die Verwaltung und Regierung im schwarzen Erdteil ist zu einem sehr großen Teile eine Frage des Temperamentes, und allem Anschein nach lassen sich die Deutschen weniger leicht zur Reizbarkeit und zur Erregung hinreißen, als die anderen weißen Menschen. Ich habe alle weißen Rassen bei ihrer Arbeit, Afrika zu erwecken, beobachtet, und ich kann mich nicht der Überzeugung verschließen, daß der deutsche Eingeborene sich ebenso weit, wenn nicht noch höher empor entwickeln wird, wie alle anderen."

Auch der kürzlich verstorbene frühere Präsident Theodore Roosevelt schrieb 1910 in seinem Buche „Afrikanische Wanderungen eines Naturforschers und Jägers" über die deutschen Pflanzer, Beamten und Offiziere:

„Es waren Männer von unzweifelhafter Fähigkeit und Tatkraft, wenn man sie sah, so verstand man leicht, warum Deutschland in Ostafrika so zusehends emporgeblüht ist. Es sind erstklassige Menschen, diese Engländer und Deutschen; beide verrichten in Ostafrika ein Werk, das der ganzen Welt zugute kommt" usw.

Das englische Blaubuch urteilt genau entgegengesetzt, wie diese beiden Amerikaner, aber auch entgegengesetzt, wie der Engländer Henry Samuel, eine bekannte südafrikanische Autor tät und Freund von Cecil Rhodes, über deutsche Kolonisationsmethoden, besonders in Südwest-Afrika, sich im „Observer" ausließ:

„Mit Rücksicht darauf, daß die Deutschen ihren Kolonialbesitz erst seit dreißig Jahren haben, während England seine Überseestaaten seit mindestens einem Jahrhundert okkupierte, ist der Fortschritt Deutsch-Südwest-Afrikas keineswegs gering anzuschlagen."

Weiter: Deutschland müsse es aufgeben, die südwestafrikanischen Eingeborenen, die den niedrigsten Typen der menschlichen Rasse angehören, reformieren zu wollen. Das sei ein hoffnungsloses Beginnen.

Das Urteil Samuels über die Eingeborenen Südwest-Afrikas ist besonders deshalb wichtig, weil es die Darstellung des englischen Blaubuches, daß Herero und Hottentotten afrikanische Idealfiguren seien, schlagend widerlegt.

Sir Harry Johnston schreibt in seinem Werk „Geschichte der Kolonisation Afrikas durch fremde Rassen", unter Hinweis auf die in Kamerun und Ostafrika von seiten einiger Angestellten gegen Eingeborene begangenen Ausschreitungen:

„Die deutsche Regierung erledigte diese Vorkommnisse sehr verständig, indem sie nichts verbarg, sondern ein gerichtliches Verfahren gegen die Schuldigen einleitete .... Der

Digitized by Google

Teutone neigt zwar dazu, mit untergeordneten Rassen bei der ersten Berührung hart, ja selbst roh zu verfahren. Aber er ist nicht töricht, er gewinnt dadurch die Achtung der Neger oder Asiaten, welche rohe Gewalt bewundern, und sobald diese aufgehört haben, Widerstand zu leisten und sich beugen, wird er mit der Zeit durch seine Gutmütigkeit zu einer milderen Behandlungsweise bewogen. Es ist eine hoffnungsvolle, gesunde Eigenschaft der Deutschen, ihre eigenen Fehler schnell einzusehen und sie ebenso schnell zu vermeiden."

Derselbe Verfasser ist bekanntlich während des Krieges in wiederholten Veröffentlichungen dafür eingetreten, daß Deutschland durch die grausame Behandlung seiner Eingeborenen jeden Anspruch auf Kolonialbesitz verwirkt habe. Hiermit vergleiche man, was er am 28. 9. 1903 im „Daily Chronicle" über die Belgier als Kolonisatoren schrieb:

„Es gibt zweifellos schlechte Belgier, wie es unter den Pionieren Afrikas schlechte, grausame und bösartige Engländer und Schotten gegeben hat. Ich habe in den ersten Tagen der afrikanischen Unternehmungen zu viele durch meine eigenen Landsleute in Afrika verübte Missetaten gesehen, als daß ich sehr geneigt wäre, ähnliche Fehler anderer Nationen zu denunzieren."

Leider scheint Sir Harry Johnston während des Krieges anderen Sinnes geworden zu sein. Das, was er während dieser Zeit in der englischen Presse schrieb, der immer wiederholte Ruf: „Deutschland darf nie wieder Kolonien besitzen!" steht im Widerspruch mit dem Obigen, insbesondere aber mit den Worten, die er kurz vor dem Kriege in einem Kolonialvortrag in Stuttgart aussprach:

„Wenn von den großen Kolonialvölkern der Welt gehandelt wird, ist es schwierig, zwischen den Deutschen und den Engländern einen Unterschied zu machen!"

Ein früherer Gouverneur von Britisch-Ostafrika, Sir Charles Eliot, schrieb 1905 in seinem Werke „The East Africa Protectorate":

„Es scheint, daß Eingeborene aus dem Kongofreistaat und dem portugiesischen Gebiet in deutsches Land einwandern; ein Beweis, daß die dortige Verwaltung ihnen nicht mißbehagt. Die Deutschen widmen der Erziehung mehr Sorgfalt, als es bei uns der Fall ist. Während in Britisch-Ostafrika die Regierung keine Schulen unterhält und sich der Unterricht ganz in Händen der Missionare befindet, haben die Deutschen acht deutsche Schulen, außerdem noch verschiedene Gemeindeschulen. Das Ergebnis dieser Einrichtung ist nach dem amtlichen Bericht zufriedenstellend."

Auch während des Krieges war noch in der „African World" vom 30. 10. 1915, Nr. 677, folgendes zu lesen:

„Es ist seit einiger Zeit üblich, über Deutschland und alles, was deutsch ist, abzuurteilen. In gewisser Weise ist dies vielleicht gerechtfertigt; was aber die deutsche koloniale Verwaltung anbetrifft, welche neuerdings auch einer Kritik unterzogen wurde, so müssen alle diejenigen, welche mit dem deutschen Verwaltungssystem Fühlung genommen haben, dieser Kritik jegliche Berechtigung absprechen. Wenn der Deutsche bei den Eingeborenen nicht gerade populär ist, so wird er doch geachtet. Seine Maßregeln sind nicht immer erfolgreich, aber stets von den besten Absichten geleitet."

Dies möge genügen. Schließlich seien noch einige Worte angeführt aus einer

Digitized by Google

Ansprache, die der jetzige englische Kolonialminister, Lord Milner, als Vorsitzender des Royal Colonial Institutes in dessen Sitzung vom 13. Januar 1914 nach einem Vortrage des Münchener Professors Bonn gehalten hat:

„Großbritannien hat eine lange und sehr vielseitige Erfahrung als kolonisierendes Land. Deutschland ist verhältnismäßig ein Neuling auf kolonialem Gebiet und hat sich, nachdem es eingetreten ist, seiner ungewohnten Aufgabe mit charakteristischer Gründlichkeit und Energie unterzogen Es würde ein großer Fehler sein, zu glauben, daß wir von seiner Erfahrung auf diesem Gebiete nichts zu lernen haben, wie auch Deutschland viel, auf jeden Fall aber etwas zu lernen hat, von unserer langen Geschichte als Kolonialvolk."

Es wäre wünschenswert, daß Lord Milner auf der Pariser Konferenz den Präsidenten Wilson darüber aufklärte, ob er auch jetzt noch auf diesem Standpunkt steht, oder was sich seit dem 13. Januar 1914 ereignet hat, um ihn von diesem Standpunkt abzubringen.

Der zweite Teil des deutschen Graubuches ist der Widerlegung des englischen Blaubuches gewidmet. Leider verbietet es der mir zur Verfügung stehende Raum, auf das Graubuch so ausführlich einzugehen, wie es verdiente. Es ist in deutscher und englischer Sprache erschienen und ist zu beziehen durch den Verlag H. R. Engelmann, Berlin W. 15, Knesebeckstr. 52/53. Jeder, der ein Interesse für die deutschen Kolonien besitzt, sollte bemüht sein, sich das Buch zu verschaffen.

Die Antwort des deutschen Reichs-Kolonialamtes ist ausgezeichnet. Sie charakterisiert sich als ein Hieb, der die gegnerische Parade einfach durchschlägt und sofort die Abfuhr herbeiführt. In sachlichster Weise wird nachgewiesen, daß der größte Teil der gegen Deutschland erhobenen Beschuldigungen unzutreffend ist, teilweise auf mangelhafter Kenntnis der Verhältnisse beruht, teilweise auf — absichtlichen oder unabsichtlichen — Übertreibungen und Entstellungen, teils auf offensichtlichen Fälschungen. Wo von deutscher Seite Fehler oder Mißgriffe begangen worden sind, wird dies in keiner Weise geleugnet, — die Verfehlungen werden aber auf das gerechte Maß zurückgeführt und in jedem einzelnen Falle wird nachgewiesen, daß in englischen Kolonien unter ähnlichen Verhältnissen nicht nur ebenso, sondern meist noch viel härter und grausamer gehandelt worden ist. Wie ein Kenner der Verhältnisse, Henry Samuel, über den Charakter der Hereros und Hottentotten urteilte, haben wir bereits gesehen. Das Blaubuch stellt es aber so dar, als ob die Deutschen die hochentwickelten, harmlosen und biederen Eingeborenen, die, von gelegentlichen kleinen Fehden abgesehen, bis zur deutschen Zeit glücklich und zufrieden nebeneinander lebten, ausgebeutet und vergewaltigt haben, anstatt eine normale wirtschaftliche Entwicklung einzuleiten. In Wirklichkeit litten die Hereros unter den ständigen Einfällen und Raubzügen der Witbooi-Hottentotten. — Erst die Deutschen, unter Hauptmann von Francois, haben 1893 durch Besiegung Witbois den Landfrieden hergestellt.

Das Blaubuch stellt es so dar, als ob der Herero-Aufstand von 1904 eine Folge

Digitized by Google

deutscher Mißwirtschaft war und als ob der Krieg von deutscher Seite mit äußerster Grausamkeit geführt wurde. Beide Vorwürfe werden auf das rechte Maß zurückgeführt, gleichzeitig aber bewiesen, daß England gegen die Matabele in Rhodesia und überhaupt in seinen Eingeborenenkriegen viel grausamer vorging, als wir. Aus eigener Kenntnis möchte ich den Ausführungen des Graubuches noch folgendes zufügen: Die Engländer scheinen zu glauben, daß wir darüber, wie Rhodesia in englischen Besitz kam, nicht unterrichtet sind. Lobengula, der König der Matabele, hatte einigen Engländern das alleinige Ausbeutungsrecht aller Mineralien in dem seiner Herrschaft unterstehenden Maschona-Land gegeben. Gegen den Willen Lobengulas setzte sich hierauf die Chartered-Comp. im Maschona-Lande fest, setzte eine Verwaltung ein, verkaufte Farmen, steckte Stadtpläne ab usw. Im Vertrauen auf die Anwesenheit der Engländer wurden die Maschona unbotmäßig gegen Lobengula und verweigerten den üblichen Tribut. Als darauf Lobengula in altgewohnter Weise eine Strafexpedition ins Maschonaland entsandte, die unter den Eingeborenen raubte, mordete und plünderte — ohne daß indessen einem Europäer ein Haar gekrümmt wurde —, beschloß Cecil Rhodes kurzer Hand die Unterwerfung und Schadloshaltung der Matabele. Während also der deutsche Gouverneur sich äußerste Mühe gab — obwohl er die Gefahr des Zusammenstoßens europäischer Rechtsanschauungen und Zivilisation mit afrikanischer Unkultur und afrikanischen Rechtssitten nicht verkannte — den Frieden zwischen Weißen und Schwarzen aufrecht zu erhalten, beschloß Rhodes kurzerhand die Lösung der Frage mit dem Schwerte!

Das Blaubuch tadelt, daß nach der Niederlage der Hereros der Rest ihres Viehes von der deutschen Regierung konfisziert und die Eingeborenen auf die Farmen verteilt wurden, um dort als Viehwächter beschäftigt zu werden. In Wirklichkeit stellte die Verteilung der Eingeborenen auf die Farmen eine Rücksichtnahme auf sie dar, denn die Farmer mußten für ihren Lebensunterhalt sorgen, ihnen auch die gewohnte Milchnahrung geben. Die Chartered Comp. konfiszierte nach Niederwerfung der Matabele ebenfalls alles Vieh als Besitz des auf der Flucht gestorbenen Königs Lobengula. Sie übersah dabei gänzlich, daß Lobengula sein Vieh zur Pflege und Nutznießung an die Eingeborenen zu verteilen pflegte und daß deren Frauen und Kinder von der Milch lebten. Durch Konfiskation des Viehes — wofür anderweitig kein Ersatz geschaffen wurde — wurde also Frauen und Kindern der beste Teil der Nahrung entzogen. Dies war mit einer der Hauptgründe des Matabele-Aufstandes, der mit Ermordung eines großen Teils der weißen Ansiedler begann und von den Engländern im zweiten Matabele-Kriege aufs grausamste niedergeschlagen wurde.

Digitized by Google

über die englische Kriegführung in den Matabele-Kriegen sowie in vielen anderen Eingeborenen-Kriegen enthält das Graubuch reichliches Material, welches zweifellos beweist, daß die deutsche Kriegführung in Afrika weit humaner war, als die englische.

Es bleibt also von den Anklagen und Beschuldigungen des englischen Blaubuches gegen die deutsche Verwaltung in Deutsch-Südwestafrika in keinem einzigen Punkte etwas Wesenhaftes übrig. Soweit Verfehlungen in deutschen Kolonien vorkamen, werden sie durch Vorkommnisse auf englischem Kolonialboden mehr als aufgewogen. Nach dem Vorgange des Blaubuches über Südwestafrika wäre hieraus die Folgerung zu ziehen, daß an allen diesen Stellen England das Recht auf kolonialen Besitz verwirkt hat.

Wirtschaftliche Aufklärung oder Bankrott

Von Dr. Wilh. A. Dyes.

Seit etwa zwei Jahren habe ich unermüdlich betont, daß jeder wirklich sein Vaterland liebende Deutsche dazu beitragen müsse, für bessere wirtschaftliche Aufklärung unter den Arbeitgebern und Arbeitnehmern Deutschlands zu sorgen, damit die Grundlagen unserer Wirtschaft richtig erkannt und gewürdigt würden. Jetzt endlich ist es durch den früheren Adjutanten des Generals Groener, Richard Merton, dem Sohne des weitsichtigen Frankfurters Wilhelm Merton, weiteren Kreisen der Industrie und des Handels Deutschlands durch eine Denkschrift klar geworden, welche unglaublich verkehrten Wege die volkswirtschaftlichen Berater der Industrie und Reichsregierung gegangen sind. Ich werde niemals den traurigen Eindruck vergessen, den ich 1915 im englischen Gefangenenlager hatte, als dort eine Schrift bekannt wurde, welche von einem deutschen nationalökonomischen Professor abgefaßt war und die Überschrift „Händler und Helden" hatte. Das völlige Versagen einer deutschen Wissenschaft, der Nationalökonomie, in diesem Kriege, ist seither wohl jedem Einsichtigen klar geworden. Der statistische Berater des Reichsmarineamts, Professor Levy, hat selbst diese beklagenswerte Tatsache offen in einem Aufsatze der „Europäischen Staats- und Wirtschafts-Zeitung" zugestanden, als er die Berufung von Wichard von Moellendorf als Professor der Nationalökonomie an die Technische Hochschule in Hannover besprach. Da ich nicht zu der Zunft gehöre und nur aus der Praxis für die Praxis schriftstellerisch tätig bin, darf ich mir wohl erlauben, die in weiten Kreisen jetzt anerkannte Tatsache festzustellen, daß für das praktische Leben unsere deutsche nationalökonomische Wissenschaft in den meisten Erwerbszweigen versagt hat und noch versagt. Die furchtbarsten Folgen haben

Digitized by Google

wir für unsere deutsche Wirtschaft zu erwarten, wenn nicht schleunigst auf diesem Gebiete eine gänzliche Umänderung der bisherigen wissenschaftlichen Arbeit erfolgt und diese dem gesunden Menschenverstande und den Erfordernissen des praktischen Lebens mehr angepaßt wird. Der Staatssekretär Schiffer sagte bereits vor zwei Monaten, daß die deutsche Wirtschaft zugrunde gehen und ein allgemeiner Bankrott bevorstehen würde, wenn nicht binnen wenigen Monaten ein völliger Umschwung auf dem Wirtschaftsgebiete eintreten würde. Diese ist eine der wenigen Reden, die mir auf dem wirtschaftlichen Gebiete in Berlin Eindruck gemacht hat. Als ich neuerdings einem kurzen Vortrag von Wichard v. Moellendorf lauschte, stellte ich mit lebhaftem Bedauern fest, daß auch dieser Mann, dessen Grundanschauungen mir in vieler Beziehung so sympathisch und beherzigenswert sind, sich in breiten theoretischen Erörterungen, in berechtigten Anklagen gegenüber der zu Tage tretenden Erwerbsgier der Industrie und in anderen allgemeinen Darlegungen ergeht, anstatt den Zuhörern durch Beispiele aus der Praxis zu zeigen, wohin wir steuern, wie wir wirtschaftlich tiefer und tiefer kommen, weil die Grundlage jeder Wirtschaft Produktion ist und Deutschland seit Monaten nicht produziert, sondern redet, diskutiert, Papiergeld druckt und bald mehr Schulden als Aktivposten hat. Und wie leicht hätten es doch die Regierung, die Vertreter der Wirtschaftswissenschaft, der Industrie, der Landwirtschaft und des Handels, wenn sie nicht nur in Fachzeitschriften, sondern in allen Tagesblättern ständig kleine, in die Augen tretende Beispiele veröffentlichten, die dem weiteren Publikum vor Augen führen, wie unsere Wirtschaft zurückgeht, wie teuer wir produzieren, wie unfähig wir werden, gegen England und die Vereinigten Staaten zu konkurrieren. Wie leicht würde es sein, in derselben kurzen und eindrucksvollen Weise wie bei den Reklamen für die Kriegsanleihen dem gesamten deutschen Volke vor Augen zu führen, was diese wirtschaftliche Revolution bedeutet. Die Ziffern des bisherigen Staatssekretärs August Müller über die Steigerung der Eisenpreise und ein Vergleich dieser mit den Preisen in England und Amerika müßten in jeder Tageszeitung erscheinen, um dem gesamten Volke klarzumachen, daß unsere bisher größte Industrie nicht mehr konkurrenzfähig ist, wenn es so weitergeht. Die Ziffern über die reichen Kalivorkommen im Elsaß, die in den französischen, englischen und amerikanischen Zeitschriften veröffentlicht sind und die Überlegenheit dieser Vorkommen gegenüber denen in Altdeutschland zeigen, würden jedem beweisen, daß das protzende Betonen unseres Weltkalimonopols, auf das noch im Jahre 1918 wiederholt die Professoren Roth und Binz hingewiesen haben, völlig der Vergangenheit angehört, und daß wir auf diesem Gebiete alle Kräfte zusammennehmen müssen, um durch verbilligte und verbesserte Produktion in den großen ausgebauten Kaliwerken uns in den Stand zu setzen, uns gegen diese in den nächsten Jahren uns schwer bedrohende Konkurrenz einigermaßen wettbewerbsfähig zu halten. Die Ziffern und Angaben der

Digitized by Google

Verwaltung der Farbenfabriken in Leverkusen sollten in allen deutschen Zeitungen (nicht nur in den englischen, wo man sie überall lesen konnte) Verbreitung finden, um zu zeigen, auf welcher schiefen Ebene wir uns befinden. Die Kosten der Kohle, verglichen mit gleichen Angaben in England und Amerika, würden genügen, um auch jedem volkswirtschaftlich Ungebildeten klarzumachen, daß die Grundlage der Industrie, die billige, aus Brennstoffen erzeugte Kraft, für Deutschland in der Konkurrenz mit dem Auslande nicht mehr besteht, wenn es so weiter geht. Die (aus Privatbriefen hervorgehende) in vielen landwirtschaftlichen Kreisen bestehende Leutenot, der Ausfall an bestellten Feldern, die sicherlich zu erwartende geringere Erzeugung an landwirtschaftlichen Erzeugnissen im Jahre 1918 wird es jedem klarmachen, daß wir einer Hungersnot entgegengehen, wenn nicht in letzter Stunde alle Kräfte an den Wagen der Produktion gespannt werden. Die 5- bis 600000 Menschen, die im Kriege an Unterernährung gestorben sein sollen, sind eine geringe Ziffer gegenüber den Millionen, die 1918/19 und 1919/20 an Entbehrungen oder Hungers sterben werden, wenn die Nichtproduktion und schlechte Ausnutzung unserer Anbauflächen weiter fortschreitet. Die lächerliche Auffassung, als ob wir aus dem Auslande reichlich Lebensmittel erhalten würden, muß in der rigorosesten Weise als Unsinn gebrandmarkt werden, indem man dem Publikum in seinen weitesten Kreisen klarmacht, daß wir nicht in der Lage sind, eine große Einfuhr zu bezahlen, weil unsere Mark entwertet ist und weil infolge der mangelnden Produktion an Fabrikaten ein Austausch von Gütern und damit eine Bezahlung der ausländischen Lebensmittel geradezu unmöglich wird. Im Kriege haben wir es wahrlich lange genug mit dem Hurra-Patriotismus und mit dem offiziell in allen Zeitungen verbreiteten Optimismus getrieben. Dadurch haben wir den Krieg mit verloren, weil wir alle anderen Nationen und deren Tüchtigkeit und Zielbewußtheit unterschätzten, und weil unsere Regierung nicht das Vertrauen zum Volke hatte, ihm die Wahrheit zu sagen. Jetzt ist beim Volke aus parteilichen Rücksichten durch eine höhere Brotration Stimmung gemacht, obgleich das hierfür nötige Getreide gar nicht zur Verfügung stand. Jetzt heißt es offiziell: „Sozialismus ist Arbeit", und in Wirklichkeit ist noch niemals in Deutschland so wenig gearbeitet und geschafft worden, wie in diesen letzten drei Monaten. Das Hungergespenst steht näher vor der Tür, als mancher ahnt. Statt die Papierwirtschaft einzudämmen, ist sie weiter ausgedehnt worden. Was ist denn in diesen drei Monaten im Interesse der Gesamtheit des Volkes, im Interesse der Demokratie vom wirtschaftlichen Standpunkte geschehen, um Deutschland über seine größte Krise, über die wirtschaftliche Baisse der Kriegsfolgezeit, aufzuklären? Sind irgendwelche praktischen Wege beschritten, um aus diesem Chaos herauszukommen? Ist irgendwelche Aufklärung verbreitet worden, um dem Volke immer wieder klarzumachen, daß wir wahrscheinlich schon jetzt nicht mehr vom Kapital leben, sondern daß dieses aufgezehrt wird, und daß wir durch Papierdrucken die

Digitized by Google

Unterbilanz des deutschen Volksvermögens erhöhen, mithin bald von Schulden leben?

Vor zwei Jahren habe ich den Versuch einer Volksvermögensbilanz gemacht*) und nahm damals die Aktiven nach Helfferich mit 331 bis 337 Milliarden Mark an. Mit Recht hat dieser neuerdings einem Mitarbeiter der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" erklärt, daß die Aktivposten sich durch den Krieg wahrscheinlich um 30 Milliarden veringert haben, so daß jetzt mit einem Volksvermögen von rund 300 Milliarden gerechnet werden könne.

Diesen Aktiven stellte ich damals, also vor zwei Jahren, folgende Passiva gegenüber:

Schulden des Deutschen Reiches und der deutschen Staaten . .	rund 22	Milliarden M.
Schuldverschreibungen der Stadt- und Landgemeinden . . .	„ 6,5	„ „
Schuldverschreibungen der Hypothekenbanken und Bodenkreditinstitute	„ 28,5	„ „
Schuldverschreibungen der deutschen Aktiengesellschaften und sonstigen privatrechtlichen Schuldner	„ 4,5	„ „
	61,5	Milliarden M.
Hierzu kommen die privaten Schuldverschreibungen, Hypotheken, Verpfändungen usw.	?	
Kriegsanleihen	?	

Ich wies bereits damals darauf hin, daß das gesamte Volksvermögen durch die Kriegsanleihen mit einer 1. Hypothek belastet würde und betonte wiederholt die These: „Gut hinter, Blut an der Front". Wie diese Grundbedingung: „Gut hinter der Front" nicht erfüllt worden ist, wie wir durch den Materialismus und Mammonismus zum bösen Ausgange beigetragen haben, das mögen Einsichtige aus der Denkschrift von Richard Merton entnehmen. Hätte Wichard von Moellendorf bei seinen seit drei oder vier Jahren den Industrieführern vorgetragenen Erörterungen die ausländischen Beispiele (das englische Munitionsministerium und die mäßigen Gewinne der englischen Kriegslieferanten) angeführt, hätte er in Wort und Schrift in Vergleich hierzu die deutschen Gewinne gestellt, hätte er durch praktische Beispiele statt leerer theoretischer und vielfach poetischer Erörterungen den Tatsachenkern dieser Frage bloßgelegt, hätte er an Hand der Ziffern der Wucherämter usw. und der demoralisierenden Wirkung der Kriegsgewinne weithin Klarheit darüber geschaffen, welchem Abgrunde wir entgegensteuerten, dann wäre vielleicht eine Ab- oder Umkehr möglich geworden. Ich bedauere unendlich, daß die hohen Ziele dieses Mannes so unpraktisch dem größeren Publikum vorgeführt werden. Die schöne Sprache zieht heutzutage nicht, die krasse Wirklichkeit muß durch frappierende Beispiele dem Zuhörer und Leser vor Augen geführt werden. Wir sind in Deutschland durch den Krieg in unseren Empfindungen und Eindrücken

*) Vortrag in der Gesellschaft deutscher Metallhütten- und Bergleute, abgedruckt in „Metall und Erz", 1917, Heft 4 und 5.

Digitized by Google

zu sehr abgebräht und abgestumpft, als daß schön geformte Reden ohne Vorführung krasser Beispiele Eindruck machten. Der von mir vor zwei Jahren gemachten Anregung von der Notwendigkeit einer Volksvermögensbilanz ist leider nicht Folge gegeben worden. Und doch, wie wichtig ist gerade dieser Punkt jetzt in diesem Augenblick, wo Erzberger den Aktivposten unserer Handelsflotte und damit die Grundlage eines neuen wirtschaftlichen Aufbaues für den Ausfuhr- und Einfuhrhandel vielleicht für immer in ein großes Fragezeichen verwandelt hat, wo ein Aktivposten nach dem anderen sich in seinem Werte verringert und wo unsere Feinde (die meisten Deutschen machen sich ja gar nicht klar, daß wir noch im Kriege leben, und daß Waffenstillstand keinen Frieden bedeutet) die unglaublichsten Illusionen bezüglich ihrer Kriegsentschädigungen äußern. So stelle ich denn hier den Versuch einer Volksvermögensbilanz zur Erörterung.

Aktivposten, angenommen mit 300 Milliarden Mark.

Passivposten:

1. Hypothek auf das Volksvermögen: Entschädigungen an unsere Feinde in Gold oder Kohle, Kali oder Fabrikaten	50	Milliarden M.
2. Hypothek auf das Volksvermögen: Kriegsanleihen, Pensionen, wirtschaftliche Arbeiten der Kriegsfolgezeit, mindestens	200	„ „
3. Hypothek auf das Volksvermögen: Schulden des Deutschen Reiches und der deutschen Staaten bis zum 1. August 1914, rund	22	„ „
4. Hypothek auf das Volksvermögen: Schuldverschreibungen der Provinzialkreise, der Stadt- und Landgemeinden, etwa	8	„ „
5. Hypothek: Schuldverschreibungen verschiedenster Art wie oben	45	„ „
Angenommene Belastung:	325	Milliarden M.

Ich hoffe sehr, daß meine Rechnung von den Nationalökonomen aufgegriffen und zerpflückt wird. Wie man allerdings die Auffassung beweisen will, daß die Aktiva (abgesehen von dem Posten: Arbeitskraft des deutschen Volkes) die Passiva einschließlich der Kriegslasten übersteigen, ist mir nicht klar. Ich kann mir nicht denken, daß ähnliche Theorien ernstlich vertreten werden, wie sie der bei den Industrieverbänden beschäftigte Volkswirt Steinmann-Bucher in Druck gab, als er annahm, daß das deutsche Volksvermögen sich im Kriege auf 400 oder gar 500 Milliarden Mark vergrößert habe, oder daß die entsprechende ältere Schätzung unrichtig sei. Auch hier liegt m. E. die so beklagenswerte Überschätzung vor, die während des Krieges auf so vielen Gebieten zutage getreten ist, denn jeder mit gesundem Menschenverstand Begabte wird doch zugeben, daß das Drucken von Papier keinen Wertzuwachs bedeutet und daß wir schon obiger 1. Hypothek wegen unser Volksvermögen nicht nach dem Stande unserer

Digitized by Google

jetzigen entwerteten Papiermark einschätzen dürfen, sondern nach dem Kurswerte unserer Mark im Vergleich mit anderen Münzen und Werten des Auslandes.

Aus parteilichen Rücksichten hat die jetzige Regierung nicht gleich die von den U-Sozialisten und Kommunisten geforderte Sozialisierung oder Vergesellschaftlichung oder Verstaatlichung als eine für das Einkommen der Nation schädliche Utopie abgelehnt, sondern nur abgewinkt, statt von vornherein klarzumachen, daß es fast in der ganzen Welt keine Staatsbetriebe gibt, die ähnlich erfolgreich oder gewinnbringend arbeiten, wie Privatbetriebe. Auch hier wäre wiederum den wissenschaftlichen Nationalökonomen ein reiches Feld geboten, um statt langer theoretischer Aufsätze durch Beispiele aus der Praxis anderer Länder Beweise vorzuführen und dem Volke die Augen zu öffnen. In den Archiven der Metallfirmen und der Gesellschaft für wirtschaftliche Ausbildung in Frankfurt, des Kieler und Hamburger Kolonialinstituts sowie des Deutschen Überseedienstes sind sicherlich genügend Unterlagen vorhanden, um zu beweisen, daß die in Australien in verschiedensten Betrieben versuchte Sozialisierung fast immer zu Verlusten oder jedenfalls zu verhältnismäßig sehr geringen Gewinnen geführt hat. Vergleichsziffern über den staatlichen deutschen Kohlenbergbau und andere private Zechen sind sicherlich in der deutschen technischen Literatur zu finden; in oben erwähntem Vortrage sagte ich: „Die Übernahme sämtlicher Zechen in die Verwaltung des Staates wird kaum zu einem glänzenden finanziellen Ergebnis führen". Mit einem Kapital von rund 400 Millionen Mark zahlten die preußischen fiskalischen Bergwerks- und Hüttenbetriebe 1909—1911 nur je 6 bzw. 5, 9 % und 1912 10,8 %. Ich hoffte schon damals, daß die Berufsvolkswirte der Universitäten einen Vergleich zwischen dieser Rentabilität der staatlichen Betriebe und der von ähnlichen Privatunternehmungen durchführen und beweisen würden, daß, eher als eine staatliche Kohlenwirtschaft, eine Kombination zwischen dem australischen und südafrikanischen Besteuerungsprinzip, unter Anlehnung an deutsche Erfahrungen, zu empfehlen sei. Die Angaben über die Kommissionsberichte der in Südafrika aufgeworfenen Frage: Staatsbetrieb? Privatbetrieb? Beteiligung des Staates an Privatbetrieben? sind sicherlich in den Archiven der deutschen Metallfirmen zu finden. Kurze Auszüge daraus würden dem deutschen Volke durch Tatsachenmaterial klarmachen, auf welche schiefe Ebene die Sozialisierungstendenz der Bergarbeiter und radikalen Sozialisten führt. Wenn nach diesen Kriegserfahrungen, die den Materialismus des deutschen Volkes in so erschreckender Weise gezeigt haben, der privaten Initiative, der Intelligenz ein Riegel vorgeschoben wird, ist es klar, daß diese Intelligenz schleunigst auswandern und in anderen Ländern ihre Kenntnisse verwerten wird. Hierüber sollte unser Volk, das so außerordentlich stark einer intelligenten Führung bedarf, sich keinen falschen Erwartungen hingeben. Nicht die Auswanderung

Digitized by Google

des Kapitals, sondern die Auswanderung der Intelligenz wird Deutschland wirtschaftlich weiter herunterbringen, und niemand wird behaupten können, daß wir an wirtschaftlichen Führern einen Überschuß hätten.

„Wer sein Vaterland liebt, muß vor allem jetzt und nach dem Kriege helfen, in weitere Kreise unseres Volkes moderne Auffassungen über die nationalwirtschaftlichen Grundlagen und Notwendigkeiten hineinzutragen.

Bisher bestand zu häufig Volkswirtschaft in Sonderinteressenwirtschaft und unterlag parteipolitischen Strömungen. Wahre Volkswirtschaft hat das Gesamtinteresse der Nation im Auge, bedeutet Nationalwirtschaft und sucht der Zukunft nicht für wenige Jahre, sondern für Jahrzehnte ins Antlitz zu schauen, um richtig vorzubauen."

Diese Worte stammen vom Juli 1918 aus meiner Schrift „Wärme, Kraft und Licht"*) her. Sie treffen in der jetzigen Zeit noch mehr als damals zu. Wenn wir nicht den Mut haben, jetzt dem früher so arbeitsamen deutschen Volke die Karten offen aufzudecken, wenn wir nicht der Hauptmasse unseres Volkes, den Arbeitern, ohne Berücksichtigung der parteipolitischen Strömungen und Sonderinteressen, ernüchterndes Wasser statt moussierende, durch Parteiinteressen gewürzte Getränke vorsetzen, wenn wir ebensowenig den Mut haben, dem deutschen Volke und der ganzen Welt die nackte Wahrheit zu sagen (ohne Beschönigung, wie Staatssekretär Schiffer es bereits tat), wenn nicht in allen Tageszeitungen, durch Anschläge und Reden der Vertreter der Regierung und der Parteien diese volkswirtschaftlichen Grundlagen und Beispiele aus der Praxis dargelegt werden, so daß die tatsächlichen Verhältnisse immer wieder dem Kopfe der arbeitenden Klassen eingehämmert werden, dann wird der wirtschaftliche Rückgang Deutschlands nicht für Jahrzehnte, sondern für eine unabsehbare Zeit zur grausamen Tatsache, dann werden nicht wenige, sondern viele, viele Millionen entweder Hungers sterben, oder als verachtete Fronarbeiter unserer jetzigen Feinde ihr kärgliches Leben fristen müssen. Die Stunde ist so ernst, daß nicht genug gemahnt und gewarnt werden kann. Die schwärzesten Bilder der Zukunft müssen dem deutschen Volke klar vor Augen treten, damit es erkennt, was ihm bevorsteht, wenn es sich im letzten Augenblick nicht besinnt.

Die Herkunft des Bolschewismus

Von Dr. M. Bernath, Stuttgart

Man spricht über Bolschewismus heute auf allen Ecken und Straßen. Die Zeitungen bringen über ihn Artikel und Nachrichten jeden Tag. Und dennoch ist die wahre Herkunft, die geistige Abstammung des „russischen" Bol-

*) Verlag Carl Heymann, Berlin 1918. Die Schrift zeigt an Tatsachenmaterial die „dringend notwendige Reform" auf diesem Gebiete.

Digitized by Google

schewismus allgemein kaum bekannt. Es ist verkehrt zu glauben, daß das Programm der Bolschewisten in Rußland entstanden sei. Die Russen sind, wie jedermann weiß, politisch unproduktiv, und ihre Theorien und Theoretiker sind noch immer von Westeuropa aus befruchtet worden. So steht es auch mit dem Bolschewismus.

Zunächst die Frage: was ist der Bolschewismus? Bolschewismus ist Gruppen-Anarchie, hervorgerufen und ermöglicht durch das Gefühl der Enttäuschung und der Hilflosigkeit des Proletariats. Enttäuschung und Hilflosigkeit bemächtigen sich nämlich der Massen, wenn diese, nach erfolgter politischer Umwälzung, merken, daß politische Macht und wirtschaftlicher Wohlstand der arbeitenden Klassen miteinander nicht identisch sind. Daß in Rußland der Bolschewismus durch den Friedenswillen des Volkes seinerzeit zur tatsächlichen Regierungsgewalt gekommen, ändert an dieser Auffassung nichts. Beweis dafür ist — um beim Osten zu bleiben — die Ausbreitung des Bolschewismus in der Ukraine, wo der Friedensschluß durch die Sozialisten herbeigeführt wurde. Überhaupt hat der Bolschewismus, soweit es sich um sein wirtschaftliches Programm — und ein anderes hat er ja nicht, denn die Politik an und für sich interessiert ihn nicht — handelt, mit dem Krieg nichts zu tun. Die durch den Krieg entstandenen Zustände waren nur seiner raschen Ausbreitung günstig. Die Grundforderung des Bolschewismus ist, die Verfügung über die Wirtschaftskräfte in die Hände der Arbeiterschaft zu legen. Und zwar soll dies nicht auf dem Wege langer Evolution, sondern durch kurzen Prozeß seitens einiger kleiner, aber entschlossener Gruppen erfolgen. Diese müssen dann bis zum Zeitpunkt, wo die trägen Massen des Volkes ihre wahren Interessen, die nur im Bolschewismus liegen, erkennen, eine Diktatur ausüben. Damit vertritt der Bolschewismus in einem gewissen Sinne einen sozialaristokratischen Standpunkt.

Sind Lenin und Trotzki die geistigen Väter dieser Gedankengänge? Sie selbst berufen sich auf Marx und halten sich für seine gewiegtesten und getreuesten Exponenten. In der Tat aber verdanken sie ihre Weisheit der *syndikalistischen Bewegung in Frankreich*, die dort schon lange vor dem Krieg Fuß gefaßt und sich entfaltet hatte.

Der Syndikalismus geht in seinen Anfängen auf verschiedene örtliche und zeitliche Strömungen innerhalb des französischen Sozialismus zurück, die sich bis auf die Jahre unmittelbar nach dem deutsch-französischen Krieg zurückführen lassen. Kompakt zu fassen, als eine programmatisch auftretende wirtschaftlich-soziale Richtung ist er jedoch erst seit etwa 1899. In diesem Jahre ist der Sozialist *Millerand*, als erster seiner Partei, Mitglied der Regierung geworden. Und da hat sich denn auch sogleich innerhalb der sozialistischen Arbeiterschaft die Enttäuschung darüber gezeigt, daß trotz der Beteiligung der Partei an der Re-

Digitized by Google

gierungsmacht, eine Besserung in der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter nicht zu verzeichnen war. Nunmehr haben jene Theoretiker, die der Arbeiterschaft predigten: die Politik kann uns gleich sein, wenn wir nur die Wirtschaftsmacht in die Hände kriegen, bei ihr willige Gefolgschaft gefunden. Es waren dies die Führer der syndikalistischen Theorie, Georges Sorel, Edouard Berth, Emil Pouget, Griffuelhes und Pelloutier. Neben den revolutionären Syndikalismus, der sofortige Aktion verlangte, hat sich noch eine zahmere Richtung, der reformistische Syndikalismus, gebildet. Dieser aber hatte wenig Einfluß und ist für uns hier ohne Bedeutung.

Wer sich auch nur oberflächlich mit der revolutionär-syndikalistischen Literatur befaßt, bemerkt sofort, daß Lenin, Trotzki und Lunatscharski ihre Gedankenwelt ihr zu verdanken haben. *)

Die Bezeichnung „Syndikalismus" kommt von den französischen „Syndicats", d. h. Arbeitervereinigungen (daneben wird aber das Wort im Französischen auch in dem Sinne wie bei uns gebraucht). Die Syndikalisten erstreben die Beseitigung des heutigen Staates, der nach ihnen nichts anderes ist, als eine Schutzeinrichtung für den Kapitalismus gegen die Emanzipation des Proletariats. Der Syndikalist sagt: Weg mit dem Staat! Weg mit der Regierung! Die gesamte Gewalt muß in die Hände der Facharbeiterausschüsse (syndicat) gelegt werden. Weg mit den Grenzen und deshalb auch weg mit Patriotismus und Militär! Die Welt darf nur eine Einordnung nach Klassen, nicht aber nach Vaterländern kennen. Das wahre Vaterland des Arbeiters ist seine Berufsvereinigung, die international ist. So legt der Syndikalismus den Ruf „Proletarier aller Länder vereinigt Euch", der ein Grundsatz seiner Lehre ist, aus.

Im Gegensatz zu der Sozialdemokratie, die die Eroberung der öffentlichen Gewalt auf politischem, d. h. demokratischem Wege erstreben, will der Syndikalismus diese vernichten und nähert sich damit dem kommunistischen Anarchismus. „Die Ära der Staaten ist vorbei, die Ära der Klassen beginnt."

Ein geistreicher Franzose, G. Guy-Grand, hat in seinem 1911 erschienenen Buche „Le procès de la démocratie" gezeigt, wie leidenschaftlich der Syndikalismus in Frankreich die Demokratie bekämpft. Nach der Auffassung seiner Führer ist die Demokratie in der Tat nichts anderes als die Herrschaft der

*) Es seien hier nur die folgenden grundlegenden Schriften genannt:
Georges Sorel, Réflexions sur la Violence. 2. Ausg. 1910,
„ „ Les illusions du progrès. 2. Ausg. 1911,
„ „ La décomposition du marxisme. 2. Ausg. 1909,
Edouard Berth, Les nouveaux aspects du socialisme. 1909,
sowie die Zeitschriften
Revue syndicaliste (seit 1906),
Le Mouvement socialiste (seit 1899).

Digitized by Google

Dummen. Jede demokratische Regierung stützt sich auf eine Mehrheit unintelligenter Wähler. Deshalb hat eine kleine Minderheit, die das wahre Recht und die wahre Pflicht erkannt hat, vollauf das Recht, auf gewaltsamen Wege die Herrschaft an sich zu reißen, die Demokratie zu beseitigen, die eigene Diktatur zu errichten und dann die gesamte Wirtschaftsmacht in den Besitz der „produktiven Kräfte", d. h. der Arbeiter, hinüberzuführen. Diese kleine Auslese von „Sozialaristokraten" wird vollauf genügen, um das Herdenvolk mitzureißen.

Interessant ist die Auffassung der Syndikalisten vom Wahlrecht. Nach ihnen ist das allgemeine Wahlrecht ein Unfug. Vielmehr sollen nur die ein Wahlrecht haben, die als „produktive Kräfte" anerkannt werden. Im übrigen soll die menschliche Gesellschaft nur nach Syndikaten, d. h. Arbeiterräten, gegliedert sein und diese wiederum sollen alle die gleichen Rechte genießen, ob sie groß oder klein sind. Von Proporz oder Berücksichtigung von Stimmenmehrheiten wollen sie nichts wissen. Guy-Grand hat deutlich nachgewiesen, wie alle diese Gedankengänge mit jenen der Reaktionäre verwandt sind und wie die revolutionären Syndikalisten in Frankreich in die Hand der Royalisten arbeiteten. Sein Buch ist für uns heute, wo unsere in der Konsolidierung begriffene junge Demokratie von rechts und links bekämpft und bedroht wird, doppelt interessant.

Auf welchem Wege sollen die von den Syndikalisten gesetzten Ziele erreicht werden? Alle Mittel, auch die gewaltsamster Art, sollen angewendet werden: Generalstreik, Sabotage, Bedrohung der Arbeitgeber, Putsche usw. Die ganze heutige Gesellschaftsordnung muß beseitigt werden durch den Abschluß der Bewegung, den expropriatorischen Generalstreik, der nichts anderes als die „soziale Revolution" darstellt. Dann wird sich die volle Macht des Proletariats entfalten können. Der Begriff „Staat" wird dann verschwinden, an ihre Stelle wird eine Reihe von nebeneinander schaltenden und waltenden Arbeiterorganisationen (Arbeiterräten), die sämtliche Produktionsmittel beherrschen, treten, mit einer obersten Spitze, bestehend aus Vertretern dieser Arbeiterorganisationen. An Stelle der kapitalistischen Geldwirtschaft würde der freie Güteraustausch treten.

*

Die hier geschilderten Gedankengänge zeigen zur Genüge, wie abhängig der Bolschewismus in Rußland und der Spartakusbund bei uns vom französischen Syndikalismus sind. Übrigens trat dieser vor dem Kriege bereits der Reihe nach in allen Ländern, in denen die Arbeiterparteien zur Mitregierung herangezogen wurden, alsbald auf, so in Italien, wo er von Arturo Labriola und Enrico Leone geführt wurde, und in England wo Tom Mann, Guy Bowman und Gaylord Wilshire an der Spitze der Bewegung standen. Bereits in wenigen Jahren des Bestehens der syndikalistischen Be-

Digitized by Google

wegung vor dem Kriege hat sich sein bitterer Ernst und seine große Durchschlagskraft gezeigt. Es sei nur an die unzähligen Streiks in England und an die anschließenden blutigen Zusammenstöße zwischen Arbeiterschaft und Soldaten, wobei die ersteren die letzteren stets zur Verweigerung der Disziplin den Offizieren gegenüber zu verleiten suchten, an die Streiks und Sabotagebewegungen in Frankreich und Italien erinnert. In Deutschland hat der Syndikalismus vor dem Kriege nur deshalb keinen Fuß gefaßt, weil die Sozialdemokratie die Massen noch mit politischen Zielen und Bestrebungen (Koalitionsfreiheit!) zu befriedigen vermochte. An dem Tage, wo die politische Gleichberechtigung, also die Demokratie, ihren Einzug in Deutschland gehalten hat, machte sich auch bei uns die gleiche Strömung innerhalb der Sozialdemokratie bemerkbar.

*

Rußland hat ganz andere wirtschaftliche Verhältnisse als die westeuropäischen Länder. Die von Lenin und Trotzki eingeführten syndikalistischen Theorien konnten dort nicht in ihrer ursprünglichen Art angewendet werden. So mußte auf die gewaltigen Bauernmassen und die bestehenden, traditionell gewordenen kommunistischen ländlichen Besitzverhältnisse, die im „Mir", dem Gemeindekommunismus, verkörpert sind, Rücksicht genommen werden. Trotzdem rekrutiert sich der gesamte gedankliche Inhalt des Bolschewismus aus den syndikalistischen Theorien. Merkwürdigerweise geht der Spartakusbund nicht direkt auf die Quellen zurück, sondern übernimmt seine Leitsätze aus zweiter Hand, nämlich von den Russen.

*

Es wäre verkehrt, zu glauben, daß die syndikalistische Bewegung durch den Krieg und den Sieg in den Ländern der Entente getötet worden sei. Die Zeichen mehren sich vielmehr dafür, daß sie sich wieder regt. Die lange Reihe von Streiks in England — aus Frankreich dringen die Nachrichten nur spärlich zu uns —, sowie die Gärung in der italienischen Arbeiterschaft, sind alles als das Werk der Syndikalisten zu betrachten. Syndikalismus — Bolschewismus — Spartakus: das sind drei Namen für dasselbe Ding, das solange aus dem Völkerleben nicht verschwinden kann, als es nicht gelingt, einen Weg des sozialen Ausgleiches, der wirtschaftlichen Befriedigung der Arbeiterschaft zu finden. Das Proletariat wird sich durch politische Errungenschaften und Rechte nicht befriedigen lassen. Der revolutionäre Syndikalismus hat dieses, das größte Problem der Gegenwart, von dessen Lösung wohl das Fortbestehen unserer Kultur abhängt, aufgeworfen. Die Ideen, die der Bolschewismus trägt, sind mit Maschinengewehren nicht zu bekämpfen. Ihnen müssen gleichwertige soziale Gedanken entgegengestellt werden, die aber durch soziale Taten gestützt werden müssen, wenn sie im Kampfe den Sieg davontragen sollen.

Digitized by Google

Die kleine Aktie

Bei allen einsichtigen Volkswirten, gleichgültig welcher politischen Richtung, bricht immer mehr der Wunsch durch, den Angestellten und Arbeitern größeren Anteil an den Erträgnissen der Werke, als in der Zeit vor dem Kriege, zu gewähren. Reformvorschläge aller Art tauchen auf, von denen die radikalsten sich auf der Linie jener wilden Sozialisierung im Ruhrbezirk bewegen, wo bekanntlich Bergleute auf eigene Faust sich in den Besitz der Gruben setzten. Derartige radikale Maßnahmen müssen, wie wohl an dieser Stelle nicht weiter bewiesen werden muß, scheitern. Umsomehr wenden sich die nüchternen Reformer zahmeren Vorschlägen zu. Dabei wird immer wieder der Vorschlag der Gewinnbeteiligung im allgemeinen und der Ausgabe kleiner Aktien gemacht. Die Redaktion der „Deutschen Politik" hat mich gebeten, gerade den Vorschlag der kleinen Aktie kritisch zu prüfen.

Die Rechtslage bei uns ist die, daß nach dem Handelsgesetzbuch, mit einigen unwesentlichen Ausnahmen, nur Aktien im Mindestbetrage von tausend Mark ausgegeben werden können. Das ist eine Summe, die wohl im allgemeinen für den kleinen Mann zu hoch ist, doppelt hoch, wenn man bedenkt, daß in der Regel die Aktien nicht zu ihrem Nennwerte, sondern zu einem höheren Betrage verkauft werden, während umgekehrt eine Ausgabe von Aktien unter ihrem Nennbetrage in Deutschland, im Gegensatz zu anderen Ländern, gesetzlich unzulässig ist. Man verweist nun auf andere Länder, wo diese angeblichen Mißstände nicht vorhanden seien, so auf *England*, wo die Aktien auf ein Pfund Sterling lauten, also auf den fünfzigsten Teil der in Deutschland eingeführten Mindestsumme, oder aber auf *Amerika*, wo zudem die Aktien sehr häufig weit unter ihrem Nennwerte begeben werden. Bevor die Frage geprüft werden soll, ob diese angelsächsischen Einrichtungen sehr nachahmenswert sind, muß zunächst einmal festgestellt werden, daß auch in jenen Ländern, namentlich in England, im eigentlichen Börsenverkehr im allgemeinen gar nicht diese kleinen Einheiten gehandelt werden und daß man fünfzigstückweise zu kaufen hat, so daß also der Mindestumsatz, wenigstens im Börsenverkehr, sich von dem deutschen nicht unterscheidet. Die weitere Frage aber ist, wie schon angedeutet, die, ob die Nachahmung jener kleinen Aktien überhaupt zu empfehlen sei.

Und da muß doch auf die Motive zurückgegangen werden, die seinerzeit einen Mindestbetracht von 1000 Mark in das deutsche Gesetzbuch hineinbrachten. Das war die *Furcht*, daß das *Börsenspiel* auch die kleinen und kleinsten Kreise ergreife. Und diese Furcht ist gar nicht unberechtigt. Wer während des Krieges, wo das Geld im Überfluß vorhanden war, beobachtete, welche Kreise sich zum Börsenspiel haben verleiten lassen, der wird vielleicht damals bedauert haben,

Digitized by Google

daß der Mindestwert der deutschen Aktie nicht noch höher sei. Mehr als man in der Öffentlichkeit erfahren hat, sind mittlere Kreise, wie beispielsweise Bankbeamte, durch die unheilvolle Spekulation in Vermögensverfall geraten. Hätte es gar Aktien für hundert Mark usw. gegeben, so hätten die finanziell, aber auch moralisch in Mitleidenschaft gezogenen Schichten sich noch vervielfältigt.

Nun könnte man freilich gegenüber diesen Einwendungen darauf hinweisen, daß die Beteiligung des kleinen Mannes, des Arbeiters und Angestellten, in einer Weise erfolgen könne, daß die reine Spekulation ausgeschaltet werde. Eine Aktiengesellschaft könnte z. B. dem eigenen Personal die Aktien gutschreiben, ohne sie ihnen in natura auszuhändigen. Es würden also Aktien geschaffen, die auf den Namen lauten und deren Übertragung nicht so ohne weiteres möglich wäre. Aber auch gegen die Anwendung dieses Gedankens bestehen auf Grund praktischer Erfahrungen schwere Bedenken. Ein klassisches Beispiel bietet der Stahltrust. Dieses größte Industrieunternehmen der Welt hat vor einer ganzen Reihe von Jahren seinen Arbeitern Aktien zu einem vermeintlich sehr günstigen Kurse angeboten. Wenn ich nicht irre, standen damals an der Börse die Stammaktien des Trusts auf etwa 60, während die Arbeiter zu 58 die Anteile zeichnen konnten. Das war ein für den Augenblick sehr vorteilhaftes Anerbieten. Es verging aber kaum ein Jahr, da standen die Stahltrust-Aktien erheblich unter 50. Dementsprechend war auch die Rentabilität beträchtlich zurückgegangen. Durch den Krieg hat jenes amerikanische Unternehmen sich wieder erholt. Es wäre aber ebensogut möglich gewesen, daß der Gewinn immer weiter zurückgegangen wäre. In welche Lage wären dann die Arbeiter gekommen? Sie hätten dann gleichzeitig eine Verschlechterung ihrer Löhne zu gewärtigen gehabt und ihre Sparpfennige gefährdet gesehen.

Aus allen diesen Gründen geht Rathenau in seinen wirtschaftlichen Schriften soweit, daß er nicht nur für Arbeiter und Angestellte, sondern auch für den Mittelstand den Erwerb von Aktien für einen Unfug erklärt und ausdrücklich diese Kreise auf den Erwerb festverzinslicher Werte verweist. Wenn man schon für den Mittelstand wegen der Schwankungen der Rentabilität vor allem Aktienbesitz warnen muß, wie kann man da dem kleinen und kleinsten Mann unseres Volkes mit dem Erwerb von Aktien einen Gefallen tun! Abgesehen von allem anderen ist gerade heute ein solcher Plan darum bedenklich, weil wir alle wohl die Rentabilität unserer Gesellschaften nicht gar zu rosig beurteilen. Ob übrigens der Besitz von Aktien eines Unternehmens nicht bis zu einem gewissen Grade die nicht zu entbehrende Freizügigkeit der Angestellten erschwert, sei noch dahingestellt.

Es ist auch kein Zufall, daß in den Kreisen der Sachverständigen die kleine Aktie eigentlich nur für eine besondere Art von Unternehmungen propagiert wird, wo sie zum Teil übrigens auch jetzt schon zulässig ist. Das ist das koloniale

Digitized by Google

Unternehmen. Dort muß jeder Pionier gleichzeitig spekulieren und wagen; lockende Gewinne ziehen auch das Kapital dahin, aber gleichzeitig ist das Risiko ungewöhnlich groß. Die Hoffnung auf Gold- und Diamantenfunde ist es, die den profitlustigen Europäer zum Kauf von Kolonialwerten treibt. Und nur diese Gier ist nach Ansicht der Fachleute in der Lage, große Kapitalien aus den kleinsten Kanälen herauszulocken und trotz mancher Fehlschläge letzten Endes die Erschließung von Neuland zu ermöglichen. Aber eine derartige spekulative Anlage ist wohl das letzte, was wir den arbeitenden Klassen aufschwätzen wollen.

Über all diesem Ablehnenden darf allerdings nicht vergessen werden, daß schließlich doch ein sehr guter und beachtenswerter Gedanke zur Empfehlung der kleinen Aktie geführt hat. Das ist der Wunsch, dem Mitarbeiter einen Anteil am Gewinn des Unternehmens zu sichern und gleichzeitig auch seine Arbeitsfreude und Leistungsfähigkeit möglichst zu erhöhen, nicht etwa nur im Interesse des betreffenden Unternehmens, sondern der Gesamtheit, die heute ja mehr als je auf eine möglichst rationelle Ausnutzung der Arbeitskraft angewiesen ist. Dieses Ziel ist beachtenswert und es muß, wenn irgend möglich, angestrebt werden. Nur fragt sich, welcher andere Weg dazu geeignet ist. Ob man nun die Nutzbeteiligung einführen soll, wie etwa bei Zeiß in Jena? Auch hier treffen gewisse Bedenken zu, die für die kleine Aktie angeführt wurden. Die Spekulation ist zwar ausgeschaltet aber die Gefahr, daß ein Ausfall an Dividende zusammenfällt mit schlechten Löhnen, gibt doch wohl zu denken. Es läßt sich da freilich durch Anhäufung von Reserven ein gewisser Sicherheitsfaktor einschalten. Ob das aber genügt? Generell, so scheint uns, ist die Frage gar nicht zu lösen. Man muß wohl hier in vorsichtiger Weise experimentieren, d. h. man wird die verschiedenen Möglichkeiten in den verschiedenen Gesellschaften auszuprobieren haben. Daß aber dabei die kleine Aktie nicht in Frage kommt, dürfte wohl nach dem Vorangegangenen sich ohne weiteres ergeben. Linter.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a I. Für Anzeigen F. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.70, übriges Ausland M. 8.—. Einzelnummer 50 Pfg. / Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 48.

Digitized by Google

4. Jahrgang * 7. März 1919 * Heft 10

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Das erste Kapitel über die deutsche Verfassungsarbeit trägt den Titel: „Begrabene Hoffnungen". Wie die Fortsetzungen des Volksromans lauten werden, weiß das Verfasserkollegium selber noch nicht. Der gute Deutsche resigniert, denn er sieht heute fast nur die bayerische Briefmarke auf der Strecke geblieben (und die war dazuhin besser als das üble Schmuckstück der Reichspost). Hugo Preuß hat auf die besten Stücke seines Entwurfes verzichten müssen, indem der zentralistische Gedanke wieder in den föderativen umgebogen wurde. Tapfer verteidigte er auch den Kompromiß. Gewiß, daß wir Reichsministerien erhalten, ist ein Vorzug; aber indem wir sie schaffen, geben wir mit dem Reichsrat einer Körperschaft das Leben, deren Aufgabe heute schon deutlich ist, den freien Wurf großer Erfindung zu lähmen. Ist eigentlich die Nationalversammlung souverän? Manchmal sieht es aus, als ob die Gliedstaaten sich im Zustand vor den Novemberverträgen von Versailles befindlich glauben und über das kommende Reich „Verträge" abschließen wollen. Hat denn niemand ein Gefühl dafür, daß das Ermunterung an die Entente und Ernüchterung für Deutschösterreich ist?

*

Die Reichsfarben sollen, nach einer Verfassungsbestimmung, künftig Schwarzrotgold sein. Einverstanden. Aber das Schwarzweißrot soll darum nicht geschmäht werden dürfen. Mit der Farbe soll nun auch die Gesinnung lebendig werden, die 1813 und 1848 lebendig war. Metternich haßte sie, nicht nur weil sie freiheitlich war, sondern weil sie den das Fürstenwesen überwindenden Nationalstaat wollte. Das Fühlen der Freiheitskrieger, das Denken in der Paulskirche war antipartikularistisch. Die deutschen freistaatlichen Regierungen aber bringen nicht die Kraft auf, sich vom Erbe ihrer Vorgänger innerlich loszureißen. Erzwingt die Nationalversammlung diese Stärkung des Einheitsgedankens nicht von sich aus, dann bleibt das Schwarzrotgold eine romantische Kostümattrappe.

*

Digitized by Google

Nun Eisner, der immerhin Flamme war, erlöscht ist, beginnen in München die Talgkerzen zu schwelen. Erich Mühsam ruft drohend gen Norden: „Seien wir Bayern!", was ihm etwas schwerfallen wird, da die Kaffeehäuser einer armseligen Berliner Bohème seine Heimat sind. Diese Revolutionäre sind ein blutig-grotesker Fasching, und es fällt ihnen nicht einmal sehr viel ein, denn wenn sie jetzt nach Gustav Landauers Losung in den Kirchen atheistische Propaganda machen wollen, sind sie nur ärmliche Kopisten der aufdämmernden Geistlosigkeit der großen französischen Revolution. Ihr Getue ist ekelhaft, aber es muß den Mordanschlag auf Auer überlärmen. Von ihm redet niemand. Was gilt er, der vom Arbeiter zum besonnenen politischen Führer emporwuchs und ein wahrer Vertreter guten bayerischen Volkstums ist, den Berliner Literaten, die Schwabing eroberten? Es lohnt sich ihnen kaum, nach dem Mörder umzusehen. Außerdem ist die Entrüstung über einen Grafen billiger als über einen Metzgergesellen.

*

Die neue Streikwelle, die vor allem Mitteldeutschland überflutet hat, ist nicht wirtschaftlicher, sondern ausschließlich politischer Natur: das Rätesystem soll sich gegen die Demokratie einer Parlamentsmehrheit durchsetzen. Der Kampf ist keine Überraschung; unsere Linke, die Unabhängigen eingeschlossen, wissen ja nichts, als den Ablauf der russischen Umwälzung nachzubuchstabieren. Und die Mehrheitssozialisten fühlen sich unsicher werden: sie kämpfen zwar gegen den verbrecherischen Streik an, suchen aber nach beruhigenden Methoden, in denen die Weiterexistenz der A.- u. S.-Räte befestigt werde. Dabei laufen die Meinungen nebeneinander her, die das, was jetzt „Rat" heißt, umdeuten wollen auf „Arbeiterbetriebsausschuß" oder auf „Arbeiterkammer". Das geistige Tohuwabohu ist vollkommen; für niemanden erstaunlich, der diese ganze Räteromantik, die auch einem Teil der „Intellektuellen" als das Arkanum der neuen Zeit erschien, von vornherein für eine plumpe und brutale Geistlosigkeit hielt. Kaum wo anders hat die Phrase je solche Orgien gefeiert, als in diesen Debatten. Aber sie redet uns immer tiefer ins Unheil hinein.

*

Die Ententekommission in Galizien hat schamlose Dinge bei den Judenprogromen durch die Polen festgestellt. Nicht nur haben sich die polnischen Legionäre, diese Vertretung der polnischen Bildungsschicht, an den Züchtigungen der Juden beteiligt, sondern sie haben sich sogar zwei Rubel als „Arbeitslohn" von ihren Opfern zahlen lassen, die obendrein noch jeden Schlag mit den Worten „Danke Ihro Gnaden für die Belehrung" quittieren mußten. So sieht die polnische Freiheit aus, von der während des Weltkrieges die polnischen Blätter zu erzählen wußten, und die jetzt jedem blühen wird, sei er Deutscher, Ukrainer oder Jude, der unter die Fittiche des polnischen Adlers geraten sollte.

Digitized by Google

Wer treibt satanische Politik?*)

Von Dr. Paul Rohrbach

In dem Vortrag des Prinzen Max von Baden über Völkerbund und Rechtsfriede werden auch die Worte des berühmten englischen Arztes Saleeby über die Wirkungen der Blockade erwähnt, deren physiologische Folgen das deutsche Volk „nicht nur als Nation, sondern auch als Rasse" ruinieren sollen. Manche meinen, es sei schwer zu glauben, daß in England, selbst bei noch so starkem, feindseligem Empfinden gegen Deutschland, weitere Kreise von einer derartigen Gesinnung erfüllt sein sollten, die, wenn sie vorhanden wäre, in der Tat als teuflisch bezeichnet werden müßte. Wir wollen den Ausdruck vorläufig annehmen und zusehen, ob es nötig sein wird, ihn zurückzuweisen, wenn wir die Ausführungen des Dr. Saleeby und die näheren Umstände, unter denen sie erfolgt sind, kennengelernt haben.

Die englische Zeitschrift „Common Sense" vom 14. Dezember 1918 enthält einen Artikel: Northcliffe Press on German babies. Darin wird mitgeteilt, einer der Hauptjournalisten der von Lord Northcliffe geleiteten Presse, namens Frederic William Wile, habe im Sunday Weekly Dispatch einen Artikel geschrieben: Die Hunnen von 1940, und zwar auf Grund einer Unterhaltung mit Dr. Saleeby, einem bedeutenden medizinischen und physiologischen Sachverständigen. Aus dem, was diese Autorität über die erhofften Wirkungen der Blockade gesagt hat, wird zunächst folgendes wiedergegeben:

Wenn deutsche Eltern heute schlecht ernährt oder unterernährt oder halb ausgehungert oder durch die tausend und einen unheimlichen sogenannten Nahrungs-„Ersatzmittel", mit denen sie sich jetzt erhalten, vergiftet werden, so wird ihre Nachkommenschaft dementsprechend minderwertiges Erzeugnis sein. Sie wird in weitem Maße allen möglichen Varietäten erblicher Leiden unterworfen sein. Sie wird in geringem Maße widerstandsfähig sein gegen die Ansteckung durch Tuberkulose. Sie ist möglicherweise verkrüppelt, mißgebildet, oder im Wachstum unternormal. Es ist gewiß: daß kein noch so reichliches Hanteln, Keulenschwingen oder preußischer Kasernenhofdrill — kein noch so ausgiebiges Anwenden der Gymnastik in den so gerühmten deutschen Turnvereinen die Arme und Beine von Kindern geraderecken kann, die von schlechternährten Eltern stammen, oder gutes rotes Blut in ihre anämischen Adern zu pumpen vermag, oder auf andere Weise die dauernden Spuren abändern kann, die die Natur ihren mangelhaften Konstitutionen eingegraben hat.

*) Ich habe den Ausdruck „satanische Politik" für das Verhalten der Entente gegen Deutschland vor einiger Zeit in der „Hilfe" (13. Febr. 1919) gebraucht. Darauf ist von verschiedenen Seiten, auch aus dem Auslande, gefragt worden, ob das mitgeteilte Material authentisch und wie es zu belegen sei. Nachstehende Ausführungen geben die Antwort darauf.

Digitized by Google

Zum Schluß wird eine zusammenfassende Erklärung des Dr. Saleeby gegeben, die folgendermaßen lautet:

Ich gehe weit im Vorausblick auf die Zukunft Deutschlands: ich spreche aus, daß nicht nur Zehntausenden von noch ungeborenen Deutschen ein Leben physischer Minderwertigkeit vorausbestimmt ist, so gewiß, als sei durch Rechtsverfahren ihnen ein solches Urteil gesprochen, sondern daß Tausende von noch nicht erzeugten Deutschen, wenn ihre Zeit gekommen sein wird, einem solchen Schicksal ins Angesicht schauen werden. Rhachitis wird vielleicht die gewöhnlichste Form sein, in der der untaugliche Deutsche der Nachkriegsperiode angetroffen werden wird. Man nennt in Deutschland die Rhachitis „die Englische Krankheit". Nun wohl, es kann dazu kommen, daß sie diese Bezeichnung in Zukunft noch besser als in der Vergangenheit verdient, denn die britische Blockade ist an erster Stelle verantwortlich für Deutschlands jetzige fürchterliche Ernährungsnotlage und infolgedessen für die Dauerwirkungen, die deren Folge sein werden.

Prinz Max von Baden nennt diese Worte eines der „furchtbarsten" Dokumente dieses Krieges. Ohne Zweifel sind sie furchtbar. „Common Sense", also eine gemäßigte, dem Frieden und der Idee der Völkergerechtigkeit geneigte englische Stimme, keine deutsche, macht für sie nicht einen einzelnen, besonders brutalen Journalisten verantwortlich, sondern eine ganze politische Richtung, und zwar die jetzt in England beinahe unumschränkt herrschende. Lord Northcliffe war vom ersten Tage an der Einpeitscher des Krieges. Er hat durch länger als vier Jahre den Feldzug der absoluten Haßpropaganda gegen alles, was deutsch ist, geleitet. Er beherrscht mit seinen Zeitungen auch heute noch den größten Teil der öffentlichen Meinung in England — die Massen unbedingt, aber auch viele Gebildete, bis in die höchsten Kreise der Gesellschaft, einschließlich der Kirche. Die Parolen, die er durch seine Journalisten ausgeben läßt, haben die größte politische Bedeutung für das englische Urteil und das politische Willensziel Englands im ganzen. Wenn sein Journalist eine Unterhaltung, wie die genannte, mit dem Dr. Saleeby führt, um die Meinung dieser Autorität dem Publikum mitzuteilen, so soll das heißen, daß die haßerfüllte Freude an dem rhachitischen, verkrüppelten, unterwüchsigen, blutleeren, tuberkulösen deutschen Nachwuchs, den der Arzt „so gewiß, als sei den Deutschen durch Rechtsverfahren ein solches Urteil gesprochen, in Deutschland entstehen sieht, dem englischen Volk als sein Normalempfinden gegenüber dem deutschen gepredigt werden soll. Mir scheint, man kann das satanisch nennen.

Wenn ein Mann, wie Lord Northcliffe, für einen Gedanken Propaganda machen läßt, so ist nichts so wahrscheinlich, wie daß man seine Auswirkungen auch in der praktischen Politik Englands finden wird. Prinz Max sagt, es sei

Digitized by Google

Sorge dafür getragen worden, unanfechtbare Grundlagen in die Hände unserer Feinde zu legen darüber: *)

1. daß an den Wirkungen der Blockade täglich ungefähr 800 Menschen in Deutschland sterben;
2. daß sich unter den kleinen Kindern an manchen Zentren die Sterblichkeit nahezu verdoppelt hat;
3. daß unter Kindern und Halbwüchsigen die Todesernte der Tuberkulose in großen Städten doppelt so groß wie vor dem Kriege geworden ist, die Sterblichkeit der Mütter am Kindbettfieber sich für ganz Deutschland um zwei Drittel vermehrt hat;
4. daß die Ärzte vielen heilbaren Krankheitsfällen ratlos gegenüberstehen, weil ihnen die nötigen Arzneien und Nahrungsmittel zur Hilfeleistung fehlen;
5. daß infolge der Unterernährung das ganze Volk von einer nervösen Erkrankung ergriffen ist, welche die Initiative lahmlegt und die moralischen Hemmungen schwächt;
6. daß Hunderttausende von Müttern nicht in der Lage sind, ihre rekonvaleszenten Kinder vollends gesund zu pflegen, weil sie sie nicht auffüttern können, so daß vielfach Siechtum auf Lebenszeit zurückbleibt, daß mit einem Wort die Lebenskraft der heranwachsenden Generation an der Wurzel getroffen ist.

Vergleichen wir diese Aufzählung mit dem Gutachten des Dr. Saleeby und mit der Tendenz, der es in der Northcliffe-Presse dienen soll, so zeigt sich, daß wir uns bemühen, Eindruck auf das Gefühl des Gegners für Menschlichkeit und Gerechtigkeit genau mit denselben Tatsachen zu machen, von denen Lord Northcliffe triumphierend verkünden läßt, sie seien die erwünschten und dauernd festzuhaltenden Ziele der englischen Hungerblockade. Auf die von der Northcliffe-Presse beeinflußte englische Politik und englische öffentliche Meinung wird mit solchen Darlegungen keine andere Wirkung hervorgerufen, als daß es mit tiefer Befriedigung heißt: Vortrefflich, das gerade wollten wir ja haben, und so soll es sein nicht nur für diese, sondern womöglich auch für die nächste Generation. Wir finden also in der Weigerung Englands, die Blockade aufzuheben oder auch nur zu mildern, nichts anderes wieder, als das Diktat der Northcliffeschen Richtung in der englischen Politik über Deutschlands Zukunft. So ist es, und so soll es diesen Leuten zufolge bleiben. Zugeständnisse anzubieten, um durch solche die Freigabe der Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen zu erkaufen, ist diesem englischen Prinzip gegenüber ganz zwecklos — es sei denn, sie seien derart, daß die Northcliffe-Politik ihr Ziel durch sie ungefähr ebenso sicher erreicht, wie durch die Fortdauer der Blockade.

Eine spürbare Erleichterung der Not, die in den oben genannten sechs Punkten gekennzeichnet ist, würde eintreten, wenn uns z. B. der Seefischfang und die Einfuhr von Büchsenmilch für Kinder und Kranke in ausreichenden Mengen freigegeben würde. Man könnte damit die Gefahren, von denen Deutschland im

*) Die nachstehenden sechs Punkte sind aus Heft 9 der „Deutschen Politik" wiederholt.

Digitized by Google

übrigen bedroht ist, nicht entfernt an der Wurzel heilen, aber man könnte die Volksernährung verbessern und von den 800 Menschen, die täglich in Deutschland der Blockade wegen sterben, einen Teil retten. Der Krieg hat für Deutschland vier Jahre und drei Monate gedauert und einschließlich der verloren zu gebenden Vermißten an zwei Millionen Todesopfer gefordert. Das macht auf jeden Tag der Kriegsdauer im Durchschnitt fast 1300 Tote. Über 60 Prozent des bisherigen Kriegsverlustes erleiden wir also auch während des sogenannten Waffenstillstandes täglich weiter, nur daß sich unter diesen Waffenstillstandsopfern größtenteils Frauen, Kinder und Schwache befinden. Selbst mit der schärfsten politischen oder militärischen Lupe wäre es unmöglich, einen Grund zu entdecken, aus dem bei Gewährung des Seefischfanges und der Milcheinfuhr die Sicherheit der Entente gegenüber Deutschland auch nur um einen Schatten verringert würde. Es ist kein Grund vorhanden, außer dem einen, daß Deutschland leiden soll. Es ist der Grund Northcliffes, und das genügt!

Ich habe an anderer Stelle *) zwei Dokumente über die Wirkungen der Blockade seit 1916 abgedruckt. Daraus möchte ich folgende zwei Stellen wiedergeben:

1. Es liegen schon aus dem Jahre 1916 wissenschaftlich einwandfreie Berechnungen und Versuche der ersten Autoritäten, z. B. der Berliner Physiologen Rubner und Zuntz, darüber vor, daß die „rationierte", der Bevölkerung pro Kopf zugeteilte Nahrung nur etwa die Hälfte des für einen Erwachsenen notwendigen Bedarfs enthielt. Bei den Insassen geschlossener Anstalten (Irrenanstalten, Siechenhäuser, Gefangenenhäuser usw.), die wirklich auf diese rationierte Nahrungsmenge angewiesen waren, begann in der Tat von Ende 1916 ab die „Hungerkrankheit". Der Anblick ihrer Opfer in einem Gefangenenhaus wird von dem berühmten Berliner Kliniker Kraus mit dem Bilde der schwersten Epidemien früherer Zeiten verglichen: „Die bleichen, bis 40 v. H. ihres ursprünglichen Gewichts abgemagerten, hydropisch geschwollenen, durch Muskelschwäche unbeweglich gewordenen Menschen boten einen nicht weniger schrecklichen Anblick als die Facies pestica. Todesfälle waren überaus häufig, an einzelnen Stellen bis zur Hälfte der Erkrankten". Der 1917 von einem Siechenhaus eingeforderte Bericht lautete lakonisch: Die Insassen sind alle gestorben!

Die Verhältnisse in den geschlossenen Anstalten beweisen, daß die offiziell zugeteilte Nahrungsmenge in der Tat unzureichend war. Sie mußte zu einer unaufhaltsam zunehmenden Erschöpfung und endlich zum langsamen Hungertode führen, wenn nicht die Halbverhungerten schon früher anderweitigen Krankheiten widerstandslos zum Opfer fielen.

2. Wie in einem Experiment ist aus der Leichenzufuhr zur Anatomie festzustellen, wie die staatliche Rationierung auf die Sterblichkeit wirkt. Die Zahlen sind schauerlich. Die betreffende Anstalt überführte vor dem Kriege durchschnittlich 10—12 Leichen pro Jahr (1914 waren es 13). Es stieg die Zahl 1915 auf 33, 1916 auf 45, 1917 auf 94. 1918 waren es 38. Der Abfall beruht nicht auf Zunahme der Rationen; es waren eben für eine hohe

*) „Hilfe", vom 13. 2. 1919.

Digitized by Google

Sterbeziffer nicht mehr genügend Siechе vorhanden. Es sind andere Versorgungsanstalten tatsächlich ganz ausgestorben.

In allen Fällen geht Wassersucht, die an den Beinen beginnt, dem Tode voraus. In den Großstädten sind die Erscheinungen des Hungerödems seit dem Winter 1916/17, als die schlechte Kartoffelernte dazu nötigte, Rüben statt Kartoffeln auszuteilen, sehr wohl bekannt. In Hamburg spricht das Volk seitdem von „Rübenbeinen". Man sieht sie nicht auf der Straße, denn die Verhungernden können nicht mehr herumlaufen. Auch aus der Sterbestatistik kann man den Hungers Gestorbenen nicht direkt feststellen. Die Geschwächten fallen vor dem endlichen Hungertode bereits anderen Krankheiten zum leichten Opfer, und doch ist der Hunger die Hauptursache des Todes. Erst jetzt sind zahlenmäßige Feststellungen hierüber bekanntgeworden; die Ziffer von etwa 800 000 Toten ist ihnen entnommen.

Das alles weiß man in England. Die maßgebenden Politiker wissen es und jeder, dem etwas daran liegt und der mit zur Entscheidung berufen ist, könnte es wissen. Auch Lord Northcliffe und seine Presse und alle, die seine Politik machen, wissen es. Sie wissen es und sie triumphieren. Sie sagen: Das alles soll so bleiben, und damit es desto sicherer so bleibt und die deutsche Konkurrenz für England um so sicherer für alle Zeiten erledigt ist, darum nicht nur das Lebensmittelverbot bis ins unbestimmte, sondern darum auch keine Rohstoffe nach Deutschland, bis durch Unterernährung, Arbeitslosigkeit und jede Art von Not solche Zustände in Deutschland eingetreten sind, daß auf Generationen hinaus kein Wettbewerb mehr möglich ist. Dann wird das alte glorreiche und glückliche England in alle Zukunft mit mäßiger Arbeit und reichem Gewinn sein Dasein in Ruhe und Sicherheit weiterführen und die vornehme englische Rasse sich in Wahrheit als die endgültig auserwählte fühlen können.

Soviel über die Gründe, die sich in der Waffenstillstandspolitik der Entente, soweit England in Frage kommt, deutlich genug widerspiegeln. Über Frankreich können wir kürzer sein. Die Franzosen sehen, daß sie trotz des schließlichen Ententesieges durch den Krieg furchtbar gelitten haben. Ihr Menschenverlust ist trotz Elsaß-Lothringens relativ größer als der deutsche, und sie haben bei ihrer schwachen Geburtenzahl kaum Aussicht, ihn wieder einzuholen. Ob ihre Industrie sich auch mit Hilfe des deutschen Wiederaufbaus erholt, ist schon wegen des Menschenmangels fraglich. Auch finanziell ist Frankreich so mitgenommen, daß keine denkbare Entschädigung es wiederherstellen könnte. Sich gegenüber sieht es ein Deutschland, daß ihm auch nach Verlust der elsaß-lothringischen und polnischen Gebiete durch den Hinzutritt Deutschösterreichs an Menschenzahl fast doppelt überlegen sein wird: ein Ziffernverhältnis also, ungünstiger als vor dem Kriege.

Die Franzosen befinden sich dieser Lage gegenüber trotz aller großen Worte innerlich in einer Stimmung voll von Sorge und Unruhe. Sie haben das

Digitized by Google

Empfinden, daß der Krieg, den sie nicht nur für Elsaß-Lothringen, sondern ebensosehr für eine erneute große Stellung in der Welt geführt haben, im Grunde für sie verlorengegangen ist. Darüber wird sich auf die Dauer das ganze französische Volk trotz aller Siegesfeiern nicht täuschen können.

Die Führer der französischen Politik ziehen daraus schon heute den Schluß, daß ihnen, wenn Frankreich nicht schon in kurzer Zeit Deutschland gegenüber wieder als der schwächere Teil dastehen soll, nur eine Vernichtungspolitik gegen Deutschland beim Waffenstillstand wie beim Friedensschluß übrigbleibt. Sie sinnen und trachten nach nichts anderem, als so viel wie möglich Land und Menschen von Deutschland abzureißen, Festungen zu zerstören und Garantien der militärischen Wehrlosigkeit zu schaffen. Aber das alles genügt ihnen noch nicht. Sie wollen uns auch wirtschaftlich bis zum Weißbluten erschöpfen, sie wollen uns hungern lassen, sie wollen uns, ganz wie die Northcliffe-Engländer, so weit wie möglich in ein Volk von blutleeren Krüppeln verwandeln. Sie gehen also vollständig einig mit dem herrschenden Teil der englischen öffentlichen Meinung, und sie tun das mit der ganzen Inbrunst des Hasses und der geheimen Angst vor dem Gegner, von dem sie fürchten, daß er innerlich lebenskräftiger und zukunftsreicher ist, als sie.

Hieraus folgt, daß Verhandlungen über Zugeständnisse und Opfer an Frankreich, soweit der französische Wille dabei in Frage kommt, für uns ebensowenig Zweck haben, wie gegenüber dem fortdauernden englischen Vernichtungswillen. Um Frankreich zu befriedigen, müßten wir unsere Adern ausbluten lassen bis zum letzten Tropfen. Nach der englischen wie nach der französischen Seite hin ist es gleich zwecklos, auf menschliche, verständige und gerechte Rücksichten zu bauen. Die herrschenden Parteien in Frankreich wie in England sind wirklich von einer satanischen Entschlossenheit beseelt, uns bis auf den letztmöglichen Grad zu peinigen und zu schwächen. In Frankreich ist diese Stimmung noch einheitlicher als in England, wo sich trotz der Peitsche der Kriegshetzer und Haßpropheten auch eine Partei des staatsmännischen und gerechten Sinnes erhalten hat. Durch die Revolution in Deutschland ist sie aber kraft- und einflußlos geworden, denn sie ist nicht imstande darauf hinzuweisen, daß die satanischen Quälereien das deutsche Volk schließlich zur Wiederaufnahme eines verzweifelten Widerstandes treiben würden.

Es ist möglich, wir gelangen trotzdem in einiger Zeit zu einem Friedensschluß, dessen Grundlagen uns wieder lebensfähig machen. Dann aber wäre ein solcher nicht das Ergebnis von Verhandlungen zwischen uns und der Entente, sondern einer Verständigung zwischen den „alliierten" und „assoc[illegible]ierten" Mächten, d. h. praktisch gesprochen England, Frankreich und der Vereinigten Staaten von Amerika. Die letzteren sind imstande, auf die Franzosen und Engländer bis zu einem gewissen Grade zu drücken, weil sie im Unterschied zu ihnen daran interessiert

Digitized by Google

sind, daß Deutschland ertragbare Bedingungen bekommt: erstens wegen der realpolitischen Erwägung, daß ein erhaltenes Deutschland für Amerika nützlicher ist, als ein zerstörtes, und zweitens wegen des verpfändeten Worts ihres Präsidenten über die 14 Friedenspunkte. Das Verlangen in England und Frankreich, immer weiter die Wollust der Mißhandlung des deutschen Volkes zu kosten und es immer weiter „unschädlich" zu machen, kann an keinerlei deutschem Widerstand mehr seine Grenze finden, sondern nur noch an dem Einspruch Amerikas — vorausgesetzt, daß der Präsident Wilson stark genug dazu ist, daß er sein Wort Deutschland gegenüber ernstgemeint hat und daß er es halten will. Welche Zugeständnisse wir aber den Engländern und Franzosen verhandlungsmäßig zu machen uns bereit erklären, ist gleichgültig. Deutschland ist durch die Revolution das Rückgrat gebrochen; die pazifistischen Narren, die geholfen haben, mit ihrem Glauben an die bessere Behandlung, die ein bekehrtes Deutschland finden würde, uns dahin zu bringen, stehen vor ihrem Scherbenhaufen; wir sind Objekt des Friedensschlusses. Die deutschen Bevollmächtigkeiten könnten unser letztes Goldstück und unser letztes Fischerboot zum Opfer anbieten — für Engländer und Franzosen wird es nicht genug sein, denn sie wollen nicht nur unser Gut haben, sondern sie wollen uns selbst für alle Zukunft als elende Krüppel durch die Welt schleichen sehen.

Gegenüber den Zielen dieser Daumschraubenpolitik ist es für uns das Klügste, unsere weitere Beteiligung an den schon lange unerträglich gewordenen sogenannten Verhandlungen zu verweigern, gegen den an uns begangenen Wortbruch betreffs der 14 Punkte Protest einzulegen und es den alliierten und assoziierten Mächten zu überlassen, welche Folgerungen sie daraus ziehen. Es ist ebenso zwecklos wie unwürdig für uns, als Bittende vor Gegnern zu stehen, die gar nicht verhandeln, sondern nichts als uns die Knochen zerbrechen wollen. Man lese doch nur, was der Berichterstatter der Morning Post am 4. Februar seinem Blatte aus Deutschland schreibt. Darin heißt es, das deutsche Volk habe nicht die schwächste Ahnung seines Schicksals. Wenn erst das Ergebnis der Friedenskonferenz bekannt werde, so müsse der größte Ausbruch von Wut folgen, der je erlebt wurde. Der Northcliffemann traut den Deutschen also noch Wut zu. Das ist sehr freundlich von ihm; was er uns im übrigen zugedacht hat, wird nach dem Saleebyschen Rezept nicht schwer zu denken sein.

Gut denn, so mögen die Feinde die Früchte ihres Tuns ernten! Sieht die amerikanische Politik keinen Vorteil in der Erhaltung Deutschlands oder hat sie nicht die Kraft, ihre Interessen genügend zu wahren und das amerikanische Wort einzulösen, können Frankreich und England die Satanspolitik, die sie jetzt verfolgen, bis zu Ende treiben, uns die Lebensmittel vorzuenthalten bis die volle Hungersnot ausbricht und das Massensterben einsetzt, so wird unser Schicksal zwar furchtbar, aber die Nemesis wird es nicht weniger sein.

Digitized by Google

Haben Engländer und Franzosen den Dolch, den sie in uns hineinstoßen, mit Leichengift bestrichen, so wird der Brand von uns auf sie zurückschlagen. Wenn die Not an Lebensmitteln und Rohstoffen fortdauert und immer weiter verschärft wird, dann mag Deutschland wohl außer dem Hunger auch dem Bolschewismus verfallen, der schon jetzt an unserer Ostgrenze und an hundert Stellen im Innern gierig emporleckt. Kommt es aber dazu, so wird die Vernichtung der materiellen Werte und der geistigen Kultur nicht auf Deutschland beschränkt bleiben, sondern es wird auch keine Gewalt mehr geben, die dann Frankreich, England und Italien noch retten könnte. Mögen Haß und verblendete Gier nach Gewinn die Northcliffe, Clémenceau und Genossen blind machen — ihre Politik wird durch die Zerstörung der europäischen Kultur, die sie heraufbeschwört, das Urteil von der Geschichte gesprochen erhalten.

Von Deutschland aber soll man, falls die Dinge diesen Lauf nehmen, wenigstens sagen können, daß seine berufenen Vertreter, wenn sie auch das Schicksal des Vaterlandes nicht mehr wenden konnten, wenigstens seine Würde und ihren politischen Verstand gewahrt und kommenden Zeitaltern vom Volke Goethes, Bismarcks und Kaiser Wilhelms I. mehr als das Bild eines hoffnungslosen Bettlers in seiner letzten Stunde überliefert haben. Fast ebenso kläglich, aber wie ein solches Verhalten, wäre es, wenn die Alliierten und Assoziierten sich in ihrer Pariser Dunkelkammer schließlich darüber verständigten, wieviel auf der einen Seite von Deutschland, auf der anderen von den 14 amerikanischen Punkten übrig bleiben oder preisgegeben werden soll — wir aber erkauften dieses durch den Ausgleich der alliierten und assoziierten Interessen zustandegekommene Ergebnis noch erst mit unserer Existenzfähigkeit und nationalen Würde. Wir weigern uns, unsere letzten Lebenskräfte noch länger von dem alliierten Moloch freiwillig ausschlachten zu lassen, und will dieser durchaus sein Satansopfer haben, so mag er fortan mit seiner eigenen Zukunft dafür zahlen.

*

In unserem Volke ist trotz aller Erfahrungen immer noch der Wahn verbreitet, als wäre um irgendeinen Preis der Selbsterniedrigung, der politischen „Bekehrung" oder der materiellen Opfer Versöhnung mit dem Geiste möglich, der heute die Mehrzahl der Engländer und die Franzosen beherrscht. Daher müssen Zeugnisse, wie sie dieser Artikel enthält, bis in den letzten Winkel Deutschlands gebracht und dem letzten vertrauensseligen Volksgenossen vor Augen gehalten werden. Es hilft keine Preisgabe und es helfen keine Opfer; nur der Mut, lieber dem Äußersten ins Auge zu sehen, als sich umsonst zu entwürdigen, kann vielleicht noch helfen. Im Einverständnis mit der Leitung der „Deutschen Politik" bitte ich daher dringlich, den Aufsatz weiter bekanntmachen zu helfen. Dazu dient es, wenn Nummern zur Verteilung beim Verlag bestellt werden (zu einem bedeutend ermäßigten Preise), wenn möglichst zahlreiche Adressen der Schriftleitung zur Verfügung gestellt und Geldmittel für den Druck und die Versendung von Sonderabzügen oder ganzen Nummern gespendet werden. Paul Rohrbach.

Digitized by Google

Die Auslieferung des Kaisers

Von Prof. Dr. Heinrich Triepel (Berlin)

Schon in den ersten Monaten des Kriegs wurde in englischen und französischen Zeitungen wiederholt das Verlangen erhoben, man solle nach vollzogener Niederwerfung Deutschlands die für die europäische Katastrophe verantwortlichen Männer, als den Hauptschuldigen aber den Deutschen Kaiser persönlich zur Rechenschaft ziehen. Als der Krieg Jahr für Jahr neue gewaltige Menschenopfer forderte, als in den besetzten Ländern die Leiden der Bevölkerung und in den Kampfgebieten die durch die Heere angerichteten Schäden ins Ungeheure wuchsen, wurde der Ruf nach Bestrafung der „Missetäter" leidenschaftlicher. In Frankreich, in England, in den Vereinigten Staaten schrie man Rache; man forderte alles Ernstes den Kopf des Kaisers. Wir haben anfänglich solche wilden Ausbrüche des Hasses auf die leichte Achsel genommen. Wir betrachteten sie als hysterische Anfälle, von denen überreizte Chauvinisten geschüttelt wurden, und stellten sie zu den ähnlich gehaltenen Äußerungen ohnmächtiger Wut, in denen die Zertrümmerung und Zerstückelung Deutschlands, die Versklavung des deutschen Volkes, die Zerstörung unserer gewerblichen Anlagen als oberstes Kriegsziel bezeichnet wurden.

Wider alles Erwarten hat nun aber die Angelegenheit mit einem Male ein sehr ernsthaftes Ansehen erhalten. Es sind nicht mehr nur Leute in unverantwortlicher Stellung, die von der Notwendigkeit der Bestrafung des Kaisers reden. Seit einigen Monaten wird in der aus behördlichen Quellen gespeisten Ententepresse mit Nachdruck gefordert, es solle an die niederländische Regierung der Antrag auf Auslieferung des Kaisers gerichtet und der Ausgelieferte von einem Strafgerichte abgeurteilt werden. Der französische Ministerpräsident Clémenceau hat die Sache in das Fahrwasser amtlicher Behandlung und Verhandlung geleitet. Er hat sich von zwei Pariser Gelehrten, dem Professor des öffentlichen Rechts Larnaude und dem Professor des Völkerrechts de Lapradelle — in den Zeitungen sind die Namen meist verstümmelt wiedergegeben worden — eine Denkschrift ausarbeiten lassen, die seinen Absichten eine juristische Unterlage verschaffen soll, und er hat diese Denkschrift der Konferenz der „alliierten und associierten" Regierungen vorgelegt. Die Konferenz hat einen Ausschuß mit der Feststellung der „Verantwortlichkeiten" im Weltkriege beauftragt, zu dessen Vorsitzenden der amerikanische Staatssekretär Lansing, und zu dessen Generalsekretär Professor de Lapradelle bestellt worden sind. Man sieht also deutlich, wohin die Fahrt gehen soll.

Die deutsche Regierung und das deutsche Volk haben allen Anlaß, sich mit der Frage, die von den Staatsmännern und Juristen der Entente aufgeworfen ist, sehr

Digitized by Google

gründlich zu beschäftigen. Die Frage ist keineswegs allein zwischen den Mächten des Vielverbandes und den Niederlanden auszutragen. Sie berührt auch uns in unmittelbarster Weise. Sie betrifft unsere nationale Würde und Ehre, nicht minder aber unser Recht. Wir müssen sie von diesem Standpunkte aus behandeln, ganz gleichgültig, wie wir uns zur Persönlichkeit und zur Politik Kaiser Wilhelms II. stellen mögen. Denn der Kaiser ist, obwohl er der Krone entsagt hat, ein Deutscher geblieben. Jeder Deutsche aber hat kraft ausdrücklicher Vorschrift unserer Reichsverfassung (Art. 3) dem Auslande gegenüber Anspruch auf den Schutz des Reiches. Verfassungsmäßige Pflichten des Reichs hat jede Reichsregierung zu erfüllen, mag sie aus dieser oder jener Partei hervorgegangen sein. Auch ohne förmliches Anrufen des Berechtigten hat die Regierung von Amts wegen darauf zu achten, daß dem im Auslande weilenden Deutschen von einer fremden Regierung keine Unbill angetan wird.

Nun ist es an sich ohne Zweifel das souveräne Recht jedes Staates, über die Erfüllung eines von einem anderen Staate an ihn gerichteten Auslieferungsbegehrens selbständig zu entscheiden. Auch dann, wenn die Person, deren Auslieferung verlangt wird, einem dritten Staate angehört. Der ersuchte Staat braucht den dritten nicht um seine Zustimmung anzugehen. Im Gegenteil. Hat sich ein Staat durch einen allgemeinen Auslieferungsvertrag zur Auslieferung flüchtiger Verbrecher verpflichtet, so würde er seiner Vertragspflicht untreu werden, wenn er — falls es ihm nicht durch den Vertrag gestattet ist — im Einzelfalle die Auslieferung von der Einwilligung eines dritten Staates abhängig machen wollte. Denn der Dritte *könnte* zumeist diese Einwilligung gar nicht geben. Zum Exempel wäre im vorliegenden Falle die deutsche Regierung schlechterdings außerstande, ohne Bruch des Reichsrechts ihre Zustimmung zur Auslieferung des Kaisers zu erteilen. Unser Strafgesetzbuch (§ 9) erklärt, daß ein Deutscher niemals einer ausländischen Regierung zur Verfolgung oder Bestrafung überliefert werden dürfe. Offenbar kommt es aber auf eins hinaus, ob man einen Staatsangehörigen dem Auslande unmittelbar überliefert, oder ob man einem anderen Staate gestattet, ihn dem Auslande zu überantworten. Die niederländische Regierung ist viel zu korrekt, als daß sie, um sich aus einer unbequemen Lage zu befreien, versuchen sollte, die Entscheidung durch eine Anfrage in Berlin auf uns abzuwälzen. Würde sie dies aber tun, so könnte ihr, wenn bei uns nach Recht und Gesetz verfahren wird, nur ein unbedingtes Nein zur Antwort gegeben werden.

Das niederländische Kabinett muß also die Entscheidung allein treffen. Dabei befindet es sich indes in einer besonderen Lage. Während nämlich andere Regierungen einen Fremden ausliefern können, auch wenn sie vertragsmäßig nicht dazu verpflichtet sind, ist — nach belgischem Vorbilde — von der niederländischen Verfassung und dem ihr entsprechenden Auslieferungsgesetze jede Auslieferung

Digitized by Google

verboten, deren Vornahme nicht kraft eines generellen Auslieferungsvertrags gefordert werden kann. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Auslieferung eines Niederländers oder die des Angehörigen eines fremden Staats in Frage steht. In beiden Fällen würde sich die Regierung, die eine nicht konventionsmäßige Auslieferung vollziehen wollte, einer schweren Verletzung des Landesgesetzes schuldig machen. Das hat nun auch für unser Verhältnis zu den Niederlanden Bedeutung. Denn vermöge des uns nach anerkanntem Völkerrechte zustehenden Schutzrechts können wir verlangen, daß jene Gesetzesbestimmung nicht zu ungunsten eines Deutschen durchbrochen werde. Gewiß können wir nicht beanspruchen, daß ein auswärtiger Staat seine Auslieferungsgesetzgebung in jeder Hinsicht auf Einheimische und Fremde gleichmäßig zuschneidet. Wir können z. B. nicht verlangen, daß der staatsrechtliche Grundsatz, der die Auslieferung eigener Untertanen unter allen Umständen verbietet, auf fremde Staatsangehörige ausgedehnt werde. Aber wenn das Auslieferungsgesetz eines auswärtigen Staats eine Norm enthält, die nach Wortlaut und Sinn allen Fremden zugute kommen soll, die in seinem Gebiete ein Asyl gesucht haben, so können wir uns in der Tat dagegen wehren, daß die Norm zum Schaden eines unserer Staatsangehörigen mißachtet wird. Erst recht freilich würden wir Einspruch erheben dürfen, wenn die Auslieferungsprozedur, ihrem innersten Zwecke zuwider, mißbraucht werden sollte, um unseren Kriegsgegnern lediglich die Befriedigung ihrer Rachegelüste zu ermöglichen. Die ausländische Regierung haftet uns dafür, daß das Verfahren gegen unsere Staatsgenossen „im Wege Rechtens vor sich gehe und nicht Deckmantel eines Gewaltstreiches sei" (v. Martitz, Internationale Rechtshilfe in Strafsachen, Bd. I, 1888, S. 353).

Für das völkerrechtliche Verhältnis zwischen uns und den Niederlanden, für die Rechtsbeziehung zwischen den Niederlanden und der Entente und schließlich für die verfassungsmäßige Verantwortlichkeit der niederländischen Regierung ihrem eigenen Parlamente gegenüber kommt also alles darauf an, ob sich die Ententemächte bei einem Gesuche um Auslieferung des Kaisers mit Grund auf ihre mit den Niederlanden abgeschlossenen Auslieferungsverträge zu berufen vermögen. Daß davon nicht die Rede sein kann, haben objektiv denkende englische und amerikanische Juristen offen ausgesprochen, so der hervorragende Völkerrechtslehrer Sir Thomas Barclay und der amerikanische Generalstaatsanwalt George Wickersham. Es ist den Pariser Professoren vorbehalten geblieben, sich auf einen anderen Standpunkt zu stellen — wie wir glauben, nicht zum Nutzen ihres wissenschaftlichen Rufes. Die Denkschrift, die sie verfaßt haben, liegt uns allerdings nicht im Wortlaute vor. Aber französische und englische Zeitungen haben so ausführliche Auszüge daraus gebracht, daß wir uns von ihren Hauptargumenten ein genügendes Bild machen können.

Digitized by Google

Alle mit Holland abgeschlossenen Auslieferungsverträge, die hier in Betracht kommen könnten, zählen die strafbaren Handlungen, wegen deren eine Auslieferung beantragt werden kann, in Form von Katalogen genau und erschöpfend auf. Von allen den dort genannten Verbrechen: Mord, Münzfälschung, Bigamie, Einbruchsdiebstahl, Notzucht und anderem, kann natürlich dem Kaiser kein einziges zur Last gelegt werden. Aber die Franzosen sagen, man könne ihn für alle Verbrechen haftbar machen, die von Angehörigen der deutschen Wehrmacht in Feindesland oder auf der See begangen worden seien. Eine höchst seltsame Anschauung! Wenn deutsche Soldaten während des Kriegs echte Verbrechen gegen Angehörige der feindlichen Armee oder des feindlichen Landes begangen haben, so haben sie sich strafbar gemacht und sollten bestraft werden. Man möge uns die Fälle nennen, und wir werden sie untersuchen. Wir werden allerdings unsere Gegenrechnung aufmachen, und es steht zu erwarten, daß sie nicht kürzer ausfallen wird als die uns vorgelegte. Allein für Verbrechen einzelner Soldaten das Staatsoberhaupt strafrechtlich verantwortlich zu machen, ist eine rechtliche Ungeheuerlichkeit. Die Franzosen unterstellen mit einer Kühnheit ohnegleichen, daß solche Verbrechen vom Kaiser gewollt oder gar befohlen und ihm daher zuzurechnen seien. Sie berufen sich auf einen an Kaiser Franz Josef gerichteten Brief, worin Kaiser Wilhelm in starken Ausdrücken eine grausame Kriegführung gegen Frankreich als unerläßlich bezeichnet habe. Aber selbst, wenn dieser Brief echt sein sollte, so würde kein vernünftiger Richter in der ganzen Welt auf den Gedanken kommen, daß damit die Mitschuld des Kaisers an irgendwelchen Verbrechen von Heeresangehörigen bewiesen werden könne. Ebenso merkwürdig ist es, daß sich die beiden Pariser Herren auf die Ausführungen des deutschen Staatsrechtslehrers Laband über das Wesen der kaiserlichen Kommandogewalt beziehen; diese sei eine aus der übrigen Reichsgewalt ausgeschiedene, dem Kaiser zu ganz selbständiger Ausübung zugewiesene, besondere Gewalt. Aber Labands Konstruktion ist von den Gutachtern infolge ihrer mangelhaften Kenntnis unseres Staatsrechts vollkommen mißverstanden worden. Sie bezieht sich lediglich auf die Frage, ob Akte der Kommandogewalt einer Gegenzeichnung bedürftig seien oder nicht, hat mit unserer Frage nicht das geringste zu schaffen, und ist im übrigen vom Verfasser in der neuesten Auflage seines Werks gestrichen worden! Die deutsche Kommandogewalt als solche ist keine andere, als die französische oder englische, und mit demselben Rechte, mit dem man den Oberbefehlshaber des deutschen Heeres für Verbrechen seiner Soldaten haftbar machen will, könnte man den französischen Generalissimus für jede Untat eines uniformierten Senegalnegers und den König von England für den Baralongmord zur Rechenschaft ziehen.

Am erstaunlichsten aber ist, daß die französischen Juristen die Behauptung aufstellen, der Kaiser könne und müsse auch für den Krieg als solchen und für die von

Digitized by Google

Deutschland befolgten Methoden der Kriegführung, also für die Kriegserklärungen, für den Einmarsch der deutschen Truppen in Belgien, für den Tauchbootkrieg usw. vom Strafrichter verantwortlich gemacht werden. Man greift sich an den Kopf. Gibt es eine Bestimmung des französischen, belgischen, englischen, amerikanischen Strafrechts, wonach eine von einem fremden Staatsoberhaupte ausgegangene Kriegserklärung oder die Verletzung garantierter Neutralität oder die durch fremde Souveräne verübte Verletzung völkerrechtlicher Kriegsregeln oder Kriegsbräuche mit Strafe bedroht ist? Gibt es einen Auslieferungsvertrag, der solche Handlungen in den Katalog der Auslieferungsdelikte aufgenommen hat? Ein ganz unmöglicher Gedanke. Gesetzt den Fall, der deutsche Einmarsch in Belgien oder die von uns angewendete Form des Unterseekriegs seien rechtswidrig gewesen — wir bestreiten es, wollen uns aber darüber nicht noch einmal auslassen — so würde es sich dabei in alle Wege nicht um die Verletzung einer staatlichen Norm und um eine nach irgendeinem Landesrechte strafbare Handlung, sondern um ein Delikt gegen das Völkerrecht gehandelt haben. Völkerrechtliche Delikte werden aber vom Staate begangen, nicht von einem Einzelnen, und nur der Staat als solcher haftet für sie. Natürlich handelt jeder Staat durch Organe; anders kann er ja gar nicht handeln. Aber eben deshalb sind die Handlungen seiner Organe seine Handlungen, ihre Delikte seine Delikte. Der Staat haftet völkerrechtlich für seine Organe, nicht die Organe für den Staat.

Die französischen Gutachter haben sich eine eigene Theorie zurecht gemacht. Nach strafrechtlichen Grundsätzen, sagen sie, sei eine Strafe gegen eine Aktiengesellschaft ausgeschlossen; ihren Direktor aber könne man vor den Strafrichter ziehen. Ebenso sei es beim Staate. Den Staat als Ganzes könne man nicht bestrafen, darum müsse man den Souverän, jedenfalls den abgedankten, zur Rechenschaft ziehen dürfen. Aber das ist eine handgreifliche Verdrehung. Man straft den Direktor einer Aktiengesellschaft für seine eigenen Verbrechen, nicht für die der Korporation. Und es hängt ganz von den Anschauungen des Strafgesetzgebers über die Delikts- und Straffähigkeit juristischer Personen ab, ob er sie staatlichen Strafen, z. B. Geldstrafen, unterstellen will oder nicht. Über souveräne Staaten gibt es aber überhaupt keine Strafgerichtsbarkeit. Es ist ein eigenartiges juristisches Kunststück, das Völkerrecht, das die Bestrafung eines Staates nicht kennt und nicht kennen kann, dadurch zu korrigieren, daß man die staatlichen Repräsentanten für Delikte der Staaten strafrechtlich haftbar macht. Daß übrigens die Kriegserklärung als solche, gleichviel, ob sie mit oder ohne zureichenden Grund erfolgt ist, auch nicht einmal als völkerrechtliches Delikt betrachtet werden kann, sei nur nebenher angemerkt.

Die beiden französischen Gelehrten haben sich, nach Angabe der Zeitungen, Mühe gegeben, in der völkerrechtlichen Literatur einen Gewährsmann für ihre

Digitized by Google

Ansicht zu finden. Das war offenbar nicht leicht. Sie haben bis ins 18. Jahrhundert zurückgehen müssen, also bis in die Zeit, in der Kriege Kabinettskriege waren und in der man zwischen Staat und Fürst noch nicht so scharf unterschied wie heute. In dem Schweizer Emmerich von Vattel haben sie einen Kronzeugen aufgetrieben. Dabei scheint ihnen aber ein arges Mißgeschick begegnet zu sein. Allerdings sagt Vattel, es sei in der Ordnung, einen Fürsten, der einen „ungerechten" Krieg begonnen habe, zum Schadenersatze anzuhalten und ihn sogar, wenn es zur Sicherheit des Angegriffenen und der menschlichen Gesellschaft erforderlich sei, zu bestrafen (III, § 185). Aber wenige Seiten später fügt er hinzu, das sei nur eine Forderung des Naturrechts; im positiven Völkerrechte (droit volontaire) sei sie nicht anerkannt und könne sie nicht anerkannt werden, da es an einem Richter über den Staaten fehle, der über Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit von Kriegen unparteiisch zu urteilen vermöge. Daher müsse ein in gehöriger Form eröffneter Krieg hüben und drüben immer als ein gerechter Krieg betrachtet werden. Beginne ein Fürst einen ungerechtfertigten Krieg, so handle er vom Standpunkte des Naturrechts aus unrechtmäßig; aber das positive Völkerrecht gewähre ihm jedenfalls „l'impunité parmi les hommes" (III, §§ 188—192)! Wir müssen mit unserem Urteil zurückhalten, bis wir in die Lage kommen, den Wortlaut des Gutachtens vor Augen zu haben. Würde aber richtig sein, was die Zeitungen mitteilen, so wäre nur zweierlei möglich. Entweder haben die Pariser Herren im Vattel nur die erste, nicht die zweite Stelle gelesen. Dann haben sie unerhört leichtfertig gehandelt. Oder sie glaubten darauf rechnen zu können, daß ihre Auftraggeber ihr Zitat nicht nachprüfen würden. Das wäre dann allerdings bei Männern der Wissenschaft ein Verfahren, das zu brandmarken kein Wort einer lebenden Sprache stark genug sein könnte.

Nach alledem muß jedes Gesuch um Auslieferung, das die Ententemächte an die Niederlande stellen, schon an der einen Tatsache scheitern, daß dem Kaiser kein nach irgendeinem Strafgesetze der verbündeten Staaten strafbares Vergehen zur Last gelegt werden kann. Wir brauchen deshalb gar nicht erst auf die anderen Hindernisse hinzuweisen, die der Erfüllung eines Auslieferungsantrags entgegenstehen würden. Nach geltenden Grundsätzen muß z. B. die Handlung, wegen deren die Auslieferung begehrt wird, nach dem Rechte ebensowohl des ersuchten wie des ersuchenden Staates strafbar sein. Im vorliegenden Falle möchte sich das schwerlich beweisen lassen. Eine Auslieferung kann ferner niemals wegen politischer Delikte verlangt werden. Sollte es überhaupt möglich sein, dem Kaiser aus Akten der deutschen Kriegführung strafrechtlich einen Strick zu drehen, so wäre es ganz selbstverständlich, daß jede der in Betracht kommenden Handlungen als ein Delikt von politischem Charakter betrachtet werden müßte. Der Auslieferungsantrag setzt endlich voraus, daß von einem Straf-

Digitized by Google

gerichte des ersuchenden Staats eine Untersuchung eröffnet oder ein Straferkenntnis gefällt worden ist. Davon ist hier wiederum nicht die Rede und kann es nicht sein. Die französischen Gelehrten haben das auch eingesehen. Sie wollen daher den Kaiser vor einen erst zu diesem Zwecke zu schaffenden, außerordentlichen, internationalen Gerichtshof gestellt sehen, der ein Organ der künftigen „société des nations" darstellen, aber natürlich nur mit Richtern aus den alliierten Staaten besetzt sein solle — eine in der Geschichte des modernen Rechts ganz unerhörte Prozedur!

Die strafrechtlichen und völkerrechtlichen Fragen liegen in bezug auf die Möglichkeit einer Auslieferung Kaiser Wilhelms so ungemein einfach, daß es nur leidenschaftlicher Haß und ungezügelte Rachegier fertigbringen konnten, sie zu verwickeln. Ob die auf der Friedenskonferenz gegen uns verbündeten Staaten geneigt sein werden, sie nach den Grundsätzen des Rechts zu entscheiden, steht noch dahin. Die nächsten Wochen werden darüber Klarheit bringen. Zu anderen Zeiten bemühten sich kriegführende Staaten, in ihren Friedensschlüssen durch weitgegriffene Amnestieklauseln die im Kriege begangenen wirklichen Verbrechen straflos zu machen. Jetzt soll die Welt das empörende Schauspiel erleben, daß eine „Friedenskonferenz" etwas strafbar macht, was kein Verbrechen war. Dagegen müssen wir uns auflehnen mit allen Mitteln, die uns zu Gebote stehen. Es ist Sache unserer Regierung, sich rechtzeitig gegen den Anschlag zu wappnen. Sie wird erfolgreich sein, wenn sie entschlossen ist. Von der niederländischen Regierung, deren völkerrechtliche Loyalität sich in diesem Kriege mehr als einmal erprobt hat, dürfen wir erwarten, daß sie nicht die Hand dazu bietet, daß unter dem Scheine eines rechtlichen Verfahrens rechtlose Grausamkeit gegenüber einem Unglücklichen verübt wird. Auch die holländische Regierung wird unbezwinglich sein, wenn sie ihr gutes Recht mit Festigkeit verteidigt.

Die Wehrfrage

Von Major Müller-Loebnitz

Die Ereignisse der letzten Wochen und Monate haben in einer Lebensfrage des neuen Deutschlands eine Einigkeit geschaffen, wie sie unter dem alten Regime kaum je zu erzielen gewesen wäre: in der Wehrfrage.

Der Zustand allgemeiner Unsicherheit, wie er in Deutschland seit der Einführung des allgemeinen Landfriedens, also seit dem Ausgang des Mittelalters, nicht mehr dagewesen ist, die bald da, bald dort aufflackernden Putsche, die Ungewißheit des Lebens, des Besitzes und des Verkehrs, die die Folge des Zu-

Digitized by Google

sammenbruchs des alten Staates und der wahllosen Bewaffnung der verschiedenartigsten Elemente gewesen sind, haben den weitesten Kreisen die alte Wahrheit zum Bewußtsein gebracht, daß kein Staat, auch kein sozialistischer oder bolschewistischer, ohne ein starkes, wohlgeordnetes Heer bestehen kann und daß die Macht des Staates, die sich in dem zu seiner Verfügung stehenden Heer ausdrückt, auch die Grundlage jeder Kultur, die Voraussetzung für alle Künste des Friedens, ist. Diese Erkenntnis mag manchem schwerfallen, der bisher immer nur die kulturfeindlichen Seiten des Militarismus empfunden hat; sie ist darum nicht minder zutreffend.

Daß unsere äußere Lage durch den Zusammenbruch des alten Heeres nicht gebessert, sondern verschlechtert worden ist, ist jetzt wohl auch die gemeinsame Überzeugung aller Deutschen. Unsere Selbstentwaffnung hat die Entente weder zur Verminderung ihres militärisch-politischen Drucks, noch zur Beschleunigung der Friedensverhandlungen veranlaßt, wohl aber den Polen Gelegenheit zu einem unerhörten Überfall und frechen Länderraub gegeben. Ob ein ähnliches Unternehmen von tschechischer Seite geplant ist, steht noch dahin. Im Hintergrunde lauert die Bolschewistengefahr. Es scheint, als ob demnächst den Sendboten des neumodisch-sozialistischen Chiliasmus eine neue goldene Herde folgen wollte, die, entflammt von dem Fanatismus der Irrlehre, zusammengehalten durch die eiserne Geisel der Tyrannei und geführt von kriegserfahrenen Offizieren, für ein fast wehrloses, im Innern zerfahrenes Land ein entsetzlicher Gegner ist.

Diese Lage macht es erklärlich, daß sich am 25. Februar fast die ganze Nationalversammlung in dem Wunsche nach einem schlagfertigen Heere zusammengefunden hat.

Welche Wege können uns unter den bestehenden Verhältnissen diesem Ziel näherbringen?

Es ist, besonders für einen alten Offizier, betrüblich, daß wir nicht einfach an das noch Bestehende, an die Reste der alten Armee, anknüpfen können. Die Regierung hat durch den Mund des Abgeordneten Schöpflin es für unmöglich erklärt, durch Aufruf von Wehrpflichtigen sich ein Heer zu schaffen, sie allein ist in der Lage, diese Machtfrage zu beurteilen, wenn man auch glauben möchte, daß ein fester, zielbewußter Wille auch hier einen Weg finden müßte. Schlimmer scheint mir der Zustand, in dem sich die noch vorhandenen Reste der alten Armee befinden, die, der Zucht und Ordnung, der Arbeit entwöhnt, von selbstsüchtigen und kurzsichtigen Soldatenräten geleitet, als Pfründner in den Kasernen, nach Herrn Schöpflin Schweineställen, hausen, obwohl auch hier durchgreifende Energie manches erreichen könnte.

Die Regierung hat es vorgezogen, durch eine Anzahl ihr nahestehender Abgeordneter einen Gesetzentwurf über die Bildung einer vorläufigen Reichswehr einbringen zu lassen. Nach diesem soll ein Freiwilligenheer von 250 000 Mann auf-

Digitized by Google

gestellt werden. Das Ganze wird als ein Notbehelf bezeichnet, und an einen solchen darf man billigerweise keinen zu strengen Maßstab anlegen. Jeden Vaterlandsfreund vielmehr wird es freuen, wenn diese Reichswehr schnell zustande kommt und sich als tüchtig und zuverlässig erweist.

Die gewichtigen Bedenken, die der Entwurf hervorruft, dürfen indessen doch nicht unterdrückt werden. Es muß ausgesprochen werden, daß ein Söldnerheer, und ein solches ist die künftige Reichswehr, eine Reminiszenz an die Zeiten des Absolutismus darstellt und zu einem neuzeitlichen Freistaat schlecht paßt. Es war stets ein Zeichen des beginnenden Verfalls, wenn sich in einem Freistaat die Bürger ihrer vornehmsten Pflicht, derjenigen der persönlichen Verteidigung des Gemeinwesens, entzogen und Mietlingen das Kriegführen überließen. Die Geschichte Athens, Roms und der Renaissance-Republiken spricht in dieser Beziehung eine deutliche Sprache. Der zu erwartende Hinweis auf England und Amerika ist nicht stichhaltig. Das Söldnerheer Englands war eine Kolonialtruppe, das Amerikas eine Indianerpolizei, beide sind bei Eintritt ernster Verhältnisse durch ein Heer der allgemeinen Wehrpflicht ersetzt worden.

Es wird schwer sein, das neue Freiwilligenheer auf die erforderliche Höhe zu bringen, solange die Arbeitslosenunterstützung dem Bürger ein sehr viel bequemeres und gefahrloseres Dasein sichert. Auch ist die Gefahr groß, daß sich zufällig oder planmäßig unzuverlässige, bolschewistische Elemente in die neue Freiwilligentruppe einschleichen. So gute Erfahrungen die Regierung mit den Berliner und Kieler Freiwilligenverbänden gemacht hat, die stark mit Offizieren, Unteroffizieren und Studenten durchsetzt sind, so merkwürdige Zustände herrschen teilweise im Osten, wo die Berührung mit dem Bolschewismus nicht ohne Folgen geblieben zu sein scheint und wo an vielen Orten eine besonders verderbliche Spielart von Soldatenräten am Werke ist.

Schließlich darf auch nicht unerwähnt bleiben, daß die Reichswehr eine sehr, sehr kostspielige Einrichtung ist. Sie verschlingt allein an Mannschaftszulagen bei vollem Etat und bei dem bisherigen Satz von Sold, bei dem es in der Zeit der Lohnsteigerungen wohl kaum bleiben wird, täglich 1 250 000 Mark, im Jahre also fast eine halbe Milliarde. Dieser Betrag geht neben allen sächlichen und persönlichen Ausgaben her. Er wäre dem alten Regime wohl kaum so ohne weiteres bewilligt worden und stellt auch in diesen Tagen, wo wir jeden Pfennig Reichsgeld dreimal umdrehen sollten, eine schwere Belastung unseres Volkes dar.

Daß die Reichswehr auch bei vollem Bestande Mühe haben wird, allen Aufgaben des Grenzschutzes und die Aufrechterhaltung der Ordnung zu entsprechen, erwähne ich nur nebenbei.

Digitized by Google

Es bleibt also dabei: die Reichswehr ist ein Notbehelf, und ihre Väter haben gut daran getan, ihre Lebensdauer auf ein Jahr zu begrenzen.

Was aber soll dann an ihre Stelle treten?

Es kann wohl kein Zweifel bestehen, daß wir dann auf die allgemeine Wehrpflicht zurückgreifen müssen. Sie ist die einzige Wehrverfassung, die dem demokratischen Grundsatz der Gleichheit aller vor dem Gesetz entspricht. Sie deckt sich auch mit den Grundforderungen derjenigen Partei, die dem alten Militarismus am schärfsten gegenüberstand, der Sozialdemokratie. Ihr wissenschaftlicher Mitbegründer, Friedrich Engels, hat 1865 sie leidenschaftlich verteidigt und im Erfurter Programm kehrt sie ebenfalls als Forderung wieder.

Freilich wird man auch hier nicht ohne weiteres auf das Alte zurückgreifen können. Die allgemeine Wehrpflicht alter Art beschränkte sich auf diejenigen, die den Staat mit den Waffen in der Hand zu verteidigen hatten. Nach den Erfahrungen des Weltkrieges und nach den Umwälzungen des November 1918 wird man diese vornehmste Pflicht des Staatsbürgers weiter, demokratischer fassen müssen: als die Pflicht aller Staatsbürger jeden Alters und Geschlechts, in der Stunde der Gefahr dem Staate zu dienen, ihn zu schützen unter Einsetzung von Leib und Leben, Arbeitskraft und Besitz.

Die allgemeine Wehrpflicht wird also künftig neben der rein militärischen Dienstpflicht die Frauendienstpflicht, die Hilfsdienstpflicht und die Dienstpflicht der Rüstungsarbeiter zu umfassen haben. Sie wird zweckmäßigerweise als eine der Grundpflichten des Staatsbürgers in der Verfassung verankert. Damit würde eine fühlbare Lücke in dem der Nationalversammlung vorgelegten Verfassungsentwurf ausgefüllt, in dem sich bezüglich des Heerwesens nur eine dürftige Zuständigkeitsbestimmung vorfindet, die außerdem noch die alte, kostspielige Zersplitterung der militärischen Verwaltung vergrößert und verewigt.

Doch diese Erweiterung der allgemeinen Wehrpflicht ist, wenigstens soweit es sich um die praktische Seite handelt, Zukunftsmusik. Unmittelbare Bedeutung hat zunächst nur die Ausgestaltung der militärischen Dienstpflicht. Für sie gilt als Grundforderung die militärische Ausbildung aller Wehrfähigen. Dieser Gedanke kann nur in Verbindung mit einer erheblichen Verkürzung der Dienstzeit verwirklicht werden. Wir kommen sonst zu Heeresstärken, die mit unseren wirtschaftlichen Verhältnissen und den zu erwartenden Forderungen der Entente nicht zu vereinigen sein werden. Was die Forderungen unserer Feinde betrifft, so wird es Sache unserer Unterhändler sein, uns in dieser Frage die nötige Bewegungsfreiheit zu wahren. Das ist nicht nur für einen selbständigen Großstaat, der wir doch bleiben wollen, selbstverständlich, sondern

Digitized by Google

auch für die Entente notwendig, die das größte Interesse an einem innerlich gefestigten und gegen den Bolschewismus verteidigungsfähigen Deutschland hat.

Wir brauchen also die militärischen Rücksichten, die Rücksichten auf die Ausbildung, nicht ganz in den Hintergrund treten zu lassen, und von diesen ausgehend, komme ich zu der Forderung der einjährigen Dienstzeit als dem Mindestmaß, das sich eben noch vom militärischen Standpunkte verantworten läßt. Mit kürzerer Ausbildungszeit haben wir während des Krieges die allerschlechtesten Erfahrungen gemacht. Ich erinnere in dieser Beziehung nur an die Jungdeutschlandfreiwilligen, die nach nur zweimonatlicher Ausbildung an den Feind geworfen werden mußten, weil das alte Regime die restlose Ausbildung aller Wehrpflichtigen nicht durchzusetzen vermocht hatte. Zudem ist die Ausbildung des Soldaten durch die Errungenschaften des Weltkrieges, die Ausgestaltung des Artillerie- und Maschinengewehrwesens, die Einführung der Minenwerfer und Wurfgranaten, die Ausgestaltung des Fernsprech- und Flugwesens, doch nicht leichter, sondern schwerer geworden. Die Erziehung zu den alten Soldatentugenden, des unbedingten Gehorsams, der Treue, der Todesverachtung, der selbsttätigen Pflichterfüllung hat angesichts der zersetzenden Einflüsse des heutigen Kampfs an Bedeutung unendlich gewonnen, ist aber durch die Geistesrichtung des Spartakismus, Kommunismus und Bolschewismus gewiß nicht leichter geworden. Es ist also kein steifes Kleben an alten Gewohnheiten, sondern innerste, pflichtmäßige Überzeugung, wenn wir Berufssoldaten vor einer zu weit gehenden Verkürzung der Dienstzeit warnen.

Damit ist auch meine Stellung zum Milizsystem gegeben, das unter den alten Führern der Sozialdemokratie zahlreiche Anhänger gehabt hat und auch jetzt wieder in der Presse verfochten wird.

Ich verwerfe das Milizsystem, weil ich das Fehlen fester Friedensstämme als Rahmen für die Mobilmachung und als stets bereite Waffe in der Hand der Regierung in der gegenwärtigen Lage Deutschlands für unmöglich halte, und weil nach meiner Ansicht die stets wiederholten kurzen Übungen wirtschaftlich viel störender sind, als eine knapp bemessene aktive Dienstzeit, und den Soldaten niemals zu einer vollen Beherrschung seines Handwerks kommen lassen. Von der kurzen Gesamtdienstzeit geht beim Milizsystem ein unverhältnismäßiger Teil mit Wiederholungen und mit der Auffrischung des zwischen den Übungen Verlernten verloren. Im übrigen kann ich mich bezüglich des Milizsystems wiederum auf Friedrich Engels berufen. Er schreibt:

„Solange man die französische Armee auf der einen, die russische auf der anderen Seite hat und die Möglichkeit eines kombinierten Angriffs beider zu gleicher Zeit, braucht man Truppen, die die ersten Elemente der Kriegsschule nicht erst vor dem Feinde zu

Digitized by Google

lernen haben. Wir nehmen daher keinerlei Rücksicht auf die Phantasien von einem Milizheere mit sozusagen gar keiner Dienstzeit."

Das stimmt Wort für Wort heute noch, mit der Maßgabe, daß anstelle Frankreichs die ganze Entente getreten, und zu Rußland Polen und Tschechien hinzugekommen ist.

Der bei den Vertretern des Milizsystems beliebte Hinweis auf die Schweiz ist nicht stichhaltig. Die Schweiz, als neutraler Staat, mit einem von Natur leicht zu verteidigenden Gebiet und einer ganz besonders tüchtigen, von Staatsgesinnung durchdrungenen Bevölkerung, befindet sich in einer ganz anderen Lage als wir, die Besiegten des Weltkrieges. Das schweizerische Heer, dessen Tüchtigkeit ich nicht abstreiten will, hat eine ernsthafte Feuerprobe noch nicht bestanden, wenn man nicht den Grenzwachdienst im Weltkrieg als eine solche ansehen will. Seine gute Verfassung am Ende des Krieges beruht darauf, daß das tüchtige schweizerische Offizierkorps die lange Präsenzzeit während des Krieges zu gründlicher Ausbildung ausgenutzt hat. Die gute Haltung der schweizer Truppen bei Streiks und Unruhen hat mit dem Milizsystem nichts zu tun, sondern mit gesundem Bürgersinn der Schweizer und der geschickten und tatkräftigen Haltung ihrer Regierung, die bei solchen Gelegenheiten die Verschiedenheit der Nationalitäten und der Berufsstände gewandt auszunutzen versteht.

Lassen wir also den Schweizern ihre Miliz und behalten wir unser nationales Wehrsystem mit den durch die Ereignisse bedingten Veränderungen bei!

Auch so können und müssen wir von der Schweiz und ihren Heereseinrichtungen lernen. Die Ausbildung wird in unserem künftigen Heere so erschwert sein, daß wir, wie die Schweiz, alle Hilfsmittel zu ihrer Erleichterung heranziehen müssen. Wie dort, wird die Schule durch körperliche Ertüchtigung und erziehliche Einwirkung den angehenden Staatsbürger für seinen Beruf als Vaterlandsverteidiger vorbilden müssen. In der Zeit von der Schulentlassung bis zum Eintritt in das Heer wird ein planmäßiger militärischer Vorbereitungsunterricht mit Marsch-, Gelände- und Schießübungen und militärischem Sport, vielleicht im Anschluß an die Fortbildungsschule, vielleicht in besonderen Jugendkompagnien, einsetzen müssen. Die vielen, während des Krieges zu Offizieren beförderten Lehrer werden hier ein besonders dankbares Feld der Tätigkeit finden.

Für die Erhaltung und Weiterbildung der im Heere erlangten Wehrfähigkeit werden wir endlich die oft angebotene und immer wieder zurückgewiesene Unterstützung der Turn-, Sport- und Schützenvereine annehmen und ihre Tätigkeit unseren Zwecken entsprechend beeinflussen und fördern müssen.

Das übrige aber und das Beste zur Lösung des schweren Problems, in Zukunft in einem Jahr in der Heeresausbildung dasselbe zu leisten, wie bisher in zwei oder drei Jahren, werden die Berufsoffiziere und -unteroffiziere der alten Armee leisten

Digitized by Google

müssen. Um ihre Mitarbeit wird auch der neue Volksstaat ebensowenig herumkommen, wie das bolschewistische Rußland, und es wird in ihren Kreisen nicht eben als geschmackvoll empfunden, daß ihnen immer wieder bedeutet wird, man wolle sie nur so lange behalten, bis man andere Kräfte herangezogen und ausgebildet habe. Zweckmäßiger und dem Vaterlande dienlicher würde es sein, wenn man diesen unentbehrlichen Mitarbeitern die Dankbarkeit zuteil werden ließe, auf die sie durch ihre ungeheuren Opfer im Kriege ein Anrecht erworben haben, und das Vertrauen, das sie dem neuen Staat entgegenbrachten, als sie mit Hindenburg um des Vaterlandes willen sich der Regierung zur Verfügung stellten. Daß sie, ebenso wie das ganze Volk, in dieser Zeit der Not Opfer zu bringen haben, wissen die Offiziere, daß sie es können, haben sie bewiesen. Sie werden nicht engherzig auf veralteten Vorrechten bestehen, sie sind es schon lange müde, als Kaste angesehen und dementsprechend von weiten Kreisen, die sie nicht kennen, mit einem unvernünftigen Haß bedacht zu werden.

Die Stellung der Offiziere, die einen der wichtigsten Teile der Wehrfrage überhaupt ist, kann aber ebensowenig, wie diese selbst, durch Gesetze und Verordnungen, durch Organisation und Entwicklung gelöst werden. Gesundung für unser ganzes Heerwesen gibt es nur, wenn nicht nur in der Armee, die nur ein kleiner Teil der Nation ist, sondern in das Volk ein neuer, besserer Geist einzieht, *der wahrhaft soziale und demokratische Geist der Hingabe an das Ganze*, der uneigennützigen Pflichterfüllung im Dienste des Staates, die wahre Staatsgesinnung, wenn der Geist der Begehrlichkeit, des Mißtrauens, des Eigennutzes, der Genußsucht und der Unbotmäßigkeit, die dem deutschen Wesen so fremd ist, wieder verschwindet, wie eine wüste Krankheit.

Dann, aber nur dann wird der Aufbau des Heeres trotz aller äußeren Hemmungen leicht und vor allem erfolgversprechend sein.

Lettow zur Heimkehr

Von Hans Zache

Mit einem Gefühl wehmütigen Stolzes empfingen wir soeben unsere heimkehrenden Helden. Noch wissen wir nicht, ob es ein Akt im großen Drama des Unterganges der Germanen war, den unsere Brüder und Schwestern über See gekämpft und gelitten haben. Noch hoffen wir im Vertrauen auf die Worte des eigenartigen Philanthropen von jenseits des Ozeans auf den Wiedererwerb dessen, was wir in vier Jahrzehnten der Arbeit geschaffen haben. Aber selbst, wenn wir nicht völlig ausgelöscht werden auf der Tafel der Kolonialmächte, so werden wir

Digitized by Google

schwere Opfer bringen müssen und unser alter Besitz wird uns kaum im vollen Umfange wieder werden.

Wenn wir den Krieg verloren haben, so verdanken wir das vor allem einer furchtbaren Waffe, in deren Handhabung uns der Feind unendlich überlegen war: Die Waffe der Niedertracht und der Verleumdung. „Wir fordern Gericht," rufen wir in vollem Bewußtsein unseres Rechtes. Insbesondere verlangen wir auch Gerechtigkeit in der Beurteilung unserer Kolonialpolitik, eine unbefangene Würdigung der Art, wie wir mit dem anvertrauten Pfunde gewuchert haben. Unsere Eingeborenenpolitik ist gewiß nicht frei von menschlichen Irrtümern und auch Verfehlungen gewesen. Aber Lettows Askari haben in vierjähriger Waffentreue ihre Herren gerechtfertigt. Hocherhobenen Hauptes erklären wir nach wie vor aller Welt, daß unsere Eingeborenenpolitik hoch steht über dem, was die anderen alle, Portugiesen und Spanier, Niederländer und Russen, Franzosen und Engländer in den Kinderjahren ihrer Kolonialgeschichte gesündigt haben. Hocherhobenen Hauptes erklären wir, daß uns auch ein Vergleich mit den Methoden und Erfolgen unserer Gegner keineswegs schreckt. Das Traurigste ist allerdings, daß es eigene Landsleute waren, die, wenn auch aus Unverstand und philanthropischem Fanatismus, den Feinden die Waffen geliefert haben.

Noch wissen wir nicht, sage ich, welcher Friede uns beschert sein wird. Wird Recht und Gerechtigkeit das Ergebnis sein, ein Friedensbund, der uns die Abrüstung ermöglicht, der uns gestattet, unsere Knaben zu den Werken des Friedens zu erziehen, sie mit Schäfchen und Blumen spielen zu lassen statt mit Waffen und Soldaten? Oder wird es ein Vernichtungsfriede werden, der uns zwingt, unseren Kindern den heißen Durst nach Vergeltung in die jugendlichen Herzen zu pflanzen und sie zu üben im Gebrauch von Pistole und Gewehr? Denn moralisch und wirtschaftlich tot machen lassen wir uns nie und nimmer! Lieber wollen wir uns und unsere Nachfahren von neuem rüsten zur großen Abrechnung, die dann Recht und Gerechtigkeit mit Gewalt aufrichten möge, wenn Vernunft und Sittlichkeit es nicht vermochten.

Und dazu möge uns die Geschichte des Heldenkampfes unserer Kolonien, vor allem unserer Lettow-Krieger, den Lehrstoff liefern. Dort haben wir nicht das schmähliche Schauspiel erleben müssen von Etappentruppen, die in sinnloser Angst um ihr erbärmliches Leben die Front verrieten, oder von Soldatenräten, die den Kadavergehorsam so lange und so tatkräftig austrieben, bis der beseelte Organismus unseres Heeres zum ekelhaften Kadaver wurde, mit dem Polen, Moskowiter und Letten Schindluder spielen.

Soeben wurde der große Lettow und seine Heldenschar auf deutschem Boden

Digitized by Google

begrüßt. Haben jene, die heute ihren Selbstentmannungstrieb austoben lassen an den ehrwürdigen Abzeichen unserer ungeschlagenen, in vier Jahren ruhmreichen Feldheeres den Mut gehabt, ihm Achselstücke abzufordern und den Degen, den der Feind ihm ließ? Oder hat sie die Scham überwältigt unter seinem Herrenblicke und in die Winkel zurückgedrängt, in die sie gehören? Ihre Kniee sollten sich beugen vor so viel Heldengröße! Den Degen des großen Mannes sollten sie niederlegen auf dem heiligsten Altar des Vaterlandes, um ihre Kinder und Kindeskinder dorthin zu führen, zum Huldigungszuge . . . .

Zur sozialen Demokratie

Von Heinrich Riegner

Der 9. November hat das Gefüge des Obrigkeitsstaates zerbrochen. Die Herrschaft der Militärs und Autokraten ist zu Ende. Es gibt kein Zurück in jener Mächte dunkles Land. Wer sollte es versuchen, die alten Gewalten wieder lebendig zu machen? Wo könnte man überhaupt den Hebel ansetzen? Der monarchische Gedanke, der gewiß noch nicht erstorben ist, hat seine innere Kraft eingebüßt. Es fehlt an einem Kristallisationspunkt, um den sich seine Getreuen zu einem festen Gestein gruppieren könnten. Es fehlt an der Person, die die Gefühle des traditionellen Treueverhältnisses zu erwecken vermöchte. Gerade die Monarchisten trauern am meisten darüber, daß ihr Ideal durch den letzten Träger der Krone und sein würdeloses Ende in den Staub getreten ist. Darum geben sie sich auch keinen Illusionen hin, daß in absehbarer Zeit ihre Ideen wieder Wirklichkeit werden könnten. Die Republik ist gesichert. Hoffentlich auch die Demokratie. Die Bürgschaft dafür soll uns die Nationalversammlung bringen. Das ist ihr tiefster Sinn, ihre eigentliche Bedeutung.

Was ist denn Demokratie? Demokratie heißt Herrschaft des Rechts, heißt Herrschaft der Gerechtigkeit, heißt Mitwirkung aller Teile des Volkes an der Gestaltung seines staatlichen Schicksals. Daß dies die einzig mögliche Staatsform in der modernen Welt ist, hat man nun auch in Deutschland begriffen. Das gewahrt man am deutlichsten an der kühnen Wendung, mit der Parteien wie die Konservativen oder das Zentrum in Verleugnung ihrer ganzen Vergangenheit sich zu volkstümlichen Programmen bekennen und als nationale oder christliche Volkspartei in ein demokratisches Gewand hüllen. Wenn der Kundige sich auch eines Lächelns dabei nicht erwehren kann; es sind dies doch zweifellos Symptome für die Durchdringung unseres politischen Lebens mit dem demokratischen Gedan-

Digitized by Google

ken. Und einen Sieg der demokratischen Idee bedeutet es auch, wenn die unabhängige Sozialdemokratie trotz allen russischen Einflüssen ihr sozialistisches Ziel auf demokratischen Wegen sucht. Außerhalb dieser Weltroute der Demokratie bleibt nur die Spartakusgruppe mit ihren wenigen unabhängigen Freunden, wenn sie bewußt auf die Zertrümmerung der politischen Vertretungsformen der Gesamtheit hinarbeitet, um in den neuen Gebilden der Räte eine Herrschaft der proletarischen Massen aufzurichten. Die Demokratie ist also das Band, das die Rechte und die Linke umschließt, der Stimmzettel die Waffe, mit der der Kampf zwischen Bürgertum und Arbeiterklasse zunächst ausgefochten wird. Das Bürgertum muß sich sagen, daß der Sozialismus der gesetzmäßige Erbe der alten Ordnung ist, wenn ihm auf dem parlamentarischen Schlachtfeld der Sieg beschieden sein sollte. Der Sozialismus wird erkennen müssen, daß nur dann die politische Revolution sich zu einer sozialen entwickeln kann, wenn er seine Legitimation zu diesem Werk der sozialen Revolutionierung dadurch erbringt, daß er eine Mehrheit von Stimmen auf sich vereinigt.

Noch sind die Würfel nicht gefallen. Noch steht die Entscheidung aus. Noch scheinen die Kräfte, insbesondere die geistigen Kräfte des Bürgertums zu groß, als daß sie schon die Herrschaft an die proletarischen Massen abzugeben hätten. Noch ist das Proletariat nicht imstande, die geistigen Bedürfnisse eines geordneten Staatslebens zu bestreiten, geschweige denn die Überführung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung in eine sozialistische, ohne Erschütterungen zu vollziehen, die die Existenz der ganzen Gesellschaft in Frage stellen. Wirkliche Marxisten werden sich an dieser Feststellung am wenigsten stoßen, denn gerade ihnen ist der Gedanke des sozialen Geschehens als eines allmählichen Entwickelungsprozesses längst vertraute Erkenntnis. Ihnen sind die herrschenden Ideen zwar das Produkt der sozialen Verhältnisse, aber gleichzeitig auch der geistige Ausdruck der sozialen Praxis; daher wissen sie auch, daß die heutigen Formen und Tätigkeitsweisen des wirtschaftlichen Lebens noch Exponenten bedeutender geistiger Kräfte sind, die von heute bis morgen nicht zum Absterben verurteilt sein können.

Darum war der Kampf, den das Bürgertum bei den bedeutungsvollen Wahlen zur Nationalversammlung mit dem Sozialismus im Zeichen der Demokratie auszufechten hatte, im ganzen glücklich. Das Bürgertum verfügt noch über ungeheure Kraftquellen, die erst jetzt zu ihrer vollen Auswirkung gelangt sind, wo es galt, sich gegenüber dem Ansturm des Sozialismus zu behaupten. Eins aber ist nötig: Das Bürgertum darf nicht vergessen, daß das neue Zeitalter, welches jetzt anhebt, nicht nur ein demokratisches, sondern auch ein soziales ist. Nur wenn es sich von diesem Gedanken ganz erfüllen läßt, nur wenn es ernstlich an die Stelle der formalen Rechtsgleichheit die soziale Gerechtigkeit zu setzen bestrebt ist, kann es hoffen, der Macht der

Digitized by Google

sozialistischen Ideen siegreich zu widerstehen. Auf allen Gebieten muß es soziale Forderungen verwirklichen, vor allem im Arbeitsrecht, im Bildungswesen und in den steuerlichen Verhältnissen. Und selbst vor den Problemen der Sozialisierung darf es nicht zurückschrecken. Auch sozialistische Maßnahmen können sich sehr glücklich in den Rahmen einer auf soziale Gerechtigkeit hinzielenden rein demokratischen Staatsordnung einfügen. Bedeutet die Sozialisierung eines Erwerbszweiges eine Steigerung des Produktionsertrages, so wird schwerlich jemand Einspruch erheben. Gilt es Privatmonopole in Staatsmonopole umzuwandeln, so werden zum mindesten alle Konsumenten dies mit Befriedigung begrüßen. Handelt es sich darum, das Funktionieren der allgemeinen Verkehrsmittel vor der Willkür kapitalistischer Sonderinteressen zu schützen, so werden nur die betroffenen Kapitalistenkreise gegen eine Sozialisierung protestieren. Aber wir gehen noch weiter. Wir würden kein Unglück darin sehen, wenn man an die gemeinwirtschaftliche Ausbeutung gewisser Bodenschätze und Energie-Quellen heranginge, um elementare Bedürfnisse der Allgemeinheit, wie z. B. nach Licht und Wärme (Beleuchtung und Heizung), in gerechter und auskömmlicher Weise zu befriedigen. Selbst der Grund und Boden ist uns kein Heiligtum der kapitalistischen Spekulation. Sollten sich kollektive Formen seiner Benutzung finden lassen, die dem allgemeinen Bedürfnis nach ausreichenden, gesunden Siedlungen besser Genüge tun, so sollen sie uns willkommen sein. Ja, es sei ganz prinzipiell ausgesprochen, was uns nicht als Programm zum sofortigen Handeln, sondern als Richtlinien für die Zukunft gelten soll, und was nur nach dem jeweiligen Stand der wirtschaftlichen Verhältnisse verwirklicht werden kann: ein auf genossenschaftlicher Basis ruhendes System der Bewirtschaftung von Grund und Boden, Wasser und Luft, Energiequellen und Rohstoffen, soweit dieselbe dazu dient, die elementarsten Grundbedürfnisse des Menschen nach Wohnung, Kleidung und Nahrung zu befriedigen, ist in Verbindung mit einer im übrigen individualistischen Wirtschaftsform durchaus denkbar und möglich. Gemeinschaftlich wird für das gesorgt, was des Lebens äußerste Notdurft verlangt. Die Existenz soll jedem gewährleistet werden, ihre Erhaltung ist Pflicht und Sorge der Allgemeinheit. Darüber hinaus mag das freie Spiel der Kräfte walten, das System, dessen innerster Nerv das Gewinnstreben des Individuums ist. Die Arbeiter, deren Existenz verbürgt ist, und die im Besitz der vollen Staatsbürgerrechte, also auch des Koalitionsrechts sind, werden die Kraft haben, die Auswüchse dieses Systems zu beseitigen.

Diese Verbindung von Sozialismus und Kapitalismus scheint mir der Weg, auf dem die bürgerliche Demokratie der schweren sozialen Probleme Herr werden kann, ohne sich selbst aufzugeben. Möge sie ihn beherzt beschreiten! Möge sie sich bei allen Kämpfen und Anfechtungen, die sie zu erdulden haben wird, dieses Weges als des rechten stets bewußt bleiben.

Digitized by Google

Betrachtungen zum Entwurf des Gesetzes über eine Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs

Von Rechtsanwalt Dr. Ernst Rieß in Berlin

Lange, allzulange hat die Regierung gezögert, ehe sie den Entwurf eines Gesetzes zur Besteuerung des Kriegsgewinnes der Öffentlichkeit übergeben hat. Nun hat sie sich endlich zur Tat aufgerafft, und wenn man den Entwurf oberflächlich durchliest, so ist man zu der Annahme geneigt, daß nunmehr Ernst gemacht und eine energische und beinahe restlose Erfassung der Kriegsgewinne angebahnt wird; sieht man aber genauer hin, so ist das ganze Gebilde vorläufig nur Gebärde; ob eine lebendige Kraft dahinter steckt, muß sich erst erweisen.

Der Kern des Gesetzes ist die Besteuerung des Vermögenszuwachses der natürlichen Personen in der Zeit vom 31. Dezember 1913 bis 31. Dezember 1918. Bei der Bestimmung des Vermögensbegriffes sind die Erfahrungen, die bei der Durchführung der bisherigen Kriegssteuergesetze gemacht sind, nutzbringend verwertet. Es ist ein richtiger steuerpolitischer Gedanke, daß dem steuerpflichtigen Endvermögen hinzuzurechnen sind:

1. Beträge, die der Abgabepflichtige im Veranlagungszeitraum zu Schenkungen oder sonstigen Vermögensübergaben verwandt hat (zur Hintertreibung der sogenannten Schiebungen an Angehörige).
2. Anlagen in ausländischen Grund- oder Betriebsvermögen (zur Verhinderung der Steuerflucht ins Ausland).
3. Aller Erwerb von Gegenständen aus edlem Metall, an Edelsteinen oder Perlen, von Kunst-, Schmuck- und Luxusgegenständen sowie von Sammlungen aller Art, sofern der Anschaffungspreis für den einzelnen Gegenstand fünfhundert Mark und darüber beträgt.
4. Beträge, die im Veranlagungsraum zu Anschaffungen jeder Art verwendet werden, soweit die während des Veranlagungszeitraums hierfür verwendeten Beträge zusammen zehntausend Mark übersteigen.

   — Zu 2 bis 4 jedoch nur dann, wenn die erworbenen Gegenstände am 31. 12. 18 noch im Besitz des Abgabepflichtigen sind. —
5. Noch nicht fällige Ansprüche aus während des Veranlagungszeitraums eingegangenen Lebens-, Kapital- und Rentenversicherungen, und zwar mit der vollen Summe der eingezahlten Prämien oder Kapitalbeträge, falls die jährliche Prämienzahlung den Betrag von 1000 Mark oder die einmalige Kapitalbezahlung den Betrag von 3000 Mark übersteigt.

Die Bestimmungen zu 3 bis 5 dienen der Erfassung allen Erwerbs, der durch Anlegung in den obigen Gegenständen und Werten immobilisiert worden ist, sie werden ebenso wie die Normen zu 1 und 2 die Billigung aller gerechtdenkenden Schichten der Bevölkerung finden.

Digitized by Google

Die Kriegsabgabe beträgt:

für die ersten	10 000	Mark	des	abgabepflichtigen	Vermögenszuwachses	10	v. H.,
für die nächsten	angefangenen oder vollen			10 000	Mark	15	„ „
„ „	„	„	„	10 000	„	20	„ „
„ „	„	„	„	20 000	„	30	„ „
„ „	„	„	„	50 000	„	40	„ „
„ „	„	„	„	100 000	„	50	„ „
„ „	„	„	„	100 000	„	60	„ „
„ „	„	„	„	200 000	„	80	„ „

für die weiteren Beträge 100 v. H. Diese Staffelung bewirkt, daß dem Kriegsgewinnler von seinem Verdienst während der Kriegszeit als Höchstsumme der Betrag von 199 500 Mark verbleibt, und zwar müßte der Abgabepflichtige, um im dauernden Eigentum dieser Summe zu bleiben, mindestens 500 000 Mark Vermögenszuwachs haben. Alle Vermögensvermehrungen, die *über* den Betrag von 199 500 Mark hinausgehen, werden vom Reich mit Beschlag belegt.

Die Kriegsabgabe ist zur Hälfte binnen drei Monaten nach Zustellung des Veranlagungsbescheids, mit der weiteren Hälfte bis zum 1. Februar 1920 zu entrichten.

Die Entrichtung der Abgabe kann durch Hingabe von Kriegsanleihen erfolgen mit der Einschränkung, daß, falls die von einem Abgabepflichtigen zu entrichtende Kriegsabgabe mehr als 100 000 Mark beträgt, der den Betrag von 50 000 Mark übersteigende Abgabebetrag zur *Hälfte* durch Hingabe von Kriegsanleihe an Zahlungsstatt entrichtet werden *muß*.

Alle eben gedachten Bestimmungen des Gesetzentwurfs treffen nur den Fall, wenn der Kriegsgewinnler den Vermögenszuwachs in *baarem* Gelde liegen hat, das er dem Staat zur Verfügung stellen kann, oder wenn ihm Wertpapiere zur Verfügung stehen, deren Veräußerung jederzeit ohne erheblichen Kursverlust für ihn möglich ist. Eine derartige Anlage des Vermögens wird sich in der Regel aber nur dann finden, wenn es sich um kleine oder verhältnismäßig geringe Kriegsgewinne handelt, während doch der Zweck des Gesetzes ist, gerade die großen Vermögen und die Kriegsgewinne für den Staat zu erfassen, die von den Personen gemacht worden sind, die „grob" verdient haben.

Ich kann hier unmittelbar an meinen Aufsatz „der Staat und die Mobilisierung der Vermögen" anknüpfen, der in der deutschen Politik, Jahrgang 1918, Seite 1084 ff. zum Abdruck gelangt ist. Das Reich braucht für die Deckung seiner Ausgaben unbedingt *liquide* Werte, d. h. Geld oder gleichgestellte Werte. Bei der Besteuerung des Kriegsgewinns liegt die Schwierigkeit des Problems also weniger in der Normierung der absoluten *Höhe* und in der *Staffelung*

Digitized by Google

der Steuer, sondern „es handelt sich vor allem um die Lösung der Aufgabe, die Kriegsgewinne, die in großen und mittleren Vermögen angelegt sind, in einem solchen Umfange beweglich zu machen, daß eine kräftige Besteuerung überhaupt durchführbar ist". „Es ist eine offene Tatsache, daß ein großer Teil der im Kriege gewonnenen Vermögen „immobil", d. h. in schwer realisierbaren Werten angelegt worden ist. Als solche kommen in Betracht:

Grundstücke, Handelsgeschäfte, Fabriken, sonstige wirtschaftliche Unternehmungen, Hypotheken, Grundschulden und andere dingliche Rechte, Forderungen, Patent- und andere Immaterialrechte, aber auch schwer veräußerliche mobile Gegenstände, wie Sammlungen, wertvolle Gemälde, kostbarer Schmuck und Luxusgegenstände anderer Art." Wie will das Reich an diese Werte herankommen? Wie ist die Erfassung der Grundstücke gedacht? Durch Eintragung von Hypotheken oder durch Einräumung des Mieteigentums? Wie die Beschlagnahme der Handelsgeschäfte und Fabriken? Durch Beteiligung des Reichs am Gewinn bei Einrichtung von Kontrollmaßnahmen oder durch Zwangsliquidation? Wie die Besteuerung der Hypotheken und sonstigen Rechte, wie endlich die Verwertung der Kostbarkeiten? Zwangsverwertung oder Übergabe an das Reich in Natur? Im Rahmen der Hauptprobleme entrollen sich noch ungezählte Unterprobleme, deren genaue gesetzliche Regelung notwendig ist. Wenn das Reich z. B. einem Kriegsgewinnler, der seinen Gewinn zur Errichtung einer großen Fabrik benutzt hat und nicht liquid machen kann, die Entrichtung der Steuer in der Weise gestatten will, daß das Reich als Teilhaber in die Fabrik eintritt und die Hand auf die Hälfte des Gewinns legt, wie ist dann die Stellung des Reichs als Teilhaber der offenen Handelsgesellschaft auszugestalten? Soll das Reich nur Anspruch auf Gewinn, oder soll es alle oder einen Teil der Rechte eines Gesellschafters haben, z. B. Stimmrecht in der Gesellschafterversammlung, Einfluß auf den weiteren Ausbau des Unternehmens usw.? Auf alle diese Fragen gibt der Entwurf überhaupt keine Antwort; es heißt lediglich in § 28:

> „Inwieweit die Entrichtung der Abgabe in anderer Weise als durch Barzahlung oder Hingabe von Schuldverschreibungen usw. erfolgen kann, bleibt besonderer Regelung vorbehalten."

Mit dieser lapidaren Bestimmung ist nichts anzufangen; der Verfasser des Entwurfs weist nur auf das Problem hin und resigniert. Er resigniert aber auch in einem weiteren Punkte, der beinahe noch schwerwiegender ist. Gegen eine Steuer, die die Kriegsgewinne gänzlich oder zum überwiegenden Teil ergreift, bestanden in der steuerpolitischen Literatur sehr erhebliche Bedenken. Die Anhänger und Gegner der Fortsteuerung der Kriegsgewinne hielten sich ziemlich die Wage. Solange die Regierung sich noch nicht entschieden hatte, konnte der

Digitized by Google

Kriegsgewinnler noch immer hoffen. Nun aber, wo der unverkennbare Wille der Regierung sich in dem Gesetzentwurf offenbart hat, werden natürlich die unlauteren Elemente unter den beteiligten Kriegsgewinnlern trachten, ihren Gewinn möglichst in Sicherheit zu bringen und darnach streben, durch möglichste Immobilisierung ihn dem Zugriff des Reichs zu entziehen. Dagegen mußte unbedingt zugleich mit der Veröffentlichung des Entwurfs durch eine Sicherungsverordnung Front gemacht werden. Der Stand des Vermögens im Zeitpunkt der Veröffentlichung des Gesetzes mußte festgelegt und jeder willkürlichen Veränderung durch Verfügungsverbote und Strafandrohungen Einhalt geboten werden. Auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 4. August 1914 wäre die Regierung in der Lage gewesen, ein vorbereitendes Gesetz zur Sicherung der Kriegsgewinnsteuer zu erlassen, wie sie es bei früheren Kriegssteuergesetzen mehrfach mit großem, wirtschaftlichem Erfolg getan hat. Der Fehler dieser Unterlassung wird sich kaum wieder gut machen lassen und sich bei der Durchführung des späteren Gesetzes schwer rächen. In der vorliegenden Form weist der Gesetzentwurf also erhebliche Mängel auf. Die Tendenz ist gut und aus der Volksstimmung heraus durchaus zu billigen, die Ausarbeitung ist Stückwerk, das Ganze ein Torso.

Baltenhilfe

Durch den bolschewistischen Einbruch in Livland und Kurland sind viele tausend baltische Deutsche aus der Heimat vertrieben worden. Sie weilen als Flüchtlinge auf deutschem Boden in persönlicher Sicherheit, aber viele von ihnen ohne Existenzmittel, solange die Verbindung mit der Heimat unterbrochen ist. Es ist seit Jahren in Deutschland viel für alle Arten von Kriegshilfe geboten worden, aber hier liegt eine besondere deutsche Ehrenpflicht vor, weil Deutschland den Balten seinen Schutz zugesagt und dem baltischen Lande eine neue glückliche Zukunft in Anlehnung an das Deutsche Reich versprochen hatte. Die Zusage konnte nicht gehalten werden, weil die Revolution unsere staatliche und militärische Kraft zerbrach; darum muß jetzt die persönliche Hilfe eintreten.

Grauenhaft sind die Einzelheiten, die über das Schicksal derer gemeldet werden, die den Bolschewisten in die Hände fielen. In Dorpat wurden am 14. Januar vierzig Personen in den Kellern des Livländischen Kredit-Vereins erschossen oder mit Beilen erschlagen; ein russischer Bischof mit zwei Priestern, eine Anzahl evangelischer Pfarrer, Professoren, Gutsbesitzer und estnischer Bürger. Der Arzt, der die Leichen sah, berichtet über den furchtbaren Anblick. Der Boden des ganzen Raumes war bedeckt mit übereinander liegenden Toten, alle nur mit Unter-

Digitized by Google

wäsche bekleidet. Ähnlich ist es in Estland zugegangen, ähnlich, wie wir fürchten, in Riga und in den kleineren Landstädten. Könnten wir die Stammesgenossen von diesem Schicksal nicht retten, so müssen wir darum doch doppelt uns bemühen, denen, die sich zu uns geflüchtet haben, auf solange zu helfen, bis sie entweder in Deutschland eine bleibende Statt oder eine Möglichkeit zur Rückkehr in die Heimat gefunden haben. Wir bitten um Spenden zur Baltenhilfe an die Deutsch-Baltische Gesellschaft, Berlin W. 35, Schöneberger Ufer 21.

Neuerscheinungen

Reichsverfassung.

In diesen Blättern, wie in der Mehrzahl der deutschen Zeitschriften und Zeitungen, stand während der letzten Monate das Problem der künftigen Reichsverfassung im Vordergrund der Betrachtung. Staatsrechtler wie Anschütz, Historiker wie Meinecke (vor allem auch in einem wertvollen Beitrag der „Neuen Rundschau"), Politiker und Publizisten haben sich daran beteiligt — man beginnt auf diese Arbeit schon mit einer gewissen Resignation zu blicken, wenn man gewahr wird, in wie hohem Maße die Petrefakten der Vergangenheit, die historischen Bundesstaaten, ihr Gewicht in die Wagschale zu werfen verstanden. Immerhin: noch ist die Souveränität der Nationalversammlung nicht grundsätzlich umgestoßen, und es liegt an ihr, wie weit sie frische, unbefangene Anregungen fruchtbar machen kann. Vor allem ist notwendig, daß das deutsche Volk, trotz Spartakus und Sozialisierungslärm, die Verhandlungen über die Verfassung mit Leidenschaft und Verständnis verfolge. Deshalb sei hier auf einige Schriften hingewiesen. Mit großem Wurf und einer geistreichen Eindringlichkeit umschreibt Max Weber „Deutschlands künftige Staatsform" (Flugschriften der „Frankfurter Zeitung"); musterhaft ist, wie er die Verfassung als ein Politikum aufweist und zugleich in die wirtschaftlichen Problemstellungen hineinführt. Die kleine Broschüre steckt voll starker Anregungen. Höchst wertvoll ist auch die Arbeit von Walter Schotte, Der Weg zur Gesetzlichkeit (Verlag H. R. Engelmann, Berlin). Zunächst bringt ihr Anhang das Vergleichsmaterial, nach dem in diesen Wochen wohl mancher vergebens gesucht hat, den deutschen Wortlaut der demokratischen Verfassungen der Welt: neben den historischen Dokumenten der Verfassung von Connecticut (1639), dem englischen Agreement of the People (1649), dem deutschen Entwurf von 1849, die Staatsgrundgesetze der amerikanischen Union, der Schweiz, der französischen und der jetzigen russischen Sowjet-Republik. Aber darin erschöpft sich nicht der Wert dieses Buches. Schotte gibt in einer breiten Einleitung eine so gründlich als besonnene Untersuchung über die Voraussetzungen des neuen Gewaltenaufbaues, nicht in Abstraktem sich festhakend, sondern mit nahem Anschluß an die lebendige Wirklichkeit. Besondere Beachtung verdienen seine Bemerkungen über den Anschluß von Deutschösterreich, und dies, daß er die meist vernachlässigte Bedeutung des formalen Wahlrechts für den Charakter einer leistungsfähigen Regierung hervorhebt — der Proporz ist nämlich nicht die ideale Lösung, als die er von denen gern gepriesen war, die ihn noch nicht kannten. Schotte empfiehlt für das Reich das englische System der einfachen Mehrheit, für die Gliedstaaten oder „Länder" den Proporz —; das ist diskutabel, aber hat vielleicht im einzelnen für die Kampfordnung aller Parteien taktische Schwierigkeiten. Eine Mischung von parlamentarischem und präsidialem System, wie es auch der Preußische Entwurf gebracht hat, wird auch von ihm gefordert. Das Buch ist lehrreich und wichtig. Th. H.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 I. Für Anzeigen F. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Österreich-Ungarn und Luxemburg M 7.50, übriges Ausland M. 8.—. Einzelnummer 50 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 48.

Digitized by Google

4. Jahrgang * 14. März 1919 * Heft 11

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Der Reichsminister des Auswärtigen, Graf Brockdorff-Rantzau, hat vor einigen Wochen gesagt, die Feinde könnten uns Gewalt antun, sie könnten uns aber nicht zwingen, Gewalt als Recht anzuerkennen. Bald, nachdem dies mit Dank von uns begrüßte Wort gesprochen war, hätte die Regierung schon Gelegenheit gehabt, nach ihm zu handeln. Sie tat es zunächst noch nicht, sondern erkannte in Spaa ein neues Stück feindlicher Gewalt als „Recht" an. Damals hieß es, die Führer der Parteien in der Nationalversammlung hätten zur Nachgiebigkeit geraten. Diesmal ist es nun zum Unterbrechen der Verhandlungen mit den Erpressern gekommen. Natürlich hat dieser Entschluß der deutschen Regierung nur dann Wert, wenn er unter allen Umständen durchgehalten wird, d. h. wenn wir entschlossen sind, im Fall sich zeigt, daß die Feinde bei ihrer Erwürgertaktik gegen Deutschland geeinigt bleiben, uns aus dem satanischen Spiel in Spaa überhaupt zurückzuziehen und der Entente und den Amerikanern, komme was da wolle, ihre weiteren Entschlüsse zu überlassen. Es hat wirklich keinen Zweck, wenn wir uns noch länger von einer Umdrehung der Schraube zur anderen bereit erklären, das Protokoll des Prozesses, in dem wir gemartert werden sollen, noch selber gegenzuzeichnen. Kein Mensch ist noch imstande zu glauben, daß die Entente irgend etwas anderes bezweckt, als uns zu vernichten. Man muß schon optimistisch bis zur Narrheit sein, um hier von Leistungen und Gegenleistungen zu reden. Was die amerikanische Politik angeht, so sind wir mit den 14 Punkten Wilsons, auf die wir vertrauten, entweder von Anfang an belogen und betrogen worden, oder Wilson ist ohnmächtig, etwas gegen seine Bundesgenossen zu tun. Uns will es zwar scheinen, als wenn er über genügende Mittel zur Durchsetzung seines Standpunktes verfügte; sollte er aber wirklich, trotz guten Willens, nicht können,

Digitized by Google

so wird er natürlich erst recht nicht können, wenn von unserer Seite nur reine Unterwürfigkeit zu sehen ist. Wir müssen allmählich den Glauben an die Ehrlichkeit des Spiels verlieren, das man in dem Versprechen des Rechtsfriedens vor dem Waffenstillstand von der verantwortlichen Stelle mit uns getrieben hat. Ist es so, dann ist es auch gleichgültig, ob wir in der furchtbaren Hunger- und Kummerkomödie in Spaa weiter mitspielen oder nicht. Ist es nicht so, dann kann das durch nichts so sicher erprobt werden, wie durch die endliche Weigerung, unsere Verurteilung zu Tod in Schanden mitzuunterschreiben. Nur fest müssen die Regierung und die Nationalversammlung jetzt bleiben, selbst auf die äußerste Gefahr und jede denkbare Folge hin. Käme nach der ersten mutigen Gebärde doch wieder schmähliches Zukreuzekriechen, so wäre wohl alles, was deutsch fühlt, mit den Regierenden wie mit den Volksvertretern moralisch fertig.

*

In tragisch-resignierter Selbsterkenntnis soll ein literarisch geschultes Mitglied der Sozialdemokratie bei einer der letzten Fraktionssitzungen die ersten Verse von Goethes „Zauberlehrling" vorgetragen haben: alle alten Agitationsständen von Jahrzehnten standen vor seiner Seele auf. Diese Geschichte ist bestimmt nicht wahr. Aber wahr ist sie trotzdem.

*

Gerade in den Tagen, wo der neuernannte ukrainische Gesandte in Berlin sein Beglaubigungsschreiben dem Reichspräsidenten überreichen will, bringt das offiziöse Blatt der Regierung, die „Deutsche Allgemeine Zeitung", einen Artikel mit der Überschrift „Der Todeskampf der Ukrainer", der folgende Worte gesperrt enthält: „So besteht nur wenig Hoffnung, daß die Ukraine als selbständiger Staat weiterleben wird."

Natürlich ist die schwere Lage der Ukrainischen Regierung nicht zu leugnen, die die Hauptstadt Kiew vor den bolschewistischen Heerscharen hat räumen müssen. Wir lassen es beiseite, daß die letzten Nachrichten von einer Besserung der Lage melden, indem nach der Ausrufung der Wiedervereinigung der Ukraine mit Rußland sich größere Teile der ukrainischen Bolschewisten von den Großrussen wieder getrennt und sich Petljura zum Kampf für die Selbständigkeit der Ukraine zur Verfügung gestellt hat, sondern unterstreichen, daß der Wille zum Staat im ukrainischen Volke noch lebendig ist. Wie aber das serbische Beispiel zeigt, ist ein Volk so lange nicht zu besiegen, als es den Willen zum Staate besitzt. Daher sollte auch unsere offiziöse Zeitung Besseres tun, als einem befreundeten Staate vorzeitig seinen Totenschein auszustellen.

Digitized by Google

Russische Politik in Deutschland

Von Dr. Paul Rohrbach

Weiß man es in Deutschland, daß Berlin heute ein Hauptzentrum russischen politischen Lebens ist? Berlin ist es am meisten; aber auch im übrigen Deutschland leben zahlreiche Russen, die ihre Heimat zeitweilig verlassen haben; die einen, um den dortigen Nöten und Gefahren zu entgehen, die anderen, um für russische Ziele und Gedanken zu arbeiten. Eine politisch in allen östlichen Dingen sehr erfahrene Persönlichkeit nannte mir neulich im Gespräch die Zahl 70 000 als die geringste, auf die im Augenblick die russischen Gäste in Deutschland zu schätzen seien. Von derselben Stelle geht die folgende, auf eigene direkte Erfahrung und Anschauung begründete Charakteristik der verschiedenen Bestrebungen des Russentums in Deutschland aus.

Es gibt drei verschiedene Arten, auf die die Russen in Deutschland Politik machen. Zwei von ihnen wünschen die deutsche Hilfe, um ihre eigenen Ziele zu erreichen, und eine benutzt Deutschland als den Boden, um Hilfe von den Feinden Deutschlands zu erlangen. Zur ersteren Art gehören zwei absolut gegensätzliche Gruppen: bürgerliche russische Politiker, die auf den Wiederaufbau von Gesamtrußland mit Unterstützung der Kräfte hoffen, die Deutschland wieder wird aufbringen können, sobald es Frieden hat, und Bolschewisten, die auf Vereinigung der russischen und deutschen radikalen Umsturzkräfte hoffen, um den Weltbolschewismus zu gründen. Die Dritten, die Fühlung mit der Entente suchen, sagen sich entweder, daß zwischen Deutschland und Rußland auch zukünftig keine Freundschaft wird bestehen können, daß Deutschland, wenn es auch jetzt darniederliege, diejenige Macht ist und bleibt, die Rußland zertrümmert und ins Unglück gestürzt hat, und daß daher kein Russe anders als feindlich zu Deutschland stehen könne.

Als ein Organ dieser letzteren Stimmung ist kürzlich in Berlin die russische Tageszeitung „Golos Rossii", die Stimme Rußlands, gegründet worden. Die erste Nummer erschien am 18. Februar und ließ gleich in ihrem einleitenden Leitartikel keinen Zweifel darüber, daß Deutschland, mögen seine Zustände sich gestalten, wie sie wollten, der Zerstörer Rußlands sei und bleibe. Die Redaktion teilte ihren Lesern mit, solange die Verhältnisse in der russischen Heimat es nicht ermöglichen, müsse die „Stimme Rußlands" auf deutschem Boden in Berlin ertönen, und von hier aus müsse für Wiederherstellung Rußlands gearbeitet werden. Bezeichnenderweise wurde dabei auch sofort die ukrainische Frage angeschnitten und darauf hingewiesen, daß die Entscheidung bei Frankreich liege. Solange man in Paris einen Mann wie Petljura (den Oberbefehls-

Digitized by Google

haber der national-ukrainischen Streitkräfte) „General" nenne, sei es allerdings klar, daß dort ein falscher Standpunkt herrsche. In Paris also muß der Hebel angesetzt werden, um Rußland wieder aufzurichten. Die Entente muß davon überzeugt werden, daß es notwendig ist, die Hauptbestandteile des einstigen Rußland wieder zu vereinigen. Front gegen Deutschland, dem nie vergessen werden kann, was es an Rußland getan hat, Aufhebung der ukrainischen Selbständigkeit mit Ententehilfe, Erneuerung Rußlands als politische und wirtschaftliche Filiale Englands, Frankreichs, Amerikas, Gestaltung der äußeren Formen des russischen Lebens im Anschluß an die großen westlichen Demokratien. Das ist das Programm, nach dem diese Richtung arbeitet und für das sie das russische Emigrantentum in Deutschland zu gewinnen sucht. Wenn dafür unter den heutigen Verhältnissen eine Tageszeitung gegründet werden kann, so ist das ein Beweis, daß Mittel für diese Politik vorhanden sind und vor allen Dingen, daß man auf einen großen Kreis von Lesern und Interessenten rechnen zu können glaubt. Wer nur einen Blick in die erste Nummer des Blattes warf, der sah aus der ganzen Aufmachung, der Hervorhebung durch den Druck, der Fassung der Überschriften, der Texte der Telegramme usw. die gegnerische Tendenz gegen Deutschland und die Einstellung auf die Entente. In den letzten Tagen hat sich dies äußere Bild etwas geändert. Die Leitung soll gewechselt haben, die Deutschfeindlichkeit tritt weniger hervor, und aus russischen Kreisen verlautet sogar, daß nächstens ein Gegenblatt gegen den „Golos" gegründet werden soll.

Die Deutschenfeinde der charakterisierten Richtung gehören zur alten Schule der Kadetten, die von der Entstehung der Partei an moskowitisch-nationalistisch waren und in Deutschland aus geschichtlichen, politischen, wirtschaftlichen und nationalen Stimmungsgründen den Feind Rußlands schlechthin erblickten. Ihr Führer Miljukow hat vorübergehend während der Besetzung der Ukraine durch Deutschland den Gedanken gehabt, mit den Deutschen zu paktieren und ihnen gegen Wiederauslieferung der Ukraine an Moskau ein Bündnis der russischen bürgerlichen Parteien unter Führung der Kadetten anzubieten. Deutschland sollte den Bolschewismus in Rußland beseitigen und dafür den Vorteil guter Beziehungen zu dem wiederhergestellten Gesamtrußland haben. Mit diesem Programm fiel Miljukow bei seiner Partei durch und verschwand eine Zeitlang von der Führung. Noch jetzt ist seine Autorität noch nicht wieder hergestellt. Der ganze russische Liberalismus dieser Richtung, der, wie gesagt, von lange her deutschfeindlich ist, wird es auch, abgesehen von wieder eingewurzelten Grundstimmungen, nie vergessen, daß alle seine hochfliegenden Gedanken von der beherrschenden Weltstellung des auf den Namen „Neoslawismus" umgetauften „Panrussismus" in dem Augenblick an der Kraft Deutschlands zerschellten, als die Verwirklichung durch das Bündnis mit dem Westen ganz nahegerückt zu sein

Digitized by Google

schien. England und Frankreich, und jetzt nach dem Kriege auch Amerika, sind und bleiben die Bundesgenossen, an denen sich der fortgeschrittene Liberalismus, oder, wenn man so sagen will, die Demokratie in Rußland, wieder emporrichten und an die sie sich halten wollen. Wer andere Ideen hat, zeigt damit, daß er in russischen Dingen Dilettant ist.

Die zweite Gruppe russischer Politiker in Deutschland vertritt die Gedanken der ursprünglich konservativ gerichteten Elemente in Rußland, die während des Krieges zwar sehr schwach waren, aber von den ersten großen Niederlagen an, dauernd den Sonderfrieden mit Deutschland erwogen, um dem politischen Absturz nach links zu entgehen. Zu ihr gehören auch eine Anzahl praktischer Geschäftspolitiker, die da glauben, mit deutscher Hilfe das russische Wirtschaftsleben besser und vor allen Dingen schneller in Ordnung zu bekommen, als mit der Entente. Sie rechnen erstens damit, daß diejenigen Kräfte in Deutschland, die bisher die wirtschaftliche und zum Teil auch die politische Führung hatten, trotz der Revolution in nicht zu langer Zeit doch wieder einen bestimmten Einfluß erhalten, daß die Friedensbedingungen der Entente Deutschland noch eine ökonomische Betätigung nach Osten erlauben werden, daß irgendwie deutsche Hilfe gegen den Bolschewismus zu haben sein wird, und dergleichen mehr. Als ihr Vertreter kam kürzlich ein aus der Ukraine ausgewiesener früherer russischer Oberst, Maklakow, nach Berlin und bot die Unterstützung eines zu bildenden Freikorps aus 2000 Offizieren der gewesenen russischen Armee an der deutschen Ostfront in Litauen und Kurland gegen die dortige Bolschewistenarmee an. Die 2000 Offiziere waren noch in der Ukraine und gehörten offenbar zu der Garde des früheren Hetmans Skoropadski, die dieser sich gebildet hatte, als er die Schwenkung vom ukrainischen Gedanken zum gesamtrussischen vollzog. Angeblich hält sich auch Skoropadski jetzt in Deutschland auf. Die Ausrüstung und die übrigen Kosten für dies russische Freikorps, dem im Falle des Gelingens zahlreiche Kräfte derselben Art aus Rußland folgen sollten, wären von deutscher Seite zu tragen. Es ist nicht bekannt geworden, ob und auf welche Weise dies Anerbieten seine Erledigung gefunden hat. Die Gefahren, die mit ihm verbunden sind, liegen auf der Hand. Es wäre ein Bündnis mit ausgesprochen reaktionären russischen Kreisen, mit Kreisen, die darauf rechnen, daß auch in Deutschland die Entwicklung sich wieder rückwärts wendet, die in Rußland nicht nur den Bolschewismus, sondern auch die deutschfeindliche bürgerliche Demokratie gegen sich hätten und die außerdem den Preis für sich fordern würden, daß mit deutscher Hilfe Osteuropa so weit wie möglich wieder in seine gesamtrussische Form gebracht wird.

Die stärkste Tätigkeit unter den russischen Parteien entfalten in Deutschland die Bolschewisten. Bolschewistisch verseucht ist Ostpreußen. Hier sind die russischen bolschewistischen Einflüsse teilweise imstande gewesen, bis in die Tiefe zu arbeiten,

Digitized by Google

und zwar nicht nur in Königsberg, sondern auch in den kleinen Städten und auf dem flachen Lande. Die Unbildung der Landarbeiter und die natürliche Reaktion gegen die Verhältnisse, die auf den großagrarischen Besitztümern des entfernten deutschen Ostens vielfach noch herrschten, haben das verschuldet. Im übrigen Deutschland arbeitet die russische Agitation mit vielen Tausenden von Helfern und vielen Millionen an Geldmitteln, hauptsächlich in den größeren Städten und in den Industriegebieten. Wir müssen uns vorstellen, daß trotz aller Kontrollversuche, die einfach unwirksam bleiben, ein ununterbrochener Strom von Agitatoren und Geld von Osten her über unsere Grenze fließt, sich durch zahllose Kanäle in ganz Deutschland verästelt, und daß von ihm aus der Radikalismus auf deutschem Boden angestachelt, erhitzt und genährt wird. Es genügt dabei für die bolschewistischen Zwecke zunächst, wenn die Unruhe erhalten bleibt, und dazu ist nichts weiter nötig, als daß überall Gewalt gepredigt, zu Plünderungen und Ausschreitungen ermutigt, Waffenausrüstung bereitgehalten und mit Geld nachgeholfen wird. Es ist ja von den Beteiligten selbst zugestanden worden, daß für die deutsche Revolution, die uns entwaffnet und der satanischen Politik der Entente ausgeliefert hat, russisch-bolschewistische Millionen mitgearbeitet haben. Diese Mitarbeit an der weiteren Zertrümmerung der Überreste, die von der früheren deutschen Ordnung noch vorhanden sind, dauert unausgesetzt fort, auch wenn einmal ein Fang, wie der Sobelsohn-Radeks, glückt. Man darf auch nicht vergessen, daß von den früheren deutschen Kriegsgefangenen in Rußland eine ganze Anzahl durch das, was sie von den Herrlichkeiten des bolschewistischen Regimes für die augenblicklichen Machthaber gesehen hatten, von dem schrankenlosen Genuß der Gewalt, von der Enteignung der Besitzenden, den Plünderungen der Wohnungen und ähnlichen Herrlichkeiten, einen starken Eindruck erhalten haben. Es gibt immer Naturen, auf die so etwas faszinierend wirkt. Mit diesen Propagandisten halten die von Rußland kommenden Agitatoren möglichst Fühlung.

Wie stark die aus dem slawisch-großrussischen Geist kommende Predigt der geistigen Anarchie auf schwach disponierte Gemüter gerade in Deutschland zu wirken vermag, dafür ist ein merkwürdiges Beispiel der Einfluß, den ein von Grund auf anarchistischer und unfruchtbarer Kopf, ohne die geringste Fähigkeit des Aufbauers, wie der Graf Leo Tolstoi, gerade bei uns erlangen konnte.*) Die Aufnahme seiner unklaren, stammelnden, aber kulturpolitische Schwachköpfe trotzdem faszinierenden Phraseologie durch gewisse Vertreter der deutschen Bildung erscheint wie eine Vorstufe zu dem gefährlichen Spiel mit dem Feuer, das jetzt von

*) Die Bedeutung Tolstois für den Bolschewismus ist in der „Deutschen Politik" (1918, Heft 8) schon einmal gewürdigt worden. Ein offenes Wort über Tolstoi als echten Vertreter des großrussischen Geistes findet sich auch bei Michelsohn („Monatsblätter des Deutschen Monistenbundes", 1919, 11. Heft).

Digitized by Google

national wurzellosen Kaffeehausliteraten, Künstlern und sonstigen „Idealisten" in Deutschland durch ihr Kokettieren mit dem Bolschewismus getrieben wird. Von all der mannigfaltigen russischen Saat, deren Ausstreuen auf deutschem Boden wir seit der Revolution erleben, ist dies die gefährlichste. Zertretung des Bolschewismus in Deutschland ist auch eine der Vorbedingungen für eine zukunftsreiche deutsche Ostpolitik.

Bürgerkrieg

Von Dr. Theodor Heuß

Wirtschaftlich gesehen, war der Versuch, über Berlin den Generalstreik zu verhängen, eine Mischung von Dummheit und Verbrechen. Die Unternehmer wurden, bei der geringen Arbeitsleistung, die heute üblich geworden, von dem Arbeitsausfall kaum betroffen. Gefährlich wurde das Unternehmen in dem Augenblick, als Gas, Wasser, Licht gesperrt werden sollten. Das gab aber den Mehrheitssozialisten den erwünschten Anlaß, aus der ganzen Sache, in die sie sich aus Mangel an Tapferkeit hatten hineinreißen lassen, auszuspringen. Der Streik war damit verloren.

Sein Kern sitzt im Politischen. Freilich, auch hier führte die Planlosigkeit. Denn zuerst beschloß man, daß gestreikt werde, und nachher besann man sich auf einen Katalog von Forderungen: warum, zu welchem Ziel? Der aufgepeitschte Haß gegen die Freiwilligenregimenter, die hysterische Angst vor der „Gegenrevolution" (das ist gegenwärtig das billigste Schlagwort), die Sehnsucht nach Revolutionstribunalen, in denen die Blusenmänner historische Gerechtigkeit spielen wollen, Rachebedürfnis für Liebknecht, Luxemburg, Eisner, das waren die seelischen Unterlagen. Aber das Entscheidende, wenn auch zeitenweise Verdunkelte, ist dies, daß auch die neue Bewegung, von ihren Trägern gerne die „zweite Revolution" getauft, ein Abschnitt ist in dem Machtkampf zwischen Demokratie und Rätesystem. Was soll aus den Räten werden, wenn aus Weimar schließlich, trotz alledem, eine Konsolidierung unserer Verhältnisse kommen sollte?

Die preußische Nationalversammlung stand vor ihrem Zusammentritt. Das Münchener Beispiel lockte: mit Gewaltsamkeit die Räterepublik auszurufen. Die bayerische Verworrenheit ist das Ideal der Berufsrevolutionäre geworden, und die „Unabhängige Sozialdemokratie", die in ihrer Politik den Rekord an geistiger Feigheit und Unklarheit aufgenommen hat, legte sich auf das Rätesystem fest. Theoretiker in ihren Reihen, geistig anspruchslos, glauben vielleicht ehrlich, hier, im alten Syndikalismus, die Energien neuer Gemeinschaftsgruppenbildung zu erkennen; die Taktiker wissen, daß es vorteilhaft ist, sich mit denen zu verbinden, die jetzt einen Teil ihrer Macht an gesetzliche Organe abtreten sollen. Die politische Bedeutung der Arbeiterräte hat zu Ende zu sein, wenn die Demokratie ihre Organe

Digitized by Google

aufbaut — aber wer läßt gerne vom Rentnertum der Macht? Die Soldatenräte sind bei einem demobilisierten Heer ein Unfug geworden — aber die leidenschaftlichsten Antimilitaristen von ehedem können sich heute am schwersten von der Uniform trennen. Die Instrumente der Revolution, gedankenlose Nachahmung der russischen Methode, wollen Organe der Republik werden und damit deren „sozialistischen" Charakter gewährleisten. Als ob der Dilettantismus betriebsmäßiger oder örtlicher Autonomien und Anarchien mit Sozialismus das geringste zu tun hätte!

Die Regierung versucht, die Gefahren eines wilden, immer leicht aufzuputschenden Nebenregiments abzubiegen, indem sie den „Räten" eine wirtschaftliche Aufgabe zuweist, und diese, wie man sich mit falschem Pathos auszudrücken angewöhnt hat, „in der Verfassung verankert". Früher waren das Angelegenheiten der Gewerbeordnung; man sprach bei solchen Aufgaben von „Arbeiterausschüssen", „Arbeitskammern", von der „konstitutionellen Fabrik" und ähnlichem. Die Empfindsamkeit der revolutionären Hochachtung ersetzt diese Begriffe durch den „Rat", und das macht das sozialpolitische Mitgehen heute einigermaßen schwer: denn diese ganze „Sozialisierung", wie sie durch die Industrien geplant ist, diese vertikale Gliederung des gewerblichen Wirtschaftslebens, trägt, noch unerkannt, die Gefahr in sich, die jahrzehntelang mühevoll erarbeitete Leistung der Gewerkschaften zu sprengen. Ihre Macht, im Oktober 1918 endlich zur Höhe und Anerkennung gelangt, steht vor der Frage, ob sie in den Abgrund gestürzt wird und durch gesetzlich begründete Autonomien in den Betrieben, wo Unruhelust und Einzelanspruch jetzt zu regulären Wirtschaftsorganen gemacht wurden, aufgerieben. Ehe nicht die Satzung der neuen Bestimmungen klar umschrieben vorliegt, kann man, im Hinblick auf den Geisteszustand von vielen Industriearbeitern, diese Entwicklung im Augenblick nur mit der größten Sorge betrachten.

Es ist fraglich genug, ob diese Versuche der Regierung den „Radikalen" genügen. Wohlmeinende Kritiker und überlegene Besserwisser versichern, die Regierung komme damit „zu spät". Diese Beweisführung ist ungemein billig; uns scheint, die Weimarer Versuche kommen, bei dem gegenwärtigen Zustand unserer Wirtschaft, gerade früh genug. Gewiß, es ist ja schön, wenn Deutschland der Weltgeschichte ein neues Beispiel von großer sozialer oder sozialistischer Ordnung geben will; aber wichtiger ist es, daß es überhaupt leben kann, und dazu soll es nicht dienen, um den Bankerott des Marxismus zu maskieren, in einen Panzer von Instanzen eingekleidet zu werden, der unserer Wirtschaft das Atmen raubt.

Inzwischen gehen in Berlin die Kämpfe weiter. Die Spartakusleute waren zufrieden, daß sie die von ihnen mehr oder weniger abhängigen „Unabhängigen" zu dem Versuch des Generalstreiks vorangetrieben haben und daß dann auch die „Abhängigen" ihre oft deklamierte Unabhängigkeit gegenüber den Straßenhelden preis-

Digitized by Google

gaben — sie sind dann gleich neben den Streik getreten und haben mit den Waffen ihren Bürgerkrieg aufgenommen. Die berühmte „Volksmarinedivision", die ihr Dauerleben aus dem verhängnisvollen Dezemberkompromiß der Regierung herleitet, stellte ihnen die Kerntruppen, und mit fürchterlicher Grausamkeit wüten diese Leute, von den Deserteuren der Front unterstützt, gegen ihre Volksgenossen. Diese blutigen Kämpfe sind ein furchtbares Erlebnis unseres Volkes. Zugleich eine Lehre für die Regierung, daß sie nicht mit unzeitigen Amnestien die Reihen ihrer Gegner nährt. Sie darf sich nicht in der Brutalität verhärten, und zweifellos war es politisch und vom Rechtsstandpunkt verhängnisvoll, daß eine rücksichtslose Aufklärung über das Ende von Liebknecht und Luxemburg in den Zustand der Verschleppung geriet. Der Schutz von Mördern, wie dem Metzgergesellen Lindner in München, soll das Privileg der Berufsrevolutionäre bleiben. Die mögen sich mit solcher Schmach besudeln. Aber indem sie in allen Rechtsfragen für unbedingte Klarheit sorgt, schafft die Regierung sich den Boden, von dem aus die Rücksichtslosigkeit gegen die verbrecherischen Banden waltet, die heute furchtbares, aber unbedingtes Gebot ist.

Wie es kam — November 1918?

Von Prof. v. Schulze-Gaevernitz, Freiburg i. B.

Man hat die deutsche Revolution vom Anfang November 1918 einen unzeitigen Umsturz genannt. Sie kam zu spät: der Volksstaat war unter Prinz Max begründet und über allen Zweifel sichergestellt — zu früh: das Friedenswerk war soeben im Gange; es kam darauf an, unseren Gegnern die Überzeugung zu erhalten, daß eine militärische Besiegung Deutschlands, die Zurückdrängung der deutschen Heere etwa bis auf die Maas- und Rheinlinie noch größte Opfer verlange, so daß der erwünschte Friede ein gerechter Verständigungsfriede sein müsse. Die Revolution hat Deutschland einseitig entwaffnet und der Gnade, vielleicht der Ungnade seiner Gegner überliefert. Man hat hinzugefügt, daß die Heimat mit tötlichem Dolchstoß dem Frontheer in den Rücken gefallen sei. Dieser Dolch war vom Auslande geschärft und von der Unabhängigen Sozialistenpartei dem Heimatheere ausgehändigt worden. Eine erhebliche Rolle spielte russisches Geld und Waffen. Mitgewirkt hat die feindliche Fliegertruppe an der Westfront, welche tonnenweise revolutionäre Flugblätter abwarf, und eine geschickte Propaganda vom neutralen Ausland her, die ballenweise Druckschriften einschmuggelte. So betrachtet, war die Revolution seitens ihrer ausländischen Hintermänner ein Meisterstück der Propaganda, bei dem nur zweifelhaft war, wie sie die Geister, die sie riefen, wieder los werden wollten.

Digitized by Google

Aber so interessant die Frage nach der Finanzierung dieser, wie jeder anderen Revolution auch sein mag, tiefer blickt doch eine andere Betrachtung. Hinter aller Anstiftung steht die weltgeschichtliche Tatsache fest: Jede Revolution wurzelt letzthin in den Sünden und der Verblendung derer, gegen welche sie sich wendet. Das alte System war morsch; der Glaube des Volkes daraus entwichen; als „Schwindel" war es von Hunderttausenden von Stimmen an und hinter der Front im letzten Kriegsjahre bezeichnet worden. Das Alte fiel wie eine überreife Frucht bei der leisesten Berührung zu Boden, und die Widerstandslosigkeit, mit der es etwa in Berlin abdankte, nach so viel Prunk und großen Worten, berührte lächerlich und beschämend. So betrachtet, war die Revolution eine historische Notwendigkeit, aus welcher die Deutsche Freiheit geboren werden kann und soll.

Der Anstoß kam bekanntlich von der Flotte, welche unter steter „Vierstundenbereitschaft" und Halbdampf einer vierjährigen Blockade erlegen war. Die Meinung zahlreicher von mir befragter Flottenmannschaften — ob richtig oder falsch — ging dahin: man habe revoltiert gegen eine Ausfahrt der Flotte „zwecks ehrenvollen Untergangs". Lauffeuermäßig verbreiteten die Matrosen die Revolution von Kiel nach Wilhelmshaven, nach Hamburg, Hannover, Süddeutschland usw. Welche Tragik! Die Großkampfflotte, das persönlichste Werk des Kaisers, welche im Krieg durch Tatenlosigkeit bei täglichem schwerem Dienst demoralisiert war, sie wurde der Herd der Revolution, die den Kaiser stürzte. Aber vielleicht wäre es gelungen, auch diese Wellen noch zu glätten, woran die Abgeordneten Noske, Haußmann u. a. nicht ohne Erfolg arbeiteten. Andere Abgeordnete besuchten in jenen Tagen die Front, um die Stimmung durch Ansprachen zu festigen.

Die Entscheidung brachte die Revolution in Berlin, welche an der Kaiserfrage entflammte. In einer Fraktionssitzung am Mittwoch, 6. November, sprach sich meine Fraktion für sofortige Abdankung des Kaisers in der Absicht aus, die monarchische Staatsform und die Regierung des Prinzen Max zu retten, womit auch die Sozialdemokratie zufrieden gewesen wäre. Vorgesehen war der Übergang der Kaiserkrone auf den zwölfjährigen Enkel, dem eine verständige und zeitgemäße Erziehung hätte gegeben werden können, sowie die Einrichtung einer verfassungsmäßigen Regentschaft. Der wichtigste Grund, welcher die Abdankung des Kaisers unvermeidlich machte, war die ausdrückliche Forderung Wilsons, der aus Gründen seiner inneren Politik in Kampfesstellung gegen die kriegstreiberischen Republikaner einen sichtbaren Erfolg benötigte. Dazu kam die Rücksicht auf die Stimmung der breiten sozialdemokratischen Arbeiterschaft, die dahin zusammengefaßt wurde: Der Polier wird verantwortlich gemacht, wenn durch Schuld der Bauleute das Gerüst zusammenbricht. Jedenfalls war uns allen bewußt: Ohne oder gegen die Sozialdemokratie war zu jener Zeit jede Regierung unmöglich, da

Digitized by Google

die Gewerkschaften das einzig haltbare Bollwerk gegen das von Osten andringende Chaos bildeten. Unglücklicherweise hatte sich der Kaiser in jenen Tagen der unmittelbaren Einwirkung der Reichsregierung entzogen und wurde im Großen Hauptquartier von den Generalen gesteift. Auf das Ultimatum der Sozialdemokratie vom 7. November, welches die Abdankung binnen 24 Stunden forderte, kam am 8. November die Antwort des Kaisers, er weiche nur der Gewalt. Tatsächlich aber war damals eine aussichtsreiche Abdankungsaktion im Gange.

Ohne deren Ergebnis abzuwarten, setzte am 9. mit dem Generalstreik in Berlin die unblutigste aller Revolutionen ein, die in wenigen Stunden das alte System über den Haufen warf: Geschlossener Übergang der Berliner Garnison zur Revolution! Schon mittags gegen drei Uhr verkündigte Scheidemann von der Freitreppe des Reichstages aus die „deutsche Republik", und kurz darauf hielt Liebknecht eine Rede vom Balkon des königlichen Schlosses, wobei eine königliche Bettdecke als rote Fahne diente. Erst abends ertönte Schießen um das Schloß und den Marstall, den unglückliche Jugendwehren verteidigten. Alle militärische Ordnung löste sich auf; Soldaten und Zivilisten rasten mit Maschinengewehren durch die Straßen; Infanteriepatronen wurden wie Zuckerbonbons von Hand zu Hand gegeben. Am Nachmittag erschien bereits Rote Garde in der Wandelhalle des Reichstags und drängte die Abgeordneten beiseite. Ich hörte mit eigenen Ohren, wie einem Abgesandten Scheidemanns, der die Roten Gardisten aufforderte, Platz zu machen, geantwortet wurde: „Scheidemann kann uns sonst was."

Unter Beseitigung der Regierung des Prinzen Max erfolgte am 10. November die Bildung der neuen Reichsregierung von Ebert und Haase unter Ausschluß der Bürgerlichen; obgleich bei allen Neuwahlen die Unabhängigen in der Minderheit geblieben waren, kamen sie doch in die neue Regierung zu gleichem Anteil mit der sozialdemokratischen Mehrheit — die erste Kapitulation der Alten vor den Unabhängigen, welcher weitere folgten. An demselben Tage vollzog sich der völlige Sieg der Revolution in der Etappe, besonders in Belgien. Überall in Deutschland entstanden Soldatenräte, welche die tatsächliche Gewalt an sich rissen, aber immerhin das Verdienst hatten, in vielen Fällen wenigstens die elementaren Grundlagen der bürgerlichen Ordnung aufrecht zu erhalten.

Ich reiste in diesen Tagen mit unzähligen Feldgrauen, welche nach Hause eilten, in unglaublich überfülltem Wagen von Berlin nach Mannheim. Hochinteressant, diese Stimmungseindrücke! In fürchterlicher Kürze faßte ein Feldgrauer die Stimmung, welche Tausende bewegte, in das Wort zusammen: „Der Sieg wäre für uns die Peitsche gewesen." Ein anderer setzte hinzu: „Hinter je drei Deutsche wäre ein Polizist zu stellen gewesen." Ein Dritter, augenscheinlich im Offiziersgrade, meinte: „Das deutsche Heer zerfiel in zwei Klassen, Herren und Knechte, von denen die Knechte sich empörten." Überall herrschte gegen den zusammen-

Digitized by Google

brechenden Militarismus Erbitterung: über schlechte Behandlung durch neugebackene Offiziere, über schlechte Ernährung bei gesteigertem Dienst, daneben Hoffnung auf internationale Revolution als Schutz vor einem Gewaltfrieden. „Die Franzosen machen mit, dann sollen Foch und Hindenburg sich allein duellieren." So hatten auch in Berlin die Matrosen, mit denen ich sprach, von den roten Flaggen gefabelt, welche die englische Flotte aufgezogen habe. Diese jungen Leute suchten sich über das Unheil, welches die Revolution ausgelöst hatte, leichthin hinwegzutäuschen. Herzzerreißend war es, von zahlreichen Elsässern in kernigem allemannischen Deutsch nichts als die Freude zu vernehmen, von Deutschland loszukommen — das traurige Ergebnis einer deutschen Herrschaft von über vierzig Jahren! Nirgends fand ich auf dieser und zahlreichen anderen Reisen, die ich in den nächsten Tagen machen mußte, eigentliche Erbitterung gegen die Fürsten. Von der ruhigen Zuneigung des Badener zu seinem „Fritz" ging die Stimmung bis zur scherzhaften Gutmütigkeit der Sachsen, von denen einer sagte: „Unser guter König trübt kein Wässerchen," und der andere hinzufügte: „Du meenst wohl, er trinkt kein Wässerchen."

Aber noch andere Stimmungen traten zutage. Hie und da wurde Erbitterung laut über die „Faschingsnarrheit" der Jungen, die nie Pulver gerochen hätten und nun als Soldatenräte die alten Soldaten meistern wollten. Besonders erbitterte das Herunterreißen der Eisernen Kreuze „durch Frauenzimmer und Lausbuben".

Wenige Stunden nach dem Umsturz kamen die fürchterlichsten Waffenstillstandsbedingungen der Weltgeschichte. Die Annahme dieser Bedingungen — der einseitigen Entwaffnung, der Auslieferung unserer Verkehrsmittel und der Flotte, die unser Stolz gewesen war, bei Aufrechterhaltung der Blockade, schildert der Reichstagspräsident Fehrenbach mit folgenden Worten: „Am 10. November war der ‚berühmte' Sonntag zur Entgegennahme der Waffenstillstandsbedingungen. Neben dem neuen Reichskanzler Ebert und seinen Staatssekretären Landsberg und Scheidemann waren noch die Männer der alten Regierung und ich im Kanzlerhause anwesend. Ebert betonte in kurzen Worten, daß er von den üblichen begrüßenden Worten absehe, da sie in dieser Stunde nicht am Platze seien. Der Staatssekretär des Äußeren, Dr. Solf, verlas darauf die Bedingungen. Sie können sich denken, mit welchen Gefühlen wir diese angehört haben. Dann wurde das Telegramm der Waffenstillstandskommission (die von der alten Regierung ernannt war) verlesen, worin die Kommission mitteilte, es bleibe nichts übrig, als die Bedingungen glatt anzunehmen. Hernach wurde ein Telegramm Hindenburgs verlesen, worin er ersuchte, alle Bedingungen sofort anzunehmen. Er könne die Armee nicht mehr beieinander halten! Da hat Ebert gefragt: Wer ist dagegen? Es ist furchtbares Schweigen erfolgt." — Da Hindenburg im Oktober noch eine Fortsetzung des Krieges bis zum Frühjahr für möglich erklärt hatte, so beleuchtet

Digitized by Google

sein Meinungswechsel die katastrophale Wirkung der Revolution auf das Frontheer und vor allem auf die Etappe.

Die Annahme der Bedingungen erfolgte durch vier oder sechs Mann, die „Reichsregierung", ohne Befragen des Reichstags, ohne Befragen des Frontheeres, was technisch wohl möglich gewesen wäre. Ich hörte wenige Tage darauf aus besteingeweihter ententistischer Quelle in der Schweiz: die Annahme jener Bedingungen, die man Wilhelm II. gestellt habe, durch die neue Regierung habe „überrascht" und die cupidité in Paris und London entfacht.

Zusammenfassend: Die angelsächsische Weltherrschaft ist fester denn je begründet. Die pax britannica umschlingt den Weltkreis ähnlich wie einst die pax romana des spätkaiserlichen Roms. Indem England die Abrüstung zur See von sich weist, wird der Völkerbund im besten Falle zur honorigen Form dieser Herrschaft für die Schwachen. Trotz des Opfers unserer besten Jugend bei riesenhafter „dynamischer Leistung" in Technik und Wirtschaft droht uns ein Schwertfrieden, wenn auch reich an Lorbeeren, von denen man aber leider nicht leben kann. Die Gründe sind mit wenigen Worten nur anzudeuten:

Die letzten politischen Entscheidungen waren Militärs anvertraut, welche — rein europäisch orientiert — mit Weltwirtschaft und Weltpolitik ebensowenig Fühlung hatten, wie mit der Macht des Freiheitsgedankens und der Demokratie. Sie irrten sich selbst in Fragen ihres Metiers und klappten zuletzt rückgratlos zusammen. — Aber über das Verschulden des Militarismus hinaus brachen wir zusammen, weil wir während des letzten Menschenalters Machtpolitik nach außen ohne Freiheitspolitik nach innen trieben, und damit dem westeuropäischen Kapitalismus und Imperialismus gestatteten, seinen Handels- und Rachekrieg zu einem Weltfreiheitskrieg gegen uns auszuweiten und das Weltgewissen auf ihre Seite zu bringen. Gewiß, auch vor dem Krieg war der deutsche Freiheitsgedanke nicht erstorben, aber er war schwach gewesen gegenüber den Mächten des Rückschritts, weil er sich abgelöst hatte von dem Mutterboden einer idealistischen und religiösen Weltanschauung. Dagegen wurzelt der Freiheits- wie der Herrschaftsgedanke des Angelsachsen im Puritanismus, und bezieht aus diesem tiefen, jetzt vielfach überschütteten Urgrund auch heute noch seine innersten Kräfte, während unsere Alldeutschen wie unsere Sozialdemokraten aus seichteren Quellen des Seelenlebens geschöpft haben.

Immerhin bestand ein erheblicher Unterschied zwischen deutschem Ost und deutschem West. Schon beim Besuch des Soldatenrats in Frankfurt umwehte mich eine menschlichere Luft, und als ich gar nach Baden zurückkam, fand ich hier die Verhältnisse im wesentlichen unverändert. Im Osten hatte der Militarismus und das Junkertum schwer wie ein Alpdruck auf den breiten Volksschichten gelastet und die gesellschaftliche Schichtung der Leibeigenschaft verewigt. Die Empörung

Digitized by Google

war hier eine Sklavenempörung, begleitet von der Sympathie weiter intellektueller Schichten, welche — wohl auch im Vertrauen auf Wilsons vierzehn Punkte — den Ernst der äußeren Lage unterschätzten und die junge Freiheit bewillkommneten. Aber nur allzu schnell zeigte sich hier, daß der empörte Sklave dem früheren Herrn gleicht und Gewalttat mit Gewalttat vergilt. Die Gegensätze berührten sich: Herr v. Oldenburg wollte den Reichstag mit dem berühmten Leutnant und zwölf Mann auseinandertreiben, der Unabhängige Hofmann mittels der Handgranaten der Roten Garde.

In Baden dagegen war der Umsturz von außen hereingetragen und wäre ohne Berlin nie geschehen. Einmal eingetreten, wurde er zum Fortschritt freier Männer in der bisher eingeschlagenen Richtung. Das badische Fürstengeschlecht hatte die Aufgabe erfüllt, welche Fichte als die höchste dem Fürsten stellt: zur Freiheit zu erziehen und sich als Fürsten überflüssig zu machen. Alles kommt darauf an, ob es der im Grunde westdeutschen Regierung Ebert-Scheidemann — Ebert ein badisches Landeskind! — gelingen wird, den Osten zu verdeutschen. Schon vor Jahren pflegte ich meinen Studenten unser innerpolitisches Problem dahin zu formulieren, daß es darauf ankomme, Berlin „badisch zu machen" — die beste Vergeltung für 1849 und Rastatt.

Diesen Gegensatz zwischen Ost und West beleuchtet das alte Schillerwort:

„Vor dem Sklaven, der seine Ketten bricht,
Vor dem freien Menschen erzittre nicht!"

Die Größenwahnpolitik der Südslawen

Von Theodor von Sosnosky (Wien)

I.

„Die Habsburgische Monarchie wird aufgeteilt. Das ist ganz einfach. Man braucht nur die Karte und einen Stift zur Hand zu nehmen und drauf loszustreichen: die Alpen- und Sudetenländer kommen zum Deutschen Reiche. Galizien zu Rußland, Ungarn wird selbständig, Kroatien bildet mit Dalmatien und Bosnien ein südslawisches Reich, vielleicht im Vereine mit Serbien und Montenegro; die von Italienern bewohnten Gebiete endlich fallen an Italien. Damit wäre das Habsburgerreich von der Landkarte verschwunden und restlos aufgeteilt . . . .

Das sieht sich ja soweit höchst einfach an und erscheint, vom rein ethnographischen Standpunkte betrachtet, recht einleuchtend. Und doch ist diese Aufteilung nur ein loses Phantasiegebilde. Eine einzige Frage genügt, das ganze, scheinbar

Digitized by Google

so fest begründete Gebäude dieser Bierbank-Staatskünstler umzuwerfen wie ein Kartenhaus, die Frage: was geschieht mit Triest?" . . .*)

Diese Worte habe ich zwei Jahre vor dem Kriege niedergeschrieben, um den Wahnwitz der Aufteilung Österreich-Ungarns zu illustrieren. Mittlerweile ist dieser Wahnwitz zur Tat geworden und der „Kampf aller gegen alle auf den Trümmern der Monarchie", den ich damals als die unabwendbare Folge ihres Zerfalles in Aussicht gestellt habe, ist zur Zeit in vollem Gange. Tschechen und Südslawen gegen Deutsche und ebenso gegen Magyaren, Tschechen auch gegen Polen; Polen gegen Deutsche (in Preußen) und Ukrainer; Ukrainer gegen Magyaren; Rumänen gegen Magyaren und, wo ihre Interessensphären mit denen der Serben und Ruthenen (Ukrainer) zusammenstoßen, voraussichtlich auch gegen diese; und schließlich auch noch Südslawen gegen Italiener: so geht es heute in jenen Ländern zu, die vormals zur habsburgischen Krone gehört haben.

Wer die so überaus verwickelten nationalen Verhältnisse in der einstigen Monarchie gründlich kannte — und die Zahl dieser Leute war leider nur klein —, der konnte sich, sofern er die Dinge nicht durch eine der vielen nationalen Brillen betrachtete, die dort üblich waren, über die verheerenden Wirkungen nicht im Zweifel sein, die der Zerfall der Monarchie nach sich ziehen würde; denn keine der auf dem Papiere so einfach erscheinenden Angliederungen der verschiedenen Trümmer an die konnationalen Nachbarstaaten ließ sich so glatt durchführen, wie die nationalen Fanatiker es sich erträumten, weder die der deutschen Länder an das Deutsche Reich (wobei dieses noch als der mächtige Staat gedacht war, der er vor der letzten Katastrophe gewesen ist); noch die Siebenbürgens an Rumänien oder der Slowakei an Böhmen usw.

Am einfachsten sah noch die Vereinigung der von Südslawen bewohnten Gebiete aus, weil sie im Gegensatze zu den meisten anderen Parteien der Monarchie ein einheitliches Sprachgebiet bildeten und nur verschwindend geringe ethnische Minderheiten fremdsprachiger Nationen enthielten. Allein dieser Schein täuschte, denn während anderswo die Verschiedenheit der Sprache den Stein des Anstoßes bildete, so war es hier die Konfession. Die katholischen Kroaten und die orthodoxen Serben standen einander feindlich gegenüber, und diese Feindschaft war eine tiefe und erbitterte und reichte weit zurück. Wer mit den einschlägigen Verhältnissen einigermaßen vertraut war, konnte sich darum auch hinsichtlich dieser territorialen Neuschöpfung, Jugoslawien, keinen Illusionen hingeben, zumal da noch eine halbe Million südslawischer Moslim in Betracht kam.

Die Zukunft wird zeigen, wie begründet solche Zweifel gewesen sind. Noch hört man freilich nichts von einem Aufflammen des alten überlie-

*) „Die Politik im Habsburgerreiche", Randglossen zur Zeitgeschichte, Berlin 1912/13, Band II, S. 376.

Digitized by Google

ferten kroatisch-serbischen Haders, aber es wäre naiver Optimismus, deshalb zu glauben, er sei wirklich erloschen; er glimmt eben bloß unter der Asche fort. Die Tatsache allein, daß man sich in Jugoslawien noch immer nicht über die doch so wichtige Frage der Verfassungsform entschieden hat, läßt schon erkennen, daß dieser Gegensatz sich bereits stark fühlbar macht. Wir hören zwar von einer südslawischen Republik, aber wir hören nicht minder vom Serbenkönig Peter und dem Thronfolger Alexander. Es ist demnach noch die Frage offen, ob das jugoslawische Reich eine Republik oder ein Königreich werden soll. In Agram hat man die Republik ausgerufen, und wenn man, wenigstens insgeheim, an deren Stelle auch lieber ein Königreich sähe, so wäre das natürlich das alte historische Königreich Kroatien, dem vor Jahrhunderten durch die Magyaren ein Ende gemacht worden ist, nicht aber die Herrschaft des Mörderkönigs Peter und seiner Sippe.

Dieser noch ganz ungeklärten Sachlage zufolge kann man eigentlich nicht einmal von einem jugoslawischen Reiche sprechen, denn neben der kroatisch-slowenischen Republik besteht nach wie vor das serbische Königreich; ein Zustand, der sich auf die Dauer natürlich nicht halten läßt und entweder die Vereinigung aller Jugoslawen in ein einziges Staatswesen erheischt, gleichviel, ob es ein Großkroatien oder ein Großserbien wird, oder aber eine reinliche Scheidung zwischen Kroaten und Slowenen einer-, Serben anderseits. Das eine wird so schwer sein wie das andere, denn da wie dort wird sich der alte kroatisch-serbische Gegensatz einer friedlichen Lösung dieses Problems in den Weg stellen; da wie dort werden Kroaten und Serben um die Vorherrschaft ringen. Und zwar wäre die reinliche Scheidung zwischen beiden die gefährlichere Lösung, denn dann würde zwischen ihnen die Frage auftauchen: Wem gehört Bosnien und die Herzegowina? Diese beiden Länder wären der Erisapfel, um dessen Besitz sie einander immer wieder in die Hagre geraten würden.

II.

Vorläufig freilich verbergen sich diese Fragen noch im Hintergrunde, und andere stehen im Vordergrunde und halten Kroaten wie Serben dauernd in Atem. Noch sind nämlich die Grenzen des jugoslawischen Gebietes ganz unbestimmt. Weder Deutschösterreich, noch Ungarn, diesfalls besser: Magyarien, noch Großrumänien gegenüber sind sie klar gezogen worden; von denen gegen Italien einstweilen gar nicht zu reden. Betreffs derer gegen Deutschösterreich hat es zwar geheißen, sie wären festgesetzt; allein die Südslawen kehren sich nicht im geringsten daran, unternehmen fortwährend Vorstöße gegen Norden und bekunden immer deutlicher die Absicht, sich ganz Kärntens zu bemächtigen und auch in Steiermark bis gegen Graz vorzudringen, ja sogar diese reindeutsche Stadt ihrem Gebiete einzuverleiben. Daß diese Gelüste den von den

Digitized by Google

Südslawen früher immer so beweglich vorgebrachten Klagen über ihre nationale Bedrückung in Österreich eine seltsame Folie geben und dem von ihnen früher immer so pathetisch betonten Grundsatze der nationalen Selbstbestimmung geradezu ins Gesicht schlagen: das sieht sie, wie sich zeigt, wenig an. Gleich allen anderen Völkern — mit Ausnahme der zu Boden getretenen Deutschen natürlich — haben eben auch sie die ihnen unbequem gewordene heuchlerische Maske abgeworfen und tragen ihre Habsucht und Ländergier offen zur Schau. Was schert sie das Selbstbestimmungsrecht, was das nationale Prinzip? Leere Worte! Macht wollen sie haben und Land, und tragen nicht das geringste Bedenken, es zu nehmen, wo sie können. Nur die Entente vermag diesem Heißhunger Grenzen zu setzen; Deutsch-Österreich ist dazu nicht imstande, denn es besitzt kein Heer mehr, und seine derzeitige Regierung will keins aufstellen, so daß es zu kläglicher Ohnmacht verdammt ist. . . .

Da es den Jugoslawen im Hinblick auf die Friedenskonferenz aber doch nicht ganz geheuer zu Mute zu sein scheint, so haben sie sich in jüngster Zeit nach einer neuen Maske umgesehen, die ihre Habsucht verhüllen und sie mit einem Nimbus von gutem Rechte drapieren soll; und da, wer im politischen Leben sucht, meist auch findet, so haben sie ein Patent des Kaisers Franz vom 3. Juli des Jahres 1816 ausfindig gemacht, worin die Gründung des „Königreichs Illyrien" ausgesprochen wird. Weil nun dieser alten Urkunde gemäß auch Kärnten dazu gehört, so glauben sie damit ihren Anspruch auf dieses Kronland rechtfertigen zu können. Damit begehen sie natürlich abermals einen argen Verstoß gegen das nationale Prinzip und das Selbstbestimmungsrecht der Völker und führen ihre früher auf diese Grundsätze gestützten oder, richtiger gesagt, damit verbrämten Ansprüche selber ad absurdum.

Auch sonst ist dieser Hinweis auf das alte Illyrische Königreich nicht eben glücklich gewählt, denn jenes Patent weiß weder etwas von der Zugehörigkeit Dalmatiens, noch von der Südsteiermarks zu Illyrien. Zudem ist dieses Königreich im Rahmen des österreichischen Kaisertums geblieben und keineswegs ein selbständiger, ja nicht einmal ein autonomer Staat gewesen. Das Patent des Kaisers Franz ließe sich demnach mit mehr Grund gegen die südslawischen Ansprüche ins Treffen führen, als für sie.

Daß sich die Südslawen solcher fragwürdiger Argumente zur Rechtfertigung ihrer maßlosen, ja größenwahnsinnigen Länder- und Machtgier bedienen, zeigt nur, wie skrupellos sie vorgehen und wie sehr sie selber sich des Rechtsmangels ihrer Ansprüche bewußt sind. Wo sie ein Endchen Stoff gewahr werden, das ihnen zur juridischen Drapierung dieser Ansprüche halbwegs geeignet erscheint, dort greifen sie unbedenklich zu, mag sein Aussehen mit dem ihrer übrigen Draperie auch noch so wenig übereinstimmen.

Digitized by Google

Noch ausgedehnter als Deutsch-Österreich gegenüber sind ihre Forderungen Ungarn gegenüber, und ebensowenig — aus denselben Gründen wie die Deutsch-Österreicher — vermögen die Magyaren aus eigener Kraft sich des südslawischen Ansturmes zu erwehren. Dieser dringt auch hier weit über die ethnographischen Grenzen hinaus und ergießt seine Wogen auch über Gebiete, die weder einen nennenswerten südslawischen Bevölkerungseinschlag aufweisen, noch jemals zum einstigen historischen Kroatien oder Serbien gehört haben. Dies gilt namentlich mit Bezug auf die ungarischen Komitate auf dem rechten Donauufer und dessen Hinterland, also Baranya, Sümegh und Zala. Daß die Südslawen die sogenannte Bácska, das Bács-Bodroger Komitat, zwischen Donau im Westen und Süden und Theiß im Osten gelegen, ganz für sich in Anspruch nehmen, versteht sich bei ihrer skrupellosen Annexionspraxis von selbst, denn für dieses Gebiet können sie sich auf die kaiserliche Verordnung vom 18. November 1849 berufen, derzufolge als „Serbische Wojwodina" erklärt worden war. Vom nationalen Standpunkte haben sie aber nur auf etwa den dritten Teil der Bácska ein Anrecht, denn neben rund 200 000 Serben wohnen dort fast ebensoviel Deutsche und etwa 300 000 Magyaren. Noch weit ungünstiger steht es mit ihren Ansprüchen auf das Banat, denn dessen drei Komitate zählen bloß etwa 260 000 Serben gegenüber 600 000 Rumänen, über 400 000 Deutschen und ungefähr 170 000 Magyaren. Das hindert sie freilich nicht, auch hier Forderungen geltend zu machen; doch dürften diese, falls die Entente nicht ganz entschieden ihre Partei nimmt, an dem Widerstande der ihnen an Zahl so sehr überlegenen Rumänen scheitern.

III.

Hätte der nationale Größenwahn die Köpfe der Südslawen nicht mit seinen Machtträumen umnebelt, so müßten sie sich sagen, daß es für sie viel klüger wäre, sich mit ihren nichtslawischen Nachbarn, sowohl im ehemaligen Österreich wie im ehemaligen Ungarn, friedlich zu einigen und sich mit den national begründeten Grenzen zu begnügen, um ihre ganze Kraft gegen einen Gegner zu vereinigen, der dem Bestande ihres jungen Staatswesens weit gefährlicher ist, als es Deutsche, Magyaren und Rumänen sind; eine deutsche und rumänische Gefahr hat für ihre berechtigten Ansprüche nie bestanden, und die magyarische ist durch den Zusammenbruch Ungarns wohl für immer beseitigt. Um so ernster aber ist die Gefahr, die ihnen von Italien droht. Daß sie in diesem einen gefährlichen Feind sehen, geht aus der kürzlich bekanntgewordenen Nachricht hervor, daß sie die zehn jüngsten Jahrgänge ihrer Wehrmacht unter die Fahnen berufen hätten; diese Nachricht mag ja, wie heutzutage so viele Alarmmeldungen, nicht auf Wahrheit beruhen; deswegen bleibt sie aber doch symptomatisch für die Besorgnis der Südslawen vor der italienischen Gefahr. Um so weniger zu verstehen ist es, daß sie trotzdem auch

Digitized by Google

die Erbitterung der Deutschen und Magyaren herausfordern. So stark, daß sie an ihren Grenzen drei Gegner vertragen könnten, sind sie nicht; freilich kommen jene zwei Gegner derzeit nicht in Betracht, weil sie so gut wie wehrlos sind, aber sie werden es gewiß nicht bleiben. . . . Und der dritte Gegner ist allein zur Zeit schon mächtig genug. Von ihm droht ihnen keine geringere Gefahr als der Verlust Dalmatiens und damit der Küste, also just des Gebietes, um das es namentlich den Serben so sehr zu tun gewesen ist. Ebenso schwinden angesichts der italienischen Übermacht die südslawischen Hoffnungen auf Triest. So mancher Kroate und Slowene dürfte sich, im stillen Kämmerlein zur Einkehr gelangt, schon jetzt betrübt hinter dem Ohre kratzen und sich sagen, daß diese Gebiete unter der alten österreichischen Herrschaft dem Südslawentume viel sicherer gewesen sind als jetzt, und daß in Dalmatien überhaupt keine italienische Gefahr mehr bestand, im Küstenland diese aber immer geringer geworden war. Hatte der Prozentsatz der Italiener in Dalmatien im Jahre 1813 noch ungefähr 25 Prozent betragen, so war er 1869 schon auf 11 Prozent und 1910 auf 2,7 Prozent zusammengeschrumpft, und damit war auch die bis zu diesem Jahrhundert bestehende Vorherrschaft der Italiener in Dalmatien zu Ende gewesen. Schon im Jahre 1897 hatten sie das letzte Mandat für den österreichischen Reichsrat verloren, und im Landtage, in dem sie trotz ihrer kleinen Volksminderheit noch in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts unter 43 Sitzen 31 innegehabt hatten, haben sie zuletzt nur mehr 6 zu behaupten vermocht. Auch im Küstenlande hatten sich Kroaten und Slowenen immer mehr auf Kosten des italienischen Elements ausgebreitet, so daß schließlich der an der Adria wohnenden Million Südslawen kaum mehr ein Drittel davon an Italienern gegenüberstand. Es war demnach mit der Sache der Südslawen unter dem angeblich so tyrannischen Regimente des alten Österreich ganz und gar nicht so übel bestellt, und sie konnten jeden Abend zu Bette gehen, ohne befürchten zu müssen, am nächsten Morgen als italienische Staatsbürger zu erwachen; eine Gefahr, die, seit sie sich vom österreichischen „Joche" „befreit" haben, stündlich als Damoklesschwert über ihnen hängt.

Die Südslawen haben als „bedrückt" gewesenes Volk bei der Entente und bei Herrn Wilson allerdings, ebenso wie die Tschechen, einen Stein im Brett, und man wird ihren Wünschen auf dem Friedenskongresse jedenfalls tunlichst entgegenkommen; allein dieses „tunlichst" hängt sehr von Italien ab, das, wenn auch nicht sonderlich respektiert, doch immerhin eine Entente-Macht ist und ein Wort dreinzureden haben wird. Daß dieses Wort aber für die Südslawen wenig erbaulich klingen wird, steht außer Frage. Es müßten ganz besondere Dinge geschehen, um Italien von seinen zur fixen Idee gewordenen Ansprüchen auf das östliche Adriaufer abzubringen; wenn ihm nicht etwa innere Wirren den Arm lähmen oder es sich bei der Friedenskonferenz einer Phalanx gegenüber sieht, gegen deren über-

Digitized by Google

macht es sich ohnmächtig fühlt: wird es gewiß nicht darauf verzichten, diese Idee auch in die Tat umzusetzen. Dann aber heißt es für die Südslawen, von ihrem Traume Abschied nehmen, denn zur Verwirklichung beider Machtträume, des italienischen und des südslawischen, ist an der Adria kein Platz. Einer der beiden Anwärter muß verzichten, und das wird natürlich der zur Zeit schwächere sein. Man wird sich in Paris wahrscheinlich zwar alle Mühe geben, beide Teile zu befriedigen; aber bei der von nationalen Fanatikern bis zum Größenwahn aufgepeitschten Ländergier beider Teile wird ein Kompromiß, wie ihn Wilson im Sinne haben dürfte, keinen zufriedenstellen und beide erbittern. Das Adria-Problem wird also voraussichtlich nicht von der politischen Tagesordnung verschwinden und den Frieden Europas nicht minder beunruhigen als zur Zeit, da es noch Italien und das Habsburgerreich waren, die sich an der Adria, die Hand am Schwerte, gegenüberstanden. Die Südslawen aber werden sich dabei bedeutend unsicherer fühlen, als vorher unter dem Schutze des ihnen so verhaßt gewesenen Doppeladlers.

Von Staatsregie, Sozialisierung und anderem

Von Professor Dr. Franz Eulenburg (Aachen).

I.

Für die Frage zukünftiger Wirtschaft wird alles auf den einen Punkt und nur auf den einen Punkt gerichtet sein müssen: Die Produktivkräfte des Volkes so zu erhöhen, wie es irgend möglich ist. Alle anderen Fragen werden dem untergeordnet sein, vor allem auch die Frage der Verteilung. Für den einzelnen verhält es sich allerdings gerade umgekehrt. Ihn interessiert in erster Linie, welchen Anteil er vom nationalen Produkt erhält, wie hoch der Lohn, das Einkommen, das Gehalt sich stellt. Darum drehen sich die Kämpfe nicht nur der Gegenwart, sondern das macht zum guten Teil auch den Inhalt der inneren Geschichte der Staaten aus: der Kampf um den „Futteranteil". Aber die einzelnen wie die ganze Klasse bedenken dabei sehr wenig, daß zunächst etwas vorhanden sein muß, damit es verteilt werden kann: daß mithin ein dauerndes Fließen der produktiven Quellen Voraussetzung des Lebens selbst ist. Nach dem völligen politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands ist es allein entscheidend für unsere Zukunft, die Gütermenge selbst zu erhöhen. Auch wenn der Anteil des einzelnen gesteigert werden soll, was wir gewiß wünschen und für notwendig halten, ist die Voraussetzung immer: daß erst überhaupt die Gütermenge selbst zunimmt. Sonst erhöht sich wohl das Nominaleinkommen und der Nominallohn, aber mehr Güter kann der einzelne vom Nationalprodukt dann nicht erhalten.

Deutschlands Verhältnisse werden künftig ganz neu und anders geartet sein

Digitized by Google

als vor dem Kriege, ja als im letzten Menschenalter. Unsere Anschauungen müssen sich darum nach den neuen Verhältnissen richten und diesen angepaßt werden. Die schönsten Programme versagen, wenn die Voraussetzungen ihrer Geltung nicht erfüllt sind. Sie können vielmehr das Gegenteil von dem hervorrufen, was sie beabsichtigen. Das gilt vor allem auch vom Erfurter Programm, das aber längst revisionsbedürftig erscheint. Es trifft besonders zu auf den jetzt so oft erörterten Gedanken der „Sozialisierung". Er erscheint als ein Schlagwort, von dem sich die große Masse viel verspricht, dadurch, daß sie scheinbar von Ausbeutung und Lohnhörigkeit befreit wird. Aber in Wirklichkeit kann es für die nächste Zukunft schwerlich das halten, was es verspricht, weil eben die Voraussetzungen seiner Gültigkeit bei weitem noch nicht erfüllt sind. Dabei wird freilich alles darauf ankommen, was man unter „Sozialisierung" versteht. Denn der Begriff an sich ist durchaus mehrdeutig. Er kann sich sehr wohl mit jenem obersten Prinzip der Steigerung des Volksreichtums vertragen, wenn man ihn entsprechend deutet.

Vorher ein paar Bemerkungen über die Produktivkräfte im ganzen: In jedem System der Volkswirtschaft wird immer eine Reihe von Momenten vorhanden sein, die das theoretisch höchste Ausmaß von Produktivität zurückhalten und verlangsamen. Es wird zum künftigen Ausbau der Lehre von den Produktivkräften gehören, sich mit diesen Momenten näher vertraut zu machen. Die Umstände, die gegenwärtig zu dieser Rückstauung führen, liegen offen auf der Hand und sind öfters hervorgehoben worden. Einmal die Zersplitterung der Betriebe, die oft ein unrationelles Herstellen im kleinen statt der Zusammenfassung im großen herbeiführt. Sodann die scheinbar unnötigen Aufwendungen des freien Wettbewerbes für Reklame, für Werbebüros, für Handelsreisen und andere Spesen, die bei einer Konzentration der Betriebe fortfallen würden. Weiter die öfters überflüssige Einschiebung von Zwischengliedern, die den Weg zwischen Verbrauchern und Herstellern verlängern und eventuell gespart werden könnten. Ferner Übersetzung im Detailhandel, wenn etwa Zigarrengeschäfte in derselben Straße sich häufen; diese scheinbar „parasitären Existenzen" des Handels haben oft die Aufmerksamkeit erregt. Endlich vor allem die Unberechenbarkeit der ganzen Produktion, die lediglich durch das individuelle Gewinnstreben der Unternehmer geleistet wird, aber keine vorangehende Berechnung des Verbrauches und des Güterquantums nach dem Bedarfe vornimmt. Dadurch entstehen Ausdehnungsperioden mit starkem Raubbau am Volksvermögen, andererseits dann Krisen, bei denen ein Brachliegen der Arbeitskräfte und der Produktionsmittel unausbleiblich ist. Alles das sind Momente der Unrationalität der Wirtschaft.

Aber so viel Anklagen auch gegen den Kapitalismus erhoben werden, so entbehrt ein Teil von ihnen darum der Grundlage, weil sie ganz allgemeiner Natur sind und gar nicht auf das Konto der speziellen Wirtschaftsverfassung zurück-

Digitized by Google

zuführen sind. Sie würden sich bei jedem Wirtschaftssystem in der einen oder anderen Form wiederholen. Es ist nicht angängig, eine konkrete Wirklichkeit mit einem Gedankending zu kontrastieren. Man wird dann immer die Wirklichkeit tief unter jene möglichen Ideale finden. Man müßte von rechtswegen auch unser gegenwärtiges Wirtschaftssystem als Idealfall konstruieren und dem einen anderen Idealfall entgegensetzen. Oder man muß umgekehrt auch bei dem neuen Ideal die hemmenden Faktoren in Rechnung stellen, falls man in die Entwicklung eingreifen und sie nach bestimmter Richtung beeinflussen will. Denn es fragt sich stets, wie weit jenes ideale Gedankending ohne inneren Widerstand realisiert werden kann: ob nicht vielmehr immanente Gesetze des Geschehens seine Realisierung hindern. Das betrifft vor allem jene Meinung, daß die heutige Zersplitterung ebenso wie die „überflüssigen" Existenzen die Produktivität hemmten, daß durch das Gewinnstreben das Gesamtinteresse zurückgehalten werde, indem jeder nach seinem Gusto ohne Rücksicht auf die Allgemeinheit produzieren lasse.

Dabei wird doch die Hauptsache übersehen: daß nämlich die Zunahme des Reichtums, wie das letzte Jahrhundert sie erlebt hat, gerade auf jenes energetische Prinzip des Unternehmergeistes zurückzuführen ist. Die Zunahme des Reichtums unter diesem System übertrifft alle früheren Perioden, wie es das kommunistische Manifest selbst mit so beredten Worten schildert. Wenn man aber das Ergebnis des zunehmenden Wohlstandes haben will, so darf man auch die Ursachen des Ergebnisses nicht beseitigen, falls man nicht dieses selbst gefährden soll. Allerdings gibt es in der Entwicklung keinen Stillstand. Auch das heutige Wirtschaftssystem ist in einer dauernden Umwandlung begriffen. Wir haben also mit dessen Fortbildung zu rechnen. Diese Entwicklung selbst läßt sich nicht aufhalten. Sie läßt sich auch nicht einseitig in eine bestimmte Richtung weisen, ohne ein starkes Gefährnis des Ganzen hervorzurufen. Andererseits lassen sich die Unausgeglichenheiten des Systems verbessern, so daß an einer unökonomischen Verschwendung gespart werden kann. Zum Teil besorgt das jedes System durch eine Art Selbststeuerung von sich aus, wie hier nicht angeführt werden soll.

Aber das müssen wir freilich in den Kauf nehmen, daß jedes volkswirtschaftliche System solche toten Kosten (vergleichbar den allgemeinen Unkosten des Einzelbetriebes) mitschleppt und mitschleppen muß. Es fragt sich nur, ob bei einer sozialistischen Ordnung und strammzentralistische Verwaltung, bei Monopolisierung vieler Gewerbezweige in Händen des Staates diese toten Kosten nicht wesentlich höher sind. Möglicherweise fiele ein Teil der heute bestehenden fort, also z. B. die Zersplitterung im Detailhandel. Dafür würden aber an anderen Stellen neue Kostenmomente entstehen, die wiederum im gegenwärtigen System nicht vorhanden sind. Alle Glieder, die gewisse Funktionen zu erfüllen haben, müssen natürlich letzthin von der Gesellschaft selbst getragen werden. So

Digitized by Google

oder so. Die beste Organisation, die man sich ausdenkt, verursacht für ihre bloße Aufrechterhaltung bereits Kosten, die man nicht einfach außer Berechnung lassen darf. Zu diesen „toten Kosten" würden in einem sozialistischen System die ganze bürokratische Verwaltung gehören: also die Kosten der Zentralinstanz, der Kontrollorgane, der Zwischenglieder, der Berichterstattung, der Statistiken und deren Ausnutzung u. a., alles Organe, die letzthin gänzlich unproduktiv sind und nur als Mittel für den Zweck in Betracht kommen. Es ist das, was man den „inneren Reibungswiderstand" des Systems nennen kann. Dieser innere Reibungswiderstand ist an sich stets vorhanden; er ist aber bei einer staatlichen Zusammenfassung am allergrößten. Wenn die Konzentration der Verwaltungstätigkeit zunimmt, so wird leicht die bekannte Erscheinung der „Organisationsstarre" erzeugt, die auf den ganzen Betrieb lähmend zurückwirkt. Ich möchte das an dieser Stelle nicht näher ausführen. Nur so viel leuchtet aus den Erörterungen ein: Tote Kosten hier, tote Kosten dort; wir müssen sie nun einmal in den Kauf nehmen. Die Entwicklung selbst wird manche von ihnen allmählich wieder ausscheiden, wie wir das im „kapitalistischen" System dauernd erleben. Aber vielleicht lassen sie sich verkleinern, und vielleicht kann gerade das Mittel der „Sozialisierung" im Sinne „staatlicher Regie" zu diesem Ergebnis führen?

2. Das ist die weitere Frage, die für die Tragfähigkeit jedes Systems zu beantworten ist: Auf welche Weise wird die höchste Ergiebigkeit, Anpassungsfähigkeit und Ersparnis erzielt? Könnte nicht die Zusammenfassung zersplitterter Betriebe in den Händen des Staates oder von Selbstverwaltungskörpern bzw. Gemeinden förderlich sein? Wird nicht gerade dadurch an Zwischengliedern und unnützen Aufwendungen gespart? Das könnte die „Sozialisierung", d. i. Überführung der Betriebe in die Hände des Staates, bedeuten. Es kommt auf die leitende Spitze des Unternehmens an, ob frei und selbstverantwortlich oder gebunden und bürokratisch, ob privat oder öffentlich der Gang der Betriebe geschieht. Jedoch solche Betriebe bzw. Industriezweige, die ein stetes Anpassen an die wechselseitige Konjunktur und die Lage des Marktes verlangen, die also einen ungleichmäßigen Gang an sich haben, eignen sich von vornherein für diese bürokratische Verwaltung nicht gut. Hier leistet jede Bürokratisierung der Spitze weniger als dort, wo diese frei und selbstverantwortlich ist. Das energetische Prinzip verlangt nun einmal in dem heutigen volkswirtschaftlichen System seine Geltung und läßt sich nicht gänzlich unterdrücken.

Nun wird man freilich sagen, daß doch auch die großen, modernen Privatbetriebe endlich und schließlich durchaus auf einer Bürokratie aufgebaut seien: auch dort herrscht im Innern strenge hierarchische Ordnung. Auch die modernen Großbetriebe gebrauchen im Grunde eine bürokratische Verwaltung. Das ist bis zu einem gewissen Grade richtig. Aber es kommt nun entscheidend darauf an, ob

Digitized by Google

die Leitung selbst dem eingegliedert ist, ob diese in ihren Entschließungen frei ist oder an Instruktionen fremder Art — parlamentarische Kontrolle! — gebunden wird. Denn auf diese Verantwortlichkeit für die Handlungen der leitenden Spitze kommt es an, auf die Möglichkeit hier überall einzugreifen, ohne auf den Widerstand des „Ressorts" zu stoßen. Diese wird in einer bürokratischen Verwaltung abgewälzt auf eine Reihe von Instanzen, die sehr schwerfällig arbeiten. Selbst dort, wo die äußere Gestaltung der Betriebe durchaus eine ähnliche sein mag, würde die bürokratische Verwaltung zweifellos nicht nur teurer werden, sondern auch unzweckmäßiger wirtschaften als die private. Das bedeutet aber, daß das Erträgnis der ersteren hinter der der letzteren zurückbleibt. Allerdings würden nun die ersteren Überschüsse für öffentliche Zwecke zur Verfügung stehen, während die an sich größeren der privaten Unternehmer diesen anheimfällt. Aber letzterer Übelstand läßt sich beheben, indem man die Allgemeinheit an den (an sich höheren) Erträgnissen beteiligt. Nicht nur am Gewinn, sondern auch an der Verwaltung selbst: durch Delegationen von Vertretern der Arbeiter, Angestellten und der Regierung. Überführung der Produktionsmittel in die Hände der Gesamtheit des Staates (bzw. die der Gemeinden und der Gesellschaft) ist also durchaus kein Panazee, kein Allheilmittel, das an sich schon die größten Erträge, die größte Wirtschaftlichkeit verspricht. Vielmehr wird sie sehr oft das Gegenteil der Absicht herbeiführen: nicht höhere Erträgnisse durch größte Sparsamkeit, sondern höhere Generalunkosten, Vermehrung der toten Lasten bei gleichzeitiger Herabsetzung der Ergiebigkeit. Die Kriegsgesellschaften, die kolossale Summen verschlungen haben, sind ein ganz besonders krasses Beispiel einer unwirtschaftlichen Geschäftsführung bei halbem Staatssozialismus.

Man kann aber dem Begriff der „Sozialisierung" eine andere Bedeutung geben. Man versteht dann nicht mehr die Überführung der wichtigsten Produktionsmittel in die unmittelbare Verwaltung des Staates (Staatsregie) selbst, als vielmehr die Beteiligung der Volksgesamtheit am Ertrage. Das ist etwas wesentlich anderes. Denn das bedeutet Fortbestehen der Unternehmertätigkeit unter Indienststellung für die Allgemeinheit. Eine solche „Sozialisierung" wird zum mindesten überall dort angebracht sein, wo es sich um Naturschätze handelt, die ursprünglich dem Staate gehörten und erst allmählich in private Hände übergehen: wo also ein natürliches Monopol des Vorkommens besteht. Eine solche Sozialisierung der Betriebe hat durchaus nichts bedenkliches. Erst recht nicht vom Standpunkt der höchsten nationalen Ergiebigkeit, auf die es ankommt. Denn dadurch wird das private Gewinnstreben des Unternehmers nicht ausgeschaltet. Eher würde es vielleicht sogar durch das Beschneiden des Gewinnes angespornt, noch mehr herauszuwirtschaften. Eine solche Beteiligung

Digitized by Google

am Gewinn wird schon aus finanziellen Gründen künftig geboten sein und berührt das energetische Prinzip nicht.

3. Es handelt sich allenthalben um die Frage der Höchstleistung für die ganze Volkswirtschaft in technischer, wirtschaftlicher, verwaltungsmäßiger Beziehung. Wir müssen festhalten, Verstaatlichung bzw. Staatsregie ist niemals Selbstzweck, sondern Mittel zur Hauptsache: das ist Erhöhung der Leistungsfähigkeit, Steigerung der Intensität, bessere Ausstattung des Volkes mit Gütern überhaupt bei weniger Mitteln. Ich habe das wiederholt die Erhöhung des „ökonomischen Koeffizienten" genannt. Ich verstehe darunter das Verhältnis zwischen Aufwand und Ertrag der nationalen Produktion. Jene Erhöhung geschieht durch Ersparnis auf der einen, durch Intensitätssteigerung auf der anderen Seite. Betrachten wir diese Ertragssteigerung als das Hauptziel künftiger Wirtschaft, so wird die Wahl der Mittel durchaus verschieden sein können. Die Frage, wie weit die Verstaatlichung eines ganzen Gewerbezweiges als taugliches Mittel anzusehen ist, kann nur von Fall zu Fall entschieden werden. Es wird einstweilen die große Ausnahme sein. An sich aber bedeutet staatliche Regie trotz der Zusammenfassung eine Erhöhung der toten Kosten auf andere Weise als im privatwirtschaftlichen System durch die unrationelle Zersplitterung. Wir wollen auf einige der Momente nochmals hinweisen.

Daß die Konzentration im Gewerbe die Produktivkräfte mächtig zu erhöhen imstande ist, das ist gewiß die große Lehre der modernen Entwicklung. Es ist der letzte Grund, warum wir allenthalben den Sieg der Großbetriebe im Gewerbe finden, der in den amerikanischen Trusts, das letzte Stadium der Entwicklung erreicht zu haben scheint. Allerdings kommt hier sehr oft der Umstand hinzu, daß diese Konzentration nicht von der industriellen Seite selbst ausgeht, sondern oft genug von der finanziellen der Banken. Das mithin das Motiv zur Vertrustung nicht so sehr in der technisch-wirtschaftlichen Überlegenheit beruht, als vielmehr in seiner finanzkapitalistischen Form. Immerhin ist die Überlegenheit des Großbetriebes auf mannigfachen Gebieten so unverkennbar, daß darüber kein Wort zu verlieren ist. Es bildet auch ein Hauptargument, mit der man viele Finanzmonopole begründet hat und noch begründet. So ehedem die Verstaatlichung der Eisenbahnen, so z. B. das Tabaksmonopol, das in vielen Ländern besteht, so das jüngste deutsche Branntweinmonopol u. a. m. Tatsächlich scheint die Zersplitterung der Betriebe einen großen Kostenaufwand zu bedeuten, der bei der Konzentration in wenigen Höchstbetrieben von selbst fortfällt. Die Generalunkosten sinken bei zunehmender Betriebsgröße, weil der konstante Teil des Kapitals gleich bleibt und nur der bewegliche mit zunehmender Größe wächst.

Allerdings sind nun gleich einige Einwände zu machen, die die große Bedingtheit auch jenes Gesetzes zeigen. Seine Gültigkeit besteht nur innerhalb be-

Digitized by Google

stimmter Grenzen und unter gewissen Bedingungen. Es gibt eine obere Grenze, von der an jenes Gesetz der sinkenden Generalkosten aufhört richtig zu sein. Nämlich immer dort, wo der notwendige Apparat, die Organisation selbst unverhältnismäßig teuer zu stehen kommt. Wir können von einer „Organisationsstarre" sprechen, die sich oft genug bemerkbar macht und jenen Vorteil wieder aufzuheben vermag. Es kommen folgende Momente in Betracht. Sehr oft besteht die Überlegenheit eines mittleren Großbetriebes in der Ausnutzung lokaler Vorteile (Lage an einem Fluß, Kanal, Nähe eines Bergwerkes, besondere Arbeiterschaft, Nähe des Absatzes). Bei einer völligen Konzentration werden in vielen Fällen diese Vorteile zugunsten des Zentralbetriebes aufgegeben werden. Anderseits bringt die Zentralisation eines Gewerbezweiges eine Steigerung des Grund und Bodens und das Anwachsen der Grundrente. Dies bleibt auch bestehen, wenn der Grund und Boden sozialisiert bzw. verstaatlicht sein sollte. Ebenso bringt die Konzentration der Arbeiterschaft neue Schwierigkeiten bezüglich der Wohnung mit sich, die Abhilfe und besondere Aufwendungen verlangen. Weiter würde durch eine tatsächliche Zentralisation eine ganz ungleichmäßige Besiedelung des Landes gefördert, die ökonomisch durchaus ungünstig wirkt. Die Entleerung gewisser Gebiete von Menschen hat auch eine extensive Gestaltung der dortigen Landwirtschaft zur Folge. Der Sozialismus denkt an eine gleichmäßige Verteilung der Betriebe über das ganze Land, wie es Kautsky z. B. tut und wie es gewiß an sich wünschenswert ist. Dadurch ginge aber ein Vorteil der Konzentration natürlich wieder verloren. Denn die Zentralisation der bloßen Verwaltung in Händen des Staates oder der Gesellschaft vermag die Dezentralisation der Betriebe selbst natürlich nicht aufzuwiegen. Das scheint man oft grundsätzlich zu übersehen, daß bloße Staatsregie, wenn nicht Hand in Hand damit eine tatsächliche Konzentration geht, wenig Zweck hat und wenig Vorteile verspricht! Im ganzen wird bei einer Zusammenballung der Industrie oft genug an erhöhten Grundkosten, Arbeitslöhnen, Wohnungsbeschaffung, gesteigerten Verteilungsspesen des Transportes und den Sonderkosten der Zentralverwaltung weit mehr aufgewendet werden, als die Ersparnisse durch Konzentration mit sich bringen. Man kann allerdings wie beim deutschen Branntweinmonopol auch die unzähligen Erzeugungsstätten gerade aus technisch-wirtschaftlichen Gründen (Transport der Kartoffel zur Bahn würde den Rohstoffpreis zu sehr verteuern und dem Landwirte das Nebenprodukt der Schlempe wiederum entziehen) bestehen lassen und nur die Verarbeitung in Großbetrieben vornehmen, um den Zwischengewinn einzustecken. Ob dann aber das finanzielle Ergebnis sich nicht durch eine entsprechende Besteuerung ebenfalls erreichen ließe, ist noch keineswegs ausgemacht. Anders liegt die Sache nur dort, wo technisch durch die Staatsregie wirklich viel gewonnen wird, weil veraltete, leistungsschwache, mitgeschleppte Betriebe nunmehr ausgeschaltet werden. Der Gedanke der völligen

Digitized by Google

Konzentration braucht durchaus nicht notwendig technisch-wirtschaftlich eine Überlegenheit darzustellen und die Staatsregie gewährleistet darum auch keineswegs schon einen solchen.

4. Das war die Meinung des Freihandelsprinzips, daß schwächere Betriebe von selbst verschwinden und nur die stärkeren übrig blieben: Daß von vornherein durch das Selbstinteresse die höchste Leistungsfähigkeit innerhalb der nationalen Grenzen gewährleistet sei, falls nicht die leistungsschwächeren Betriebe durch künstliche Stützen erhalten werden. Man vertraute, daß dieses Prinzip gerade wegen seiner Anpassungsfähigkeit an die verschiedenen Bedürfnisse, die beste Versorgung der ganzen Volkswirtschaft mit Gütern sicherte. Kein Zweifel, daß auch heute noch sehr viel Richtiges in diesem Prinzipe steckt. Gerade wenn künftig aus anderen Gründen die Spezialisierung der Betriebe noch gesteigert werden muß, wird ein Ausscheiden der Nichtpassenden nötig werden. Das aber ist bei einer sehr weitgehenden Konzentration schon wegen des großen Kapitalrisikos viel weniger leicht möglich. Es besteht für das Vorhandensein der Riesenbetriebe ein gewisses konservatives Selbstgewicht, ein Mangel an Anpassungsfähigkeit, die den kleineren und mittleren Großbetrieben viel eher eignet. Natürlich ist das Ausmaß nach Industriezweigen sehr verschieden. Die Erfahrung zeigt, daß heute in sehr vielen Industrien sich eine Mannigfaltigkeit der Betriebe nebeneinander hält, daß der Zug zur Konzentration nur langsam von statten geht, daß nur wenige Industrien sich in wenigen Händen zusammenballen. In der Eisenindustrie allerdings ist die Konzentration noch weiter durchführbar. Aber das Beispiel der Eisenindustrie darf nicht verleiten, das Prinzip nun auf alle möglichen Gewerbezweige anzuwenden, auf die es offenbar gar nicht paßt. Bei den amerikanischen Trusts wird andererseits gerade durch das Gewinnstreben der Leitung das retardierende Moment überwunden, das bei einer Staatsregie sich sehr stark bemerkbar machen dürfte.

Sonach ist also schon die Grundfrage nicht eindeutig zu beantworten: ob die Konzentration in einer Hand tatsächlich allein den wirtschaftlichen Fortschritt bedeutet und die höchste Leistungsfähigkeit herbeiführt. Das ist nur unter gewissen Umständen und Einschränkungen der Fall, aber nicht allgemein. Beim Kalibergbau, wo eine ganz unsolide Zersplitterung und Übersetzung stattgefunden hat, würde der Erfolg jedenfalls eintreten. Auch in anderen Fällen soll es nicht in Abrede gestellt werden. Aber schon beim Steinkohlenbergbau stehen die Sachen wesentlich anders. Hier würde eine staatliche Regie einmal darum sehr teuer zu stehen kommen, weil man zu einer wirklichen Abfindung erworbener Rechte, nicht zur Konfiskation schreiten muß. Jene Aufwendungen würden entweder auf die Preise abgewälzt werden, um eine Rentabilität herauszuwirtschaften; sie würden damit gegen das Interesse aller Verbraucher gehen. Oder aber die Überschüsse würden sich durch die Zinsenlast gewaltig vermindern. Damit würde

Digitized by Google

das finanzielle Ergebnis von vornherein beeinträchtigt. Aus diesem Dilemma sehe ich einstweilen keinen rechten Ausweg. Sodann ist der Steinkohlenbergbau von anderen Werken der Eisenindustrie gar nicht zu trennen. Der Unterschied von Kohlen- und Hüttenzechen spielt im Syndikat eine nicht kleine Rolle. Die Verbindung einer Zeche mit Hochofen, Stahl- und Walzwerk kommt häufig genug vor. Daß der Staat aber in größerem Maße sich auch an dieser Eisenproduktion beteiligt, scheint wenig vorteilhaft. Dergleichen Betriebe eignen sich ganz und gar nicht für eine staatliche Regie und würden hier nur unzweckmäßig wirken. Vor allem dann wird sich das geltend machen, wenn andere kapitalistische Länder, wie Vereinigte Staaten, England, Japan, bei den Privatunternehmungen verbleiben. Dem ist ein Staatsbetrieb unter keinen Umständen gewachsen. Endlich aber ist auch die Zukunft des Verbrauches gerade der Steinkohle gar nicht gesichert. Es ist gewiß dringend zu wünschen, daß wir mit diesem so unendlich wichtigen Rohstoff vorsichtig umgehen und nicht Raubbau treiben. Es ist gerade eines der wenigen Produkte, über die Deutschland noch verfügt. Wir werden also seine Ausfuhr künftig sehr nötig haben, um unsere Einfuhr zu bezahlen. Dabei müssen wir uns auf die große Konkurrenz der Ölfeuerung gefaßt machen, deren Siegeszug Kenner voraussehen. Darum eine förmliche Jagd nach den Petroleumfeldern der ganzen Welt (Mexiko, Südamerika, Ostasien). Schon haben amerikanische Schiffe die Ölfeuerung in Benutzung genommen. Man verspricht sich durch Ersparnis an Raum, aber auch an Kosten sehr viel. Sollte das der Fall sein, so muß mit einem Rückgang des Steinkohlenverbrauches im internationalen Verkehr gerechnet werden. Dann aber würde der Staat finanziell sehr ungünstig dastehen und sich mit unproduktiven Gestehungskosten belastet haben. Sonach scheint mir die Verstaatlichung des Bergbaues, soweit Steinkohle in Betracht kommt, einstweilen nicht zu empfehlen.

Das schließt nun aber eine „Sozialisierung" in einem Sinne, wie er eingangs angeführt wurde, nicht aus: also, eine Beteiligung am Gewinn, weil die Bodenschätze tatsächlich dem Volke im ganzen gehören, sowie eine Mitwirkung der Arbeitsgemeinschaft am Betriebe. Eine solche „Sozialisierung" verbindet das energetische Prinzip des Unternehmers, das wir brauchen, mit einem stärkeren Anteile der Volksgemeinschaft. Sie würde eine größere Stetigkeit des Betriebes gewährleisten, indem dabei Streiks dauernd ausgeschaltet würden. Denn es muß hier wie anderwärts als eine durchaus veraltete und schädliche Kampfesweise betrachtet werden, daß man noch zu dem Mittel des Streiks greift, wo die Möglichkeit des friedlichen Ausgleichs und der Vereinbarung das gleiche Ergebnis verspricht. Streiks bedeuten unter allen Umständen starke Verluste nicht nur am Verdienst, sondern auch an der nationalen Arbeit. Sie sind darum für die Zukunft noch weit verhängnisvoller, weil es auf

Digitized by Google

jede Stunde Arbeit ankommt. Hier wird darum durch Arbeitsgemeinschaft und Lohnämter von vornherein Streik und Aussperrung als Kampfmittel ausscheiden. Das wird eine Nebenwirkung der „Sozialisierung", wie sie hier verstanden wird, bedeuten, daß das Interesse der Allgemeinheit dabei gewahrt wird.

Wie weit etwa andere Gewerbezweige eine staatliche Regie vertragen, kommt auf konkrete Untersuchungen an. Elektrizitätsversorgung, Stickstoffgewinnung, eventl. Arzneimittelbereitung (Apothekerei) scheinen außer Kalibergbau dafür geeignet, wenn auch vielleicht das finanzielle Erträgnis aus ihnen nicht gar so bedeutsam zu werden verspricht. Im ganzen werden sich solche Betriebe dafür eignen, bei denen es, wie bei den Eisenbahnen, auf reine Verwaltung ankommt, die also mit einem gleichmäßigen Absatz im Innern des Landes zu rechnen haben, bei denen die Rohstoffe, wie die Kosten überhaupt, sich im voraus berechnen lassen. Dagegen werden technische und kaufmännische Betriebe sich nur schlecht dafür eignen. Eine staatliche Regie in ihnen würde der Volkswirtschaft und der Versorgung mit Gütern nachteilig sein. Immer ist dies zu bedenken: staatliche Regie empfiehlt sich nur dann, wenn das Hauptziel der Steigerung der Leistungsfähigkeit und der Produktivkräfte dadurch erreicht wird; in den meisten Fällen wird das aber kaum zutreffen. Dann ist eine private Bewirtschaftung eventl. mit Gewinnbeteiligung des Staates allein im Interesse der Gesamtheit gelegen: weil man erst den Reichtum besitzen muß, bevor man an die Verteilung denken kann. Es bedeutet nur eine List der Natur, daß sie den Umweg über die private Unternehmung und das Gewinnstreben des einzelnen einschlägt, um jenes Hauptziel, die beste Güterversorgung der Allgemeinheit, zu erreichen. Auch die private Unternehmung kann dann erst recht und sogar mit größeren Erträgnissen dem Dienste der Allgemeinheit untergeordnet werden. Unter diesem obersten Gesichtspunkte aber verliert der Gegensatz von öffentlichem und Privatbetrieb seine Bedeutung. Er ist dem Prinzipe der Ertragsteigerung unterzuordnen.

Gerade die Allgemeinheit darf nun einmal das individuelle Können des einzelnen noch nicht entbehren. Neben der Organisation der Verwaltung kommt es auf das energetische Prinzip der freien Leitung an, das sich im freien Unternehmungsgeist äußert. Wo es sich vollends in der Zukunft allenthalben um so ganz neue Aufgaben und Anpassungen, um das Einschlagen neuer Wege handelt, da ist dieses energetische Prinzip noch viel mehr am Platze als bisher. Nicht eine bürokratische Spitze der Verwaltung. Jene Liste der Natur dürfen wir nicht aus den Augen verlieren. Es bedeutet einen unverbesserlichen Dogmatismus, sich auf die idealen Programmpunkte zu versteifen, wenn es ziemlich sicher ist, daß das Gegenteil von dem erreicht wird, was wir vor allem brauchen. Alle so schön gefaßten Gemeinplätze von „Gemeinwirtschaft" oder „industriellen Selbstverwaltungskörpern" können darüber nicht hinforthelfen, daß das Problem der

Digitized by Google

Bürokratie es ist, um das es sich dabei handelt. Das Problem wird aber heute geflissentlich umgangen, obwohl es von entscheidender Bedeutung ist. Die Frage lautet: ob eine bürokratische Verwaltung zur Übernahme wirtschaftlicher Produktion die beste und geeignete Form ist. Auch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel darf nicht an dieser Hauptsache vorbeigehen, wie es in den bisherigen Vorschlägen geschieht. Ein so sachlich und ruhig denkender Sozialist wie Edmund Fischer behandelt in seinem großen verdienstvollen Werke „Das Werden des Sozialismus" leider diese Grundfrage mit keinem Worte. Ja, ihm liegt schon die Fragestellung völlig fern. Vielleicht war das nicht bedenklich in einer Zeit, wo die nationalen Reichtumsquellen ungehindert flossen und der Weltmarkt die Möglichkeit der Ausdehnung und der Betätigung in so reichem Maße bot. Gerade seit 1890, seit dem Bestehen des Erfurter Programms, befand sich die Weltwirtschaft in der größten Expansion, die sie bisher erlebte, während jetzt die Bevölkerung geschwächt, der Produktionsapparat entwertet, das Volksvermögen selbst angegriffen ist. Solange die Zunahme des Reichtums gleichsam von selbst vonstatten ging, konnte auch eine unrationelle Wirtschaftsweise in Kauf genommen werden. Man durfte von der fast selbstverständlichen Voraussetzung, auf der der Reichtum aufgebaut war, nämlich der gleichmäßigen Zunahme des Akkumulationsfonds absehen. Man konnte sich ganz der Frage der Verteilung widmen.

Künftig aber gilt es auf Generationen hinaus diesen Reichtum zu mehren, gilt es den Akkumulationsfond der Volkswirtschaft wieder neu zu schaffen. Das erscheint als das Gebot der nächsten Zukunft. Dazu bedarf es der Rationalisierung der Wirtschaft auf der ganzen Linie. Hierzu ist aber eine Leitung nötig, die ganz „kaufmännisch wirtschaftlich" gesinnt ist, die energetisch denkt, die das stärkste Selbstinteresse an sparsamer Betriebsführung hat. Das ist das A und das O der künftigen Wirtschaft. Nachdem wir seit 1890 einen Aufschwung ohnegleichen, eine Zunahme von Reichtum wie nie zuvor erlebt haben, ist nunmehr der jähe Umschwung eingetreten; er zwingt uns einfach zu anderen Maßnahmen als bisher.

Währungsfragen im ehemaligen Habsburger Reich

In fast allen kriegführenden Ländern wird man sich sehr bald mit der Frage befassen müssen, wie denn die unendlich hohen Kriegsschulden zu verdauen und zu verzinsen sind, und in sehr vielen Ländern, namentlich aber in früheren Gliedern der Zentralmächte, kommt dazu noch die Aufgabe, mit der gefährlichen Noteninflation aufzuräumen. In dem nun auseinandergebrochenen Habsburger Reich, in dem ja der krasseste Gegensatz zwischen Kapitalkraft und Volksvermögen auf der einen und Kriegsschulden und Notenüberschwemmung besonders schlimm

Digitized by Google

ist, scheinen diese Probleme am allerschnellsten spruchreif zu werden, da ja noch vor Friedensschluß schon wesentliche Bestandteile sich selbständig gemacht haben. Diese neuen Staaten, Jugoslawien und der tschecho-slowakische Staat, haben das naheliegende Interesse, die Notenüberschwemmung zu beseitigen; denn ein Umlauf von 35½ Milliarden Kronen, wie er im früheren Österreich-Ungarn zur Zeit herrscht, gegenüber etwa 1 Milliarde Kronen in Friedenszeiten, wirkt nicht nur verheerend auf die Preisbildung, bedeutet also nicht nur eine ganz unerträgliche Verteuerung aller Waren, sondern schädigt auch im höchsten Maße den Kredit des Landes bzw. der neuen Länder im Auslande.

Und so ist man in den beiden Staaten zu recht drastischen Gewaltmaßnahmen übergegangen: In Jugoslawien fordert die Regierung zur Einreichung und Überstempelung der Banknoten auf. Diese Überstempelung bezweckt, die in dem Lande tatsächlich vorhandenen Noten kenntlich zu machen und eine weitere Überschwemmung aus den anderen Gebietsteilen des ehemaligen Donaureiches zu verhüten. Darüber hinaus scheint die Absicht zu bestehen — doch lauten die Nachrichten noch recht widersprechend —, die so abgestempelten Noten zusammenzulegen zu neu auszugebenden Dinarnoten. Der Dinar ist die alte Währungseinheit Serbiens und hatte im Frieden den gleichen Wert wie der französische Franken. Es besteht also die Absicht, für das neue Balkan-Reich die lateinische Währung einzuführen. Es ist aber nicht etwa geplant, die alte Krone dem Dinar gleichzusetzen, sondern es ist geplant, für 3, nach anderen Nachrichten für 2½ Kronen einen Dinar zu gewähren.

An und für sich ist der Gedanke, eine Zusammenlegung vorzunehmen, bei einem so notleidenden Lande und bei einer so verwässerten Währung, recht naheliegend. Auch in anderen Ländern werden wohl in absehbarer Zeit ähnliche Vorschläge auftauchen, namentlich aus den Reihen jener, die sich vor einer herzhaften Vermögensabgabe fürchten. Und gerade deshalb wird man die Maßnahmen in den slawischen Staaten mit doppelter Aufmerksamkeit betrachten müssen. Schon heute zeigen sich bei einigen erhebliche Nachteile. So herrscht nach zuverlässigen Berichten bei der Einwohnerschaft Jugoslawiens großer Unwillen über die Maßnahmen, weil die Bewohner sich in ihren Vermögen außerordentlich benachteiligt fühlen. Das hat im vorliegenden Falle auch deshalb seinen guten Grund, weil zwar der Entwertung der Krone Rechnung getragen wird, die heute im neutralen Auslande nicht viel mehr als den vierten Teil ihrer Friedensparität notiert, gleichzeitig aber der Dinar überwertet wird.

Ähnlich wie in Jugoslawien liegen die Verhältnisse im tschechischen Staat. Zwar hat man dort die Abstempelung noch nicht voll zur Durchführung gebracht, wohl aber ist die Ein- und Ausfuhr von Banknoten verboten worden. Man will ebenfalls zu einer neuen Währung übergehen, unter gleichzeitiger Sanierung des gewaltigen Notenumlaufs.

Digitized by Google

Diese Maßnahmen werden nun in Deutschösterreich, übrigens auch in Ungarn, mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt. Man hätte es vermutlich in Wien wie in Budapest lieber gehabt, wenn all diese Dinge auf Grund einer vorherigen Verständigung erledigt worden wären und wenn man gleichzeitig die Auseinandersetzung über die Verteilung sowohl der Noten wie auch der Kriegsanleihen nach einem gewissen Schlüssel vorgenommen hätte. Da man das abgelehnt hat, mußte auch in Deutschösterreich und Ungarn zu ähnlichen Anordnungen gegriffen werden. Beiläufig sei bemerkt, daß neben der Sorge über dieses einseitige Vorgehen man in manchen Kreisen Deutschösterreichs eine gewisse Schadenfreude darüber empfindet, daß jetzt die Tschechen bestraft werden, weil sie in den Kriegsjahren aus einem besonderen Raffinement heraus keine oder wenige Kriegsanleihen gezeichnet haben und statt dessen in außerordentlichem Maße Banknoten thesaurierten. Sie haben jetzt einen doppelten Nachteil: erstens die entwertete Banknote und zweitens den Entgang der recht hohen Zinsen für die 4½ letzten Jahre, die sie bei der Zeichnung von Kriegsanleihe hätten einstecken können.

Soweit die innerpolitische Seite der Frage. Darüber hinaus aber ist die Angelegenheit auch von sehr erheblichem Interesse für Deutschland, denn je verwickelter durch derartige Dinge die Währungsverhältnisse in Deutschösterreich werden, um so größer und schwieriger wird auch die ohnehin sehr schwere Aufgabe sein, die Dinge zwischen Deutschösterreich und dem Reiche aufeinander abzustimmen. Es ist heute, wo bei uns im Reiche eine sehr große Begeisterung über die Aufnahme unserer österreichischen Brüder herrscht, etwas zu wenig davon die Rede, welch große Lasten finanzieller und wirtschaftlicher Art wir mit dieser Erweiterung der Reichsgrenze nach Südost auf uns nehmen. Die ohnehin schon unerhört komplizierten Probleme innerhalb unserer eigenen Grenzen werden in starker Weise durch diese geplante Erweiterung erschwert. In Wien selbst denkt man über diese Dinge klarer und weiß ganz genau, daß der Anschluß in finanzieller und wirtschaftlicher Beziehung eine Entlastung bedeutet. Wie die Dinge liegen, ist gewiß der Anschluß unumgänglich notwendig. Wir sollen uns aber der Erkenntnis der Tatsachen nicht verschließen: Wir übernehmen nicht nur kapitalschwache Gebiete, sondern wir müssen gleichzeitig Lasten aller Art, Kriegsanleihen sowohl wie Banknoten, in einem Umfange übernehmen, von dem man sich bei uns kaum eine rechte Vorstellung macht.

Linker

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a I. Für Anzeigen J. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 90. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland M. 8.—. Einzelnummer 50 Pfg. / Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 48.

Digitized by Google

4. Jahrgang * 21. März 1919 * Heft 12

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Der Rahmen einer „Sozialisierung" der deutschen Arbeit ist jetzt geschaffen. Marxistisch sieht sie nicht gerade aus und vor einer „Verstaatlichung" ist man auch zurückgescheut: ihr Sinn ist, mit sozialpolitischen Zusätzen und Staatseinfluß, große Selbstverwaltungskörper der Gewerbe zu schaffen. Daß mit dieser etwas künstlichen, wenn auch großen Ordnung der primitive sozialistische Eifer der Massen gebrochen werde, das wagt man heute nicht recht zu glauben. Denn für sie heißt heute Sozialismus wieder „Teilen". Sozialismus aber ist nach den Plakaten der Volksbeauftragten „Arbeit". Und hier liegt der Kern des Problems: das ganze Gerüst ist ohne inneren Sinn, wenn nicht das Ethos der Arbeit um der Arbeit willen zurückgewonnen wird.

*

Der Kampf gegen die partikularistische Unvernunft ist in Weimar zum Glück nicht aufgegeben. Die provisorische Verfassung kann nur als Notbehelf dienen, denn wenn ihr Kompromißcharakter sich in das Abschlußgesetz retten wird, dann ist das Urteil über die staatsschöpferische Kraft der Revolution gesprochen. In der Heeresfrage wird mit die wichtigste Entscheidung fallen. Württemberg will eine „Verständigung" erreichen, Bayern aber will mit dem Reich einen „Vertrag" abschließen. Die sozialistische Regierung in München hat, wie es scheint, die Auffassung, daß wir in die Rechtslage vor den Novemberverträgen von 1870 zurückgefallen sind. Der bayerische Klerikalismus assistiert und der preußische Partikularismus fängt die Losung auf.

*

Sie streiten über den Namen: „Deutsches Reich" — das wirke wegen der Übersetzung „empire" zu imperialistisch. „Deutscher Bund" — das gebe vor dem Ausland eine bessere Firma. Nein, es ist unmöglich — denn wir haben doch auch Inlandspsychologie und können den Anfang unserer neuen Geschichte nicht mit der

Digitized by Google

Metternich-Erinnerung und dem Staatselend der Eschenheimer Gasse belasten. Sagt doch einfach „Der Freistaat Deutschland" oder meinetwegen „Die Republik Deutschland".

*

Für einen Teil der deutschen Pazifisten, hemmungslose Literaten, ist seit Eisners Vorgang die unbedingte nationale Würdelosigkeit das Instrument für den Frieden. Alle Schuld auf Deutschland nehmen, alle feindlichen Bedingungen mit sanfter Bereitschaft hinnehmen. Gegen diese Gesinnung wendet sich ein Vortrag, den Professor Dr. Quidde in Frankfurt a. M. gehalten hat. Mit Schärfe umzeichnet er die russische Schuld und umgrenzt die deutschen Friedensmöglichkeiten: „Wir verlangen eine gleichmäßige Abrüstung für alle Länder und fordern, daß der Völkerbund ein freier, auf Gleichberechtigung bestehender Bund aller Völker werde, sonst wird er nicht imstande sein, den dauernden Frieden zu gewährleisten. Wenn die Entente uns einen Frieden der Gewalt aufzwingen will, müssen wir die Unterzeichnung eines solchen Friedens verweigern und der Entente die Verantwortung zuschieben. Vergewaltigen kann man uns, aber zur Unterzeichnung zwingen kann man uns nicht."

*

Die russischen Bolschewisten rücken in der Ukraine vor; trotzdem ziehen die Ukrainer ihre nicht geringen Truppen vor Lemberg nicht zurück. Nicht mit Unrecht sind sie nämlich der Ansicht, daß die Frage der Grenzführung in Ostgalizien jetzt für alle Zukunft entschieden wird, während der Bolschewismus auch später noch zurückgedrängt werden kann. Es handelt sich zudem nicht nur um die Hauptstadt Lemberg, sondern auch um das Petroleumgebiet von Borysław, das die Polen, trotzdem es ethnographisch zur Ukraine gehört, seiner großen wirtschaftlichen Bedeutung wegen gleichfalls nicht aufgeben wollen. In Lemberg, wie in Posen kämpfen die Polen nicht um das Selbstbestimmungsrecht der Völker, sondern um imperialistische Ansprüche des alten polnischen Staates, der seit jeher von einem „Polen von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer" geträumt hat.

*

Die Italiener sind in Spalato gelandet, die Amerikaner haben sich aus Fiume zurückgezogen. Die südslawisch-italienische Spannung wächst; offenbar fühlen sich die Italiener im Augenblick wieder ziemlich kräftig, weil sie wissen, daß Kroaten und Serben über Staatsform und politische Führung sich nicht verständigen können. Auch ihre Kritik an den Pariser Beschlüssen nimmt an Grobheit zu; es ist unverkennbar, daß sie sich nach einer freieren Stellung im feindlichen Konzern umsehen. Denn daß die Franzosen, aus Haß gegen Deutschland, von der Ostsee bis zur Adria allen slawischen Imperialismus in vollem Umfang stützen, macht Italien zum Mit-Leidtragenden, und es beginnt dort schon die Fragestellung: was ist besser, die Annexion von Deutsch-Südtirol oder die neue Anlehnung an den nördlichen Nachbarn?

Digitized by Google

Alliierte und assoziierte Politik

Von Dr. Paul Rohrbach

Nach dem jetzt geschlossenen Lebensmittelvertrag hat es den Anschein, als ob eine Erleichterung der Lage Deutschlands von den Feinden beschlossen wäre. Ob es wirklich geschehen wird, ist noch keineswegs sicher. Offenbar hängen die Zugeständnisse der Entente damit zusammen, daß wir uns endlich, leider viel zu spät, entschlossen haben, in der sogenannten Waffenstillstandskommission Widerstand zu leisten. Man sollte die Kommission nicht Waffenstillstandskommission nennen, sondern Folterkommission, schrieb mir neulich ein deutscher Staatsmann. Das ist das richtige Wort; es paßt zu der satanischen Gesinnung, die in der Politik der Entente gegen Deutschland bisher zum Ausdruck kam. Diese in Frankreich und England herrschende Gesinnung wird sich auch sicher nicht geändert haben, auch wenn es jetzt heißt, man könne Deutschland nicht verhungern lassen aus Menschlichkeitsgründen! Den Northcliffe-Engländern würde wahrhaftig keine Menschlichkeit gegen Deutschland einfallen. Ihr Standpunkt ist nach wie vor der des Dr. Saleeby, daß das deutsche Volk samt und sonders nicht nur für die Gegenwart, sondern auch für die kommende Generation, die „Hunnen von 1940" unschädlich gemacht werden soll: durch die physiologischen Folgewirkungen der Hungerblockade auf die deutsche Rasse, die „englische Krankheit". Darin wird auch die überwältigende Mehrzahl der Franzosen dem englischen Gesundheitsmann mit Begeisterung beipflichten. Ebenso selbstverständlich aber ist es, daß, wenn die englische Politik sich aus irgendwelchen praktisch bestimmenden Gründen dazu entschließt, Lebensmittel- und Rohstofflieferungen nach Deutschland geschehen zu lassen, sie den Mantel der Menschlichkeit darum drapiert. Selbst in Frankreich wird man dann den Weg zu dieser Geste finden, die billig ist, sobald die Sache selbst nicht mehr vermieden werden kann. Die amerikanische Politik gibt nach wie vor den Ausschlag dafür, was Deutschland trotz Northcliffe und Clémenceau tatsächlich zugestanden werden soll, aber sie hält es dabei nicht einmal für nötig, die Menschlichkeit zu beschwören. Die Verbündeten sorgen vielmehr nur für sich selbst, indem sie Deutschland vor dem Äußersten bewahren. Nach Reuter hat Wilsons Staatssekretär Lansing am 11. März im Pariser Klub der auswärtigen Presse über Deutschland folgendes gesagt:

Wir müssen die Verhältnisse, die zur sozialen Unruhe führten, ändern, und versuchen, Deutschland wieder zu einem normalen Leben zurückzubringen. Was Deutschland braucht, läßt sich in zwei Worten sagen: Frieden und Lebensmittel. Um Deutschland zu ermöglichen, der Anarchie und dem häßlichen Despotismus des roten Terror Widerstand zu leisten, muß man ihm Lebensmittel geben und ihm gestatten, diese Lebensmittel zu verdienen. Das normale Leben muß durch den Friedensvertrag wieder hergestellt werden. Das muß nicht aus Mitleid für das deutsche Volk geschehen, aber es muß unverzüglich getan werden, da wir, die Sieger, in diesem Kriege die Hauptleidtragenden sein würden, wenn dies nicht geschähe. Man kann so viel Schadenvergütung ver-

Digitized by Google

langen, wie man will, und darauf bestehen, so lange man will: wenn das deutsche Volk kein Material für seine Industrien und keine Gelegenheit erhält, die Erzeugnisse seiner Arbeit auf fremden Märkten abzusetzen, und wenn die Arbeiter keine Lebensmittel haben, dann kann Deutschland für die von ihm begangenen Übeltaten nicht zahlen. Außerdem wird es, wenn der jetzige chaotische Zustand fortdauert, weder eine verantwortliche Regierung geben, die Frieden schließen kann, noch eine Regierung, die stark genug ist, um die Vertragsverpflichtungen zu erfüllen.

In England also wünscht uns die herrschende politische Richtung noch ein halbes Jahrhundert oder mehr „englische Krankheit". In Frankreich will man uns zerstückeln und ausbluten lassen, daß wir niemals mehr wieder zu Kräften kommen können. Der amerikanische Staatssekretär aber sagt: das Deutschland von heute, auch nachdem es sich demokratisiert, seine Waffen fortgeworfen und seine Fürsten vertrieben hat, verdient kein Mitleid. Von Menschlichkeits wegen könnte man es ruhig hungern und verkommen lassen; da sich aber daraus auch für die Sieger gefährliche Folgen ergeben könnten, und da das deutsche Volk in den Stand gesetzt werden muß, die von ihm begangenen Übeltaten durch Zahlung zu büßen, so muß man ihm wohl oder übel Brot und Rohstoffe geben. Wie ein tückisches Pferd oder ein stößiger Ochse von ihrem Besitzer doch nicht ohne Futter gelassen werden, weil sie immerhin arbeiten können und bei gehöriger Peitsche dem Herrn Nutzen bringen, so soll, nach diesem Standpunkt, auch das deutsche Volk am Leben gelassen werden. Das ist die alliierte und assoziierte Politik nach der Lansingschen Rede. Am Tage nachdem diese in der von Reuter gegebenen Fassung aus Paris telegraphiert worden war, erschien eine Berichtigung, Lansing habe sich nicht so schroff über Deutschland ausgedrückt: Die Agentur Havas habe einen Teil seiner Rede entstellt. Wir wissen nicht, was bei der Wiedergabe auf Conto Reuter und was auf Havas kommt. Sollen solche nachträglichen Abmilderungen einen Wert haben, so müssen sie den Wortlaut der Rede mit einer amtlichen amerikanischen Gewähr dafür geben, daß es nun die authentische Rede ist. Wenn der amerikanischen Politik etwas an der Stimmung in Deutschland oder an der Gerechtigkeit liegt, so sollte ihr auch die Mühe nicht zu groß sein, dem deutschen Volke mitzuteilen, was Lansing wirklich gesagt hat. Einstweilen fürchten wir, daß Reuter und Havas mindestens dem Sinne nach nicht allzu weit von der Wahrheit gewesen sein werden.

Es wird interessant sein, hiermit zu vergleichen, was zwar nicht der Staatssekretär Lansing, wohl aber der Präsident Wilson in seiner amtlichen Eigenschaft und bei amtlicher Veranlassung schon vor den 14 Punkten über den Frieden sagte:

*) Die Verträge und Vereinbarungen, die diesen Krieg beendigen, müssen Bestimmungen enthalten, durch die ein Friede geschaffen wird, der wert ist, verbürgt und gewahrt zu werden. Es muß ein Friede sein, der die Zustimmung der ganzen Menschheit findet und nicht bloß den verschiedenen Interessen und unmittelbaren Zielen der im Kriege befindlichen Völkern dient.

*) Die folgende Zusammenstellung nach Heft 2 der neuen von Dr. W. Schotte herausgegebenen Monatsschrift „Gerechtigkeit", Verlag H. R. Engelmann, Berlin, Februar 1919.

Digitized by Google

Vor allen Dingen scheint mir die Voraussetzung unerläßlich, daß ein Friede ohne Sieg geschlossen werden muß. Ein Siegfrieden würde bedeuten einen Frieden, der dem Verlierer aufgezwungen ist, würde die Bedingungen des Siegers bedeuten, die dem Unterlegenen auferlegt werden, er würde nur mit dem Gefühl der Demütigung hingenommen werden, unter Härten, unter unerträglichen Opfern, er würde einen Stachel zurücklassen, ein Rachegefühl, eine bittere Erinnerung, auf denen der geschlossene Friede nicht dauernd, sondern nur wie auf Triebsand ruhen würde. Nur ein Friede zwischen gleich und gleich geschlossen, kann dauern. Ja das Prinzip des Friedens selbst ist Gleichheit und gleiche Teilnahme an gemeinsamem Vorteil.

Diese Gleichheit der Völker, zwischen denen ein dauernder Friede geschlossen werden soll, muß eine Gleichheit der Rechte sein. (Ansprache an den Senat vom 14. 1. 1917.)

Die Gerechtigkeit, die zugemessen wird, darf keine Unterscheidung zwischen denen mit sich bringen, denen gegenüber wir gerecht zu sein wünschen und jenen, denen gegenüber wir nicht gerecht zu sein wünschen. Es muß eine Gerechtigkeit sein, die keine Begünstigungen kennt und keine Abstufungen, sondern nur gleiche Rechte für die beteiligten Völker. (Rede in New York, 27. 9. 1918.)

Für die Vereinigten Staaten ist es unter ihrer Würde, sich einer inneren Schwäche oder Zerrüttung zu bedienen, um ihren Willen einem anderen Volke aufzuerlegen.

Was immer den Frieden betrifft, betrifft auch die Menschheit, und was durch militärische Macht geschlichtet ist, ist, wenn in unrechter Weise geschehen, keineswegs beigelegt, es müßte alsbald wieder von neuem angefangen werden. (Ansprache an den Kongreß vom 19. 2. 1918.)

So sprach Präsident Wilson zu einer Zeit, als noch gekämpft wurde: nicht nur als die Vereinigten Staaten sich erst zum Kriege rüsteten und die deutschen Waffen im Vorteil waren, sondern auch, als Amerika schon lange in den Krieg eingetreten und die militärisch-politische Übermacht der Alliierten und Assoziierten schon entschieden war. Immerhin glaubte man allgemein, es sei noch eine starke deutsche Widerstandsfähigkeit vorhanden. Jetzt, nachdem Deutschland im Revolutionswahnsinn seine Waffen fortgeworfen hat, bekommt es nicht mehr die goldenen Worte des Herrn Wilson, sondern die feindseligen und brutalen Worte des Herrn Lansing zu hören. Was sagt nun die pazifistische Richtung dazu, die uns jahrelang gepredigt hat, wenn das deutsche Volk seine inneren Verhältnisse ändere, wenn es sich demokratisiere, wenn es abrücke von denen, die am Kriege die „Schuldigen" seien und sie womöglich in die Wüste jage, dann würden uns die Völker und die Regierungen der Entente loyalen Sinnes als würdige Teilnehmer am kommenden goldenen Zeitalter aufnehmen, dann werde es keinen Gewaltfrieden, keine Niedertretung und Aussaugung Deutschlands geben, und Deutschland werde fortan glücklich im Völkerbunde seine Wunden heilen können. Alle Bedingungen sind erfüllt und übererfüllt, und was ist die Folge?

Es gehörte die ganze Markloſigkeit dieser Leute dazu, um sich von dem Friedensgewinsel, von dem Wegwerfen der Waffen, von den Schmeicheleien gegen Amerika, von den Schuldbekenntnissen und Selbstanklagen etwas anderes zu versprechen, als was sie nun von England, Frankreich und Amerika zudiktiert bekommen. Auf Völker mit kräftigem nationalen Bewußtsein wirkt der Anblick des Gegenteils verächtlich, und wenn man jemanden verachtet, weil er kein Selbstgefühl zeigt, so

Digitized by Google

hält man ihn auch für unaufrichtig und schlecht und behandelt ihn danach. Wollen wir besser behandelt werden, so müssen wir dafür sorgen, daß man uns besser beurteilt, und besser beurteilen wird man uns erst, wenn wir zeigen, daß wir lieber imstande sind, dem Untergang ins Auge zu sehen, und sei es der Untergang durch den Bolschewismus, als uns bis ins Endlose malträtieren zu lassen.

Das neueste Stück Vergewaltigung, das uns, nach den französischen Berichten, zugedacht ist und von dem wir den Vorgeschmack bereits in den Posener Verhandlungen erhalten, soll die Auslieferung von Danzig und einem Landstreifen längs der Weichsel an Polen sein. Es heißt, die Entente wolle Polen dreißig Millionen Einwohner stark machen, damit es zukünftig Rußland, als uns von Osten her miteinkreisende Macht, ersetzen könne. Darauf ist zu antworten, daß, wenn die deutsche Stadt Danzig und ihre Umgebung von Deutschland abgerissen werden soll, und ebenso, wenn Oberschlesien, das seit sechs Jahrhunderten nicht zu Polen, sondern zum Deutschen Reiche gehört hat und dessen Kohlenlager Deutschland zu seinem Leben braucht, polnisch werden soll, damit der Geist und die Worte der vierzehn amerikanischen Punkte auf das gröblichste verletzt sind, und wir nichts anderes tun können, als die Verhandlungen unter Protest abbrechen. Ob uns Danzig, ob Oberschlesien, ob das Saargebiet abverlangt wird, ob man uns kein Heer lassen, uns aus dem Völkerbund ausschließen, die Vereinigung mit Deutsch-Österreich verhindern, unerträgliche Lasten aufbürden, oder sonst unsere Ehre und Lebenskraft im tiefsten treffen will — für uns gibt es darauf immer nur die eine Antwort: tut, was ihr wollt und tragt die Folgen! Wir werden uns keiner Leistung entziehen, die als von uns übernommene Pflicht aus ehrlicher Auslegung der 14 Punkte hervorgeht. Unsere Vertretung in der Waffenstillstandskommission hat bereits Monat um Monat mehr geopfert, als nötig gewesen wäre. Das sieht man aus dem Erfolg unserer endlichen Weigerung. Wenn Wilson je die Absicht gehabt hat, nach seinen früheren Worten und der von ihm versprochenen Garantie der 14 Punkte zu handeln, und dann von seinen Versprechungen so wenig wahr geworden ist, so wird der Mangel an Festigkeit und Würde, mit dem wir in Spaa und Trier auftraten, kaum viel weniger Schuld daran haben, als die Sehnsucht Northcliffes nach der „englischen Krankheit" und die Clémenceaus nach der Zerstückelung Deutschlands. Wir haben nur ein Mittel in der Hand, uns lebensfähig zu erhalten: daß wir dem Feind zeigen, auch der Untergang schreckt uns nicht, wenn uns kein Leben auf ehrenhafter und solider Grundlage gelassen werden soll. Der Feind kann uns solange peinigen, wie wir ihm feige den Nacken hinhalten; er wird kraftlos in dem Augenblick, wo wir Widerstand zeigen, und er tödlich zustoßen müßte, um ihn zu brechen.

Kurz vor Lansing hat auch Wilson wieder eine Rede gehalten, in der er (nach Reuter) die Zukunft der Welt in freundlichen Farben malte, die Gerechtigkeit der Verbündeten pries und von Deutschland diesmal zu sagen fand, es habe die Schuld auf sich geladen, daß es durch seine Weigerung, eine Konferenz wegen des

Digitized by Google

österreichisch-serbischen Konflikts zu beschicken, den Krieg heraufbeschworen. Herr Wilson sollte wissen, daß es während der kritischen Tage, die dem Ausbruch des Weltkrieges vorangingen, nur einen brauchbaren Konferenzvorschlag gegeben hat, und das war der, auf den sich Grey und der deutsche Botschafter Lichnowsky am 29. Juli einigten: Österreich soll Belgrad als Pfand nehmen und über alles weitere die Vermittlung der Mächte abwarten. Die deutsche Regierung erreichte es durch einen scharfen Druck in Wien, daß die Österreicher zustimmten. England aber tat nichts in Petersburg, und die russischen Machthaber waren derart entschlossen zum Kriege, daß der Kriegsminister Suchomlinow den Zaren belog, die Mobilmachung werde angehalten, tatsächlich aber wurde weiter mobilisiert. Rußland erzwang den Krieg in dem Augenblick, in dem der englische Minister des Auswärtigen, um den Frieden zu sichern, nur nötig gehabt hätte, an die russische Adresse dieselben Worte zu richten, die Herr v. Bethmann Hollweg in Wien sprechen ließ: wir weigern uns, in einen Weltkrieg hineingerissen zu werden, weil unser Verbündeter unseren Rat mißachtet! Wilson, der so viele schöne Worte gesprochen hat, könnte nur dann Anspruch darauf machen, als Richter anerkannt zu werden, wenn seine Reden zeigten, daß er das Material zur Urteilsfällung beherrscht und wenn seine Taten seinen Worten entsprechen. Daß das erstere nicht der Fall ist, zeigt seine Äußerung über die angebliche Konferenzverweigerung Deutschlands, und was das zweite angeht, so braucht man nur zu vergleichen, was er vor dem Waffenstillstand gesagt hat, und was wir jetzt von den Alliierten und Assoziierten zu hören bekommen. Vorher sprach er von der Gerechtigkeit, die ohne Begünstigungen, Unterscheidungen oder Abstufungen allen Völkern beim Frieden zugemessen werden müsse und daß keine unerträglichen Opfer auferlegt werden dürften, die dem Besiegten einen Stachel und ein Rachegefühl zurücklassen würden. So las man es fortgesetzt vom Frühjahr 1917 bis zum Herbst 1918. Jetzt liest man es anders, denn wenn Lansing als Staatssekretär der auswärtigen Politik über Deutschland und den Frieden sich äußert, so tut er das als der amtliche Gehilfe des amerikanischen Präsidenten, nicht als beliebiger Politiker, der seine Privatmeinung von sich gibt. Er könnte nicht so sprechen, wie er am 11. März in Paris gesprochen hat, wenn er sich nicht im wesentlichen mit dem Präsidenten in Übereinstimmung wüßte. Das sehen wir auch daraus, daß Lansing sagt, Deutschland müsse „für die von ihm begangenen Übeltaten" zahlen, und Wilson, Deutschland sei schuldig am Ausbruch des Weltkrieges, weil es den Konferenzvorschlag nicht angenommen habe. Was diese beiden Sätze im Zusammenhang mit einander bedeuten sollen, ist klar. Der eine verkündet die Verurteilung und der andere die Strafe. Von objektiver Gerechtigkeit und Wahrheit, vom Völkerbund in dem Sinn, wie er zuerst proklamiert wurde, und vom zukünftigen Frieden der Welt sind beide gleich weit entfernt. Das deutsche Volk kann im Friedensvertrag seine Schuldigsprechung durch die Ententegenossen ebenso wenig unterschreiben, wie seinen Ruin zugunsten jener.

Digitized by Google

Eine nordische Stimme über den Völkerbund

Von Albert Dresdner

Was seit dem Abschluß des Waffenstillstandes geschehen ist, hat im Norden ein weit verbreitetes Unbehagen hervorgerufen. Natürlich gibt es noch immer Personen und Zeitungen, die mit der Entente durch dick und dünn gehen. Während des Krieges hatte ein deutscher Schriftsteller eine Unterredung mit dem Leiter eines verbreiteten norwegischen Blattes. Dieser leitete das Gespräch mit dem Bekenntnisse ein: „Ich bin englisch gesinnt." Es liegt auf der Hand, daß von einem norwegischen Staatsbürger, der seine Gesinnung selbst als eine englische und nicht als eine norwegische bezeichnet, eine freie, durch die nationalen Interessen bestimmte Auffassung der politischen Lage nicht zu erwarten ist. Aber viele, die auf das bekannte, während des Krieges unzählige Male betonte und durch eine planmäßige und umfassende Werbetätigkeit den Neutralen eingeimpfte schöne Programm der Entente redlich ihr Vertrauen gesetzt hatten, sind durch ihr Verhalten seit dem Herbste 1918 tief enttäuscht. Ein kleiner individueller Zug mag statt vieler anderer die Stimmung beleuchten. Vor einiger Zeit hat ein Gotenburger Blatt eine der beliebten Umfragen erlassen, die u. a. die Frage enthielt, welche Erfahrung des Krieges als die schmerzlichste empfunden werde. Auf diese Frage hat der unlängst verstorbene ausgezeichnete, auch bei uns wohlbekannte und geschätzte Maler Carl Larsson die Antwort gegeben, er habe immer die Franzosen als das ritterliche Volk par excellence angesehen, und seine schmerzlichste Kriegserfahrung sei nun die, daß sie sich im Siege so ganz unritterlich betrügen. Larsson hatte in Frankreich studiert, hatte der französischen Kunst viel zu verdanken und teilte jene im Norden weitverbreitete ideale Auffassung des französischen Volkes, die teils dem natürlichen Ergänzungsbedürfnisse der germanischen Rasse und teils einem Aberglauben entspringt, den die Franzosen auf die geschickteste Weise zu erhalten und zu nähren verstehen.

Doch über die Lage Frankreichs sind sich denkende Köpfe auch im Norden klar. Auch siegend hat es verloren. Der norwegische Verfasser, von dem bald zu reden sein wird, tut die Franzosen mit der kühl-ironischen Bemerkung ab, er lasse sie mit ihrer gloire am obersten Ende des Tisches unberedet sitzen. Aber die Engländer und Amerikaner? Diese Vorkämpfer für Demokratie und Humanität? Und der Völkerbund? Die an die Grausamkeit streifenden inhumanen Bedingungen der verschiedenen Waffenstillstandsverträge, die Aufrechterhaltung der Blockade, die Zurückhaltung der deutschen Gefangenen: das sind Dinge, die im Norden in vielen Kreisen sehr übel gewirkt haben; sie haben das natürliche menschliche Empfinden verletzt, und die Politik wird auch dort vielfach von der Empfindung aus beurteilt. Die politische Frage aber, an der der Norden in erster Linie Interesse hat, ist die der Möglichkeit und der Gestaltung des Völker-

Digitized by Google

bundes, da die skandinavischen Völker von ihm die dauernde Regelung und Sicherung ihrer zwischenvölkischen Stellung erhoffen. Zu diesem realpolitischen Interesse tritt ein ideales: gelingt die Stiftung des Völkerbundes auf befriedigender Grundlage, so ist doch die Kriegskatastrophe nicht umsonst gewesen, so ist doch ein großer Fortschritt in der Ordnung der Völkerbeziehungen gewonnen.

Hier aber handelt es sich nicht mehr um Programme, um Propaganda, um Versprechungen, sondern um Erfüllungen, um Leistungen und Taten, und da flößt denn die Entwicklung, die diese Frage genommen hat, den politischen Köpfen die größte Besorgnis ein. Diese Stimmung spiegelt sich in einer Aufsatzreihe, die Professor N. Gjelsvik, Vertreter der Rechtswissenschaft an der Universität Christiania, kürzlich in dem dortigen „Morgenbladet" veröffentlicht hat. Diese vortrefflichen Aufsätze bilden nicht nur ein bedeutsames Zeugnis der gegenwärtigen politischen Auffassungen im Norden, sondern zugleich einen wertvollen Beitrag zum Verständnisse des Völkerbundproblems überhaupt, und aus beiden Gründen verdienen sie auch in Deutschland bekannt und gewürdigt zu werden.

* * *

Der Ausgangspunkt des norwegischen Rechtslehrers ist dieser: soll die Begründung eines wirklichen Völkerbundes gelingen, d. h. eines solchen, „der nicht nur ein Humbug oder eine Verkleidung für imperialistische Politik ist", so müssen die politischen Verhältnisse ganz ungewöhnlich günstig sich gestalten. Trifft diese Voraussetzung gegenwärtig zu? Wie vor hundert Jahren, so stehen wir auch heute am Abschlusse eines Koalitionskrieges. Damals richtete er sich gegen Frankreich, heute richtet er sich gegen Deutschland. Die Engländer nahmen beide Male an der Koalition teil; englisch ist der Sankt Helena-Gedanke: so taucht er auch diesmal wieder auf, und er hat im englischen Wahlkampfe eine beträchtliche Rolle gespielt. Der Wiener Kongreß zeugte die „Heilige Allianz", ein religiös-legitimistisch aufgemachtes Organ imperialistischer Machtpolitik. Der jetzige Weltkrieg erzeugt den „Völkerbund", dessen Form, wie Gjelsvik ironisch bemerkt, die Erfinder der „Heiligen Allianz" vor Neid erröten lassen müßte. Die Engländer behalten ihre weltbeherrschende Flotte und die allgemeine Wehrpflicht wird überall abgeschafft, oder mit anderen Worten: behalte deine Machtmittel und laß die anderen abrüsten — das ist Kern und Moral des Völkerbundgedankens, wie er nach so vielen ausnehmend schönen und idealen Programmen und Versprechungen jetzt ins Leben treten soll. Das wird also ein Völkerunterdrückungsbund, eine neue, modernisierte Ausgabe der Heiligen Allianz.

Aber Präsident Wilson? Und seine Parole vom 22. Januar 1917: „weder Sieger noch Besiegte?" Sehr fein weist Gjelsvik nach, wie Wilson in dem diplomatischen Kampfe um den Völkerbundgedanken überspielt worden ist. Hätte er an seiner Parole festgehalten und wäre dabei auf Englands Widerstand gestoßen, so hätte er oder sein Nachfolger das ganze amerikanische Volk bei dem Programm hinter

Digitized by Google

sich gehabt, die größte Flotte der Welt zu erbauen. Freilich war seine Machtstellung im Kreise der Entente schon durch die Waffenstillstandsbedingungen schwer erschüttert: wenn Deutschland entwaffnet war, so war man nicht mehr auf die Vereinigten Staaten angewiesen. Wie wenig er von jenem ihm nun verbleibenden Druckmittel Gebrauch zu machen verstanden hat, beweist der Umstand, daß er sich inzwischen zu der merkwürdigen und für die Neutralen höchst bedenklichen Auffassung hat abdrängen lassen, die Frage der Freiheit der See existiere praktisch nicht mehr, weil es bei zukünftigen Kriegen Neutrale überhaupt nicht mehr geben werde. Ein letztes Machtmittel, über das er verfügt, liegt, nach Gjelsviks Anschauung, in der Aussicht, daß nach einer wirtschaftlichen Überpressung Deutschlands ungezählte gelernte deutsche Arbeiter ins Ausland abwandern würden. Da man sie in England nicht haben will, so würden voraussichtlich die Vereinigten Staaten ihr bevorzugtes Ziel werden, und damit würden diese die von ihnen benötigten Arbeitskräfte gewinnen und damit ihr wirtschaftliches Übergewicht erheblich verstärken können. Aber wie die Dinge sich entwickelt haben, scheint Wilson auch von dieser Karte keinen Gebrauch gemacht zu haben.

In Norwegen werden Fragen dieser Art vielfach von recht primitiven Standpunkten aus beurteilt. Man kann dort hören und lesen, Lloyd George sei ja ein liberaler, ein christlicher Mann und werde seine christlichen Überzeugungen sicher auch in der zwischenvölkischen Politik durchführen, wenn er nur die Möglichkeit dazu habe. Gegenüber solchem „Kinderwerke" (das übrigens für die politische Psychologie der Norweger lehrreich ist) weist Professor Gjelsvik auf die Realitäten, auf die wirklich treibenden Kräfte in der Politik hin. Japans Eroberungsdrang hat wahrlich nicht das mindeste damit zu tun, ob seine politischen Führer Christen, Buddhisten, Konfuzianer, Radikale, Liberale, Konservative oder Reaktionäre sind. Handelt es sich um Japans Interessen, so sinken dergleichen Überzeugungen zu Kleinigkeiten herab, die nicht die geringste Rolle spielen. Das gilt natürlich ebenso für die englische und die amerikanische Politik, wenn diese auch christliche oder liberale Ideen als Aushängeschilder benutzen mögen. Ja, mögen selbst die Ideale und Theorien der Staatsmänner echt sein: das Leben ist etwas anderes und geht seinen alten Gang ungestört weiter, gleich, als ob die Theorien überhaupt nicht existierten. Die religiöse Aufmachung des politischen Handelns kann geradezu als eine grimme Ironie wirken. Im Dezember 1916 hatte Deutschland die Hand zum Frieden ausgestreckt, mit dem Erfolge, daß es eine Abweisung erhielt, deren imperialistische Tendenz unverkennbar war. Just am Karfreitag 1917 erklärte dann Amerika seinen „Freiheitskrieg". „Ich meine nun, daß eine Kriegserklärung unter solchen Umständen nicht der gegebene Weg zu einer Versöhnung war, die die notwendige Grundlage für einen Völkerbund im Geiste und in der Wahrheit ist und sein muß. Den Teufel mit Beelzebubs Hilfe auszutreiben, gehört nämlich auch in unseren Tagen zu den schwierigeren Problemen."

Digitized by Google

Die Schuldfrage! Professor Gjelsvik ist zu besonnen und zu geschmackvoll, um sie in ihrer ganzen Breite aufzurollen oder sie gar entscheiden zu wollen. Das muß wohl denen überlassen bleiben, die die Anmaßung haben, in dieser Sache zugleich den Kläger, den Zeugen und den Richter zu spielen. Freilich hat es auch die Eisnersche Regierung eilig gehabt, ein Schriftstück zu veröffentlichen, das die Schuld des alten Systems am Weltkriege beweisen sollte. Das Schriftstück, bemerkt Gjelsvik, bringt zur Beleuchtung der Frage nichts bei; wenn es aber bei den Siegern einen „guten Eindruck" hervorbringen sollte, so war dies eine naive Fehlrechnung. „Man erreicht wahrhaftig nicht, daß der Bär und der Löwe oder andere, die Herren der Lage sind, auf die Knie fallen und ein ‚Pater peccavi' stammeln, obwohl sie vielleicht einiges auf dem Gewissen haben könnten, wenn sie in sich gehen wollten." Dies trifft nämlich auf die Ententemächte zu. Wie steht es denn um das beiderseitige Verhältnis zur imperialistischen Politik? Die Deutschen sind darin die reinen Anfänger gewesen. Ihre drei großen Kriege waren nationale Sammlungskriege; als imperialistisch kann man nur etwa die Kleinkämpfe in Südwest und die China-Expedition bezeichnen. Dagegen hat England, von der Festsetzung in Ägypten an (1882), fortgesetzt rein imperialistische Kriegs- und Vertragspolitik großen Stiles getrieben. Wenn das Bibelwort sagt, wer sich von Schuld frei fühle, der werfe den ersten Stein, so trifft seine Voraussetzung auch ebensowenig auf die Franzosen, Russen, Italiener oder Amerikaner zu, und wenn sie allesamt sich hernach so beeifert zeigten, den Mittelmächten allein die Schuld am Weltkriege zuzuschieben, so erinnert dies Verfahren lebhaft an eine bekannte Tierfabel. Nein: „der Krieg war die reife Frucht der Politik, die im letzten Menschenalter geführt wurde" und die mit Englands ägyptischem Gewaltstreiche begann. Und man kann fragen: ist dauernder Friede wünschenswert bei einer solchen Politik, so daß die Großmächte oder die größten darunter in Ruhe und Frieden die Unterwerfung der kleinen Völker betreiben können? Ist er auch nur möglich? Nein — Gott sei Dank!" Die erste Voraussetzung eines wirklichen Völkerbundes wäre, daß unter die Vergangenheit entschlossen ein Strich gemacht wird; um so mehr, fügt unser Verfasser hinzu, als es übel aussehen würde, wenn die großen oder die alten Sünder aus dem Bunde ausgestoßen werden sollten. Dann könnte er nämlich so dünn ausfallen, daß er überhaupt nicht mehr die Mühe lohnte.

Doch da ist ja auch noch die Frage der „Heiligkeit der Verträge", die die Entente so sehr für ihre Propaganda ausgenutzt hat. Nun, Gjelsvik erinnert daran, daß es auch einen am 29. Oktober 1888 abgeschlossenen Vertrag über die Neutralisierung des Suezkanals gibt, nach dem die Durchfahrt durch den Kanal im Frieden wie im Kriege für alle Schiffe, Kriegs- wie Handelsschiffe, neutrale oder solche kriegführender Mächte, vollständig frei sein sollte. Aber während des Krieges wurde er sogar für neutrale Handelsschiffe gesperrt. In

Digitized by Google

seiner Verteidigungsschrift über Großbritanniens Seepolitik drückt sich Professor Murray um diesen Punkt sehr verlegen herum: er habe „nicht genau ermitteln können, was etwa das Recht Ägyptens, Großbritanniens oder der Kanalaktionäre sein möge", und er verschanzt sich hinter der „militärischen Notwendigkeit". Siehe da: hier hat diese plötzlich ihr gutes Recht! Woraus folgt, daß die Heiligkeit der Verträge weder eine besondere Tugend für englische, noch eine besondere Untugend für deutsche Rechnung ergibt.

Einen wirklich gangbaren Weg zum Völkerbunde erblickt Professor Gjelsvik in dem Vorschlage des schwedischen Sozialistenkongresses zu Varberg, wonach der durch die Kriegshandlungen verursachte Schaden in den heimgesuchten Gegenden (Ostpreußen, Polen, Galizien, Nordfrankreich usw.) von allen Ländern, den neutralen und den kriegführenden, gemeinsam getragen werden solle. Auch von den neutralen. Denn ein Völkerbund, der etwas anderes als ein Völkerunterdrückungsbund sein soll, kann und muß auch von den Neutralen Opfer verlangen. Ist dieser Gedanke utopisch, nun, so ist es der ganze Völkerbundgedanke überhaupt. Und freilich neigt Gjelsvik sehr dazu, die Frage in diesem Lichte zu sehen. Darauf weist schon die ungeminderte Aufrechterhaltung der Blockade hin, die nicht nur auf Kosten der Mittelmächte, sondern auch auf die der Neutralen geht. Der norwegische Staat z. B. verfügt über große Überschußmengen von Heringen. In Norwegen hat man keinen Gebrauch dafür, in Deutschland um so mehr. Norwegen könnte damit ein gutes Geschäft machen, Deutschland wäre die Lieferung willkommen. Aber — das Meer ist nicht frei, Norwegen darf die Waren nicht auf seinen eigenen Schiffen ausführen, und es besteht die Gefahr, daß die Vorräte in dieser Zeit drohender Hungersnot verderben.

Das ist die Lage, wie sie der neutrale Verfasser ansieht. Er warnt die Sieger, den Bogen zu überspannen. Er wird sie vergeblich warnen, wird sie vergeblich an das ‚Memento mori!' erinnern. Die Dinge nehmen ihren Gang, und die Menschheit wird erst durch neue Erfahrungen bitterster Art hindurchgehen müssen, ehe sie dazu reif wird, vom Schein zum Sein, von der Gewalt zum Rechte und — vielleicht! — zur Liebe hindurchzudringen. Denn der Entwurf eines Völkerbundes, der seit der Veröffentlichung der Gjelsvikschen Aufsätze das Licht der Welt erblickt hat, dürfte die Besorgnisse des norwegischen Gelehrten nicht verringern, sondern vielmehr bestätigen und verstärken.

Was hat England im Interesse der Eingeborenen getan?

Von Franz Kolbe

Die Antwort auf die Frage: „Was hat England im Interesse der Eingeborenen getan?" läßt sich leicht auf eine kurze Formel bringen: Alles — wenn die Interessen der Eingeborenen sich mit den Interessen Englands (d. h. den Inter-

Digitized by Google

essen des Handels, des Kapitals und der britischen Weltpolitik) deckten; wenig oder nichts — wenn die Interessen der Eingeborenen mit denen Englands nicht übereinstimmten!

Kennzeichnend dafür, was England uneigennützig für die Interessen der Eingeborenen getan hat, ist das, was für die Lebens- und kulturellen Bedürfnisse des Volkes geschehen ist, in erster Linie also die Besserung der sanitären Verhältnisse und die Schul- und Erziehungsangelegenheit.

In der Besserung der sanitären Verhältnisse hat die englische Kolonialverwaltung im allgemeinen versagt.

In Indien, das seit eineinhalb Jahrhunderten unter britischer Verwaltung steht, ist es bis zum heutigen Tage noch nicht gelungen, die furchtbaren Volksseuchen Pest und Cholera wirksam zu bekämpfen, ebensowenig die periodisch auftretenden Hungersnöte. Das Parlamentsmitglied J. Ramsay Macdonald schreibt in seinem Buche „The Awakening of India":

„Bei der Erforschung der Hungersnöte müssen wir zunächst zu begreifen versuchen, wie sie auftreten und worauf sie zurückzuführen sind. Selbst in den schlimmsten Fällen besteht jetzt in den von Hungersnöten getroffenen Gebieten kein Getreidemangel. In der bösesten Zeit der Hungersnot in Guzerat von 1900 wurde durch amtliche Berichte erwiesen, daß sich „für den Bedarf mehrerer Jahre" genügender Getreidevorrat in den Händen der Getreidehändler dieser Gebiete befand. Es ist deshalb nicht Getreidemangel, der Hungersnöte hervorruft. Die Ursachen für die Hungersnöte der letzten Jahre waren finanzielle Krisen, die die Verringerung des Bedarfes an Arbeitskräften im Gefolge hatten. Hohe Lebensmittelpreise bei niedrigen Löhnen und Arbeitslosigkeit — und die Menschen sterben Hungers inmitten der Fülle."

Sogar die Regierung gibt zu, daß die Todesfälle an epidemischen Krankheiten noch immer eine furchtbare Zahl erreichen. „Imperial Gazetter of India" schrieb 1909:

„Durch die chronische tiefe Armut ist die Konstitution der Inder dermaßen geschädigt, daß sie widerstandsunfähig gegen Krankheiten sind, die dadurch endemisch werden. Die Ziffern zeigen, daß allein die aus verhütbaren Krankheiten, wie Cholera, Pocken, Dysenterie, Pest, Fieber usw., resultierenden Todesfälle durchschnittlich die Höhe von 5 Millionen im Jahre erreichen."

Die Regierung gibt also der chronischen Armut der indischen Bevölkerung die Schuld. Sie erwähnt aber nicht, daß bei einer Gesamteinnahme von über 900 Millionen Mark im Jahre 1916 zwar 460 Millionen Mark — also etwa die Hälfte — für das indische Heer aufgewendet wurden — dagegen nur 30 Millionen Mark für das öffentliche Gesundheitswesen. Indien gibt also für sein Sanitätswesen noch nicht $^1/_{30}$ seiner Einnahmen aus, in der deutschen Kolonie Neu-Guinea betragen die Ausgaben für das Sanitätswesen $^1/_6$ der Einnahmen, das Ansteigen auf ¼ war vorauszusehen!

Was nun die chronische, tiefe Armut anlangt, so ist auch daran die englische

Digitized by Google

Regierung schuld. Über 80 Prozent der Bevölkerung sind Bauern, die unter furchtbaren Grundlasten, oder, soweit sie nicht selbst Eigentümer sind, unter furchtbar hohen Pachten leiden. Die Landrenten betragen bis 65 vom Hundert des Netto-Ertrages. Mit jeder Neueinschätzung wird die Taxe erhöht, und in Britisch-Indien wird, im Gegensatz zu der in den indischen Eingeborenenstaaten üblichen Gepflogenheit, in Jahren schlechter Ernte kein Steuernachlaß gewährt. Unbarmherzig werden in solchem Falle die unglücklichen Bauern von Hab und Gut vertrieben, das der Fiskus beschlagnahmt. 600 bis 900 Millionen Mark zahlt Indien jährlich an England, und zwar für: das indische Amt in London, Pensionen und Urlaubsgelder, private Geldüberweisungen der Regierungsbeamten, Soldatenanwerbungen in England, Zinsen für Staatsschulden, Eisenbahnanlagen, Bewässerungsanlagen usw. investierte Kapitalien, die alle in England aufgebracht werden. Das Durchschnittseinkommen des indischen Volkes beträgt nach Keir Hardy nur 40 Mark pro Kopf und Jahr, bei der Landbevölkerung sogar nur 25 Mark!

Im März 1914 veröffentlichte einer der besten Kenner Indiens, Shaw Desmond, im „London Magazine" einen Artikel „Sollen wir Indien verlieren?" Darin heißt es u. a.:

„Es ist allerseits zugestanden, daß Indien niemals vor der englischen Besitzergreifung solche Schrecken von Pest und Hungersnot gekannt hat. Hier die grausige Ziffer: Nach offiziellen Schätzungen hat die Pest von 1900 bis 1914 mehr als 6 Millionen Inder dahingerafft, und dies Verhältnis wächst noch schnell! Im „Punjab" allein starben während einer gewissen Periode 75 000 Menschen an der Pest. Zwischen 1860 und 1900 ging eine ganze Nation am Hunger zugrunde, nämlich nicht weniger als 30 Millionen Menschen."

Die im vorigen Jahre die ganze Welt verheerende Grippe-Epidemie hat, nach „India" vom 6. 12. 1918 Indien wie eine Plage überschwemmt. Auf der Basis der festgestellten Todesfälle im Punjab, wo ihr 250 000 Menschen zum Opfer fielen, wird angenommen, daß über 3 Millionen Menschen, d. h. ungefähr 1 Prozent der Bevölkerung, hinweggerafft worden sind. „India" bemerkt hierzu:

„Natürlich konnte ein Volk, dessen Kraft seit langer Zeit durch äußerste Armut und Unterernährung untergraben ist, einer Epidemie von solcher Schwere keinen Widerstand leisten. Die Regierung von Indien muß endgültig verstehen, daß das Land nicht länger finanziell ausgebeutet werden darf. Jede Anstrengung muß gemacht werden, um seinen natürlichen Reichtum an Menschenleben und Rohmaterialien durch die Förderung von Landwirtschaft und einheimischen Industrien zu retten."

Ähnliche Opfer hat die Grippe auch in anderen Kolonien Englands gefordert. In Kapstadt starben nach der „Cape Times" in vierzehn Tagen über 5 000 Menschen! Die Leichen lagen stellenweise zu Dutzenden unbeerdigt in den Straßen! In Deutsch-Samoa sind von einer Gesamtbevölkerung von 35 000 Eingeborenen nicht weniger

Digitized by Google

als 6000 der Seuche zum Opfer gefallen. Mit Recht bemerkt zu dieser Nachricht der „Manchester Guardian", ob diese furchtbaren Verluste nicht durch eine bessere Gesundheitspolizei, Quarantäne usw. hätten vermieden werden können.

In seinem im Jahre 1911 in Basel veröffentlichten Buche „Nord-Togo und seine westliche Nachbarschaft" schreibt ein Schweizer Missionsarzt, der 25 Jahre in der englischen Goldküstenkolonie als solcher tätig war, nach einer Bereisung von Nord-Togo und Besichtigung des deutschen Schlafkrankendorfes bei Misahöhe:

„Auch gegen andere Volksseuchen wird in Togo der Kampf so energisch als möglich geführt. Die Bezirksleiter impfen gegen Pocken, errichten Aussätzigenasyle und sorgen für Isolierung von an Genickstarre Leidenden."

Und an anderer Stelle:

„Das alles sind für solche, die auf der englischen Goldküste leben, zum größten Teil neue Dinge. Der Kampf gegen die Schlafkrankheit wird hier sehr lässig geführt, und für die Aussätzigen ist noch kein Asyl errichtet."

Was nun die Sorge Englands für die Erziehung und den Unterricht seiner Schutzbefohlenen betrifft, so schreibt der frühere Gouverneur von Britisch-Ostafrika in seinem Werke „The East Africa Protectorate", London 1905:

„Die Deutschen widmen der Erziehung mehr Sorgfalt, als es bei uns der Fall ist. Während in Britisch-Ostafrika die Regierung keine Schulen unterhält und sich der Unterricht ganz in den Händen der Missionare befindet, haben die Deutschen 8 deutsche Schulen, außerdem noch verschiedene Gemeindeschulen."

Was hier für Britisch-Ostafrika gesagt ist, gilt für alle englische Kron-Kolonien, nicht minder aber für Indien und Ägypten. In Indien waren im Jahre 1904/05 26 Millionen Mark für Schulen bereitgestellt gegenüber 360 Millionen Mark für militärische Dienstleistung. Das nächste Jahr zeigte eine Erhöhung von nicht mehr als 2 Millionen Mark unter dem Titel „Schulen" gegenüber einer Erhöhung von 48 Millionen Mark für das Heereswesen.

In J. Ramsay Macdonalds „Awaken ing of India" heißt es:

„Andererseits ist die für Unterrichtszwecke angewendete Summe von 1½ Millionen Pfund lächerlich gering. Der kleine Staat Baroda, mit einer Bevölkerung von 2 Millionen Seelen, gibt hierfür 660 000 Pfund Sterling aus, und hat sein Unterrichtssystem erweitert, so daß es sehr bald für diesen Zweck eine Million Pfund Sterling aufwenden wird. In Baroda besteht Schulzwang bereits seit 1904/05, während in Britisch-Indien 90 vom Hundert der männlichen und 99 vom Hundert der weiblichen Bevölkerung Analphabeten sind."

Das Schulwesen in den englischen Kolonien hat, soweit es in Händen der Regierung ist, ausschließlich den Zweck, die Regierung mit billigen Arbeitskräften für die niederen und mittleren Beamtenstellen zu versehen. Dem Volke selbst Schulkenntnisse zu vermitteln, hat die englische Regierung kein Interesse.

Dieselben Klagen, wie über Indien, werden auch über die Verwaltung Ägyptens laut. Auch dort dieselbe Ausbeutung und Verarmung

Digitized by Google

der Eingeborenen, der Mangel an hygienischer und kultureller Fürsorge. So wunderbar der Aufschwung ist, den die Finanzen Ägyptens unter englischer Okkupation infolge der Einführung des Baumwollbaues genommen haben, so wenig Nutzen hat davon der ägyptische Bauer selbst. Durch die einseitige Begünstigung des Baumwollbaues ist in Ägypten nicht nur die Kultur des Tabaks unterdrückt worden, sondern auch der Anbau von Weizen ist derartig zurückgegangen, daß der größte Teil des Brotfruchtgetreides eingeführt werden muß. Davon hat zwar die ägyptische Staatskasse einen Vorteil, da auch auf Lebensmittel hohe Zölle liegen, keineswegs aber der ägyptische Bauer, der zu hohen Preisen das Getreide kaufen muß, das er selbst hätte bauen können. Dabei ist der kleine Bauer beinah stets so furchtbar verschuldet, daß er gezwungen ist, seine Ernte zu Wucherzinsen zu beleihen, um sich Saatgut einkaufen zu können. Die Zwangsversteigerungen ländlicher Kleinbesitze waren in Ägypten ebenso zahlreich, wie in Indien. Im Jahre 1910 erwirkte die Agricultural Bank gegen 40 000 Schuldner die Zwangsversteigerung ihres Grundbesitzes, zumeist auf Grund von Ansprüchen von weniger als 1000 Mark. Nun hat zwar Lord Kitchener durch das sogenannte Fünf Feddan-Gesetz bestimmt, daß ländlicher Grundbesitz von weniger als fünf Feddan Flächenraum nicht beliehen werden darf; — der Erfolg war aber das Gegenteil von dem, was Kitchener erwartete: Der Kleinbauer wurde einfach kreditunwürdig, und der illegalen Gesetzesumgehung durch Scheinverkäufe und ähnliche Manöver wurden Tür und Tor geöffnet.

Die sanitären Verhältnisse Ägyptens sind geradezu traurig! Cholera und Pest fordern auch dort zahlreiche Opfer; die Pest, die 1853 vollständig verschwunden war, ist seit 1899 wieder endemisch geworden. Fleckfieber, Bauchtyphus, Blattern, Dysenterie sind andauernd. Die Kindersterblichkeit ist entsetzlich; obwohl die Mütter stets selbst nähren, beträgt sie im ersten Lebensjahre 30 bis 45 Prozent. Kairo hat von allen Großstädten die größte Kindersterblichkeit.

Eine wahre Geißel Ägyptens ist die sogenannte ägyptische Augenkrankheit. 95 Prozent der Bevölkerung leidet an chronischem Trachom, Hunderttausende erkranken jährlich an Eiterfluß der Augen, die Zahl der Erblindungen ist enorm. Nach statistischen Berechnungen des englischen Augenarztes Mac Collum gibt es etwa 20 000 Blinde und 400 000 Einäugige in Ägypten, über 5 Prozent der Bevölkerung, gegenüber 0,008 Prozent in Preußen. Bis zum Jahre 1902 tat die Regierung überhaupt nichts zur Bekämpfung der Krankheit; seitdem wurden durch private Initiative Sir Ernest Cassels (eines gebürtigen Deutschen) und nach Überwindung großer Widerstände mit Hilfe eingeborener Notabeln 14 Augenhospitäler geschaffen.

Lepra-Heime sind in Ägypten unbekannt — 6000 Aussätzige leben in ungehinderter Vermischung mit der übrigen Bevölkerung.

Wie in Indien hat die Regierung auch in Ägypten für den Elementar-

Digitized by Google

schulunterricht so gut wie gar nichts getan. Von 1000 Eingeborenen konnten im Jahre 1907 nur 88 lesen und schreiben! 1873, also vor der englischen Okkupation, genossen 17 Personen von 1000 jährlichen Schulunterricht, 1908 nach einem Bericht von Lord Cromer nur 16‰ (allerdings von der inzwischen gestiegenen Bevölkerung). Nur 1 Prozent der gesamten Einnahmen wird für Unterrichtszwecke verwendet!

Auch das ägyptische Unterrichtswesen dient nur dazu, eingeborene Beamte für die englische Regierung zu erzielen; die Erziehung des Volkes bleibt der Privatinitiative überlassen. Nach einem Bericht des Finanzministeriums waren 1913 vorhanden: 68 Regierungsschulen, 132 von den Provinzräten kontrollierte oder unterstützte Schulen, 167 durch ägyptische Wohltätigkeitsgesellschaften unterstützte Schulen, 425 ägyptische Privatschulen und 3694 lediglich aus privaten Mitteln unterhaltene Dorfschulen.

Ein Schandfleck für die englische Verwaltung ist die zunehmende Unsittlichkeit der weiblichen Bevölkerung. Durch die zwar gut gemeinte, aber gänzlich unvorbereitete Aufhebung der Haussklaverei wurden Hunderttausende von weiblichen Sklavinnen, die bisher in den Harems ein sorgloses und keineswegs schweres Leben geführt hatten, plötzlich auf die Straße geworfen und gezwungen, selbst für ihren Lebensunterhalt zu sorgen. Ist es ein Wunder, daß der größte Teil von ihnen der Prostitution zum Opfer fiel?

Während zur Zeit der ägyptischen Selbständigkeit die Schulerziehung fast ausschließlich kostenlos war, hat die britische Verwaltung überall hohe Schulgelder eingeführt, so daß für Minderbemittelte der Schulbesuch unmöglich wurde.

Bekannt ist die ungünstige Wirkung, die der Genuß von Alkohol auf alle primitiven Völker, besonders auch auf die Neger Afrikas, ausübt. Trotzdem hat sich die englische Kolonialverwaltung nicht gescheut, in allen Küstenprovinzen Westafrikas die Finanzverwaltung fast ausschließlich auf die Alkoholzölle aufzubauen. Eineinhalb Millionen Pfund, also über 30 Millionen Mark, nehmen diese englischen Kolonien alljährlich an Alkoholzöllen ein, und der größte Teil wird von den Eingeborenen verbraucht. Die englische Regierung hat sich nicht entblödet, in dem von ihr besetzten Teile Togos ebenfalls den Verkauf an die Eingeborenen freizugeben und rühmt sich sogar, daß unter ihrer Leitung die Einnahmen gestiegen seien, trotz Abschaffung der Hüttensteuer. Wiederholt wurde — unter Hinweis auf die schweren Schädigungen, welche die Eingeborenenbevölkerung infolge des Alkoholgenusses erfährt — zunehmende Verbrechen, Irr- und Schwachsinnige, abnehmende Geburtenziffer, Zunahme der Sterblichkeit, verminderte Widerstandsfähigkeit gegen Infektionskrankheiten — besonders von den eingeborenen Bischöfen und auch eingeborenen Ärzten ein Verbot, oder wenigstens Einschränkung der Alkoholeinfuhr beantragt — alle Anträge wurden von der Kolonialverwaltung abgelehnt.

Digitized by Google

Zum Schluß noch einige Worte über die Behandlung der Eingeborenen, über Prügelstrafen und Arbeitszwang. Die englische Regierung und Presse stellen es so dar, als ob in allen deutschen Kolonien Arbeitszwang herrsche und Prügelstrafen an der Tagesordnung seien. Daß ein Arbeitszwang in keiner einzigen deutschen Kolonie besteht, ist oft genug nachgewiesen. Daß in Nigera die Regierung es für ihr gutes Recht hält, die Eingeborenen zwangsweise zu öffentlichen Arbeiten heranzuziehen, ist bewiesen durch Ausführungen des Sekretärs Hazzledime des Gouverneurs Sir F. Lugard von Nord-Nigeria in seinem Buche „The White Man in Nigeria" 1905. Er erklärt darin, die Gestellung solcher Arbeiter durch die Dorfhäuptlinge sei einfach eine Gegenleistung für den Schutz, den die Regierung durch die Verwaltung des Landes gewähre.

Über Zwangsarbeit an der Goldküste schreibt der „Aborigines Friend" vom März 1898:

„Die Verordnung über die Zwangsarbeit an der Goldküste, gegen die die Gesellschaft zum Schutze der Eingeborenen im vergangenen Jahre vergeblich protestierte und die Chamberlain unter dem Vorwande zu entschuldigen suchte, man könne die Zwangsarbeit ‚gerechterweise' nicht als eine Form der Sklaverei betrachten, da ‚es jetzt ebenso notwendig sei, wie zur Zeit der Aschanti-Expedition, sich eine große Zahl Träger zu beschaffen', ist im Dezember d. J. auf eine Dauer von zwölf Monaten verlängert worden."

Die Prügelstrafe ist in allen englischen Kolonien gesetzlich erlaubt — aus den englischen Gerichtsakten Westafrikas würde u. a. festzustellen sein, daß z. B. in Nigera sogar gegen weibliche Gefangene Prügelstrafen verhängt werden dürfen, was in den deutschen Kolonien streng untersagt ist. Interessante Mitteilungen über Anwendung der Prügelstrafe in Britisch-Ostafrika macht der frühere Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, Freiherr von Rechenberg, in dem Buche „Die deutsche Kolonialpolitik vor dem Gerichtshof der Welt" (Basel 1918, Verlag Ernst Finckh). Er schreibt:

„Ich habe sowohl in Mombassa als auch in Nairobbi, als auch in Kisumu (am Viktoria-See) die Strafbücher mir angesehen, und ich habe aus denselben entnommen, daß in Britisch-Ostafrika erheblich mehr Prügelstrafen an Eingeborenen vollzogen wurden, als in deutschen Bezirken, aber die Prügelstrafe gilt nicht als eine gerichtliche Strafe, wie in Deutsch-Ostafrika, sondern lediglich als eine Polizeimaßregel, welche in der Strafverordnung zwar nicht vorgesehen ist, welche aber der betreffende englische Beamte kraft seiner polizeilichen Gewalt unkontrolliert nach Gutdünken anwenden kann. In Deutsch-Ostafrika muß er bei der Vollziehung der Prügelstrafe selbst zugegen sein, um Mißbräuche zu verhüten. Er muß auch einen Arzneikundigen (Arzt oder Sanitätsbeamten) zuziehen. In Britisch-Ostafrika wird sozusagen unter der Hand geprügelt. Die Strafllisten brauchen gar nicht eingereicht zu werden, es wird auch gar keine Kontrolle darüber seitens des Gouvernements geführt. Im Gegenteil scheint dort die Anschauung zu herrschen, daß die sofortige Prügelei ohne jede Aufsicht das einzig richtige sei. So findet sich in der dem englischen Parlament vorgelegten Denkschrift über Britisch-Ostafrika vom Juli 1908 (Cd 4122), S. 12, Abs. 2 und 3, die Äußerung eines Pflanzers in

Digitized by Google

einer Versammlung in Nairobbi, welcher ausdrücklich erklärt, es wäre das beste, die eingeborenen Arbeiter, wenn sie ungenügend arbeiten, mit der Nilpferdpeitsche durchzuprügeln, denn dann wüßten sie, was sie erwarte .... Nach dem Protokoll der Versammlung hat sich nicht eine Stimme der Mißbilligung erhoben. Seitens der britischen Behörde wurde nicht eingeschritten. Auch das englische Parlament hat keinen Anlaß gefunden, der Regierung ein Einschreiten gegen diesen Pflanzer, Herrn Swift, nahezulegen ..... Bei dem Farmer Russel Bowker hatten einige Viehdiebstähle stattgefunden. Die Viehdiebe waren aber nicht ermittelt worden. Da rief Bowker im vollen Frieden seine Nachbarn zusammen, überfiel mit ihnen das Eingeborenendorf, brannte es nieder, band den Häuptling an seine Steigbügelriemen und versuchte vergeblich, von ihm durch Schläge und Mißhandlungen ein Geständnis zu erpressen. Er wurde nicht verhaftet, wohl aber angeklagt und vom Gericht nicht etwa zu einer Freiheitsstrafe, sondern zu einer Geldstrafe von 500 Rupien verurteilt. In Deutsch-Ostafrika wäre ein derartiger Missetäter nach seiner Verurteilung aus der Kolonie ausgewiesen worden. In Britisch-Ostafrika wurde die Geldsumme durch freiwillige Sammlungen unter den Engländern aufgebracht, so daß Bowker gar keinen Schaden erlitt. Ein anderer Engländer, namens Cole, wurde allerdings des Landes verwiesen; dieser hatte mehrere Eingeborene, denen er unterwegs begegnete und die vor ihm Reißaus nahmen, einfach von hinten erschossen, weil ihm dies Ausreißen verdächtig vorkam. Aber auch in diesem Falle traten die gesamten englischen Pflanzer von Britisch-Ostafrika geschlossen auf und verlangten vom Gouverneur die bedingungslose Begnadigung des Schuldigen, weil seine Interessen geschädigt würden, und die Interessen eines Weißen denjenigen des Schwarzen stets vorangehen müßten."

Ein gewisses Kriterium für die Zufriedenheit der Eingeborenen mit der ihnen auferlegten europäischen Verwaltung sind wohl die Zahl der Aufstände. In den deutschen Kolonien gehören Eingeborenenaufstände seit etwa zwölf Jahren (Niederschlagung des Eingeborenenaufstandes in Deutsch-Ostafrika) zu den seltenen Ausnahmen und hatten meist nur lokale Bedeutung.

In Britisch-Ostafrika war 1906 die Erhebung der Nandi, 1913/14 der Aufstand der Kisma-ju, vorher hatte ein Aufstand der Massai, welche die Eisenbahnstationen Athi über fielen, stattgefunden, etwas früher empörte sich das Hinterland von Malindy wegen übermäßigem Steuerdruck, da die Hüttensteuer in Britisch-Ostafrika fast das Doppelte der in Deutsch-Ostafrika erhobenen, der übliche Arbeitslohn aber sehr viel weniger beträgt. Der Gouverneur von Britisch-Nyassaland, welches an Deutsch-Ostafrika anstößt, meldet noch im Februar 1915, also während des Weltkrieges, wo in Deutsch-Ostafrika alle Eingeborenen, die ausgerüstet werden konnten, auf deutscher Seite kämpften, daß auf dem Hochplateau von Shire ein Aufstand ausgebrochen sei; drei Weiße wären gefallen, einer verwundet, drei Frauen, fünf Kinder wären fortgeschleppt, aber später wieder freigelassen worden, auch hätte ein Angriff auf das Magazin in Blantyre stattgefunden, wobei die Schwarzen Waffen und Munition erbeuteten."

Die Zufriedenheit der Eingeborenen mit der englischen Verwaltung scheint danach in verschiedenen Teilen Afrikas nicht allzu groß zu sein.

Das Bild, das wir hier haben sehen können, ist noch lange kein vollständiges — immerhin dürfte es genügen, um den Nachweis zu führen, daß die englische

Digitized by Google

Kolonialverwaltung keineswegs so unfehlbar ist, wie man allgemein annahm und sie selbst mit Vorliebe verbreitete. Es erscheint im Gegenteil eher, als ob die deutsche Kolonialverwaltung die Interessen der Eingeborenen weit besser gewahrt hat und im großen ganzen auch humaner war als die englische.

Revolution und Verwaltungsreform

Von Regierungsrat von Hassell

Vor einer Reihe von Monaten habe ich in den Spalten dieser Zeitschrift einige Gedanken zur preußischen Verwaltungsreform als Beitrag zu der damals lebhaften Erörterung der wichtigen Frage geliefert. Die Revolution hat inzwischen das damals im Bau befindliche Reformwerk unterbrochen. Niemand weiß heute, ob auf der alten Grundlage weiter gebaut werden soll, aber jeder ist wohl überzeugt, daß die Revolution, wenn nicht jene geplante, so doch überhaupt eine Reform der preußischen Staatsverwaltung im Gefolge haben wird. Hat freilich die Umwälzung, in deren Mitte wir heute noch stehen, die Grundlagen des alten preußischen Staatslebens erschüttert, so sind andererseits eben durch sie auch eine Reihe von Voraussetzungen beseitigt worden, von denen man früher bei Reformplänen ausging. Zwar der eine wichtige Gesichtspunkt, der der Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung, ist nicht nur geblieben, sondern in seiner Bedeutung durch den unglücklichen Ausgang des Krieges noch verstärkt worden. Was über die Ausschaltung einer Verwaltungsinstanz (der Regierungen) damals gesagt wurde, behält seine Gültigkeit. Aber im übrigen? Es sieht sich alles heute doch recht anders an, und ich glaube in der Tat, daß man gut tun wird, an das Werk von vornherein mit einer Reihe anderer, neuer Gesichtspunkte heranzutreten. Dabei ergibt sich nun die Schwierigkeit, daß wir heute die künftige Entwickelung noch keineswegs klar übersehen und demnach die Richtungspunkte auch einer Verwaltungsreform im gegenwärtigen Augenblicke jedenfalls noch nicht im einzelnen bestimmen können. Gerade wenn man also den ehrlichen und festen Willen hat, die preußische Verwaltung zu reformieren, wird man bei dieser Sachlage im Interesse eben dieser Reform nicht wie bisher auf äußerste Beschleunigung drängen, sondern im Gegenteil davor warnen müssen, im grellen, ungewissen Lichte der Revolutionsbrände übereilte Entscheidungen zu treffen. Auf der anderen Seite läßt sich, wie immer auch der Ablauf der weiteren Geschehnisse sein mag, doch wohl als eine grundlegende Tatsache schon heute die herausschälen, daß der alte preußische Obrigkeitsstaat in der Gestalt der Zeit vor dem 9. November nicht wieder auferstehen wird. Ist das der Fall, dann verschiebt sich ganz unabhängig vom politischen Standpunkte das Bild insofern völlig, als das Ziel einer Reform auch für den Demokraten radikalster Richtung jedenfalls nicht mehr die Beseitigung der Nachteile sein kann,

Digitized by Google

die sich aus der besonderen Färbung des preußischen Obrigkeitsstaates angeblich oder wirklich ergeben haben. Diese Nachteile werden über kurz oder lang endgültig der Vergangenheit angehören. Auf ihre Ausrottung gewaltige Anstrengung zu verwenden, ist vollständig überflüssig. Heute wird es für jeden, der überhaupt Verständnis für die Bedeutung eines gesunden, starken und geordneten Staatswesens hat, darauf ankommen, sich ohne Vorurteil über die gewaltigen Leistungen klar zu werden, die der alte Verwaltungsapparat trotz seiner Mängel aufzuweisen hatte, und auf Mittel und Wege zu sinnen, wie das Wertvolle dieser Organisation trotz der Umwälzung wenigstens teilweise erhalten werden kann. Es wird in demselben Sinne nötig sein, mit größter Aufmerksamkeit die ungünstigen Ergebnisse zu beachten, welche die parlamentarische Demokratie für die Verwaltung fast naturnotwendig zu zeitigen scheint, und zu überlegen, welche Maßnahmen getroffen werden können, um solcher Entwicklung vorzubeugen.

Ich persönlich habe noch nicht den Glauben verloren, daß wir Deutsche, wenn nicht heute, so doch im Laufe der Zeit, einen Weg finden werden, der uns vor sklavischer Nachahmung westlicher Musterdemokratien bewahrt und in Entwicklung unseres eigenen Wesens zu neuen Formen wahrhaft fortgeschrittener Staatseinrichtung gelangen läßt. Ich möchte in diesem Zusammenhange nicht unterlassen, auf den Aufsatz des sozialistischen Staatssekretärs Dr. August Müller „Randglossen zum parlamentarischen System" in Schmollers Jahrbuch, Bd. 42, Heft 1, zu verweisen. Auf das hier zur Erörterung stehende Gebiet der Verwaltung angewandt, finde ich die Grundsätze, die meines Erachtens in den Vordergrund zu stellen sein werden, in drei Richtungspunkten.

Die erste Voraussetzung einer gesunden Verwaltung scheint mir in der Schaffung einer starken Exekutive zu liegen, die von der parlamentarischen Mehrheit nicht unmittelbar abhängig ist. Zwar ist in den Vereinigten Staaten bekanntlich trotz solcher machtvollen Exekutivgewalt die Verwaltung nicht jenen dauernden Erschütterungen entrückt, welche in parlamentarischen Demokratien die Stetigkeit und Sachlichkeit des Verwaltungsapparates schwer beeinträchtigen. Ich möchte aber vorläufig noch hoffen, daß es möglich sein sollte, die Einrichtungen unserer Staatsverwaltung, mögen sie durch den Fortfall ihrer historischen Eigentümlichkeiten noch so tief erschüttert sein, insoweit herüberzuretten, daß sie in Verbindung mit einer starken, vom Parlament verhältnismäßig unabhängigen Staatsgewalt wechselnden Mehrheiten zum Trotze eine einigermaßen stetig und sachlich arbeitende Verwaltung gewährleisten. Ohne solche Exekutive wird der völligen Auslieferung der Verwaltung an den Parteigeist schwerlich erfolgreicher Widerstand geleistet werden können. In Verbindung mit der starken Exekutive muß sodann das größte Gewicht darauf gelegt werden, daß das Beamtentum auch weiterhin grundsätzlich auf der Voraussetzung gesetzlich festgelegter Vorbildungsbedingungen aufgebaut wird. Früher

Digitized by Google

konnte man das Augenmerk bei Reformbestrebungen mehr darauf lenken, dem starren Assessorismus und ähnlichen Erscheinungen durch erleichterte Zulassung sonst bewährter oder geeigneter Elemente zu Beamtenstellungen zu Leibe zu gehen. Heute liegt die Gefahr weit mehr in umgekehrter Richtung: in der Besetzung der Posten mit sachlich unzureichenden Persönlichkeiten, deren Qualifikation entweder in einer bestimmten Parteifarbe oder in geleisteten persönlichen Gefälligkeiten besteht. Werden hier nicht zwar weise und weit gezogene, aber feste und unübersteigbare Schranken errichtet, so ist der Ruin der Verwaltung unvermeidlich.

Inwieweit ein Optimismus in bezug auf die künftige Gestaltung des Beamtentums berechtigt ist, muß auch bei Vorhandensein jener Exekutive und scharfer Vorbildungsstimmungen zweifelhaft bleiben. Um so wichtiger ist als weiterer Grundsatz der Verwaltungsreform die Kräftigung und der Ausbau der örtlichen Selbstverwaltung. Die in gewissem Umfange jedenfalls unvermeidliche Beeinträchtigung des Charakters der Staatsverwaltung durch die angedeutete Entwicklung läßt die Notwendigkeit einer rein sachlich arbeitenden Selbstverwaltung in erhöhtem Grade hervortreten. Als weiterer Grund wirkt in derselben Richtung die augenscheinlich bevorstehende weitere Entwicklung in der Richtung des Einheitsstaates, die es erforderlich macht, undeutsche und lebentötende völlige Zentralisierung durch Lebendighaltung der Selbstverwaltungskörper zu verhindern. Über die Notwendigkeit frei sich entwickelnder Selbstverwaltung der Städte besteht nirgends ein Zweifel. Aber gerade in dem hier besprochenen Zusammenhange gewinnen besondere Bedeutung die Gebietskörperschaften der Provinzen und Kreise. Es wäre vom Standpunkte des Staatsinteresses kaum ein größeres Verbrechen denkbar, als die lebensfähigen und zukunftsreichen Gebilde, die hier gerade in Preußen emporgewachsen sind, umzuwerfen oder in ihrer Entwicklung zu beeinträchtigen. Die große Bedeutung, die in der Tatsache liegt, daß sie Stadt und Land zu wirksamer Gemeinwirtschaft und Kulturpflege zusammenfassen, kann nie genug unterstrichen werden. Eine doktrinäre parlamentarische Demokratie ist ihnen (wie auch freien Städten) nicht günstig, sie bevorzugt das Präfektensystem; um so lebhafter sollten die Anstrengungen aller sachlich Denkenden sein, für die freie Selbstverwaltung einzutreten, denn wenn ein Präfektensystem schon bedenklich ist in einer starken Monarchie, um wieviel mehr in einer parlamentarischen Demokratie mit schwankenden Mehrheiten. Nun wird freilich der Wert der Selbstverwaltung gemindert, wenn die Parteipolitik in sie eindringt, wie das bei Einführung radikaler Wahlrechte unvermeidlich ist. Möge die preußische Landesversammlung wenigstens die gröbsten Unzuträglichkeiten noch beseitigen, die eine mechanische Übertragung politischer Wahlrechtsgrundsätze in Kreis und Provinz anzurichten droht!

Von erheblicher Bedeutung ist in diesem Zusammenhange die Frage, ob es

Digitized by Google

zweckmäßig sein würde, der gesteigerten Bedeutung der Selbstverwaltung im Kreise durch Kommunalisierung des Landratsamts Rechnung zu tragen. Bekanntlich war der Landrat bisher ernannter Staatsbeamter. Im alten Obrigkeitsstaat war diese Verbindung von Selbstverwaltung und Staatsverwaltung in einer Person wohl zu begründen und hat Gutes gewirkt. Man kann zweifeln, ob die Frage heute schon spruchreif ist. Mir persönlich scheint viel dafür zu sprechen, die freie Wahl des Landrats einzuführen; die Gründe sind z. B. vom Landrat von Borries*) sehr einleuchtend dargelegt worden. Auf die Dauer wird diese Entwicklung schwerlich aufzuhalten sein, und sie wird einem parteipolitisch orientierten, innerlich toten Präfektensystem weitaus vorzuziehen sein. Manchen weitgehenden Vorschlägen entsprechend, auch auf provinzielle Staatsbehörden der allgemeinen Verwaltung zu verzichten und die Provinzialbehörde gleichfalls völlig zu kommunalisieren, will mir dagegen im Interesse des Zusammenhalts des Staates sehr bedenklich erscheinen. Auf die Wahrung der allgemein-staatlichen Gesichtspunkte gegenüber den regionalen Interessen durch staatliche Provinzialbehörden kann nicht verzichtet werden.

Ein letzter Gesichtspunkt, der meines Erachtens bei der Verwaltungsreform nicht übersehen werden sollte, ist die Einordnung der wirtschaftlichen Selbstverwaltung in das System der Staatsverwaltung. Die unzweckmäßige Art, in der der Staat zu den wirtschaftlichen Fragen Stellung nahm, ist sicherlich ein Fehler des vergangenen Systems gewesen. Das gilt von Gesetzgebung und Verwaltung. Die Politik wurde durch wirtschaftliche Gesichtspunkte verfälscht und die Wirtschaft litt unter parteipolitischer, beziehungsweise bürokratischer Behandlung ihrer Interessen. Wie nach meiner Überzeugung der Parlamentarismus ergänzt, vielleicht auch einmal umgewandelt werden muß durch Einfügung von Gesetzgebungsorganen wirtschaftlicher Zusammensetzung, so bedarf die Verwaltung der Ergänzung durch die Selbstverwaltung wirtschaftlicher Körperschaften. Ich denke dabei an einen organisch zu entwickelnden Aufbau von Arbeits- oder Interessengemeinschaften, deren Ansätze sich heute schon zeigen, Vereinigungen, Verbänden, Genossenschaften, die durch Herausarbeitung der für Unternehmer, Angestellte und Arbeiter gemeinsamen Interessen des Wirtschaftszweiges den Klassenkampf eindämmen, durch die Selbstverwaltung ihrer Angelegenheit die Bürokratie beraten oder entlasten und den Unterbau bilden für zentrale Körperschaften mit entsprechenden wirtschaftlichen und politischen Aufgaben. Der Gedanke der Räte, der heute ein Klassengedanke ist, muß überwunden oder entwickelt werden durch den Gedanken solcher wirtschaftlichen Organisation.

Die Revolution hat den Obrigkeitsstaat überwunden, jetzt gilt es, die Revolution durch den organischen Neuaufbau des Staatswesens zu überwinden. Hierzu beizutragen, muß auch das Ziel der Verwaltungsreform sein.

*) Roter Tag vom 6. d. M. (Nr. 48).

Digitized by Google

Das Problem „Groß-Hamburg"

Von Rudolf Michael

Von allen partikularpolitischen Problemen, die die demokratische Neuorientierung des Reiches neu aufgeworfen oder doch gefördert hat, steht das Problem Groß-Hamburg in vorderster Linie. Es ist eine Lungenkrankheit des Reiches. Nirgends ist die Verquickung partikularer (hamburgischer) Interessen und zentraler (Reichs-) Anforderungen so eng wie hier an der nordwestlichsten deutschen Weltverkehrsstraße. Das ist ein Werk des Krieges. Hamburgs Leid war des Reiches Leid. Und die Not war in Hamburg nicht weniger hart als in irgendeinem anderen Winkel des Reiches. Es ist das Problem der Arbeitsfähigkeit Hamburgs. Und diese Arbeit ist die Grundlage für jeden innerdeutschen wirtschaftlichen Wiederaufbau. Vor dem Kriege war die brennende Frage einer territorialen Erweiterung Hamburgs kleinlicher Zänkerei zwischen dem großen Preußen und dem kleinen selbstbewußten Hamburg überlassen. Sichtbare Früchte haben diese jahrelangen Verhandlungen nicht getragen. Das Reich hatte kein verfassungsmäßiges Recht, von sich aus in diese Zwiesprache einzugreifen. Heute nach dem Zusammenbruch der alten Verfassung ist nicht nur der moralische Anspruch selbstherrlich in den Vordergrund gerückt, sondern nach einem zwar unverbindlichen Verfassungsentwurf der provisorischen Reichsregierung soll das Reich auch einen verfassungsmäßigen Anspruch haben, seine moralischen Rechte in partikularen Dingen mit dem ganzen Gewicht seiner Stimme geltend zu machen. Also politisch, wirtschaftlich, moralisch, verfassungsmäßig, wie man es auch sehen mag, ein Problem der Reichspolitik. Ein Problem, in dem es sich für das Reich darum handelt, über eine reine Vermittlertätigkeit hinaus mit Hamburg und Preußen gemeinsam die Richtlinien einer kommenden Wirtschaftsentwicklung zu zeichnen und festzulegen.

Hamburg, die Großstadt im Zwergstaat, steht am Rande seiner räumlichen Ausdehnungsmöglichkeit. An allen Enden des wunderlich mittelalterlich geformten Staatsgebietes drückt es gegen die Grenzen. Ja, es hat seit Jahren als wirtschaftlicher Unternehmer und als philantropischer Gründer schon weit auf preußisches Staatsgebiet übergegriffen, wo es sich selbst gar nicht mehr politischen Schutz gewähren kann. Verkehrsmittel, Wohlfahrtseinrichtungen, Friedhöfe und Industrien liegen gestaffelt im preußischen Vorgelände und betrachten sich doch als zugehörig zum hamburgischen Staatswesen. Besonders auffällig und widersinnig ist diese Erscheinung südlich Hamburgs auf dem Gebiet zwischen den beiden Elbarmen, wo sich eine zukunftsfrohe Industrie auf preußischem Boden angebaut hat, die aber alle ihre treibenden Säfte, Kapital, Rohstoffe, Unternehmer und Arbeiter, aus dem nahen Hamburger Hafen zieht. Dadurch ist der Hafen beengt in seiner Ausdehnung. Er steht vor der Alternative, entweder preußisches Gebiet sich ein-

Digitized by Google

zuverleiben, oder aber sich auf hamburgischem Boden in einer Richtung zu entwickeln, die weder billig noch nützlich ist. Und dies ist der Angelpunkt, von dem aus das zunächst rein hamburgische Problem übergreift auf Reichsinteressen. Die Konkurrenzfähigkeit Hamburgs mit dem Ausland hängt wesentlich von dem geschickten Ausbau seiner Häfen ab. Die Konkurrenz ist hart. Schon vor dem Kriege war Antwerpen uns nahe auf dem Leib. Wird darum die territoriale Neugestaltung Hamburgs jetzt durch den politischen Wiederaufbau Deutschlands nicht großzügig und rücksichtslos gelöst, so verarmt Hamburg und hungert das Reich. Die wirtschaftlichen Fesseln, die die siegreiche Entente dem Hamburger Ein- und Ausfuhrhandel anlegt, sind schwer genug. Sie abzustreifen und zu überwinden, den Vorsprung feindlicher und neutraler Häfen baldmöglichst wieder einzuholen, bedarf es einer geradezu raffinierten Hamburger Handels- und Wirtschaftspolitik. Innere Reibungen und Beschränkungen gefährden unmittelbar den wirtschaftlichen Wiederaufbau des Reiches im ganzen. Und hier wolle man auch einen anderen Gedankengang nicht außer acht lassen. Hamburg ist der Repräsentant, gewissermaßen der Spiegel aller innerdeutschen wirtschaftlichen Verhältnisse für das Ausland. Von der Großzügigkeit und der Zuversicht, mit der Hamburg an den Wiederaufbau seines geschwächten Lebens geht, wird das Zutrauen und das Werturteil abhängen, die das Ausland über Deutschland als wirtschaftlichen Mitarbeiter am Welthandel aufbringt. Auslandskredit und Valutabesserung sind die beiden sichtbarsten Zeichen, durch die das Problem Groß-Hamburg auf das ganze Reich wirkt. Hamburgs Stärke oder Ohnmacht sind zwei Posten, die in der großen reichsdeutschen Wirtschaftsrechnung an oberster Stelle stehen.

Die Vorschläge, die in letzter Zeit in Hamburg oder im Reiche, aus privatem oder aus amtlichem Munde zur Frage eines größeren Hamburg aufgetaucht sind, stehen zu drei Vierteln in einem schiefen Winkel zu dieser Lebensfrage. Der maßgebende Gesichtspunkt ist der, daß in der strengsten Anklammerung an das wahre hamburgische Interesse die sorgsamste Erfüllung aller Reichswünsche miteinbegriffen ist. Diese Interesseneinheit ist immer wieder der Ausgangspunkt für jeden Versuch der Lösung. Darum kann es weder dem Reich noch Hamburg frommen, wenn Hamburg zum Mittelpunkt einer großen nordwestdeutschen oder niedersächsischen Einheits- oder Bundesrepublik gemacht wird. Hamburg ist in seinem Handel, in seiner Vermittlerstellung zwischen Heimat und Ausland fest verankert, jede scheinbar noch so großzügige territoriale Lösung kettet Land an Hamburg, das seine Kraft zersplittern muß. Die in jahrhundertelanger Arbeit gewonnene wirtschaftliche Grundlage Hamburgs würde dann plötzlich auf den Kopf gestellt, einem falsch verstandenen hamburgischen Imperialismus zuliebe. Die hamburgische Großmachtsstellung ruht auf dem Imperialismus der Arbeit. Jede andere Lösung ist ein Versuch am untauglichen Objekt. Ebensofern liegen dem wohlverstandenen hamburgischen Interesse die Lösungen, die auf eine Erweiterung eines Selbstverwal-

Digitized by Google

tungsbezirks Hamburg im Rahmen einer größeren unitarischen Staatsverfassung hinausgehen. Die Vereinigung von wirtschaftlicher und politischer Macht in einer Hand ist das aus der Geschichte gewonnene Erbe Hamburgs. Zu staatlichen Experimenten ist wahrhaftig die Zeit zu ernst und hart. Und die jahrhundertelang gewachsenen und in sich stabilierten wirtschaftlichen Kräfte hat auch die Revolution zu respektieren. Nein, es handelt sich kurz und gut um eine politische Erweiterung des Staates Hamburg, die sich durch die wirtschaftlichen Bedürfnisse orientieren läßt. Zwischen falsch verstandener Großzügigkeit und ängstlicher Anklammerung an das Gewordene liegt die nützliche Lösung gerade in der Mitte.

Der wirtschaftlichen Idee als dem Mittelpunkte jeder großhamburgischen Erörterung entspricht in territorialer Hinsicht die zentrale Lage des Elbstroms, der für Hamburg die Quelle aller Wohlfahrt, aber auch aller Arbeit war und immer bleiben muß. Nur von der Elbe aus als dem alleinigen Träger aller wirtschaftlichen Kraftentfaltung kann das neue Groß-Hamburg organisch herausgebildet werden, wenn es wirklich eine Einheit bleiben soll. Es ist ein uraltes moralisches Gewohnheitsrecht, das hier geltend gemacht wird, wenn gefordert wird, daß die Elbe von der Mündung bis zum alten Hamburger Hafen den ersten und wichtigsten Bestandteil des neuen hamburgischen Staates bilden soll. Aber der Strom an sich kann nicht genügen. Er ist wohl die Lebensader, die Hauptverkehrsstraße, er kann aber nicht der einzige Gegenstand einer politischen Neubildung sein. Zu dem Strom gehört auf beiden Ufern ein Gebiet, das sich von dem Strom aus leicht und sicher wirtschaftlich beherrschen läßt. Unter wirtschaftlicher Beherrschung verstehe ich hier die Möglichkeit, das Land den Bedürfnissen und Aufgaben des Stromes dienstbar zu machen. Die beiden Ufergebiete müssen selbständige Gebilde sein, d. h. sie dürfen nicht zu schmal sein und nicht willenlos an den Strom gebunden, und sie dürfen nicht zu groß sein, so daß es dem Strom unmöglich ist, sie mit seiner Arbeit ganz zu erfassen. Dazu gehört im besonderen: Sie dürfen nicht auf den Strom als die einzige Verkehrsstraße angewiesen sein, sondern müssen eigene Verkehrswege (Eisenbahnen) haben, die den Strom entlasten können. Der Umschlag der Auslandsgüter vom Strom auf die Eisenbahn muß an mehreren dazu geeigneten Stellen geschehen können. Die Ausbreitung einer starken Industrie, die sich vom Handel nährt, darf nicht beengt sein. Für die Betätigung einer großzügigen Arbeitersiedlungspolitik muß Raum und Luft da sein. Neue Fischereihäfen, Güterumgehungsbahnen, Binnenschiffahrtsanlagen sind die unmittelbaren Folgen einer solchen großhamburgischen Handelspolitik, die den Elbestrom als ihren ideellen und territorialen Mittelpunkt ansieht. Und dieser Gedankengang in ein praktisch-politisches Programm getan, bedeutet, daß Hamburg durch die Einverleibung der Elbe in sein Hoheitsgebiet gewissermaßen aus dem Binnenland an das Meer gerückt wird. Es rückt dem Meere auf den Leib. Vorposten des Hamburger Hafens, die etwa in Cuxhaven, Freiburg oder Brunsbüttel zu errichten wären,

Digitized by Google

würden einen Teil der Arbeit dem alten Hamburger Hafen abnehmen, würden den gewaltigen Massenbetrieb entsprechend der Qualität und der Verwendung der ein- und auslaufenden Güter in gesunder Weise dezentralisieren und würden den ganzen Strom von der Mündung bis nach Hamburg zum eigentlichen Träger aller Arbeit machen. Hamburgs Konkurrenzfähigkeit mit den neutralen und feindlichen Häfen steht auf dem Spiele, da kann es nur wünschenswert sein, wenn ein Mangel in Hamburgs geographischer Lage so tief vom Meere ab sich großzügig beheben läßt. Das territoriale Bild Groß-Hamburgs, das sich hiernach ergeben würde, umfaßt auf dem Süduser der Elbe den Streifen zwischen Strom und Bahn Cuxhaven—Harburg, notwendig über diese Bahn noch ein wenig übergreifend, und auf dem Norduser die Kreise um Elmshorn und Pinneberg und das Land Dithmarschen im Winkel von Strom und Küste. Dieses Gebiet würde in wirtschaftlicher Hinsicht von jeder Seite aus betrachtet eine Einheit bilden. Verkehr und Handel, Siedlung und Industrie lassen sich unter einem großen einheitlichen Prinzip theoretisch erfassen und praktisch in die Tat umsetzen. Insofern ist der Staat Groß-Hamburg kein Revolutionsgebilde, sondern ein organisches Produkt einer jahrhundertealten Entwicklung.

Wenn auch der großhamburgische Staat eine wirtschaftlich orientierte Umbildung ist, so kann sie doch der politischen und kulturellen Behelfe und Umstände nicht entraten, sie müßte zugrunde gehen, wenn diese ihr zuwider wären, und sie kann ein größeres Recht geltend machen, wenn sie sich auch kulturell und politisch als notwendig erweist. Von der politischen Verfassung des neuen Groß-Hamburg ist hier nicht der Raum, breit und ausführlich zu sprechen. In ihr ist das Problem zu lösen, wie sich im Rahmen allgemeiner demokratischer Richtlinien, die von der Revolution oder dem Reich diktiert werden, hanseatischer Geist betätigen und auswirken kann. Von größerem Interesse ist es, zu sehen, daß dies neue großhamburgische Staatsgebilde auch in kultureller Hinsicht aus einem Holz ist. Es ist altes niedersächsisches Stammesland, das von Hamburg nur durch eine lange politische Gewöhnung, nicht aber durch Differenziertheit der Sprache und Sitte und Denkweise getrennt ist. Bedenklich erscheint nur die Lostrennung gewisser Teile des alten Holsteiner und Welfenlandes und ihre Verbindung mit Hamburg im Sinne einer einheitlichen politischen Zusammenfassung des ganzen Niedersachsenlandes. Mit der Gründung einer großholsteinischen Partei nördlich und einem Anschwellen der welfischen Wählerstimmen südlich der Elbe wird wohl zu rechnen sein. Aber schließlich kommt das alte Stammesland ja nicht in schlechte Hände. Hamburg ist seit langem Sitz und Mittelpunkt aller Bestrebungen, die auf Erhaltung und Förderung der Stammesart abzielen. Die wirtschaftliche Gesundheit Hamburgs und damit des Reichs und aller seiner Glieder (Holstein und Hannover miteingeschlossen) steht obenan. Und wie nach dem § 5 des neuen demokratischen Verfassungsentwurfs Reichsrecht Landesrecht brechen soll in allen Fällen,

Digitized by Google

so bricht auch Reichsinteresse Landesinteresse nach einem höheren, wenn auch ungeschriebenen Paragraphen. Kulturpolitische Aufklärung muß engherziger parteipolitischer Verhetzung zuvor den Boden entziehen. Die Interessen des gesamten Niedersachsenlandes lassen sich in die Hände eines großen niederdeutschen Kulturzweckverbandes legen, der über alle politischen Grenzen hinweg die verschiedenen Stammesteile einheitlich zusammenfassen müßte. Sprache und Sitte und Kirche und Schule und Verwaltung als gärenden Sauerteig der uniformen demokratischen Verfassung niederdeutsches Kulturgewissen einzuimpfen, müßte seine edelste Aufgabe sein.

Das sind die Richtlinien für die politische Neuformung des großhamburgischen Staatswesens, wie es im ureigensten Interesse des Reiches und aller seiner Glieder verstanden werden muß. Auf wirtschaftlichem Ideenboden aufgebaut, erfaßt es alle Fragen zukünftiger Verkehrs-, Siedlungs-, Industrie-, Verwaltungs- und Kulturpolitik und lebt nur in dem einen Gedanken, dem wirtschaftlich gedrückten Deutschtum wieder auf die Beine zu helfen, das von einer weltschmerzlichen Resignation auf rein geistige Probleme nicht leben kann

Von Staatsregie, Sozialisierung und anderem

Von Professor Dr. Franz Eulenburg (Aachen).

II.

Es sind die Grundsätze der rationellen wissenschaftlichen Betriebsführung, die auf allen Gebieten zum Durchbruch gelangen müssen. Rationell-wissenschaftlich insofern, als nicht die bloße Gewohnheit, sondern die Überlegung, die Abwägung des Weges und der zweckmäßigen Mittel nach wissenschaftlichen Grundsätzen, die Richtschnur bildet. Auf einem einzelnen Gebiet hat der Amerikaner Taylor den Gedanken zur Anwendung gebracht. Er wird aber künftig überhaupt die gesamte Wirtschaftsführung zu charakterisieren haben. Dieser Gedanken der Rationalisierung, den ich in einer Abhandlung „Neue Wege der Wirtschaft", (Leipzig, Neuer-Geist-Verlag, 1918) näher ausgeführt habe, soll in aller Kürze gestreift werden.

Solche Rationalisierung wird zunächst schon wegen der gestiegenen Arbeitslöhne durch eine weitere Mechanisierung des Arbeitsprozesses zu geschehen haben. Daß das noch in sehr weitem Maße möglich ist, ersehen wir aus dem amerikanischen Beispiel. Hand in Hand damit wird der Gedanke der Normalisierung gehen. Wir litten in Deutschland geradezu an einem Übermaß von Formen und Mustern. Jeder Fabrikant legte ein Gewicht darauf, abweichende Muster in Größe und Ausstattung auf den Markt zu bringen. Alle Wünsche der Besteller wurden erfüllt. Es kostet natürlich außerordentlich viel an Arbeit und Aufwand, wenn für jeden Auftrag eine besondere Zeichnung und besonderes

Digitized by Google

Modell hergestellt werden muß, wie es bislang zum guten Teil der Fall war. Aber gewisse Maschinenteile, Kurbeln, Schrauben, Keile, Räder lassen sich ohne Not sehr wohl „normalisieren" und auf wenige Formen zurückbringen. Es war geradezu erstaunlich, was bisher an Abweichungen und Verschiedenheiten darin geleistet wurde. Allerdings betrifft das vor allem die einzelnen Teile der Betriebsmittel. Es können aber auch die Muster der Maschinen und einzelne Gebrauchsgegenstände selbst dem folgen. Ich erinnere an die Glühbirne, an die photographischen Platten, an die Luftpumpen und verschiedenes anderes, wo sich bereits bestimmte Größenmaße und Formen einheitlich durchgesetzt haben, obwohl das anfangs genug Mühe gekostet hat. Aber auch in der Kleidung, in Geräten, den Haushaltungsgegenständen ist eine solche Vereinfachung möglich. Fenster und Türen, Küchenmöbel und Handwerkzeug lassen sich auf wenige Formen beschränken. Für Nouveautéartikel in Seide wurde bislang allein ein Drittel auf die Ausmusterung verwandt, sie kommen also überhaupt nicht zur Verwendung in den Gebrauch. Hier vermag eine Verabredung unter den Produzenten Wandel zu schaffen. Der Normenausschuß der deutschen Industrie (D. I. N.) hat hierin Schritte eingeleitet. Allerdings wird dadurch der Wettbewerb, der zum Teil gerade jene Mannigfaltigkeit der Formen hervorgerufen hat, umgestaltet und durch Vereinbarungen über Herstellung gleicher und ähnlicher Muster ersetzt. Dafür wird die Ersparnis so außerordentlich groß, daß die Qualität verbessert werden kann.

Naturgemäß geht die Normalisierung Hand in Hand mit einer Automalisierung und Spezialisierung der Herstellung selbst. Erst dadurch, daß die Zahl der Muster und Formen vereinfacht wird, kann auch die mechanische Bearbeitung Platz greifen; eine weitere Spezialisierung der Betriebe ist die Folge. Die Einstellung von Revolverbänken beispielsweise hat Gleichmäßigkeit der Stücke zur Voraussetzung. Diese läßt sich aber erst durch Massenfabrikation im Großen herstellen. Bezieht sich die Normalisierung in erster Linie auf die Produktionsmittel, so werden natürlich davon auch die Gebrauchsgegenstände ergriffen. Auch sie werden mit zunehmendem Maße durch automatisierte und spezialisierte Herstellung geschaffen werden. Auf diese Weise und auf diese Weise allein wird man am ehesten eine Verbrauchsbeschränkung in die Wege zu leiten vermögen, auf die von mancher Seite (Rathenau) so großes Gewicht gelegt wird. Vereinfachung im Hausgerät und in der Kleidung wie im Wohnbau (Reihen- und Typenhäuser) bedeutet Ersparnis an Kraft und Kosten, die nun für andere Zwecke frei werden, bedeutet damit Erhöhung der volkswirtschaftlichen Produktion.

Ersparnis an Stoff und Material bildet die Gegenseite der Normalisierung der Formen. Auch hier wurde ehedem noch sehr verschwenderisch umgegangen, weil wir gleichsam aus dem Vollen wirtschafteten. Eine rationelle Abfallwirtschaft besteht erst in den Anfängen. Sie muß im Haushalt beginnen und

Digitized by Google

sich auf alle Betriebe fortpflanzen. Der Verbrauch von Öl und Schmiermitteln war beispielsweise vordem in ganz unökonomischer Weise vonstatten gegangen, weil es darauf nicht groß anzukommen schien. Nicht minder der Verbrauch von Kohle. Unsere Feuerungsanlagen in den Wohnungen sind unpraktisch angebracht und verschlingen weit mehr als nötig; ebenso noch mannigfache Betriebe der Industrie. Die Benutzung der Abwärme ist kaum irgendwo systematisch in Angriff genommen, obwohl das städtische Zusammenwohnen direkt dazu anreizen sollte. Erst spät hat man gelernt, die Gichtgase aufzufangen und zu verwerten. Wieviel Dampf geht noch in der Eisenbahn ganz nutzlos zugrunde? Man hat berechnet, daß bei besserer Kohlenökonomie in Deutschland ¼ Milliarde gespart werden könnte. Wird doch beim Hausbrand nur 8. v. H. des wirklichen Wertes in Wärme verwandelt. Die Umwandlung der Braunkohle in elektrische Energie und die Fortleitung an die Stelle des Gebrauches verspricht ganz neue Aussichten an Ersparnis. Der Kohlentransport kostet nicht nur an sich, sondern ist auch darum unrationell, weil auf diese Weise viele Nutzungswerte und Heizkraft durch Zerkleinern der Kohle vernichtet wird, der an Ort und Stelle volle Verwendung finden könnte. Der neue Gedanke der Kohlenverbrennung bedeutet eine völlige Umgestaltung unserer Kraft- und Stoffversorgung.

Aber auch schon die Auswahl der Stoffe selbst geschieht keineswegs nach rationellen Gesichtspunkten. Es ist meist reiner Zufall, was der einzelne Produzent an Stoffen bezieht; teils beruht es auf alter Gewohnheit seiner Bezugsquellen. Eine so ungemein wichtige Frage wie der Kohleneinkauf ist heute keineswegs unter rationellen Gesichtspunkten geregelt, sondern geschieht noch rein willkürlich. Obwohl es natürlich seit langem bekannt und wissenschaftlich untersucht ist, daß jede Kohle ihre besondere Heizkraft und beste Verwendungsart besitzt, geschieht der Einkauf keineswegs nach diesen Grundsätzen. Es wären lokale Einkaufsstellen zu schaffen; der Handel könnte die Sache in die Hand nehmen und sich wissenschaftlicher Methoden beim Einkauf und Absatz bedienen. Dasselbe gilt auch von anderen Stoffen, dem Eisen, den Textilfasern, dem Sande, den Baumaterialien u. a. m. Auch hier wird noch mit rein empirischen Verfahren und Faustformeln gearbeitet, statt mit eigentlich wissenschaftlichen Untersuchungsmethoden. Die Gründung von Forschungsinstituten für Kohle, Eisen, Textilien werden Abhilfe zu schaffen vermögen und einer wissenschaftlichen Betriebsführung die Wege weisen, damit das passende Material an die passende Stelle gelangt. Der Staat selbst wird hierzu Mittel zu schaffen imstande sein.

Ein weiteres Kapitel rationeller Betriebsgestaltung vermag die Arbeit selbst zu umfassen. Es ist das das eigene Gebiet der wissenschaftlichen Betriebsführung, das unter dem Namen des Taylorismus auch bei uns bekannt geworden ist. Es wird sich nicht darum handeln, die einzelnen, mehr zufälligen Vorschläge des

Digitized by Google

„scientific management" mit seinen Untersuchungsmethoden, seinem Lehrmeistersystem, seinem Löhnungsverfahren restlos zu befolgen. Darin steckt noch sehr viel Willkürliches und Nebensächliches. Wohl aber wird die Aufmerksamkeit überhaupt auf die zweckmäßige Arbeitsgestaltung im Betriebe zu achten haben: daß die einzelne Bewegung keine unnützen Handgriffe verwendet, daß die Teilprozesse genau ineinandergreifen, daß die Kombination der verschiedenen Arbeiten auf dem kürzesten Wege geschieht, daß das Zusammenwirken der einzelnen Werkstätten ohne Zeitverlust vonstatten geht, daß auch hier Zwischenglieder und Zwischenbewegungen nach Möglichkeit ausgeschaltet werden, daß an Innentransport für die einzelnen Betriebe gespart wird. Auf all diesen Gebieten läßt sich noch außerordentlich viel durchsetzen, da bisher meist die Empirie statt des Studiums der Arbeitsart obwaltete. All dies wird zu prüfen und zu untersuchen sein, und läßt sich in arbeitsforschenden Instituten ermitteln. Dabei wird auf die Ermüdungserscheinungen und die Abnutzung der Arbeitskraft besondere Rücksicht zu nehmen sein. Auf eine möglichst schonende Behandlung der nationalen Arbeitskraft, auf eine möglichste Hinausschiebung der mittleren Lebensdauer wird es für die Zukunft entscheidend ankommen.

Auch in der Landwirtschaft geschieht bisher die Verwendung der Arbeitskraft, vor allem im Kleinbetrieb, noch sehr unrationell, ohne richtige Zeiteinteilung und Überlegung des Gesamtprozesses. Beitragen zu einer zweckmäßigeren Arbeitsökonomie kann einmal eine rationelle Geräteauswahl, d. i. die Anpassung des Gerätes an Arbeitsart, an die Größe und Stärke des bedienenden Menschen. Stiel und Länge, wie Dicke der Schaufel z. B. müßte so gewählt werden, daß die Schaufelleistung ein Maximum ergibt. Auch hier waltete bisher bloßer Zufall und Ungefähr vor, ohne daß an eine zweckmäßige Anpassung gedacht wurde. Andererseits wird die Berufsauslese von vornherein auf eine passende Verwendung der Arbeitskraft zu sehen haben. Bisher geht durch das Arbeitsuchen, durch den Zufall der Berufswahl, durch die Annahme unpassender Stellen beim Individuum soviel an Zeit und Kraft verloren, wird Unlust und Müdigkeit erzeugt. Der Betrieb andererseits hat ungeeignete Elemente mitzuschleppen, die durch passende ersetzt werden können. Das Problem ist ein großes, bisher kaum in Angriff genommenes. Hier vermag eine bessere Berufsauslese und Berufsberatung Wandel zu schaffen, um eine passende Auswahl anstatt des bloßen Zufalles zu setzen. Die Erhöhung der Leistungen, das Vermeiden unnützer Zeitverluste würde das Ergebnis sein.

Das sind so einige der Wege, die dazu führen könnten, eine Rationalisierung und Ökonomisierung der Wirtschaft herbeizuführen. Sie versprechen die annähernde Erreichung des Zieles, das die Hauptsache ausmacht: möglichst sparsame Verwendung von Stoff und Kraft, von Sache und Menschen. Sie versprechen

Digitized by Google

allein auch einen Wiederaufbau aus dem wirtschaftlichen Zusammenbruch, nämlich eine Erhöhung der volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und des ökonomischen Koefficienten. Diese Methoden bleiben auf jede Weise bestehen und sind ganz unabhängig von der Frage der Sozialisierung und der staatlichen Regie. Aber es leuchtet ein, daß gerade hier überall der energetische Unternehmungsgeist der Spitze weit mehr zu leisten imstande ist als eine bürokratische Verwaltung des Betriebes. Denn die Zukunft erfordert Einstellen auf neue Methoden, erfordert Erfindsamkeit im einzelnen, erfordert Anpassen an veränderte Bedingungen. Schnelligkeit des Entschlusses, Abweichen von der Gewöhnung, Wagemut zu Neuerungen, Ausspähen der kleinsten Vorteile, Beseitigung des Schlendrians, Selbstinteresse am Fortschritt. Warum soll ein pflichttreuer Beamter sich auf solche Dinge einlassen, an denen ihm kein persönlicher Vorteil und kein sachlicher Dank erteilt wird? Hier muß allenthalben die Spitze und Leitung des Betriebes in ihren Entschlüssen ungehindert sein und nicht durch Vorschriften und einen großen Apparat gebunden. Hier mag auch oft der kleinere Betrieb vor dem größeren die leichtere Anpassungsfähigkeit voraus haben. Unternehmungsgeist und Gewinnstreben sind einstweilen unerläßlich. Dabei kann sehr wohl eine Sozialisierung und Mitwirkung der Arbeiter und Angestellten stattfinden. Im Gegenteil, diese Mitwirkung wird die ganze Umwandlung und damit die Neueinstellung wesentlich fördern können und das wahre Interesse der Allgemeinheit durchaus zu wahren vermögen. Eine solche Demokratisierung der Industrie wird das Interesse der Arbeiter und der Angestellten mit Nachdruck auf die Zusammenhänge hinweisen und sie für den obersten Zweck nutzbar zu machen suchen. Soweit aber eine staatliche Regie besteht, muß sie die neue Methode der wissenschaftlichen Betriebsführung sich ganz zu eigen machen. Zu vermehren ist die staatliche Regie bei aller sonstigen „Sozialisierung" mit großem Vorbedacht. Rationalisierung aber läßt sich allenthalben durch wissenschaftliche Betriebsführung erreichen. Nur auf diesem Wege werden wir vermögen, aus dem wirtschaftlichen Zusammenbruch herauszukommen und an dem Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft erfolgreich zu schaffen.

Berichtigung. In dem Aufsatz über Parteidarstellung und Geschichte in Heft 8 der „Deutschen Politik" vom 21. Februar muß es auf S. 249 unten heißen: . . . daß also die Absicht gut, die Wahl der Mittel aber verfehlt war, weil Rußland durch das Bündnis mit der Revanche bereits den alten Draht mit Deutschland einseitig zerschnitten hatte und daher weitere Bemühungen um seine Gunst dazu führen mußten, statt die zwei Eisen des Fürsten Bismarck im Feuer zu halten, auch noch das andere zu verlieren.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a I. Für Anzeigen F. W. Rich. Berlin-Schöneberg. Verlag Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 90. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich. Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg M 7.20, Ausland M. 8.—. Einzelnummer 50 Pfg. / Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 68.

Digitized by Google

4. Jahrgang * 28. März 1919 * Heft 13

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Die deutsche Reichsleitung hat den notwendigen Schritt getan, bei der Entente nachzufragen, wie sie sich denn die Formalitäten des Friedensschlusses denke. Denn die französische Presse berauscht sich an der Absicht, den Deutschen eine Aussprache über die Friedensbedingungen zu verweigern — letztes Auskosten des Triumphgefühls und zugleich ängstliche Vorsicht, die schwach verhüllten Uneinigkeiten der Koalition könnten politisch gefährlich werden, wenn Deutschland nicht mit einem festen Programm niedergehalten wird. Frankreich weiß, was sein Talleyrand in Wien geleistet hat und fürchtet, daß Deutschland vielleicht auch einen Talleyrand irgendwo verborgen hält. (Er heißt nicht Erzberger.) Die deutsche Anfrage kann politisch nur den Sinn haben, daß wir auf solches Verfahren mit Fernbleiben antworten.

*

Die Entente will den Polen die Landungsmöglichkeit in Danzig erzwingen. Es handelt sich nicht um Durchmarsch allein, denn für diesen haben wir unsere Vorschläge gemacht; sondern das Wilson-Programm soll ausgeschaltet werden, indem unter dem Schutz des Waffenstillstandes auch im Nordosten militärische Tatsachen geschaffen werden, die mit Beschlüssen wieder schwer aufzuheben sind. Northcliffe sekundiert dem französisch-polnischen Plan, der nicht nur die dauernde Vergewaltigung Danzigs, sondern den unmittelbaren Anreiz zum Aufstand westpreußischer Polenminderheiten als Ziel hat. In Paris und Warschau ist man sich einig; so einig, daß die beiderseitigen amtlichen Denkschriften gar nicht leugnen, daß nebenbei zwei Millionen Deutscher dem polnischen Staat ausgeliefert werden sollen. Die Polen wissen selber, daß wir diese Lösung niemals anerkennen werden; aber je höher ihr Chauvinismus geht, desto teurer werden sie Frankreich. Wilson, der über die polnischen Dinge einigermaßen feste Formeln gab, steht vor der Kraftprobe, ob seine Worte einfach ausgelöscht werden können.

*

Digitized by Google

Der russische Bolschewismus, um die Erfolglosigkeit seines wirtschaftlichen Syndikalismus zu verhüllen, ist imperialistisch geworden, der ungarische beginnt nationalistisch und militaristisch. Er ist der Verzweiflungsschritt eines Volkes der leidenschaftlichen Vaterlandsliebe, zugleich die Bankerotterklärung jener Politik eines entente-gläubigen Pazifismus, wie sie Michael Karolyi für Ungarn durchsetzte und Eisner für Deutschland empfahl — Mahnung an uns, Warnung an die Westmächte! Denen wird in diesem Augenblick Italien zum Sorgenkind — nicht bloß wegen Fiume. Die italienischen Sozialisten haben sich für Lenin, gegen die Berner Internationale entschieden. Und die Tschechoslovakei, deren Revolution im November bürgerlich-national war, bebt in der Gefahr, daß auch sie in die sozialistische Flut gerissen werde.

*

Der bolschewistische Flugsand hat jetzt fast die gesamte Ukraine bedeckt, da die französischen Truppen nach kurzem Kampfe selbst Odessa geräumt haben. Trotzdem ist die Saat des ukrainischen Selbständigkeitsgedankens schon zu stark in die Halme geschossen, um auf die Dauer von dem aus Norden her gewehten Bolschewismus verschüttet zu werden. Den Ukrainern wird es aber zu denken geben, daß die siegreiche Entente, die mit großen Worten ganz Europa gegen die bolschewistische Pest aufzurufen liebte, ihren aktiven Kampf gegen ihn immer mehr zu liquidieren scheint. Unwillkürlich dürften dann die Augen der Ukrainer sich nach dem Norden richten, wo das aus tausend Wunden blutende Deutschland noch die Kraft besitzt, Freiwillige-Formationen zu schaffen, die im Verbande mit den baltischen und lettischen Freiwilligen-Scharen den bolschewistischen Vormarsch nicht nur Halt geboten, sondern jetzt auch mit energischem Vorstoß Mitau entrissen haben. Damit steht diese Schar 40 Kilometer vor Riga.

*

Im Verfassungsausschuß zu Weimar hat die Nationalversammlung gegen den Staatenausschuß entschieden und ihre Souveränität stabiliert, indem sie die Auflösung vorhandener, die Bildung neuer Staaten aus dem Willen geschlossener Volksteile im Sinne der Preuß'schen Anregungen aussprach. Die bayerischen und preußischen Vertreter kämpften mit entschlossenstem Nachdruck gegen diese zentralistisch-unitarische Richtung, und der Bayer warnte die Nationalversammlung vor einem Ziel, zu dessen Erreichung ihr die Macht fehle. Aber es kann nicht verkannt werden, daß in Bayern, während der letzten Monate, von Franken und Schwaben aus, Bewegungen gegen das eigene geschichtliche Staatsgebilde entstanden. Das müßte die bayerische Staatsstimme etwas dämpfen! Freilich: alle diese Strebungen finden nur dann ihre sittliche und politische Rechtfertigung, wenn der deutsche Gemeinschaftsgedanke alles bloß Landschaftliche, bloß Stammesmäßige überwölbt.

Digitized by Google

Die Friedenskrisis

Von Dr. Paul Rohrbach

23. März 1919.

Das Wolffsche Telegraphenbureau hat neulich aus Paris, über einen neutralen Umweg natürlich, einige Stimmen französischer Blätter gemeldet, die gegen einen Gewaltfrieden sprechen. Es ist vor allen Dingen Jaurès' alter Mitarbeiter Marcel Cachin, der in der „Humanité" ruft:

Wenn unsere Greise (Clemenceau ist 76 Jahre alt; ähnlich auch mehrere der übrigen augenblicklichen Minister) glauben, durch den Sieg der Liga den Krieg abschaffen zu können, so sind sie in einer schweren Illusion befangen. Das Gewitter steigt überall herauf. In Rußland, in Deutschland, im alten Österreich streben die Völker mit Kraft nach einer neuen sozialen Ordnung. Auch bei uns in Frankreich werden die Fälligkeitstermine festgesetzt. Überall macht sich die Beunruhigung der Geister bemerkbar, die großen historischen Ereignissen vorausgeht. Währenddessen versuchen unsere Greise einzig, den Gewaltfrieden aufzubauen und leisten in einer wahnsinnigen Weise dem einzigen Mann Widerstand, der allein den verhängnisvollen Konflikt vermeiden könnte.

Hier bezeugt also eine französische Quelle den Kampf hinter der Szene, der jetzt die Welt in Erregung hält: zwischen Wilson und Clémenceau, dem Prinzip des nackten Gewaltfriedens und dem des Rechtsfriedens nach amerikanischem Verständnis. Hinter Clémenceau steht als sein Sekundant in England Northcliffe mit seiner Presse. Weiter zitiert Wolff aus dem „L'Oeuvre" und den „Débats" die Stimmen der Mäßigung. „L'Oeuvre" fürchtet, falls der Kriegszustand weiter bestehen bleibt, in kürzester Frist „Ereignisse, deren Tragweite man heute noch nicht übersehen kann", und „Débats" fragen, ob die Pariser Konferenz einen neuen Brand vorbereite? Während man sich um Gebietsfetzen reiße, nähme die Desorganisation der Welt unheimlich schnell zu, und bis die Konferenz sich über die Verteilung der Beute geeinigt habe, werde niemand mehr davon profitieren können, denn die Anarchie werde auf alles die Hand legen.

Ungemein richtig! Nur darf man nicht vergessen, wie wenig bisher die radikal-pazifistische Linke in Frankreich bedeutet. Sie hat sich seit Jahr und Tag knebeln lassen, und es wird auch jetzt bei einer Kraftprobe gegen die „Greise" unterliegen, wenn das Zustandekommen des „Rechtsfriedens" allein von der Unterstützung abhinge, die sie „dem einzigen Manne", der den neuen Weltbrand aufhalten könnte, mit ihren Kräften leistet. Weder die „Humanité", noch die Friedensfreunde in England, noch selbst Wilson halten die eigentliche Entscheidung in Händen. Nur wenn die deutsche Regierung und die Mehrheit des deutschen Volkes dabei bleiben, daß sie die Verweigerung des Rechtsfriedens mit dem Abbruch der Verhandlungen beantworten und die Folgen auf der Ententeseite denen zu tragen überlassen, die den Gewaltfrieden wollen, wird die

Digitized by Google

Position Wilsons soweit gestärkt, daß er den Kampf mit Clémenceau und den englischen Northcliffepolitikern durchzufechten imstande ist; anders wird er es schwerlich können. Der Satanismus Deutschland gegenüber ist in England weit stärker als der Pazifismus. Die englischen Stimmen, die wir vor kurzem (Nr. 10 der D. P.) dafür beigebracht haben, sind lange nicht alle von Gewicht, die es gibt. Gewiß aber ist es möglich, auch gegenteilige englische Zeugnisse anzuführen. Als ein Seitenstück zu „Humanité" und „Oeuvre", das seinem Gehalt nach sogar etwas mehr bedeutet, als jene schwachen französischen Stimmen, seien zunächst einige Stellen aus der englischen „Nation" wiedergegeben, die in ihrer Nummer vom 1. März bis zu den folgenden starken Äußerungen geht:

Ich hoffe, Mr. Keelings fürchterliche Erzählung in der „Westminster Gazette" (vermutlich etwas Russisches) wird gelesen werden, nicht nur wegen der sozialen Warnung für unsere eigenen Extremisten, sondern wegen der politischen Lektion an unsere Staatskunst. Diejenigen, welche Gorkis Anklage gegen die Politik der Ernährung mit Unterschieden durchgelesen haben, die zur Basis des Bolschewismus mitgehört, haben sich klargemacht, wie so etwas enden muß; sind aber die Erwägungen der alliierten Beratungen von einem nicht unähnlichen Flecken frei? Ich nehme an, wenigstens einige unserer Führer erkennen jetzt den verbrecherischen Irrtum, die Blockade verlängert zu haben. Hätten wir angesichts einer weit größeren Notlage auch nur das preußische Beispiel von 1871 (die schleunige Lieferung von Lebensmitteln nach der Kapitulation von Paris) befolgt und jede verfügbare Tonne Lebensmittel aufs eiligste nach Kontinental-Europa hineingebracht in der Minute, wo der Waffenstillstand unterzeichnet wurde, dann hätten wir kaum mit dem Vormarsch der Hungersnot Schritt halten können. Jetzt hat sie jedes mögliche Heilmittel überholt.

Es folgt eine Schilderung der trostlosen, mattherzigen Menge in Berlin und ein Auszug aus dem Brief einer welfisch gesinnten Dame in Hannover, die als alte Freundin Englands ihre Enttäuschung über das ausspricht, was nach dem Fall des gehaßten Preußentums eingetreten sei, „die mitleidlosen französischen Austreibungen aus dem Elsaß und das Verfahren Europas mit Deutschland, als ob es ein zweites Karthago sei", und die den jammervollen physischen Zustand der Bevölkerung, die Säuglingssterblichkeit usw., schildert. Dann heißt es:

Dies also sind die wirtschaftlichen Wirkungen der Blockade. Über ihre politischen Resultate kann jeder Beobachter der neutralen Meinung Zeugnis ablegen. Am Schluß des Krieges standen unsere Aktien hoch. Das Versagen des deutschen Imperialismus war offenkundig ... Wären wir damals von unseren besten Beamten geführt worden, wären wir fest gegen Frankreich gewesen, hätten wir seinen Soldaten und Politikern eine Führerschaft versagt, von der wir, wie nun einmal die menschliche Natur ist, nicht erwarten konnten, daß sie sie mit Mäßigung ausüben würden, und hätten wir die europäischen Häfen für jede Unze Nahrung und Rohmaterial geöffnet, die wir entbehren könnten, dann hätten wir und Amerika unserem materiellen Triumph einen großen moralischen

Digitized by Google

Sieg hinzugefügt. Wir haben einen Preis verloren, den wir vielleicht niemals wiedergewinnen werden. Ein einziger Engländer mit einer Seele hätte die Sache machen können; denn Amerika versagte nicht. Aber es stand allein, und heute klagen Tausende kranker und sterbender Kinder nicht nur in Mitteleuropa, sondern auf dem ganzen Kontinent uns der Treulosigkeit an.

Nach dem holländischen Blatt „Het Vaderland" vom 4. März hat sich auch der „Manchester Guardian" ähnlich ausgesprochen:

In England hat man wenig Ahnung von dem gefährlichen Stand der Dinge in Deutschland. Täglich sterben 800 Menschen vor Hunger. Die große Masse ist ohne Nahrung und ohne Arbeit. Allein in Berlin gibt es 200 000 Arbeitslose. Das Land hat keine Rohstoffe und hat seine Hilfsquellen fast erschöpft. Um für die ziemlich geringe Nahrungsmittelmenge, die es unlängst aus England empfing (worauf gründet sich diese Behauptung? Unsere Delegation in Spaa hat erklärt, Deutschland habe keine einzige Tonne empfangen! R.), bezahlen zu können, mußte es in einem neutralen Lande eine Anleihe machen. Menschen, die berechtigt sind, zu urteilen, sagen, daß Deutschland am Rande des Bolschewismus steht. Ohne Lebensmittel und ohne Rohstoffe wird Deutschland bald explodieren. Die ersten Anzeichen sind schon wahrzunehmen.

Mehr die Furcht vor den bolschewistischen Folgen des gegen Deutschland geübten Satanismus, als das oben vertretene Menschlichkeitsmotiv begegnet in einer früheren Äußerung des „Manchester Guardian" vom 25. Februar:

Deutschland kann nicht zusammenbrechen, ohne die Gefahr, das ganze westliche Europa mit einzureißen. Europa ist in ernster Gefahr. Es ist möglich, daß die Dinge schon zu weit gegangen sind. Es ist gewiß, daß nichts als die Aufhebung der Blockade von Deutschland ein Unheil abwenden kann, von dem die Alliierten bald entdecken werden, daß es ein Unheil für die ganze Welt ist. Warum wird dies nicht getan? Was für ein denkbarer Vorteil kann darin liegen, die Blockade aufrecht zu erhalten, die für den Zweck militärischer Sicherheit überflüssig ist, da sie, wenn nötig, jeden Augenblick erneuert werden kann, und die für jeden anderen Zweck nur verzweifeltes und vielleicht unwiederbringliches Unheil bewirkt?

Wir wünschen nicht, daß man uns nachsagt, wir zitierten aus der englischen Presse bloß die Satanisten gegen Deutschland. „Nation" und „Manchester Guardian" sind immer, auch während des Krieges, Wortführer der Menschlichkeit und der Verständigungshoffnung gewesen. Sie haben sich auch bemüht, über die „Schuldfrage" gerecht zu urteilen und nicht Deutschland, sondern die russischen Kriegstreiber für die Hauptverantwortlichen erklärt. Die Erfahrung von mehr als vier Jahren hat uns aber gelehrt, wie wenig sie gegen das Northcliffe-Engländertum vermochten. Nach dem „Vaderland" hat der Guardian auch den französischen Minister Tardieu dafür getadelt, daß er erklärt habe: „Da Deutschland einen großen Teil der französischen Industrie vernichtet hat, so kann Frankreich nicht zustimmen, daß Deutschland Rohstoffe bekommt, ehe die französischen Industrieen wiederhergestellt sind." Wie weit, fragt der Guardian, soll dies Prinzip durchgeführt werden?

Digitized by Google

Die Welt hat große Bedürfnisse nach allerlei Artikeln. Wenn die deutschen Industrieen noch einige Monate still liegen müssen, wird die Welt durch Knappheit und hohe Preise darunter leiden müssen. Frankreich wird mit der übrigen Welt darunter leiden. Inzwischen wird die Fähigkeit Deutschlands, Schadenvergütung zu bezahlen, dadurch verringert. Das Interesse Frankreichs wird sicherlich mit sich bringen, daß es sich nicht der Wiederherstellung der Produktion widersetzt, wo auch immer in der Welt es sei, und daß es dafür sorgt, daß für die besonderen Lasten Frankreichs die Alliierten gemeinsam aufkommen.

Auch der Londoner „Economist" gehört zu den Blättern, die Ziele der Mäßigung vertreten. In einem Aufsatze schon in der Nummer vom 14. Dez. 1918 hieß es gegen Lloyd Georges Programm der Erpressungen von Deutschland:*)

In erstaunlicher Weise sein eigenes verpfändetes Wort vergessend, fährt der Premierminister fort, von der Beitreibung der gesamten Kriegskosten von Deutschland, wenn ausführbar, zu sprechen. Dabei . . . hat die Regierung Anfang November Präsident Wilsons Friedensbedingungen angenommen, mit einem Vorbehalt wegen der Freiheit der Meere und der Bedingung, daß die Worte des Präsidenten über die Wiederherstellung der besetzten Gebiete „Ersatz für allen der bürgerlichen Bevölkerung der Verbandsländer und ihrem Eigentum durch den Angriff Deutschlands zu Lande, zu Wasser und aus der Luft zugefügten Schaden" bedeuten sollten. Jeder Versuch, diesen Satz so zu verdrehen, daß er die vollen Kriegskosten bedeute, wäre eine finanzielle Sophistik, die selbst in Houndsditch ausgepfiffen werden würde; und doch fordert der Premierminister, sowie die Mehrheit der Blätter und der Kandidaten in freudigem Chor, daß wir unser verpfändetes Wort und die Ehre des Landes vergessen sollen. Lloyd George beginnt indessen einzusehen, daß diese Versprechungen gefährliche Erwartungen in der Wählerschaft erwecken. In seiner Rede in Bristol am Mittwoch, 11. Dez. (1918) machte er zwar keinen Versuch, darzulegen, daß die Sache unmöglich sei, weil sie unserem verpfändeten Wort zuwiderläuft. Diese Kleinigkeit ist ihm nicht eingefallen. Aber er gab sich mit einem großen Aufwand ehrlicher Aufrichtigkeit Mühe, zu zeigen, daß es nicht recht sei, wenn die Regierung, noch dazu am Vorabend einer Wahl, falsche Hoffnungen erwecke usw., kurz, daß die Sache unmöglich sei, weil die gesamte Kostenrechnung des Verbandes 24 Milliarden Pfd. beträgt und Deutschlands gesamtes Vermögen vor dem Kriege auf 15 bis 20 Milliarden geschätzt wurde, und daß 5 % von 24 Milliarden jährlich 1200 Millionen ausmachen würden. — Er sagte weiter, daß ein zur Prüfung der Frage eingesetzter Ausschuß der Meinung sei, daß das Vermögen Deutschlands größer sei, als bei den Schätzungen vor dem Kriege angenommen wurde (wobei er hätte hinzufügen können, daß alle Zahlen aus der Zeit vor dem Kriege sehr erhöht werden müssen, um sie in Einklang mit den jetzigen Preisen zu bringen) — und schloß daraus, daß Deutschland vielleicht mehr zahlen könne, als auf den ersten Blick möglich schien.

Der „Statist", ein anderes englisches Wirtschaftsblatt (21. Dez. 1918) bekennt

*) Wir entnehmen dies und das folgende Zitat der 2. Auflage von Jastrows Schrift: Deutschlands Volksvermögen im Kriege, Berlin 1919, Verlag Julius Springer, S. 42 ff. Eine besondere Würdigung dieser Arbeit als solcher bleibt vorbehalten.

Digitized by Google

zwar, die meisten Engländer empfänden es im tiefsten Herzen, daß die Deutschen „fast jede Strafe" (dies die Quittung auf das Versagen unserer moralischen Offensive!) verdienten, aber zerstöre England nicht seine eigenen Aussichten, sich rasch zu erholen, wenn es „mögliche Kunden zu Bettlern" mache? Dann weiter:

Die unter uns aber, die über die Ursachen des menschlichen Fortschritts am tiefsten und sorgfältigsten nachgedacht haben, erinnern sich, daß Rachegefühle die schlechtesten Ratgeber sind, daß der Mensch lebt und vorwärts kommt durch den Verkehr mit dem Menschen, und daß, wenn wir uns in den Grenzen der Vernunft Gerechtigkeit verschaffen können, es äußerst unweise wäre, den Gegner zu Verzweiflung zu treiben . . . Die wahre Frage, vor der wir stehen, ist nicht, ob Deutschland wirklich reicher ist, als vor dem Kriege angenommen wurde, auch noch, ob es die Entschädigungen bezahlen kann, von denen Lloyd George spricht, vielmehr, ob wir durch Beitreibung des letzten Hellers, der aus Deutschland herausgepreßt werden kann, den Weg für ein reiches, gerechtes und friedfertiges Europa der Zukunft bereiten. . . . Wenn Deutschland wirklich imstande ist, all die ungeheuren Summen, von denen die Rede ist, zu bezahlen, wie sollen sie beigetrieben werden? Sollen wir große Heere in Deutschland einrücken lassen, seine Bevölkerung völlig entwaffnen und auf Nicht-Zurückziehung unserer Besatzungstruppen bestehen, bis unsere Forderungen erfüllt sind? Wenn ja, haben Lloyd George und sein Ausschuß darüber nachgedacht, wie lange es dauern wird, bis wir die Erfüllung unserer Forderungen durchgesetzt haben werden? Und auch darüber, ob es für uns vorteilhafter sein würde, unsere Leute zuhause zu beschäftigen, als sie in Deutschland in Garnison zu lassen, um ein paar Millionen mehr oder weniger herauszuschlagen?

Alle Motive werden also laut: Das sittlich-humane, das politische und das wirtschaftliche, um das alliierte und assoziierte Gewissen darauf hinzuweisen, daß es schlechte Politik ist, die seit dem Waffenstillstand gegen Deutschland getrieben worden ist und die nach dem Mehrheitswillen in England wie in Frankreich dauernd durch einen Gewaltfrieden bekräftigt werden soll. Diese Stimmen wären schon lange zu größerer, vielleicht zu entscheidender Bedeutung gelangt, wenn nicht die Revolution es uns unmöglich gemacht hätte, jenes politische Prinzip zu befolgen, das dem Prinzen Max von Baden während seiner Reichskanzlerschaft vorschwebte und das er so ausdrückte:

Wir mußten vor den Feinden wenigstens die Möglichkeit aufrecht erhalten, daß es bestimmte Forderungen gab, gegen die wir selbst einen hoffnungslosen Kampf aufnehmen würden. Das war der Rat, den uns wiederholt wohlwollende Neutrale gaben: Nehmt nicht den Friedensparteien in Feindesland ihr letztes wirksames Argument, das lautet: es gibt Grenzen deutscher Nachgiebigkeit.*)

Jene politische Möglichkeit, deren Ausnutzung uns ohne die Revolution den Zusammenbruch und die äußerste Erniedrigung erspart hätte, wiederholt sich jetzt

*) Eine Kundgebung des Prinzen Max von Baden. Sonderdruck aus den „Preußischen Jahrbüchern", Verlag Georg Stilke, 1918, S. 5.

Digitized by Google

in gewissem Sinne noch einmal, indem sich uns die Chance zeigt, durch festes Rückgrat in den Friedensverhandlungen die Kräfte der Menschlichkeit und staatsmännischen Vernunft auch auf der Gegenseite soweit zu stärken, daß sie den Sieg davontragen. Mehr als Wilson allein uns je helfen kann, können wir uns selber helfen. Es handelt sich hier aber um mehr als bloße Taktik, denn diese würde vor der bösen Entschlossenheit und überlegenen Stärke auf der feindlichen Seite schließlich doch den Rückzug antreten müssen. Nur Männer, Führer, können uns helfen, die in dieser schicksalsschweren Stunde fähig sind, für das Vaterland eine Politik des absoluten sittlichen und nationalen Mutes zu treiben. Wo sind sie, diese Männer und Führer?

Der Volksstaat und die auswärtige Politik

Von Professor Dr. Arthur Salz (Heidelberg)

Die auswärtige Politik ist die gefährliche Ecke jeder Demokratie, an der gar leicht der Staatswagen zerschellen kann. Das haben bedeutende Gründer demokratischer Staatswesen — wie Washington und Jefferson — und wohlwollende Kritiker der Demokratie frühzeitig erkannt. Tocqueville — um nur einen anzuführen — erklärt, daß hinsichtlich der auswärtigen Interessen der Gesellschaft die demokratische Regierungsform anderen gegenüber entschieden im Nachteil sei. „Erfahrung, Sitte, Erziehung," so führt er aus, „erzeugen fast immer bei der Demokratie eine Art praktischer Alltagsklugheit, und jenes Wissen um die kleinen Begebenheiten des Lebens, die man den gesunden Menschenverstand nennt. Der gesunde Menschenverstand genügt auch für die gewöhnlichen Bedürfnisse der Gesellschaft; bei einem Volke vollends, dessen Charakterbildung abgeschlossen ist, erzeugt die demokratische Freiheit, angewandt auf die inneren Verhältnisse des Staates, mehr Gutes, als die Mängel demokratischer Regierung Übel erzeugen. Aber anders verhält es sich hinsichtlich der Beziehungen von Volk zu Volk. . . . Die auswärtige Politik erfordert fast keine der Qualitäten, die der Demokratie eigentümlich sind und erheischt im Gegenteil die Entwicklung fast aller, die ihr fehlen. Demokratie begünstigt das Anwachsen der inneren Hilfsquellen, verbreitert den Wohlstand, entwickelt den Gemeingeist, befestigt die Achtung vor dem Gesetz in den verschiedenen Klassen der Gesellschaft — alles Dinge, die nur einen indirekten Einfluß auf die Lage eines Volkes gegenüber einem anderen haben. Aber die Demokratie kann nur schwer die Details einer großzügigen Unternehmung anordnen, sich an einen Plan halten und ihn durch alle Hindernisse hindurch mit Hartnäckigkeit verfolgen. Sie ist wenig dazu be-

Digitized by Google

fähigt, geheime Maßregeln zu kombinieren und geduldig ihr Ergebnis abzuwarten. Das sind Eigenschaften, die ganz besonders einem einzelnen Mann oder einer Aristokratie eignen, aber gerade die Eigenschaften, die auf die Dauer ein Volk oder ein Individuum zur Herrschaft befähigen . . . Fast alle Völker, die kräftig in der Welt gewirkt, große Pläne entworfen, verfolgt und ausgeführt haben, von den Römern angefangen bis auf die Engländer, waren von Aristokratien regiert. Kann man sich darüber wundern?"

Man wird die Berechtigung dieses Urteils zugeben müssen, selbst wenn man der Meinung ist, daß seit der Zeit, in der diese Betrachtungen angestellt wurden, Aufgaben und Methoden der auswärtigen Politik und auch die Demokratie selbst sich geändert haben und vielleicht das Bedürfnis fühlen, die Begründungen dazu zu erweitern.

Jede Demokratie, die eine überlieferte, gebundene Herrschaftsform ablöst, geht von einem inneren Zustand des Staates und der Gesellschaft, den sie vorfindet, aus und sucht ihn im Sinne der Gleichheit (und Freiheit) zu verbessern. Dabei macht sie notwendig die Voraussetzung, in der ihre Stärke und ihre Schwäche, ihre Hoffnungsfreudigkeit und ihre tragische Problematik beschlossen liegt, daß Gleichheit des Habens auch Gleichheit des Seins erzeuge, daß auf die Dauer die Gleichheit der wirtschaftlichen und rechtlichen Bedingungen auch gleich gute menschliche Resultate erzielen werde. Diese Voraussetzung involviert eine andere, noch tiefer liegende. Die Demokratie — ganz gleich, welches ihre wirtschaftlichen Ziele sind — stellt ihre Chance auf einen irrationellen Faktor: auf „den" Menschen. Mit überschwänglichem Optimismus hält sie fest an der Fiktion „des" Menschen und seiner unbegrenzten Verbesserungsfähigkeit. Es ist gleich, wenn sie anstelle des Menschen, den politischen Menschen, das Volk, setzt.

Die Gefährdung, der sich eine Demokratie aussetzt durch das Fehlen derjenigen Bedingungen, die zur Führung einer erfolgreichen auswärtigen Politik unentbehrlich sind, hat noch nie ein Volk in seinen demokratischen Ansprüchen aufgehalten und zwar darum, weil jede Demokratie daran glaubt und glauben muß, jeder Situation, auch der prekärsten, durch die ihr innewohnenden Kräfte gewachsen zu sein, und weil es der Mehrzahl der Menschen wichtiger dünkt, zu leben als gut zu leben, und gut zu leben wichtiger als ehrenvoll zu leben.

Trotzdem verdankt eine Demokratie die Stellung, die sie in der Welt einnimmt, nicht der Planmäßigkeit ihrer Einrichtungen, sondern geradezu dem, was zu beherrschen und zu übersehen gar nicht in ihrer Macht oder besonders zu pflegen gar nicht in ihrer Absicht liegt: dem Maß von ursprünglicher Kraft, der angeborenen oder ererbten Tüchtigkeit der Nation, ganz besonders aber hängt ihre weltgeschichtliche und weltpolitische Potenz davon ab, ob es ihr gelingt, innerhalb der demokratischen Lebensform die einer Aristokratie eigentümlichen und selbstver-

Digitized by Google

ständlichen Tugenden der Ehre, des Stolzes, der Unterordnung unter Führerschaft usw. zu erhalten und weiter zu züchten und an die Stelle zu bringen, an der diese Qualitäten Gutes leisten können, von dem Maß „aristokratischer" Gesinnung also, das sie in sich erträgt und ausbildet, mit anderen Worten, wie weit es ihr gelingt, menschenbildend und menschenveredelnd zu wirken, wie weit sie die Grenzen ihres Ehrgeizes steckt über das Wohlleben oder „Glück" des einzelnen hinaus. Dies gilt auch und erst recht in einem Zeitalter der Weltpolitik und Weltwirtschaft, wenn die Interessen der Völkermassen immer gleichartiger und der vorwaltende Menschentyp immer gleichförmiger wird. Es ist einfach nicht wahr, daß immer die bessere „Sache" siegt, sondern auf die Dauer wirkt der höhere Menschentyp wie eine natürliche Rente oder ein Vorsprung des einen Volkes gegenüber dem anderen auf dem Welttheater.

Mit diesen Erwägungen als Leitsätzen soll im folgenden zu einigen grundsätzlichen Problemen der auswärtigen Politik, die das alte Regime dem deutschen Volksstaat als Erbe hinterlassen hat, Stellung genommen und zu diesem Zwecke zunächst an drei oft betonte Punkte angeknüpft werden.

1. Kein Vorwurf ist heutzutage populärer und öfter breitgetreten als der über die Unfähigkeit unserer Diplomaten. Man hat sich auch schon längst auf die Meinung festgelegt, daß eine Reform des auswärtigen Dienstes, d. h. des bürokratischen Apparates und eine andere Auslese der zum Auslandsdienst berufenen Beamten bessere Resultate erzielen würden und sich bei dieser Meinung beruhigt. Abgesehen davon, daß äußere Politik überhaupt nicht im gleichen Sinne organisierbar, systematisierbar und erlernbar ist, wie etwa ein inneres Verwaltungsamt, und daher — auch in der Demokratie — die Domäne eines größeren oder kleineren, wenn auch anders zusammengesetzten Kreises von besonders dazu befähigten Persönlichkeiten bleiben wird, so verkennt diese bewegliche Klage, deren Berechtigung hinsichtlich der Tatsachen, d. h. der schlechten Resultate, fraglos ist — vor allem dies: daß in einem Volksstaat alle Veranstaltungen und Maßnahmen, die der auswärtigen Politik dienen, eine unzertrennliche Einheit bilden, und zwar desto mehr, je größere Teile der Nation infolge der weltwirtschaftlichen Entwicklung Interessen im Auslande zu vertreten haben. Diese Einheit besteht in der Tatsache und in dem Bewußtsein, daß jeder einzelne Volksgenosse, der im Ausland tätig handelnd auftritt, ein Repräsentant — ein guter oder schlechter je nach seinem Verhalten — des ganzen Volkes ist und jedenfalls als solcher angesehen wird. Nach dem anschaulichen Eindruck, den das Ausland von dem einzelnen, mit dem es zu tun hat, empfängt, bildet es sich sein Bild und Urteil über das Volk, das der einzelne — als Kaufmann oder Instruktor oder Arbeiter oder Soldat oder Gelehrter — verkörpert. Dieses Bild, das sich zusammensetzt aus der Gesamtheit der sinnlichen Eindrücke der fremden Beobachter — wie der

Digitized by Google

Deutsche aussieht, sich hält, vorgeht — die Art, wie das Ausland auf uns reagiert und uns verträgt, bestimmt unsere Stellung im Auslande in viel stärkerem Maße als die diplomatischen Fähigkeiten des einzelnen Beamten, der ja auch, wenn er nicht ein ganz im Abstrakten arbeitender weltfremder Handwerker ist, nicht nur mit der Regierung des auswärtigen Staates zu rechnen hat, sondern vor allem mit der Stimmung und Neigung des Volkes selbst.

Wir zu Hause in unserer Sachlichkeit und Werkstreben vergessen leicht, daß der lebendige, handelnde und in gewisser Weise auf sich selbst gestellte Mensch die sinnfälligste und eindrucksvollste Erscheinung ist, daß nicht von unserem ideellen Wesen auf unseren Eindruck, sondern umgekehrt, von dem Eindruck auf unser Wesen geschlossen wird. Das fremde Volk in seiner Masse lernt „Deutschland", deutsches Wesen und die deutsche Idee nur an dem einzelnen Deutschen kennen, der „Mensch" gibt den Maßstab des Urteils, und das „Vorbild", das er darstellt, die exemplarische Haltung, die er einnimmt, ist auf die Dauer die einzig wirksame Propaganda im Ausland. So wie der Charakter der Nationen selbst sich an den großen nationalen Vorbildern bildet im Laufe der Geschichte, und die Nationen durch sie zum Bewußtsein des eigenen Wesens und Wertes kommen, so wiederum gilt dem Ausländer ohne weitere Überlegung jeder einzelne in seinem ganzen Tun und Lassen als ein Vertreter der betreffenden Nation, besonders in Zeiten politischer Hochspannung, wo der Mensch zu allererst Staatsbürger ist.

Es ist falsch und unbillig, das Schwergewicht in der äußeren Politik von den Menschen, die sie tragen, auf die Institutionen zu verschieben, und jede Reform des auswärtigen Dienstes wird damit beginnen müssen, daß der Deutsche im Auslande eine andere Figur mache als bisher. Dies aber ist nicht etwas, was der Staat leisten kann, sondern was nach wahrhaft demokratischen Grundsätzen jeder einzelne, der in die Lage kommt, als seine spezifische und persönliche patriotische Pflicht und Bürde übernehmen muß. Daß die auswärtige Politik von erstklassigen Fachleuten, die das Handwerkmäßige ihres Berufes kennen, bedient werde, ist zu selbstverständlich, als daß dieses Postulat irgendwie fruchtbar wäre, aber daß der Schwerpunkt und die Verantwortung gar nicht beim einzelnen Diplomaten liegt und nicht liegen soll, sondern daß jeder, der ins Ausland geht, ein lebendiges Stück Nation darstellt und eine leibhafte und — einzig wirksame — Propaganda für oder gegen seine nationale Gemeinschaft bedeutet, dessen müssen wir uns erst inne werden und uns darauf innerlich einstellen. Was nützt der beste Diplomat, wenn er Gefahr läuft, in jedem Augenblick von seinen Landsleuten desavouiert zu werden? Der beste Beweis und durchaus kein Gegenbeweis für das Gesagte liegt darin, daß wir auf dem Weltmarkt so gute Resultate erzielt haben, woraus man folgern zu können meinte, unsere Kaufleute hätten für Deutschland mehr geleistet, als alle unsere Diplomaten. Nicht unsere Kaufleute,

Digitized by Google

sondern — unsere Waren, und das ist ein Unterschied. Natürlich: eine Ware, ein Sachgut ist ein rundes, abgeschlossenes, in sich vollendetes und — schweigsames Ding, dem alles Menschliche fremd geworden ist. Es hat seine Sachqualitäten und seinen Preis und wird danach bewertet. Manchmal strahlt etwas von seiner Vorzüglichkeit über auf die Fähigkeiten derer, die es verfertigt haben. Aber gerade der Krieg und der lebhaftere persönliche Verkehr haben zum Renommee des Deutschen nicht gerade förderlich beigetragen. Man hat sich zwar besser kennen, aber nicht besser verstehen lernen, im Gegenteil: unser Ruf war besser als unsere Gegenwart, die Wirklichkeit des Deutschen hat den Mythos des Deutschen zerstört.

2. Wir haben uns oft selbst den Vorwurf gemacht, daß wir Deutsche fremde Völker nicht zu behandeln verstehen. Dieser Vorwurf hat etwas Befremdendes bei einem Volke, zu dessen unsterblichen Ruhmestiteln es gehört, früher und gründlicher als andere ein vertieftes Verständnis fremdländischen Wesens und gerade fremder Kulturen angebahnt zu haben. Trotzdem ist dieser Vorwurf weitgehend berechtigt, und zwar deshalb, weil seit der Zeit deutscher Geistesblüte der deutsche Mensch sich wesentlich geändert hat. War es mißlich, daß die Zeit unserer höchsten geistigen Entwicklung mit der Zeit politischer Ohnmacht zusammenfiel, daher die Beschäftigung mit fremden Kulturen nur theoretisch blieb, so ist es ein Unglück, daß die Zeit, in der wir zu praktischer Betätigung aufgerufen wurden, zusammenfiel mit einem tiefen Sinken des deutschen „Bildungsniveaus", wobei Bildung nicht mit dem durch Zeugnisse, Diplome und geregelten Lehrgang bescheinigten Besitz von Fachkenntnissen verwechselt werden darf. „Bildung" im klassischen Sinne ist eine Qualität des inneren, nicht des praktischen Menschen, ist gerade das, was den Unterschied ausmacht zwischen einem Vollmenschen und einem Fachmenschen, ist die durch Fachwissen nie ersetzbare Abrundung des Spezialisten zum Menschen. Diese Bildung, zu der wir durch die geistige Erziehung durch unsere Klassiker wie prädestiniert schienen, haben wir, seitdem wir große Praktiker wurden, in erschreckendem Maße verloren. Bildung im Verkehr mit fremden Völkern bedeutet Interesse für lebendige Eigenart, liebevolles Versenken (nicht feindlich abwehrendes Verhalten), Ergriffenheit und Ehrfurcht vor den Äußerungen fremden Seelenlebens, einfühlendes Verständnis, oder wie immer man diese nicht rein verstandesmäßige Erkenntnisart bezeichnen mag. Wir haben diese Art von Bildung weitgehend vermissen lassen; nicht nur unsere Diplomaten, sondern wiederum jeder einzelne durch die ganze Skala der Berufe hat sich darin am Vaterland versündigt. Wenn der Kaufmann und der Ingenieur auch dabei besser wegkommen, so deshalb, weil es bei ihnen wesentlich auf Sachleistungen ankommt und das „Was" bei der relativen Primitivität und Einfachheit der in Frage stehenden Interessen das „Wie" an Wichtigkeit noch überragt.

Digitized by Google

Wir als Deutsche, deren Selbstachtung und Selbsteinschätzung ja durch den verlorenen Krieg nicht auch preisgegeben ist, dürfen uns am wenigsten mit dem Trost behelfen, daß andere Nationen in dieser Beziehung nicht besser sind als wir und es gerade uns gegenüber am primitivsten Verständnis fehlen lassen. Wie sehr wir darunter leiden, daß es so sich verhält, erleben wir gerade jetzt jeden Tag. Was ist es denn, was uns bei aller Achtung und Anerkennung des hochherzigen und reinen Willens über Wilsons Haltung nicht recht froh werden läßt? Daß wir deutlich das Gefühl haben, daß er uns nicht versteht, ja daß er im tieferen Sinne keine Ahnung von uns hat. Wer es nicht schon aus seinen Schriften wußte, der spürt es jetzt instinktiv, daß seine „Geistigkeit" eine gänzlich undeutsche, ja antideutsche ist — was an sich keinen Tadel, sondern ein Faktum bedeutet. Was ihn zu tiefst von uns scheidet, das ist eine gewisse selbstgefällige, vordergründliche Genügsamkeit, der Mangel an Problematik, der jeder Frage eine Lösung und eine ganz befriedigende und für alle zweifellos gerechte weiß: dies von aller tieferen Skepsis freie Draufgängertum, daß man alles machen kann im Politischen wie im Seelischen — sogar eine neue Weltpsychologie — die Entseelung der Politik. Wilson würde nie imstande sein, zuzugeben, daß deutsche oder russische Demokratie etwas anderes ist und sein muß, als amerikanische oder französische, weil er im Grunde nicht daran glaubt, daß Völker ihre eigene Seele und eigene Gesetzmäßigkeit haben, während für uns mit der Vorstellung eines Volkes die Idee der Besonderheit und der spezifischen, eigengewichtigen Individualität geradezu untrennbar verbunden ist. Aus der Distanz — ganz räumlich genommen — in der er Europa sieht, verschwimmt alles und verwischen sich die Konturen; er spricht von den Deutschen wie etwa von Türken und würde wohl am liebsten auch diese mit der klassischen Demokratie beglücken und glauben, daß er damit etwas Gutes tue. Wenn wir uns „national" gebärden, so verbirgt sich dahinter — wie mangelhaft und unzulänglich immer — ein dunkles Gefühl der Besonderheit, ja „Nationalismus" ist oft nur ein sprachlicher Ausdruck für die Besonderheit deutscher Geistigkeit, die anderen haben keinen Nationalismus und brauchen ihn auch nicht, weil sie gar nicht in der metaphysischen Sphäre leben wie wir. So wie wir uns hier durch Wilson höchst mangelhaft erkannt und beurteilt fühlen, so fühlen sich andere Völker — wie ich aus Erfahrung weiß — von uns schief oder gar nicht gesehen.

Je elementarer und ursprünglicher ein Kulturvolk, d. h. ein Volk mit Geschichte und ruhmvoller Vergangenheit, geblieben ist, je mehr es seine Eigenart und Echtheit noch gewahrt hat gegen die anstürmenden Nivellierungstendenzen der Zivilisation, um so weniger imponieren ihm bloße technische Fähigkeiten und erlernbare Fachkenntnisse. Sie verleihen dem einzelnen höchstens einen internationalen Verkehrs-, aber keinen Monopolwert. Wir haben aber gerade bei der Auswahl derjenigen, die wir in offizieller oder nichtoffizieller Mission ins Ausland schickten, in

Digitized by Google

unübertrefflicher Sachlichkeit nur auf Fachwissen und Branchekunde gesehen, oder aber gerade die nicht ganz Vollwertigen, die irgendmal im Leben Schiffbruch erlitten haben, die Abenteurer und Undisziplinierten, die unbewacht von Polizei und Gesellschaft sich zuchtlos gehen ließen, für den Auslandsdienst als gut genug erachtet, die „repräsentativen" Persönlichkeiten aber nach einem Komment ausgewählt, der schon zu Hause fast unerträglich, dem Ausland noch viel weniger angepaßt ist. Dies alles sind gänzlich verfehlte Gesichtspunkte, nicht weil sie undemokratisch, sondern weil sie zu sehr demokratisch sind. Es ist ein demokratischer Grundsatz und Irrtum, daß jeder beliebige Volksgenosse jedem anderen gleichwertig, einer so gut wie der andere und daher auf jedem Platz gleich gut verwendbar sei, und es ist besonders verhängnisvoll, anzunehmen, daß das Ausland ebenso denkt. Dagegen hilft nur die Besinnung, daß der Mensch mehr ist (oder auch weniger!) als die Summe seiner Kenntnisse und praktischen Fähigkeiten, wie das Leben mehr ist als die Summe von Arbeitsakten, und daß gerade der irrationelle Rest, der übrig bleibt, wenn man vom Menschen den Beruf, das Schema, abzieht, den Eindruck und das Urteil des Fremden, der unter anderer Lebensordnung und Lebenswertung steht, maßgebend und nachhaltig bestimmen. Das Fachwissen und Können imponiert nicht als solches, sondern selbst bei Primitiven nur als Ausdruck und Symptom eines höheren Menschtums, besonders nicht bei Völkern, die innerlich noch keine Beziehung zur Technik und wenig Neigung oder Anlage zu exakter und rascher Arbeit haben. Wir aber haben oft zwar ausgezeichnete Betriebsleiter, aber keine Menschen hinausgeschickt, und von den Betriebsleitern oft solche, die wohl zu Hause bei geordneten und eingefahrenen Verhältnissen einen Betrieb sach- und pflichtgemäß zu leiten, nicht aber zu improvisieren, nicht unter gänzlich anderen Verhältnissen wahrhaft schöpferisch zu wirken verstehen.

Wenn nun alle Bemühungen, zu werben statt zu wirken, keinen rechten Erfolg hatten — was wir allzu vorschnell der Bösartigkeit und Unfähigkeit, der menschlichen Minderwertigkeit der Fremden zuschreiben — blieb uns, um unsere Stellung in der Welt zu befestigen, nichts anderes übrig, als das Pochen auf unsere stets im Hintergrund bereite, unüberwindliche, geradezu fabelhafte Macht, getreu dem Grundsatz: oderint dum metuant, mögen sie uns hassen, wenn sie uns nur fürchten. Das mußten die anderen Nationen, die sich auf keine solche Macht berufen konnten oder wollten, als beständige Drohung und illoyale Konkurrenz auffassen. Wenn dieser Glaube aber einmal erschüttert, wenn diese Macht gar nicht mehr da ist und die Welt wie von einem Alpdruck befreit aufatmet oder wenigstens so tut — was werden wir dann für uns ins Treffen führen? Unsere besseren Verfahrungsweisen, die höhere Leistung? Auch da ist Vorsicht vor Überschätzung der eigenen Vorzüge geboten. Zu den Nachwehen des letztverflossenen Jahrhunderts gehört es,

Digitized by Google

daß wir uns in allem Praktischen ein schematisierendes Verfahren, eine wahre Schematisierungswut — man nennt sie fälschlich Organisationsbegabung — angezüchtet haben, mit der wir sozusagen wie mit einer Zauberkunst reisen, ein abstrahierendes Verfahren, das unseren Blick verengert und die unbefangene, wesenhafte Erkenntnis fremdländischer Eigenart geradezu ertötet. Wir halten diese Verfahrungsweise, weil und wie sie sich zu Hause unter ganz bestimmten Voraussetzungen bewährt hat, unbedenklich für etwas schlechthin Allgemeingültiges, überallhin verpflanzbar und gebrauchsfähig lieferbar auch da, wo die Bedingungen, die solche Verfahrungsweise erst ermöglichen, gar nicht oder ganz anders gegeben sind. Diese Verallgemeinerung eines partiell oder bedingt Guten zu einem Wert schlechthin kommt aus einer ganz einseitigen technisch-mechanischen Anschauung der Welt, sie bedeutet einen Mangel an feinerer Beobachtung, Mangel an Verständnis besonders nach der menschlich-historischen Seite und ist im Grunde eine tiefe Respektlosigkeit vor fremder Eigenart und selbständig gewachsenem Leben, die schließlich freudlos macht und jeder selbständig zu lösenden Aufgabe den eigenen Reiz nimmt. Wo sich Widerstand gegen unser Verfahren regt, wird er leicht als böser Wille, Verstocktheit, Dummheit gedeutet, macht uns ungeduldig, hart und selbst grausam gegen die, welche wir in liebevolle Zucht und Lehre unter Schonung ihrer besten Gefühle nehmen sollten. Wir bedenken so verfahrend nicht, wieviel diese entwickelten und eingeübten Fähigkeiten uns selbst kosten, welchen Preis wir dafür gezahlt, was wir um ihretwillen eingebüßt haben. —

3. Die vorhergehenden Ausführungen werden einigermaßen verständlich machen, was für viele Deutsche während des Krieges zu einem Erlebnis geworden ist und zum Nachdenken angeregt hat: die tiefe Vereinsamung Deutschlands im Zentrum, im Herzen Europas und der Haß der Welt gegen uns. Die meisten Deutschen standen vor dieser Tatsache wie vor einer Offenbarung umsomehr, als wir uns von ähnlichen Gefühlen gegenüber den feindlichen Völkern frei wußten. Neigt doch der Deutsche viel eher zu einer kritiklosen Bewunderung alles fremdländischen Wesens. Nur Leichtfertige werden sich über diesen schmerzlichen Tatbestand hinweghelfen mit dem Troste, daß der Haß die Rache des Minderwertigen gegen den Besseren sei und ihn als etwas Unabwendbares gleichgültig hinnehmen. Sind etwa die Russen, sind die Türken, Chinesen, Japaner, die doch auch nicht gerade englisch-französisch-amerikanische Einrichtungen haben, verhaßt wie wir? Warum also gerade wir? Und was noch wesentlicher ist: warum sind wir nicht nur unseren Feinden verhaßt, sondern auch unseren Freunden zumindest — verdächtig? Ein hervorragender und wirklicher Psychologe hat diesem Haß der Welt gegen uns ein Buch gewidmet ohne doch daran zu rühren, daß es nicht bloß den Haß unserer Feinde sondern auch den unserer Freunde zu erklären gilt. Kurz, daß wir überall das bestgehaßte und vereinsamste Volk der Erde sind. Glaubt man

Digitized by Google

im Ernst, daß dies mit einer Änderung der Regierungsform ohne weiteres anders werden wird? Sicherlich nicht; und zwar aus den Gründen, die hier angedeutet wurden. Weil es nicht dieser oder jener Mangel unseres Charakters, diese oder jene besondere Eigenart des deutschen Wesens ist, was uns die Gunst der Welt entzogen hat, sondern etwas Tieferes: der Zwiespalt zwischen Schein und Sein, zwischen dem, was man als deutsches Wesen ausgibt oder was die Welt dafür gehalten hat und der höchst unzulänglichen Verkörperung dieser Ideale durch die einzelnen Deutschen. Nicht die Strenge und Härte des Ideals, sondern seine mangelhafte Verwirklichung durch den leiblichen Menschen bemängelt das Ausland und empfindet die Differenz als Heuchelei, Unehrlichkeit, Arroganz.

Wir haben nunmehr die Wahl: von diesem Ideal immer mehr abzudivldieren oder uns zu ihm emporzuheben. Auf diesen Scheideweg ist auch der deutsche Volksstaat, und er erst recht gestellt. Wird er den bequemen und geraden oder den harten und steilen Weg wählen? Gerade weil das deutsche Volk noch keinen durch Institutionen festgeprägten und verhärteten Charakter hat, weil es noch formlos und bildsam, seine Mentalität noch jugendlich und elastisch ist, kann man ihm den Mut und die Kraft, sein eigenes Niveau zu erreichen, zutrauen. Wir haben der Welt ein Versprechen gegeben und sie wartet darauf, daß wir es einlösen. Der Volksstaat ist ein neues Versprechen, daß wir unser Wort halten wollen und der sehr beschwerliche, dornenvolle, lange Weg darf uns nicht schrecken.

Die tschechische Gefahr

Von Wilhelm Schremmer (Breslau)

Die wirtschaftliche und seelische Not unseres Volkes ist groß, aber sie macht noch nicht erklärlich, daß es ein deutsches Nationalbewußtsein in weiten Teilen unseres Vaterlandes kaum noch gibt. Zerbrochen und verstreut treibt es auf den trüben Fluten der Revolution. Das Gefühl für das Volkstum liegt uns nicht so tief im Herzen wie dem Franzosen und Engländer. Viele Tausende lassen es bei uns zu, wenn die Tschechen nach der rein deutschen Grafschaft Glatz schreien, wenn sie Anspruch erheben auf Teile des Kreises Hirschberg, des Kohlenlandes von Waldenburg, von Oberschlesien. Wer bekümmert sich heute um die Brüder in Deutschböhmen, die die Tschechen schon verschlungen haben! Das macht uns in der Ostmark die Arbeit so schwer, weil wir wissen, daß viele in Groß-Deutschland denken und sagen: was geht uns die Grafschaft Glatz an, laß fahren dahin, wenn wir nur leben. Man achtet die tschechische Gefahr gar nicht, stellt sie als harmlos hin. Man will von dem tschechischen Haß nichts wissen, hält Schlesien für ein halb tschechisches und halb polnisches Land, weiß nichts von der Wühlarbeit, die die Tschechen an der schlesischen Grenze entlang betreiben, will von

Digitized by Google

dem vorbereitenden Kriege nichts hören, auf den sich Prag längst eingestellt hat. Wer die Tschechen kennt, achtet die tschechische Gefahr schlimmer als die polnische. Für sehr viele in Deutschland kann es einst ein böses Erwachen geben, aber dann wird es zu spät sein. Das Zuspät ist der schrecklichste Ruf in der Geschichte eines Volkes.

Die tschechische Gefahr ist in ihrer Größe zu sehen. Sie wird sofort deutlich, wenn wir die militärischen Kräfte der Tschechen aufrollen, die Machtmittel zeigen, mit denen sie ihre Wünsche in die Wirklichkeit tragen können.

Die tschechischen Verbände, die den ehemaligen österreichisch-ungarischen Heeresteilen angehörten, sind stark aus dem Weltkriege zurückgekehrt. Zu ihnen tritt die fünfte und sechste slowakische Division. Im ganzen können wohl die Tschechen 500 000 Mann aufbringen. Aufgerufen sind die Truppen bis zum Jahrgang 1882. Wie weit die Mobilisation fortgeschritten ist, läßt sich nicht übersehen. Kriegsmaterial ist in Masse vorhanden. Die Ententemächte, besonders Frankreich, helfen aus. Die Vorbereitungen für einen Krieg sind getroffen. Die Skodawerke in Pilsen arbeiten fieberhaft. In den letzten Wochen wurden 178 leichte, 110 schwere Geschütze an die tschechische Heeresleitung abgeliefert. Geführt und organisiert werden die Truppen von französischen Offizieren. Das ist ein Zeichen, das zu größter Vorsicht mahnt. Immer größere Gruppen französischer Offiziere treffen in Prag ein. Die Oberleitung der Armee hat der alte Generalstabschef Joffres übernommen. Der schlesischen Grenze entgegen sind drei Generalkommandos eingerichtet worden, von denen besonders Königgrätz und Prag hervorgehoben werden müssen. Schon die Lage dieser Heerespunkte läßt die Aufmarschlinien erraten, die die tschechischen Armeen innehalten werden. Ein Angriff wird über das Braunauer Ländchen gegen die Riesengebirgsfront und das Kohlenland von Waldenburg vorgetragen werden, ein zweites gegen die Grafschaft Glatz einsetzen, und der dritte Oberschlesien zum Ziel haben. Besonders gefährdet ist die Grafschaft Glatz, die aus Nordwesten und Südosten mit Leichtigkeit abgeschnitten werden kann. Durch Besetzung von Oderberg und Teschen haben sich die Tschechen die rechte Flanke gesichert und ein Vorfeld für alle Fälle gewonnen. Fest steht, daß irgendwelche bolschewistische Unruhen im Waldenburger Kohlenrevier ihnen einen willkommenen Anlaß zum Einmarsch böten. Gelingt es den Tschechen, Waldenburg und Oberschlesien zu besetzen, diese wirtschaftlich hochwichtigen Gebiete festzuhalten, ist ganz Ostdeutschland verloren. Dann ist es ein Land ohne Kohle. Mit den Tschechen schielen freilich die Polen gierig nach Oberschlesien, doch ist nicht ausgeschlossen, daß sie sich durch Verträge einigen.

In besonders gefährdeter Lage ist Schlesien, dieser in die slawische Flut hinausspringende Bogen. Was für die Grafschaft Glatz im kleinen gilt, macht sich bei

Digitized by Google

Schlesien noch im großen deutlicher bemerkbar: es kann vom Mutterlande abgeschnürt werden. Militärische Kräfte stehen den Feinden genug zur Verfügung. Die Polen legen jetzt starke Kräfte die gesamte schlesische Grenze entlang. In Neu-Sander und Krakau befinden sich starke Rekrutendepots, in Krakau ist zugleich eine erhebliche Fliegerschule. Die Polen haben wie die Tschechen genug Kriegsmaterial; unser schmählicher Rückzug, die Überlieferung der Festung Posen hat dafür gesorgt. Wir müssen nicht nur mit einem tschechischen, sondern einem kombiniert tschechisch-polnischen Angriffe rechnen.

Fortgesetzt fühlen die Tschechen an der schlesischen Grenze entlang vor. Seien wir auf der Wacht! Wahrscheinlich haben die Tschechen schon feste Abmachungen in den Händen. Es braust kein deutsches Land auf wie eine Sturmflut, wenn sie in seltener Unverschämtheit rein deutsche Gebiete wie die Grafschaft Glatz, wo sie wohl die stattlichen Bäder locken, für sich fordern. Das Gefühl für Schande und Ehrlosigkeit besteht scheinbar in Deutschland nicht mehr. Die Tschechen wissen Bescheid, sie wissen, daß z. B. in Schlesien gearbeitet wird, daß aber die anderen Landesteile gleichgültig daneben stehen und sich selbst zerfleischen. In allen Orten Schlesiens werden jetzt Vertrauensausschüsse gebildet, die den leitenden Stellen behilflich sind, eine starke sichere Truppe zu gründen, die wachsam die tschechische Gefahr neben der polnischen und bolschewistischen im Auge behalten. Durch die deutschen Gaue kann nur immer wieder der Ruf geworfen werden: helft den Brüdern in der Ostmark! Nur die Tatsache, daß die Tschechen alle deutsche Gaue auf scharfer Grenzwacht finden, wird sie vor Raub abhalten. Schlesien hat allein 950 Kilometer Grenze zu schützen. Ohne starke Hilfe sind die Ostmarken verloren.

Der Leipziger Generalstreik

Von Prof. Dr. Walter Goetz (Leipzig)

Die Fiebererscheinungen, von denen Deutschland seit dem Herbste geschüttelt wird, erreichen in der Generalstreiksidee ihren Höhepunkt. Sollte es wirklich gelingen, an einem Zeitpunkt alle Räder stillzulegen und zugleich den Angriff des östlichen Revolutionsheeres zu entfesseln, wie es für das Frühjahr geplant ist, so wird jener endgültige Zusammenbruch Deutschlands verwirklicht, von dem Phantasten träumen, daß er die Vorbedingung eines neu erstehenden sozialistischen Deutschlands sei. In solchem Gedankengang zeigt sich der ganze Umfang der Erkrankung unseres Volkes — wie könnte sonst jemand im Ernst glauben, daß mit dem Abreißen aller Entwicklung, mit der Zerstörung aller bisherigen Grundlagen unseres Lebens ein neuer, besserer Zustand beginnen werde?

Digitized by Google

Die Männer des Leipziger Generalstreiks sind von solchen Ideen beherrscht: aus der kapitalistischen Asche soll der sozialistische Phönix entstehen. Der seltsame Glaube, ein Machtwort könne die Welt umgestalten, will sich nicht anders als durch die Wirklichkeit ad absurdum führen lassen. Der Leipziger Generalstreik war eine solche Wirklichkeit, aus der die radikalen Elemente lernen könnten, wenn anders sie dazu überhaupt geneigt wären. Denn das Ergebnis dieses Generalstreiks war eine glatte Niederlage — es hat sich gezeigt, daß gerade das Aufgebot der äußersten proletarischen Kampfmittel auch auf der anderen Seite eine Kraft des Widerstandes hervorruft, die das Gleichgewicht sofort wiederherstellt. Der elftägige Leipziger Kampf darf als ein bisher vielleicht noch kaum dagewesenes Musterbeispiel gelten, was der Generalstreik vermag und wo seine Schranken sind.

Kürzere und örtliche Generalstreiks waren vorausgegangen, als in den letzten Tagen des Februar auf einem breiten Streifen Mitteldeutschlands ein Hauptschlag geführt werden sollte: Das Programm der Leipziger Unabhängigen lautete auf Sturz der Reichsregierung und Einführung des Rätesystems. Gelang es, Weimar völlig zu isolieren, vielleicht sogar den Generalstreik bis an die Pforten der Nationalversammlung und der Ministerhotels heranzutragen, so schien die Hoffnung auf den Zusammenbruch von Regierung und Notverfassung gegeben. Das mitteldeutsche Kohlengebiet war bereits seit Monaten in dauernder Unruhe — hier war es verhältnismäßig leicht, die Arbeiterschaft mit fortzureißen; und Industriezentren wie Halle und Leipzig in Aufruhr zu bringen, ist in der Gegenwart keine allzu große Kunst. Die Führer der Bewegung legten, um Weimar abzuschneiden, den Hauptwert auf Generalstreik an allen Bahnknotenpunkten: in Gotha, Erfurt, Nordhausen, Halle, Bitterfeld, Weißenfels, Zeitz mußten die Eisenbahner den Verkehr stillegen, damit weder Truppenverschiebungen noch sonstiger Verkehr der Generalstreiksidee Abbruch tun könnten. Insofern war der Plan großzügig angelegt; nur den Ausgang Weimar—Gera—Chemnitz—Riesa—Berlin vermochte man nicht zu sperren — auf dieser Umwegsstrecke sind die Parlamentszüge anstandslos gefahren, als jeder andere Verkehr stillgelegt war.

Die allgemeinen Ausstände in den einzelnen Orten waren nicht minder umfassend angelegt: in Leipzig wurden bei Ausbruch des Kampfes nicht nur alle Fabriken und Verkehrsmittel, sondern auch Gas und Elektrizität gesperrt, so daß mehr als 600 000 Menschen elf Tage lang ohne alles das waren, was man heute als selbstverständliche Notwendigkeiten jeder Großstadt ansieht. Elf Tage lang zu Kerzenlicht (an dem doch selber wieder stärkster Mangel war), zu mangelhaftem Kochen, zu zeitraubenden Wanderungen verurteilt zu sein, stellt harte Anforderungen an die Geduld der Bevölkerung; Kohlenmangel und Nahrungsmittelknappheit stiegen von Tag zu Tag, die Gasthäuser, die abends so wie so aus Licht-

Digitized by Google

mangel geschlossen werden mußten, schlossen mehr und mehr auch über Tag, weil sie den Betrieb nicht aufrecht erhalten konnten.

Der Plan des Generalstreiks war mit brutaler Tatkraft angelegt; aber trotzalledem kam er nicht zum Ziele. Post, Telegraph und Telephon in den Kampf hineinzuziehen, gelang nicht: die Beamten lehnten in allen ihren Schichten den Generalstreik bestimmt ab. Die Führer der Unabhängigen waren aber zudem der Massen nicht in dem Maße gewiß, wie es zum erfolgreichen Kampfe notwendig gewesen wäre. Bei der Abstimmung über den Generalstreik gaben von etwa 130—150 000 Leipziger Arbeitern nur 40 000 ihre Stimme ab: 33 000 dafür, 5000 dagegen. Tatsächlich wollten Tausende von Arbeitern nicht streiken—sie mußten bei Beginn des Kampfes erst aus den Betrieben herausgeholt werden. Es fehlte also von Anfang an die allgemeine Kampfstimmung, die den Sieg hätte vorbereiten können; sie wurde freilich durch terroristisches Eingreifen gegenüber allen Arbeitswilligen zu ersetzen versucht. Und noch eine andere Voraussetzung zum Siege fehlte: man hoffte, das städtische und staatliche Beamtentum als unfreiwillige Helfer zur Seite zu haben — verrichtete es seine Arbeit weiter, so blieb den Streikenden Nahrungsmittelversorgung, Arbeitslosenunterstützung und aller notwendige Beamtenapparat erhalten.

Hier aber zeigte sich der stärkste Rechenfehler des Generalstreiks: die Widerstandskraft der bürgerlichen Bevölkerung war nach früheren Erfahrungen durchaus falsch eingeschätzt. Günstig lag es ja für die Leipziger Unabhängigen, daß die Mehrheitssozialisten am Orte ganz ohne Macht und ohne wirksame Presse waren; die jahrelange Arbeit der „Leipziger Volkszeitung" hatte die Arbeiterschaft so überwiegend radikalisiert, daß die Gewerkschaftsführer, soweit sie sich nicht freiwillig zu den Unabhängigen geschlagen hatten, ebenso ohnmächtig geworden waren, wie die alten Führer der Mehrheitssozialisten. Aber das Bürgertum — ihm glaubte man mit rücksichtsloser Gewalt den Rest von Mut nehmen zu können, der ihm etwa doch geblieben sein sollte. Zur allgemeinen Überraschung (auch des Bürgertums selber!) erhob sich aber gerade hier der stärkste Gegner des ganzen Unternehmens.

Kurz nach dem Ausbruch der Revolution war in Leipzig ein Bürgerausschuß gegründet worden, der gegenüber dem fast ausnahmslos unabhängig gesinnten und dementsprechend regierenden Arbeiter- und Soldatenrat die Interessen der nicht-„unabhängigen" Einwohnerschaft vertreten sollte. Von 240 Vereinen und Körperschaften der Stadt hatten sich rund 200 hinter ihn gestellt; politisch neutral, zählt er alle großen Wirtschaftsgruppen und auch die bürgerlichen politischen Parteien zu seinen Mitgliedern. Die Mehrheitssozialdemokratie trat ihm nicht bei, obwohl ihr keinerlei grundsätzliches Hindernis bereitet worden wäre — Bürgervertretung

Digitized by Google

mit Ausschluß irgendwelcher Teile der Arbeiterschaft zu sein, lag ihm vollständig fern. Im allgemeinen war dieser Bürgerausschuß als die Vertretung aller nicht-„unabhängigen" Kreise anerkannt, ohne daß doch eine sichere Gewähr auf Gefolgschaft bestand — die Wahlzeit hatte alles aufs politische Gebiet gedrängt und man hörte manchen Zweifel an der weiteren Lebensfähigkeit des Bürgerausschusses äußern.

Zufällig am Nachmittag des 26. Februar zu einer Vorstandssitzung versammelt, erhielt der Bürgerausschuß die Nachricht, daß am nächsten Morgen der Generalstreik beginnen solle. Nach reiflicher Erwägung aller Schwierigkeiten beschloß man, für den nächsten Mittag 12 Uhr den Gegenausstand des Bürgertums zu proklamieren, obwohl dafür keinerlei Vorbereitung getroffen und nicht einmal die Möglichkeit einer allgemeinen Mitteilung gegeben war, denn es war ungewiß, ob am nächsten Morgen noch Zeitungen erscheinen würden. Der Druck von Plakaten zeigte sich als nicht mehr durchführbar, der Druck von Flugblättern durch private Helfer blieb als einzige Möglichkeit, denn man erfuhr, daß die Pressefreiheit vom Gegner restlos unterdrückt werden sollte. Zum Glück gelang es noch einigen Morgenblättern am 27. Februar zu erscheinen; die von ihnen gebrachte Parole des Gegenausstandes ging wie ein Lauffeuer durch die Stadt, und mittags 12 Uhr schlossen die Mehrzahl der Kaufleute ihre Geschäfte, schlossen staatliche und städtische Ämter, höhere Schulen und Universität, und vor allem stellten die Ärzte und Apotheker ihre Tätigkeit ein. Durch das Beispiel anderer Städte war man in allen Kreisen auf das Mittel des Gegenausstandes hingelenkt worden; ausschlaggebend war aber bei diesem sofortigen Zusammenschluß das Gefühl, daß es jetzt um Sein oder Nichtsein des Bürgertums gegenüber der radikalen Arbeiterschaft gehe und daß die Entscheidung bereits gefallen sei, wenn man *nicht* in den Kampf eintrete. Die nächsten Tage brachten noch den Anschluß eines Teils der Volksschullehrer, die nach Schulen abstimmten und sich nicht durchgängig in einen Kampf stellen wollten, bei dem die Mitwirkung der Schulen nur eine moralische Bedeutung haben mußte. Doch konnten freilich Lehrer wie Beamte darauf hinweisen, daß ihnen der Mangel an Licht und an Verkehrsmitteln, sehr bald auch an Kohlen, die Ausübung ihrer Tätigkeit unmöglich mache. Die Beamten traten nach kurzem Zögern ebenfalls auf die Seite des Gegenausstandes, ebenso die Eisenbahnbeamten, die von der Gegenseite zuerst lediglich in eine besondere Lohnbewegung gelockt worden waren, dann aber, von den Unabhängigen sich abwendend, durch die Verweigerung jeder Arbeit die von den Unabhängigen beabsichtigte Zufuhr von Lebensmitteln unmöglich machten. Nur die Post-, Telegraphen- und Telephonbeamten blieben der Neutralität unbedingt treu und verrichteten ihre Tätigkeit, soweit sie möglich war, weiter.

Es trat also am 27. Februar der Zustand ein, daß in der Tat beinahe *alle*

Digitized by Google

Räder stillstanden — wer die Stadt verlassen wollte, fand erst in etwa drei Stunden Entfernung die Möglichkeit zur Bahnfahrt, das Bild, vor allem der inneren Stadt, glich mit den geschlossenen Läden einem ständigen Feiertage — nur die Lebensmittelgeschäfte waren auf beiden Seiten vom Ausstand ausgenommen worden und sie verkauften, solange sie noch etwas hatten, täglich freilich mit geringerem Angebot. Einige Autos und Droschken fuhren, sonst sah man nichts als Fußgänger; abends stockdunkle Straßen und spärlich erleuchtete Fenster. Täglich Versammlungen und Demonstrationen, eine zunehmende drohende Haltung der streikenden Arbeiter — durch den Hinweis auf sonst unvermeidliche Plünderungen erpreßte die Streikleitung vom Oberbürgermeister der Stadt 400 000 Mark, die zum Teil zur Arbeitslosenunterstützung, zum Teil zur Befriedigung von Streikenden verwandt wurden; 50 000 Mark davon unterschlug ein Zuchthäusler, dem man die Verwaltung dieses Geldes übertragen hatte! Im Großen wurde die Ordnung gewahrt — sie kam erst in den letzten Tagen ins Wanken, als zur Abwehr der gefürchteten Regierungstruppen die unabhängige Arbeiterschaft bewaffnet wurde — die Sicherheit von Leben und Eigentum begann an einem Faden zu hängen. Doch kam es, wie vorher nur zu einigen wenigen Plünderungen, auch jetzt nur zu harmlosen nächtlichen Schießereien, zur zwecklosen Beschießung einzelner Villen und zu unzähligen Belästigungen des Publikums durch die sogenannte Sicherheitswehr und ihre bewaffneten Helfer aus dem Arbeiterstand. Es sei aber ausdrücklich anerkannt, daß der gesunde Sinn der Bevölkerung auf beiden Seiten die Oberhand behielt und Gewalttaten auszuschließen vermochte.

Fern von jedem Rechte war aber das Verhalten der unabhängigen Streikleitung. In wilden Formen übte sie eine Gewaltherrschaft aus, die nur mit dem Worte Terror hinreichend gekennzeichnet werden kann. Sämtliche Zeitungen wurden unterdrückt, auch die mehrheitssozialistische „Freie Presse"; die „Leipziger Volkszeitung" zwang in schonungslos kapitalistischer Ausbeutung das Publikum, sich neue Nachrichten aus Stadt und Welt nur aus ihr zu holen. Auf eine Vorstellung der Leipziger Zeitungsverleger erfolgte die Antwort: das Erscheinen der bürgerlichen Presse sei unnötig; man habe die Macht und werde sie gebrauchen. Als der Bürgerausschuß mit Flugblättern arbeitete, wurden die — meist studentischen — Flugblattverteiler verhaftet, wo man sie ergreifen konnte, die Verhafteten wurden in schändlichster Weise mißhandelt und einzelne während ihrer Gefangenhaltung zu Arbeiten wie Reinigen der Bedürfnisanstalten der Wachen gezwungen. Der Amtshauptmann des Bezirks Leipzig wurde verhaftet und von drei Bewaffneten durch die Stadt zum Polizeiamt geführt; gegen den Vorsitzenden und gegen den Geschäftsführer des Bürgerausschusses wurden Haftbefehle erlassen; der Direktor der Reichsbank, der Zahlungen verweigerte, wurde fast eine Woche lang, ebenso wie sein erster Beamter, in seiner Wohnung mit Hausarrest belegt.

Digitized by Google

Die staatlichen und städtischen Beamten, die doch nur gleich den Arbeitern von ihrem Streikrecht Gebrauch machten, wurden mit Dienstentlassung und Entziehung des Ruhegehalts bedroht und es fiel das naive Wort: gegen die Arbeiterschaft zu streiken, sei nicht erlaubt! Mit allen Mitteln versuchte man die Beamtenschaft zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bringen, und wie man die Apotheken am dritten Tage gewaltsam öffnete und zur Arbeit zwang, so auch diejenigen Beamten, die mit Ausgabe der Lebensmittelkarten und mit Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung betraut waren. In den Vororten wurden Ärzte mit Waffengewalt abgeholt und zu Kranken geführt — aber gerade der Widerstand der Ärzte blieb unerschütterlich. In den Kliniken war naturgemäß jede operative Tätigkeit infolge des Mangels an Elektrizität, Gas und Heizung unmöglich. In die Universität brachen bei Nacht 50 Bewaffnete ein, um nach einem angeblichen Waffenlager zu suchen!

Der Bürgerausschuß hatte die Sammlung und Zusammenhaltung seiner Anhänger nicht eben leicht. Nur durch heimlich gedruckte Flugblätter war eine Aufklärung der Bevölkerung möglich; aber die Druckorte wurden zum Teil vom Gegner entdeckt, die Flugblattverteiler verhaftet und Tausende von Flugblättern immer wieder „beschlagnahmt". Die Geschäftsstelle des Bürgerausschusses wurde vom Gegner militärisch besetzt und versiegelt — die Streikleitung der Unabhängigen, in Personalunion zugleich Arbeiter- und Soldatenrat, machte sich zur staatlichen Behörde und erließ ihre amtlichen Verordnungen. So wurde von ihr in der zweiten Hälfte der Kampfzeit eine Art Belagerungszustand über die Stadt verhängt: nach 9 Uhr abends durfte niemand mehr ohne Ausweis die Straße betreten! Der Bürgerausschuß blieb trotzdem in ständiger und sogar täglich zunehmender Fühlung mit seinen Anhängern. Nicht nur, daß immer neue Tausende von Flugblättern heimlich hergestellt und immer geschickter verbreitet wurden, — auch in täglichen und an wechselndem Ort veranstalteten Zusammenkünften gelangte man zum Austausch und zur Paroleausgabe. Kamen bei der ersten Zusammenkunft etwa 100 bis 200 Personen, so waren es an den letzten Tagen wohl 1500 bis 2000, und die Gesinnungsgemeinschaft und der Mut zum Ausharren stärkte sich von Tag zu Tag — sie stieg im Verhältnis zu den vom Gegner angewandten Gewaltmitteln.

Nach einer Woche wurden die ersten Zeichen sichtbar, daß der Generalstreik nicht zum Ziele kommen werde. Die Führer waren sich nicht einig; eine radikalere Richtung hatte den früheren, klügeren Führer der Bewegung bei Seite geschoben — von ihm nun kam die erste Kritik, daß der Kampf verloren sei. Die Masse der Arbeiterschaft war ohne Freude am Streik, seit sie erfahren hatte, daß auf Auszahlung der Löhne keine Aussicht sei, und unter dem Mangel an Gas, elektrischem Licht und Kohle litt der Arbeiter genau so wie jeder andere. Es zeigte sich, wie

Digitized by Google

leicht beim Generalstreik der Bogen überspannt und den eigenen Anhängern Schaden zugefügt wird. Die Eisenbahnbeamten weigerten zudem jede Gefolgschaft; man hatte gehofft, daß sie Milch und Lebensmittel in besonderen Zügen der Stadt zuführen würden, aber sie lehnten jede Arbeit ab, und so traf vor allem der Milchmangel die Arbeiterbevölkerung aufs härteste. Da die Banken jede Zahlung verweigerten, so fehlte das Geld für Arbeitslosen- und Streikunterstützung. Der Ausstand der Ärzte zeigte sich zudem als eine höchst wirksame Waffe — die Kranken schoben die Schuld dem Generalstreik und nicht den Ärzten zu, da vor allem in den Kliniken die tatsächliche Behinderung offen zutage lag. Man mußte zugeben, daß man die Widerstandskraft des Bürgertums unterschätzt habe; war es auch nicht möglich, die Kleinläden der Vorstädte durchgängig zum Schließen zu bringen, so gab es doch genug kleine Kaufleute, die im Gegenausstand tapfer verharrten und das wirtschaftliche Leben zum Stillstand brachten. Die Nachrichten von auswärts konnten, trotz aller Entstellung durch die „Leipziger Volkszeitung", den Mut der Unabhängigen nicht heben: im Kohlengebiet südlich von Leipzig wurde die Arbeit schon nach einer Woche wieder aufgenommen, Halle wurde von Regierungstruppen besetzt. Weimar trat nicht in den Generalausstand ein. So löste sich die große Absicht in Teilkämpfe aus. Und so verschwand in Leipzig in der zweiten Kampfwoche die Parole vom Sturz der Reichsregierung und vom Rätesystem, und die Forderung von Betriebsräten trat im Rückzugsgefecht an die Stelle. Als der sächsische Minister des Innern in dieser Hinsicht eine gewisse Zusage machte, benutzte man sie mit höchstem Eifer und brach unter dem Vorwand eines Teilerfolges am 10. März nach elftägiger Dauer den Generalstreik ab. Der Versuch, von den Leipziger Industriellen durch Verhandlung in Sachen der Betriebsräte Zugeständnisse zu erzielen, schlug völlig fehl — so begnügte man sich mit der Zusage eines Ministers, an dessen Unzuständigkeit in einer Reichsangelegenheit kein Mensch im Zweifel sein konnte. Daß dieser Minister — der ganz linksstehende Mehrheitssozialist Schwarz — seine Vermittlung in Leipzig, zu der ihn die sächsische Regierung aufgefordert hatte, so auffaßte, daß er n u r mit den Unabhängigen verhandelte, daß er sich sachlich ganz auf ihre Seite stellte, daß er den Beamten das Streikrecht absprach und jedes Gefühl dafür vermissen ließ, daß gerade wir andern f ü r die Regierung kämpften, sei nebenbei erwähnt — ein solcher Vorgang läßt erkennen, wie weit wir noch von neuer Staatsautorität und von ministeriellem Pflichtgefühl entfernt sind.

Der Zusammenbruch des Leipziger Generalstreiks hat gezeigt, daß die schärfsten Waffen doch nicht die stärksten sind, und daß sich Bürgertum und Mehrheitssozialisten nur auf ihre Kraft zu besinnen brauchen, um solche Kämpfe siegreich zu bestehen.

Digitized by Google

Bayern

Von Alwin Saenger (München), Mitglied d. bayer. Landtages

Unser Mitarbeiter A. Saenger, Mitglied der mehrheitssozialistischen Fraktion der bayerischen Landesversammlung, stellt uns die nachfolgende Charakteristik der politischen Situation Bayerns, wie sie sich für die jetzt führende Partei darstellt, zur Verfügung.

München, den 19. März 1919

Habemus papam! Nach einer regierungslosen Zeit von 25 Tagen hat Bayern wieder eine Regierung, die Voraussetzung und Grundlage jeglicher staatlichen Ordnung. Daß wir über drei Wochen in einem chaotischen Fortwursteln dahinleben konnten, ohne völlig zusammenzubrechen, ist zum guten Teil wohl auf das dynamische Gesetz zurückzuführen, daß eine jede Maschine nach Abstellung des treibenden und leitenden Kraftstromes noch eine gewisse Zeit bis zum völligen Stillstand selbsttätig läuft. Die durchaus passive Natur des südlichen Bayern, die die Signatur vornehmlich der Hauptstadt ist, mag ein übriges getan haben, um das vollendete Chaos eines Bürgerkrieges zu verhindern. Diese Passivität des nationalen Charakters im bayerischen Süden macht es wohl auch verständlicher, wie dieses Volk der Ur-Bayern so lange nicht erkennen wollte und konnte, daß sich ihnen in der Hauptstadt des Landes Führer aufdrängten, die, von fremder Stammes- und Wesensart, der reinste Hohn auf bayerische Verhältnisse, bayerisches Denken und Fühlen, bayerische Charakterveranlagung sind. Ich glaube — in allem Ernst gesprochen —: an dieser weltgeschichtlichen Posse, daß sich Preußen und Landsleute aus Galizien als bayerische Partikularisten im Kampfe gegen die sozialistische Reichsregierung aufspielten und die Führung des Landes an sich zu reißen suchten, ist psychologisch die eingeborene Freude an den Tollheiten des irdischen Münchener Karnevals nicht ganz unschuldig. Aber München ist nicht Bayern. Hätte die ratlose Räteregierung in der Hauptstadt noch länger ihre gänzliche politische Hilflosigkeit vor dem Lande geoffenbart, so wäre zweifellos gegen diesen Münchener Partikularismus das übrige Bayern zu Felde gezogen. In diesen Zeiten des Streits und Widerstreits, der ermüdenden Erregung uferloser Versammlungsdebatten und persönlichster Auseinandersetzungen, der Ungewißheit und Trostlosigkeit gibt eines dem geschichtlich Gebildeten doch immer bald wieder das Gefühl politischer Sicherheit und Selbstvertrauens: die unumstößliche, durch die Geschichte der Jahrtausende erhärtete Wahrheit, daß nichts Naturwidriges dauernden, ja nur längeren Bestand haben kann. Naturwidrig aber waren die Verhältnisse in München nach den politischen Morden des 21. Februar wahrhaftig. Daß die neuen „Führer" und Verfechter allerradikalster Ideen in der Hauptstadt dies nicht wahrnahmen, beweist ihre politische Unzulänglichkeit oder ihre politische

Digitized by Google

Unehrlichkeit. Als Wirkung der Münchener Zustände zeigten sich im Lande Symptome, die auch heute noch nicht vollends verschwunden sind und auf einen starken Willen, sich von München abzusondern, namentlich in Schwaben und Franken hinweisen. Vornehmlich in Mittelfranken drohte eine ernste Gefahr durch separatistische Gelüste. Wäre es nicht endlich gelungen, wieder geordnete Verhältnisse zu schaffen, so würden wir binnen kurzem in München vollkommen isoliert worden sein, was vor allem Hungersnot zur nächsten Folge gehabt hätte. Es ist von Bauernbündlern selbst im Rätekongreß erklärt worden, daß das Land eine Räterepublik niemals anerkennen würde. Die Idee des „revolutionären" Bauern, wie sie kindlich in so manchen Köpfen städtischer, revolutionärer Ideologen spukt, ist in einem agrarischen Lande, wie Bayern, in dem der Bauernstand zum größten Teile über gesicherten Eigenbesitz verfügt und tiefgläubig christlich gesinnt ist, doppelt töricht. Vom 21. Februar ab gingen die Fleisch- und Milchlieferungen nach München außerordentlich zurück; der Grund lag zweifellos in der politischen Konstellation. Worte wie: „der närrischen Gesellschaft da drinnen (München) liefern wir nichts mehr, eh' nicht wieder Ordnung herrscht" hat man auf dem Lande nicht vereinzelt gehört. Der „Fränkische Kurier" konnte vor wenigen Tagen eine Zuschrift über „Franken und Altbayern" veröffentlichen, in der es u. a. hieß:

„Geographisch schaut Frankens Antlitz nach dem Westen, dorthin weisen seine Flüsse und das angestrebte Kanalsystem. Von dort her kommt auch die Kohle — unser Lebensnerv .... Bei aller Vorliebe einzelner für Weißwürste und Wadelstrümpfe ist uns Franken der bayerische Charakter wesensfremd ..... Bayern ist ein Kunstprodukt aus einer Zeit, da Fürstenkongresse Länder und Völker verschacherten, München eine künstliche Pflanze, gehegt und verhätschelt durch Fürstengunst zum Nachteil der schaffenden Städte, besonders Nürnbergs, Augsburgs usw. ..... Wenn in München das Chaos so weiter geht, so gibt es für uns einen höchst einfachen Ausweg: Wir gründen eine Republik Nordbayern, die die drei fränkischen Kreise und die Oberpfalz umfaßt .... München mag dann sehen, wo es bleibe. München und Altbayern ist auf uns und das übrige Deutschland angewiesen, nicht umgekehrt."

Politische Auflösung Bayerns, vollständige Isolierung Münchens und Ernährungskatastrophe für die Landeshauptstadt, das also waren die drohenden, nächstliegenden Folgen der sogenannten „zweiten" Revolution. Diesen Titel verdienen die Ereignisse nach den Mordtaten des 21. Februar nur in sehr beschränktem Maße. Denn einmal handelt es sich doch nur um mehr oder weniger zufällige Geschehnisse, die nicht aus revolutionärer Notwendigkeit, sondern lediglich aus dem Zufall eines fanatischen Verbrechens geboren wurden, dann aber trug die an Eisners Ermordung anknüpfende Gestaltung der Dinge einen viel zu lokalen Charakter, entbehrte doch allzusehr einer dem ganzen Lande eigentüm-

Digitized by Google

lichen, aus einer geschichtlichen Entwicklungsphase hervorbrechenden Bewegung, um sich auch nur einigermaßen mit der weltgeschichtlichen Bewegung der Novembertage messen zu können.

Der Politiker konnte den politischen Ereignissen gegenüber eine zweifache Stellung einnehmen: entweder — vulgär, aber deutlich gesagt — den Karren laufen lassen, oder einen Ausgleich mit den Gegnern suchen. Andere Möglichkeiten bestanden nicht. Zur ersteren Eventualität sei bemerkt: die „Roßkur", alles laufen zu lassen, hätte zweifellos den einen großen Vorzug gehabt, dem Volke in wenigen Wochen sinnfälligst zu beweisen, welches Erdenglück eine Herrschaft der kommunistischen und sonstigen überrevolutionären Staatsmänner den Volksmassen zu schaffen in der Lage wären. Die Theorie der revolutionären Phrase wäre alsbald durch die Allgewalt des tatsächlichen Lebens als ein Narrenspiel enthüllt worden. In den drei Wochen, in denen der Rätekongreß in München durch ein fruchtloses Schwätzen, gegen das jedes bürgerliche Parlament noch als ein Eldorado der Tat erscheinen muß, jegliche Negation positiv schaffender Arbeit vor dem ganzen Lande bewies, hat sich diese Vertretung einer kleinen, zum großen Teil unter dem Einfluß landesfremder Agitatoren stehenden Minorität des Volkes so sehr kompromittiert, daß man den gewaltsamen Unwillen des gesamten bayerischen Volkes alsbald erwarten durfte. Dies um so mehr, da sich die Anarchisten, Kommunisten und Bolschewisten des Kongresses, in ideologischer Verhimmelung ihrer eigenen Tatkraft, den unfruchtbaren „Parlamentarismus" nicht genug schmähen konnten. Hätte man aber dieses Radikalmittel des Selbstmordes der revolutionären Demagogie gewählt, so wären die Opfer an Gut und Blut voraussichtlich außerordentliche, ein vollkommener wirtschaftlicher Zusammenbruch bei der Unfähigkeit der Überradikalen unvermeidlich gewesen. Den Bürgerkrieg zu vermeiden und den Staat nicht an den Abgrund durch revolutionäre Tollheiten stürzen zu lassen, mußte um so mehr als der richtigere politische Weg erscheinen, da ein Ausgleich mit den Gegnern nicht völlig aussichtslos erschien, der Wunsch hiernach angesichts der „schrecklichen, regierungslosen" Zeit auf der Gegenseite immer deutlicher zutage trat und die Dauer eines Abkommens nicht zu pessimistisch beurteilt werden brauchte.

So kam am 7. März 1919 nach langwierigen Vorverhandlungen unter der Führung von uns Mehrheitssozialisten zwischen unserer Partei, einer Abordnung des Rätekongresses und der Unabhängigen Sozialdemokraten sowie dem Bayerischen Bauernbund eine Vereinbarung zustande, der — wenn auch unter Protest — später die bürgerlichen Parteien ihre Zustimmung gaben. Diese Vereinbarung ermöglichte die Wiedereinberufung des Landtages zu einer kurzen, aber sehr fruchtbringenden und bedeutungsvollen Tagung. Unter außergewöhnlichen Sicherheitsmaßnahmen trat die bayerische Volksvertretung Montag, den

Digitized by Google

17. März, wieder zusammen. Sie tagte an zwei Tagen im ganzen drei Stunden. Was gemeinsamer Wille zur Arbeit und zur Wiederaufrichtung eines schwer darniederliegenden Landes vermag, beweist diese kurze Tagung des Parlaments. In den wenigen Stunden seines Beisammenseins hat es mehr geleistet für das Volk und für die Wiederaufrichtung des Staates, als der schwätzende Rätekongreß in Monaten zuwege gebracht hätte. Die Wirkung dieser arbeitsreichen Stunden wird sich im bayerischen Volke sicherlich zeigen. Wichtigste Gesetze, die gesetzgeberische Notwendigkeiten im Geiste der deutschen Revolution festlegten, wurden einstimmig von der Volksvertretung angenommen. Die Familienfideikommisse, die adeligen Stamm- und Hausgüter sowie Familiengüter, die im Erbverbande stehen, sind aufgehoben, die verliehenen Lehen aufgelöst worden. Durch die einstimmige Annahme eines Übergangsgesetzes wurde Ordnung in das Durcheinander der Revolutionsgesetzgebung gebracht. Der bayerische Adel hatte einen parlamentarischen Todeskampf von zweiundzwanzig Sekunden zu bestehen; er existiert nicht mehr. Das vorläufige Staatsgrundgesetz des Freistaates Bayern, ein Vermächtnis Kurt Eisners, fand einstimmige Annahme. Ebenso wurde erledigt ein Notgesetz über die Weiterführung des Staatshaushaltes, das einigermaßen Übersicht über die Finanzen des Volksstaates Bayern bringt. Endlich wurde das nächst dem Verfassungsentwurf wichtigste Gesetz über die Ermächtigung der Regierung zu gesetzgeberischen Maßnahmen einstimmig angenommen. Um schnellste, reibungslose, erkennbare Arbeit zu leisten, hat der Landtag der sozialistischen neuen Regierung weitgehende legislative Berechtigung zur Durchführung dringender sozialer Maßnahmen erteilt. Diese beziehen sich vor allem auf die Schaffung eines umfassenden Selbstverwaltungsrechts, auf die Sozialisierung der Bergwerke und Wasserkräfte, auf die Fortbildung des sozialen Arbeiterrechts, die Schaffung kleinbäuerlicher Ansiedlungen zur Bekämpfung des Großgrundbesitzes und der Wohnungsnot, auf eine großzügige Lösung der Arbeitslosenfrage und die Schaffung einer freiwilligen Volkswehr mit gleichzeitiger Auflösung des stehenden Heeres. Die Mitwirkung der Volksvertretung an neuen, größeren Gesetzen und an der Verwaltung der Staatsgeschäfte ist durch die Einsetzung zahlreicher Ausschüsse sichergestellt. Der bayerische Landtag, der eine wirkliche, auf Grund des freiesten Wahlrechts der Welt zusammenberufene Volksvertretung darstellt, hat den Vielrednern des Rätekongresses deutlich gezeigt, wie man zum Wohle des Landes arbeiten muß. Durch diese zweitägige, arbeitsreiche Tagung der bayerischen Volksvertretung ist der bayerische Rätekongreß in seiner jetzigen Zusammensetzung von selbstgewählten Delegierten, Zufalls-Revolutionären und jugendlichen Akademikern noch unmöglicher geworden, wie er es schon war.

Dem Rätegedanken selbst, der eine große geschichtliche Wahrheit enthält, haben wir damit keineswegs ein Urteil gesprochen. Der eigentliche Kern dieses Räte-

Digitized by Google

gedankens ist der durchaus berechtigte Wille des Volkes, selbst zu regieren in der Form der Selbstverwaltung. In Gemeinde, Distrikt, Kreis und Zentralstelle will und muß die lebendige Kraft der arbeitenden Klassen zur Erledigung aller gemeindlichen und staatlichen Geschäfte mit herangezogen werden. Die Voraussetzung ist selbstverständlich für jeden Demokraten, daß jeder ehrlich Schaffende in der Räteorganisation zu Wort kommen kann. Von diesem Gesichtspunkt aus ist denn auch jene obengenannte Vereinbarung vom 7. März 1919 geleitet. Sie hat ausgesprochen, daß in den Vertretungen der Gemeinde, Bezirke, Kreise und staatlichen Behörden den Räten das Recht der praktischen Mitarbeit durch Abordnung in diese Körperschaften zusteht. Im Ministerium des Innern wird ein Referat für die Räteorganisation errichtet. Gleichzeitig betont aber auch jene Vereinbarung, daß die Neuwahlen der A.u.B.-Räte alsbald nach den Grundsätzen der Verhältniswahl in ganz Bayern vorzunehmen sind.

Das neue sozialistische Ministerium steht vor der schwierigsten Aufgabe, die je eine Regierung zu lösen hatte. Gelingt ihr die Lösung — und es besteht hierfür berechtigte Hoffnung — so werden auch die Stürme künftiger kommunistischer Putsche, die nicht ausbleiben, überwunden werden. Nötig hierzu ist vor allem eine befriedigende Lösung der Rätefrage, und auch hier besteht Hoffnung, daß zur Zufriedenheit der arbeitenden Massen der Stand der geistigen und körperlichen Arbeiter zur vollkommensten politischen Geltung gelangen wird. Wir sind in Bayern bis jetzt in der Rätefrage andere Wege gegangen als die Regierungen der Bundesstaaten und die Reichsregierung. Ich glaube, daß wir einer Lösung näher sind, als die anderen Staaten. Und es erscheint nicht unwahrscheinlich, daß die unserem bayerischen Volke eingewurzelte Demokratie Vorbilder schafft, die erst später auch von anderen als richtig anerkannt werden.

Für uns Sozialisten ist es eine traurige Genugtuung, daß wir in diesen Zeiten berufen sind, unser Land vor dem Untergang zu bewahren. Welcher Wandel der Zeiten von dem Schimpf über uns „vaterlandslosen Gesellen" bis zum sozialistischen Ministerium dieser Tage. Die Männer, denen unser bayerisches Vaterland jetzt anvertraut wurde, sind in der parteipolitischen Bewegung bekannt; bekannter noch mögen sie durch ihre guten Taten werden. Der Ministerpräsident Hoffmann, früher Lehrer in der Pfalz, ist ein außergewöhnlich klarer Kopf. Mit aufrichtigstem Bedauern sieht man aus dem Justizministerium meinen trefflichen Parteifreund Johannes Timm scheiden, dessen Gesundheit in den letzten Wochen schwer gelitten hat. Eine Folge jener fluchwürdigen Attentate des 21. Februar ist, daß Erhard Auer, von der Kugel des Mörders getroffen und auf schweres Krankenlager geworfen, sein Ministeramt niederlegen mußte und auf sehr lange Zeit hinaus dem politischen Leben entzogen sein wird.

Das Ministerium Eisner-Auer wird einst eine eingehende geschichtliche Dar-

Digitized by Google

stellung erfahren. Die Worte, die Ministerpräsident Hoffmann in der gestrigen Kammersitzung für die beiden Führer sprach, zeichnen ihr Charakterbild vollendet: Eisner, eine Sehernatur von rücksichtslosem, fast fanatischem Wahrheitsdrang, auch als Politiker ein Dichter, Auer Organisator, aber nicht der plötzlichen Umwälzung, sondern der langsamen Entwicklung und zielklaren, energischen Arbeit. Weil Erhard Auer, aus dem Arbeiterstande emporgestiegen, von der Hand eines Arbeiters niedergestreckt wurde, war jene fürchterliche Szene vom 21. Februar im Landtagssaale für jeden nicht Verlierten so unsagbar erschütternd und niederdrückend. Daß diese Tat, deren Begleitumstände von beispielloser Roheit waren, unter Arbeitern ein Bravo auslösen konnte, daß diese dreifachen Mörder sich der Protektion derer erfreuen durften, die für eine bessere Welt, eine edle Menschlichkeit zu kämpfen vorgeben, zeigt, daß erst zaghafte Anfänge wirklicher Kultur der Erde ihr schwaches Licht schenken. Aber nun, da wir doch wieder die Kraft zur Neuordnung in unserem engeren Vaterlande fanden, wollen wir uns nicht dem Zweifel hingeben, sondern glauben, daß es ein endliches „Aufwärts" gibt.

Die Versklavung Deutschlands

Ein amerikanischer Statistiker hat kürzlich berechnet, wieviel Tage im Jahre fortab der einzelne Bürger arbeiten muß, um die Kriegskosten zu verzinsen. Für Deutschland kommt er dabei zu dem Ergebnis, daß 100 Tage im Jahre dazu nötig seien. Diese Annahme war wohl noch zu günstig, denn sie geht von einem Nationalvermögen aus, wie wir es vor dem Kriege hatten und stellt auf der anderen Seite anscheinend manche indirekte Kriegslasten, wie etwa die Schulden der Gemeinden und die Verpflichtungen gegenüber den Kriegsinvaliden nicht voll in Rechnung. Nun ist dieses Resultat schon an und für sich trostlos genug. Es würde eine Lösung nur dadurch möglich sein, daß man durch sehr kräftige Vermögensabgaben die festen Lasten möglichst schnell verringert. Nun kommen aber zu diesen Lasten noch die Anforderungen unserer Feinde. Im Augenblick der Niederschrift dieser Zeilen sind nur halboffiziell Pläne der Entente veröffentlicht worden, und diese genügen schon, um zu zeigen, bis zu welchem Grade des Wahnsinns man in den Kreisen unserer Feinde gekommen ist und wie der Ausspruch Fochs, man dürfe Deutschland die Hand nicht von der Gurgel lassen, offenbar den Beifall weiter Kreise in England und Frankreich findet. Wir wollen hier nicht von dem etwas unklaren Projekt sprechen, Deutschland jährlich 10 bis 15 Milliarden Tribut aufzuerlegen, sondern uns an den Plan halten, den soeben die „Morning Post" veröffentlicht, ein Blatt, dessen finanzieller Teil Anspruch darauf erheben kann, ernstgenommen zu werden. Es spiegelt sich hier gewöhnlich

Digitized by Google

die Anschauung des chauvinistischen Teils der Londoner City wieder. Dort wird folgender Plan zur Versklavung Deutschlands aufgestellt: Alles in allem müßten 10 Milliarden Pfd. Sterl. (das sind also nach dem alten Währungsverhältnis etwa über 200 Milliarden Mark, nach dem heutigen Währungsverhältnis etwa 450 Milliarden Mark) von Deutschland entrichtet werden. Es sei nun ein Unding anzunehmen, daß Deutschland zahlungsunfähig sei. Es käme nur darauf an, die Sache richtig anzupacken. Vorweg könne man ja die nach englischen Behauptungen noch vorhandenen 1200 Millionen Pfd. Sterl. ausländischer Guthaben Deutscher beschlagnahmen. Dann aber beginnt erst der eigentliche Finanzplan, und der ist wie folgt:

Deutschland sei sehr wohl imstande, alljährlich 750 Millionen Pf. Sterl. (also selbst nach dem alten Währungsverhältnis 5 Milliarden Mark) aufzubringen. Davon soll vorweg ein Drittel dazu dienen, um die Kriegsentschädigung an die Entente zu zahlen. Den Rest könne Deutschland für eigene Zwecke verwenden. Nun sei es freilich nicht denkbar, daß bei der heute schon sehr stark entwerteten Valuta Deutschland in der Lage wäre, diesen jährlichen Tribut von 250 Millionen Pfd. Sterl. an seine Feinde zu zahlen. Deshalb werde man für die ersten fünf Jahre das Geld in Deutschland belassen und es dort an Städte und industrielle Unternehmungen mit hypothekarischer Sicherheit ausleihen. Auf diese Weise hätten die Alliierten nach fünf Jahren in Deutschland Guthaben von 1250 Millionen Pfd. Sterl. In den nächsten fünf Jahren würde dann die Hälfte des Tributs, für die natürlich eine besondere Sicherheit zu schaffen wäre, an das Ausland gehen; der Rest bliebe wieder in Deutschland. Während der folgenden fünf Jahre müßte dann Deutschland jährlich 300 Millionen Pfd. Sterl. tatsächlich bezahlen, so daß nach 15 Jahren die Alliierten 5300 Millionen Pfd. Sterl. erhalten hätten, und zwar 3375 Millionen Pfd. Sterl. in bar. Der Rest wäre in Deutschland angelegt. So würde die Tributzahlung weitergehen, bis schließlich alles auf Heller und Pfennig bezahlt sei. Selbst die „Morning Post" sieht ein, daß mit diesen Plänen gewisse Gefahren verbunden seien, da das deutsche Volk ja schließlich gegen diese schweren Steuerlasten revoltieren könne, aber mit dieser Gefahr sei ohnehin zu rechnen. Im übrigen gäbe es ja hierfür einen sehr guten Schutz und das sei der Völkerbund; denn erst wenn Deutschland seine Verträge bis zum letzten Punkt erfüllt habe, habe es Aussicht, in diese Liga aufgenommen zu werden.

Man soll sich davor hüten, derartige Pläne allzu leicht zu nehmen und etwa zu glauben, es handle sich nur um die Stimme einer einzelnen, unmaßgeblichen Seite. Das Gegenteil ist der Fall. Tatsächlich wird mit ähnlichen Ideen allenthalben drüben gerechnet, und man hat in diesen Berechnungen immer das Gegenstück dessen zu erblicken, was bei uns die wildgewordenen Militaristen und Alldeutschen

Digitized by Google

etwa vor einem Jahre propagiert haben. Damit wird freilich der Gedanke nicht vernünftig, denn er enthält geradezu groteske Rechenfehler. So gibt beispielsweise die Morning Post ohne weiteres zu, daß ihr Plan eine starke Gefährdung für die deutsche Kriegsanleihe mit sich bringe. Das sei aber die gerechte Strafe für die deutschen Verbrecher usw.

Man scheint ganz zu vergessen, daß die Gefährdung des innerdeutschen Zinsendienstes, wie man sie mit einem Federstrich plant, selbstverständlich auch die Gefährdung jeglicher Ansprüche der Entente an uns in sich birgt; denn in dem Augenblick, in dem die Kriegsanleihe ernstlich bedroht ist, ist der völlige Zusammenbruch unserer Wirtschaft, vor allem unseres Finanzgebäudes, gar nicht aufzuhalten. Es wird dann nicht nur fast jeder Kapitalist dem Ruin anheimfallen, sondern auch der gesamte Mittelstand und die Arbeiterschaft, da ja gerade diese Stände direkt und namentlich auch indirekt durch die Sparkassen, Genossenschaften usw. ihre Existenz auf der Sicherheit der Kriegsanleihe aufbauen. Aber ganz abgesehen davon können ja derartige Rechnungen nicht wie eine mathematische Gleichung gelöst werden. Es sind hier vielmehr Imponderabilien zu berücksichtigen, die man in London und Paris zu vergessen scheint, ganz abgesehen v. dem gar nicht auszudenkenden Ausmaß von Haß und Rachsucht, das sich in Deutschland gegenüber derartigen Grausamkeiten ansammeln muß, wird kein deutscher Unternehmer oder Arbeiter nur daran denken, sich der ohnehin so außerordentlich schwierigen Aufgabe des Wiederaufbaues zu unterziehen, wenn er pour le roi de l'Angleterre und Herrn Poincaré arbeiten soll.

Hoffen wir im Interesse der Weltordnung, nicht etwa nur Deutschlands, daß man auf der anderen Seite rechtzeitig erkennt, daß der jetzt beabsichtigte, geradezu wahnsinnige Druck bei uns einen Gegendruck auslösen wird, dessen Wirkungen dann gar nicht mehr einzudämmen sind. Linter.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a I. Für Anzeigen F. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland M. 8.—. Einzelnummer 50 Pfg. / Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 48.

Digitized by Google

4. Jahrgang * 4. April 1919 * Heft 14

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Die Nähe des Rätekongresses macht sozialdemokratische Ministerpräsidenten nervös. Indem sie auf Ludendorff und die Gegenrevolution hämmern, glauben sie sich ein Schild zu zimmern, das sie gegen Richard Müller und dergleichen schützen soll. Die Angst vor der Radikalisierung der eigenen Wähler läßt sie Gespenster sehen. Nun ist es ja gewiß nicht taktvoll, wenn allgemeine Volkskundgebungen, die der Regierung einen Rückhalt geben sollen, von Deutschnationalen zu Parteizielen mißbraucht werden; aber eine Regierung, die Wert darauf legt, ihren eigenen parteipolitischen Charakter ohne falsche Scham zu unterstreichen, hütet sich im eigenen Interesse, nicht in mimosenhafter Empfindlichkeit zu schelten. Sie kann schlechterdings nicht verlangen, daß die rückhaltlose Liebe und Begeisterung, die sie dem alten Regime versagt hat, sich nun in loyaler Fröhlichkeit um sie versammle.

*

Den „Bolschewismus" und die „Gegenrevolution" bekämpft man erfolgreich weder mit dem „Geist" (der sich in Parlamentsreden verbirgt oder äußert) noch mit den berühmten „Taten", die nach rechts und links taktische Zugeständnisse sind, sondern ausschließlich durch eine Politik, deren einziges Ethos eine anständige vaterländische Sachlichkeit ist.

*

Die Feinde lehnen ein internationales Verfahren über Kriegsschuld und ähnliches ab — für sie sind wir längst überführt. Wir protestieren, daß jemand Ankläger und Richter in einem sei. Dafür errichten wir einen eigenen Staatsgerichtshof. Sei's drum! Was soll damit erreicht werden? Eindruck auf die Entente machen wir auch nicht, denn die sagt: wir seien Verteidiger und Richter

Digitized by Google

in einem. Das Rechtsempfinden des Volkes verlange es, sagt man. Uns schien es im wesentlichen nur ein Bedürfnis billiger Entrüstungsdemagogie. Das Ende wird eine banale Groteske sein: daß die Juristerei an der Tragik einer Weltkatastrophe das Unwägbare von Entschlüssen und Verantwortungen in einem grauen Formeldeutsch zusammenschustert.

*

Lloyd George hat vor einiger Zeit auf Bitten Wilsons, Clemenceaus und Orlandos seine dringend benötigte Rückkehr nach London aufgeschoben, um endlich den Friedensvertrag zustande zu bringen. Daß er damit den Bundesgenossen ein schweres Opfer gebracht hat, weil die innerpolitischen Verhältnisse in England sich immer mehr zuspitzen, beweist auch die erste Nachwahl zum Parlament. Zur größten Überraschung hat die Opposition in einem Wahlkreis, wo sie bei der Hauptwahl vor einigen Monaten völlig geschlagen worden war, einen großen Wahlsieg davongetragen. Das erste Zeichen, daß die Ernüchterung nach den Khakiwahlen bereits jetzt einzusetzen beginnt.

*

„Was den Nordschleswigern recht ist, muß den Rheinländern billig sein." Mit diesen Worten tritt die „Kölnische Volkszeitung" für den Rheinischen Sonderstaat ein. In der Hitze des Gefechtes scheint aber das Zentrumsblatt zu übersehen, daß es damit nicht nur die preußische Gemeinschaft ablehnt, sondern sich außerhalb der deutschen Volksgemeinschaft stellt. Denn das Recht der Nordschleswiger beruht ja gerade darauf, daß sie nicht Deutsche, sondern Dänen sind. Diese Offenherzigkeiten des führenden Blattes der rheinischen Sonderbündeleien wird den Zentrumsleuten in der Nationalversammlung, die den Vorwurf der mangelnden Deutschgesinnung mit Entrüstung zurückwiesen, höchst peinlich sein.

*

In der Trübsal parlamentarischer Langeweile wird zur vergnüglichen Oase eine kleine Unterhaltung, die der preußische Minister Heine mit seinem früheren „unabhängigen" Kollegen geführt hat:

Herr Rosenfeld fragt, warum der Adel noch nicht abgeschafft ist. Ich hatte die Absicht, der Reichsregierung vorzuschlagen, den § 360, 8 des Strafgesetzbuches aufzuheben, soweit er die unbefugte Führung des Adelsprädikats unter Strafe stellt. Für uns ist der adlige Name ein Name wie jeder andere. Wenn diese Bestimmung fällt, ja schon vorher, sichere ich dem Abgeordneten Dr. Rosenfeld zu, er kann sich ruhig von Rosenfeld nennen (stürmische Heiterkeit im ganzen Hause); damit ist dann der Adel abgeschafft. (Erneute große Heiterkeit; Zurufe rechts.) Ich werde eben darauf aufmerksam gemacht, was dem Herrn Dr. Rosenfeld vielleicht nicht bekannt ist, daß es eine sehr vornehme Familie von Rosenfeld gibt. (Abermalige Heiterkeit.)

Digitized by Google

Polengefahr und Ostpolitik

Von Dr. Paul Rohrbach

Es ist deutlich geworden, wo die Hauptgefahr des Friedensschlusses für Deutschland sich politisch verdichtet: im Osten, Posen, Westpreußen, Oberschlesien. Die treibende feindliche Kraft ist Frankreich. Sobald die Franzosen sich vorstellen, daß sie es nach dem Frieden mit einem Deutschland zu tun haben werden, daß, wenn auch auf lange hinaus geschwächt, so doch an Menschenzahl bald doppelt so stark sein wird als sie, verlieren sie vor Wut und Angst die Besinnung. Ihrem verzweifelten Willen, Deutschland auf jede Weise zu verkleinern und für die Zukunft niederzuhalten, sekundiert der größere und maßgebende Teil der öffentlichen Meinung in England. Beide Teile zusammen bearbeiten energisch die amerikanische Politik. Im Westen, sieht man ein, wird Entscheidendes nicht zu erreichen sein. Der Übergang von Elsaß-Lothringen an Frankreich verschiebt das bevölkerungspolitische Schwergewicht nur wenig. Elsaß-Lothringen hatte vor dem Kriege knapp zwei Millionen Einwohner; seine Annexion würde also gerade so viel Menschen an Frankreich bringen, wie Frankreich Männer durch den Krieg verloren hat. In Deutschland summieren sich umgekehrt der Verlust des Reichslandes und der Männerabgang durch den Krieg, wir haben aber noch einen Vermehrungsauftrieb durch unsere Geburtenzahl. Sie sinkt zwar gleichfalls, aber sie ist immer noch viel stärker als in Frankreich. Dazu kommt Deutschösterreich, dessen Anfall nicht zu verhindern sein wird. Auf die Dauer ist es nicht einmal der Deutschböhmens. Die Rheinbundpläne, die westdeutsche Republik usw. bieten keine große Aussicht. Auch wenn solch ein neuer Bundesstaat auf Kosten Preußens und einiger kleinerer deutscher Staaten sich bilden sollte, so ist doch nicht daran zu denken, daß er je etwas anderes wird, als ein Stück Deutschland.

Wo also kann das deutsche Land und Volk durchgreifend geschädigt werden? Allein im Osten, und zwar auf doppelte Weise: erstens, indem man uns Gebiet nimmt, und zweitens, indem man einen feindlichen Nachbar damit stärkt. Wird Posen, Stadt und Festung, polnisch, so hat das außerdem vom feindlichen Standpunkt aus den Vorteil, daß die Verteidigungslinie für das gegenwärtige politische Zentrum Deutschlands so nahe an dieses heranrückt, daß die deutsche Regierung von Osten her direkt gefährdet ist. Kommen Danzig, ein Stück Westpreußen und ein Teil der Küste an Polen, so wird Ostpreußen, das womöglich auch um Masuren verkleinert zu denken ist, abgeschnürt und scheidet für alle kritischen Lagen als deutscher Kraftfaktor aus. Mit Oberschlesien würde Deutschland eins seiner wertvollsten Kohle- und Eisengebiete verlieren, das für die Versorgung des deutschen Ostens und für die deutsche Industrie im ganzen unentbehrlich ist. Dazu kommt die bedeutende Verringerung der Siedelungsflächen für die innere Kolonisation

Digitized by Google

und des Spielraums für die deutsche Ernährung. Ohne Posen und Westpreußen ist das Ziel, Deutschland in den wichtigsten Lebensmitteln annähernd auf sich selbst zu stellen, nicht mehr zu erreichen. Wir bleiben dann dauernd dem Ausland tributpflichtig und können nicht daran denken, durch geeignete Maßnahmen in der Landwirtschaft unsere Zahlungsbilanz im internationalen Verkehr zu verbessern und der Gefahr zu begegnen, daß man uns künftig durch bloße Erneuerung der Hungerblockade wieder zu allem zwingen kann, was ein Völkerbund nach dem Herzen der Franzosen und Engländer uns zumuten könnte.

Von welcher Seite man auch die Dinge betrachten möge: die Gefahr im Osten ist furchtbar, sie ist überhaupt die einzig furchtbare für uns auf diesem Gebiet. Die Landung der polnischen Armee in Danzig ist das Ende Westpreußens, und setzen die Franzosen hier ihren Willen durch, so haben sie in der Tat die Vereinigung Deutschösterreichs mit dem übrigen Deutschland wettgemacht. Gerade darum aber können wir gewiß sein, daß sie alles versuchen werden, um ihr Ziel zu erreichen. Die Polen sind für sie die wertvollsten Verbündeten. Für die Zukunft müssen wir mit einer heißen französisch-polnischen Freundschaft rechnen. Polen wird von Frankreich wirtschaftlich unterstützt, sein Heer wird von Frankreich ausgebildet und bewaffnet, seine Festungen werden von Franzosen, seine Flotte wird wahrscheinlich von Engländern gebaut werden. Alles was polnisch ist, wird mit französischer Hilfe seine Organisation zur Feindschaft gegen Deutschland erhalten. Um das so wirksam zu tun, muß Polen so groß wie möglich sein. Es muß nicht nur deutsche, sondern auch litauische, weißrussische, ukrainische Gebiete bekommen. Es muß militärisch, ökonomisch und kulturell ein Vorposten und Vertreter Frankreichs, ein „zweites Frankreich" im Osten werden. Man hofft auch auf kräftige polnische Volksvermehrung, man hofft auf den polnischen Geist, der dem deutschen wesensfremd und mit ihm verfeindet, dem französischen Wesen aber von altersher geöffnet ist. Polen soll der Stein am Halse Deutschlands sein, der uns endgültig hindert, uns aus der Lage eines halb Ertrinkenden zu erheben. Das zu erreichen kann der Entente in der Tat glücken, wenn sie Westpreußen, Posen und Oberschlesien, vor allem aber das erstere, polnisch machen.

Was sollen wir Deutsche dagegen tun? Was können wir überhaupt tun? Nichts weiter, als uns auf unser gutes Recht berufen und alle Folgerungen ziehen, die uns die gegenwärtige Lage gebietet. In den 14 Punkten Amerikas, die die Grundlage des Waffenstillstandes bilden, ist für die polnische Frage ausdrücklich ein billiger Ausgleich zugesagt. Ein Blick auf die Nationalitäten- und Sprachenkarte von Mitteleuropa zeigt: Polen und Deutsche wohnen in der Gegend der bisherigen Ostgrenze Deutschlands so durcheinander, daß es unmöglich ist, eine Trennungslinie zwischen ihnen zu ziehen. Soll die Linie so weit nach Westen gelegt werden, daß sie noch die letzten polnischen Dörfer mit einschließt, so kämen

Digitized by Google

Millionen von Deutschen zu Polen, und würde sie umgekehrt so weit nach Osten geschoben, daß alle Deutschen politisch zu Deutschland gehörten, so würde Warschau deutsch werden müssen; im westlichen Polen leben mehrere hunderttausend deutsche Bauern. Wo die Verhältnisse so liegen, ist es eben nicht anders möglich, als daß eine Anzahl Polen in die deutschen und eine Anzahl Deutsche in die polnischen Grenzen hineinkommt. Die Grenze muß ein billiger und gerechter Ausgleich zwischen beiden Völkern sein; man muß sich gegenseitig darüber verständigen, das nationale Recht der Minderheiten zu achten, und man kann sich vorbehalten, soweit das möglich ist, auf eine langsame Verschiebung der eingesprengten deutschen Teile nach Westen, der polnischen nach Osten hinzuarbeiten. Sicher haben die Polen Anspruch auf Verbindung mit dem Meere. Ihr Wohngebiet reicht aber nirgends bis an die See, sondern es ist von ihr überall durch einen geschlossenen deutschen Bevölkerungsgürtel getrennt. Das gilt selbst, wenn man die Kassuben mitberücksichtigt. Diese aber zu den Polen zu rechnen, ist Unsinn. Es sind im ganzen noch nicht 200 000 Menschen, die keine eigene Kultursprache haben, durch die deutsche Volksschule gegangen sind, im täglichen Leben mit ihren Nachbarn deutsch sprechen und mit Deutschen gemischt wohnen. Zum polnischen Reich haben sie auch früher nicht gehört, sondern zum Herzogtum Pommern. Danzig mit seinem Hinterland und einem Stück Küste, rein deutsches Gebiet, wo die Polen nur eine verschwindende Prozentzahl ausmachen, von Deutschland abreißen und an Polen geben wollen, wäre nackte Gewalt, das Gegenteil von Gerechtigkeit und Ausgleich, die uns vor dem Waffenstillstand versprochen wurden. Polen müsse freie Weichselschiffahrt, einen Eisenbahnvertrag und ein eigenes Freihafengebiet in Danzig-Neufahrwasser haben. Das ist recht und billig, und dem wird sich niemand in Deutschland widersetzen. Danzig ist historisch nie eine polnische Stadt gewesen. Es ist eine deutsche Kulturgründung und kam als innerpolitisch freies deutsches Gemeinwesen nach der Mitte des 15. Jahrhunderts bis zum Ende des 18. an Polen, weil Polen es dem deutschen Orden, dem Kolonisator Westpreußens, entrissen hatte. Wollte jemand auf Grund dieses vorübergehenden Besitzes die Stadt und das Land als polnisches Eigentum in Anspruch nehmen — welche Gebiete außerhalb der heutigen deutschen Grenzen könnte dann nicht alle Deutschland für sich fordern? Ganz Polen ist im Mittelalter zeitweilig ein Vasallenstaat des Deutschen Reiches gewesen!

Will also die Entente Danzig und Westpreußen polnisch machen, so wissen wir, wozu es geschieht: Nicht um der Gerechtigkeit willen, sondern zu dem Zweck, uns durch Vergewaltigung zu schwächen. Der Forderung, polnische Truppen in Danzig landen zu lassen, ist nach Lage der Dinge für uns unannehmbar. Die Reichsregierung hat die Gründe richtig und erschöpfend angeführt. Ebenso unannehmbar sind die Abtretungen, von denen die Rede ist. Will der Feind eins

Digitized by Google

und das andere dadurch erzwingen, daß er den Waffenstillstand kündigt, die Hungerblockade wieder verhängt, in Deutschland weiter vorrückt, neue Gebiete im Westen besetzt, so mag er es tun, falls sich die Alliierten und Assoziierten darüber verständigen, aber dazu würde vor allen Dingen gehören, daß der Präsident Wilson den letzten Rest seines Wortes preisgibt, das wir vor dem Waffenstillstande hatten und das durch die bisherigen Bedingungen und die Ausübung des Waffenstillstandes schon geschädigt genug erscheint. Bisher hat man unter der Hand auch von amerikanischer Seite gehört, daß, wenn es erst zum wirklichen Friedensschluß käme, Deutschland den Wert der ihm vor dem Waffenstillstand gemachten Zusagen schon zu spüren bekommen werde. Sollen aber die Forderungen der Polen verwirklicht werden, so wäre das nichts als blutiger Hohn. Dann ist der Wille klar, uns dauernd schmachvoll niederzuhalten, dann ist der Völkerbund nur der Galgen, um die deutsche Zukunft daran zu henken. Diesem feindlichen Willen gegenüber haben wir zwar kein Heer und keine Waffen mehr, denn die hat die Revolution zerbrochen und verschleudert, aber wir müssen wenigstens so viel Mut bewahrt haben, daß wir uns weigern, selbst die Unterschrift unter Verderb und Schande zu geben. Hätte die Regierung anders gehandelt, so wäre sie moralisch für alle Zeiten gerichtet, und es wäre klar, daß die Revolution, die trotz des Üblen, das sie uns gebracht hat, bisher von vielen als eine Art notwendiges Fegefeuer angesehen worden ist, überhaupt nichts ist, als ein übler Sumpf, der alle deutsche Männlichkeit verschlingt und erstickt.

Ein Freund, der auf der Wacht im Osten steht, schrieb mir neulich: „Wie immer haben unsere Gegner den Vorteil der stärkeren nationalen Begeisterung, die der Masse der Deutschen fehlt. So kämpfen die Posenschen Polen, also ausgebildete deutsche Soldaten, besser, als ein großer Teil der deutschen Regierungstruppen. Selbst Hindenburgs Name bringt das matte und blöde Volk nicht mehr zum Aufschwung. Unserer Ostmark bleibt nur noch die Hoffnung auf eine Jungfrau von Meseritz!"

Das ist nicht, wie man meinen könnte, als ein letzter verzweifelter Spott gemeint. Ob Orleans oder Meseritz, darauf kommt es nicht an, sondern wo auch immer im Herzen eines Volkes der Wille lebt, sich einer schimpflichen Fremdherrschaft nicht zu unterwerfen, da muß sich das daran zeigen, ob, wenn die Not aufs höchste gestiegen ist, eine elementare Bewegung hervorbricht und den Sieg trotz aller Hindernisse an sich reißt.

Warum sollen es auch nicht die deutschen Frauen der Ostmark sein, von denen der Ruf zu den Waffen kommt und das heilige Versprechen an ihre Männer, mit ihnen alles zu tragen, was dann bevorstehen mag? Nur wenn auch die Ostmark sich selber feige ergibt — dann allerdings brauchen wir ihr keine Träne nachzuweinen. Dann ist aber auch Deutschland im ganzen reif für sein Schicksal.

Digitized by Google

An einem anderen Volk, das schwächer und unentwickelter ist, als wir, haben wir ein Beispiel, wie es seine Zukunft gegen die Polen verteidigt: an den Ukrainern. Fast die ganze östliche Ukraine ist von den Bolschewisten überflutet, die dem ukrainischen Gedanken übrigens doch so weit haben nachgeben müssen, in Kiew eine besondere ukrainische Sowjetrepublik auszurufen, aber das Ukrainertum sammelt trotzdem, was ihm an Kräften noch blieb, zum Kampf mit den Polen um das ukrainische Ostgalizien. Man kann ruhig darüber sein, daß die Ukraine nicht untergehen wird. Wollte einer bitter sein, so könnte er sagen: Das ist schon daraus sicher, weil die offizielle und nichtoffizielle deutsche Staatskunst alle Tage bereit gewesen ist, die Ukraine preiszugeben. Die Ukrainer werden noch eines Tages unsere letzte, vielleicht unsere einzige Hilfe gegen die Polen sein, denn wie gegen Deutschland, so richtet sich die polnische Begehrlichkeit und Herrschgier auch gegen die Ukraine und will Stücke aus ihrem Leibe reißen.*) Seit Jahrhunderten lebt der glühende Haß gegen das Polentum in der Ukraine. Hätten wir eine politische öffentliche Meinung und eine Presse, die besser die östlichen Dinge kennte, als es der Fall ist, so wäre das nationale Bündnis gegen die Polengefahr zwischen dem deutschen und dem ukrainischen Volke schon lange fertig, da Deutsche wie Ukrainer heute beide um ihr Dasein kämpfen. Aber kommen wird das Bündnis früher oder später mit Sicherheit — immer vorausgesetzt, daß wir den Mut zu einer Politik der Selbsterhaltung ohne Furcht vor Drohungen mit der Hungerpeitsche bewähren. Die Feinde werden nicht wagen, sie zu schwingen, und tun sie es doch, so ist es ein Beweis, daß sie uns überhaupt nicht leben lassen wollen. Dann wollen wir lieber zugrunde gehen, als klägliches Weitervegetieren durch Schande erkaufen und die Sintflut mag über Europa kommen!

Der Kampf um den Völkerbund

Von Professor Dr. M. J. Bonn, Direktor der Handelshochschule München

Während Wilsons Anwesenheit in Amerika ist der Kampf um den Völkerbund von Paris nach Amerika übertragen worden. Wilson hat in Paris eine Niederlage erlitten. Der dort vereinbarte Entwurf eines Völkerbundes ist kein Völkerbund, sondern ein Sonderbund der Entente zur Sicherung ihrer Kriegsergebnisse. Von Wilsons ursprünglichen Forderungen ist vor allem der Grundsatz der freien See nicht verwirklicht worden.

Bei Wilsons Rückkehr nach den Vereinigten Staaten ist ein lebhafter Kampf der Parteien entbrannt, der einmal an dieses unvollkommene Ergebnis anknüpft.

*) Für die Beziehungen zwischen Deutschland und der Ukraine ist seit einem Jahr die Deutsch-Ukrainische Gesellschaft tätig. Geschäftsstelle: Berlin-Friedenau, Wilhelmshöher Straße 20. Sie gibt die Monatsschrift „Die Ukraine" heraus.

Digitized by Google

Die Erbitterung, mit der dieser Kampf geführt wird, läßt sich aber daraus allein nicht erklären. Dieselbe gründet sich vielmehr einmal darauf, daß in Amerika zwischen den Präsidenten und dem Senat Kompetenzkonflikte üblich sind, zum mindesten, wenn die Mehrheit des Senates als Republikaner zu den Gegnern des demokratischen Präsidenten gehört. Das war in dem jetzt geschlossenen Senat nicht der Fall. Derselbe hatte vielmehr eine demokratische Majorität. Bei den Wahlen vom 5. November 1918 war diese Majorität indes in eine Minorität verwandelt worden. Im neuen Senat haben die Republikaner die Oberhand. Sie wollen ihre Macht den Präsidenten fühlen lassen. Da der neue Senat aber erst im November in ordentlicher Tagung zusammentritt, so suchen sie die Einberufung einer Sondertagung zu erzwingen, in der sie dann den Präsidenten überstimmen können. Es handelt sich dabei nicht um bloßes Parteigezänk. Wilson ist nicht nur bei seinen Gegnern, sondern auch bis zu einem gewissen Grade bei seinen Anhängern, gehaßt und gefürchtet, weil er, sich als Beauftragter des Volkes fühlend, eigenmächtig vorgeht und auf die Empfindlichkeiten des Senats wenig Rücksicht nimmt. Er ist dagegen in den Volkskreisen sehr populär. Wenn er als Vollender des Friedenswerkes zurückkommt, ist er der größte Mann, den Amerika seit Washington gekannt hat. Er kann sich, wenn er will, zum dritten Male zur Präsidentschaft stellen und auf jeden Fall seiner Partei zum Sieg verhelfen.

Zwischen Wilson und der Mehrheit der Republikaner klafft aber auch ein tiefgehender sachlicher Gegensatz. Sie werfen ihm vor, daß durch sein Eintreten für den Völkerbund Amerika für die Ordnung der Welt mithafte und damit aus der Isolierung heraustrete, die bis jetzt als die einzig richtige Politik gegolten habe. Sie haben damit zum Teil recht. Wilson hat Amerika allerdings aus seiner Isolierung losgelöst. Das geschah aber nicht am Konferenztisch in Paris im Februar 1919, sondern im Weißen Haus in Washington im April 1917, als er Deutschland den Krieg erklärte, auf den gerade die Mehrheit der Republikaner leidenschaftlich hingearbeitet hatte. Er hat den Krieg erklärt, weil er eine dauernde Sicherung Amerikas abseits von Europa nicht mehr für möglich hielt. Er will diese Sicherung jetzt durch den Völkerbund herbeiführen. Die Republikaner aber, die in ihren Reihen, vor allem im Osten, zahlreiche Elemente haben, die man als imperialistisch gestimmte bezeichnen könnte, stehen innerlich einem echten Völkerbund skeptisch gegenüber. Nachdem sie sich in die europäischen Angelegenheiten gemischt haben und Amerikas Machtstellung wesentlich gehoben haben, wünschen sie, sich wieder auf die Politik der Isolierung zurückzuziehen. Sie wollen den Willen Amerikas durch internationale Abmachungen nicht binden lassen und appellieren an den Instinkt der Volkssouveränität, der selbstverständlich in einer radikalen Demokratie sehr stark ist. Sie wollen verhindern, so sagen sie, daß ein internationaler Rat erklären soll, ob Amerika zu den Waffen greifen müsse oder nicht. Sie weisen

Digitized by Google

darauf hin, daß die Einmischung Amerikas in europäische Dinge, die das Pariser Völkerbundsinstrument garantiere, umgekehrt eine Einmischung Europas in Fragen des amerikanischen Kontinents bedingen könne. Der Wille der Vereinigten Staaten gilt nach der Monroe Doktrin als Gesetz in der westlichen Halbkugel. Eine Internationalisierung der Welt würde auch diesen Willen binden und beeinträchtigen. Zwar wäre dann die Sicherheit Südamerikas vor europäischen Eingriffen gefestigter denn je, aber diese Sicherheit würde auf dem Willen der Welt und nicht ausschließlich auf demjenigen Amerikas basieren. Dabei betonen die Republikaner, daß der Pariser Völkerbund in seinen Grundlagen englischen Ursprungs sei und daher englischen Interessen diene. Er sichere die englische Weltherrschaft, ohne daß England irgendwelche Opfer bringen müsse — durch die Garantie Amerikas. Sie appellieren damit an das tiefsitzende Mißtrauen gegen England, das in Amerika immer wieder Widerhall findet, und das in letzter Zeit durch die scheinbare Unlösbarkeit der irischen Frage neue Nahrung gefunden hat. Durch den Umstand, daß Irland nicht als selbständige Nation am Friedenstisch sitzt, und daß Präsident Wilson gesagt haben soll, die Irische Frage sei eine interne Frage Englands, ist die Stimmung unter den amerikanischen Iren aufs heftigste erregt worden.

Die Republikaner suchen Wilson durch diese Kritik zu zwingen, den Entwurf des Völkerbundes erst nach Abschluß des Friedensvertrages dem Senat zur Ratifizierung zu unterbreiten. Wie Senator Lodge, der Hauptgegner Wilsons, bekanntgegeben hat, haben sich bereits 37 Senatoren des neu zusammentretenden Senats gegen den Völkerbund in der vorliegenden Form erklärt. Der Senat zählt 96 Mitglieder. Er muß einen Vertrag mit Zweidrittel-Mehrheit ratifizieren; eine Opposition, die heute schon 37 Mitglieder zählt, macht scheinbar das Zustandekommen einer Zweidrittel-Mehrheit unmöglich. Durch diese Erklärung sollte Wilson genötigt werden, das Völkerbundprojekt einstweilen fallen zu lassen, zumal die Kunde von den Widerständen, denen er in Amerika begegnete, die Opposition gegen den Völkerbund in Paris stärken mußte.

Gegenüber dieser Opposition hat Wilson zu seinen alten Methoden gegriffen. Er hat einmal den Versuch gemacht, die Senatoren persönlich zu beeinflussen. Er hat dann bewußt zu erkennen gegeben, daß er sich als Beauftragter des amerikanischen Volkes über den Widerstand des Senates hinwegsetzen werde. Das amerikanische Volk, wie alle Völker der Welt, ersehne leidenschaftlich den Frieden. Es habe ihm die Mission, ihn herbeizuführen, übertragen. Er werde sich nicht dazu hergeben, die Völker der Welt zu enttäuschen, weil die Staatsmänner der Erde die Zeichen der Zeit nicht verstehen. Es gibt nach ihm nur zwei Möglichkeiten für die amerikanische Sicherheit: Entweder der Völkerbund garantiert ihm die Sicherheit, oder Amerika muß, wenn der alte Zustand der Anarchie in der Welt

Digitized by Google

wiederkehrt, sich auf seine eigenen Machtmittel verlassen. Im ersten Falle begibt sich Amerika seiner formalen Souveränität; als mächtiger Ratgeber im Rat der Völker behält es seine materielle Souveränität bei. Im zweiten Falle wird die formale Souveränität durch nichts beeinträchtigt; nach der materiellen Seite aber wird es abhängig sein, und mit ihm alle Völker, von den ehrgeizigen Intrigen, die den Zusammenbruch der Welt gebracht haben. Wilson ist überzeugt, daß das Volk auf seiner Seite steht. Er hat daher dem Senat nicht den Gefallen getan und sich nicht einschüchtern lassen. Er hat die gewünschte Sondertagung nicht einberufen. Er wird den Friedensvertrag von dem Völkerbund nicht trennen, denn nur ein Friedensvertrag, den der Völkerbund garantiert, und der den Grundsätzen des Völkerbundes entspricht, kann dauern. Er wird beide gemeinsam in einem einzigen Instrument seinerzeit dem Senat vorlegen. Der Senat kann ihn formal verwerfen. Amerikanische Senatoren sind aber, auch bei leidenschaftlicher politischer Gegnerschaft, kluge Leute. Sie wechseln eher ihre Auffassung, als daß sie sich lächerlich machen. Wilson weiß, daß sich im gegebenen Moment nicht 37 Senatoren finden werden, die die Ratifizierung des Vertrages verwerfen werden, weil er den Völkerbund bringt. Wenn England, Frankreich, Italien und Japan mit Deutschland Frieden gemacht haben, wird das amerikanische Volk den formalen Kriegszustand nicht aufrecht erhalten, damit einige unentwegte republikanische Senatoren parteipolitische Erfolge haben.

Damit Wilson dieses kühne Spiel erfolgreich spielen kann, ist allerdings eines nötig. Der Völkerbund, den er dem amerikanischen Volk mit dem Friedensvertrag bringt, muß ein echter Völkerbund sein. Er darf nicht bloß ein Garantie-Syndikat sein, das den Alliierten die Beute sichert, ohne künftigen Zündstoff aus der Welt zu schaffen. Wenn Wilson die republikanische Opposition wirklich beseitigen will, dann muß der Völkerbund in Paris ein anderes Gesicht bekommen, als er bis jetzt hat. Sonst werden die Einwendungen, die man heute als parteipolitisch abtun kann, berechtigt erscheinen, und trotz aller Geschicklichkeit wird Wilson schließlich Schiffbruch leiden.

Die soziale Revolution in England

Von Dr. Walter Treuherz

In lapidarer Kürze wird aus England über die sozialen Unruhen berichtet, weil die Stickluft der Pariser Friedensverhandlungen vor dem Föhnsturm der sozialen Revolution bewahrt bleiben soll. Die Königin der Meere ist nicht als Siegerin heimgekehrt, wenn es dem englischen Proletariat jetzt gelingt, seinen Anschluß an die Arbeiterbevölkerung des Kontinents, ja, vielleicht der ganzen Welt zu vollziehen. Darum geht es. Der aristokratische Herrengeist des britischen

Digitized by Google

Volkes, dessen Kostgänger das englische Proletariat bisher gewesen ist, kann in diesen Kämpfen von neuen, stark humanistisch empfindenden Menschheitstypen abgelöst werden. Die wirtschaftliche Monopolstellung des Inselreichs wird von innen erbrochen; der Generalstreik als schärfste Waffe des Klassenkampfes soll — wenn vielleicht auch nur angedroht — den Sieg des Neuen erzwingen.

* * *

Die englische Arbeiterbewegung befand sich in dem Jahrzehnt vor Ausbruch des Krieges in einem kritischen Stadium. In zünftlerisch organisierte Gewerkschaften verkapselt, war sie lange von dem Gedanken der Selbsthilfe beseelt. Sie glaubte an eine Umformung der gesellschaftlichen Schichtung aus eigener Kraft, ohne Inanspruchnahme des Staates. Erst seit der Jahrhundertwende mühte sich die britische Arbeiterschaft, auch den Staat zur Erfüllung ihres sozialen Fürsorgeprogramms nach deutschem Muster zu zwingen, indem sie um die politische Führung im Parlament kämpfte. Feindschaft mit der Bourgeoisie, als deren Gefolgsmannen die Arbeitervertreter opportunistisch bis dahin im Parlament auftraten, war die notwendige Folge. Die Kluft zwischen Lohnarbeit und Kapital erweiterte sich und konnte seitdem nicht mehr überbrückt werden.

Um die Jahrhundertwende etwa begann auch das englische Wirtschaftsleben den Druck des neudeutschen Kapitalismus, der unter dem Schutze der 1879 errichteten Zollmauern seine Organisation vollendet hatte, deutlich zu spüren. Wettbewerb — Krisen machten sich geltend. Die Stetigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung war unterbrochen. Der englische Arbeiter fühlte zum ersten Male die Vorboten des nahenden Weltgewitters. Noch immer war er ein von zünftlerischem Geist erfüllter Arbeiteraristokrat, ein Nutznießer der englischen Kapitalmacht über die Welt. Jetzt lernte er als der wirtschaftlich Schwächere die unbeugsame Härte des um seine Profitrate kämpfenden Unternehmers kennen. Jeder Batzen — eine entscheidende Größe für die Rentabilität einer konkurrierenden Wirtschaft — wurde nun zum Streitobjekt wütender Lohnkämpfe.

Trotz dieser Radikalisierung der britischen Arbeiterbewegung konnte eine tiefgehende Erschütterung der Gesellschaftsstruktur vermieden werden, weil die eigentümlich demokratische Verfassung des Landes die sozialen Gegensätze immer wieder versöhnend in den Staatsrahmen einfügte. Doktrinäre Klassenkämpfe nach deutschem Muster blieben daher ziemlich unbekannt. Die reichen, wohlorganisierten Trade Unions verkörperten eben ein diszipliniertes proletarisches „Bürgertum", das kulturell der eigentlichen Bourgeoisie viel stärker angenähert war, als in irgendeinem anderen Lande der Welt. Das Proletariat rang zwar mit dieser Bourgeoisie um Lohnfragen und um die politische Macht; aber die Verwandtschaft zu ihr war viel stärker als zu dem kämpfenden Proletariat des Kontinents. Weil die deutsche Arbeiterschaft diese britische Schwäche des internationalen Solidari-

Digitized by Google

tätsgefühls kannte, konnte sie bei Kriegsausbruch keine Hoffnung hegen, daß die heranrollende Woge blutigen Unheils sich an dem festen Wall proletarischer Kriegsunlust brechen würde: Sie mußte auf sich gestellt, geschlossen für die Kriegskredite eintreten.

Zu Beginn des Krieges war die englische Arbeiterschaft freilich wenig von dem Ereignis ergriffen. Begeisterung war ihr durchaus fremd. Erst allmählich gewann sie unter dem Zwange das einmal begonnene Abenteuer, in das England nun verstrickt war, bis zum guten oder schlechten Ende durchzuführen, innere Anteilnahme, die sich schließlich durch die Mahalla-Predigten einer unermüdlichen Hetzpresse zu moralischer Entrüstung gegen Deutschland oder zu sportmäßig nationalistischer Begeisterung formte. Nur widerwillig und unter schweren seelischen Kämpfen wurde die persönliche Freiheit den Kriegsnotwendigkeiten geopfert. Das Söldnerheer mußte zum freiwilligen Heer umgebildet werden. Die Gewerkschaften übernahmen, in der Hoffnung, weiterem Zwange zu entgehen, die Werbung. Als diese aber keinen Erfolg hatte, mußte die Freiwilligenarmee Kitcheners durch die allgemeine Wehrpflicht ergänzt werden. Nun erst lernte das englische Proletariat die ganze Schwere des Krieges kennen. Die Gewerkschaften verloren den besten und größten Teil ihrer Mitglieder und trugen die Blutlast in voller Härte.

Gleichzeitig begann die Neuorganisation der gesellschaftlichen Arbeit. England war unvorbereitet in den Krieg gezogen; jetzt mußte es nicht nur den steigenden Bedarf seines eigenen Heeres decken, sondern auch den Bedürfnissen der Verbündeten gerecht werden. Eine gewaltige Aufgabe! Sie war nur zu lösen, wenn der veraltete Wirtschaftsmechanismus umgestellt wurde. Soziale Rücksichten traten in den Schatten — das Schwergewicht sammelte sich in dem Streben, die Produktivität der Betriebe zu steigern. Das Optimum der Leistungsfähigkeit konnte nur durch Einführung neuer Hilfsmaschinen erzielt werden: weitgehende Mechanisierung und Typisierung der Arbeit war die Folge. An die Stelle langfristiger Tarifverträge mit den Arbeitern trat restlose Ausbeutung der individuellen Arbeitskraft nach dem Tailor-System.

Die Gewerkschaften weigerten sich anfangs, dieser Entwicklung ohne Schwertstreich Raum zu geben. Die Regierung hielt aber den Arbeiterführern eindringlichst vor, daß sie auf ihre Rechte vorläufig verzichten müßten, wenn der Krieg für das britische Imperium nicht in einer Katastrophe enden sollte. Die Führer beugten sich dieser Einsicht — die Massen aber verweigerten ihnen die Gefolgschaft. Da setzte die Regierung aus höchster Not das Munitionsgesetz von 1915 durch, in dem alle Rechte und Gebräuche der Trade Unions einfach aufgehoben wurden. Durch die Furcht vor einer Art Standrecht wurde die neue Heimarmee in Schach gehalten. Die gesamte Montanindustrie mußte sich staatlicher Aufsicht unterstellen. Die Regierung verteilte die Aufträge nach der Leistungsfähigkeit der Werke und ließ die

Digitized by Google

Preise selbstherrlich durch die einzelnen Ministerien festsetzen. Dem Unternehmer, der gleichwohl hohe Gewinne erzielte, behagte dieser risikolose, bequeme Zustand. Die Gewerkschaften aber sahen ihre Macht gebrochen, Führer und Massen wurden radikalisiert und warteten auf die Gelegenheit, der Regierung den Kampf anzusagen.

Zur Beruhigung war den Trade Unions versprochen worden, daß sie sogleich nach Beendigung des Krieges wieder in den Genuß ihrer verbrieften Rechte eingesetzt werden sollten. Heute will die britische Arbeiterschaft das verpfändete Wort eingelöst wissen. Aber sie will sich auch nicht mehr mit der alten Macht begnügen. Die zerrissenen Fäden können nicht mehr da wieder angeknüpft werden, wo die Entwicklung sie bei Einführung des Munitionsgesetzes liegen ließ. Einer völlig veränderten Struktur der gesellschaftlichen Ordnung steht ein seelisch und wirtschaftlich gewandeltes Proletariat gegenüber. Die Weltrevolution hat auch die zähflüssige Masse der englischen Arbeiterschaft umgewühlt und in neue Formen gegossen. Die Führung ist nicht mehr bei den alten gewerkschaftlich organisierten Arbeiteraristokraten. Frauen und Kinder sind während des Krieges in großer Zahl zu Dienern der neuen Kriegsmaschinen geworden — das Heer ungelernter Arbeiter steht dräuend und drängend hinter den Führern. Die revolutionäre Triebkraft dieses neuen Proletariats, das jetzt erst zum eigentlichen Proletariat geworden ist, weil es jeden bürgerlichen Charakters, jeder besonderen Nationaleigenschaft entkleidet wurde, drückt gegen die Säulen der Tradition, auf denen sich der Überbau des Staates wölbt. Aus letzter Analyse der Arbeit durch Spezialmaschine und Tailor-System ist ein neuer englischer Arbeitertyp, der entnationalisierte Proletarier marxistischer Prägung entstanden. Unterproletariat, Lumpenproletariat kreist in der neuen Bewegung. Aus abgründigstem Boden schießen in England ganz ungewohnte Radikalismen auf.

Aber auch die heimkehrenden britischen Soldaten lassen sich nicht wieder vom alten Gewerkschaftlergeist einfangen. Das Kriegserlebnis hat auch diese Menschen zu neuen Erkenntnissen, einer neuen Weltauffassung aufbereitet. Der Krieg war dem englischen Arbeiter in den letzten Jahren nicht mehr als eine notwendige geschäftliche Sache. In den Seelen glomm niemals Haß. Trotz wütenden Kampfes waren die Völker sich nahe. Unter den Fittichen eines fast durch unpersönliche Mächte verursachten Todes entstand ein neues menschliches Gemeinschaftsgefühl. Zwischen Briten und Deutsche trat nie das aus elementarer Fremdheit steigende Haßgefühl, wie es zeitweise zwischen uns und Franzosen auflohte. Die „Haßgesänge" der Heimat blieben deren Eigentum; der Front waren sie fremd.

Der heimkehrende britische Soldat schreitet nicht in einen Taumel des Sieges.

Digitized by Google

Er kommt mit gesteigertem Selbstbewußtsein; denn zum ersten Male in der neuen englischen Geschichte ist die Masse des Proletariats für den Kriegszweck mobilisiert worden. Aus ihren Blutopfern kürt sie jetzt das Recht, die entscheidende Gesellschaftsklasse der staatlichen Gemeinschaft zu werden. Auch der Brite kommt mit dem Willen heim, neu aufzubauen.

Die englischen Wahlen zeugen nicht gegen diese Behauptung. Nur sehr langsam hat sich das britische Proletariat auf den Kriegszweck eingestellt. Mit nationaler Zähigkeit sammelte es dann aber alle Kraft auf das Endziel. Der Sieg kam unerwartet und überraschend. Jetzt schoß die Arbeiterschaft mit ihrem Kriegsenthusiasmus in den alten Bahnen einfach weiter. Nur deshalb durfte Lloyd George das Staatssteuer durch die Wahlen weiter führen. Langsam tritt nun die Reaktion ein; der mit letzter Energie hochgepeitschte Nationalismus bricht, nachdem er sich noch eine kurze Zeit behaglich an seinen Erfolgen gesonnt hat, in sich zusammen, erfährt eine Rückbildung. Die soziale Revolution beginnt . . . .

* * *

Der Erzbischof von Canterbury bittet die Gläubigen, für den sozialen Frieden zu beten. England weiß, daß der Ausgang der Arbeiterkämpfe so wichtig als der Friedensschluß zu Paris für die Nation sein kann. Denn diese Arbeiterbewegung ist mehr als ein Lohnkampf, trotz der Lohnforderungen, die als Banner dem Ganzen voranflattern — sie richtet sich gegen die alte Staatsgewalt. Es ist gleichgültig für die Bedeutung der Geschehnisse, ob in Groß-Britannien jetzt als letztes Mittel von der Arbeiterschaft der Generalstreik auch wirklich durchgeführt wird. Gelingt es dem britischen Proletariat, seine Forderungen ohne Streik zu erreichen, dann tritt an die Stelle der Revolution einfach die Evolution. Wohin zielt sie?

Die Arbeiter fordern: Eine Erhöhung der Löhne um 30 Prozent, Sechsstundentag, volle Bezahlung der Arbeitslosen, Nationalisierung der Bergwerke und Eisenbahnen; ferner eine derartige Einteilung der Woche, daß nur etwa 5½ Tage gearbeitet wird. Arbeitgeber und Staat versuchen, den Arbeitern weit entgegen zu kommen. Aber die Erfüllung der Forderungen geht über die finanzielle Kraft des Staates. England steht vor dem Bankerott. Es ist errechnet worden, daß die gesamte Steuerleistung gerade hinreicht, um die Zinsen der Kriegsschuld zu bezahlen. Die Unterhaltung der Arbeitslosen kostet wöchentlich eine Million Pfund. Werden die Forderungen der Arbeiter erfüllt, so ist ein Aufwand von vielen hundert Millionen Pfund erforderlich. Und das zu einer Zeit, da Heer und Flotte Riesenausgaben verursachen; da die englische Industrie mit allen Mitteln bemüht ist, sich zum freien Wettbewerb auf den Weltmärkten vorzubereiten. Der Urstoff der Produktion, die Kohle, würde durch Erfüllung der Arbeiterforderungen so unglaublich verteuert, daß jede Aussicht auf siegreiche Kon-

Digitized by Google

kurrenz abgeschnitten wird. Die Unlust zur Arbeit, eine Erscheinung, die allen aus dem Feld heimkehrenden Soldaten anhaftet, lähmt das ganze Wirtschaftsleben. Die Regierung klärt die Arbeiter auf, sie sei so gewaltigen finanziellen Anforderungen nicht gewachsen. Die lachen — und verlangen, daß die Besitzenden die ganze Wucht der sozialen Lasten tragen sollen. Die Arbeiter kennen also die gesellschaftlich revolutionierende Wirkung ihrer Forderungen. Daher ihre Hartnäckigkeit. Sie wollen Vorteile — aber sie wollen bewußt auch die soziale Umwälzung.

Um den Generalstreik zu vermeiden und den sozialen Frieden wenigstens vorläufig bis zum Abschluß des Friedensvertrages aufrecht zu erhalten, ist ein großer Teil der Arbeiterforderungen bereits erfüllt worden. Die Regierung hat tatsächlich die finanziellen Lasten auf sich genommen. Warum? Weil sie hofft, sie auf das deutsche Proletariat abwälzen zu können, wenn es nur erst durch die Fata morgana der Lebensmittelversorgung zur Unterschrift des Friedensinstrumentes gelockt sein wird. Deshalb kämpft Großbritannien in Paris jetzt heftig um den Vorrang der Entschädigungsforderungen. Frankreich verlangt, daß erst die zerstörten Gebiete wiederhergestellt werden; England aber will die Verteilung der deutschen Zahlungen nach Maßgabe der Kriegslasten. Nicht in Paris, — in London sitzen die Rechner, die Deutschlands Zahlungsfähigkeit besonders sorgsam studieren. Für uns folgt daraus, daß die Erhaltung unserer Arbeitskraft für Großbritannien eine Lebensfrage ist, daß drüben ein unerbittlicher Gläubiger sitzt — wenn .... ja, wenn die soziale Revolution jenseits des Kanals nicht zum Siege über die Bourgeoisie des Landes führt. Jede deutsche Mark hilft dem britischen Unternehmer, die Wucht sozialer Lasten zu erleichtern. Er fühlt sich beruhigt, wenn wir uns im Friedensvertrag hierzu erst verpflichtet haben. Darum drängt Großbritannien jetzt auf schnellen Frieden.

Vielleicht aber — nicht jetzt, sondern später — kommt es zum Generalstreik und zum Zusammenbruch der alten Staatsorganisation. Dann wäre die Menschheit von einem schweren Albdruck erlöst; der eigentliche Fels der Weltreaktion wäre gesprengt. Das britische Proletariat, das bereits jetzt seine Einigung mit dem Arbeitervolk des Kontinents zu vollziehen bemüht ist, könnte der jungen deutschen Republik zu gemeinsamem Wiederaufbau der Welt die Hand reichen. Möge unsere junge deutsche Republik aus eigenem inneren Gehalt sich bis dahin zu einer führenden geistigen Macht entwickelt haben! .....

Wir haben allen Grund, die soziale Revolution in Großbritannien aufmerksam zu verfolgen. Unser eigenes Schicksal ist eng mit der britischen Arbeiterbewegung verknüpft.

Digitized by Google

Das preußische Kabinett

Von Dr. Friedrich Thimme

29. März 1918

Wie im Reiche, so haben wir auch in Preußen eine Notverfassung — vom 20. März — auf Grund deren sich eine rein parlamentarische Regierung konstituiert hat. Wie im Reiche, so setzt sich auch in Preußen die Regierung aus einer Koalition derselben drei Parteien, den Mehrheitssozialisten, der Deutschen demokratischen Partei und dem Zentrum zusammen. Freilich ist diese Koalition, obwohl die Mehrheitsverhältnisse in der Preußischen Landesversammlung annähernd die gleichen wie in der Nationalversammlung sind, in Preußen auf viel größere Schwierigkeiten gestoßen, als im Reiche. Im Reiche überwiegt ja die außenpolitische, sozialpolitische und wirtschaftspolitische Kompetenz, Gebiete, auf denen erfahrungsmäßig ein Zusammengehen zwischen Zentrum und Sozialdemokratie bis zu einem gewissen Grade sehr wohl möglich ist. In Preußen aber stehen vor allem die kulturpolitischen Fragen im Vordergrunde, in deren Auffassung zwischen Zentrum und Sozialdemokratie eine nahezu unüberbrückbare Kluft besteht. So hat es höchst schwierige und langwierige Verhandlungen gekostet, ehe hier die Koalition zwischen den drei Parteien zustande kam. Den Sozialdemokraten fiel gerade im Hinblick auf die Kulturfragen ein Zusammengehen mit dem Zentrum so schwer, daß sie sogar mit den Unabhängigen, trotz der abschreckenden Erfahrungen im November und Dezember v. J., Verhandlungen wegen ihres Eintritts in eine rein sozialistische Regierung anknüpften, die natürlich in jedem Augenblicke von den übrigen Parteien hätte gestürzt werden können. Aber die Unabhängigen, die in der Zwischenzeit sich noch erheblich weiter nach links entwickelt haben, stellten Forderungen, die für die Mehrheitssozialisten völlig unannehmbar sein mußten: Mitwirkung der A.u.S.-Räte bei der Gesetzgebung, völlige Auflösung der Freiwilligenkorps, Entwaffnung des Bürgertums und Errichtung einer Volkswehr aus den Reihen der klassenbewußten Arbeiterschaft — was natürlich nur den Spartakisten zugute gekommen wäre —; schleunige Überführung der gesamten kapitalistischen Wirtschaft in die sozialistische usw. So mußte diese Kombination alsbald wieder als unmöglich aufgegeben werden. Schließlich fanden sich, dank allseitigem Entgegenkommen, Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten auf einer mittleren Linie zusammen, indem das Zentrum sich mit der Aufhebung des Religionszwanges in der Schule und der Einrichtung von Simultanschulen in den Gemeinden abfand, die Sozialdemokratie dagegen in bezug auf die Neuordnung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche im Sinne beiderseitiger voller Selbständigkeit einen Wechsel auf lange Sicht ausstellte. Auch in den Personalfragen ward nicht ohne Mühe eine Verständigung zwischen den drei Parteien erzielt. Die Verteilung der Ämter im preußischen Kabinett trägt, genau wie in der Reichsregierung, dem

Digitized by Google

Umstande Rechnung, daß die Sozialdemokratie die bei weitem stärkste Partei in der Preußischen Landesversammlung ist. So sind ihr neben dem Präsidium des Staatsministeriums auch sämtliche sogenannte politische Ministerien, das der Finanzen, des Innern und des Kultus, zugefallen. Auch das Ministerium der Landwirtschaft, das erst die Demokraten beansprucht hatten, ist der Sozialdemokratie verblieben. Den Demokraten wurden die Ministerien der Eisenbahnen und des Handels, dem Zentrum das Ministerium der Justiz und das neugebildete Ministerium für Volkswohlfahrt zuteil, während das Kriegsministerium außerhalb der Parteikombination blieb. Ebenfalls, wie im Reiche, wurde eine Sicherung gegen ein einseitiges Parteiregiment innerhalb der verschiedenen Ressorts dadurch erreicht, daß den einzelnen Parteiministern Unterstaatssekretäre aus den übrigen Parteien beigesellt wurden, so dem Kultusminister je ein Unterstaatssekretär aus der demokratischen und der Zentrumspartei, den Ministern für Justiz, Volkswohlfahrt und Eisenbahnen sozialdemokratische Unterstaatssekretäre.

Natürlich findet der Parallelismus zwischen der Regierungsbildung in Preußen und im Reiche auch seine Grenzen. Im Reiche geht wenigstens die Ernennung des Ministerpräsidenten, dem dann die Bildung des Kabinetts obliegt, von dem Reichspräsidenten aus. In Preußen, wo man aus guten Gründen auf einen besonderen Staatspräsidenten vorläufig verzichtet hat, um nicht einer gedeihlichen Lösung des preußisch-deutschen Problems zu präjudizieren, hat man die Berufung der Minister einschließlich des Ministerpräsidenten dem Präsidenten der preußischen Landesversammlung übertragen. Das ist natürlich keine ideale Lösung, schon deshalb nicht, weil der Präsident dadurch, daß ihm formell die Regierungsbildung anheimfällt, aus der gebotenen Neutralität des über den Parteien stehenden Präsidiums herausgezogen wird. Auf der anderen Seite gereicht das Recht der Berufung der Regierung doch kaum zur Hebung des Präsidentenpostens, da sein Inhaber — so hat sich die Sache wenigstens diesmal vollzogen, — nur die ohne sein Zutun von den Mehrheitsparteien nominierten Kandidaten bekanntzugeben hat. Nicht mit Unrecht hat der Abgeordnete Leidig diese Rolle des Präsidenten als die eines Briefboten gekennzeichnet. Zweckmäßiger wäre es gewiß gewesen, nach dem demokratischen Antrage den Ministerpräsidenten durch die Landesversammlung selbst zu wählen und diesem dann, wie dem Ministerpräsidenten im Reiche, die wirkliche Kabinettsbildung anzuvertrauen. Da im übrigen die Notverfassung nur einen provisorischen Charakter trägt, so kommt es auf diese Formalien nicht eben an; bei der Ausarbeitung der künftigen definitiven Verfassung, die unmittelbar nach der Verabschiedung der Reichsverfassung in Angriff genommen werden dürfte, wird sich schon der richtige Modus finden lassen.

Der provisorische Charakter der preußischen Notverfassung tritt auch darin

Digitized by Google

zukage, daß sie keinerlei nähere Bestimmung über den Umfang des preußischen Staatsgebiets und über das staatsrechtliche Verhältnis des preußischen Staates und seiner Teile zu dem Reiche enthält. In den Debatten der Preußischen Landesversammlung wurde immer wieder der Gesichtspunkt hervorgekehrt, daß man den Weimarer Beschlüssen über die Ausgestaltung der Reichsverfassung namentlich in bezug auf das Verhältnis zu den Einzelstaaten nicht vorgreifen wolle. Allerdings ging diese Rücksichtnahme nicht etwa so weit, um einer Zerschlagung Preußens im Sinne des bekannten Preuß'schen Entwurfs ohne weiteres zuzustimmen. Vielmehr stellte die Regierung sich von Anfang an fest auf den Standpunkt: Wir sind für Aufrechterhaltung des einen und unteilbaren Preußens, bis der deutsche Einheitsgedanke auf der ganzen Linie siegt. Und dieser Standpunkt der Regierung wird nahezu von allen Parteien der Landesversammlung geteilt. Von allen Seiten wird scharfer Protest erhoben gegen den von dem Weimarer Verfassungsausschuß am 20. März zum Beschluß erhobenen Antrag Meerfeldt und Genossen, wonach von der Nationalversammlung die Bildung deutscher Freistaaten mit einfacher Majorität beschlossen werden kann, falls sie durch den Willen der Bevölkerung gefordert wird, oder falls ein überwiegendes allgemeines Interesse sie erheischt. Nein, auf das preußische Selbstbestimmungsrecht will in der Preußischen Landesversammlung, mit Ausnahme der wenigen welfischen Abgeordneten, die das hannoversche Selbstbestimmungsrecht über das preußische stellen, und die für ihre Loslösungsbestrebungen immerhin den idealen Gesichtspunkt der Wiedergutmachung des Unrechts von 1866 anführen können, niemand verzichten. Auch das Zentrum, dessen preußisches Verantwortungsgefühl durch den Eintritt in die Koalitionsregierung — ein kaum hoch genug anzuschlagender Vorteil — außerordentlich gestärkt erscheint, wagt sich nicht mehr mit voller Energie für die von allen anderen Parteien mit Schärfe verurteilte Rheinisch-westfälische Republik einzusetzen, sondern enthält sich schließlich der Stimme. Durchschlagenden Eindruck erzielt der Ministerpräsident Hirsch, der offen erklärt, mit allen Mitteln den Beschluß des Weimarer Verfassungsausschusses zu Fall bringen zu wollen, mit der voll tiefen Ernstes vorgetragenen Auffassung, daß die einzige Rettung vor der Verwirklichung der französischen Annexionswünsche in der allseitigen Abkehr von jeglichen Lostrennungsbestrebungen und Sonderbildungswünschen liege. Man darf in dieser Haltung nicht schlechtweg einen preußischen Partikularismus, am wenigsten einen Partikularismus im Sinne jenes bayerischen sehen, der lieber den Zusammenhang mit Deutschland zerreißen, als die bayerischen Reservatrechte aufgeben möchte. Nein, aus allen Reden der Preußischen Nationalversammlung und sogar denen der Deutsch-nationalen Volkspartei klingt der Refrain wieder: wir sind bereit, in Deutschland aufzugehen, wenn nur die Gewähr gegeben wird, daß auch die übrigen deutschen Staaten in

Digitized by Google

gleichem Maße folgen. Und es zeigt sich auch, daß Preußen schon jetzt bereit ist, zugunsten des Reiches auf das Eisenbahnwesen, einst das stolze Rückgrat der preußischen Finanzen, nun freilich mit einem Zwei-Milliarden-Defizit die Hauptursache der katastrophalen Finanzlage Preußens, zu verzichten. So erhebt sich just aus den von preußischem Selbsterhaltungstrieb erfüllten Debatten der Preußischen Landesversammlung heraus die Hoffnung, daß die Reichseinheit, das Aufgehen aller Bundesstaaten im Reiche, das nach der programmatischen Erklärung der demokratischen Fraktion das für die staatliche Zukunft Deutschlands mit aller Kraft zu erstrebende Ziel ist, und mit dem sich eine kraftvolle Entfaltung der in höchstpotenzierte Selbstverwaltungskörper verwandelten Gliedmaßen des Reiches sehr wohl vereinigen ließe, das schließliche Ergebnis der Revolution sein wird.

Neben den Debatten über das preußisch-deutsche Problem verblassen alle weiteren Erörterungen der heute ohne ein Vertrauensvotum für die Regierung in die Ferien gegangenen Preußischen Landesversammlung. Die Programmrede des Ministerpräsidenten Hirsch, der keineswegs ein Redner großen Stils ist, konnte kaum irgendwelche Sensation auslösen. Daß das Ziel der Regierung die Ablösung des Polizeistaats durch den freien Volksstaat sein muß, daß eine demokratische Verwaltungsreform unerläßlich ist, die vor allem den Landrat aus dem allmächtigen Beherrscher des Kreises und Vertreter einer Minderheit in einen Freund und Vertrauensmann der gesamten Einwohnerschaft verwandelt, daß in der Verwaltung von Provinz, Stadt und Gemeinde der Grundsatz: Freie Bahn dem Tüchtigen, ohne Rücksicht auf Herkunft und Glauben voll durchgeführt werden soll, daß die Bestrebungen der Selbstverwaltungskörper zur Kommunalisierung solcher Betriebe, die hierfür reif sind, gefördert werden müssen, dies und vieles anderes versteht sich unter den gegenwärtigen Umständen von selbst. Größeres Interesse konnten nur die Ausführungen des Ministerpräsidenten über die Kulturfragen erwecken, die insofern einige Überraschung hervorriefen, als man auf der Rechten die nie versagende Kunst des Zentrums sich mittels eines tolerari posse aus einer unerwünschten Situation zu ziehen, wieder einmal wesentlich unterschätzt hatte. Größeres Individualgewicht als die Reden des Ministerpräsident Hirsch hatten die der Minister Südekum und Wolfgang Heine. Namentlich die Reden des Finanzministers, die den — bei seinen Vorgängern immer nur mit verständnisvollem Lächeln quittierten — unerschütterlichen Willen kundtaten, wirklich nur die reine, nackte Wahrheit über den wahrhaft trostlosen Zustand der preußischen Finanzen zu sagen, und die in ein hohes Lied auf die schlichte, treue Arbeit als den einzigen Weg zur Rettung Preußen-Deutschlands hinausliefen, zeigten, daß sich aus dem vollendeten parlamentarischen Routinier ein Staatsmann von eigenem Gepräge zu entwickeln beginnt. An dem Minister des Innern imponierte die Festigkeit, mit der er den überstürzten Anklagen der

Digitized by Google

Unabhängigen wegen der letzten Unruhen und ihrer ſcharfen Unterdrückung durch die Regierungstruppen entgegentrat. Den Unabhängigen freilich, die nicht genug über den „preußiſchen Noske" zetern konnten, iſt er für immer zu einer bête noire geworden.

Man wird ſich überhaupt nicht wundern dürfen, daß in der Landesverſammlung die Geiſter und die Leidenſchaften oft hart aufeinander geplatzt ſind. Das Signal dazu hat merkwürdigerweiſe der Abgeordnete v. Kardorff gegeben. Sonſt war es gerade der hochbegabte Landrat von Liſſa geweſen, der ſeinen Standesgenoſſen wieder und wieder mit eindringlichſter Warnung vorgehalten hatte, wohin die reaktionäre Politik der preußiſchen Konſervativen, die lange Zeit hindurch nichts von den Vorrechten der herrſchenden Klaſſen aufgeben wollten, mit Naturnotwendigkeit treiben müſſe. Jetzt war es derſelbe Kardorff, der die Revolution als das größte Verbrechen brandmarkte, das je an dem deutſchen Volke begangen ſei, und der damit eine leidenſchaftliche Auseinanderſetzung provozierte. Wenn der Miniſterpräſident Hirſch in dieſer Rede geradezu ein Signal zur Gegenrevolution ſehen wollte, ſo ſieht er nur Geſpenſter; in Wahrheit denkt niemand weniger an eine Gegenrevolution als Herr v. Kardorff. Man kann ſich der Empfindung nicht erwehren, daß hier der Miniſterpräſident Hirſch, der eine (wohl aus dem leidenſchaftlichen Ingrimm über den wahrlich nicht ohne Schuld der preußiſchen Regierung erfolgten ſchmählichen Zuſammenbruch in der Oſtmark entſprungene ſcharfe Wendung) zu einem Signal der Gegenrevolution ſtempeln wollte, dort der Miniſterpräſident Scheidemann, der die dem General Ludendorff in der Wilhelmſtraße törichterweiſe dargebrachten Ovationen in das Licht des Landesverrats rückte und ſie zum Anlaß nahm, um das grobe Geſchütz des Staatsgerichtshofes aufzufahren, ſich eine Heldenpoſe im Hinblick auf den kommenden Rätekongreß zu geben ſuchten.

Nach unſerer Empfindung ſind alle Erörterungen über die Überflüſſigkeit oder Notwendigkeit der Revolution vor allen in den Parlamenten, die jetzt ganz auf das Goetheſche Wort: „Heiß mich nicht reden, heiß mich ſchweigen!" geſtellt ſein ſollten, das allerüberflüſſigſte von der Welt. Die Revolution iſt nun einmal eine Tatſache, mit der wir uns ſo oder ſo abfinden müſſen. Jetzt gilt es einzig und allein für Preußen und für Deutſchland, aus der unglückſeligen Situation, in der wir uns befinden, alles herauszuholen, was noch irgend möglich iſt. In dieſer tragiſchen Situation ſich zu zanken über etwas, was ewig kontrovers bleiben wird, und ſich zu einer Leidenſchaft zu erhitzen, die der Kraft, alles einzuſetzen für den Wiederaufbau unſeres geſchlagenen, aus tauſend Wunden blutenden Vaterlandes, nur abträglich ſein kann, das iſt nicht nur überflüſſig, das iſt unſägliche Torheit und mehr als das. Heute darf es nur eins geben. Finanzminiſter Südekum hat dies eine, was not tut, in die ſchönen Worte zuſammen-

Digitized by Google

gefaßt: „Alle müssen zusammenstehen als eine Schicksalsgemeinschaft, das Land soll allen gehören, allen eine wohnliche Stätte bieten, aber es kann auch von jedem beansprucht werden, daß er seine Kraft, Fähigkeit und Begabung restlos in den Dienst der Allgemeinheit einsetzt." Möchte dieses Wortes ein jeder eingedenk sein, sehe er nun in der Revolution ein Verbrechen, oder nach den Worten von Heinrich Schulz die „große breite Pforte für eine glückliche Zukunft des deutschen Volkes". Sie kann es in jedem Falle nur werden, wenn wir uns alle, Junker und roter Revolutionär, oder wes Standes und welcher Denkungsart wir sind, die Hände zur gemeinsamen Arbeit für unser Vaterland reichen!

Das Räteproblem und die Gewerkschaften

Von Wilhelm Janssen.

Der Verfasser ist Mitglied der Redaktion des „Korrespondenzblattes der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands". In seinem Artikel kommt, ähnlich wie in den Ausführungen Legiens auf der sozialdemokratischen Parteikonferenz in Weimar, die Sorge der Gewerkschaften zum Ausdruck, daß die wirtschaftliche Zwecksetzung der Räte zu gefährlichen Konsequenzen führe. Wir stehen nicht an, die politische auch fernerhin für die bedenklichere zu halten. Die Schriftleitung.

Die Arbeiterräte sind als politische Organe der Revolution entstanden und haben in dieser ihrer Eigenschaft nach der allgemeinen Auffassung der Arbeiterschaft sich durchaus verdienstvoll betätigt. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß die Räte nicht in allen ihren Maßnahmen eine glückliche Hand bewiesen haben, daß sie sich hier und dort Aufgaben stellten, zu deren Lösung ihnen die Fähigkeiten fehlten, und daß sie schließlich auch gelegentlich ihre eigentlichen Kompetenzen nicht korrekt einzuschätzen wußten und daher mit dem staatlichen Verwaltungsapparat in Kollision gerieten. Manche ihrer Kritiker vergessen gar zu leicht, daß wir seit Anfang November 1918 die Revolution haben, in einem Zustand der gesellschaftlichen Auflösung leben und daher die gemütliche Sofaecke nicht immer wieder um die bestimmte Abendstunde aufsuchen können.

Und doch ist ausschließlich dieser Zustand ein zuverlässiger Maßstab für die Beurteilung der Tätigkeit der Arbeiterräte. Vergegenwärtigen wir uns, daß in den Spätherbsttagen des vergangenen Jahres bei dem weit überwiegenden Teil des deutschen Volkes jegliches Vertrauen zu der alten Staatsgewalt verschwunden war, und daß dieses Vertrauen nicht dadurch wiederhergestellt werden konnte, daß sich auf die alten Stühle in den Regierungsstuben andere Personen setzten, während die zur Revolution treibenden Zustände nicht über Nacht zu beseitigen waren. Die politische Parteizersplitterung, besonders auch der Sozialdemokratie, er-

Digitized by Google

schwerte ebenfalls die Lage. Hier setzten die Arbeiterräte ein als neue, durch keine Vergangenheit und keine parteipolitische Agitation kompromittierte Organe der Revolution, die eine gewisse Stabilität doch bei aller Auflösung zu schaffen vermochten. Wären sie von vornherein Organe der Zentralgewalt geworden, sie hätten im allgemeinen Urteil des Volkes wahrscheinlich eine weit stärkere Stellung erworben, als es nun geschehen ist. Aber sie waren ihrer Entstehung nach lokale Organe, und der Umstand, daß gerade der Berliner „Vollzugsrat", in dem die persönliche Qualität am wenigsten vertreten war, sich zentrale Autorität beizulegen versuchte, hat manches an einer an sich guten Sache diskreditiert.

Die Institution der Arbeiter- und Soldatenräte verkörperte zunächst die revolutionäre Gewalt der Arbeiter und Soldaten. Ihrer schnellen Entstehung in den ersten Tagen der Novemberwirren verdanken wir den unblutigen Verlauf der Revolution und die Vermeidung völliger Anarchie, als die Truppen aus den Etappen und von der Front in die Heimat strömten. Die Kontrolle der kommunalen und staatlichen Verwaltung durch die Räte, so verhaßt sie auch dem bürokratischen Zopf und so wenig sie dem bürokratischen Anspruch auf Sachkunde genügen mochte, flößte doch den breiten Massen der revolutionären Volksschichten Vertrauen ein und trug dazu bei, relative Sicherheit im Lande zu erhalten. Diese politischen Aufgaben lösten die Räte im großen und ganzen erfolgreich.

Nicht so dort, wo sie sich auf wirtschaftliche Aufgaben versuchten. Als „Betriebsräte" griffen sie in die industrielle Betriebsorganisation ein und erwiesen dazu größtenteils ihre völlige Unfähigkeit. Denn diese Betriebsräte wurden vielfach oder gar meistens zu Organen der wilden Streiks, die das schwer erschütterte Wirtschaftsleben desorganisierten. Ausgerechnet von unabhängig-sozialistischer Seite (Hilferding) kam das Wort von der Degradierung der Revolution zur Lohnbewegung. Und Barth, seinerzeit unabhängiges Mitglied der Reichsregierung, erklärte die von den Betriebsräten geführte Streikbewegung für einen „Kampf gegen die sozialistische Republik und nicht gegen den Kapitalismus". Richard Müller, der Vorsitzende des Berliner Vollzugsrates, lehnte vernünftigerweise die Bearbeitung dieser Angelegenheiten durch den Arbeiterrat ab, dazu seien die Gewerkschaften da, die über die nötige Sachkunde verfügten. Allein, es war meistens zu spät. Die Gewerkschaften waren, um die Einigung zwischen Unabhängigen und Mehrheitssozialisten zu ermöglichen, von Anfang an ausgeschaltet worden, und die Unabhängigen hatten ihre Agitation zu einer wüsten Hetze gegen die Gewerkschaften gestaltet, was ihnen die Sympathien der ehemaligen Gelben und der unorganisierten Arbeiterkreise eintrug, die das Beitragzahlen und die Disziplin als lästige Einrichtungen der Gewerkschaften empfinden und nun unter dem Schutz der Revolutionsorgane

Digitized by Google

und unter Führung der ihnen keine Unkosten verursachenden Betriebsräte die Revolution zu einer Lohnbewegung degradierten. Die Unabhängigen sahen die Wirkung, negierten aber die Ursache.

Inzwischen ist die Bahn für die Demokratie in Deutschland freigemacht worden und die Regierung beginnt nun, die Arbeiterräte als lästige Konkurrenz auf politischem Gebiete zu empfinden. Schon während der verflossenen Monate der revolutionären Diktatur waren Unstimmigkeiten genug zwischen Regierung und Arbeiterräten in Erscheinung getreten. Wir können hier nicht die intimeren Ursachen untersuchen, aber es ist offenbar, daß die Energielosigkeit der Regierung eine der wesentlicheren Ursachen darstellt. Das Fehlen eines Programms der Regierung außerhalb der Verwirklichung einer rein bürgerlich-demokratischen Republik mußte zum Konflikt mit den revolutionären Massen, die in den Arbeiterräten ihre Organe sehen, führen. Zwar hatte man die Spitze der alten Staatsform beseitigt und eine neue geschaffen, aber der ganze Unterbau blieb der gleiche. Dieselben Perücken verwalten noch das Land, wie ehedem. In der Arbeiterklasse, und darin stimmen die Gewerkschaften durchaus zu, wird die Verwaltungsreform als die dringlichste Aufgabe, besonders in Preußen, betrachtet. Die Revolution jagte die Spitzen der Verwaltung fort, aber die neuen Männer fanden die Kraft nicht, nun in den Ressorts mit eisernem Besen auszukehren und die alten Regierungs-, Land- und Geheimräte setzen ihr Handwerk auch dort fort, wo sie durchaus nicht eine Anerkennung der neuen Tendenzen an den Tag legen. Anstatt hier mit den nötigen Reformen einzusetzen und die Sicherheiten einer freiheitlichen Verwaltung zu schaffen, beschäftigen sich die zuständigen Regierungsstellen mit der Beseitigung der Arbeiterräte, die spaßhafterweise durch ihre „Verankerung" in der Verfassung erreicht werden soll.

Man will ihnen bei dieser Verankerung die politischen Aufgaben, die sie als Organe der Revolution erhielten, entziehen, und wirtschaftliche Aufgaben, an denen sie in der Revolution ihre Unfähigkeit bereits bewiesen haben, zuweisen. Dagegen wendet sich in seiner Ausgabe vom 8. März das Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften mit großer Entschiedenheit. Die Gewerkschaften haben, heißt es da, sich von den Erörterungen über die Zukunft der Arbeiterräte ferngehalten, weil es eine politische Frage ist, die die Beteiligten am besten unter sich erledigen. Aber nun sei die Entscheidung dahin gefallen, daß man sie mit Aufgaben wirtschaftlicher Art betrauen will, die in der Tat Aufgaben der Gewerkschaften sind und bleiben müssen. Die Reichsregierung, die Vorstände der sozialdemokratischen Partei und Fraktion der Nationalversammlung, sowie der Vorstand der sozialdemokratischen Bezirksorganisation Groß-Berlins haben soeben in Aufrufen an die Arbeiterschaft die

Digitized by Google

künftigen Aufgaben der Arbeiterräte dahin präziſiert, daß ſie „im Wirtſchaftsprozeß kontrollieren und mitbeſtimmen" und als Betriebsräte ſtabiliſiert werden ſollen.

In der Tat ſind das Aufgaben der Gewerkſchaften, die bereits durch die großangelegte Arbeitsgemeinſchaft mit den maßgebenden Arbeitgeberverbänden die nötigen Einrichtungen für die Kontrolle und Mitbeſtimmung im Wirtſchaftsprozeß zu ſchaffen beſtrebt ſind. Auch für die Auswahl wirklich ſachkundiger Arbeitervertreter in den Verwaltungen ſozialiſierter Betriebszweige ſcheinen die Gewerkſchaften weit zweckdienlichere Organe zu ſein, als die aus den „freieſten Wahlen" hervorgehenden Betriebsräte.

Worauf es bei der Organiſation des Wirtſchaftslebens im neuen Deutſchland in erſter Linie ankommt, iſt die Schaffung von Einrichtungen, die nicht ſelbſt ſtabiliſiert werden ſollen, ſondern die ſtabiliſierend wirken. Alles andere kann keine andere Wirkung haben als die der Desorganiſation, die wir am allerwenigſten gebrauchen können. Man kann gewiß die jetzigen Arbeiterausſchüſſe der Induſtriebetriebe ausbauen und ihnen erweiterte Rechte zuſprechen; dieſe Rechte können aber nur auf ihrem bisherigen Tätigkeitsfelde liegen, d. h. ſie ſind das vermittelnde Glied zwiſchen Betriebsleitung und Belegſchaft, prüfen alle entſtehenden Beſchwerden der Arbeiter im Arbeitsverhältnis und verhandeln als erſte Inſtanz mit der Betriebsleitung. Wo ſie ein befriedigendes Ergebnis nicht herausholen, übergeben ſie die Angelegenheit der zuſtändigen Gewerkſchaft, die nun mit dem Unternehmer oder ſeiner Organiſation eine Löſung der Differenzen verſucht, bevor ein offener Konflikt ſich daraus entwickelt. Das iſt der natürliche Weg, der organiſch aus dem Wirtſchaftsprozeß herauswächſt.

Sobald man aber den Arbeiterausſchuß = Betriebsrat mit der Aufgabe bepackt, kontrollierend und mitbeſtimmend in den eigentlichen Wirtſchaftsprozeß einzugreifen, ſchafft man eine Quelle fortdauernder Streitigkeiten. Werden von den Arbeitern des Betriebes Radaumacher gewählt, die nur das große Wort in den Verſammlungen führen, aber von dem tatſächlichen Wirtſchaftsprozeß wenig verſtehen, werden ſowohl die Arbeiterintereſſen, als der Betrieb geſchädigt, der kaum vor ſtändiger Beunruhigung zur Arbeit kommen wird. Gehen dagegen ſachkundige Arbeitervertreter aus den Wahlen hervor, die Verſtändnis für die Betriebsbedürfniſſe haben, werden dieſe mit ihren Mandatgebern kollidieren und der Tanz beginnt von neuem. Die allergrößte Gefahr liegt wiederum darin, daß die Arbeitsverhältniſſe, die unter dem Einfluſſe der Gewerkſchaften zum größten Segen für das Wirtſchaftsleben eine einheitliche Regelung für ganze Induſtrien und Wirtſchaftsgebiete erfahren, unter dem Syſtem der Betriebsräte dezentraliſiert und von den Erträgniſſen jedes einzelnen Betriebes abhängig gemacht werden.

Digitized by Google

Bei dem bisherigen Arbeiterausschußsystem waren die Gewerkschaften die primären, die Ausschüsse die sekundären Arbeiterorgane im Wirtschaftsprozeß; es ist kein Weg sichtbar, auf dem dieses glückliche Verhältnis aufrechterhalten werden könnte, wenn die Betriebsräte anstatt Arbeiterorgane zu Wirtschaftsorganen gemacht werden sollen.

Es liegt vielmehr auf der Hand, daß die Betriebsräte auch gegenüber den Gewerkschaften ein Werkzeug der Desorganisation werden müssen. Der in jeder Beziehung glücklichen Zentralisation im gewerkschaftlichen Leben wird über kurz oder lang die syndikalistische Tendenz der Dezentralisation folgen, sobald die lokalen Betriebsräte zur Ausübung ihrer auf den Wirtschaftsprozeß erweiterten Tätigkeit kommen. Nicht die Gewerkschaften werden die Betriebsräte in ihrer Hand haben, was der Fall war, solange sie als Unterorgane lediglich die Kontrolle der Arbeitsverhältnisse ausübten, sondern umgekehrt werden die Betriebsräte die Gewerkschaften ihren Zwecken dienstbar zu machen suchen, die eine Loslösung ihrer Machtentfaltung von der Gesamtindustrie und die stärkere Geltendmachung derselben im Einzelbetriebe bedeuten werden.

Das mag den Gesetzen der Dialektik auch im Wirtschaftsleben entsprechen, wonach ein System immer in sein Gegenteil umschlägt, in diesem Falle also die Zentralisation durch die Dezentralisation abgelöst wird. Aber es ist doch mehr als fraglich, ob es dem deutschen Wirtschaftsleben in diesem Moment des völligen Zusammenbruchs dienlich ist, diesen dialektischen Prozeß vorzubereiten und zu fördern. Es ist denkbar, daß er auf der Stufe eines hochentwickelten Sozialismus mit der berühmten Naturnotwendigkeit eintreten muß und dann sehr heilsam sein könnte. Heute haben wir den Sozialismus noch nicht und können durch das vorzeitige Experiment ihn nur gefährden.

Dagegen sind die politischen Aufgaben der Arbeiterräte mit der Durchführung der Demokratie nicht erschöpft. Die Demokratie ist an sich kein gesellschaftliches Prinzip, das die Rechte der arbeitenden Klasse sicherstellt; sie kann im Gegenteil gerade in Arbeiterfragen mindestens so reaktionär sein, wie die Autokratie auch. Die augenblickliche Machtverteilung unter den politischen Parteien Deutschlands hat keinen Ewigkeitswert, sie ist vielmehr durchaus vergänglicher Natur. Aber es muß ihre Aufgabe sein, die politische und soziale Stellung der arbeitenden Klassen auf die Dauer zu sichern. Das kann zweckmäßig geschehen, indem man die Arbeiterräte zu einer permanenten politischen Einrichtung in der Verfassung „verankert", die das Recht der Initiativanträge an die demokratisch aufgebaute Gesetzgebung zum mindesten in allen reinen Arbeiterfragen, aber auch darüber hinaus in den Fragen der Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik (im weitesten Sinne) und schließlich auch in gewissen Fragen der Verwaltung. Auch ein Vetorecht gegenüber der Gesetzgebung wollte man ihnen in

Digitized by Google

reinen Arbeiterfragen, z. B. in den Fragen des Koalitionsrechts und Arbeiterschutzes, zugestehen, um einer möglichen Reaktion mit ihren aufreibenden Kämpfen vorzubeugen. Auch ist nicht einzusehen, weshalb nicht die Arbeiterräte zu geeigneten Organen der sozialen Fürsorge der Gemeinden umgestaltet werden könnten. Es gibt in der Gemeindepolitik äußerst wichtige Gebiete, auf denen die Arbeiterräte sich sehr nützlich erweisen können: Arbeitslosenfürsorge, Armenfürsorge, Jugendfürsorge usw. Und wenn die Regierung es für zweckmäßig erachtet, die lange projektierten Arbeitskammern zu Arbeiterräten umzutaufen, so ist das kein Ersatz für das, was die Arbeiterschaft politisch durch diese Preisgabe der Arbeiterräte *verliert*. Und vollends ist es unkunlich, diese neue Form der Arbeitskammern mit der Einflußnahme auf den Wirtschaftsprozeß der einzelnen Betriebe zu betrauen.

Dagegen liegen auf politischem und kommunalem Gebiete wirkliche Aufgaben vor, die man, *gesetzlich präzisiert*, den Arbeiterräten überlassen sollte. Durch ihre Anteilnahme an der Verwaltung in Reich, Staat und Gemeinde wird eine Quelle der *Beunruhigung* verstopft und auch für die Zukunft *demokratische Sicherheiten* geschaffen. Das Gegenteil erreicht man, wenn den Arbeiterräten Aufgaben zugewiesen werden, zu denen bereits freie Organisationen der Arbeiterklasse mit jahrzehntelangen Erfahrungen und solide aufgebauten Einrichtungen vorhanden sind.

Zur elsässischen Frage

Von *E. Heywang*

Als der Krieg ausbrach, da stellten die bewußt Deutschland zugewandten Politiker Elsaß-Lothringens mit Freuden fest: „Das deutsche Elsaß erwacht!" Die ernste Begeisterung, die Deutschland erfaßt hatte, machte am Rhein nicht Halt. Auch aus dem Elsaß — und nicht etwa aus altdeutschen Kreisen — strömten die Freiwilligen zu den Waffen, genau wie rechts des Rheins.

So damals! Und heute? Was ist das für ein Geist, der jetzt die Elsässer beherrscht? Rief es nicht damals dem Deutschtum zu: „Hosianna!" Und jetzt schreit die Volksmasse jedem mit bewußt deutscher Gesinnung entgegen: „Kreuzige ihn!" Wie ist das möglich geworden?

Das elsaß-lothringische Volk umfaßt, wie jedes andere, neben wenigen politisch Bewußten, eine große Menge unklarer, unentschiedener Menschen, die dem Strome folgt. Sie sind schließlich für alles zu haben und folgen der besseren Lungenkraft. In Frage steht nur das Verhalten der politisch klaren Köpfe. Leider muß gesagt werden, daß die Führer, die dem Elsaß den Rücken hätten steifen sollen, die Führer, die wußten, um welche ungeheuern Werte gespielt wurde, nicht auf dem

Digitized by Google

Verdeck standen und mit überall hörbarer Stimme zur Vernunft ermahnten. Auf dem Posten waren nur die Verführer, die Demagogen, die jedem besseren Wissen zum Trotz das Volk an der Hand einer gewissenlosen Presse in sein eigenes Unheil hineintrieben. Das war mit ein Verhängnis des Landes, daß die altelsässischen, selbst- und stammesbewußten Männer, die Wegweiser hätten sein können, so gut wie ganz versagten. Da war keiner, der zum Volke mit dem Nachdruck einer erprobten und gehärteten Autorität sagte: „Was euch die irregeleitete oder bestochene Presse vorsetzt, das sind ganz bewußte Erfindungen, Verzerrungen, Lügen und Schwindel. Und was euch die Zentrumsgrößen im stillen und nun im offenen beibringen wollen, ist gleiche Ware. Eure Zukunft ist wirtschaftlich und kulturell nur gesichert im Anschluß an das Deutschtum." Altdeutsche, und wenn sie Land und Leute noch so heiß liebten, konnten dies aus begreiflichen Gründen nicht sagen. Und wir paar Altelsässer, die den Mut eines solchen Bekenntnisses hatten, die aus heiligster Überzeugung bis zur letzten Minute redeten, wir waren an Zahl zu schwach und leider auch nicht in der Führerstellung, um Erfolg zu haben. Und selbst wenn wir diese Stellung gehabt hätten, so wären wir in diesen Tagen doch ohnmächtig gewesen, weil uns die Presse verhöhnte und die „Masse" dem Sieger mit Knechtsgeist entgegensah. Mit gewissem Recht sagte ein Elsässer nach dem Einzug der Franzosen: „Nehmt die französische Besatzung weg und mit Hunderttausend Mark mache ich den gleichen Rummel in deutscher Aufmachung!"

Trotz dieser Tatsache gehen in Deutschland zur Zeit Urteile über das Elsaß um, die sich nur aus voller Unkenntnis erklären lassen. Von allzuvielen wird eine angestammte reichsdeutsche Überzeugung der elsässischen Bevölkerung als selbstverständliche Voraussetzung in Rechnung gesetzt. Sie können sich in die Seele des Volks nicht hineindenken, weil sie sich die Mühe nicht geben, ihr einigermaßen geschichtlich gerecht zu werden. Sie, deren politische Seele sich im wesentlichen geradlinig entwickeln konnte, haben keine Ahnung, durch welche Irrnisse und Wirrnisse die elsässische Volksseele hindurch mußte.

Um das kurz zu erläutern, sei mir gestattet, bis 1648 zurückzugehen. Damals wurden Elsaß und Lothringen stückweise dem Deutschen Reiche weggerissen. Das heilige römische Reich deutscher Nation bestand von 1648 ab tatsächlich nur als papierner Begriff, nicht mehr als reale Macht. Jedenfalls konnte kein Bürger stolz sein auf seine Zugehörigkeit zu diesem Staatsganzen. Wie ganz anders Frankreich! Wirtschaftlich aufblühend, vom 30jährigen Kriege verschont, geleitet durch das Sonnenkönigtum, zentralisiert nach der Sonnenstadt! Mächtige Anziehungspunkte für vaterlandslose Splitter, die in seine Nähe gerieten. Daß trotzdem in jener Zeit das Romanentum sehr wenig Erfolge zu verzeichnen hat (siehe z. B. „Dichtung und Wahrheit" von Goethe), stellt dem kernhaften Deutschtum des Landes ein glänzendes Zeugnis aus. Größer wurden die moralischen Eroberungen

Digitized by Google

Frankreichs durch die Revolution, die die erste stärkere Verkittung schuf, die napoleonischen Kriegszüge und schließlich im Laufe des 19. Jahrhunderts die wirtschaftspolitische Gesetzgebung, die das Land am Rhein zu einem Teile des französischen Wirtschaftsgebietes machte. Was so nicht erreicht war, das wurde durch mehr oder minder geschickte, teils ganz drakonische Gesetze in die Wege geleitet. 1870-71 bestand in führenden elsässischen Kreisen tatsächlich kein besonders hervortretender Wunsch zur Rückkehr zum Deutschtum. Das Elsaß wurde annektiert, richtiger desannektiert, weil Deutschland es als Schutz gegen Frankreich brauchte (Bismarck sagte: als glacis) und weil ein bewußter deutscher Staat in seinem Machtansehen geschädigt wäre, wenn ein ausgesprochen deutscher Stamm von einer nationalistisch-französischen Herrschaft regiert würde. Gegen seinen Willen wurde das Elsaß erlöst. Die Ententisten werden diesen Satz belächeln. Und doch ist er wahr. Es war eine Erlösung für die vielen gebundenen und unterbundenen Kulturkräfte. 200 Jahre und mehr war das Land französisch gewesen; in der ganzen Zeit ist nicht ein einziger Kulturträger von Bedeutung aus dem Elsaß entsproßt. Wie ganz anders in früherer Zeit, wo Dichter und Künstler rein elsässischer Abstammung mit solchen „altdeutschen" Blutes wetteiferten: Otfried von Weißenburg, Gottfried von Straßburg, Sebastian Brant, Fischart, Griler von Kaisersberg, Joh. Sturm, Sturm von Sturmeck, Herath von Landsberg, Martin Butzer, Martin Schöngauer, Anton Grünewald, Ph. J. Spener und viele, viele andere. In der kurzen Zeit unserer Zugehörigkeit zum Deutschtum haben wir in Dichtung und Kunst Knospen angesetzt, Blüten getrieben. Wäre das Elsaß noch ein halbes Jahrhundert deutsch gewesen, es hätte sich erholt gehabt von seinem unglücklichen französischen Kulturssturz und wäre sicher einer Zukunft entgegengereift, würdig jener alten Zeit deutsch-elsässischer Kulturblüte. Das ist keine vage Hoffnung; wir sahen es vor unseren Augen wachsen und werden.

Dieses Wachstum fand statt in einer Zeit der unglaublichsten Mißgriffe und Torheiten, die es den Landesbewohnern wahrhaft nicht leicht machten, den Anschluß an das Deutschtum zu finden. Ist es noch nötig, hinzuweisen auf die Beamtenpolitik, auf die Schuljungenbehandlung der Reichsländer, auf die Liebäugelung mit den Rückwärtspolitikern und Westwärtsblickern, auf die Hintansetzung der deutschdenkenden Stände, auf die Zickzackpolitik, die unglückliche Figur Deutschlands in der Autonomiefrage, auf den Zaberner Fall, auf das ungeheuerliche Kronprinzentelegramm „Nur feste druff! Wilhelm", die törichten Äußerungen des Kaisers usw. usw.? Angesichts all dieser Tatsachen, die ja allbekannt sind, kann es nicht erstaunlich sein, daß der Kredit des Reiches im Elsaß nicht wachsen wollte.

Und doch dann diese Begeisterung, als der Krieg ausbrach! Zeigte das nicht deutlich, daß das Elsaß trotz allem und trotz allem wirklich unverwüstlich deutsch ist? Fast sich selbst zum Trotz. „Und trotz dir selber bist du gut und edel," sagt Bertha

Digitized by Google

von Bruneck. Wäre im Anschluß daran dem Elsaß sofort die volle Autonomie als Bundesstaat gewährt worden, es wäre dadurch unlösbar mit dem Deutschen Reiche verknüpft worden. Dann aber hätte jeder Hinterhalt verschwinden müssen — überall! Auch bei allen Militärautoritäten und -autoritätchen. „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche", hätte Stich- und Leitwort der Elsaß-Lothringen-Politik Berlins sein müssen. Was kam statt dessen? Mit einem Wort: eine Politik des schlimmsten Mißtrauens, der Hintansetzung, der Anzweifelung, der Aufbauschung, der Ungerechtigkeiten. Diese in Gemeinschaft mit dem Druck des Krieges, den eine große Mehrheit der Elsässer als Druck von seiten Deutschlands empfinden mußten, in Gemeinschaft weiter mit der ganz unglücklichen Gesamtpolitik des Reiches, der geradezu hahnebüchenen Behandlung der Autonomiefrage bei Michaelis und noch schlimmer bei Hertling, weiter den ärger- und ärgerniserregenden Sondermaßnahmen gegen Elsässer, den tatsächlichen Ungerechtigkeiten usw. brachten es fertig, daß bei allen denen, deren deutsches Empfinden nur in der Seelenrinde, nicht im Seelenkern wurzelte, das Deutschtum ausgetilgt wurde in erschreckender Vollständigkeit. Ja, daß so viele Elsässer uns untreu wurden, ist für uns, die wir offenen Auges den Wurm weiterfressen sehen mußten, ohne helfen zu können, eine weit kleinere Überraschung gewesen, als jene Tatsache, daß noch so viele Altelsässer die Besinnung und Klarheit behielten und wenigstens in der Stille ihr Deutschtum bewahrten.

Daraus dürfen wir die Hoffnung schöpfen: Es ist nicht alles verloren. Was wir nie zustande brachten, das wird die französische Verwaltung erreichen. Der wirtschaftliche Sturz wird kommen, die Schwächen der Organisation werden in Erscheinung treten und die Ernüchterung mit sich bringen. Schon dämmert es. Der elsässisch-alemannische Kritikgeist lebt noch. Lassen wir ihn nur wirken. Er wird besser für die Sache des Deutschtums wirken, als alle Gesinnungsmaßnahmen der deutschen Behörden vorher.

Die Hauptaufgabe wird zur Zeit in Weimar gelöst. Wenn es uns gelingt, in Deutschland allen alten Modergeist hinauszukehren und Deutschland zu der gesundesten, anziehendsten, innerlich wahrsten, sozialsten Demokratie zu machen, so wird diese durch ihr Wesen auch auf das Elsaß als Magnet wirken, wie auf alle Gaue deutscher Zunge. Gewiß wird der nicht allzu sehr zentralisierte Bundesstaat besser als Agitationsmittel wirken als der Einheitsstaat. Aber auch der französische Einheitsstaat hat die Elsässer nicht abgehalten, hinüber zu pendeln.

Und dann muß ganz Deutschland den Protest gegen den Raub deutschen Landes, den französischen Imperialismus als unverbrüchliches Recht und tiefinnerstes Glaubensbekenntnis hinaustönen lassen in alle Welt und die Volksabstimmung fordern auch für das vergewaltigte Elsaß und Lothringen. Ist der Protest jetzt auch ohnmächtig, so zweifle man nur nicht daran, er wird fruchtbar werden,

Digitized by Google

früher oder später. Wilsons Forderungen, die heute von unseren Feinden so brutal mit Füßen getreten werden, sie werden einmal gegen ihre Vergewaltiger und Knebler wirken. Es gibt eine immanente Gerechtigkeit im Weltgeschehen.

Wenn die Volksabstimmung jetzt auch verweigert wird — es wird eine Zeit geben, wo sie so unwiderstehlich gefordert wird, daß schon die Forderung Plebiszit sein wird. Ihr Ausfall wird dann kaum noch zweifelhaft sein. Deutschland hat darum das unverrückbare Recht, sie zu fordern; denn Elsaß-Lothringen ist deutsch nach Geschichte, Ethnographie, Volkswirtschaft, Sprache, Kultur, Geographie und Völkerrecht — und seine unbedingte Pflicht —, denn ein Volk, das sich tatenlos eines seiner Glieder begeben kann, ist ehr- und würdelos und muß zum Fußschemel anderer selbstbewußterer Nationen werden. Allerdings muß die Abstimmung in einer Weise stattfinden, daß sie als objektiv gelten kann: unter neutraler Leitung und Besetzung, nach einer gewissen Zeit der seelischen Entspannung und Klärung, unter Mitbeteiligung aller bei Kriegsausbruch im Lande wohnhaft gewesenen Männer und Frauen.

Und noch eins muß hervorgehoben werden, eine Pflicht der Gegenwart, der Deutschland sich ebenso wenig entziehen darf. Es handelt sich um die geflüchteten Altelsässer. Die ausgewanderten und ausgewiesenen „Alt"deutschen (der Ausdruck ist ja falsch, denn das Elsaß ist ebenso lange deutsch, als das übrige Deutschland) haben im besten Falle eine liebe Kolonie, wir aber unsere Heimat, unseren Wurzelboden verloren. Die Altelsässer aber sind fort als lebender Protest gegen die Vergewaltigung durch Frankreich, als Demonstranten gegen die Unnatur, die dem Lande widerfahren soll. Wir sind für Deutschland der lebende Beweis dafür, daß es wirklich auf Erden ein deutsches Elsaß gibt, daß dieses Land nicht in dem Wolkenkuckucksheim einiger deutschen Ideologen liegt. Sie, nur sie, beweisen, daß das deutsche Empfinden im Elsaß noch glimmt; wir, nur wir, können einige Gewähr bieten, daß es eines Tages wieder aufflackern wird zur reinen Flamme. Sie sind darum diejenigen, auf die Deutschland seiner Zeit hinweisen muß, wenn es den heute durch brutale Vergewaltigung und Justizmord beendigten elsaß-lothringischen Prozeß eines Tages vor dem Richterstuhl der Weltgerechtigkeit in einwandfreierer Weise aufgerollt sehen und abgeschlossen haben will. Wer kann ihm dazu ein Recht geben, wenn nicht sie, die geflüchteten Altelsässer?

Dieser Bedeutung entsprechend, muß auch die Aufnahme sein, die sie in Deutschland finden müssen. 1871 hatte Frankreich die politische Bedeutung der elsässischen Optanten, die damals ihre Heimat verließen, wie die fraglichen Altelsässer heute. Mit offenen Armen nahm man sie auf und gab ihnen Stellen, die den im Elsaß verlassenen nicht nur vollauf gleichwertig waren, sie wurden im Gegenteil alle möglichst „befördert". Der Schulinspektor Jost von Weißenburg, gebürtig aus

Digitized by Google

Dorbisheim, wurde inspecteur général de l'instruction primaire. Heute weist nicht nur seine ganze Verwandtschaft, sondern auch sein Dorf und das Elsaß mit Stolz auf ihn, den tüchtigen Mann, ebenso verweist man aber auch auf Frankreich, das dem fähigen Elsässer freie Bahn gewährte, wie Deutschland es nie tat. Wohl war in dem unitarischen Frankreich dies leichter als in dem föderativen Deutschland. Nichtsdestoweniger muß auch jetzt für die geflüchteten altelsässischen Beamten und Lehrer in ähnlicher Weise gesorgt werden um jeden Preis. Das Gegenteil zeugte von einer nie zu verzeihenden Engherzigkeit und Kurzsichtigkeit, die sich eines Tages schwer rächen könnte. Die bis jetzt bekannt gewordenen bundesstaatlichen Äußerungen — besonders die der süddeutschen Staaten — lassen leider die Einsicht in die eben erwähnten Zusammenhänge völlig vermissen. Wollen doch alle nur diejenigen ausgewanderten und ausgewiesenen Lehrer und Beamten anstellen, die „ihre" Staatsangehörigkeit besitzen. Indes geben wir der unbedingten Hoffnung Raum, daß es nur eines Fingerzeiges bedarf, um auch diese Frage raschestens und befriedigend zu lösen. — Und die Bundesstaaten dürfen ja sicher sein, auch für sich bei der Anstellung der Betreffenden gut zu fahren; denn es sind zweifellos wirklich die besten, die herüberkamen. Wären sie nicht Charakter und klare Köpfe, sie hätten den Schritt ins Ungewisse nicht getan. Sie taten's im Vertrauen auf das Verständnis und die Einsicht ganz Deutschlands. Dieses Vertrauen verdient volles, rückhaltloses Vertrauen, sie haben es um Deutschland und die deutsche Sache verdient.

Notizen

Der **französische Vernichtungswille** wird durch eine Denkschrift grell beleuchtet, die die „Deutsche Allgemeine Zeitung" kürzlich veröffentlichte. Es handelt sich nicht um eine Privatarbeit eines hemmungslosen Aufteilungsfanatikers, sondern um die Arbeit des Referenten für Polen in der Kommission beim Ministerium des Äußeren in Paris. Folgende Sätze zeigen, wie weit sich Frankreich von Wilsons vierzehn Punkten entfernt hat. Deutschenhaß und französischer Geschäftssinn haben dem Verfasser abwechselnd die Feder geführt:

„Die Kreise (in Westpreußen), die an das Meer grenzen, haben in der Mehrzahl nur eine polnische Minderheit; diese Schwierigkeiten müssen indessen unter allen Umständen auf eine Weise gelöst werden, die den Ansprüchen der Polen auf einen freien Zutritt zur Weichselmündung, auf den Hafen von Danzig und den ganzen Küstenstrich, die sogenannte Kassubei, günstig sind, einschließlich des Kreises Pusk, mit einer polnischen Majorität von 69,1 Prozent, aber auch einschließlich der angrenzenden Kreise Kartuzy und Weiherow, wiewohl der letztere in Wirklichkeit nur 48 Prozent polnische Bevölkerung aufweist.

Die geographische Lage dieser Kreise ist überall die, daß jede andere Lösung als die einer einfachen und glatten Rückgabe den Interessen Polens und seiner wirtschaftlichen Entwicklung nachteilig sein würde, mit der wir im Hinblick auf den starken Absatz der französischen Industrie auf den Märkten des Ostens rechnen müssen.

Digitized by Google

In der Annahme, daß die ritterliche polnische Nation augenblicklich ein Element der Ordnung zwischen dem bolschewistischen Rußland und dem desorganisierten und zerfallenden Deutschland bildet, kann die Notwendigkeit, die gesetzliche Ordnung in den Kreisen mit gemischter Bevölkerung aufrechtzuerhalten, mit Fug und Recht den Grund zu einer polnischen Besetzung geben, die dort mehr oder weniger lang vorübergehend dauern wird. Diese zeitweilige Besetzung wird in dem ersten und bedeutungsvollsten Zeitpunkt des wirtschaftlichen Aufschwungs Großpolens diesem einen freien Zutritt zum Meer und zur Küste sichern und die Möglichkeit bieten, günstige Bedingungen für eine endgültige Einverleibung dieser gemischtsprachigen Kreise in ihr Mutterland zu schaffen."

Mit solchen Mitteln schlimmster Geheimdiplomatie wird natürlich jede Möglichkeit, den Völkerbundsgedanken in die Wirklichkeit hinüberzuleiten, mit dem Knüppel des Betruges und der Hinterlist totgeschlagen.

Neuerscheinungen

Johannes Öhquist, Finnland. 700. Bändchen „Aus Natur und Geisteswelt", Leipzig und Berlin, B. G. Teubner, 1919, 191 S., Preis 1,90 Mark. Finnlands staatliche Wiedergeburt ist ein wichtiges Stück von der großen osteuropäischen Umwandlung, die durch die deutsche Kraft im Weltkriege hervorgebracht worden. Wie bei allen übrigen osteuropäischen Ländern, so fehlte es vor dem Kriege auch bei Finnland an einer brauchbaren geographisch-politischen Darstellung namentlich für den breiteren Bedarf. Ein Hauptgrund dafür war das mangelnde Interesse für den Osten. Der Osten war ein für allemal „Rußland", und für die Unterschiede innerhalb dieser auf allen Karten mit dem traditionellen Grün umzogenen Ländermasse hatte man keinen Sinn.

Öhquists kleines Buch ist eine gute Abhilfe für den bisherigen Mangel. Es gliedert sich in die Abschnitte: Land und Volk, Geschichte, gegenwärtiger Bau des Staates, Wirtschaftsleben, geistige Kultur. Dabei ist das Geographische außerordentlich kurz behandelt, die Geschichte und das Wirtschaftsleben etwas ausführlicher und am eingehendsten die finnländische Kultur. In der Tat kann Finnland auf seine Kulturleistungen stolz sein. Vielleicht war es nicht notwendig, die Reihe der modernen finnländischen Maler und Musiker für den deutschen Leser ganz so lang zu machen, wie Öhquist es tut; daß er aber von Runeberg, dem Klassiker der schwedischen Dichtung in Finnland, und von Elias Lönnrot, dem Entdecker und Wiederaufbauer des wunderbaren altfinnischen Volksepos „Kalewala" und seinem Werke wirkliche Charakterbilder gibt, ist ein hoher Vorzug. Auch der Abschnitt über die finnländische Volkswirtschaft und die deutsch-finnländischen Wirtschaftsbeziehungen ist gut gearbeitet, mit reichlichem modernen Material versehen und praktisch wertvoll. Für die Geographie im engeren Sinne und für die geographisch-politische Bedeutung, die das Land durch seine Lage besitzt, würde es sich bei einer neuen Auflage empfehlen, die ausgezeichnete Darstellung von R. Norrlander (Richard Pohle) und S. Sario heranzuziehen: „Die nordische Brücke", Stuttgart 1917, Verlag von J. Engelhorn und Nachfolger. Die nordische Brücke ist Finnland. P. R.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a I. Für Anzeigen J. V. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland M. 8.—. Einzelnummer 90 Pfg. / Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 48.

Digitized by Google

4. Jahrgang * 11. April 1919 * Heft 15

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Die Festigkeit in der Danziger Frage hat zu einem Kompromiß geführt, das Deutschland wenigstens von der unmittelbaren Gefährdung Westpreußens befreit. Die Entente-Stimmen, die die ganze Angelegenheit als eine Prestige-Frage behandelt wissen wollten, sind nicht durchgedrungen; Foch selber scheint auch nicht mehr in der Januarlage zu sein, da er mit dem Befehl des Einmarschs glaubte drohen zu können. England und Amerika lassen wissen, daß sie an eine Wiederaufnahme der Kriegshandlungen gegen Deutschland nicht mehr denken. Die Franzosen müssen also nachgeben. Vielleicht sind sie selber bei der Bewertung der polnischen Freundschaft im Augenblick etwas bescheidener geworden, seit Warschau Gesamtpolen unter Ausnahmezustand stellen mußte.

*

In der Entente sucht man nach einem Schlüssel, wie man das Saargebiet zwar politisch bei Deutschland belassen, es aber wirtschaftlich Frankreich ausliefern könne. Denn man hat begriffen, daß die Absicht der Pariser Chauvinisten dem Wilsonprogramm so ins Gesicht schlägt, daß die Deutschen toll wären, wenn sie unter solche Abmachung ihren Namen setzen würden. Das aber, den unterschriftlosen Zustand, will man vermeiden; denn man braucht den geschäftsfähigen Kontrahenten. Deutschland wird sich aber die Wirtschaftsvorschläge auf das genaueste ansehen, soll es sich nicht einer Versklavung seiner Zukunft ausliefern. Freilich, es gibt bei uns Leute, denen die Preisgabe von Elsaß-Lothringen eine Sache der politischen Taktik war, denen der Handel über die Saarkohle wie ein Weg zur Verständigung mit Frankreich erscheint. Sie nennen das „kontinentale

Digitized by Google

Politik" und glauben damit, auf die französische Seele einen freundschaftlichen Eindruck zu machen. Indessen wecken sie drüben zum Triumph noch Hohn und Verachtung.

*

Im mittleren Württemberg kämpfen proletarischer Generalstreik und Bürgerstreik in zäher Ausdauer um die Oberhand. Die Mehrheit der alten Sozialdemokratie lehnt den Arbeiterausstand ab, beschwört aber die „Bürger", aufzuhören, denn sie hat die Angst, daß hier ein neues Kriegsmittel der sozialen Konflikte ausgeprobt werde. Nun ist ja so viel gewiß: die wirtschaftliche und politische Demokratie, ernsthaft durchgeführt, hebt den Streikgedanken von selber auf. Aber wie kommt die Sozialdemokratie dazu, die Flöte der Harmonie zu blasen, nachdem sie durch Jahrzehnte den Klassenkampf als die Form des politischen Lebens gepredigt hat?

*

In Deutschland folgt Streik auf Streik, mit der Hauptforderung, die politisch inhaftierten Leute freizugeben. In Frankreich wird der Mörder von Jaurès freigesprochen, nachdem der Prozeß gegen fünf Jahre verschleppt war, und die französische Nation nimmt fast keine Notiz davon. Wenig fehlt und Villain wird noch einmal ein Nationalheld, einer der Rückeroberer von Elsaß-Lothringen. Was aber sagt das französische Proletariat? Es murrt und sieht zu, wie seine Regierenden das Werk des Mörders fortsetzen, indem sie auch den Geist von Jaurès vollends totschlagen.

*

Die bolschewistische Politik bleibt undurchsichtig. Lenin hat die von Ungarn angebotene Verbrüderung mit einigen freundlichen Redensarten abgespeist. Warum hat plötzlich dieser Erfolg der Weltrevolution für die Moskauer Herren den Reiz verloren? Die Lösung dieses Rätsels liegt vielleicht in der Meldung, daß die Entente im Begriffe ist, mit der Sowjetregierung anzuknüpfen, weil sie keine kampfwilligen Truppen für den Kreuzzug gegen den Bolschewismus findet; der Bolschewismus seinerseits ist einem vorläufigen Ausgleich nicht abgeneigt, weil er wirtschaftlich am Ende seiner Kraft ist. Das Angebot Lenins, die Propaganda für die Weltrevolution einzustellen, falls die Ententetruppen Rußland verließen, erinnert lebhaft an Trotzkis Versprechungen in Brest, worauf prompt Joffes Verschwörung mit den Unabhängigen einsetzte. Das Gift des Bolschewismus dürfte eben bereits so tief in Europas Körper eingedrungen sein, daß nur eine radikale Kur die Zersetzung verhindern kann.

Digitized by Google

Die heilige Allianz

Von Georg Brandes (Kopenhagen)
Autorisierte Übersetzung von Erich Holm

I. 15. Februar 1919.

Das Organ der englischen Arbeiterpartei, „The Herald" (The National Labour Weekly), legte in seiner Nummer vom 11. Januar dar, daß aller Wahrscheinlichkeit nach bei dem bevorstehenden Friedenskongreß alle Nationen der Welt irgendwie recht oder schlecht vertreten sein dürften, die Entscheidung aber selbstverständlich in den Händen jener Mächte liegen würde, die die Vorkonferenz abhielten, während man die weniger einflußreichen Staaten oder Völker dazu einladen werde, den getroffenen Vereinbarungen beizupflichten, falls man diese Formalität überhaupt für notwendig erachtet. Der Krieg zum Besten der kleinen Nationen werde unbedingt mit dem Friedensschluß zwischen den großen Nationen enden. Der Krieg gegen das angebliche Streben der Zentralmächte nach Weltherrschaft würde mit der tatsächlichen und unzweifelhaften Weltherrschaft der Alliierten enden.

Noch haben die Ereignisse diese Auffassung nicht zuschanden gemacht.

Der „Herald", der eine ausgesprochen oppositionelle Haltung gegenüber der jetzigen englischen Regierung einnimmt, hegt tiefes Mißtrauen gegen den Völkerbund, den in Großbritannien wie Amerika Politiker und Journalisten fortwährend im Munde führen. Das Blatt fragt, ob darunter ein Bund zwischen einigen wenigen antisozialistischen Regierungen zu verstehen sei, die fordern und vorschreiben, wie die übrigen Völker ihr Leben einzurichten hätten, und ob er etwas anderes bedeuten wird als das Recht, die Abrüstung zu Lande zu gebieten, die zur See aber zu verweigern, so daß dann Großbritannien und die Freistaaten sich dem stillschweigenden Wettstreit des Ausbaues ihrer ungeheuren Flotten überlassen können?

Wir möchten weiter fragen, ob der Völkerbund aus aktiven und passiven Mitgliedern bestehen soll, aus solchen, die kommandieren, und aus solchen, die zu folgen haben? In diesem Falle würde der Völkerbund nur genau die um ein Jahrhundert später sich wiederholende heilige Allianz von 1815 sein.

II.

Die Machthaber, die diese Allianz abschließen, haben genau wie die von 1815 kein anderes Ziel vor Augen, als Gerechtigkeit, Menschenliebe und Frieden.

Vielleicht werden sie die Abschaffung des Krieges im alten Sinne des Wortes dekretieren. Aber sie werden die Gewaltherrschaft in deren neuerer Form des Boykotts und der Blockade aufrechterhalten. Sie werden diese Waffen der ganzen Welt gegenüber anwenden können, in die Regierungsform der russischen Völker

Digitized by Google

eingreifen, die Türkei unter sich teilen, Österreich-Ungarn auflösen und, wenn es ihnen paßt, vom Stillen Ozean bis zum Rhein die Hungersnot aufrechterhalten. Sie werden ihrem Programm nach wieder das europäische Gleichgewicht, das seinerzeit durch die Kriegserklärung Österreich-Ungarns gegen Serbien und durch Deutschlands Unterstützung dieser Gewalttat gestört wurde, wieder aufrichten.

Doch nun nach dem Siege liegen in der einen Wagschale die vereinigten Seestreitkräfte Englands, Amerikas und Japans, die gesamte Heeresmacht Frankreichs, Italiens, Polens, Serbiens und der Tschecho-Slowakei und alle Reichtümer Asiens, Afrikas und Amerikas. In der andern Wagschale liegt die Hilflosigkeit des zusammengebrochenen Deutschlands, die Hilflosigkeit eines Volkes, das, von Hungersnot bedroht, weiß, daß es bei jedem neuen Konflikt derselben Drohung begegnen werde, das so mit Schulden belastet ist, daß es sich in Menschenaltern nicht wieder aufzurichten vermag und unter solchem Mangel an Rohstoffen leidet, daß es sich sie mit jedweder Demütigung erkaufen muß.

Es ist sehr natürlich, daß jene Völker, die bisher in unverständigem Hochmut und Übermut von den Deutschen unterdrückt wurden, sowie jene, die in ihnen gefährliche und energische Konkurrenten sahen, diese Veränderung in der Lage der Wagschalen nur als gerechte Strafe für des alten Kaiserreichs Pochen auf seine Macht und seinen steten Appell an die gepanzerte Faust, die scharfe Klinge und das trockene Pulver empfinden. Aber von einer Wiederaufrichtung des europäischen Gleichgewichtes läßt sich da selbstverständlich nicht reden und von einem auf Gleichberechtigung gegründeten Völkerbund noch viel weniger.

III.

Die elementarste Bedingung für die Errichtung eines solchen Völkerbundes wäre, Frieden zu schließen.

Der Krieg hat zwar insoweit aufgehört, als viele Truppenkörper nach Haus geschickt wurden; aber es ist gleichwohl schwer, des Friedens gewahr zu werden, während immer wieder, bald da, bald dort, in den verschiedensten Orten und Gegenden von Plünderungen begleitete Aufstände ausbrechen und rings in den Ländern der Bürgerkrieg aufzüngelt und aufflammt.

Wenn die Tschecho-Slowaken, die zu Hunderttausenden zu dem kaiserlichen russischen Heere übergelaufen waren und nach dem russischen Sonderfrieden aus Furcht, ausgeliefert und in Österreich als Deserteure erschossen zu werden, sich bewaffneten und eine starke Freischar in Sibirien bildeten, so war das nur klug und begreiflich. Im Krieg war es auch nur natürlich und nicht anders zu erwarten, als daß England und Frankreich diese Truppen finanziell unterstützte, sie ausrüstete und zu eigenen Zwecken verwendete.

Nicht minder natürlich ist es, daß Lenin als Präsident des russischen Rates der Volkskommissäre und Tschitscherin als Volkskommissär der auswärtigen An-

Digitized by Google

gelegenheiten in einem Manifest „Rußland an Großbritannien", das in englischer Sprache abgefaßt, an der Wologda-Front von Aroplanen in Massen auf die englischen Linien herabgeworfen wurde, sich leidenschaftlich über diesen Vorgang beschwerten. — In diesem Flugblatt an die englischen Soldaten heißt es:

„Um die Zustimmung der britischen Arbeiter zu dem unverantwortlichen Angriff auf uns zu erlangen, gibt Eure Regierung für die Landung von Truppen folgende Gründe an: 1. sie kämen, die Anarchie auszurotten und Ordnung herzustellen. Das ist unwahr. Eure und die französische Regierung tragen selbst die Verantwortung für die in Rußland herrschende Unordnung . . . sie machen gemeinsame Sache mit den Tschecho-Slowaken, die uns von unseren Vorräten an Lebensmitteln absperren. Die furchtbare Teuerung in unserem Lande hat in hohem Grade zur herrschenden Zerrüttung beigetragen.

2. sie kämen, um dem russischen Volke Hilfe zu leisten. — Das ist unwahr. Sie helfen nur dazu, ein Volk mit Krieg zu überziehen, das vom Kriege erschöpft ist. Wir brauchen nicht Krieg. Wir brauchen Frieden."

IV.

Ich für mein Teil bin weit davon entfernt, zu glauben, daß die Unterstützung der tschecho-slowakischen Truppen durch die Alliierten die einzige oder auch nur die wesentlichste Ursache des in Rußland herrschenden Elends war. Doch ist es klar, daß die ins Werk gesetzte Blockade Sibiriens für das russische Volk eine schreckliche Kalamität war und sehr zur Verschärfung der Hungersnot und Verzweiflung beigetragen hat, die mehr als alles andere zu den um sich greifenden Plünderungen und überhaupt zu der Mißachtung von Gesetz und Recht geführt haben.

Daß der bisherige dänische Gesandte in Rußlands Hauptstadt sich zur Friedenskonferenz begab und die Mächte ausdrücklich aufforderte, gegen die bolschewistische Regierung Krieg zu führen, war daher, wie mir scheinen will, geeignet, einige Verwunderung zu erregen. Naheliegender als die Mächte zu weiterem Kriegführen aufzufordern und zu neuerlicher Entsendung von Truppen, die vom Bolschewismus angesteckt zu werden Gefahr liefen, wäre es gewesen, die Auflösung der tschecho-slowakischen Truppenmacht, die Aufhebung der Blockade an der sibirischen Grenze und reichliche Zufuhr von Lebensmitteln vorzuschlagen. Satte Menschen sind nach alter Erfahrung weniger gefährlich und weniger blutdürstig als hungernde.

Jeder vernünftige Russe ist sich darüber klar, daß es unmöglich ist, den Bolschewismus mit Waffengewalt zu heilen, so unmöglich, wie eine durch Blutvergiftung entstandene Geschwulst durch einen chirurgischen Eingriff beheben zu wollen, Um was es sich handelt, ist, die Krankheit selbst zu heilen.

Lenin behauptet, wenn er das soziale und ökonomische Leben Rußlands um-

Digitized by Google

gestalte, geschehe es nur, um dem Arbeiter den Ertrag seiner Arbeit zu sichern; die Tschecho-Slowaken aber unterdrückten den Arbeiter, wohin sie auch kämen. In Samara, wo der Achtstundentag durchgesetzt worden war, hätten sie ihn wieder abgeschafft. Überhaupt wären alle Organisationen der arbeitenden Klassen, Fachvereine u. dgl., von diesen fremden Truppen zugunsten der Vorherrschaft von Spekulanten, Kapitalisten und ehemaligen zaristischen Offizieren unterdrückt worden. Lenin flößt persönlich sehr wenig Sympathie ein; die Grausamkeit seines Vorgehens noch weniger. Aber er glaubt offenbar an seine Sache und an sein Recht. Seine Empfindungsweise ist nicht ohne Grund mit der eines Großinquisitors verglichen worden. Er ist wie Torquemada aufrichtig gläubig und führt wie dieser seine Schreckensherrschaft mit Folter, Schwert und Scheiterhaufen in der Überzeugung, der guten Sache zu dienen und das Reich Gottes auf Erden herbeizuführen.

Vorläufig haben die Bolschewisten mit ihrer Grausamkeit und Überstürzung Rußland in Ohnmacht und Elend versetzt. Der russische Schriftsteller Dmitri Gavronski, der — selbst Sozialrevolutionär — ein leidenschaftlicher Gegner der Bolschewisten ist, hat durch ein treffendes Gleichnis ihre politische Unreife veranschaulicht. Sie haben die Revolution um ihre Früchte gebracht, weil es ihnen an Geduld fehlte. Sie konnten es nicht erwarten, daß der neue Baum des Lebens tief in der Erde Wurzel schlüge, Blüten und Früchte ansetzte. Sie wollten den Baum gewaltsam in die Höhe zerren, statt ihn wachsen zu lassen. Nun liegt er entwurzelt da, welk, ohne Lebenskraft.

V.

Auf Krieg kann Friede folgen, wie schon hundertemale zuvor. Aber er geht nicht aus dem Kriege hervor, wird nicht durch ihn geschaffen. Nur wer bloß das Äußerliche sieht, ohne im geringsten auf das, was im Innern des Menschen vorgeht, zu achten, kann diese Meinung hegen. Frieden in mehr als rein äußerlichem Sinne erwächst aus dem humanen Empfinden, das sich trotz des Krieges erhalten oder während des Krieges entwickelt hat; er entspringt der Menschlichkeit, dem Mitgefühl und Wohlwollen. Die bloße Erschöpfung und Hungersnot auf der einen, der bloße Rachedurst und Siegesjubel auf der anderen Seite kann wohl einen Friedensschluß herbeiführen, der dem Schießen ein Ende macht, aber nicht mehr; am wenigsten jenen Völkerbund, von dem wir Tag für Tag in so beweglichen Worten reden hören.

VI.

Ehe die Völker einen Bund (gegen etwaige künftige Friedensstörer?) schließen können, müßte vorerst im Innern jedes Landes Friede herrschen, und nicht bloß Friede, sondern wirkliche Zufriedenheit. Und die findet sich in keinem der großen Länder.

Digitized by Google

Gegenwärtig liegt (nach den eigenen Angaben der englischen Blätter) in Irland ein 200 000 Mann starkes Heer, das die Bevölkerung mit fester Hand niederhält. Die Organe der Labour klagen darüber, daß gleichzeitig Englands beste und tapferste Männer zu Hunderttausenden ihr Leben für die Freiheit der Serben, die Freiheit der Belgier, der Tschechen, der Schleswiger, der Slowenen hingeben mußten. Sie finden es erstaunlich, daß in diesem Falle ihren Landsleuten das Wort „Charity begins at home" nicht über die Lippen kommt.

Sie erklären, daß der Zweck, für den anderthalb Millionen Franzosen und etwa eine Million Engländer gefallen sind, und noch viel mehr von beiden Völkern zu Krüppeln geschossen wurden, der war, die zivilisierte Welt auf neue Grundlagen zu stellen. Nun fragt der gemeine Mann in England Lloyd George, ob die Prinzipien, für die seine Brüder und Söhne gefallen sind, die des Friedenskongresses sein werden oder nicht.

Er liest beständig von der Einigkeit der Alliierten. Doch er stutzt, wenn er hört, wie der französische Ministerpräsident sich ausdrücklich als Anhänger des sogenannten Gleichgewichts der Mächte erklärt, das unzertrennlich ist von dem alten System der geheimen Abmachungen und geheimen Traktate, und bei dem von Selbstbestimmung nie die Rede war.

Er kann es nicht fassen, daß die ganze blühende Jugend hingemäht wurde, um das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu erringen, und nun so gut wie nichts von einer Selbstbestimmung zu hören ist, nicht einmal innerhalb der Grenzen Großbritanniens. Es wird ebenso wenig in Dublin darüber abgestimmt, ob Irland eine selbständige Republik sein soll, als in Konstantinopel darüber abgestimmt wird, ob es türkisch bleiben will oder nicht.

VII.

In Großbritannien herrscht kein innerer Friede; noch weniger gedeiht er in Rußland. Die Bolschewiki jagten zuerst die Nationalversammlung auseinander und führten dann ein Schreckensregiment mit Massenhinrichtungen von Arbeitern, Bauern und Intellektuellen in Kolpino, Petersburg und Moskau.

Die Bauern haben Land bekommen; die großen Güter sind in Parzellen zerstückelt (wie die Plünderer auf den Gütern die großen kostbaren Spiegel zerschlugen und jeder ihren Glasscherben mitnahmen). Aber sie haben keine Arbeitsgeräte, noch weniger Maschinen, den Boden zu bearbeiten, den sie bei der Aufteilung erhielten. Die ländlichen Wucherer sehen ihren Vorteil darin, den Bauern Pferde für den Feldbau zu leihen, wogegen diese ihnen Frondienste leisten müssen, trotzdem die Regierung Lenins die Verwendung von Lohnarbeitern auf dem Lande verboten hat.

Die Fabriken liegen still. Im Gouvernement Moskau hat sich die Zahl der Metallarbeiter um 60 Prozent vermindert. Dort, wie in ganz Rußland, hat die

Digitized by Google

Zementindustrie aufgehört; von den 14 Fabriken arbeitet keine einzige. In der Gummi-Industrie waren nach den offiziellen Angaben früher 32 000 Arbeiter beschäftigt, jetzt sind es nur 7500, und es scheint, daß diese Industrie binnen einem Monat aus Mangel an Benzin gänzlich eingestellt sein wird. Mit der Naphta-Industrie sieht es desgleichen jämmerlich aus; mit der Textil-Industrie fast ebenso traurig.

Da das Verkehrswesen in Rußland vollständig vernichtet ist, ist der Getreidetransport so erschwert, daß die Hungersnot überall fühlbar wird. Die Arbeiter mögen überdies nicht arbeiten. Der achtstündige Arbeitstag ist vielfach zu einem achtstündigen Streik geworden.

Gleich in den ersten Wochen der bolschewistischen Herrschaft ergoß sich eine mächtige Woge der Plünderung und Verwüstung über das Land. Man „raubte das Geraubte", wie Lenin sich ausdrückte. Charles Nodier hat diese Theorie in seinem 1818 erschienenen kleinen Räuberroman Jean Sbogar entwickelt: der Raub des Armen an dem Reichen ist nur die gerechte Rückkehr eines Stückes Brot oder eines Stückes Silber aus den Händen der Diebe in die des Bestohlenen — eine etwas summarische Gesellschaftsphilosophie.

VIII.

Daß innerhalb der Grenzen des besiegten Deutschland kein Friede herrscht, ist so augenscheinlich, daß es keiner Darlegung bedarf. Mit Mühe und nur zum Teil hat man die Übertragung des russischen Terrors zu unterdrücken vermocht. Und nun stehen die beiden sozialistischen Gruppen einander schroff gegenüber, uneinig, welchen Weg sie in dem herrschenden Dunkel und auf dem Glatteis, auf dem sie sich bewegen, fast ohne sich aufrecht erhalten zu können, einschlagen sollen. Sie wissen in der Finsternis nicht, ob der Weg nach rechts oder der Weg nach links der bessere ist. Und die bürgerlichen Parteien sind vorläufig gänzlich zurückgedrängt, mit alleiniger Ausnahme des Zentrums, das als rein kirchliche Partei eine Sonderstellung einnimmt, aber den beiseite geschobenen bürgerlichen Freisinn schlecht ersetzt.

IX.

Es wäre ungerecht und undankbar, die Betonung des Selbstbestimmungsrechts seitens der englischen Regierung und des amerikanischen Präsidenten nicht anzuerkennen.

Aber es gibt noch ein anderes, sich mit dem obigen in den Reden der Politiker fortwährend kreuzendes Recht: das Recht, das als „Rechte der Großstaaten" bezeichnet wird.

Pichon, der französische Minister des Äußeren, hat in einer Rede Frankreichs hundertjährige Rechte an Syrien, den Libanon, Kilikien und Palästina geltend gemacht: „Diese Rechte beruhen," sagte er, „auf einem Übereinkommen mit

Digitized by Google

unseren Alliierten. Gewiß anerkennen wir die vollständige Freiheit der Friedenskonferenz und ihre Befugnis, diese Übereinkünfte so auszulegen, wie sie es für richtig hält; die Abmachung binden jedoch England und uns selbst und die Rechte, die sie verleihen, sind in bezug auf England und uns bereits festgelegt."

Diese Äußerung ist ein wenig dunkel für den, der kein Diplomat von Fach ist.

Früher hat die französische Regierung und die französische Presse Palästina und den Libanon als in Syrien inbegriffen betrachtet. Obgleich noch immer ab und zu sogar in Blättern wie dem „Temps" von der Syrie intégrale die Rede ist, wird Palästina doch im jetzigen Augenblicke nicht als ein Teil von Syrien, sondern als politische Einheit anerkannt und der Libanon als die Nordgrenze Palästinas betrachtet.

Kraft des geheimen Übereinkommens von 1916 fordert Frankreich indes den größten Teil von Galiläa und hat daselbst französische Verwaltung eingesetzt.

Wenn man Wilsons Programm kennt, so gibt es zu denken, daß beständig von den Rechten der Staaten, beispielsweise sogar von Italiens Recht auf Tripolis, gesprochen wird, von den Rechten der Völker indes niemals die Rede ist, weder von dem des arabischen, noch des jüdischen oder armenischen Volkes. Es hat den Anschein, als ob nur die Staaten, d. h. die Diplomaten, die im Namen der Staaten sprechen, Rechte hätten; die Völker keine.

Die alten Heimstätten der Juden wie der Araber und Armenier sind aufgeteilt. Man scheint sich in folgender Weise verständigen zu wollen: England erhält Palästina, Mesopotamien und Mosul (am rechten Ufer des Tigris), Frankreich das ganze übrige Syrien; ja, Andeutungen nach wünscht Frankreich Damaskus und Aleppo von dem arabischen Staat des Emir Feisal abzutrennen und diese Orte für sich zu behalten.

X.

In bezug auf das geplante jüdische Staatsgebilde in Palästina, auf das besonders die unterdrückten und gequälten Juden Osteuropas so große Hoffnungen knüpfen, ist diese Zukunftsperspektive geeignet, einige Unruhe zu erwecken. Die Zionisten tragen kein Bedenken, unter englischer Oberhoheit zu stehen. Sie würden sich in diesem Falle umgekehrt gesicherter fühlen. Eine französische Herrschaft aber auf einem Boden, den sie im Altertum als den ihren betrachteten und eine unmittelbare französische Nachbarschaft hätte für sie unbestreitbar etwas beunruhigendes.

Nicht als ob die modernen Juden vor den Franzosen, dem Volk, das ihnen zuerst, schon unter der großen Revolution Bürgerrechte verlieh und sie seitdem ihrer bürgerlichen Gleichstellung nie wieder beraubt hat, irgendwelche Scheu empfinden würden. Doch trotz der Trennung von Staat und Kirche ist Frankreich in Kleinasien eine katholische Macht. Seine dortige Stellung verdankt es aus-

Digitized by Google

schließlich den katholischen Missionären. Die Missionäre waren es, die den Politikern den Weg bahnten. Und die arabische Bevölkerung zum Christentum zu bekehren, ist der Hauptberuf und die Hauptaufgabe der katholischen Missionäre.

Zu den Arabern in Palästina ist das Verhältnis der eingeborenen und zugewanderten Juden zur Zeit vortrefflich. Die dortigen Araber haben nicht nur keine Antipathie gegen den Israeliten, es herrscht sogar ein Vertrauensverhältnis; die Araber anerkennen seinen Fleiß, seine Intelligenz und Redlichkeit, ja sie wählen ihn nicht selten zum Schiedsrichter bei Streitigkeiten zwischen zwei Muselmanen.

Hingegen hat Palästinas Zukunftsvolk nichts gutes von jenen Arabern zu erwarten, die von den französischen Missionaren zum Katholizismus bekehrt wurden. Bekehrte Araber gehören wie bekehrte Chinesen erfahrungsgemäß zu den in moralischer Hinsicht tiefst stehenden Elementen der Eingeborenen. Es wäre denn die seltene Ausnahme, daß die Bekehrung aus ideellen Gründen erfolgte. Und ärgere Feinde als die zum Christentum bekehrten Muhamedaner können die Zionisten, sofern ihr Traum sich erfüllt, kaum finden. Diese Nachbarn werden den ganzen religiösen und nationalen Fanatismus der Renegaten haben oder so tun, als hätten sie ihn.

Die Bedingung, unter der die Zionisten ihr Ziel, nach und nach Millionen ein Heim zu schaffen, erreichen könnten, wäre, daß die Wahrscheinlichkeit für eine freie und friedliche Ausdehnung über das so eng begrenzte eigentliche Palästina hinaus gegeben sei. Diese Wahrscheinlichkeit erscheint augenblicklich nicht groß.

(Schluß folgt)

Deutschböhmen und der tschechische Staat

Von Dr. Hermann Ullmann

Im Herzen Mitteleuropas, das schlechte Kenner der völkerpsychologischen Verschiedenheiten schon als eine übernationale Einheit wähnten, vollzog sich seit dem Umsturz eine merkwürdige Entwicklung. Während das ganze übrige „Mitteleuropa" sich über die westliche demokratische Staatlichkeit hinaus zur sozialistischen Republik hin zu entwickeln scheint, in einem ausgesprochen antimilitaristischen, allem Imperialismus feindlichen Sinne, erstand bei dem Sechsmillionen-Volke der Tschechen, das auf Grund der „Selbstbestimmung" sich noch 1 700 000 Slowaken angliedert, ein Kleinimperialismus reaktionärster Art, der bei dem Übermaß seiner Bestrebungen mit den ältesten Methoden des österreichischen Nationalitätenstaates arbeiten muß. Dieser Imperialismus ist gewiß zunächst nur rein äußerlich darin begründet, daß sich die Tschechoslowaken rechtzeitig auf die Seite der Sieger gerettet haben und nun, eine seltsame Insel im besiegten Mitteleuropa, genau das Bild ihrer wärmsten Gönner, der Franzosen,

Digitized by Google

bieten. Erst die Gnadenfülle der Entente, der die Tschechen keineswegs immer mit Erfolg und Zielbewußtsein gedient haben, sondern mit einer, zumal den kleinen Völkern eigentümlichen Schaukelpolitik, ermöglicht es ihnen, in dem Augenblick, da das Selbstbestimmungsrecht der Völker zur Grundlage von Staatenbildungen und neuer Völkerbündnisse gemacht werden soll, einen Nationalitätenstaat anzustreben, der in seiner Buntscheckigkeit und bei den Herrschaftsmethoden, die er notwendig macht, geradezu eine Karrikatur des alten Österreichs und damit die Vorbereitung zu einer Balkanisierung Mitteleuropas bedeuten würde. Der tschechoslowakische Staat, wie ihn Kramarsch und entgegen seiner ganzen wissenschaftlichen und politischen Vergangenheit der Ministerpräsident Masaryk fordern, würde unter 13 900 000 Einwohnern bloß 8 020 000 Tschechoslowaken, d. h. 57,64 v. H., Tschechen und Slowaken umfassen. Dabei ist zunächst zu bedenken, daß keineswegs alle Slowaken Freunde der Prager Regierung sind, vielmehr haben mit Deutschen und Magyaren zusammen Slowaken eine Republik Zips mit der Hauptstadt Neudorf (Iglau) gegründet, deren Regierung vor den Tschechen flüchten mußte. Aber selbst, wenn man die Tschechen und Slowaken als Einheit betrachtet, bleiben neben Magyaren und Ruthenen noch 3½ Millionen Deutschböhmen und 397 000 Deutsche in dem bisherigen ungarischen Teil des tschechoslowakischen Staates, in der eigentlichen Slowakei. Sollten dem Staate noch Teile von Pr.-Schlesien und Stücke von Niederösterreich angegliedert werden, wie es eine Karte von Dr. Machat (im Verlage Neubert-Smichow) als selbstverständlich annimmt, so würde der Hundertsatz der tschechischen Bevölkerung noch tiefer sinken. Das führende Blatt der tschechischen Sozialdemokratie berechnet, daß die tschechische Nationalversammlung zu 300 Sitzen berechnet, 175 tschechische und slowakische Abgeordnete und 125 nichttschechische, darunter 82 deutsche, enthalten würde. Diese keineswegs wohlwollende Berechnung zeigt jedenfalls klar, ein wie künstliches Gebilde dieser neue Nationalitätenstaat darstellen würde, und alle Gnade der Entente kann unmöglich den Tschechen darüber hinweghelfen, daß sie sich selbst vor die Aufgabe stellen, in dieser revolutionären Zeit ein neues Ungarn als Staatsnation zu regieren — ohne daß sie dessen sicher wären, eine so in allen Mitteln der Herrschaft wohl erfahrene Herrenschicht zu besitzen, wie es der magyarische Adel war.

Was die Prager Gewalthaber seit dem Bestehen des jungen Staates geleistet haben, deutet eher auf das Gegenteil. Prag hat es gründlich verstanden, seine vollkommene Unfähigkeit nicht nur zur Beherrschung fremder Volksangehöriger, sondern auch des eigenen Volkes zu beweisen. Hier liegt denn auch der tiefste Grund des tschechischen Imperialismus: er quillt nicht aus Kraft, sondern aus Schwäche. Die Tschechen verlangen selbst Deutschböhmen mit der Begründung, daß der tschechische Staat die deutschböhmische Kohle und Industrie brauche und

Digitized by Google

ohne sie nicht leben könne (auf der anderen Seite „braucht" er die Slowaken als Lohndrücker und billige Arbeitskräfte). Diese Beweisgründe sind falsch, die deutschböhmische und andere Kohle kann sich der tschechische Staat durch entsprechende Verträge sichern, abgesehen davon, daß das tschechische Siedlungsgebiet selbst sehr reiche Kohlenlager umfaßt, und die tschechische Industrie ist recht leistungs- und entwicklungsfähig. Aber in einem tieferen Sinne ist es richtig, daß der tschechische Staat Deutschböhmen „braucht". Ein Volk, daß seit Jahrzehnten von seinen Führern planmäßig dazu erzogen wurde, den Staat zu sabotieren und gleichzeitig aufs äußerste auszunutzen, lernt nicht von heute auf morgen seine Wirtschaft und sein gesamtes kulturelles und politisches Leben ausschließlich auf eigene Kraft und sachliche Leistung aufzubauen. Das zeigt sich jetzt schon aufs schärfste in dem neuen Staate. Die tschechischen Bauern liefern ihrer eigenen Regierung genau so wenig Lebensmittel wie der ehemaligen österreichischen, und heute schon verfahren deutsche Bauern loyaler gegenüber der fremden und feindlichen Regierung als die tschechischen. Korruption, Unfähigkeit zur Verwaltung, schlechte Steuermoral, Günstlingswirtschaft, alle politischen Laster, die in dem gesetzlosen, von den Tschechen fleißig benutzten Zustande des alten Österreich gezüchtet wurden, wuchern jetzt schon im tschechischen Staatsleben, und wer die spezifische Luft der altösterreichischen Amtsstuben kennt, wird sie getreu in den Prager Ministerien wiederfinden. Kein Wunder, da ja die zahlreichen tschechischen Beamten aus den Wiener Ministerien in die Prager Zentralstellen berufen worden sind. In diesem Sinne braucht das tschechische Volk Deutschböhmen: als Gegenstand für die Anwendung jener Methoden des Wirtschaftens und Politikmachens, die es im alten Österreich geübt hat: als Ausbeutungsgegenstand.

Und noch zu einem anderen Zweck. Das scheinbar nach außen hin so einige tschechische Volk leidet in Wahrheit an einer innerpolitischen Zerklüftung, die noch über die Deutschösterreichs hinausgeht. Jetzt schon, nachdem der große nationale Freudentaumel, die „Revolutionsidylle", wie die tschechischen sozialdemokratischen Blätter es nannten, vorüber ist, äußern sich Zeichen tiefster Unzufriedenheit mit den herrschenden Parteien. Unzufriedenheit in verschiedenen Lagern, die wiederum untereinander verfeindet sind, und Unzufriedenheit aus verschiedenen Gründen. Die Herrschaft der nicht gewählten, sondern einfach aus den alten Abgeordneten des Reichsrates gebildeten Nationalversammlung und der aus ihr hervorgegangenen Regierung ist äußerst unsicher. Auf der einen Seite wächst der Widerstand der Sozialdemokraten, welche die in den ersten Revolutionswochen gemachten Zugeständnisse einfordern, und die bereits ihrerseits wieder von einem kommunistischen Flügel unter der Führung des aus Rußland zurückgekehrten Muna gedrängt werden. Auf der anderen Seite gärt es — und das ist vielleicht für diesen Agrarstaat noch viel bedrohlicher als die Mißstimmung des Industrieproletariats

Digitized by Google

— im Kleinbauerntum. Ein großer Teil des tschechischen Siedlungsgebietes gehört bekanntlich dem Großgrundbesitz, der ein ländliches Proletariat von sehr niedriger Lebenshaltung erzeugt hat. Der Gegensatz zu den Bauern und Grundbesitzern ist durch deren ungeheure Kriegsgewinne gesteigert worden. Dazu kommt die Abneigung Mährens und der Slowakei aus religiösen und anderen Gründen gegen Prag, wie denn auch die sozialdemokratische und die kleinagrarische Opposition besonders aus den tschechischen Gebieten außerhalb Böhmens genährt wird (90 Prozent aller mährischen Arbeiter gelten als Bolschewisten. *) Diese Oppositionsparteien werden gestärkt durch die außerordentlich ungünstige Lage, in der sich der junge Staat von allem Anfang an befand. Die Tschechen gingen zwar als politische „Sieger" aus dem Kriege hervor, nicht aber als wirtschaftliche. Wirtschaftlich haben sie zunächst alle Folgen des verlorenen Krieges mitzutragen, und die sehr großen Lasten, welche die Gründung der neuen Staates erforderte (der tschechische Militarismus kostet 6 bis 7 Millionen Kronen monatlich), konnten nur erzwungen werden durch die Vorspiegelung unbegrenzter Ententehilfe. Diese aber ist bisher ausgeblieben, und jetzt schon klagen tschechische Blätter über die geschäftsmäßige Behandlung durch den Vielverband. Die Regierung schwebt in einer dauernden Krise und rettet sich mühsam von einem Tag in den anderen hinüber. Sie hat zu ihrer Erleichterung ein Mittel zur Hand, das andere Regierungen, wenigstens der deutschen, in diesem Maße fehlt: wenn die inneren Schwierigkeiten zu groß werden, dann setzt die Presse und der Prager Pöbel, seit der Besetzung Deutschböhmens verstärkt durch die gänzlich demoralisierte Soldateska in den deutschböhmischen Städten, eine kleine Deutschenhetze ins Werk, und die Nation ist in der gewünschten Weise von selbst abgelenkt. Dazu braucht der tschechische Staat zweitens die Deutschböhmen: als Prügelknabe.

Recht deutlich konnte man diese Zusammenhänge vor ganz kurzer Zeit studieren. Der Finanzminister Raschin machte „Inventur", d. h. auch über fremdes Eigentum, nämlich über das Deutschböhmens, und behielt bei der Abstempelung aller Banknoten die Hälfte gegen einen Gutschein zurück. Dieser ungewöhnlich waghalsige Eingriff in die Volkswirtschaft, der den Notenumlauf verringern und zugleich die Grundlage zu weitreichenden neuen Steuerplänen bieten sollte, erregte die schärfste Mißbilligung vor allem bei den tschechischen Bauern, die nicht geringe Notenvorräte aufgehäuft hatten. Von der Erregung in Deutschböhmen ganz zu schweigen, da diese Finanzmaßnahme durchaus als unberechtigten Eingriff einer fremden Regierung empfinden mußte. Gleichzeitig wurde die deutschösterreichische

* Der tschechische Staat spielt sich der Entente gegenüber mit Vorliebe als Pfeiler gegen den Bolschewismus auf. Er könnte leicht die wichtigste Brücke für ihn bilden, wenn nicht die Ursachen innerer Unruhe: Imperialismus und Irredenta, von ihm ferngehalten werden.

Digitized by Google

Nationalversammlung einberufen. Deutschböhmen durfte bekanntlich bei den Wahlen in Deutschösterreich, dem es gesetzmäßig angehört, nicht mitwählen, die tschechoslowakische Regierung behandelte Vorbereitungen zur Wahl als „Hochverrat". Da nun Deutschböhmen aber auch in der tschechoslowakischen Nationalversammlung nicht vertreten ist, so ergibt sich der unerträgliche Zustand, daß im Augenblick der Friedensvorbereitungen 3½ Millionen ohne parlamentarische Vertretung sind. Um dem Zugehörigkeitsgefühl zur sozialdemokratischen Vertretung in der deutschösterreichischen Nationalversammlung Ausdruck zu geben, hatte die sozialdemokratische Partei Deutschböhmens für den 4. März große Kundgebungen angesagt. Spontan schloß sich das ganze Bürger- und Bauerntum an, und der Nachmittag des 4. März gestaltete sich zu einem unwiderleglichen Zeugnis von der Geschlossenheit Deutschböhmens und von seinem Rechte auf Selbständigkeit und Selbstbestimmung. Die tschechische Regierung aber hatte so viel Anhäufung von Zündstoff nervös gemacht. Sie erdichtete eiligst das groteske Märchen von einem kombinierten deutschösterreichisch-magyarisch-reichsdeutschen Einfall in Böhmen, der für den 4. März geplant gewesen und nur dank der musterhaften Selbstbeherrschung und vorzüglichen Organisation der tschechischen Truppen kläglich gescheitert sei. Mit diesem Märchen deckte man gleichzeitig die Schandtaten des tschechischen Pöbels in Uniform, der mit Maschinengewehren am 4. März in die Kundgebungen der friedlichen, unbewaffneten und gänzlich wehrlosen Bevölkerung hineinschoß und über ein halbes Hundert, darunter Frauen und Kinder, tötete. Um ein übriges zu tun, hatte man zwei Tage vor diesen Kundgebungen noch rasch den deutschen Vizekonsul in Prag verhaftet, jenes lächerliche Märchen, das man zugleich zu einer Erpressung gegenüber Deutschösterreich zu benützen suchte, mit ihm in die kühnste Verbindung gebracht und durch eine maßlose Preßhetze es denn auch glücklich erreicht, daß in Prag einige Deutsche blutig geprügelt wurden. Nach Paris und London aber wurden die schamlosesten Lügen über deutschböhmische Gewalttaten gefunkt. Nur der musterhaften Ordnung der tschechischen Truppen war es zu danken usw. Die Abstempelung ging glücklich vorüber.

Es ist klar, daß ein Staat, wie dieser tschechische, den sich die Machthaber von Prag mit Maschinengewehren und mit Hilfe der Entente zu erzwingen hoffen, nur mit Maschinengewehren und unbegrenztem Entente-Kredit aufrecht zu erhalten wäre. Man kann absehen von den ausschweifenden Wünschen alttschechischer Narren, wie eines gewissen Kuffner, der in einem ausführlichen, mit Karten versehen Buche eine Art neutraler Zone um Tschechien herum wünscht, weil er von allen Seiten Angriffe fürchtet: auch die offizielle Politik Prags entspringt ähnlichen Angstträumen, die vergeblich durch den chauvinistischen Fusel betäubt werden. Der verhängnisvolle Kreis schließt sich. Nicht zum wenigsten aus innerpolitischen Motiven, um von inneren Fragen abzulenken, hat man die ausschweifende Außen-

Digitized by Google

politik begonnen und Deutschböhmen sowie die Slowakei militärisch besetzt. Um die durch diesen Imperialismus gesteigerte innere Spannung fürs erste unschädlich zu machen, muß man zu immer neuen Polizei- und Gewaltmitteln greifen, die nur möglich sind, solange noch der augenblickliche gesetzlose Zustand des „Waffenstillstands" andauert, der bekanntlich dazu da ist, damit die Sieger nach Herzenslust sich gütlich tun können. Wenn irgendwelche Ordnung wieder in Europa eingekehrt sein wird, wird ein Polizeiregiment, wie das gegenwärtig in Deutschböhmen verbrochene, unmöglich mit allen seinen Mitteln: brutaler Unterbindung der Preß- und Versammlungsfreiheit, Gewissenszwang gegen die Beamten und Lehrer, gesetzwidrige Einschränkung der Selbstverwaltung usw., sogar Einziehung deutscher Volksangehöriger zum Militärdienst und rücksichtslose Verfolgung der rechtmäßigen deutschböhmischen Landesregierung, aufrecht erhalten werden können. Ohn ein solches Polizeiregiment aber, auf rein verfassungsmäßiger Grundlage, als demokratischer Staat ist die tschechoslowakische Republik, die sich im Zeichen des Selbstbestimmungsrechtes der Völker vom alten Österreich losgemacht hat, noch weniger möglich, als es die für immer verschwundene Monarchie war. Entente-Zeitungen und jene Wiener Blätter, die im Solde gewisser ententefreundlichen Interessentenkreise stehen, bringen immer wieder die unwahre Nachricht, über das Schicksal Deutschböhmens sei bereits entschieden, es werden dem tschechoslowakischen Staate eingegliedert und ihm eine Autonomie unter Überwachung der Entente verbürgt. Eine solche Autonomie wäre für Deutschböhmen vollkommen wertlos, sie bedeutete vielmehr nur eine schädliche Verhüllung der brutalen tschechischen Gewaltherrschaft, die sich aller Kontrolle zum Trotz mit jenen Mitteln durchsetzen würde, wie sie die Tschechen schon im alten Österreich geübt haben. Deutschböhmen fordert eine Volksabstimmung unter Überwachung amerikanischer Truppen, jedenfalls unter gleichzeitiger Entfernung der tschichschen Bevölkerung. Nur eine volle Erfüllung des Selbstbestimmungsrechtes kann dieses empfindlichste von allen mitteleuropäischen Problemen so erledigen, daß Ordnung in Europa einkehren kann. Jede gewaltsame Entscheidung über das Schicksal Deutschböhmens, die gefällt würde ohne jedes Befragen der Bevölkerung, würde eine starke Irredenta an den Grenzen Deutschlands erzeugen und nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa ständig beunruhigen. Eine Lösung dagegen, die Deutschböhmen und Sudetenland (Troppau und die angrenzenden Teile des österreichischen Schlesien, Böhmen und Mähren werden im Augenblick noch brutaler geknechtet als Deutschböhmen) sein Recht gewährte, würde eine gesunde wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen dem deutschen Volke und dem tschechischen, das auf drei Seiten von Deutschen umschlossen ist, ermöglichen. Die Hemmungen für ein solches gesundes Einvernehmen sind nicht objektiver Natur, liegen nicht in dem sachlichen Zwang wirtschaftlicher, geographischer, politischer Zusammenhänge, sondern einzig und

Digitized by Google

allein in volkspsychologischen Beschränkungen. Wenn die Neigung zur imperialistischen Ausschweifung, der das tschechische Volk, über Nacht in den Besitz eines ungeheuren Kriegsgewinnes, eines eigenen Staates gelangt, sich hingibt, endgültig klarer, vernünftiger Selbstbescheidung gewichen ist, — was freilich möglicherweise erst nach einigen Enttäuschungen und Krisen geschehen wird, dann wird sich eine Möglichkeit friedlichen Zusammenlebens zwischen dem deutschen und dem tschechischen Volke, zwischen Deutschland und einer in sich sachlich geschlossenen tschechischen Republik ergeben. Vorher nicht.

Bayern und das Reich

Von Dr. Theodor Heuß

4. April 1919

Unser Mitarbeiter Alwin Saenger, Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion des bayerischen Landtags, hat in Nr. 13 einen Bericht über die politische Lage seines Heimatstaates gegeben, der verhältnismäßig zuversichtlich klang: etwa, aus dem Gröbsten sind wir heraus und jetzt glücklich über den Berg gekommen. Für den, der die Entwicklung der Dinge von außen betrachtet, stellt sich die Situation im Gegenteil sehr pessimistisch dar.

Bayerns Zustand ist tatsächlich, trotzdem die sozialistische Regierung ihre Bestätigung von einem Landtag erhielt (der zu fast Zweidrittel nicht sozialistisch ist), eine verschleierte Rätediktatur. Denn die A.-, B.- und S.-Räte haben ihre Vertreter in allen Ministersitzungen; ihre Anwesenheit genügt, um die freie, sachliche und verantwortungsbereite Entschlußkraft der eingeschüchterten Mehrheitssozialisten zu lähmen. Die offizielle bayerische Politik steht dauernd unter diesem Druck, und sie geht deshalb Wege, die man nur mit äußerster Besorgnis betrachten kann. Ihre Halbheit läßt einen neuen Umsturz jeden Tag befürchten.

Eisner glaubte, in einer neuen Staatsform dem Volk ein neues Glück bringen zu sollen, wenn auch mit Zwang. Das Volk lehnte ihn und seine Lehre mit erdrückender Mehrheit ab, und so schwer es ihm fallen mußte, von der Regierung zurückzutreten, er schien dazu entschlossen. Ein mehrheitssozialistisches Ministerium mit demokratischen Fachministern war in Vorbereitung. Da kam der blutige Tag der wilden Morde, und da der Mäßiger Eisner nicht mehr vorhanden war, brauste in sinnloser Erregung der vom früheren Eisner gepflegte Geist empor. Die Räte rissen die Macht an sich. Was würde Deutschland, was würde der Landtag sagen? Die Parteien, nachdem der erste Sturm sich gelegt, zeigten sich nicht willens, vor dem Terror in München einfach zu kapitulieren; die Möglichkeit eines Zusammentritts des Parlaments, etwa in Bamberg, tauchte auf. In Franken und Schwaben meldeten sich die Stimmen, die aus einem diktatorisch beherrschten Staatsverband hinausstreben. Damit

Digitized by Google

die Anarchie nicht Gewohnheitszustand werde, traten die Parteien ihre Ansprüche an die Mitregierung den Mehrheitssozialisten ab und statteten das neue Ministerium mit begrenzten Vollmachten legislativer Art aus. Der Landtag hielt ein paar Paradesitzungen ab und beschränkte sich auf die Arbeit in den Ausschüssen, in der Erwartung, daß die Regierung auch regieren werde und könne. Mit den Räten wurde das Kompromiß ihrer ministeriellen Vertretung abgeschlossen. Eine Gewähr der Dauer gab es dabei nicht.

Was ist seitdem geschehen?

Aus sehr triftigen Gründen war in dem Parteienabkommen die Verpflichtung ausgesprochen, die Reste des jetzigen Heeres, das eine Karikatur zu werden droht, sofort aufzulösen und an Stelle der alten Verbände eine Volkswehr einzurichten, bis zur Durchführung der Reichswehrordnung. Die Reichswehrordnung ist da. Die bayerische Regierung erklärt einfach, daß sie die Reichswehrordnung nicht durchführt. (Sie hält sich verpflichtet, das Eisnersche Erbe der grundsätzlich gegen die Zentralgewalt eingestellten Politik treulich zu wahren.) Sind damit die Parteien einverstanden, die ihr Vertrauen und Auftrag gaben? Wir glauben, nein. Die Regierung, deren Führer sich selber in einer tapferen Stunde gegen die richtungslose staatliche Eigenbrödelei ausgesprochen hatte, zeigt Angst vor der „Beratung" durch die A.-, B.- u. S.-Räte.

Was hat Bayern für den Ostschutz getan? Nichts. Schon Roßhaupter versagte, und sein Nachfolger, seit er Nürnberg mit München vertauschte, fühlt sich unsicher. Man kokettiert in Bayern jetzt mit nationaler Gleichgültigkeit in gemeindeutschen Angelegenheiten. Wem das Herz brennt über die Not des deutschen Vaterlandes, der darf darüber vielleicht einmal eine Rede halten, einen Aufsatz schreiben (auch diese Dinge sind heute im südlichen Bayern gefährlich geworden) — aber Tat und Leistung sind verboten. Ein subalternes Spionagesystem knebelt in München die Möglichkeit, für die gemeindeutschen Dinge etwas zu tun — denn wer das will und unternimmt, wird, aus dem schlechten Gewissen der Machthaber, zu einem „Gegenrevolutionär" gestempelt — diese bequemste und geistloseste aller Phrasen steht auch dort im höchsten Kurs.

Ihre Unterlassungen auf dem Gebiete der nationalpolitischen und militärischen Entschließungen ergänzt die Regierung auf der anderen Seite, indem sie im Umkreis der Wirtschaftspolitik ihre Abmachungen und Vollmachten weit überschreitet. Wir sind an sich der Meinung, daß, solange man Deutschland als ein einheitliches Wirtschaftsgebiet begreift, bundesstaatliche „Sozialisierungen" ein innerer Widerspruch sind — aber seit der allgemeinen Revolutionierung, von der auch die Logik erfaßt werden mußte, hat man sich ja an vielerlei gelassen gewöhnt. Die Regierung hatte die Vollmacht, so die üblichen „Vergesellschaftungen" von

Digitized by Google

Bergbau, Energiequellen, kurz, was man heute unbedacht und über einen Kamm geschoren „reif für die Sozialisierung" nennt, einzuleiten. Aber das genügt ihr nicht. Sie will beispielgebender sozialistischer Vorstaat werden und selber den Reifegrad bestimmen. Sie hat sich also den Wirtschaftstheorethiker Dr. Neurath kommen lassen, der den Sachsen einen Entwurf zur „Vollsozialisierung" geschenkt hat (in Bayern nennt man das jetzt „Voll- und Toll-Sozialisierung"), und die bayerischen Feinverarbeitungsindustrien sollen jetzt die Prügelknaben seiner sozialistischen Experimente werden. Wenn die Regierung damit glaubt, p o l i t i s c h etwas zu erreichen, so wird sie ähnliche notwendige Enttäuschungen erleben, wie die Reichsleitung bei ihrem Kohlengesetz (die Münchener Kommunisten nennen Neurath bereits den „genialen Falschspieler des Kapitals"); sie wird aber tollen Unfug anrichten, wenn sie, nachdem Maschinengewehre und Handgranaten schon wiederholt die Hüter der vielbeschrieenen Pressefreiheit gewesen sind, jetzt die „Sozialisierung der Presse" einzuleiten beabsichtigt. Denn das wird die widerwärtigste Maske, hinter der sich eine Vergewaltigungspolitik zugunsten der sozialdemokratischen Parteipresse verbirgt; es ist ja heute, auch im Reich, schon schwer erträglich, wie öffentliche Gelder für die Verbreitung sozialdemokratischer Parteiwerbeliteratur zur „Aufklärung" verwendet werden.

Nur ein Versöhnliches zeigt sich in diesem ganzen Bilde: der Plan, den „Kommunisten", nach der Enteignung der bisherigen Besitzer, im Südbayerischen einen Bezirk zur Einrichtung eines kommunistischen Wirtschaftsgebiets bereitzustellen. Ob Neurath und seine Leute so töricht sind, zu glauben, es komme den Kommunisten auf sozialistische Idyllen an, mit Menschlichkeit, Güte, Gleichheit, Arbeitsamkeit usf., das weiß ich nicht (in der Tat kommt es ihnen nur auf politische Macht und nichts anderes an). Aber es wäre nett und verdienstlich, dieses Land Utopia zwischen Passau und Straubing aufzubauen! Aber wenn schon die Münchener Machthaber so sonderlichen Ehrgeiz haben, ist es dann nicht zweckmäßig, aus der Hauptstadt und ihrer Umgebung einen wohlabgegrenzten Naturschutzpark für experimentellen Sozialismus zu machen? Da es auch unter Literaten und Malern viele Enthusiasten gibt, die in hundert Manifesten versichert haben, seit der Freiheit vom 9. November beginne ein neues Leben und alles werde schöner, größer, bedeutender, so werden wir in dieser gehegten Atmosphäre ein unheimliches und die Kultur beglückendes Wachstum der verheißungsvollsten Talente erleben!

Eine merkwürdige Rolle spielt in all diesen Dingen Dr. Heim und sein Anhang. Man hat es vergessen, daß er einer der ersten deutschen Publizisten gewesen ist, der im Spätjahr 1914 für Getreide die Höchstpreise und die Rationierung verlangt hat — das war ein Verdienst. Durch demagogisches Lärmen gegen die Zwangswirtschaft hat er das längst aus dem Gedächtnis der Mitwelt

Digitized by Google

verdrängt; Zwangswirtschaft wurde mit Berlin gleichgesetzt, und daraus zog er, in heißem Wettkampf mit Eisner, Nahrung für die partikularistische Einstellung seiner Politik. Heim ist ja gescheit genug, um zu wissen, daß die Industrialisierung Bayerns das Land unlösbar in den wirtschaftlichen Kreislauf gestellt hat: Kohle, Metalle, Zucker, Leder, Textilrohstoffe muß es beziehen, um leben zu können. Isoliert es sich und experimentiert es mit seiner Industrie, so kommen der Ruin, die Abwanderung der Fabrikarbeiter; der agrarische Charakter des Landes und mit ihm die Herrschaft des Zentrums sind gesichert. Heim hat monatelang mit heftigen Reden und großen Gebärden den starken Mann gespielt und so manche Leute in seine Partei gezogen, die den Theaterdonner für Kraft hielten; seit der „zweiten Revolution" ist den Heimleuten die Angst in die Knochen gefahren, sie haben gelernt, sich für die Republik zu erwärmen, und Dr. Schlittenbauer, Heims Jünger, findet sich mit Dr. Neurath: Euch in den Städten die Sozialisierung, uns auf dem Lande das — Genossenschaftswesen. Gegen das natürlich gar nichts zu sagen ist. Aber es ergibt sich eine Situation der Halbheit, die nun die Herausarbeitung einer politisch sicheren Zielsetzung unendlich erschwert.

Hat man in Bayern das Gefühl verloren, wie diese Dinge auf das Ausland wirken? Der Kampf, den der Gesandte von Preger (oder besser jetzt nur noch Preger) in Weimar um die Reservatrechte führt, um den „Vertrags"-Charakter, durch den Bayern dem Gesamtreich angehören will, wirkt auf viele Deutsche, gerade auch nichtbayerische Süddeutsche, tiefverstimmend — denn sie meinen, in dieser Zeit müsse das deutsche Bewußtsein das landschaftliche überwölben. Aber was erleben wir? Daß man in manchen Kreisen dort immer noch dem Traum nachjagt, daß Bayern auch seine eigene auswärtige Politik betreiben solle, und gegen die Aufhebung des selbständigen Gesandtschaftsrechts protestiert. Die Idee des Sonderfriedens scheint noch nicht erstorben. Herr Fechenbach, Eisners Sekretär, und Herr Gandorfer, der niederbayerische Bauernbündler, fuhren neulich in die Schweiz. Da Fechenbach als zwanzigjähriger „Zugereifter" bei der Entente kaum als Vollbayer genommen wird, fiel Gandorfer die Aufgabe zu, Bayern, das agrarische Bayern, zu repräsentieren. In München ließ er verbreiten, er sei dorthin gefahren, „um Kühe zu kaufen". Bekommen hat er keine. Aber auch sonst kam er mit leeren Händen. Denn die Entente ist gewitzigt genug und hält sich an realere Faktoren, als das Möchtegern von Literaten und Bauernführern, die morgen den Lenin kopieren wollen.

Die Sozialdemokratie Bayerns hat ein Mandat bekommen, das ernst erfüllt sein will. Sie entbehrt, seit Müller kaltgestellt ist und Auer schwer verwundet liegt, der Führerpersönlichkeit, die etwas Zwingendes besitzt. Um so straffer muß sie bei dem Wege bleiben, zu dem sie sich den anderen Parteien gegenüber verpflichtet hat. Was heute von Führern demokratischer Parteien verlangt

Digitized by Google

werden muß, ist Mut und Tapferkeit auch gegen schwankende, aufgepeitschte Volksmeinung. Die Mehrheitssozialisten haben eine Verantwortung auf sich genommen, auf die sie stolz sind; sie müssen aber dann auch bei ihr stehen. Sonst enttäuschen sie nicht nur in Bayern das Vertrauen, das man ihnen schenkte; sie bauen wirtschaftlich, militär- und nationalpolitisch Schranken auf zwischen dem übrigen Deutschland und Bayern, die beiden die Lebensmöglichkeiten abschnüren. Armseligkeit und Würdelosigkeit sind dann das Ende. Es ist notwendig, die innerbayerische Entwicklung mit allem Ernst zu betrachten.

Herolde des Wiederaufbaus in Amerika

Von Professor D. Adolf Deißmann, Berlin

Wiederholt habe ich in der „Deutschen Politik" über die inneren Bewegungen des amerikanischen Protestantismus während des Weltkrieges berichtet. Von ungewöhnlichem Interesse wird die Stellung sein, die er nunmehr in der Periode der seelischen Befriedung der Menschheit einnehmen wird. Die Leidenschaft der Mobilmachung und Kriegsbeteiligung hatte natürlich auch in Amerika in Presse und Versammlung, auf Kanzel und Katheder jene üblen Erscheinungen der Kriegstheologie in reichem Maße aufkommen lassen, die bei den europäischen Christen leider so sehr zur Vergiftung des Seelenzustandes beigetragen hatten. Es gibt nur eine Möglichkeit, nachträglich die Erinnerung an den wilden Kriegstaumel der christlichen Menschheit während dieser vier unseligen Jahre einigermaßen zu ertragen: man muß der Mehrzahl der von nationalistischer Psychose umgetriebenen Prediger der Vernichtung ihre patriotische bona fides zubilligen und zugute halten, in allen Ländern. Wie ich immer wieder davor gewarnt habe, die Entrüstung der angelsächsischen Christen über unser Volk in Bausch und Bogen als Heuchelei abzutun, so verlange ich auch, daß der Stellungnahme der deutschen Christenheit im Weltkrieg, einschließlich ihrer Ausschreitungen, von ihren Gegnern die bona fides nicht abgesprochen werde.

Beispiele des amerikanisch-christlichen Kriegskollers könnte man in nicht geringer Zahl beibringen. Aber ich halte den jetzigen Augenblick wirklich für ungeeignet dazu. Wer als die Parole der beginnenden Friedenszeit den seelischen Wiederaufbau erkannt hat, sollte diese Periode mit einem großen Entschluß zum Vergessenwollen beginnen. Darum sei lieber von amerikanischen Kundgebungen erzählt, die mit ihrem Geiste christlicher Selbsterkenntnis, Lauterkeit und Reife den Dämon des Hasses zu bannen imstande sind, wenn sie der Ausdruck einer jetzt machtvoll hervorbrechenden christlichen öffentlichen Meinung sein sollten.

Am Abend des Waffenstillstandes schrieb Rev. Stephen Lowrie, ein New Yorker Geistlicher, dem die Aufgaben der Kirche beim kommenden Wiederaufbau

Digitized by Google

ganz besonders am Herzen liegen, eine Betrachtung nieder, die in der „Nation" (New York) am 21. Dezember 1918 erschienen ist.*) Wenn wir in Deutschland in der letzten Zeit oftmals von den Versäumnissen der organisierten Kirche gesprochen haben, so mag es uns eine zwar nicht trost-, aber lehrreiche Parallele sein, daß Lowrie mit einer ähnlichen scharfen Kritik des amerikanischen Kirchentums während des Krieges einsetzt. Zwar er wisse, so bemerkt er, wieviel die amerikanischen Kirchen geleistet hätten an Werken der Barmherzigkeit, wie loyal sie den Staat unterstützt und die nationale Moral gestärkt hätten. Er wisse auch, daß die Töne des Hasses, durch welche manche Prediger sich verunzierten, für die Kirche im großen und ganzen nicht so charakteristisch seien, wie es aus den Zeitungen den Anschein hätte haben können. Und doch könnten solche Tatsachen die Kirche für den Zustand, in dem sie sich befinde, nicht entschuldigen, es sei denn, daß sie zu einem neuen Bewußtsein gewisser fundamentaler Erfordernisse des von ihr bekannten Glaubens erwache. Er klage jetzt nicht darüber, daß die Kirche einen etwas zu leichten Weg gefunden habe, den Krieg und die Lehren Jesu zu versöhnen, oder daß sie, nachdem sie in der kritischen Stunde sich für den Krieg als für das kleinere von zwei Übeln entschieden hatte, keine Buße getan habe für ihre Unterlassungs- und Begehungssünden, die ihr eine solche furchtbare Wahl aufzwangen. Er sei vielmehr in Sorge darüber, daß sie augenscheinlich noch blind sei für die großen Forderungen ihrer eigenen Religion, vorausgesetzt, daß sie noch eine andere Religion habe, als die Anbetung des Staates.

Kurz nach dem Eintritt in den Krieg habe das „Federal Council" den protestantischen Kirchen Nordamerikas eine liberale Erklärung in bezug auf die pflichtmäßige Anerkennung von Gewissensentscheidungen abgegeben. Während des Krieges aber hätten das „Council" und die größeren Kirchen mit ihren Führern eher weniger als nichts getan, um ihre eigene Kundgebung zur Geltung zu bringen; es sei nur die reine Wahrheit, daß es wiederholt leichter gewesen sei, für Männer, die gewissenshalber gegen den Krieg waren, bei Beamten des Kriegsministeriums Verständnis zu finden, als bei gewissen Predigern des Evangeliums. Natürlich hätten diese Gegner des Krieges über Gottes Stimme sich täuschen können, aber die geistlichen Nachkommen der Propheten, Apostel und Märtyrer könnten doch kaum die Unfehlbarkeit des Staates als des Mundes Gottes behaupten, und die Heilung des Christen vom irrenden Gewissen müsse auf Bekehrung und nicht auf Zwang beruhen. Heute, am Abend des Sieges, befänden sich in einem einzigen amerikanischen Militärgefängnisse mehr als 200 Gegner des Krieges. Sie seien zu 20 bis 30 Jahren verurteilt. Einige von ihnen, wenn man wolle religiöse Fanatiker, befänden sich in Einzelzellen, erhielten jede zweite Woche nur Brot und Wasser, weil sie gewissenshalber nicht

*) „The Church on the Eve of the Great Settlement."

Digitized by Google

tun könnten, was sie in einem Militärgefängnis als militärischen Dienst ansähen. Der Krieg sei vorüber. Habe die Kirche, die einstmals den deutschen Gegner des Krieges, Karl Liebknecht, gepriesen habe, kein Gefühl der Verpflichtung diesen amerikanischen Gefangenen gegenüber, die vier-, fünf- oder sechsmal so lange wie er verurteilt seien? Fehle es ihr, dann sei es schwer einzusehen, wie sie den Anspruch erheben könne, noch eine andere originelle Aufgabe zu haben, als die treue Dienstmagd des politischen Staates zu sein.

Es sei weiter ein Gemeinplatz beinahe aller intelligenteren christlichen Verteidiger des Krieges gewesen, daß der Krieg zwar dazu dienen müsse, eine schuldige Nation mit Gewalt niederzuwerfen, daß aber dann noch andere Kräfte angewandt werden müßten, um sie zu erretten und einen dauernden Frieden aufzurichten. Theoretisch hätten sie nicht allein die allgemeine Verwandtschaft aller Menschen anerkannt, sondern auch die besondere Brüderschaft zwischen den einander bekriegenden Menschen, die zu ein und demselben Gott beteten und die gleiche Erlösung erhofften. Wie die Arbeiterschaft, so könne auch die Christenheit nie ihren Internationalismus gänzlich vergessen, auch wenn einige ihrer Söhne gegen ihre Brüder gesündigt hätten. Die Kirche habe aber — der Arbeiterschaft hierin nicht gleich — keine wirksame Bemühung unternommen, diese Brüderschaft mitten im Kriege zu verwirklichen. Im Gegenteil, kirchliche Führer in Amerika hätten den Gedanken einer internationalen Gebetskonferenz als einen „prodeutschen Trick" hingestellt. Aber nun sei Deutschland völlig besiegt. Die Friedenskonferenz werde bald zusammentreten. Die Arbeiterschaft plane eine internationale Konferenz an demselben Ort zur selben Zeit. Aber noch kein führender Christ in Amerika habe eine klare und entschiedene Aufforderung zu einer Zusammenkunft christlicher Delegierter aller Nationen ergehen lassen, um in gemeinsamer Buße und Vergebung den Haß, die Eifersucht und den blutigen Riß zu heilen, der die Familie Gottes auf der Erde entzweigerissen habe. Dürfe man nicht glauben, daß in den Bemühungen um das Zustandekommen einer solchen Konferenz der Ernst eines neuen Geistes wirksam werden müßte, jenes Geistes des guten Willens und der gemeinsamen Arbeit, der allein einen dauernden Frieden garantieren könne?

Aber noch wichtiger, als eine solche Konferenz für sie selbst wäre, würde der Einfluß der Kirche auf die Politik des Friedens und des Wiederaufbauens sein. Macht sei eine gewaltige Versuchung. Deutschland sei uns ganz ausgeliefert. Sein einziger Schutz liege in unseren Prinzipien der Gerechtigkeit und unserem Streben nach einer neuen internationalen Ordnung. Es zu entwaffnen, während wir unsere Waffen intakt halten, gegen seinen Handel vorzugehen, seiner demokratisierten Regierung einen gleichberechtigten Platz in der Liga der Nationen verweigern, seine Kolonien nicht als Mündel der Liga ansehen, sondern

Digitized by Google

als Siegesbeute, werde eine Sünde sein gegen einen reinen, um nicht zu sagen christlichen Frieden. Werde die Kirche sich wachsam erweisen gegen die Gefahr, daß man im Siege die Seele verlieren könne? Werde sie in den Tagen des Triumphes fest zu dem Idealismus stehen, den Mr. Wilson in seinen größten Reden zum Ausdruck gebracht habe?

Vielleicht der wichtigste Prüfstein der Kirche Amerikas werde ihr Verhalten gegenüber der sozialen Revolution in Deutschland sein. Die Deutschen hätten offenbar eingesehen, daß Demokratie mehr eine industrielle als eine politische Ordnung sei. Sie hätten sich gegen die Klasse erhoben, die sie ausgebeutet, verraten und in einen ungerechten Krieg hineingetrieben habe. Bisher sei diese Revolution fast unblutig verlaufen. Auf welcher Seite werde da wohl die Kirche ihren Einfluß in die Wagschale werfen? Werde sie schließlich die revolutionäre Leidenschaft eines sich zur Macht erhebenden Volkes verdammen und die Kräfte der Reaktion segnen, die eine Armee verlangen mögen zur Unterdrückung der Revolution? Oder werde sie diese Leidenschaft für die Freiheit zu verstehen und mit einem feineren Idealismus zu erfüllen suchen?

Dies seien einige der Fragen, die vor den Kirchen liegen. Um ihre Beantwortung ersucht Rev. Lowrie besonders ihre liberalen Führer. Diese Führer hätten geschwiegen, als den Amerikanern die Denk- und Gewissensfreiheit, die Rede- und Versammlungsfreiheit vorenthalten worden sei. Sie hätten nicht gegen den Mob oder die legalisierte Tyrannei eines Spionagegesetzes protestiert, das von beschränkten Beamten gehandhabt worden sei. Sie seien zu sehr mit dem Krieg beschäftigt gewesen oder in unzählbaren Komitees aufgegangen. Sie hätten sich „ihren Einfluß gesichert" für den großen Augenblick. Dieser Augenblick sei zweifellos jetzt da: „Wollen sie sich da nicht erklären für Freiheit, für Versöhnung, für Gerechtigkeit, für guten Willen? Wenn nicht, dann werden sie nicht darüber klagen dürfen, wenn die großen Wohlfahrtsströme der Zukunft durch andere Kanäle fließen, als diejenigen unserer jetzt existierenden Kirchen."

Ich glaube nicht fehlzugehen, wenn ich sage, daß diese (übrigens auch für die innere Kriegsgeschichte Amerikas sehr lehrreiche Kundgebung des Rev. Stephen Lowrie der Gesinnung treu geblieben ist, die vor zwei Jahren so wohltuend aus dem Kriegsmanifest der „Federal Council"*) sprach. Welche Antwort werden die Führer des „Federal Council" dem Fragesteller geben? Das ist keine nur inneramerikanische, das ist eine ökumenische Schicksalsfrage ersten Ranges.

Der Präsident der „Brown University", Mr. William Herbert Perry Faunce, zur Zeit Chairman der „Commission on International Justice and Goodwill" des „Federal Council", hat sich in Vorträgen, die er vor methodistischen Studenten über „Religion und Krieg" gehalten und dann publiziert hat, in einem ähnlichen Geiste

*) Vgl. „Deutsche Politik" II (1917) Nr. 32.

Digitized by Google

ausgesprochen, wie Mr. Lowrie. Ich kenne zwar von seinen Ausführungen bis jetzt nur ein größeres Fragment, meine aber danach sagen zu dürfen, daß Mr. Faunce trotz mancher falschen Urteile über unser Volk auf einem Boden steht, auf dem eine Wiederannäherung der amerikanischen und der deutschen Christenheit wohl möglich wäre. Das ganze Geheimnis dieser aufbauenden Bedeutung seines Buches liegt darin, daß er Ernst macht mit den einfachsten und größten Ideen des Evangeliums:

„Liebe gestaltet die Gesellschaft um, indem sie die Menschen befähigt, ihre Feinde wirklich zu lieben. Nichts weiter tun, als die Feinde niederwerfen, heißt sie zur äußersten Feindschaft aufstacheln. Gegen einen Feind mit einer Armee marschieren, heißt alle seine Hilfskräfte mobilisieren. Ihn hassen, heißt seinen eigenen Haß herausfordern. Ihn unendlich lieben, sein besseres Selbst lieben hinter einem hassenswerten Äußeren, durch beharrliche Liebe ihn zuletzt liebenswert machen — das ist eine Offensive, gegen die die menschliche Natur einen Widerstand nicht leisten kann."

Es wäre vielleicht recht gut, dieses vom Ideal des Wiederaufbaus beherrschte Buch ins Deutsche zu übertragen, auch wenn wir daraus jetzt nur lernen könnten, daß es in Amerika nicht an christlichen Führern fehlt, die sich der furchtbaren Gefahren, die der Sieg den Siegern und durch die Sieger auch der Menschheit bringt, bewußt sind.

Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Heeres

Von Th. Hüpeden (Kassel)

Das alte Heer mit seiner Friedensstärke von rund 600 000 Mann war in unserer Volkswirtschaft in doppelter Beziehung ein wichtiger Faktor, der vielfach und namentlich auch von sozialistischer Seite übersehen worden ist.

Die erste Beziehung liegt begründet in dem Einfluß, den das stehende Heer auf den Arbeitsmarkt hat. Man mag über die Berechtigung eines stehenden Heeres an sich sehr verschiedener Ansicht sein, auch in volkswirtschaftlicher Beziehung; dies steht jedoch fest: Haben wir ein stehendes Heer, so ist auf dem Arbeitsmarkt das Angebot von Arbeitskräften um die Ziffern der Heeresstärke vermindert und infolgedessen für die Arbeitsuchenden die Möglichkeit, Arbeit zu finden, um ein nicht zu unterschätzendes Maß vergrößert, die Gefahr der Arbeitslosigkeit dagegen ebenso herabgemindert. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß wir ohne ein stehendes Heer vor dem Kriege stets eine größere Arbeitslosenziffer oder ein Plus in den Auswandererzahlen neben ungünstigeren Löhnen gehabt hätten. Außerdem ist volkswirtschaftlich auch noch in Betracht zu ziehen die Anregung, die der Staat als Militärfiskus durch den Heeresbedarf an Gütern und Produkten auf die nationale Produktion ausgeübt hat. Wenn der Militärfiskus einerseits Tausende von Händen aus dem Angebot von Arbeitskräften auf dem Arbeitsmarkt herausgenommen hat, so hat er andererseits Tausenden von

Digitized by Google

Händen durch seinen Heeresbedarf Beschäftigung und Erwerbsmöglichkeit gegeben.

Die zweite Beziehung, welche zwischen dem stehenden Heer und der Volkswirtschaft vorhanden war, liegt in der Möglichkeit, die im Heer gegebene Auslese der Gesunden und körperlich Tüchtigen staatsbürgerlich zu erziehen und zu bilden, sie ist also mehr indirekter Natur.

Bei der künftigen Gestaltung des Heeres wäre auch in erster Linie zu fragen, wie können wir die volkswirtschaftlichen Verhältnisse mit dem Heer in diesen beiden Richtungen am besten beeinflussen. Dabei müßten folgende Gesichtspunkte maßgebend sein: Bei allgemeiner und gleicher Dienstpflicht müßte die Dienstzeit zur Hälfte militärischer, zur anderen Hälfte der Ausbildung zur Arbeit gewidmet sein. Es soll also die Hälfte aller Dienstpflichtigen volkswirtschaftlicher Arbeit zugeführt werden und zwar solcher Arbeit, zu der erfahrungsgemäß bei den meisten Arbeitern heute keine Neigung besteht, wie z. B. zur Landwirtschaft, innerer Kolonisation, Bau von Verkehrswegen, Kanälen, Bahnen, in der Hochseefischerei usw. Welch' schätzenswerter Einfluß auch in sozialistischem Sinne von einem solchen Heer ausgehen könnte, mögen noch die folgenden Einzelheiten zeigen.

Die gesamte militärische und sonstige Ausbildung müßte in innigster organischer Verbindung mit der kommenden Einheitsschule und der Volkshochschule stehen. Der Dienst mit der Waffe soll neben der militärischen Erziehung vor allem die Körperbildung, die Pflege turnerischer und sportlicher Gewandheit bezwecken. Nach den Erfahrungen des Krieges genügt die halb- bis einjährige Ausbildung mit der Waffe vollauf. Von den Offizieren wäre natürlich auch eine entsprechende pädagogische Vorbildung zu fordern. Sie müßten sich aus den besten Männern des Volkes rekrutieren und in innigster völkischer Gemeinschaft mit allen Kreisen der Bevölkerung stehen. Vom Truppenoffizier muß ferner gefordert werden: Fachkenntnisse ersten Ranges, menschliche Reife, pädagogisches Geschick und höchste Hingabe an seine volkserzieherische Aufgabe.

Die zweite Hälfte der Dienstzeit soll der volkswirtschaftlichen Erziehung zur Arbeit gewidmet sein.

Dieser Dienst soll ebenfalls mit einer an die Volksschule und Volkshochschule anknüpfenden allgemeinen Fortbildung verbunden sein. Diese Arbeitsdienstpflichtigen sollen nicht sklavisch irgend einer sonst verschmähten Arbeitsknechtschaft zugeführt werden. Ihnen soll ohne Unterschied der Herkunft, des Vermögens und Standes vielmehr eine Einführung in die volkswirtschaftlich wichtigen Arbeits- und Erwerbsgebiete, wie z. B. der Landwirtschaft, gegeben werden. Hier würde ein weites Feld für gesunde Bevölkerungs- und Sozialpolitik zu finden sein. Im Allgemeinen könnte für die Bildung dieser Arbeitsformationen der Gesichtspunkt maßgebend sein, daß Soldaten städtischer Herkunft überwiegend landwirtschaft-

Digitized by Google

licher oder kolonisatorischer Tätigkeit zugeführt werden müssen. Durch entsprechende fachmännische Schulung kann so für städtische Bevölkerungskreise Interesse für den Landbau und Lust zur Ansiedelung geweckt werden.

Es wäre diese Arbeitsdienstpflicht auch ein vorzügliches Mittel in der Hand geeigneter Führer, der Arbeit — insbesondere der körperlichen Arbeit — wieder zu ihren ehrenvollen Rechten zu verhelfen und zur Beseitigung der Klassenvorurteile und des egoistischen Klassendünkels beizutragen. Hier offenbart sich ein stark sozialistisches Interesse, das Bestreben, das jeder wahre Sozialist haben muß, der Arbeit, sie sei geartet wie sie wolle, einfach als Arbeit Achtung zu verschaffen, die körperlich arbeitenden Berufe nicht einfach als Proletarier, als minderwertige Klasse angesehen zu wissen.

Technische Schwierigkeiten für die Durchführung der Arbeitsdienstpflicht würden durch die Unterbringung der Dienstpflichtigen gegeben sein. Sie sind jedoch nicht unüberwindlich. Es würde sich nach den Erfahrungen des 4½ jährigen Krieges, der die Unterbringung von Millionen von Menschen in fernen unwirtlichen Gegenden nötig machte, wohl leicht eine Baracke konstruieren lassen, die für unser klimatisch gemäßigtes Binnendeutschland geeignet ist, den Soldaten jede Sicherheit für gesundheitlich einwandfreie und auch in Bezug auf Bequemlichkeit angenehme Unterbringung zu geben.

Eine andere Schwierigkeit würde durch die Frage entstehen, woher die Führer für die Durchführung einer solchen Aufgabe nehmen? Klar ist ohne weiteres, daß die alten aktiven Offiziere den Aufgaben der zweiten Hälfte der Dienstzeit ganz bestimmt nicht gewachsen sein werden.

Die gegebenen Stellen, hierzu den Organisationsrahmen zu schaffen, würden Reichsarbeitsamt und Kulturministerium des Reiches sein. Die Offiziere müßten aus den Volkshochschulen hervorgegangene Ingenieure sein, denen als Unterorgane Studierende der Volkshochschule und Fachhochschulen aller Arten (wie z. B. landwirtschaftliche, baugewerkliche, bergtechnische, volkswirtschaftliche) beigegeben werden müßten.

Die Kosten eines solchen Heeres ließen sich annähernd erst dann abschätzen, wenn seine Stärke angegeben werden kann. Sie würden in der ersten Hälfte der Dienstzeit pro Kopf sicher nicht höher sein als die Kosten unseres früheren Heeres. In der zweiten Hälfte der Dienstzeit würden den Kosten die Produktionswerte des Heeres gegenüberstehen, die sich mindestens gegenseitig ausgleichen würden

Abschließend sei nur noch an die Möglichkeit erinnert, daß solchen Dienstpflichtigen, die wie früher die Unteroffiziere, für längere Zeit im Arbeitsdienst verbleiben, anstelle des alten Zivilversorgungsscheins eine Siedelung in den Gebieten der inneren Kolonisation mit billiger Darlehnsgewährung in Aussicht gestellt werden könnte.

Digitized by Google

Diese Anregung zur Verbindung der Militärdienstpflicht mit einer Arbeitsdienstpflicht mag sehr anfechtbar sein. Mit ihrer Einführung würde die von Rodbertus stammende Lehre der klassischen Nationalökonomie staatliche Anerkennung finden, daß in der Volkswirtschaft für jeden Volksgenossen allgemeine Pflicht zur Arbeit besteht. Diese Pflicht ist ja jetzt auch in dem ersten Sozialisierungsgesetz der Regierung Ebert—Scheidemann zum ersten Male allgemein gesetzlich formuliert worden. Der Sozialismus wird ohne sie nicht bestehen und ihr auch im neuen Wehrgesetz eine praktische Form geben können.

Neue Sozialisierungsformen

Die Frage der Sozialisierung spielt heute in der Politik eine große Rolle. Man kann aber nicht sagen, daß durch den heutigen Streit das Problem an Klarheit gewonnen habe. Noch wenige haben sich die Mühe gegeben, sich einmal die Frage vorzulegen, was nun eigentlich unter Sozialisierung verstanden werden solle. Ist es etwa Verstaatlichung? Im marxistischen Sinne unbedingt nein. Denn nach Marx ist die Überführung des Eigentums aus den Händen privater Unternehmer in die des Staates zunächst einmal nur eine andere Form der kapitalistischen Ausbeutung, da ja einstweilen der Staat nach kapitalistischen Grundsätzen arbeitet. Ebensowenig kann man unter Sozialisierung, wie es ursprünglich in der sozialdemokratischen Literatur heißt, unter Vergesellschaftung einen Zustand sehen, in dem die an dem betreffenden Werk beteiligten Produzenten, also Arbeiter, Angestellte usw., den Gemeinbesitz des Werkes übernehmen. Damit wäre zwar unter Umständen den Beteiligten genützt, die Allgemeinheit aber, die Konsumenten, würden genau so wie früher ausgenützt werden, mit dem Unterschied, daß an die Stelle von einem Unternehmer deren hundert oder tausend treten. Und deshalb muß man wohl unter Sozialisierung die bestmögliche Bewirtschaftung für die Allgemeinheit unter Ausschluß der Ausbeutung von Arbeitern und Konsumenten sehen.

Welche Formen nun werden dieses Postulat der Sozialisierung erfüllen? Wie also müßte eine Sozialisierung durchgeführt werden? Der soeben veröffentlichte Bericht der Sozialisierungskommission gibt in dem Votum der Mehrheit dieser Kommission eine Antwort, die außerordentlich viel Bestechendes für sich hat und vielleicht in absehbarer Zeit in die Praxis umgesetzt wird.

Vorweg sei noch mit einem Worte rekapituliert, wie heute die Dinge in dem zunächst zu sozialisierenden Kohlenbergbau liegen. Bisher ist in ihm wesentlich der Kohlenbergbau mit Ausnahme der staatlichen Zechen in den Händen des Privatkapitals. Die Zechen selbst aber sind hinwiederum zu Syndikaten zusammengeschlossen, von denen vor allem das rheinisch-westfälische das stärkste und

Digitized by Google

einflußreichste ist. Die Verwaltung liegt dort bisher vollständig in den Händen der Produzenten. Schon seit langem wird von Wirtschaftsreformern auch aus dem bürgerlichen Lager hier eine Änderung verlangt. So hat Artur Feiler bereits im Jahre 1915 vorgeschlagen, man solle zwar, um die Unternehmungslust nicht zu gefährden, die einzelnen Zechen in den Händen der alten Gesellschaft belassen, dagegen die Spitze, also das Syndikat, insofern sozialisieren, als man die Verwaltung in die Hände der Allgemeinheit übergebe. Nach diesem Vorschlag sollten nicht nur die einzelnen Unternehmer, sondern auch die Arbeiter und vor allem auch der Konsum in der Syndikatsleitung vertreten sein. Diese Forderung ist soeben von der Nationalversammlung erfüllt worden, wobei noch insofern eine Ergänzung eingetreten ist, als die Festsetzung der Preise der Regierung vorbehalten bleibt. Diese, man möchte sagen, partielle Sozialisierung, nun geht auch nicht annähernd so weit, wie das, was der genannte Bericht der Sozialisierungskommission vorschlägt, ein Bericht, der wegen seiner außerordentlichen Klarheit, und man kann wohl sagen, wegen seiner geistreichen und orginellen Abfassung, die Aufmerksamkeit aller Wirtschaftsreformer verdient.

Jener Bericht, als dessen Hauptverfasser man wohl den leitenden Redakteur der „Freiheit", Dr. Hilferding, ansprechen darf, stellt sich auf den Standpunkt, daß nach dem Kriege weder eine freie Wirtschaft ohne weiteres durchführbar, noch der von Rathenau vertretene Staatskapitalismus, empfehlenswert sei, und darum kommt er namentlich für die Kohle zu dem Vorschlag, in der Weise zu sozialisieren, daß der gesamte Kohlenbergbau, also einschließlich Braunkohle und sämtlicher Nebenprodukte, in eine neue Wirtschaftsform einzubringen sei, die sogenannte deutsche Kohlengemeinschaft. Diese wird sämtliche in Deutschland befindliche Zechen aufkaufen, und zwar nicht etwa mit Staatskapital, sondern mit Obligationen, die also gewissermaßen die Schuld der Gemeinschaft an den Vorbesitzer darstellen. Eigenes Kapital besitzt die Gesellschaft nicht und soll sie wohl auch nicht besitzen. Enteignet werden, und das ist außerordentlich interessant, nicht etwa nur die Gruben der privaten, sondern auch die im Staatsbesitz befindlichen, und zwar vor allem deshalb, weil nach den Klarlegungen des Berichts der Staat einstweilen als Unternehmer in keiner Weise den Anforderungen der Gerechtigkeit und der Wirtschaftlichkeit entspricht, sondern durch seine Schwerfälligkeit, durch die Bureaukratie usw. unbedingt schlecht arbeiten muß. Wer wird nun die Verwaltung des Unternehmens in Händen haben? Auf keinen Fall Beamte, sondern ein hundertköpfiger sogenannter Kohlenrat, in dem je 25 Mitglieder aus den Reihen der Betriebsleiter, der Arbeiter und der Konsumenten gewählt werden, während die restlichen 25 vom Reiche zu bestimmen sind. Dieser Kohlenrat wählt nun ein fünfköpfiges Direktorium mit einem Präsidenten an der Spitze. Sowohl dieses Direktorium wie auch die Direktoren der

Digitized by Google

einzelnen Werke sollen nicht etwa wie Beamte bezahlt werden, sondern genau wie in der Privatindustrie möglichst gut gestellt sein, um alle die Vorteile für ihr Werk zu erringen, wie beim Privatbetrieb. Auf diese Weise will man die guten Eigenschaften des Unternehmers für die neue Gemeinschaft sichern, ohne die Nachteile des Kapitalismus. Ein zweites Problem, wie es mit dem Kredit dieser neuen Form bestellt ist, wird im Bericht nicht recht ausgeführt. Es ist deshalb nicht ohne weiteres zu erkennen, wie denn die neue Gemeinschaft, die für ihren gesamten Besitz Obligationen ausgegeben hat, nötigenfalls Kredite erhalten kann. Diese Frage ist deshalb nicht ohne weiteres zu beantworten, weil ja die Kohlengemeinschaft in gemeinnütziger Weise arbeiten, also nicht etwa auf hohe Überschüsse hinarbeiten soll. Ob freilich dieses Ziel zu erreichen sein wird, oder ob nicht das Reich die Kohlengemeinschaft als eine Melkkuh betrachten wird, das ist eine andere Frage.

Der naheliegende Einwand, daß die Absonderung des Kohlenbergbaus aus der Privatindustrie darum gar nicht angängig sei, weil der Kohlenbergbau seit Jahr und Tag allzu sehr verfilzt ist mit der Eisen- und Stahlgewinnung, wird in dem Bericht sehr einleuchtend damit abgetan, daß alle die großen gemischten Werke ihre Kohlenwerke nicht nur betrieblich, sondern auch rein buchhalterisch gesondert verwalten und daher eine Abtrennung unschwer durchzuführen sei.

Schließlich sei noch ein Wort über die geplante Stellung der Arbeiter in der Kohlengemeinschaft gesagt, weil diese Stellung vielleicht vorbildlich sein wird für die künftige Gestaltung der Betriebs- und Arbeiterräte. Nach dem Vorschlag der Kommission — und zwar der gesamten, einschließlich der Minderheit, die in rein wirtschaftlichen Fragen auf etwas anderem Standpunkte steht und nicht so weit gehen will, wie die Mehrheit — sollen dreierlei Räte gebildet werden. Jedes Steigerrevier wählt seine Vertrauensleute, die vor allem die Ausführung der bergpolizeilichen Bestimmungen überwachen, für reinlichen und vollständigen Kohlenabbau sorgen usw. Die Steigerräte wählen für die Gesamtheit des betreffenden Bergwerks einen Zechenrat, der vor allem bei der Entlassung von Arbeitern gehört wird, und die Zechenräte ihrerseits wählen für jeden Bergwerksbezirk einen Regionalrat, der den Zechenräten Richtlinien geben soll, auf einheitliches Vorgehen hinzuarbeiten hat usw. Die Regionalräte endlich wählen nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechts die Vertreter in den Reichskohlenrat. Die Entlohnung sowohl der Arbeiter wie der Beamten soll nach der individuellen Leistung geschehen, wobei eine Beteiligung am Ertrag in gewissen, das Gesamtinteresse wahrenden Grenzen stattfinden soll.

Wenn die Zeichen nicht trügen, so wird die bisher im Kohlengesetz vorgesehene gemäßigte Form der Sozialisierung die Arbeiter nicht befriedigen, und sie werden auf einen Abbau drängen. Ob mit Recht oder Unrecht, sei dahingestellt. Wenn

Digitized by Google

diese Forderungen erfüllt werden müssen, so dürfte der hier gegebene Vorschlag der Sozialisierungskommission Aussicht auf Verwirklichung haben, und es ist gar nicht ausgeschlossen, daß die hier gegebene Form Schule machen und auch bei anderen sogenannten sozialisierungsreifen Industrien (Chemie) verwirklicht werden wird. Freilich können alle diese Dinge erst dann in die Praxis umgesetzt werden, wenn wir wissen, was die Entente uns von unseren Betrieben läßt und was sie als Faustpfänder verlangt. Linter.

Notizen

Fiume — im Brennpunkte der Ententepolitik. Die Zeitungsnachricht ist durch alle Blätter der Welt gegangen, wonach Italien es abgelehnt hat, die Frage Triest und Fiume, wie es die jugoslawischen Staatsmänner vorgeschlagen, dem Urteil Wilsons zu unterbreiten.

Selbst in Ententekreisen hat die Haltung Italiens weniger schlechtes Blut gemacht, als man glaubte, weil man sah, wie sehr Jugoslawien in seinen ungeheuerlichen Ansprüchen das richtige Augenmaß für Realitäten verloren hatte.

Daß die italienische Regierung Triest und Istrien nicht herausgeben wird, versteht sich von selbst, denn Italien ist doch in der Hauptsache in den Krieg eingetreten, um das vielbegehrte Triest endlich einmal in die Hände zu bekommen.

Was nun die Streitfrage Fiume betrifft, die ein südslawisches Problem darstellt, so ist es interessant, einem Aufsatze zu folgen, der sich in der „Times" vom 31. Januar befindet, und der bisher in der deutschen Presse fast unbeachtet geblieben ist, obgleich die Annahme zulässig ist, daß die Ansichten, wie sie der Times-Artikel ausdrückt, mehr oder weniger den Anschauungen entsprechen, die innerhalb der Ententeregierungen bestehen.

Die „Times" schreiben: „Die Fiumaner Frage wird zweifelsohne sehr ernstlich die Friedenskonferenz beschäftigen. Es handelt sich hier um einen Komplex von Problemen, die zwischen den kroatischen, ungarischen und italienischen Interessen spielen, und die von ausschlaggebender Bedeutung für den neuen jugoslawischen Staat sind, wie sie auch eine ernste Rückwirkung ausüben auf die Interessen der Tschecho-Slowakei und Rumäniens. Obgleich gegenwärtig „historische Rechte" zurücktreten müssen gegenüber den Wünschen, die von nationalen Prinzipien und den wirtschaftlichen und politischen Notwendigkeiten getragen werden, so geht es doch nicht an, die geschichtlichen Entwicklungen völlig beiseite zu lassen, schon deshalb nicht, weil auf diesen Grundlagen eine Lösung aufgebaut werden kann, die alle Interessenten befriedigt.

Die Stadt Fiume, ohne ihre Vorstädte, ist nach den letzten Zählungen bewohnt von 24 000 Italienern, 15 000 Kroaten und Südslawen, 6000 Magyaren und 3000 Personen verschiedener Nationalität. Der Industrievorort Sussak, der von Fiume nur durch einen ganz engen Wasserlauf getrennt ist, weist 13 000 Einwohner auf, wovon 12 000 der südslawischen Rasse angehören, also in der Hauptsache Kroaten und Slowenen sind. Über die kleine Brücke, die Sussak mit Fiume verbindet, wandern täglich tausende von Arbeitern nach Fiume, so daß die Meinung vertreten werden kann, daß eigentlich eine organische Trennung zwischen Fiume und Sussak nicht bestehe."

Die „Times" schreiben dann: „Im Hinblick darauf, daß das ungarische Element in Fiume so klein war, war die Regierung in Budapest darauf angewiesen, sich auf die Italiener oder Kroaten in Fiume bei ihren handelspolitischen Maßnahmen und rein politischen

Digitized by Google

Vorkehrungen zu stützen. Die ungarische Regierung bevorzugte die Italiener, deren Zahl immer mehr heranwuchs und die eine Oberhoheit in allen Fiumaner Angelegenheiten innehatte. Die Magyaren fühlten sich dadurch so fest im Sattel, daß sie seit Jahren auf eine Magyarisierung Fiumes hinarbeiteten. Sie konnten sich umso eher einen Erfolg dieser Politik versprechen, als seit Jahren die Magyaren und Italiener darauf hingewirkt hatten, politisch und wirtschaftlich den Slawismus von Fiume fernzuhalten. Betrachtet man Fiume getrennt von der Vorstadt Sussak, so handelt es sich um eine ungarisch-italienische Stadt, auch wenn die ganze Arbeit im Fiumer Hafen, wie überhaupt die Verschiffungsarbeiten niederer Kategorie, fast ausschließlich von Kroaten besorgt wurden. Daß die Budapester Regierung für den Fiumaner Hafen im Laufe der Jahrzehnte viele Millionen ausgegeben hat, ist bekannt.

Die politische Situation ist nun die, daß Fiume durch das geheime Abkommen in London vom April 1915 Italien nicht zugewiesen ist. Italien beansprucht aber diese Stadt, weil sie, wenn man von Sussak absieht, in der Hauptsache von einer italienisch sprechenden Bevölkerung bewohnt ist. Die Kroaten und die neue serbisch-kroatisch-slowenische Regierung beanspruchen Fiume für diesen neuen Staat auf Grund der historischen und juridischen Entwicklungen, aus welchen hervorgehen soll, daß Sussak ein integrierender Teil Fiumes ist, so daß also das Territorium Fiume, wenn man der Nationalität nach geht, in der Mehrheit von südslawischen Elementen bewohnt ist. Außerdem machen die Serben und Südslawen noch geltend, daß von Fiume wie auch von Triest aus die Schienenwege ausgehen, welche die Adria mit dem südöstlichen und zentralen Europa verbinden.

Unparteiische Beurteilungen der miteinander rivalisierenden Ansichten mußten zur Überzeugung führen, daß beide, Fiume wie Triest sowohl, zu Freihafen erklärt werden sollten, der eine unter südslawischer Verwaltung, der andere unter italienischer, und daß die politischen Rechte der Italiener in Fiume gewahrt werden sollten, in der gleichen Weise, in der man die Rechte der slowenischen Minderheit in Triest wahren wollte. Die Eisenbahnen, welche Fiume mit Agram, Budapest, der Tschecho-Slowakei und weiter mit dem Norden verbinden, und die Belgrad und Rumänien mit dem Adriatischen Meere verknüpfen, ferner die Eisenbahnen, welche von Triest nach Wien und Salzburg führen, sollen, was die Tarife betrifft, unter internationale Kontrolle gestellt werden. Es besteht die Gefahr, daß in der Hitze des Gefechtes über den wirklichen Besitz der beiden Häfen die Interessen dieser Plätze Schaden leiden, sowie benachteiligt werden alle jene, die diese beiden Hafenplätze benutzen müssen. Jedes Arrangement, welches über allzu kräftiger Fürsorge für Fiume oder Triest die wirtschaftlichen Interessen dieser beiden Häfen vernachlässigt, wäre eine Vorkehrung, welcher man jede Zweckmäßigkeit absprechen müßte."

Die Ansichten, die hier die „Times" entwickeln, sind umsomehr beachtenswert, als in Wien die Mitteilung aufgetaucht ist, die hier in Frage kommenden Eisenbahnen müßten amerikanisiert werden, d. h. es würde Amerika das Geld hergeben, um diesen Schienenweg anzukaufen, würde sich dadurch die Tarifoberhoheit sichern, und es wäre so die Gewähr geboten, daß die in Wettbewerb stehenden Italiener und Südslawen vor einer Sachlage ständen, die gefährliche Entwicklungen für die Zukunft hintanhalten würde. Wie wir bereits in den Eingangszeilen bemerkt haben, ist nicht viel Aussicht vorhanden, daß diese Pläne der Entente verwirklicht werden können, weil die italienische Regierung erklärt hat, unter gar keinen Umständen Triest und Istrien ausliefern zu wollen, eine Stellungnahme, die sie auch auf Fiume ausgedehnt hat. Daß das italienische Parlament diesem Verhalten des italienischen Auslandsministers Sonnino vollen Beifall gezollt hat, ist weiter nicht verwunderlich. Aber schließlich dürfte Fiume

Digitized by Google

doch wohl als einziger Ausgang zum Meer den Südslawen zufallen. Da diese Herrschaften kein Geld haben, aber gar kein Geld, so dürfte wohl für die von Fiume ausgehenden Eisenbahnen die Idee der Amerikanisierung zur Ausführung gelangen.

Neuerscheinungen

Bolschewismus.

Die Literatur über den Bolschewismus beginnt in Deutschland mächtig ins Kraut zu schießen. Das Beste über diese Weltgefahr hat Karl Kautsky geschrieben. Seine Broschüre „Die Diktatur des Proletariats" (Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignatz Brand u. Co.) ist eine glänzende Streitschrift, die den Versuch der Bolschewisten, Marx' und Engels' Ideen als Fundament für ihre Gewaltherrschaft in Anspruch zu nehmen, völlig zerschlägt. An zweiter Stelle ist die Schrift von D. Gawronsky „Die Bilanz des russischen Bolschewismus" (verlegt bei Paul Cassierer, Berlin) zu nennen, der als Führer der Sozialrevolutionäre eine genaue Kenntnis des Treibens der Bolschewisten besitzt. Auch er spricht den Bolschewisten das Recht ab, sich Sozialisten und Demokraten zu nennen: „Nimmt man die bolschewistischen Dekrete, diese Tausende von Dekreten, zur Hand, so könnte man sich vielleicht wirklich einbilden, daß in Rußland der sozialistische Staat aufgebaut wird. Nicht umsonst waren die Führer der Bolschewisten immer so produktive und talentvolle Journalisten und Literaten. In Wahrheit aber vollzieht sich doch etwas ganz anderes: Ein völliger Zerfall der Volkswirtschaft, und zwar nicht einfacher Zerfall, sondern ein typischer und deutlicher Zerfallins Kleinbürgerliche." Die des Russischen unkundigen deutschen Leser sind jetzt durch den Verlag „Die Aktion" in die Lage versetzt, Lenins Gedanken aus seinen Publikationen selbst zu studieren. Sie werden aber schwer enttäuscht sein. Denn er ist ein ungewöhnlich langatmiger und trockener Schriftsteller. In „Staat und Revolution" versucht er, wie gesagt, den Bolschewismus direkt von Marx und Engels abzuleiten, während er in seiner zweiten Schrift „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht" das für den Bolschewismus beschämende Eingeständnis machen muß, daß nach der „Eroberung Rußlands von den Reichen für die Armen" zur bisher vernachlässigten „Organisation der Rechnungslegung und Kontrolle" tausend erstklassige Gebildete und Fachleute aus der Zahl der Bourgeoisie — die der Bolschewismus zum Tode verurteilt hat, da es Lenin „als erste Aufgabe der Sowjetmacht bezeichnet, solche Bedingungen zu schaffen, unter denen weder die Bourgeoisie existieren noch von neuem entstehen könnte", — für 25 000 Rubel zur möglichst schnellen ökonomischen Hebung des Landes" engagieren müsse.

Das sehr rührige Generalsekretariat zum Studium und zur Bekämpfung des Bolschewismus hat eine Reihe von Flugschriften herausgegeben, die die bolschewistische Gefahr von verschiedenen Seiten beleuchtet. Aus den bisher erschienenen Heften seien P. Schiemann, „Massenelend" und C. von Schilling, „Der Imperialismus der Bolschewiki" hervorgehoben. Schiemann weist auf die völlig andere Stellungnahme der russischen Bildungsschicht zur Volksmasse hin. Während in „Westeuropa die Masse durch Bildung und Arbeit emporentwickelt werden soll, unterwirft sich in Rußland die Intelligenz gerne der geheimnisvollen höheren Weisheit der Massen". C. von Schilling führt den Nachweis, daß der Bolschewismus völlig durchsetzt ist von imperialistischen Gedankengängen, die er restlos vom zarischen Staat übernommen hat. Zum Schluß sei noch die kleine Broschüre von Dr. A. von Hedenström, Riga. „Der russische Maximalismus" angezeigt (Verlag L. Friedrichsen u. Co., Hamburg), die nicht nur eine fleißige Sammlung aus der russischen Presse darstellt, sondern auch auf den Ursprung dieser Bewegung eingeht. Diese Arbeit bietet dem deutschen Leser nicht wenig neues Material, weil dem Verfasser bis zur Einnahme Rigas durch die Deutschen die russische Presse zur Verfügung stand. A. S.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a I. Für Anzeigen F. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland M. 7.50. Einzelnummer 50 Pfg. / Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 48.

Digitized by Google

4. Jahrgang * 18. April 1919 * Heft 16

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Scheidemann und Brockdorff-Rantzau haben in Weimar noch einmal die Friedensbedingungen Deutschlands umschrieben — nicht Bedingungen, die wir zu stellen haben, sondern die wir annehmen können, die wir ablehnen müssen. Die Loyalität seiner Absichten zwingt Deutschland, seine Zukunft und Lebensmöglichkeit nicht dem augenblicklichen Friedensbedürfnis, nicht der Übermacht der feindlichen Rachsucht preiszugeben. Unsere einzige Kraft ist gegenwärtig geschlossene Folgerichtigkeit und Eindeutigkeit in der Linie unserer Friedenspolitik. Wir sehen, wie drüben beim Feind Verstimmung und Versöhnung, Einsicht und Maßlosigkeit, Gegensatz und Ausgleich miteinander wechseln — schwer ist zu erkennen, wo das Spiel für die beteiligten Völker, wo der Lärm für Deutschland, wo der Ernst der drängenden Tatsachen beginnt und aufhört. An uns ist es, durch dieses Hin und Her weder unsere Gesinnung noch unser Ziel verwirren zu lassen. Zu einer Konjekturalpolitik mit kühnen Gesten ist die Zeit nicht angetan. Aber da dem Pariser Viererrat die Masse der seelischen, wirtschaftlichen, finanziellen, militärischen Probleme selber über den Kopf zu wachsen droht, haben wir nur die einzige Pflicht, zu der baren deutschen Lebensnotwendigkeit zu stehen und sie zu retten, indem wir geschlossen und fest bleiben.

*

Die Verhandlungen in Paris innerhalb der Entente rücken nicht vor. Im Gegenteil, es hat den Anschein, als ob in den letzten Tagen nur Rückschritte zu verzeichnen sind. Einerseits hat sich Lloyd George auf Druck der englischen Deputierten, die bei ungenügender Kriegsentschädigung für ihre Sitze fürchten, wieder Clemenceau genähert, andererseits dürfte Monroedoktrin und die Gleichstellung der gelben Rasse zu schwerer Ballast für den Völkerbund sein. Unter solchen Umständen droht Wilson mit dem Rückzuge aus dem europäischen politischen Geschäft, was die französische Presse mit dem Vorwurf quittiert, Amerika betreibe Erpresserpolitik. Dabei klopft der Bolschewismus auch in Frankreich und England bereits

Digitized by Google

an die Pforten. Selbst die „Humanité, die nicht an Wilsons Abreise glaubt, stellt fest, daß „auch ein Friede, der auf einen Kompromiß zwischen den Wilsonschen Prinzipien und dem Imperialismus aufzubauen wäre, nicht von Dauer sein würde. Der internationale Sozialismus und die Weltdemokratie könnten hierfür keine Verantwortung übernehmen. In der Tat, wer die Augen offen hat, kann sehen, daß die Völker nicht sehr lange warten, um sich einen dauernden Frieden zu schaffen."

*

Die bayerische Krisis kam rascher als wir dachten und sie scheint so zu verlaufen, wie man es erwarten durfte. München ist vom übrigen Land isoliert und der Kampfplatz von Abenteurern, Volksbeglückern, machthungrigen Phantasten und ganz primitiven Proleten geworden. Ein prolongierter Fasching, dessen Aschermittwoch bald fällig wurde. Es ist merkwürdig, wie vollkommen abgestumpft die Münchener Bevölkerung ist — sonst von hinlänglich derber Artung, läßt sie es sich heute glatt gefallen, von einigen „Nordlichteln" zum Paradies des kommunistischen Ruins geführt zu werden. Eisner hatte die Münchener Garnisonen völlig verkommen lassen — so mußten sich Zustände entwickeln, die er selber kaum mehr hätte meistern können, die aber jetzt den Sumpf bilden, in dem sich allerhand seltsame Machthaber und plötzliche Sozialisten bewegen. Der Zustand trägt seinen Todeskeim in sich — aber welche Farce bietet er dem Auslandl

*

Die sozialistische Regierung will aus dem 1. Mai einen Nationalfesttag machen. Der erste Mai galt dem Kampf um den Achtstundentag und dem Bekenntnis zur Internationale. Die Internationale ist im August 1914 zerbrochen; wie sie wieder aufgerichtet wird, weiß man noch nicht. Der Achtstundentag ist Gesetz geworden oder doch Verordnung; die Sozialdemokratie hat es nicht mehr in der Hand, ob nicht ihre Massen nun den 1. Juni zur Demonstration für den Sechsstundentag fordern werden. Uns scheint dieses Pathos, den 1. Mai dem deutschen Volk als seinen Tag aufdrängen zu wollen, etwas aus der Perspektive der kleinbürgerlichen Wichtigtuerei zu stammen, mit der die Novemberrevolutionäre malgré lui um ihre Legende besorgt sind.

*

Einer Reutermeldung zufolge erklärte der Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Short, im englischen Unterhause, daß er Lloyd George die einmütige Ansicht des englischen Unterhauses, daß mit den Bolschewisten unter Lenin, die er mit einer „Rotte blutrünstiger Mörder" verglich, nicht verhandelt werden solle, übermitteln werde. Diese an sich erfreuliche Mitteilung wird freilich stark entwertet durch die Meldung, daß bei der Debatte die Behauptung unwidersprochen hineingeworfen wurde, Lenins vermeintlicher Vorschlag zu Verhandlungen sei „deutsche Mache".

Digitized by Google

Der Prozeß Deutschlands

Von Dr. Paul Rohrbach

Wer fremde Zeitungen liest, namentlich englische, und darin auf Urteile oder Anregungen stößt, die irgendwie zugunsten Deutschlands lauten, findet dabei fast immer einen Vermerk der Art: verdient haben die Deutschen ja nur Böses und Strafe, im Grunde kann kein Schicksal hart genug gegen sie sein u. dgl. m. Mit diesen Vorbehalten wird umkleidet, was uns etwa aus Menschlichkeits- oder Klugheitsgründen gegönnt werden soll. Der Deutsche, der das liest, begreift meist nicht, worin die deutschen Verbrechen bestanden haben, die Haß und Abscheu gegen uns zu natürlichen Gefühlen gemacht haben sollen. Zwar weiß man bei uns, daß über vier Jahre Haß gegen den deutschen Namen gepredigt worden ist, aber man stellt sich doch nicht vor, mit welch einer ausgesuchten Methode und mit wie großem Erfolg es geschehen ist. Es mußte geschehen, um den Kriegswillen der Völker alle die Jahre hindurch gegen uns fest und wach zu halten. Kein Volk kann jahrelang den schwersten Krieg führen, wenn es nicht stets erneute starke Impulse für den Willen zu fortgesetzten Opfern erhält. Einer der stärksten Antriebe ist der Haß, vor allen Dingen dann, wenn der Feind, der gehaßt werden soll, zugleich als ein rechter Teufel abgemalt werden kann. Mehr als vier Jahre haben sich die geschicktesten, unbedenklichsten Politiker und Publizisten der Entente Mühe darum gegeben, die Technik der Haßerweckung gegen Deutschland bis zum Raffinement auszubilden. Sie brauchten das, denn der Krieg gegen Deutschland mußte nicht nur weitergehen, sondern es durfte nicht einmal der Gedanke aufkommen, mit einem moralischen Ungeheuer wie Deutschland sei es möglich, Frieden zu schließen. Wer wissen will, was für Mittel dazu angewendet wurden, der nehme z. B. die Sammlung von Avenarius zur Hand: „Das Bild als Verleumder". Da wird er sehen, wie gefälscht, gelogen, betrogen und erfunden worden ist, um die Deutschen schlecht zu machen. Natürlich haben die Feinde, so stark sie nur konnten, auch diejenigen Anlässe benutzt, wo gegen wirkliche deutsche Handlungen mit mehr oder weniger Recht das Urteil der Welt angerufen werden durfte. Aus dieser irgendwie in den Tatsachen begründeten und aus der Propaganda der Entstellungen, Verzerrungen und reinen Lügen ist dann das haßerfüllte und auch da, wo nicht der Haß spricht, verdammende Urteil über Deutschland emporgewachsen, das fast die ganze Welt jetzt fällt. Ich will den Lesern der „Deutschen Politik" an einem Briefe aus Holland von einem Manne mit viel Weltbildung, der ursprünglich alles Gute von Deutschland hielt, zu zeigen versuchen, wie die Haßpropaganda der Entente gewirkt hat. Er lautet:

Lieber Herr Rohrbach,

Sie nennen die Handlungsweise der Entente „satanisch". Aber die Belgier und Fran-

Digitized by Google

zosen werden Sie fragen: Was habt ihr Deutschen gesagt, als unsere Mädchen und Knaben wie Sklaven entführt und mit Huren und Missetätern zusammen in Waggons verladen wurden? Was habt ihr gesagt, als unsere Kinder und Frauen vor Hunger und Elend starben, oder vor unseren Augen ermordet wurden? Was habt ihr gesagt, als unsere Kirchen entheiligt, unsere Monumente, unsere Universitäten zerstört wurden? Was habt ihr gesagt, als 5000 belgische Bürger von euren Truppen ermordet wurden? Und das waren Bürger eines Landes, dessen Sicherheit Germania verbürgt hatte. So sprechen jetzt diejenigen, die von Deutschland zur Verzweiflung gebracht worden sind, deren Frauen und Kinder, Söhne, Brüder und Väter von den Germanen getötet wurden, deren Fabriken und Häuser und Gärten und Wälder zerstört sind, die die Gräber ihrer Eltern nicht mehr wiederfinden in der Wüste, in die Germania Frankreichs schönste Provinzen verwandelt hat. Es werden die Jahrtausende noch reden von allen Schrecklichkeiten des „Furor Germanicus" in den Jahren 1914—1918, und es wird den Germanen gesagt werden, wie die Perser von den Mongolen sagten: Amadand, o suchtand, o kandand, o kuschtand, o raftand. (Sie kamen und brannten und zerstörten und ermordeten und gingen fort.) Und ich rede noch nicht einmal von allem, was die deutsche Marine zur See für Missetaten verübt hat, worüber die ganze große Welt empört ist. Es ist nicht umsonst, daß Deutschland gegen „eine Welt von Feinden" zu streiten hatte. Woher denn alle diese Feinde?

Ich schreibe Ihnen mit Absicht in dieser derben Weise, nicht etwa um Ihnen unangenehm zu sein, aber um Ihnen zu zeigen, daß es Ihrem Lande nichts und abermals nichts hilft, wenn Sie sich auf das beziehen, was andere Länder in der Vergangenheit getan haben. Es sind keine analogen Fälle, die Sie erwähnen. Es ist niemals in der bekannten Weltgeschichte geschehen, daß ein Staat die Sicherheit eines andern, viel kleinern Staates verbürgt hatte und dennoch diesen überfiel und ausraubte, mit der Absicht, diesen Staat zu erobern, und zugleich, obschon er das Gegenteil feierlich versprochen hatte, die Bürger in der furchtbarsten und schändlichsten Weise mißhandelte. Weder der Fall England-Dänemark nach der Burenkrieg sind mit dem Überfall auf Belgien zu vergleichen, nicht in den Einzelheiten, nicht in den Begleitumständen. Es war in 1914 tiefer Friede in Europa, die Diplomaten waren ins Bad gereist, plötzlich läßt Deutschland den Krieg hervorbrechen. In 1807 aber hatte England einen Kampf auf Tod und Leben gegen Napoleon zu führen. Auch mit den Buren und den Engländern war es anders; diese zwei waren schon seit 80 Jahren erbitterte Feinde, die Sicherheit der Buren war nicht von England verbürgt, die Buren haben selbst den Krieg erklärt (nachdem sie vom Kaiser ermutigt worden waren; derselbe hat aber Krüger in Köln die Tür gewiesen, als es darauf ankam, und den Engländern einen Feldzugsplan gegen seinen früheren Protégés gesandt). Und jetzt fechten diese selben Buren für England.

Das einzige, was Deutschland auf die Dauer helfen kann, ist „peccavi" zu sagen, nicht mit dem Munde allein, sondern auch mit dem Herzen, und an die schließliche Güte der menschlichen Natur zu glauben. Was Ihnen fehlt, das ist der Glaube an die Menschheit; Sie denken: alle Menschen sind ja Hallunken, wir Deutsche auch, also wir sind nicht schlimmer als die andern; was unterstehen sich dann diese Leute, diese Pharisäer, über uns zu richten! Diese Leute aber haben es sich unterstanden, und sie werden damit weitergehen, bis Deutschland klug geworden ist. Es ist die Antithese zwischen Schopenhauer und Emerson, zwischen Optimismus und Pessimismus. Ihr werdet Optimisten werden müssen und Euch mit der Welt abzufinden haben. Die Welt wird einige

Digitized by Google

Jahrhunderte unter angelsächsischer Herrschaft stehen und wird das verschmerzen müssen. Die Angelsachsen sind ja die Klügsten, ihr Geist hat ein schönes Gleichgewicht, sie erfinden keine törichten Marxistischen Theorien, behaupten nicht, daß Massenmord (Krieg) etwas Schönes ist (so wie Ihre Philosophen); sie haben den freien Handel gefördert, sie haben in der Politik eine Elastizität wie kein anderes Volk, sie binden die von ihnen eroberten Völker an sich mit Fäden, die tausendmal stärker sind als Stahl, weil unsichtbar, weil moralisch, und wenn sie hundert Fehler haben, so stellen sie zweihundert Tugenden demgegenüber. Vorläufig sind sie und die Lateiner die Völker der Zukunft.

Ist es aber nun etwa um das Deutschtum geschehen? Beileibe nicht; es hat eine große Rolle zu spielen, aber erst muß es zur Beichte gehen und die Messe hören und seine Seele einer Purifikation unterwerfen. Diese Seele ist gar nicht klein, sie ist groß, und fähig, sich zu mühen; sie kann weitweite Gedanken fassen und verstehen, aber sie hat nicht gewußt, wie sie zu verwirklichen sind. Sie muß das noch lernen und wird es lernen . . . .

Gleichzeitig mit diesem Brief erhielt ich die Nummer einer holländischen Zeitschrift, in der meine vor kurzem erschienene Schrift „Woher es kam", Stuttgart, Engelhorns Nachfolger, ablehnend besprochen wurde. Der Verfasser der Rezension sagte, er wisse wohl, daß ich nicht zu den Alldeutschen gehöre, aber wenn ich zu der Verletzung der Neutralität Belgiens durch Deutschland nichts weiter zu sagen hätte, als daß die deutsche Regierung sich dafür auf den Vorgang und die Begründung der Engländer gegenüber Kopenhagen hätte berufen können, so sei es ein Beweis dafür, daß die Deutschen sich noch nicht gebessert hätten und auch weiterhin von der Entente nicht scharf genug behandelt werden könnten! Ich möchte dagegen anführen, wie englische Politiker in Wahrheit über Verträge denken. Wir lesen ein Beispiel dafür bei Norman Angell (The Great Illusion, S. 31), der aus dem Buche des Majors Murray, Future peace of the Anglo-Saxons, folgende Stelle anführt:

Der europäische Papierkorb ist der Platz, zu welchem alle Verträge schließlich ihren Weg finden, und ein Vertrag, der täglich zur Makulatur werden kann, ist wohl ungeeignet, die nationale Sicherheit zu begründen. Aber es gibt dennoch viele Leute in diesem Lande, welche Verträge so ansehen, als wenn sie nie gebrochen werden könnten. Das sind sehr gutgläubige, aber auch sehr gefährliche Leute — Idealisten, zu gut und arglos für diese harte und grausame Welt, deren Hauptgesetz die Gewalt ist. Auch im Parlament gibt es augenblicklich solche arglosen Leute, doch steht zu hoffen, daß wir sie in Zukunft nicht mehr sehen werden.

Dazu stimmt es, wenn bei der Parlamentsverhandlung über Kopenhagen am 3. Februar 1808 Lord Palmerston sagte, er sei bereit, dem Völkerrecht den Tribut seiner Achtung zu zollen und seine Anmeldung zu empfehlen, so oft es die Umstände erlaubten; im Kopenhagener Falle aber freue er sich, bemerken zu können, „daß wir sie (die Gesetze des Völkerrechts) nicht ohne Notaußer Kraft gesetzt haben, oder mit anderen Worten, daß wir sie angewandt (!) haben in Gemäßheit des Naturrechts, welches Selbsterhaltung befiehlt und ge-

Digitized by Google

bietet." Mein holländischer Freund sagt, Kopenhagen sei etwas ganz anderes gewesen als Belgien: England habe mit Napoleon im Kampf auf Tod und Leben gestanden, Deutschland aber habe „plötzlich den Krieg hervorbrechen lassen". Hier sieht man, wie suggestiv die feindliche Propaganda durch die unausgesetzte Wiederholung desselben Motivs gewirkt hat. Das England 1807 in einer Notlage war, daß aber Deutschland 1914 ohne das Bewußtsein einer solchen schlechthin frivol gewandelt hat, ist dem Briefschreiber eine ausgemachte Sache. Das Umgekehrte ist richtig. Ich lasse jetzt gerade eine Schrift drucken, die an der Hand der Akten und vieler Zeugnisse von neutraler und feindlicher Seite den Beweis führt, daß Deutschland den Krieg nicht gewollt hat, daß die deutsche und die englische Regierung sich bereits auf eine Formel geeinigt hatten, durch die der Friede erhalten worden wäre, wenn England ebenso stark auf Rußland gedrückt hätte, wie Deutschland auf Österreich-Ungarn; daß aber Rußland den Krieg herbeizwang. In der Hauptsache hat das schon der Engländer Morel in seiner Schrift, Die Schuld des Zarismus am Kriege, richtig dargelegt. Allerdings hat die englische Regierung Morel ins Gefängnis gesteckt, um ihn zu hindern, seine Schrift zu verbreiten. Der Briefschreiber in Holland wird sie also schwerlich kennen. Was er kennt, ist nur die offizielle Legende der alliierten und assoziierten Presse. In der steht natürlich nichts davon zu lesen, daß die Männer, die in Deutschland für die Verletzung der belgischen Neutralität verantwortlich waren, bei ihrem Entschluß mit derselben subjektiven Ehrlichkeit in einer Zwangslage zu sein glaubten, wie England 1807. Daß England und Frankreich die belgische Neutralität achten würden, stand 1914 ebensowenig fest, wie es 1807 feststand, daß Napoleon auf die Benutzung der dänischen Flotte gegen England verzichten würde. Drang aber die Entente durch Belgien vor, so geriet Deutschland in die größte Gefahr. Sollte sich dann der deutsche Generalstab, um mit dem englischen Premierminister George Canning in jener Parlamentsverhandlung zu reden, damit trösten, daß Deutschland zwar unter dem Andrang der Feinde gesunken sei, aber das Völkerrecht auf seiner Seite behalten habe? Die innere Begründung für das Vorgehen gegen Belgien, das sicher ein Völkerrechtsbruch war, hat in Deutschland genau so gelautet, wie die englische gegen Dänemark. Der deutsche Reichskanzler hat sich aber nicht so frivol ausgedrückt, wie Lord Palmerston, der die Befolgung oder Nichtbefolgung des Völkerrechts einfach davon abhängig machte, ob „die Umstände" es erlaubten. Auch kann ich mich nicht entsinnen, selbst von einem Alldeutschen gehört zu haben, europäische Verträge seien ohne weiteres für den europäischen Papierkorb da. Der Verfasser des Briefes aus Holland ist also ein Beispiel dafür, wie vollkommen ausgeschaltet bei der großen Mehrzahl auch der Neutralen infolge der restlosen Wirkung der feindlichen Propaganda das Gefühl der Billigkeit gegenüber Deutschland ist. Von vornherein steht fest: Deutschland hat

Digitized by Google

absolut schlecht gehandelt; England wäre nie zu einer solchen Handlung fähig gewesen.

Ich beabsichtige nicht, die Verletzung der belgischen Neutralität zu verteidigen, sondern stehe in dieser Frage auf dem Standpunkt, daß trotz Canning, Palmerston und Major Murray, und trotz unserer Alldeutschen, die höchste Sittlichkeit in der Politik auch zugleich die höchste Klugheit ist. S. Mette hat in einer Besprechung des eben erschienenen Buches von Prof. Foerster über Weltpolitik und Weltgewissen aus diesem einen Artikel zitiert, den Bismarck 1887, als der Konflikt mit Frankreich drohte, in dem damaligen Regierungs-Blatt, der „Post", schreiben ließ. Die Sätze atmen ganz den Geist und den Stil Bismarcks. Sie lauten (Preußische Jahrbücher vom April 1919, S. 126 f.):

... Wir legen ... Gewicht auf eine Verwahrung unseren englischen Freunden gegenüber. Diese scheinen so überzeugt zu sein, daß Deutschland entschlossen sei, einer für unabwendbar gehaltenen Gefahr demnächst zuvorzukommen, daß sie seit einigen Wochen mit Eifer die Frage des Schutzes der belgischen Neutralität erörtern, welcher England in Gemeinschaft mit anderen Großmächten obliegt. Man kommt zu dem Resultat, daß die Verletzung der Neutralität zu gestatten sei, wenn der Sieger sich verpflichte, beim Frieden die Unabhängigkeit Belgiens nicht anzutasten. Das sind sehr verfrühte, und nicht bloß verfrühte, sondern selbst grundlose Sorgen und Pläne. Daß die deutsche Politik entschlossen ist, nicht darum einen Krieg zu beginnen, weil sie glaubt, daß er ihr aufgedrungen wird, hat Fürst Bismarck am 11. Januar mit allem Nachdruck erklärt. Außerdem aber würde Deutschland nie einen Krieg mit der Verletzung eines europäischen Vertrages beginnen. Man nimmt in England an, daß die deutsch-französische Grenze durch Frankreichs Verteidigungsanstalten für jede Offensive unzugänglich geworden sei und daß folglich der deutsche Generalstab den Durchbruch durch Belgien ins Auge fassen müsse. Wir glauben nun nicht, daß englische Tagesschriftsteller, so einsichtig sie sein mögen, so leicht imstande sind, die Kombinationen des deutschen Generalstabes zu erschöpfen. Jedenfalls befinden sie sich im Irrtum, wenn sie meinen, die Leitung der Politik sei bei uns den Gesichtspunkten des Generalstabes unterworfen und nicht umgekehrt ...

Darin, daß diese letzten Bismarckschen Worte für unsere eigentliche „militärische" Periode unter Wilhelm II. nicht mehr zutrafen, lag das Unheil. Bismarck hätte den Clausewitzschen Satz, der Krieg sei nur Fortführung der Politik mit veränderten Mitteln, nie anders verstanden, als daß es keine Kriegspläne des Generalstabs geben dürfe, die uns durch Vernachlässigung der Imponderabilien, d. h. des Moralischen in der Politik, kriegspolitisch in entscheidenden Nachteil versetzten. Er hätte aber auch dafür zu sorgen verstanden, daß im Falle eines Krieges die feindliche Propaganda nicht hemmungslos das Feld gegenüber der deutschen Verteidigung behauptete.

Der Briefschreiber aus Holland entwirft eine Schilderung von dem deutschen Verfahren gegen die belgische und französische Zivilbevölkerung, die erstens die Übertreibungen der feindlichen Propagandapresse getreulich wiedergibt und

Digitized by Google

zweitens sich stillschweigend das Argument der Haßpropaganda auf der Gegenseite anzueignen scheint; was in Frankreich und Belgien geschehen sei, habe nicht das deutsche Heer, sondern das deutsche Volk getan. Demgegenüber möchte ich auf einen Artikel in der „Nation" vom 8. März 1919 verweisen, der überschrieben ist: Die Infamie der Blockade. Darin heißt es:

Wie oft ist es nicht von seiten der westlichen Nationen ausgesprochen worden, daß sie keinen Krieg gegen das deutsche Volk führten? Aber jetzt sind die Alliierten dabei, ihm unerhörte Grausamkeit aufzuerlegen. Die Blockade hätte an dem Tage aufgehoben werden sollen, an dem die alliierten Truppen den Rhein erreichten. Es war möglich, und gemeinsame Menschlichkeit sprach mit derselben Stimme. Das Versäumnis, die Blockade aufzuheben, war ein politischer Fehler und eine moralische Schande. Vor einigen Monaten hätte man sagen können, daß wir uns vor falschen deutschen Erklärungen und Propaganda hüten müßten; aber jetzt sind die Tatsachen bekannt. Sie sind durch eine Kommission von 14 englischen Offizieren festgestellt worden, die selbst Bottomley nicht prodeutscher Neigungen bezichtigen kann. Diese 14 Offiziere stimmen in ihrer Ansicht überein, daß die unteren und kleinen Mittelklassen Deutschlands verhungern. Warum wird der Bericht nicht weithin in der Presse veröffentlicht? Ist es nur, weil niemand dem Appell eines so tief beunruhigenden Dokuments widerstehen könnte? Ist es, weil die Regierung sich vor Komplikationen mit der französischen Regierung fürchtet? Soll das britische Volk gezwungen werden, weiterhin im geheiligten Namen einer Allianz Böses zu tun? Hat man in der Tat vergessen, daß wir die Deutschen als Frauen- und Kinderschlächter der Verurteilung des Universums auslieferten? Ist es eine geeignete Strafe, daß wir ihre Frauen und Kinder umbringen sollten?

Und diese kräftige Sprache ist nicht zu kräftig. Wenn das britische Volk in Unkenntnis dessen ist, was in seinem Namen getan wird, so war das deutsche Volk in Unkenntnis dessen, was in seinem Namen getan wurde. Wenn der einfache Deutsche schuldig war, so ist es der einfache Engländer, und die Schuld des Engländers wird größer sein, weil für alle, abgesehen von einer Handvoll Fanatiker des Kontinents, der Krieg vor Monaten vorüber war.

Was die Zerstörungen in Nordfrankreich betrifft, so muß man sich daran erinnern, daß die Deutsche Oberste Heeresleitung damals, als die Verteidigung gegen die Angriffe im Westen auf die sogenannte Siegfriedstellung zurückverlegt wurde, offen erklärt hat, um das Nachrücken des Gegners zu erschweren, also aus einem rein militärischen Grunde, müßten Wohnungen, Unterkünfte, Wälder, Pflanzungen, Brücken usw. radikal zerstört werden. Der Entschluß dazu ist dem Feldmarschall Hindenburg sicher nicht leicht geworden; er hat sein Bedauern auch ausdrücklich ausgesprochen. Der Beweis dafür, daß, wie die Ententepropaganda behauptet, von deutscher Seite dabei mutwillig, frivol und grausam vorgegangen wurde, ist bis auf weiteres nicht erbracht. Wieviel auf die Zerstörung in den Städten und Dörfern nicht auf deutsche, sondern auf französische und englische

Digitized by Google

Geschütze entfällt, wissen Unterrichte sehr wohl. Die englische Propaganda weiß es natürlich nicht; daher scheint es der Briefschreiber auch nicht zu wissen. Daß gegen die feindliche Zivilbevölkerung z. B. in Lille und anderswo, zeitweilig hart verfahren worden ist und das sehr bedauerliche Dinge vorgekommen sind, weiß man auch in Deutschland. Alle menschlich und verständig empfindenden Leute haben es scharf getadelt. Von 5000 „ermordeten" Belgiern ist hier niemandem etwas bekannt. Bekannt ist, daß nach deutschem Kriegsrecht Zivilisten, die ohne militärische Abzeichen und ohne militärische Organisation am Kampfe teilnehmen, erschossen werden. Die französischen Proklamationen für entsprechende Fälle sind aber noch schärfer gewesen, als die deutschen. Nirgends hat die deutsche Heeresleitung auch nur entfernt etwas ähnliches sich zuschulden kommen lassen, wie die Konzentrationslager der Engländer im Burenkriege. Vielleicht erinnert sich der Briefschreiber bei dieser Gelegenheit auch gleich an die Antwort des Gouverneurs Sir Bartle Frère, die dieser im Jahre 1879 auf den Protest der Buren gegen die Annexion Transvaals gab. Die Buren beriefen sich auf den 1852, also noch nicht ein Menschenalter vorher, geschlossenen Sandriviervertrag, wonach Transvaal unabhängig sein sollte. Darauf sagte Sir Bartle Frère: Wenn man auf den Sandriviervertrag zurückgehen will, so kann man ebenso gut auf die Schöpfung zurückgehen! Das ist auch ein Dokument dafür, was England über Verträge denkt, wenn Sie ihm unbequem sind. Als dann der Krieg zwischen den Buren und Engländern ausgebrochen war, wurde das Burengebiet von einem Ende bis zum andern systematisch verwüstet. Der Berichterstatter des „Morning Leader" schrieb darüber am 29. 4. 1900 an sein Blatt: alles würde niedergebrannt, und am 28. Mai desselben Jahres hieß es im „Daily Chronicle": „Von einem Ende zum andern liegt die Oranjefluß-Kolonie jetzt in Ruinen und Hunger". In dem bekannten Buch der Miß Hobhouse über die Konzentrationslager beschreibt der englische Leutnant Morrison seine Arbeit mit den Worten:

„Wir zogen von Tal zu Tal, nahmen Vieh und Schafe weg, brannten und plünderten und jagten die Frauen und Kinder aus ihren Häusern und ließen sie wimmernd neben den Ruinen ihrer einst schönen Farmen sitzen. Es war schrecklich, mit anzusehen . . ."

Über 26 000 Frauen und Kinder sind vor Hunger und Elend in den Konzentrationslagern umgekommen. Die Engländer ließen sie zugrunde gehen, weil man auf diese „moralische" Weise die Kämpfer im Felde mürbe zu machen hoffte — was ja auch schließlich gelang. Der Präsident des Oranjefreistaats, M. T. Steijn, schrieb am 15. August 1901 an Lord Kitchener:

. . . . Was die 74 000 Frauen und Kinder anlangt, die Euere Exzellenz in Ihren Lagern zu unterhalten behaupten, so scheint mir, daß Euere Exzellenz nicht wissen, auf wie barbarische Weise diese armen wehrlosen Wesen von den englischen Truppen ihren Heimstätten entrissen wurden, während all ihr Hab und Gut vernichtet ward. Wie viele

Digitized by Google

dieser armen unschuldigen Opfer des Krieges sind beim Herannahen eines feindlichen Truppenkörpers in Wind und Wetter, bei Tag und Nacht geflüchtet, so weit sie konnten, um ja nicht in die Hände der Soldaten zu fallen, und Euer Exzellenz Truppen haben sich nicht entblödet, auf die Hilflosen Geschütz- und Gewehrfeuer zu richten, um sie in die Hände zu bekommen, obwohl Euer Exzellenz Truppen genau wußten, daß es nur Frauen und Kinder waren.

Von diesen Dingen war vor noch nicht 20 Jahren die ganze europäische Presse einschließlich der sogenanten proburischen Zeitungen in England so voll, wie heute von den „deutschen Greueln". Welch ein Beweis für die Energie, für den Erfolg und für die Gewissenlosigkeit der Ententepropaganda auf der einen, für die Unfähigkeit der entsprechenden deutschen Stellen auf der andern Seite, wenn es der Entente gelungen ist, fast über die ganze Welt diejenige Atmosphäre besinnungsloser Parteilichkeit in dem „moralischen" Urteil über Deutschland zu schaffen, die durch den holländischen Brief bezeugt wird, und in der zu atmen vielen gebildeten Personen auf der Gegenseite und unter den Neutralen ganz natürlich geworden ist! Es ist nur zu nötig, daß wir uns ein klares Bild von der Ausdehnung, von der Gewalt und von der voraussichtlichen Dauer dieser Stimmung machen, denn nicht viele Leute drüben haben ein so unbeirrbares politisch-moralisches Empfinden wie der amerikanische Oberstleutnant Whittlesey, einer der tapfersten Offiziere in der Armee der Vereinigten Staaten, der (nach dem Bericht der „New York Times") bei einer Friedensfeier in öffentlicher Rede sagte:

Unsere Leute werden nicht zurückkommen voll Haß gegen die Deutschen; kein Mann, der an der Front gewesen ist und da den Deutschen gegenüber gestanden hat, wird irgend einen Groll gegen sie hegen. Ich weiß, daß wenn irgend ein amerikanischer Infanterist dem Kaiser auf der Straße begegnen würde, er gern seine eiserne Ration mit ihm teilen würde. Das ist kein falsches Gefühl!

Die heilige Allianz

Von Georg Brandes (Kopenhagen)
Autorisierte Übersetzung von Erich Holm

XI. (Schluß)

Die Fanfaren der Menschenliebe schallen uns in die Ohren. Der Völkerbund soll, wie es von den Lippen aller Politiker klingt, und die seelenvollen Männer, die Zeitungen schreiben, es immer wieder verkünden, die versöhnten Völkerschaften unter seine Fittiche scharen.

Vorher aber wollen sie, die den Bund ins Leben rufen, natürlich alle Verhältnisse zu ihrem alleinigen Vorteil ordnen.

Wie die Geschichte es hundertfach zeigt; wie es vor einem Jahrhundert die Gründung der heiligen Allianz bewies: sobald siegreiche Mächte das, was sie

Digitized by Google

anstreben, erreicht haben, errichten sie eine geweihte und unauflösliche Bruderschaft, um sich den ungestörten Besitz des Gewonnenen zu sichern.

Es wird vielleicht manchen Leser wundernehmen, daß hier nicht mit wärmerer Begeisterung von der Aussicht auf etwas Verheißungsvolles wie einem Völkerbund gesprochen wird. Das kommt daher, daß das Publikum von seiner Presse verwöhnt ist.

Diese Presse ist reicher an Begeisterung als an Gedanken. Zu ihren vielen vortrefflichen Eigenschaften gehört nicht die, ihre Leser ans Denken zu gewöhnen. Sie ist so übervoll von offiziellen und zuversichtlichen Telegrammen, Referaten und Interviews, daß ihr nie viel Raum für einen Gedanken oder freimütigen Zweifel bleibt.

Telegramme sind indes nicht immer gerade Wahrheitsquellen, und Interviews und Referate sind, wie es ein unbeachtet gebliebenes Buch über Armand Carrel des näheren ausführte, Darstellungen, in denen es gelingt, den veralteten scharfen Unterschied zwischen Wahrheit und Lüge in Wegfall zu bringen und in den Begriff des Beiläufigen aufgehen zu lassen, den man mit Recht ein süßes Gift für Geschmack und Wahrheitsliebe nennen kann.

Unsere Zeitungen verhalten sich denn auch den Tatsachen gegenüber selten anders, als sie diese in anderen Zeitungen geschildert finden. Es sind das Zeitungskinder, Enkelkinder von Zeitungsschreibern, Urenkel von Zeitungslesern.

XII.

Es läßt sich nicht leugnen, daß die Sorge um einen dauernden Frieden, der die Wiederholung eines solchen Krieges, wie ihn die Menschheit jetzt erlebt hat, verhindert, die Federn in eifrige Bewegung setzt. Man schreibt über Recht und Freiheit der Völker, erklärt, ein Volk sei keine Marktware, die dem gehört, der stark genug ist, sich ihrer zu bemächtigen, sondern eine moralische Person.

Wilson sagte in seiner Kundgebung vom Januar 1917: „Es gibt keinen Bestand und keine Sicherheit für den Menschengeist, wenn nicht eine Atmosphäre von Gerechtigkeit, Freiheit und Recht herrscht."

Die französische Kammer nahm am 5. Juni 1917 eine Tagesordnung an, in der sie sich „frei von jedem Gedanken an Eroberung oder Unterdrückung fremder Völker" erklärte.

Am 2. Januar 1919 sandte der Landesausschuß von Algier und Tunis an den Präsidenten Wilson ins Quirinal nach Rom ein Telegramm, in dem nach den einleitenden Höflichkeiten der nachstehende Bericht folgt, den niemand, der die Verhältnisse kennt, übertrieben oder überspannt nennen kann: „Sie, Herr Präsident, haben erklärt, daß das amerikanische Volk mit jedem solidarisch fühle, der sein Recht zurückfordere. Das algierisch-tunesische Volk verlangt nur Achtung für sein gekränktes Recht; denn seine Lage unter der französischen Herrschaft ist diese:

Digitized by Google

Es ist jeder Pflicht unterworfen, auch der, sein Blut und Leben zu opfern. Dagegen ist es aller Rechte beraubt und einer Herrschaft reiner Willkür, der Ungerechtigkeit und des Schreckens unterworfen.

Dies ist genau der Ausdruck, den der „Temps" und viele französische Staatsmänner und Parlamentarier gebrauchten, um jene Herrschaft zu brandmarken, die einem überwundenen und wehrlosen Volk von Bürokraten und Kolonisten aufgezwungen wird, die allein bürgerliche und politische Rechte genießen und allein in der französischen Kammer vertreten sind. Die große Mehrzahl des französischen Volkes ist in Unkenntnis dieser Verhältnisse und wäre aufgebracht und empört, wenn es eine klare Vorstellung davon hätte.

Vor einem Jahr veröffentlichte man gewisse Pläne und Reformen, die in Algier durchgeführt werden sollten. Die französische Regierung wird nicht verfehlen, das auf dem Friedenskongreß geltend zu machen. Doch diese Scheinreformen entsprechen keineswegs den Wünschen des Volkes und würden die ganze Gewaltherrschaft, unter der es seufzt, unberührt lassen.

Was Tunis anlangt, wird eine Änderung seines Geschickes nicht einmal angedeutet. Die Tunesen sind noch immer geknebelt und der absoluten Macht einiger Beamten unterworfen. Und gleichwohl hat dieses kleine Volk es stets verstanden, die Angelegenheiten seines Landes zu führen. Es konnte sich stets der vollständigsten Autonomie erfreuen, bis zu dem Tage, da das durch einen Gewaltakt aufgerichtete Protektorat sie zur Ohnmacht verurteilte.

Ist dieser Zustand der Dinge geeignet, die Herrschaft eines endgültigen Friedens herbeizuführen? Wie sie selbst erklärten, ist ein dauernder Friede unmöglich, wo sich nicht eine Atmosphäre der Gerechtigkeit und Freiheit findet. Diese Atmosphäre gibt es bei uns nicht. Ein Friede, der dem Unrecht kein Ende macht, würde weder gerecht noch dauernd sein.

Das algerisch-tunesische Volk hat Ströme von Blut für Frankreich vergossen. Trotzdem bleibt es nach wie vor der einfachsten Bürgerrechte beraubt und muß einer kleinen Minderheit von Kolonisten frohnen. Darum fordern unsere Landsleute das Recht, gewählte Vertrauensmänner zum Friedenskongreß zu entsenden, um ihre Sache zu verfechten und eine neue Verfassung zu erlangen, die ihnen die vorenthaltenen Rechte gewährt. Es wäre ein Paradoxon, wenn Völker, die am Kriege nicht aktiv teilnahmen, am Friedenskongreß vertreten wären, während das algerisch-tunesische Volk, dessen Söhne von Kriegsbeginn an auf dem französischen Kriegsschauplatz fochten, wo sie dahingemäht wurden, nicht vertreten sein würde."

Von den 100 000 Soldaten, die das kleine Tunis schickte, sind 30 000 gefallen. Wieviele von den 300 000 Soldaten Algiers fielen, ist nicht festgestellt. Aber man weiß in Algier und Tunis sehr wohl, daß die nichtfranzösischen Soldaten es

Digitized by Google

waren, die immer den ersten feindlichen Stoß, sowohl in der Offensive als in der Defensive auffangen mußten. Schwer kann man ihnen daher eine Unabhängigkeit versagen, die der Kongreß andern früher abhängigen Völkern, wie Polen und Südslawen, zugestehen will.

Aber wird der Sieger diese Schwierigkeit nicht überwinden? Das ist kaum zweifelhaft. Rien ne réussit comme le succés. Und wer in E. D. Morels „Ten years of secret diplomacy" die in allen ihren Einzelheiten ausgeführte Schilderung der in diesem 20. Jahrhundert stattgefundenen Überlistung und Eroberung Marokkos gelesen hat, der wird um nichts mehr geneigt sein an die Wiedergewinnung der Autonomie Algiers und Tunis zu glauben als an die Wiederherstellung der Unabhängigkeit des marokkanischen Sultans.

XIII.

Kurz vor Ausbruch des Weltkrieges und während seines Wütens gab es einige wenige Männer von hervorragender Begabung, in deren Hände die Macht hätte liegen sollen. In erster Linie muß hier der Amerikaner Morgan Shuster genannt werden, der, obwohl er sich vorher nur als Privatmann betätigt hatte, in seiner Verwaltung Persiens den festesten Charakter und die seltensten Eigenschaften an den Tag legte, und gerade deshalb in schmählicher Weise aus seiner Stellung vertrieben wurde.

Sodann wäre ein Mann wie E. D. Morel zu nennen, den man es mit Kerkerstrafe büßen ließ, daß er mehr Rechtsgefühl und höhere Begabung besaß, als alle übrigen englischen Politiker mitsammen.

Nicht übergehen darf man den unvergeßlichen Franzosen Jean Jaurès, den unerschrockenen Vorkämpfer der Völkerversöhnung, dessen schändliche Ermordung gleichsam das Signal für den Ausbruch des Weltkrieges war, und dessen Mörder bezeichnender Weise durch all die Jahre hindurch vom Gerichtsverfahren verschont geblieben war.

Nur recht und billig wäre es ferner, einen noch fast Unbekannten, den Deutschen Graf Brockdorff-Rantzau hervorzuheben, vielleicht der scharfsinnigste, hellste politische Kopf des Deutschen Reichs, den die Männer der Revolution, einmal von richtigem Instinkt geleitet, auf den gefährlichen und ausgesetzten Posten eines Ministers des Äußern gestellt haben.

Endlich ist da noch jener Mann, auf den ich schon früher als den verständigsten aller Politiker hingewiesen habe, der Belgier Henri Lambert, Fabrikant in Charleroi, dessen Pax economica zu den richtigsten und tiefsinnigsten Schriften gehört, die der Krieg hervorgebracht hat.

Er macht darauf aufmerksam, wie wahnwitzig es ist, daß noch kein Staatsmann der „alliierten Demokratien" Europas sich zu der Einsicht aufgeschwungen zu haben scheint, wie viel weniger wichtig es für die Zukunft ist, den Feind seiner

Digitized by Google

militärischen Machtmittel zu berauben, als die Beweggründe zu beseitigen, derartige militärische Machtmittel anzustreben. Keiner dieser Staatsmänner begreift augenscheinlich, daß den Feind seiner Kanonen und Schiffe zu berauben, sich seine Kolonien und Provinzen anzueignen, keine Gewähr für seine künftige und dauernde Gutheißung des Geschehenen bietet, unparteiische Gerechtigkeit zwischen den Nationen hingegen die einzige sichere strategische und politische Verteidigungsmaßnahme ist.

Henri Lambert hat immer wieder mit den unwiderleglichsten Argumenten nachgewiesen, daß voller Freihandel das einzige Heilmittel für die Krankheit unserer Zeit ist.

Da der Handelswettstreit zwischen den Völkern die Hauptursache des Krieges, der die Welt erschütterte, war, so gilt es, die Wege zu bahnen und zu ebnen für den uneingeschränkten Handel für alle und jeden ohne Ansehen der nationalen Grenzscheiden. Die Aufgabe ist, die Zollmauern niederzureißen und die Aufführung neuer zu verhindern, besonders sich nun, nachdem der Krieg mit Pulver und Blei vorüber ist, auch jedem Wirtschaftskrieg zu widersetzen.

XIV.

Wie an so manchen andern Hauptpunkten steht auch hier Zeichen gegen Zeichen.

Am 28. April 1917 schrieb Präsident Wilson an den Papst: „Verantwortliche Staatsmänner müssen, wenn sie es nie früher eingesehen haben, nun zu der Erkenntnis gelangen, daß sich kein Friede mit irgendwelcher Sicherheit aufbauen läßt auf politische oder wirtschaftliche Einschränkungen, deren Zweck es ist, bestimmte Nationen zu begünstigen und andere zu lähmen oder ihnen Hindernisse in den Weg zu legen. Eigensüchtige wirtschaftliche Übereinkünfte, die andere Mächte ausschließen, erachten wir für zweckwidrig und auf die Dauer für schlimmer als wertlos. Sie bilden keinerlei natürliche Grundlage für was immer für einen Frieden, am wenigsten für einen dauernden."

Am 8. Januar 1918 erklärte Präsident Wilson in seiner Botschaft an den Kongreß: „Wir wollen so weit als möglich alle ökonomischen Schranken beseitigen und gleiche Handelsbedingungen für alle Völker, die dem Frieden zustimmen und sich zu seiner Aufrechterhaltung vereinigen, einführen."

Am 20. März 1918 sagte er: „Niemand kann noch bestimmen, wie der bevorstehende politische und ökonomische Wiederaufbau sich im einzelnen gestalten wird, aber so viel wissen wir, daß jedes Programm ganz von Uneigennützigkeit durchtränkt sein muß, daß keiner der Partner versuchen darf, nur sich selbst zu nützen, daß alle danach streben müssen, der Menschheit zu dienen, und daß jedwedes Programm (und jede Maßnahme des Programms) der Prüfung standhalten muß, die in der Frage liegt: Ist es gerecht, ist es zu Nutz und Frommen des Mannes aus dem Volke, der nicht Einfluß noch Vorrechte hat; verwirklicht es den höchsten

Digitized by Google

Begriff sozialer Gerechtigkeit und ehrenhafter Handlungsweise ohne Ansehen der Person, ohne Rücksicht auf irgend ein Klassen- oder Privatinteresse?"

Was Wilson hier äußerte, ist genau das, was Henri Lambert verlangt hat. Wie wird Europa aussehen, wenn diese erhabenen Prinzipien auf dem Friedenskongreß zur Erörterung gekommen sein werden? Welche Spuren werden sie hinterlassen?

XV.

Im Jahr 1814 hatte Alexander I. das Buch des deutschen Mystikers Franz von Baader „Über das durch die französische Revolution hervorgerufene Bedürfnis nach einer neuen und innigeren Verbindung von Religion und Politik" gelesen. Dadurch entstand in ihm der unbestimmte Plan, die Herrscher Europas zu einem Geheimbund zu vereinigen, der ganz besonders der Gnade Gottes befohlen sein sollte.

Als er 1815 diesen Plan seiner, in ihren Jugendtagen höchst leichtsinnigen, nun aber aufrichtig gläubigen Freundin Juliane von Krüdener mitteilte, erwies es sich, daß diese schon früher durch göttliche Eingebung denselben Gedanken gefaßt hatte. Sie wählte für den geplanten Bund (mit einer Anspielung auf eine Weissagung des Propheten Daniel) den Namen „Die heilige Allianz".

In Paris wurde am 26. September 1815 von den Monarchen Rußlands, Österreichs und Preußens jener große Bund gegründet, in dem die Grundsätze des Christentums als höchstes Gesetz für das Leben der Völker gelten sollten.

Da man in jenen Tagen ausgesprochener orthodox war als heute, leiteten die drei Selbstherrscher den Traktat „im Namen der heiligen unteilbaren Dreinigkeit" mit der feierlichen Erklärung ein, „daß das vorliegende Dokument den Zweck habe, im Angesicht des Weltalls ihren unerschütterlichen Entschluß zu offenbaren: als Richtschnur ihres Tuns, sei es in der Regierung ihrer eigenen Staaten oder in ihren politischen Beziehungen zu allen andern Regierungen, nur die Vorschriften der heiligen Religion über Gerechtigkeit, Menschenliebe und Frieden zu befolgen. Weit davon entfernt, nur auf das private Leben anwendbar zu sein, sollen diese Vorschriften unmittelbaren Einfluß auf die Entschließungen der Fürsten haben, als das einzige Mittel, die menschlichen Gesellschaftseinrichtungen zu festigen und ihren Unvollkommenheiten entgegenwirken zu lassen."

Am Schluß des Übereinkommens wird der Wunsch ausgedrückt, daß alle christlichen Souveräne Europas der Allianz beitreten möchten, was die meisten der damals lebenden Fürsten denn auch taten. Sie erhielten die Freiheit zu unterschreiben, wie jetzt die kleinen am Kriege beteiligten Mächte und die neutralen Staaten.

Im Laufe des neunzehnten Jahrhunderts hatte die heilige Allianz ja nicht gerade einen sonderlich guten Ruf. Es steht jedermann frei, mehr und weit

Digitized by Google

Besseres von dem jetzigen Völkerbund zu erhoffen und zu erwarten als von dem damaligen Fürstenbund.

Eine Ähnlichkeit besteht. Beiden haftet etwas Heiliges an.

* * *

19. Februar 1919.

Das Obenstehende war niedergeschrieben, als am 16. Februar die Verfassung der Völkerliga veröffentlicht wurde, ein Dokument, das (sowohl in dem, was es sagt als was es verschweigt) weit trübere Zukunftsaussichten eröffnet als hier angenommen wurde, nicht einmal die heilige Allianz war so ausgesprochen imperialistisch. Ein Völkerbund ist selbstverständlich ausgeschlossen, wo es nicht einmal zur Aussprache zwischen den Völkern kommt. Alles wurde heimlich zwischen einigen Diplomaten abgemacht; darunter Deutschlands Ausschließung vom Bezug an Rohstoffen, zu dem von Tardieu geäußerten Zweck, die französischen Industriellen von der Konkurrenz zu befreien. Der Kongreß scheint in dem Glauben befangen, sich auf diese Weise den Bolschewismus vom Leibe halten zu können. Die rote Internationale wird aller Wahrscheinlichkeit nach einen Völkerbund ganz anderer Art zustandebringen.

Selbst wenn Japan formell dem Bund beigetreten ist, droht diesem doch eine nicht geringe Gefahr vom Osten. Für Japan ist der Rassengegensatz die Hauptsache. Ein Völkerbund, der nicht allen Rassen und allen Völkerschaften dieselben Entwicklungsmöglichkeiten bietet, ist für Japan wertlos. Um es zu gewinnen, müßte Amerika alle Gesetze und Bestimmungen aufheben, die sich dort gegen andere Rassen als die Weißen vorfinden. Gegenüber Japan nützt es auch nichts, die Auflösung seines Heeres zu fordern, während die weißen Völker ablehnen, ihre ungeheuren Kriegsflotten zu vermindern. Sonst werden die Japaner den Asiaten und Afrikanern nur erklären, nichts wäre leichter, als eine europäische Großmacht zu schlagen, und die Alliierten hätten nur gesiegt, weil sie Afrikaner und Asiaten als Hilfstruppen und Bundesgenossen hatten. An dem Tag, da sie das tun und europäische Industrie und europäisches Militärwesen in China einführen, ist es mit dem Völkerbund aus.

Die weißruthenische Frage

Von Johann von Meleschka-Grodno

Die weißruthenische Regierung hat augenblicklich ihren Ministerpräsidenten Lutzkewitsch nach Berlin gesandt, um von hier aus mit der Entente in Fühlung zu treten, damit eine weißruthenische Delegation an den Friedensverhandlungen teilnehmen könne. Zum Gebiet, auf dem die Weißruthenen wohnen, gehören die Gouvernements Minsk, Mohilew, Smolensk, Witebsk (mit Ausnahme zweier Kreise), Wilna (mit kleinen Ausnahmen), Grodno und kleine Ge-

Digitized by Google

biete von Tschernikio, Twer, Kaluga und Orlow. Auf diesem Gebiete, das 258 000 qkm umfaßt, wohnen 12 Millionen Weißruthenen und drei Millionen Großrussen, Juden, Polen und Tataren. Wir haben in Anbetracht der Bedeutsamkeit dieser Frage einen führenden Politiker der Weißruthenen gebeten, uns über die Wünsche und Pläne des weißruthenischen Volkes einen Artikel zu schreiben.

Wenn auch die innere Politik des alten Regimes in Rußland nicht immer in der Erreichung der gesteckten Ziele glücklich genannt werden kann, so wird man ihr dennoch nicht die Zielstrebigkeit absprechen können. So haben die Ereignisse der letzten Jahre erwiesen, daß die ewige Angst der russischen Regierung vor der Revolution durchaus reale Ursachen hatte. Ein Land mit despotischer Regierungsform — ein Land nicht freier Bürger, sondern Knechte — muß stets gewärtig sein, Aufstände der unterdrückten Bevölkerungsmassen niederschlagen zu müssen. Dasselbe muß man auch in bezug auf die nationale Politik des alten Rußland sagen. Gar zu viele Nationalitäten gehörten zum Bestande des russischen Reiches, allzu stark lebte in ihnen das Bewußtsein der nationalen Unterdrückung und die Tradition der selbständigen Existenz, um an ihre Loyalität für den Unterdrückerstaat zu glauben. Daher war es für die Leiter des alten Regimes nur zu natürlich, daß sie in jedem Hochkommen nationaler Eigenart der Fremdvölker eine Bedrohung des russischen Staates sahen, und diese Gefahr durch eine gewaltsame Entnationalisierung und Verrussung zu bekämpfen suchten.

Der nationalistische Kurs im alten Rußland war aber nur denkbar unter einer Voraussetzung: Beim Vorhandensein einer russischen nationalen Mehrheit im Staate. Solch eine Mehrheit besaß Rußland aber nicht: Die 55 Millionen Großrussen, von denen die Zählung von 1897 erzählt, machen nur 44 Prozent der Gesamtbevölkerung aus; dabei ist auch diese Zahl zweifellos zu hoch gegriffen, indem ein großer Teil von Weißruthenen und Ukrainern in die Rubrik Großrussen eingesetzt worden war. Daher arbeitete die russische Regierung so energisch an der Vereinigung der drei Bestandteile des „einigen russischen" Volkes: der Großrussen, Weißruthenen und Ukrainer (die nach offizieller Terminologie „Kleinrussen" genannt wurden), hoffte sie doch dadurch die ihr so notwendige russische Mehrheit von 100 Millionen Menschen zu erreichen.

Für alle, die die Geschichte des Auftauchens und der Entwicklung der Großrussen, Weißruthenen und „Kleinrussen" kennen, ist es klar, daß die fast tausendjährige so gut wie selbständige nationale und staatliche Existenz der genannten drei Stämme in gänzlich verschiedenen klimatischen und politischen Bedingungen endgültig das Blutband zerrissen hat, das einstmals die slavischen Stämme der östlichen Gruppe vereinigt hatte. Dazu hat jeder der drei Stämme sich in der

Digitized by Google

Sphäre völlig andersgearteter Kultur entwickelt: Während sich die Großrussen fast bis zu den Zeiten Peters des Großen im engsten geistigen Verbande mit dem Osten befanden, und die westliche Kultur nur aus zweiter Hand kennen lernten, hauptsächlich durch Weißruthenien und die Ukraine, befanden sich letztere in ständigem Verkehr mit dem Westen — in Handels- und kultureller Beziehung — und machten gemeinsam mit dem Westen alle bedeutenden Geistesbewegungen durch; die reiche weißruthenische Literatur über die Reformation legt davon ein beredtes Zeugnis ebenso ab, wie die bis auf den heutigen Tag in Weißruthenien bestehenden religiösen Strömungen. In Wirklichkeit war daher nur der Gleichklang ihrer Namen die Grundlage für die Vereinigung des „einigen russischen Volkes".

Die russische Regierung verstand jedoch nur zu gut, daß, falls die Weißruthenen und Ukrainer mit den Großrussen nicht zum „einigen russischen" Volke sich verschmölzen, früher oder später bei ihnen ein Nationalbewußtsein entstehen würde und daß lebende Völker, die einmal schon eine eigene Staatlichkeit besessen haben, unter günstigen Umständen zu neuem Leben wieder auferstehen. Daher haben keine von den vielen unterdrückten Völkerschaften solche Qualen der Unterdrückung zu erleiden gehabt, wie die „jüngeren Brüder" der Großrussen, besonders die Weißruthenen. Ihre Muttersprache wurde völlig für rechtlos erklärt und überall vertrieben: aus Schule und Kirche, aus Gericht und Administration. Noch mehr: bis zum Jahre 1905 war das Drucken von Büchern und Zeitungen in weißruthenischer Sprache verboten und die seltenen Ausgaben, die dennoch damals in Rußland gedruckt wurden, konnten nur unter der Flagge der bulgarischen Sprache durchgeschmuggelt werden! Für die weißruthenische Bildungsschicht war im Bereich ihrer Heimat absolut kein Raum im Staatsdienste. Seit Schließung der Universität in Wilna im Jahre 1831 gab es für die 15 Millionen zählende Bevölkerung (hierbei sind alle Nationalitäten gezählt), die 258 000 qkm besiedeln, keine höhere Lehranstalt und die Zahl der staatlichen Mittelschulen wurde im Verlauf von Jahrzehnten trotz des Wachsens der Bevölkerung überhaupt nicht erhöht.

Wenn man überschaut, was in Weißruthenien vor sich gegangen ist, so kann man konstatieren, daß die russische Regierung, indem sie der weißruthenischen nationalen Eigenart einen unerbittlichen Krieg angesagt hatte, die Lebens- und Entwicklungsfähigkeit der Weißruthenen sehr unterschätzt hatte. Sie haben nämlich ein unwahrscheinliches Beispiel nationaler Wiedergeburt gegeben: In einigen Jahrzehnten nationaler Arbeit hat das 12 Millionen-Volk der Weißruthenen, das zudem so gut wie völlig einer Bildungsschicht beraubt war, ein nationales Volksbewußtsein erobert. Nicht nur auf dem Gebiete der Kultur — Schaffung einer weißruthenischen Literatur, Schulen und öffentlichen Organisationen usw.

Digitized by Google

— sondern auch auf dem Gebiete der reinen Politik hat es eine rasche Entwicklung durchlaufen, wobei es alle Stufen der Entwicklung des staatlichen Gedankens beschritten hat, angefangen von der bescheidenen Forderung der Selbstverwaltung und Autonomie im Jahre 1905 bis zur vollen Lostrennung vom russischen Staat und Verkündigung der staatlichen Unabhängigkeit der weißruthenischen Volksrepublik am 25. März 1918. Die Grundlagen der alten weißruthenischen Staatlichkeit, die in der Form der Föderation mit Litauen bestanden hatten, erwiesen sich als so kräftig, daß auf ihr der neue Staat aufgebaut werden konnte. Der von den Bolschewisten am 31. Dezember 1917 auseinandergejagte weißruthenische Nationalkongreß in Minsk, der den Grundstein zur weißruthenischen Volksrepublik gelegt hat, ist als vollgültiger Willensausdruck des weißruthenischen Volkes anzusehen, der zugleich die staatliche Reife der Weißrussen beweist. Dieser Kongreß bestand aus Vertretern der Bauerngemeinden, der Kreis- und Provinziallandtage (Semstwo) und Komitees aus dem gesamten ethnographischen weißruthenischen Gebiete, aus den städtischen Selbstverwaltungen (das östliche weißruthenische Zentrum Smolensk hatte 10 Deputierte geschickt), aus Arbeitervertretungen und Flüchtlingsorganisationen, die über eine Million Flüchtlinge aus den Gouvernements Grodno, Wilna und Minsk vertrat, aus Genossenschaften und weißruthenischen Soldaten von allen Fronten und aus den politischen Parteien Weißruthenieus — alles in allem waren 1067 Deputierte mit beschließender Stimme und 705 mit beratender Stimme versammelt. Selbstverständlich besitzt eine derartige Versammlung das volle Recht, das Schicksal des Volkes zu entscheiden und das Faktum, daß sie sich fähig bewiesen hat, sich bis zur Höhe der Idee der weißruthenischen Staatlichkeit zu erheben, legt Zeugnis davon ab, daß die russische Regierung des alten Regimes nicht fehl ging in der Einschätzung der geistigen Fähigkeiten des weißruthenischen Volkes und sich nur geirrt hat in der Wahl ihrer Mittel zur Entnationalisierung der Weißruthenen.

In ihrem Kampf gegen die weißruthenische nationale Idee griff die Regierung des alten Rußland unter anderem zum Mittel, den alten Feind der Weißruthenen zu Hilfe zu rufen — sie mobilisierte die Polen, die seit langem Appetit auf das Land der Weißruthenen gezeigt hatten. Diese Behauptung mag für denjenigen sonderbar klingen, der nur wenig mit der Entwicklung der russisch-polnischen Beziehungen bekannt ist und nur eine Seite dieses Verhältnisses kennt, die sich im bewaffneten Aufstande vom Jahre 1863 zeigte. Jedoch bei näherer Bekanntschaft der russisch-polnischen Beziehungen kann man sich leicht davon überzeugen, daß Rußland und Polen leicht eine gemeinsame politische Sprache finden können. Diese Sprache haben die „feindlichen" Länder in der Tat schon lange vor Ausbruch des Weltkrieges gefunden — in der Periode der bekannten allslawischen Kongresse in Prag, wobei als Mittel zur Verständigung Weißruthenen herhalten mußte.

Digitized by Google

Unzweifelhaft besitzen die Polen großes Interesse an Weißruthenien — besonders in seinem westlichen Teile. Liegen doch hier die Verhältnisse so, daß dort fast alle Großgrundbesitzer Polen sind oder polonisierte Weißruthenen, die die Idee des „großen Polens", zu dem auch Weißruthenien gehören soll, sich zu eigen gemacht haben. Die Existenz einer reichen polnischen Gutsbesitzerklasse bot den Polen eine günstige Gelegenheit für die Einführung einer „allpolnischen" Propaganda in Weißruthenien. Diese Propaganda wurde dadurch noch erleichtert, daß von den zwölf Millionen Weißruthenen gegen zwei Millionen Katholiken sind. Durch Hinüberziehen des katholischen Klerus verstanden die Polen die katholische Kirche für ihre politischen Ziele auszunutzen, nachdem sie sie in eine polnische nationale Kirche verwandelt hatten. Der Klerus ging gern Hand in Hand mit den polnischen Annexionisten, weil die Angliederung ganz Weißrutheniens zum katholischen Polen, die Katholisierung der zehn Millionen orthodoxen Weißruthenen erleichtert hätte. Mit Hilfe des katholischen Klerus, der nur zum geringsten Teile seinem weißruthenischen Volkstum treu geblieben ist, führten die Polen ihre breitwürfige Polonisierungstätigkeit unter den weißruthenischen Katholiken durch; indem sie sie unter die Drohung der kirchlichen Strafen stellten, zwangen sie sie, sich für Polen auszugeben, die Kinder in polnische Schulen zu schicken und ihre Unterschrift unter Petitionen um Angliederung Weißrutheniens an Polen zu setzen.

Als die russische Regierung erkannt wurde, daß der weißruthenischen nationalen Bewegung allein mit Regierungsrepressalien nicht beizukommen sei, beschloß sie, die Polen als Bundesgenossen im Kampfe gegen die nationale Wiedergeburt der Weißruthenen zu gebrauchen. Die russischen führenden Kreise in Petersburg, von den Nationalisten bis zu den Kadetten einschließlich, schlossen mit den Polen ein Kompromiß ab, indem sie letzteren die Möglichkeit boten, an der Polonisierung der zwei Millionen weißruthenischen Katholiken zu arbeiten, die zum größten Teil im Wilnaschen und Grodnoschen Gouvernement siedeln. Als Gegenleistung sollten die Polen sich verpflichten, die weißruthenische Bewegung überhaupt zu bekämpfen und dadurch der Vereinigung der zehn Millionen Weißruthenen mit den Großrussen vorzuarbeiten. Das erste konkrete Ergebnis dieser Vereinbarung zeigte sich auf dem allslavischen Kongreß in Prag im Jahre 1908. Damals erklärten sich die Polen bereit, die Delegierten der Großrussen „als Vertreter des einigen russischen Volkes", d. h. auch der Weißruthenen und Ukrainer, anzuerkennen, wogegen die Ukrainer im Wiener Parlamente im Namen der Ukrainer und Weißruthenen aufs energischste protestierten. Über dieses Geheimabkommen verplauderte sich damals in dem „Nowojoe Wremja" sein Herausgeber Sswoorin, indem er die Machenschaften der polnischen Führer Dmowski und Compagnie enthüllte. Später — schon während des Krieges — tauchte die Frage der Teilung nicht mehr der Einflußsphären, sondern des weißruthenischen Territoriums zwischen Polen und Rußland auf. Als einer der Mitglieder der

Digitized by Google

Reichsduma aus dem Gouvernement Grodno, das zu Polen fallen ſollte, den Führer der Kadetten, Miljukow, interpellierte, antwortete letzterer zyniſch: „Welche Bedeutung hat für das unermeßliche Rußland irgend ein Gouvernement, wenn man damit den Frieden mit Polen erkaufen kann."

Was augenblicklich von den Polen in Paris unter völligem Schweigen der Ruſſen getan wird, läßt nur den Gedanken aufkommen, daß die dort anweſenden Kadetten und anderen Vertreter der ruſſiſchen Bourgoiſie im Begriffe ſind, die alte Abmachung mit den Polen über die Teilung Weißrutheniens zu verwirklichen. Anders wäre die Nachgiebigkeit der Polen ſeitens der Entente, die bisher offiziell noch nicht das Selbſtbeſtimmungsrecht der Völker aufgegeben hat, nicht zu verſtehen. Nur durch das Beſtehen eines ruſſiſch-polniſchen Abkommens über die Weißruthenen läßt ſich das hartnäckige Schweigen der Ententepreſſe über die weißrutheniſche Frage erklären, die man nach wie vor in Paris geneigt iſt, als innerruſſiſche Frage anzuſehen, trotzdem das weißrutheniſche Volk laut und öffentlich das Selbſtbeſtimmungsrecht der Völker für ſich in Anſpruch genommen und bereits ſchon ſeine eigene Staatlichkeit errichtet hat.

Es iſt richtig, daß eine Teilung Weißrutheniens zwiſchen Rußland und Polen mit dem Beſtreben der Entente zuſammenfallen würde, an Deutſchlands Oſtgrenze ein großes Polenreich zu ſchaffen, indem ihm ethnographiſch fremde Beſtandteile angefügt würden. Das Beſtehen eines ſolchen Planes iſt jedoch, beſonders was das weißrutheniſche Volk betrifft, ein höchſt riskantes Experiment. In welcher Form auch Rußland aus dem Weltkrieg hervorgehen wird, ſo wird es doch in ſeiner auswärtigen Politik die Möglichkeit der Einmiſchung in die polniſchen Angelegenheiten ausnützen, indem es die Fürſorge des älteren großruſſiſchen „Bruders" für die in Polen lebenden „jüngeren weißrutheniſchen Brüder" für eine einfache Pflicht erklären wird.

Ganz abgeſehen davon aber würde die Zulaſſung der Aufteilung Weißrutheniens die Nichtanerkennung der weißrutheniſchen Staatlichkeit vorweg entſcheiden. Demgegenüber muß aber betont werden, daß die weißrutheniſche Frage nicht ſo ſehr eine Einzelfrage iſt, als zum Komplex des Randſtaatenproblems gehört. Eine Aufteilung Weißrutheniens zwiſchen Rußland und Polen würde jedoch infolge der geographiſchen Lage Weißrutheniens die Kette der ſtaatlichen Neugründungen ſprengen, welche zwiſchen dem Schwarzen und Baltiſchen Meere entſtanden ſind. Nur ein Zuſammenſchluß all dieſer Neugründungen würde ihnen die Möglichkeit bieten, ihre Unabhängigkeit zu verteidigen, insbeſondere infolge der geplanten Stärkung Polens, die gleichermaßen Litauen und die Ukraine bedroht.

All dieſe Gründe laſſen es zweckmäßig erſcheinen, der weißrutheniſchen Frage eine ernſte Aufmerkſamkeit zu ſchenken; weil eine falſche Entſcheidung ähnliche Folgen nach ſich ziehen könnte, wie ſie ſich im Verlaufe vieler Jahre auf dem Balkan bemerkbar gemacht haben.

Digitized by Google

Weimarer Kultusdebatten

Von Dr. Friedrich Thimme

Am 11. März hatte in der Nationalversammlung anläßlich einer deutschnationalen Interpellation über Eingriffe von Einzelstaaten in den Religionsunterricht eine Kultusdebatte stattgefunden, in der tiefe sachliche Gegensätze innerhalb der Mehrheitsparteien zutage getreten waren. Während der sozialistische Sprecher, der Hamburger Volksschullehrer Hellmann, der noch ganz auf dem Marxschen Standpunkt fußte, daß mit dem Anbruch der sozialen Revolution die Tage der Kirche so wie so gezählt seien, mit Ungestüm die religionslose, kirchenfreie Volksschule forderte, sprachen sich die Redner des Zentrums und der Demokratie, sekundiert von denen der übrigen bürgerlichen Parteien, für die Beibehaltung des Religionsunterrichts in der Schule aus. Hüben und drüben wurde verlangt, daß die beiderseitigen Auffassungen in der Reichsverfassung selbst verankert werden müßten. Auf sozialistischer Seite wollte man die Trennung von Staat und Kirche, die Weltlichkeit der Schule und das Prinzip der Einheitsschule reichsverfassungsmäßig festgelegt sehen, auf Seiten des Zentrums die Gewissensfreiheit, die Freiheit der Religion und die Wahrung der Rechte der Eltern und Religionsgemeinschaften, mit einem Worte möglichst das ganze christliche Erziehungs- und Kulturideal. Regierungsseitig wurde in der Schwebe gelassen, ob und wie weit in die Reichsverfassung normative Bestimmungen über das Unterrichtswesen in den verschiedenen deutschen Staaten aufzunehmen seien. Ministerpräsident Scheidemann stimmte für seine Person zu, daß die Schulfragen, die ja bisher allein zur Zuständigkeit der Einzelregierungen gehört hat, nunmehr auf die Reichsregierung übergehen sollten. Aber er gab den Interpellanten zu bedenken, daß der Ausgang dann doch wohl ein anderer sein werde, als sie sich gedacht hätten.

In der Tat, wer die anscheinend unüberbrückbaren Gegensätze in ihrer Tiefe kennt, die zwischen den verschiedenen Parteien, insbesondere zwischen Zentrum und Sozialdemokratie, in den Religions- und Schulfragen herrschen, der mußte mit einigem Skeptizismus dem Versuch gegenüberstehen, in die Verfassung, deren Zustandekommen doch wahrlich eilte, feste Grundregeln über das Verhältnis von Staat, Kirche und Schule, die über die allgemeinsten Sätze hinausgehen, hineinzuarbeiten. Eben darum hatte der ursprüngliche Preuß'sche Entwurf der Reichsverfassung bestimmt, daß die Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche einem besonderen Reichsgesetz vorbehalten bleiben solle, dessen grundlegende Bestimmungen durch die Einzelstaaten ausgeführt werden sollten. Der endgültige Entwurf der Reichsverfassung hatte auch diese Bestimmung fallen lassen; offenbar fürchtete die Regierung, daß der Partikularismus, der an dem Unitarismus des Preußischen Entwurfes so starken Anstoß genommen hatte, auch zu einer Überordnung des Reiches in Religions- und Schulsachen nie zu haben sein werde.

Digitized by Google

Aber just die Parteien, die die eigentlichen Träger der bundesstaatlichen, um nicht zu sagen der partikularistischen Tendenzen gewesen waren und folgerichtig bisher daran festgehalten hatten, daß die Einzelstaaten je nach ihrer Verschiedenheit am besten für sich ihr Verhältnis zu den Religionsgesellschaften und zu den Schulen ordnen würden, hatten sich mittlerweile eines anderen besonnen. Verursacht war dieser Umschwung durch die Tatsache, daß die Wahlen zu den Landesversammlungen in einer ganzen Reihe von Einzelheiten sozialistische Mehrheiten ergeben hatten. Sachsen, Thüringen, Braunschweig, die Hansestädte usw., konnten vor den schwersten Erschütterungen ihres religiösen Lebens durch eine radikale Gesetzgebung nur bewahrt bleiben, wenn ihnen das Reich zu Hilfe kam. So entschloß sich das Zentrum, mit den übrigen bürgerlichen Parteien für die Festlegung der religiösen Grundrechte in der Nationalversammlung einzutreten, auf die Gefahr hin, daß die Verhandlungen über die Verfassung in die Länge gezogen und das Gefüge der Mehrheitskoalition selbst erschüttert werden könnte.

Vom 1. bis zum 4. April haben die Kultusdebatten im Verfassungsausschuß der Nationalversammlung gedauert. Diejenigen, welche gefürchtet hatten, daß die Koalition zwischen Mehrheitssozialisten, Demokraten und Zentrum durch die Debatten über die Religions- und Schulfragen gelockert oder gar gesprengt werden könne, sahen sich auf das angenehmste enttäuscht. Es zeigte sich, daß auf der einen Seite an der Sozialdemokratie die gewaltige Bewegung, die das vorschnelle und überstürzte Vorgehen der revolutionären Gewalten, insbesondere eines Adolph Hoffmann, in den Kultusfragen ausgelöst hatte, nicht spurlos vorübergegangen war. Nur zu deutlich hatte die große Probe der Revolution bewiesen, daß die tief eingewurzelte sozialdemokratische Normalvorstellung, als ob mit der sozialen Umwälzung die Religion und die Kirchen sofort allen Boden unter den Füßen verlieren würden, eine völlig haltlose Utopie war. Ebensowenig hatte sich der Glaube, mit dem Siege der Revolution werde der Charakter des Menschen und insonderheit des Proletariers ein tief sittliches Gepräge erhalten, erfüllt. Im Gegenteil mußten Führer der sozialistischen Arbeiterschaft, unter ihnen auch der Kultusminister Haenisch, selbst rückhaltlos den völligen moralischen und sozialen Bankerott eines großen Teiles der sozialistischen Arbeiterschaft zugestehen. Das alles drängte doch den einsichtigen Kreisen der Sozialdemokratie den Schluß geradezu auf, daß man der Religion und der Kirchen, als der größten geschichtlichen Kulturträger, noch nicht entraten könne.

Auf der anderen Seite mußte sich auch das staatskluge Zentrum sagen, daß bei dem machtvollen und unaufhaltsamen Vordringen der Sozialdemokratie ein magerer Vergleich in den Kultusfragen immer noch besser sei, als ein fetter Prozeß, d. h. ein Kampf auf Leben und Tod. Das Zentrum hat von je eine Meisterschaft darin gezeigt, seine Hauptpositionen zu halten, indem es mittels des Grundsatzes

Digitized by Google

toserari potest in Nebenfragen nachgab; mit dieser Taktik durfte es hoffen, auch hier zu einem erträglichen modus vivendi zu gelangen.

So geschah es, daß alle Parteien an die Verhandlungen im Verfassungsausschuß mit dem entschiedenen Wunsche, zu einer allseitig annehmbaren Einigung zu gelangen, herangingen. Zwar wiesen die Anträge, mit denen gleich anfangs das Zentrum einerseits, die Sozialdemokratie andererseits hervortraten, noch tiefgehende Unterschiede auf; auch im Laufe der Debatten traten wiederholt neue Gegensätze hervor. Aber die Verhandlungen wurden von vornherein in so sachlicher, versöhnlicher, im Ton entgegenkommender Form geführt, daß man sie in dieser Beziehung schlechthin als ein Vorbild für die Debatte im Plenum bezeichnen kann. Gleich der erste Redner, der Sozialdemokrat Meerfeld, schlug den erfreulichen Ton des Entgegenkommens an. So entschieden er auch im Sinne des sozialdemokratischen Religionsprogramms für die Trennung von Staat und Kirche eintrat, so versicherte er doch wiederholt, daß sich über die Form der Durchführung durchaus reden lasse, daß die Sozialdemokratie weit entfernt sei von kulturkämpferischen Neigungen, und daß der hohe Wert der Pflege religiös-sittlicher Gesinnung von seiner Partei in vollem Umfange anerkannt werde. Er beharrte auch keineswegs auf der in dem Preuß'schen Verfassungsentwurf enthaltenen kirchenfeindlichen Bestimmung, daß die Behörden nicht das Recht haben sollten, nach der Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft zu fragen: eine Bestimmung, die in ihren Konsequenzen u. a. jedes kirchliche Steuerrecht illusorisch machen mußte. Vielmehr war der sozialdemokratische Redner zu dem Zugeständnis bereit, daß für öffentliche statistische Zwecke die Frage nach Religionszugehörigkeit gestellt werden dürfe. Den gleichen Ton versöhnlichen Entgegenkommens schlugen auch die Zentrumsredner an, die sich zwar als grundsätzliche Gegner der Trennung von Staat und Kirche bekannten, aber doch das Hauptgewicht darauf legten, daß die Trennung, wenn sie schon unvermeidlich sei, in einer Form erfolge, die der Kirche ihre Selbständigkeit und ihre finanzielle Existenzfähigkeit belasse. Schließlich konnte bei der Abstimmung über den § 30a, der das Verhältnis von Staat und Kirche in dem Sinne festlegte, daß hinfort keine Staatskirche mehr bestehen solle, daß aber allen Religionsgesellschaften die Rechte einer öffentlichen Körperschaft zustehen sollen, sofern sie solche bisher besessen haben, und daß eine jede Religionsgesellschaft ihre Angelegenheiten selbständig ordne und verwalte, dergestalt, daß sie auch ihre Ämter ohne Mitwirkung des Staates und der bürgerlichen Gemeinden verleihe, sogar der Zentrumsabgeordnete Kaas zustimmend votieren.

War hier das Kompromiß nach den Anträgen der Abgeordneten Naumann und Quarck im wesentlichen mit den Stimmen der Sozialdemokraten und der Demokraten angenommen worden, so fanden sich in den Schulfragen in der Hauptsache das Zentrum und die Demokraten mit den übrigen bürgerlichen Parteien zusammen. Entgegen dem Wunsche der Sozialdemokraten, die den nichtobligatorischen

Digitized by Google

Religionsunterricht lediglich den Religionsgemeinschaften überwiesen sehen wollten, wurde der Religionsunterricht als ordentlicher Lehrgegenstand festgelegt, und zwar in konfessioneller Form. „Der Religionsunterricht wird in Übereinstimmung mit den Lehren und Satzungen der betreffenden Religionsgemeinschaften erteilt". Großes Gewicht legte das Zentrum auch auf die ebenfalls beschlossene Zulassung der Privatschulen. Hingegen kam man der Sozialdemokratie wieder durch die Bestimmung entgegen, daß kein Lehrer zur Erteilung des Religionsunterrichts oder zur Vornahme kirchlicher Verrichtungen, kein Schüler gegen den Willen des Erziehungsberechtigten zum Besuch des Religionsunterrichts gezwungen werden dürfe, weiterhin durch die Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht und in der Frage der Einheitsschule.

Im großen und ganzen können die Beschlüsse, die der Verfassungsausschuß in den Religions- und Schulfragen gefaßt hat, nur als glückliche angesprochen werden. Ich wüßte schlechterdings keinen Fall zu nennen, wo in Fragen von solcher Schwierigkeit und Zartheit ein so allseitig annehmbares Kompromiß zustande gekommen wäre. Selbstverständlich bleibt bei jedem solchen Kompromiß stets ein Erdenrest übrig, der dem einen wie dem anderen Teil zu tragen peinlich ist. Aber in den Meinungsäußerungen, hier der Zentrums-, dort der sozialdemokratischen Blätter, überwiegt doch der Ausdruck der Befriedigung. Ein besonderes Verdienst hat sich um das Zustandebringen des Kompromisses die demokratische Partei erworben. Namentlich der Abgeordnete Naumann, der ja in den Kulturfragen in seinem eigentlichen Elemente ist, hat hier eine außerordentlich glückliche Hand gezeigt. Nicht ganz das gleiche kann von dem als besondere Autorität zugezogenen Adolf Harnack gesagt werden, der merkwürdigerweise immer wieder empfahl, die geplante Neuregelung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche nicht in der Verfassung selbst vorzunehmen, sondern sie einem besonderen Reichsgesetze zu überlassen, während doch auf der Hand liegt, daß eine Verankerung in der Verfassung den religiösen Grundrechten eine ganz andere Konsistenz verleiht, als ein mit einfacher Majorität leicht zu beseitigendes Gesetz. Voll zustimmen kann man dagegen den schönen Worten, mit denen Harnack das Entgegenkommen der im Ausschuß mitwirkenden Sozialdemokraten als „Wirklichkeitssinn, der sich auch auf die ideellen Kräfte ausgedehnt habe", pries.

Uns kann der Ausgang der Weimarer Religionsgespräche, die von guter Vorbedeutung für die Verhandlungen im Plenum sind, nur mit aufrichtiger Genugtuung erfüllen. Werden in der Tat die gefaßten Beschlüsse im wesentlichen in die Verfassung aufgenommen, so ist damit Gewähr gegeben, daß auf dem Gebiete des Kirchen- und Schulwesens in den Einzelstaaten nicht die größte Willkür einreißen kann. Gewiß bleibt den Einzelstaaten noch ein weites Feld der Betätigung. Die finanzielle Auseinandersetzung, die Frage der Gleichstellung der Religions- und der geistlichen Gesellschaften, die das Zentrum so gern ebenfalls zu seinen Gunsten

Digitized by Google

festgelegt gesehen hätte, überhaupt das ganze Materielle der Kirchen- und Schulgesetzgebung bleibt nach wie vor den Einzelstaaten vorbehalten. Aber es bedeutet doch eine gewaltige Stärkung des unitarischen Gedankens, daß auf einem Gebiete, das bisher die partikularen Gewalten als ihre eigenste Domäne angesehen hatten, der Reichsgedanke als das dominierende Prinzip anerkannt wird. Darüber hinaus ist es von dem größten Wert, wie für den inneren Frieden des deutschen Volkes, so für den Bestand der Koalitionsregierung, daß in den Fragen, die gleichsam einen der bösesten innerpolitischen Wetterwinkel bedeuteten, eine gegenseitige Verständigung angebahnt ist. Bisher mußte man immer fürchten, daß die Koalition zwischen Mehrheitssozialisten, Demokraten und Zentrum, die nun einmal auf lange hinaus die einzig gegebene ist, und die allein zu einer Konsolidierung unserer zerrütteten Verhältnisse führen kann, über kurz oder lang über den Kultusfragen in die Brüche gehen würde. Jetzt aber ist die Gewähr für ihre Dauer und damit für stabile Verhältnisse nicht bloß im Reiche, sondern auch in Preußen und anderen Einzelstaaten eine um vieles größere. Schließlich fällt noch ins Gewicht, daß auch die Kirche selbst, der staatlichen Bevormundung entkleidet, die ihr so ungeheuer geschadet hat, aber auch vor religionsfeindlichen Eingriffen à la Adolph Hoffmann geschützt, freier und selbständiger als je dastehend, sich im Sinne einer wahren Volkskirche entfalten kann. Sie hatte ihren Einfluß auf die breiten Massen der Arbeiterschaft fast ganz eingebüßt, vor allem doch, weil sie eine Staatskirche war; jetzt kann sie mit neuen Kräften daran gehen, das nicht ohne eigene Schuld verlorene Terrain zurückzugewinnen.

Heute darf die Kirche darauf rechnen, daß auch der Sozialdemokratie die gewaltige Bedeutung des echt christlichen Grundsatzes ora et labora aufgeht. Nur durch eine Ethisierung, wenn man will durch eine Christianisierung der breiten Volksmassen, die durch die 4½jährige Dauer des Weltkrieges so entsetzlich materialisiert, ja vielfach geradezu demoralisiert sind, kann der neue deutsche Volksstaat zur inneren Gesundung, zu wirklicher Lebenskraft geführt werden. Zu diesem Zweck müssen sich Christentum und Sozialismus, die ja im innersten Grunde weit wesensverwandter sind, als sie beide Worte haben wollen, müssen sich Kirche und Sozialdemokratie als die Träger beider Mächte vorurteilslos und ehrlich die Hand reichen. Der Grund dazu ist in den Weimarer Kultusdebatten gelegt; möchte in den bevorstehenden Plenarverhandlungen der Nationalversammlung dieser Grund noch befestigt und erweitert werden!

Das Lohnproblem in der Revolutionswirtschaft

Von Waldemar Zimmermann, Berlin

In dem allenthalben wiederholten Worte: „die Revolution ist in eine große Lohnbewegung ausgeartet" liegt natürlich viel Wahrheit und viel herbe

Digitized by Google

Kritik. In der Tat müssen alle Idealisten, die im Sozialismus die Auswirkung eines sittlichen Gedankens, die freigewollte Einordnung des Ich in den Dienst der Gesamtwohlfahrt, auch auf wirtschaftlichem Gebiete, erblicken, bitter enttäuscht sein über die Travestierung des Sozialismus durch die sogenannte sozialistische Revolution. Mit stolzen Edelworten auf den Lippen hat sich der wirtschaftliche Egoismus gerade in den Arbeitergruppen, die sich als Bannerträger des Sozialismus bisher gegenüber dem „Profit-Kapitalismus" fühlten, schnöde und nackt breitgemacht; jede Gruppe sucht sich auf Kosten des Ganzen zu bereichern. Diese Beobachtung mag viele Idealisten in ihrem sittlichen Optimismus so schwer kränken, daß sie sich von der ganzen Revolution als einer großen Erpresserbewegung mit verhülltem Haupt abwenden.

Die sittliche Entrüstung verleitet aber leicht zu einer einseitigen Beurteilung der unschönen Erscheinung. Wahrscheinlich würden wir *auch ohne Revolution*, bei normalem Ausgang des Krieges, nach der Heimkehr der Krieger ähnliche Lohnbewegungen erlebt haben, genau wie sie England, Amerika und Frankreich, soweit hier die Militärdiktatur ein Aufbegehren gestattet, in starkem Maße erleben. Die Heimkehrer wollen ihre zu Hause gebliebenen Berufsgenossen, die großenteils im letzten Jahre besonders hohe „Kriegsgewinne" eingesteckt haben, nicht allein die Früchte der Kriegswirtschaft genießen lassen, sondern sich nachträglich schadlos halten. Dazu treibt sie zum Teil auch die Not; sie finden eine abgerissene Häuslichkeit und zum Teil wahnwitzig hohe Preise vor. Sie haben auch Angst vor der allgemein zunehmenden Arbeitslosigkeit und dem zermürbenden *Hunger*. Da heißt es für sie, sich heranhalten und zugreifen, solange noch etwas zu holen ist. Hier machen sich die harten wirtschaftlichen *Waffenstillstandsbedingungen* geradezu als soziales Verhängnis fühlbar, indem sie die durch die Kriegsrevolution geschaffene Psychose unheimlich verschärfen. Und selbst diejenigen Arbeiter, Angestellten und Beamtengruppen, die mit lauterem Verstande und Pflichtbewußtsein die Lohntreibereien der „Revolutionsgewinnler" zunächst ablehnten, wurden schließlich vielfach in den immer weiter greifenden Strudel *mit hineingezogen*, teils gewaltsam durch den Terror einer Handvoll radikaler Berufsgenossen, teils instinktiv durch das dumpfe Gefühl: wer heut nicht seine Ellenbogen gebraucht, der wird niedergetreten und kommt bei der jetzigen wirtschaftlich-sozialen Umschichtung vollends unter die Räder. Ein Vergleich der mittleren Beamtengehälter mit gewissen Lohnforderungen von gelernten, ja auch ungelernten Arbeitern mußte vielfach erregend wirken.

Die Tendenz der Lohnbewegungen in der Revolution geht bei den großstädtischen und Schwerindustrie-Arbeitergruppen, die durch gewerkschaftliche Organisationszucht, Vertragspolitik und volkswirtschaftliche Einsicht sich nicht be-

Digitized by Google

schränkt fühlen, dahin, den Tagesverdienst bei achtstündiger Arbeitszeit auf etwa 20 Mark für den Arbeiter über 21 Jahre zu treiben. Die Verkürzung der Arbeitszeit infolge der überstürzten Demobilmachung und der Notwendigkeit, die Arbeit zu strecken und auf möglichst viele Arbeitsuchende zu verteilen, hätte nur eine Steigerung des Stundenlohns um 14 bis 25 Prozent nötig gemacht, um das Arbeitseinkommen auf der alten Höhe zu erhalten. Nun aber fielen gleichzeitig vielfach die hohen Akkord- und Überstundenmehrverdienste infolge der allgemeinen Arbeitsstreckung fort. Vor allem aber mußten in den meisten Fällen die Ehefrauen und Mädchen, die bisher stark mitverdient hatten, den Männern das Lohnfeld räumen. Das Familieneinkommen, an dessen Höhe sich der Haushalt gewöhnt hatte, sucht der Hausvater nun durch entsprechende Steigerung seiner eigenen Lohnansprüche selber zu erzielen. Daher die Tendenz zur Erlangung des obigen Tagesverdienstes in den Großstädten, wo auch die Erwerbslosenunterstützung für die arbeitslose Familie unter dem Einfluß des Demobilmachungsamts und der Arbeiter- und Soldatenräte entsprechend hoch gestaffelt wurde.

Allerdings läßt jene Lohntendenz keinen sicheren Schluß auf die allgemeine tatsächliche Lohngebarung zu. Während die gelernten Berliner Metallarbeiter und Eisenbahnwerkstättenarbeiter einen Mindeststundenlohn von 3,50 Mark tariflich festlegen wollten, also bei achtstündiger Arbeit reichlich 25 Mark Tagesverdienst anstreben, begegnen wir in manchen ungelernten Berufsgruppen auch der Großstädte noch Tagesverdiensten, die hinter der Summe der Erwerbslosenunterstützung für eine mehrköpfige Familie — in Berlin, Hamburg, Bremen, Stuttgart handelte es sich bis vor kurzem um Beträge von 12,50—15 Mark — mehr oder weniger zurückbleiben und die Beschäftigten vor die Frage stellen, ob sie nicht ihr Einkommen durch Nichtstun etwas steigern sollen. Daneben kommen, zumal in den Schreibberufen, noch förmliche Hungerlöhne vor. Außerhalb der großen Industriezentren mit ihren radikalen Arbeiterbewegungen haben sich die Löhne auch nach der Revolution vielfach in den hergebrachten kriegswirtschaftlichen Bahnen gehalten, ohne daß etwa immer der Teuerungsunterschied in der Lebenshaltung den Lohnunterschied erklärte. So steht z. B. der Stundenlohn für gelernte Arbeiter in Halle um etwa 1,50 Mark niedriger als in Berlin. Weiter draußen in Orten mit billigerer ländlicher Verpflegung erinnern die Löhne bisweilen noch an Friedenssätze, mit etwa 50 Prozent Aufschlag, z. B. auch bei manchen Textilarbeitern, während die charakteristischen Revolutionslöhne der Hauptplätze etwa 200 Prozent über den Friedenssätzen stehen. So ist es denn erklärlich, wenn selbst in gut organisierten, tariflich geregelten Gewerben auch jetzt noch Lohnspannungen zwischen den einzelnen Plätzen vorkommen von 1,15 bis 2,30 Mark Stundenlohn, wie im Zimmerergewerbe. Ähnlich liegt es im Buchdruckgewerbe. Die Willkürlichkeit der Lohngestaltung, die uns die Kriegswirtschaft mangels jeglicher systema-

Digitized by Google

tischen Lohnpolitik gebracht hat (während sonst jede Kleinigkeit „organisiert" wurde), ist in der Revolution grotesk geworden.

Diese „größte Lohnbewegung der Wirtschaftsgeschichte" erleben wir in einer Zeit krankhafter Arbeitslosigkeit. Das ist es, was dieser Erscheinung ein besonders bedenkliches Gepräge gibt. Ja, wenn es sich bloß darum handelte, daß die Arbeiter mit ihren hohen Lohnforderungen den großen Kriegsgewinnbetrieben die aufgespeicherte Beute etwas erleichterten und stockendes Geld unter die Leute brächten, so wäre das ein privatkapitalistischer Aderlaß, der den Sozialökonomen nicht eben aufzuregen brauchte. Ein anderes Gesicht gewinnt die Erscheinung aber da, wo die Lohnforderungen weit die geldliche Leistungsfähigkeit eines Unternehmens übersteigen und es zum Bankerott treiben. Bei den Siemensunternehmungen in Charlottenburg hätte die Zahlung der geforderten Lohnerhöhungen nach der Revolution etwa 70 Millionen Mark mehr im Jahre, als bei den Kriegslöhnen von 1918 ausgemacht, die etwa 208 Millionen Mark gegenüber 113 Millionen Mark Friedenslohnausgaben betrugen. Die bei der A.-G. „Weser" im November 1918 verlangte Verdoppelung der Löhne hätte das bisherige Jahreseinkommen der Firma um 15 Millionen Mark überstiegen. Bei der Berliner A.-G. Julius Pintsch betragen die monatlichen Mehrausgaben für Löhne seit der Revolution 600 000 Mark, während der durchschnittliche Reingewinn der Firma während der letzten Jahre 1,1 Million Mark war; ihre Betriebe arbeiten also gegenwärtig mit direktem Verlust. Diese Beispiele stehen hier für viele. Wie lange solche Firmen noch die erforderlichen Bankkredite erhalten, ist eine Frage, die schließlich auch die Arbeiter der Betriebe angeht.

Weit über den privatwirtschaftlichen Interessenkreis hinaus gewinnt der Widerspruch zwischen Lohnkonto und Ertragsfähigkeit des Unternehmens tiefgreifende sozialwirtschaftliche Bedeutung bei allen den Betrieben, deren Erzeugnisse für die Gesamtwirtschaft der Verbraucher und Weiterverarbeiter von elementarer Unentbehrlichkeit sind, so bei den Kohlen- und Eisenwerken, bei den Eisen- und Straßenbahnen. Aber schließlich gehört ja jedes Gewerbe mit einem Teil seiner Leistungen in diesen Bereich; man denke nur an das Baugewerbe, die Bäckerei, die Landwirtschaft. Während die obengenannten Feinfabrikationsindustrien ihre Verluste, solange es geht, selbst zu tragen suchen müssen, überwälzen die unentbehrlichen Grundstoffgewerbe die Lohnlasten mit entsprechenden Aufschlägen auf die Gesamtwirtschaft, und nun beginnt jener wahnsinnige Schraubenzirkel, daß die daraus folgende Verteuerung aller Erzeugnisse immer wieder auf den Arbeiterhaushalt zurückschlägt und den Arbeiter zu neuen Lohnforderungen treibt. In den Untersuchungen über „die gesunkene Kaufkraft des Lohnes und ihre Wiederherstellung", die ich im

Digitized by Google

Auftrage der „Gesellschaft für Soziale Reform" herausgebe, ist dieser sozialwirtschaftliche Totentanz gründlich gekennzeichnet worden.

Im Kohlenbergbau haben sich die Verhältnisse bereits derart zugespitzt, daß bei der bevorstehenden Sozialisierung für die Gemeinwirtschaft vielleicht nur noch Zubußen anstatt Überschußerträgen in Frage kommen, wenn man den Durchschnitt zieht. Der Aufruf des gesamten preußischen Staatsministeriums an die oberschlesischen Bergarbeiter ist bezeichnend. Seit der im November 1918 erfolgten Erhöhung des Häuerverdienstes von 12 auf 18,40 Mark je Schicht stehen die Selbstkosten für die Tonne Kohle um 25 Mark höher als die erzielten Einnahmen, ja in manchen Gruben sogar um 40 Mark je Tonne höher. Denn gleichzeitig mit der Lohnsteigerung und der Arbeitszeitverkürzung ist die Arbeitsleistung fast überall zurückgegangen, so in Oberschlesien von 16 auf 10 Zentner je Kopf. Die ständigen Streikstörungen, die im Ruhrrevier z. B. von November bis Februar einen Ausfall von 1,7 Millionen Schichten (im Lohnwert von etwa 23 Millionen Mark) verursacht haben, sprechen dabei natürlich mit, und nicht minder die Notwendigkeit, die während des Krieges arg vernachlässigten Ausrichtungs- und Verbauarbeiten auf den Strecken, bei denen keine Kohlenförderung abfällt, nachzuholen. Gleichwohl wird dem persönlichen Leistungsrückgang der einzelnen Arbeitskraft, so auch in der Eisen- und Maschinenindustrie, der Hauptanteil an der Minderproduktion beigemessen. Die Rheinischen Stahlwerke in Duisburg-Meiderich melden einen Rückgang der monatlichen Roheisen- und Stahlerzeugung von 45 000 Tonnen und 57 000 Tonnen im Oktober 1918 auf 22 800 Tonnen und 28 000 Tonnen im Januar 1919, bei gleichzeitiger Steigerung der Löhne und Gehälter von 2 477 000 Mark auf 3 042 000 Mark im Dezember und 2 927 000 Mark im Januar. Auf der Tonne Rohstahl lasteten also im Januar 128 Mark Löhne und Gehälter gegenüber 43,50 Mark im Oktober 1918 (und 16 Mark in 1913/14). Diese Rechenexempel ließen sich noch für einige andere Gewerbe, so z. B. besonders drastisch für die Berliner Straßenbahnen und die Staatsbahnen, weiterführen. Die Zahlen mögen im einzelnen ungenau und vielleicht etwas übertrieben sein, da man auf Lohnkonto mancherlei verbuchen kann, aber sie verlieren dadurch nicht an symptomatischem Wert.

Die Preise der unter diesen Bedingungen gewonnenen Erzeugnisse reden eine beweiskräftige Sprache für die Tatsache und die Wirkung der hohen persönlichen Gestehungskosten. Keine Zeit der deutschen Volkswirtschaft hat eine so wahnwitzige Verteuerung aller elementaren Bedarfsdinge aufzuweisen wie die vier Monate seit der Revolution. Die Kohle, die während der vier Jahre des Krieges insgesamt um 11,80 Mark die Tonne im Preise anzog, ist am 1. Januar 1919 um 14,50 Mark plötzlich emporgeschnellt, und zum 1. April 1919 droht ein weiterer Hochsprung

Digitized by Google

von — 20 Mark! Beim Koks verzerren sich die Preisziffern noch grotesker. Kein Wunder, daß der Preis für Stabeisen, der Herbst 1918 „erst" auf 235 Mark stand (gegen 93,50 Mark im Frieden), bald auf 335 Mark schnellte und gegenwärtig um weitere 100 Mark erhöht werden soll. Die Preisfolgen für Bleche, Drähte, Schrauben usw. kann sich jeder an den Fingern abzählen. Die Verteuerung der Kohle und des Eisens wird vor allem dem Wohnungsbau, dessen Kosten sich für den Quadratmeter bebaute Fläche seit Februar 1914 in Berlin um 300 Prozent für gewöhnliche vierstöckige Mietshäuser und um 320 Prozent für herrschaftliche Häuser gesteigert haben, noch weiter belasten, so daß alle Träume von billiger Siedlung zerrinnen müssen. Der Preis für Ziegel z. B. ist in den Revolutionsmonaten um weitere 50 Prozent heraufgesetzt worden, und ähnlich die Preise auf anderen Gebieten, z. B. für Glas um 30 bis 40 Prozent, für Porzellan um 36⅔ Prozent, für Papier um 12½ bis 17½ Prozent. Natürlich spielt neben den gesteigerten Arbeitskosten auch die auf Schwierigkeit und Knappheit der Zufuhren gestützte Spekulation eine böse Rolle. So ist Holz jetzt kaum noch zu bezahlen. Die Preise für Wolle sind seit der Revolution um 50 bis 80 Prozent, je nach der Sorte, erhöht worden, und wo der gepriesene „freie Handel" sich nach Beseitigung der Höchstpreise wieder segensreich betätigen kann, da erlebten wir Sprünge von 185 Mark (Höchstpreis November 1918) auf 600 Mark bei Altkupfer, von 500 Mark auf fast 3000 Mark bei Zinn, von 2 Mark auf 14 Mark für Rohfelle, von 2 bis 3 Mark auf 12 bis 15 Mark bei Tierhaaren (im Frieden 50 bis 60 Pfennig das Kilogramm) usw. Beim Leim hat der Verbraucher an Stelle des auf 240 Mark herabgesetzten Erzeugerpreises trotzdem 495 Mark zu zahlen, weil der Großhändler 450 Mark verlangt, usw. usw. Diese Rohstoff- und Halbzeugpreise muß man neben der Lohnentwicklung der Revolutionszeit kritisch betrachten, um das Urteil über die wirtschaftlichen Revolutionsausbeuter und die Hemmnisse unseres wirtschaftlichen Wiederauflebens richtig abzuwägen. *Nicht die Löhne nur treiben die Preise, sondern auch die Preise treiben die Löhne oder höhlen ihre Kaufkraft völlig aus.*

Das gilt auch für das wichtigste Bedarfsgebiet des Lohnarbeiters, für die *Lebensmittelversorgung*. Noch nie ist der Kostenindex für den Nahrungsbedarf der vierköpfigen Schwerarbeiterfamilie, auch wenn man bloß die rationierten Lebensmittel berücksichtigt, seit 1. August 1914 binnen vier Monaten so angeschwollen wie im Revolutionsdrittel, trotz des „unabhängigen" Ernährungsministers. Der rationierte Bedarf, der im Frieden knapp 9 Mark gekostet hätte, hatte sich in Berlin bis auf 20,18 Mark im Oktober 1918 verteuert. Im Februar 1919 war er bereits auf 23 Mark verteuert; für März fehlen zwar noch die Zahlen, aber die Steigerung hielt kräftig an, und die neuesten Forderungen der

Digitized by Google

Bäckergehilfen in Berlin bewirken eine Weiterverteuerung des Brotpfundes um 9 Pfennig. Das schlimmste aber sind die Preisorgien für die Schleichhandelswaren, die zügel- und schamloser als je den Markt beherrschen und die Wirkung der Preisbildung für die rationierten Lebensmittel zum großen Teile eitel machen.

Das Facit: Preistreiberei und Lohntreiberei schrauben sich gegenseitig schier ohne Ende. Die Geldentwertung schreitet, da gleichzeitig die Gütervorräte nicht wachsen, sondern bei der Zermürbung vieler Wirtschaftskräfte eher noch abnehmen, während die Banknotenpresse immer mehr Papier frißt, in bedenklichem Maße fort: Inflation im Innern, Kursrückgang der Reichsmark im Auslande sind weitere Folgen. Die vom Ausland zu beziehenden Lebensmittel und Rohstoffe, die wir für die Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft brauchen, werden für uns immer unerschwinglicher, und die auf dieser Grundlage erzeugten Waren müssen wieder erhöhte Preise bedingen . . .

Ob wir nun sozialistisch oder kapitalistisch wirtschaften — an diesen Zusammenhängen ändert keine kommunistische Deklamation und kein Betriebsrat etwas — es sei denn, daß der Kommunismus auch das gesamte Ausland in seine Gewalt nimmt: Dann ist die Entwertung und der Mangel in ganz Europa allgemein. Dieser Trost hat allerdings auch nichts Erhebendes. Man wird sich nach anderen Auswegen umsehen müssen, um der Lohn- und Preisnot abzuhelfen. Es sind keine Geheimrezepte, die die Kur einleiten, sondern zwei einfache Hausmittel: wir müssen mehr arbeiten, wozu die bevorstehende Verbesserung der Ernährung hoffentlich verhilft, und wir müssen systematisch zwangsmäßig Preise und Löhne gleichzeitig abbauen. Die Erörterung der Wege dazu, über die ich mich an anderer Stelle geäußert habe, würde hier zu weit führen.

Zur gefl. Beachtung:

Der heutigen Nummer liegt ein Prospekt der Firma Paul Kittel, Historischer Verlag, Berlin SW., Yorckstr. 13, bei, über das jetzt erscheinende hochaktuelle Lieferungswerk „Revolution 1789—1918" von Julius Hoppenstedt, der für unsere Leser von Interesse sein wird. Wir bitten um dessen Beachtung.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a I. Für Anzeigen J. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland M. 7.50. Einzelnummer 50 Pfg. / Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 48.

Digitized by Google

4. Jahrgang * 25. April 1919 * Heft 17

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Als sich im Januar die wenig tausend Mann starken bolschewistischen Streitkräfte Riga näherten, dampften die englischen Kriegsschiffe aus der Düna ab und gaben die Stadt mit den 300 000 Menschen dem Schicksal preis, das jedermann vorhersah. Vor der Abfahrt hatten sie noch die Kaserne einer lettischen Abteilung, die zu den Bolschewisten übergehen wollte, mit Bomben belegt und der baltischen Landeswehr, die fest darauf vertraute, die Engländer würden zum Schutze der Stadt dableiben, die Exekution der Meuterer anbefohlen. Natürlich hatte das die Rache der Bolschewisten zur Folge, nachdem die Preisgabe Rigas durch den englischen Admiral erfolgt war. Seitdem sind die Zustände in Riga über jede Beschreibung furchtbar geworden; täglich werden gegen hundert Menschen ermordet. Die Ausgrabungen der Hunderte von Leichen in Mitau hat gezeigt, daß die „Verurteilten" von den Bolschewisten zum Teil noch lebend in die Grube gestoßen worden. In Riga wird es ähnlich sein. Mit Gewehren bewaffnete Weiber durchziehen die Straßen, und wenn ein Mensch ihnen begegnet, der noch anständig gekleidet ist, so werden Stiefel, Rock und Mantel ausgezogen und die Taschen ausgeräumt. Ganze Straßenzüge der besseren Stadtteile werden Haus für Haus von den Bewohnern entleert. Die Unglücklichen, die aus ihrer Behausung vertrieben sind, werden ohne Nahrung und Mittel auf die Düna-Insel Hasenholm gebracht und in leere Speicher zum Verhungern eingesperrt. Die in Kurland kämpfenden deutschen, baltischen und lettischen Kräfte können Riga nicht befreien, weil sie zu schwach sind, um unter dem feindlichen Feuer die einen Kilometer breite Düna zu überschreiten. Ein englisches Kriegsschiff würde genügen, um den Übergang zu decken. Das ruhmreiche und menschenfreundliche England

Digitized by Google

aber, in dem es Leute genug gibt, denen die grausigen Zustände in Riga bekannt sind, rührt sich nicht. Deutsche Kreuzer können nicht hinfahren, weil sie auf englischen Befehl in den Ostseehäfen abgetakelt liegen müssen. Gibt es nicht auch ein Hunnentum des kaltherzigen Geschehenlassens?

*

Frankreichs Appetit auf das Saargebiet soll jetzt durch eine „Abstimmung nach fünfzehn Jahren" mit Wilsons 14 Punkten in Einklang gebracht werden. Das ist natürlich nichts weiter, als frecher Hohn auf die amerikanischen Grundlagen. Wir wollen hier ganz davon absehen, daß in ihnen nur vom „Wiedergutmachen des Unrechts von 1870" die Rede ist, worunter natürlich nur Elsaß-Lothringen nicht aber das Saargebiet, das alter deutscher Besitz ist, verstanden werden kann. Aber ganz abgesehen davon, kann doch nur von einem Selbstbestimmungsrecht die Rede sein bei Gebieten, wo eine fremde Bevölkerung wider ihren Willen einem Staate angegliedert worden ist. Hier aber soll rein deutsches Gebiet gewaltsam vom Volkskörper abschnürt und diesem Verbrechen gegen den Geist des Selbstbestimmungsrechts soll später durch eine Abstimmung ein Schein der Legitimität gegeben werden. Solange die französischen Kohlenbergwerke nicht arbeiten können, solange werden wir die Saarkohle zur Wiedergutmachung liefern müssen — sobald aber die französischen Werke wieder in Betrieb gesetzt worden sind, muß diese Verpflichtung automatisch aufhören. Politisch dagegen darf auf keinen Tag die Verbindung zwischen Deutschland und dem Saargebiet unterbrochen sein.

*

Die Isolierung Münchens, die von uns kürzlich als der fast einzige Ausweg aus der bayerischen Wirrnis genannt war, ist inzwischen eine böse und grausame Wirklichkeit geworden. Die völlig demoralisierte Garnison, deren militärische und moralische Auflösung ein Verschulden der Eisnerschen Zeit gewesen, ist in kämpfende Banden zerfallen, bei denen die Übersicht fehlte, für wen eigentlich zu kämpfen sie bereit waren. Putsche, Verhaftungen, Gewaltenkurz wechselten miteinander — die Regierung Hoffmann ist jetzt gezwungen, die Waffenbereitschaft des bayerischen Volkes anzurufen. Sie verhandelt mit Württemberg, um Unterstützung zu erhalten, der bayerische Partikularismus muß sich bereit erklären, Unterstützung vom Reich anzunehmen. Die Politik der souveränen Koketterien rächt sich bitter — ein paar Literaten können jetzt die bayerische Staatshoheit mißbrauchen, um internationale Clownereien aufzuführen. Hoffentlich ist diese furchtbar ernste Wendung eine Warnung für den Geist, in dem künftige bayerische Politik geführt werden soll.

Digitized by Google

Der Weg zum Weltfrieden?

Von Dr. Paul Rohrbach

Die Frage des Weltfriedens ist die Frage des Sieges über den Bolschewismus, und diejenige Stelle auf der Welt, wo der Triumph oder die Niederlage des Bolschewismus sich entscheidet, ist Deutschland. Kommt Deutschland unter die bolschewistische Welle, so wiederholt sich das Schauspiel des Unterganges der Kultur aus den Tagen der Völkerwanderung, nur daß sich auf Jahre oder höchstens Jahrzehnte zusammendrängen würde, was damals ein Prozeß von Jahrhunderten war. Auf jeden Fall herrscht Einigkeit darüber, daß nach der Überflutung Deutschlands auch Frankreich, England und alle übrigen europäischen Gebiete verloren wären. Nicht einmal von Nordamerika und Australien ließe sich sicher voraussagen, daß sie bewahrt blieben.

Wenn man fragt, wodurch der Bolschewismus als Welterscheinung geschaffen worden ist, so muß die Antwort lauten: im Grunde durch den imperialistischen Kriegs- und Eroberungswillen der Entente. Der Bolschewismus nahm seinen Ursprung in Rußland. Die russische Revolution vom Frühjahr 1917 war ursprünglich als eine Aktion der russischen demokratischen Kriegspartei im Bunde mit der Entente, speziell mit England angelegt. Der Zarismus hatte den Glauben an den Sieg verloren und drohte, zum Frieden, dem gefürchteten Sonderfrieden mit Deutschland, abzufallen. Um das zu verhindern, einigten sich die bürgerliche Linke in der Duma und Herr Buchanan, der englische Botschafter, auf das Programm, dem Zaren ein „Ministerium des öffentlichen Vertrauens", d. h. ein auf die Fortführung des Krieges eingeschworenes parlamentarisches Regime, aufzunötigen, und wenn er nicht wollte, ihn durch einen geeigneteren Romanow zu ersetzen. Der Plan glückte aber von vornherein nicht, weil die sozialistischen Revolutionäre, die Arbeitervertreter unter Kerenski, als die Revolution ausbrach, das Heft in die Hand nahmen und den innerpolitischen Kurs sofort viel weiter nach links drehten, als ursprünglich beabsichtigt war.

Die demokratische liberale Revolution wollte den Krieg; die sozialistische Revolution wollte anfangs den Frieden, nicht den Sonderfrieden mit Deutschland, aber doch den Frieden an sich. Da gelang es der Entente, Kerenski und mit ihm die vorläufig stärkste Kraft in der Revolution für die Fortsetzung des Krieges zu gewinnen. Von Weltfriedensverhandlungen war nicht mehr die Rede. Die

Digitized by Google

Kraft Rußlands war aber schon lange überanstrengt. Daß die Entente das bereits fiebernde und dem Taumel nahe russische Volk erbarmungslos in ihrem Dienste weiter zum Kriege angepeitscht hat, das ist der Grund dafür, daß als Folge der Bolschewismus in Rußland ausbrach. Oberflächliche Leute meinen, der Bolschewismus sei zum Sieg gelangt, weil Deutschland Lenin und einigen Genossen die Reise durch deutsches Gebiet nach Rußland erlaubt hatte. Lenin ist auf seine Weise ohne Zweifel ein großer Führer, aber, um den Bolschewismus ausbrechen und unter den verzweifelten Verhältnissen, die bei der Weiterfortsetzung des Krieges unter Kerenski in Rußland entstanden, ihn schnell die Oberhand gewinnen zu lassen, dazu war nicht erst Lenin nötig. Der Bolschewismus wäre wahrscheinlich nicht gekommen, wenn die russische Revolution gleich in ihrem ersten Stadium den Anlaß zum Weltfriedensschluß geboten hätte, das was den St. Petersburger Sozialrevolutionären anfangs vorschwebte. Die Entente aber wollte auf jeden Fall das kolossale Spekulationsgeschäft des Krieges in dem Umfang realisieren, wie es die bald danach bekannt gewordenen Geheimverträge zwischen den Partnern auf ihrer Ententeseite vorsahen. Das und nichts anderes war der Grund für den Sieg des Bolschewismus; zunächst in Rußland.

Was ist überhaupt Bolschewismus? Ist er eine besondere asiatische Spielart des europäischen Kommunismus? Ist er zu erklären durch Einflüsse des französischen Syndikalismus? In einer Broschüre, auf die ich hiermit die Aufmerksamkeit unserer Leser lenken möchte, und die den Titel führt: „Der einzige Weg zum Weltfrieden", beantwortet der Generalsekretär der Vereinigung zum Studium des Bolschewismus, Dr. E. Stadtler, diese Frage dahin: Bolschewismus ist das äußere Sichtbarwerden des selbsttätigen anarchischen Zersetzungsvorgangs, den der Weltkrieg in allen beteiligten Ländern, im einen mehr, im andern vorläufig noch weniger, zur Folge gehabt hat. Diese Erklärung läßt sich annehmen. Der materielle Aufbau, noch mehr aber die moralischen Fundamente des Lebens der Völker werden erschüttert, verlieren den inneren Kitt; die Hemmungen und Hemmungsvorstellungen schwinden und die Kräfte des Trieblebens, der Bestie, vermischt mit unreifen oder dekadenten Theorien, die sich mit dem Seifenblasenschiller eines angeblichen Idealismus umkleiden, brechen aus dem Dunkel, in dem sie bisher gehalten wurden, ins Tageslicht durch. Es ist durchaus begreiflich, daß es zuerst in Rußland zu diesem Durchbruch aus der anarchischen Tiefe kam, denn das Gefüge des russischen staatlichen und sozialen Lebens war der Überanstrengung durch den Weltkrieg am wenigsten gewachsen. Ebensowenig wunderbar erscheint es, daß der Geist und die Tendenzen des Bolschewismus an die radikal-kommunistische Schule, bei der sie eine starke Wesensverwandtschaft zu erblicken glaubten, anknüpften, um eine Verkündungsformel für die Propaganda zu haben.

Digitized by Google

Gegen die deutsche Politik in Rußland während des Krieges wird wiederholt der Vorwurf gerichtet, sie habe mit dem Bolschewismus paktiert und dadurch geholfen, ihn großzuziehen. Sicher, so stark der Druck der kriegspolitischen Lage, die es aufs stärkste forderte, nach irgend einer Seite und mit irgend welchen Mitteln zum Friedensschluß zu kommen, damals auch war — hätte man gewußt, wie stark die innere Zersetzung unter der Oberfläche auch bei uns schon gediehen war, so hätte man auf das Friedensexperiment mit Lenin verzichten müssen. Nur bedeutete das dann Weiterführung des Krieges mit Rußland, denn das Bündnis mit den Kadetten gegen Lenin wäre auf die Dauer für uns kaum weniger gefährlich geworden. Stadtler sagt nun weiter: 1. Die deutsche Diplomatie hat sich dem Bolschewismus gegenüber ohnmächtig gezeigt, weil sie die Tiefe der Gefahr nicht erkennt und daher bei ihren Verhandlungen mit der Entente, mögen sie nun nach dem System Erzberger oder nach dem System Brockdorff-Rantzau geführt werden, sich mehr bemüht, für Deutschland erträgliche Friedensbedingungen zu erlangen, als mit der Entente gemeinsam auf den Boden des Kampfes gegen die unmittelbar und riesengroß drohende bolschewistische Weltgefahr zu kommen; 2. Nicht besser steht es um die Staatsmänner der Entente, die gleichfalls nicht begreifen, daß die Zurückwerfung des Bolschewismus unendlich wichtiger ist, als irgendwelche Deutschland aufzuerlegenden Friedensbedingungen. Clémenceau hält irrtümlich den Bolschewismus für die Krankheit der besiegten Staaten und glaubt, das französische Volk könne immun gehalten werden, wenn man von Deutschland soviel Annexion und Kontribution erzwingt, wie zur Heilung der französischen Kriegswunden erforderlich scheinen; Wilson glaubt durch seine formaldemokratische pazifistische Weltformel auch den Bolschewismus beschwören zu können und sieht nicht, welch eine reale brutale Kraft in der bolschewistischen anarchischen Völkerbundspredigt steckt, die Lenin dem bürgerlich-demokratischen Völkerbund des amerikanischen Präsidenten entgegenstellt; Lloyd George endlich kommt gegenüber dem Bolschewismus nicht über eine virtuosenhafte, aber kurzsichtige Spielertaktik hinaus, die überhaupt keinen klaren Gedanken enthält. Die französische, die englische und die amerikanische Politik übersehen dabei gleichmäßig, daß der Bolschewismus nicht etwa nur nach Art einer Krankheitsansteckung von Rußland auf Deutschland übergegriffen hat, sondern daß er in Deutschland ebenfalls auf Grund der tiefgreifenden anarchischen Zersetzung des deutschen Lebens durch den Weltkrieg entstanden ist und nur die Formen von Rußland geborgt erscheinen. Auch die deutsche Revolution war bereits in ihrer Grundanlage bolschewistisch; nur daß die bolschewistischen Gewalten bei ihr noch nicht voll zum Durchbruch gelangen konnten. Der Verfasser schreibt:

Digitized by Google

Aus dem Umstand, daß die Entente gegenüber dem ungeheuren revolutionären Geschehen, das in Ost- und Zentraleuropa die politische Lage beherrscht, jegliche Führung preisgibt, ergibt sich mit einem Worte die Schlußfolgerung, daß die Entente nach dem bisherigen Kurs zur Gestaltung des Weltfriedens deswegen nicht gelangen kann, weil sie den Kampf gegen den Bolschewismus nicht aufnimmt.

Die Weltdiplomatie ist praktisch an dem Punkt angelangt, daß sie den Dingen ihren Lauf läßt, daß sie nur im Gefühl ihrer Ohnmacht von Tag zu Tag kleine parteipolitische und diplomatische Erfolge zu erzielen sich bemüht, um den Ruhm einzelner Staatsmänner mit der provisorischen Beruhigung einzelner Volkskreise zu sichern.

In ihrer wunderbaren Erhabenheit und in ihrem protzenhaften Siegesüberschwang ist die Ententediplomatie in Wirklichkeit nichts anderes mehr als ein Werkzeug in den Händen derjenigen politischen Macht, welche die selbsttätige anarchische Zersetzung des Krieges in den Dienst ihrer imperialistischen Weltrevolutionspläne zwängt: in den Händen der Leninschen Politik . . .

Das Ententesystem bezw. der anglo-amerikanische Völkerbund wird von der bolschewistischen Anarchie der im Weltkrieg halb oder ganz besiegten Ententestaaten, wie Rußland, Belgien, Frankreich, Italien, Serbien, von innen heraus unterhöhlt. Vor allem aber droht dem Bestand des Ententevölkerbundes große Gefahr von Seiten derjenigen Staaten, die infolge des anarchischen Auflösungszustandes als außerhalb der Gemeinschaft des heiligen Völkerbundes stehend erklärt werden. Da diese besiegten Staaten ganz Zentral- und Osteuropa umfassen, und durch die im Weltkrieg arg bedrückten und im Ententevölkerbund vernachlässigten neutralen Staaten gestützt werden, da zudem dieser anarchische Block der Besiegten und Unterdrückten nicht einfach als Experimentierobjekt imperialistischer Siegeslaune betrachtet werden kann, muß zwischen der Entente und dieser anarchischen Gegenwelt eine ungeheure Spanung entstehen. Dem Imperialismus der Entente stellt sich der Imperialismus des Bolschewismus entgegen, sowohl in der Form der aktiven Auslandspolitik des bolschewistischen Kernstaates Rußland, wie unbewußt in der Form des vom Weltkrieg genährten anarchischen Auflösungsprozesses. Der siegreiche Ententeblock wird mit anderen Worten durch die Anarchie im Innern und durch den ungeheuren Druck der von Zentral- und Osteuropa anstürmenden anarchischen Zersetzungskraft gesprengt und vernichtet, bevor er überhaupt zur Konsolidierung gelangen kann.

Stadtler führt diese Gedanken im einzelnen eindrucksvoll und vielfach überzeugend durch. Er schildert die geistige und ethische Zersetzung der Menschheit, die sich keineswegs auf die geschlagenen Länder beschränkt. Er kennzeichnet den „Bankerott des Führungsgedankens":

Nicht einzelne Monarchen sind gestürzt, der Monarchismus und die Heldenverehrung sind getötet . . . Die Autorität aller führenden Persönlichkeiten des Weltkrieges ist tödlich getroffen und wird auch in den siegreichen Ländern nicht standhalten, wenn es so weitergeht. Die Demokratie der Welt, welche während des neunzehnten Jahrhunderts auf politischem Gebiet auch in nicht offiziell demokratischen Ländern die Führung hatte,

Digitized by Google

geht in der Weltkriegsauflösung zugrunde, weil das die Demokratie verkörpernde Parteiwesen in der Stunde der Not so kläglich versagt. Und die bolschewistischen Führer sind nur Dämonen des verneinenden Geistes.

Das einzige Hindernis, aber falls es bestehen bleibt, auch das entscheidende, ist für den Weltbolschewismus dies, daß die deutsche Revolution ihre nationale Selbständigkeit behauptet. Daher richtet sich die ganze Kraft der russischen bolschewistischen Organisation jetzt auf das Ziel, Deutschland dem bolschewistischen Kommunismus Lenins und Trotzkis zu unterwerfen. Mit diesem Bestreben einigt sich die alte instinktive Eroberungs- und Unterwerfungsgier des Großrussentums.

Hinter dem idealistischen Kommunismus Lenins verkörpern sich die reale nationale Kraft des russischen Volkes, der alte revolutionäre Panslawismus und die ganze Erbschaft des zaristischen Weltmachtstrebens zu einer neuen Weltmacht . . . Die Sowjetagitatoren werden zu Welteroberern, zu fanatischen Missionären, zu bezahlten Weltagenten herangebildet,und nach kurzem Rekrutendrill in die Welt hinausgesandt. Noch nie hat ein Staat so ausschließlich seine gesamten Geldmittel, seine ganze Kultur und vor allem seinen ganzen „Militarismus" in den Dienst eines Welteroberungsplanes gestellt, wie es der russische bolschewistische Imperialismus jetzt tut. Wer das russische Volk kennt, weiß, daß es sich bei dieser Völkermissionierung nicht um eine religiöse Idee handelt, sondern um ein nacktes politisches Machtstreben, daß sich zwar einiger Ideen bedient, aber nur soweit, als sie die Werbekraft des Machtstrebens erhöhen.

In Deutschland gibt es zurzeit kaum einen Ort größerer und mittlerer Art, welchem nicht die Quartier- und Schrittmacher des bolschewistischen Imperialismus ihrem russischen Patriotismus auf Kosten der realen Zukunft des deutschen Staates und des deutschen Volkes frönten. Überall Agenten, Agitatoren, gedrillte Redner, Spitzel, Regierungsvertreter, welche insgesamt die Aufgabe haben, die deutsche Revolution durch den Abgrund der bolschewistischen Auflösung zu führen, um einer Parteigruppe die Herrschaft zu sichern, welche dann die hohen Weisungen des allslawischen Herrschers, Lenin, getreulich erfüllen wird.

Die stärkste Werbekraft für den Bolschewismus in Deutschland, sagt Stadtler, ist der Hunger, und wer könnte ihm Unrecht geben, wenn er fortfährt:

Nun stelle man sich vor, welche ungeheure propagandistische Kraft davon ausgeht, daß die Entente die Lebensmittellieferungen durch ihre Erpressertaktik in ihrer moralischen Wirkung so entwertet, daß, selbst wenn die Lebensmittel von der Entente jetzt geliefert würden, eine günstige Rückwirkung auf die deutsche Volksseele ohne weiteres gar nicht mehr zu erwarten wäre!

Eindrucksvoll ist die Gegenüberstellung Lenins, als des genialen Politikers des „Bösen", und der kurzsichtig-schwächlichen Diplomatie auf der bürgerlichen Seite, namentlich bei der Entente. Stadtler hält dafür, „daß in der ganzen Welt zur Zeit kein Staatsmann regiert, der Lenin ebenbürtig wäre". Vielleicht ist das etwas stark ausgedrückt — vielleicht aber lehrt uns die Zukunft, daß es nicht zuviel gesagt war. Ein Zug zur Tiefe dringenden, politischen Erkennens

Digitized by Google

ist es, daß Stadtler den moskowitisch-welterobernden Charakterzug im Bilde des russischen Bolschewismus zu sehen imstande ist. Lenin, sagt er, wird, sobald er die Zeit gekommen sieht, die Motivierung der deutschen Befreiungsfeldzüge in Finnland, im Baltikum, in der Ukraine usw. umkehren und seine Rote Armee dem deutschen Volk als eine Schutzmacht gegen innere und äußere Not aufdrängen. Diejenigen Deutschen, die sich gegen die deutsch-russische Verbrüderung unter bolschewistischer Führung dann auflehnen, werden die Verräter, die Gegenrevolutionäre sein, die mit den vereinten Kräften der russischen Roten Armee und der deutschen Rotgardisten zu bekämpfen sind. Das wird der Beginn des auf deutschem Boden zum Austrag gelangenden Krieges zwischen West und Ost sein, und Lenin wird sich dann für die von ihm erstrebte weltrevolutionäre Fortsetzung des Weltkrieges als der Napoleon, der Weltdespot des Bolschewismus, offenbaren.

Aus diesen Gefahren folgt, daß es keinen anderen Weg zum Weltfrieden gibt, als durch gemeinsame Niederwerfung des Bolschewismus mit allen noch vorhandenen Kräften staatlicher Macht und sittlicher Ordnung. Der Entente muß erklärt werden, daß jedes weitere Verhandeln auf der bisherigen Basis der Waffenstillstands- und Friedenspolitik zwecklos ist, weil dabei zuerst Deutschland und dann die Ententeländer in die bolschewistische Katastrophe hineingleiten. Geht die Entente nicht darauf ein, so soll Deutschland seine Ohnmacht erklären und dadurch die Entente zur Besinnung rufen. Der erste Punkt des Friedensprogramms muß dann der wirkliche Völkerbund, und dessen erste Aufgabe, die Intervention gegen die Schreckensdiktatur der bolschewistischen Minderheit in Rußland sein. Rußland, Deutschland und die übrigen der bolschewistischen Auflösung anheimfallenden Staaten, Österreich, Polen, Böhmen, Serbien, Bulgarien usw. müssen gleichmäßige und rückhaltlose Hilfe erhalten. Das setzt voraus, daß alle bisher verfolgten Kriegsziele imperialistischer Natur verschwinden.

Endlich müsse, sagt Stadtler, der Irrtum aufgegeben werden, „daß die Demokratie des neunzehnten Jahrhunderts der wirksamste geistige Antipode des Weltbolschewismus sei". Nicht die Formaldemokratie, „die die Volkssouveränität in die atomisierte Wahlmasse und deren künstliche Auslesefform in das Parteiparlament verlegt", könne helfen; vielmehr müsse eine geistige Erneuerung auf politischem Gebiet *davon ausgehen*, daß der Aufstieg der Arbeiterschaft zur wirklichen Mitherrschaft, staatlicher wie wirtschaftlicher, eine fertige Tatsache sei. Diese werde gefährlich durch das Streben der Arbeiter nach Klassendiktatur; das Mittel dagegen sei „Ausbau und Erweiterung des ständepolitischen Rätegedankens". Mit dieser Andeutung, deren allgemeiner Sinn ja verständlich ist, mit der wir aber ein neues und weites Feld der politischen Diskussion zu betreten hätten, schließt die Stadtlersche Schrift. Daß in ihr das Arkanum unserer poli-

Digitized by Google

tischen Zukunft umschlossen sei, ist heute noch romantischer Glaube. Denn was sich mit der vielberufenen „Verankerung des Rätesystems in der Verfassung" ankündigt, muß heute als ein sachlich noch völlig undeutliches System von Schlagworten erscheinen.

Rätekongreß

Von Dr. Theodor Heuß

Der zweite Rätekongreß sollte dazu dienen, die Revolution wieder einmal „voranzutreiben" — der Berliner Vollzugsrat hatte seine Einberufung erzwungen, und der Münchener Umsturz konnte als Fanal wirken. Die Tagung ist verhältnismäßig harmlos verlaufen, ohne den romantischen Aufputz der Straßendemonstranten, die im Dezember von Zeit zu Zeit in den Sitzungssaal strömten. Der parlamentarische Brauch blieb gewahrt. Das ist erfreulich und — aufschlußreich.

Die Räte-Enthusiasten erzählen, dies eben sei das Wesen des Rätegedankens, daß er den formaldemokratischen Parlamentarismus, dieses bankerotte System, überwinde, und die unmittelbar gestaltende Kraft der produktiven Arbeit, aus Beruf und Betrieb heraus, zur Wirkung bringe. Ein frommer Glaube, — einstweilen hat man aber auch kein anderes Mittel als, im parlamentarischen Stil zu reden, zu diskutieren, und sieht man sich die Leute an, die der Mund des schaffenden Proletariats sind, so trifft man auf die alten Berufspolitiker, die zufällig nicht nach Weimar gewählt wurden und jetzt hier die Tribüne ihrer schönen Reden finden. Ein Abklatsch von Weimar, vielleicht etwas mehr Temperament, sicher nicht mehr Geist, so tiefsinnig und so oberflächlich wie solche Veranstaltungen eben sind.

Die Legitimation der Versammlung, als die Vertretung der Arbeiterschaft zu sprechen, ruht auf den tollsten Unklarheiten eines Wahlrechts der Willkür — einmal wurde nach Bezirken gewählt, wahlberechtigt, wer unter 10 000 Mk. festes Arbeitseinkommen bezieht, gleichviel ob er sonst Renten oder was haben mag, das anderemal nach Betrieben. Ganz ungenau sind die Bestimmungen für das flache Land — zum Glück eben nur ein Redeparlament, das keine verantwortlichen Beschlüsse zu fassen hat, ein breit angelegter Diskussionsklub.

Ist nun aber ein deutlicheres Bild herausgewachsen, was eigentlich der Weg der Entwicklung sein soll? Langsam ist man dahinter gekommen, daß die russische Räte-Idee völlig ideenlos ist, ein Instrument der Gewalt und Dauerrevolution. Die „Unabhängigen" haben sich des Gedankens bemächtigt, offenbar, um nicht hinter den Kommunisten zurückzubleiben, sie schwören jetzt auf die Räte, aber die geistige Unklarheit, die diese Partei auszeichnet, läßt sie schwanken, wieweit neben den „Räten" noch die politische Demokratie bestehen soll. Bei den Mehrheitssozialisten hat Kaliski ein künstliches Schema ausgearbeitet, das Wirtschafts-

Digitized by Google

parlamente neben die politische setzen will, mit gleichen Rechten, zur Entlastung der politischen Arbeit von wirtschaftlichen Fragen und umgekehrt. Daß dies Ziel erreicht werde, scheint zweifelhaft genug; vermutlich wird umgekehrt in alle Wahlen zu Wirtschaftskörpern, denen politische Rechte zugewiesen werden, die politische Einstellung zerspaltend und zersetzend einwirken. Das gehört nicht zur Theorie, ergibt sich aber aus der Praxis. An einem aber sind die Architekten des Wirtschaftsparlaments bislang entschlossen vorbeigegangen, nämlich an der Kernfrage: wie wird das Zahlenverhältnis der einzelnen Berufsarten festgesetzt? Ist die Grundzahl der Berufsgenossen der Schlüssel des prozentualen Anteils? Oder wird eine Verhältniszisser gefunden? Welche? Die Zusammensetzung dieser Körperschaft wird zur Machtfrage und damit jener ideell-moralischen Wirkungen entkleidet, auf die die Vorkämpfer so großen Wert legen. Der Reichsminister Wissell hat ganz recht, wenn ihm diese ganze Rätegeschichte noch reichlich unklar erscheint. Aber „verankert" wird sie doch. Weil sich die Welt in das Wort „verankern" verliebt hat.

Nun aber war interessant, wie der Rätekongreß auch auswärtige Politik machte — da Cohen-Reuß sich auf Erzberger warf, (und Erzberger bietet ja Angriffsflächen genug), bekam er den Kongreß für seine bekannte „kontinentale" Politik hinter sich. Die Versammlung merkte es gar nicht, daß sie einem verkappten Imperialismus zujubelte — denn Cohen und seine Freunde, während des Krieges „östlich orientiert", Freunde des antienglischen Russenbündnisses, setzen jetzt mit Leidenschaft die Verständigung mit Frankreich auf ihr Programm — das wie wir und Rußland das gleiche anti-angelsächsische Interesse habe. Und hageldicht fällt es auf die Regierung, daß sie diese Politik der Aussöhnung mit Frankreich nicht lebhaft, weitausschauend betreibe — Frankreich ist, so erfahren wir, wohlwollend, Clemenceau will uns ernähren, die deutschen Eisenbahnwagen sollen für Lebensmitteltransporte aus Frankreich benutzt werden. Wahrlich sensationell genug! Das deutsche Volk irrt sich, wenn es an den Haß der Franzosen glaubt — es muß freilich Elsaß-Lothringen, ohne mit der Wimper zu zucken, preisgeben, es muß das weiteste Verständnis bereitstellen, daß Frankreich an der Saarkohle sich schadlos halten will. (Und es muß natürlich auch vergessen, daß von Paris aus Warschau und Prag immerzu das Signal für antideutschen Imperialismus erhalten. Und daß Frankreich in Wien offiziell intriguiert. Und daß es gegenüber den Peinigern unserer Gefangenen etwas wie einen Ehrenstandpunkt gibt.)

Uns scheint, der Rätekongreß wäre die richtige Stelle gewesen, zu sagen: in diesem Augenblick hat Deutschland keinen Anlaß, der Kombination neuer Weltkoalitionen nachzuhängen, und am wenigsten der, die uns wirtschaftlich und kreditmäßig, an Rohstoff für den Neubetrieb unserer Industrie, nicht das geringste bieten kann. Es ist schön, hohe Politik zu machen. Wichtiger im Augenblick

Digitized by Google

ist, daß wir in den nächsten Jahren irgendwie leben und arbeiten können, ohne Millionen Menschen zu verlieren. Die beste Auslandspolitik, die einzige fast, die wir gegenwärtig zu treiben haben, ist moralischer Natur — nämlich ein anständig arbeitendes Volk wieder zu werden. Der „Räte-Gedanke", der „nicht mehr aus dem Geist des deutschen Volkes zu reißen ist", hat bisher für die Arbeitsmoral nichts, gar nichts geleistet, aber eine neue Legion von Schwätzern und das herrliche System der ewigen Betriebsversammlungen erzeugt. Natürlich wird in diesen Versammlungen auch von der künftigen Würde der Arbeit gesprochen. Man denkt an ein altes Scherzwort: „Arbeiten muß etwas Wunderschönes sein — man kann stundenlang zusehen!" Und drüber reden.

Indien während des Krieges

Von Albert Bencke, München

Die staatsmännische Geschicklichkeit Englands hat sich während des Krieges vor allem in der Führung der indischen Angelegenheiten gezeigt, die mehr als einmal drohten, eine gefährliche Gestalt anzunehmen. In zwei Krisenperioden drohte eine allgemeine Revolution, das war einmal die Zeit der englischen Niederlagen in Mesopotamien, der Fall von Kut und dann der Niederbruch des Zarismus in Rußland, der in Indien einen gewaltigen Widerhall fand, weil England für die Inder dasselbe bedeutet, was das zaristische Joch für die liberalen Kreise Rußlands bedeutete. Zaristische Bureaukratie und englische Bureaukratie in Indien sind für den Inder Synonyme. Diese beiden Krisen sind vorübergegangen; heute aber befindet sich England Indien gegenüber in einer dritten, gewissermaßen schleichenden Krisis, die mit der Entwicklung der großen Weltbegebenheiten und insbesondere mit der Lösung der irischen Krisis aufs engste zusammenhängt.

Widersprechend genug waren die indischen Nachrichten während des Krieges und schmerzlich die Überraschung, als uns die indischen Hilfsvölker Englands auf den französischen Schlachtfeldern entgegentraten; wußten wir doch, wie es in Indien gährte und wie dort nur auf einen geeigneten Moment gewartet wurde, um einen Schlag gegen die englische Herrschaft zu versuchen. War denn dieser Augenblick jetzt nicht gekommen? Gewiß, der Augenblick war da, aber die englische Staatskunst war ihm gewachsen und verstand ihn so auszunützen, daß, abgesehen von geringfügigen lokalen Revolten, keine Aufruhrsbewegung entstand, sondern daß England sogar in der Lage war, nicht nur den größeren Teil seiner weißen Truppen, sondern auch sehr beträchtliche Teile der Eingeborenen-Armee auf den Kriegsschauplatz zu führen und das letztere nicht deshalb, wie man vielfach bei uns annahm, um sie aus dem indischen Gefahrenherd zu entfernen, sondern weil

Digitized by Google

diese Leute völlig bereit waren, für die Sache Englands gegen Deutschland zu kämpfen. Der indische Nationalkongreß bewilligte gleichfalls zu Beginn des Krieges zu den Kriegskosten 2 Milliarden Mark und tat das keineswegs gezwungen. Dennoch war dies der im Wesen gleiche Kongreß, der die mit dem India Councils Act vom Jahre 1909 eingeführte sogenannte große Reform, durch welche den Indern beratende Stimmen in den gesetzgebenden und Exekutivausschüssen des Vizekönigs gewährt wurden, als ein Scheinmanöver erklärt und sich ganz der revolutionären Stimmung hingegeben hatte. — Man hatte es jetzt in kluger Weise verstanden, die Dinge so darzustellen, als ob England nur auf die Niederringung des deutschen (preußischen) Militarismus gewartet hätte, um der Welt ein Millennium des Friedens und der Freiheit zu bereiten, an welchem das treue Indien seinen hervorragenden Anteil haben würde; nur dieser deutsche Militarismus sei es gewesen, der England gezwungen hätte, seinerseits, der Kriegsgefahr und der Rüstungen wegen, der Welt und den Indern ein anderes Gesicht zu zeigen, als es in Wahrheit habe; nachdem aber die Welt vom deutschen Joche befreit sei, werde das wahrhaft liberale England auch seinen indischen Mitbürgern gegenüber in Erscheinung treten. Man hatte in der öffentlichen Meinung Indiens einen festen antigermanischen Block geschaffen, der eine ziemlich große Belastung vertrug und man hatte vor allem die mohammedanische Bevölkerung Indiens auf seiner Seite, der man noch vor kurzem durch die Zweiteilung Bengalens und andere Politika-Vorteile gegenüber der Hindubevölkerung gewährt hatte, welche die Mohammedaner fest an die englische Sache ketteten, die hierdurch ein Gegengewicht gegen die etwa noch revolutionslustigen Hindus in der Hand hatte.

Eine andere starke Stütze fand England dann in den indischen Fürsten. Die 80 Millionen Menschen, die heute noch in Indien unter sogenannten autonomen Regierungen stehen, bilden einen Bevölkerungskern, auf den sich England unbedingt verlassen kann, solange die Fürsten loyal zu England stehen. Deren Interesse geht aber heute mit dem Englands parallel, denn in einem sich von England freimachenden Indien wären auch die Tage der Fürsten gezählt.

So günstig lagen die Dinge für England zu Beginn des Krieges; aber nach einem Jahre trat eine gefährliche Wandlung ein. England hatte der Türkei den Krieg erklärt; die Hindus hatten auf den mesopotamischen Schlachtfeldern und in den Dardanellen unter englischer Führung Niederlagen auf Niederlagen erlitten und in Indien war dadurch eine Verständigung zwischen der muslemitischen Liga, einer seit längerer Zeit bestehenden Kampforganisation der Mohammedaner, und den revolutionär gesinnten Hindus zustande gekommen, die deshalb gefährliche Formen annahm, weil die Mohammedaner mit religiösen Motiven das zum Extrem treibende Element wurden. Um diese Zeit (Ende 1915) trat auch Tilak,

Digitized by Google

der aus dem Gefängnis (worin er wegen revolutionärer Umtriebe gesteckt worden war) entlassene Brahmane ‚wieder auf den Plan. Man hatte ihn 1914 freigegeben, weil er sich unterworfen hatte und weil man durch Freigabe des hochgestellten Mannes eine Versöhnungsstimmung herbeiführen wollte, was ja auch aufs vollständigste gelang. Nun aber forderten Tilak und jene, welche hinter ihm standen, Einlösung der Versprechungen, die von den Vizekönigen Lord Hardinge, Lord Chelmsford, dessen Nachfolger und von der englischen Regierung gemacht worden waren und die beiden Flügel der Nationalisten, nämlich der brahmanisch-hinduistisch-religiös orientierte, der an der Küste und im Deccan unter brahmanischer Führung die großen Massen hinter sich hatte und der mehr intellektualistische der indischen Jugend, der sich aus dem Tal des Ganges und aus Bengalen rekrutierte, schlossen sich nun mit der muslimischen Liga zu einem Oppositionsblock zusammen, der das irische Beispiel nachahmte und sich mit Reformen nicht mehr zufrieden geben zu können erklärte, sondern für Indien Home Rule verlangte. Im Nationalkongreß, der in den letzten Jahren ein England gefügiges Werkzeug geworden war, kam es zu stürmischen Szenen, die von Madame Besant, dem Haupt der theosophischen Gesellschaft in Delhi, die von den Hindus gleich einem Mahatma verehrt wurde, zu hellen Flammen entfacht wurden, als sie in hinreißenden Reden der ganzen englischen Kultur den Fehdehandschuh hinwarf und sie der urtümlich indischen Kultur unterlegen erklärte, die es gälte wieder herzustellen. Damals erschienen bedrohliche Berichte über die Zustände in Indien in den englischen Zeitungen, die aber bald unterdrückt wurden, so daß man in England wenig von der indischen Gefahr ahnte. Außerdem wurde damals die Aufmerksamkeit durch die für England scheinbar verhängnisvollen Ereignisse auf dem europäischen Kriegsschauplatze völlig in Anspruch genommen.

Als nun auch noch die Revolution in Rußland ausbrach, als dort eine völlige Umkehr aller Verhältnisse eintrat, schien die Katastrophe in Indien kaum mehr vermeidlich. Der Ruf: „Nieder mit der englischen Bureaukratie", die noch schlechter sei als die russische, erscholl lauter als jemals und die 16 indischen Mitglieder des Staatsrates in Delhi, die bisher nur einen ornamentalen Zweck gehabt hatten, verlangten die Durchführung der bei Kriegsbeginn versprochenen erweiterten Anteilnahme des indischen Volkes an der Regierung des Landes.

Die englische Regierung sah die dringende Notwendigkeit ein, etwas zu tun, um den demokratischen Schein zu wahren. Sie ernannte den in Indien als reformfreundlich bekannten Lord Montagu zum Minister für Indien und sandte ungesäumt eine parlamentarische Kommission nach Indien, die mit den nationalen Führern in Fühlung treten und so Englands festen Willen anzeigen sollte, mit diesen Führern das Nötige zu vereinbaren und die Lage zu untersuchen. Die Mitglieder dieser Kommission wurden geschickt ausgewählt; es waren tatsächlich Leute,

Digitized by Google

die den Indern Vertrauen einflößten, aber auch das und Lord Montagus Versicherungen der Erfüllung der indischen Wünsche würde nicht hingereicht haben, den Sturm zu beschwören, wenn nicht der Eintritt Amerikas in den Krieg Öl auf die indischen Sturmwogen gegossen hätte. Der Eintritt der Vereinigten Staaten war auch hier in Indien — und vielleicht hier noch mehr als in Europa — die Rettung aus einer sehr gespannten, ja verzweifelten Lage; es war ein Glücksfall für England, der für die Kriegsdauer in Indien Ruhe versprach und die Lösung des Konfliktes in die Zukunft schob. Daß dies so war, erklärt sich damit, daß Präsident Wilson infolge lang genährter Ideenassoziationen die zwischen den Vereinigten Staaten und Indien spielten, als der Hort des Gedankens vom Selbstbestimmungsrecht der Völker galt, daß dieser Gedanke einen der Grundsätze bildete, für welche Wilson den Kampf gegen den Militarismus aufzunehmen erklärte, und daß man durch das Gewicht des nun mit England verbündeten Amerika im natürlichen Verlauf der Dinge erwarten zu können glaubte, was durch Gewalt nur unter ungeheuren Opfern zu erreichen war.

Mittlerweile war Lord Montagu selbst nach Indien gegangen und hatte erkannt, daß die Gefahr zur Zeit beschworen sei; die Hochspannung der Geister hatte durch Wilson eine Ablenkung erfahren und nun, nachdem der günstige Moment ungenützt vorübergegangen war, zeigte sich in Indien eine gewisse Abspannung. Die Massen waren der Hand der Führer entglitten und Lord Montagu konnte beruhigend nach Hause melden, daß der Wille von höchstens 2 Millionen Intellektuellen nicht als Wille der 300 Millionen des indischen Volkes angesprochen werden dürfe, gleichzeitig gab er aber in Indien zu verstehen, daß Präsident Wilson an Indien „desinteressiert" sei, mit anderen Worten, daß sein Satz vom Selbstbestimmungsrecht der Völker sich nicht so weit nach dem Osten erstrecke. Allerdings wurde nun von Lord Montagu auch praktische Arbeit geleistet, denn man mußte für die Zukunft sorgen, und diese praktische Arbeit bestand in Dingen, die teils nur den Schein wirklicher Reformen enthalten, teils aber in der Tat eine Selbstbestimmung des indischen Volkes anbahnen, wenn sie zur Ausführung kommen. Zu der ersten Art gehört die Umgestaltung des gesetzgebenden Rates des Vizekönigs in eine gesetzgebende Versammlung mit zahlreicherer Herbeiziehung von Indern, die aber nur beraten, nicht beschließen kann, da ihre Beschlüsse der Genehmigung eines obersten Rates unterliegen, in welchem die englische Bürokratie die ausschlaggebende Stimme hat. Das ist also nur bloßer Schein und will nicht viel bedeuten. Von Wichtigkeit hingegen kann die Einführung der geplanten Provinziallandtage werden, denen die Verwaltung der großen Provinzen unter Beiziehung indischer verantwortlicher Minister überantwortet werden soll und deren Mitglieder die frei gewählten Abgeordneten des indischen Volkes sein sollen. Man berät zur Zeit, wie die Wahl, wie Stimmrecht und Wählbarkeit ausgestaltet

Digitized by Google

werden sollen und denkt auch an die Maßnahmen, die nötig sind, um hier Beschlüssen, die dem englischen Interesse nicht entsprechen, entgegenwirken zu können. Man wird solche Maßnahmen finden; immerhin ist hier der Punkt gegeben, an dem sich ein eigenes politisches Leben Indiens aufbauen kann, an dem sich aber auch neue Brandherde entzünden müssen, wenn England sein altes System, Indien nur als Ausbeutungsobjekt zu behandeln, beibehalten will.

Man steht heute in Indien entschieden an einem Wendepunkte, an dem wohl deutlich hervortritt, daß die englische Verwaltung relativ manches Gute in Indien geschaffen hat. Relativ nämlich insofern, als dieses Gute zum Nutzen Englands, zur Verankerung seines Herrenstandpunktes diente, aber in dem Augenblicke nicht mehr vorhanden war, als ein direktes englisches Interesse es nicht erforderte. Ein Herr über ein Volk, in welchem in den Jahren 1891—1900 19 Millionen Menschen Hungers starben, in welchem jahraus, jahrein 70 Millionen Menschen ihr Leben fristen müssen, ohne sich jemals satt zu essen (das Hungern scheint eines der Erziehungsmittel Englands gegenüber anderen Völkern zu sein, wie die Behandlung der Buren und jene, die man uns jetzt angedeihen läßt, zeigt), über ein Land, in dem nur 5 Prozent der Bevölkerung schreiben und lesen kann (nur 1 Prozent englisch), kann wahrlich kein guter Herr genannt werden. Viel für die zukünftige Gestaltung in Indien hängt vom Verlauf der Dinge in Irland ab. Home Rule, volle Unabhängigkeit Irlands, würde einen gewaltigen Widerhall in Indien finden, das sich, wie bereits erwähnt, heute im Zustande der schleichenden Krisis befindet.

Die Absichten Frankreichs

Von Ferdinand Moos

Im Winter des Jahres 1912/13 weilte ich in Paris in einer Gesellschaft, in welcher M. Loubet, der frühere Präsident der Republik, M. Deschanel, Präsident der Deputiertenkammer, der Botschafter in London, M. Cambon, und andere Herren ihre Ansichten über Politik und Wirtschaftspolitik äußerten. Dabei bemerkte M. Cambon, daß: „zwei Drittel der gesamten diplomatischen Korrespondenz heutzutage sich auf wirtschaftliche Angelegenheiten beziehe. Auf Geschäfte der Finanz, der Industrie, des Handels".

Man ist weit entfernt von dem Tage und von dem Stil, in dem Ossat, Mazarin, Mirabeau, Talleyrand, Bismarck u. a. ihre Berichte schrieben. Der Wandel kennzeichnet den alles beherrschenden, auf Wirtschaft gerichteten Zug in der Politik.

Auf dem Höhepunkt der Viktorianischen Epoche, am Tage, an dem die Königin Viktoria der Eröffnung der neuen Londoner „Stock-Exchange" beiwohnte, schrieb die „Times": „Für britische Macht und Größe ist jetzt der Handel

Digitized by Google

der andere Name. Die Kaufleute sind Hindernis den Fürsten geworden und die Hauptlehnsträger der Krone. Ihnen und ihren unerschöpflichen Mitteln verdankt die Krone eine Macht im Krieg und Frieden, die weit über alle Kraft der Heere geht. Die Königin der Kaufleute handelt nur im Bewußtsein und nötigen Einklang mit ihrem hohen Berufe, wenn sie ihren Hof in der Halle der Kaufleute hält. Die großen Finanziers machen in der neuen Zeit die hohe Politik: sie bestimmen über Krieg und Frieden."

Auf verwandten Gedankengängen, die Interessen der Wirtschaftspolitik betonend, bewegen sich heute die Absichten der Ententemächte bezüglich des Friedensschlusses. Der Völkerbund, „covenant of nations", wie der Präsident Wilson ihn genannt hat, lehnt sich dem an. Drei Motive treten bei ihm im Halbdunkel der Phraseologie hervor: das puritanische Ideal einer Vereinigung selbständiger Völker; die Abneigung, in der politischen und wirtschaftlichen Expansion heroische Mittel anzuwenden, solange es vermieden werden kann, ohne das Ziel zu schädigen, und die Aufgabe, die Vereinigten Staaten angesichts der Probleme in Asien, namentlich der Macht Japans, über jede Gefahr hinweg zu heben und Bundesgenossen zu werben. — Wer dieses letzte Motiv für das wichtigste hält beim Völkerbund, braucht der Bedeutung der zwei andern nicht Abbruch zu tun.

Hätte der Völkerbund als vornehmstes Ziel die Versöhnung und den Frieden unter den Völkern im Auge, so würden die Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen einen anderen Verlauf genommen haben.

Die Rede des französischen Ministerpräsidenten Clémenceau im Senat am 18. September 1918 findet ihre Ergänzung in den an anderer Stelle gesprochenen Worten desselben: „L'Allemagne aura un compte à régler comme il n'y en a jamais eu entre peuple et peuple. Il sera payé." („Deutschland wird eine Rechnung zu regulieren haben, wie es niemals eine ähnliche zwischen Volk und Volk gegeben hat. Die Rechnung wird bezahlt werden.")

Der englische Premierminister Lloyd George sagte im November 1918: „Zu den Friedensverhandlungen dürfen wir nur solche Männer schicken, die kein Herz haben (have no heart)."

Die Ziele der Ententemächte sind in einer Flut von Reden und Schriften dargelegt worden. Unter ihnen haben besonderes Gewicht die Schriften von M. Vidal de la Blache, Vorsitzenden der Geographischen Gesellschaft in Paris, und von M. Arthur Chervin, bis vor einiger Zeit Vorsitzender der Statistischen Gesellschaft in Paris. Ihren Schriften schließen sich jene von M. Fernand Engerand und M. Louis de Launay an; von der turba scriptorum zu schweigen. Am deutlichsten drückt sich Chervin aus: „Elsaß-Lothringen fällt an Frankreich, die Rheinlande und Westfalen kommen unter französisches Protektorat und zwar solange, bis dieselben zur Annexion reif sind. Belgien tritt unter französischen

Digitized by Google

Schutz, und die Stellung Hollands wird nach Maßgabe der französischen Interessen geordnet. Ungarn wird ein selbständiger Staat. Polen wird autonomes Königreich mit Zugang zum Meer. Österreich-Ungarn wird an Italien, Rumänien, Serbien, Montenegro und an den neuzubildenden tschechischen Staat aufgeteilt, welch letzterer sich zwischen Deutschland und Österreich schiebt und bis Triest und Fiume reicht. Der größere Teil von Schleswig-Holstein fällt an Dänemark. Kiel und der Kaiser-Wilhelm-Kanal gelangen unter internationale Verwaltung.

Gebieterische wirtschaftliche Gründe machen es uns zur Pflicht, das Saarkohlenbecken zu verlangen. Ferner müssen wir das gesamte Gebiet des lothringischen Erzbeckens wiedergewinnen. Sodann zwingen uns Politik und nationale Sicherheit, das ganze Land bis zur Mosel zu besetzen, die alten Départements Monte-Tonnerre, Saar, Rhein und Mosel; die heutige Pfalz, Rhein-Hessen, Fürstentum Birkenfeld, Regierungsbezirk Trier und Teile des Regierungsbezirks Coblenz; 3 Millionen Menschen. — Der Rest des linken Rheinufers wird an Belgien fallen, das einen Teil an Holland abtreten kann.

Es erscheint durchaus unmöglich, daß wir Deutschland die Grenzen lassen, die es auf dem linken Rheinufer besitzt . . . Politisch und militärisch ist es für uns Pflicht, Deutschland zum Verzicht auf das linke Rheinufer zu zwingen. Das erscheint als unabweisbarer Grundsatz. Die Schwierigkeiten beginnen bei der Frage, was aus diesem Gebiet werden, und wie es verwaltet werden soll! Drei Möglichkeiten stellen sich dar: 1. Annexion. — 2. Bewaffnete und unbewaffnete Neutralität garantiert von den Verbündeten oder von einer Liga der Nationen. — 3. Protektorat."

M. Chervin verwirft die Annexion, weil er die Bevölkerung, die in dem Heer vertreten ist, „das in Frankreich Ausschreitungen beging", nicht auf gleichem Fuß wie die Franzosen behandeln will.

Neutralität, bewaffnet oder unbewaffnet, sei eine ungenügende Garantie für die Sicherheit Frankreichs, Europas und der neutralisierten Länder selbst. Was würde aus der Garantie durch eine Liga der Nationen, wenn ein Teil der Liga sich gegen die Gesamtheit erhebt? Der Fall ist gegeben durch das Beispiel Belgiens, das trotz der Garantie vergewaltigt würde.

M. Chervin tritt der Note Balfours vom 18. Januar 1917 entgegen und erklärt die Vorschläge derselben als unzureichend. Bei einem Protektorat müßten die Länder des Feindes, solange als die Zahlung der Kriegsentschädigung dauert, von den Verbündeten besetzt werden. Frankreich wird das rheinische Gebiet besetzen. Die Bevölkerung wird vom Militärdienst befreit, und wir befehlen allein, entweder durch unsere Truppen, oder mit der Gendarmerie. Da wir nicht als Tyrannen auftreten wollen, so werden wir genötigt sein, eine Verwaltung einzurichten.

Digitized by Google

Das Protektorat ist die Form, welche der Bevölkerung die meiste Freiheit und der okkupierenden Macht am wenigsten Gelegenheit zur Intervention gibt. — Nach einer gewissen Zahl von Jahren, wenn die Zeit ihr Werk getan hat und Vertrauen in die Geister einkehrt, kann es sein, daß die Bevölkerung die Annexion durch Frankreich verlangen wird, wie sie es 1795 getan hat. Alsdann soll nach ihrem Wunsch geschehen. Im anderen Fall wird das Land unter unserem Protektorat bleiben.

Westfalen soll von Preußen getrennt, frei und autonom werden. Der Militärdienst wird abgeschafft. Von Offizieren der Verbündeten befehligte Gendarmerie wird allein die bewaffnete Macht darstellen. Am Schlusse des Buches gelangt der Verfasser auf jene Probleme, welche sich auf die Naturalisation beziehen, wobei er in erster Reihe Frankreich im Auge hat. Das Kapitel leitet er mit den Worten ein: „Die Strafe der Deutschen wird sein, daß sie Deutsche bleiben. Dieses Nessus-Gewand werden sie nicht abstreifen; alle Wasser des Himmels werden dasselbe nicht waschen. Der Wahlspruch, der auf einer Medaille steht, die nach der Eroberung des Elsaß zu Ehren von Vauban geprägt wurde, „Gallia Claustra Germaniae", muß wieder zu Recht kommen.—Die innere Gesetzgebung eines Landes muß über die Zulassung von Personen, die in anderen Ländern neutralisiert sind, entscheiden. Die Gefahren der Zulassung von naturalisierten Deutschen haben sich in Rußland erwiesen, dessen militärisches Mißgeschick im Jahre 1915 auf die deutsch-russische Bureaukratie zurückzuführen ist. Dabei verweist M. Chervin auf eine Rede des russischen Ministerpräsidenten Trepoff vom 2. Dezember 1916. Änderungen der Familiennamen und Hinzufügungen wurden seither in Frankreich vom Justizministerium entweder kostenlos oder gegen eine Gebühr von höchstens 650 Frcs. zugelassen. Diese Bestimmungen sollen eine Verschärfung erfahren im Sinne jenes Erlasses der Londoner Börsenverwaltung, welche vorschreibt, daß dem neuen Namen der alte zugefügt werden muß, nach dem Beispiel: „John Black, ehemals Robert Schwartz". Solange das Gesetz Delbrück besteht, soll überhaupt kein Deutscher naturalisiert werden. Die Naturalisation soll erst nach wenigstens zehnjährigem Aufenthalt im Land erfolgen. Die Kinder müssen in Frankreich erzogen werden. Der Erwerb von Grundbesitz in gewissen Gegenden unterliegt der Genehmigung der Behörden, ebenso der Betrieb gewisser Gewerbe. Angestellte deutscher Nationalität bleiben ohne juristische Rechte. — Dagegen werden ausländische Arbeiter keiner Steuer unterworfen. Bei Aktiengesellschaften muß das Kapital zu wenigstens einem Viertel französisch sein. Bei Emissionen sollen die für Franzosen bestimmten Stücke einen besonderen Stempel tragen: die Zinsscheine werden nur an französische Inhaber bezahlt. Besondere Register über diese Gesellschaften werden von den Handelsgerichten geführt und zur allgemeinen Einsicht aufgelegt. Der Verwaltungsrat

Digitized by Google

muß zu drei Vierteln aus Franzosen bestehen. Geschäftsführer, Vertreter der Verwaltung und Direktoren müssen Franzosen sein. Drei Viertel des Personals muß aus Franzosen bestehen. Gesellschaften zwischen Franzosen und Ausländern dürfen die Bezeichnungen „française" oder „nationale" nicht anwenden. Wo eine Verwechslung mit ausschließlich von Franzosen betriebenen Gesellschaften möglich ist, muß gegen Irrtümer Vorkehrung getroffen werden. Ausländische Gegesellschaften sind den Publikationsvorschriften unterworfen, welche für die französischen Gesellschaften gelten.

Die Berichte aus Spaa und Trier enthalten nichts, was dem Hauptteil dieser Forderungen widerspricht.

Der Völkerbund als pädagogisches Problem

Von Prof. Dr. Paul Rühlmann, Berlin.

An das politische Denken des deutschen Volkes werden von einem grausamen Geschick Anforderungen gestellt, wie sie keins der europäischen Großvölker bisher zu leisten hatte. Innerhalb eines reichlichen Menschenalters mußte der Deutsche sich umdenken von der partikularistischen Stammesdynastie über den großpreußischen Nationalstaat Bismarcks zum imperialistisch gerichteten deutschen Kaisertum Wilhelms II. Noch sind die einzelnen Durchgangsstufen nicht vollkommen überwunden, leben vielmehr im Unbewußtsein des Volkes gefühlsmäßig weiter, da trifft das deutsche Volk nach einem fast fünfjährigen Krieg mit seelischen Anstrengungen unerhörten Ausmaßes abermals eine Unterbrechung seiner politischen Denklinie, ihm wird eine Umdenkung zugemutet, die nach Umfang und Ablauf alles bisher Geleistete in den Schatten stellt: von dem wirtschaftlich und militärisch basierten Machtstaat des Imperialismus zu dem nach der Rechtsidee orientierten Gliedstaat des Völkerbundes.

Und diese Umstellungen werden zugemutet einem Volke, das offenbar keine sonderliche politische Begabung besitzt, einem Volke fast ohne jede politische Tradition, einem Volke, dessen politisches Denken trotz Rankes Lehre und Bismarcks Praxis vom Primat der auswärtigen Politik doch letzten Endes stets rein innerpolitisch eingestellt blieb.

Und doch hängt unsere gesamte Zukunftsgestaltung sehr wesentlich davon ab, wie schnell und umfassend es uns gelingt, die Völkerbundsidee zum Ausgangspunkt unseres außenpolitischen Massendenkens zu machen.

Es ist uns ja nicht gelungen, auf machtpolitischem Wege den für Deutsch-

Digitized by Google

lands inneres und äußeres Wachstum notwendigen Lebensraum gegenüber den alten privilegierten Weltmächten durchzusetzen; im Gegenteil, dieser Weltkrieg der Technik hat sich als Machtmittel selbst ad absurdum geführt, für Jahrzehnte vielleicht bleibt uns infolgedessen nur der andere Weg, der Weg des Rechts: Die unserer Kulturleistung entsprechende Weltstellung kann uns bei der jetzigen Lage der Dinge allein der alle Nationen umfassende Völkerbund garantieren. Wir müssen aufhören, in dem späteren Bismarck, dem Verfasser der „Gedanken und Erinnerungen" unseren alleinigen politischen Lehrmeister zu sehen; Treitschke sollten wir mit mehr Kritik lesen. Das System der „Bündnisse" und die Lehren vom europäischen Gleichgewicht, von der Freiheit der Meere, von der Pax britannica und wie all die klug ersonnenen Diplomatenausdrücke für verhüllte Machtpolitik lauten, sie sollten wir sorgfältig prüfen, ob sie sich noch eignen für den neuen Zustand, der in der Tat etwas wirklich Neues zu bedeuten scheint: Alle Nationen der Welt gehören als gleichwertige Glieder einem großen Bunde an, in dem es keine „Alliancen" mehr gibt. Statt der Idee der Macht wird der Gedanke des Rechts unser außenpolitisches Denken künftig wesentlich mehr leiten müssen als bisher. Keiner Nation darf der Betätigungsraum für friedliche Kulturleistungen verkürzt werden. Freies Ringen um geistige Werte soll den furchtbaren Kampf der Waffen und des Kapitals ablösen.

Dieser Umdenkungsprozeß ist deswegen so schwierig, nicht weil Machtpolitik dem Denken des deutschen Volkes besonders entspricht, im Gegenteil, unserer Mentalität liegt der Rechtsgedanke viel mehr, sondern weil die ungeheure Wucht der bismarckischen Tradition und unsere beispiellosen wirtschaftlichen Erfolge diese immer, freilich nur unter der Oberfläche vorhandene Gedankenwelt des Rechtsstaates, das Denken unserer Väter aus der vorbismarckischen Zeit schier vernichtet haben. Die Generationen, die 1866 uns 1870 ihre politische Prägung erhielten, die Hegel, Bismarck und Treitschke als ihre Meister verehrten — und das sind weite und einflußreiche Kreise unseres Volkes —, müssen wieder anknüpfen an die Anschauungen unserer Großväter, an die Geschlechter, die etwa Kant, dem süddeutschen Liberalismus, Konstantin Frantz als ihren politischen Lehrern huldigten. Geschichtlich gerichtete Köpfe werfen bereits die Leitfrage auf, an welche historische Linie die Gegenwart anknüpft, welche Idee der Vergangenheit sie fortspinnt. Bereits wird genannt die politische Denkweise der 40er und 50er Jahre des 19. Jahrhunderts, andere sehen sich als Fortsetzer der Ideen von 1789, besonders von Kant, ja, einige glauben, der politische Umschwung von 1918 ist so gewaltig im Ausmaß, daß er nur dem Kampf zwischen Mittelalter und Neuzeit zur Seite zu setzen ist; in der Völkerbundsidee lebt wieder auf die Dantesche Vorstellung von der civitas humana. Dieses Tasten nach historischen Anfängen, so ganz bezeichnend für den systematischen

Digitized by Google

Deutschen, bedeutet die ersten, leisen Versuche, festen Boden unter die Füße zu bekommen; es sind die ersten tastenden Fühler des großen Umdenkungsprozesses überhaupt.

*

So lockend es wäre, diesen Umdenkungsprozeß nach Ausgangspunkt, Umfang und Wirkungen weiter zu schildern, — ich widerstehe dieser Lockung, die voll höchster ideengeschichtlicher Reize ist, und wende mich zu der Frage nach den Mitteln derselben.

Hier kommen als die beiden großen Hebel alles Massendenkens die Presse und die Schule in Frage. Die Presse erzielt die schnelleren Wirkungen, dafür aber gräbt die Schule tiefer, sie erst garantiert jener den dauernden Erfolg. Wirkliche Massenbeherrschung und Volksleitung ist der Presse nur dann möglich, wenn die Schule in mühsamer jahrelanger Arbeit ihr den Boden beackert hat. Die Schule als politische Kraft ist in Deutschland kaum begriffen, ungleich früher haben die Franzosen deren politische Bedeutung erkannt. Denn seit 1871 stellen die Franzosen die Glanzschöpfung der dritten Republik, die Laienschule, stets ohne Bedenken in den Dienst der Politik.

In Deutschland hielten Bismarck und seine Jünger die Schule absichtlich ohne jeden positiven politischen Inhalt, jedenfalls haben sie die Politisierung der Jugend nicht gefördert, einfach, weil man die Politisierung des gesamten Volkes nicht ernstlich wollte. Trotz gewisser demokratischer Scheinformen hielt man fest an dem absolutistischen Grundsatz: Alles fürs Volk, nichts durchs Volk.

Daher mußten auch alle Versuche, die Schule in den Dienst des staatsbürgerlichen Erziehungsgedankens zu stellen, in unfruchtbaren Wortstreitigkeiten stecken, dauernde Erfolge ihnen jedenfalls versagt bleiben. Sie konnten auch gar nicht erzielt werden, weil fast alle Schulverwaltungen sich hüteten, den Besitzstand der alten Monopolfächer zugunsten des immer mißtrauisch betrachteten staatsbürgerlichen Unterrichts irgendwie anzutasten. Man wollte gar keine klaren politischen Erkenntnisse, alle politischen Pflichtgedanken wurden lediglich auf das Nationalgefühl gestellt. Wie durch diese rein gefühlsmäßige Einstellung der Schule ein gänzlich falsches Bild von den deutschen Möglichkeiten in der Welt entstand, dies führt unmittelbar hinein in den Ursprung des Krieges, ganz besonders aber in die Ursachenkomplexe unseres Zusammenbruches 1918.

Die Stärkung der Demokratie im Innern durch die Revolution wird uns nun die Politisierung der Schule bringen, sie muß es. Die Franzosen haben die Zusammenhänge zwischen Demokratie und Pädagogik schärfer erkannt als bisher wir Deutsche, sie sagen in Anlehnung an Aristoteles „democratie, c'est demopédie", Volksherrschaft ist nur möglich bei gesteigerter Volksbildung; man muß den Bürger verständiger und anständiger machen, wenn sich die Volksherr-

Digitized by Google

schaft nicht bald selbst aufheben soll. Eine politisierte Volkserziehung kann aber nicht Halt machen vor der auswärtigen Politik, hier aber hat sie sich mit der fundamentalen Tatsache der neuen Weltordnung, mit dem Völkerbund auseinanderzusetzen.

*

Ist nun diese Gedankenwelt auch in den allgemeinsten Umrissen Denkgut der deutschen Schule, der Lehrenden und Lernenden, sowie der Lehrmittel? Kaum! Von den beiden großen deutschen Lehrergruppen sind besonders die Lehrer der höheren Schule einseitig machtpolitisch orientiert. Wie könnte es auch anders sein? Sind doch ihre Bildungsstätten, die deutschen Universitäten, die ausgesprochensten Träger der spätbismarckischen Tradition, wie sie etwa Heinrich von Treitschke so glänzend verkörperte. Die Volksschullehrer empfangen als Stand ihre geistige Prägung nicht auf den mehr oder minder pietistischen Lehrerbildungsanstalten, sondern in ihrem stark entwickelten Vereinsleben. Die Lehrervereine aber knüpfen unmittelbar an die Idee von 1848 an; infolgedessen ist zu erwarten, daß hier die Samenkörner der Völkerbundsidee ein aufnahmefähigeres Saatfeld vorfinden. Einer Forderung werden freilich die Schulverwaltungen sich nicht entziehen können, durch staatswissenschaftliche Fortbildungskurse müssen sie der Lehrerwelt, soweit sie hierzu gewillt ist, die Umdenkung zu erleichtern versuchen. Freilich, solche Kurse sind ein zweischneidig Schwert; sie erwecken allzu leicht den Anschein der Abrichtung und der Gesinnungszüchtereien. Weitherzige Freiheit blühe deshalb hier besonders.

Eine gewaltige Arbeit ist die Sichtung und Überprüfung des Lehrstoffes und der Lehrmittel nach dem Gesichtspunkt der gänzlich veränderten Weltlage.

In vielen und gerade den grundlegendsten Problemen aller Geisteswissenschaften wird sich ein kritische Überdenkung notwendig machen. Der ganze Lehrgeist unseres Geschichts-, Geographie- und Sprachunterrichts wird sich ändern müssen. Einige Einzelbeispiele sollen diese Behauptung erläutern:

Unser gesamter offizieller Unterricht war stark, um nicht zu sagen einseitig, machtpolitisch eingestellt, besonders in dem Sinne, daß die Macht der Waffen und somit das Recht des Krieges über innere Gebühr gepriesen, ja verherrlicht wurde. In der Betonung der Kriegsgeschichte im historischen, der Kriegsdichtung im muttersprachlichen Unterricht, in den Festreden und amtlichen Schulfeiern, immer klang die eine Note durch: Heldentum — der die Jugend so unendlich packende Begriff — lebt einzig und allein im Kriege, die „schimmernde Wehr" galt uns als alleiniges Mittel der Weltdurchsetzung; das Treitschke-Wort: „Jedes Volk sieht zuerst nach dem Ruhm seiner Fahnen", klang dem Sinne nach allzu häufig in der Schule wieder. Vor 1914 war es noch erlaubt, sich zu täuschen über das, was ein jahrelanger moderner Krieg, ein Krieg der entseelenden, jedes persönliche Heldentum aus-

Digitized by Google

löschenden Großtechnik bedeutet, heute ist es nicht mehr möglich. Was geschehen kann, um einer Wiederholung des Entsetzlichen vorzubeugen, muß geschehen, auch von seiten der Erziehung. Eine Verherrlichung des Krieges an sich wird kein Lehrer mehr verantworten können. Darüber brauchen wir durchaus nicht unseres Heeres stolze Ehrentage zu vergessen oder gar zu verleugnen.

Diese einseitige machtpolitische Einstellung führte zu einer stark nationalistischen Enge. Der eigne Staat, dessen Handeln, dessen Lebensäußerungen, wurden allein zum Ausgangspunkt alles politischen Urteils gemacht und so überwertet, die Bedeutung der anderen Mächte aber stark unterschätzt.

Gewiß soll unser Unterricht die Liebe zu deutschem Volkstum und zum deutschen Vaterland fördern, aber dies muß eine kritische Liebe sein. Besonders während des Krieges hat das deutsche Selbstlob wahre Orgien gefeiert und leider ganz besonders in der Schule. Es ist hohe Zeit, daß es wieder durch eine kritische Haltung, von der allein Rettung kommen kann, abgelöst wird. Der entsetzliche Zusammenbruch, den wir erlitten, wird uns hoffentlich Ansporn sein zu erneuter, schärfster Selbstprüfung; denn ganz ohne eigene Schuld ereilt kein Volk eine solche Katastrophe. Wenn uns eine Erhebung aus dem Abgrunde zuteil werden soll, dann kann sie nur durch eine moralische Erneuerung, durch Selbsteinkehr und Selbstprüfung kommen. Ausdrücklich sei aber jene, schon ästhetisch abstoßend wirkende Selbstbezichtigung und Selbsterniedrigung abgelehnt, die das eigene Volk als den Aussätzigen unter den Staaten der Welt hinzustellen versucht. Man wird nicht fehlgehen, wenn man diese so peinliche Erscheinung ansieht als die unbewußte Gegenwirkung des nationalen Pharisäertums, von dem unsere Schulen, besonders während des Krieges, nicht freizusprechen waren.

Dieser Vergleich berührt einen der wundesten Punkte unseres Schullebens; die rechte Bewertung des Auslandes. Obgleich wir Deutsche rein äußerlich viel mehr vom Auslande wissen, als das Ausland von uns, für die rechte seelische Bewertung der anderen Völker hat uns bisher offenbar der Blick gefehlt. Vor dem Kriege nicht selten wunderliche Liebedienerei, besonders im fremdsprachlichen Unterricht, und da wieder besonders in den Schulen der weiblichen Jugend, im Kriege jäher Umschlag in nicht selten kindlichen Haß und vollständige Verkennung unserer Feinde, nach der Niederlage unwürdige, ja schamlose Selbstbezichtigung. Gewiß, die deutsche Schule hat nichts dem verbrecherischen Chauvinismus der französischen an die Seite zu setzen, dafür aber auch nicht jenes unbeirrte, gefühlsmäßig richtige, stets gleichbleibende Verhältnis zum Auslande. Dieser Mangel an innerem Gleichgewicht hat leider auch verhindert, daß im Auslande ein richtiges Bild vom deutschen Wesen und der deutschen Kultur entstand. In der rechten Bewertung des

Digitized by Google

Auslandes arbeitet die Schule des neuen Deutschland der Völkerbundsidee am besten vor.

*

Diese mehr allgemein gehaltenen Ausführungen seien ergänzt durch konkrete Einzelvorschläge. Diese erstrecken sich auf das gesamte Gebiet der ethischen Fächer. Hier ist nach Stundenzahl und Gesamtbedeutung am wichtigsten, weil einflußstärksten, der deutsche Unterricht, insbesondere die Lektüre. Wohl nicht ganz zu Unrecht tritt uns hier die Klage entgegen, daß eine gewisse Überspannung des Begriffes „Deutsches Volkstum", ein nationalistischer Geist den Deutschunterricht beherrsche; vor allem wird dies von den höheren Schulen behauptet. Die „alldeutschen Oberlehrer" sind zur typischen Figur in der ausländischen Erörterung der Kriegsschuldfrage geworden. Als notwendig ist zu fordern: eine sorgfältige Überprüfung des gesamten Lektürestoffes, sowohl der gebundenen, der Lesebücher und der Klassenlektüre, wie der freien, der Privatlektüre und der Schülerbibliotheken; er ist unbedingt mit den gegenwärtigen Weltverhältnissen in Einklang zu bringen, nicht zuletzt mit dem Gedanken des Völkerbundes.

Wie immer in politisch bewegten Zeiten, richten sich aber die feindlichen Hauptvorstöße auf die eigentliche politische Bastion der deutschen Schulfestung, auf den Geschichtsunterricht. In der deutschen Schulverwaltung war dieser trotz aller gelegentlich recht schönen Parlaments- und Ministerreden praktisch, d. h. in Stundenzahl, Zensurbewertung, Lehrerverteilung, durchaus das Stiefkind, wenn nicht das Aschenbrödel; ganz im Gegensatz zur französischen Handhabung. Hier ist ebenfalls eine kritische Durchsicht des Lehrstoffes erstes Erfordernis der Lage. Raum wird wohl frei werden durch die Beschneidung der dynastischen und der reinen Kriegsgeschichte, dieser Raum ist unter Würdigung der Völkerbundsidee neben der Berücksichtigung des kulturgeschichtlichen und des soziologischen Momentes vor allem bereitzustellen für eine verständige Erfassung der wichtigsten außerdeutschen Entwicklungen.

Nicht so ganz heiß ist der Boden des erdkundlichen Unterrichts. Auch hier stehen wir vor einem Trümmerhaufen, besonders für das Gebiet der politischen und der Wirtschaftsgeographie. Nun ist wichtig, daß der Aufbau erfolgt im Geiste der Völkerbundsidee; denn die Anbahnung eines wirklichen Verständnisses der Völker untereinander ist wesentlich mit abhängig von der Erteilung des Geographieunterrichts.

Am natürlichsten ist der Geist der Weltanschauung im Religionsunterricht. Die Friedensidee ist ja immer Gemeingut aller Religonen gewesen. Wenn die Kriegspsychose vorüber ist, werden sich diese alten religiösen Grundgedanken wohl wieder stärker auswirken als bisher. Sollte sich die Trennung von Schule und

Digitized by Google

Kirche durchsetzen, so müßte dann auch in dem „Moralunterricht" der Gedanke des Völkerbundes eine Stätte finden, freilich nicht in dem Sinne Frankreichs, dessen „education morale et civique" sich zu einer Brutstätte maß- und würdeloſen Chauvinismus ausgebildet hat.

Wenn verschiedene Pädagogen, darunter auch Staatssekretär Erzberger, an eine Völkerannäherung durch eine Reform des fremdsprachlichen Unterrichts glauben, etwa durch Beschneidung des Griechischen zugunsten des Englischen, durch Einführung zahlreicher Sprachen, etwa des Spanischen, des Polnischen usw., so erhoffe ich davon, ganz abgesehen von didaktischen Bedenklichkeiten, nicht allzuviel; denn die beabsichtigten Wirkungen hängen vollständig ab von der Einstellung der betreffenden Lehrenden; durch französischen Sprachunterricht kann ebenso gut Franzosenhaß wie Franzosenbegeisterung erzielt werden. Diese Erwägungen machen mich auch kritisch gegenüber den Hoffnungen, die einzelne Politiker, so z. B. die Verfasser des ausgezeichneten Schweizer Vorentwurfes für eine Verfassung der Weltvölkerländer (§ 17), von der Einführung einer Weltsprache hegen.

*

Zum Schluß sei noch auf einen Punkt aufmerksam gemacht, der für das Werden des Ganzen von zentralster Bedeutung ist: Alle Völker des Bundes müssen mit der gleichen Entschlossenheit in ihrer gesamten Volkserziehung daran arbeiten, daß der Geist, der Voraussetzung jeden gedeihlichen Wirkens des Völkerbundes ist, überall gleich in den Massen in Erscheinung tritt. Es darf niemals der Fall eintreten, daß ein Staat sich zwar in allen Belangen der auswärtigen Politik und des diplomatisch-technischen Dienstes zur Völkerbundsidee bekennt, im Innern aber die nationalistische Volkserziehung in der bisher gewohnten Weise ruhig beibehält. Daß solche Möglichkeiten keinesfalls akademische Annahmen sind, das werden Kenner z. B. der französischen Staatsschule oder des tschechischen Volkserziehungswesens ohne weiteres bestätigen, denn beide Nationen bekannten sich bisher ziemlich geräuschvoll zum Völkerbund, in der erziehlichen Durchführung aber taten sie das genaue Gegenteil. Hier gilt es, eine internationale Kontrolle zu ermöglichen.

Ein bedeutungsvolles Mittel hierfür ist die Beigabe von Sachverständigen an die diplomatischen Auslandsstellen, die in der Lage sind, die pädagogischen Bestrebungen des betreffenden Staates auch in ihm politisch in ihren politischen Konsequenzen zu bewerten. (Vergl. meine Ausführungen über „Pädagogische Auslandsstudien im Dienste der auswärtigen Politik", Deutsche Schule 1917, Seite 344 ff.) Ein weiteres könnten leisten „internationale Kongresse für Volkserziehung". Diese zeitgemäße Arbeitsgemeinschaft — in Arbeitsgemeinschaft sieht ja Albrecht Mendelssohn-Bartholdy mit Recht überhaupt das Wesen des Völkerbundes — wird sich sehr bald von selbst zu einem

Digitized by Google

heilsamen Gegengewicht gegenüber nationalistischen Abschließungs- oder Verhetzungsbestrebungen auswachsen.

Gewiß, alle Volkserziehung muß, um wirksam zu sein, immer ein stark bodenständiges Gewächs bleiben. Aber augenblicklich scheint das Schulwesen fast aller europäischer Kulturstaaten — durchaus nicht allein der deutschen — an einer nationalistischen Enge zu leiden, die bisher ohnegleichen in der Geschichte der Ideen war. In dieser politisch geradezu beängstigenden Stickatmosphäre tut allen Völkern etwas Weltweite, etwas internationale Zugluft, etwas frische Brise vom Weltmeer her dringend not, ja, sie ist die Grundvoraussetzung für jede politische Gesundung des nationalistisch durch und durch kranken Europas.

Die öffentliche Unsicherheit in Deutschland

Von Dr. Heinrich Lindenau

Die tiefen Erschütterungen, unter denen die öffentliche Sicherheit in Deutschland gegenwärtig ziffert, sind von den kriminalistischen Beobachtungsstationen häufig und rechtzeitig vorausgesagt worden. Daß jeder Krieg eine starke Steigerung der Kriminalität nach sich zieht, in erhöhtem Maße, wenn gleichzeitig innere politische Umwälzungen die Kräfte der Behörden ablenken und hemmen, lehrt die Geschichte des Verbrechens. Die Perioden nach dem 30jährigen und 7jährigen Kriege wie nach der französischen Revolution mit ihrem furchtbaren Bandenwesen, aber auch die Zeiten um die Mitte des 19. Jahrhunderts und die Verbrecherzunahme nach 1871 bieten allbekannte Beispiele. Seitdem hat die von der soziologischen Strafrechtsschule siegreich vertretene Erkenntnis des Verbrechens als einer vorwiegend gesellschaftlich bedingten Erscheinung den Blick für die Ursachen der Kriminalität außerordentlich geschärft. Die Vertreter der Strafrechtswissenschaft waren daher vom Ausbruche des Weltkrieges an gerüstet und bereit, den Zusammenhängen nachzuspüren, die sich zwischen dem Wandel der politischen, wirtschaftlichen und häuslichen Verhältnisse, den Verschiebungen der Vermögen und auf dem Arbeitsmarkte, den Umwertungen ethischer und ästhetischer Vorstellungen einerseits und der Gestaltung der Kriminalität entwickelten.

Aber die zahlreichen Warnungen, die nicht nur in gelehrten Veröffentlichungen sondern auch dauernd in der Tagespresse erhoben wurden, scheinen doch nicht die richtige Würdigung gefunden zu haben. Man las mit Interesse von der Gewandheit, mit der die Verbrecherwelt ihre Triks den Kriegszeiten anpaßte, man litt am eigenen Leibe unter Kriegswucher und Schleichhandelspreisen, man klagte über zunehmende Verwahrlosung der Jugend und war darauf gefaßt, in der nächsten Kriminalstatistik einiges Anschwellen der Diebstähle, Veruntreuungen und der Rohheitsdelikte zu konstatieren. Wir vom Fach wußten und meinten es anders! Wir

Digitized by Google

sahen angstbewegt eine Generation heranwachsen, die in den wichtigsten Entwicklungsjahren der Aufsicht des im Feindeslande weilenden oder schon begrabenen Vaters, der um Lebensnotdurft frondenden Mutter entbehrte, eine vielfach verwilderte Generation, die trotzdem unter dem Druck des Personalmangels früh in verantwortungs- und versuchungsreiche, gutbezahlte Stellungen einrückte und dann bei der Rückkehr der Krieger in ihre alten Berufe plötzlich Beschäftigung, Einkommen und die schnell angelernten Genüsse zugleich einbüßte. Uns bangte vor der schweren Aufgabe, die Männer wieder an bürgerliche Arbeit und Einordnung zu gewöhnen, die in langen Kampfesjahren die eingewurzelte Achtung vor dem Menschenleben, den angeborenen Widerwillen gegen Blutvergießen abgelegt hatten, denen es in ununterbrochener Gefährdung und Entbehrung selbstverständlich geworden war, zuzugreifen, wo Beköstigung, Behausung oder sonst Bedürfnisbefriedigung winkte, deren Arbeitslust und -Kraft durch den geschäftigen Müßiggang des Soldatenlebens in der Etappe oder selbst im todumwehten Schützengraben gelähmt war. Wir schätzten die moralische Verwüstung richtig ein, die Kriegsgewinnertum und Geldentwertung, zum Spott gewordener Gesetzesüberschwang und daneben der Absolutismus des Belagerungszustandes anrichteten, nicht minder Hunger, Entkräftung und Verzweiflung über die hingemordeten Angehörigen wie über den Zusammenbruch des Vaterlandes, der die meisten fürchterlich aus lange künstlich genährtem Siegestraume weckte.

Solche Ursachen mußten die schrecklichen Wirkungen hervorbringen, die sich an den von roten Mordmeldungen überdeckten Anschlagsäulen, den ganze Straßenreihen brandschatzenden Einbruchsserien, den überfüllten Zuchthäusern und Gefängnissen, den Geschäftsberichten der Versicherungsgesellschaften ausweisen. Verbrechen sind wieder an der Tagesordnung, die wie Anfälle auf offener Straße, Beraubungen von Transporten, Aushebungen von Amtskassen, von Spielklubs und anderen Gesellschaften, Bandenüberfälle auf Gutshöfe nur noch als historische Beispiele weit zurückliegender Epochen in den Lehrbüchern des Strafrechts erwähnt wurden. So gestaltet sich der kriminelle Niederschlag eines Weltkrieges von unerhörter Dauer und Erbitterung! In diesen Zusammenhang gehören auch die verwerflichen Begleiterscheinungen der Revolution, die Ausschreitungen der Spartakusaufstände, die für ihre Bluttaten und Plünderungen einen nur allzugut vorbereiteten Boden von Gewalttätigkeit und Begehrlichkeit vorfanden. Auch darin steckt ein gutes Stück Kriegskriminalität.

Wer sich einmal darüber klar geworden ist, wie tief im deutschen Volkskörper die Erreger der gegenwärtig wütenden Verbrechensseuche nisten, der wird sich keiner törichten Hoffnung auf plötzliche Heilung hingeben. Nur die Wiederkehr ruhiger Zustände nach Außen und Innen mit normalen Ernährungs- und Arbeitsverhältnissen kann zur Besserung überleiten. Friedensschluß, Lebensmittel- und

Digitized by Google

Rohstoffzuführen, Festigung der von der Gesamtheit des Volkes übernommenen Regierungsgewalt, Aufnahme ernster und ununterbrochener Arbeit, Erstarkung neuen geistigen und kulturellen Lebens werden allmählich aber sicher den Einfluß der gefährlichsten Kriminalitätsfaktoren brechen. Damit ist nicht gesagt, daß auf die Anwendung sofort wirkender Gegenmittel verzichtet werden soll. Freilich müssen die Bahnen verlassen werden, auf denen man während des Krieges durch Stimmungsmache, Verschweigen der Mißstände, gewaltsame Unterdrückung und kleinliche Beschränkungen an den Symptomen herumkurierte. Beispielsweise blieben die Maßnahmen erfolglos, mit denen die laienhaft beratenen Generalkommandos der Verwahrlosung der Jugendlichen zu steuern suchten durch Rauch-, Wirtshaus-, Straßenverbote, philiströs übertriebene Theater- und Kinozensur oder den vielerörterten Sparzwang mit seiner erbitternden Wirkung auf die vorwiegend davon betroffene jüngere Arbeiterschaft. Gleiches gilt von Polizeistundenfestsetzungen und Geselligkeitssperrungen, die im Widerspruche zum Empfinden der Bevölkerung stehen, von militärischen Straßenpatrouillen, deren ungeübtem Blicke sich der Verbrecher mühelos und spottend verbirgt, von Sicherungshaft und Standgerichtsurteilen, deren Verhängern genügende strafrechtliche und gerichtliche Erfahrung fehlt. Als bei den sog. Moabiter Unruhen vor einer Reihe von Jahren die Berliner Schutzmannschaft in Straßenkämpfen verwickelt wurde, stellte hinter ihren Reihen die Kriminalpolizei eigene Posten auf mit der Aufgabe, die festgenommenen Personen sofort den kampferregten uniformierten Beamten abzunehmen, sie zu verhören und dem Richter vorzuführen. Eine ähnliche Arbeitsteilung zwischen Truppen und Kriminalpolizei hätte sich bei den Spartakusunruhen wohl auch bewährt. Die Ausübung der strafenden Gerechtigkeit erhebt andere Anforderungen als die Niederzwingung gewaltsamen Widerstandes.

Überhaupt ist eine hinreichende Zahl gut und modern geschulter Polizisten, Richter und Strafvollstreckungsbeamter die beste Waffe im Kampfe gegen das Verbrechen. Darum war es ein Fehler, daß man die ohnehin kleine Schar hierfür brauchbarer Kräfte im Anfang des Krieges durch Einziehungen schwächte, ohne Rücksicht auf deren Unentbehrlichkeit zur Unterdrückung der wachsenden Unsicherheit. Ungehört verhallten auch alle Mahnungen zur Heranbildung eines leistungsfähigen Nachwuchses. Bereits im Jahre 1914 unterbreiteten die Professoren v. Liszt und Straßmann sowie der Verfasser dieser Zeilen den beteiligten Ministerien eine Denkschrift über die Errichtung kriminalistischer Institute, in der die hohe Leistungsfähigkeit der modernen Verbrecherbekämpfung dargestellt wurde, aber auch die Notwendigkeit, diese Kenntnisse zu verbreiten. Geschehen ist nichts, obwohl wir uns anheischig gemacht hatten, mit einem Jahresaufwand von nur 20 000 Mark die gesamten Kosten zu bestreiten und obwohl wir in Wort und Schrift immer wieder auf die ungenügende Rüstung gegen die anschwellende Verbrechens-

Digitized by Google

flut hingewiesen haben. Erst jetzt sollen nach der Erklärung des Reichsjustizministers in der Nationalversammlung die längst von Prof. v. Liszt erhobenen Mahnungen befolgt und wenigstens die drängendsten Aufgaben der Strafprozeßerneuerung im Wege der Einzelnovellen erfüllt werden, nachdem die große Strafrechtsreform in jahrelanger Vorbereitung stecken geblieben ist, der aus unerforschlichen Gründen Liszt selbst, die erste lebende Autorität auf strafrechtlichem Gebiete, der Begründer der herrschenden soziologischen Schule ferngehalten wurde! Im Jahre 1916 wurde für die damals schwebende Verwaltungsreform der Plan aufgestellt, die Staatsverwaltung durch Übertragung der gesamten Polizei auf die Gemeinden zu entlasten und nur die eigentliche Kriminal- und Sicherheitspolizei in der Hand des Staates zu behalten, diese aber zu einer einheitlichen, Stadt und Land gleichmäßig überziehenden, an Personal und Material leistungsfähigen Organisation auszubauen, wofür die französischen brigades mobiles eine bewährtes Muster bieten. Und wie stellt sich das Bild noch heute dar? Guts- und Amtsvorsteher, Gendarmen, Bürgermeister und Polizeipräsidenten bilden ein wirres Durcheinander polizeilicher Zuständigkeiten, zur Staatsanwaltschaft fehlt die rechte Verbindung, wirkliche kriminalistische Kenntnisse und Einrichtungen sind auf wenige Großstädte beschränkt, die Gerichte kleben infolge von Überlastung und Gewohnheit an der formaljuristischen Würdigung „des Falles", die nutzlosen und sogar verderblichen kurzen Freiheitsstrafen stehen noch immer im Vordergrund der Praxis, langjährige Einsperrungen entlassen beim Mangel progressiven Strafvollzugs dem Leben entwöhnte Rückfallskandidaten, das Jugendgesetz fehlt, die gesetzlichen Grundlagen für sichernde Maßnahmen gegen Geisteskranke und Unverbesserliche fehlen und die Kriminalität wächst und steigt unaufhaltsam. An die Arbeit, Volksvertreter und Behörden, es ist Zeit! Es ist die höchste Zeit!

Staatsbankerotte

Das Gespenst des Staatsbankerotts geht um. Verängstigte Fragen beweisen es. An und für sich ist diese Beobachtung nicht überraschend, nach einem Kriege, der unglücklich ausgegangen ist und der eine beispiellose Schuldenlast für ein verarmtes, wenn nicht zu sagen verelendetes Volk zurückgelassen hat. Wir werden also die Frage beantworten müssen: droht uns ein Staatsbankerott? und vorher wird es gut sein, uns einmal darüber klar zu werden, was eigentlich ein Staatsbankerott ist und ob er unter allen Umständen etwas moralisch zu verwerfendes darstellt. Der volkswirtschaftlich Unorientierte wird unter einem Staatsbankerott sich einen Zustand vorstellen, in dem das schuldende Land kurzerhand aufhört, seinen Verpflichtungen nachzukommen und diese Ver-

Digitized by Google

pflichtungen, das sind also im wesentlichen die Staatspapiere, wertlos werden. So ist die Sache in Wirklichkeit in der Praxis nun doch nicht, im Gegenteil: hier tritt der Staatsbankerott manchmal in verhältnismäßig harmlosen Formen auf, wie es denn die mannigfachsten Formen gibt.

Alfred Manes führt in einem kürzlich bei Karl Sigismund in Berlin erschienenen Werke über Staatsbankerotte nicht weniger als 10 Spielarten auf. Die verhältnismäßig harmloseste ist die Herabsetzung der Zinshöhe. Schon etwas schlimmer ist unter Umständen die Hinausschiebung der Zinszahlung, die dann gewöhnlich in der Weise erfolgt, daß der Gläubiger an Stelle von barem Geld neue Anleihen zugeteilt erhält. Einschneidend und für den Gläubiger sehr unangenehm wird die Aufhebung der Zinszahlung. Eine mehr versteckte Form der Verletzungen der Zinszahlungspflicht besteht in der Wiederwegnahme der bezahlten Zinsen durch besondere Kouponsteuer. Um Irrtümern vorzubeugen, sei ausdrücklich betont, daß die jetzt in Deutschland zur Ausführung kommende Kouponsteuer nicht hierher gehört; denn sie betrifft nicht etwa einseitig Staatspapiere, sondern wird auf sämtliche Einkommen aus Effekten, Hypotheken, Sparkassen, Guthaben usw. gelegt.

Betrafen die bisher aufgeführten Spielarten nur die Abmachungen über den Zinsendienst, so sind weiter die Verletzungen der Kapitalrückzahlungspflicht aufzuzählen. Auch hier kann eine Hinausschiebung der versprochenen Verpflichtungen eintreten. Es kann ferner die Umwandlung in andere Schuldgattungen, namentlich auf dem Wege der Zwangskonvertierung vorgenommen werden. Daneben ist denkbar die Herabsetzung des rückzahlbaren Kapitals, wie sie in gewisser Beziehung in manchen österreichischen Ländern in bezug auf die Banknoten eingeleitet wird. Schließlich wird man manchmal dazu übergehen, statt einer in Gold versprochenen Rückzahlung eine solche in Papier vorzunehmen. Weiter wird es wohl vorkommen, daß gleichzeitig die Zinszahlungs- und die Kapitalrückzahlungsverpflichtungen nicht eingehalten werden, indem man etwa an Zins und Kapital Herabsetzungen vornimmt, oder aber — das ist der radikalste und auch seltenste Fall — indem man sowohl Kapital als auch Zinszahlung restlos streicht. Man nennt das Repudiation. Das bekannteste und aktuellste Beispiel hierfür stellt das bolschewistische Rußland dar. Doch hat man auch früher schon ähnliche Fälle gekannt, so im 19. Jahrhundert das Vorgehen mancher Gliedstaaten der amerikanischen Union. Aber auch das Ende der Assignatenwirtschaft in Frankreich muß insofern hier aufgeführt werden, als die Assignaten ursprünglich nicht reine Banknoten, sondern verzinsliche Schuldscheine Frankreichs darstellten.

Es ist klar, daß ein nicht völlig bolschewistisch orientiertes Land vor der radikalsten Form bis zum letzten zurückschrecken und alles tun wird, um diesen radi-

Digitized by Google

kalen Zusammenbruch zu vermeiden, schon weil es den Kredit nicht ganz verscherzen kann. Eine ganz andere Frage ist es allerdings, ob der Staatsmann, der es mit seinem Lande gut meint, überhaupt unter allen Umständen eine Verletzung seiner Zins- und Kapitalverpflichtungen vermeiden muß und soll. Wir glauben, daß je nachdem eine Regierung sogar die Verpflichtung hat, im Interesse des Landes zum mindesten eine zeitweise Verkürzung der eingegangenen Verpflichtungen vorzunehmen, wenn nur dadurch das Land vor Katastrophen bewahrt wird. Die Lage eines Landes kann dann gleichbedeutend sein der eines Kaufmanns, der durch irgendwelche Unglücksfälle, etwa durch Naturereignisse oder durch Leichtsinn eines Teilhabers in Verlegenheit gekommen ist. Ein solcher Kaufmann wird nicht zuletzt im Interesse seiner Gläubiger versuchen, mit ihnen ein Kompromiß abzuschließen und dabei natürlich soweit wie irgend möglich seinen Gläubigern entgegenkommen, eventuell durch das Versprechen, später nachzuzahlen. Wenn man diesen Vergleich folgerichtig durchdenkt, so ergibt sich bereits, daß diese Art der zeitweiligen Aussetzung der Verpflichtungen nur dann einen Sinn hat, wenn die Gläubiger nicht identisch sind mit dem Schuldner, mit anderen Worten: ein solcher Staatsbankerott hat nur einen Sinn, wenn es sich um *auswärtige Schulden* handelt.

Ganz anders liegt die Sache aber, wenn als Schuldner die eigenen Bürger in Betracht kommen. Das ist in Deutschland der Fall. Im wesentlichen sind ja die *deutschen Kriegsanleihen* im Inlande untergebracht. Hier hat ein Staatsbankerott an und für sich wenig Sinn; denn die damit verbundene Schädigung der Gläubiger würde ja nicht nur die Steuerzahler vernichten, sondern auch die ganze Volkswirtschaft ruinieren, ja noch mehr, es würden nicht nur die großen und die mittleren, sondern alle, aber auch alle kleinen Leute auf das Schwerste geschädigt werden, weil es schlechterdings niemanden gibt, der nicht mit oder ohne seinen Willen, mittelbar oder unmittelbar Besitzer von Kriegsanleihen ist. Wer es abgelehnt hat, solche zu zeichnen und sein Geld einer Bank, Genossenschaft oder Sparkasse anvertraut hat, hat insofern auch Kriegsanleihe, als alle Institute in sehr bedeutendem Maße die ihnen anvertrauten Gelder auf diese Weise angelegt haben. Ja noch mehr: wer überhaupt keinem Geldinstitut getraut hat und statt dessen seine Sparpfennige in Banknoten hingelegt hat, ist genau in derselben Lage nur mit dem Unterschied, daß er keine Zinsen erhält; denn die Banknoten stellen eine Forderung an die Reichsbank dar, die nun ihrerseits ihre Mittel fast restlos dem Reich in Form von Schatzanweisungen usw. zur Verfügung gestellt hat. Darum ist es auch so *unsinnig* und zwecklos, aus Angst vor einem Staatsbankerott sein *Geld* in den *Strumpf* zu stecken; denn wenn wirklich irgendwelcher Angriff auf die Staatsschulden kommen wird, so könnten die Banknoten am allerwenigsten verschont werden, im Gegenteil: das Beispiel der tschecho-

Digitized by Google

slowakischen Länder zeigt, daß man unter Umständen in erster Linie an die Banknoten herangeht.

Was nun Deutschland anbelangt, so ist an und für sich bisher die deutsche Staatsschuld in keiner Weise irgendwie gefährdet gewesen, denn sie stellt gewissermaßen eine erste Hypothek auf den gesamten Besitz aller seiner Bürger dar. Allerdings ist die Sache dadurch jetzt etwas anders geworden, daß wir den Krieg verloren haben und die Entente phantastische Ansprüche an uns stellt. Wenn nun die Gegenseite die Absicht hätte, diese ihre Forderungen rücksichtslos und ohne Überlegung auf wirtschaftliche Folgen an erster Stelle geltend zu machen, so würde dann die heimische Schuld gewissermaßen an die zweite Stelle rücken und nicht mehr so sicher sein wie bisher. Diese Möglichkeit muß zum mindesten registriert werden. Man darf aber gleichzeitig darauf hinweisen, daß eine derartig rücksichtslose Durchführung nur auf dem Papier ein gutes Geschäft für die Entente wäre, in Wahrheit aber sich als das Gegenteil erweisen dürfte; denn in dem Augenblick, in dem die deutsche Kriegsanleihe durch Eingreifen unserer Feinde schwer gefährdet würde, müßte unser gesamtes so empfindliches Kredit- und Geldgebäude zusammenbrechen, da, wie schon einmal erwähnt, schlechterdings jegliche Existenz in Deutschland auf einer Respektierung der Anleihen aufgebaut ist. Wenn aber durch eine Nichtrespektierung die ganze Wirtschaft zusammenbricht, so wird es der Entente sehr schwerfallen, aus Deutschland viel herauszuziehen. Der Kurs der Anleihen, das sei zum Schluß noch erwähnt, deutet übrigens nicht darauf hin, daß man in den Kreisen der Urteilsfähigen an eine ernstliche Gefährdung der Anleihen glaubt.

Severus Linter.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a I. Für Anzeigen J. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland M. 7.50. Einzelnummer 50 Pfg. / Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 68.

Digitized by Google

4. Jahrgang * 2. Mai 1919 * Heft 18

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Die Adriafrage mußte, was hier wiederholt ausgeführt wurde, innerhalb der Entente zur Krisis treiben. Hatte man über die Mißhandlung Deutschlands im Viererrat eine Verständigung auch erreichen können, an dieser Stelle meldete der italienische Imperialismus seine Prestigesorge. Er will Fiume erhalten, obwohl es in den ursprünglichen Zusagen des Londoner Vertrages nicht enthalten war — da die Stadt selber italienisch ist, läßt sich der Anspruch national frisieren, tatsächlich aber handelt es sich um den Willen, die Adria militärisch zu beherrschen und ein verkehrspolitisches Monopol für die italienische Handelsschiffahrt zu schaffen. Italien hat die Habsburger Monarchie gehaßt, aber diese ist für Roms Bedürfnis zu sehr besiegt worden. Denn nun muß Rom damit rechnen, daß der junge südslawische Imperialismus, gehätschelt von den anderen Großmächten, sich entschlossener betätigen wolle als die Habsburger Großmachtspolitik, die doch immer in den nationalen Gegensätzen gefesselt war. Italien dürfte eher geneigt sein, seine Pläne auf die deutschen Gebiete südlich des Brenners zurückzustecken, die man jetzt in Paris, in der selbstherrlichen Preisgabe der 14 Punkte, nährt (und Wilson ist daran beteiligt); denn die deutsche Irredenta von Bozen würde schwer verdaulich sein und eine dauernde Spannung zum nördlichen Nachbarn bedeuten. Aber in der Adriafrage mischen sich Ruhmsucht und Angst. Die italienische Regierung befindet sich in einer ähnlichen Lage wie die Prager, wie die Warschauer: durch Anspannung der nationalistischen Idee über die innerpolitische Gärung sich hinwegzuhelfen. Für Deutschland ist es geboten, die Entwicklung der Frage mit Zurückhaltung, aber aufmerksam zu beobachten; Italien droht heute, dem Frieden fernzubleiben, ist aber nicht stark genug, eine aktive Politik auf eigene Faust durchzuführen. Seine Freunde werden nicht verfehlen, ihm die militärische Erfolglosigkeit während dreieinhalb Jahren vorzurechnen.

*

Digitized by Google

Es war richtig, daß die deutsche Reichsregierung sich der relativen Verhandlungsbereitschaft der Entente vergewisserte, ehe sie ihre Delegierten nach Versailles sandte. Die Auskunft von dort hat noch immer einen schwankenden Charakter. Will der Viererrat nur erste Nummern, um sie demütigen zu können, indem er eine Unterzeichnung der Präliminarien erpreßt, Einzelberatung ablehnt? Hat er begriffen, daß jeder Friedensvertrag, auch ein unterschriebener, völlig zwecklos ist, wenn nicht ein Meinungsaustausch über seine Durchführbarkeit vorliegt? Mit der Ablehnung des Vertrags zu kokettieren ist zwecklos, denn wir wollen auf der Unterlage der Oktober-Noten zu einem Frieden kommen; aber Deutschland wird sein eigenes Todesurteil nicht unterzeichnen können.

*

Durch die Presse ging die Nachricht, der Friede werde einer Volksabstimmung unterworfen werden. Das trifft hoffentlich nicht zu. Denn es würde nur eine Flucht vor der geschichtlichen Verantwortung bedeuten. Wozu wurde die Nationalversammlung gewählt, die Regierung ernannt? Damit sie führe! Das ist ihr auch moralisch nicht immer leicht gemacht, da es Literatensport wurde, die Arbeit von Weimar zu verhöhnen. Um so schlimmer, wenn sie sich selber durch derlei ins Ungewisse abdrängen läßt. Der Mut zur Verantwortung muß in Deutschland das Führertum neu schaffen.

*

Die bolschewistische Welle aus Großrußland, die über die Ukraine hinweggerollt ist, hat den Selbständigkeitsgedanken nicht erdrücken können. Nicht nur beginnt Petljura, der nach Westen ausgewichen war, wieder vorzustoßen, wobei er schon bedeutende Erfolge (Übergabe von drei Regimentern nebst Artillerie), zu verzeichnen hat, sondern auch im Rücken der roten Front beginnt der ukrainische Bauer seine Vorräte vor dem bolschewistischen Zugriff zu verteidigen. Selbst Lenin sah bereits die Lage in der Ukraine vor dem Fall Kijews sehr pessimistisch an. Einesteils schlage der erbärmliche Zustand der Eisenbahnen jede Hoffnung auf eine reichliche Zufuhr aus der Ukraine tot, andererseits mangele es dort völlig an bolschewistischen Parteiorganisationen, die den ukrainischen Bauern nötigen könnten, seinen Weizen zu verkaufen, den er mit unverständlichem Eigensinn abzuliefern weigert. Damit fördere der ukrainische Bauer die Sache der Feinde des Bolschewismus, die ihn durch Hunger zu vernichten trachten. Wie man aus dieser Leninschen Klage sieht, steht die ukrainische Sache durchaus nicht hoffnungslos, zumal eben gemeldet wird, daß die von der ukrainischen Regierung bisher mit dem Oberkommando der Ententearmeen im Orient geführten Verhandlungen nach Paris verlegt worden seien.

Digitized by Google

Der Völkerbundentwurf der deutschen Regierung

Von Dr. Hans Wehberg

Unter den zahlreichen Völkerbund-Entwürfen, die in letzter Zeit in Deutschland und anderswo veröffentlicht worden sind, haben die Projekte Erzbergers sowie der „Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht" besonderes Interesse erweckt. Diese hatten jedoch keinen offiziellen Charakter. Bis zur Veröffentlichung der Pariser Akte vom 14. Februar 1919 haben lediglich die nordischen Staaten sowie die Schweizerische Bundesregierung einen Regierungsentwurf bekanntgegeben. Nach Fertigstellung des Pariser Entwurfs hat die holländische Regierung ihrerseits Grundsätze aufgestellt, die ihrer Meinung nach bei einem idealen Völkerbund verwirklicht werden müßten. Auch die deutsche Regierung hat sich nicht der Notwendigkeit verschlossen, dem sehr fehlerhaften Pariser Entwurf ihre eigene Auffassung gegenüberzustellen. Der dieser Tage veröffentlichte Entwurf bildet das Resultat von Kabinettssitzungen, die um Ostern 1919 stattgefunden haben.

Die deutsche Regierung ist ganz gewiß nicht ohne Skepsis gegenüber der Möglichkeit gewesen, den Grundsätzen des Entwurfs Geltung zu verschaffen. Trotzdem hat sie es für ihre Pflicht gehalten, durch die Veröffentlichung ihrer eigenen Auffassung an das Weltgewissen zu appellieren und in der großen Stunde, da der Völkerbundgedanke Wahrheit werden soll, nichts zu versäumen, das geeignet wäre, die Fehler des Pariser Entwurfs aus der Welt zu schaffen. Der Unterschied zwischen dem Pariser und dem deutschen Entwurf ist geradezu fundamental. Man kann die charakteristischen Merkmale des deutschen Entwurfs etwa auf folgende vier Leitsätze zurückführen:

1. Es soll ein ewiger Bund *sämtlicher* zur Völkerrechtsgemeinschaft gehörigen Staaten gegründet werden und alle Teilnehmerstaaten des Bundes sollen gleichberechtigt sein. Der Bund soll nicht, wie dies im Pariser Entwurf vorgesehen ist, zunächst nur von den Entente-Mächten und den neutralen Staaten unter Vorherrschaft der Ententemächte gegründet werden.

2. Es sollen alle Streitigkeiten friedlich erledigt werden. Kein Staat ist berechtigt, wie dies nach dem Pariser Entwurf der Fall ist, einem anderen unter gewissen Voraussetzungen den Krieg zu erklären.

3. Die Behörden zur Entscheidung internationaler Streitigkeiten sollen unparteiisch zusammengesetzt sein. Dieser Grundsatz steht im Widerspruch zu der Pariser Bestimmung, daß in dem zur Vermittlung zuständigen Rat vor allem die Entente-Großmächte vertreten sind.

4. Es soll neben den Staatenkongreß als Organ der Gesetzgebung ein Völkerparlament treten. Die Völker sollen also im Gegensatz zu dem Pariser Entwurf unmittelbar zur Mitarbeit an dem Völkerbund herangezogen werden.

Digitized by Google

Im einzelnen ist zu diesen Punkten folgendes zu sagen:

Der deutsche Entwurf will von vornherein sämtliche kriegführenden Staaten, mit Einschluß der während des Krieges neu entstandenen, sowie alle neutralen Staaten umfassen, die dem Haager Weltschiedsbund angeschlossen sind. Der Pariser Entwurf will dagegen die Zentralmächte zunächst ausschließen und ihnen nur mit Zustimmung von mindestens ⅔ der in der Delegierten-Versammlung vertretenen Mächte den Beitritt gestatten. Er ist von einem außerordentlichen Mißtrauen gegen das Deutsche Reich diktiert. Die Ententemächte haben uns früher mit Recht vorgeworfen, daß wir uns auf den Haager Friedenskonferenzen den wichtigsten Fortschritten widersetzt hätten, weil uns das Vertrauen in eine Politik des Rechts gefehlt habe. Nun aber begehen sie denselben Fehler, indem sie vor der Schaffung eines idealen Völkerbundes zurückschrecken, weil sie Deutschland, dessen Militarismus im Kriege zusammengebrochen ist, kein vollkommenes Vertrauen entgegenzubringen vermögen. Vielleicht kann der vorliegende Entwurf ein wenig dazu beitragen, die Entente davon zu überzeugen, daß Deutschland zu einem vollkommenen Bruch mit den Traditionen der alten Politik bereit ist.

Der radikale Ausschluß jeder Kriegsmöglichkeit ist eine Forderung, der sich die feindlichen Mächte nach diesem furchtbaren Kriege nicht werden widersetzen können. Auch die schweizerische und holländische Regierung haben sich auf diesen Standpunkt gestellt. Ein idealer Völkerbund ist nicht denkbar, wenn dem Krieg noch eine Hintertür offengelassen wird und wenn es unter Umständen nur von der Geschicklichkeit gerissener Diplomaten abhängt, ob zu den Waffen gegriffen werden darf. Der deutsche Entwurf fordert, daß jede Streitigkeit entweder auf dem Wege des Schiedsgerichtes oder der Vermittlung entschieden werden soll.

Wenn fortan jeder Streit friedlich erledigt werden soll, so müssen wir vor allen Dingen ideale Organe haben, denen die Rechtsprechung und die Vermittlung anvertraut werden kann. Der deutsche Entwurf bestimmt im einzelnen, wie der ständige internationale Gerichtshof sowie das internationale Vermittlungsamt gebildet werden sollen. Der Pariser Entwurf schweigt sich über die Zusammensetzung des Gerichtshofs aus, woraus freilich noch nicht geschlossen werden kann, daß die Urheber des Entwurfs die von Deutschland vorgeschlagene Regelung mißbilligen. Vielmehr ist ein ähnlicher Vorschlag, wie ihn der deutsche Entwurf in Artikel 14 enthält, bereits auf der zweiten Haager Friedenskonferenz gemacht worden. Jeder Staat soll mindestens eine und höchstens vier Personen vorschlagen, die geeignet sind, das Richteramt zu übernehmen. Von diesen muß mindestens eine Person, was sehr bedeutsam erscheint, Angehöriger eines fremden Staates sein. Aus der Gesamtliste der Vorgeschlagenen soll dann jeder Staat 15 Personen bezeichnen. Die 15 Personen, die die meisten Stimmen haben, gelten als gewählt.

Sehr bedeutsam tritt der Unterschied des deutschen und Pariser Entwurfs bei

Digitized by Google

der Zusammensetzung des internationalen Vermittlungsamtes hervor. Nach dem gegnerischen Entwurf sollte der Rat aus Vertretern der fünf Entente-Großmächte sowie aus Vertretern von vier anderen Staaten bestehen. Sicherlich wäre zu befürchten, daß bei einer solchen Regelung der Frage eine Politik der Entente-Staaten betrieben wird. Zum mindesten würde bei den Zentralmächten das nötige Vertrauen in die Unparteilichkeit des Rates fehlen. Der deutsche Entwurf schlägt vor, daß für das Vermittlungsamt jeder Staat vier Wahlmänner seines Vertrauens ernennen soll. Diese sollen aus sich heraus mit Stimmenmehrheit 15 Mitglieder sowie zehn Ersatzmänner wählen. Hervorgehoben ist noch, daß die Mitglieder des Vermittlungsamtes weder in einem aktiven Dienstverhältnis zu ihrer Heimat stehen, noch gleichzeitig Mitglieder einer anderen Behörde des Völkerbundes sein dürfen. Dadurch ist vor allem erreicht, daß die Mitglieder des Vermittlungsrates auf keinen Fall nach Instruktionen ihrer Staaten abstimmen.

Die von der deutschen Regierung befürwortete Lösung sämtlicher Streitfragen auf friedlichem Wege ist dadurch erleichtert worden, daß man in dem Entwurf auf die Unterscheidung zwischen rechtlichen und politischen Fragen verzichtet hat. Der Pariser Entwurf macht diese Unterscheidung und überweist die erstgenannten Streitigkeiten der Schiedsgerichtsbarkeit, die zuletztgenannten der Vermittlung. Der deutsche Entwurf gibt jedem Staate bei allen Streitigkeiten ein einseitiges Klagerecht vor dem internationalen Gerichtshof. An ein besonderes, im Einzelfall zusammengesetztes Schiedsgericht dürfen sich die Staaten nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen wenden. Dadurch soll eine Vereinheitlichung der Rechtsprechung gewährleistet werden. Zweifellos tritt die Bedeutung der Vermittlungsbehörde bei dieser Art der Regelung stark zurück. Denn wenn sich die Staaten auf den Vorschlag der Vermittlungsbehörde nicht einigen können, dann sind sie gezwungen, den Streitfall schiedsgerichtlich erledigen zu lassen.

Wenn nun auch diese Methode einen großen Fortschritt gegenüber der Pariser Konferenz darstellt, so müssen doch Zweifel geäußert werden, ob es richtig ist, den Staaten in fast allen Fällen jegliche Möglichkeit zu nehmen, Einfluß auf die Zusammensetzung des Gerichtshofes und des Vermittlungsrates zu gewinnen. Die Haager Institutionen hatten doch den großen Vorteil, daß die Schiedsgerichte nur aus Männern zusammengesetzt waren, die das besondere Vertrauen der Parteien genossen. Man sollte insbesondere einem ständigen Gerichtshof nicht alle Streitigkeiten überweisen, sondern den Parteien, namentlich bei Interessenkonflikten, den Weg eines besonderen Schiedsgerichtes offenlassen. Auch kann es nicht für richtig angesehen werden, daß nur solche Männer dem Gerichtshof und Vermittlungsrat angehören dürfen, die von den Regierungen vorgeschlagen sind. Es läßt sich sehr wohl ein anderer Wahlmodus denken, wonach

Digitized by Google

die vortrefflichsten Männer der ganzen Welt, gleichgültig, welchem Staate sie angehören, in dem internationalen Gerichtshof oder in den Vermittlungsrat gewählt werden.*)

Sehr bedeutsam ist ferner der Unterschied des deutschen Entwurfs gegenüber dem Pariser Entwurf bezüglich des Organes für die Weltgesetzgebung. Der Pariser Entwurf hatte lediglich einen Staatenkongreß vorgesehen. Dieselbe Auffassung hatte auch der Entwurf der „Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht" vertreten. Der Vorschlag der Reichsregierung geht weit über diese Idee hinaus. Er sieht neben dem Staatenkongresse ein Weltparlament vor und zeigt sich somit von der jüngst in Bern stattgefundenen Völkerbundkonferenz beeinflußt. Jene Konferenz hatte freilich ein Weltparlament als ausschließliches Organ der Gesetzgebung vorgesehen und die Regierungen als solche vollkommen ausgeschaltet. Die Mitglieder des Völkerparlaments sollten auch nach der Berner Resolution direkt von den Völkern gewählt werden, während der deutsche Entwurf lediglich vorsieht, daß die einzelnen nationalen Parlamente Vertreter in das Weltparlament senden. Das Weltparlament des deutschen Entwurfs soll also ähnlich organisiert sein, wie die Interparlamentarische Union.

Zur Änderung der Bundesverfassung ist nach dem deutschen Entwurf ein gemeinsamer Beschluß von Staatenkongreß und Weltparlament erforderlich. Hier zeigt sich gleichfalls ein bedeutsamer Fortschritt gegenüber den Pariser Vorschlägen. Nach der Völkerbund-Akte vom 14. Februar 1919 sollten Abänderungen des Bundesvertrages in Kraft treten, nachdem sie von sämtlichen Mitgliedsstaaten des ausführenden Rates und von ¾ der Mitglieder der Delegierten-Versammlung genehmigt worden sind. Da der ausführende Rat nach dem Pariser Entwurf vor allem aus den fünf Entente-Großmächten besteht, so sollte es in deren Hand gelegt sein, ob die Verfassung geändert werden darf.

Die in dem deutschen Regierungsentwurf durchgeführte Idee, jedem Staate gleiches Stimmrecht bei Fragen der Gesetzgebung zu gewährleisten, hat gewiß manches für sich. Aber es bedarf doch eingehender Prüfung, ob wirklich dieses System, durch das Liberia dasselbe Stimmrecht wie z. B. Holland erhält, in der Praxis durchführbar ist und nicht zu großen Unzuträglichkeiten führt. Der Pariser Entwurf drückt zweifellos die nicht zu den Großmächten gehörigen Staaten allzustark an die Wand. Der deutsche Entwurf macht den entgegengesetzten Fehler. Man wird doch wohl bei der endgültigen Regelung dieser Frage weder die Ideen des Pariser noch des deutschen Entwurfs befolgen können. Vielleicht — dies sei unter allem Vorbehalt bemerkt — liegt die ideale Lösung darin, die Frage der Gesetzgebung ausschließlich einem Weltparlament zu über-

*) Vergl. hierzu Wehberg: „Das Problem eines internationalen Staatengerichtshofs" (Bd. II der Schücking'schen Sammlung: „Das Werk vom Haag") München, 1912, bes. S. 82.

Digitized by Google

tragen, in dem keinerlei Staaten, sondern nur Vorkämpfer der Interessen der ganzen Menschheit vertreten sind.

Was die Frage der Rüstungsbeschränkung betrifft, so sollen nach dem deutschen Entwurf die Rüstungen zu Lande und in der Luft so beschränkt werden, daß nur die zur Sicherung des Landes erforderlichen Streitkräfte aufrechterhalten werden sollen. Kein Zweifel, daß diese Bestimmung des deutschen Entwurfs sehr unklar ist. Denn was zur Sicherheit des Landes notwendig erscheint, kann in verschiedenem Sinne ausgelegt werden. Besser wäre es gewesen, wenn man lediglich gesagt hätte, daß die zur inneren Sicherheit des Landes erforderlichen Streitkräfte unterhalten werden sollen. Jedenfalls aber erscheint der deutsche Vorschlag grundsätzlich idealer als die Pariser Regelung, denn nach dieser sollten die geographischen Grenzen eines Landes berücksichtigt werden. Eine solche Bestimmung würde es ermöglichen, daß einzelne Staaten unverhältnismäßig große Streitkräfte zur Verfügung haben könnten. *)

Bemerkenswert ist an dem deutschen Entwurf fernerhin, daß er Vorschriften zur Bekämpfung der Preß-Verhetzung enthält und insbesondere den Berichtigungszwang bei unrichtigen tatsächlichen Behauptungen vorsieht. Eine solche Bestimmung fehlt in dem Pariser Entwurf.

Die Bestimmungen über Verkehrsfreiheit, Schutz der nationalen Minderheiten, Arbeiterrecht und Kolonien, lehnen sich besonders stark an die Vorschläge der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht an, wie denn überhaupt ganz unverkennbar ist, daß jener private deutsche Entwurf die amtlichen Vorschläge aufs stärkste beeinflußt hat. Hervorgehoben sei, daß in dem deutschen Regierungs-Entwurf die Meistbegünstigungsklausel fehlt, die in dem Entwurf der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht enthalten ist. Die Tatsache, daß der deutsche Regierungsentwurf die Rechte der nationalen Minderheiten regelt, steht in erfreulichem Gegensatz dazu, daß der Pariser Entwurf über diese wichtigen Grundrechte schweigt.

Über die Frage, ob eine Zwangsvollstreckung stattfinden soll, entscheidet nach dem deutschen Regierungsentwurf das Vermittlungsamt. Die Zwangsvollstreckung soll auch in militärischen Maßnahmen bestehen können.

[illegible] nn man insgesamt feststellen, daß in dem deutschen Regierungsentwurf nic[illegible] on jenem Geist zu spüren ist, der in Preußen-Deutschland seit 1870/71 ge[illegible] Das vollkommene Vertrauen in eine Politik des Rechts ist aus fa[illegible] mungen des Entwurfs zu erkennen. Bei dem Pariser Entwurf ste[illegible] enden Worte zu den einzelnen Artikeln in einem scharfen Gegensatz [illegible] uch der Pariser Entwurf nicht nur einen Völkerbund zur Ver-

*) [illegible] Wehberg, Die internationale Beschränkung der Rüstungen, Stuttgart, 19 9 [illegible] 78 ff.

Digitized by Google

hütung der Kriege, sondern auch zur Schaffung einer Arbeitsgemeinschaft der Völker. Aber die Mittel, die er hierfür empfiehlt, sind durchaus unzureichend. Nach dem Pariser Entwurfe besteht die große Gefahr, daß die alten Gegensätze der Staaten in dem Völkerbund weiterbestehen bleiben, ja noch verstärkt werden. Nur der Weg, den der deutsche Entwurf vorschlägt, kann den Völkern Segen bringen. Wir wollen trotz mancher trüben Erfahrungen der letzten Monate die Hoffnung keineswegs aufgeben, daß die deutschen Richtlinien in ihren wesentlichen Punkten mit den hier vorgeschlagenen Verbesserungen zur Annahme gelangen, damit aus dem großen Plane Wilsons doch schließlich die seit Jahrhunderten ersehnte Allianz der Völker hervorgeht.

Die Prinzipien des Siegers

Von Dr. Eugen Foehr

Bevor Präsident Wilson sein Friedensprogramm aufstellte, hatten die Staatsmänner der Alliierten das Prinzip der nationalen Selbstbestimmung verkündet. In vier Kriegsjahren ließ die Entente immer wieder aufs neue erklären, daß sie für dieses Prinzip das Schwert gezogen habe und daß sie nicht eher Frieden schließen werde, als bis das Selbstbestimmungsrecht der Nationen allgemein anerkannt sei.

Aber die Alliierten erblickten in diesem Prinzip von Anfang an nur ein Kriegsmittel wie alle anderen und dachten sich seine Anwendung durchaus einseitig. Es sollte dazu dienen, Deutschland zu schwächen, Österreich-Ungarn zu zertrümmern und das Osmanische Reich aufzuteilen. Während englische und französische Staatsmänner das Schlagwort vom Selbstbestimmungsrecht der Völker im Munde führten, wurden in Irland blutige Aufstände niedergezwungen, Ägypten und Griechenland vergewaltigt. Nicht die Theorie der Ententediplomatie, sondern die Praxis der Zentralstaaten sprengte die Fesseln der unterdrückten Nationen Rußlands.

Hätte Deutschland sich rechtzeitig zum Nationalitätsprinzip bekannt und es mutig verfochten, so wäre ihm zum mindesten ein großer moralischer Erfolg beschieden gewesen. Dem ehrlichen Bekenntnis und seiner entschlossenen Durchführung standen jedoch die innere Politik Preußens, die Vielzahl dynastischer Sonderinteressen und vor allem der Habsburgische Bundesgenosse im Wege. Als die deutsche Regierung im vierten Kriegsjahre die Forderung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker sich zu eigen machte, hatte ihre Randstaatenpolitik bereits dafür gesorgt, daß diesem diplomatischen Schachzug jede Wirkung versagt bleiben mußte. Und dann ging Deutschland nach Brest-Litowsk und versetzte dem eben erst angenommenen Prinzip den Todesstoß.

Digitized by Google

Das deutsche Waffenstillstandsangebot schien endlich dem Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes zum Siege zu verhelfen. Präsident Wilson hatte auf diesem Prinzip sein Friedensprogramm aufgebaut. „Alle Fragen, mögen sie Staatsgebiet, Souveränität, wirtschaftliche Vereinbarungen oder politische Beziehungen betreffen", sollten „auf der Grundlage der freien Annahme seitens des dadurch betroffenen Volkes und nicht auf der Grundlage des materiellen Interesses oder Vorteiles irgend einer anderen Nation" geregelt werden. Sieger und Besiegte verpflichteten sich feierlich auf die Thesen des Präsidenten der Vereinigten Staaten: Der Weg zu einer neuen Weltordnung war frei.

Mit dem Abschluß des Waffenstillstandes war auch für die Entente die Zeit der diplomatischen Spiegelfechterei vorbei. Jetzt mußte sich zeigen, ob der Sieger das Prinzip der Selbstbestimmung in ehrlicher Absicht aufgestellt hatte. Es ist nicht notwendig, alle Erfahrungen der letzten fünf Monate ins Gedächtnis zurückzurufen; das deutsche Volk wird sie so rasch nicht vergessen. Was wir von den Siegern zu erwarten haben, lehrten zwei Veröffentlichungen der jüngsten Zeit: der ausführliche Havas-Bericht über die „diplomatische Lage" und der durch Reuter verbreitete revidierte Satzungsentwurf für den Völkerbund. Wenn die beiden Dokumente wirklich die endgültigen Bedingungen darstellen, die der deutschen Delegation in Versailles vorgelegt werden sollen, dann ist nicht mehr daran zu zweifeln, daß die Friedenskonferenz in Paris das Programm Wilsons verleugnet, sich gegen das Prinzip der Selbstbestimmung und für einen Gewaltfrieden entschieden hat. Wie England in der Kolonialfrage, so scheint Frankreich in den kontinentalen Territorialfragen erreicht zu haben, daß die Konferenz im Prinzip seine Forderungen anerkennt und nur noch nach Formeln sucht, die über moralische Bedenken hinweghelfen sollen. Wilson hätte dann vor Clemenceau kapituliert, und der mit großen Hoffnungen begrüßte Völkerbund würde zu einer Entente-G. m. b. H. herabsinken, deren Aufgabe es wäre, den beabsichtigten Raub für alle Zukunft zu sichern.

Wiederum droht der Sieger, das Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes zunichte zu machen. Insbesondere ist es der Geist Frankreichs, der die Pariser Konferenzen beherrscht und sie verleitet, sich über feierliche Verträge hinwegzusetzen. Man möchte uns zwar immer noch einreden, daß die Clemenceau, Pichon, Foch eigentlich ganz harmlose Leute seien, die gar nicht an eine Vergewaltigung Deutschlands dächten. Aber der Geist des siegreichen Frankreichs ist aus der Geschichte zur Genüge bekannt, und was wir bis jetzt von ihm zu spüren bekamen, spricht nicht dafür, daß die Franzosen „lediglich den Wunsch" hätten, „wirtschaftliche Abkommen über die Saarkohle zu treffen". Es soll nicht bestritten werden, daß weltpolitisch und wirtschaftlich die englische Politik für unsere Zukunft mindestens ebenso gefährlich ist wie die französische, aber es dürfte doch nachgerade kein

Digitized by Google

Zweifel mehr bestehen, daß Frankreich auf dem territorialen Streitgebiete wie in der Frage des Schadenersatzes und der deutschen Kriegsgefangenen unser unerbittlicher Hauptgegner ist. Die Motive Frankreichs, das für seine eigene Zukunft fürchtet, mögen verständlich sein; aber die Mittel, die es rücksichtslos anwenden will, bedrohen nicht nur Deutschlands Existenz, sondern den Frieden der ganzen Welt.

Frankreich ist mit einem fertigen Programm auf die Friedenskonferenz gegangen, und es hat bis jetzt noch kein Jota seiner ursprünglichen Absichten aufgegeben. Seine publizistische Propaganda war von Anfang an darauf eingestellt, die Fesseln, die Wilsons Programm auch dem Sieger anlegt, so gründlich und so rasch wie möglich wieder abzustreifen. Es war freilich nicht sehr einfach, allgemein anerkannte Rechtsbegriffe zu umgehen. Aber wie seinerzeit in Deutschland, so fehlt es auch in Frankreich nicht an Gelehrten und Politikern, die sich der Regierung für diesen Zweck zur Verfügung stellen. Der Pariser Korrespondent der „Neuen Zürcher Zeitung", der sich am Quai d'Orsay mit Pichon und Tardieu „auf dem Fuße der Ebenbürtigkeit" unterhält, hat bereits Mitte März die Befürchtung zerstreut, die führende Rolle der Juristen auf dem Friedenskongreß könnte eine „einseitige Betrachtung der Dinge" bewirken. Die Gefahr sei nicht groß, da andere Einflüsse „verhindern, daß der Versöhnungsgedanke eines Präsidenten Wilson oder das internationale Rechtsgebäude eines Léon Bourgeois gleich konkrete Wirklichkeit werden". Kein geringerer als der Philosoph Boutroux hat es übernommen, die theoretische Rechtfertigung der französischen Gewaltpolitik zu schreiben. Auch er gibt zu, daß Frankreich, das sich für die Freiheit der Völker geschlagen habe, a priori jede Kombination zurückweisen müßte, die das Recht der linksrheinischen Bevölkerung verkenne. Boutroux läßt jedoch das Nationalitätsprinzip nur „in einem höheren moralischen Sinne" gelten und stellt ihm das Prinzip der staatlichen Lebensnotwendigkeiten als ebenbürtig zur Seite. Sein „Vernunftstandpunkt" ist, daß die Staaten sich, soweit möglich, mit den Nationen decken sollen, aber anderseits auch in den Stand gesetzt sein müssen, zu dauern und sich in ihrem Wesen zu behaupten. Der Korrespondent des Zürcher Blattes versichert: „Wie der Philosoph, so sprechen in Frankreich gegenwärtig Historiker, Schriftsteller, Künstler." Unter dem Titel „La France au Rhin" haben sie der Friedenskonferenz das Ergebnis einer Umfrage überreicht. Danach bestehen Meinungsverschiedenheiten nur hinsichtlich des mehr oder weniger freien Regimes, das der rheinischen Republik zugedacht wird, und der Hoffnungen, die die Franzosen auf eine „geistige Eroberung" der linksrheinischen Bevölkerung setzen; die Abtrennung des Rheinlandes von Preußen wird aber allgemein als eine französische Existenzbedingung erklärt.

Man sieht: es gibt nichts neues unter der Sonne. Die Logik des Franzosen

Digitized by Google

Boutroux ist keineswegs eine Spezialität der französischen Wissenschaft, sie scheint vielmehr ein charakteristisches Merkmal des Siegers zu sein. Als Deutschland in den Krieg zog, stellte es das Prinzip der Selbsterhaltung auf. Solange darunter nur die Verteidigung unseres nationalen Besitzes verstanden wurde, stimmte das ganze deutsche Volk diesem Prinzip zu. Aber das siegreiche Deutschland erweiterte es allmählich zum Prinzip der staatlichen Lebensnotwendigkeiten, unter denen findige Leute fast alles begriffen, was in erreichbarer Nähe oder auch in unerreichbarer Ferne lag. Mit denselben Argumenten, deren sich heute ihre französischen Fachkollegen bedienen, haben deutsche Professoren, Juristen, Industrielle, Journalisten und auch Politiker den Besitz der flandrischen Küste, des Erzbeckens von Longwy und Briey und anderer schöner Länder als Lebensnotwendigkeit für Deutschland gefordert. Die Pariser Boulevardpresse war in den letzten Monaten unablässig bemüht, ihre Leser an die deutschen Eroberungspläne zu erinnern und nachzuweisen, wie bescheiden sich dagegen die französischen Ansprüche ausnehmen. Ein großer Unterschied wird aber an der Seine geflissentlich übersehen: die deutschen Machtträume waren durch keine Verträge behindert, während die französischen Politiker, die sich für die „Neutralisierung" des Rheinlandes, die „Zwangsverwaltung" des Saargebietes und noch einiges mehr begeistern, ihre feierliche Verpflichtung auf Wilsons Thesen gröblich verletzen.

Die beiden Prinzipien, das der nationalen Selbstbestimmung und das der staatlichen Lebensnotwendigkeiten, versagen, wenn bei der Verteilung der Beute die Sieger untereinander in Streit geraten. Für diesen Fall hat der Stärkere ein drittes Prinzip bereit: das Prinzip der kulturellen Erstgeburt. Der von André Tardieu inspirierte Korrespondent der „Neuen Zürcher Zeitung" verweist auf den italienisch-serbischen Adriastreit und meint, der Sieg der italienischen Ansprüche würde letzten Endes seine Ursache darin haben, daß Italien einen Dante und einen Michelangelo hervorgebracht hat! (Wilson scheint allerdings weder Dante und Michelangelo noch den göttlichen Gabriele d'Annunzio respektieren zu wollen.) Auch dieses Argument ist nicht neu: wir sind ihm bereits in der deutschen Randstaatenpolitik begegnet. Heute denkt man dabei unwillkürlich an das deutsche Ostmarkenproblem. Wenn irgendwo das Prinzip der kulturellen Erstgeburt für Deutschland entscheiden müßte, dann doch wohl in dem deutsch-polnischen Grenzstreit, wo es sich um altes deutsches Kulturland handelt und auch die Prinzipien der nationalen Selbstbestimmung und der staatlichen Lebensnotwendigkeiten für die Erhaltung des deutschen Besitzstandes sprechen. Aber nein: an das Land Dürers, Luthers, Goethes, Kants und Beethovens haben die Ententepolitiker, die das Prinzip

Digitized by Google

der kulturellen Erstgeburt aufstellten, nicht gedacht, denn Deutschland ist besiegt und Polen ist das Land Paderewskis!

Es kann nun gar keine Frage sein, daß die politischen Prinzipien der Entente, wenn sie auch für Deutschland Geltung haben sollten, sich gegen ihre Urheber wenden würden. Das Prinzip der nationalen Selbstbestimmung spricht gegen die abstimmungslose Annexion von Elsaß-Lothringen und Posen, gegen den Raub des Saargebietes und Westpreußens, gegen die „Neutralisierung" des Rheinlandes, gegen die Auslieferung Deutsch-Böhmens an Tschechien und Deutsch-Südtirols an Italien, gegen die Isolierung Deutschösterreichs. Das Prinzip der staatlichen Lebensnotwendigkeiten spricht für die ungeschmälerte Erhaltung des deutschen Besitzstandes, für die Rückgabe der deutschen Kolonien, für die Beschränkung der deutschen Zahlungspflicht auf das unbedingt notwendige. Das Prinzip der kulturellen Erstgeburt spricht in Posen und Oberschlesien, in West- und Ostpreußen, im Rheinland, Saargebiet und Elsaß, in Nordböhmen und Südtirol und in den Kolonien für Deutschland. Aber zur Wahrung deutscher Interessen sind diese Prinzipien nicht bestimmt, sie sollen ausschließlich der moralischen Rechtfertigung der feindlichen Ansprüche dienen. Nur in der Kolonialfrage läßt sich keines auf die Entente anwenden. Darum hat britischer Erfindungsgeist für diesen besonderen Zweck ein besonderes Prinzip geschaffen: das Prinzip der Zivilisation. Wir wissen, daß es um dieses Prinzip nicht besser bestellt ist, als um die anderen, und daß auch es nur der Verschleierung von Annexionsabsichten dient. Letzten Endes laufen die sämtlichen Prinzipien der Entente auf dasselbe Prinzip hinaus: auf das Prinzip der Gewalt.

Mit dem Prinzipienreichtum der Entente kann Deutschland nicht konkurrieren. Aber es ist doch imstande, gegen diese Fülle von Prinzipien den Kampf aufzunehmen. Auch ihm ist ein Prinzip geblieben, das in der Kulturwelt immer noch hohe Achtung genießt: das Prinzip des Rechts. Es ist nicht mehr das siegreiche Deutschland, das sich auf sein Recht beruft und es durch Gewalt zu erzwingen sucht; es ist das besiegte Deutschland, das der Gewalt das Recht entgegenstellt. Und wir fordern nicht ein Recht, das nur wir selbst dafür halten, sondern wir fordern ein Recht, das allgemein anerkannt ist: das Recht auf Vertragstreue. Wir haben uns mit unseren Gegnern auf das Programm Wilsons als Friedensgrundlage geeinigt und wir bestehen auf unserem Schein. Es darf in keinem Augenblick zweifelhaft sein, daß Deutschland jede Forderung ablehnen wird, die nicht mit Geist und Wortlaut der Thesen des Präsidenten der Vereinigten Staaten übereinstimmt. Je fester wir an diesem Prinzip halten, desto sicherer wird sein Sieg sein. Das Recht muß uns doch bleiben!

Digitized by Google

Kontinentalpolitik

Von Axel Schmidt

Man muß es unseren Englandhassern lassen, Energie besitzen sie. Auch jetzt noch wollen sie ihren Kampf nicht aufgeben, sondern versuchen mit allen Mitteln, die deutsche Politik auch in Zukunft im antienglischen Fahrwasser festzulegen. Sie besitzen bekanntlich Vertreter in allen Lagern. Vom konservativen Hoetzsch geht ihre Einheitsfront über den „Demokraten" Bernhard, der à la suite bei den Unabhängigen steht, zu den Mehrheitssozialisten Kaliski und Cohen-Reuß. Wie zu Anfang des Krieges besonders der rechte Flügel dieser Front für einen Separatfrieden mit Rußland, namentlich zur Zeit des Ministers Protopopow schwärmte, wird jetzt vom linken Flügel für einen Zusammenschluß der Kontinentalmächte Propaganda gemacht. Nur auf dem Höhepunkt des Weltkrieges haben die Englandhasser den direkten Kampf gegen das britische Reich vermittels des U-Bootkrieges vorgezogen, der uns Amerika zum Gegner machte und damit die Entscheidung des Weltkrieges brachte. Jetzt hat diese Richtung sogar den Rätekongreß als geeigneten Boden ausersehen, um einen Vorstoß gegen England zu unternehmen. Die Mehrheitssozialisten Kaliski und Cohen-Reuß brachten einen Antrag ein, der das Bedauern über eine Politik aussprach, die einen „kontinental-europäischen Zusammenschluß und damit die wichtigste Voraussetzung eines sozialistischen Völkerbundes unmöglich" mache. Cohen-Reuß hat sich in der „Vossischen Zeitung" sogar nicht entblödet, Elsaß-Lothringen bedingungslos den Franzosen preiszugeben, weil „die Sprache zwar alemannisch, die Gesinnung aber französisch sei". Mit recht nagelt der Mehrheitssozialist Lensch in der „Glocke" diese unwürdige Haltung mit den Worten „für einen deutschen Sozialdemokraten ist solch ein Sprüchlein empörend" fest. Und in der aus Englandhaß „franzosenfreundlichen" „Voss. Ztg." hat solch eine Gesinnungslosigkeit Unterkunft gefunden.

Wir wollen hier ganz davon absehen, daß Frankreich und Belgien, die die ganze Schwere des vierjährigen Weltkrieges auf ihren Schultern tragen mußten, naturgemäß am wenigsten geneigt sind, jetzt kühlen Erwägungen zugänglich zu sein, die zudem überhaupt dem französischen Temperament wenig zusagen. Dazu kommt, daß augenblicklich Poincaré und Clémenceau am Ruder sind, die seit jeher den Gegensatz zu Deutschland und die Hinneigung zu England vertreten haben, als Jaurès noch den Versuch machte, über die Schweiz direkte Verbindungen mit Deutschland anzuknüpfen. Wir haben für Poincarés kriegstreiberische Gesinnung aus der Zeitung „Rjetsch" ein beredtes Zeugnis. Als nämlich Poincaré kurz vor Ausbruch des Krieges in Petersburg weilte, schrieb das Blatt

Digitized by Google

der Kadetten, das damals noch nicht vom Kriegsfieber ergriffen war, sehr scharfe Artikel gegen Poincarés Verschwörerpolitik. Einer dieser Artikel erinnerte daran, daß „die letzte Rüstungswelle von der Zeit herstamme, wo Poincaré Minister des Äußeren" gewesen sei.

Aber die jetzt beliebte Kontinentalpolitik hat nicht nur eine französische Vorder- sondern auch eine russische Rückseite, die für Deutschlands zukünftige Politik geradezu verhängnisvoll werden könnte. Eine Kontinentalpolitik, die ihren Gegensatz zur angelsächsischen Welt sucht, hat natürlich nur Sinn, wenn sie sich auf ein starkes Rußland stützt. Die Vertreter dieses Gedankens schwärmen daher für die Wiederherstellung des „einigen unteilbaren Rußland". Damit würde nicht nur mit leichter Hand der einzig bleibende Erfolg des Weltkrieges, die Beseitigung der „russischen Gefahr" liquidiert, sondern auch der beste Trumpf, den Deutschland bei den Friedensverhandlungen in Händen hat, wertlos gemacht werden. Mit dem Losungswort: Selbstbestimmungsrecht der Völker haben wir die Finnen, Esten, deren Ministerpräsident Poska noch kürzlich die absolute Notwendigkeit der Trennung des Estenstaates von Großrußland betont hat, die Weißrussen, Litauer und Ukrainer gewonnen, die auch nach der deutschen Niederlage durchaus nicht mit fliegenden Fahnen ins Ententelager übergegangen sind, sondern nach wie vor, zum Teil aus Gegensatz zu Polen, insgesamt aber als Rückendeckung gegen großrussische Appetite auf Deutschland um so mehr hoffen, als es als nächster Großstaat wirtschaftlich von größter Bedeutung bleiben wird. Sobald wir diese Losung fallen lassen und statt dessen mit Großrußland gemeinsame Sache machen — ganz gleich, ob es bolschewistisch bleibt, bürgerlich oder sogar zaristisch wird — wären alle diese Staaten genötigt, sich der „russischen Gefahr" wegen, nach einem anderen Bundesgenossen umzusehen. Der ukrainische Publizist Donzow, der auch dem deutschen Publikum durch einige Broschüren nicht unbekannt ist, hat kürzlich in ukrainischer Sprache eine Schrift veröffentlicht, die mit großer Klarheit diese Frage erörtert. Der Artikel von Donzow „Föderation der Selbständigkeit" wird in Nr. 5 der Zeitschrift „Ukraine" *) erscheinen. Wir sind schon heute in der Lage, unseren Lesern ein Zitat daraus zu bieten:

„Die einzige für uns mögliche reale Richtlinie unserer Politik ist demnach weder die Föderation noch irgendeine Anlehnung, — sondern nur eine Zusammenarbeit mit demjenigen, der im gegebenen Augenblick die Republik vor der Revanche seitens Rußlands schützt. Diese Macht ist gegenwärtig Deutschland, morgen kann sie es vielleicht schon nicht sein: wenn Rußland, vom Westen durch Deutschland, vom Osten durch Japan abgeschnitten, sich ein „warmes Meer" in der indischen Bucht suchen wollte — könnte zwischen ihm und Deutschland sich sogar eine Freundschaft auf der Grundlage des gemeinsamen Antagonismus

*) Verlag Dorendorf und Dresel, Hamburg.

Digitized by Google

gegen England herausbilden. In solch einem Falle könnten wir mit Deutschland nicht denselben Weg gehen.

Die andere Macht, mit der wir uns gegen Rußland verbinden könnten, ist Großbritannien, da Rußland ihm immer im Wege stand. Und sogar in diesem Kriege nahm es wiederholt, z. B. in der polnischen und in der Meerengenfrage — eine Stellung ein, die man keineswegs als wohlwollend gegenüber Rußland bezeichnen konnte. Indem es in den Krieg eintrat, strebte England mit der ihm eigenen Weitsichtigkeit nach zwei Zielen, einem offiziellen und einem nichtoffiziellen. Ersteres war — die Schwächung Deutschlands, das zweite — die Schwächung Rußlands. Die jetzige Lage der Ukraine schließt für es die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit England nicht aus. Einerseits kann die Ukraine die Ausdehnung Rußlands bis zum Schwarzen und Mittelländischen Meere, d. h. bis nach Ägypten aufhalten, anderseits bis nach Persien, d. h. nach Indien. England verstand und versteht sich zu gut auf die Schaffung der wichtigen Rolle der Pufferstaaten (wie Belgien!), um für sich nicht alle Folgerungen aus der geographischen Lage der ukrainischen Republik zu ziehen. Wie wir sehen, eröffnet uns die internationale Lage der Republik die verschiedenartigsten Perspektiven. Sie darf aber nur mit dem zusammenarbeiten, der in seinem politischen Interesse sich hinreichend mit dem Gedanken abfindet, daß Rußland als solches nicht existiert, und daß im Süden desselben ein neuer Staat entstanden ist, welcher seine Souveränität nicht aufgeben und keine engere Verbindung mit der ehemaligen Metropole eingehen wird. Mit diesem Gedanken will sich Frankreich nicht aussöhnen, da ihm ein „Großes Rußland" nötig ist, welches via Warschau und Kijew als Sturmbock gegen Deutschland dienen könnte. Möglich aber, daß sich England, wie ich bereits bemerkte, dereinst mit diesem Gedanken aussöhnen wird."

Die Vorliebe Cohen-Reuß' und Kaliskis für den einstigen russischen Staat ist aber für sie, als Sozialisten eine direkte Verirrung ihres politischen Gefühls. Denn es geht einfach nicht an, im eigenen Staat den Kapitalismus bekämpfen zu wollen, und beim Nachbar die kapitalistische Ausnutzung der Randvölker durch den Zentralstaat gutzuheißen. War doch der frühere russische Staat nichts anderes als ein riesiges kapitalistisches Unternehmen zur Ausbeutung der unterjochten Fremdvölker. Angefangen von den Finnländern bis hinunter zu den Ukrainern und Kaukasiern. Diesen Staat wieder herstellen, würde also nichts anderes bedeuten, als eine kapitalistische Trutzburg neu aufzurichten, dem nicht der einzelne Arbeiter, sondern ganze Völker fronden müßte. Ob dabei im wiederhergestellten russischen Weltreich ein Zar, die bürgerliche Demokratie oder der Bolschewismus am Ruder wäre, ist gleichgültig, weil alle ihr imperialistisches Herz schon gezeigt haben. Das imperialistische Schuldkonto des Zarismus liegt für alle offen zutage. Von der bürgerlichen Denkungsweise genügt es, an ihren Führer, den Kadetten Miljukow zu erinnern, der zu Anfang des Krieges Ostpreußen und Konstantinopel beanspruchte und selbst als Flüchtling vor den Bolschewisten der „Ukraine nicht einmal die Vorrechte Bayerns" zuerkennen wollte. Aber auch die Bolschewisten sind ja, wie jetzt endlich selbst in Deutschland erkannt wird,

Digitized by Google

Annektionisten nur mit umgekehrten Vorzeichen, die das Selbstbestimmungsrecht der Völker als „bourgeoisiehaft, reaktionär und nationalistisch" ablehnen und überall mit Gewalt die Sowjetregierung aufrichten.

Ich habe schon im Jahre 1916 die Russenfreundlichkeit der Englandhasser als „englische Krankheit" bezeichnet. Heute muß man schon weiter gehen und von Monomanie sprechen. Sonst könnte man nicht im Augenblick, wo Clémenceau am Ruder ist, sich würdelos Frankreich anbieten oder Rußland wieder herstellen wollen, ohne Rücksicht darauf, daß man dadurch Wilsons vierzehn Punkte, deren Rückgrat doch das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist, zunichte macht, indem man das Seinige dazu tut, die junge Freiheit der Ukrainer und Weißruthenen, der Litauer, Esten und Finnen wieder unter die russische Knute zu beugen. Man glaubt, hiermit höchste Realpolitik zu treiben. In Wirklichkeit aber besorgt man nur die Geschäfte Englands, weil sich all diese jungen Staatswesen dann unter englischen Schutz stellen würden. Rußland hätten wir durch solch eine Politik zwar nicht wieder hergestellt, dafür aber Englands weltpolitische Stellung endlich gestärkt und dazu noch die Sympathie der Randstaaten für ewige Zeiten verscherzt.

Prinz Max und die Abdankung des Kaisers

Von Fürst Ernst zu Hohenlohe-Langenburg

Fürst Ernst zu Hohenlohe-Langenburg übersendet uns die nachfolgenden Ausführungen mit der Bitte um ihren Abdruck, der wir gerne entsprechen. Die „Kreuzzeitung", in der Prinz Max angegriffen war, hat ihre Aufnahme bezeichnenderweise abgelehnt. Die Schriftleitung.

In der Presse sind in jüngster Zeit zahlreiche Auslassungen erschienen, in denen das Verhalten des Prinzen Max von Baden in der Abdankungsfrage angegriffen wurde.

Es ist nicht meine Absicht, in eine sachliche Untersuchung seiner Politik einzutreten; hierzu bedürfte es eines viel eingehenderen Materials über die Vorgänge in jenen entscheidungsschweren Stunden, als es mir zur Verfügung steht. Nachdem aber die Angriffe das sachliche Gebiet überschritten haben und — mit besonderer Schärfe in dem in Nr. 141 der „Kreuzzeitung" vom 28. März 1919 (Abend-Ausgabe) erschienenen Artikel des Prinzen Friedrich Wilhelm zur Lippe „der Schandfleck auf dem Hause Zähringen" — die ehrenrührige persönliche Anklage gegen den Prinzen Max erhoben worden ist, er habe Verrat am Kaiser geübt, halte ich es für meine Pflicht, mich über den Charakter eines Mannes zu äußern, dem ich seit 40 Jahren nahestehe.

Digitized by Google

Alle, die den Prinzen näher kennen, werden den gegen ihn erhobenen Vorwurf des Verrats nicht ernst nehmen. Die Fernerstehenden aber möchte ich daran erinnern, unter welchen Umständen er Anfang Oktober v. Js. den Kanzlerposten übernahm. Die Oberste Heeresleitung hatte den Zusammenbruch aller ihrer militärischen Hoffnungen der Regierung mitgeteilt und das furchtbare Wort gesprochen: „Der Kampf muß abgebrochen werden." Im deutschen Volke, das durch Hunger, jahrelange Entbehrungen und Enttäuschungen aller Art zermürbt war, verbreiteten sich Unwille und Bestürzung. Politischer Ehrgeiz konnte in einem solchen Augenblick höchster Not für keinen Menschen das Motiv zur Übernahme der Kanzlerschaft bilden, am allerwenigsten für den Thronfolger eines deutschen Bundesstaates, der, so wie damals noch die Dinge lagen, mit einer gesicherten ehrenvollen Zukunft im eigenen Heimatstaat rechnen konnte und wußte, daß ein mehr als wahrscheinlicher Mißerfolg als Kanzler in dieser furchtbaren Schicksalsstunde des Deutschen Reiches auch für ihn als künftigen Bundesfürsten die schwersten Folgen haben mußte.

Wer sich dies alles vergegenwärtigt, mag er auch politisch der schärfste Gegner des Prinzen Max sein, der wird, wenn er ehrlich ist, sich sagen müssen, daß ein Mann in solcher Lage nur unter den schwersten inneren Kämpfen sich zu dem Entschluß durchringen konnte, die Last der Verantwortung auf sich zu nehmen, und daß dieser Entschluß für den Prinzen in seiner besonderen Lebensstellung mehr als für jeden Berufspolitiker ein hartes Opfer bedeutete. Bei der Übernahme der Kanzlerschaft konnte für Prinz Max nur der Gedanke maßgebend sein, daß er sich der Pflicht nicht entziehen dürfe, das Ansehen seines Namens und seines Programms zur Anbahnung einer Aussprache mit unseren Feinden in den Dienst des Vaterlandes zu stellen.

Wer sich trotz eines solchen Beweises opferfreudiger Vaterlandsliebe für berechtigt hält, ehrenrührige Anklagen gegen den Prinzen vorzubringen, der hätte zum mindesten die Pflicht, nicht auf Grund einseitiger Informationen seine Verdächtigungen in die Öffentlichkeit zu tragen, sondern abzuwarten, bis auch die Gegenseite zu Worte gekommen ist. Der Prinz hat bisher auf die gegen ihn gerichteten Angriffe nichts erwidert. In seiner Erklärung vom 21. März 1919 hat er ausgesprochen, daß er aus nationalen Gründen erst nach dem Friedensschluß sich auf Grund des ihm zu Gebote stehenden Materials öffentlich werde verteidigen können. Diese Zurückhaltung und Selbstüberwindung verleiht ihm im Namen des politischen Anstandes den Anspruch darauf, daß seine Gegner mit Provokationen warten, bis die von ihm in Aussicht gestellte öffentliche Aufklärung erfolgt sein wird.

Digitized by Google

Bismarcks auslandspolitisches Erbe

Von * * *

Von allen Schmerzen, unter denen heute ein deutscher Patriot zu leiden hat, brennt keiner heißer als das Bewußtsein, daß die Schöpfung des großen Bismarck in Trümmern liegt und die Feinde auch den Schöpfer höhnen, als sei sein Werk auf Gewalt gebaut und deshalb einem verdienten Schicksal anheimgefallen. Nun, zum Frohlocken ist die Zeit noch nicht reif; denn wir stehen vielleicht nicht am Ende der russischen, auch nicht bloß inmitten der deutschen, sondern am Anfang einer europäischen Revolution. Wer vermöchte da vorauszusagen, ob die Früchte des Sieges nicht am Ende faulen werden, bevor sie dem Sieger in den Schoß fallen? Es ist daher auch vom Standpunkt der Franzosen verfrüht, vom Walten einer Nemesis zu reden, abgesehen davon, daß die Geschichte ihnen auch weiter die Gewaltpolitik eines Ludwig XIV. und Napoleon entgegenhalten wird und Carlyle unser unparteiischer Zeuge bleibt.

Eine andere Frage ist die, ob der große Baumeister des Reichs auch sein Gebäude vor den höheren Gewalten des Unwetters oder des menschlichen Unverstandes geschützt hat. Und das dürfen wir bejahen. Er hat es getan, soweit das Vermögen eines Menschen über den Tod hinaus reicht. Nicht nur das Gebäude war fest gefügt, sondern er hat auch in Wort, Schrift und Tat gezeigt, wie es erhalten werden könne. Aber, Gott sei es geklagt, an der Hand dieser Quellen werden wir entdecken, daß die deutsche Politik vor dem großen Kriege — obschon in ihren Zielen durchaus bismarckisch, insofern sie der Aufrechterhaltung des Friedens dienen wollte — sich in der Wahl der Mittel vergriff, *während des Krieges dagegen sowohl in der Wahl der Mittel, wie in den Zielen, die Bahnen Bismarcks mehr und mehr verließ.*

Was war denn die *Politik des Fürsten Bismarck Frankreich gegenüber*? Er wollte es von dem Vogesenloch ablenken, unterstützte daher die französische Kolonialpolitik, wo er nur konnte, und suchte damit den Ehrgeiz unseren unruhigen Nachbarn zu beschäftigen und gewissermaßen zu entschädigen. „Und nun tun Sie das Gegenteil," so äußerte sich einmal der kluge luxemburgische Minister Eyschen.

Und wie dachte der große Kanzler über *das deutsch-russische Verhältnis*? Unsere öffentliche Meinung, besonders deren rechter Flügel, kennt in der Regel nur den berühmten Draht mit Rußland als das A und O bismarckischer Regierungsweisheit. Dieses Verhältnis ist aber zum Teil gründlich mißverstanden worden. Denn nach der Ansicht dessen, der den Draht so meisterlich handhabte, galt es nicht, einem bewährten Freunde die Treue zu halten, sondern vielmehr einen unzuverlässigen Nachbarn zu neutralisieren, ihn zu verhindern,

Digitized by Google

ins feindliche Lager überzugehen. Im Jahre 1879 schrieb Bismarck an den König von Bayern: „Ich kann mich der Überzeugung nicht erwehren, daß der Friede durch Rußland, und zwar nur durch Rußland, in Zukunft bedroht ist", — und im Jahre 1888 beklagt er sich vor dem Reichstag darüber, daß Rußland einem alten Freunde die Tür gewiesen habe. Der vielbesprochene und überschätzte Rückversicherungsvertrag war hiernach zwar ein Hemmnis für Rußland auf dem Wege einer deutschfeindlichen Politik, als sicheres Friedensunterpfand kann er bei dem skrupellosen Charakter der russischen Politik und der Dehnbarkeit der Begriffe, Angriffs- und Verteidigungskrieg, nicht angesehen werden.

Auf viel sicherer [illegible] ruhte nach Bismarck unser Verhältnis zu England. In dem erwähnten Brief an den König von Bayern vom Jahre 79 heißt es zur Rechtfertigung des deutsch-österreichischen Bündnisses: „Das Deutsche Reich im Bunde mit Österreich-Ungarn wird der Anlehnung an England nicht entbehren". Ja, als dies Bündnis sich zum Dreibund erweitert hatte, schloß Italien — nicht ohne Mitwirkung Bismarcks — mit England ein Mittelmeerabkommen. Und am 28. Januar 1889 erklärte der Reichskanzler: „Ich halte in kolonialen Fragen an der Übereinstimmung mit England fest; ich betrachte England als den traditionellen Bundesgenossen, mit dem wir seit 150 Jahren keine strittigen Punkte haben. Und wenn mir nachgewiesen würde, daß ich diese Fühlung verlieren könnte, würde ich innehalten und den Verlust zu verhüten suchen." Das sagte er nicht als Gegner der Kolonialpolitik, sondern in ihrem Interesse, denn er wünschte die Etappen zu sichern, bevor er weiterging, und wollte deshalb kolonialen Zuwachs erhandeln, nicht ertrotzen. Dies Vertrauensverhältnis zu England lag auch im Interesse des Dreibundes. Denn Österreich-Ungarn brauchte England als Gegengewicht gegen die russische Balkanpolitik, Italien aber brauchte England gegen die Ansprüche Frankreichs im Mittelmeer.

Vollends entscheidend ist der Brief Bismarcks an Lord Salisbury vom 22. November 1887, in dem Bismarck ein deutsch-englisches Bündnis anregt und in dem es (nach der Veröffentlichung bei Hammann, zur Vorgeschichte des Weltkrieges, S. 157/158) heißt:

Österreich und England haben in aufrichtiger Weise den status quo des Deutschen Reiches anerkannt und haben kein Interesse, dasselbe geschwächt zu sehen. Frankreich und Rußland dagegen scheinen uns zu bedrohen: Frankreich, indem es den Traditionen der letzten Jahrhunderte treu bleibt, wo es sich als den beständigen Feind seiner Nachbarn erwiesen hat, und infolge des französischen Nationalcharakters; Rußland, indem es heute Europa gegenüber die für den europäischen Frieden beunruhigende Haltung einnimmt, welche Frankreich unter den Regierungen Ludwigs XIV. und Napoleons I. kennzeichnete. Es ist auf der einen Seite der slawische Ehrgeiz, der die Verantwortung

Digitized by Google

für diesen Zustand der Dinge trägt; andererseits muß man die Gründe für die herausfordernde Haltung Rußlands und seiner Armeen in den innerpolitischen Fragen suchen: Die russische Umsturzpartei erhofft von einem auswärtigen Kriege die Befreiung von der Monarchie; die Monarchisten im Gegensatz erwarten von demselben Krieg das Ende der Revolution. Man muß auch das Bedürfnis in Betracht ziehen, eine müßige und zahlreiche Armee zu beschäftigen, den Ehrgeiz ihrer Generale zu befriedigen und die Aufmerksamkeit der Liberalen, welche Verfassungsänderungen verlangen, auf die auswärtige Politik abzulenken.

Angesichts dieser Sachlage müssen wir die Gefahr, unseren Frieden von Seiten Frankreichs und Rußlands getrübt zu sehen, als eine beständige erachten. Unsere Politik wird daher notgedrungenerweise dahin zielen, uns Bündnisse zu sichern, welche sich uns, angesichts der Möglichkeit, gleichzeitig unsere beiden mächtigen Nachbarn bekämpfen zu müssen, darbieten.

Als die ersten Windstöße die deutsch-englischen Beziehungen beunruhigten, fing auch das ruhige Licht des Dreibundes zu flackern an. Italien suchte sich mit Frankreich zu vertragen und gab Tunis preis, Österreich-Ungarn suchte den Weg direkter Verständigung mit St. Petersburg. Und so ging es weiter, bis die Kriegserklärung Englands an Deutschland dem Dreibund das Lebenslicht ausblies. Die verlästerte deutsche Diplomatie — nur muß man zwischen der Berichterstattung der Peripherie und der Entscheidung des Zentrums scharf scheiden — hat es an Warnungen nicht fehlen lassen; in der Schule Bismarcks groß geworden, konnte sie darauf hinweisen, daß die Rückendeckung, welche der Dreibund nach der Absicht seines Schöpfers an England fand, mehr und mehr zu schwinden begann. Hatte doch der verhältnismäßig sehr dreibundtreue Marquis Rudini einst geklagt, die deutsch-englischen Reibungen machten den Dreibund für Italien so gut wie illusorisch.

Wenn man sich in Berlin über die Bismarcksche Vorsicht, den „cauchemar des coalitions", wie Graf Schuwaloff sie genannt hatte, hinwegsetzte, so war die treibende Kraft solcher Kühnheit nicht der Reichskanzler, sondern die stärkere Natur des Leiters des Reichsmarineamts, des Schöpfers unserer von der Zustimmung, ja Begeisterung aller führenden Kreise getragenen Flottenpolitik.

Fürst Bismarck hat nicht mehr den tragischen Wendepunkt unserer Politik, wohl aber noch einige Vorboten erlebt. Auf derartige Symptome bezieht sich eine im Gespräch gefallene, von Maximilian Harden noch zu Lebzeiten des Fürsten veröffentlichte Äußerung: Als der Reichskanzler Fürst Hohenlohe im Reichstag einmal ausgeführt hatte, daß wir eine starke Flotte haben müßten, die auf hoher See dem Angreifer entgegentreten könne, bemerkte Bismarck dazu: „Ich möchte wissen, an welchen Angreifer hier gedacht wird, hoffentlich nicht an einen, der es erst werden könnte, wenn undeutsche Prestigesucht und eine als Feindschaftszeichen zu deutende eilige Seerüstung ihn einer gegen uns gerichteten Koalition zutrieben."

Digitized by Google

Und wie er Koalitionen zu verhüten verstand, so war es auch sein Bemühen, zentrifugale Bestrebungen niederzuhalten. Sollte er nicht an Belgien gedacht haben, wenn er schreibt: „Die Achtung vor den Rechten Dritter wird dem Deutschen Reich dadurch erleichtert, daß wir eine Erweiterung unseres unmittelbaren Gebietes nicht vertragen könnten, ohne die zentrifugalen Elemente im eigenen Lager zu stärken."

Mit Berührung der belgischen Frage sind wir aus der Vorgeschichte des Krieges in diesen selbst getreten und damit in eine ununterbrochene Kette von Handlungen, welchen man getrost die Überschrift geben kann: „Verleugnung Bismarcks und seiner Weisungen". Antibismarckisch war es, einen Zweifrontenkrieg zu führen, dabei aber die politische Leitung insofern auszuschalten, als die vornehmlich politische Frage, an welcher Front die Entscheidung zu suchen sei, ausschließlich dem Feldherrn überlassen blieb. Antibismarckisch war auch die Wahl der Kampfesmittel; denn die Kunst des großen Staatsmannes gipfelte im Kriege darin, die Brücken offenzuhalten, welche zum künftigen Frieden führen; aber die Verwüstungen in Nordfrankreich — es ist hierbei belanglos, wie viel durch uns, wie viel durch den Feind selbst geschah — die U-Boote und Zeppeline haben diese Brücken zerstört. Antibismarckisch war ferner die Formulierung der Kriegsziele; denn die Forderung der flandrischen Küste — man nannte das „reale Garantien" — lockte uns immer weiter von jenem notwendigen Ausgangspunkt des furor teutonicus, der sittlichen Grundlage, fort, auf der wir in unserem heiligen Kriege gegen Rußland standen, immer weiter von jenem festländischen Boden, welcher uns die Überlegenheit unserer Landmacht sicherte. Wir glichen dem Hunde in der Fabel, der ein sicheres Stück Fleisch aus dem Maule verliert, weil er nach dem Trugbild im Wasser schnappt. Und doch hatte unser großer Lehrmeister in den Kriegen von 66 und 70 so untrüglich gelehrt, daß, wenn man einen Krieg gewinnen und dauerhafte Erfolge sichern will, man sowohl in der Zeit wie in den Zielen Maß halten muß. So wenig, wie er den Grundsatz „viel Feind, viel Ehre" im Gebiete der Politik gelten ließ, so wenig wäre es ihm in den Sinn gekommen, mit der Parole „Siegen oder untergehen" das Wohl von 70 Millionen auf eine Karte — auf das U-Boot — zu setzen. Endlich würde er sich gefragt haben: „Sind nicht die Grundmauern wichtiger als die Fassade?", mit andern Worten: „Ist nicht das Kompromiß mit den westlichen Gegnern besser, als die Revolution und der Ruin?" Denn staatsmännischer Sinn sieht Menschen und Dinge wie sie sind, nicht wie sie sein sollten; er hütet sich daher nicht minder vor Überschätzung der Heimat, wie vor Unterschätzung des Feindes. Dem Vernichtungswillen des letzteren — und wir leugnen, daß er vor dem Jahre 1917 überhaupt unerbittliche Formen angenommen hatte, ja annehmen konnte — weiß er ebenso auszuweichen, wie er den Kräften der Zersetzung im Innern, der

Digitized by Google

wachsenden Unzufriedenheit der einen, den sich steigernden Ansprüchen der andern, vorzubeugen versteht. Was Otto von Bismarck weiter kennzeichnet, ist nicht bloß der weite Blick und eiserne Wille, sondern auch der sittliche Ernst des Staatsmannes, dessen Opportunismus Halt macht, wenn es gilt, den Kern des Baumes gesund zu erhalten. Er hätte sich deshalb schwerlich an den Tisch von Brest-Litowsk gesetzt. Denn durch diesen Friedensschluß mit Anarchisten gingen wir gleichsam ein Verhältnis mit einer kranken Dirne ein, welche stirbt, nachdem sie uns vorher vergiftet hat.

Und so müßte denn Fürst Bismarck denen, welche heute mit seinem Namen die Fehler der Ära Tirpitz-Ludendorff umhüllen wollen, zurufen: „Du gleichst dem Geist, den du begreifst, nicht mir."

Aber was nun? Soll wirklich das Deutsche Reich aus dem Rat der Völker ausgeschieden sein, weil alldeutscher Leichtsinn es tollkühn preisgab, revolutionäre Gewissenlosigkeit es mutwillig verwüstete? Es hatte doch nicht bloß äußeren Glanz, sondern inneren Kern; es genoß nicht bloß eine Macht — sondern auch eine Vertrauensstellung in der Welt. Maeterlinck hat Deutschland einst das Gewissen Europas genannt, und wer im Ausland gelebt hat, weiß, was diese Stellung zu bedeuten hatte, welche der deutschen Stimme Gehör, deutscher Arbeit verdienten Gewinn schaffte. Wir wollen die Hoffnung aufrechterhalten, daß jener gesunde Kern des deutschen Stammes noch nicht erstorben ist und die Stürme des Massenwahnsinns überdauern wird. Die Verarmung, welcher wir entgegengehen, ist der Wiedergeburt nicht hinderlich, fördert vielmehr die Arbeit, durch welche allein wir dem deutschen Namen wieder Kredit verschaffen können. Aber es bedarf weiser gärtnerischer Pflege, um die gesunden Säfte wieder in Bewegung zu setzen. Gott schenke uns Führer, welche mit Bismarcks Mut auch seine Vorsicht paaren, und wie einst Stein an Friedrich den Großen anknüpfte, so auch künftig die Verbindung zur großen Epoche Wilhelm I. wieder finden.

1807 und 1919

Von Prof. Dr. G. Roloff (Gießen)

Als Tiefpunkte in der neueren Geschichte Deutschlands haben bisher stets der Schluß des Dreißigjährigen Krieges und der Friede von Tilsit gegolten, und oft wird daher die heutige Lage mit der damaligen verglichen. Indessen die Vergleichsmomente mit der Epoche des Westfälischen Friedens sind nur äußerlicher Natur. Damals war nicht ganz Deutschland durch eine große Koalition fast der gesamten Welt überwunden worden; keine soziale und politische Revolution hatte die Staatsautorität zerbrochen und Arbeitsscheu und Demoralisation hervorgerufen; Deutschland stand nicht in der Gefahr, in seinem wirtschaftlichen und

Digitized by Google

politischen Leben durch eine Phalanx feindseliger Rivalen dauernd gefesselt zu werden, und die deutsche Nation endlich war in sich weit weniger differenziert und bei ihrer ungleich stärkeren agrarischen Grundlage nicht entfernt in demselben Grade auf den Verkehr mit dem Auslande angewiesen wie heute. Diese größere Einfachheit der sozialen und wirtschaftlichen Struktur gewährte in der Heilung der Wunden manche Erleichterungen, die uns heute fehlen. Vor allen Dingen gab es auch einige deutsche Länder, die nicht nur ungehemmt vom Auslande nach der Maßgabe ihrer natürlichen Kräfte ihre Wirtschaft pflegen konnten, sondern auch im Kriege eher eine Stärkung als eine Schwächung ihrer Staatsgewalt erfahren hatten und im Aufblühen begriffen waren. Selbständige auswärtige Politik war ihnen nicht verwehrt, da ihnen — im stärksten Gegensatz zu heute — im Auslande mächtige Staaten durch eigenes Interesse nahestanden oder gar verbunden waren.

Näher liegt der Vergleich mit 1807. Damals mußte in der Tat Deutschland das Gesetz vom Auslande annehmen. Mochte auch Süd- und Westdeutschland mit dem siegreichen Frankreich verbunden sein und äußerlich an dem Siege über Preußen teilnehmen, Selbständigkeit kam ihm doch nicht zu. Wirtschaftlich wie politisch mußten sich Napoleons deutsche Bundesgenossen nach seinen Befehlen richten, mit ihrem Blute seine Schlachten schlagen, mit ihrer Arbeit und ihrem Gelde den Wirtschaftskampf gegen England zugunsten Frankreichs führen. Daß Preußen nach Tilsit speziell sollte für Napoleon dasselbe sein, wie Deutschland heute für die Entente: ein willenloses Werkzeug, bestimmt, durch seine Erniedrigung die Größe des Siegers zu erhöhen und die Neueinrichtung der Welt zu ermöglichen. Preußen war zwar im Feldzuge von Jena bis Friedland nicht durch ein Weltbündnis besiegt worden, aber trotzdem stand es nach dem Kriege isoliert, denn an den einen seiner Bundesgenossen, England, mußte es auf Napoelons Geheiß nach dem Tilsiter Frieden den Krieg erklären, und der andere, Rußland, machte sogar schon im Friedensschluß gemeinsame Sache mit Frankreich, hatte also einstweilen weder die Möglichkeit noch ein tieferes Interesse, Preußen zu einer Wiedererhebung zu verhelfen. Im Rate der beiden neuen Alliierten wurde Preußens Schicksal entschieden. Wenn heute die Pariser Minister- und Präsidentenkonferenz es als ihre Aufgabe betrachtet, die Wege der Weltentwicklung durch den Völkerbund zu regeln und mit Hilfe des Völkerbundes unter allerlei gleißnerischen Phrasen von Freiheit und Frieden die Herrschaft der augenblicklichen Sieger auf den Trümmern Deutschlands aufzurichten, so sahen die beiden Kaiser in Tilsit ihre Aufgabe in der Unterwerfung Englands unter ihren Willen und wollten diesem Zwecke Preußen dienstbar machen. Wenn damals nur zwei Mächte das Geschick Europas zu entscheiden suchten, so ist eine solche Dyarchie auch heute im

Digitized by Google

Vielverband erkennbar, da Englands und Amerikas Wille weit schwerer als der der übrigen wiegt. Die Zukunft muß lehren, ob man wie damals von einer anscheinenden Teilung der Weltherrschaft zwischen Frankreich und Rußland, so heute zwischen den Vereinigten Staaten und England sprechen darf, und ob diese Teilung auf soliderem Grunde ruht als damals.

Die Ketten, mit denen Napoleon den Staat Friedrichs des Großen an seinen Siegeswagen gefesselt hatte, schienen unzerreißbar zu sein. Zunächst wurde Preußen gewaltig verkleinert: von 9 740 000 Einwohnern mußte es 4 800 000 und von 5570 Quadratmeilen 2693 abtreten. Der ihm verbliebene Rest — Ost- und Westpreußen, Pommern, Schlesien, Brandenburg — wurde mit Bundesgenossen Napoleons — Warschau, Sachsen, Westfalen — umgeben, die sämtlich auf Kosten Preußens entstanden oder vergrößert waren, also das größte Interesse an seiner Niederhaltung hatten: ganz wie heute die Entente die Polen, Tschechoslowaken und Südslawen zum Schaden Deutschlands begünstigt, um an ihnen aufmerksame Spione und stets bereite Gensdarmen zur Unterdrückung jeder deutschen Regung zu finden. Wie heute ein polnischer Weichselkorridor deutsche Gebiete durchschneiden soll, so war auch damals für Zerstückelung des preußischen Staates Sorge getragen: Danzig wurde nominell zum Freihafen erhoben, faktisch wurde es eine französische Festung; Sachsen und das Großherzogtum Warschau trennten Schlesien bis auf einen schmalen Grenzstrich von den übrigen Provinzen ab. Im Westen reichte die Grenze des neuen Großherzogtums Warschau fast bis zur Netzemündung — wenige Meilen von Frankfurt a. O. — im Norden bis vor die Tore von Graudenz. So wenig wie die Entente kümmerte sich Napoleon um das Nationalitätsprinzip, sondern lieferte die Deutschen in Posen, Thorn und im Kulmerlande der polnischen Herrschaft aus.

Aber der große Zwingherr begnügte sich nicht, seine Vasallen als Kerkermeister für Preußen zu bestellen: die Hauptrolle übernahm er selbst, indem er einen großen Teil seiner Armee in dem niedergeworfenen Lande stehen ließ. Die Möglichkeit dazu bot ihm die Kriegsentschädigung, die ihn von vornherein nicht nur zur finanziellen Ausbeutung Preußens, sondern auch zu seiner militärischen Okkupation dienen sollte. Die Leichtfertigkeit des preußischen Unterhändlers kam ihm bei dieser systematischen Erpresserpolitik zu Hilfe. Der berufene Mann, die Verhandlungen für Preußen zu führen, war der bisherige Minister des Auswärtigen, Frhr. v. Hardenberg, aber er hatte sich durch seine antifranzösische Gesinnung schon vor dem Kriege Napoleons Zorn zugezogen und wurde nun von ihm kurzerhand abgelehnt — wie auch unsere heutige Regierung zum guten Teil dem Willen der Entente ihre Existenz verdankt. Um Napoleon gefällig zu sein, ernannte der König zum Unterhändler den Feldmarschall Grafen Kalckreuth, der stets eine Allianz mit Frankreich empfohlen und sich damit Napoleons Wohl-

Digitized by Google

wollen erworben hatte. Wenn man schon aus diesem Grunde sich einen günstigen Erfolg bei Napoleon versprach — wie vor einigen Monaten weite Kreise von der Regierungsänderung in Deutschland bessere Friedensbedingungen erhofften — so hielten außerdem der Zar wie der König den alten Feldmarschall trefflich für seine schwere Aufgabe geeignet. Seine scharfe und witzige Kritik der bisherigen Politik hatten ihm den Ruf eines überlegenen Geistes verschafft; tiefere Sachkenner freilich, wie Hardenberg und der preußische Diplomat Schleiden, nannten ihn verächtlich einen alten Schwätzer oder fällten noch härtere Urteile. In eitler Selbstüberschätzung und völliger Verblendung ging Kalckreuth an das Werk heran. Aus hingeworfener Äußerung einiger französischer Offiziere hatte er den Glauben gewonnen, daß Napoleon im Grunde Preußen wohlwollend gegenüberstehe und bei vertrauensvollem Entgegenkommen des Königs nur geringe Abtretungen fordern, ja eine Allianz mit ihm schließen werde, „die den ewigen Frieden mit sich führt". „Der Kaiser," schrieb er an König Friedrich Wilhelm, „wird gewiß alles tun, nur er trachtet, was ich ihm nicht verdenken kann, nach dem einzigen Ruhm, der ihm noch fehlt, großmütig gehandelt zu haben, und wenn er jetzt rechtschaffen handelt, wäre ihm die Ehre wohl zu gönnen. Geruhen Ew. Königliche Majestät mir zu glauben, daß jeder freundliche Blick, den Napoleon von Allerhöchstdemselben erhält, Ew. Königliche Majestät zwanzig Dörfer wiederschafft." Vertrauen zu Napoleon, nachdem man ihn seit einem Jahre der schlimmsten Pläne gegen Preußen beschuldigt und in der Tat Vertrauensbruch, Spott und Hohn vor wie im Kriege von ihm erfahren hatte: das ist derselbe würdelose Geist wie im Schuldbekenntnis Kurt Eisners.

Kalckreuths Vertrauensseligkeit wurde auch durch die furchtbaren Landforderungen keines besseren belehrt. Am 9. Juli war der Abtretungsvertrag unterzeichnet worden, am 12. unterschrieb er einen neuen Pakt über die Räumung der von den Franzosen besetzten preußischen Provinzen: bis 1. Oktober sollte Preußen bis auf einige Reste von französischen Truppen frei sein, falls bis dahin alle Kriegssteuern bezahlt seien. Zahlte Preußen nicht rechtzeitig, so blieben die französischen Soldaten im Lande, wurden von ihm ernährt und zogen die Staatseinkünfte für die Rechnung ihres Kaisers ein. Der Kernpunkt in dieser Bestimmung war die Höhe der Kriegskosten. Waren sie so bemessen, daß Preußen sie in der vorgeschriebenen Zeit aufbringen konnte, dann mußte das Land binnen einigen Monaten frei sein; waren sie unerschwinglich, dann konnte die Nichterfüllung dieses Punktes zum Vorwand einer ins unabsehbare ausgedehnten Okkupation werden. In der Tat war das Napoleons Absicht. Er wollte eine große Armee in Preußen stehen lassen, um den eigenen Staatssäckel zu entlasten und vor allem, um durch ihre mächtige Stellung zwischen Elbe und Weichsel jede neue festländische Koalition gegen Frankreich zu verhüten: nicht nur war Preußen hier-

Digitized by Google

durch dauernd zur Ohnmacht verurteilt, auch Österreich und Rußland konnten nicht daran denken, dem „französischen System", der Bekämpfung Englands, untreu zu werden, wenn sie bei der ersten Unbotmäßigkeit den Stoß dieser durch Warschau und Sachsen verstärkten Masse zu erwarten hatten. An diesem Punkte hat Kalckreuth die größte Schuld auf sich geladen. Er hat nichts über die Höhe der Kriegssteuern und nichts über die Zahl der eventuellen Besatzungsarmee vor der Unterzeichnung dieses Vertrages ausgemacht, er hat vielmehr im blinden Vertrauen auf Napoleons Milde oder eingeschüchtert durch seinen Partner Berthier diese Festsetzung auf später verschoben, wie es der französische Unterhändler begehrte. Die Wirkung dieses Leichtsinns, wofür nach dem Urteil von Zeitgenossen Kalckreuth entweder den Galgen oder das Irrenhaus verdient hatte, zeigten sich sofort: durch allerlei Künste berechnete Napoleon seine Forderungen an Preußen auf 112 Millionen Francs, fast das Dreifache der Jahreseinkünfte des verkleinerten Staates, und da diese Riesensumme nicht bis zum 1. Oktober bezahlt werden konnte, blieben eben die Franzosen in Preußen stehen. Der König war nicht einmal Herr des ihm belassenen Landes, und Napoleon hatte als Gläubiger, wenn es ihm opportun schien, stets die Möglichkeit, den König neue Forderungen zu unterwerfen. Mit welcher schonungslosen Härte er bis zum Jahre 1813 diese Gelegenheit wahrgenommen hat, hat er selbst mit zynischer Offenheit bekannt: mindestens eine Million Franken habe er aus Preußen herausgepreßt, hat er gesagt, und selbst dieser Ansatz ist noch zu gering. Mit der finanziellen Bedrückung hielt die militärische gleichen Schritt. Solange die Napoleonische Armee im Lande stand, bedeutete der Rest des preußischen Heeres nichts, und als ein Jahr nach dem Tilsiter Frieden der Hauptteil der Besatzungstruppen gegen Spanien abmarschieren mußte, behielt der Kaiser wenigstens die wichtigsten Festungen in der Hand und legte dem Könige die Verpflichtung auf, keine allgemeine Wehrpflicht einzuführen und die stehende Armee nicht über 42 000 Mann zu erhöhen: das war eine Macht, die die zurückbleibenden Franzosen ohne Mühe im Zaum halten zu können meinten.

Wiederum erkennt man leicht die verwandten Züge in der heutigen Ententepolitik: die Ungenauigkeit und Dehnbarkeit der Waffenstillstandsbedingungen und ihre fortwährende Steigerung, das Bestreben, Deutschland durch Aufrechterhaltung der Blockade, durch ungeheure Kriegsentschädigung, durch die Verminderung seiner Wehrkraft, womöglich durch Beseitigung der allgemeinen Wehrpflicht, durch Beschränkung seiner Ausfuhr, Beschlagnahme seiner Produktion und Handelsflotte u. dgl. so zu zermürben, daß es sich für die Zukunft macht- und willenlos allen Beschlüssen des Ententerats unterwirft. Und wenn die Entente heute offenkundig versucht, uns nicht nur materiell, sondern auch moralisch zu ruinieren dadurch, daß sie unsere bisherige Politik und unsere Gesamtkultur in den Staub

Digitized by Google

zu ziehen und uns vor uns selbst zu diskreditieren sucht, so ist ihr auch hierin Napoleon vorangegangen: vor aller Augen behandelte er den König in Tilsit von oben herab und sprach öffentlich mit Mißachtung von allen preußischen Einrichtungen, und schließlich verkündete er im Friedensvertrag aller Welt, daß er den Rest Preußens nur aus Achtung vor den Wünschen Rußlands, des bisherigen preußischen Bundesgenossen, bestehen lasse.

Napoleons Absicht, durch diese wegwerfende Behandlung die Staatsgesinnung in Preußen zu kränken, ist nun freilich völlig gescheitert. Zwar blieben häßliche Streitigkeiten in dem besiegten Lande so wenig aus wie nach dem November 1918; neben berechtigter Kritik an den alten Zuständen und leitenden Personen gab es wie heute eine Fülle von frivolen Beschimpfungen und Verleumdungen, aber das Staatsgefühl vermochte weder das Unglück, noch die feindliche Verachtung, noch die Ungerechtigkeit der heimischen Kritiker dem preußischen Volke aus dem Herzen zu reißen. Im Gegenteil, der unerträgliche Druck ließ die stolzen Erinnerungen an den großen König, den vor einem halben Jahrhundert halb Europa nicht zu überwinden vermocht hatte, mit doppelter Kraft aufleben und nährte einen unauslöschlichen Haß gegen die brutalen Sieger. Man weiß, wie dies unverbrauchte Kapital der Anhänglichkeit an Staat und Dynastie durch die Reformen belebt und geläutert worden ist, wie die Sehnsucht nach der Wiederherstellung der verlorenen Größe alle finanziellen und militärischen Unterdrückungskünste des Pariser Gewaltmenschen zu umgehen oder zu überstehen wußte, so daß die feurigsten Patrioten schon zwei Jahre nach dem Tilsiter Frieden an der Seite Österreichs einen neuen Kampf gegen Napoleon, der mit der Freiheit oder dem Untergang des Staates enden mußte, in Aussicht zu nehmen wagten. Auch als diese Gelegenheit unbenutzt vorüberging, ließen die Patrioten den Mut nicht sinken; unermüdlich blieben sie an der Arbeit, Staat und Volk für die bevorstehende Abrechnung mit dem Bedränger zu stärken, und gespannt verfolgten sie die internationalen Ereignisse, um jeden Konflikt innerhalb des Napoleonischen Weltreiches oder einen Bruch mit seinen Verbündeten zu benutzen. Die Früchte dieser Bemühungen reiften im Jahre 1813, und heute ist es unsere Hoffnung, daß wir nicht nur im Fall sondern auch in der Erhebung Analogien zur Vergangenheit erleben mögen. Wenn das deutsche Volk die Aufgabe löst, die das preußische nach 1807 in seiner so bedrängten Lage gelöst hat, d. h. wenn es sich mit dem unbeugsamen Willen, als große Nation zu leben, erfüllt und seine Selbstzucht wiedergewinnt und seine Staatsgesinnung reinigt und festigt, so wird auch das äußere Moment, das den Aufstieg von 1813 ermöglichte, die Entzweiung unter den Gegnern, nicht ausbleiben; bald wird der eine oder andere gern einem wiedererstehenden Deutschland die Hand reichen.

Digitized by Google

Forderungen der Auslanddeutschen

Von Leo Hempel Chuchul

Schon vor dem Kriege waren die Klagen über Mängel unserer staatlichen Außenvertretungen allgemein. Der Krieg bewies, daß sie berechtigt waren. Jedenfalls sind alle Kenner der Verhältnisse, und besonders die am Aus- und Einfuhrhandel interessierten Wirtschaftskreise und die meisten Auslanddeutschen sich darüber klar, daß eine Reform unseres Auslanddienstes an Haupt und Gliedern nötig ist.

Zwei Punkte, die innig zusammenhängen und zweifellos Grundursache des größten Teiles der gerügten Mängel sind, bedürfen auf alle Fälle einer Umgestaltung von Grund auf: Die Bezahlung der Beamten und die Auswahl der Bewerber.

Die großen Aufwendungen, die eine angemessene Vertretung des Deutschen Reiches im Ausland auch in Zukunft bedingt, lassen befürchten, daß nicht der Tüchtige und Befähigte, sondern der mit irdischen Gütern Gesegnete als Bewerber in Betracht kommt. Damit der Kreis der in Betracht kommenden Männer erweitert und auch dem weniger Bemittelten, aber durch Fähigkeiten Hervorragenden die Laufbahn erschlossen wird, ist es unbedingt nötig, die Besoldungsverhältnisse wesentlich zu verbessern.

Aber nicht nur der höhere Dienst, sondern auch das Konsulatswesen bedarf dringend einer den heutigen und zukünftigen Verhältnissen entsprechenden Neugestaltung.

Aufgabe der Konsuln ist es besonders, die Interessen des Reiches in bezug auf Handel, Verkehr und Schiffahrt zu wahren und die Auslanddeutschen zu schützen und zu fördern. An Gelegenheit, sich dergestalt nützlich zu machen, wird es den deutschen Konsuln in der nächsten Zeit um so weniger fehlen, als unsere Feinde auf den verschiedenen Wirtschaftskongressen weitgehende Maßnahmen beschlossen und in die Tat umgesetzt haben, um uns die Betätigung und den Mitbewerb auf dem Weltmarkt so schwer wie möglich zu machen. Nun können solche Beschlüsse durch die Macht der Gewohnheiten und Tatsachen, wie sie z. B. in dem natürlichen Austauschverhältnis zwischen Rohstoff- und Industrieland, zwischen Nachbarstaaten u. dergl. zum Ausdruck kommt, unter Umständen über den Haufen geworfen werden. Wir dürfen auch damit rechnen, daß die Tüchtigkeit unserer Kaufleute, die Findigkeit unserer Techniker, die Anpassungsfähigkeit unserer Industriellen schließlich über alle Schwierigkeiten und Widerstände triumphieren wird. Aber viel, sehr viel wird die baldige Herbeiführung günstiger Arbeitsbedingungen im Auslande doch auch davon abhängen, ob unsere Konsuln ihren Aufgaben in jeder Beziehung gewachsen sind. Darum dürfen in Zukunft nicht mehr fremde

Digitized by Google

Bürokraten die wirtschaftlichen Interessen des Reiches wahrnehmen, sondern erfahrene Praktiker. Nicht „die bestandene Referendarprüfung und mindestens dreijährige Beschäftigung im inneren Dienst oder der Advokatur" sei unbedingte Voraussetzung für die Ernennung, sondern umfassende Kenntnisse und Erfahrungen auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Lebens der Heimat und des Landes ihrer Tätigkeit, wie sie die englischen und amerikanischen Konsuln auszeichnen, deren Wirken für ihre Länder meist vorbildlich ist. —

Wie das Konsulatswesen, so bedarf auch die Einrichtung der Handelssachverständigen, der sogen. Handelsattachés, einer Verbesserung. Vor allem muß ihre Stellung ansehnlicher, ihre Laufbahn aussichtsreicher, ihre Bezahlung reichlicher gestaltet werden, um tüchtige Kräfte, die sonst nach kurzer Tätigkeit leicht zur Privatindustrie übergehen, festzuhalten und ihre wachsende Erfahrung dem Vaterlande nutzbar zu machen. Vielleicht wäre es angebracht, in den nächsten Jahren der Geldknappheit neben den beruflichen auch ehrenamtliche Handelssachverständige in größerer Anzahl zu ernennen, so wie wir neben den Berufskonsuln die ehrenamtlichen Wahlkonsuln haben. —

Sollte die politische Umwandlung, die wir durchmachten, auch auf dem Gebiet unserer Außenvertretung dem demokratischen Prinzip zum Siege verholfen haben, so würden sich für den weiteren Ausbau derselben neue, verheißungsvolle Aussichten ergeben.

Bisher wurden Fragen, die die Auslanddeutschen unmittelbar betreffen, geordnet, ohne daß sie ihre beratende oder warnende Stimme erheben konnten. Wie in den Zeiten des fernsten Absolutismus lag das Wohl und Wehe vieler Tausender unserer Volksgenossen im Auslande und unschätzbare wirtschaftliche Interessen des ganzen Volkes in den Händen einiger weniger, den Betroffenen gegenüber unverantwortlicher Personen: der Botschafter und Konsuln. Was sie veranlaßten, konnten wir nicht hindern, weil wir stets vor vollendete Tatsachen gestellt wurden. — Das muß anders werden, wenn die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholt werden sollen.

Den Auslanddeutschen muß die Möglichkeit der Meinungsäußerung und des Einspruches in allen Fällen gegeben werden, wo sie betreffende Fragen zur Entscheidung stehen.

Vor allem sollte die Regierung sich die Erfahrungen und Kenntnisse der Auslanddeutschen für die Friedensunterhandlungen sichern, indem sie aus den infolge des Krieges zahlreich in Deutschland weilenden, die tüchtigsten zur Mitarbeit heranzieht. Und sie sollte sich ihrer Vermittlung auch bei der Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen zu den feindlichen Ländern bedienen, indem sie ihre ausgedehnten und vielfach auch während des Krieges aufrechterhaltenen Verbindungen geschickt ausnützt.

Digitized by Google

Aber nicht nur bei diesen Vorarbeiten, sondern auch bei der endgültigen Regelung unseres Verhältnisses zu den anderen Ländern, müßten die im Ausland tätigen Landsleute weitgehend herangezogen werden.

Mir erscheint hierzu die Bildung von Kolonialbeiräten in den einzelnen Ländern unbedingt notwendig. Sie hätten einerseits den Aufgabenkreis der heimischen Handelskammern (den besonderen Verhältnissen angepaßt) zu übernehmen, andererseits den offiziellen Auslandvertretungen des Reichs als beratende Stelle zur Seite zu stehen, Anregungen zu geben und Wünsche und Beschwerden der von ihnen vertretenen Auslanddeutschen vorzubringen.

In diesen Beiräten, zusammengesetzt aus den landeskundigsten, mit dem wirtschaftlichen und politischen Leben ihres Gastvolkes vertrauten Männern, würden der Reichsregierung und ihren Vertretern unschätzbare Mitarbeiter entstehen, deren praktische Erfahrung und Sachkenntnis Gewähr dafür bieten, daß nachteilige Entschließungen vermieden werden.

Diese Einrichtungen würden aber auch noch den Vorteil bieten, das Zusammengehörigkeitsgefühl der in den verschiedenen Ländern ansässigen Deutschen, das bisher sehr gering war, zu stärken und zu steigern. Gerade diese Wirkung aber wird für uns in Zukunft deshalb sehr ins Gewicht fallen, weil wir einesteils infolge der durch den verlorenen Krieg verursachten elenden wirtschaftlichen Verhältnisse sicher mit einer ungeahnt hohen Auswanderung zu rechnen haben werden, anderenteils wegen der großen Menschenverluste mehr als früher bestrebt sein müssen, jeden Volksgenossen dem Deutschen Volkstum auch weiter zu erhalten.

Und schließlich würden diese Vereinigungen die Vorbedingung sein für die engste Zusammenfassung aller Auslanddeutschen durch das Wahlrecht zur Nationalversammlung.

Die Bewilligung dieses Rechtes ist eine Forderung der Gerechtigkeit. Das Wahlrecht ist die Gegenleistung für die Wehr- und Dienstpflicht und da diese Pflicht von den Auslanddeutschen, wenn überhaupt möglich, so gut erfüllt wurde wie von denen zu Hause, so ist es nur recht und billig, ihnen auch das entsprechende Recht zu geben.

Nun hat man früher nicht ganz zu Unrecht eingewendet, daß der Erfüllung dieser Forderung praktisch-technische Schwierigkeiten insofern entgegenstehen, als es bisher an geeigneten Einrichtungen und Zusammenfassungen der Auslanddeutschen fehlte, ohne die die Ausübung des Wahlrechtes unmöglich oder wenigstens außerordentlich schwierig ist. Werden aber die aus anderen Gründen geforderten Beiräte im Auslande geschaffen, so haben wir in ihnen zugleich die Grundlage der für die Ausübung des Wahlgeschäftes nötigen Organisation.

Durch die Gewährung des Wahlrechtes machen wir die Auslanddeutschen

Digitized by Google

aus Bürgern minderen Rechtes zu Vollbürgern des Deutschen Reiches. Wir beteiligen sie dadurch stark und nachhaltig am Wohl und Wehe des Vaterlandes, so daß sie den Pulsschlag des deutschen Geistes- und Wirtschaftslebens am eigenen Körper mitempfinden. Durch dieses höchste Recht verbinden wir sie immer fester mit dem alten Vaterlande und erreichen, daß jeder Deutsche, wenn auch fern der Heimat, sich als Deutscher fühlt und Deutscher bleibt.

Dann wird ein festes, unzerreißbares Band alle Kinder des deutschen Vaterlandes umschlingen und so die Grundlage geschaffen sein, auf der wir über den Trümmern des versunkenen Reiches die weltweite deutsche Volksgemeinschaft der Zukunft auferbauen können.

Notizen

Politische Erziehung. Prof. Bergsträsser machte vor einiger Zeit unter dem Titel „Hochschulen und politische Bildung" den Vorschlag, unserem Mangel an politischer Bildung dadurch abzuhelfen, daß in den Hochschulen durch Vorträge und Vorlesungen die Grundlagen für politische Anschauung und Denkensart gelegt werden sollen.

Diese Frage kann nicht ernst genug behandelt werden. Wollen wir jemals wieder aus unserer schmachvollen Erniedrigung emporkommen, so müssen wir ein Geschlecht heranbilden, das politisch denkt, das die großen Zusammenhänge begreift und nicht an Kleinkram klebt, das uns den Weg nach oben führen kann.

Bisher war unserer Jugend nichts ferner als Politik; die jungen Leute aus den „besseren Kreisen", welche die Hochschulen besuchten, verbrachten die freie Zeit damit, sich möglichst viel Bier in den Magen zu gießen und die Zeit mit Grazie totzuschlagen. Woher soll später Interesse und Verständnis für Politik, zumal für auswärtige, kommen, wenn man in seiner Jugend nicht wenigstens die Grundbegriffe vorgesetzt erhält? Denn auf auswärtige Politik kommt es an! Wo findet man heute klare, große Gedanken über äußere Politik? Gerade jetzt, wo in Paris die Würfel über die Verteilung der Welt fallen, wo England sein großes Spiel spielt, wo der orbis mundi den Atem anhält — da gibt es bei uns zwar massenhaft Papier für Flugblätter und Resolutionen, aber für eine gute, fortlaufende Kritik dieser weltbewegenden Ereignisse in Paris ist kein Papier da. Selbst die nüchternen Auszüge aus fremden Blättern findet man erst auf der vierten Seite! Dieser beschämende Mangel ist bei einem Volke von 70 Millionen, das bis zum 9. November sogar Weltvolk war, nur möglich dank seiner hoffnungslos unpolitischen Erziehung.

Mit Vorlesungen allein wird man dies kaum ändern können; die meisten Zuhörer dürften schlafen. Außerdem ist Politik eine aktive Kunst. Man muß die Hörer zur tätigen, praktischen Mitarbeit bringen. Im empfehle das Beispiel desjenigen Volkes, dessen politische Begabung über jeden Zweifel erhaben ist, und das jetzt der Herr der Welt wird dank der Pflege dieser Begabung: England.

Wie erzieht England seine Jugend politisch? In dem bekannten Cambridge-College ist ein debating club (Debattier-Klub) eingerichtet, dem die älteren Zöglinge angehören; der

Digitized by Google

Klub wählt sein Präsidium, der Betrieb ist parlamentarisch gestaltet, und die regelmäßigen Debattier-Abende sind ein kleines Abbild des Parlaments in London. Jedes Mitglied hält Vortrag über ein gegebenes oder gewähltes politisches Thema, vorzüglich Kolonial- und Außenpolitik, zu dessen Bearbeitung auch die Parlamentsbibliothek in London zur Verfügung steht. An jeden Vortrag schließt sich eine Debatte auf parlamentarischer Grundlage. Zu diesen Debatten entsenden die großen Parteien Englands ihre Vertreter, welche selbst vortragen und in die Diskussion eingreifen, ebenso wie auch Vertreter der Regierung und andere Männer der Praxis; hierdurch ist der geistige Gehalt der Debatten naturgemäß sehr hoch und lehrreich.

So erhalten die Studenten parlamentarischen Schliff, sie werden rednerisch geschult und spornen sich gegenseitig an. Vor allem aber erhalten sie durch die Beschäftigung mit bestimmten Fragen und durch die Debatten aus bester Quelle Einblick in das politische Getriebe, lernen die großen Probleme und Zusammenhänge beurteilen, und verlassen Cambridge mit einer soliden politischen Grundkenntnis und Urteilskraft.

Diese jungen Leute können natürlich ihrem Land später ganz andere politische Dienste leisten als unsere Studenten, die es in demselben Stadium ihrer Entwicklung höchstens zu einem perfekten Bierjungen bringen.

Dank dieser politischen Jugenderziehung ist das politische Leben in England ganz anders orientiert als bei uns; der Sinn für Außenpolitik überwiegt das Parteiinteresse — im Gegensatz zu uns. Ich erinnere an folgenden typischen Fall während des Krieges: die Stellung der englischen Regierung war durch Rückschläge stark erschüttert (Sommer 1918), besonders die Arbeiterpartei war nahe daran, Lloyd George zu Fall zu bringen. Um jedoch die außenpolitische Stellung der Regierung nicht durch innere Treibereien zu erschweren, ließ die Partei schließlich erklären, daß sie mit Rücksicht auf die augenblickliche kritische Lage des Reiches von einer parteipolitischen Tätigkeit vorläufig Abstand nehmen werde!

Das ist englisch! Wenn aber bei uns eine Regierung in schwieriger Lage ist, wie seinerzeit Prinz Max, dann macht eine Partei mit List und Tücke einen alten, „kompromittierenden" Brief ausfindig, um die Stellung der Regierung noch mehr zu erschweren. Das ist deutsch! —

Darum also: politische Jugenderziehung ist eine Forderung des Tages, ein Programm. Nur so impfen wir den Jungen politisches Gefühl ein; und nur dann können wir hoffen, wieder im Rat der Völker gehört zu werden. — G. v. Berg.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a I. Für Anzeigen J. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland M. 7.50. Einzelnummer 50 Pfg. / Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 48.

Digitized by Google

4. Jahrgang * 9. Mai 1919 * Heft 19

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Der Feldzug gegen München bleibt das traurigste Kapitel des deutschen Bürgerkrieges. Die Münchener Spartakisten haben geradezu als Ermunterer des polnischen Imperialismus gewirkt; denn die Vernachlässigung der militärischen Erneuerung in Bayern hat so viel Truppen des Ostschutzes benötigt, daß die Polen in deren Verwendung die Besserung ihrer eigenen kriegerischen Lage erblickten. Das Reich hat Bayern vor dem Elend namenloser innerer Zerfleischung gerettet. Die bayerische Politik wird daraus, hoffen wir, die richtige Folgerung in ihrer Weimarer Haltung ziehen. Es ist aber zugleich ein Bedürfnis der deutschen Außenpolitik, daß die Münchener Schwarmgeister nun nicht mehr der Entente das Schauspiel einer Sonderstellung, einer Sonderstrebung, geben können.

*

Die polnischen Truppen sind noch nicht alle durch Deutschland gerollt und schon hat ihr Führer, General Haller, noch auf deutschem Boden weilend, den Kampf um Danzig, Oberschlesien und Westpreußen als ihre eigentliche Aufgabe verkündet. In zweiter Linie dürften die polnischen Truppen gegen die Ukrainer vor Lemberg bestimmt sein. Während vom Kampf gegen den Bolschewismus, zu welchem Zwecke die Entente die Durchreise durch Deutschland verlangte, nicht mehr die Rede ist. Diese Stellungnahme der Polen zeigt aufs deutlichste, daß die deutsch-ukrainische Freundschaft keinen Kriegsersatz, sondern ein Friedensmittel zur Bekämpfung der gemeinsamen polnischen Gefahr darstellt. Die Ukrainer haben bereits die Konsequenzen aus der polnischen Hinterhältigkeit gezogen. Sie haben ihre erfolgreiche Offensive gegen die Bolschewisten abgebrochen, um ihre Truppen nach Lemberg zu werfen. Die Polen tun nicht nur nichts Entscheidendes im Kampfe gegen den Bolschewismus, sondern verhindern durch ihre Annektionspolitik die Bekämpfung der Bolschewisten durch die Ukrainer. Die Entente sieht aber auch hier, wie im Baltenland, apathisch zu, daß der Bolschewismus mordend und brennend die Gebiete der Randstaaten vernichtet.

*

Digitized by Google

Die Romantiker des politischen Rätesystems, die in ihrem Haß gegen den sogenannten „Formaldemokratismus" von der unwiderstehlichen Sieghaftigkeit der neuen Staatsform überzeugt sind, haben zu früh Ungarn als eine neue Etappe in der aufbauenden Wirkung des Rätegedankens beurteilt; die Räterepublik war auch dort keine Form zu einer positiven Neuordnung des Gemeinschaftsgedankens, sondern nur Zersetzungsprodukt. Ihre Widerstandskraft gegen Rumänen und Tschecho-Slowaken war maßlos gering, alles Vorangegangene an Deklamation nur revolutionärer Rausch oder Geschwätz. Nicht den Aufschwung, sondern die neue Demütigung Ungarns hat dieses Zwischenspiel gebracht, weil es mit dem Signal der inneren Gewaltpolitik die letzten Reste des nationalen Gesamtgefühls zerstörte. Daß die rumänischen Truppen unbekümmert vorrücken konnten, ohne selber nun vom Bolschewismus ergriffen zu werden, mag denen als Warnung dienen, die für den Ablauf unserer eigenen Friedensprobleme das entsprechende handliche Einmaleins zur Verfügung haben.

*

Die Entente steht vor der Gefahr, daß Japan das italienische Beispiel nachahme, wenn ihm Kiautschou abgesprochen wird. Amerika scheint im Augenblick nachgegeben zu haben, damit die Eröffnung der Friedensbesprechung nicht eine völlig zerrissene Allianz zeige. Aber dies offenbart sich heute schon deutlich genug, daß die Vereinigung der ostasiatischen Probleme vor allem die Briten vor die verwickeltste Aufgabe stellt. Denn Australien und die amerikanische Union fühlen sich durch den japanischen Imperialismus unmittelbar bedroht; England aber, das dessen Pate ist, hat sich mit Japan in Geheimbündnissen gefesselt. Wie wird es sich durch die Frage von der Gleichberechtigung der gelben Rasse hindurchfinden? Die Antwort hat eine ungeheure Bedeutung wegen ihrer Rückwirkung auf die anderen Machtgebiete des britischen Imperiums.

*

Jedermann sucht mit frommem Eifer nach Betrieben, die „zum Sozialismus" reif sind. Nach den Menschen zu suchen, die „zum Sozialismus reif" sind, schenkt man sich. Daß sie vorhanden seien, setzt der gutgläubige Opportunismus der Gemeinwirtschaftler voraus, und entwirft rastlos die Pläne der technisch-organisatorischen Verwirklichung der Sozialwirtschaft. Merkt nicht, wie der Krieg, wie die Revolution, trotz allem Leitartikelgerede, die individualistische Instinkte freigemacht hat und daß heute die seelischen Voraussetzungen des Sozialismus, Selbstzucht, Verantwortlichkeit und fröhlicher Gehorsam, völlig abhanden gekommen sind. Die Streike, die wir jetzt erleben, sind kein Zeichen der Ungeduld, daß die Massen zum Sozialismus kommen wollen, sondern ein Zeichen der seelischen Wirrnis, daß sie, vom wilden Egoismus geschüttelt, zum Sozialismus nicht kommen können.

Digitized by Google

Der deutsche Gedanke der Zukunft

Von Dr. Paul Rohrbach

Friedrichroda, 1. Mai.

Wissen unsere Leser, wer die Freunde der Christlichen Welt sind? Einige von ihnen sicher. Für diejenigen, die es nicht wissen: Es ist ein Kreis von Männern und Frauen, die sich um die Zeitschrift gleichen Namens, die von Rade in Marburg herausgegeben wird, gesammelt haben. Ihre allgemeine Denkrichtung liegt in dem Namen bezeichnet, den sie sich gegeben haben. Jede religiöse und bürgerliche Meinung ist bei ihnen frei, die das christliche Prinzip und das Vaterland ehrt. In diesem Jahre zu Ostern haben sie sich in Friedrichroda in Thüringen ein Haus gegründet, das ihr Sammelplatz sein soll, zur Erholung und um in schwerer Zeit durch den Austausch der Meinungen die Ziele der Einsicht und des Willens für ein neues Zeitalter zu klären.

Wir sprachen vom deutschen Gedanken. „Der Vogel hat ein Haus gefunden und die Schwalbe ihr Nest" — so hieß es in der Rede zur Hausweihe. Daran knüpfte die Frage: Wird nicht umgekehrt der deutsche Gedanke in der Welt fortan ein heimatloser Vogel sein, ein Adler, den seine Schwingen unstät umhertragen, weil sein Horst zerstört ist? Die Frage galt insbesondere mir, und ich habe sie mir selbst seit unserer Katastrophe im Herbst 1918 oft genug vorgelegt. Seit bald zwei Jahren ist mein kleines Buch vom deutschen Gedanken in der Welt nicht mehr erschienen, weil ich es für unmöglich hielt, es mit seinem alten nur an der Oberfläche dem Kriege angepaßten Text immer weiter herauszugeben, für die neue Durcharbeitung des ganzen Stoffes aber erst die Entscheidung des Weltringens erfolgen mußte. Nun ist sie da, aber kann man nicht in der Tat zweifeln, ob nach ihr überhaupt Raum bleibt für einen deutschen Weltgedanken welcher Art auch immer?

Und ist sie überhaupt wirklich da? Ist nicht die Pandorabüchse des Friedensdiktats, dem wir uns in Paris fügen sollen, noch geschlossen, und werden wir nicht erst, wenn sie geöffnet ist, die ganze Summe der Lasten erblicken, die uns zu tragen fortan auferlegt sein soll? Wenn diese Zeilen erscheinen — sie müssen der äußeren Umstände wegen lange vor der Ausgabe unseres Heftes geschrieben werden — wird der Inhalt des Friedensinstruments allen bekannt sein. Daß er für Deutschland in vielen Stücken unannehmbar sein wird, kann aber heute schon als wahrscheinlich gelten. Es ist möglich, daß diejenigen Politiker auf der Seite der Entente, die eine Vorstellung von dem Unheil haben, das ein Gewaltfrieden gegen Deutschland über die Welt bringen würde, um eine Entscheidung herbeizuführen, selbst eine unmögliche Fassung passieren ließen, in der Annahme, Deutschland werde sich weigern und seine Sache so führen, daß am Ende etwas Erträgliches herauskommt. Ebensogut aber, und wohl noch eher, ist es möglich,

Digitized by Google

daß Clemenceau und Northcliffe wirklich gesiegt haben, und daß trotz des Versprechens der 14 Punkte in den Bedingungen des Waffenstillstandes und trotz aller vorhergegangenen Deklarationen des amerikanischen Präsidenten nicht der Völkerbunds- und Rechts-, sondern der brutale Zwangsfriede zur dauernden Niederdrückung uns zugemutet werden soll.

Davon, ob wir einen solchen annehmen oder nicht, wird es abhängen, ob man hinfort noch von einem deutschen Gedanken in der Welt wird sprechen können. Die Feinde können ihn nicht zerstören, mögen sie sich auch noch so sehr darum mühen. Wir selbst aber können es, wir können es restlos, wir ganz allein. Clausewitz, der große Patriot und Kriegsdenker, legte 1812 als Bekenntnis auf den „Altar der Geschichte" das Wort nieder: „daß der Schandfleck einer feigen Unterwerfung nie zu verwischen ist; daß dieser Gifttropfen im Blute eines Volkes in die Nachkommenschaft übergeht und die Kraft späterer Geschlechter lähmen und untergraben wird."

Mit der Verzögerung des Friedens unter Fortbestehen des gemeinen und grausamen, bewußt angewandten Abtötungsmittels der Blockade, wollten die Feinde uns auch nach dem Waffenstillstand immer mehr ausbluten lassen. Vielleicht haben sie daneben erreicht, daß trotzdem aus dem vom Schlamm der Revolution überströmten Deutschland während der Zeit wieder ein Stück Boden emportauchte zur Sammlung für diejenigen Deutschen, die nicht wollen, daß jener Gifttropfen, von dem Clausewitz spricht, in das Blut ihrer Nachkommenschaft übergeht. Hätte man uns den Frieden gleichzeitig mit dem Waffenstillstand geboten, er hätte so furchtbar und so entwürdigend sein können wie nur möglich — in der Betäubung und dem Wahnwitz, die während der Revolution selbst und in der ersten Zeit danach ganz Deutschland gefangen hielten, wäre es wahrscheinlich möglich gewesen, uns schlechthin alles abzufordern. Das geht heute nicht mehr, so schlimm es auch immer noch geistig um uns steht. Nicht nur die Parteien, die sich selbst „national" nennen, sondern auch alle übrigen (außer natürlich den Unabhängigen Sozialdemokraten) haben den Standpunkt gewonnen, daß es auf unmögliche Zumutungen nur eine Antwort gibt: Verweigerung der Unterschrift, komme, was da komme. Es wird so schlimm nicht sein, was kommen kann. Abschneidung der Lebensmittel durch denselben Präsidenten Wilson (Amerika verwahrt sie ja), auf dessen Wort wir uns berufen, indem wir unser Recht verteidigen, ist als Zwangsmittel moralisch so unmöglich, daß es nicht Wirklichkeit werden kann, und zu der Invasionsarmee, die uns die Franzosen androhen, können wir sprechen: Möge sie kommen. Selbst aber, wenn die Zwangsmittel wirklich angewandt werden: lieber das Äußerste, als das Gift der feigen Unterwerfung in das Blut unserer Nachkommenschaft!

Digitized by Google

Einzig dieser Tropfen Gift wird imstande sein, den deutschen Gedanken der Zukunft zu töten. Ob wir ihn uns einwürgen lassen wollen oder nicht, steht allein bei uns. Was ist der deutsche Gedanke in der Welt? Darauf habe ich in meinem Buch, das 2½ Jahre vor dem Kriege zuerst erschien, geantwortet:

Wir meinen damit die Gesamtsumme des von den Deutschen im Laufe ihrer Geschichte erarbeiteten, durch ihre besonderen Fähigkeiten und durch ihre großen Männer verwirklichten geistigen Kulturbesitzes: das, wodurch die Nibelungen, Luther, Kant, Goethe, Bismarck mit dem deutschen Volkstum zusammenhängen, was sie aus ihm geschöpft, gestaltet und ihm für seine Weiterentwicklung geschenkt haben.

Lagarde, der deutscheften einer, hat einmal gesagt: „Die Nation lebt nicht von ihrer Gegenwart, sondern von ihrer Zukunft." Das ist ein Wort, dessen Tiefe zu begreifen jetzt die Zeit gekommen ist. Es verlangt als Ergänzung: für ihre Zukunft und für die der Menschheit. Das meinte der Freiherr vom Stein, als er es Deutschlands Bestimmung nannte, eine Provinz im Reiche der sittlichen Freiheit zu sein, denn die Freiheit der sittlichen Entwicklung ist das höchste Gut, das der Mensch besitzt. Daher fuhr ich an jener Stelle in meinem Buche fort:

Der deutsche Gedanke bedeutet also den sittlichen Wesensgehalt des Deutschtums als gestaltende Kraft im gegenwärtigen wie im zukünftigen Weltgeschehen, und indem wir ihn so erklären, gehen wir mit Bewußtsein von der Überzeugung aus, daß wir gleich andern Völkern dazu in das Spiel der Weltkräfte hineingestellt sind, um sittliche Tüchtigkeit nicht nur für uns, sondern auch für die ganze Menschenwelt zu erarbeiten und zu bewähren.

Nach diesem Grundgesetz und nach keinem andern geschieht die Auslese des Volkstums, dem es bestimmt ist, ein Stück vom Fortschritt der Menschheit zu verwirklichen, indem es ihr einen Stempel seines nationalen Ideengehalts aufdrückt. Von diesem positiven Ziel des deutschen Gedankens braucht trotz des äußeren Zusammenbruchs, den wir erlitten haben, auch für die Zukunft nichts hinweggetan zu werden, wenn nur unser Blut unvergiftet bleibt durch die Schande einer feigen Unterwerfung. Was uns zugemutet werden soll, ist die Preisgabe von Volksgenossen unter fremdes Joch und die Preisgabe unserer Ehre durch die Annahme von Bedingungen, von denen wir wissen, daß sie dazu bestimmt sind, uns ohnmächtig zu machen und zu entwürdigen.

Auch nach dem Kriege wird es dabei bleiben, daß wir das an Zahl stärkste Kulturvolk Europas sind, und die Einbußen, die wir erlitten, werden mehr als doppelt wettgemacht durch den Hinzutritt der deutschen Brüder in Österreich. Mit ihnen zusammen sind wir schon heute ein Volk von mehr als 70 Millionen. Daß wir die nationale Einheit gewonnen haben und daß der Druck, der uns von Osten her preßte, wenn nicht verschwunden, so doch um ein Vielfaches erleichtert ist, das sind Aktiva, mit denen wir außerpolitisch rechnen dürfen. Die russische Gefahr ist beseitigt und Polen wird auf die Dauer auch nicht annähernd imstande

Digitized by Google

sein, ein „Ersatzrußland" im Sinne der Entente zu bilden. Wüchse es sich dazu aus, so wäre das nur unsere eigene Schuld.

Freilich, alle Rechnungen, was dazu dienen könnte, Kraft nach außen wiederzugewinnen, sind umsonst, wenn keine lebendigen Innenkräfte dahinterstehen. Diese sind das Entscheidende. Haben wir sie? Dafür kann es uns als Vorzeichen dienen, daß die ganze Summe der Gedanken über die zukünftige Einrichtung der Welt unter dem Völkerbunde, die uns von dem moralischen Wortführer unserer Feinde, dem Präsidenten Wilson, vorgetragen wird, ja gar nichts anderes ist, als eine wunderbare Wiederkehr von Ideen, die vor mehr als einem Jahrhundert von den großen deutschen Geistern ausgegangen ist. Das Tiefste über Völkersittlichkeit und Völkerfrieden hat Kant gesagt. In ihm liegt der Urquell aller Wilsonschen Formeln, und es ist deutsches Geistesgut, mit dem der Amerikaner arbeitet. In einer schönen Schrift, „Völkerbund und Rechtsgedanke", einer Rede, die Eduard Spranger am 22. März 1919 in einer allgemeinen Akademikerversammlung in der Universität Leipzig gehalten hat,*) lesen wir:

Unter den 14 Punkten des Präsidenten Wilson, auf Grund deren die Friedensbesprechungen eingeleitet worden sind, lautet der letzte: „Es muß eine allgemeine Vereinigung der Nationen mit bestimmten Vertragsbedingungen gebildet werden, zum Zwecke der gegenseitigen Garantieleistung für die politische Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit der großen sowie der kleinen Nationen." Wir begrüßen dieses Wort als die Botschaft einer neuen Zeit. Es ist in ihr ausgesprochen, daß die Gegenseitigkeit die Grundlage der neuen Garantien sein solle. Nicht anders hat bei uns Fichte das höchste Rechtsgesetz" formuliert: „Jeder beschränke seine Freiheit so, daß neben ihm alle übrigen auch frei sein können".

Es sind also nichts anderes als deutsche Gedanken aus der Zeit, da der deutsche Geist seinen höchsten idealen Flug nahm, die jetzt auf dem Umwege über den Atlantischen Ozean zu uns zurückkehren, und wir brauchen sie nur anzuerkennen und sie als unser Gut wiederzufordern, um mit ihrer Hilfe den deutschen Gedanken, so wie wir ihn oben erklärt haben, als Werkzeug und Ziel unserer nationalen Zukunft mächtig zu machen. Spranger schreibt an einer anderen Stelle:

Wir bekennen feierlich: Als alle in der Welt auf dem Boden des Imperialismus standen, haben auch wir bei unserer gefährdeten geographischen Lage nicht anders gekonnt als uns auf diesem Boden zu stellen; nach dem alten Wort des Machiavelli: „eine selbstlose Macht, die zwischen ehrgeizigen Mächten steht, müßte schließlich zugrunde gehen." Durch die Schicksale des Krieges haben alle umgelernt, nicht nur die Deutschen. Schuld und Gegenschuld sind auf allen Seiten gleichmäßig verteilt. Es ist nicht die Stunde, in der Vergangenheit zu forschen und über sie zu rechten. Eine neue Weltepoche ist unter dem Getöse der Waffen angebrochen; ihr wollen wir mit männlich festem Entschluß entgegengehen. Eine neue Welt soll sich auf reinem Grund erheben. Hat doch der reine Wille zur Wahrhaftigkeit den Fluch selbst vom Hause der Atriden genommen.

*) Verlag von Felix Meiner, Leipzig.

Digitized by Google

In diesen schönen Sätzen ist eins doch nicht richtig, und das andere ist mehr eine vorweggenommene Hoffnung, als eine Wirklichkeit. Was den Ausbruch des Weltkrieges angeht, so kann man nicht sagen: Schuld und Gegenschuld sind gleich verteilt. Ich habe dem stets widersprochen und habe, als es von gewisser Seite in Deutschland Mode wurde, moralische Selbstanklagen über die Schuld am Kriege zu häufen, das ganze Material noch einmal genau überprüft. Das Ergebnis liegt jetzt vor in einer eben erscheinenden Schrift: Das Zeugnis der 13 Tage,*) und ich kann es hier dahin zusammenfassen, daß auch bei Anlegung des strengsten und objektivsten Maßstabes von einer Schuld am Emporflammen des Weltkrieges die mit der unserer Gegner vergleichbar wäre, nicht gesprochen werden kann. Wer es anders sagt, der spricht, wenn nicht in bewußter Verdrehung, so doch in ungenügender Kenntnis der Vorgänge, wie sie wirklich waren. Auch davon haben wir bisher noch wenig gemerkt, daß durch diesen Krieg „alle umgelernt haben, nicht nur die Deutschen". Es ist wahr, ein Mann wie der englische Publizist Garvin, der während des Krieges scharf für das Durchkämpfen bis zu Ende eingetreten ist, schreibt im „Observer" (13. 4. 19.):

Was auch immer das jingoistische Rumpfparlament oder die unionistische Mehrheit sagen mögen, das englische Volk ist des Blutvergießens satt, des Schlammes, der Rachsucht, des Hasses und all der kurzsichtigen Leidenschaften, die unsern Erfolg beschmutzt, die Hälfte unsers Sieges unwiederherstellbar vergeudet und den Rest in Gefahr gebracht haben.

Auch die „Westminster Gazette" warnt davor, die Torheit der Dezemberwahlen in England fortzusetzen und sagt:

Wenn man jetzt die volle Rechnung von 20 Milliarden Pfund fordert, so verliert man den Ruf eines humanen und verständigen Volkes; denn wenn man dem Weißbuch glaubt, (das die Berichte beauftragter englischer Offiziere über die Lage in Deutschland enthält), so handelt es sich nicht darum, was man aus Deutschland herausbekommen kann, sondern was man ihm geben muß.

Auch aus Frankreich hören wir ähnliche Stimmen aus den politischen Kreisen der Nachfolgerschaft von Jean Jaurès. Diese Engländer und vollends die Franzosen, auf die Sprangers Wort vom Umlernen tatsächlich paßt, bilden aber einstweilen doch nur sehr die Minderheit innerhalb ihrer Nationen. Trotzdem nehmen wir die Tendenz des Umlernens oder besser gesagt des Umlernensollens an, und lassen das Wort gelten: Eine neue Welt soll sich auf reinem Grund erheben!

Gilt es, so gilt auch weiter der deutsche Gedanke in der Welt. Was wir früher wollten, unsere äußere Weltstellung neben der Englands und des Angelsachsentums so stärken, daß von hier aus die Sicherheit gegeben war: der deutsche Gedanke wird neben dem angelsächsischen der Welt seinen Stempel aufdrücken, davon kann jetzt auf absehbare Zeit kaum die Rede sein. Gewiß, die Welt ist

*) Hamburg 1919, Verlag von Dorendorf und Dresel.

Digitized by Google

rund, und ihr Lauf ist manchmal sehr geschwinde; auch die äußeren Verhältnisse können sich schneller ändern, als man denkt. Wir wollen jetzt aber nicht an solche Möglichkeiten denken, sondern eher daran, daß der deutsche Geist es schon einmal fertiggebracht hat, dem Weltgeist seine Bahnen zu weisen. Wir sahen, Wilsons Völkerbund ist ein Nachklang davon. Damals war es die Herrschaft im Reiche der absoluten Idee, die wir ausübten. Heute haben wir mehr als das. So verwüstet und zerrüttet wie wir sind, so können wir doch in kurzem die Führung der Welt gewinnen auf dem Gebiete sittlich-sozialer Neuordnung. Das Schicksal hat es gewollt, daß in Deutschland, dem Lande, in dem die soziale Frage nach ihrer ethischen wie nach ihrer ökonomischen Seite vorher am tiefsten durchdacht wurde, mit einem gewaltigen Ruck die Idee des sozialen Volksstaats als ein Versuch in der Wirklichkeit aufgerichtet wurde. Der Versuch ist schwer und die Feinde, die gegen ihn arbeiten, sind gefährlich; aber wenn die deutsche Nation sich auf sich selbst besinnt, so kann er trotzdem glücken. Gelingt er, so ist der deutsche Gedanke in der Welt höher als zuvor, denn dann bleibt den andern Völkern gar nicht anderes übrig, als unserm Beispiel zu folgen. Die Autorität, die wir dadurch gewinnen, wird so stark sein, daß niemand den Versuch wird wagen können, fortan den deutschen Gedanken in der Welt beiseite zu drücken. Dann kann das Wort immer noch eine Wahrheit werden, daß am deutschen Wesen die Welt genesen mag — nicht wie die gedankenlose alldeutsche Phrase das auch gemeint hat, sondern wie es vom sozialen Volksstaat Deutschland in Zukunft als zwingender sittlicher Gedanke die Welt beeinflussen wird. Und daran, daß dies Wirklichkeit werde, brauchen die 1000 Paragraphen von Versailles uns nicht zu hindern; es sei denn, wir flößten uns durch feige Unterwerfung sein Gift ein, das aus unserm Blute in unsere Nachkommenschaft übergehen und noch die „Kraft später Geschlechter" lähmen und untergraben wird.

Bildungsreform

Was können wir von Amerika lernen?

Von Dr. Oscar Münsterberg

Im neunzehnten Jahrhundert kamen zahlreiche amerikanische Studenten zum Besuch der Universitäten nach Deutschland und Professoren wurden nach Amerika berufen. Das ist in den letzten zehn Jahren ganz anders geworden. Warum dieser Umschwung? Der Amerikaner gibt zur Antwort: „Ihr Deutschen habt sehr gute Fachuniversitäten, und solange wir keine gleichwertigen Institute besaßen, haben wir bei euch gelernt. Heute sind unsere Unterrichtsanstalten als Vorbereitung zu den gelehrten Spezialberufen gerade so gut. Was unseren

Digitized by Google

Söhnen in Amerika nottut, ist nicht die Fachgelehrsamkeit, sondern die allgemeine höhere Bildung als Grundlage jeder erfolgreichen Betätigung. Die Erziehung zum „Gentleman". Diese können wir uns aber in England und Frankreich besser als wie in Deutschland aneignen."

Die deutschen Universitäten sind eng verbunden mit der spezialisierten Fachwissenschaft. Beide wuchsen historisch aus den gelehrten Studien heraus, so daß Fachgelehrsamkeit und höhere Bildung bei uns nahezu als identisch gelten. Daneben wird eine gleichwertige soziale Stellung auch anderen Berufen und Klassen eingeräumt, die keine höhere Bildung im Gelehrtensinne besitzen, wie den Offizieren und gewissen agrarischen und kapitalistischen Kreisen, bei denen nicht der Unterschied in der Bildung ausschlaggebend ist, sondern die Tatsache, ob sie Engros- oder Detailgeschäfte betreiben, ob sie ein Rittergut oder einen Bauernhof besitzen. Also nicht die wissenschaftliche Ausbildung allein hebt in Deutschland den einzelnen aus der Menge der Durchschnittsmenschen empor, sondern ein von der Fachgelehrsamkeit und von der allgemeinen Bildung unabhängiges Prinzip der sozialen Stellung.

Ähnlich, aber doch unterschiedlich liegen die Verhältnisse in anderen Ländern. In England und Amerika hat der Handelsstand in seiner historischen Entwicklung eine viel größere Bedeutung erlangt, während Offizier- und Beamtenstand, besonders da eine fortgesetzte Durchdringung der verschiedenen Berufe stattfand, wesentlich zurücktraten. Aus diesen Verhältnissen heraus hat sich der Begriff der „Gentleman"-Erziehung entwickelt, für die wir in Deutschland kein treffendes Wort besitzen. Man kann vielleicht von „allgemeiner Bildung" sprechen, aber das Wort ist nicht so prägnant wie das Wort „Gentleman", denn dieses umfaßt auch die Lebensart und die Charakterbildung. Bei uns wird auf diese „allgemeine Bildung" als Unterscheidungsmerkmal einer Schicht weniger Wert gelegt, weil wir bisher die Scheidung der Klassen und Berufe, ob mit oder ohne grundlegende allgemeine Bildung, als berechtigt anerkannten.

Die Bildung eines „Gentleman" erfordert keine gelehrte Fachausbildung in einem einzelnen Spezialberuf, sondern eine grundlegende allgemeine Bildung humanistischer Art und eine Pflege der Persönlichkeit, wie sie in Deutschland in bevorzugten kleinen Kreisen im 18. Jahrhundert und noch bis um die Mitte des 19. Jahrhunderts angestrebt wurde. Erst die naturwissenschaftlich-technische Entwicklung der letzten Jahrzehnte, getragen von einer rein materialistischen Weltanschauung, bewirkte die Vernachlässigung der Schulung des Geistes als Selbstprinzip und förderte die Ausbildung zum geldverdienenden Fachmenschen. Dieser Erwerbssinn war so sehr gesteigert, daß sogar schon das Kind in der Schule bei der Wahl der Real- oder Gymnasialbildung gewisse Rücksichten auf den späteren Beruf nahm.

Digitized by Google

So ist das Bildungsproblem in den demokratischen Ländern des Westens anders gestellt als in unserem Klassenstaat. Dort gilt die „allgemeine Bildung" als Grundlage für jedermann, gleichgültig, welchem Berufe er sich später zuwendet, ob Arzt oder Kaufmann, Richter oder Bankier.

Für diese „Gentleman"-Erziehung ist in Amerika ein vierjähriger Lehrkursus am College vorgesehen, der etwa den Jahren der Unter- und Oberprima und den vier ersten Semestern der Universität bei uns entspricht. In diesen Jahren kann jeder Jüngling sich in freien Künsten und Wissenschaften mit weitgehender Möglichkeit der persönlichen Fachauswahl ohne Gedanken an den praktisch erwerbenden Lebensberuf allgemein bilden. Nach Absolvierung dieser Studien erhält er das Prädikat „Bachelor of Arts" (A. B.) und gehört zu den „Gebildeten". Erst nachher widmet er sich der Fachschule oder dem praktischen Leben. So vorgebildet, ist er besser befähigt, öffentliche Ämter in Politik und Wohlfahrt zu erfüllen, als bei uns, wo nicht nur bei den Kaufleuten, Landwirten und Offizieren, sondern oft auch bei den einseitig ausgebildeten Fachgelehrten oder Spezialisten, selbst wenn sie erfolgreiche Ärzte, berühmte Rechtsanwälte oder gefeierte Professoren sind, die alles umfassende, weitgreifende, geistig anregende Bildung fehlt. Hierauf dürfte die Weltfremdheit unserer Professoren und Regierungsbeamten begründet sein. Dabei handelt es sich nicht um die Menge positiven Wissens, die im allgemeinen bei uns größer sein dürfte als in andern Ländern, sondern um die Vielseitigkeit und praktische Lebensanschauung. Dem entspricht auch, daß bei uns zwar der einzelne Gebildete mehr weiß, aber daß das allgemeine Interesse für wissenschaftliche und politische Fragen viel geringer ist als in den westlichen Ländern.

Das College in Amerika zerfällt in zwei Teile. In die Grundschule und in die Spezialfachschule. Die meisten absolvieren nur den Kursus der Grundschule, um dann in das praktische Leben überzutreten, aber gerade durch diese Klassen der umfassenden allgemeinen Bildung und nicht durch die der Fachabteilungen, bildet das College heute mehr als je zuvor die Seele der ganzen Nation. So ähnlich, allerdings unter sehr veränderten, beschränkteren Verhältnissen, war es auch bei uns in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, als von den Studenten der Geist der deutschen Einigung gepflegt wurde. Genau so ging in Amerika die Begeisterung zum Kriege von 1917 vom College aus, während in Deutschland vor dem Kriege der Student ganz unpolitisch erzogen wurde. Professor Elliot, der vierzigjährige Leiter der Harward-Universität, einer der geistigen Führer Amerikas, hat schon im Anfang des Krieges ein viel beachtetes Buch gegen Deutschland geschrieben, und die Studenten waren die ersten freiwilligen Soldaten, obgleich es nicht galt, das Vaterland zu verteidigen, sondern für eine Überzeugung zu kämpfen. Derartige Bewegungen können nur von den Bildungsstätten ausgehen, die neben

Digitized by Google

Kenntnissen allgemeiner Bildung, vor allem die Begeisterung für Ideale, für das nationale Empfinden, für die Werte des Geistigen pflegen. Nicht die Belastung des Gedächtnisses, sondern die Entwicklung des Charakters und der Gesinnung ist ausschlaggebend.

Im Parlament und in der Politik und leider auch in den letzten Jahrzehnten in der Diplomatie, fehlten uns die geistig führenden Männer, wie sie noch 1848 in der Paulskirche zu Frankfurt gesessen haben. Die Ursache liegt nicht im Mangel an fähigen Köpfen, sondern in der fehlerhaften Ausbildung zu einer öffentlichen Betätigung. Ein typisches Beispiel ist Ludendorff. Selbst seine größten Gegner müssen sein starkes Genie in dem Spezialfach der Strategie anerkennen, aber ihm fehlte jede umfassende Bildung, jedes Verständnis für die Psychologie des Volkes, für die wirtschaftlichen Zusammenhänge und für die höheren humanistischen Ideale eines Nicht-Soldaten.

* * *

Wenn wir uns nun fragen, welche Einrichtungen in Amerika für uns nachahmenswert sein könnten, so müssen wir uns auch andererseits die Fehler des dortigen Systems klarmachen. Hierzu gehört in erster Linie, daß die in Amerika bestehende Freiheit, sein Arbeitsprogramm nach eigener Wahl zusammenzustellen, sich nicht bewährte und oft zu Zeitverschwendungen führt. Das gilt nicht nur für die Universität, sondern auch für die grundlegenden Schulen. Es darf daher nicht völlige Freiheit herrschen, sondern gewisse Studiengänge müssen vorgeschrieben werden, die sich zu einer inneren Einheit formen. Ohne Zweifel sind bei uns die Schulen ernster und erfolgreicher. In Amerika wird durch die Kinder der Eingewanderten, die noch nicht einmal die Landessprache beherrschen, das Durchschnittsniveau der öffentlichen Schule herabgedrückt. Also nicht bei der Ausführung, sondern bei der Aufstellung des Programms können wir von Amerika Anregung erhalten.

In Amerika hat man die Schul- und Studienzeit in Abschnitte zu je vier Jahren geteilt. Es kommt im normalen Durchschnitt der Knabe im Alter von etwa 6 Jahren auf die Elementar-, zu 10 Jahren auf die Mittelschule, zu 14 Jahren auf die Ober-, zu 18 Jahren auf die Grundschule im College, zu 22 Jahren auf die Spezialfachschule der Medizin, Jurisprudenz usw. im College. Mit etwa 26 Jahren sind die Studien beendet, also etwas später als bei uns. Diese Einteilung würde für deutsche Verhältnisse nicht passen, da die Grundschule im College zwei Jahre Gymnasium und zwei Jahre Universität umfassen würde.

Man könnte in Deutschland vielleicht folgende Einrichtung treffen: Die Elementar- und Mittelschule vom 6. bis 14. Jahre ist kostenfrei und obligatorisch für jeden Sohn eines deutschen Bürgers. Die Schule soll den Kastengeist aus-

Digitized by Google

gleichen und freie Entwicklung auch den Ärmsten im entlegenen Dorfe ermöglichen. Kontrollierte Privatschulen können daneben bestehen.

Die Oberschule vom 14. bis 18. Jahre, ungefähr den oberen Klassen des Gymnasiums entsprechend, muß ebenfalls kostenfrei für jedermann sein, aber nicht obligatorisch, sondern nur dem erlaubt, der die entsprechenden Examina mit Erfolg bestanden hat und den Wunsch zu einer Weiterbildung besitzt. Die Frage des Geldbesitzes darf weder den Besuch der Oberschule verhindern, noch im anderen Fall berechtigen. Zwar kann nur eine geistige Oberschicht diese Oberschule besuchen, und man war daher in Amerika nicht einig darüber, ob sie unentgeltlich sein soll oder nicht. Schließlich hat man sich aber für die Unentgeltlichkeit entschieden, da eine solche Oberschule als notwendig galt, um einen möglichst großen Kreis von Menschen heranzubilden. Nur ein geschultes und gebildetes Volk kann sich selbst regieren. Hierin liegt die Erkenntnis, daß für den Kampf des Lebens der am besten ausgerüstet ist, der den Beruf auf die breiteste Grundlage der allgemeinen Bildung stellen kann und mit der Spezialisierung möglichst spät beginnt.

Einzelne Staaten in Amerika sind noch weiter gegangen und haben auch freie Schulbücher und sogar in einzelnen Orten freie Kleider bewilligt. Letzteres würde vielleicht in besonders armen Gegenden notwendig sein. In Amerika trägt die Stadtgemeinde die Schullasten, da ihre Jugend von der Schule den Gewinn hat. Aber der Staat gleicht durch Zuschüsse zwischen armen und reichen Gemeinden, zwischen Stadt und Land aus, so daß ein möglichst gleichmäßiges Niveau im ganzen Reiche erzielt wird. Das wird auch bei uns nötig sein, da sonst ein geistiges Übergewicht reicher Städte gegenüber armen Landgemeinden Platz greifen würde und wir alles Interesse haben, den Zuzug nach den Städten aus dem Grunde der Kindererziehung zu vermeiden.

Die Lehrerseminare stehen in Amerika unter Staatsleitung, und das dürfte auch bei uns unbedingt notwendig sein.

Naturgemäß sind die Interessen der Jugend je nach Begabung und Erziehung im Elternhaus sehr verschieden. In Amerika kennt man nicht den Unterschied des Lehrprogramms in verschiedenen Schulen, sondern innerhalb jeder einzelnen Schule ist durch Einschaltung von Parallelkursen hierauf Rücksicht genommen. Man wählt also nicht zwischen den verschiedenen Schulen, sondern zwischen verschiedenen Lehrprogrammen in einer Schule, die beweglich ausgestaltet werden. Diese Form ist sogar jetzt in Japan aufgenommen worden. Bisher wurde dort in den Mittelschulen nur englisch gelehrt, aber eine neue Verordnung des Unterrichtsministeriums bestimmt, daß Parallelklassen gebildet werden, damit es jedem Schüler freisteht zu wählen, ob er englisch, französisch oder deutsch lernen will.

In Amerika ist noch eine merkwürdige Einrichtung, die sich gut bewährt hat. 'Wir kennen nur das Sitzenbleiben in einer Klasse bei mangelnder Leistung, aber

Digitized by Google

der begabtere Schüler hat keine Möglichkeit, schneller vorwärts zu kommen und wird daher leicht gelangweilt, so daß statt einer Ermutigung ein Rückschritt erfolgt. In Amerika kann bei entsprechender Begabung und Fleiß ein Überspringen von Klassen stattfinden, so daß z. B. der Vierjahrskurs schon in drei Jahren absolviert werden kann. Eine weitere Erleichterung besteht darin, daß man in der Oberschule und im College das Examen für jedes frei gewählte Fach einzeln zu leisten hat, so daß es möglich ist, ein Fach schneller zu beenden und somit Zeit für andere Studien zu gewinnen.

Dieses System der obligatorischen freien Einheitsschule wird allerdings durchbrochen durch zahlreiche Privatschulen, die durch hohe Schulgelder mit großen Mitteln ausgerüstet sind, so daß sie die besten, oft bessere Lehrer als die Einheitsschule anstellen können. Hierdurch wird ermöglicht, daß die Schüler gründlicher, schneller, zweckmäßiger und unter sozial angenehmeren Verhältnissen ihr Ziel erreichen können. Interessant ist, daß die Oberschule immer stärker besucht wird. 1890 kamen nur 5 Schüler der Oberschule auf je 1000 Einwohner, 1900 waren es bereits 9 und 1912 sogar 12. Davon waren 88,6 Prozent in öffentlichen Schulen und 11,4 Prozent in privaten Schulen, während 1890 noch 32 Prozent in Privatschulen und nur 68 Prozent in öffentlichen waren. Ein Zeichen, daß immer weitere Kreise nach einer besseren Schulbildung, besonders in den öffentlichen Schulen, streben.

Im allgemeinen gilt in Amerika der Grundsatz, daß der Schüler keine oder nur wenige Hausaufgaben bekommt, daß er jedes Jahr im Sommer drei Monate Ferien hat und daß er überhaupt mit Lernen zwangsweise nicht zu sehr überlastet wird. Diese Einrichtungen gehören zu den von mir am Anfang erwähnten ungünstigen Momenten, die wir nicht nachmachen sollen. Unser Schulwesen ist ernster und erreicht in kürzerer Zeit viel mehr als in Amerika.

Schließlich ist es bei der Neubildung der Einheitsschule von größtem Interesse zu sehen, welche Fächer bei freier Wahl von den Schülern in Amerika bevorzugt werden. Wir finden *)

49 Proz. Latein, ¾ Proz. Griechisch, 10 Proz. Französisch, 24 Proz. Deutsch, 57 Proz. Algebra, 31 Proz. Geometrie, 15 Proz. Physik, 7 Proz. Chemie, 19 Proz. Geographie, 8 Proz. Zoologie, 17 Proz. Botanik, 57 Proz. englische Literatur, 55 Proz. Geschichte,

dann kommen Fächer, die bei uns überhaupt nicht gelehrt werden:

15 Proz. Physiologie, 57 Proz. Rethorik, 16 Proz. Bürgerkunde, 5 Proz. Landwirtschaft, 4 Proz. Hauswirtschaft.

*) Nach Angabe meines Bruders Hugo Münsterberg: „Die Amerikaner", IV. Auflage, 1912.

Digitized by Google

Auch bei uns sollten zwei Jahre Universitätsstudium allgemeiner Bildung für möglichst weite Kreise angestrebt werden. Die Freiheit im Lernen und im Leben auf der Universität ist für die Entwicklung der Persönlichkeit von größter Bedeutung. Der Abschluß dieser allgemeinen Bildung müßte durch ein Examen in Art des Abiturs belohnt werden, das auch soziale Vorteile bietet. Dementsprechend hätte die Universität allgemeine und Spezialfächer zu trennen. Hieraus ergäbe sich auch eine Neugestaltung der Fakultäten, die ihre Berechtigung nur für die Fachkurse besitzen. Die grundlegenden Studien müßten sich auf die verschiedensten Gebiete zusammenfassend erstrecken und deren Zusammenhang und nicht die Trennung betonen. Dann wird die ideale Begeisterung in der jugendlichen Seele zu starker Flamme entfacht werden und nicht wie heute in Formelkram der sogenannten exakten Wissenschaft zur Sprechmaschine erstarren.

Die gesteigerten Einkommen vieler Arbeiter- und Angestelltenkreise werden der Jugend immer weiterer Volkskreise eine bessere Ausbildung gestatten. Daher muß eine Reform der Schule und der Universität einsetzen, die den Ansprüchen auf allgemeine Bildung in ausreichendem Maße gerecht wird. Dann werden wir auch keinen Mangel an führenden Männern haben.

Das Vorbild der russischen Räterepublik

Von Hermann Stens, Hagen.

Der Tatar Uljanow aus Ssamara, der sich Lenin nennt, behauptete bei der Auflösung der russischen Nationalversammlung im Januar 1918 in einer Rede, in der er die Vernichtung des „bürgerlichen Parlamentarismus", der Demokratie und ihre Ersetzung durch die „demokratischere Organisation der Sowjets" zu rechtfertigen suchte: „Die Schaffung der Räte ist etwas Ungeheures, Neues, Unerhörtes in der Geschichte der Weltrevolution". Diese Behauptung, für die ein Wahrheitsbeweis niemals erbracht werden wird, gehört in das Reich der immer wieder zu beobachtenden Erscheinungen, daß in jeder revolutionären Umbildung die geistigen Väter der in der politischen oder gesellschaftlichen Umwälzung als Triebkräfte wirkenden Ideen die Geschichte der hinter ihnen liegenden Revolutionen nicht kennen und ihre Gedanken stets als neue und geniale Phänomene, als unerhörte, vordem noch nie dagewesene Impulse zu lebendiger Schaffungslust und schöpferischem Schaffensvermögen hinstellen, deren praktische Ausdrucksformen den Beginn einer neuen Ära, einer Epoche ewiger Glückseligkeit für das unterdrückte Menschengeschlecht versprachen. Die Lehre Ben Akibas geht an ihnen spurlos vorüber; denn ihre Schöpfungen sind meist keine eigenen geistigen Erfindungen, sondern Plagiate vergangener historischer Geschehnisse. So sind auch

Digitized by Google

der zur Zeit in den Ländern Europas mit Suggestivkraft wirkende Leninsche Gedanke der Räterepublik und seine flammende werbende Idee von Weltbolschewismus und von der Weltrevolution in ihren Wesenskernen Ideen entnommen, die der Pariser Kommune vom Jahre 1871 erst die staatsrechtliche Ausprägung und den lebendigen Organismus gaben.

Wie wurde und was wollte die Pariser Kommune?

Die Gefangennahme Napoleons III. durch die Deutschen brachte für Frankreich eine politische Umwälzung. Aus den Trümmern des Kaisertums erstand die Republik. Diese Umwälzung vollzog sich unrevolutionär und bürgerlich. Aber es gab in Frankreich in den verschiedenen sozialistischen Parteien Elemente, die in diese politische, nur auf die Staatsform, nicht aber auf die gesellschaftlichen Verhältnisse sich beziehende Umwälzung sozialistisch-kommunistische Ideen als Saatkörner hineinzutragen den Willen bekundeten. Es waren die Anhänger der ehemaligen revolutionären Geheimbunde, die unter dem Namen „Gesellschaft der Familien" oder „Gesellschaft der Jahreszeiten" Vorbereitungen für eine gesellschaftliche soziale Revolution trafen, indem sie zunächst eine geheime Organisation schufen, deren Leitung in der Hand eines geheimnisvollen Ausschusses lag, dessen Glieder nicht gekannt waren. Der geistige Leiter war der Kommunist Louis August Blanqui, der als Teilnehmer des bewaffneten Aufstandes vom 12. und 13. Mai 1839 zum Tode verurteilt, aber zu lebenslänglicher Haft begnadigt worden war; ein Mann von asketischem Lebenswandel, und ein ehrlicher Fanatiker mit einer Feuerseele, der für seine Ideen insgesamt 37 Jahre in Gefängnissen zubringen mußte. Am 31. Oktober 1870 versuchten Blanqui und Gleichgesinnte die Regierung zu stürzen. Der Putsch mißlang durch den mutigen Angriff eines Bataillons Nationalgarde. Die Regierung aber wagte es nicht, die Urheber des kommunistischen Aufstandes zur Rechenschaft zu ziehen. Diese griffen nunmehr zur „Taktik der unterirdischen Agitation". Es bildete sich, anscheinend nach dem Muster des in der Nacht vom 9. bis zum 10. August 1792 von den Jakobinern begründeten „Aufstandskomitees" ein geheimnisvolles „Zentralkomitee", oder wie wir solche Institution heute bezeichnen würden: ein Vollzugsrat oder Zentralrat, der nun systematisch die Losung ausgab: „Errichtung einer Kommune". Es galt vor allem, die Nationalgarde für diesen Gedanken zu gewinnen. Den Wurzelboden für die Revolutionierung dieser Volkselemente gaben die wirtschaftlichen Folgeerscheinungen der Niederlage. Wie in den Kriegsjahren 1914/18 in Rußland und Deutschland — namentlich in der letzten Zeit — zahlreiche Deserteure das Hinterland unsicher machten, so hielten sich gegen Ende des Krieges von 1870/71 auch in Paris zahlreiche Soldatenflüchtlinge auf, die in Gemeinschaft mit Kriminalverbrechern das

Digitized by Google

beste Rekrutierungskontingent für das Zentralkomitee abgaben. So wurden unter den 34 000 Gefangenen, die die Regierungstruppen nach der Niederwerfung der Kommune machten, nach einem offiziellen Bericht des Generals Appert an die Nationalversammlung im Jahre 1875 nicht weniger als 5000 Deserteure und 7460 Kriminalverbrecher gezählt. Trotz der Wünsche und Warnungen der deutschen Regierung hatte Jules Favre es durchgesetzt, daß die Pariser Nationalgarden ihre Waffen behalten durften. Die Mehrzahl der Bürgerwehr mochte lieber Soldat spielen, als bei kargem Lohn arbeiten, denn als Nationalgardist bezog man für geschäftigen Müßiggang den seit September 1870 gewohnt und liebgewordenen Tagessold von anderthalb Franken, während Weib und Kind ihren Lebensunterhalt aus den Staatsmagazinen erhielten. Der „Zentralrat" sicherte den ihm ergebenen Nationalgardisten den Weiterbezug zu und es gelang ihm durch derartige Versprechungen, rund 250 Bataillone Nationalgarde auf seine Seite zu ziehen, so daß er bald allgemein als „Zentralkomitee der Nationalgarden", oder wie es heute heißen würde, „Zentralrat der Bürgersoldaten" genannt wurde.

Auf seinen Befehl wurden fast 400 Kanonen unter dem Vorgeben, ihre Wegnahme durch die am 1. März 1871 in Paris einziehenden Deutschen zu verhindern, in die Revolutionsviertel von Paris (Montmartre, Belleville) gebracht. So äußerlich gerüstet, forderte der „Zentralrat der Bürgersoldaten" von der Regierung die Fortdauer des Tagessoldes für alle Nationalgardisten und freie Wahl der Offiziere. Die Regierung versuchte, sich am 18. März der Kanonen zu bemächtigen. Der Versuch mißlang. Ein Teil der Truppen ging zu den Aufständischen über. Der Zentralrat siedelte von seinem Sitzungslokal in der Rue des Rosiers auf den Montmartre ins Stadthaus über. Seine Mitglieder, die noch am Morgen des 18. März nichts anderes waren als geheime Verschwörer, waren am Abend die Herren von Paris. Widerstand wurde nicht geleistet. Zunächst wurde auf allen öffentlichen Gebäuden die rote Fahne aufgezogen. Die neue Regierung erließ am 19. März eine Proklamation an die Bürger, aus der ich als wesentlich folgendes entnehmen will:

„Diesmal haben unsere Brüder von der Armee mit Entrüstung sich geweigert, die Bundeslade unserer Freiheiten anzutasten. Dank allen! Mögen Paris und Frankreich jetzt mit vereinten Kräften den festen Grund zu einer echten Republik legen, als zu der Staatsform, welche einzig und allein imstande, die Ära der feindlichen Einbrüche und der Bürgerkriege auf immer abzuschließen. Der Belagerungszustand ist aufgehoben. Die Bevölkerung wird in ihren Bezirken zusammenberufen zur Vornahme der Gemeindewahlen. Sicherheit aller Bürger durch die Bürgerwehr wird gewährleistet."

Digitized by Google

Unterschrieben war diese Proklamation „Das Zentralkomitee der föderierten Nationalgarde" — also „Zentralrat der Bürgersoldaten-Räte". Auch schuf man für die Nationalgarden eine Organisation, und zwar die Organisation der Räte. (Großrat der Delegierten, Bataillonsrat, Legionsrat und Zentralkomitee.) Außerdem wurde der Nationalgarde das Recht zugesprochen, die Chefs selbst zu wählen, zu ernennen und abzusetzen, sofern sie dem Vertrauen ihrer Wähler nicht entsprachen. Hier findet man also bereits den Recall, den Widerruf der Mandatsbetrauung, den die Anhänger Lenins und auch die der deutschen Räterepublik als eine neue revolutionäre Errungenschaft hinzustellen sich bemüßigt sehen. Am Sonntag, dem 26. März, von morgens 8 bis nachts 12 Uhr, also an einem gesetzlichen Feiertage, fand nach einer „Vereinbarung" mit der Regierung die Wahl der „Pariser Kommune" statt. Von 490 000 eingeschriebenen Wählern übten 277 300 ihr Wahlrecht aus. Am 28. März wurde im Rahmen eines großen Volksfestes, wie sie in Rußland bei den Bolschewisten seit ihrer Herrschaft ja auch üblich geworden sind, die Kommune feierlich proklamiert, nachdem zum Schein der Zentralrat am 26. März seine Selbstauflösung bekanntgegeben hatte, und am Abend konnten die Pariser in einem Maueranschlag neben der Phrase, daß „Paris im Buche der Geschichte eine neue Seite aufgeschlagen und seinen mächtigen Namen darauf geschrieben" habe, lesen, daß sich aus der Pariser Kommune, um die sie sich fest und vertrauensvoll scharen sollten, die „Universalrepublik als das Endziel der sozialen Revolution entwickeln müsse. Schon hier ist also der Gedanke der Weltrevolution ausgesprochen, der also keineswegs eine neue, schöpferische Idee des Bolschewismus darstellt, sondern der, dem Ideenkreis der Blanquisten und Syndikalisten entnommen, von Lenin, dem „Fachrevolutionär", zum internationalen Kampfruf erhoben worden ist, unter geschickter Verwendung der Suggestivwirkung des Gegensatzes, den der Begriff Weltrevolution gegenüber Weltkapitalismus, Weltbourgeoisie, Weltkrieg ausübt, namentlich auf die unter den Kriegserscheinungen und -Wirkungen zu geeigneten Medien gewordenen Menschen, deren psychische Zentren in Verwirrung geraten sind. Das eigentliche Programm der Pariser Kommune findet man in dem am 19. April an das „Volk von Frankreich" erlassenen Manifest. Es wird hier protestiert gegen „die despotische, unverständige, willkürliche und lästige Zentralisation", welche das Kaiserreich und der Parlamentarismus Frankreich auferlegt habe. An die Stelle der Zentralisation solle eine bis zum äußersten gehende Dezentralisation, „die freiwillige Vereinigung aller lokalen Initiativen", die „absolute Autonomie der Gemeinden, auf alle Ortschaften Frankreichs ausgedehnt", treten. Die französische Republik sollte aus so vielen Kommunen bestehen, als Frankreich Ortschaften besaß, und diese Gemeindefreiheit sollte nur beschränkt sein durch die Gleichberechtigung der Gemeinden, welche

Digitized by Google

mittels Vertrags zu einer staatlichen Einheit zusammentreten sollten. Diese „Gemeinde-Revolution" sollte eine „neue Ära positiver, auf Wissenschaft beruhender Experimentalpolitik" eröffnen, sie „ist das Ende der alten Regierungs- und Kirchenwelt, des Soldatentums, des Beamtentums, des Börsenspiels, der Privatmonopole und Privilegien, welchen das Proletariat seine Sklaverei, das Vaterland sein Unglück und sein Verderben zuzuschreiben hat". In dieser Dezentralisation liegt im wesentlichen die Struktur der parlamentarlosen Räterepublik Lenins, nur, daß dieser die ureigentlich russische Agrarverfassung des gemeindlichen Gemeineigentums, den sogenannten Mir, als eine der Zukunftsforderungen des Kommunismus zur Grundformel des Staatslebens machte und den Rätegedanken klarer und proletarisch einseitiger konzipierte. Das „Staatsrecht" der Pariser Kommune, welches die Aufhebung der Trennung von Gesetzgebung und vollziehender Gewalt und damit die Beseitigung des Parlaments durchführte, fand seine Ausprägung in der Diktatur Weniger, denen es durch demagogische Künste, durch Beredsamkeit oder Popularität gelang, das „Proletariat" für ihre Ideen zu gewinnen. Den Kommunisten von Paris, die außer Blanqui, der aber fern von Paris weilte, alles mittelmäßige Köpfe waren, glückte es, weil nach Bismarck Frankreich 1870/71 eine „Nation von Nullen, eine Herde" war, die „Geld und Eleganz", aber „keine Individuen, kein individuelles Selbstgefühl" hatte. Dieses Staatsrecht samt seiner diktatorischen oligarchischen Form und der Organisation der Räte als Ersatz jeder parlamentarischen Institution hat im Bolschewismus, mit asiatisch-slawischen Gedankengängen durchtränkt, seine Auferstehung gefunden. Jede Spur von Demokratie und Sozialismus aber ist hier vernichtet. „Der alte Oberflächensozialismus ist in Rußland schon begraben, in andern Ländern tot", sagt Lenin und nennt seine Partei keine sozialistische, sondern unzweideutig eine kommunistische.

Außer Staatsrecht und Rätesystem aber hat der Bolschewismus aus den Regierungsmethoden der Pariser Kommune noch manche andere Lebensäußerung nach Rußland verpflanzt, so Trennung von Staat und Kirche, die Nationalisierung der Kirchen und Klöster, die Geiselpolitik, die Standgerichte, die Freigabe der Schlösser und Kirchen für Konzert- und Versammlungszwecke u. a. m.

Man darf also getrost die Pariser Kommune als die Vorläuferin der bolschewistischen russischen Sowjet-Republik ansprechen. Sie war, um die Worte eines deutschen Sozialisten im Reichstag zu gebrauchen, das erste wirkliche „Vorpostengefecht im Kampfe des Proletariats mit dem Kapital", sie war, wie Johannes Scherr sie treffend und richtig erfaßte: „Das lehrreiche Vorspiel zu der „in Vorbereitung befindlichen" Kolossaltragödie der sozialen Revolution", deren „Entwicklung" der gewaltige Weltkrieg nunmehr jetzt gebracht hat.

Digitized by Google

Der Kampf ums Selbstbestimmungsrecht im englischen Weltreich

Von Dr. phil. Richard Hennig, Berlin-Friedenau

Wenn auch über die jüngsten Vorgänge in Ägypten dank der scharfen englischen Zensur nur spärliche und inhaltsmagere Nachrichten bekannt geworden sind, so lauteten sie doch ernst genug. Selbst der sonst alle unangenehmen Nachrichten grundsätzlich beschönigende oder vertuschende „Reuter" mußte zugeben, daß sich das ganze Land im Aufruhr befinde. Massenhafte Deportationen und Verhaftungen haben stattgefunden, stellenweise auch schwere Straßenkämpfe; am 28. März wurde in London amtlich bekanntgegeben, daß die Unruhen sich bis Assuan hinauf erstreckten und daß diese Stadt sich in den Händen der Aufständischen befinde. Seit Anfang April haben die Unruhen zwar infolge der drakonischen englischen Gegenmaßnahmen nachgelassen, aber es gärt und brodelt unterirdisch weiter. Das Land fordert offenbar, England solle seine seit mehr als 36 Jahren immer wieder gegebene und nie gehaltene Zusage wahrmachen, daß die britische Besetzung Ägyptens nur ein „vorübergehender Ausnahmezustand" sei und daß die Truppen wieder zurückgezogen werden würden. Während des Krieges hat man die Melodie von „der Freiheit und dem Selbstbestimmungsrecht der kleinen Nationen" in England gar zu oft und zu laut gesungen, als daß sie nicht auch in Irland, Ägypten, Indien und Südafrika vernommen worden wäre, wo man für diesen Sang aus englischem Munde naturgemäß ein besonders feines Ohr hat und wo man nun sozusagen nach dem großen Erfolg des ersten auch den zweiten Vers zu hören verlangt.

Anständig empfindende Engländer selbst haben ja von jeher die Meinung vertreten, daß die britische Besetzung und schließliche Vergewaltigung Ägyptens auf keine Weise mit den Forderungen der Moral und des Völkerrechts in Vereinbarung zu bringen sei. So erklärte der bekannte Staatsmann Campbell-Bannerman schon am 9. Oktober 1894 in amtlicher Eigenschaft:

„Wir können nicht und stimmt in Ägypten bleiben, ohne unsere feierlichsten Verpflichtungen zu verletzen und unseren Charakter vor den Augen Europas verächtlich zu machen."

Und noch in jüngster Zeit, am 14. März 1919, äußerten die „Daily News":

„Englands Verhalten in Ägypten ist eine Tragödie der Irrungen. England hat weder gesetzlich noch moralisch Berechtigungen für sein Vorgehen, das dem von der englischen Regierung in Paris so laut verkündeten Recht der kleinen Nationen widerspricht."

Und am 19. April 1919 der „Manchester Guardian": „Ägypten wurde der Revolution in die Arme getrieben, weil England ihm nicht erlaubte, das ihm aufgezwungene Regierungssystem in Paris zu erörtern. . . . Wir treten im Osten in die Fußtapfen Rußlands als Feinde der Freiheit(!)"

Digitized by Google

Aus englischen Nachrichten bekommt man nur ein dürftiges Bild von den ägyptischen Ereignissen. Um so wertvoller ist ein holländischer Bericht aus jüngster Zeit. Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldete am 24. April:

„Wenn vor 3 Jahren geschehen wäre, was jetzt in Ägypten vorgeht, würde der Verlauf des Krieges in der Levante ohne Zweifel einen so nachteiligen Einfluß auf England und den gesamten Verband ausgeübt haben, daß sie zur Annahme von Friedensbedingungen geneigt gewesen wären .... Die Eifersucht und die daraus entstandenen Reibungen und Uneinigkeiten zwischen den Verbandsmächten werden (in Paris) durch die Vertreter des Königs der Hedschas mit gespannter Aufmerksamkeit und innerer Befriedigung verfolgt und selbstverständlich nach ihrer Heimat gemeldet ... Die Bewegung in Ägypten ist zu einem Volksaufstand angewachsen, der immer weiter um sich greift und immer mehr den Charakter eines religiösen Kampfes annimmt .... Die Fellachen und andre zahlreiche Beduinenstämme schließen sich immer zahlreicher dem Aufstande an, angefeuert durch den Groß-Senussen und ... ermutigt durch die Erfolge, die die Senussikriege,r bis jetzt gegen die britischen Truppen erzielten! ... Bei dem Geiste, der jetzt auch im Osten bei den britischen Truppen herrscht, ist es fraglich, ob man sofort über eine genügende Zahl williger, zuverlässiger Truppen verfügt."

Daß die ägyptische Bewegung gerade in den Tagen eingesetzt hat, da Präsident Wilson in Paris weilte, um die idealen, im Kriege so oft verkündeten Grundsätze in die Tat umzusetzen, wird man in London besonders unangenehm empfunden haben. Insbesondere wird gegenwärtig auch die ansteckende Wirkung auf andere Gebiete des britischen Weltreichs, die sich von England unterdrückt fühlen und nun erhöhte Lust verspüren müssen, dem ägyptischen Beispiel zu folgen, groß genug sein.

Die Ereignisse in Indien sind den jüngsten Nachrichten zufolge mindestens ebenso bedrohlich geworden wie die in Ägypten, ja in gewisser Hinsicht sogar noch ernster. Am 19. April wurde in London amtlich eine Erklärung des Vizekönigs mitgeteilt, das ganze Land befinde sich „in offener Rebellion". Einsichtige Kreise sahen diese Entwicklung bereits voraus. Besonders bedeutsam war ein Aufsatz Ramsay Macdonalds im Arbeiterblatt „Labour Leader" am 20. März, worin es u. a. hieß:

„Die ablehnende Haltung der Mitglieder des ‚Indian Civil Service' gegenüber den (Montaguschen) Reformen hat, wie die indischen Zeitungen ergeben, üble Folgen gehabt bezüglich der Vertiefung und Erweiterung der Klüfte, die sie mit giftigen Strömen der Feindschaft erfüllt hat. Dazu ist eine Hungersnot gekommen, die schlimmer als die vom Jahre 1912 ist. Die Influenza hat 5 Millionen Opfer in Britisch Indien und 1 Million in den Eingeborenenstaaten dahinraffen können, weil sie ungenügend ernährte Menschen vorfand ... Die Preise sind fürchterlich hoch, Futtermittel knapp. Am schlimmsten aber ist der Entschluß der Regierung, zwei gegen Aufstandsbewegungen gerichtete Gesetze durchzuführen, die jede berechtigte politische Erörterung schwer gefährden ... Sie lassen die Bestimmungen des Reichsverteidigungsgesetzes und der darauf gegründeten Verordnungen in Kraft und erheben die Vollmachten der Kriegszeit zur Regel. Ihre Politik ist durchaus schlecht und reaktionär. Die öffentliche Meinung und Presse

Digitized by Google

Indiens, die indischen Mitglieder des gesetzgebenden Rates sind alle in Aufruhr wegen dieser Gesetze. Darüber bestehen keine Meinungsverschiedenheiten, und es lassen sich im Ausdruck der Bewegung keinerlei verschiedene Hitzegrade beobachten. Protestversammlungen haben von Lahore bis Tuticorin und von Kalkutta bis Bombay stattgefunden. Die gemäßigsten Leute haben wegen der Gesetze beim Vizekönig Vorstellungen erhoben, ‚damit nicht eine Atmosphäre der Erregung entstehe.'"

Und einige Tage später, am 27. März, schrieb die Londoner „Justice": „Solange wir Krieg führten, haben wir es unterlassen, uns über die wachsenden Gefahren für unsere Herrschaft in Indien zu äußern. Jetzt aber scheint es doch an der Zeit, ihnen einige Aufmerksamkeit zu widmen ... Die große Masse der Landbevölkerung ist schrecklich unterernährt, ja, lebt geradezu im Zustand des Halbverhungerns. Schon vor 40 Jahren gab Sir William Hunter zu, daß 40 Millionen unserer Untertanen von der Geburt bis zum Tode nie eine volle Mahlzeit erhalten. Diese Zahl hoffnungsloser Hungerleider hat sich nach den neuesten Schätzungen auf mindestens 100 Millionen vermehrt. ... Die Gültigkeit von Maßnahmen ist verlängert, wonach Inder ohne Untersuchung, selbst ohne Erhebung einer Anklage eingekerkert und deportiert werden können. Ganz Indien macht wütende Opposition. Die Gemäßigten und Extremen sind darin einig. Wir haben doch eigentlich genug Schwierigkeiten zu Hause, in Irland, Ägypten und anderswo und brauchten nicht gerade noch eine Sintflut in Indien heraufzubeschwören."

Auch in Südafrika ist die Infektionsgefahr groß. Seit Ende 1914 sah es so aus, als sei Ruhe und Zufriedenheit dort eingekehrt. Der Schein trog; es gärt dort unten schon seit zwei Jahren wieder. Oder wie will man es anders bezeichnen, wenn man die Tatsachen sich vor Augen stellt, die in den nachfolgend aneinandergereihten, unverdächtigen Schriftstücken und Zeitungsstimmen mitgeteilt sind?

1. Manifest der Nationalisten-Partei in Transvaal vom 25. Januar 1917:

„Die Aufmerksamkeit des Zentralkomitees der Nationalisten-Partei ist auf folgende Erklärung in der Note gelenkt worden, die von der Regierung Sr. Großbr. Maj. gewissen neutralen Mächten mitgeteilt worden ist: ‚Kein Friede ist möglich, bevor nicht die geschändeten Rechte und Freiheiten wiederhergestellt sind und der Grundsatz der Nationalitäten und der unabhängige Bestand der kleinen Staaten anerkannt ist' .... Da die Ehre Großbritanniens an diese erhabene Handlungsweise gebunden ist, ist es unmöglich, unter dem einen oder anderen Vorwande die frühere ‚Südafrikanische Republik' und den ‚Oranjefreistaat' von der Anwendung dieses Grundsatzes auszuschließen, nachdem ihr Bestand als unabhängige Staaten seitens Großbritanniens selbst durch die Eroberung vom Jahre 1902 beendet worden ist. Im Namen unserer Mitbürger erklären wir, daß wir mit Freude und Dankbarkeit die Rückgabe unserer Unabhängigkeit empfangen werden ...."

2. Bericht der „Times" vom 22. Januar 1919 über einen neuen, am 15. Januar abgehaltenen Bloemfonteiner Kongreß der Nationalisten:

„Herzog sagte ... die Behauptung, man habe freie Verfassung und freie Regierung, sei reiner Hohn. Die Regierung der südafrikanischen Union bestehe aus Leuten, die

Digitized by Google

nur die Interessen des britischen Reiches im Auge haben. Das Blut des Volkes werde vergossen, sein Geld verpraßt, seine Freiheit beschnitten .... Südafrika sei nichts als ein Fußball des Reiches .... — Der Kongreß wählte Hertzog und General Dewet als Freistaaten-Delegierte. — Auch der Transvaal-Kongreß brachte einen Beschluß durch, der Unabhängigkeit fordert."

3. Aus dem Bericht der „Daily News" vom selben Tage über denselben Kongreß: „Spies aus Natal erklärte, daß auch die fünfzig anwesenden Delegierten aus Natal Freiheit forderten."

4. Meldung aus Johannesburg im „Financial News" vom 4. Februar 1919: „Kabelnachrichten über die in England erhobenen Arbeiterforderungen nach kürzerer Arbeitszeit und höheren Löhnen werden von den südafrikanischen Arbeitern eifrig gelesen und erörtert .... Die Druckereiarbeiter haben schon gewisse Zugeständnisse durchgesetzt, die so weit gehen, daß die nachts arbeitenden Setzer in Johannesburg künftig 50 bis 55 Pfd.-Sterl. Monatslohn erhalten."

5. Bericht der „Times" vom 3. April 1919: „Der Streik im Johannesburger Elektrizitätswerk hat sich auf alle kommunalen Betriebe ausgedehnt. In Massenversammlungen erklärten verschiedene Redner, daß es sich nicht nur um einen Streik, sondern um einen Versuch zur Rebellion handle. Durch Unruhen unter den Eingeborenen wird die Lage noch verwickelter .... Johannesburg befindet sich in einem an Anarchie grenzenden Zustand."

Die nationalistische Parteibewegung in Südafrika würde ja vermutlich in England ebensowenig tragisch genommen werden, wie die entsprechenden Bewegungen in Ägypten und Indien. Die Welt würde darüber keine oder aber entstellte Berichte erhalten, und damit wäre die Hauptgefahr, die darin liegt, beseitigt. Nun haben sich aber auch die Vereinigten Staaten der Sache der Afrikaner angenommen, und es muß für die englischen Vertreter auf dem Pariser Friedenskongreß eine recht peinliche Lage entstehen, wenn die amerikanischen Delegierten sich eines Tages besinnen, daß ihr heimisches Repräsentantenhaus ihnen am 28. April 1917 die Resolution Carey als Direktive mitgegeben hat, die folgenden bedenklichen Wortlaut hat:

„Da die Alliierten wiederholt erklärt haben, daß sie für die Freiheit und Unabhängigkeit der kleinen Nationen kämpfen, da jetzt die Ver. Staaten mit demselben Endziel eingetreten und die Burenrepubliken in Südafrika von Großbritannien annektiert worden sind, wodurch ihre Nationalität und Demokratie vernichtet wurde, so beschließt das Repräsentantenhaus der U. S. A., daß die Vertreter der U. S. A. bei den Friedensverhandlungen angewiesen werden, ihren Einfluß für die Wiederherstellung der Burenrepubliken geltend zu machen."

Bisher hat sich Wilson in Paris dieses heiklen Auftrags offenbar noch nicht erinnert. Das Repräsentantenhaus aber, das den Beschluß erst faßte, als die Ver. Staaten sich bereits zum Bundesgenossen der Entente erklärt hatten, dürfte keineswegs geneigt sein, sich auf ein „Vergessen" seines Auftrags einzulassen. Den Beweis hierfür hat es geliefert, als es noch in jüngster Zeit, Anfang Februar 1919, über Wilsons Kopf hinweg eine weitere Resolution Gattagher annahm, die die Situation noch mehr verschärft:

Digitized by Google

„Die bevollmächtigten Vertreter der Ver. Staaten zur Friedenskonferenz werden hiermit dringend ersucht, Irlands Ansprüche auf Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung im Geiste der Wilsonschen 14 Punkte warm zu befürworten. Abgesandte aus allen großen Städten, die 10 Millionen amerikanischer Bürger irischer Abstammung vertreten, haben diese Resolution bereits am 12. Dezember 1918 dem Kongreß überreicht."

Und eine andere Resolution Kennedy besagte gleichzeitig:

„Der Präsident der U. S. A. und die anderen Vertreter Amerikas zur Friedenskonferenz werden hiermit aufgefordert, das volle Gewicht ihres Einflusses und ihrer amtlichen Stellung zur Geltung zu bringen, daß das irische Volk in Zukunft das unantastbare Recht der Selbstbestimmung erhält, daß das politische System der Regierung nur durch die Stimmenmehrheit des irischen Volkes bestimmt werden kann."

Das amerikanische Repräsentantenhaus hat mit diesen Forderungen, die gerade gegenwärtig, in den Tagen einer neuen revolutionären Bewegung in Irland, für England doppelt unangenehm sein müssen, den größten Teil der amerikanischen Presse auf seiner Seite. So schrieb „Boston Globe" nach einem Bericht in „Freemans Journal" vom 8. Februar 1919:

„Der Kreuzzug der britischen Propaganda gegen Irland steht in krassem Widerspruch zu den Prinzipien der Freiheit und des Selbstbestimmungsrechts, auf die in Zukunft alle Völker, große und kleine, berechtigten Anspruch erheben können."

Und ein in St. John erscheinendes Blatt, „New Freeman", äußerte sich noch viel schärfer:

„England, das sonst immer das Wort ‚fair play' im Munde führt, verhält sich in der irischen Frage wie ein dummer Hund, der nicht bellt. Freiheit und Selbstbestimmungsrecht sind überall eine höchst lobenswerte Einrichtung, nur nicht für Völker, die dem britischen Szepter unterworfen sind."

Selbst in Kanada ist diese amerikanische Auffassung des irischen Problems weit verbreitet. Das in Toronto erscheinende „Catholic Register", das an der Selbstbestimmung des katholischen Irland naturgemäß erhöhten Anteil nimmt, erklärte z. B., es „wäre unerhört, wenn die Verbandsmächte Irland die Vorrechte vorenthalten, die sie Polen, Tschechen und Jugoslawen zuerkennen", und es sei ein Nonsens, daß sich nach Lloyd Georges und Carsons Willen „die 28 rein irischen Grafschaften dem Willen von 4 Grafschaften beugen" müßten.

Diesen sehr bestimmten amerikanischen Willensäußerungen gegenüber verhalten sich die meisten englischen Stimmen schroff ablehnend, z. T. geradezu höhnisch. So nannte „Morning Post" am 1. Februar 1919 die irische Forderung ein „unverschämtes Ansinnen an Großbritannien, melodramatisch unterstützt durch ein Spottparlament in Dublin", und bemerkte dazu:

„Wir können diesen republikanischen Schreihälsen die Versicherung geben, daß Großbritanniens Volk Irland niemals Unabhängigkeit gewähren wird ... Die Antwort an Sinn Fein lautet: Nein! England läßt sich nicht von Fanatikern erschrecken, deren Gefolgschaft sich zusammensetzt aus Eckenstehern (!), Arbeitslosen, professionellen Politikern und unverantwortlichen Leuten."

Und „Daily Expreß" höhnte am 5. Februar:

Digitized by Google

„Das traurigste, was De Valera (dem Sinn Fein-Führer) und ‚seiner Republik' zustoßen konnte, ist, daß die brutalen Angelsachsen ihm keine Beachtung schenken. Der republikanische Kongreß versammelt sich in Dublin und entwirft seine Konstitution unter dem Protektorat des ‚Union Jack'. Hat es je etwas Komischeres gegeben?"

Trotz dieser markierten Unbekümmertheit scheint man sich aber in der englischen Regierung gar nicht sehr wohl zu fühlen bei der irischen Forderung nach Unabhängigkeit. Wilson persönlich hat zwar offenbar nicht die Absicht, sich Irlands anzunehmen, aber vielleicht weiß das amerikanische Repräsentantenhaus eines Tages trotzdem seiner Forderung Respekt zu verschaffen, und dann ist es mit dem „Keine-Beachtung-schenken" vorbei! Wie soll man wenigstens anders als mit dieser Besorgnis folgende Zeitungsstimme erklären?

„Eine verrückte und überflüssige Zensur hat die Veröffentlichung der irischen Freiheitserklärung verboten, die englische Presse durfte keinen vollen Bericht über die Sitzung bringen." („Daily Mail", 23. 1.)

Vereinzelt freilich erklingen auch ganz andere Stimmen in England, Stimmen, in denen sich das moralische Gewissen regt. Am charakteristischsten hierfür ist eine mutige Auslassung des „Statist" vom 1. Februar:

„England besteht darauf, die einzige, auf Zivilisation Anspruch erhebende Macht zu bleiben, die verfolgungssüchtig, despotisch, militaristisch und völlig ohne Achtung für die Gefühle und Interessen ihrer Untertanen ist . . . Wir zeigen uns der Welt als der einzige große, alte, zivilisierte Staat, der seine Provinzen mit bloßer Gewalt festhält, der sich lediglich auf Heer, Flotte und Terrorismus verläßt, um nur das vereinigte Königreich zusammenzuhalten. Das ist ein trauriges Schauspiel."

Diese englische Offenheit sollte einmal den englischen Staatsmännern auf der Friedenskonferenz, sei es von Wilson, sei es von den deutschen Unterhändlern, zur gefälligen Gegenäußerung vorgehalten werden! Das über Limerick verhängte Standrecht muß doch alle Klagen über deutsche „Vergewaltigung" anderer Völker eigentlich verstummen lassen. In Posen und Hadersleben und Metz sind unter der Kaiserherrschaft solche Maßnahmen, wie jetzt in Irland, nie nötig gewesen!

Der lebhaften Gärung in Ägypten, Südafrika und Irland schließen sich bald kleinere, bald größere Unruhen in anderen Teilen des britischen Weltteils an, von denen man freilich meist nur zufällig etwas hört. So gab Gouverneur Schnee in seinem Vortrag vor der Berliner Gesellschaft für Erdkunde bekannt, daß im Kriege Eingeborenen-Aufstände in Brit. Uganda, in Rhodesien und Nyassaland vorgekommen seien, ja aus letzterer Kolonie traf sogar eine Eingeborenen-Abordnung bei Lettow-Vorbeck ein, mit der Einladung, er möchte zu ihnen kommen und die Engländer verjagen helfen.

England mitsamt seinen Verbündeten hat im Kriege, um Stimmung gegen Deutschland zu machen, offenbar eine zu große Zahl von Wechseln auf das Selbstbestimmungsrecht aller Völker ausgeschrieben. Diese werden nunmehr präsentiert,

Digitized by Google

und zwar unangenehmerweise in einem Augenblick, wo Wilson in Europa weilt und sich gebunden erachten muß, über die Einlösung der Wechsel zu wachen, für die er sozusagen die Bürgschaft übernommen hat. Das englische Reich ist durch den Kriegsausgang zum höchsten Gipfel der Macht emporgestiegen — sollte schon jetzt die Peripetie beginnen, die die Ver. Staaten zum arbiter mundi emporführt und Englands Führerstellung in der Welt vielleicht für immer beseitigt?

Die Krisis aller Krisen

Von Pastor J. Moritzen, Jels (Schleswig)

Wir sind Krisen und kritische Zustände gewöhnt. Krisis in Kabinetten, damit fing es an, Krisis im Heer, Krisis in der Kohlenförderung, in der Arbeiterschaft überhaupt, im rollenden Material, in den Zahlungsmitteln. Krisis über Krisis.

Es ist Zeit, daß wir uns, besonders die, für die Politik und Geistesleben eng zusammengehören, darauf besinnen, daß das, was wir erleben, zugleich nicht mehr und nicht weniger ist, als eine Krisis unserer gesamten geistigen Struktur überhaupt.

Jetzt haben wir Demokratie und eine aus gemäßigten Sozialdemokraten und Bürgerlichen vereinigte Regierung, die die breitesten Massen hinter sich hat. Die Massen aller ruhig denkenden Staatsbürger. Weshalb haben wir denn nicht auch ruhige und gefestigte Verhältnisse? Das demokratische Prinzip hat es uns doch versprochen? Es sind Mächte und Ideen in Marsch, die sich eben nicht an das Schwergewicht der größten Wählerzahl binden. Es ist ein geradezu unheimliches Schauspiel. Alle bürgerlichen Elemente, und dazu rechne ich auch den gemäßigten Arbeiter, sind ohnmächtig oder doch nur im Besitze unsicherer Macht. Wir starren mit Entsetzen auf die Menschenschlächterei in Lichtenberg-Berlin. Und doch bietet nichts eine Garantie dafür, daß dies oder ähnliches nicht bald sich wiederholt. Rein politisch gesehen, sind die Regierungsleute nicht machtlos. Unsere Freiwilligenwehr wächst, und viele junge Leute haben Idealismus genug, nach vier Jahren Krieg noch weiter dem Ganzen dienen zu wollen.

Aber auf das Geistesleben in der Politik gesehen, da ist die Mehrheit ohnmächtig, zersplittert, atomistisch vereinzelt und ohne rechtes Ziel, ohne Zusammenhalt.

Die Idee, die marschiert, ist der Zukunftsstaat, der kommunistische (sozialistische) Gedanke, und dieser Gedanke marschiert in allen Ländern. Warum? Weil einfach nicht ein einziges durchschlagendes politisches Ziel, das zugleich Weltziel ist, ihm entgegengesetzt wird oder werden kann.

Ich sage, wir erleben eine Krisis des Geisteslebens und stelle fest, diese Krisis geht von der protestantischen Welt aus. Der Protestantismus ist keine einheitliche Erscheinung, das einzige, was als wirkliche Einheit festgestellt werden kann, ist

Digitized by Google

dies: Der Protestantismus ist Persönlichkeitskultur. Persönlichkeitskultur ist das Gepräge der gesamten modernen Welt. Damals, als Luther sich zu der freien und sicheren, nur in sich und in Gott gebundenen Persönlichkeit durchrang, begann dieser Prozeß. Damals zerbrach in seiner weltumspannenden Macht, nicht in der Idee an sich, der Katholizismus, der ein Programm hatte, das alle Dinge einschloß. Dies: alle Welt soll dem Stuhl des Papstes unterlegt werden zu ihrem Heile. Die Welt — ein Gottesstaat.

Seit der Reformation gab es keine Weltpolitik und Weltkultur umspannende Programme und Philosophie mehr. Unsere gesamte Philosophie, so tiefgründig sie anderswo gräbt, hat uns hier, und das ist sehr schlimm, nichts zu sagen gehabt. Sie diente der Persönlichkeit. Die Persönlichkeit und ihre Reife, ihr Reichtum und ihre Freiheit standen immer in der Mitte, wenn sich die geistige Kultur auch von Luther entfernte. Aufklärung, Pietismus, Nationalismus, Romantik, Klassizismus, Materialismus, Historismus, alle die verschiedenen Stichworte bezeichnen reiche Entwicklungen. Aufs Ganze gesehen dienten sie doch alle der Persönlichkeit. Ein weltumspannendes Programm wurde nicht geschaffen. Die Weltfragen ordnete man ohne viel Philosophie. Für uns Deutsche galt bis vor diesem Kriege ein außerordentlich einfacher und naiver Machtglaube, an dem wir zuschanden geworden sind.

Von ganz anderer Seite als von der Bildung kommt nun der neue Weltgedanke, der Weltsozialismus; der legt auf Persönlichkeitskultur und Freiheit wenig Wert, sondern glaubt an Staatsomnipotenz. Dieser Glaube ist im Grunde materialistisch orientiert.

Obwohl nun diese Zersetzung der Gesellschaft und der Menschheit, ihre Auflösung in lauter einzelne, vom Protestantismus herkommt, so ist doch selbstverständlich auch die katholische Welt davon berührt, ja die ganze Welt. Deutschland am meisten. Das Luthertum ist auch viel mehr auf innere Dinge gerichtet, als die reformierte Art. Und die, das protestantische Luthertum ablösende moderne Geistesrichtung kennt nur dies: eine Ichkultur. Die reformierte Art ist leichter imstande, Gruppenbildungen herbeizuführen. Diese Art hat früher Verfassungsstaaten, Vereine, Parlamente usw. hervorgebracht, z. B. in England. In Deutschland ist auch angeborene Eigenbrödelei und protestantischer Wille zur eigenen Art einander wohlverwandt.

Nach welchem Ideal soll ein Staat gebaut werden? Diese grundsätzliche Frage muß eine Beantwortung finden, denn man kann doch das Wort Realpolitik nicht so auslegen, als sei Politik ein reines Zufallshandeln, das gerade der Tag und seine Umstände bestimmt. Nach welchem Ideal muß die Welt gebaut werden? Diese Frage hängt unmittelbar mit der anderen zusammen. Wollen wir in ersterer

Digitized by Google

rein zufällig handeln, so ist's gerecht, wenn die Feinde mit uns in der anderen rein zufällig verfahren.

Wie soll ein Staat gebaut werden? Dies führt weiter zu der Frage: Wie sind Menschen sittlich *zusammen*zubringen? Auf diese Frage kann kaum einer Antwort geben. Man hat 10 000 Bücher, wenn es sich um den einzelnen handelt. Aber man hat nichts, wenn man an den Staat denkt. Einwände hiergegen können angesichts der Tatsache, daß alle Bürgerlichen und Bildungselemente so zerfahren sind, wie die Gegenwart zeigt, nicht erhoben werden.

Wir stehen in einer Krisis unserer geistigen Struktur. Vor einer Weltkrisis in innerem Sinne.

Der Grund dazu ist, daß der Protestantismus Luthers ein ganz unmögliches Gebilde geworden ist. Freie Persönlichkeit, ohne den Gegenpol eines Gottes, an den diese Persönlichkeit selbstverständlich gebunden ist, würde Luther als Wahnwitz erschienen sein.

Die Situation ist aber so, daß mit dem Faktor Gott in den breiten Schichten und in weiten Bildungsschichten überhaupt nicht gerechnet werden kann, daß dies eine Wirklichkeit ist. Die moderne Menschheit *ist ohne etwas Transzendentes*.

Das ist eine Weltsituation, wie sie noch nie dagewesen ist. Kritiker und Skeptiker gab es immer, aber nur vereinzelt. Die Welt seit altersgrauer Vorzeit kennt in ihrer Gesamtheit bisher diesen Faktor als lebendig im Volksleben und im Weltplan, soweit sich einer vorzeigen läßt. Die praktischen Folgen dieses Untergrundes der geistigen Struktur zeigen sich ganz erschreckend, man braucht das gar nicht aufzudecken. Die Persönlichkeiten sind gar nicht gewöhnt, an das Ganze zu denken, wohl können sie sich opfern und viel entbehren, aber nicht schaffen und zusammenarbeiten.

In den Programmen herrschen stets die *Forderungen einzelner* Stände und Gruppen vor. Die politische Zerfahrenheit ist allgemein.

Die praktischen Folgen dieser Weltlage nun in den Kreisen, die nicht den Bildungsschichten mittelbar oder unmittelbar angehören, wo mehr Instinkt und Triebe herrschen, zeigen sich noch verheerender. Sie offenbaren zugleich die tiefen Fehler der gepriesenen Persönlichkeitskultur. Man ist erstaunt über die Massen, die in Bewegung kommen und *wie* dieses der Fall ist. Man kannte den Menschen als Gattungswesen voller Triebe, Instinkte, Leidenschaften (*Roheiten*) nicht. Wehe, wenn Massen in Bewegung gesetzt werden, und man hat keine Ideale und Zucht, die tief in den einzelnen hineinreichen! Wehe denen, die die Massen brauchen und haben dazu keine Ideale und können auch keine beschaffen!!

Man braucht nicht ein Prophet wie Amos zu sein, um einzusehen und zu verkünden, daß Geschichte in unserer Gegenwart Weltgericht ist, daß mit erschütternder

Digitized by Google

Sachlichkeit klargelegt wird dies: Ohne Gott, ohne Transzendentes, ohne Sittlichkeit, und dies nicht als Privatsache, sondern als allgemein gültiger Weltgedanke, ist nichts möglich als Ruin und Untergang. Ich füge noch ein paar Fragen hinzu: wie denkt sich die Welt ohne solches Transzendentes, auf gut bürgerlich deutsch, ohne Glauben an und Verantwortung vor Gott eine Lösung von Fragen, wie sie folgende Begriffe enthalten: Sozialethische Politik, Schulpolitik, Bevölkerungspolitik usw.?

Sie sind unlösbar ohne ein sittliches Axiom.

Wie lange wird diese gegenwärtige Krise um sich greifen?! Bis eine klare Erkenntnis einsetzt? Bis eine Generation als schaffende ausgelöscht ist und eine neue unbelasteter anfängt? Bis zur völligen allgemeinen Erschlaffung?

Der Krisis muß man ins Auge sehen. Die heilende Erkenntnis ist die Sache jedes einzelnen.

Zur Beamtenreform

Von Dr. Johannes Biensfeldt, Verwaltungsassessor, Hamburg

Derjenige, der bisher sich am wenigsten mit Politik frei befassen durfte, war der Beamte. Vom Nachtwächter an, der wegen seiner sozialdemokratischen Gesinnung gemaßregelt wurde, bis zum Minister, der sich den Anschein geben mußte, über den Parteien zu stehen, sollte die Beamtenschaft, fern vom Kampfe der Parteien, „unparteilich" das Volk regieren. Wie vieles andere, war auch dies eine große Lüge. Entweder die Beamten vermehrten schlecht und recht die vom Amtsvorgänger überkommenen Akten und bemerkten trotz der Fenster in ihren Kanzleistuben nicht, daß draußen neue Bewegungen sich in Politik und Wirtschaft vorbereiteten, die von erheblichem Einfluß auch auf ihre Amtstätigkeit werden mußten. Oder andere glaubten ihren Beruf in „staatserhaltendem" Sinne auffassen zu müssen, d. h. sie trieben mehr oder weniger im Versteck eine Politik für ein System, dessen Wurzeln im Volke immer mehr abstarben. Die vielen Abarten dieser Klasse von Beamten werden am besten durch den Preußischen Landrat gekennzeichnet. Man bilde sich nun nicht ein, daß die Revolution beide Klassen von Beamten beseitigt habe, Systeme ändern sich, die Menschen bleiben zunächst dieselben. In Zukunft werden aber auch hier mit dem Wechsel der Staatsverfassung Änderungen eintreten. Man nannte zwar schon früher die Beamten Staatsdiener, besonders demokratisch veranlagte Naturen sogar Diener des Volks, in Erinnerung an den Ausspruch des alten Fritz, daß er der erste Diener seines Volkes sei. Man vergaß aber hieraus die Folgerung zu ziehen, daß dann auch das Volk das Recht habe, wie jede „Herrschaft" seinem Diener zu kündigen, wenn ihm dieser nicht behagte. Das Volk mußte sich bedienen lassen, ob es

Digitized by Google

wollte oder nicht. Sehr richtig bemerkt in dieser Beziehung ein klassischer Vorkämpfer der politischen Freiheit, Ludwig Börne: „Alle Regierungskunst bis auf unsere Zeit bestand darin: daß man jedem einzelnen Bürger weismachte, er sei sehr schwach und krank und könne kaum auf den Beinen stehen, und wenn er glaube, seine Nachbarn würden ihm helfen, so irre er sich, denn diese wären auch allesamt blind und lahm. Er sähe nun selbst ein, wie er keinen Schritt ohne Führer tun dürfe, und zu diesem Zweck habe man mild und weise eine gehörige Zahl Beamten angenommen, die er, wie billig, da sie bloß zu seinem Beistande da wären, bezahlen müsse."

Die Revolution und mit ihr der Parlamentarismus hat auch hier grundlegende Änderungen vollzogen. Die jeweilige Parlamentsmehrheit bestimmt in Zukunft die Regierung. Die Nationalversammlung ernennt Ebert zum Reichspräsidenten und Scheidemann zum Ministerpräsidenten. Die höchsten Beamtenstellen nehmen Politiker und Parlamentarier ein, statt wie bisher die in irgendeinem Ressort ergrauten Fachbeamten.

Diese Änderung wird auch auf die Stellung der höheren und mittleren Beamten zur Politik von maßgebendem Einfluß werden. Verschwinden wird hoffentlich die obenbezeichnete eine Gattung der Beamten, die wie die Mehrzahl aller deutschen Bürger bisher den politischen Teil ihrer Tageszeitung als überflüssig oder langweilig überschlugen. Schon als Staatsbürger wird der Beamte zu allen politischen Fragen innerlich entscheidend Stellung nehmen müssen. Besonders aber wird dies für ihn als Beamten dadurch zur Notwendigkeit werden, daß er die Verfügungen und Verordnungen einer parteipolitisch handelnden Regierung zur Ausführung bringen soll. Ohne gründliches Verständnis des Zusammenhanges der einzelnen Verfügungen mit dem gesamten politischen Programm seiner Regierung wird selbst die Ausführung mangelhaft und schlecht bleiben. Man spricht von einem Beamtenkörper. Der Vergleich mit dem menschlichen Körper, der von Schäffle so geistreich für das Wirtschaftsleben durchgeführt ist, paßt auch auf die einen Körper bildende Regierung und Beamtenschaft. Nur wenn bei beiden der gleiche Ausführungswille vorhanden ist und von der Zentralstelle durch ein gesundes Nervensystem auf die Gliedmaßen übertragen wird, können diese den Gedanken so zur Ausführung bringen, wie er in der Zentralstelle gedacht wurde. Ist einmal Kenntnis der politischen Lehren und Verständnis für alle politischen Richtungen vorhanden, so bleibt auch bei einer parlamentarischen Regierung durch Mehrheitsparteien für den höheren und mittleren Beamten gleichgültig, welcher Partei er als Privatmann zugehört. Irgendwelche politische Parteifärbung für die Besetzung von Beamtenstellen vorzuschreiben, war, wenn es leider auch geschah, schon früher verwerflich. Dies bleibt es auch heute. Überdies wäre ein steter Wechsel der Beamtenschaft, der den politischen Veränderungen der Regierung entsprechen

Digitized by Google

müßte, für die Praxis der Verwaltung äußerst bedenklich. Bei den höheren oder gar mittleren Beamtenstellen handelt es sich nicht um Männer, welche Gesetze neu mitzuschaffen haben, sondern in deren Hand lediglich die Ausführung bestehender Gesetze liegt. Regelmäßigkeit und Unparteilichkeit bei der Durchführung von Gesetzen und Verwaltungsmaßnahmen werden aber nur durch einen festen und ständigen, in längerer Amtstätigkeit eingearbeiteten Beamtenkörper gewährleistet. Auch ein in seiner Mehrheit sozialdemokratisch gesinntes Volk darf nicht vergessen, welche Bedeutung die Überlieferung für die praktische Handhabe der Gesetze besitzt. Für den modernen Beamten in erster Linie wichtig ist die Kenntnis der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Verhältnisse des Bezirks, in dem er zu arbeiten hat, und die persönliche Fühlungnahme mit der Bevölkerung aller Klassen. Was hat denn die grenzenlose Entfremdung zwischen dem Regierungsrat alten Regimes und dem Volke, zwischen dem Richter und den Parteien, dem Betriebsingenieur und den Arbeitern herbeigeführt, als die Unfähigkeit und vielfach auch Unlust der gebildeten Personen, die Seele der Menschen zu lernen, denen sie zu dienen berufen waren? Da wurde ferner ein Verwaltungsbeamter von Ostpreußen nach dem Rheinland versetzt, ein Richter von Schleswig-Holstein nach Schlesien! Die Paragraphen der Gesetze sind ja wohl allenthalben mehr oder weniger dieselben und allenthalben mehr oder weniger gleich unverständlich für das Volk, daß aber die Menschen grundverschieden seien, vergaß man, wie man auch sonst im Zeitalter der Technik alles von dem maschinellen, technischen Teil der menschlichen Arbeit erwartete, das persönliche Moment aber durchweg übersah. Deshalb muß die komisch gewordene Figur des Beamten, der dauernd versetzt wird und dessen gute Stube meistens im Möbelwagen steht, verschwinden. Bodenständigkeit eines Beamten, wenigstens innerhalb einer Generation, ist Erfordernis, wenn das Volk mit Beamten zu tun haben soll, die es in seinem Milieu, seinem Denken und Fühlen, verstehen.

Schon hieraus ergibt sich ferner, daß nicht die Zentralbehörde in der Hauptstadt allein Beamtenstellen etwa nach dem Schema der Prüfungsnoten beliebig ernennt, sondern daß die Lokalbehörden hierbei durch Vorschläge aus dem Kreise der dort tätigen Beamten maßgebend mitwirken. Hier ist der gesunde Kern des heute vielfach erörterten Gedankens der Beamtenwahl. Ähnlich wie schon heute die Universitätsfakultäten für freie Lehrstühle ihnen beliebte Kräfte zur Berufung vorschlagen, kann jede Behörde sich durch eigene Wahl ergänzen. Nur so werden Bodenständigkeit, Volkstümlichkeit und Fähigkeit der zum Beamten zu wählenden Person die ihnen gebührende Berücksichtigung finden. Nebenbei erwähnt sei nur, daß durch die Beamtenwahl auch der Krebsschaden des bisherigen Beamtentums geheilt wird, die Charakterlosigkeit gegenüber dem Vorgesetzten: nicht mehr die Notiz des Vorgesetzten in die Personalakte, sondern die Meinung der Standes-

Digitized by Google

und Ranggenossen ist für das Fortkommen des Beamten entscheidend, und jene Meinung wird im Regelfalle gründlicher und zuverlässiger sein als das Urteil eines einzelnen.

Der Einführung der Koalitionsfreiheit in das Beamtenrecht wird die Beseitigung des bürokratischen Systems und seine Ersetzung durch ein System entsprechen müssen, in dem die Beamten ihre rechtliche und wirtschaftliche Lage selbst mitbestimmen. Wie jede freiheitliche Entwicklung, wird auch diese dem Staats- und Volksleben nur nützen, Arbeiter, Bürger und Beamte werden als freie Männer für das Volksganze arbeiten.

Neuerscheinungen

Die „Warschauer Tafeln".

Der deutsche Zusammenbruch hat mit einem Schlage all die aufbauende Arbeit vernichtet, die nach der Befreiung Polens von deutscher Seite aufgenommen wurde, mit dem Ziele, eine innere Aussöhnung zwischen Deutschen und Polen herbeizuführen. Zu den Behörden, die dieser ebenso lohnenden wie schwierigen Aufgabe umsichtig und erfolgreich sich gewidmet hatten, gehörte an erster Stelle die Presseabteilung des Verwaltungschefs beim Generalgouvernement Warschau. Unter der bewährten Leitung Dr. Martin Mohrs hatte sie sich in der kurzen Zeit ihres Bestehens zu einer glänzenden und planvollen Organisation entwickelt, die die Augen der Näher- wie Fernstehenden auf sich zu lenken vermochte und in der Einrichtung eines der späteren deutschen Vertretung in Polen angeschlossenen Presseinstituts ihre Krönung erhalten sollte. Aus dieser Abteilung bzw. aus dem ihr angegliederten zeitungswissenschaftlichen Institut ist das Werk hervorgegangen, auf das die Aufmerksamkeit eines weiten politischen Leserkreises gelenkt sei: die „Warschauer Tafeln zur Gegenwartsgeschichte des Königreichs Polen", von denen jüngst eine erste Mappe über die Vorgänge von Kriegsbeginn bis zur Einsetzung des Regentschaftsrates auch im Buchhandel (Verlag von Felix Meiner, Leipzig) erschienen ist.

Es ist nicht zuviel gesagt, wenn man ausspricht, daß uns Deutschen mit dieser Publikation geradezu eine völlig neue Welt erschlossen worden ist, und zwar eine Welt, deren Bedeutung für unser gegenwärtiges und zukünftiges Dasein nicht überschätzt werden kann. Nach der Eroberung Polens galt es, sich in das unbekannte Land und Volk vorzutasten und einzufühlen, durch systematische Untersuchung und Forschung seinen festen Grund wissenschaftlicher Bekenntnis zu legen und damit einen sicheren Boden zu gewinnen, auf dem Politik und Verwaltung ihren schwierigen Bau errichten konnten. Mit rühmenswertem Eifer hat sich die Zeitungswissenschaftliche Abteilung der Presseverwaltung dieser mühseligen Arbeit unterzogen, und indem sie sich die umfassende Organisation ihrer Behörde nutzbar machte, ist es ihr gelungen, ein höchst eigenartiges und durchaus selbständiges Einführungs- und Orientierungswerk zu schaffen, dem nichts Ähnliches an die Seite zu stellen ist.

Das veröffentlichte Material setzt sich aus zwei Hauptgruppen zusammen. Die erste bilden 5 Geschichtstafeln. Sie geben zunächst einen geschichtlichen Überblick über die Geschichte Polens von den Teilungen bis zur Einrichtung des Generalgouvernements (Tafel A), berichten dann in genauerer Ausführung über die Entwicklung in der Zeit der deutschen und österreichischen Verwaltung bis zur Proklamation des Königreichs Polen (Tafel B) und verfolgen die weiteren Vorgänge in der Periode der staatlichen Selbständigkeit bis zur Errichtung des Regentschaftsrates (Tafel C—E). Das ganze ist eine Art von geschichtlichem Grundriß.

Die andere Hauptgruppe umfaßt die Presse- und Parteitafeln sowie die biographischen Tafeln. Sie geben Kenntnis von dem politischen Leben, wie es sich in der Presse und im Parteiwesen der Jahre 1916—1918 widerspiegelt und zwar sowohl im General-

Digitized by Google

gouvernement Warschau wie im Generalgouvernement Lublin und in Galizien. Den politischen Parteien sind 6 Tafeln gewidmet. Eine einleitungsmäßige stellt die Abkürzungen zusammen, die für die Parteien und Organisationen in Polen üblich sind, und erläutert sie. Drei andere bringen die parteigeschichtliche Entwickelung nach den Stande vor dem 5. November 1916, zur Zeit der Proklamation und des Zusammentritts des provisorischen Staatsrats und in der weiteren Gestaltung bis in den Sommer 1917 zur Darstellung. Auf einer fünften Tafel werden wir über die Parteien Galiziens unterrichtet, während sich eine sechste mit den jüdischen Parteien beschäftigt und zugleich darüber hinaus einen wertvollen Einblick in die Verhältnisse der Ostjuden überhaupt und ihre Verbindung mit den jüdischen Parteien des Auslandes gewährt. Auf das Zeitungswesen beziehen sich vier Tafeln. Neben einem Verzeichnis, das die gesamten im deutschen Okkupationsgebiet erschienenen Zeitungen und Zeitschriften in sprachlichen Gruppen geordnet aufführt, finden wir eine statistische Zusammenstellung und Übersicht über sämtliche politische Zeitungen und Zeitschriften der beiden Okkupationsgebiete nach Erscheinungsort, Erscheinungsweise, Gründungsjahr, politischer Richtung, redaktioneller Leitung und Verbreitung. Weiter werden uns die Wechselbeziehungen der Presse in den beiden Gouvernements (mit besonderer Berücksichtigung der unterirdischen Presse) und die journalistischen Organisationen Polens sowie die Presseeinrichtungen der polnischen Regierung vorgeführt. Schließlich erhalten wir nähere Angaben über die deutsche Presseverwaltung während der Okkupationszeit, über ihre Organisation, den Nachrichtendienst und die Depeschenbüros. Besonders wertvoll ist die elfte Tafel der zweiten Hauptgruppe, die erst im Juli 1918 herausgebrachte Biographische Tafel. Sie gibt von mehr als 150 hervortretenden lebenden Persönlichkeiten des Königreichs Polen eine genaue Kunde und leitet von der persönlichen Seite her nochmals in die Zusammenhänge der jüngsten polnischen Entwickelung ein. Durch ein ausführliches alphabetisches Personen- und Sachregister wird das gesamte Material zusammengefaßt und der einheitlichen Benutzung erschlossen.

Für die Veröffentlichung ist die Gestalt des Tafelwerkes gewählt worden. Herausgeber und Mitarbeiter haben sich für diese Erscheinungsform entschlossen, weil sie der publizistischen Ausnutzung dadurch im besonderen die Wege geebnet haben wollten. So ungewohnt ein solches Bearbeitungsverfahren dem Historiker und Politiker auch ist, so kann doch nicht bestritten werden, daß es den beabsichtigten Zweck der Übersichtlichmachung des umfangreichen Stoffes in Verbindung mit einer möglichst weitgehenden Objektivität der Orientierung durchaus erreicht. In der Tat ist ein erstaunlich großes zeitgeschichtliches Material auf diesen 16 Tafeln erschlossen und aufgearbeitet und man muß dem Herausgeber und seinem Mitarbeiter das rühmende Zeugnis ausstellen, daß sie mit echt deutschem Wahrheitsdrange verdienstvollste Aufklärungsarbeit geleistet haben. Mit großem, technischem Geschick haben sie die spröde Stoffmasse in die geschlossene Form dieser vorbildlichen Tafeledition gebracht und so ein Hilfsmittel geschaffen, das nicht nur ein wertvolles publizistisches Rüstzeug in den weiteren Auseinandersetzungen zwischen den Deutschen und Polen ist, sondern über die zeitliche Bedeutung hinaus immer ein wichtiger Behelf für die historisch-politische Forschung bleiben wird. Man möchte ihm für andere Gebiete gleichwertige Nachfolger wünschen.

Paul Herre (Leipzig).

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a I. Für Anzeigen J. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland M. 7.50. Einzelnummer 50 Pfg. / Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 48.

Digitized by Google

4. Jahrgang * 16. Mai 1919 * Heft 20

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Die Nationalversammlung ist für die Besprechung der feindlichen Friedensbedingungen zusammenberufen. Ihre Aufgabe ist es, die Stimmung des Volkes und die politische Überlegung der sachlichen Möglichkeiten zum Ausdruck zu bringen. Hoffentlich ist dies, wenn diese Zeilen vor dem Leser liegen, in einer Weise geschehen, die nicht Parteienkritik, sondern Einheitlichkeit zeigte. Die Nationalversammlung muß aber auch den Mut aufbringen, heute schon zu ihrer Aufgabe zu stehen. Sie ist gewählt, über den Frieden die Entscheidung zu fällen und sie muß sich dagegen wehren, daß der Ausweg einer Volksabstimmung gewählt werde. Schon um deswillen, weil befürchten ist, daß zahllose Deutsche sich einer Entscheidung entziehen werden und wir dann eine Abstimmung über die deutsche Zukunft erhalten, die innerlich unwahr und gebrochen ist, weil nur ein Bruchteil des Volkes an ihr teilnehmen wird.

*

Deutsch-Tirol, in einer Aufwallung nationaler Verzweiflung, ist bereit, die Verbindung mit Wien zu lösen, um die Unteilbarkeit des Landes zu retten. Es hofft, neutralisiert, ohnmächtig, Gnade bei der Entente zu finden. Geht Deutsch-Österreich denselben Weg? Sind die Franzosen in Wien Sieger geblieben, so daß die Regierung, Karl Renner an der Spitze, den tragischen Verzicht auf das nationale Ziel aussprechen, an der Wirkung eines politischen Protestes von vornherein verzweifelnd. Ist Deutsch-Böhmen schon „abgeschrieben", muß nicht vielmehr Wien den besten Söhnen Deutsch-Österreichs heute ein bischen Kraft, ein bischen Willen zur nationalen Selbstbehauptung zeigen?

*

In Gotha wollen die Unabhängigen alle Personen vom Wahlrecht ausschließen, welche ihren Lebensunterhalt aus Kapitalzinsen oder Kapitalrenten beziehen oder mehr wie einen Lohnarbeiter beschäftigen. Mit Recht wendet sich die „Deutsche Tageszeitung" dagegen. Nur tut sie es unter der irreführenden Über-

Digitized by Google

schrift: „Eine merkwürdige Sorte Demokraten". Solch ein Wahlrecht hat nämlich nichts mit Demokratie zu tun, sondern stellt das bisher von den Konservativen so leidenschaftlich befürwortete ungleiche Wahlrecht freilich mit umgekehrten Vorzeichen dar. Wer für Ungleichheit geschwärmt hat, solange sie ihm Vorteil brachte, hat kein Recht, darüber zu klagen, nur weil dieses Prinzip jetzt gegen ihn ausschlägt

*

Die Entente, die unausgesetzt den Kampf gegen den Bolschewismus im Munde führt, hat jetzt den baltischen Putsch der Landeswehr zum Vorwande genommen, um den deutschen Truppen das Verbleiben in Kurland durch die Forderung unmöglich zu machen, sie sollten unter Ententekommando fechten. Die deutsche Antwort konnte natürlich daraufhin nur die Zurückziehung der deutschen Hilfstruppen sein, wodurch der Kampf gegen den Bolschewismus im Baltenlande aufs höchste erschwert, wenn nicht unmöglich erscheint. Vor dem dadurch erzwungenen Verlassen des Baltenlandes hat die deutsche Regierung es wenigstens erreicht, daß deutsche Schiffe nach Riga fahren können, um die Deutschen und Balten abzuholen. Ob diese Hilfe noch rechtzeitig eintreffen wird, um wenigstens die Reste der auf der Insel Hasenholm Eingekerkerten zu erretten, ist mehr wie fraglich. Die Entente hat durch die Saumseligkeit in der Behandlung dieses Rettungswerkes eine nie reinzuwaschende Schuld auf sich geladen, die nicht gerade als verheißungsvoller Auftakt für den Völkerbund angesehen werden kann.

*

Als kurz vor Beginn des Weltkrieges die Ukrainer den hundertsten Geburtstag ihres Nationaldichters Schewtschenko feiern wollten, fanden sie das Grab von zarischen Gendarmen umstellt. Jetzt hat die russische Sowjetregierung in der Ukraine, soweit ihre Macht reicht, die Feier des Geburtstages Schewtschenkos mit Todesstrafe belegt. Wie man sieht, ist die bolschewistische Diktatur des Proletariats eine gelehrige Schülerin der zarischen Unduldsamkeit gewesen. Zwischen diesen beiden Verboten steht als Groteske der Schweizer Aufruf Lenins an die Welt, über den irischen Protesten, die nicht weniger gewaltsame Knechtung der Ukraine nicht zu vergessen. Es ist nämlich eine alte Geschichte in Rußland, daß Politiker, wenn sie zur Macht gekommen, sofort ihre alten Götter verbrennen und zur Politik der Gewalt und Unterdrückung reumütig zurückkehren.

*

Der Schweizer Sozialdemokrat Platten, der als überzeugter Bolschewist nach Moskau gereist war, ist völlig ernüchtert heimgekehrt. Nach der „Züricher Volkszeitung" hat er folgendes vernichtendes Urteil über den Bolschewismus gefällt: „Eine derartig schlechte Regierung, wie augenblicklich in Rußland, kann sich nicht halten; sie muß, wie ein Kartenhaus, zusammenfallen. Ich habe mich davon überzeugt, daß eine Verwirklichung des Bolschewismus eine Unmöglichkeit bildet. Lenin ist ein Fanatiker, seine Gehilfen Verbrecher und Mörder".

Digitized by Google

Versailles

Von Dr. Theodor Heuß

9. Mai 1919

Die Woche, während der die deutsche Delegation hinter den Lattenzäunen von Versailles untätig gefangen saß, war unerträglich. Denn während das deutsche Volk sich seelisch auf das grausamste Schicksal bereit machen sollte, fing Schmock zu arbeiten an. Nur wenige Zeitungen hatten es für notwendig gehalten, Männer mit politischem Takt und der Gabe ernsthafter Schweigsamkeit auf diesen Leidensweg mitzuschicken. Das Elend der Kriegsberichterstatterei lebte beim Frieden wieder auf, das Feuilleton durchbrach den Damm und Tag für Tag wurden wir durch die gemütvollen Eitelkeiten und Stilkünste von Literaten geärgert, die aus der Not ihrer sachlichen Überflüssigkeit sentimentale, kokette, falsch pathetische Zeilenreihen herausschwitzten. Es war vor Deutschland und der Welt beschämend. Das ist jetzt vorbei. Der furchtbare Ernst der tatsächlichen Lage hat den würdelosen Trabanten der Weltgeschichte jetzt die Stimme verschlagen. Der falsche Ton, mit dem Deutschlands Öffentlichkeit an den Friedenstisch herangeführt wurde, ist verklungen.

Die Friedensbedingungen, die Clemenceau uns im Auftrag der Entente überreichen durfte, sollen hier im einzelnen nicht durchgegangen werden. Man mag anfangen wo man will, bei den Territorialbestimmungen, der Heeresfrage, der künftigen Wirtschaftspolitik, dem Entschädigungsproblem — überall, bis in die letzte Wendung scheinbar gleichgültiger Paragraphen ist die Gesinnung gegossen und geflossen, die Deutschlands gegenwärtige Ohnmacht zur Vernichtung seiner wirtschaftlichen und moralischen Existenz ausnützen will. Dieses Friedensinstrument enthält nicht nur in sich den Zwang zu neuen Konflikten, zu einer dauernden Krisenhaftigkeit Europas, es ist selber ein Stück Krieg, letzter furchtbarer Schlag, moralisch ein Bruch des Waffenstillstandes. Vom Frieden hat es nur den Namen, Geist und Methode sind härteste Brutalität des Krieges.

Die Marschrichtung für die deutsche Regierung ist ziemlich klar gegeben.

Die Feinde wollen mündliche Verhandlungen vermieden wissen — nach vierzehn Tagen sollen die Deutschen Ja oder Nein sagen dürfen. Daß Clemenceau eine Einzelbesprechung fürchtet, ist sehr verständlich. Was jetzt zustande kam als Friedensbedingung, ist eine sehr mühsame Bauarbeit gewesen; man kann nicht gerade sagen, daß es die Zeichen des Kompromisses trage, denn sein Charakter ist recht eindeutig. Aber die Schwierigkeiten, die von Clemenceau und Lloyd George niedergehalten wurden, werden sich in dem Augenblick melden, wo eine Korrektur der Einzelbestimmungen erwartet wird. Das Interesse der Gegenseite, um ihre immerhin langwierig erarbeitete sachliche Solidarität aufrecht zu erhalten, besteht also darin, auch die formale Geschlossenheit aufrecht zu erhalten. Von verwickelten Mehrheitsbeschlüssen tritt auch ein zum Besseren überzeugter Part-

Digitized by Google

ner nur sehr ungern zurück. Wir müssen uns also darüber klar sein: die Aussichten, durch sachliche Klärung etwa hier und dann dort ein Stück abzuhandeln, sind sehr gering.

Gewiß, mit der heroischen Geste ist es nicht getan. Das deutsche Volk ist seit dem November 1918 so zermürbt, daß es zwar sehr fleißig in alle Theater läuft, aber sich mit dem Kunstersatz an heroischer Tragik (oder banaler Vergnüglichkeit) genug sein läßt. Es erwartet jetzt, soweit sein Blut in den nationalen Fragen noch wallt und schlägt, eine genaue Sachlichkeit. Diese muß gesucht werden, d. h. wir sind gezwungen, dem Ansinnen der Feinde ein ganz genaues eigenes Friedensprogramm entgegenzustellen, nicht zur Schonung Deutschlands, sondern zu seiner baren Lebensrettung. Wir verschließen uns nicht der Last, die auf dem Besiegten liegt; niemand glaubt, dialektisch eine „gute Situation" für Deutschland erreichen zu können; aber wir wollen leben und arbeiten können und unsere Zukunft nicht mit unserer Würde wegwerfen. Die heutige Generation hat die Pflicht, eine schwere Vergangenheit zu liquidieren; sie hat aber nicht das Recht, die nachwachsenden Geschlechter in ihrer Ehre und in ihrem Leben abzutöten.

Heute verwahren wir uns gegen einen glatten Wortbruch. Nicht nur wir haben Wilsons vierzehn Punkte zum Ausgang eines möglichen Friedens angenommen, wohl wissend, daß er starke Opfer von uns verlange, die Opfer des Besiegten, sondern auch die Entente, und daß es sich im Augenblick dieser Zusage nicht nur um eine Phrase handelte, zeigt die Mitteilung, wonach England ausdrücklich den einen Punkt, die Freiheit der Meere, als nicht verbindlich ausnahm. Diese vierzehn Punkte sind nun Zug um Zug vernachlässigt, ja völlig unter den Tisch geworfen, so daß der Friedensvorschlag geradezu eine Verhöhnung der Richtlinien ist, die der Präsident Wilson aufstellte und denen die Diplomatie der Feinde zustimmte.

Wenn Wilson an diesen Bedingungen mitgearbeitet hat und sie gutgeheißen, so wird er vor der Weltgeschichte als ein Charlatan erscheinen. Dann muß auch die beste Absicht, sein reines Wollen anzuerkennen, an der brutalen Tatsache scheitern, daß er seinen Namen unter dieses Dokument setzte. Man mag ihm manches zugute halten: daß er die historisch so unendlich verwickelte Problematik Europens in vielen Einzeldingen nicht kenne und sich täuschen lasse. Daß er, in dem Augenblick, da die rein militärische Entscheidung gefallen war und die amerikanischen Truppen tatsächlich mehr oder weniger überflüssig geworden, seiner eigentlichen Macht innerhalb der Entente entkleidet wurde. Daß die Suggestion der französischen Umgebung mit ihrem aus Angst und Rausch gemischten Vernichtungsbedürfnis ihn gefesselt halte. Die Bestimmungen über Danzig, Memel, Oberschlesien, das Saarbecken und die Westpfalz, über die deutschen Kolonien sind einfach glatte Vergewaltigungen. Wir reden gar nicht von den Wirtschaftsschädigungen, die Deutschland zugefügt werden; an denen mag ja die

Digitized by Google

Kurzsichtigkeit des angelsächsischen Kapitalismus sich interessiert fühlen. Sondern dies genügt, an den einfachen Satz zu erinnern, daß künftig ohne ihre eigene Zustimmung Volksteile nicht von einem Herrschaftsbereich in den anderen verschoben werden dürfen, um den völligen Zusammenbruch dieser neuen Gesinnung der auswärtigen Politik zu demonstrieren.

Immerhin: das ist der einzige Weg, den unsere Unterhändler gehen können. Graf Brockdorff-Rantzau hat in seiner Rede zu Versailles das Notwendige mit Ernst und Würde gesagt. Ob das Verfahren Erfolg haben wird, das wagt heute niemand auszusprechen — solange es schriftlich bleibt, leidet es ja unter einem Mechanismus, der alle Sachklärung über Deutschlands Können unmöglich macht. Denn jeder Schriftwechsel wird mehr als die Aussprache vergiftet sein von dem Mißtrauen der Feindseligkeit. Sicher ist es falsch, in den nächsten Wochen, wie manche es tun, mit einem Umschwung bei den proletarischen Massen der Ententeländer zu rechnen. Daß die französischen Sozialisten wegen der blutigen Maifeier von Paris das Kabinett Clemenceau, in dem sie ein paar geringe Pöstchen besorgten, verlassen haben, ist innerpolitischer Vorgang; die Masse des französischen Volkes hofft heute weiter eben auf Clemenceau, daß er die französische Not erleichtere, indem er sie noch auf Deutschlands gekrümmten Rücken packt. Und nicht viel anders sieht es einstweilen in England aus. Was an englischen Journalisten zur Zeit bei uns in Deutschland herumläuft, hat zwar lebhafte Sympathien und Beziehungen mit den „Unabhängigen" und einige von ihnen schwärmen sogar für den Kommunismus — aber einstweilen nur in Deutschland. Lloyd George, indem er die deutsche Handelsflotte raubt und die deutschen Werften für England beanspruchen will, gibt der englischen Volksphantasie die Richtung für ihre Friedenserwartung: Deutschland soll Großbritannien helfen, daß es im Wettbewerb um die Führung im Handelsverkehr der Weltmeere nicht jetzt schon von den Vereinigten Staaten überflügelt werde. Der Standard der englischen Wirtschaftsmacht, trotz des fabelhaften weltpolitischen Sieges, war und ist durch den plötzlichen Massenbau der amerikanischen Werften bedroht; das ist Englands peinlichste Kriegserfahrung geworden. Wenn es Lloyd George gelingt, diese Bedrohung durch den Freund einigermaßen auszugleichen, bannt er einstweilen noch die Gefühle der Unbehaglichkeit, die in den letzten Parlamentswahlen zu Niederlagen seiner Kandidaten geführt haben. Man mag die „Weltrevolution" im technischen Sinne als einen Ausweg aus all den Nöten Deutschlands ansehen, wie es manche heute gerne tun; sicher ist es die verkehrteste Politik, bei unseren Feinden in irgendwie befristeter Zeit mit einer Umkehr der Gewalten zu rechnen. Der Reiz zu historischen Vergleichen muß sich seine Grenzen enge setzen, damit er nicht in Feuilletonismus ausmündet.

Was also? Abschied von den phantastischen Entwürfen einer „Kontinentalpolitik", die guter Wille und Geschicklichkeit unserer Unterhändler morgen haben

Digitized by Google

könnten — welcher Schade und wieviel Verwirrung hat dies angerichtet! Abschied von dem Glauben, daß „drüben" unsere guten Freunde auf den Augenblick warten, wo sie die Machthaber von heute in den Abgrund stürzen können — wieviel klare resignierende Einsicht hat diese Illusion seit dem Sommer 1917 schon verhindert! Festigkeit in dem Ziel, die nationale Selbstbestimmung der Deutschen, über die alten Reichsgrenzen hinaus, als die Voraussetzung unserer staatlichen Erneuerung festzuhalten, sie nicht zu einem Gegenstand des Marktens und Abhandelns zu machen. Einigkeit der Nation in dem Willen, diese furchtbaren Wochen als Schicksalsgemeinschaft, nicht als Parteienkomplex zu erleben — peinlich genug, das ungleich-gleiche Brüderpaar der „Deutschen Tageszeitung" und der „Freiheit" heute schon wieder ihre mißklingenden Saiten auf dieselbe Tonlage stimmen zu sehen!

Fragen an die Verantwortlichen

Von Dr. Paul Rohrbach

Bei dem geplanten Staatsgerichtshof soll es sich darum handeln, festzustellen, wer die Schuldigen an dem Zusammenbruch Deutschlands sind. Denen, die das Urteil dann trifft, sollen politische Ehrenstrafen auferlegt werden. Um es gerade heraus zu sagen: eine gleich untaugliche Einrichtung für einen gleich überflüssigen Zweck hätte man schwer ersinnen können. Ein neutraler Ausländer fragte mich: „Wenn Herr Scheidemann durchaus den Wunsch hat, mit General Ludendorff abzurechnen — konnte er sich dazu keinen geschickteren und in nationaler Hinsicht einwandfreieren Weg ausdenken?" So wie es jetzt geschehen soll, wird nichts herauskommen, als daß die schuldigen Leute in den Augen des deutschen Volkes, falls sie verurteilt werden, eine Märtyrerstellung erhalten, durch die sie sich glänzend rehabilitieren; der Freispruch aber wird die Rehabilitierung automatisch besorgen. Aus einem Staatsgerichtshof mit der Aufgabe, wie der Entwurf sie sich denkt, kann nie etwas Nützliches für Deutschland herauskommen.

Nach § 1 des Entwurfs soll die Nationalversammlung aus ihrer Mitte einen Ausschuß von 15 Mitgliedern bilden zur Untersuchung derjenigen politischen und militärischen Vorgänge, die zum Ausbruch, zur Verlängerung oder zum Verlust des Krieges beigetragen haben. Die Verhandlungen sind nicht öffentlich. Eine Vernehmung von Beschuldigten, Zeugen oder Sachverständigen findet nicht statt. Die Reichsregierung hat alle angeforderten Urkunden und Akten vorzulegen. Nach § 2 hat der Ausschuß, falls er eine Person, die in der Lage war, Einfluß auf die Politik des Reiches zu nehmen, für verdächtig hält, das Verfahren gegen sie zu eröffnen. Der Staatsgerichtshof selbst wird nach § 3 beim Reichsgericht gebildet, und zwar aus den höchsten Gerichtspräsidenten des Reiches, im ganzen fünf, und aus zehn Beisitzern, die von der Nationalversammlung und vom Staatenausschuß bestimmt werden. Nach § 13 ist gegen seinen Spruch kein Rechtsmittel zulässig, den Schuldigen können die Kosten auferlegt werden.

Digitized by Google

Diese Anhaltspunkte werden genügen, um jedes noch so kritische Urteil über den Staatsgerichtshof verständlich zu machen. Die Absicht bei dem Entwurf ist klar. Persönlichkeiten wie z. B. General Ludendorff oder Admiral v. Tirpitz — die Urheber hätten den ganzen Entwurf ebensogut lex Ludendorff oder lex Tirpitz nennen können — sollen durch das Urteil des Gerichtshofes daran verhindert werden, sich durch ihre Vertrauensmänner dem deutschen Volk noch weiterhin mit Führeransprüchen vorstellen zu lassen. Daß durch den Urteilsspruch nichts anderes als das Gegenteil erreicht werden würde, haben wir schon betont.

Wir brauchen auch solche Urteilssprüche nicht. Was wir brauchen, ist vielmehr eine vollkommene Aufklärung darüber, *welches die verhängnisvollen Schritte und Zusammenhänge waren, durch die uns alle Möglichkeiten verlorengingen, die großen militärischen Siege dieses Krieges politisch für das Vaterland fruchtbar zu machen.* Dazu mag man einen vom Parlament einzusetzenden Ausschuß organisieren, der die *Tatbestandsaufnahme* macht und veröffentlicht. Danach kann das deutsche Volk selbst urteilen. Von vornherein bestimmte Personen anzuklagen, ist zwecklos, kleinlich und darum unpolitisch. Angenommen, es gebe einen solchen Ausschuß, für den der Name Staatsgerichtshof dann allerdings wenig passen würde, so wären ihm etwa die folgenden Fragen zur Untersuchung vorzulegen:

1.

Wer trägt die Schuld daran, daß der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes das Bewußtsein verlorenging, in einem von den Feinden aufgezwungenen reinen Verteidigungskampf auf Tod und Leben zu stehen?

Unter allen Gründen, die man für den Verlust des Krieges anführen kann, ist der eigentlich entscheidende der, daß die Masse der Nation je länger desto mehr das Empfinden verlor, es gäbe keine andere Wahl, als bis zu Ende durchzuhalten. Als der Krieg ausbrach, war in allen Deutschen mit Einschluß der Sozialdemokraten die Überzeugung lebendig, daß Deutschland zu Unrecht angegriffen worden sei. Gegen Ende des Krieges aber lebte im deutschen Volk wie in der deutschen Armee mit verhängnisvoller Macht der Gedanke: Die hohen Militärs und Staatsmänner und der Kaiser selbst brauchten nur ernstlich zu wollen, sich nur zum klaren Verzicht auf unerfüllbare Pläne zu entschließen, die die Kraft Deutschlands überstiegen, hinter denen das Volk als Ganzes gar nicht stehe, und der Friede könnte alle Tage geschlossen werden. In der Bevölkerung hieß es: Es hilft nichts, wir müssen aufhören! Die da oben haben sich zuviel vorgenommen!

Der Untersuchungsausschuß müßte also hierzu folgende Fragen stellen und die Antwort auf sie finden:

Wer ist schuld daran, daß dem deutschen Volk die zwin-

Digitized by Google

gende Kraft der Gewissenspflicht, es müsse um seiner Selbstverteidigung willen unter allen Umständen durchhalten, teils verloren ging, teils schwach wurde?

Haben Möglichkeiten bestanden, durch unzweideutige Erklärungen des deutschen Willens zur reinen Verteidigung die feindlichen Vernichtungspolitiker zu entwaffnen?

War tatsächlich der Wunsch, sich für Eroberungen die Hände freizuhalten, maßgebend dafür, daß bei jeder offiziellen Erklärung über deutsche Kriegsziele allerlei Vorbehalte, Einschränkungen und Zweideutigkeiten angebracht wurden, die Deutschlands Ehrlichkeit verdächtig machten?

Hat es an Warnungen und Hinweisen darauf gefehlt, daß auf diese Art zunehmende Gefahren über Deutschland heraufbeschworen wurden und daß die entscheidenden Möglichkeiten verlorengingen, den Krieg rechtzeitig und glücklich zu beenden?

2.

Wo liegen die entscheidenden Verantwortlichkeiten in der Vorgeschichte des uneingeschränkten U-Boot-Krieges?

Der verschärfte U-Boot-Krieg ist durchgesetzt worden gegen den ursprünglichen starken Widerspruch des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg und des Staatssekretärs Helfferich. In ihrer Ablehnung des Planes zeigte sich, wie durch den Ausgang bewiesen wurde, ihre bessere Einsicht in die Gefahren, die mit dem unbeschränkten U-Boot-Kriege verbunden waren.

Konnte die Reichsleitung daran zweifeln, daß die Verschärfung des U-Boot-Krieges den Konflikt mit Amerika herbeiführen würde? Wußte sie, was dieser Konflikt bedeutete? Hat man das deutsche Volk hinreichend instand gesetzt, die psychologischen und tatsächlichen Motive zu prüfen, die schwer genug gewesen sind, um diese Bedenken zu besiegen?

Wer ist schuldig daran, daß die nicht sachverständige öffentliche Meinung durch eine Massendemagogie der unverantwortlichsten Art bis zur Besinnungslosigkeit für den U-Boot-Krieg aufgepeitscht wurde?

Ist das Material, das beigebracht wurde, aus dem die Wahrscheinlichkeit des rechtzeitigen Erfolges geschlossen werden sollte, so gewissenhaft und zuverlässig gesammelt und dargestellt worden, daß eine Entscheidung von solcher Tragweite sich darauf gründen ließ?

Sind die Männer gehört worden, die wissen mußten, wie Amerika auf die Verschärfung des U-Boot-Krieges reagieren würde? Hat man ihnen gebührende Beachtung geschenkt, als sie ihre schweren Bedenken und Warnungen erhoben?

Die Hungerblockade war auf jeden Fall unmenschlicher

Digitized by Google

als der U-Boot-Krieg. Hat man sich aber mit ganzem Ernst gefragt, ob man den Namen des deutschen Volkes den Schmähungen aussetzen dürfe, die trotzdem von der ganzen Welt zu erwarten waren? Hat man erwogen, zu welchen Belastungen für das deutsche Gewissen die Maßnahme allmählich führen konnte? Oder haben die entscheidenden Instanzen, in erster Linie der Reichskanzler, zuletzt sich gegen ihre innere Überzeugung nur dem Druck stärkerer Willenskräfte gebeugt?

Welche Verantwortung trifft außerdem hier die Mitglieder des Reichstages?

Politisch gesprochen, ist die Frage der Verantwortung nicht einfach mit der Feststellung erschöpft, wer das Gute gewünscht hat, wer das Schlechte wollte und durchsetzte, sondern es bedarf der Klarheit darüber: Wer hat das Gute gewünscht, wer hätte die Mittel gehabt, es zu erreichen, wem fehlte es an der notwendigen Entschlußkraft, entweder durchzusetzen, daß nach seiner Überzeugung gehandelt wurde — oder zu gehen?

3.

Welches sind die bestimmenden Momente für die März-Offensive von 1918 gewesen?

Als der Entschluß gefaßt wurde, die letzte große deutsche Offensive dieses Krieges zu unternehmen, konnte kein Zweifel darüber bestehen, daß, wenn sie mißlang, wir keine weitere Karte zum Ausspielen besaßen. Erstens lag das in den materiellen Kräfteverhältnissen begründet, zweitens in der psychologischen Verfassung des Volkes und ganz besonders der Armee. Bisher war beim Volk und bei der Truppe die Hoffnung aufrechterhalten worden, wir würden siegen. Diese Hoffnung bildete ein Gegengewicht gegen die niederziehenden Wirkungen der Hungerblockade, der langen Dauer des Krieges, der starken Verluste und des zunehmenden Eindruckes von den materiellen Machtmitteln der Gegner. Ganz besonders bedeutungsvoll war es auch, daß bis dahin weder weitere Kreise der öffentlichen Meinung, noch die Soldaten klare Einsicht über den Umfang und die militärische Bedeutung der amerikanischen Hilfe besaßen. Das übereinstimmende Zeugnis der Truppe besagt, daß die Hoffnung auf Sieg den Leuten verloren ging, als sie nach dem mißlungenen Angriff Mitte Juli 1918 merkten, wie wirkungskräftig die amerikanische Hilfe war. Fortan hieß es an großen Teilen der Front: An Sieg ist nun nicht mehr zu denken! Es ist klar, daß damit unsere moralische Angriffskraft entscheidend geschwächt wurde.

Wann hat die Oberste Heeresleitung Kenntnis von dem außerordentlichen Umfang der durch den U-Boot-Krieg nennenswert gehinderten amerikanischen Hilfe für das Schlachtfeld erhalten?

Warum ist angesichts des ungeheuren Risikos des Mittels der März-Offensive, hinter dem es kein zweites mehr gab, um den Krieg zu gewinnen, der große An-

Digitized by Google

griff dennoch erfolgt? Warum ist nicht vorher noch ein Versuch mit politischen Mitteln gemacht worden? Es gab Warnungsschriften, darunter eine, die unterzeichnet war von Legien, Friedrich Naumann, Stegerwald und Prof. Alfred Weber. Es gibt auch eine Antwort des Generals Ludendorff darauf. Wie steht es damit? Haben diejenigen recht, die da sagen, daß der General Ludendorff um jeden Preis auf der Offensive bestand, und daß ihm daher alle Verantwortung dafür zugeschoben werden müsse, daß nicht noch ein wirksamer Friedensschritt von Seiten der Regierung geschah — oder war vielleicht der General Ludendorff sturmreif für die nichtmilitärische politische Vernunft, aber es gab keine Regierung, die die geistige Kraft und das Verantwortlichkeitsgefühl besaß, den Sturm zu unternehmen? Auch von einer anderen hervorragenden Persönlichkeit ist vor der Offensive allen entscheidenden Instanzen so eindringlich wie möglich nahegelegt worden, man möge die ungewöhnlich günstige Lage zur Erschütterung des feindlichen Kriegswillens benutzen.

Nie war die Kraft der gegnerischen Friedensparteien so stark wie damals, wo sie auf die grauenvollen Opfer hinwiesen, die ein Entscheidungskampf in jedem Falle kosten werde. Außerdem bestanden auf der feindlichen Seite starke Besorgnisse über den militärischen Ausgang.

Das deutsche Volk will wissen, wer daran schuld ist, daß trotz alledem der Versuch unterblieb, durch eine unzweideutige Erklärung über die deutschen Ziele zu Friedensverhandlungen zu gelangen. Gerade eine solche Erklärung war von führender Stelle bei den feindlichen Friedensparteien kurz vorher gefordert worden.

4.

Wie ist der unseligste aller deutschen Schritte, das Waffenstillstandsangebot im Oktober 1918, zustande gekommen?

Unsere militärische Lage am 29. September war ähnlich, wenn auch noch schlechter, als die der Engländer am 22. März, als das berühmte Bulletin des englischen Oberbefehlshabers kam: „Es hat ein Durchbruch stattgefunden". Es war die „Schwarze Woche" in London, die fünfte englische Armee war zusammengebrochen. Man stelle sich vor, daß die Engländer damals erklärt hätten: Wir schlagen Waffenstillstand vor! Niemand hätte das anders verstanden, als daß sie um Abbruch des Kampfes baten, der für uns siegreich ausging. Ein solcher Zusammenbruch der englischen Nervenkraft hätte den Triumph unserer Kriegspartei entfesselt: Nun gerade, jetzt haben wir sie!

General Haig machte kein Waffenstillstandsangebot; die englischen Nerven hielten durch. Damit war die Lage für England gerettet.

Mit Deutschland stand es im September weit schlechter, denn wir hatten keinen Ersatz. Die Armee war aber noch widerstandskräftig, und die Nation hatte die

Digitized by Google

Nerven noch nicht verloren. Ein starker Impuls, vom Führer ausgehend, hätte das Durchhalten bis zum Schluß der Kampfsaison ermöglicht. Damit wäre der Vernichtungsfriede wahrscheinlich überhaupt abgewendet worden. Gewiß, Ludendorffs Aufgabe, seine Nerven zu behalten, war schwer, aber: *England hat gesiegt, weil am 22. März die entscheidenden Männer dort ihre Nerven behielten.* Weil Ludendorff im September seine Nerven verlor, darum ist Deutschland niedergebrochen.

In unserer Lage nach dem Mißlingen des großen Juliangriffs und nach dem Rückzug während des August und September war die Möglichkeit des Sieges nicht mehr gegeben. Ein ungünstiger Friede stand in jedem Falle bevor, ein Friede, der z. B. den Verzicht auf Elsaß-Lothringen gekostet hätte. Ein Vernichtungsfriede aber brauchte es darum nicht zu werden, sobald das Volk, das Heer und der Feldherr die Spannung des Augenblicks durchhielten. Wer von diesen hat versagt? Daß die Armee noch fechten konnte, wissen wir. Im Volk ahnte man überhaupt noch nicht, wie schlimm die Lage war. Der „Vorwärts" schrieb damals: „Wehe dem Volk, das sein Gewehr 5 Minuten zu früh an die Wand stellt!" Auch die Oberleitung der Marine glaubte noch kämpfen zu können. Dem Admiral Scheer ist keine Mitteilung vom Bevorstehen des Waffenstillstandsangebotes gemacht worden. Fürchtete man seinen Widerstand?

Hat es damals in Deutschland niemanden gegeben, der dem General Ludendorff den Charakter der Lage zum Bewußtsein brachte? Wie hat sich Herr von Hintze zum Waffenstillstandsangebot gestellt? Wie der Kaiser? Was haben die Konservativen für Schritte getan? Wie steht es mit dem Bericht des Grafen Westarp über die Unterredung, die er mit Hindenburg gehabt hat? Ist von dieser Seite etwas Energisches versucht worden, als das Angebot bevorstand? Wer hat verhindert, daß die Nation sich noch einmal zusammenraffte? Wer ist dafür verantwortlich, daß am 2. Oktober Vertreter sämtlicher Parteien *des Reichstags, einschließlich der Unabhängigen Sozialdemokraten und der Polen* (!) zusammenberufen wurden, um von einem Vertreter der Obersten Heeresleitung deren Bankerotterklärung entgegenzunehmen, die so gefaßt war, daß nach ihr ein Widerstand des Reichstages gegen das Waffenstillstandsangebot nicht mehr in Frage kam? Hat sich niemand überlegt, daß mit unfehlbarer Sicherheit dieser Standpunkt der Obersten Heeresleitung mit Rücksicht auf gewisse Teilnehmer an der Besprechung längstens in drei Tagen dem Auslande bekannt sein mußte? (Vergl. die „Baseler Nationalzeitung", Abendausgab vom 17. März 1919.)

Durfte General Ludendorff auf seinem Posten bleiben, als seine Kriegspolitik zusammengebrochen war? Zuerst hatte er gesagt: Jede Stunde kann eine Katastrophe eintreten, heute Nacht noch müssen wir den siegreichen Gegner bitten, sein Schwert einzustecken! Kurze Zeit darauf erklärte er: Wir können noch einmal

Digitized by Google

den Kampf der nationalen Verteidigung aufnehmen! Das war unmöglich; militärische Bankerotterklärungen auf Widerruf gibt es nicht.

Herr von Bethmann Hollweg hätte zurücktreten müssen, als der U-Boot-Krieg erklärt worden war. General Ludendorff hätte seinen Abschied nehmen müssen, als er den Waffenstillstand gefordert hatte, der nach Lage der Dinge auf eine Waffenstreckung hinauskam. Auch der Kaiser hätte abdanken müssen, weil er — das Wort stammt von Max Weber — im Juli 1918 die angelsächsische („mammonistische") Weltanschauung zu einem persönlichen Zweikampf mit der deutschen herausgefordert, im September darauf aber sich an einen amerikanischen Professor mit der Bitte gewendet hatte, er möge auf Grund seiner Weltanschauung den Frieden machen. Daß er schon damals hätte abdanken müssen, ist auch in einem Brief von Friedrich Naumann an den Chef des Zivilkabinetts unumwunden ausgesprochen worden.

5.

Wer hat die Abreise des Kaisers ins Hauptquartier am 29. Oktober veranlaßt, und zu welchem Zweck ist sie geschehen?

An der Beantwortung dieser Frage hängt nicht weniger, als die Klarheit darüber, weshalb es in Deutschland nicht nur zur verspäteten Abdankung des Kaisers, sondern auch zum Sturz der Monarchie und zur Revolution gekommen ist. Diejenige Art Monarchisten, die den Kaiser umgaben, und denen vor allen Dingen an ihrer eigenen Macht gelegen war, wußten ganz genau, daß ihr Einfluß zerbrochen war, sobald der Kaiser ging. Daher setzten sie gerade für die Person dieses Monarchen die Monarchie aufs Spiel. Als ihre Puppe wurde der Kaiser ins Hauptquartier verschleppt. Wäre er in Berlin geblieben, so hätte die Möglichkeit bestanden, ihn eher davon zu überzeugen, daß sein rechtzeitiger Rücktritt die Monarchie und damit den geschichtlich-politischen Zusammenhang der deutschen Entwicklung retten konnte.

Es gab noch eine Möglichkeit, solange gekämpft wurde, etwas Großes für den monarchischen Gedanken zu tun. Man hätte dem Kaiser den Entschluß nahelegen können, sich an die Spitze seiner Truppen zum letzten Kampf zu stellen. Niemand hat ihm dies gesagt. Manche, die diese Überzeugung hatten, haben sie ihm nicht mitgeteilt. Wie konnte es geschehen, daß der Kaiser so vollständig über den Charakter der Situation im Unklaren blieb, bis sich ihm kein anderer Ausweg mehr zeigte, als die Flucht ins Ausland? — —

* * *

Dieses wären zunächst die Fragen, die dem Ausschuß, der unserer Meinung nach an die Stelle des Staatsgerichtshofes zu treten hätte, vorzulegen sind. Es gibt auch noch andere Fragen, die zu erörtern für diesmal zu weit führen würde. Wir behalten uns vor, bei gelegener Zeit auf sie zurückzukommen.

Digitized by Google

Zwei Kaiserbriefe zum Potsdamer „Kronrat"

Von * * *

Dieser „Kronrat" in Potsdam — am 5. Juli 1914, der, wie die Entente-Presse heute noch behauptet, den Krieg entschieden haben soll, hat überhaupt nicht stattgefunden.

Was am 5. Juli 1914 in Potsdam geschehen ist, ist folgendes:

Der österreichisch-ungarische Botschafter in Berlin, Szögyeny, hat bei Kaiser Wilhelm gefrühstückt, und zwar allein ohne irgendeinen Herrn, irgendeinen „Sondergesandten" aus Wien; auch ohne Herrn v. Stumm aus Berlin und ohne Graf Hoyos aus Wien. Dieser Graf Hoyos, der Orient-Referent des Wiener Auswärtigen Amtes, hatte den österreichisch-ungarischen Botschafter Szögyney in Berlin das Handschreiben des Kaisers Franz Joseph überbracht, das wir heute veröffentlichen und das Szögyeny nach dem Frühstück dem Kaiser Wilhelm überreichte, zusammen mit einer Wiener Denkschrift über die österreichische Balkanpolitik, einer Denkschrift, die bereits vor dem Mord von Serajewo fertiggestellt war und auf die wir noch zurückkommen werden.

Das ist das eine.

Das andere ist das: Nachmittags hat der Kaiser den Reichskanzler Bethmann Hollweg und den Unterstaatssekretär Zimmermann, der den damals auf der Hochzeitsreise abwesenden Staatssekretär von Jagow vertrat, bei sich in Potsdam gesehen und mit ihnen die politische Lage besprochen — in welchem Sinne, das geht aus des Kaisers Antwort an Kaiser Franz Joseph hervor, die wir gleichfalls heute veröffentlichen. Am anderen Tage hat Kaiser Wilhelm seine Nordlandsreise angetreten.

Diese beiden Tatsachen — die Überreichung der beiden Wiener Schreiben durch den österreichisch-ungarischen Botschafter Szögyeny nach dem Frühstück und die Besprechung des Kaisers mit Reichskanzler und Unterstaatssekretär — sind das einzige, was von dem angeblichen „Kronrat" geschichtlich besteht und übrigbleibt.

Diesen Tatbestand habe ich selbst schon am Montag, den 6. Juli 1914, also gleich am Tage darauf, in dieser Form erfahren vom Unterstaatssekretär Zimmermann; und in der gleichen Form einige Tage darauf, auch durch den bekannten und immer gut informierten Berliner Vertreter der Frankfurter Zeitung, August Stein. Dieser Tatbestand ist in der gleichen Form mir später auch durch Bethmann Hollweg persönlich bestätigt worden, und er wird jetzt auch durch die voneinander unabhängigen Darstellungen Helfferichs und v. Jagows in der gleichen Weise bestätigt; ebenso durch den jetzigen österreichischen Gesandten in Berlin, Dr. Ludo Hartmann, auf Grund seines Studiums der Wiener Archive.

Trotzdem bleibt die Entente-Presse auch heute noch dabei, ihren Völkern einen

Digitized by Google

„Potsdamer Kronrat" vorzulügen, an dem deutsche Generäle und Admiräle, österreichische Generäle und Erzherzöge angeblich teilgenommen haben und der den Krieg gewollt, vorbereitet und entschieden haben soll.

Ich habe nie verstanden, warum das Auswärtige Amt gegenüber dieser Entente-Lüge nicht von Anfang an den harmlosen wirklichen Tatbestand veröffentlicht hat und sich immer nur mit einem formellen Dementi des „Kronrats" begnügt hat. Es heißt, daß das Wiener Kabinett einer dahingehenden Absicht der Berliner Regierung wiederholt widersprochen hätte — aus Rücksichten der inneren Politik. Diese Rücksichten können und müssen heute wegfallen; und deshalb heute diese Veröffentlichung:

Handschreiben des Kaisers Franz Joseph an Kaiser Wilhelm.

Ich habe aufrichtig bedauert, daß Du genötigt warst, Deine Absicht, zur Trauerfeier nach Wien zu kommen, aufzugeben. Ich hätte Dir sehr gern persönlich meinen herzlichen Dank für Deine wohltuende Anteilnahme an meinem schweren Kummer ausgesprochen.

Du hast mir durch Dein warmes mitfühlendes Beileid wieder bewiesen, daß ich in Dir einen treuen verläßlichen Freund besitze und daß ich in jeder ernsten Stunde auf Dich rechnen kann.

Es wäre mir auch sehr erwünscht gewesen, die politische Lage mit Dir zu besprechen; da dies jetzt nicht möglich gewesen ist, erlaube ich mir, Dir die anruhende von meinem Minister des Äußeren ausgearbeitete Denkschrift zu senden, die noch vor der furchtbaren Katastrophe in Serajewo verfaßt wurde und jetzt nach diesem tragischen Ereignisse besonders beachtenswert erscheint.

Das gegen meinen Neffen verübte Attentat ist die direkte Folge der von den russischen und serbischen Panslawisten betriebenen Agitation, deren einziges Ziel die Schwächung des Dreibundes und die Zertrümmerung meines Reiches ist.

Nach allen bisherigen Erhebungen hat es sich in Serajewo nicht um die Bluttat eines einzelnen, sondern um ein wohlorganisiertes Komplott gehandelt, dessen Fäden nach Belgrad reichen, und, wenn es auch vermutlich unmöglich sein wird, die Komplizität der serbischen Regierung nachzuweisen, so kann man wohl nicht im Zweifel darüber sein, daß ihre auf die Vereinigung aller Südslawen unter serbischer Flagge gerichtete Politik solche Verbrechen fördert, und daß die Andauer dieses Zustandes eine dauernde Gefahr für mein Haus und für meine Länder bildet.

Diese Gefahr wird noch dadurch erhöht, daß auch Rumänien, trotz des bestehenden Bündnisses mit uns, sich mit Serbien eng befreundet hat und auch im eigenen Lande eine ebenso gehässige Agitation gegen uns duldet, wie Serbien es tut.

Digitized by Google

Es wird mir schwer, an der Treue und den guten Absichten eines so alten Freundes, wie Karl von Rumänien es ist, zu zweifeln; er selbst hat aber meinem Gesandten im Laufe der letzten Monate zweimal erklärt, daß er angesichts der erregten und feindlichen Stimmung seines Volkes nicht in der Lage wäre, im Ernstfalle seinen Bundespflichten nachzukommen.

Dabei fördert die gegenwärtige rumänische Regierung ganz offen die Bestrebungen der Kulturliga, begünstigt die Annäherung an Serbien und strebt mit russischer Hilfe die Gründung eines neuen Balkanbundes an, der nur gegen mein Reich gerichtet sein könnte.

Schon am Beginne der Regierungszeit Karls haben ähnliche politische Phantasien, wie sie jetzt von der Kulturliga verbreitet werden, den gesunden politischen Sinn der rumänischen Staatsmänner getrübt, und es hat die Gefahr bestanden, daß das Königreich eine Abenteurer-Politik treiben würde. Damals hat Dein seliger Großvater in energischer zielbewußter Weise durch seine Regierung eingegriffen und hat Rumänien so den Weg gewiesen, auf welchem es zu einer Vorzugsstellung in Europa und zu einer verläßlichen Stütze aller Ordnung geworden ist.

Jetzt droht dieselbe Gefahr dem Königreiche; ich befürchte, daß Ratschläge allein nicht mehr helfen werden, und daß Rumänien nur dann dem Dreibunde erhalten werden kann, wenn wir einerseits das Bestehen eines Balkanbundes unter russischer Patronanz durch den Anschluß Bulgariens an den Dreibund unmöglich machen und andererseits in Bukarest klar und deutlich zu erkennen geben, daß die Freunde Serbiens nicht unsere Freunde sein können, und daß auch Rumänien nicht mehr mit uns als Bundesgenossen wird rechnen können, wenn es sich nicht von Serbien lossagt und die gegen den Bestand meines Reiches gerichtete Agitation in Rumänien nicht mit aller Kraft unterdrückt.

Das Bestreben meiner Regierung muß in Hinkunft auf die Isolierung Serbiens gerichtet sein. Die erste Etappe auf diesem Wege wäre in einer Stärkung der Stellung der gegenwärtigen bulgarischen Regierung zu suchen, damit Bulgarien, dessen reelle Interessen mit den unsrigen übereinstimmen, vor der Rückkehr zur Russophilie bewahrt bleibt.

Wenn man in Bukarest erkennt, daß der Dreibund entschlossen ist, auf einen Anschluß Bulgariens nicht zu verzichten, jedoch bereit wäre, Bulgarien dazu zu veranlassen, sich mit Rumänien zu verbinden und dessen territoriale Integrität zu garantieren, so wird man dort vielleicht von der gefährlichen Richtung zurückkommen, in welche man durch die Freundschaft mit Serbien und die Annäherung an Rußland getrieben worden ist.

Wenn dies gelingt, könnte der weitere Versuch gemacht werden, Griechenland mit Bulgarien und der Türkei zu versöhnen, es würde sich dann unter

Digitized by Google

der Patronanz des Dreibundes ein neuer Balkanbund bilden, dessen Ziel darin bestehen würde, dem Vordringen der panslawistischen Hochflut ein Ziel zu setzen und unseren Ländern den Frieden zu sichern.

Dies wird aber nur dann möglich sein, wenn Serbien, welches gegenwärtig den Angelpunkt der panslawistischen Politik bildet, als politischer Machtfaktor am Balkan ausgeschaltet wird.

Auch Du wirst nach den jüngsten furchtbaren Geschehnissen in Bosnien die Überzeugung haben, daß an eine Versöhnung des Gegensatzes, welcher Serbien von uns trennt, nicht mehr zu denken ist, und daß die erhaltende Friedenspolitik aller europäischen Monarchen bedroht sein wird, solange dieser Herd von verbrecherischer Agitation in Belgrad ungestraft fortlebt.

Reichskanzler Bethmann Hollweg an den deutschen Botschafter in Wien.

Der österreichisch-ungarische Botschafter hat S. M. gestern ein geheimes Handschreiben des Kaisers Franz Joseph überreicht, das die gegenwärtige Lage vom österreichisch-ungarischen Standpunkt darstellt und die seitens Wien ins Auge gefaßten Maßnahmen entwickelt.

Ich habe heute Graf Szögyeny im Allerhöchsten Auftrage erwidert, daß S. M. dem Kaiser Franz Joseph für das Schreiben danken lassen und es alsbald persönlich beantworten werde. Unverzüglich wolle S. M. indes betonen, daß auch er sich der Gefahr nicht verschließe, die Österreich-Ungarn und damit dem Dreibund aus der von russischen und serbischen Panslawisten betriebenen Agitation drohe. Wenngleich S. M. zu Bulgarien und seinem Herrscher bekanntlich kein unbedingtes Vertrauen hege und naturgemäß mehr zum alten Bundesgenossen Rumänien und seinem Hohenzollernfürsten neige, so verstehe er doch, daß Kaiser Franz Joseph mit Rücksicht auf die Haltung Rumäniens und die Gefahr der Gründung eines neuen Balkanbundes mit direkter Spitze gegen die Donau-Monarchie einen Anschluß Bulgariens an den Dreibund herbeizuführen wünsche. S. M. werde daher seinen Gesandten in Sofia anweisen, die hierauf gerichteten Schritte des österreichisch-ungarischen Vertreters auf dessen Wunsch zu unterstützen. S. M. werde ferner im Sinne der Anregungen des Kaisers Franz Joseph seine Bemühungen in Bukarest einsetzen, um König Karl zur Erfüllung seiner Bündnispflicht, zur Lossagung von Serbien und zur Unterdrückung der rumänischen Agitation gegen Österreich-Ungarn zu bewegen.

Was endlich Serbien anlange, so können S. M. zu den zwischen Österreich-Ungarn und diesem Lande schwebenden Fragen naturgemäß keine Stellung nehmen, da sie sich seiner Kompetenz entzögen. Kaiser Franz Joseph könne sich aber darauf verlassen, daß S. M. im Einklang mit seinen Bündnispflichten und seiner alten Feundschaft treu an Seite Österreich-Ungarns stehen wird.

Digitized by Google

Antwort des Kaisers Wilhelm an Kaiser Franz Joseph.

Mein teurer Freund,

Mit aufrichtiger Dankbarkeit habe ich es empfunden, daß Du in den Tagen, wo Ereignisse von erschütternder Tragik über Dich hereingebrochen waren, und schwere Entscheidungen von Dir forderten, Deine Gedanken auf unsere Freundschaft gelenkt und diese zum Ausgangspunkt Deines gütigen Schreibens an mich gemacht hast. Ich betrachte die von Großvater und Vater auf mich überkommene enge Freundschaft zu Dir als ein kostbares Vermächtnis und erblicke in deren Erwiderung durch Dich das sicherste Pfand für den Schutz unserer Länder. Bei meiner verehrungsvollen Anhänglichkeit an Deine Person wirst Du ermessen können, wie schwer die Aufgabe meiner Reise nach Wien und der mir auferlegte Verzicht auf die öffentliche Bekundung meiner innigen Anteilnahme an Deinem tiefen Schmerz mich bekümmern mußten.

Durch Deinen bewährten und von mir aufrichtig geschätzten Botschafter wird Dir meine Versicherung übermittelt worden sein, daß Du auch in den Stunden des Ernstes mich und mein Reich in vollem Einklang mit unserer altbewährten Freundschaft und unseren Bündnispflichten treu an Eurer Seite finden wirst. Dir dies an dieser Stelle zu wiederholen, ist mir eine freudige Pflicht.

Die grauenerregende Freveltat von Serajewo hat ein grelles Schlaglicht auf das unheilvolle Treiben wahnwitziger Fanatiker und die den staatlichen Bau bedrohende panslawistische Hetzarbeit geworfen. Ich muß davon absehen, zu der zwischen Deiner Regierung und Serbien schwebenden Frage Stellung zu nehmen. Ich erachte es aber nicht nur für eine moralische Pflicht aller Kulturstaaten, sondern als ein Gebot für ihre Selbsterhaltung, der Propaganda der Tat, die sich vornehmlich das feste Gefüge der Monarchie als Angriffsobjekt ausersieht, mit allen Machtmitteln entgegenzutreten. Ich verschließe mich auch nicht der ernsten Gefahr, die Deinen Ländern und in der Folgewirkung dem Dreibund aus der von russischen und serbischen Panslawisten betriebenen Agitation droht, und erkenne die Notwendigkeit, die südlichen Grenzen Deiner Staaten von diesem schweren Drucke zu befreien.

Ich bin daher bereit, das Bestreben Deiner Regierung, das dahin geht, die Bildung eines neuen Balkanbundes unter russischer Patronanz und mit der Spitze gegen Österreich-Ungarn zu hintertreiben, und als Gegengewicht ferner den Anschluß Bulgariens an den Dreibund herbeizuführen, nach Tunlichkeit zu fördern. Demgemäß habe ich trotz gewisser Bedenken, die in erster Linie durch die geringe Zuverlässigkeit des bulgarischen Charakters bedingt werden, meinen Gesandten in Sofia anweisen lassen, die diesbezüglichen Schritte Deines Vertreters auf dessen Wunsch zu unterstützen.

Digitized by Google

Des weiteren habe ich meinen Geschäftsträger in Bukarest beauftragt, sich zu König Carol im Sinne Deiner Anregungen zu äußern und unter Hinweis auf die durch die jüngsten Ereignisse neugeschaffene Lage die Notwendigkeit eines Abrückens von Serbien und einer Unterbindung der gegen Deine Länder gerichteten Agitation hervorzuheben. Ich habe gleichzeitig besonders betonen lassen, daß ich den größten Wert auf die Erhaltung der bisherigen vertrauensvollen Bundesbeziehungen zu Rumänien lege, die auch bei einem eventuellen Anschluß Bulgariens an den Dreibund keinerlei Beeinträchtigung zu erleiden brauchen würden.

Zum Schluß darf ich dem herzlichen Wunsche Ausdruck geben, daß es Dir vergönnt sein möge, nach den schweren Tagen durch den Aufenthalt in Ischl Erholung zu finden.

In aufrichtiger Anhänglichkeit Dein treuer Freund

Wilhelm.

„Annessione, Annessione"

Von Oscar Müller

9. Mai 1919.

Aus den Berichten italienischer Zeitungen über die Kammersitzung, in der Orlando über die Gründe seiner sensationellen Flucht aus Paris an den Busen der Nation berichtete, ersehen wir, daß Kammer und Tribüne an den entscheidenden Stellen der Rede mit den ermunternden Zurufen „Annessione, Annessione" antworteten. In Venedig hat Gabriele d'Annunzio, der, wie im Mai 1915, jetzt aber gereinigt im Feuer seines im Krieg bewiesenen Mannesmutes, die Erhitzung der nationalen Leidenschaft übernommen hat, das Volk von Venezien feierlich und in einer Art von kontradiktorischer Verhandlung verpflichtet, den Krieg und seine Leiden wieder aufzunehmen, wenn der Friede Italien nicht das bringen sollte, was es erwarten zu dürfen glaubt. — Wenn man diese beiden Episoden als Pole der Stimmung Italiens und der von der Regierung für die Zwecke ihrer Politik geschürten Propaganda ansieht und dazu sich der Kommentare erinnert, mit der die italienische Presse das Manifest Wilsons zur adriatischen Frage begleitete und noch begleitet, so kann man über den politischen Ernst dieser Störung im Lager der Entente nicht im Zweifel sein und muß es ablehnen, in dem Verhalten der italienischen Regierung und Nation lediglich einen Theatercoup zu sehen, der darauf berechnet war, in einer vorübergehenden Situation ein taktisches Druckmittel anzuwenden. Wir haben es hier vielmehr mit einem außerordentlichen ernsten politischen Ereignis zu tun, dessen Ursachen im Kriege selbst und in den allgemeinen politischen Bedingungen liegen, die er geschaffen hat, und dessen Folgen nicht damit abgeschlossen sein werden, daß die italienischen Dele-

Digitized by Google

gierten — man weiß noch nicht, ob gerufen oder freiwillig — jedenfalls aber, um bei dem wichtigen Akt der Übergabe der Friedensbedingungen an Deutschland nicht zu fehlen, nach Paris zurückgekehrt sind und nun wieder an der diplomatischen Koalition unserer Gegner teilnehmen.

Ursprung, Gegenstand und Umfang des Streites sind in kurzen Zügen etwa so: Der Rest der historischen Liquidation, die das Königreich Italien mit der habsburgischen Monarchie zu bereinigen hatte, richtete sich nur zum geringen Teil gegen von Deutsche besiedelte oder beherrschte Gebiete. Nur in Südtirol stoßen italienisches und deutsches Volkstum aufeinander und verlangten nach einer nationalen und rassenmäßigen Ausgleichung. Am Ostrand der Alpen aber, längs des Isonzo, in Istrien und an der dalmatinischen Küste waren schon längst das kroatische, slawonische und serbische Volkstum in der jugoslawischen Idee erstarkt und erwacht und fühlten sich selbständig, ohne Zusammenhang mit den monarchisch-historischen Traditionen des Habsburger Hauses, aus eigensten Volksinteressen und Instinkten heraus als Gegner des Italienertums. Ja, der Gegensatz zwischen diesen jungen Völkern, die frisch und unbedenklich nach Macht, Reichtum und Einfluß langten, wo sie lebten und vorwärts drangen, und der alten lateinischen Kultur mit ihren pompösen Ansprüchen war womöglich noch stärker als der italienisch-deutschösterreichische, weil in diesem trotz allen Hasses doch eine gewisse Achtung und eine Spur von Verständnis lag, wie dies eine lange gemeinsame Geschichte mit sich bringt. Das italienische und slawische Element aber waren wie Feuer und Wasser, und wenn sie sich auch in ihrer gemeinsamen Abneigung gegen das politische Österreichertum oft fanden, im Kriege sogar zu Bundesgenossen wurden, so war doch keinem, der die psychologischen Völkergegensätze da unten kennt, zweifelhaft, daß nur eine alte Feindschaft beseitigt werden sollte, um einer neuen, viel gefährlicheren Luft zu machen. Im Kampf um die politische und kulturelle Herrschaft in Triest war längst diese neue Gegnerschaft offenbar geworden, und die Erkenntnis von ihrem weit in die Zukunft reichenden Wesen hatte einen Mann wie Sonnino noch während der ersten Monate der italienischen Neutralität dazu geführt, die Angliederung Triests an das Königreich nicht zu verlangen, sondern den Deutschen dort die Wacht gegen die Slawen zu überlassen. Erst als mit dem Eintritt Italiens in den Krieg die Welle nationaler Begehrlichkeit über allen realpolitischen, aus der Vergangenheit gezogenen Argumenten zusammenschlug, entstand in Italien die opportunistische Fiktion, daß die Südslawen sich schon damit abfinden würden, wenn Italien anstelle der Donaumonarchie die Alleinherrschaft in der Adria übernehmen würde. Der ernstliche Rückgriff auf die Südslawen als Bundesgenossen, der die ganze Tragik der italienischen Politik in sich schließt, erfolgte aber erst, als die blutigen Niederlagen am Isonzo die Unfähigkeit Italiens enthüllten, in ritterlicher

Digitized by Google

Entscheidung der Waffen die militärische Stärke des alten Reiches zu brechen. Dann erst wurde der Plan der inneren Zersetzung Österreichs durch Propaganda unter seinen Nationalitäten systematisch aufgestellt und betrieben, die politische Besiegung anstelle der militärischen zum Ziel erhoben. Unter dem Protektorat der englischen Politik erfolgte die Annäherung Italiens an die in der Verbannung lebenden slawischen Staatsmänner. Die Zusammenkunft Orlandos mit Trumbitsch, dem heutigen Außenminister des südslawischen Reiches, im Frühjahr 1918 führte zur Einberufung des „Kongresses der unterdrückten Nationen Österreich-Ungarns" in Rom im April desselben Jahres, bei dem die noch zwiespältige und unentschiedene Haltung der offiziellen italienischen Politik dadurch zum Ausdruck kam, daß Sonnino dem Kongreß fern blieb und ihn ausdrücklich verleugnete.

Von hier aus haben schwere innenpolitische Auseinandersetzungen in Italien ihren Ursprung, in denen die Vertreter der nationalistischen Forderungen in desto schärferen Gegensatz zu der Idee einer Ausgleichung der italo-slawischen Gegensätze traten, als die Bedeutung der slawischen und tschechischen Revolten für den Zusammenbruch Österreich-Ungarns klarer und entscheidender wurde. Mit der Anerkennung der Meuterer als alliierter und kriegführender Mächte auch durch Wilson wurde es unabwendbar, daß neben die alten italienischen Rechte aus den Bündnisverträgen mit der Entente die neuen der slawischen Nationen treten würden, die sich ein so großes Verdienst um den Enderfolg zuschreiben durften. Als dann der völlige staatliche Zusammenbruch der Donau-Monarchie selbst die kühnsten Erwartungen übertraf, als die Selbstentleibung Ungarns und die völlige Ohnmacht Bulgariens die slawische Staatenbildung von jeder Hemmung im Rücken befreiten, gleichzeitig aber Italien erkannte, daß jetzt das Unerwartete und, man kann sagen, das Unzulängliche Ereignis geworden und die Möglichkeit gegeben war, die Adria völlig italienisch zu machen, — in diesem Augenblick mußte der Konflikt zwischen Italien und den Südslawen offen ausbrechen und sich als eines der großen politischen Probleme der Zukunft auftun.

Rechtlich steht die italienische Politik auf den beiden Verträgen, die am 25. April 1915 und am 30. November desselben Jahres mit den Mitgliedern der Entente abgeschlossen wurden. Im ersten wurden die künftigen Grenzen Italiens dahin bestimmt: Außer Tirol bis zum Brenner sollte es die Gebiete von Görz und Gradisca, Triest und ganz Istrien erhalten. Der östlichste Punkt an der Küste war Volosca. Weiter östlich sollte die Adriaküste mit Fiume bei Ungarn verbleiben. Am Ostufer der Adria sollte Norddalmatien, von Lissarica bis Kap Planka mit Zara und dem Kriegshafen Sebenico italienisch werden. Außerdem sollten die Italiener die wichtigsten Inseln erhalten, die der Nord- und Ostküste der Adria vorgelagert sind und die im Norden Fiume und im Süden die Häfen von Ragusa

Digitized by Google

und Spalato strategisch beherrschen. Dieser Vertrag wurde durch den zweiten nochmals bestätigt, in dem Italien der englisch-französisch-russischen Solidaritätserklärung in bezug auf den Friedensschluß beitrat. Italien hatte, als es vor seinem Anschluß an die Entente seine Interessen und Forderungen festlegte, sich dabei auf die damalige politische Annahme gestützt, daß Österreich-Ungarn als Großstaat den Krieg überleben werde und daß es sich für Italien also bei der Angliederung neuer Gebiete neben idealen, nationalen Motiven wesentlich darum handle, die unbedingte strategische und wirtschaftliche Vormacht in der Adria zu erlangen. Daß Serbien auf die Dauer nicht von der Adria ferngehalten werden könne, sah man schon damals in Italien ein, aber man rechnete gegen Serbien das Gegengewicht Österreich-Ungarns, das mit Fiume zwar für Italien, wenn dieses Triest im Besitz hatte, kein überragender wirtschaftlicher Konkurrent und kein gefährlicher militärischer Gegner mehr war, für Serbien aber immer noch den erstrebten Ausgleich bilden konnte. Man sieht: die italienische Politik in der Adria war auf ein Kräftespiel zu Dreien eingerichtet und so angelegt, daß die zwei Schwächeren sich etwa balanzieren konnten, Italien aber auch gegen beide der Stärkere blieb. Mit dem völligen Ausscheiden Österreich-Ungarns aber wurde der südslawische Staat plötzlich der alleinige Nachbar Italiens in der Adria, und damit verschob sich die ganze politische Kalkulation der römischen Consulta. Jetzt galt es, sich so stark zu machen, daß das Slawentum an der Adria nichts anderes, denn als Geduldeter und Nutznießer des römischen Commercium auftreten konnte. Die Pfähle der neuen Grenzen mußten also weiter gesteckt werden und auch das umfassen, was die früheren Verträge zwischen Istrien und Norddalmatien noch freigelassen hatten, also vor allem Fiume, wobei das italienische Anrecht in der Tat durch die Wilsonsche Formel der Nationalität und Selbstbestimmung gestützt wurde, denn Fiume ist in der Tat eine italienische Stadt, die auch durch wiederholte Willenskundgebungen ihrer Vertretungen dem Wunsch nach Zugehörigkeit zum Königreich Ausdruck gegeben hatte. Aber derselbe Rechtsgrundsatz verbietet, daß Italien sich die dalmatinische Küste, die ihm in den Verträgen zugesichert war, sich aneignet, denn dort handelt es sich zweifellos um von Slawen bewohnte Gebiete, in denen nur wenige Flecken italienischer Sprache und Kultur, allerdings mit großer Vergangenheit aus den Zeiten venetianischer See- und Handelsherrschaft bestehen. Aus diesem Gegensatz ergab sich schließlich die Deklaration Wilsons, mit der er ex cathedra eine Frage zu entscheiden suchte, in der es kaum eine andere Entscheidung als die der Macht geben kann. Der Wilsonsche Standpunkt oder vielmehr der seiner Sachverständigen ist ein Gemisch von Recht und Unrecht, logischer und falscher Anwendung der verkündeten Theorien. Zweiffellos gehört danach nicht alles, was die früheren Verträge Italien versprochen haben, ihm auch zugewiesen, wogegen sich Italien natürlich auf die

Digitized by Google

Gültigkeit der Verträge beruft und es Frankreich und England übel vermerkt, daß sie sich nur prinzipiell, aber nicht mit ihrer ganzen politischen Macht hinter die Verträge stellen. Dagegen ist die Überweisung Fiumes an die Slawen ein nationales Unrecht gegen Italien, worauf Herr Wilson erwidert, daß Italien ja selbst in den früheren Verträgen Fiume für entbehrlich gehalten habe. Man sieht, es gibt in dieser Verschachtelung von alten Verträgen und neuen Prinzipien, die wechselseitig in Anspruch genommen und abgelehnt werden, keinen Ausweg. In Wirklichkeit handelt es sich aber um ganz andere Dinge als darum, ob eine Küstenstadt oder ein Fischerflecken oder eine Riffinsel von geringer Bedeutung italienisch oder serbisch sein wird. Das entscheidende für Italien ist, wie oben gezeigt wurde, daß das neue südslawische Reich nicht in die Lage kommt, in der Adria die militärische und maritime Erbschaft Österreich-Ungarns anzutreten, sondern von vornherein auf eine Basis beschränkt wird, die ihm lediglich die zum Handel und Wandel nötige Luft läßt. Daher legt Italien entscheidendes Gewicht auf den Besitz der dalmatinischen Inseln und steht dem beruhigenden Hinweis Wilsons sehr skeptisch gegenüber, der die strategischen und militärischen Gesichtspunkte für unerheblich erklärt, da ja die Adria unter die Segnungen des Völkerbundes und der Rüstungsabkommen fallen werde. Nach der Auffassung, die der Versailler Vertrags-Entwurf eines Friedens mit Deutschland unter Mitarbeit und Zustimmung Italiens von diesen Prinzipien und Einrichtungen zeigt, ist es allerdings verständlich, daß Italien weder in seinem eigenen Herzen mit solchen künftigen Beglückungen rechnet, noch bei seinen Bundesgenossen eine solche Idealität voraussetzt.

Welche vorübergehende Lösung dieser unlösbare Gegensatz finden wird oder ob er einer der Giftstoffe sein wird, welche die Arbeit von Paris und Versailles unmittelbar zu einer Auszehrung des Friedensgedankens bringt, ist heute noch nicht abzusehen. Man muß der italienischen Politik zubilligen, daß sie in ihren praktischen Zielen konsequent und in der ideellen Unterstützung derselben geschickt und in absoluter Übereinstimmung mit dem Wesen und Charakter ihres Volkes vorgeht. In Deutschland hat man viel über das Wort von sacro egoismo gespöttelt. Aber was stellt es anders dar, als ein etwas offenes und damals unzeitgemäßes Bekenntnis zu dem, was den Inhalt aller politischer Kunst umschreibt: Die Interessen des Staates zu wahren und sie durch allgemeine Gesichtspunkte des Rechts und der Moral als heilig empfunden werden zu lassen? Italien ist in den Krieg gegangen, weil es aus einem Sieg der Zentralmächte die Verwirklichung seiner spezifisch historischen und imperialistischen Interessen nicht erwarten zu dürfen glaubte. Es hat zweifellos, wenn auch vom Waffenglück nicht begünstigt, wie es sein Schicksal zu sein scheint, erheblich zum Sieg der Entente beigetragen, den es in der Propaganda nach der Richtung

Digitized by Google

seiner zu humanitären Begründungen neigenden Volksmassen als Triumph des Rechts und der Freiheit drapierte. Jetzt da das Ziel des Krieges erreicht ist, stellt sich die politische Lage für Italien anders dar, und es zögert nicht, dem sofort Rechnung zu tragen und unter Beibehaltung seines Leitsatzes vom sacro egoismo die Folgerungen anders zu ziehen. Kurz: Italien ist neben England vielleicht der einzige Staat, der instinktiv, von einem angeborenen und fortentwickelten Verständnis heraus die auswärtige Politik macht, die seinen Interessen dient und immer zugleich der Ausdruck des Volkswillens zu sein versteht, eine Kunst, die sowohl den Demokraten als den Aristokraten befriedigen muß und die nichts anders ist, als eine von der Staatsform unabhängige Frucht alter ausgeglichener politischer Kultur. Man darf natürlich nicht verkennen, daß Italien heute eine Politik treibt, die in ihren letzten Konsequenzen zu einer diplomatischen Niederlage führen könnte. Denn es ist kaum in der Lage, seinen Forderungen durch Trennung von seinen Verbündeten oder durch Gewalt Gehör zu verschaffen, wenn der diplomatische Druck nicht ausreichen sollte. Zunächst aber darf es hoffen, wenigstens Fiume für sich zu erlangen und auf das, was es nicht erreicht, die Hand eines historischen Anspruchs zu legen, der ihm sachlich und stimmungsmäßig in den nächsten Jahrzehnten ein wertvolles Hilfsmittel der Politik werden kann. Ein Land wie Italien kann ohne irgend einen unerfüllten Wunsch nicht leben. Die Irredenta ist tot, es lebe die neue Irredenta! Zwar gibt es auch in Italien Parteien, die diese Auffassung nach den neueren Anschauungen für verfehlt und gefährlich halten. Aber der nüchterne Wirklichkeitssinn des Italienertums ist doch im allgemeinen geneigt, nach neuen ungewissen Rezepten zuerst andere selig werden zu lassen und vorerst dafür zu sorgen, daß die Interessen auch gewahrt bleiben für den Fall, daß die neue politische Religion sich als Chimäre erweisen sollte. In derselben Mischung realistischer und nationalistischer Gesichtspunkte betrachtet es die Frage seiner Grenze gegen das Deutschtum in Tirol, erwärmt es sich für den Zusammenschluß Österreichs mit Deutschland und empfindet heute wahrscheinlich den Sieg der Entente und seine Ausnutzung als zu groß und zu hart. In der Tat gehen die italienischen Interessen durchaus dahin, daß kein neues Übergewicht in der Welt geschaffen wird, da Italien als Mittelstaat dann nur eine zweite Rolle spielen könnte. Seine Aufgabe ist, Herr im Hause zu sein, wozu vornehmlich die Adria gehört, in seiner näheren Umgebung, dem Balkan, dem nahen Orient und dem Kolonisationsgebiet Nord- und Ostafrikas eine mitbestimmende Rolle zu spielen, in der weiteren Welt aber möglichst gleich starke Kräfte sich die Wage halten zu sehen, so daß es selbst immer die Möglichkeit hat, seine Stimme entscheidend nach einer Partei zu werfen.

Wenn man mit diesen Thesen der neuen italienischen Politik das künftige Interesse Deutschlands vergleicht, so könnte man zu einer gewissen Ähnlichkeit kommen.

Digitized by Google

Auch Deutschland ist jetzt in die Reihe der Mächte getreten, die weder militärisch noch wirtschaftlich für sich allein noch etwas bedeuten, wenn sich eine Macht oder mehrere überragend mächtige Staaten oder eine Koalition solcher für längere Zeit die Alleinherrschaft anmaßt. Für diese Großmächte zweiten Ranges gibt es nur zweierlei Aussichten: *den wirklichen Völkerbund oder eine gemeinsame Interessenpolitik*, die von Fall zu Fall dem Appetit der Großen entgegentritt. Italien ist im besten Zuge, diese Politik einzuleiten; Deutschland ist nicht so weit, weil es noch nicht weiß, ob es überhaupt leben kann. Aber auch für das siegreiche Italien liegt diese Frage wenigstens in einem gewissen Sinne sehr nahe, denn seine wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Zustände sind so, daß sie sich von denen Deutschlands, übrigens auch Frankreichs, nicht prinzipiell, sondern höchstens dem Grade nach unterscheiden. Auch in Italien ist die Frage der Tilgung einer ungeheuren Staatsschuld, der Wiederherstellung der Friedenswirtschaft, der Heilung der sozialen und moralischen Schäden des Krieges nicht anders als durch eine wenigstens vorübergehende internationale Solidarität zu lösen, und auch hier steht das Gespenst der sozialen Revolution schon in halber Sicht, wenn es nicht gelingt, diese Aufgabe trotz der nicht zu beseitigenden politischen Gegensätze zu lösen. Insofern kann man sagen, daß die auswärtige Politik Italiens zur Zeit mit historischem Vorschuß arbeitet, da seine innere Lage von ihm fordert, folgsam und artig zu sein. Die Geste der Abreise Orlandos war deswegen eine gewisse Kühnheit, von der man noch nicht weiß, ob sie desavouiert oder honoriert werden wird.

Zur Lage in Polen

Von W. v. Massow

9. Mai 1919.

Eine Frage darf man wohl voranstellen: Kann man über die heutigen Verhältnisse in Polen überhaupt irgend etwas sagen, was über den Augenblick hinaus von Wert sein könnte? Der Zweifel an dieser Möglichkeit ist nur allzu berechtigt, denn alles ist im Fluß begriffen. Oder vielleicht richtiger gesagt: Man ist im Begriff, auf Triebsand und Sumpfboden mit fremdem Material und fremder Hilfe ein möglichst prunkend aussehendes Gebäude zu errichten. Aber über die Einzelheiten dieser Tätigkeit wissen wir eigentlich recht wenig, denn was in den polnischen Zeitungen darüber steht, gibt kein zuverlässiges Bild, und allerlei aus dem Inhalt dieser Zeitungen aneinanderzureihen, hat für den deutschen Leser recht wenig Interesse.

So könnte man die von uns eingangs gestellte Frage vielleicht am besten mit einem einfachen Achselzucken beantworten. Das würde den Sachverhalt durchaus zutreffend bezeichnen und hätte den Vorzug, Papier und dem Leser Zeit zu

Digitized by Google

sparen. Aber es läßt sich manches sagen, was die solchermaßen gekennzeichnete Lage etwas näher umschreibt, das Urteil begründet und erläutert, und das scheint mir doch eine Pflicht zu sein gegenüber denen, die sich in diesen Verhältnissen schwer auskennen und mit ernster Sorge die Nachrichten in sich aufnehmen, die täglich vom Osten her zu uns herüberdringen.

Um hier zunächst einigermaßen Klarheit zu schaffen, möge man in seiner Vorstellung einmal einen scharfen Strich ziehen zwischen dem eigentlichen Polen, d. h. der polnischen Republik, die aus der Vereinigung des ehemaligen Kongreßpolens mit Galizien entstanden ist, und dem aufständischen Gebiet innerhalb der noch zu Recht bestehenden Grenzen des preußischen Staates. Ich bitte, diese Trennung der Begriffe nicht dahin mißzuverstehen, als ob ich den Zusammenhang zwischen den Vorgängen diesseits und jenseits der Grenze leugnen wollte. Von diesem Zusammenhang später. Einstweilen wird es zur Klärung beitragen, wenn man beides getrennt betrachtet. Denn es führt in der Tat zu falschen Vorstellungen, wenn man das hier und dort Beobachtete einfach auf die andere Seite oder das Ganze überträgt.

Sehen wir uns nun zuerst die polnische Republik an! Ich habe den bestimmten Eindruck und glaube mich darin nicht zu täuschen, daß es in den höheren und mittleren Schichten der polnischen Gesellschaft eine sehr große Zahl von Leuten gibt, die nichts sehnlicher wünschen, als die Möglichkeit eines friedlichen Ausbaues eines freien polnischen Staates und die trotz aller in Nationalcharakter und Geschichte begründeten Abneigung sehr wohl einsieht, daß es ohne ein leidliches Verhältnis zu Deutschland nicht gehen wird. Aber in der Ausführung sehen sich diese Leute überall von bergehohen Hindernissen umgeben.

Das hängt in erster Linie mit der nationalen Eigentümlichkeit zusammen. Ich darf wohl, da ich mich nicht ohne Not wiederholen möchte, an das erinnern, was ich an dieser Stelle schon öfter auseinandergesetzt habe. Man spricht von „Verstandesmenschen", „Willensmenschen" und dergleichen. Ich glaube auch heute noch, wie schon früher, den Polen am besten zu charakterisieren, wenn ich ihn als „Phantasiemenschen" bezeichne. Es ist oft erstaunlich, wie er mit Hilfe der Phantasie die Wirklichkeit umzumodeln versteht. Wenn er in Fesseln ist, so genügt die Hoffnung auf ihre Lösung, um ihn in Herrscherträume zu wiegen. Es bedurfte nur der Vorstellung von der Befreiung Polens, um sogleich alle Großmachtsideen der nationalen Geschichte in greifbare Nähe zu rücken. Jedes Volk hat seinen Nationalstolz und seinen Nationaldünkel besonderer Art, aber nur unter den Polen konnte eine so merkwürdige Richtung wie der sogenannte „Messianismus" entstehen. Wenn unser nationales Unglück eine Vertiefung und Verbreitung religiöser Stimmungen nach sich zieht, so kann man sicher sein, daß es in Deutschland eine Bußstimmung sein wird, die Überzeugung, daß wir einer geschichtlichen

Digitized by Google

Aufgabe nicht gerecht geworden sind und infolgedessen eine nationale Schuld zu sühnen haben. Das wird uns ein Ansporn und eine sittliche Weihe sein zu ernster Arbeit, die uns Schritt für Schritt wieder emporführt. Ganz anders das polnische Volk. Als es an den Tiefpunkt seines nationalen Unglücks gelangt war, waren es seine bedeutendsten geistigen Führer, darunter der große Dichter Mickiewicz, die die religiöse Frucht dieser Prüfung im Reiche der Phantasie suchten und das Leiden des Volkes selbst zum göttlichen Gnadenbeweis stempelten. Der Gedanke war der, daß Polen in seiner Geschichte die Ideale der Menschheit zu verwirklichen versucht habe; seine Erniedrigung und sein Untergang seien dem Tode des Erlösers vergleichbar, denn immer müsse das Gute zuerst scheinbar unterliegen, habe aber gerade darin die Gewähr der Auferstehung und ewigen Lebens zum Segen der ganzen Menschheit; das polnische Volk werde dadurch zum Messias unter den Völkern. Dieser nach unserm deutschen Gefühl an Blasphemie streifende und doch in seiner Art echte und tiefgefühlte Glaube, der sich in diesem Messianismus aussprach, war nur möglich, weil die ganze volkstümliche Geschichtsschreibung der Polen ein Phantasiebau war, den wir in unserer gewissenhaften Sachlichkeit kaum begreifen. Erst in jüngster Zeit hat die deutsche Schule der Geschichtsforschung auf die polnischen Historiker abgefärbt, und man beginnt langsam den erzieherischen Wert der nüchternen Wahrheit einzusehen. Aber ein ganzes Volk wandelt sich nicht ohne weiteres in den Eigenheiten, die tief in seiner Veranlagung begründet sind.

Daraus erklären sich auch die Charakterzüge, die an den Polen so abstoßend wirken und ihre achtungswerten Eigenschaften ganz in den Hintergrund schieben. Vor allem ihre Unzuverlässigkeit und Unwahrhaftigkeit, die aus jedem Vertrag ein wertloses Stück Papier, aus jedem gegebenen Versprechen einen Lufthauch machen, sobald ein Stimmungsumschlag eintritt oder irgend eine neue beherrschende Idee die Vorstellungen des Polen in eine andere Richtung reißt. Aber man vergesse nicht, daß dieselbe Eigenschaft auch ihre Kehrseite hat, die der andere zu seinem Vorteil benutzen kann! Der Wortbruch und die Lüge des Polen kommen selten aus kalter Berechnung, sondern meist aus einem Mangel an Festigkeit, und dieser Mangel erstreckt sich auch auf das Gebiet des Willens. Der Wille des Polen stürmt leidenschaftlich und hemmungslos dahin, soweit ihn die Phantasie bringt; er klappt schlaff und verzagt zusammen, wenn er sich an der rauhen Wirklichkeit ernstlich und fühlbar stößt. In dieser Eigenschaft liegt der Fingerzeig für das einzige wirksame Gegenmittel gegen alles, was uns die Beziehungen zwischen uns und den Polen schwierig und unleidlich macht.

Dieselben Schwierigkeiten, die wir als Nachbarn im Verkehr mit den Polen und in der Auseinandersetzung über ihre Ansprüche finden, hat nun aber auch die Regierung der polnischen Republik in ihrer inneren Tätigkeit mit den eigenen

Digitized by Google

Leuten. Ein plötzliches Aufflackern irgend einer Stimmung wechselt mit einer ebenso plötzlich eintretenden Gleichgültigkeit. Will die Regierung überhaupt etwas leisten, so muß sie sich den wechselnden Strömungen bis zu einem gewissen Grade anbequemen, um unnötige Krisen zu vermeiden, kann aber auch nicht darauf hoffen, daß sie einen festen Boden zum Schaffen auf diese Art gewinnt. Das Volk sieht in seiner großen Mehrheit ein, daß das Land vor allem der Ruhe und Arbeit bedarf, aber seine eigene Natur, der es an festen Umrissen des Wollens und Strebens fehlt, läßt es nicht zur Ruhe kommen; es greift schon nach dem letzten, wenn es das erste kaum ins Auge gefaßt hat. Es will, wie man oft gesagt hat, das Dach des Hauses bauen, ehe das Fundament gelegt ist. Der Pole sieht das auch ein, aber er antwortet auf den Hinweis mit einem leichtherzigen: „Wir sind nun einmal so!" Es ist darum sehr schwer zu sagen, ob in einem gegebenen Zeitpunkt mehr der allgemeine nationale Größenwahn oder die Sehnsucht nach friedlichen Zuständen, mehr die Furcht vor dem russischen Bolschewismus oder der feindselige Taumel, der die deutsche Niederlage auszunutzen strebt, im Vordergrunde steht. Von jeder dieser Regungen ist immer etwas vorhanden, zu Zeiten sogar sehr viel. Neuerdings heißt es, daß die sozialistischen Richtungen stärker auf den Frieden an allen Grenzen dringen; das kann aber, bis diese Feststellung gedruckt wird, schon wieder falsch sein, vorausgesetzt, daß sie zu der Zeit, als sie in der polnischen Presse zu lesen war, überhaupt richtig war.

Was der polnischen Regierung ferner die Tätigkeit erschwert, ist der Mangel an führenden Persönlichkeiten. Schon zur Zeit der Besetzung mußten die Galizier, die durch ihre politische Rolle im alten Österreich-Ungarn besser geschult waren, aushelfen. Sehr zum Mißvergnügen der „Intelligenz" aus dem ehemaligen Kongreßpolen! Und beide, sowohl Kongreßpolen als Galizier, verhielten sich möglichst ablehnend gegen die preußischen Polen, die sich ihnen mit der Hoffnung näherten, ihrer Nation ausgiebig nützen zu können, und dies in dem durchaus richtigen Bewußtsein taten, daß ihre preußische Erziehung sie von vornherein dazu besonders befähigte und ihnen einen Einschlag von Arbeitsfähigkeit, Erfahrung und Zucht mitgab, der ihren ehemals russischen und österreichischen Landsleuten bei weitem nicht in dem Maße und nicht in der gleichen tüchtigen und zweckgerechten Durchbildung eigen war. Aber eben das war den echten Polen unheimlich. Die Leute waren ihnen „viel zu preußisch", „gar keine richtigen Polen mehr!" Ich will bei dieser Erscheinung, die von der deutschen Politik viel zu wenig beachtet worden ist, jetzt nicht verweilen. Vielleicht findet sich später einmal Gelegenheit zu einer besonderen Betrachtung darüber. Hier sei nur festgestellt, daß es in dem ehemaligen Kongreßpolen sehr an geschulten und erfahrenen Arbeitskräften und Organisatoren für den Aufbau des polnischen Staates fehlte, wie es ja auch infolge der Grundsätze der russischen Verwaltung ganz

Digitized by Google

natürlich war. Noch schwieriger war das Herausfinden führender Persönlichkeiten, denn die Umstände brachten es mit sich, daß alle diejenigen, die aus irgend einem Grunde einen volkstümlichen Namen gewonnen und die Volksphantasie in Bewegung gesetzt hatten, diesen Erfolg der Tätigkeit auf einem anderen Felde verdankten und der praktischen Erfahrung im politischen Wirken, in Verwaltungstätigkeit und Organisation gänzlich ermangelten.

Die ersten Kriegsmonate schienen durch die Mitwirkung der Legionen einen gewissen Ersatz dafür zu bieten. Das Volk klammerte sich an den Namen Pilsudski, den ein Glückszufall und ein in Polen sehr geschätztes angeborenes Verschwörertalent emporgetragen hatten, und dichteten ihm zu Ehren auch das in dieser Beziehung allezeit geduldige Dombrowski-Lied um, so daß nun die Strophen des weltbekannten Sanges: „Noch ist Polen nicht verloren" in den zeitgemäßen Kehrreim: „Marsz, Marsz, Pilsudski!" ausklangen. Es ist derselbe Mann, der heute an der Spitze der Republik Polens steht, wo sein nun einmal zum Symbol gewordener Name wirken kann, ohne daß er durch Entfalten seines Geistes Schaden anrichtet. Vielleicht ist er zur Zeit auch wirklich der geeignetste Mann, denn es scheint, daß er wenigstens nahe genug an das geistige Mittelmaß heranreicht, um repräsentativ auftreten zu können; auch trägt er einen prachtvollen Schnurrbart und verfügt über einen feurigen und seelenvollen Blick, was — ernsthaft gesprochen! — bei den polnischen Damen sehr ins Gewicht fällt und ihm eine gewisse Dauer seiner Stellung verbürgt. Es muß ferner bemerkt werden, daß sein zweifellos starker Haß gegen uns Deutsche frei ist von der Unritterlichkeit, Härte und Niedrigkeit, wodurch sich z. B. unsere französischen Feinde auszeichnen.

Die eigentliche Leitung der polnischen Politik liegt ja nicht bei Pilsudski, sondern bei dem Ministerpräsidenten Paderewski. Daß man diese Persönlichkeit an einen solchen Posten gestellt hat, zeigt noch viel deutlicher die Verlegenheiten, mit denen der neue polnische Staat zu kämpfen hat. Unter normalen Verhältnissen wäre wohl niemand auf den Gedanken gekommen, das Schicksal Polens einem Manne anzuvertrauen, der sich zwar als Künstler einen Weltruf erworben hatte, — freilich sprach man von seinen Launen und seinem Selbstbewußtsein mehr als von seinem Talent —, aber ein Fremdling in den Staatsgeschäften war. Indessen er hat seinen bekannten Namen eingesetzt, um im Auslande und vor allem in Amerika mit Eifer für Polen und seine Ansprüche Stimmung zu machen, und das war das Entscheidende. Man brauchte in Warschau, da man einen geeigneten M a n n nicht haben konnte, wenigstens einen geeigneten N a m e n, ein Aushängeschild für die Entente, und dazu war der weltbekannte Paderewski gut, besonders da er sich auf dem Wege nach Warschau noch schleunigst durch eine Unanständigkeit gegen Deutschland, durch eine grobe Verletzung von Treu und Glauben als echten Polen legitimiert hatte. Er hatte bekanntlich das deutsche

Digitized by Google

Einverständnis zum Passieren unseres Gebiets auf der direkten Reise von Danzig nach Warschau erhalten und fuhr statt dessen nach Posen, um dort den Aufstand weiter schüren und organisieren zu helfen.

Aus der Ernennung Paderewskis zum Ministerpräsidenten ergibt sich nicht nur die Armut Polens an Männern, die in den Staatsgeschäften erfahren sind, sondern auch noch ein anderer, zur Beurteilung der Lage wichtiger Umstand, nämlich das Bedürfnis der Rücksichtnahme auf die Ententemächte. Man brauchte eine persona grata in Paris, Washington und London, jemand, der dort bekannt und in seiner polnischen Heimat durch seine Vergangenheit gänzlich unbelastet war.

In Warschau hatte man sich nämlich die Sache wohl etwas anders gedacht. Von den beiden großen bürgerlichen Parteigruppen der Aktivisten und Passivisten war die erste, die den Anschluß an die Zentralmächte erstrebte, stets in der Minderheit geblieben. Die Passivisten, die das Ende des Krieges abwarten wollten, um sich dann dem Sieger anzuschließen, sahen ihre Haltung durch den unerwarteten Zusammenbruch Deutschlands gerechtfertigt, konnten sich aber ihres Erfolges nicht so recht freuen, weil sie sich durch die Sozialisten und besonders durch das drohende Gespenst des Bolschewismus in ihrer Politik beeinträchtigt fühlten. Sie hatten von einem freien, brüderlichen Anschluß des neuen Polenstaates an die Entente geträumt, begegneten aber nun einem vorsichtigen Mißtrauen, einem deutlichen Zweifel an ihrer Macht und ihrer Brauchbarkeit für die Zwecke der Entente. Die „alliierten und assoziierten Mächte" dachten gar nicht daran, das freie Polen an ihr Herz zu drücken und ihm brüderlich zu helfen. Polen sollte vielmehr — genau wie unter Napoleon — wieder auf den ihm vorgehaltenen Köder der Erfüllung seiner nationalen Wünsche anbeißen, um den großen Zwecken der Westmächte zu dienen. Es sollte unter französisch-englischer Aufsicht — statt „Aufsicht" sagte man natürlich „Hilfe" — die deutsche Ostgrenze bedrohen und gleichzeitig den Wellenbrecher gegen die bolschewistische Hochflut aus Rußland bilden.

Daß den verständigen Polen bei dieser ihnen zugedachten Rolle nicht wohl zu Mute war, wird man verstehen. Bei allen Fehlern ihres Temperaments und Charakters besitzen die Polen ja einen scharfen Verstand und guten Spürsinn in politischen Dingen. Sie begriffen sehr wohl, daß ihre neuen Aufgaben nicht zum Heil ihres Vaterlandes waren, in naher Zukunft sogar in der einen oder anderen Weise verhängnisvoll werden mußten, aber sie vermochten sich dem Druck der neuen Freunde nicht zu entziehen, da diese den nationalen Masseninstinkten der Polen Ziele aufgesteckt hatten, die zu verlockend wirkten, als daß sie sich von den denkenden Politikern hätten eindämmen lassen. Es wird nun auch verständlich werden, warum ein ruhig denkender politischer Kopf an der Spitze des polnischen Ministeriums nicht bleiben durfte. Der patriotisch fühlende, aber der engeren

Digitized by Google

Heimat doch halb fremd gewordene, in Entente-Interessen ganz eingesponnene Pianokünstler kam den Drahtziehern der Entente-Politik hierfür wie gerufen. Er konnte sich der nationalen Eitelkeit als Mann von Weltruhm vorstellen und sich, unbeschwert durch Kenntnisse und Erfahrungen, zum Herold der ihm eingeflüsterten Ansprüche machen, die nun von den politisch urteilslosen Massen aufgenommen und, soweit möglich, in die Praxis übersetzt wurden, und wir wissen ja, daß es dabei kein Halten gibt, denn der Pole entwickelt dabei die ganze fröhliche Dreistigkeit und verblüffende Unverschämtheit eines verzogenen Kindes.

Vielleicht geben diese Ausführungen in gewissem Sinne einen Schlüssel zu den sonst gar zu unverständlichen Vorgängen in Polen. Wer die polnischen Dinge immer nur von unserem Standpunkt aus gesehen hat und die Verhältnisse nicht näher kennt, wird geneigt sein, in dem Verhalten der Polen überall einen von Warschau ausgehenden, sorgfältig durchdachten Plan zu unserer Bekriegung, Beraubung und Demütigung zu sehen. Dieser Irrtum ist leider den Polen zugute gekommen, und vielleicht gehört die Erweckung dieses Eindruckes mit zu den Berechnungen der Entente. In Wirklichkeit waren in Warschau viel mehr Hemmungen zu unseren Gunsten vorhanden, als leider an den entscheidenden Stellen unsererseits angenommen wurde. Aber unsere viel zu spät und zaghaft getroffenen Gegenmaßregeln gegen den Aufstand in der Provinz Posen, die lange dauernde Taubheit unserer Machthaber gegen die Notschreie unserer Deutschen aus den Ostmarken, das Eingreifen der Entente durch die Bestimmung einer Demarkationslinie haben die Lage so sehr zu unseren Ungunsten verschoben, daß jetzt in dem Augenblick, wo die ausschweifendsten und ungerechtesten Wünsche der Polen ein Bestandteil der uns vorgelegten unerhörten Friedensbedingungen geworden sind, fast kaum noch Raum für eine Hoffnung zu sein scheint.

Unter solchen Umständen könnte es wohl überflüssig erscheinen, darüber nachzudenken, ob die Polen von sich aus dieses ganze Werk planmäßig betrieben haben oder sich mehr unter dem Druck der Entente und der von ihr beeinflußten zügellosen Volksinstinkte durch den Erfolg ihrer schrittweise unternommenen Wagnisse haben hinreißen lassen. Es bleibt aber doch wertvoll zu wissen, daß von Hause aus der Zusammenhang zwischen der Warschauer Politik und dem Posener Aufstand nicht so eng war, wie bei uns meist geglaubt wurde. Daß sich die Warschauer Regierung gegenüber den im polnischen Volke stets gepflegten Anschauungen gegen den Aufstand in Posen, den sie als einen Teil des „Befreiungswerks" ansah, nicht gleichgültig verhielt, ist selbstverständlich, aber es war doch ein Irrtum, in den Kämpfen der Posener Aufständischen einen Teil eines regelrechten Krieges der Republik Polen zu sehen. Es war ein Aufstand in unseren eigenen Grenzen, den wir niederzuschlagen hatten, und es waren keine „Legionen" von jenseits der Grenze, die unseren Truppen gegenüberstanden.

Digitized by Google

Es würde verfrüht sein, gerade jetzt aus diesen Feststellungen Folgerungen für die Zukunft zu ziehen, aber man muß es im Auge behalten, da der drohende Gewaltfrieden voraussichtlich Verhältnisse schafft, die in ruhigeren Zeiten sehr bald auf beiden Seiten, bei Deutschen wie bei Polen, als unfruchtbar empfunden werden müssen.

Brief an die „Deutsche Politik"

Vor einiger Zeit hat hier Herr Dr. Weißler sich mit der Äußerung Dr. Thimmes auseinandergesetzt, Heer und Marine hätten die Revolution gemacht. Ich will hier nicht näher darauf eingehen, inwieweit man überhaupt davon reden kann, die Revolution sei gemacht worden, die doch einmal naturnotwendig kommen mußte, wenn eine so ungeheure Spannung sich nach und nach angesammelt hat, wie es vor, insbesondere aber während des Krieges geschah. Will man aber nun doch einmal den äußeren Anlaß ins Auge fassen, so wird man ohne Zweifel zu der Meinung Thimmes kommen, nicht nur aus den unwiderleglichen Tatsachen, sondern auch aus dem Grunde, weil ja eben alle körperlichen und geistigen Kräfte des Volkes im grauen Tuch steckten. Es ist ja nun ein beliebtes, oft wiederholtes, aber darum nicht glaubwürdigeres Mittel, sich über die verhaßte Revolution hinwegzusetzen, indem man behauptet, diese sei nur von den „Etappenschweinen", den Matrosen und jungen Jahrgängen gemacht worden. Auf diesem Standpunkt scheint auch Herr Dr. Weißler zu stehen. Wenn ich mich erkühne, ihm die Unrichtigkeit seiner Behauptung nachzuweisen, so tue ich das, weil ich ebenfalls mehrere Jahre das Frontleben kennengelernt habe — allerdings nur zum geringsten Teil als Offizier und Vorgesetzter. Aber gerade deshalb habe ich auch tiefer und genauer das Denken und Fühlen des einfachen Mannes kennengelernt, als dies einem Offizier bei noch so gutem Willen möglich ist. Aus dieser meiner Erfahrung heraus schon müßte ich es als gänzlich unmöglich bezeichnen, daß die Frontsoldaten die Revolution nicht freudig begrüßt hätten, sondern wie Dr. Weißler meint, der Eindruck der Nachricht auf sie „niederschmetternd" gewesen sei, wenn ich es nicht auch von hunderten aus eigenem Munde hätte sagen hören, welches Gefühl der Erlösung von dem unleidlichen Druck diese Nachricht bei ihnen ausgelöst habe. Wenn das Frontheer mehr Ordnung und Disziplin mit ins Land gebracht hat, so ist das von niemand mehr begrüßt worden, als denen es mit der Revolution ernst war. Die Erbitterung aber über das schändliche Verhalten der Etappentruppen vielerorts und die wohlberechtigte Mißstimmung darüber gibt noch durchaus keinen Anlaß zu der Behauptung, wie sie Dr. Weißler glaubt aufstellen zu können. Auch sind die Soldatenräte nicht etwa, wie er meint, widerwillig gewählt worden, sondern vielmehr in voller Würdigung der Bedeutung dieser Organe, wodurch zum mindesten, in sehr vielen Truppenteilen die einzige Garantie für Ordnung und geregelte Demobilmachung geleistet wurde; denn die Offiziere hatten eben vielfach schon lange das Vertrauen, nach dem Zusammenbruch des Zwangssystems auch die künstlich erhaltene Disziplin und Gewalt über ihre Leute verloren. Es soll damit nicht gesagt werden, daß es nicht auch andere Offiziere gab, durch deren Verhalten in früherer Zeit eine Garantie gegenseitigen Vertrauens mit den Mannschaften gegeben war. Vielleicht war dies bei der Truppe Dr. Weißlers der Fall. Ich glaube aber ihm nicht zu nahe zu treten, wenn ich behauptete, daß er dabei die Leute doch nicht wirklich kennengelernt hat, denn sonst müßte er wissen, daß die Erbitterung über gewisse üble Begleiterscheinungen der Revolution

Digitized by Google

noch lange kein Beweis dafür ist, daß die Ergebnisse dieser Revolution von der Masse der Frontsoldaten nicht freudig begrüßt worden seien, ja, daß diese sich nicht tätig an der Umwälzung beteiligt hätten. Otto Helmut Burckhardt.

Neuerscheinungen

Kohler, Grundlagen des Völkerrechts. Stuttgart, Verlag von Ferdinand Enke 1918. Josef Kohler, der nunmehr Siebenzigjährige, nimmt unter den deutschen Juristen eine besondere Stellung ein. Er verbindet mit einer unglaublichen Vielseitigkeit seines wissenschaftlichen Interesses einen bemerkenswerten Sinn für die praktischen Bedürfnisse des modernen Rechtslebens. Seine verblüffende literarische Fruchtbarkeit, die kaum an einem Gebiet der Rechtswissenschaft vorübergeht, verrät jedoch trotz aller Gelehrsamkeit einen Mangel an systematischer Grundkraft, einen Mangel an geistiger Durchdringung und logischer Bewältigung der mehr intuitiv erfaßten juristischen Probleme. Trotz seiner oft bezeigten Bewunderung für die Scholastiker und trotz der immer wiederkehrenden Verehrung für Hegel, kann man ihn nicht einen philosophischen Kopf nennen. Aber sein neuestes Werk entbehrt nicht nur der philosophischen Fundierung, sondern auch des wissenschaftlichen Ernstes. Von einer Arbeit, die die Grundlagen des Völkerrechts aufdecken will, wird man erwarten dürfen, daß sie Aufschluß gibt, in welcher Zone unseres geistigen Globus das Recht, also auch das Völkerrecht, Heimat und Sitz hat. Die fundamentale Erkenntnis, die eine Welt des Seins von einer Welt des Sollens scheidet, und deren eigene Gesetzlichkeit begreift, wird für alle tiefer schürfenden Erörterungen der Ausgangspunkt bleiben müssen. Der normative Charakter des Rechts darf nie verdunkelt werden. Und in zweiter Linie gilt es, die verschiedenen Arten des Sollens die verschiedenen Formen der Normierung in ihrer Besonderheit zu erkennen und zu einander in Beziehung zu setzen, also den Charakter der religiösen, sittlichen, rechtlichen und konventionellen Normen aufzuhellen. Erst wenn diese Aufgabe gelöst, erst wenn über die Eigenart der Rechtsnorm und den Sinn ihrer Geltung Klarheit geschaffen ist, kann man nach der Möglichkeit völkerrechtlicher Normen fragen, kann man die Voraussetzungen eines Völkerrechts zu ermitteln versuchen. Von alledem hören wir bei Kohler kein Wort. Die Grundlagen des Völkerrechts sind für ihn in dem einen Satze beschlossen: „Die Kultur der Menschheit erfordert es, daß im Verkehr der einzelnen Staaten eine Ordnung und Regel herrscht." Der souveräne Staat ist also der Ausgangspunkt, Ordnung und Regelung seiner Beziehungen zu anderen Staaten ist die Aufgabe des Völkerrechts, die Kultur der Menschheit ist der etwas farblose Begriff, der die Art dieser Regelung zu bestimmen, der den jeweiligen Inhalt der historisch wandelbarn Rechtssätze zu begründen hat. Von dieser wenig tragfähigen Basis aus wird die Bedeutung der völkerrechtlichen Persönlichkeit behandelt, werden die völkerrechtlichen Beziehungen zwischen Staat und Staatsgelände, Staat und Staatsangehörigen aufgezeigt. Von diesem Standpunkt aus wird dann der völkerrechtliche Verkehr als Rechtsverkehr, Unrechtsverkehr und Kriegsverkehr, der angeblich jenseits von Gut und Böse stehen soll, erörtert. Was aber dem Ganzen seinen Stempel gibt, ist nicht sowohl die mangelnde Gründlichkeit der Argumentation, als die allzu deutlich aufgetragene Tendenz, die dahin zielt, die Überlegenheit der deutschen Rechtswissenschaft über englisch-amerikanischen Präjudizienkult darzutun, die Ablehnung des internationalen Schiedsgerichtsgedankens als logische Konsequenz wahrer Wissenschaftlichkeit aufzuzeigen und den Nachweis zu erbringen, das alles, was Deutschland vor und während des Krieges getan hat, politisch richtig, moralisch einwandfrei und völkerrechtlich begründet gewesen sei. Mir scheint diese Betrachtungsweise, die sich aus den Nebeln des Kriegsfanatismus noch nicht zu den reinen Höhen der Unparteilichkeit aufschwingen kann, weder besonders wissenschaftlich, noch besonders deutsch zu sein. Heinrich Riegner.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a I. Für Anzeigen F. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland M. 7.50. Einzelnummer 50 Pfg. / Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 48.

Digitized by Google

4. Jahrgang * 23. Mai 1919 * Heft 21

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Die Volksbewegung in Deutschland hat sich einheitlich für die Ablehnung des Friedensinstrumentes ausgesprochen, das uns in Versailles angeboten wurde. Nur die Unabhängige Sozialdemokratie stellt sich auf die Seite, aber auch sie verfügt über keine Klarheit des Wollens, schwankt in dem Urteil über den Charakter der feindlichen Bedingungen und kommt über ungenaue Deklamationen von der Weltrevolution nicht hinaus. Sie ist dabei ihrer eigenen Anhänger nicht mehr sicher in der taktischen Führung; in Ostpreußen etwa, wo die Friedensbehandlung keine theoretische Überlegung, sondern eine praktische Gefährdung ist, haben sich die Unabhängigen an die Seite aller übrigen politischen Gruppen gestellt. Und es ist wohltuend, daß auch solche „extremen Pazifisten", wie etwa Dr. Muehlon, deren Wirksamkeit während des Krieges wahrlich nicht angetan war, Freude zu wecken, die Ablehnung des Friedens von Versailles für selbstverständlich erklären, um nicht die Gedanken einer neuen Weltgesinnung durch die Anerkennung der brutalen Willkür auch durch uns anzuerkennen. Den Vertrag zu unterzeichnen lehnen nun aber auch die Unabhängigen ab, sie verlangen nur, daß dies durch die gegenwärtige Reichsleitung geschehe, und daß man dann seine Erfüllung aussetze. Das ist die Suggestion des russischen Vorbildes! Man sollte meinen, daß in ihm Warnung genug enthalten sei.

*

Die Regierung Hoffmann in Bayern, durch das Reich in ihrer Existenz gesichert, schließt mit dem Eisnerschen Erbe ab. Das ist gut. Nicht mehr um des Auslandes willen, aber wegen des bayrischen Volkes war das rückhaltlose Bekenntnis zum Reich eine Notwendigkeit. Die üble Koketterie mit einem bayrischen Sonderfrieden war eine der schwersten Schädigungen des deutschen Ansehens und eine Erweichung des nationalen Gemeingefühls. Abgetan und vorbei! Hoffent-

Digitized by Google

lich werden auch die staatsrechtlichen Folgerungen aus diesem Stimmungsumschwung gezogen werden.

*

Der Prozeß Liebknecht—Rosa Luxemburg ist beendet. Die dumpfe Atmosphäre ist geblieben. Daß die Offiziere den Posten Runge ruhig am Tatort beließen und ihm dadurch auch die Untat gegen Rosa Luxemburg ermöglichten, gehört zu den vielen Unbegreiflichkeiten, deren Nichtaufklärung die Institution der Militärgerichte schwer belasten. Noch unerfreulichere Dinge hat der Fall Luxemburg ergeben. Vogel oder der „unbekannt gebliebene" Marineoffizier hat nicht nur auf die schwerverletzte Rosa Luxemburg geschossen, sondern ersterer hat auch die Leiche verschleppt und durch falsche Meldung die Spur zu verwischen gesucht. Als Entschuldigung hat Vogel die neueste Form der Standesehre, die „Divisionsehre", erfunden. Welch sonderbare Ehrbegriffe es doch gibt! Die Gesamtheit der Offiziere sollte jetzt nicht ruhen, bis der Marineoffizier aus seinem feigen Inkognito heraustritt oder sie sollte Vogel veranlassen, sein Schweigen aufzugeben. Denn es geht doch nicht an, daß ein Mensch Marineoffizier bleibt, der auf eine nicht nur wehrlose, sondern schwerverletzte Frau die Waffe erhebt, die ihm nicht nur zur Verteidigung des Vaterlandes in die Hand gegeben, sondern mit der er verpflichtet war, ihm anvertraute Gefangene gegen Übergriffe von anderer Seite zu schützen.

*

Die polnisch-ukrainische Grenzfrage ist auf der Pariser Konferenz in einer Kommission unter General Botha behandelt worden. Der Vorschlag des Vorsitzenden für einen Waffenstillstand ging dahin, Lemberg den Polen, das ostgalizische Petroleumgebiet den Ukrainern zu überlassen. Da anzunehmen ist, daß dieser Vorschlag über den Waffenstillstand hinaus Bedeutung beibehalten wird, ist die Tatsache, daß das Petroleumgebiet der Ukraine zufallen soll, für die ukrainische Wirtschaftspolitik von größter Wichtigkeit, so schmerzlich in nationaler Beziehung auch die Aufgabe Lembergs wäre. Die Verhandlung hat aber eine noch viel größere Bedeutung, weil sie indirekt die Bestätigung der ukrainischen Staatlichkeit durch die Entente enthält. Es gibt nämlich gar nicht mehr eine selbständige westukrainische Volksrepublik (Ostgalizien), sondern letztere hat sich schon seit Monaten mit der übrigen Ukraine vereinigt. Im Kabinett in Kiew sitzen daher auch schon mehrere Ukrainer (Ruthenen) aus Galizien und die Delegation zum Friedenskongreß in Paris hat einen Ukrainer aus Kiew zum Vorsitzenden und einen Ukrainer aus Ostgalizien zum Stellvertreter. Das in der deutschen Presse hin und wieder erwähnte Kabinett Holubowitsch in Stanislaw hat nur noch die Liquidation des politischen Erbes der Donaumonarchie vorzunehmen.

Digitized by Google

Der Friede der Revolution

Von Dr. Paul Rohrbach

Diejenigen Kräfte, die in Deutschland die Revolution gemacht haben, sind verantwortlich für den Friedensvertrag, den man uns jetzt zumutet. Nicht die Kriegsmacht der Feinde, sondern die Revolution hat Deutschland entwaffnet. Allerdings: der Anfang des Unheils lag schon bei der Erzwingung des Waffenstillstandsangebots durch die Oberste Heeresleitung, die die Armee für unkräftiger zum Widerstande hielt, als sie war. Militärisch hätte man bis auf eine starke Verteidigungslinie zurückgehen und sich dort bis zum Einbruch des Winters halten können. Politisch gehörte dazu, daß der Kaiser rechtzeitig abdankte, so daß die Revolution hätte aufgefangen werden können. Die Agitation, die für den gewaltsamen Umsturz arbeitete, hatte als ihr stärkstes Mittel die Predigt: fort mit der Monarchie, dann kommen Friede, Brot und Völkerverbrüderung! Durch die Verschleppung des Kaisers auf Anstiften der Camarilla und durch seine übel beratene Weigerung, der Krone zu entsagen, wurden diejenigen machtlos, die die Flut kommen sahen, sie im voraus fassen und in eine weniger gefährliche Richtung leiten wollten. Vermutlich hatte der Prinz Max von Baden dies Programm: Deutschlands Verhandlungsfähigkeit gegenüber den Feinden dadurch zu retten, daß kein Eingeständnis des Zusammenbruchs erfolgte, und den Zusammenhang unserer nationalen Entwicklung zu erhalten, indem der Kaiser seine Person für die monarchische Idee in Verbindung mit der volksstaatlichen opferte, bevor es zu spät war.

Um das durchzuführen, hätte es an den entscheidenden Stellen der Nervenruhe, der Selbstüberwindung und der politischen Klugheit bedurft; außerdem des guten Willens auf seiten der politischen Parteien, vor allem der Sozialdemokratie. Für sie bürgte die Person des jetzigen Reichspräsidenten, solange die Flut nicht über den Damm brach. Als es geschah, vertraute auch die gemäßigte Sozialdemokratie ihr Fahrzeug der Revolution an. Deren Triebkräfte waren, nachdem die seelische Überlastung durch das Erlebnis der entscheidenden amerikanischen Hilfe beim Gegner über das erträgliche Maß hinausgewachsen war, Feigheit der Marine, Verrat, Etappenschweinerei, Hunger, Friedenssehnsucht und sozialpolitische Ideologie. Es war nicht nötig, daß dies Zusammenwirken siegte. Indem es aber siegte, war das Schicksal Deutschlands beim Friedensschluß entschieden. Das Instrument von Versailles wurde nicht erst im Mai 1919, sondern schon am 9. November 1918 geschrieben. Die Revolution hat das Grab gegraben, in das jetzt Deutschland aufgefordert wird, sich zu legen.

Es gibt Verschuldungen, die nie wieder gutzumachen sind. Auch solche aber, auf die das zutrifft, können gesühnt werden. Bis zu einem gewissen Grade gilt

Digitized by Google

das für die deutsche Revolution. Eine Sühne, wenigstens eine teilweise, ist möglich, wenn wir gegenüber dem Friedensvertrage, der uns zugemutet wird, jetzt tapfer durchhalten. Die Parteien, auch die Regierungssozialisten, haben einstweilen ein gutes Bekenntnis abgelegt, und auch die entschiedensten Pazifisten sagen zu diesem Frieden: nein! Das ist tapfer und verständig; bleibt es dabei, so mag der Spalt der Revolution, der Deutschland heute noch innerlich zerreißt, sich eines Tages schließen. Keinem Deutschen aber, der noch ein Stück Nationalgefühl besitzt, würde es möglich sein, sich noch ein Gefühl der Loyalität für eine Regierung und für Parteien zu bewahren, die den schimpflichen Entschluß fassen sollten, als Vertreter des deutschen Namens diesen Friedensentwurf oder einen ihm ähnlichen zu unterschreiben. Von dem Tage an würde es zwei Deutschlande geben, die sich in dauernder Feindschaft gegenüberstehen. Dieser Friede hebt einfach unsere Souveränität auf und beraubt das deutsche Volk nicht nur seiner äußeren, sondern auch seiner inneren Entwicklungsfreiheit. Einem Vertrage solchen Inhalts zuzustimmen und ihn zu unterschreiben, sei es auch nur gezwungen, ist für die Regierung eines Volkes wie das deutsche, und für dieses Volk selbst, schlechthin entwürdigend. So etwas tut man nicht, wenn man Deutscher ist, und wenn man es doch tut, so bringt man Schande über alles, was sich deutsch nennt. Noch einmal sei an das Wort von Clausewitz erinnert: „daß der Schandfleck einer feigen Unterwerfung nie zu verwischen ist; daß dieser Gifttropfen im Blute eines Volkes in die Nachkommenschaft übergeht und die Kraft späterer Geschlechter lähmen und untergraben wird."

Es kann sein, daß kein Mittel übrigbleibt, als tatsächlich einen solchen „Frieden" der Gewalt, der Lüge und des Wortbruchs auf Deutschland sich legen zu lassen. Noch schlimmer aber wäre die Unterschrift. Soll das deutsche Volk aus der Zahl der selbständigen, aufrechten und im Besitz ihrer ungeschmälerten nationalen Ehre lebenden Völker der Erde gestrichen werden, und besitzt es kein Mittel, sich dagegen zu wehren, so muß es das letzte ergreifen, was ihm noch übrigbleibt, um wenigstens für die Zukunft den Samen der nationalen Wiedergeburt lebendig zu erhalten. Es muß zu den Feinden sprechen: dann kommt und verwaltet Deutschland selber, wie ihr es verantworten könnt; wir sind uns zu gut dazu, um vorher noch mit unserer Unterschrift das Bekenntnis zur Sklavenschaft abzulegen!

Das ist voller Ernst. Auch wenn die Bedingungen von Versailles noch um die Hälfte gemildert werden, bleiben sie so unerträglich, daß der Verzicht auf die rein nominelle eigene Staatlichkeit, die uns bei einem solchen Frieden nur bleiben würde, weder politisch noch wirtschaftlich etwas Entscheidendes für Deutschland ausmachen würde. Werden wir auch äußerlich von draußen her verwaltet

Digitized by Google

und ausgebeutet, so ist das der Sache nach dasselbe, was bei Unterschreibung des Friedens bevorstände. Daher müssen wir uns rund heraus und ohne Rückhalt mit dem Gedanken vertraut machen, nicht auf den Schein, sondern auf die Sache zu sehen und auf so lange, bis die Nemesis der Geschichte den an uns begangenen Wortbruch gerichtet haben wird, kraft eigenen Entschlusses aus der Zahl der freien und sich selbst regierenden Völker auszuscheiden. Wir haben jenes tiefe Wort aus dem alten Griechenland, das uns der Vater der Geschichte übermittelt hat: „Auch den gerecht Schwörenden ereilt der Tod. Aber es gibt einen Sohn des falschen Eidschwurs, einen namenlosen, ohne Hände und Füße, der dennoch, rasch dahereilend, Geschlecht und Haus des Frevelnden austilgt." Auf diese Wahrheit können wir trauen, und je entschlossener wir es tun, desto eher wird sie sich erfüllen.

Ein englisches großes Arbeiterblatt, der „Daily Herald", schreibt selbst: *)

Jedes Versprechen ist gebrochen worden. Die Versprechen, die man unseren Leuten gemacht hat, als man sie aufforderte, mit Gefahr ihres eigenen Lebens Dienste zu tun und ihre Mitmenschen hinzuschlachten; die Versprechen, die man unseren Frauen gemacht hat, als man sie aufforderte, ihre Männer und Söhne herzugeben; die Versprechen, auf die hin wir Deutschland bewogen, die Waffen niederzulegen. Es bleibt keine Ehre für einen unter uns, und was ist ein Sieg ohne Ehre? Wilson ist geschlagen. Er begann mit der Verkündigung hoher Ideale, er zwang andere Mächte dazu, diese Ideale öffentlich anzuerkennen, aber im Geheimen (?) haben sie ihn geschlagen.

Holländische Stimmen urteilen ebenso scharf. „Het Handelsblad" vom 9. Mai sagt:

Der Friede ist eine Verspottung der Wilsonschen Prinzipien. Im Vertrauen auf diese Prinzipien hat Deutschland den Frieden angenommen. Dies Vertrauen ist auf eine solche Weise geschändet worden, daß wir das, was jetzt geschieht, empfinden als eine Erniedrigung nicht nur für die Regierungen und also auch für die Völker, die an diesem Friedensangebot mitschuldig sind, sondern als eine Erniedrigung für die ganze Menschheit.

Der „Nederlander" schreibt:

Das Angebot dieses schmählichen Aktenstücks, das ein Volk von 70 Millionen in die Bande der Sklaverei schlägt, ist die schmachvollste Niederlage für den Präsidenten der nordamerikanischen Republik; es ist das Protokoll einer Fortsetzung des Krieges, worin nur die eine Partei keine Waffen mehr hat; es ist, mit einem Wort, eine Karikatur eines Friedensvertrages.

„Het Volk" schreibt:

Das Gefühl, das die Friedensbedingungen bei jedem erregen müssen, der nicht von Rachsucht gegen die Besiegten und Beutegier erfüllt ist, ist das tiefer Niedergeschlagenheit. Mit einem solchen Friedensvertrag zeichnet der Sieger nicht allein das Urteil seines Feindes, sondern auch sein eigenes.

*) Nach holländischen Berichten vom 8. Mai.

Digitized by Google

Dem brauchen wir nichts hinzuzufügen. Auch die übrige ausländische Presse urteilt ähnlich. Von dem Präsidenten Wilson erwarten manche Leute immer noch, er werde den Kampf für seine Prinzipien erneut aufnehmen, wenn Deutschland fest bleibt. In der Tat: läßt er den Dingen weiter so ihren Lauf wie bisher, so wird er in der Geschichte als das kläglichste Beispiel der Aufgeblasenheit und Schwäche weiterleben, das es je an solcher Stelle gegeben hat. Ist etwas in ihm von Ehre und Größe, so müßte er mit der Sache, die er zu vertreten unternommen hat, stehen und fallen. Retten wird er sie schwerlich mehr; dazu scheint seine Kraft zu gering zu sein. Muß doch selbst ein großes amerikanisches Blatt, die „New York Tribune", aus Paris melden:

Man ist sehr besorgt, daß Präsident Wilson nicht die Macht haben werde, seinen Verpflichtungen, die er eingegangen ist, nachzukommen.

Müssen wir den Friedensvertrag, durch dessen Unterzeichnung Deutschland seine Ehre und seine Zukunft viel gründlicher preisgeben würde, als es alle feindlichen Anwürfe bisher zu tun vermochten, im einzelnen noch charakterisieren? Vielleicht ist es gut, wenn wir das durch eine fremde Stimme tun, und zwar eine, die sich bisher nur durch ein mäßiges Wohlwollen für Deutschland ausgezeichnet hat. Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" vom 8. Mai schreibt:

Der Vertrag vernichtet die Hoffnung, welche das Statut für den Völkerbund geweckt hatte, dadurch, daß es den bestehenden Zustand zum Ausgangspunkt für eine bessere Weltordnung machte. Denn er teilt die Welt in Völker erster, zweiter und dritter Klasse. Völker von Herrschern, Völker von mehr oder weniger freien Menschen und ein Volk der Verworfenen. Dadurch, daß das Statut des Völkerbundes als Teil in den Vertrag aufgenommen worden ist, hat es seinen Wert verloren.

Mit den Prinzipien Wilsons hat der Vertrag insofern zu tun, als er die Ausführung dessen bestimmt, was genau das Umgekehrte aller seiner Programmpunkte ist.

Derselbe Zusammenhang besteht zwischen dem Vertrag und den Kriegszielen, für die zu kämpfen die Entente erklärt hatte. Auf Grund dieser Erklärungen würde man aus dem Vertrag ableiten müssen, daß sie die Niederlage erlitten haben, aber da dies nicht der Fall ist, ist nur der eine Schluß möglich, daß ihre wahren Kriegsziele nicht die waren, die sie vorgegeben haben, sondern daß sie wesentlich dieselben waren, wie die des deutschen Imperialismus. Die Toten der Entente, die für das Ideal einer Weltordnung, die auf dem Recht basiert, in den Kampf gezogen sind — an sie wird nicht mehr gedacht, denn durch diesen Frieden wird ihren Kindern das Schicksal vorbehalten, das sie ihnen durch ihren Tod ersparen wollten. Allein den Geistern der deutschen Toten, die ihr Volk hiervor gewarnt haben, aber auf die ihre Landsleute nicht hören wollten, widerfährt jenseits des Grabes Gerechtigkeit.

Der Holländer charakterisiert dann mit scharfen Worten die Bestimmungen über das Saargebiet, über Elsaß-Lothringen und über den deutschen Osten, und er fährt fort:

Aber dieser Teil des Vertrages ist sanft im Vergleich zu dem, was folgt, und wodurch

Digitized by Google

Deutschland und die Deutschen zu den Parias der Erde gemacht werden. Deutschland muß außerhalb Europas Verzicht leisten auf alle Rechte, Titel und Vorrechte, und erklären, alle Maßregeln anerkennen zu wollen, die in dieser Hinsicht von den Alliierten getroffen werden. Deutschland geht aller seiner Kolonien verlustig, und muß noch obendrein bezahlen, es wird aus China vertrieben, es wird aus Siam geworfen, und verliert dabei seine Besitzungen unvergütet. Aus dem Negerstaat Liberia werden die Deutschen, als gehörten sie zu einer geringeren Rasse, hinausgeworfen, aus Marokko, Schantung, der Türkei und Bulgarien ebenfalls. Daß hierdurch vergleichsweise die Sicherheitsventile der deutschen Dampfmaschine so belastet werden, daß ein Unglück für Europa nicht wird ausbleiben können, das ist eine Wahrheit, die früher so sehr Allgemeingut gewesen ist, daß sie nun keiner näheren Erklärung mehr bedarf. Das deutsche Volk ohne Kolonien zu lassen, und das britische Weltreich dabei noch zu vergrößern durch die Aufstellung eines Friedensvertrages der gerecht und dauernd heißen will, ist unerhört!

Militärisch wird Deutschland innerhalb einer unwahrscheinlich kurzen Zeit vollkommen entwaffnet und unter eine äußerst erniedrigende Kontrolle gestellt.

Allen Schaden, durch Freund oder durch Feind angerichtet, muß Deutschland bezahlen. Nicht nur muß es innerhalb einer kurzen Zeit gewaltige Summen aufbringen; eine feindliche Kommission, die nur, wo es sich um Verminderung des Drucks handelt, mit allen Stimmen beschließen muß, wird der finanzielle Stockmeister Deutschlands, das künftig seiner ganzen Schiffahrt beraubt werden wird. Seine Werften dürfen weiter arbeiten — für die Alliierten. Es wird Tiere, Werkzeuge, Material abliefern müssen, und es wird zu einem ganz freien Durchfuhrgebiet dienen müssen für das, was die Alliierten, mit welchem Verkehrsmittel auch immer, transportieren werden wollen, deren Flugzeuge vor allem von den Deutschen besonders höflich empfangen werden müssen.

Kurzum, wenn man die großen Linien des Vertrages zusammenfaßt, kommt es darauf hinaus, daß Deutschland territorial verstümmelt werden soll, ökonomisch erdrosselt, und das was vom einstigen Deutschen Reich übrigbleibt, außerhalb der internationalen Gemeinschaft stehen soll.

In einer treffenden Rede, in der Lloyd George erklärte, daß die Alliierten nicht beabsichtigten, dem deutschen Volk ein Haar zu krümmen, wenn es nur den kaiserlichen Imperialismus abschütteln wolle, wirft er den Deutschen vor, daß sie 1871 den politischen Veränderungen, die infolge der Niederlage in Frankreich stattgefunden hatten, zu wenig Rechnung getragen haben. Nun lehrt Lloyd George die Deutschen von heute, wie Frankreich 1871 behandelt worden wäre, wenn Lloyd George anstelle ihrer Vorväter gewesen wäre. . . . .

Wir wissen nur zu gut, wie zutreffend diese Kennzeichnung ist. Sollen wir uns vom Feinde sagen lassen, was uns nach ihr zu tun übrigbleibt? Unter den Gegnern gibt es einen ehrenhaften Mann, einen der besten englischen Publizisten, Garvin, vom „Observer". Es ist derselbe, der nach der Einnahme von Serbien durch die Mittelmächte schrieb, diejenige Partei würde im Kampfe Sieger bleiben, der es gelänge, die Verbindung mit dem Orient zu behaupten; auf der Balkanhalbinsel werde der Krieg entschieden werden. Jetzt sagt er in seinem Blatt: wenn man erwarte, daß ein besiegtes Volk jahrzehntelang nur für andere Völker arbeiten solle, so sei das ein Streit mit jeder menschlichen Sitte! Ein solcher Friede fördere nur den

Digitized by Google

internationalen Sozialismus, wenn nicht überhaupt den Bolschewismus. Dann schreibt er weiter:

Wenn man uns fragt, was die Deutschen tun sollen, wird die Antwort nicht schwer zu finden sein. Sie sollen zu den Lehren zurückkehren, die sie nach Jena groß gemacht haben, aber sie sollen diese Lehren modernisieren. Sie würden sehr uneinig sein, wenn der Vertrag weniger hart wäre. Sie werden durch seine Härte zusammengeschmiedet werden.

Also so entwürdigend und unmöglich ist der uns zugemutete Friede, daß sogar der Engländer uns zuruft: denkt an die Erhebung Preußens nach der Schmach von 1806, denkt an die Mittel, die ihr damals fandet und überlegt, wie ihr unter den gegenwärtigen Verhältnissen den Weg findet, den ihr damals gegangen seid!

„Daily News" sagen: Der Militarismus sei nicht nur in Deutschland der Feind. Müsse Deutschland zahlen, so solle es das mit seiner zukünftigen Arbeit tun, und wenn die Arbeit fruchtbar sein soll, so müsse sie begleitet sein von dem Geist der Hoffnung und von dem Bewußtsein, daß die Arbeit zu übersehen ist, und daß sie gerecht ist.

Den Punkt von der Gerechtigkeit wollen wir hier auf sich beruhen lassen. Im Namen der Gerechtigkeit verlangt die Entente von Deutschland alle die unerhörten Leistungen, und auch was die Daily News „gerecht" nennen, wird immer noch weit genug von dem entfernt sein, was wirklich gerecht ist. Meine Schrift über die Verteilung der Schuld am Ausbruch des Krieges, die ich kürzlich bereits erwähnte,*) liegt jetzt vor, und sie ermöglicht allen ehrlichen Leuten, den Freunden wie den Gegnern der deutschen Sache, sich ihr Urteil zu bilden. Ich habe nichts verschwiegen und nichts dazu gesetzt. Es ist aber in jedem Falle genug, was das englische Blatt schreibt, um uns zu zeigen, wie wir empfinden und handeln müssen. Vor allen Dingen haben wir uns vor einer Gefahr zu hüten, uns einreden zu lassen: Wenn wir unterschrieben, so könnten wir auf nachträgliche Milderung des Unerträglichen hoffen. Die englischen Arbeiterführer, die sich des Friedens schämen, und die sogar eine in ihrem Wortlaut ganz anständige Kundgebung gegen ihn erlassen haben, reden uns jetzt zu: Unterzeichnet doch, damit werdet ihr das Mißtrauen zerstreuen, mit dem man euch allerwärts noch begegnet, und ihr gebt den Arbeitern der Ententeländer eine Waffe, um wirksam zu euren Gunsten zu handeln! Vor solchen Lockungen muß man dringend warnen. Hat Deutschland einmal unterzeichnet, so wird sich niemand auf der Welt mehr die Mühe geben, die Bedingungen rückgängig zu machen, und die englischen Arbeiter, die mit der ausgepreßten Kraft Deutschlands gefüttert werden sollen, am allerwenigsten.

Für uns handelt es sich jetzt darum, trotz der auf uns herabregnenden feindlichen Drohungen die Nerven zu behalten. Nervenkraft und Mut sind jetzt alles. Weil sie versagten, als das Gespenst des

*) Das Zeugnis der 13 Tage, Verlag von Dorendorf und Dresel, Hamburg 1919.

Digitized by Google

Zusammenbruchs der Armee sich erhob, ist es so schlimm mit Deutschland geworden, wie es schlimmer auch dann nicht hätte werden können, wenn statt der Revolution eine große Niederlage uns entwaffnet hätte. Aus jener Erfahrung sollen wir lernen. Wir müssen fest dem Schicksal ins Auge sehen. Unsere Wiedergeburt kann kommen, aber es wird nur dann geschehen, wenn wir uns als Volk nicht selbst vorher abtöten. Das tun wir, wenn wir unterzeichnen. Damit handeln wir zugleich schimpflich und töricht. Tun wir es nicht, übergeben wir Deutschland wie es steht und liegt, den Feinden, so können die Dinge materiell auch nicht schlimmer kommen, als wenn wir unterzeichnen, aber wir pflanzen dann zugleich die Saat der Wiederaufrichtung.

Die wirkliche Ursache des Weltkrieges

Von * * *

Wir haben in der letzten Nummer der „Deutschen Politik" den wahren Sachverhalt des angeblichen „Potsdamer Kronrats" (der in Wirklichkeit nie stattgefunden hat) festgestellt und ihn auf die beiden Tatsachen zurückgeführt: Audienz des österreichisch-ungarischen Botschafters bei Kaiser Wilhelm und — getrennt davon und später — Vortrag des Reichskanzlers (mit dem Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes) vor dem Kaiser. Es bleibt noch übrig, die österreichisch-ungarische Denkschrift kennenzulernen, die der Botschafter dem Deutschen Kaiser überreicht hat und auf die sich die beiden, in der letzten „Deutschen Politik" veröffentlichten Briefe der beiden Kaiser und das Telegramm des Reichskanzlers nach Wien beziehen. Wir wiederholen: diese österreichisch-ungarische Darstellung der weltpolitischen Lage ist in Wien bereits vor der Ermordung des Thronfolgers fertiggestellt worden (wie sie das selbst am Schluß ausspricht) und sie gibt eine geradezu klassische Darstellung der aggressiven Politik der Entente, die vom Orient aus und um den Orient zum Krieg getrieben und auch geführt hat. Dort — in dem politischen System der Entente — liegt auch die ursächliche „Schuld am Kriege".

Dabei wird auch auffallen, daß und wie Berlin und Wien bereits vor dem Kriege die Willensrichtungen auch in Bukarest und in Sofia richtig erkannt und eingeschätzt hat.

Die am 5. Juli 1914 in Potsdam dem Kaiser Wilhelm überreichte Denkschrift des österreichisch-ungarischen Ministeriums des Äußern hat folgenden Wortlaut:

Geheim.

Memorandum der Österreichisch-Ungarischen Regierung.

Nach den großen Erschütterungen der letzten zwei Jahre haben sich die Verhältnisse am Balkan soweit geklärt, daß es nun möglich ist, die Ergebnisse der Krise einigermaßen zu übersehen und festzustellen, inwiefern die Interessen des

Digitized by Google

Dreibundes, insbesondere die der beiden zentralen Kaisermächte, durch die Ereignisse tangiert wurden und welche Schlußfolgerungen sich für die europäische und Balkanpolitik dieser Mächte ergeben.

Wenn man die heutige Situation mit jener vor der großen Krise unbefangen vergleicht, muß man konstatieren, daß das Gesamtergebnis, vom Standpunkte Österreich-Ungarns sowie des Dreibundes aus betrachtet, keineswegs als günstig bezeichnet werden kann.

Die Bilanz weist allerdings einige Aktivposten auf. Es ist gelungen, als Gegengewicht gegen das Vordringen Serbiens ein selbständiges albanisches Staatswesen zu schaffen, das nach einer Reihe von Jahren, wenn seine innere Organisation vollendet sein wird, immerhin auch als militärischer Faktor in den Kalkul des Dreibundes eingestellt werden kann. Die Beziehungen des Dreibundes zu dem erstarkten und vergrößerten griechischen Königreiche haben sich allmählich so gestaltet, daß Griechenland, trotz seines Bündnisses mit Serbien, nicht unbedingt als Gegner anzusehen ist.

Hauptsächlich ist aber infolge der Entwicklung, die zum zweiten Balkankrieg geführt hat, Bulgarien aus der russischen Hypnose erwacht und kann heute nicht mehr als Exponent der russischen Politik gelten. Die bulgarische Regierung strebt im Gegenteile an, in ein näheres Verhältnis zum Dreibunde zu treten.

Diesen günstigen Momenten stehen jedoch nachteilige gegenüber, die schwerer als jene ins Gewicht fallen. Die Türkei, deren Interessengemeinschaft mit dem Dreibunde von selbst gegeben war und die ein starkes Gegengewicht gegen Rußland und die Balkanstaaten dargestellt hatte, ist aus Europa fast ganz verdrängt worden und hat eine wesentliche Einbuße an ihrer Großmachtstellung erlitten. Serbien, dessen Politik seit Jahren von feindlichen Tendenzen gegen Österreich-Ungarn geleitet wird und das ganz unter russischem Einflusse steht, hat einen Zuwachs an Gebiet und Bevölkerung erreicht, der die eigenen Erwartungen weit übertroffen hat, durch die territoriale Nachbarschaft zu Montenegro, und das allgemeine Erstarken der großserbischen Idee ist die Möglichkeit einer weiteren Vergrößerung Serbiens im Wege der Union mit Montenegro nahegerückt. Endlich hat sich im Laufe der Krise das Verhältnis Rumäniens zum Dreibunde wesentlich geändert.

Während die Balkankrise somit zu Resultaten geführt hat, die an sich schon für den Dreibund keinesfalls günstig sind, und den Keim einer speziell für Österreich-Ungarn unerwünschten weiteren Entwicklung in sich schließen, sehen wir andererseits, daß die russische und französische Diplomatie eine einheitliche und planmäßige Aktion eingeleitet hat, um die errungenen Vorteile weiter auszugestalten und einzelne, von ihrem Standpunkte nachteilige Momente entsprechend zu modifizieren.

Ein kurzer Überblick über die europäische Lage läßt klar erkennen, weshalb

Digitized by Google

die Tripleentente — richtiger der Zweibund, denn England hat seit der Balkankrise aus erklärlichen und sehr bezeichnenden Gründen eine reservierte Haltung eingenommen, — sich mit den zu ihren Gunsten eingetretenen Verschiebungen am Balkan nicht zufrieden geben konnte.

Während die Politik der beiden Kaisermächte und bis zu einem gewissen Grade auch jene Italiens, eine konservative ist, und der Dreibund einen rein defensiven Charakter besitzt, verfolgt die Politik Rußlands und Frankreichs gewisse, gegen das Bestehende gerichtete Tendenzen und ist das russisch-französische Bündnis, als Produkt des Parallelismus dieser Tendenzen, in letzter Linie offensiver Natur. Daß die Politik des Dreibundes sich bisher durchsetzen konnte und der Friede Europas vor Störungen durch Rußland und Frankreich bewahrt blieb, war auf die militärische Superiorität zurückzuführen, welche die Heere des Dreibundes, vor allem Österreich-Ungarns und Deutschlands, gegenüber jenen Rußlands und Frankreichs unzweifelhaft besaßen, wobei das Bündnis Rumäniens mit den Kaisermächten ein hoch zu bewertender Faktor war.

Der Gedanke, die christlichen Balkanvölker von der türkischen Herrschaft zu befreien, um sie dann als Waffen gegen Zentraleuropa zu gebrauchen, ist seit altersher der realpolitische Hintergrund des traditionellen Interesses Rußlands für diese Völker. In neuerer Zeit hat sich hieraus die von Rußland ausgegangene, von Frankreich verständnisvoll aufgenommene Idee entwickelt, die Balkanstaaten zu einem Balkanbund zu vereinigen, um auf diese Weise die militärische Superiorität des Dreibundes aus der Welt zu schaffen. Die erste Vorbedingung dieses Planes war, daß die Türkei aus den von den christlichen Balkannationen bewohnten Gebieten verdrängt werde, damit die Kraft dieser Staaten vermehrt und nach Westen hin frei werde. Diese Vorbedingung ist durch den letzten Krieg im großen und ganzen erfüllt worden. Dagegen ist nach dem Ausgange der Krise eine Spaltung der Balkanstaaten in zwei annähernd gleich starke gegnerische Gruppen, die Türkei und Bulgarien einerseits, die beiden serbischen Staaten, Griechenland und Rumänien andererseits eingetreten.

Diese Spaltung zu beseitigen, um alle Balkanstaaten oder doch die entscheidende Mehrzahl zur Verschiebung des europäischen Kräfteverhältnisses verwenden zu können, bildete die nächste Aufgabe, die sich nach dem Abschluß der Krise Rußland und mit ihm Frankreich stellte.

Da zwischen Serbien und Griechenland ein Bündnis bereits bestand, und Rumänien sich mit diesen beiden Staaten wenigstens hinsichtlich der Resultate des Bukarester Friedens solidarisch erklärt hatte, handelt es sich für die Zweibund-Mächte im Wesen darum, den tiefen Gegensatz Bulgariens zu Griechenland und vor allem zu Serbien in der mazedonischen Frage auszugleichen, ferner, eine Basis zu finden, auf welcher Rumänien bereit wäre, ganz ins Lager des Zweibundes abzuschwenken und selbst mit dem mißtrauisch beobachteten Bulgarien an

Digitized by Google

einer politischen Kombination teilzunehmen; endlich, wenn möglich, eine friedliche Lösung der Inselfrage herbeizuführen, um eine Annäherung oder den Anschluß der Türkei an die Balkanstaaten anzubahnen.

Über die Grundlage, auf welche sich nach den Absichten der russischen und französischen Diplomatie die Ausgleichung dieser Gegensätze und Rivalitäten vollziehen, und der neue Balkanbund aufbauen soll, kann kein Zweifel bestehen. Ein Bündnis der Balkanstaaten kann sich unter den heutigen Verhältnissen, da eine gemeinsame Aktion gegen die Türkei nicht mehr in Betracht kommt, nur gegen Österreich-Ungarn richten und nur auf der Basis eines Programmes zustande gebracht werden, das in letzter Linie auf Kosten der territorialen Integrität der Monarchie allen Teilnehmern durch eine staffelweise Verrückung der Grenze von Ost nach West Gebietserweiterungen in Aussicht stellt. Eine Einigung der Balkanstaaten auf einer anderen Grundlage ist kaum denkbar, auf dieser Basis aber nicht nur nicht ausgeschlossen, sondern auf bestem Wege, zur Tatsache zu werden.

Daß Serbien unter russischem Druck darauf eingehen würde, für den Eintritt Bulgariens in ein gegen die Monarchie gerichtetes, auf den Erwerb Bosniens und der angrenzenden Gebiete abzielendes Bündnis in Mazedonien einen angemessenen Preis zu bezahlen, ist wohl nicht zu bezweifeln.

Größer sind die Schwierigkeiten in Sofia.

Rußland hat Bulgarien Vorschläge auf der eben erwähnten Basis schon vor dem zweiten Balkankrieg gemacht und sie nach dem Bukarester Frieden wiederholt. Bulgarien, da es offenbar von Vereinbarungen mit Serbien gründlich abgeschreckt war, hat es jedoch abgelehnt, auf die russischen Pläne einzugehen, und verfolgt seither eine Politik, welche auf alles eher als auf eine friedliche Verständigung mit Serbien unter der Ägide Rußlands abzielt. Man hat in St. Petersburg das Spiel aber keineswegs verlorengegeben. Im Innern des Landes arbeiten russische Agenten am Sturze des heutigen Regimes, und gleichzeitig ist die Zweibund-Diplomatie eifrig bemüht, eine völlige Isolierung Bulgariens herbeizuführen, um es hierdurch den russischen Angeboten zugänglich zu machen.

Da Bulgarien nach dem Friedensschlusse bei der Türkei Anlehnung gesucht und gefunden und da sich bei der Pforte andererseits die Neigung gezeigt hatte, ein Bündnis mit Bulgarien einzugehen, und sich dem Dreibunde zu nähern, so ist russisch-französischer Einfluß seit einiger Zeit am Bosporus eifrig am Werk, um dieser Politik der Türkei entgegen zu arbeiten, letztere zum Zweibund hinüberzuziehen und auf diese Art Bulgarien entweder durch völlige Isolierung oder durch Einwirkung der Türkei zu einer neuen Orientierung zu veranlassen. Meldungen aus Konstantinopel, die durch die Reise Talaat Beys nach Livadia eine gewisse Bestätigung erfahren haben, besagen, daß diese Bemühungen, wenigstens was die Türkei anbetrifft, nicht ohne Erfolg geblieben sind. Es ist Auß-

Digitized by Google

land gelungen, durch den Hinweis auf die angeblichen, den klein-asiatischen Besitzstand bedrohenden Aufteilungspläne anderer Mächte das historische Mißtrauen der Türkei von sich abzulenken und mit wirksamer Unterstützung Frankreichs, das die Finanznot der Türkei auszunützen verstand, zu erreichen, daß anstatt eines Zusammengehens mit dem Dreibund der Gedanke einer Annäherung an die andere Mächtegruppe von den türkischen Staatsmännern in ernste Erwägung gezogen wird.

Auf die Tätigkeit der russischen und französischen Diplomatie ist auch die Reise Talaat Beys nach Bukarest zurückzuführen, durch welche eine rumänische Vermittlung in der Inselfrage herbeigeführt war, gleichzeitig aber auch durch die Anbahnung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Konstantinopel und Bukarest die Einkreisung Bulgariens gefördert werden sollte.

Einstweilen hat sich eine Wirkung dieser Einkreisungsbestrebungen auf die bulgarische Politik noch nicht gezeigt, vielleicht deshalb, weil man in Sofia noch keinen Anlaß hatte, gegen die Absichten der Türkei mißtrauisch zu werden. Jedenfalls ist aber die Erwartung Rußlands vollkommen gerechtfertigt, daß eine völlige Isolierung am Balkan wie in Europa Bulgarien schließlich nötigen werde, seine bisherige Politik aufzugeben und auf die Bedingungen einzugehen, die ihm Rußland für die Wiederaufnahme in seinen Schutz und Schirm auferlegen würde.

Mazedonien spielt in der inneren und äußeren Politik Bulgariens eine prominente Rolle. Wenn es sich für die dortigen Machthaber herausstellen sollte, daß der von Rußland proponierte friedliche Ausgleich und das Bündnis mit Serbien der einzige Weg ist, wenigstens Teile Mazedoniens für die bulgarische Sache zu retten, wird trotz der erlittenen Enttäuschungen keine bulgarische Regierung es wagen können, diese Kombination zurückzuweisen. Nur eine Aktion, die Bulgarien den russischen Drohungen und Lockungen gegenüber das Rückgrat stärkt, und das Land vor Isolierung bewahrt, könnte verhindern, daß Bulgarien schließlich auf die Balkanbundpläne eingeht.

Was nun Rumänien anbelangt, so hatte dort die russisch-französische Aktion schon während der Balkankrise mit voller Intensität eingesetzt. Sie hatte die öffentliche Meinung durch erstaunliche Verdrehungskünste und durch geschickte Anfachung der unter der Oberfläche stets fortglimmenden großrumänischen Idee in eine feindselige Stimmung gegen die Monarchie hineingetrieben und die auswärtige Politik Rumäniens zu einer mit seinen Bundespflichten gegenüber Österreich-Ungarn kaum in Einklang stehenden militärischen Kooperation mit Serbien veranlaßt.

Diese Aktion ist seither keineswegs zum Stillstand gekommen, sie wurde und wird vielmehr mit allem Nachdruck und mit so eindrucksvollen und demonstrativen Mitteln, wie dem Besuche des Zaren am rumänischen Hofe, fortgesetzt.

Digitized by Google

Parallel damit vollzog sich ein immer tiefer gehender Umschwung in der rumänischen öffentlichen Meinung, und es kann heute nicht daran gezweifelt werden, daß viele Kreise der Armee, der Intelligenz und des Volkes für eine neue Orientierung Rumäniens gewonnen sind, die sich die „Befreiung der Brüder jenseits der Karpathen" zum Ziele zu setzen hätte. Es ist klar, daß damit das Terrain für den Eintritt Rumäniens in einen etwaigen künftigen Balkanbund in der wirksamsten Weise vorbereitet ist.

Das offizielle Rumänien hat bisher dem Einflusse dieser populären Strömungen und den russisch-französischen Werbungen soweit widerstanden, daß von einem offenen Übergang ins Lager des Zweibundes und zu einer ausgesprochenen Politik gegen Österreich-Ungarn derzeit noch nicht gesprochen werden kann. Es ist aber unleugbar, daß in der auswärtigen Politik Rumäniens eine bedeutsame Schwenkung eingetreten ist, die — ganz abgesehen von allen Perspektiven auf eine künftige, in gleicher Richtung fortschreitende Entwicklung — schon jetzt auf die politische und militärische Situation Österreich-Ungarns, ja des ganzen Dreibundes, in beträchtlichem Maße zurückwirkt.

Während nämlich früher, trotz der Geheimhaltung des Allianzverhältnisses kein positiver Anhaltspunkt vorlag, an der Erfüllung der aus dem Akkord mit den Dreibundmächten entspringenden Verpflichtung durch Rumänien zu zweifeln, haben kompetente rumänische Stellen in letzter Zeit mehrfach die öffentliche Erklärung abgegeben — wogegen die Dreibundmächte infolge der Geheimhaltungs-Klausel des Bündnisvertrages keine Rekriminationen erheben konnten — daß der leitende Gedanke der rumänischen Politik das Prinzip der freien Hand sei. Ebenso hat König Carol mit der Offenheit, die seiner vornehmen Gesinnung entspricht, dem k. u. k. Gesandten erklärt, solange er lebe, werde sein Streben dahin gehen, daß die rumänische Armee gegen Österreich-Ungarn nicht ins Feld ziehe, allein gegen die öffentliche Meinung des heutigen Rumänien könne er nicht Politik machen, und es sei daher im Falle eines Angriffes Rußlands gegen die Monarchie trotz des bestehenden Bündnisses an eine Aktion Rumäniens an der Seite Österreich-Ungarns nicht zu denken. Um einen Schritt weiter ist — bezeichnenderweise unmittelbar nach dem Zarenbesuche in Konstanza — der rumänische Minister des Äußern gegangen, indem er in einem Interview unverblümt zugab, daß eine Annäherung Rumäniens an Rußland erfolgt sei, und daß eine Interessengemeinschaft zwischen den beiden Staaten besteht.

Das Verhältnis Österreich-Ungarns zu Rumänien ist somit gegenwärtig dadurch charakterisiert, daß die Monarchie ganz auf dem Boden des Bündnisses steht und nach wie vor bereit ist, Rumänien, wenn der casus foederis eintreten sollte, mit ganzer Macht zu unterstützen, daß Rumänien sich aber von den Bündnispflichten einseitig lossagt und der Monarchie lediglich eine neutrale Haltung in Aussicht stellt. Selbst die bloße Neutralität Rumäniens ist der Mon-

Digitized by Google

archie nur durch eine persönliche Zusage König Carols garantiert, die natürlich lediglich für die Dauer seiner Regierung von Wert ist, deren Einhaltung aber überdies davon abhängt, daß der König die Leitung der auswärtigen Politik stets vollkommen in der Hand behält. Daß dies in Zeiten nationaler Erregung des ganzen Landes die Kraft des Monarchen übersteigen könnte, kann umsoweniger negiert werden, als König Carol sich heute schon auf die Volksbestimmung beruft, um die Unmöglichkeit der vollen Erfüllung der Bundespflichten seitens Rumäniens zu begründen. Es darf schließlich auch nicht übersehen werden, daß Rumänien schon heute mit dem erbittertsten Gegner der Monarchie am Balkan, mit Serbien, durch Bande der Freundschaft und Interessengemeinschaft verknüpft ist.

Die Monarchie hat sich bisher darauf beschränkt, die Schwenkung der rumänischen Politik in Bukarest in freundschaftlicher Weise zur Sprache zu bringen, sich im übrigen aber nicht veranlaßt gesehen, aus dieser immer deutlicheren Kursänderung Rumäniens ernste Konsequenzen zu ziehen; das Wiener Kabinett hat sich hierzu in erster Linie dadurch bestimmen lassen, daß die deutsche Regierung die Auffassung vertrat, es handele sich um vorübergehende Schwankungen, Folgeerscheinungen gewisser Mißverständnisse aus der Zeit der Krise, die sich automatisch zurückbilden würden, wenn man ihnen gegenüber Ruhe und Geduld bewahrt. Es hat sich aber gezeigt, daß diese Taktik ruhigen Abwartens und freundschaftlicher Vorstellungen nicht die gewünschte Wirkung hatte, daß sich der Prozeß der Entfremdung zwischen Österreich-Ungarn und Rumänien nicht zurückbildet, sondern im Gegenteil beschleunigt hat. Daß von dieser Taktik auch für die Zukunft eine Wendung im günstigen Sinne nicht zu erwarten ist, dafür spricht schon der Umstand, daß die gegenwärtige Situation der „freien Hand" für Rumänien durchaus vorteilhaft und nur für die Monarchie nachteilig ist.

Es drängt sich nun die Frage auf, ob Österreich-Ungarn das Verhältnis zu Rumänien noch durch eine offene Auseinandersetzung sanieren könnte, indem es das Königreich vor die Wahl stellt, entweder alle Brücken zum Dreibund abzubrechen oder — etwa durch Bekanntgabe seiner Zugehörigkeit zum Dreibunde — ausreichende Bürgschaften dafür zu geben, daß die aus der Allianz entspringenden Verpflichtungen auch von seiner Seite voll und ganz erfüllt werden würden. Eine solche Lösung der Frage, die eine dreijährige Tradition wieder aufleben ließe, würde sicherlich den Wünschen Österreich-Ungarns am meisten entsprechen. Unter den gegebenen Verhältnissen ist es aber wenig wahrscheinlich, daß sich König Carol oder irgendeine rumänische Regierung, selbst gegen eine eventuelle Erweiterung des gegenwärtigen Bündnisvertrages, dazu bereit finden würde, der herrschenden Volksstimmung zum Trotz Rumänien öffentlich als Bundesgenossen des Dreibundes hinzustellen. Ein kategorisches aut-aut seitens der Monarchie

Digitized by Google

könnte daher zum offenen Bruch führen. Ob es dem deutschen Kabinette durch ernste und nachdrückliche Vorstellungen, eventuell verbunden mit einem Anerbieten im obigen Sinne gelingen würde, Rumänien zu einer Stellungnahme zu veranlassen, die als eine verläßliche Garantie für seine dauernde und volle Bundestreue angesehen werden könnte, läßt sich von Wien aus nicht leicht beurteilen, erscheint aber wohl gleichfalls als zweifelhaft.

Unter diesen Umständen kann die Möglichkeit praktisch als ausgeschlossen gelten, das Bündnis mit Rumänien wieder so verläßlich und tragfähig zu gestalten, daß es für Österreich-Ungarn das Pivot seiner Balkanpolitik bilden könnte.

Es wäre nicht nur zwecklos, sondern bei der politischen und militärischen Bedeutung Rumäniens eine nicht zu verantwortende Sorglosigkeit, die wichtige Interessen der Reichsverteidigung aufs Spiel setzen würde, wenn sich die Monarchie gegenüber den in Rumänien zutage getretenen Erscheinungen weiterhin mehr oder weniger passiv verhalten und nicht ohne Aufschub die erforderlichen militärischen Vorbereitungen und politischen Aktionen einleiten würde, um die Wirkungen der Neutralität und eventuellen Feindseligkeit Rumäniens aufzuheben oder wenigstens abzuschwächen.

Der militärische Wert des Bündnisses mit Rumänien bestand für die Monarchie darin, daß sie im Konfliktfalle mit Rußland gegen dieses von der rumänischen Seite her militärisch völlig freie Hand gehabt hätte, während ein ansehnlicher Teil der russischen Heeresmacht durch den Angriff der flankierenden rumänischen Armee gebunden worden wäre. Das heutige Verhalten Rumäniens zur Monarchie hätte jedoch, würde jetzt zwischen ihr und Rußland ein bewaffneter Konflikt ausbrechen, so ziemlich das Gegenteil zur Folge.

Rußland hätte nun auf keinen Fall einen Angriff Rumäniens zu befürchten und würde gegen Rumänien kaum einen Mann aufstellen müssen, während Österreich-Ungarn, der rumänischen Neutralität nicht ganz sicher und deshalb gezwungen wäre, ein entsprechendes Aufgebot an Truppen gegen das jetzt an seiner Flanke befindliche Rumänien zurückzubehalten.

Die bisherigen militärischen Vorkehrungen Österreich-Ungarns für den Fall eines Konfliktes mit Rußland basierten auf der Voraussetzung der Kooperation Rumäniens. Ist diese Voraussetzung hinfällig, ja nicht einmal eine absolute Sicherheit vor einer rumänischen Aggression gegeben, so muß die Monarchie für den Kriegsfall andere Dispositionen treffen und auch die Anlage von Befestigungen gegen Rumänien in Betracht ziehen.

Politisch handelt es sich darum, Rumänien durch Taten zu beweisen, daß wir in der Lage sind, für die Balkanpolitik Österreich-Ungarns einen anderen Stützpunkt zu schaffen. Sachlich und zeitlich deckt sich die zu diesem Zwecke einzuleitende Aktion mit der Notwendigkeit, gegen die von den Zweibundmächten

Digitized by Google

betriebene Errichtung eines neuen Balkanbundes neue Maßnahmen zu ergreifen. Das eine wie das andere kann bei der heutigen Lage am Balkan nur dadurch erreicht werden, daß die Monarchie auf die schon vor einem Jahre gestellten und seither mehrfach wiederholten Anerbieten Bulgariens eingeht und mit diesem in ein vertragsgemäßes Verhältnis tritt. Gleichzeitig müßte die Politik der Monarchie darnach trachten, ein Bündnis zwischen Bulgarien und der Türkei zustande zu bringen, wofür in beiden Staaten bis vor kurzem noch so günstige Dispositionen herrschten, daß ein Vertragsinstrument, wenn es auch später nicht unterzeichnet wurde, bereits ausgearbeitet war. Auch in dieser Hinsicht könnte eine Fortsetzung der bisherigen abwartenden Haltung, zu welcher sich die Monarchie durch eine viel weitergehende Rücksichtnahme auf das Bündnis, als sie in Bukarest an den Tag gelegt wurde, bestimmen ließ, von nicht wieder gut zu machendem schwerem Nachteil sein. Weiteres Zuwarten und namentlich das Unterbleiben einer Gegenaktion in Sofia würde den intensiven und planmäßigen Bestrebungen Rußlands und Frankreichs vollkommen freies Spiel lassen. Die Haltung Rumäniens drängt die Monarchie geradezu mit Notwendigkeit dahin, Bulgarien jene Anlehnung, die es seit langem sucht, zu gewähren, um den sonst kaum abzuwenden Erfolg der russischen Einkreisungspolitik zu vereiteln. Dies muß aber eben geschehen, solange der Weg nach Sofia und auch nach Konstantinopel noch offen steht.

Der Vertrag mit Bulgarien, dessen nähere Bestimmungen noch eingehender zu prüfen sein werden, wird im allgemeinen natürlich so abzufassen sein, daß er die Monarchie nicht in Widerstreit mit ihren vertragsgemäßen Verpflichtungen Rumänien gegenüber zu bringen vermag. Auch wäre dieser Schritt der Monarchie vor letzterem nicht geheim zu halten, da ja darin keine Feindseligkeit gegen Rumänien gelegen ist, wohl aber eine ernste Warnung, durch die sich die maßgebenden Faktoren in Bukarest der ganzen Tragweite einer dauernden einseitigen politischen Abhängigkeit von Rußland bewußt werden könnten.

Bevor Österreich-Ungarn aber an die in Rede stehende Aktion herantritt, legt es den größten Wert darauf, mit dem Deutschen Reiche ein volles Einvernehmen herzustellen, und zwar nicht nur aus Rücksicht, die der Tradition und dem engen Bundesverhältnis entspringen, sondern vor allem deshalb, weil wichtige Interessen Deutschlands und des Dreibundes überhaupt hier im Spiele sind und weil eine erfolgreiche Wahrung dieser in letzter Konsequenz gemeinsamen Interessen nur zu erwarten ist, wenn der einheitlichen Aktion Rußlands und Frankreichs eine ebenso einheitliche Aktion des Dreibundes, insbesondere Österreich-Ungarns und des Deutschen Reiches entgegen gesetzt wird.

Denn wenn Rußland, von Frankreich unterstützt, die Balkanstaaten gegen Österreich-Ungarn zu vereinigen trachtet,

Digitized by Google

wenn es die bereits erreichte Trübung des Verhältnisses zu Rumänien zu vertiefen bestrebt ist, so richtet sich diese Feindseligkeit nicht allein gegen den Bundesgenossen des Deutschen Reiches, gegen den durch seine geographische Lage und innere Struktur exponiertesten, Angriffen am meisten zugänglichen Teil des zentraleuropäischen Blocks, der Rußland den Weg zur Verwirklichung seiner weltpolitischen Pläne sperrt.

Die militärische Superiorität der beiden Kaisermächte durch Hilfstruppen vom Balkan her zu brechen, ist das Ziel des Zweibundes, aber nicht das letzte Ziel Rußlands.

Während Frankreich die Schwächung der Monarchie anstrebt, weil es hiervon eine Förderung seiner Revanche-Bestrebungen erwartet, sind die Absichten des Zarenreiches noch weit umfassender.

Wenn man die Entwicklung Rußlands in den letzten zwei Jahrhunderten, die stetige Erweiterung seines Gebietes, das enorme, alle anderen europäischen Großmächte weit überflügelnde Anwachsen seiner Volkszahl und die gewaltigen Fortschritte seiner wirtschaftlichen Ressourcen und militärischen Machtmittel überblickt und bedenkt, daß dieses große Reich durch seine Lage und durch Verträge vom freien Meer noch immer so gut wie abgeschnitten ist, dann begreift man die Notwendigkeit des der russischen Politik seit jeher immanenten aggressiven Charakters.

Man kann Rußland vernünftigerweise territoriale Eroberungspläne gegen das Deutsche Reich nicht zumuten. Trotzdem sind die außergewöhnlichen Rüstungen und kriegerischen Vorbereitungen, der Ausbau strategischer Bahnen gegen Westen usw. in Rußland sicherlich mehr noch gegen Deutschland als gegen Österreich-Ungarn gerichtet.

Denn Rußland hat erkannt, daß die Verwirklichung seiner, einer inneren Notwendigkeit entspringenden Pläne in Europa und Asien in erster Linie höchst wichtige Interessen Deutschlands verletzen und daher auf dessen unausweichlichen Widerstand stoßen müßte.

Die Politik Rußlands ist durch unveränderliche Verhältnisse bedingt und deshalb eine stetige und weitaus blickende.

Die manifesten Einkreisungstendenzen Rußlands gegen die Monarchie, die keine Weltpolitik treibt, haben den Endzweck, dem Deutschen Reiche den Widerstand gegen jene letzten Ziele Rußlands und gegen seine politische und wirtschaftliche Suprematie unmöglich zu machen.

Aus diesen Gründen ist die Leitung der auswärtigen Politik Österreich-Ungarns auch davon überzeugt, daß es ein gemeinsames Interesse der Monarchie wie nicht minder Deutschlands ist, im jetzigen Stadium der Balkankrise rechtzeitig und

Digitized by Google

energisch einer von Rußland planmäßig angestrebten und geförderten Entwicklung entgegenzutreten, die später vielleicht nicht mehr rückgängig zu machen wäre.

* * *

Die vorliegende Denkschrift war eben fertiggestellt, als die furchtbaren Ereignisse von Serajewo eintraten.

Die ganze Tragweite der ruchlosen Mordtat läßt sich heute kaum überblicken. Jedenfalls ist aber, wenn es dessen noch bedurft hat, hierdurch der unzweifelhafte Beweis für die Unüberbrückbarkeit des Gegensatzes zwischen der Monarchie und Serbien sowie für die Gefährlichkeit und Intensität der vor nichts zurückschreckenden groß-serbischen Bestrebungen erbracht worden.

Österreich-Ungarn hat es an gutem Willen und Entgegenkommen nicht fehlen lassen, um ein erträgliches Verhältnis zu Serbien herbeizuführen. Es hat sich aber neuerlich gezeigt, daß diese Bemühungen ganz vergeblich waren, und daß die Monarchie auch in Zukunft mit der hartnäckigen, unversöhnlichen und aggressiven Feindschaft Serbiens zu rechnen haben wird.

Um so gebieterischer tritt an die Monarchie die Notwendigkeit heran, mit entschlossener Hand die Fäden zu zerreißen, die ihre Gegner zu einem Netze über ihrem Haupte verdichten wollen.

Der ferne Osten auf der Friedenskonferenz

Von Dr. W. Schrameier

Japan scheint die Früchte seiner geduldigen und geschickten Diplomatie jetzt pflücken zu sollen. Es hat den Krieg benutzt, um seine Vormachtstellung in Ostasien zu befestigen. Neben dem blutigen Ringen auf den Schlachtfeldern Europas ging ein diplomatischer Kampf zwischen Großbritannien und Japan um den Vorrang in China einher, nicht minder erbittert als sein Gegenstück in Europa, dessen Ausgang zugunsten des ostasiatischen Inselvolkes entschieden hat.

Als Vorwand zu seiner Beteiligung am Kriege diente das englisch-japanische Bündnis, das am 30. Januar 1902 zum ersten Male geschlossen, nach dem russisch-japanischen Kriege am 15. August 1905 erneuert und am 13. Juli 1911 aus Rücksicht auf die Vereinigten Staaten Amerikas abgeändert wurde. Der erste Vertrag, dem beizutreten Deutschland bei den Londoner Verhandlungen offengestellt war, richtete seine Spitze gegen russische Ausdehnungsversuche im fernen Osten. Mit englischer Unterstützung trieb Japan den russischen Störenfried vom chinesischen Meere zurück. Durch den zweiten, der wenige Tage vor dem Friedensschluß in Portsmouth angenommen wurde, erhielt Japan ein besonderes Mandat über Korea, die erste Garantie für die japanische Annexionspolitik, die bald zur Einverleibung des Koreanischen Reiches als japanischer Provinz führte. War in diesem zweiten Vertrage Waffenhilfe gegen jedermann

Digitized by Google

abgemacht worden, so wurden in dem dritten von 1911 die Vereinigten Staaten seitens Großbritanniens ausgenommen, weil zwischen den beiden Ländern ein Schiedsvertrag angebahnt war. Nur der die Vereinigten Staaten ausnehmenden Klausel halber wurde dieser Vertrag erneuert. Es ist das Verdienst der in den Vereinigten Staaten lebenden Iren und Deutschen, die wahre Bedeutung dieses am 3. August 1911, also nur wenige Tage nach Abschluß des englisch-japanischen Bündnisses vereinbarten Schiedsvertrages erkannt zu haben. Sir Edward Grey führte diese neue Politik am 1. März 1911 im Unterhause mit einer Rede, die sich mit der Unmöglichkeit, den Flottenausbau gegen Deutschland einzuschränken, beschäftigte, ein, indem er erklärte: „Wenn durch einen Schiedsvertrag zwei der größten Völker der ganzen Welt ihren Willen kundtäten, unter keinen Umständen sich in einen Krieg einzulassen, so würde ein solches Beispiel die segensreichsten Folgen haben. Indes könnte eines der beiden Völker einen Angriff von einem Dritten erfahren, und in diesem Falle würden sich die beiden Völker gegen den Dritten zusammentun". Die Bewegung, die sich an die Verhandlungen knüpfte, ist in Deutschland nur wenig beachtet und als innere amerikanische Frage angesehen worden. Und doch wurde damals schon offen erörtert, daß der Schiedsvertrag nur den Zweck verfolge, Amerika in die von England angestrebte Einkreisung Deutschlands hineinzuziehen. Einer der Senatoren wies während der Staatsverhandlungen nach, daß die Greysche Rede nur die eine Deutung zulasse, daß die Vereinigten Staaten und Großbritannien sich gegen Deutschland, falls dieses dem Schiedsvertrage nicht beiträte, verbänden. England wünsche den Vertrag als Grundlage für ein künftiges Bündnis mit den Vereinigten Staaten, was der amerikanischen Auffassung und den Überlieferungen der Vereinigten Staaten nicht entspreche.

Zwar wurde der Schiedsvertrag nicht geschlossen, da der Senat durch einige Abänderungen ihm die gefährliche Spitze zu nehmen suchte; aber wenn ein Indizienbeweis zwingend sein kann, so läßt sich dartun, daß er als sogenanntes gentlements agreement für die Regierungen bindend blieb. Bezeichnend sind die Bemerkungen Prof. Ushers von der Washington-Universität, St. Louis, eines Mannes, der als Berater vom Auswärtigen Amte zu Verhandlungen hinzugezogen zu werden pflegt und einen tiefen Einblick in die auswärtigen Beziehungen Amerikas besitzt, in seinem Buche über Pan-Germanism, Alldeutschland, 1913: „Zwischen Amerika, Frankreich und England besteht ein Einverständnis, daß im Falle eines von Deutschland oder Österreich angefangenen Krieges die Vereinigten Staaten sich auf die Seite Englands und Frankreichs stellen. Die bloße Tatsache, daß es sich um kein öffentlich bekanntgegebenes Abkommen handelt, schwächt seine Bedeutung nicht ab. Das Bündnis — denn in der Tat handelt es sich um ein solches — hat eine unendlich viel tiefere Grundlage als geschriebene Worte und Pergamentpapier, als die individuellen Zusagen der

Digitized by Google

im Amte befindlichen Staatsmänner, nämlich die geographische, wirtschaftliche und politische Lage der Völker, den wechselseitigen Vorteil für alle Beteiligten.

Eins der Opfer, die Großbritannien für diesen Preis brachte, um keine Masche in seiner Einkreisungspolitik gegen Deutschland zu lassen, bestand in der Revision des englisch-japanischen Bündnisvertrages; in dem einzigen vorauszusehenden Konflikt Amerikas, nämlich mit Japan, versagte es dem Bundesgenossen die Gefolgschaft. Man würde die japanische Diplomatie falsch einschätzen, wollte man annehmen, sie habe die Sachlage nicht klar durchschaut. Aber nur um so inniger hielt sie an dem Abkommen fest: nur wurde es seit der Zeit in ihrer Hand zum Mittel, den Bundesfreund in Ostasien lahmzulegen und zu schwächen. Der Ausbruch des europäischen Krieges bot die günstige Gelegenheit, der Verwirklichung der ostasiatischen Pläne Japans näherzutreten. Ob England Japans Bündnisfall als gegeben angesehen hat, als dieses sich unter grober Verletzung der chinesischen Neutralität auf Kiautschou stürzte, ist auch heute noch eine umstrittene Frage; der Wortlaut des Vertrages, der die Sicherung des Handels in den ostasiatischen Gewässern in japanische Hände legte, bot unter der Behauptung, daß allein die Tatsache eines deutschen Stützpunktes in Ostasien eine Bedrohung des Handels enthalte, den gewünschten Anlaß.

Kiautschou fiel, aber der Platz war für die wahren Absichten Japans Nebensache; die halbe Provinz Schantung wurde in den Eroberungszug hineingezogen. „Unter dem Vorwande der Unterdrückung der Deutschen", so heißt es in einer Eingabe der Schantung-Abgeordneten an die Regierung vom 6. November 1918, „haben die Japaner ihre Polizeitruppen längs der Schantungbahn aufgestellt. Sie haben in Fangtse und vielen anderen chinesischen Plätzen ihre Zivilverwaltung eingerichtet. Sie haben Zivilklagen angenommen und die Bewohner belästigt. Japanische Abenteurer haben im Bund mit Räubern die friedlichen Einwohner tyrannisiert. Sie haben sich in den Besitz der Bergwerke gesetzt und unseren Handel geschädigt. Japanische Truppen haben die Gesetze mißachtet und aller Art Verbrechen begangen. Die Einwohner durften ihnen keinen Widerstand leisten und sind ihres Lebens und Eigentums nicht sicher". Die Verletzung der Neutralität Chinas ist wohl der dunkelste Punkt in dem ganzen Kriege. „Obwohl England in den europäischen Krieg eingetreten war, weil Deutschland die Neutralität Belgiens verletzt hatte", so bemerkt ein amerikanischer Schriftsteller, Jefferson Jones, in seinem Buche: The Fall of Tsingtau, „so hielt es die britische Regierung für unnötig, während aller Augen in der Welt auf Europa gerichtet waren, lauten Einspruch dagegen zu erheben, daß sein Bundesgenosse in China sich desselben Unrechts schuldig machte, welches scheinbar in Belgien seine große Entrüstung hervorgerufen hatte". Im Gegenteil, es beteiligte sich an dem Verstoß gegen das Völkerrecht in China, während es sich in Europa als Schützer Belgiens aufwarf. Der Amerikaner Millard schleudert in seinem Werke Our

Digitized by Google

Eastern Question am Schlusse seiner Ausführungen Japan und Großbritannien die Anklage ins Gesicht: „Als unverhüllter gewissenloser Überfall auf einen hilflosen und befreundeten Nachbar steht Japans Vorgehen in China in dem Jahre 1914 einzig da".

Nach dem Falle des deutschen Stützpunktes ging Japan mit rücksichtsloser Energie an die Verwirklichung seiner Pläne, unter Verdrängung Großbritanniens seine Vormachtstellung in China zu begründen. Der erste Vorstoß waren die 21 Forderungen, die es am 18. Januar 1915 China vorlegte und ihm durch das Ultimatum vom 25. Mai 1915 aufzwang. Sie zerfielen in fünf Gruppen. Gruppe 1 gewährt den Japanern größere Rechte in Schantung als die Deutschen je besessen hatten; ausdrücklich wurde abgemacht, daß China unbesehen und ohne eigene Mitwirkung alle späteren Abmachungen Japans mit Deutschland anerkennen solle. Gruppe 2 lief auf eine Abtretung der Mandschurei an Japan hinaus. Gruppe 3 handelte von der Übernahme gewisser Kohlengruben und Eisenwerke (Hanyehpeing) im Yangtsetal durch Japan. Gruppe 4 band Japan, keinen Hafen, keine Insel oder Bucht an der chinesischen Küste an eine dritte Macht zu verpachten. Gruppe 5 enthielt Bestimmungen über Ausdehnung der japanischen Finanz-, Polizei- und Militärkontrolle in China, Aushändigung der Arsenale, Bezug von Waffen und Munition von japanischen Lieferanten, Eisenbahnbauten in chinesischen Provinzen, bei denen auch England in Frage kam und anderes. Gruppe 5 wurde auf die Entrüstung Großbritanniens und Amerikas vorläufig zurückgestellt; im Laufe der Jahre sind aber auch diese Bestimmungen wohl restlos durchgedrückt worden. Die chinesische Regierung mußte Japans Ultimatum weichen, sie erklärte in einer Denkschrift: „Indem sie unter Zwang die Bestimmungen annimmt, weist sie den Gedanken von sich, als erkläre sie sich einverstanden mit einer daraus zu folgernden Revision der zwischen anderen Mächten getroffenen Abmachungen und Übereinkommen hinsichtlich der Aufrechterhaltung der territorialen Selbständigkeit und Unverletzlichkeit Chinas".

Der Protest nützte China nichts; die befreundeten Mächte waren mit ihren eigenen Angelegenheiten zu sehr beschäftigt, als daß sie hätten eingreifen können. Japan erreichte, was es zunächst wollte; es richtete sich häuslich in Schantung und der Mandschurei ein, wodurch es die Abschnürung von Nordchina in der Hand hat. Am 18. November 1915 ging es auf Großbritanniens Drängen ein, keinen Separatfrieden mit Deutschland zu schließen; diese Zusage mußte der Bundesfreund mit dem Opfer erkaufen, daß es sich an dem Widerspruch Japan gegen die von ihm selbst erstrebte und auffällig begünstigte Wiederaufrichtung der Monarchie in China durch Yüan schi-kai beteiligte.

Englands schwaches Zurückweichen vor Japan rief heftige Anklagen im eigenen Lande hervor; durch einen großen Schlag sollte das verlorengegangene Prestige

Digitized by Google

wiederhergestellt werden. Am 19. November 1915, also am Tage nach Japans Erklärung gegen den Sonderfrieden, erschien in amerikanischen Blättern eine Nachricht, die Verbündeten hätten China den Vorschlag gemacht, sich der Entente anzuschließen. Mehr noch als Deutschland sollte Japan hierdurch getroffen werden; denn, hatte China sich einmal der Entente angeschlossen, so würde die Politik in und mit China durch die gemeinsamen Rücksichten der Entente bestimmt und Japan gehindert worden sein, sich einseitig vorzudrängen. Die Folge der Veröffentlichung war eine umgehende Anfrage Japans in den drei Hauptstädten der Entente und die sofortige Erklärung Sir Edward Greys vom 30. November 1915, daß Großbritannien nicht beabsichtige, sich in Verhandlungen politischer Natur mit China einzulassen, ohne sich vorher mit Japan verständigt zu haben. Damit hatte Großbritannien die Vorherrschaft Japans in Ostasien öffentlich und feierlich anerkannt. Trotzdem verweigerte Japan seine Zustimmung zum Anschlusse Chinas an die Entente, zu der Yüan schi-kai sich geneigt zeigte, da, wie es damals öffentlich besprochen wurde, die Entente zugesagt hatte, China nur unter der Bedingung des Anschlusses auf der Friedenskonferenz zuzulassen, dann aber seine Ansprüche wegen Schantungs zu unterstützen.

Der britischen Anerkennung der Vormachtstellung Japans in China folgte Rußland am 3. Juli 1916; außer der Anerkennung enthielt der Vertrag noch das Versprechen der Waffenhilfe gegen jeden, der die Vorherrschaft Japans streitig machen sollte. Sein Bekanntwerden infolge der Veröffentlichung durch die russische Revolutionsregierung rief arge Verstimmung in Großbritannien hervor.

Nachdem während der beiden ersten Kriegsjahre die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten genügend bearbeitet war, konnte Präsident Wilson aus dem latenten Kriegszustande gegen Deutschland, der von Anfang an geherrscht hatte, heraustreten und offen Großbritannien die Hilfe angedeihen lassen, die dieses sich mit dem dritten japanisch-englischen Bündnis von 1911 erkauft hatte. Indem er den Krieg erklärte, hielt er es für seine heilige Pflicht, wo immer in der Welt noch Sympathien für Deutschland bestanden, diese zu zerstören und die Neutralen in das blutige Ringen hineinzuziehen. Auch China sollte gezwungen werden, im Kampf für Menschlichkeit und Recht, wie es sich anmutig im chinesischen Munde anhörte, seine Neutralität aufzugeben. Die Aufforderung Wilsons rief ganz wider Erwarten eine ungeheure Erregung der öffentlichen Meinung wach; das Land spaltete sich in Süd und Nord, und wieder brach ein Bürgerkrieg aus, so daß der Staatssekretär Lansing sich veranlaßt sah, zurückzuweichen und den Chinesen den Rat zu erteilen, unter den bestehenden Verhältnissen eher an ihre eigene Einigung statt an den Eintritt in den Krieg zu denken.

Diese Einmischung in chinesische Verhältnisse überstieg das Maß japanischer Duldung; es erblickte darin einen Eingriff in seine Vormachtstellung. Nunmehr

Digitized by Google

trat es selbst für die Kriegserklärung Chinas an Deutschland ein, wobei es Großbritannien und die übrige Entente auf seiner Seite hatte. Ehe es jedoch den entscheidenden Schritt tat, ließ es sich von Großbritannien, Frankreich, Rußland und Italien verbürgen, daß dieselben Mächte, die zwei Jahre vorher China ihren Beistand gegen Japan im Falle einer Beteiligung am Kriege auf der Friedenskonferenz versprochen hatten, im Gegensatze dazu Japans Wünsche auf der Friedenskonferenz gegen China unterstützen würden. Der damalige russische Botschafter in Tokio faßte in einem Geheimbericht vom 8. Februar 1917 die Wünsche dahin zusammen, daß Japan alle Rechte und Privilegien erhalten möchte, die Deutschland in Schantung und der Südsee besaß. Dabei erwähnte der Botschafter, daß der japanische Minister Motono ein positives Versprechen der Kaiserlichen Regierung verlange; es sei wünschenswert, daß dieses Versprechen gegeben werde, zumal da erkennbar sei, daß die japanischen Wünsche auf keinen Widerspruch seitens des Londoner Kabinetts gestoßen seien.

Seit dem 14. Dezember 1917, an welchem Tage die Veröffentlichung des russischen Geheimberichts erfolgte, sind wir über diese Umtriebe unterrichtet. Seit diesem Tage weiß die Welt, daß Chinas erzwungene Teilnahme am Kriege, der lediglich die ungestörte Vernichtung des deutschen Handels in China durch England zulassen sollte, seitens der Entente mit dem schmutzigsten Verrate an China erkauft wurde. Zwar beteiligten sich die Vereinigten Staaten daran nicht — die ganze Aktion erfolgte gegen ihren direkten Wunsch —, aber auch sie sahen sich, um vor Intrigen sich zu schützen, gezwungen, Japan für seine Bereitwilligkeit, China gegen eigenen Willen in den Krieg hineinziehen zu lassen, in einem Gentlemens agreement, dem Lansing-Ischii-Abkommen vom 3. November 1917, dadurch zu belohnen, daß sie dessen Vormachtstellung in China ausdrücklich anerkannten.

Während der Friedensverhandlungen in Paris erschienen auch die Chinesen vor dem Forum der Weltrichter und verlangten unter Berufung darauf, daß ihre Zugeständnisse vom 25. Mai 1915 auf die 21 Forderungen durch Japans Ultimatum erpreßt seien, Gerechtigkeit. Kiautschou und Schantung seien chinesischer Boden und niemals etwas anderes als chinesischer Boden gewesen; Japan habe durch den Einfall in neutrales Land sich der schlimmsten Vergewaltigung schuldig gemacht; sie beanspruchten deshalb dasselbe, was die Weltrichter Belgien so bereitwillig aufdrängten — Wiedergutmachung. Gegen den Gedanken, daß Japan geraubte Gebiete und Rechte zugesprochen werden könnten, empöre sich das Rechtsgefühl; nachdem die Verträge mit Deutschland durch die Kriegserklärung annulliert seien, müßten die Gerechtsame Deutschlands, des Pächters, dem Grundherrn zurückfallen. Zum Beweise, daß es sich um Vergewaltigungen Chinas handele, verlangten sie die Veröffentlichung der Geheimverträge.

Digitized by Google

Japan begann, als eine gewisse Zuneigung zu China sich bemerkbar machte, sein diplomatisches Spiel. Auf den Gedanken der Friedenskonferenz, die alles Unrecht aus der Welt zu entfernen bestimmt war, mit Wärme eingehend, verwandte es sich für die Gleichstellung aller Rassen im Völkerbunde. Es wußte, daß es mit dem Beharren auf dieser Forderung Wilsons Lieblingsidee zu Fall bringen würde, denn niemals hätte die amerikanische oder australische Bevölkerung sich mit den Folgen dieser Forderung gutwillig abgefunden. Da sich Widerstand erhob, drohte es gelassen mit seinem Abzuge von der Konferenz, und zwar gerade in dem Augenblicke, als die Gemüter durch Italien in ein ernstes Unbehagen versetzt waren. Der Konferenz blieb nichts übrig, als die Anerkennung von Japans Alternative, nämlich Zubilligung seiner sämtlichen Kriegsziele.

Armes China! Es hatte auf Unterstützung der Schwachen und Wiedergutmachung unsäglicher Vergewaltigung durch die Konferenz gerechnet; es hatte in begeistertem Überschwang des Glaubens an die hohen Ideale, die ihm stets aus amerikanischem Munde gepredigt waren, sogar gewagt, für sich selbst die Anerkennung seiner nationalen Würde, Befreiung von der schmachvollen Konsularjurisdiktion der Fremden, Zollautonomie, des Verfügungsrechts über seine eigenen Finanzen und anderes zu erhoffen. Wie sehr wurden seine Erwartungen getäuscht! Der Friedensvertragsentwurf, der Deutschland knebeln soll, sieht fast ebenso schlimme Kränkungen für China vor. Deutschland soll an Japan alle seine Rechte aus dem seit dem 14. August 1917 von China annullierten Kiautschouvertrage abtreten und damit gewissermaßen den Einbruch Großbritanniens und Japans auf chinesisches neutrales Gebiet als zwingende militärische Notwendigkeit sanktionieren! Der Zustand des Bestehens eines ausländisch verwalteten, chinesischer Hoheit völlig entzogenen Gesandtschaftsviertels in Peking, die Besetzung der Bahnlinie nach Tientsin, die Stationierung von Gesandtschaftswachen in Peking usw. wird verewigt. Der bestehende Wertzoll, gegen den China ankämpft, wird dauernd festgelegt; Deutschland soll gehindert werden, andere Zollvorschläge zu machen, wenn es auch selbst von den Vorteilen dieses Tarifs ausgeschlossen werden kann. Die internationale Flußkommission wird bestätigt und Chinas Absicht, seine Flußregulierung allein durchzuführen, vereitelt. China ist entrüstet; aber es ist anzunehmen, daß man, wie schon so oft in Fällen schwerer Demütigungen, auch jetzt sich wieder bald beruhigen wird. Das einzige Mittel der Rettung für China, freundschaftliche Verständigung mit Japan, erscheint den Chinesen im Lichte englisch-amerikanischer Verhetzungspolitik noch als zu gewagt.

Japans Diplomatie hat in den letzten Wochen einen ungeheuren Sieg errungen. Im Gefühl ihrer Ohnmacht gegenüber dem geschickten Gegner haben die Alliierten nachgeben müssen. Daß sie es gern getan haben, läßt sich wohl bezweifeln. Jedenfalls birgt die Lösung, wie sie getroffen ist, neue, schwere Verwicklungen in sich.

Digitized by Google

„Briefe aus Deutschland" (1916)

Von Prof. Dr. Adolf Deißmann, Berlin

In der internationalen Aussprache über das furchtbare Verbrechen der Hungerblockade ist mir die Frage gestellt worden, ob nicht darin etwa eine Entlastung unserer Gegner liege, daß ihnen die entsetzlichen Wirkungen ihrer Maßnahme unbekannt geblieben sein könnten. Ich bestreite nicht, daß sich in England, Frankreich, Nordamerika viele einzelne kein rechtes Bild dieser Wirkungen gemacht haben. Aber viele haben das rechte Bild gehabt, und die eigentlich verantwortlichen Führer des feindlichen Vernichtungswillens haben dank ihres Nachrichtendienstes schon 1916 alles noch viel klarer gesehen, als die meisten von uns es damals schon in Deutschland beobachten konnten. In lapidarer Härte hat auf der „Canterbury Convocation" vom 17. Februar 1916 ein Führer der englischen Staatskirche, der Bischof von Bangor in Wales, das öffentliche Bewußtsein seines Volkes in den Tafeln der Welt- und Kulturgeschichte verewigt: „Wir führen jetzt einen Krieg gegen Frauen und Kinder durch unsere Blockade" (vergl. „The Guardian" vom 24. Februar 1916).

Ich bin aber in der Lage, urkundlich einen noch überraschenderen Beweis dafür zu geben, daß der Entente die wirkliche Lage der seit 1916 verschmachtenden deutschen Zivilbevölkerung absolut genau bekannt war. Vor mir liegt ein von der feindlichen Propaganda im Herbst 1916 durch Flieger verbreitetes Blatt „Briefe aus Deutschland", das eine große Zahl von Briefen deutscher Frauen an ihre gefangenen Männer usw. faksimiliert und in Umschrift wiedergibt. Diese zweifellos echten Stimmen der Verhungernden selbst stehen in einem erschütternden Parallelismus zu den Urteilen der Ärzte. „Zum Wendepunkt in der Ernährung wurde die Mitte des Jahres 1916." Dieser Satz eines unserer ersten Hygieniker, des Professors Rubner (Berlin) und viele sonstige in der „Berliner Klinischen Wochenschrift" Nr. 1 vom 6. Januar 1919 abgedruckten wissenschaftlichen Urteile anderer Autoritäten empfangen hier im voraus ihre Bestätigung durch ein Referendum der „auf lungenkrank" sterbenden Frauen selbst. In Deutschland haben wir in schwerer Verkennung der Abwehrnotwendigkeiten auf dieses feindliche Flugblatt sonderbar reagiert: unsere Geistlichen erhielten es da und dort mit der Bitte, doch darauf hinzuwirken, daß die Frauen ihren Männern keine solche Klagebriefe schreiben möchten. Man meinte wohl, Unterdrückung der Klagen sei Beseitigung des Hungers. Hunderttausende deutscher Frauen haben auch unterlassen, zu klagen; aber das Echo des Elends war doch nicht zu unterdrücken.

Zunächst gebe ich hier die von der feindlichen Propaganda mit zynischer Schamlosigkeit den Briefen vorausgeschickte Einleitung und dann eine Auswahl der Briefe selbst. Ihre Orthographie ist zum Teil verbessert. Im Faksimile wirken sie, mit allen Eigentümlichkeiten unserer Armenleute-Mundarten noch ergreifender.

Digitized by Google

[1916].

„Zum Verständnis der jetzigen Ereignisse, zur Beurteilung der gesamten Lage, gehört vor allem ein klares Bild der Situation in Deutschland. Die deutsche Zensur unterbindet aber möglichst jede Information, welche die innere Lage beleuchten könnte,*) und die offiziösen optimistisch gefärbten Situationsberichte, welche vom Berliner Presseamt in regelmäßigen Zeitabständen der Presse zugeschickt werden, stehen mit gewissen nicht abzuleugnenden Symptomen allzusehr in Widerspruch, um als ernste Unterlage zum Studium der sozialen und ökonomischen Zustände Deutschlands im dritten Kriegsjahr dienen zu können: Offene und ehrliche Auskunft geben uns die Briefe, welche aus dem Inneren Deutschlands an die Kriegsgefangenen gerichtet werden. Zum Teil sind dieselben zensiert worden, aber die deutsche Zensur scheint gegenüber den massenhaften Klagen ohnmächtig zu sein; zum Teil gelangen dieselben auf die verschiedensten Arten, unter Umgehung jeder Zensur, unabhängig von jedem äußeren Druck, an die Gefangenen. Die 26 Briefe, die hier zum Abdruck gelangen, sind unter denen herausgegriffen, welche dem Arbeiterstande, dem Proletariat entstammen und in einem Zeitraum von 6 Wochen in einem einzigen Lager eingelaufen sind; die Personennamen wurden, um den Absendern polizeiliche Nachforschungen zu ersparen, gestrichen; die von der deutschen Zensur überdeckten Stellen wurden auf chemischem Wege möglichst wieder ans Licht gebracht."

„Cöln, den 3. 8. 16.

. . . . . Ach könntest Du noch einmal hier sein und sehen uns armen Weiber hier an den Verkaufsstellen stehen! Siehst, für ums liebe Geld bekommt man keine Ware. Ich bekomme für uns drei die Woche nur 3 Brote und jede Woche nur 4 Pfund Kartoffeln und wir haben hier wieder neue Brotbücher und Marken. Es ist an noch keinen Frieden zu denken, wir sind hier in Deutschland am Hungern und es kommt noch schlimmer, keine Milch und nichts mehr kriegt man. Die armen Kleinen!"

„Jocketa, den 23. 7. 16.

. . . . . immer plagt einem der Hunger, kaum hat man gegessen, schon wieder meldet sich Hunger, es geht aber nicht bloß mir so, jedem geht das so, manchmal bin ich ganz verdrießlich; Walters gehen alle drei in Steinbruch, da koche ich mit, die werden auch nicht satt. Ja, solange man überhaupt in der Stube ist, immer quält der Hunger . . ."

„Anrath, den 6. 8. 1916.

. . . . . Teile Dir nun noch eben mit, daß A.... auch vergangene Woche gestorben ist. Man hört und sieht nichts als Tod und Verderben, es sollte mich gar

*) Diese Bemerkung des feindlichen Flugblattes ist ganz richtig. Ich halte es freilich für den schwersten Fehler unserer geistigen Abwehrtaktik, daß unsere Zensur versucht hat, die Blockade als relativ wirkungslos hinzustellen. Hinausgeschrieen werden mußte vielmehr das Elend in alle Welt; das hätte ebensosehr als Gegengewicht gegen die Greuelpropaganda der Gegner, wie als Stärkung der innerdeutschen Entschlossenheit gedient.

Digitized by Google

nicht wundern, wenn die ganze Welt ausstirbt. Von mir ist auch nicht viel mehr da, ich wiege noch knapp hundert Pfund; Du würdest Dich wundern, wenn Du mich sehen könntest, ebenso meine Schwester, sie hat 40 Pfund abgenommen."

„Osterfeld, den 22. 7. 16.

Es sterben viele Menschen hier. Die Leute bekommen ja nicht mehr was ihnen zusteht. In Essen haben sie an der Verkaufsstelle einen Schutzmann totgeschlagen und zwei Frauen totgedrückt, eine Frau von acht Kindern und eine von zwei Kindern. Es wird alle Tage noch toller. Wenn Du was haben willst jeden Tag für in Pot, dann mußt Du den ganzen Tag mit zwei Mann unterwegs sein, sonst ist es Abend und hast noch nichts. Das kann überhaupt nicht mehr so gehen, hier sich die Köppe kaput hauen, und die armen Männer im Schützengraben auch."

„Hindenburg, 29. 7. 16.

. . . . . Mich dauern nur meine lieben Kinderchen, denn sie können dann noch genug ohne Mama sein; denn, Liebling, ich werde Dir die Wahrheit schreiben, ich fühle mich sehr ungesund, meine Schwester Gustel ist lungenkrank, aber bitte schreibe nichts davon, die wird wohl auch nicht lange machen, jetzt sterben alle Leute auf lungenkrank; das ist alles von der Kost, denn man bekommt alles sehr knapp. Ach mein Gold, jetzt würde es mir sehr leid tun sterben . . . ."

* * *

Alles in allem: Worte de profundis! Die Unbekannten aber, deren kraftlose Finger diese Notzeilen hinwarfen aufs schlechte Papier ihrer Heimatgrüße, werden als Zeuginnen und Richterinnen mitwirken, wenn, lange nach den Weltmächten, die Weltgeschichte ihr Tribunal errichtet.

Die wirtschaftlichen Forderungen unserer Gegner

Herr Lloyd George hat in seinen Wahlreden versichert, England werde zu verhindern wissen, daß Deutschland seine Waren in unbeschränktem Maße auf dem britischen Markte werfe. Dieser Erklärung liegt die Frage nahe, wer denn die deutsche Ausfuhr, mit der allein eine Kriegsentschädigung bezahlt werden kann, aufnehmen soll, wenn nicht England, das doch als einziges Land Freihandel treibt und der Hauptgläubiger Deutschlands sein wird. Welche Länder wären bereit, diese Güter aufzunehmen, um England zu helfen, seinen Anteil an der Entschädigung einzuziehen? Die Ausfuhr von Waren aus Deutschland in dem für eine Kriegsentschädigung nötigen Umfange — das ist nicht wegzuleugnen — würden den gesamten Welthandel demoralisieren, sofern Deutschland überhaupt in der Lage wäre, soviel Waren herzustellen. Der Welthandel beruht auf Gegenseitigkeit. Es ist etwas so Unnatürliches, für nichts etwas zu erhalten, daß dadurch der natürliche Gang der Dinge auf das Ernsteste gefährdet wäre . . .

Digitized by Google

Auf der Seite der Ententesachverständigen ist die Anregung erfolgt, Deutschland müsse seine Bahnen und seinen sonstigen Staatsbesitz seinen Feinden aushändigen. Würde das geschehen und würden die Betriebsüberschüsse dann wieder in Deutschland angelegt werden, so würde Deutschland davon keinen Schaden erleiden. Aber die Gläubiger würden solange nichts gewinnen, bis es ihnen gelänge, dieses in Deutschland angelegte Kapital so wieder aus diesem Land herauszuziehen. Dieses Herausziehen ist aber nur denkbar, wenn das Guthaben in bewegliche Dinge umgewandelt würde; das aber würde dann sofort wieder das soeben aufgerollte Problem aufs neue aufrollen. Es gibt eben kein Mittel, wirklich eine Entschädigung zu zahlen, wenn nicht durch Schaffung eines Ausfuhrüberschusses.

Helfferich hat das jährliche Nationaleinkommen Deutschlands auf 6—7 Milliarden Mark geschätzt. In dieser Summe ist also auch jede Verbesserung in der Landwirtschaft usw. eingeschlossen. 6—7 Milliarden also war darnach der ungefähre jährliche Vermögenszuwachs des alten deutschen Reiches. Diese Kapitalmenge könnte für neue Anleihen, Verbesserungen und Betriebsmittel usw. zur Verfügung gestellt werden, kurzum für jene Zwecke, denen überall der Kapitalzuwachs dient. Wenn man nun annimmt, Deutschland wäre auch heute noch in der Lage, diese Summe alljährlich zu erübrigen, (was selbstverständlich irrig ist), so würden jene 6—7 Milliarden restlos aufgezehrt werden, um einen ganz bescheidenen Teil der Kriegslasten der Entente zu verzinsen und es würde dann kein Pfennig für Verbesserungen und Neuanlagen verfügbar sein. Nun leben wir aber in einem Zeitalter gewaltiger gewerblicher Veränderungen und ein Land, das nicht über Mittel verfügt, um seine Anlagen zu verbessern und seinen Handel zu finanzieren, kann unmöglich mit der Konkurrenz gleichen Schritt halten. Sehr bald müßte es ins Hintertreffen geraten, konkurrenzunfähig werden und dann überhaupt keinen Pfennig mehr an Entschädigung zu zahlen vermögen. Schnell müßte der Handel zusammenschrumpfen und kaum könnte soviel ausgeführt werden, um auch nur die nötigen Rohwaren wieder einzuführen.

Man darf nicht vergessen: Eine Steuer, die für die Kriegsentschädigung an das Ausland zu zahlen ist, bringt keinerlei Gegenwert an das tributpflichtige Land. Dadurch unterscheidet sie sich erheblich von einer Steuer, deren Ergebnisse im eigenen Lande verbleiben, wie das bei inneren Schulden der Fall ist. Bei diesen inneren Schulden zirkuliert ja das Geld im Lande und bleibt somit für die heimische Wirtschaft verfügbar. Ganz anders aber bei Zahlungen ins Ausland. Da fließt das Kapital über die Grenzen, ohne daß etwas dafür hereinkommt. Kein Pfennig neuen Kapitals wird freiwillig nach Deutschland kommen, wenn es den schweren, für die Kriegsentschädigung erforderlichen Steuern unterworfen wird. Aber selbst wenn der jährliche Tribut auf die Hälfte des reinen Einkommens heruntergeschraubt würde, — gleichgültig wie hoch dieses ist — wird

Digitized by Google

man sich über den verhängnisvollen Einfluß auf die persönliche Initiative und den Unternehmungsgeist keiner Täuschung hingeben dürfen. Denn einmal bleibt überhaupt zu wenig Kapital den neuen Unternehmungen verfügbar, dann aber wird die Gefahr für diese Neuunternehmungen zu groß, um genügenden Anreiz zu lassen. Wie kann sich die industrielle Zukunft eines Landes gestalten, das in dieser Beziehung unter erheblich schwereren Hemmungen zu leiden hat als seine Konkurrenten? Es ist nicht nötig, diese Frage aus Besorgnis um Deutschland aufzuwerfen, sondern man muß sie erwägen im Hinblick auf Deutschlands Fähigkeit, Waren im Weltmarkt für seine Entschädigungspflicht zu verkaufen.

Jegliche Berechnung über die Zahlungsmöglichkeit Deutschlands wird wertlos, wenn man dem Volke keinen genügenden Anreiz zur Arbeit und zu neuen Anlagen für die Zukunft bietet. Es gibt überhaupt kein wirksameres Mittel, Menschen zur Arbeit zu veranlassen als durch Lohnzahlung. Versklavung hat sich nie als ein gutes Geschäft erwiesen. Man hat Maßnahmen getroffen, damit gewisse Besitzkitel nicht etwa aus Deutschland verschleppt werden. Das mag durchführbar sein. Dagegen ist es nicht möglich, die Menschen dauernd von der Auswanderung aus Deutschland abzuhalten. Und sie werden auswandern, wenn die Aussichten für sie und ihre Kinder künftig anderswo besser sind. Die Führer, welche die Fähigkeit haben, Geld zu verdienen, würden auswandern, was aber würden die Zurückgebliebenen in einer derartig trostlosen Lage beginnen? Kurzum: Zwingen die Alliierten Deutschland, in seiner industriellen Wirksamkeit zurückzubleiben und den Ehrgeiz seiner Bevölkerung zu ertöten, so wird das Austrocknen aller Quellen des Landes die Folge sein. In manchem Kopf mag der Gedanke spuken, das sei zum Vorteil der übrigen Länder; außerdem wird man vielleicht meinen, verdienten die Deutschen ja das Schicksal nach dem schrecklichen Elend, das sie über die Welt gebracht haben.

Sehen wir uns dies einmal an: Würde die Welt wirklich wirtschaftlich besser dastehen, wenn eine der großen Nationen bedrückt und gelähmt würde? Gewiß, ein jeder sehnt sich darnach, seine Konkurrenz los zu werden. Aber die Welt wird nur dadurch reicher, daß ein-jedes Land zu den gemeinsamen Kenntnissen und Vermögen beisteuert.

Würde es der Welt wohler sein, wenn Deutschland unbewohnt wäre, ein leeres Gebiet mit einer undurchdringlichen Einfriedigung?

Würde es der Welt wohler sein, wenn Deutschland zwar bewohnt, aber isoliert wäre ohne einen auswärtigen Handel?

Würde die Welt etwas verlieren, wenn diese Isolation etwas gemildert wäre, in der Weise, daß man Deutschland erlaubt, für einige Millionen Mark Waren auszuführen gegen die Einfuhr der gleichen Menge ausländischer Waren, sofern nur die Art dieses Warenaustausches auf beiden Seiten freiwillig wäre? Würde

Digitized by Google

irgendwelcher Schaden entstehen, wenn man zuließe, diesen freiwilligen Warenaustausch allmählich auf beiden Seiten von einigen Millionen auf einige Milliarden zu steigern, also auf die Höhe vor dem Kriege? Alles in allem: Deutschlands Eigenschaft als Konkurrent auf dem Weltmarkte dürfte doch wohl ausgeglichen werden durch seine gleichzeitige Eigenschaft als Käufer. Fällt aber die deutsche Ausfuhr weg, so muß auch die deutsche Einfuhr verschwinden. Jedes Land deckt nur seine eigenen Bedürfnisse. Dafür gibt es nur zwei Wege: Entweder den geschlossenen Handelsstaat, den kostspieligeren Weg, oder aber den Handelsverkehr mit anderen Völkern, den vorteilhafteren Weg. Es spricht schlechterdings alles dafür, daß beide Teile bie freiwilligem Warenaustausch nur gewinnen; denn jedes Land hat seine besondere Begabung und Mittel, um der ganzen Welt Dienste zu leisten. Wenn das nicht unwiderlegliche wirtschaftliche Wahrheit ist, so gibt es keine nationalökonomische Wissenschaft. Zweifellos, die Verbündeten haben das Recht, Deutschland zu verhindern, seine Abenteuerpolitik zu wiederholen. Niemand aber, der die wirtschaftlichen Sorgen des heutigen Deutschlands und die Veränderungen in Europa kennt, fürchtet im Ernste eine derartige Wiederholung. Denn nie hat eine Nation eine solche restlose Niederlage, einen solchen Schiffbruch erlitten ....

Deutschland hat vor bald 50 Jahren den Franzosen Elsaß-Lothringen genommen und diesem Lande einen Tribut von fünf Milliarden Franken auferlegt. Von jenem Tage an lebte Deutschland in Erwartung der französischen Revanche. Die jährliche Erhöhung des deutschen Militärbudgets, als Folge dieser Politik, hat den ganzen Nutzen jener Unternehmung aufgezehrt. Keine noch so hohe Entschädigung kann einen Vergleich aushalten mit der Politik, die zu einem wahren sicheren Frieden führt; denn die wirklichen Kriegskosten bestehen nicht in Geld, sondern in menschlichen Leiden. Keine Kriegsentschädigung kann die Toten zurückbringen oder die Schrecken des Krieges ausgleichen und die beste Politik bei allen siegreichen Völkern muß sein: in die Zukunft zu blicken, nicht aber in die Vergangenheit. . . ."

*

Der Leser, der bis hierher gekommen ist, mag vielleicht etwas ärgerlich darüber sein, daß ein Deutscher in einer deutschen Wochenschrift in diesem Augenblick leidenschaftslos und mit einer kaum zu überbietenden Objektivität über den Wahnsinn der Ententeforderungen schreibt. Ich muß diesen begreiflichen Unwillen sogar durch ein Bekenntnis noch verstärken: Zu allem Überfluß habe ich mit obigen Zeilen noch ein Plagiat verübt; denn jene Gedanken sind gar nicht mein geistiges Eigentum, sondern sie sind Wort für Wort abgeschrieben und übersetzt aus dem Januar-Zirkular des größten amerikanischen Geldinstituts, der National City Bank in New York. Ich glaube aber, daß dieses Plagiat verzeihlich und gerechtfertigt ist. Was wird es im Ausland viel be-

Digitized by Google

sagen, wenn wir als Deutsche, als Partei, auch mit dem Brustton der Überzeugung mit allem uns zur Verfügung stehendem volkswirtschaftlichem Material die absolute Unmöglichkeit der Ententeforderungen beweisen? Wir sind und bleiben Partei und deshalb, so dachte ich, würden besser als eigene Ausführungen jene Argumente aus feindlichem Lager doppelt wirken, weil der Verfasser jener Berichte ein in der ganzen Welt anerkannter Nationalökonom ist, der keinerlei einseitige Vorliebe für die Deutschen hat, wohl aber über einen gesunden Menschenverstand verfügt. Das, was er vor Monaten als unsinnig zu widerlegen versuchte, das ist in der Zwischenzeit eingetroffen. Ja noch mehr: Der Entwurf des Dreierkollegiums ist noch schlimmer als das Unmögliche, was jener Amerikaner zu widerlegen versuchte. In den Tageszeitungen ist das ja alles des langen und des breiten dargelegt worden.

Es waren zwei Möglichkeiten, Deutschland auf das Furchtbarste zu strafen: Die eine Methode war die Auferlegung eines ungeheuren Tributs. Das haben offenbar die Franzosen in Paris verlangt. Die andere war die Vernichtung des deutschen Handels. Das entspricht den Wünschen der englischen Chauvinisten. Jeden der beiden Pläne hätte man bis zu einem gewissen Grade durchführen können. Wenn man aber, wie es jetzt geschieht, beides versucht, so wird beides mißlingen. So viel auch in den Verträgen geschrieben steht, so scheint uns doch eines zu fehlen: ein Fingerzeig darauf, wohin denn die ihrer Existenzmöglichkeit beraubten Deutschen auswandern sollen. Es wäre ja entschieden ehrlicher und besser gewesen, besonders festzulegen, in welchen Betrieben der kapitalistischen Welt die versklavten Deutschen man künftig beschäftigen will; denn in Deutschland selbst können sie unter diesen Umständen nur verhungern. Das aber wird kein langsames Dahinsterben sein, sondern das Hinunterfinken zum Lumpenproletariat wird begleitet sein von Erscheinungen, die auch den gesitteten Nachbarn etwas auf die Nerven gehen dürften; denn

„Etwas muß er sein Eigen nennen,
Oder der Mensch wird morden und brennen."

Severus Linter.

Zur gefälligen Beachtung!

Dieser Nummer liegt ein Prospekt der Verlagsbuchhandlung Gebr. Paetel in Berlin bei, über das Werk „Das europäische Verhängnis", die Politik der Großmächte, ihr Wesen und ihre Folgen, von Philipp Hiltebrandt. Wir bitten höfl., dieser Beilage Ihre Aufmerksamkeit zuwenden zu wollen.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a I. Für Anzeigen F. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland M. 7.50. Einzelnummer 50 Pfg. / Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 48.

Digitized by Google

4. Jahrgang * 30. Mai 1919 * Heft 22

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Wilson will Amerikas aktive Politik nun grundsätzlich verewigt wissen: Monroes Schutz-Lehre wird durch Wilson positiv umgedeutet. Amerika will Partner der Weltpolitik sein. Wilson verkündet das in dem Augenblick, da Paris seine sachliche diplomatische Ohnmacht dartut und die beiden Häuser des amerikanischen Kongresses eine Mehrheit von Republikanern beisammen sehen. Es ist die seltsamste Situation, wie laute Worte, schöne Reden und ungeheure militärische, finanzielle, wirtschaftliche Machtmittel in ein Fast-Nichts von Bedeutung zerfließen. Einige der Mitarbeiter des Präsidenten scheinen unter den peinlichen Widersprüchen auch zu leiden, daß sie nichts anderes zu sein haben, als die Kulissenschieber eines kaum umgemodelten Imperialismus. Wilson erspart sich Klarheit und marschiert hinter Clemenceaus Diktat. Die Deutschen appellieren an das Anstandsgefühl der Amerikaner. Viel Erfolg wird das nicht haben; die Voraussetzung jeglichen Erfolges aber ist, daß wir selber anständig sind.

*

Kleinasien und seine Küsten — das ist die andere Auflage von Balkan und Adria. Nur daß im Augenblick kein slawischer Ehrgeiz beteiligt ist. Ehe die albanische Problematik aufgenommen ist, meldet sich um Smyrna der griechisch-italienische Gegensatz: beide wollen Erben werden und die Franzosen überlegen sich, ob sie nicht mit Syrien allein die Dummen sein werden. Die imperialistische Besitzwut steigert sich im freundschaftlichen Konzern; auch Amerika schwankt in allerhand Plänen, bloß dämmert im Hintergrund der Zerreißungspläne die ungenaue Frage, was mit dem Kalifat geschehen solle. Der Kalif aller Gläubigen als Mandatar der Wallstreet von New York — die Märchen von Tausend und eine Nacht müssen neu geschrieben werden! Da Edgar Allan Poe nicht mehr lebt, kann die Aufgabe an den Iren Bernard Shaw übertragen werden.

*

Digitized by Google

Nach der Ankunft der Hallerschen Armee sind die annektionistischen Appetite der Polen stark gestiegen. Selbst der Pariser „Times"-Korrespondent sieht sich gezwungen zu erklären, daß „die Wiederaufnahme der polnischen Offensive gegen die Ukrainer auf der Friedenskonferenz in Paris einen für die Polen höchst ungünstigen Eindruck gemacht habe." Die „Times" melden weiter sogar, daß jetzt „in Paris beraten werde, den Staaten die wirtschaftliche Hilfe der Entente zu sperren, die ihre militärische Operation nicht einstellen". Noch deutlicher wird ein amerikanischer Funkspruch aus Lyon, worin rund heraus erklärt wird, daß es die heimliche Hoffnung Polens zu sein scheine, daß „Deutschland sich der Ausführung der Friedensbedingungen für den Osten widersetzen möge, was den Polen die Möglichkeit gebe, dem verstümmelten Preußen den endgültigen großen Schlag zu versetzen." Der Rücktritt Paderewskis wird in dieser Mitteilung darauf zurückgeführt, daß er die Einstellung des Kampfes gegen die Ukrainer gegenüber dem hochgestiegenen Chauvinismus der Polen nicht durchsetzen konnte. Paderewski selbst hat zugeben müssen, daß vor zwei Monaten noch die Entente Polen in einem größeren Umfange als jetzt hat herstellen wollen.

*

Es gewinnt immer mehr den Anschein, als ob Admiral Koltschak von der Entente dazu ausersehen sei, den Bolschewismus in ihrem Namen zu besiegen. Damit würde die russische Reaktion wieder ans Ruder kommen. Die gemäßigten Sozialisten, die sogenannten Menschewiki unter Kerenski protestieren denn auch bereits energisch gegen diesen Plan. Es ist fraglich, ob sie damit durchdringen werden, weil Koltschak in Fürst Lwow, dem ersten Ministerpräsidenten der Republik, und Ssasjonow eifrige Fürsprecher besitzt. Selbst England fängt die Gefahr einer solchen Russenpolitik zu erkennen an. Wenigstens wird dem Arbeiterblatt „Daily Herald", vom 20. Mai, aus Paris geschrieben: „Admiral Koltschaks diplomatische Offensive werde dort mit Kraft geführt. Es sei sicher, daß Koltschak als einziger Nachfolger des Zaren anerkannt werde. Hinter diesem ganzen Treiben steht Ssasjonow, der die dunkelste diplomatische Figur in Europa ist und ein Mann, dessen Komplotte mehr, als im allgemeinen angenommen wird, an der Entstehung des Krieges schuld sind, Ssasjonow hat Edward Greys letzte Vorschläge an Deutschland gefälscht und verstümmelt und damit zum Kriege getrieben."

Die Schwierigkeiten für Koltschak werden freilich erst beginnen, wenn es ihm gelungen sein sollte, den Bolschewismus zu besiegen. Dann wird er nämlich nicht nur den Kampf gegen die Randstaaten aufnehmen müssen, um sein Programm des „unteilbaren einigen Rußland" durchzuführen, sondern auch die überaus heikle Aufgabe anpacken müssen, die Bauern vom Gutsland zu vertreiben, denn er stützt sich auf den Grundbesitz. Das heißt Kampf gegen 80% des russischen Volkes.

Digitized by Google

Vingt millions de trop!

Von Dr. Paul Rohrbach

den 25. Mai 1919.

Herr Clémenceau, Präsident der Friedenskonferenz, die den Völkerbund internationaler Gerechtigkeit und Menschlichkeit für die kommende Welt stabilieren soll, hat neulich, als ihm ein vernünftiger Franzose entgegenhielt, man könne ein Volk von 60 Millionen nicht derartig versklaven, wie der Friedensvertrag zwischen Herrn Wilson und der Entente es vorsieht, die kalte Antwort gegeben: Vingt millions de trop! Es gibt zwanzig Millionen Deutsche zuviel!

Gut, daß wir dies Wort erfahren. Es bestätigt scharf und kurz das Prinzip der satanischen Politik, das wir nach englischen Quellen hier schon neulich gekennzeichnet haben. Was man aus den englischen Zeugnissen erschließen konnte, das hören wir jetzt auf eine klassische Formel gebracht von französischer Seite: der ganze Frieden hat vor allen Dingen den Zweck, die Zahl der Deutschen auf der Welt zu verringern; durch Abtretungen an die Nachbarn, und soweit das nicht hilft, durch Verschwinden infolge Not und Hungers.

Die deutsche Friedensdelegation hat, wie bekannt, am 13. Mai der Entente eine Note übergeben, in der dargelegt ist, daß die wirtschaftlichen Bestimmungen des Friedensentwurfs im Zusammenhang mit der Abtrennung wichtiger Industrie- und Landwirtschaftsgebiete die weitere Existenz von 15 Millionen Deutschen unmöglich machen und sie zur Auswanderung oder zum Verhungern zwingen würden. Man kann sich denken, mit welch einem Lächeln der Befriedigung die Ententevertreter diese Argumentation quittiert haben! In meinem Artikel über die satanische Politik der Entente (7. März 1919) schrieb ich, es sei Sorge dafür getragen worden, den feindlichen Mächten unanfechtbare Zeugnisse über die Wirkungen der Blockade in die Hände zu legen. Ich will die Punkte, über die damals die Entente beweiskräftig und überzeugend angegangen wurde, nochmals aufzählen:

1. daß an den Wirkungen der Blockade täglich ungefähr 800 Menschen in Deutschland sterben;
2. daß sich unter den kleinen Kindern an manchen Zentren die Sterblichkeit nahezu verdoppelt hat;
3. daß unter Kindern und Halbwüchsigen die Todesernte der Tuberkulose in großen Städten doppelt so groß wie vor dem Kriege geworden ist, die Sterblichkeit der Mütter am Kindbettfieber sich für ganz Deutschland um zwei Drittel vermehrt hat;
4. daß die Ärzte vielen heilbaren Krankheitsfällen ratlos gegenüberstehen, weil ihnen die nötigen Arzneien und Nahrungsmittel zur Hilfeleistung fehlen;

Digitized by Google

5. daß infolge der Unterernährung das ganze Volk von einer nervösen Erkrankung ergriffen ist, welche die Initiative lahmlegt und die moralischen Hemmungen schwächt;
6. daß Hunderttausende von Müttern nicht in der Lage sind, ihre rekonvaleszenten Kinder vollends gesund zu pflegen, weil sie sie nicht auffüttern können, so daß vielfach Siechtum auf Lebenszeit zurückbleibt, daß mit einem Wort die Lebenskraft der heranwachsenden Generation an der Wurzel getroffen ist.

Dazu schrieb ich: Auf die von der Northcliffepresse beeinflußte englische Politik und englische öffentliche Meinung werde mit solchen Darlegungen nur die Wirkung hervorgerufen, als daß es mit tiefer Befriedigung heißt: Vortrefflich, das gerade wollten wir ja haben, und so soll es sein, nicht nur für diese, sondern womöglich auch für die nächste Generation!

Darf ich im Zusammenhang hiermit auch an jenes Gutachten des Dr. Saleeby wieder erinnern, das (wie es heißt, auf Anregung des englischen Ministers Baden-Powell) noch vor dem Waffenstillstand im „Sunday Weekly Dispatch" veröffentlicht und in dem erwähnten Artikel in der „Deutschen Politik" wiedergegeben wurde. Es sollte dazu dienen, die Stimmung in England für die äußerste Schärfe der Blockade fest zu machen und die Erwartung zu stärken, daß die Blockade nicht nur den Krieg beendigen, sondern den Feind auch auf lange hinaus zugrunde richten, die „deutsche Rasse" ruinieren würde. Jene Worte, die man in Deutschland nicht oft genug wiederholen kann, lauteten:

„Wenn deutsche Eltern heute schlecht ernährt oder unterernährt oder halb ausgehungert oder durch die tausend und einen unheimlichen sogenannten Nahrungs-„Ersatzmittel", mit denen sie sich jetzt erhalten, vergiftet werden, so wird ihre Nachkommenschaft dementsprechend minderwertiges Erzeugnis sein. Sie wird in weitem Maße allen möglichen Varietäten erblicher Leiden unterworfen sein. Sie wird in geringem Maße widerstandsfähig sein gegen die Ansteckung durch Tuberkulose. Sie ist möglicherweise verkrüppelt, mißgebildet, oder im Wachstum unternormal. Es ist gewiß: daß kein noch so reichliches Hanteln, Keulenschwingen oder preußischer Kasernenhofdrill — kein noch so ausgiebiges Anwenden der Gymnastik in den so gerühmten deutschen Turnvereinen die Arme und Beine von Kindern geraderecken kann, die von schlechternährten Eltern stammen, oder gutes rotes Blut in ihre anämischen Adern zu pumpen vermag, oder auf andere Weise die dauernden Spuren abändern kann, die die Natur ihren mangelhaften Konstitutionen eingegraben hat ... Man nennt in Deutschland die Rhachitis „die Englische Krankheit". Nun wohl, es kann dazu kommen, daß sie diese Bezeichnung in Zukunft noch besser als in der Vergangen-

Digitized by Google

heit verdient, denn die britische Blockade ist an erster Stelle verantwortlich für Deutschlands jetzige fürchterliche Ernährungsnotlage und infolgedessen für die Dauerwirkungen, die deren Folge sein werden."

Englische Kritiker sind es gewesen, von denen diese Worte nicht einem einzelnen besonders rohen Journalisten, sondern einer ganzen politischen Richtung als Ausdruck ihres Willens zugeschrieben wurden. Der Friedensentwurf zeigt, daß diese Richtung heute noch in England die herrschende ist, und sie arbeitet in Übereinstimmung mit der Politik, die in Frankreich durch Clémenceau vertreten wird. Wenn also die deutsche Note auf die 400 Würgeparagraphen des Friedensinstruments erwidert, sie kosteten noch über die Abtretungen hinaus 15 Millionen Deutschen das Dasein, so ist die Antwort, die Clémenceau-Frankreich und Northcliffe-England darauf bereit haben, ohne weiteres klar. Sie werden sagen, und sollten sie sich scheuen, es laut vor der Welt auszusprechen, so wird ihre Antwort innerlich durch den Gedanken bestimmt sein: Aber das ist ja gerade die Wirkung, die dieser Friedensschluß in unserem Sinne haben soll; wie sollten wir dazu kommen, etwas dafür zu tun, das von uns selbst aufgestellte Ziel zu beeinträchtigen!

Man glaube doch ja nicht, daß bei jenem Typus englischen und französischen Empfindens, dem der Friedensentwurf Ausdruck gibt, und dem auch Wilson sich gefügt hat, eine Spur von Menschlichkeit dem Feinde gegenüber vorhanden ist, und nur gar, wenn dieser Feind Deutschland ist, vor dem man solange in Furcht und Sorge gelebt hat. Ein Blatt wie die Vossische Zeitung gibt sich in seinen Leitartikeln und in Korrespondenzen aus Versailles Mühe, seine Leser zu überreden, nur England sei der schlechthin unmenschlich kalte, von reinem brutalen Vernichtungswillen erfüllte Gegner; mit Frankreich stände es anders; mit den Franzosen werde es möglich sein, zu einer Verständigung zu kommen, wenn ihnen nur ihre Sorge genommen wird, Deutschland meine es nicht ehrlich mit dem Ende der Feindschaft und denke heute schon an den Revanchekrieg. Daraufhin wird die deutsche Politik aufgefordert, Wege zu finden, um den Franzosen diese Angst zu nehmen. Es mag ja menschlich zu verstehen sein, daß Politiker, die nach einem Ausweg und nach einer Hoffnung für Deutschland in seiner furchtbaren Lage suchen, allerlei Brückenkonstruktionen in eine erträgliche Zukunft hinüber aufzeichnen. Sieht man aber nüchtern zu, so merkt man alsbald die Tragunfähigkeit dieser Gebilde. Sie sind naiv gedacht, weil denen, die sie entwerfen, die geschichtlich-politische Anschauung fehlt, die allein imstande ist, uns vor Trugideen zu bewahren.

Keine Macht der Welt wird die Franzosen im ganzen durch irgendwelche Erläuterungen, Abmachungen, Verträge usw. davon überzeugen können, daß

Digitized by Google

Deutschland auf den Versuch, sich eines Tages wieder vom Franzosenjoch zu befreien, verzichten wird, wenn die Zahl der Deutschen anderthalbmal oder noch einmal so groß ist, wie die der Franzosen. Ein Volk von dem Temperament und dem uralten Gefühl des geschichtlichen Gegensatzes gegen seinen östlichen Nachbarn, wie das französische, ist außerstande, zumal nach einem solchen Kriege und einem solchen Frieden, vom deutschen Volke etwas anderes zu erwarten, als die Revanche. Bliebe der Friede für Deutschland erträglich, ließe er die Einwohnerzahl Deutschlands in der Hauptsache unverändert, gestattete er gar die Vereinigung Deutschösterreichs mit einem nur wenig verstümmelten Deutschland, ließe er den Deutschen Aussicht, sich in absehbarer Frist zu erholen, ihre bisherige natürliche Wachstumkraft gegenüber dem Stillstand der Bevölkerung in Frankreich wieder zu gewinnen, so könnte ein Engel vom Himmel die Garantie für Deutschlands friedliches Verhalten übernehmen — die Franzosen würden nicht daran glauben. Das einzige, woran sie glauben, ist in Clémenceaus Wort enthalten: Zwanzig Millionen Deutsche zuviel! Auf dieses Ziel, Deutschlands Bevölkerung dauernd bis auf 40—50 Millionen Menschen herabzudrücken, richtet sich der ganze Friedensentwurf der Entente. Dieser Gedanke bildet den in dem Schriftstück selbst unausgesprochenen, von Clémenceau aber in seinem haßerfüllten Temperament unbesonnen hervorgestoßenen Leitsatz, dem jeder Abschnitt, jede Bestimmung von Anfang bis zu Ende dienstbar ist.

Man versteht ein solches Dokument erst dann richtig, wenn man den Geheimschlüssel kennt, über den sich die Teilhaber, die sich seiner bedienen wollen, vorher verständigt haben. Dieser Schlüssel lautet eben: 20 Millionen Deutsche weniger! Was sich abschneiden läßt, schneidet man ab, und was nicht abgeschnitten werden kann, mag verkommen und verhungern! Dies Ziel verfolgt der Friedensentwurf mit unerbittlicher Konsequenz, und man muß zugeben, daß er hierfür eine Meisterleistung von wahrhaft satanischer Vollkommenheit und Wirksamkeit darstellt. Die Gesichtspunkte, von denen Frankreich und England dabei ausgehen, sind verschieden. Die Engländer sagen sich: Wenn Deutschland nicht mehr als 40 Millionen Einwohner hat, so kann es von dem Ertrag seiner Landwirtschaft bestehen, innerhalb seiner verkleinerten Grenzen zwar nur kümmerlich, aber das kann dem englischen Interesse ja gleichgültig sein. Die Hauptsache ist, daß der Deutsche industriell und handelspolitisch nicht wieder ein Konkurrent des Engländers wird. Also muß der „englische" Friede für Deutschland entsprechend zugeschnitten werden. Der Franzosen dagegen sagt: Mit 40 Millionen wirtschaftlich verkümmerter Deutscher, die militärisch entwaffnet, verkehrspolitisch kontrolliert und des größten Teils ihrer Bodenschätze beraubt sind, können wir es im Ernstfall allein aufnehmen, mehr Deutsche darf es aber nicht geben, wenn

Digitized by Google

wir sicher sein sollen! Man sieht also, daß das englische und das französische Ziel, wenn auch von verschiedenen politischen Ausgangspunkten her, im Ergebnis dasselbe ist. Harmlose Kritiker des Friedensentwurfs haben gesagt, er sei unlogisch, denn durch ihn werde ja die Henne geschlachtet, die die goldenen Eier legen solle. Das ist, wenn man will, richtig, bedeutet aber weder einen Einwand noch eine Schwierigkeit für das Verständnis, sobald man den Schlüssel kennt. Die entscheidende Hauptsache ist und bleibt, daß die gefährliche deutsche Volkszahl verringert werden muß. Man raubt Deutschland aus, so weit es geht. Es wird immerhin etwas zu holen sein, wenn nur mit der gehörigen Brutalität gedrückt wird. Verbleibt schließlich ein uneingebrachter Rest, so kann der ja als Dauerforderung und stete Drohung formell aufrecht erhalten werden. Ob er schließlich gezahlt wird oder nicht, macht nicht soviel aus gegenüber der Erreichung des Fundamentalziels, daß es zukünftig nur noch 40 Millionen Deutsche gibt.

Ohne Zweifel werden in England und sonst in der Welt sich auch menschenfreundliche Stimmen finden, die diesen Satanismus gegen Deutschland verurteilen. Man war ja auch so freundlich, Deutschland, ganze 300 000 Gummisauger für seine Säuglinge zu schicken und gleichzeitig 140 000 Milchkühe zu fordern, die die Milch für diese Säuglinge liefern sollen. Das ist englisch. Es besagt gar nichts gegen die Humanität der Spenderinnen der 300 000 Gummisauger, aber unabhängig davon steht die Tatsache fest, daß die englische Politik von den Leuten gemacht wird, die beschlossen haben, jene Kühe zu fordern (natürlich nicht für England, sondern für Frankreich und Belgien). Humane und gerechtigkeitsliebende Engländer haben auch gegen den Burenkrieg und gegen die Konzentrationslager protestiert, aber die anderen, die weder gerecht noch human waren, haben die Goldminen eingesteckt und die 26 000 Frauen und Kinder in den Lagern umkommen lassen. Hinterher haben sich Humane und Inhumane, Gerechte und Ungerechte gemeinsam bei den Tatsachen beruhigt, die nun einmal geschehen waren. Gerade so würde es auch gehen, wenn in zehn Jahren das, was zunächst noch an Deutschen hinter einem solchen Frieden über 40 Millionen hinaus verbliebe, verkommen ist. Es wird etwas schwerer sein, 10 oder 20 Millionen zu Grunde gegangene Deutsche moralisch zu verdauen, als 26 000 Burenkinder und Frauen, aber warum sind die Deutschen so zahlreich! Vielleicht öffnet Herr Wilson oder sein Nachfolger die Vereinigten Staaten auch für deutsche Auswanderer oder erlaubt den Argentiniern oder sonst jemandem, es zu tun, wenn noch nicht mehr als die Hälfte ihrem Lose erlegen ist, und es gibt dann ein großes Loblied auf Amerika, auf den Völkerbund und die Menschlichkeit.

Wenn also jetzt in Versailles über den Frieden „verhandelt" wird, so haben wir uns gegenwärtig zu halten, daß es nicht um irgendwelche Abstriche und Milderungen im Sinne irgendeines unbestimmten Ergebnisses geht, über dessen

Digitized by Google

„Erträglichkeit" der Streit der Meinungen dann beginnen könnte, sondern einfach darum, ob England und Frankreich den Mord von soviel Millionen Menschen in Deutschland, der ihnen für ihre Ziele erforderlich scheint, erreichen oder nicht. Herr Wilson, seine 14 Punkte und sein Völkerbund werden dabei wohl eine gleich unbeachtliche Rolle spielen. Herr Wilson weiß, und er hat nichts dagegen, oder wenn er etwas dagegen hatte, so ist man über ihn zur Tagesordnung übergegangen, daß die oberste Bevölkerungsgrenze für Deutschland 40 Millionen betragen und daß was darüber ist, durch die abtötenden Wirkungen des Friedensmittels beseitigt werden soll. Es wäre merkwürdig, wenn er hinterher, nachdem ihm dieser Frieden diktiert worden ist, noch besondere Versuche machte, sich dagegen zu sperren. Widerstand leisten können nur wir allein, und die einzig mögliche Methode des Widerstandes für uns ist diejenige, daß wir die Unterschrift verweigern und dadurch die Gegner zwingen, entweder ihren Frevel noch weiter bis ins Ungeheure zu vergrößern oder vor den Schwierigkeiten politischer und moralischer Art zurückzuweichen, die sich infolge der deutschen Weigerung gegen ihren Plan erheben werden. Wenn sie trotz allem bei ihm bleiben sollten, so bleiben uns vielleicht Mittel übrig, deren Anwendung gegen den Feind uns weniger kosten würde, als der Untergang aller der Volksgenossen, die heute noch über jene Grenzzahl von 40 Millionen hinaus zu uns gehören.

Brest-Litowsk und Versailles

Von Axel Schmidt

In der Ententepresse ist es beliebt, den Versailler Friedensentwurf mit dem Brest-Litowsker Frieden in Vergleich zu stellen. Zum großen Schaden der deutschen Sache wird dieses Wort gedankenlos von unseren Russenfreunden nachgeplappert. Das Charakteristische des Brest-Litowsker Friedens bestand in der Selbständigmachung der bisher von Rußland unterjochten Randvölker. Nach ihm sollten Finnland, Baltenland, Litauen, Polen und Ukraine selbständige Staaten werden. In Versailles dagegen sollen rein deutsche Gebiete, wie Elsaß oder Saargebiet, Danzig oder Memel, Südtirol oder Nordböhmen, Mittelschleswig oder Westpreußen, teils ohne Abstimmung, teils verlockt durch materielle Vorteile, durch Abstimmung von Deutschland abgetrennt werden, wobei, wie in Westpreußen, das Resultat durch Wahlkreisgeometrie gefälscht werden soll. Wenn wirklich der Brest-Litowsker Frieden ein Gewaltfrieden gewesen wäre, wären nach dem Zusammenbruch Deutschlands alle Randvölker schleunigst wieder unter die russischen Fittiche geflüchtet. Statt dessen ringen sie alle nicht nur energisch mit dem Bolschewismus, sondern arbeiten bei der Entente für die Anerkennung der Un-

Digitized by Google

abhängigkeit ihrer Staatswesen. Selbst die Entente konnte nicht umhin, durch Empfang der Vertreter all dieser in Brest-Litowsk aus der Taufe gehobenen jungen Staaten die Berechtigung des Brest-Litowsker Grundgedankens anzuerkennen. Finnlands Selbständigkeitsdrang war schon vor dem Kriege in Europa nicht unbekannt. Haben doch seit Anfang dieses Jahrhunderts, wo die Russifizierungsbestrebungen einsetzten, nur zu oft Gelehrte und Künstler der gesamten Kulturwelt sich für die Berechtigung des finnländischen Freiheitskampfes ausgesprochen. Über Polen, das von den Mittelmächten befreit, jetzt zum verzogenen Liebling der Entente geworden, braucht gleichfalls kein Wort mehr verloren zu werden. Über das Ringen der Ukraine gegen das moskowitische Joch ist in unserer Zeitschrift mehrfach berichtet worden. Die nationalbewußten Ukrainer unter Petljura kämpfen unermüdlich gegen den Bolschewismus, welcher Kampf freilich sehr erschwert wird durch das polnische Vordringen auf ukrainisches Gebiet in Ostgalizien. Aber auch Litauen und Weißruthenien, nicht weniger als das Estenland und Lettland arbeiten emsig bei der Entente für Anerkennung ihrer Selbstständigkeit. Wie ist es unter solchen Umständen möglich, den Brest-Litowsker Frieden mit dem Versailler auf eine Stufe zu stellen? Wie läßt sich das Vorgehen der Entente in Südtirol und Nordböhmen, in Danzig und Westpreußen, in Oberschlesien und Schleswig, im Elsaß und im Saargebiet mit unserer Randstaatenpolitik in Vergleich setzen. Das konnte nur geschehen, weil leider während des vierjährigen Weltkrieges das deutsche Militär in all diesen Gebieten das Wort geführt hat. Letzteres hat es aber nirgends verstanden, den großen Gedanken der Völkerbefreiung in sich aufzunehmen, geschweige denn durchzuführen. Selbst im engen Rahmen des Obrigkeitsstaates eingespannt, haben wir, statt die dortigen einheimischen Kräfte freizumachen, sie gebunden gehalten. Es genügt das Regime des Fürsten Ysenburg in Litauen anzuführen oder die Erfindung des Hetmans Skoropadski in der Ukraine, um das ganze Ungeschick dieser von Ludendorff und Hoffmann inaugurierten Politik zu kennzeichnen. Trotzdem sind alle Randstaaten mit Ausnahme von Polen darauf bedacht, gute Beziehungen zu Deutschland zu erhalten. Hierbei sprechen nicht nur wirtschaftliche Gründe der nahen Nachbarschaft mit, sondern ebenso politische. Großrußland und Polen sind und bleiben die Feinde all dieser Randstaaten von Finnland angefangen bis zur Ukraine herunter. Beide sind aber auch Deutschlands zukünftige Gegner.

Mag man daher die deutsche Methode der Verhandlung in Brest-Litowsk als völlig verkehrt verurteilen, die zwischen Peitsche und Zuckerbrot hin und herschwankte und statt der zugkräftigen Parole „Selbstbestimmung der Völker" nur zu oft die Brotlieferung als der Weisheit letzten Schluß ansah.

Digitized by Google

Die Ideen von Brest-Litowsk und Versailles sind, wie Tag und Nacht, verschieden. Hier wurden die im russischen Kerker sitzenden Völker von Finnland bis nach Armenien befreit, dort soll deutsches Land im Norden und Westen, im Süden und Osten an unsere Gegner verschachert werden, um Deutschland für ewige Zeiten schwach und elend zu machen. Am hinterhältigsten ist es aber, daß die Entente bei reindeutschen Gebieten, wie Südtirol, Nordböhmen, Danzig, von einer Abstimmung nichts wissen will. Auch in Oberschlesien, wo die Arbeiterschaft durch einen Anfall an Polen ihre wertvolle soziale Gesetzgebung einbüßen würde, ist eine solche nicht vorgesehen. Wo aber eine solche platzgreifen soll, da wird sie entweder wie im Saargebiet, auf eine spätere Zeit verschoben, nachdem Frankreichs schwere Hand fünfzehn Jahre drauf gelastet haben wird. Oder man lockt die durch die Hungerblockade zermürbte Volksmenge, wie in Schleswig, durch materielle Vorteile (Befreiung von den deutschen Kriegsschulden) ins feindliche Garn. Selbst Dänemark hat gegen die Fälschung des Selbstbestimmungsrechtes Protest eingelegt. Deutsche Blätter sollten nicht durch gedankenloses Nachplappern von Stichworten der Entente unseren Gegnern Trümpfe in die Hand spielen, sondern bei aller Verurteilung der schweren Fehler, die bei den Verhandlungen in Brest-Litowsk und namentlich vorher in der Verwaltung der befreiten Gebiete gemacht worden sind, zum Grundgedanken dieses Friedens sich bekennen. Ist es nicht beschämend, daß gerade jetzt, wo Deutsche diese Großtat deutscher Waffen zu verkleinern bestrebt sind, die Finnländer am Jahrestage der Befreiung Helsingfors den Deutschen öffentlich ihren Dank wiederholen. Wenn wir unsere Randstaatenpolitik verleugnen, so versperren wir uns noch den letzten Weg, wohin nicht nur unser Handel und unsere Industrie mit Erfolg wird arbeiten können, sondern auch das einzige Gebiet, wo deutsche Auswanderung nicht sofort vom Angelsachsentum zum Lohnsklaven gemacht werden wird. Daß der Befreiungscharakter des Brest-Litowsker Friedens nicht stärker ins Bewußtsein der Welt eingedrungen ist, liegt darin, daß die russische Revolution für ganz Rußland die Befreiung vom zarischen Joch brachte und im ersten Augenblick mancherorts angenommen wurde, daß dabei auch die Wünsche der Fremdvölker in Erfüllung gehen würden. Der Bolschewismus hat inzwischen diese Leichtgläubigen belehrt, daß nicht nur das Zarentum, sondern ebenso das gesamte großrussische Volk seiner ganzen Veranlagung nach nur autokratisch gegen andere Völker auftreten kann. Bei der russischen Revolution rächte es sich bitter, daß die deutsche Verwaltung nicht imstande war, ihre Stellung zu den Randvölkern von Grund aus zu ändern. Wir arbeiteten nach wie vor mit den veralteten Mitteln des engherzigen Obrigkeitsstaates, statt sofort beim Einmarsch in diese Gebiete die nach Betätigung sich sehnenden nationalen Kräfte an uns zu fesseln.

Digitized by Google

Weil wir aber im eigenen Lande noch mit Zensur und Bevormundung so reich gesegnet waren, waren wir auch nicht imstande, bei den Randvölkern anders vorzugehen. Deswegen bleibt es bestehen, daß in Brest-Litowsk mit freilich untauglichen, ja oft verkehrten Mitteln ein Befreiungswerk vollführt worden ist, in Versailles aber eine Versklavung Deutschlands angestrebt wird.

Der nationale Kampf um Schleswig

Von Viktor Fabrizius

Paris hat gesprochen. Das Herzogtum Schleswig ist, abgesehen von einem Teil südlich der Schlei und Treene, in 3 Gürtel zerlegt, von welchen der erste en bloc abstimmen soll, während die beiden andern, immer in einem zeitlichen Abstande von einigen Wochen, gemeindeweise abstimmen sollen. Durch diese teuflische Verzerrung des Abstimmungsprinzips glauben die Leiter der Weltpolitik Dänemark zu einem augenblicklichen Vorteil gelangen zu lassen, der es für ewige Zeiten mit Deutschland verfeinden muß.

Dänemark selber hat den ganzen Krieg hindurch strenge Neutralität gewahrt; das war weniger Verdienst der dänischen Gesellschaft, welche von Anbeginn an von starker Antipathie gegen Deutschland erfüllt war, als des deutschen Gesandten Rantzau, den dabei ein Umstand stützte, auf den wir gleich zu sprechen kommen. Dank der Neutralität aber hat es eine Milliarde Kronen Schulden abgetragen und eine Milliarde Kronen Guthaben im Auslande gewonnen. Dem steht gegenüber ein Tonnageverlust durch den U-Bootkrieg im Werte von etwa 50 Millionen Kronen. Ohne einen Schuß gelöst zu haben, soll es nun den größten Teil der Provinz Schleswig sich aneignen. Darüber feiert das ganze Volk im Siegesrausch und hat sich dank der Pressebearbeitung der Entente vollständig in den Wahn hineingelebt, berechtigter Teilhaber an dem Aufteilungs-Konsortium Deutschlands zu sein.

Daß Dänemark an dem Kriege nicht teilnahm, war unser, in den bisherigen Landesgrenzen liegender Vorteil. Nordschleswig bedeutete ein günstiges Aufmarschgebiet für Deutschland, bedeutete die Lähmung jeder Aggression des festländischen Dänemarks und damit die Garantie seiner Neutralität. Wiederholt hat die Entente Pläne geschmiedet, uns den Kieler Kanal abzuschneiden. Der Küstenschutz durch den Besitz des Lister-Tiefs im Westen, der Besitz Nordschleswigs für das Heer und im Osten der Besitz des Kleinen Belts machten den Angriff zu einem so schwierigen Geschäft, daß die Entente auf den Versuch eines nordischen Gallipoli verzichtete.

Die allgemeine Nächstenliebe der Entente für Dänemark erklärt sich nur aus

Digitized by Google

diesen strategischen Gründen. Es gilt die Wehrlosmachung Deutschlands an seiner Nordfront, zu welchem Zweck man es mit seinem nördlichen Nachbar gründlich zu verfeinden beabsichtigt, damit dieser dauernd in Abhängigkeit der Entente und zum getreuen Wächter und argwöhnischen Spion jeder neuen deutschen Kraftentfaltung eingesetzt werde. Es ist neben der Nordfront Deutschlands in erster Linie seine Flottenbasis, welche dabei in Frage steht: Es gilt, den Kieler Kanal. Durch seinen Bau und späteren Ausbau zur vollen Passierfähigkeit auch für die größten Kriegsschiffe, hatte Deutschland sich einen ausgezeichneten Küstenschutz geschaffen. Schon für die Handelsmarine bedeutet der Kanal die Unabhängigkeit von der englischen Überwachung des Kattegat und Skagerrak und von der dänischen Beherrschung der Belten und des Sundes. Für die Küstenverteidigung und für die Marine selber ist er jedoch der eigentliche Lebensnerv unserer Selbsterhaltung gewesen. Der „Temps" und ähnliche Aufteilungspolitiker schwärmen für die Errichtung eines den Kanal umfassenden Pufferstaates quer durch Schleswig-Holsteins Fluren hindurch. Die führenden Politiker englischer Zunge dagegen haben klar erkannt, daß es dessen nicht bedürfe, daß es vielmehr genüge, den Belt für Deutschland zu verschließen und seinen Freunden als Ausfalltor zu öffnen; daß es vor allem genüge, durch Zerstückelung Schleswigs den Landschutz des Kanals zu zerbrechen, und nunmehr Deutschland unter die dauernde Bedrohung eines alliierten Aufmarschgebietes bis vor die Tore Flensburgs oder gar bis in das Herz Mittelschleswigs, hinein zu versetzen.

Strategische Fragen geltend zu machen, ist im Zeitalter der Demokratie und des Völkerbundes altmodisch geworden. Die edlen ententistischen Befreier und das in sich selber um Hochsinn und Rechtssinn ringende Dänenvolk sind angeblich von idealen, nationalen Momenten geleitet. Vorgeschützt wird das Märchen von dem Unrecht, welches Dänemark 1864 geschehen sein soll, und die grobe Übertreibung von einer unter preußischer Knute schmachtenden und hinsiechenden dänischen Bevölkerung Schleswigs, welcher nunmehr die Befreiungsstunde schlagen soll. Die Bevölkerung Schleswigs ist in den Kreisen Hadersleben, Sonderburg und Apenrade und im nördlichen Drittel des Kreises Tondern unleugbar in ihrer größeren Kompaktheit dänischer Nationalität. Soweit sie es 1864 noch nicht war, ist sie es durch die völkerpsychologischen Torheiten der preußischen Landräte geworden. Dieser Bevölkerungsteil wurde 1864 auf der Londoner Konferenz und wiederholt später durch Bismarck dem dänischen Volke angeboten. Die dänische Regierung aber lehnte ab; sie gab die nationalen Interessen ihres Volkes an dynastische Prestige-Forderungen, — Herrschaft auch über das deutsche Schleswig — preis, so daß das Unrecht, welches 1864 den nördlichen Distrikten Schleswigs angetan wurde, voll und ganz auf das Konto der dänischen Anmaßungen fällt.

Digitized by Google

Nun spielt die Entente mit denselben Gelüsten nationalistisch verhetzter Kreise Dänemarks, die 1864 eine reinliche Auseinandersetzung verhinderten, und will dieses Reich in dauernde Feindschaft mit Deutschland hineintreiben, indem es seiner Bevölkerung vorgaukelt, am Ziele aller nationalen Hoffnungen zu stehen.

In dem Wilson-Programm war Nordschleswig nirgend erwähnt. Die Rücksicht auf Skandinavien und der Gerechtigkeitssinn des neuen revolutionären Deutschlands hat seine Regierung veranlaßt, auch für dieses Gebiet das Selbstbestimmungsrecht anzubieten. Im Prinzip war das nur billig und für die künftige Friedenspolitik Deutschlands vorteilhaft. Deutschland ist von seiner Stellung als Vormacht der Ostseestaatengemeinschaft herabgedrückt worden auf einen bloßen Teilhaber dieser Gemeinschaft, und es besteht für alle Ostseestaaten das Interesse des nachbarlichen friedlichen Zusammenlebens. Kann dieses Zusammenleben durch Abtretung eines Bevölkerungsteiles, der „mit deutlich manifestiertem Willen kund tut, daß er dem deutschen Reiche nicht angehören will", erzielt werden, so kann das nur eine Stärkung unserer Reichseinheit bedeuten. Der Brief des Staatssekretärs Dr. Solf an den Dänenführer Hanssen, in welchem die Selbstbestimmung für Schleswig anerkannt wurde, ist ein Rechtsakt gegen die eigene Bevölkerung, nicht eine Einräumung an den Staat Dänemark; Dänemark gehört überhaupt nicht zu den verhandelnden Parteien der Weltfriedenskonferenz. Es kommt für den ganzen Vorgang nur soweit in Frage, als es sich bereit erklären muß, den Bevölkerungsteil der Nordmark, der sich von Deutschland lösen will, in seine Reichseinheit mit allen Passiven aufzunehmen, mit denen er heute belastet ist. Statt dessen spielt sich die dänische gute Gesellschaft mitsamt der Masse der Mitläufer, welche immer ein Opfer der nationalen Phrasen zu werden pflegen, als Mitglied des großen Siegerkonzernes auf und läßt sich wie die übrigen Mitglieder der Entente in Paris historische, strategische und wirtschaftliche Vorteile in Aussicht stellen, welche mit der nationalen Scheidung in Schleswig in keinem Zusammenhange mehr stehen.

In dem in Frage stehenden Gebiet wohnen nach der Sprachstatistik von 1910: 415 077 Einwohner, davon waren Deutsche und Friesen insgesamt 277 396 oder 66,81%, während nur 133 582 Dänen oder 32,17% sich darunter befinden. Noch ungünstiger stellt sich der Vergleich der einzelnen Abstimmungsgürtel. In dem nördlichen befinden sich 54 062 Deutsche (29,88%) und 124 280 Dänen (68,70%), darunter aber eine Reihe deutschgesinnter Gemeinden, insbesondere Tondern und Hoyer, welche zu Unrecht in diesen Gürtel der en bloc-Abstimmung eingezogen sind, da sie an der Südgrenze des Gürtels liegen. In dem 2. Abstimmungsgürtel befinden sich 83 553 Deutsche (89,73%) und nur 8 513 Dänen (oder 9,14%). Noch ungünstiger stellt sich dieses Bild, wenn man bedenkt, daß die Stadt Flensburg

Digitized by Google

mit 65 000 Einwohnern 57 000 Deutsche hat, welche von diesem Gürtel abzuziehen sind, um die Zahlen für die ländliche Bevölkerung zu gewinnen. In dem dritten Gürtel finden sich überhaupt unter 139 781 Deutschen und Friesen nur 789 Dänen, das sind 0,56% Dänen gegenüber 99,03% Deutschen; das ist die nationale Abstimmung, welche die Entente betr. Schleswig vorschlägt. Unter diesen insgesamt 133 582 Dänen sind wenigstens 30 000 sogenannte „Heim-Deutschen", das sind Menschen dänischer Zunge, aber deutscher Gesinnung, deutscher Kirchen- und Schulsprache und deutschen Familiencharakters. Denn bis in die deutschen Reserveoffiziere-, Beamten-, Landwirt- und Gewerbetreibenden-Familien hinein ist die dänische Mundart Schleswigs das häusliche Idiom gewesen. Nun haben dänische Politiker dank der non chalance deutscher politischer Überwachung eine häßliche Agitation in den überwiegend oder rein deutschen Gemeinden dieses Gebietes entfaltet, um mit dem Vorteil der Steuerflucht, der Entziehung von allen Kriegslasten Deutschlands, der sofortigen reichlichen und billigen Lebensmittelversorgung der armen Bevölkerung, der Gratisverteilung von Kleidern und Schuhen, der Heimbeförderung der aus den Gebieten entstammenden und dänisch gesinnten deutschen Kriegsgefangenen zu krebsen, so daß mit dem Abfall größerer deutscher Bevölkerungsteile in Überläufertum gerechnet werden muß.

Trotz aller Spekulation auf die moralische Zermürbung der Deutschen durch den Krieg fühlt sich die Entente ihres Raubes nicht ganz sicher. Um ein Lockmittel zum Abfall für die deutschen Wähler zu haben, soll der abzutretende Bevölkerungsteil an den Kriegs-Schulden und Lasten des Reiches, an denen heute jeder Deutsche zu tragen hat, nicht teilnehmen, und soll für die Abstimmung als Stichtag des Seßhaftseins für die Stimmberechtigten der 1. Januar 1900 in Aussicht genommen werden, weil durch die Beweglichkeit des Besitzwechsels seit Einführung der agrarischen Hochschutzzölle die Ausschließung eines großen Teiles der Schleswiger an der Abstimmung bewirkt wird, und soll für den nördlichen Dänemark einigermaßen sicheren Teil, der vor allem die eigentliche strategische Bedeutung hat, eine En bloc-Abstimmung stattfinden, während für die südlich der — durch das Lister Tief, durch die friesische Marsch südlich Tonderns, nördlich Flensburgs in die Flensburger Föhrde gehenden — Abstimmungslinie verbleibenden Bezirke die Abstimmung gemeindeweise erfolgen soll, um so einer einheitlichen Kundgebung des deutschen Volkstums vorzubeugen und die Interessen des Privatbeutels aufs Äußerste anzuregen. Schließlich hat die dänische Irredenta sich durch gefälschte Petitionen ein Recht zur Abhaltung der Abstimmung auch in der Stadt Flensburg geben lassen, in welcher unter 67 000 Einwohnern höchstens 12 000 dänisch sprechende oder wirtschaftlich dänisch interessierte Einwohner sich befinden.

Digitized by Google

Die Stadt Flensburg ist diejenige, welche am schwersten durch die ganze Abtretung getroffen wird. Das Ziehen einer neuen Grenze reißt sowohl in das Familienleben als in das Wirtschaftsleben tiefe Wunden. Der provinziellen Handelsmetropole aber schlägt es unheilbaren Schaden, ob Flensburg nun nördlich oder südlich der Grenze bleibt. Es wird nur durch ein System der Protektion seines Handels und seiner Industrien vor dem völligen Ruin bewahrt werden können. Da aber die Industrien heute in Dänemark unter der bevorzugenden Gnade der Entente stehen werden, wird auf den Abfall deutscher Wähler aus diesem Interesse gerechnet, und es scheint, daß deutsches Großkapital diesen dänischen Umtrieben bereits Vorspanndienste leistet.

Das Auftreten des führenden politischen Deutschtums war anfänglich von derselben Hilflosigkeit charakterisiert, mit der das ganze intellektuelle Deutschland die Revolution hinnahm. Seit Jahrzehnten war seitens der preußischen Regierung eine Illusionspolitik geführt worden, welche mit einer Fülle äußerlicher Machtmittel die Bevölkerung über seine eigenen nationalen und kulturellen Schwächen hinwegtäuschte. Durch die Revolution waren die schleswigschen Führer der Deutschen zunächst anscheinend kaltgestellt. Es brach für den deutschen Schleswiger nicht nur der Glaube an die Unzerbrechlichkeit der deutschen Reichskraft zusammen, sondern es öffneten sich ihm die Augen zugleich für die Tatsache, wie schwach die Einwurzelung der Deutschen in Schleswig tatsächlich war.

Zunächst erhob sich eine absolute Proteststimmung gegen jede Abtretung, eine Bewegung, die ohne Verständnis für die neuen Aufgaben war, welche die anbrechende Zeit stellte. Diese verständnislose Protestpolitik wurde gestärkt durch die berechtigte Empörung über die schamlose Ausnutzung der Notlage durch die dänischen Agitatoren. Damit wurde durch das Verhalten der Deutschen wie der Dänen psychologisch der Moment verpaßt, wo die Schleswiger untereinander zu einer friedlichen Verständigung und einem schiedlichen Ausgleich hätten kommen können. Entsetzen packte den treuen deutschen Mann, als bald auch das schleichende Gift der Überläufergesinnung sich in den eigenen Reihen breit zu machen und offenbar zu werden anfing. Es galt jetzt auch den Kampf gegen das Verrätertum in den eigenen Reihen, das sich immer unverhüllter kundtat und sich nicht scheute, selbst Vertreter nach Kopenhagen und nach Paris zu entsenden. Anfang März war die Situation bis zu der Krisis eines völligen Zusammenbruches des Deutschtums gekommen. Da griffen mit Energie die sozialdemokratischen Führer ein, insbesondere das Mitglied der Nationalversammlung Michelsen. Sein Ordnungsruf an die deutsche Solidarität brachte zunächst wieder die ganze Arbeiterschaft fest zur Fahne der deutschen Republik, und nach mancherlei Verhandlungen gelang es am 28. April 1918 die führenden Persön-

Digitized by Google

lichkeiten des schleswigschen Deutschtums einschließlich aller Abgeordneten der preußischen Landesversammlung und deutschen Nationalversammlung auf ein einheitliches Programm in Neumünster zu einigen.

Seitdem steht zu hoffen, daß der Tiefstand des Zusammenbruches überwunden ist und alle deutschen Schleswiger sich auf ihre patriotische Pflicht bei der Abstimmung besinnen werden. Durch die Herstellung dieser Einheit ist Preußens und des Reiches Regierung in der Unbeugsamkeit ihrer Forderungen unaussprechlich gestärkt worden. Das deutsche Volk und die deutschen Schleswiger sind bereit, auf dem Boden der Gerechtigkeit und der vollen individuellen Freiheit der Abstimmung auf rein nationaler Basis die völkische Scheidung in Nordschleswig zu vollziehen. Jede Lösung aber, welche einer unsauberen Ausnutzung der Notstunde des Vaterlandes oder einer Einmischung der Entente durch Machtspruch gleichkommt, mit Entschiedenheit abzulehnen, einen solchen Frieden nur mit Protest zu unterzeichnen und dann mit der ganzen warmherzigen Unterstützung der 65 Millionen Deutschen, die wider unseren Willen von uns abgetrennten und Dänemark inkorporierten deutschen Brüder als Irredenta zu organisieren, bis der imperialistische Terror unserer Feinde überwunden ist, und in dem kommenden Völkerbund ein wirkliches Schiedsgericht der gleichen Gerechtigkeit zum Durchbruch gekommen ist.

So mag es angesichts der seelischen Verwirrung der verantwortlichen Männer in Paris durchaus möglich sein, daß vorübergehend auch eine Zahl deutscher Gemeinden im Norden Deutschlands von unserem Volkskörper abgerissen werden wird, aber niemals mit Zustimmung des deutschen Volkes. Dann werden wir sie uns wiederholen und die Parole:

„Jungs, holt fast! — Up ewig ungedeelt!"

wird ihr nationaler Kampfes- und Trostruf bleiben, bis die Gerechtigkeit im Völkerbunde zum Grundgesetz wird und die Stunde der Wiedervereinigung schlägt.

Das erste Memoiren-Trio

von Jagow — Graf Pourtalès — Helfferich

Von Dr. Friedrich Thimme

Es ist kein Zufall, daß jetzt mit einem Male die Memoirenwerke haufenweise zu erscheinen beginnen. Die Entente verlangt kategorisch von Deutschland das Eingeständnis seiner Schuld und zwar seiner alleinigen Schuld am Weltkriege, um solchergestalt den schmählichen Gewaltfrieden vor dem Welt-

Digitized by Google

forum zu einem Rechtsfrieden stempeln zu können. Sie droht denen, die vor dem Ausbruch des Krieges und während des Krieges an der Spitze der deutschen Staats- und Heeresleitung gestanden haben, dem Kaiser und dem Kronprinzen so gut wie Bethmann Hollweg, Ludendorff und Tirpitz, sie vor ein Ententegericht zu ziehen, das selbstverständlich nur eine Farce, nur ein Hohn auf die Gerechtigkeit sein würde, da den Richtern das „Schuldig" im voraus feststeht. Da ist es nur natürlich, wenn diejenigen, die in der deutschen Regierung und im deutschen Heere an maßgebender Stelle tätig gewesen sind, das Wort ergreifen, um vor aller Welt das Maß der deutschen und der eigenen Verantwortlichkeit festzustellen. Wir begrüßen es mit Freuden, daß einige dieser Kronzeugen, neben dem Leiter der auswärtigen Politik Deutschlands im Jahre 1914, Staatssekretär von Jagow, und dem ehemaligen Botschafter in St. Petersburg, Grafen Pourtalès, auch der frühere Leiter der deutschen Bank, spätere Stellvertreter des Reichskanzlers Dr. Helfferich, so früh mit ihren Schriften herausgekommen sind, daß ihr Zeugnis bei der Frage, ob wir in dem Friedensinstrument unser Schuldbekenntnis ablegen dürfen oder nicht, ins Gewicht fällt. Es steht zu erwarten, daß ihnen in wenigen Tagen, ebenfalls noch vor dem Friedensschluß, der ehemalige Reichskanzler von Bethmann Hollweg mit dem ersten Bande seiner „Betrachtungen" zum Weltkriege folgen wird, während die ebenfalls angekündigten Bücher der Ludendorff, Falkenhayn, Stein und Tirpitz wohl erst in einigen Wochen folgen werden.

Den Hauptteil der Schriften von Jagow und Helfferich macht, während Graf Pourtalès sich auf die schlichte Erzählung seiner letzten Verhandlungen in Petersburg während der Julikrise 1914 beschränkt, die Darlegung der allgemeinen politischen Lage vor dem Weltkriege aus. Beide holen sie dabei bis zu der Verschiebung der Mächtegruppierung seit Bismarcks Abgang aus. Denn mit Recht sagen sie sich, daß für die richtige Beurteilung der Ursachen des großen Weltkrieges vielleicht weniger der letzte Anlaß maßgebend sei, der zum Appell an die Waffen geführt habe, als die gesamte Weltlage, die politische Konstellation vor Ausbruch des Krieges eine lange Reihe politischer Tendenzen und Handlungen in allen beteiligten Ländern, durch die seit vielen Jahren der Knoten der Tragödie geschürzt wurde.

Die Darstellung wird bei Jagow wie bei Helfferich durch vielfache persönliche Reminiszenzen belebt. Mit besonderem Interesse liest man bei Helfferich die Kapitel über die Verhandlungen mit England und Frankreich in Sachen der Bagdadbahn und über die Tätigkeit der 1913 in Paris niedergesetzten Sonderkonferenz zur Regelung der mit dem Balkankrieg zusammenhängenden finanziellen und wirtschaftlichen Fragen. Hier erzählt der ehemalige Direktor der stark beteiligten Deutschen Bank ja ganz aus seinem eigenen. Die unendlichen Schwierigkeiten der Verhandlungen namentlich mit England, das seinen Stand-

Digitized by Google

punkt überall mit einer nicht zu übertreffenden Zähigkeit festhielt und Deutschland jeden Vorteil, auch den kleinsten, solange wie möglich bestritt, haben offenbar Helfferichs Urteil über England stark beeinflußt. Während Jagow, der in der Annäherung Deutschlands an England den einzigen praktischen Ausweg sah, um die nachgerade bedrohlich gewordene Weltkonstellation von innen aus zu heilen, die Tatsache, daß schließlich doch mit dem Abkommen über die Bagdadbahn und die portugiesischen Kolonien kurz vor dem Weltkriege zwei weitgehende Verständigungen auf wirtschaftlichem und kolonialem Gebiet zustande kamen, als einen Beweis für die wirkliche Bereitschaft Englands, mit Deutschland auf einen friedlichen Fuß zu kommen, nimmt, neigt Helfferich der Ansicht zu, daß die Verhandlungen auf englischer Seite nur ein Scheinmanöver gewesen seien, mit denen das Inselreich uns einzuschläfern und über seine wahren Absichten zu täuschen gesucht habe. Mit allem Nachdruck weist Helfferich immer wieder auf die allerdings schwerwiegende Tatsache hin, daß England trotz und während der jahrelangen Verständigungsverhandlungen mit Deutschland die diplomatische und kriegerische Auseinandersetzung mit diesem unter allen Umständen und ganz unabhängig von der Bereinigung noch so wichtiger Einzelfragen als oberstes Ziel seiner Politik festgehalten habe. In der Verstärkung der für eine kriegerische Auseinandersetzung mit Deutschland geschmiedeten Koalition durch England in der Zeit des Abschlusses der deutsch-englischen Verständigungsbestrebungen sieht Helfferich geradezu den Schlüssel zur politischen Weltlage, aus der heraus der große Krieg entstanden sei. Jagow möchte in England nicht so sehr den Schiebenden als den Geschobenen sehen. Er gebraucht einmal den Ausdruck, Grey habe sich von der Entente ohne Gegenwehr die Schlinge um den Hals legen lassen. Mit einer halben Entschuldigung für England bemerkt er, vielleicht sei der Weg einer Interessenauseinandersetzung eines Hand in Hand Gehens statt Rivalisierens Englands und Deutschlands zu spät beschritten worden. Tadelnd weist er auf die verabsäumten Gelegenheiten von 1898 und 1901 hin. Auch der allzu provokatorischen Art der deutschen Flottenpropaganda gedenkt er in diesem Zusammenhange; im Gegensatz zu Helfferich, der an der Frage, ob in dem systematischen Ausbau der deutschen Flotte nicht auch ein innerer Grund für Englands Haltung gelegen habe, doch gar zu leicht mit den Worten vorübergeht, man habe es deutscherseits bedauern können, daß die Versuche, durch Schaffung eines Risikos für eine angreifende Flotte wenigstens einen Schutz für Deutschlands weltwirtschaftliche Interessen aufzubauen, in England Unruhe, Verdacht und Erregung hervorriefen, aber man habe es ebensowenig ohne Selbstaufgabe vermeiden können, wie die aus unseren wirtschaftlichen Fortschritten erzeugte Reibung.

Völlig einig sind sich Jagow und Helfferich, so weit sie in der Frage, ob Rußland und Frankreich oder England in der bewußten Verstärkung des Ententesystems

Digitized by Google

zum Zweck der diplomatischen und event. selbst der kriegerischen Niederringung Deutschlands die aktivere Rolle gespielt haben, in der Betonung der absoluten und fortwährenden Friedensliebe Deutschlands. Als einen mitteleuropäischen Friedensblock stellt Jagow den Dreibund hin, dem jede aggressive Tendenz gefehlt habe. Helfferich eignet sich das Bülowsche Wort an, daß der Dreibund eine Versicherungsgesellschaft, keine Erwerbsgesellschaft gewesen sei, gleichzeitig hinzufügend, daß die Tripel-Entente allerdings den Charakter einer ausgesprochenen Erwerbsgesellschaft getragen und als solche auch eine wesentlich stärkere Anziehungskraft gezeigt habe. Mit großem Nachdruck treten Jagow und Helfferich auch für die unbedingte Friedensliebe des deutschen Kaisers und seiner Regierung, insbesondere des Auswärtigen Amtes ein. „Die deutsche Regierung, die keinerlei Interesse am Krieg haben konnte," erklärt Jagow mit aller Entschiedenheit, „und die keinerlei Offensiv- oder Eroberungspläne verfolgte, suchte den europäischen Frieden solange und so weit als möglich zu wahren. Es muß betont werden, daß die Erhaltung des Friedens trotz gelegentlicher temperamentvoller Äußerungen, die anders gedeutet werden konnten, das bestimmte Ziel der Politik Wilhelms II. war; der Kaiser wollte der Friedenskaiser sein" (S. 17). „Vom Kaiser herab bis zum letzten Beamten des Auswärtigen Amtes bestand auch während der Julikrise der Wunsch und die Hoffnung, dem Blutvergießen auszuweichen, wenn es ohne Gefährdung unseres Bundesgenossen und unserer selbst geschehen konnte" (S. 190). Auch Helfferich bezeugt in der feierlichen Form eines Bekenntnisses: „Wilhelm II. hat kein höheres Ziel gekannt, als dem deutschen Volk und der Welt den Frieden zu erhalten; er hat seinen Ruhm nur darin gesucht, Deutschland in den Werken friedlicher Arbeit fortschreiten zu sehen. Niemand, der ihn näher kannte, wird sich durch seine im Hohenzollernblut steckende Freude an soldatischem Wesen oder durch den Überschwang des ihm leicht zur Verfügung stehenden Wortes über den Kern seines Wesens täuschen lassen" (S. 229).

Jagow und Helfferich begnügen sich natürlich nicht mit solchen Zeugnissen für die Friedensliebe des deutschen Kaisers und seiner Regierung, vielmehr sind sie bestrebt, eine Fülle von Beweisen für diese Friedensliebe zusammenzutragen und überhaupt den falschen Urteilen und Anklagen gegen die deutsche Politik der mannigfachen Legendenbildung und Schlagwortagitation wirksam entgegenzutreten. Der temperamentvolle Helfferich schießt dabei gelegentlich wohl etwas über das Ziel hinaus. So wenn er als Beweis dafür, daß die deutsche Politik bis in die Julikrise hinein von der friedlichen Lösung des Konflikts überzeugt war, anführt, daß weder militärisch, noch diplomatisch, noch wirtschaftlich die im Hinblick auf die Möglichkeit des Krieges erforderlichen Vorbereitungen getroffen seien. Dagegen ließe sich etwa einwenden, daß mindestens die militärische Leitung doch völlig

Digitized by Google

davon überzeugt war, daß der Feldzug trotz seines gigantischen Ausmaßes nur von kurzer Dauer sein werde. Grund genug, weshalb man Dinge, wie die Verproviantierungsfristen der elsässischen Festungen, auf die leichte Achsel nahm. Durchschlagender ist der wiederholte Hinweis Helfferichs auf ein der deutschen Öffentlichkeit so gut wie unbekannt gebliebenes Telegramm des Kaisers an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg aus dem Herbst 1912, in dem er sich zwar bereit erklärte, nach wie vor für das österreichisch-ungarische Interesse zu marschieren, nicht aber um einer Laune des Verbündeten willen einen Weltkrieg heraufzubeschwören (S. 102, 181). Mit Recht weist Helfferich auf die große Ähnlichkeit der politischen Lage zu Ende 1912 und um die Mitte 1914 hin. Nachdrücklich bekämpfen sowohl Jagow wie Helfferich, unter Hinweis darauf, daß Deutschland sich der von Österreich erstrebten Revision des Bukarester Vertrages zugunsten Bulgariens widersetzt habe, die traditionelle Auffassung, als ob die deutsche Politik im nahen Orient sich, sei es 1912 oder 1914, im Wiener Schlepptau befunden habe. Sie weisen es auch beide übereinstimmend zurück, daß Deutschland nach dem Fürstenmord von Serajewo der österreichisch-ungarischen Regierung carte blanche zu ihrem Vorgehen gegen Serbien gegeben habe. Zu den wertvollsten Aufschlüssen des Jagowschen Buches gehören die Mitteilungen über die zwischen den verbündeten Regierungen in der serbischen Frage getroffenen Verabredungen, die ja inzwischen durch die Veröffentlichung der beiden Kaiserbriefe zum Potsdamer „Kronrat" vom 5. Juli in Nr. 20 der „Deutschen Politik" eine eklatante Bestätigung und zugleich eine Ergänzung erfahren haben. Als neu erwähnen wir aus Jagows Darstellung die Mitteilung, daß die deutsche Regierung der österreichisch-ungarischen auf der einen Seite riet, das belastende Material gegen Serbien zusammenzustellen, um Europa von der Schuld Serbiens zu überzeugen und die fragliche Demarche möglichst zu beschleunigen, „weil anzunehmen war, daß unter dem noch frischen Eindruck der Mordtat, die politischen Momente, die etwa da oder dort zu einer Parteinahme für Serbien verleiten konnten, hinter dem allseitigen Abscheu der öffentlichen Meinung über das Verbrechen zurücktreten mußten" — eine Mahnung, die leider von Österreich nicht befolgt wurde! —, daß die deutsche Regierung aber auf der anderen Seite auch nachdrücklich zu wissen verlangte, „wohin die Reise ginge". Für die weit verbreitete Auffassung, daß die deutsche Regierung die österreichische zu ihrem brutalen, sowohl von Jagow wie Bethmann Hollweg sofort als zu schroff bemängelten Vorgehen gegen Serbien angestiftet habe, läßt die Jagowsche Darstellung, die durch den völlig mit ihm übereinstimmenden Helfferich noch gestützt wird, keinen Raum mehr. Der Vorwurf bleibt freilich bestehen, daß die deutsche Politik sich nicht hinreichend gegen die österreichischen Überraschungen gesichert habe. Offenbar gingen die deutschen Staatsmänner bei dieser Unterlassung von der Voraussetzung aus,

Digitized by Google

daß die Lokalisierung des österreichisch-serbischen Konflikts, auf die sie von Anfang lossteuerten, um so leichter zu erreichen sein würde, je mehr sie sich selbst aus diesem Konflikt heraushielten.

Nicht ganz zu entkräften vermag Jagow den ebenfalls oft gegen die deutsche Politik erhobenen Vorwurf, daß man zuguterletzt die Dinge durch die formelle Kriegserklärung gegen Rußland überstürzt habe. Auch Helfferich bekennt sich zu der Auffassung, daß die förmlichen Kriegserklärungen an Rußland und Frankreich ein überflüssiger und schädlicher Ausfluß übertriebener formalistischer Gewissenhaftigkeit gewesen seien. Wozu hatten wir es nötig, durch eine förmliche Kriegserklärung uns auch nur rein formell in die schlechtere Position des Angreifers zu bringen? .... Durch unseren formalistischen Eifer haben wir das Spiel der Gegner gespielt und den äußeren Anschein der tatsächlichen Vorgänge zu unseren Ungunsten verschoben. Leider sagt Helfferich nur nicht, welchen anderen Weg denn Deutschland hätte einschlagen sollen. Hätte es den Krieg ohne Kriegserklärung begonnen, wie Japan im Kriege gegen Rußland, so würde das Geschrei über das Deutschlands Perfidie nur noch größer gewesen sein. Ein gleiches gilt von der Behandlung der belgischen Neutralitätsfrage, bei der wir uns nach Helfferich ebenfalls nicht hätten formal ins Unrecht setzen dürfen. Als ob es an dem Urteil der Welt etwas geändert hätte, wenn wir ohne die Erklärung unseres Unrechts in Belgien einmarschiert wären.

Völlig einmütig sind Jagow und Helfferich wieder in der Auffassung, daß die russische Mobilisierung alle deutschen Verständigungsbemühungen, die sie scharf herausarbeiten, habe vereiteln müssen. Ihre Darlegungen, deren Wirkung sich kein unbefangener Leser wird entziehen können, werden hier gestützt von der Darstellung des Grafen Pourtalès, aus der sich besonders wirkungsvoll die Erzählung von der letzten Audienz bei dem russischen Zaren heraushebt. Nach der Darstellung des Grafen Pourtalès kann es einem Zweifel wirklich nicht unterliegen, daß die maßgebenden russischen Kreise zum Kriege getrieben und die allgemeine Mobilmachung des russischen Heeres gerade in dem Augenblick ins Werk gesetzt haben, als sich, dank Deutschlands ernstlichen Bemühungen, günstige Aussichten für eine friedliche Beilegung des Konflikts eröffneten. „Die allgemeine russische Mobilmachung," so faßt Graf Pourtalès seine Auffassung zusammen, „war eine bewußte und beabsichtigte Herausforderung Deutschlands, welches den Krieg nicht wollte, um diesen Krieg, der vielleicht sonst noch zu vermeiden gewesen wäre, herbeizuführen."

Die drei ersten deutschen Memoirenwerke über Ursprung und Ausbruch des Krieges können als Ganzes betrachtet, auch wenn man ihren Darlegungen nicht überall volle Durchschlagskraft beimißt, nur die unerschütterliche Auffassung verstärken, die Gott sei Dank noch immer in den weitesten Kreisen des deutschen Volkes lebt, daß in der Schuldfrage Deutschland kein unparteiisches Tribunal zu

Digitized by Google

scheuen hat. Aber angesichts des Versuches unserer Feinde, ein Bekenntnis unserer Schuld in dem Friedensvertrage von uns zu erpressen, dürfen wir uns nicht an der Hoffnung und Zuversicht genügen lassen, die Jagow am Schlusse seiner Vorrede ausspricht, daß eine spätere Geschichtschreibung die Friedensliebe der deutschen Politik und die Gerechtigkeit der deutschen Sache bewahrheiten werde. Nein, wir müssen uns mit aller Energie gegen die schnöde Zumutung zur Wehr setzen, daß wir unsere Schuld bekennen und in Verfolg davon den Kaiser, für dessen Friedensliebe unser Memoiren-Trio ein so lautes Zeugnis ablegt, und die übrigen verantwortlichen Männer an die Entente ausliefern sollen. Es wäre eine bewußte Lüge, wenn wir als Volk ein solches Bekenntnis aussprächen, und es wäre eine Selbstentehrung, wenn wir in die Folgen einer solchen Lüge einwilligten. Daß die Schriften von Jagow, Helfferich und Graf Pourtalès die Haltung, die wir angesichts des ungeheuerlichen Verlangens unserer Feinde, uns selbst schuldig zu bekennen, als ehrliche und wahrhafte Deutsche einnehmen müssen, in das hellste Licht gerückt haben, darin vor allem beruht die Bedeutung ihres Erscheinens in diesem Momente.

Die Reinigung Bayerns

Von Dr. Georg Hohmann (München)
Mitglied des bayrischen Landtags

Aus der verschleierten Rätediktatur, die sich die Mehrheitssozialisten am 7. März abzwingen ließen, baldigst eine offene zu machen, war von vornherein das Ziel der revolutionären Literaten und Arbeiter, die von Eisner geführt oder ins Land gezogen, seit dem 8. November München beherrschten. Diese Bewegung zog immer weitere Kreise. Sie setzte sich teils aus Schwabingern, teils aus Arbeitern und Angestellten zusammen. Vorgestern noch Stefan George, gestern Ludendorff, heute Eisner und morgen wieder ein traumtanzendes Phänomen. Dies erklärt sich aus Schwabings eigentümlichem seelischen Bedürfnis. Und die Arbeiter, sie sind vielleicht nicht viel anders als sonstwo. Sie mögen durch die eigentümlich aufreizende Agitation Eisners und seiner Gefährten besonders wunscherregt sein. Sie sind auch nicht mehr ganz das solide bodenständige Arbeiterelement, das einen Vollmar wählte, sondern durch die in München besonders hochgezüchtete Kriegsindustrie durch starken Zuzug von überall her ihres einheitlichen ursprünglichen Charakters entkleidet. Ganz im Gegensatz zu der bodenständigen vernünftigen Arbeiterschaft Nürnbergs. Zudem ist der Altbayer an sich zu Gewalttätigkeiten leichter geneigt, und der Verlauf der Revolution hat ja in den Attentaten auf den Landtag und in dem Geiselmord furchtbare Erscheinungen gezeitigt. Auf der Basis dieser

Digitized by Google

Massen trieben die landfremden Literaten ihr Spiel. Mit ihnen Kompromisse zu schließen, war der Fehler der Mehrheitssozialisten, auf den die nichtsozialistischen Parteien seinerzeit aufmerksam machten, der aber offenbar begangen werden mußte, um die Sozialdemokratie aus Schaden klüger werden zu lassen. Der Schaden kam schneller als man dachte. Es wurde in Schwabing die Parole: dritte Revolution ausgegeben. Jedermann glaubte an sie, wie an ein sicher kommendes Ereignis. Die Regierung sah mit gebundenen Händen zu. Man wußte, daß die Bolschewisten mit Levien an der Spitze ihre Zeit noch nicht gekommen sahen. Sie wollten erst unter dem Eindruck der Friedensbedingungen und der Verschlechterung der Ernährung ihre Herrschaft aufrichten. Um dem zuvorzukommen und Bayern einen möglichst unblutigen, nichtrussischen, etwas abgeschwächten Kommunismus erleben zu lassen, schwangen sich die Studenten Toller, aus Samotschin im Posenschen gebürtig, und Klingelhöfer, sowie der Mehrheitssozialdemokrat Niekisch, ein 27jähriger Schullehrer aus Augsburg, an die Spitze der Bewegung und erklärten Landtag und Regierung für aufgelöst. Die weitere Entwicklung ist bekannt, das Festbleiben der Regierung, die Befreiung Münchens mit Hilfe von Reichstruppen, zu deren Verwendung sich das Ministerium und das partikularistische Zentrum anfangs nicht entschließen konnten, der Umschwung in München selbst zur Herrschaft der russischen Bolschewisten nach einem mißglückten Gegenputsch und schließlich der klägliche Zusammenbruch. Die Bilanz der Räterepublik weist schätzungsweise etwa 200 Millionen Mark Schaden aller Art auf, entstanden durch sinnlose Experimente in Wirtschaft, Bank- und Geldwesen, durch Plünderung und Beschlagnahme und den Generalstreik von 14 Tagen mit Behinderung von Arbeitswilligen durch Gewalt. Rückwärtsschauend sehen wir den grotesken Narrenzug noch einmal vorüberziehen, jener Wunderdoktoren, Irrenhäusler, Phantasten und der noch schlimmeren Gestalten, die nicht nur mit dem Armel das Zuchthaus streiften, jener verantwortungslosen Abenteurer und Fremdlinge, die sich alle in München-Kapua ein Stelldichein gegeben und die blutige Vesper heraufbeschworen haben.

Was soll nun werden? Die Ordnung ist wieder hergestellt und Aufgabe der Regierung ist es, die Sache fest in der Hand zu behalten. Das ist möglich und in Bayern mit seiner agrarischen Struktur viel leichter als sonst wo, aber es ist nur möglich, wenn eine Regierung weiß, was sie will, und mit Energie und Weitblick die notwendigen Reformen durchführt. Die Revolution selbst muß zum Abschluß gebracht sein. Was der Regierung wie ein Klotz am Bein hängt, das ist ein ungerechtfertigtes Mißtrauen gegen die sogenannten Bürgerlichen. Diese engherzige Voreingenommenheit hindert sie an einem wirklichen Aufbau des Staates. Es gibt nur zwei Möglichkeiten für die Mehr-

Digitized by Google

heitssozialisten in Bayern den Staat erfolgreich zu leiten, entweder in Gemeinschaft mit den Unabhängigen, oder mit den anderen großen Parteien. Die erste Möglichkeit hat die Regierung Hoffmann versucht, obwohl es nach den Erfahrungen im Reich überflüssig war, in diese Sackgasse noch einmal hineinzugehen. Die Unabhängigen haben die Mehrheitssozialisten betrogen. Bleibt nur der zweite Weg. Und der muß begangen werden, weil die Basis, auf der die sozialistische Regierung steht, zu schmal ist. In einem Lande, in dem die Wahlen nur ein Drittel der Stimmen für die Sozialdemokratie gebracht haben, von denen jetzt sicher ein Teil zu den Unabhängigen abmarschiert ist, muß eine Regierung sich des vertrauens- und verantwortungsvollen Mitarbeitens der anderen Parteien versichern, da sie sich sonst zwischen zwei Stühle setzt. Vor dieser Gefahr steht jetzt die Regierung Hoffmann. Wenn sie die Mitarbeit und Mitverantwortung der anderen großen Parteien will, muß sie sich klar sein, daß es ein Ende haben muß mit dem Schielen nach den halben und ganzen Unabhängigen, die jetzt in allerhand Ämtern noch sitzen, heute für Räteherrschaft sind und morgen, wenn der Wind umschlägt, der Regierung Hoffmann wieder ihre Dienste anbieten zu können meinen. Die Regierung muß wissen, daß auf diese Elemente, die vielfach bis zuletzt Militaristen waren und als Novembersozialisten ihre Auferstehung feierten, kein Verlaß ist. Das Programm, das von einem aus Sozialisten und Nichtsozialisten gebildeten Ministerium durchgeführt werden muß, muß frei sein von allen sachlich nicht vertretbaren, nur aus Taktik geborenen Konzessionen und muß im übrigen so positiv demokratisch und sozialistisch sein, als es im Hinblick auf die Schwierigkeiten des wirtschaftlichen Aufbaus möglich ist. Die Mehrheitssozialdemokratie in Bayern, die unter Führern, wie Vollmar, Adolf Müller, Auer und Timm innerhalb der deutschen Sozialdemokratie immerhin eine nicht bedeutungslose Rolle gespielt hat, steht in diesen Tagen vor einer Entscheidung. *Sie hat die Verpflichtung übernommen, das Staatsschiff durch die erregten Wogen zu steuern. Sie wird die Verantwortung zu tragen haben, wenn sie aus Mangel an staatsmännischer Klugheit, oder aus Mangel an Mut, oder an sachlicher Leistung ihrer Aufgabe nicht gerecht werden kann.* Wir glauben, daß alle diese Erwägungen die Regierung Hoffmann auf den richtigen Weg führen werden.

Die Großstadtfinanzen und der Krieg

Von Stadtrat Dr. L. Landmann, Frankfurt a. M.

Der schwere Fehler des gestürzten Regiments, daß es ohne einen auf eine lange Kriegsdauer berechneten wirtschaftlichen und finanzpolitischen Mobil-

Digitized by Google

machungsplan das Reich in einen Weltkrieg hineingleiten ließ, rächt sich auch an den Finanzen der deutschen Großstädte. Sie alle rechneten in der ersten Zeit des Krieges mit einer kurzen Kriegsdauer und bestritten den außerordentlichen, durch den Krieg hervorgerufenen Aufwand aus kurzfristig aufgenommenen Anleihen, anstatt nach dem Beispiel der Finanzgebarung Englands die Deckung der Kriegsausgaben bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit den ordentlichen Einnahmen zuzuweisen. Allerdings muß den Großstadtverwaltungen zugute gehalten werden, daß sie noch weniger als das Reich in der Lage waren, die Höhe der auf ihrer Wirtschaft lastenden Kriegsausgaben im voraus zu überschauen. Jedoch gingen sie schon teilweise bei der Aufstellung der Haushaltspläne für das Jahr 1916, in größerem Umfange aber im Jahre 1917, mehr oder minder dazu über, Kriegsaufwendungen von dauerndem Charakter oder voraussichtlicher dauernder Nachwirkung dem laufenden Haushalt aufzubürden. Erleichtert wurde ihnen diese andere Behandlung des außerordentlichen Kriegsaufwandes durch die Erstarkung des bei Kriegsbeginn erschütterten Wirtschaftslebens, insbesondere durch die industrielle Hochkonjunktur, die im Gefolge des sogenannten Hindenburg-Programms namentlich in den von der Entwicklung der Kriegsindustrie begünstigten Großstädten, aber auch in zahlreichen mittleren und kleineren Gemeinden eine wesentliche Steigerung des Arbeits- und Renteneinkommens und damit der bedeutsamsten großstädtischen Einkommensquelle, der Einkommensteuer, herbeiführte. Die schärfere Heranziehung der Einkommensteuer war um so notwendiger und ihre größere Ergiebigkeit um so erwünschter, als nicht nur die Verkehrssteuern (Umsatz- und Wertzuwachssteuer) infolge des Stillstandes der Bautätigkeit und die indirekten Getränkesteuern (Biersteuer) wegen Rückgangs des Verbrauchs in ihrem Aufbringen versagten, sondern auch die Rentabilität der städtischen Wirtschaftsbetriebe (Gas-, Elektrizitätswerke, Straßenbahnen usw.) unter der ständig wachsenden Teuerung der Materialien, und der anhaltenden Steigerung der Löhne und Teuerungszulagen, erhebliche Einbußen erfuhr, die mit der Zeit vielfach Überschußbetriebe in Zuschußbetriebe umwandelten.

Heute am Ende des Krieges stehen wohl alle Großstädte vor einem enormen Anschwellen ihrer laufenden Ausgaben und ihres Schuldenstandes. So zeigt der Haushaltsentwurf von Berlin für das Jahr 1919 eine Abschlußziffer von 719 Millionen gegenüber 438 Millionen in 1918 und 408 Millionen in 1914. In Mannheim betrugen die entsprechenden Zahlen für 1914: 22 858 223 Mark, für 1918: 43 326 321 Mark, für 1919: 61 241 598 Mark. Diese beiden Beispiele zeigen, daß die Steigerung der laufenden Ausgaben im letzten Jahre den größten Sprung gemacht hat. In dieser Tatsache spricht sich sowohl die Fortwirkung des Krieges, wie die im Gefolge der Revolution und der Kriegsbeendigung neu hinzutretende weitere Ausgabesteigerung aus; erstere in Gestalt der Vermehrung der Teuerung und

Digitized by Google

der dadurch bedingten Aufwandserhöhung für Materialien, Löhne, Gehälter und Teuerungszulagen, letztere als Einwirkung der Schaffung von Notstandsarbeiten, des achtstündigen Arbeitsvertrages, des Abschlusses von Tarifverträgen mit den städtischen Arbeitern, der beispielsweise für Berlin Mehrausgaben von fast 15 Millionen, für Mannheim von nahezu 8 Millionen, für Frankfurt a. M. von 15,1 Millionen Mark im Gefolge hat, u. a. m.; als weitere Faktoren der Ausgabeerhöhung treten die Aufwendungen für Wiederaufnahme der während des Krieges unterlassenen oder eingeschränkten Leistungen, sowie diejenige für Verzinsung und Tilgung der enormen Kriegsschulden der Städte hinzu.

Um die durch den Krieg bewirkte Verschuldung der Großstädte an Beispielen zu erläutern, mögen wieder Berlin, Frankfurt und Mannheim herangezogen werden. Die schwebende Schuld Berlins betrug kurz vor Kriegsbeginn rund 80 Millionen Mark, im April 1919: 775 Millionen Mark; allerdings scheinen in dieser Summe erhebliche Posten für den während des Krieges erfolgten Erwerb der Berliner Elektrizitätswerk-Aktien und der westfälischen Steinkohlenfelder enthalten zu sein; immerhin steht fest, daß für Kriegswirtschaftsausgaben von der Stadt Berlin 210 Millionen Mark aufgewendet worden sind. Die Nettoausgaben der Stadt Frankfurt am Main für Kriegszwecke betrugen Ende Dezember 1918 134 Millionen Mark, von denen vom Reich und Staat rund 49 Millionen Mark zurückerstattet werden sollten. Die Vermehrung der schwebenden Schulden der Stadt Mannheim betrug während des Krieges bis Anfang 1919 rund 75 Millionen Mark. Die Kriegsschulden der Städte sind in der Hauptsache aus Zuschlägen, die die Städte wegen Unzulänglichkeit der Höhe der reichsgesetzlichen Familienunterstützung zu dieser gewährt haben, aus sonstigen Kriegswohlfahrts- und Kriegsverwaltungsaufgaben, insbesondere zur Versorgung der städtischen Bevölkerung mit Nahrung, Kleidung, Brennstoffen usw., erwachsen. Seit dem Waffenstillstand hat die Verschuldung der Städte weitere Fortschritte gemacht durch Übernahme der in die Millionen gehenden Gemeindeanteile an den Kosten der reichsgesetzlichen Erwerbslosenfürsorge und der Baukostenzuschüsse.

Heute ist die endgültige Höhe der Dauerbelastung der Städte mit Schulden und laufenden Haushaltsaufgaben noch nicht abzusehen. Es wird noch geraume Zeit dauern, bevor eine einen abschließenden Überblick gestattende Beruhigung der durch Krieg und Revolution erschütterten Verhältnisse der Großstädte eingetreten ist. In den Grundzügen aber ist der schwere Druck, den auf Jahrzehnte hinaus der Krieg auf die Finanzen und die Entwicklung der Großstädte ausüben wird, unverkennbar. Lasten werden auf den Städten die großen Schulden der Kriegs- und Revolutionszeit; an ihrer Verzinsung und Tilgung werden Generationen zu tragen haben. Sie sind während des Krieges als schwebende Schulden aufgenom-

Digitized by Google

men worden; teilweise sind sie in den ersten Monaten dieses Jahres unter der seltenen Gunst einer abnormen Marktlage der festverzinslichen Wertpapiere in langfristige Anleihen umgewandelt worden; der Rest wird bei passender Gelegenheit in der gleichen Weise untergebracht werden müssen. Vor allem aber ist auf einen baldigen Abschluß der Schuldenwirtschaft durch Ausräumung der mit Anleihemitteln arbeitenden Kriegskonten hinzuarbeiten. Die dauernd den Städten zur Last fallenden Ausgaben dürfen nicht länger aus Anleihen bestritten werden, sondern müssen auf den Haushalt übernommen und aus laufenden Einnahmen bestritten werden.

Die laufenden Ausgaben werden noch auf lange Zeit hinaus eine schwindelnde Höhe behalten. Zwar wird voraussichtlich die Teuerung der Materialien zurückgehen und mit dem Abbau der Lebensmittelpreise auch ein solcher der Teuerungszulagen für Beamte, Arbeiter und Angestellte einhergehen. Aber die nach dem Kriege nicht zu umgehende Neuordnung der Gehälter und Löhne wird eine dauernde starke Mehrbelastung bringen. Ob die allseits geforderte Neuorganisation der städtischen Amterverwaltung zum Ausgleich die von ihr erhoffte Einsparung an Amts- und Arbeiterstellen bringen wird, ist eine mit großer Skepsis zu betrachtende Frage. Jedenfalls würden sich die finanziellen Wirkungen dieser organisatorischen Umgestaltung erst nach langer Zeit mit dem allmählichen Wegfall der überflüssig gewordenen pensionsberechtigten Beamten und Arbeiter geltend machen. Käme es, den Tendenzen der sozialistischen Republik entsprechend, zu einer starken Kommunalisierung, so könnte von einer Verminderung des Gehalts- und Lohnetats schon gar nicht die Rede sein. Wenn auch der Zug äußerster Sparsamkeit, der Beschränkung auf das Notwendigste ganz von selbst die städtische Finanzgebahrung durchdringen und manche der bisher gepflegten Verwaltungszweige in den Hintergrund drängen oder ganz eingehen lassen wird, so werden doch neue Bedürfnisse Befriedigung verlangen und neue Ausgaben mit sich bringen. Es ist dabei nicht einmal in erster Linie an die Nachholung der während des Krieges zurückgestellten Arbeiten gedacht, obwohl auch sie schon im Etat einen hübschen Posten ausmachen werden, sondern an die unter dem Umschwung der politischen Verhältnisse an die Stadtverwaltung namentlich auf dem bevölkerungspolitischen, sozialpolitischen und wirtschaftlichen Gebiet herantretenden neuen Forderungen. Die Ausgaben für die Jugendpflege, das Erziehungswesen, das Wohnungswesen, Arbeitsbeschaffung, Arbeitslosenunterstützung und zahlreiche andere Aufgaben werden weit höhere Summen verlangen als früher. Dazu tritt die Last der Verzinsung und Tilgung der Anlehens- und schwebenden Schulden.

Wie soll diese Hochflut dauernder Ausgaben Deckung finden? Das ist die Kern- und Schicksalsfrage der zukünftigen Großstadtentwicklung. Die Steuerkraft derjenigen Einwohner, die in der Vergangenheit die Stütze ihres

Digitized by Google

Steuerwesens waren, der Besitzer des Rentenkapitals und der Industrie, ist geschwächt, und wird überdies vom Reich zur Deckung der Reichsausgaben, zu der sie bis zum Kriege in der Hauptsache nur im Wege der indirekten Besteuerung in schwachem Maße herangezogen waren, bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit erfaßt. Die Entfaltung der Großstädte beruhte auf der Blüte von Handel und Industrie. Damit dürfte es aller Wahrscheinlichkeit nach auf lange Zeit vorbei sein. Auf die Periode des Aufschwunges in den letzten 30 Jahren dürfte eine solche des Stillstandes, der Abwanderung und Auswanderung der Massen folgen. Mag damit auch eine gewisse Entlastung von Aufwendungen für die minderbemittelte Bevölkerung verbunden sein, so ist sie doch nicht ausreichend, um den Druck der bleibenden Lasten bei geschwächter Steuerkraft merklich zu mildern. Wie soll da geholfen werden? Die Frage ist heute noch nicht spruchreif. Daß gespart werden muß, am Pfennig gespart werden muß, ist eine Binsenwahrheit, mit der man nicht weit kommt. Die Frage ist, wie können schwerwiegende Ausgabeposten in Wegfall gebracht und neue Einnahmequellen erschlossen werden? Beantworten wird man sie erst können, wenn der Friedensschluß und die Ordnung der Reichs- und Staatsfinanzen vorangegangen ist. Dann erst kann man an eine systematische Teilung der Steuerquellen herangehen. Hat man den Großstädten ohne weiteres im Kriege die schweren Lasten zugeschanzt, so muß man ihnen auch die Möglichkeit geben, sie wieder abzubürden. Es fragt sich, ob Steuern allein dazu ausreichen? Die Lasten, deren Tragung man den Großstädten aufgeladen hat, sind an mittleren und kleinen Gemeinden vielfach spurlos vorbeigegangen, ja vielfach sind diese an ihnen, z. B. der Nahrungsmittelversorgung der Großstädte, reich geworden. Liegt da nicht der Gedanke nahe, daß man die Kriegslasten der Großstädte auf größere Verbände, die die wohlhabend gewordenen mittleren und kleinen Gemeinden umschließen, überwälzt und sie dort nach Maßgabe der Steuerkraft aufbringen läßt? Auch im übrigen wird man wohl in Zukunft nicht darum herumkommen, Lasten, namentlich solche sozialpolitischer Art, die bisher die Großstädte ausschließlich getragen haben, größeren Körperschaften oder Zweckverbänden zu übertragen und die bereits in der Gesetzgebung der Vergangenheit angebahnte Idee des Lastenausgleichs breiter auszubauen. Die Einnahmesteigerung der Großstädte wird nach wie vor in erster Linie auf steuerlichem Gebiet zu suchen sein. Die Kommunalisierung der Unternehmungen wird finanzpolitisch nur dort zu Buch schlagen, wo es sich um Gegenstände des Massenverbrauchs handelt. Damit kommt man auf Umwegen zu der seit den neunziger Jahren des verflossenen Jahrhunderts verlassenen Politik der indirekten Besteuerung der Gegenstände des Massenbedarfs zurück und sieht sich politisch den gleichen nur durch die Revolution vervielfachten Widerständen gegenüber, denen seinerzeit diese Besteuerung zum Opfer fiel. Nur wird vielleicht heute die Sachlage insofern

Digitized by Google

eine andere sein, als die Sozialdemokratie und die durch sie repräsentierten Massen nicht mehr die Minderheit, sondern die herrschende Schicht im Staats- und Gemeindeleben darstellen und damit auch die Verantwortung für eine erträgliche Besteuerung des Massenverbrauchs übernehmen können. Der Hauptkampf wird sich um die Einkommensteuer in den Großstädten abspielen. Reich und Staat werden sie ausschließlich für sich in Anspruch nehmen wollen. Es ist begreiflich, wenn diesen Bestrebungen gegenüber dieser Tage der Kämmerer von Berlin bei seiner Etatrede es tief bedauert hat, daß die Republik mit der Kleinstaaterei in Deutschland nicht aufräumen konnte und die Bundesstaaten nicht zu dem alten Eisen geworfen hat, wohin sie gehören. Denn die Einkommenbesteuerung ist nicht nur das Rückgrat des Steueraufkommens der Großstädte, sondern ihrer ganzen Einnahmen geworden. Sie ist der stabilste und ergiebigste Einnahmeposten der Großstädte. Sie ihnen rauben, heißt ihnen den Lebensfaden abschneiden. In irgendeiner Form, sei es auch nur der der Zuschläge, müssen die Großstädte auch künftighin an ihr beteiligt bleiben.

Im übrigen hat es wenig Wert, sich heute in mehr oder minder gewagten Prophezeiungen über die kommende Gestaltung der Großstadtfinanzen zu ergehen. Die Dinge sind im Fluß, festes Land ist noch nicht zu erkennen. Aber wie auch die Entwicklung sein möge: die Großstädte werden auch fernerhin ein Kulturfaktor bleiben; ihr Recht muß ihnen auch auf finanziellem Gebiet werden. Nur werden sie und die Öffentlichkeit sich beizeiten rühren müssen. Das aber können sie nur, wenn auch innerhalb ihrer Mauern das eintritt, was die Sehnsucht und Hoffnung des ganzen Volkes ist: Ruhe und Arbeit.

Wünsche der Chinadeutschen

Von Fritz Secker

In der „Deutschen Politik" vom 2. Mai hat Leo Hempel Chuchul einen Aufsatz über Forderungen der Auslanddeutschen veröffentlicht, der im Hinblick auf den hoffentlich bald wieder beginnenden wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands auf überseeischen Märkten von grundsätzlicher Bedeutung ist. Ich weiß nicht, in welchem überseeischen Wirtschaftsgebiet Hempel seine Erfahrungen gesammelt hat, jedenfalls treffen seine Beobachtungen und Forderungen zum großen Teil auch auf China zu. Das dortige Deutschtum und mit ihm unsere gesamte wirtschaftliche Stellung liegt zur Zeit, dank einer viereinhalbjährigen britischen Ränkepolitik, zertrümmert am Boden. Auf drei Transportdampfern haben die Briten die Träger unseres geistigen und wirtschaftlichen Lebens in China in die Heimat zurückbefördert, nach dem Grundsatz: „Ote toi que je m'y mette". Sechzigjährige,

Digitized by Google

beförderungsunfähige Kranke, im Dienst der chinesischen Seezollverwaltung ergraute Beamte, einige Lehrer an chinesischen Schulen, ein paar Techniker und Ingenieure, sowie einige Männer, deren Dienste von den holländischen Behörden (die seit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen China und Deutschland die deutschen Interessen wahrnehmen) beansprucht wurden, das ist alles, was von unserer, einst stolzen Stellung in China übriggeblieben ist. Schwer sind die Wunden, die dem deutschen Kaufmann seit Kriegsausbruch geschlagen worden sind. Die großen Handelshäuser mit ihrem Heer von Angestellten lagen seit den Augusttagen 1914 brach, und nur unter erschwerenden Umständen konnten, solange Amerika noch nicht im Kriege war, vereinzelte Geschäfte abgeschlossen werden. Infolge der verkehrstechnischen Abgeschlossenheit, der spionenhaften Überwachung des deutschen Kaufmanns durch den britischen Schnüfflerdienst, dem Aufstellen von schwarzen Listen, die dem Neutralen als Schreckgespenst vorschwebten, drängten uns gleich nach Kriegsausbruch in eine verlorene Vorpostenstellung, deren Behauptung infolge des Eintritts Chinas in den Krieg (August 1917) schließlich zur Unmöglichkeit wurde. Nachdem die Kunde von dem Zusammenbruch an den Fronten und in der Heimat, sowie der Abschluß des Waffenstillstandes an die chinesische Küste gedrungen war, holte England gegen uns, die wir, völlig abgeschnitten von der Heimat und ohne Schutz des einst starken Armes unserer Regierung, wehrlos zu Boden lagen, zum vernichtenden Schlage aus: es setzte durch seine zähe Diplomatie in Peking die Ausweisung und Heimbeförderung fast aller Deutschen, sowie die Sequestrierung ihres Eigentums durch. Das war der härteste Schlag, der uns nach viereinhalbjährigem Ausharren zugefügt wurde. Aber: die meisten von uns sind nicht mit einer Chinamüdigkeit in die Heimat zurückgekehrt, und es zeugt von einem Optimismus des chinesischen Deutschtums, daß auf dem britischen Transportschiff, das uns der Heimat zuführte, neue Pläne für die Zukunft geschmiedet wurden. Dieser Optimismus ist die Grundlage für den Wiederaufbau in China.

Daß an der konsularischen Vertretung in China manches reformbedürftig war, wurde schon in den Jahren vor dem Kriege eingesehen. Als wichtige Neuerung wurde vor einigen Jahren festgelegt, daß die den Konsulaten angegliederten Dolmetscher (Vorbedingung: Referendar) fürderhin auch zur Konsularlaufbahn zugelassen wurden, deren Träger bisher Beamte des auswärtigen Dienstes waren, die in ihrem Aufenthalt in China ein Sprungbrett für ihre weitere diplomatische Laufbahn sahen, wenn auch neuerdings auf größere Seßhaftigkeit gesehen wurde.

Im britischen Konsulardienst ist Seßhaftigkeit und Beweglichkeit klug abgemessen. Wer begabt ist, vertrocknet nicht auf einem unbedeutenden Außenposten, sondern er lernt fast alle Konsularbezirke kennen und ist infolgedessen in der Lage, sich ein genaues Bild von den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen des gewaltigen Landes zu machen, das nach außen hin eine Einheit ist, innerlich aber

Digitized by Google

so viele Verschiedenheiten aufweist, wie Europa; bürokratische Talente werden zur rechten Zeit abgeschoben, um Männern mit Tatsachenaugen Platz zu machen. Darin beruht letzten Endes das Geheimnis der britischen diplomatischen und wirtschaftlichen Erfolge in China. Das amerikanische Konsularsystem, das Hempel neben dem englischen als vorbildlich anführt, hat sich in China nicht so sehr bewährt. Es hat theoretisch insofern ein Gutes, als die Beförderung im amerikanischen Konsulardienst nach dem Maßstab erfolgen soll, wie ein Konsul für seinen Bezirk eine Steigerung des amerikanischen Handels nachzuweisen imstande ist. Daraus geht hervor, daß der wirtschaftlichen Tätigkeit eines Konsuls vom Staatsdepartement in Washington eine besondere Bedeutung beigemessen wird. Im deutschen Konsulardienst scheint hingegen auf die politische Arbeit und Aufgaben der Verwaltung größeres Gewicht gelegt zu werden. Über wirtschaftliche Vorgänge zu berichten, bleibt besonderen, dem Konsulardienst angegliederten Handelssachverständigen (2) überlassen. Das wichtigste Arbeitsgebiet der Handelssachverständigen ist Schanghai, wo alle wirtschaftlichen Fäden zusammenlaufen. Ob in Schanghai der rechte Mann am rechten Platze war, darüber sind die Meinungen geteilt. Eine langjährige Erfahrung im Platzgeschäft und ein statistischer Bienenfleiß war dem Schanghaier Sachverständigen nicht abzusprechen. Es darf aber einem Handelssachverständigen nicht genügen, nur zu berichten, was der deutsche Kaufmann und seine Wettbewerber wirtschaftlich leisten, sondern er muß mit schöpferischen Gedanken auftreten und an Hand der aus allen Konsularbezirken eingehenden Informationen dem Kaufmann neue Bahnen zeigen; er muß selbst die Beschwerlichkeiten großer Überlandreisen auf sich nehmen, mit den eingeborenen Handelskreisen in steter Fühlung sein und muß — als Vorbedingung — die chinesische Sprache beherrschen. In dieser Hinsicht war der amerikanische Vertreter dem deutschen zweifellos überlegen. Der Amerikaner Julean Arnold wirkte, wo sich nur Gelegenheit bot, in der Öffentlichkeit. Heute hält er in der chinesischen Handelskammer einen Vortrag über die Ausdehnung der Handelsbeziehungen Chinas zu den Vereinigten Staaten, morgen liest man einen Artikel über amerikanisch-chinesische Wirtschaftsfragen in der Lokalpresse, dann liest man in chinesischen Zeitungen, daß angesehene Kaufleute bei ihm zu Gaste waren, inzwischen macht er wieder eine Studienreise in ein wenig bekanntes Wirtschaftsgebiet, wo neues Material gesammelt wird, amerikanische Fachzeitschriften veröffentlichen seine aufklärenden Artikel usw. Man spürt: es wird gearbeitet, und die Arbeit drückt sich im Anschwellen der amerikanisch-chinesischen Handelsziffern aus.

Hempel weist auf die nächsten Jahre der Geldknappheit hin, die unter Umständen eine Bezahlung tüchtiger Kräfte des Konsulardienstes nicht möglich machen könnte. Das ist allerdings ein Punkt, der Beachtung verdient. Die Bezahlung der Beamten erfolgt in Reichsmark. Wenn z. B. ein Dolmetscherelève des deutschen

Digitized by Google

Konsulardienstes in China ein monatliches Gehalt von 500 Mark erhält, so sind dies unter gewöhnlichen Kursverhältnissen 250 mexikanische Dollar (der Münze, in der in China gerechnet wird). Bei dem heutigen anormalen Kurs sind aber 500 Mark nur fünfzig mexikanische Dollar! Um den Gegenwert von 250 Dollar zu erreichen, müßten also im deutschen Reichsetat 2500 Mark eingesetzt werden. Bei einem Konsulgehalt von rund 1000 Dollar würde der Etat gar mit 25 000 Mark monatlich belastet. Nun ist ja anzunehmen, daß sich die Kursverhältnisse bis zur Wiederaufnahme unserer diplomatischen Beziehungen ändern, aber immerhin sollte die Frage nicht außer acht gelassen werden.

Sehr interessant ist der Vorschlag, den Hempel mit Bezug auf die Heranziehung der Auslandsdeutschen zu den Friedensverhandlungen macht. Die staatsrechtliche und wirtschaftliche Stellung der Deutschen in China wird in dem Friedensvertrag mit China zweifellos gewisse Änderungen erfahren. Im Auswärtigen Amt sitzen Herren, die mit dem, was wir zu unserem Wiederaufbau in wirtschaftlicher und kultureller Beziehung nötig haben, vertraut sind, ihnen fehlt aber die persönliche Anschauung von dem, was sich seit ihrer Abreise (Herbst 1917) in Verbindung mit den deutschen Interessen in China ereignet hat. Inzwischen sind führende Kaufleute, Ingenieure und Journalisten aus China zurückgekehrt und diesen sollten sich die maßgebenden Stellen in Verbindung mit den Deutschland und China betreffenden Fragen nähern und sich deren Dienste sichern.

Der Anregung Hempels, dem Auslanddeutschen das Wahlrecht zur Nationalversammlung zu geben, möchte ich zunächst mit einem vorsichtigen „Ja" zustimmen. Für gewisse Auslandsgebiete könnten dagegen vielleicht staatsrechtliche Bedenken bestehen. Für gefährlich halte ich es, wenn der heimatliche Parteikampf ins Auslanddeutschtum getragen wird. Die Deutschen in China haben jahrzehntelang, ohne sich um parteipolitische Interessenkämpfe in der Heimat zu kümmern (und das geschah nicht aus politischer Gleichgültigkeit), gemeinsam zusammen gearbeitet zum Nutz und Frommen des Heimatlandes. Und dieser Grundsatz muß aufrechterhalten bleiben. Im Ausland gibt es keine Parteien, sondern nur Deutsche.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a I. Für Anzeigen F. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland M. 7.50. Einzelnummer 50 Pfg. / Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 68.

Digitized by Google

4. Jahrgang * 6. Juni 1919 * Heft 23

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Sorge um die Pfalz, Sorge um das Rheinland, angebliche Verhandlungen süddeutscher Staaten, inoffiziell, in der Schweiz über Milderung des Friedens — das sind nicht nur Lockungen des Feindes, denen allein blöde Gläubigkeit folgt, sondern Reflexbewegungen der schwunglosen und ängstlich-partikularistischen Art, wie die Verfassungsfrage bei uns amtlich behandelt wurde. Eisners sinnlose Politik der einzelstaatlichen Selbstherrlichkeit, die den wankenden Partikularismus erst recht verfestigte, Hirschs preußische Staatsbedächtigkeit tragen jetzt die eigentlichen Früchte. Hätte die Revolution fertig gebracht, den nationalstaatlichen Gedanken mit der Fülle eines neuen, staatsorganisatorischen Willens zu durchpulsen, dann hätten wir die Richtung zur bewußten Einheit als Geistesbewegung bekommen. Aber man ließ im wesentlichen Deutschlands obere Staatlichkeit als ein historisches Nebeneinander, ohne mit Lockerung gegenüber der Geschichte und Fessel gegenüber der Zukunft die Möglichkeit des Kommenden zu sichern. Wird die Nationalversammlung und noch mehr die Häufung der deutschen Regierungen jetzt begreifen, daß die Verfassungsarbeit auch ein Stück auswärtiger Politik ist und nicht bloß Händelei über die Erbschaft dynastischer Vergangenheit.

*

Den Deutsch-Österreichern war erzählt worden, der Verzicht auf den Anschlußgedanken mache sich in besserer Behandlung bezahlt. Einige glaubten es. Sie erleben jetzt, daß die Behandlung an Unwürdigkeit nichts zu wünschen

Digitized by Google

übrig läßt. Tschechen, Polen, Jugoslawen, Rumänen lassen sich von der Entente versprechen, daß sie an den Kriegskosten der Habsburger Monarchie nicht mittragen sollen; diese sollen den Deutschen und Magyaren allein aufgeladen werden. Der Gedanke ist sinnlos, seine Ausführung ein Sklaventum, das die Zumutungen an die Reichsdeutschen fast noch übersteigt. Man müßte annehmen, daß dies in Wien nun auch in der Presse begriffen wird.

*

Der Briefwechsel zwischen Franz Josef und Wilhelm II., der Anfang Juli 1914 stattfand und kürzlich in der „Deutschen Politik" veröffentlicht wurde, hat dem „Temps" Gelegenheit gegeben, wieder einmal die deutsche Schuld zu konstruieren. Was ist der Inhalt dieser Briefe und der beigegebenen Denkschrift? Wiens Absicht, gegenüber der großserbischen Propaganda, die als Vorposten des russischen Panslawismus zu gelten hat, eine Annäherung an Bulgarien, eine Verständigung Bulgariens mit der Türkei und Griechenland zu bewirken — ein staatspolitisches Programm, das nicht durch Serajewo geweckt, sondern in seiner Zwangsläufigkeit (von Wien aus gesehen) nur bestätigt wurde. Deutschland soll in Sofia sekundieren; ist dazu, wenn auch zögernd, bereit. Davon redet der „Temps" nicht. Den entscheidenden, von Bethmann und Wilhelm II. unterstrichenen Satz läßt sein Kommentar weg: daß Berlin davon absehen will, in der zwischen Wien und Belgrad schwebenden Frage Stellung zu nehmen. Man versichert vom Reiche aus den Bundesgenossen der Treue, lehnt es aber ab, den vorhandenen Streitfall zum Ausgang einer abgegrenzten politischen Aktion zu machen. Das Bedürfnis der Lokalisierung des Konflikts, bei klarer Erkenntnis der panslawistischen Gefahr, kündet sich an. Der „Temps" treibt Verdrehung, indem er den entscheidenden Gedankengang des Briefwechsels vernachlässigt.

*

Der Fall Luxemburg beginnt sich zu einem Fall Vogel auszuwachsen. Die „Freiheit" hat ein Füllhorn von Enthüllungen ausgeschüttet, die natürlich noch sehr der Nachprüfung bedürfen. Eins steht aber schon heute fest, rückt nicht der Teil des Offizierskorps, der ehrlich auf den Boden der neuen Verhältnisse steht, energisch von Vogel und seinen Helfershelfern ab, so wird sich bald das Mißtrauen gegen das gesamte Offizierkorps sehr verstärken. Auch der des Mordes der Luxemburg angeschuldigte Marineoffizier Suchong sollte schleunigst im Interesse des Standes eine Erklärung abgeben. Die Taktik des Schweigens hat bereits genug Unheil angerichtet.

Digitized by Google

Die deutschen Friedensgrundlagen

Von Dr. Paul Rohrbach

1. Juni 1919.

Die Hauptfrage, die wir den deutschen Friedensvorschlägen gegenüber haben, ist nicht die, ob die Regierung zuviel, mehr als wir etwa zu leisten vermögen, zugestanden hat, oder ob sie an anderer Stelle eine zu große Verzichtbereitschaft erklärt hat, sondern wir fragen: Ist die Regierung entschlossen, wenn die Feinde unsere Vorschläge zurückweisen, wenn sie ihre ursprünglichen Forderungen in den entscheidenden Punkten nicht gründlich revidieren, die Unterzeichnung zu verweigern und jedes feindliche Ultimatum mit dem Non possumus, wir können nicht und wir dürfen nicht, zu beantworten? Man braucht nur die deutsche Presse zu lesen und beliebigen Unterhaltungen zuzuhören, um zu erkennen, was die vaterlandsschwachen Elemente bei uns wollen. Die einen sind schwach, weil sie von nationaler Gesinnung überhaupt nichts wissen, die andern, weil ihr Seelenvermögen von Natur zu klein oder zu vertrocknet ist, um sittlichen Regungen auch auf die Gefahr hin zu folgen, daß ein großes Ethos, der Gehorsam gegen die sittliche Idee, äußere Gefahren heraufzubeschwören droht.

In der Tat, in der Lage sind wir. Für uns gilt heute das Wort: wer da trachtet, sein Leben zu behalten, der wird es verlieren, wer aber sein Leben verliert um meinetwillen, der wird es gewinnen! Jesus stellt dem Spruch das vergängliche und das unvergängliche Leben einander gegenüber. Das wahre Leben, für das allein es sich verlohnt, alles einzusetzen, ist nicht das vergängliche, sondern das unvergängliche. Was hier für die Religion im erhabensten Sinne gilt, das gilt auch für das Völkerleben. Ein Volk lebt so wenig wie ein Mensch von Brot allein, sondern die Völker wie die Menschen leben am letzten Ende davon, wofür sie zu sterben bereit sind: von dem, was ihnen mehr wert zu sein scheint, als die Fortsetzung des bloßen materiellen Daseins. Erst wenn sie diesen idealen Lebenswillen bekräftigen, der die unbedingte Opferbereitschaft in bezug auf das Physische und Greifbare fordert, werden sie wahrhaft leben. Ein Leben, das nicht gelebt zu werden verdient, lebt man nicht. Das sind hohe Forderungen, aber für unser Volk handelt es sich wirklich nicht mehr um Zahlungsbilanzen, Arbeitslöhne, Privat- oder Sozialwirtschaft, Existenzminimum und Bankguthaben, sondern um seine Seele. Niemand gibt sich einer Täuschung darüber hin, daß eine große Masse unter uns vorhanden ist, deren Angehörige sich durch alle Stände und Schichten hindurch finden, und nicht zuletzt unter den materialistischen Genießern und Geschäftemachern der Oberschicht, die der Idee vom Opfern des Lebens um des Lebens willen blöde gegenüberstehen. Das sind die toten Seelen, die das moralische Konto einer jeder Nation auf der Passivseite belasten. Es fragt sich nur, ob sie

Digitized by Google

imstande sind, es endgültig in den Zusammenbruch des nationalen Ethos hinabzuziehen oder ob das Gewicht derer größer ist, die bereit sind, um des Lebens willen das Leben zu opfern.

Wie steht die Regierung, die sich das deutsche Volk in der Revolution gegeben hat, zu dieser moralischen Daseinsfrage? Bleibt sie fest, so werden nicht nur die heutige Generation, sondern auch die kommenden deutschen Geschlechter ihr danken. Zeigt sie, daß die sittliche Kraft wahren Nationalgefühls und die Fähigkeit, den Unterschied des lebenswerten von nichtlebenswerten Dasein zu beurteilen, ihr fehlt, so ist sie gerichtet. Kein wahrer Deutscher hat dann noch länger etwas mit diesen Leuten zu tun. Sie mögen gehen oder bleiben, für Deutschland und den deutschen Volksgedanken sind es Schädlinge, von denen Fermente der nationalen Verwesung ausgehen. Das Wort vom Verdorren der Hand wird dann Wirklichkeit werden, aber wer sein Volk liebt, wird dann dafür zu arbeiten haben, daß auch wirklich verdorrt, was des Verdorrens wert ist.

Indes wir wollen die Regierung nicht schelten, bevor sie gezeigt hat, daß sie das Schelten verdient. Wir hoffen immer noch, daß sie sich trotz ihres Ursprungs als eine Kraft, fähig, der nationalen Zukunft zu dienen, wird bewähren können. Nur wird sie allein dann dazu imstande sein, wenn sie den Stimmen der Feigheit, die sie umtönen, ihr Ohr verschließt und an das Gute und die Kraft glaubt, die immer noch im besseren Teil des deutschen Volkes vorhanden sind. Es ist genug davon da. Wilhelm Heile schreibt in der „Hilfe“:

Und dennoch: ich kann den Glauben an Deutschland nicht verlieren, weil ich den Glauben an das deutsche Volk mir nicht aus dem Herzen reißen kann. Immer muß ich in diesen Tagen an das Wort des Dichters denken: In Fährden und Nöten zeigt sich ein Volk erst echt. Tag für Tag habe ich, seit die Nationalversammlung im Zusammenklang mit der Reichsregierung einmütig als Antwort auf den Raubfriedensvorschlag ihr Unannehmbar in die Welt hinausgerufen hat, in großen und kleinen Städten, meist unter freiem Himmel, da die Säle dem Andrang nicht gewachsen waren, zu vielen Tausenden aus allen politischen Parteien gesprochen und dabei Gelegenheit gehabt, die Stimme des Volkes zu hören. Ich habe keineswegs bloß die Forderungen der Feinde in ihrer vernichtenden Wirkung den Hörern klargemacht, um dadurch ein möglichst einhelliges Nein, einen möglichst leidenschaftlichen Protest zu erzielen; ich habe vielmehr mit ganz rückhaltloser Offenheit die furchtbaren Folgen geschildert, die ein Beharren im Nein wahrscheinlich schon in der nächsten Zeit für uns bringen würde. Manches verzweifelte und vergrämte Gesicht habe ich gesehen, manchen Aufschrei aus gequälten Herzen gehört, namentlich von Müttern, Frauen, Bräuten, deren Hoffnung, den kriegsgefangenen Gatten oder Sohn endlich wiederzubekommen, beim Nein noch weiter in die Ferne entschwindet. Aber nicht einen hörte ich, nicht einen lernte ich kennen, der sich aus Furcht vor den Folgen der Gewalt beugen und von der Regierung fordern wollte, daß sie ihren

Digitized by Google

Namen unter solchen „Vertrag" setzen und dadurch sich und das deutsche Volk für immer entehren solle.

Das ist auch unsere Meinung. Wir sind an einen Punkt in unserem nationalen Dasein gekommen, wo es sich nur noch um Glauben, Glauben an die nationale Sache handelt, und um die Kraft des Handelns aus solchem Glauben. Sollen wir uns schämen vor dem Amerikaner Bullitt, dem Delegierten zur Friedenskommission, der dem Präsidenten Wilson in seinem Brief, den der Londoner „Daily Herald" am 24. Mai veröffentlicht hat, der auch durch die deutsche Presse gegangen ist, schrieb, er sei einer von den Millionen gewesen, die da — vergeblich! — geglaubt hätten, der Präsident werde einen dauernden, uneigennützigen und gerechten Frieden zustandebringen; es sei und bleibe Pflicht der Vereinigten Staaten gegenüber ihrem eigenen Volk und gegenüber der Menschheit, diesen Friedensvertrag zu verweigern. Bullitt redet dann zum Schluß den Präsidenten an:

Daß Sie persönlich Gegner der meisten ungerechten Regelungen, und daß Sie sie allein unter großem Druck angenommen haben, ist wohlbekannt. Nichtsdestoweniger ist es meine Überzeugung, daß Sie, wenn Sie Ihren Kampf in der Öffentlichkeit geführt hätten, anstatt hinter geschlossenen Türen, die öffentliche Meinung der Welt, die auf Ihrer Seite war, mit sich gerissen hätten, daß Sie dem Druck hätten Widerstand bieten können und eine neue Ordnung hätten festigen können, die basiert ist auf den breiten und allgemeinen Prinzipien des Rechts und der Gerechtigkeit, von denen Sie zu sprechen pflegten. Es tut mir leid, daß Sie unseren Kampf nicht bis zum Ende gekämpft haben, und daß Sie so wenig Glauben gehabt haben in die Millionen Männer unter allen Nationen, die, wie ich, auf Sie vertraut hatten."

Das ist es: Der Glaube an die Kraft des Guten. Wilson hat gezeigt, daß er von den Prinzipien der Gerechtigkeit eben nur, wie Bullitt sagt, „zu sprechen" verstand. Eine herbere Kritik, als diese amerikanische Stimme sie enthält, kann an ihm nicht geübt werden. Er hat seine Sache noch weiter dadurch verschlechtert, daß er (durch eine holländische Stimme) in der internationalen Öffentlichkeit selber eine Art von Entschuldigungszettel für sein Verhalten abgegeben hat. Der Grund dafür, sagt er, daß der Frieden von seinem Ideal abweiche, sei die Unmöglichkeit gewesen, die verschiedenen Interessen zu vereinen. Die Opfer, die die Verbündeten gebracht hätten, müßten wieder gutgemacht werden, und die dadurch bedingte Belastung könne Deutschland nur mit Machtmitteln auferlegt werden. Daraus erklärten sich die militärischen und Gebietsbestimmungen. Er hätte abreisen können, als er den „George Washington" nach Frankreich kommen ließ, und er hätte damals die öffentliche Meinung für sich gehabt. Dann aber hätte er auf den Frieden und auf den Völkerbund verzichten müssen, „und Europa wäre dem Chaos anheimgefallen". Um das zu vermeiden, habe er sich dazu ent-

Digitized by Google

schlossen, „einige seiner Überzeugungen zu opfern", in der Hoffnung, daß der Völkerbund möglich machen werde, was der Friedensvertrag nicht zustandebringen konnte.

Alle diese sophistischen Redereien werden abgefertigt durch das Wort Bullitts, um einen besseren Frieden zustandezubringen, wäre nur nötig gewesen, den Kampf für den Frieden, statt hinter verschlossenen Türen, in der Öffentlichkeit zu führen. Der Mann, der das sagt, glaubt daran, daß in einer so großen und furchtbaren Krisis, wie die Welt sie jetzt durchlebt, das einzige durchgreifende Rettungsmittel darin besteht, daß man die Verantwortlichen dazu zwingt, alle Hüllen und allen Schein, alles Dunkel, mit dem sie ihre wahren Absichten zu verbergen suchen, fallen zu lassen und ihre Ziele nackt vor der Welt zu zeigen.

Wilson hat versagt, und er hat sein großes und stolzes Land, die „Neue Welt", um den Ruhm und den Segen gebracht, die es davon gehabt hätte, dem zerfleischten Europa einen wahrhaften Frieden wiederzugeben. Es bleibt nun nichts weiter übrig, als daß Deutschland diese Aufgabe übernimmt. Nur Deutschland ist noch fähig, sie zu leisten, wenn es sich auf jede Gefahr hin der Bekräftigung eines Gewaltfriedens durch seine Unterschrift widersetzt. Unterschreibt es, gleichviel ob mit oder ohne die Absicht, den Frieden zu halten, so hat es moralisch etwas ähnliches getan, was Wilson getan hat, indem er aus Furcht vor den augenblicklichen politischen Folgen es nicht wagte, bei dem Prinzip des Rechts zu bleiben. Unterschreiben wir, was die Feinde uns zumuten, so ist unsere Würde vor uns selbst und unsere Ehre vor den übrigen Völkern der Welt kläglich dahin. Unterschreiben wir nicht, mag kommen, was da wolle, weigern wir uns, ein bloßes Pflaster über die blutende und schwärende Wunde kleben zu lassen, sondern aus eigenem Entschluß die Wunde offen, bis die Welt einsieht, daß, wenn sie nicht mit an dem Ansteckungsstoff zugrunde gehen will, sie helfen muß, für eine wirkliche Heilung zu sorgen, dann wird der Lohn der Standhaftigkeit für uns selbst nicht ausbleiben, und wir werden es erleben, daß diese Tat Deutschlands einmal als das befreiende und wiederherstellende Opfer auch für die Welt im ganzen uns zugute geschrieben werden wird.

Kleinlich und kurzsichtig ist demgegenüber, was die Freunde der Unterzeichnung, vor allen Dingen die unabhängigen Sozialisten, vorzubringen haben. Ihre Ideen beruhen in jeder Beziehung auf falscher Grundlage.

1. Die Aufhebung der Blockade nach Zeichnung dieses Friedens bedeutet nicht Aufhebung der Hungersnot, weil Deutschland dann keine Wirtschaftswerte mehr haben wird, um Nahrungsmittel und Rohstoffe zu bezahlen. Es besteht ja zwar seitens Amerikas die Absicht, Kredite zu gewähren, aber diese werden

Digitized by Google

nicht mehr gewährt werden und können nicht mehr gewährt werden, sobald die Basis für diese Kredite aufhört. Und das wird nicht lange dauern.

2. Es ist nicht daran zu denken, daß z. B. die Franzosen die Kriegsgefangenen in absehbarer Zeit herausgeben, wenn sie nicht durch den Friedensvertrag in ganz anderer Weise dazu angehalten werden. Man begreift im Reich immer noch nicht annähernd den Haß, die Rachsucht und die Furcht vor Deutschland. Die Franzosen werden die Herausgabe der Gefangenen hinauszögern, um ein Druckmittel auf Deutschland zu behalten und die deutsche Nichtausführung der unausführbaren Bedingungen als Rechtsgrund dafür heranziehen.

3. Die Vergleiche mit der Revision von Bukarest und Brest Litowsk sind hinkend, weil die Revision nach Deutschlands Niederlage geschah, während Frankreich und England nicht besiegt sind.

4. Ebenso unrichtig ist der Hinweis auf die Wirkung der Protestaktion der Entente-Sozialisten, die sich nahezu alle dahin geäußert haben, daß eine Weltrevolution ausgeschlossen ist.

5. Die Unabhängigen wollen also einen politischen Fehler begehen, der ebenso unheilvoll ist wie der, als sie glaubten, daß die Revolution Deutschland einen guten Frieden brächte. Das geschah in voller Unkenntnis der außerdeutschen Verhältnisse. Diese Entschuldigung fehlt jetzt.

Ebenso fern von jeder moralisch-politischen Einsicht ist es, wenn die unabhängige Sozialdemokratie und allerlei „pazifistische" Mitläufer bei dem Geschwätz von einer besonderen Schuld Deutschlands am Kriege bleiben. Selbst ein Mann wie der Ministerpräsident Scheidemann scheint nicht zu begreifen, daß durch nichts die Stellung Deutschlands so entscheidend gebessert werden kann, wie durch Verhandlung der Schuldfrage in voller Öffentlichkeit. In dieser Beziehung ist das Vorgehen des Grafen Brockdorff-Rantzau durchaus richtig, und es war überflüssig, daß der Graf zu Anfang der Verhandlungen aus Rücksicht auf die sozialdemokratischen Unabhängigen auch von der deutschen Mitschuld am Ausbruch des Krieges sprach. Taktisch wäre das richtig gewesen, wenn eine eigentliche deutsche Schuld, d. h. ein Verhalten der deutschen maßgebenden Stellen, durch das fahrlässig oder bewußt der Krieg herbeigezogen wurde, vorläge. Das ist nicht der Fall. Wohl aber läßt es sich für die Entente nachweisen, und es ist nur das hoffnungslos schlechte Gewissen der Entente, das sie dazu veranlaßt, die öffentliche und unparteiische Untersuchung der Schuldfrage zu verweigern.

Digitized by Google

An der Wiege der Rheinischen Republik

Von Paul Wentzcke (Düsseldorf)

Die Sturmzeichen, die dem Kenner rheinischer Geschichte und rheinischen Lebens seit Monaten schon das Nahen folgenschwerer politischer Entschlüsse am linken Rheinufer ankündigten, sind verflogen. Die neuesten Meldungen, die von Landau herab bis Köln über die „Befreiung" der Rheinländer vom bayerischen und vom preußischen „Joche" einlaufen, lassen eine Entscheidung schon für die nächste Zukunft erwarten. Alle Zwangsmittel und Lockungen, die die französische Politik seit den Tagen Ludwigs XIV. zur Erringung der Rheingrenze anwandte, hat der Entwurf der Friedensbedingungen Clémenceaus aufs neue in vollendeter Form zusammengefaßt. Geist und Feder André Tardieus, des bedeutendsten Vorkämpfers für die Sicherung der französischen Ostmarken, sind deutlich zu spüren. Zum militärischen, politischen und geistigen Doppeldruck, den das ancien régime von Metz und Straßburg einerseits, von Belgien andrerseits bereits im 17. und 18. Jahrhundert auf das linksrheinische Land ausübte, fügt heute die dritte Republik den Hunger nach Rohstoffen und nach dem täglichen Brot. Was eine kurze Skizze im Anfang dieses Jahres hier andeutete*), wird zu furchtbarer Wahrheit.

Wenn dort die Warnung von einem neuen „Rheinbund" unmittelbar an die moderne Interessenverbindung Lothringens mit dem niederrheinischen Industriegebiet anknüpfte, so hat in der Tat die „Lothringer Gruppe" diese Gedankengänge inzwischen offen in der Pariser Deputiertenkammer aufgenommen. „Mit Bedauern" stellt sie fest, „daß entgegen allen Hoffnungen die deutsche Herrschaft über die linksrheinischen Gebiete beibehalten werden soll. Sie empfindet es als Pflicht, mit allen Kräften darauf zu bestehen, daß zum wenigsten Preußen und weiter Bayern, Hessen und Oldenburg ausgeschlossen werden. Damit unsere Mitbürger von neuem Vertrauen zu ihren Nachbarn gewinnen können, wird es nötig sein, daß die Rheinlande wenigstens sich selbst übergeben werden und befreit werden vom Gängelband, mit dem sie München und Berlin leiten."

Der vorsichtigen Werbung der französischen Besatzungsbehörden in der Pfalz und im Saargebiet ist in der Tat bereits die offene Ermunterung zum Hoch- und Landesverrat gefolgt, nachdem sich Landauer Bürger bereitwillig der Entente als Schleppträger zur Verfügung gestellt haben. Führer des rheinischen Zentrums und der rheinischen Wirtschaft begannen in Mainz Besprechungen mit General Mangin, an denen auch ein angeblicher Vertreter der nassauischen „Sonderinteressen" teilnahm. Im selben Maße, wie die wirtschaftliche

*) Heft 5 vom 31. Januar 1919.

Digitized by Google

Not der Gegenwart auch die Zukunft des Reiches umdüstert, gelingt es ihrem Zureden, Mitläufer in allen Kreisen der Bevölkerung zu finden. Einschmeichelnd ertönt aufs neue der Sirenengesang, der schon 1793 ebenfalls in Mainz den „rheinisch-deutschen Nationalkonvent" des Weltumseglers Georg Forster auf Frankreichs Seite trieb. „Es sollten alle Gebiete links des Rheins in alle Segnungen der Revolution eingesetzt werden," so lockte damals ein Dekret der Pariser Nationalversammlung die deutschen Vorkämpfer der Ideen von 1789. Ein Angebot der Versailler Vier, das diese Sätze auf das Gebiet der Wirtschaft übertragen wollte, fände heute fast williger und freudiger noch Anklang und Gehör. Ungleich mehr als in der Zeit vor 130 Jahren hat ja der Kampf der deutschen Parteien und eine weltbürgerliche Geschichts- und Weltauffassung insbesondere am Niederrhein diesen Versuchungen vorgearbeitet.

Von positiven Nachrichten über ihre Wirkung ist in erster Reihe die Ansprache hervorzuheben, mit der der Führer der Landauer Einundzwanzig den bayerischen Beamten den Umschwung ankündigte:

„Die Pfalz als neutrale selbständige Republik ist bereits von der französischen Besatzungsbehörde und dem General Gerard anerkannt und wird als solche unterstützt und beschützt werden. Für Beamte, die nicht loyal dieser neuen Regierung (mit dem Wortführer, dem Nahrungsmittelchemiker Dr. Haas, als Präsident) gegenüberstehen, wird kein Platz mehr im Lande sein."

Trotz der lebhaften Unterstützung, die ihr Frankreich angedeihen läßt, soll die Bewegung jedoch bisher, zum wenigsten nach den Meldungen der rechtsrheinischen Presse, weder hier noch im Saarbecken festen Fuß fassen und sich auf breitere Schichten der Bevölkerung ausdehnen. Vor allem das Saarbrücker Land wehrt sich aufs tatkräftigste gegen die politische und wirtschaftliche Versklavung, die ihm die Friedensbedingungen androhen. Wiederum, wie schon 1815, als es sich um die endgültige Befreiung der im ersten Pariser Frieden vergessenen Saarstädte handelte, erwacht hier ein Nationalgefühl, dessen Stärke und Tiefe nur zu viele der mittel- und norddeutschen Volksgenossen beschämen müssen. Mehr noch wie in der Pfalz ist das Vierteljahrhundert französischer Herrschaft von 1790 bis 1815 an der Saar noch unvergessen. Um so gefährlicher aber ist das Entgegenkommen, das ähnliche Anregungen der Entente bei der Bevölkerung des Niederrheins finden.

In einer seiner letzten Nummern erklärt das „Echo der Gegenwart" in Aachen offen, daß die Entscheidung über die politische und wirtschaftliche Zukunft der Rheinlande in den nächsten Wochen bereits fallen müsse:

„In rastloser Arbeit hat der Aachener Ausschuß zur Errichtung einer Rheinischen Republik den Gedanken einer Selbständigkeit der Rheinlande verfolgt. Er hat, nachdem ihm auch die Leitung der Kölner Interessen übertragen worden war, mit den Ausschüssen in Bonn, Koblenz, Trier und besonders auch in Mainz, Wiesbaden und der Pfalz Fühlung genommen. Wir stehen nun da, daß wir endlich sagen können:

Digitized by Google

Unsere Arbeit wird Erfolg haben. Nähere Einzelheiten zu bringen, versagen wir uns heute noch. Nur das eine sei hervorgehoben, daß das Rheinland wichtige Reservate für sich beansprucht, um seine wirtschaftliche Zukunft sicherzustellen und Einfluß auf die Gestaltung unsrer Beziehungen zum Auslande zu gewinnen."

In welcher Richtung innerpolitisch diese Hoffnungen gehen, beweist der gleichzeitig einsetzende, konzentrische Angriff andrer Zentrumsblätter in Aachen, Bonn und Köln gegen die „Berliner Peitsche" und die „stupiden Borussen". Eifrig wird der Annäherung nach dem Westen das Wort geredet, die allein „Friedenssicherung" und „Gegenwartsvorteile" zu bringen vermag. Auch die „Kölnische Volkszeitung" nimmt diese Bestrebungen versteckt wieder auf, nachdem sie eine Zeitlang wohl, wie „altdeutsche" und altkluge Politiker meinten, von den „Sonderbündlern" abgerückt war. Nur die Zukunft der Länder am Rhein, so mahnt sie, dürfen „unsere" Volksvertreter im Auge behalten und die politische Vertretung der rheinischen Interessen wahren, „damit nicht Ergebnisse zutagetreten, die für unsere Freiheit und unser Wohl ein Unheil bedeuten." Das alte Sehnen nach Selbständigkeit der katholischen Rheinlande, das schon 1830 und 1848 im Rufe nach Ablösung vom protestantischen Preußen, im Zusammengehen mit Belgien und im Plan einer katholischen „Reichsprovinz" unter einem habsburgischen Kaiser zum Ausdruck kam, erwacht aufs neue im Gewand republikanischer Forderung nach Selbstbestimmung.

Vergeblich rufen wir in dieser Not nunmehr seit bald sechs Monaten nach tatkräftigen Gegenmaßregeln im Reich und in Preußen. Wohl häuften sich zeitweise die Einspruchsversammlungen, die in ganz Rheinland und Westfalen die politischen Parteien und die Handelskammern veranstalteten. Insbesondere Oberbürgermeister Luther in Essen und der Düsseldorfer Syndikus Otto Brandt liefen in Rede und Schrift Sturm gegen den Hochverrat am Reich, der sich nicht nur im Zentrum, sondern auch in der linksrheinischen Industrie vorbereitete. In der Berliner und in der Weimarer Nationalversammlung haben die Vertreter aller Fraktionen einmütig die Führer dieser Bewegung von sich abgeschüttelt. Aber wie in der gesamten Innen- und Außenpolitik der deutschen Republik blieb es im Grunde bei papierenen Protesten. Das einzige Gegenmittel, das die Abbröckelung der linksrheinischen Gebiete aufhalten kann, die Verstärkung der Reichsgewalt, die in allem und jedem die magnetische Kraft der preußischen Staatspersönlichkeit ersetzen muß, ist in Ausschußverhandlungen vergraben worden. Nicht nur die revolutionären Zuckungen, die das Reich immer aufs neue erschüttern, sondern vor allem auch die politische Trägheit und die geschichtliche Verständnislosigkeit der deutschen Parteien sind die besten Schrittmacher und Förderer der rheinischen Sonderbündelei. Teilnahmlos steht die deutsche Republik zu Gevatter, wenn die Entente ihr Sorgenkind, den Pufferstaat der rheinischen Republik, aus der Taufe hebt.

Digitized by Google

Verfall

Von Prof. Dr. Arthur Salz, München

Seitdem die Weltgeschichte nicht mehr von Menschen für Menschen gemacht wird, seitdem Führer und Vorbilder keinen Platz mehr finden, seit Gott selbst sich schlafen gelegt oder sich ausgeschaltet zu haben scheint — irrt der menschliche Geist wie heimatlos durch die Wirbel des Geschehens, wie ein aufgescheuchtes und umstelltes Wild jagt er plan- und ziellos nach einem Ruhepunkt suchend und sinkt schließlich ermattet irgendwo auf dem Wegrand nieder, seiner Häscher gewärtig. Von allen Flüchtlingsbildern, die man sah, das grausigste, von allen Heimatberaubten und Entwurzelten der am schwersten Heimgesuchte.

Seither, da die ungestalte, formlose Kraft und Wucht der Massen Träger und verantwortlicher Leiter des Weltgeschehens geworden, ist die Geschichte gänzlich unberechenbar, unverständlich und fast interesselos. Denn alles Verständnis der Geschichte ist irgendwie an ein Menschliches geknüpft, darin ist es verankert. Die lichtesten und die dunkelsten Gewalten sind wie durch ein geheimes Band noch mit uns verbunden, seitdem aber Geschichte bloß abrollt wie ein Film im Zwielicht, mit Geknatter und aufregenden Effekten, ist der Geist bloß müßiger Zuschauer und gänzlich desorientiert über das Woher, Wohin, Warum. —

Jetzt tritt der Zustand ein, den die materialistische Geschichtsdeutung, die sich fälschlich für eine zutreffende Interpretation der Vergangenheit hält, während sie in Wirklichkeit eine fatale Prophetie ist, die Apokalypse des 20. Jahrhunderts, vorhersagt: daß alle Geschichte sich auflöst in die Geschichte und in den Kampf der widerstreitenden ökonomischen Interessen. Diese materialistische Geschichtsauffassung ist Romantik mit negativem Vorzeichen, die der Menschheit ganzen Gegenwartsjammer in die Vergangenheit (statt in die Zukunft) projiziert. Sie erblickt das Vergangene im trüben Spiegel einer schon Gegenwart gewordenen Zukunft, statt diese an den größten Maßstäben der Vergangenheit gestalten zu helfen. Sie muß das Vergangene gewaltsam reduzieren, um Platz für das massenhaft Kleine der Zukunft zu gewinnen.

Was ist denn geschehen, daß der Geist sich wie verbannt, wie ausgetrieben aus seiner angestammten Heimat vorkommt? Nichts, als daß die Welt sich unabhängig von ihm gemacht, daß sie ihn entthront hat. Der geistige Mensch sieht sich zwischen zwei Zeitalter gestellt und fühlt sich in beiden gleich heimatlos: das bürgerliche, das nicht mehr Geist war, und das proletarische, das noch nicht Geist ist. Jenes hat ein ihm anvertrautes geistiges Erbe schlecht verwaltet, dieses weigert sich, die Erbschaft des Geistes anzutreten. Der geistige Mensch sieht eine bürgerliche Welt ruhm- und kampflos verenden, unschön noch im letzten Kampf, und die schon seit langem sehr gelockerten Bande, die ihn mit diesem „penetranten" Mittelstand

Digitized by Google

verbanden, fühlt er völlig zerrissen. Aber er fühlt sich gleichermaßen abgestoßen von dem leviathanartigen Unwesen, das sich da heraufwälzt aus dem Dunkel seines Daseins, triefend von Schweiß und Gier, das Herz geschwellt bis zum Bersten von Haß und Rachsucht.

Nur Kinder, Toren und Frivole bringen es fertig, sich jedem Schaugepränge und Massenkundgebung, ob Maskenfest oder Leichenzug, anzuschließen, unbekümmert darum, was Sinn und Ziel der Bewegung ist. Der geistige Mensch, der einen Ruhepunkt in sich hat und ihn nicht draußen zu suchen braucht, fühlt sich von dem schamlosen Treiben angewidert und vereinsamt und hat, wie der Dichter, seinen Platz im finstersten Winkel des Hauses an der Kellerstufe. — Doch wäre es ein Irrtum, zu glauben, daß der geistige Mensch, von dem wir sprechen, ein ungeselliges Wesen (was die Griechen einen „Idioten" nennen), ein Eigenbrödler sei von Natur, daß er nur leben und atmen könne in Macht und Wohlleben oder als gänzlich uninteressierter Zuschauer seiner Ruhe pflegen. Auch er würde gerne jubeln im Chor und sich restlos hingeben einem Allgemeinen — aber seelische Wunden, die er zu schamhaft ist vor der Menge protzend aufzuzeigen, wie andere mit ihren schwieligen Händen sich rühmen, verbannen ihn und zwingen ihn zur Einsamkeit.

Was den Menschen von heute von der bürgerlichen und proletarischen Mit- und Um-Welt zu tiefst scheidet, das ist sein lebendiges Gefühl und sein Instinkt für und sein Bedürfnis nach Ehre, was ihn — auch als politischen Menschen — positiv charakterisiert, ist dies: daß ihm die Ehre höher steht als das Leben, daß ehrenhaft zu leben oder zu sterben ihm mehr gilt, als gut zu leben. Er ist die Ehre, die Atmosphäre, in der allein er atmen kann, in jeder anderen muß er ersticken. Heute aber ist es an dem, daß die bürgerliche Welt bald oder schon keine Ehre mehr hat, und die proletarische noch keine hat. Was der Mensch in all dem Getriebe ringsum mit absoluter Evidenz wie mit einem überwachen sinnlichen Organ wahrnimmt, ist der Verfall der Ehre und das heißt: des höheren Menschtums, die Welt teilt sich für ihn nicht mehr in die gewohnten und gewöhnlichen Kategorien von Klassen, Ständen, Berufen, Parteien usw., sondern einfach in Menschen, d. h. Lebewesen mit Ehre, und in — Leute, d. h. Scheinwesen, die der Ehre ermangeln. Die politisch aktuellen Fragen sind für ihn nicht: Diktatur oder Demokratie, Räteverfassung oder Parlamentarismus, Individualismus, Sozialismus oder Kommunismus, sondern ganz einfach die Frage: wie retten wir uns noch den Rest von Ehre, wie setzen wir die Ehre wieder in ihre Rechte ein?

„Ehre, was ist Ehre, kann man Ehre essen?" Diese Falstaff-Frage (und Antwort) ist die Frage aller materiell und „realpolitisch" orientierter Interessenpolitiker. Sie haben kein Organ für das, was Ehre erheischt oder verbietet, der kleinste „Vorteil", sei es auch auf Kosten der Ehre, ist ihnen lieber, als „alles zu verlieren außer der Ehre". Sie packen ihre Leute bei allem, nur nicht bei der

Digitized by Google

Ehre — wie oft würden sie auch ins Leere greifen! — und ziehen jede lügenhafte Nützlichkeit einer ehrenvollen Wahrheit vor.

Ehre, sagt man, sei das Kennzeichen eines Standes. Ehre gäbe es nur in einer ständisch gegliederten Gesellschaft, und zwar sovielmal verschiedene, als es Stände gibt. Man sagt ferner, Ehre sei der Zaun, den ein Stand um sich selbst zu seinem eigenen Schutze und zu seiner Selbsterhaltung ziehe. Richtig ist, daß die Standesehre immer das Kennzeichen einer Besonderheit und Sonderung ist, aber außer der Standesehre gibt es noch eine Ehre, die sich auf alle Glieder eines Volkes, ohne Rücksicht auf ihre ständische Zugehörigkeit, erstreckt und der sie teilhaft sind als Glieder ihres Volkes, die „nationale" Ehre oder — wenn man dies Wort nicht gern hört — die Volksehre, und diese ist nur die politische Seite einer noch allgemeineren Ehre: der persönlichen oder menschlichen Ehre, d. h. der Achtung vor der eigenen Person, die einen berühmten Staatsmann sagen läßt: „Ich würde nach den Gesetzen der Ehre leben, wenn mich auch niemand sähe, wenn ich mitten in einem Walde wohnte."

Wir suchen uns begreiflich zu machen, was zu dieser erschreckenden Preisgabe und Verleugnung des Ehrgefühls, die wir überall wahrnehmen, geführt hat. Eigentlich müßte man annehmen, daß in einem Volksstaate, besonders in einem sozialistischen, die Mehrheit des Volkes sich entschlossen und freudig zum Träger der nationalen Ehre macht. Aber was wir sehen, ist gerade das Gegenteil: daß man zwar die politische Macht erringen, aber die Ehre nicht erobern kann, daß man zwar ein waschechter und überzeugter Sozialdemokrat (auch dies übrigens mit Gradunterschieden an Ehrlichkeit und Offenheit) sein kann, aber deswegen noch lange nicht ein Mensch und vor allem kein Mann zu sein braucht. Teilweise wird sich dies alles als Reaktionserscheinung auf die Kriegserlebnisse erklären.

1. Der Krieg ist für viele deswegen sinnlos gewesen, weil sie nicht wußten und nicht fühlten, daß er schließlich „nur" um Ehre geführt und fortgesetzt wurde, und viele gegen diese Forderung unempfindlich waren. Dem Bürgertum waren seine, den Proletariern ihre „Interessen" das wichtigste, nicht die Ehre. Das Bürgertum, Träger des nationalen Gedankens, hatte es in einer langen Friedenszeit fertiggebracht, die nationale Ehre zu verfälschen zu einer lügenhaften Ideologie, in deren Schatten es sich gut krämern ließ, aber war es bereit, für die Ehre Opfer zu bringen? Die „Arbeit" aber ist noch kein Stand, sondern nur ein Beruf, der an seinem „Verdienst", und eine Klasse, die an ihrer „Lage" interessiert war. Sie hatte eine spezifische Ehre, solange sie ein Amt, ein freudig und bewußt an der Gesamtheit erfüllter Dienst war, ein Können, eine Virtuosität, ein Vorrecht, übersehbar in ihren Resultaten und ein Auftrag der Gesamtheit. Der Produktionsfaktor „Arbeit" war erst im Begriffe, durch die Organisation in eine spezifische Ehre hineinzuwachsen, sich eine Ehre beizulegen, als er durch den Krieg und dann durch die Revolution in diesem Entwicklungsstadium überrascht wurde.

Digitized by Google

2. Im alten Staat und in der alten Gesellschaft galt die kriegerische Schicht, das Heer, freilich nicht bloß der Offizierstand, sondern der Soldat überhaupt, als Träger einer besonderen, der Waffen- und Soldatenehre. Der Soldat nahm ja diese vornehmste Pflicht auf sich, mit seinem Leben einzutreten für die nationale Ehre, und im Heere wurde das Ehrgefühl besonders kultiviert. Mit dem Waffenrock war ein erhöhtes Lebensgefühl verbunden, und der Soldat trug den Rock, trotz einer allgemeinen Dienstpflicht, gern und stolz. — In dem Maße, als die Revolution dem alten Heere den Garaus machte und sich seiner entledigte, entledigte sie sich auch all des Besten, das im Heere eine Heimstätte hatte: der Ehre und der Disziplin. Die Disziplin kann der Proletarier ja auch — wenn er will — in der Betriebsstätte lernen, die Ehre aber ist augenblicklich und wahrscheinlich für lange hinaus heimatlos.

Man sagt vielleicht, die Ehre sei etwas Wesentliches nur im Klassen- und Zwangsstaate und habe ausgespielt in einer künftigen Gemeinschaft, die auf der Grundlage der Kameradschaftlichkeit und des Solidarismus der arbeitenden Schichten beruhen werde. Die Ehre sei, wie soviel anderes Gerümpel der alten Gesellschaft, überflüssig und unbrauchbar geworden. Sicherlich denken heute viele Revolutionsführer so, denn es ist so bequem, sich auf diese oder jene Weise selbst zu belügen, und man muß alles vermeiden, was auf die hochgestimmte revolutionäre Begeisterung abkühlend wirken könnte. Aber sie täuschen sich. Denn keine irgendwie organisierte menschliche Gemeinschaft zu höheren als bloß augenblicklichen Zwecken ist ohne Ehre überhaupt möglich, die Einhaltung der Gesellschaftsregeln selbst bedingt Vertrauen und Ehre, wie ja selbst die Banditen und Kokotten ihre Ehre und ihren „Stolz" haben.

Warum wird heute alles geflissentlich über den Haufen geworfen, was einstmals heilig und unverletzlich war? Man sagt: wir seien betrogen und hinters Licht geführt worden, und wir übertragen das Mißtrauen, den Zweifel, die Abkehr von den politischen Dingen unseres vorrevolutionären Staates auf die geistigen und sittlichen Grundlagen der Gesellschaft überhaupt. Das ist ein verhängnisvoller Irrtum. Die Revolution gibt ein summarisches Urteil ab; sie ist ein summarisches Verfahren über alles Vergangene. Die Vergangenheit muß es sich gefallen lassen, von dem Tribunal der Revolution als abgetan und ausgelöscht behandelt zu werden. Aber dieses Urteil, das die Revolution ist, ist eine arge Oberflächlichkeit, wenn sie, statt das, was gut und dauerhaft ist, wiederherzustellen und, von allen Entartungen befreit, in seine unverjährbaren Rechte wieder einzusetzen, das Kind mit dem Bade ausschüttend, alles Gute und Wesenhafte leugnet und ihm die Anerkennung weigert, ohne imstande zu sein, etwas Besseres an deren Stelle zu setzen. Wenn sie den Geist expropriiert und vogelfrei erklärt, statt gerade ihn sich anzueignen, um selbst Sinn und Richtung und Maß zu erhalten! Wenn die Revolution bloß darin ihre Aufgabe sieht, den alten Staat zu zertrümmern, und mit

Digitized by Google

der Macht, die sie angeblich so verabscheut, Wucher zu treiben, wenn es bloß darauf abgesehen ist, Pensionäre der Revolution zu schaffen, wie der alte Staat Schmarotzerexistenzen züchtete, so taugt diese Revolution nichts und bleibt in der Geschichte ein ephemeres Ereignis, eine Farce. —

Wie nimmt denn die Revolution unsere Ehre als Volk wahr? Gar nicht. Haben wir schon erlebt, daß sich das revolutionäre Gewissen aufbäumt gegen die unter dem stillen oder lauten Beifall der Welt erfolgende Degradierung des deutschen Volkes? Nimmt man nicht gelassen und mit Schadenfreude das Verdammungsurteil der Feinde hin, das auf Ehrloserklärung der deutschen Nation hinausläuft? Ist nicht die Sklaverei, zu der man uns bestimmt, das Kennzeichen und Stigma der Ehrlosigkeit? Denn nur der freie Mensch hat Ehre, der Sklave kann sich den Luxus, Ehre zu haben, nicht leisten. Man macht uns zu Sklaven, weil man uns ehrlos erklären will, und man nimmt uns die Ehre, damit wir gefügige Sklaven seien.

Der Mangel an Gefühl und Bedürfnis für p o l i t i s c h e Freiheit, das für den Deutschen vormals bezeichnend war, die Hineinverlegung des Freiheitsbewußtseins ins Innerlichste, Persönliche, Metaphysische, rächt sich heute bitter durch den Mangel und die Unempfindlichkeit für Ehre, nicht nur „nationale", sondern menschliche Ehre überhaupt. Anders wäre es unverständlich — um aus der Fülle nur das Sichtbarste hervorzuheben —, wie z. B. die Frage, ob man deutsch bleiben oder französisch werden will, davon abhängig gemacht wird, auf welche Weise man am besten den hohen Steuern entgeht, oder der Anschluß oder Nichtanschluß von Deutschösterreich hüben und drüben von der Höhe der Wechselkurse und wo man im ganzen das bessere „Geschäft" macht. Und wenn wir demnächst vor die schicksalsvolle, unvermeidliche Frage gestellt sein werden, ob wir mit dem Osten oder mit dem Westen, mit dem Bolschewismus oder mit Europa gehen wollen, so fürchte ich, daß auch diese Entscheidung uns nicht auf der Höhe der Situation finden, daß auch sie nicht von dem einzig möglichen Standpunkt unserer Ehre, sondern von praktischen und realpolitischen Nützlichkeitserwägungen entschieden werden wird, wobei wir vergessen, daß in unserer Lage die einzig mögliche Realpolitik für uns darin besteht, daß wir den Mut zu unseren besten und anständigsten Idealen haben und bekennen.

Um uns dies aber leisten zu können, wäre nötig und die höchste Zeit, daß wir nach innen wieder zusammenwachsen zum Bewußtsein und Willen der Schicksalsgemeinschaft, daß wir erst wieder einmal ein „Volk" werden, was wir heute ganz offenbar nicht mehr sind. Die Besinnung auf diese Grund p f l i c h t ist wichtiger als alle Grund r e c h t e, die wir verfassungsmäßig statuieren. Wenn dieses Bewußtsein abdorrt, wenn die Solidarität des Volkes halt macht und beschränkt wird auf eine Klasse und diese Klassensolidarität der numerisch stärksten Schicht nur besteht in einem Vernichtungskampf gegen die übrigen Klassen, wenn das

Digitized by Google

„Ecrasez l'infame" der bürgerlichen Gesellschaft das Ziel nicht nur in politischer, sondern auch in geistiger Hinsicht bleibt — nach dem Grundsatz: des einen Tod ist des andern Brot — so bedeutet dies die Auflösung und den Zerfall der Nation, mit deren geschichtlichen Rolle es endgültig vorbei ist. Wenn man heute von einer Gefahr der Reaktion spricht, so kann diese nur darin bestehen, daß immer mehr, und zwar die besten Elemente der Gesellschaft, innerlich ihren Austritt aus der Nation vollziehen und die Gemeinschaft lösen, weil man auf ihre besten und heiligsten Gefühle keine Rücksicht nimmt, weil die neuen Machthaber, anstatt mit der Sozialisierung der besten Gesinnungen, die das Volk in jahrhundertelangen Nöten und Schicksalen ausgebildet hat, zu beginnen, diese Gesinnungen als kapitalistische List und Ausbeutung ausschreiend, diese Erbschaft ausschlagen, für wertlos erklären und das revolutionäre Pathos, das sie brauchen, erkaufen um den Preis des Verzichts auf Ehre und alle „unsichtbaren Grundlagen" der Gesellschaft.

Will die Revolution im Ernst zum Range einer geschichtlichen Tat emporwachsen, so muß sie diese Gefahr — sehr bald — erkennen und die Konsequenz daraus ziehen, sich erinnernd an die alte Fabel, mit der Menenius Agrippa im alten Rom einst die aus der staatlichen Gemeinschaft sich lösenden Prebejer zur Rückkehr bewog, an die Fabel von der Verschwörung der Glieder des Körpers gegen den Magen. Nur freilich ist es heute an dem, daß es Sache der Plebejer ist, die aus der Staats- und Volksgemeinschaft auf den heiligen Berg Ausgewanderten in die Lebens- und Schicksalsgemeinschaft wieder zurückzuholen.

Die Ursachen unserer Finanznot

Von R. Kuczynski

Wie alle anderen Staaten, so haben auch wir die finanziellen Mittel zur Kriegführung im wesentlichen durch Steuern und durch Kredit beschafft.

Im ersten Drittel des Krieges betrieb das Reich allerdings überhaupt keine Steuerpolitik. Die verbündeten Regierungen glaubten, „dem Lande das Tragen der ohnedies schweren Kriegslasten nicht durch neue Steuern oder Steuererhöhungen noch schwerer machen zu sollen".*) Die alten Zölle und Steuern aber brachten weniger, da der Außenhandel stockte und Verbrauch und Verkehr im Innern gelähmt waren. Infolgedessen sanken die laufenden Einnahmen von 1693 Millionen im Rechnungsjahr 1913 auf 1114 Millionen im Rechnungsjahr 1915. Endlich, im Frühjahr 1916, wurden die ersten Kriegssteuern dem Reichstag unterbreitet. Neben einer Kriegsgewinnsteuer, deren Ertrag nach Helfferich eine Milliarde „erheblich überschreiten" sollte, und die tatsächlich 4659 Millionen brachte, wurden an laufenden Steuern bewilligt: eine Erhöhung

*) Helfferich, Reichstagsrede vom 10. März 1915; vgl. auch „Deutsche Politik" vom 17. August 1917, S. 1155 ff.

Digitized by Google

des Tabakzolls und der Tabaksteuer, der Kriegsaufschlag auf die Zigarettensteuer, der Warenumsatzstempel, eine mit den Post- und Telegraphengebühren zu erhebende Reichsabgabe und eine Erhöhung des Frachturkundenstempels. Insgesamt erwartete Helfferich von diesen neuen laufenden Steuern noch für das Rechnungsjahr 1916 etwa eine halbe Milliarde. Tatsächlich brachten sie nur reichlich halb so viel. Für die späteren Jahre erwartete Helfferich 650 Millionen, und dieser Betrag dürfte wohl auch im Durchschnitt der Jahre 1917 und 1918 erreicht worden sein.

Im Frühjahr 1917 machte Graf v. Roedern dem Reichstag eine erheblich größere Vorlage. Neben einem einmaligen Zuschlag zur Kriegsgewinnsteuer, der 450 Millionen bringen sollte und 932 Millionen brachte, wurden eine Kohlensteuer und eine Abgabe vom Personen- und Güterverkehr beschlossen. Die Kohlensteuer brachte infolge der dauernden Steigerung der Kohlenpreise statt der jährlich erwarteten 495 Millionen in den acht Monaten vom 1. August 1917 bis 31. März 1918: 413 Millionen und im Rechnungsjahr 1918 nicht weniger als 727 Millionen. Die Verkehrssteuer dürfte 1918 annähernd den erwarteten Mehrertrag von 298 Millionen gebracht haben.

Noch viel umfangreicher war die Vorlage, die Graf v. Roedern im Frühjahr 1918 dem Reichstag machte. Beschlossen wurden eine außerordentliche Kriegsabgabe für das Jahr 1918, eine Erhöhung der Biersteuer und des Bierzolles, eine Erhöhung der Schaumweinsteuer, die Weinsteuer, das Branntweinmonopol, die Steuer von Mineralwässern und künstlich bereiteten Getränken, eine Erhöhung der Zölle auf Kaffee und Tee, eine Erhöhung der 1916 eingeführten Warenumsatzsteuer und der ebenfalls 1916 eingeführten Reichspostabgabe, eine Erhöhung des Wechselstempels und der Börsensteuern. Die Kriegsabgabe soll 1800 Millionen bringen; der tatsächliche Ertrag wird sicherlich viel geringer sein. Die neuen laufenden Steuern sollten jährlich 2581 Millionen bringen. Es ist bezeichnend, daß sie in den Etat von 1919 noch nicht einmal mit einem Drittel dieses Betrages eingesetzt sind.

Im ganzen erbrachten die laufenden Steuern und Zölle im Rechnungsjahr 1913: 1693 Millionen, 1914: 1601 Millionen, 1915: 1114 Millionen, 1916: 1440 Millionen, 1917: 2291 Millionen, 1918 etwa 2950 Millionen. Dazu kamen aus dem Wehrbeitrag 977 Millionen und aus den Kriegsgewinnsteuern von 1916 und 1917 zusammen 5591 Millionen. Die Gesamteinnahmen aus Steuern und Zöllen beliefen sich somit für die fünf Jahre 1914—1918 auf 16 Milliarden. Unter Zugrundelegung der Einnahmen von 1913 wären (einschließlich Wehrbeitrag) 9½ Milliarden zu erwarten gewesen. Das Mehr betrug also 6½ Milliarden.*) Das war der ganze Beitrag der Reichssteuern zu den Kriegskosten. Zum Vergleich

*) Bei Einbeziehung der Steuern von Bundesstaaten und Gemeinden erhöht sich das Mehr auf etwa 8 Milliarden.

Digitized by Google

sei nur darauf hingewiesen, daß der entsprechende Beitrag in England 32 Milliarden Mark überstieg.

Im wesentlichen beschafften wir uns also die Mittel zur Kriegführung durch den Kredit. Wie sind wir dabei vorgegangen? In jener denkwürdigen Sitzung vom 4. August 1914 ermächtigte der Reichstag den Reichskanzler, die Summe von 5 Milliarden Mark flüssig zu machen. Daraufhin borgte der Reichskanzler die für die ersten beiden Kriegsmonate erforderlichen Geldmittel von der Reichsbank gegen Hergabe kurzfristiger (unverzinslicher) Schatzanweisungen. Diese Schuld des Reiches an die Reichsbank betrug am 30. September 1914: 2,6 Milliarden Mark. Inzwischen aber hatte man sich schon entschlossen, den Weg der öffentlichen Anleihe zu beschreiten. Am 9. September erging die Aufforderung zur Zeichnung an die Bevölkerung. Der Erfolg war über Erwarten groß. Es wurden insgesamt 4,5 Milliarden gezeichnet. Aus dem Erlös konnten die kurzfristigen Verbindlichkeiten zurückgezahlt und die Kriegsausgaben bis in den November bestritten werden. Dann griff man wieder zur Begebung von Schatzanweisungen. Bei der zunehmenden Verteuerung der Kriegführung nahmen diese rasch zu, und schon am 26. Februar 1915 legte die Regierung eine zweite Kriegsanleihe auf. Die Gesamtsumme der Zeichnungen betrug nunmehr 9,1 Milliarden. Sie überstieg beträchtlich den Umlauf an Schatzanweisungen, der bis zum 31. März 1915 auf 7,2 Milliarden angewachsen war.

Bis in den Sommer 1916 hinein hatte unsere Anleihepolitik den gleichen Erfolg. Stets überstiegen die Zeichnungen den Umlauf an Schatzanweisungen. Am 23. September 1915 betrug dieser Umlauf 9,7 Milliarden; die 3. Kriegsanleihe brachte 12,2 Milliarden. Am 23. März 1916 war der Umlauf an Schatzanweisungen 10,4 Milliarden; die 4. Anleihe brachte 10,8 Milliarden. Am 23. September 1916 betrug der Umlauf an Schatzanweisungen 12,8 Milliarden; die 5. Kriegsanleihe aber brachte nur 10,7 Milliarden. Zum ersten Male blieb ein Restbetrag an Schatzanweisungen übrig, eine Tatsache, die um so bedenklicher war, als inzwischen das Hindenburgprogramm mit seiner ungeheuren Steigerung der Kriegskosten eingesetzt hatte. Der Monatsbedarf, der im 1. Kriegsjahr durchschnittlich 1,7 und im 2. Kriegsjahr durchschnittlich 2,0 Milliarden betragen hatte, stieg nun im 3. Kriegsjahr auf durchschnittlich 3,0, im 4. Kriegsjahr auf durchschnittlich 3,8 Milliarden und für die Zeit vom August bis Oktober 1918 auf durchschnittlich 4,6 Milliarden. Damit vermochten die Anleihen nicht Schritt zu halten. Mit ihren Erträgen — 6. Anleihe: 13,1 Milliarden, 7. Anleihe: 12,6 Milliarden, 8. Anleihe: 15,0 Milliarden, 9. Anleihe: 10,4 Milliarden — blieben sie immer mehr hinter den Erfordernissen zurück. Der Umlauf an Schatzanweisungen, der, wie gezeigt, vor der 5. Kriegsanleihe, am 23. September 1916, 12,8 Milliarden betragen hatte, betrug am 23. März 1917 vor der 6. Anleihe 19,9 Milliarden, am 23. September 1917 vor der 7. Anleihe 27,2 Milliarden, am 23. März 1918 vor der

Digitized by Google

8. Anleihe 39,0 Milliarden und am 23. September 1918 vor der 9. Anleihe 49,4 Milliarden. Durch den Erlös der 9. Anleihe sank er natürlich, aber als die Revolution ausbrach, war der Betrag wieder auf rund 48 Milliarden gestiegen.

Hand in Hand mit der Zunahme der Schatzanweisungen stieg der Umlauf an Papiergeld. Allein der Umlauf an Banknoten wuchs von 1,9 Milliarden am 23. Juli 1914 auf 5,3 Milliarden am 23. Juli 1915, 6,8 Milliarden am 22. Juli 1916, 8,6 Milliarden am 23. Juli 1917, 12,4 Milliarden am 23. Juli 1918 und 17,0 Milliarden am 7. November 1918. Wie war das möglich? Hatte doch die Reichsbank nach dem Bankgesetz nur das Recht, Noten in dreifacher Höhe ihres Bestandes an Gold, Silber und Reichskassenscheinen auszugeben. Danach hätte der Notenumlauf 8 Milliarden nie überschreiten können. Wenn dies trotzdem geschah, so deshalb, weil mit Kriegsausbruch die Darlehnskassenscheine für die Notendeckung den Reichskassenscheinen gleichgestellt wurden. Damit hat es folgende Bewandtnis. Die allgemeine Kopflosigkeit, die bei Kriegsausbruch herrschte und in besonders hohem Maße die Banken ergriff, machte es notwendig, staatliche Darlehnskassen einzurichten, die der Bevölkerung gegen sichere Pfänder — Wertpapiere oder Waren — Darlehen in Banknoten gewährten. Diese Banknoten erhielten die Darlehnskassen von der Reichsbank, der sie als Gegenwert Darlehnskassenscheine gaben. Da nunmehr diese Darlehnskassenscheine als Deckung bei der Reichsbank verwendet werden durften, konnte sie faktisch fast unbegrenzt Noten ausgeben. Solange die Darlehnskassen nur sichere Werte beliehen, ließ sich dies eigenartige Verhältnis zwischen Darlehnskassen und Reichsbank bei maßvoller Ausnutzung allenfalls rechtfertigen, weil die neuen Banknoten zwar nicht durch Gold, aber doch durch andere sichere Werte (zu mindestens einem Drittel) gedeckt waren. Je länger aber der Krieg dauerte, desto ausgiebiger nahm die Reichsbank zu diesem Mittel ihre Zuflucht, und desto geringer wurde die Sicherheit der Pfänder, die von den Darlehnskassen beliehen wurden. Denn während es zunächst, ganz im Sinne des Darlehnskassengesetzes, fast nur Einzelpersonen waren, die zur Befriedigung ihres Kredits die Darlehnskassen aufsuchten, machten schließlich fast nur noch die Bundesstaaten und die Gemeinden davon Gebrauch. Im Jahre 1917 entfielen bereits 75% aller Darlehnszinsen auf Staaten und Gemeinden, und inzwischen ist der Anteil noch weiter gestiegen. Von den 12,9 Milliarden Mark, die am 7. November 1918 von den Darlehnskassen ausgeliehen waren, dürften etwa 11 Milliarden von Staaten und Gemeinden geborgt worden sein. Das Verfahren, das die Gemeinden dabei anwendeten, war sehr einfach. Brauchte z. B. eine Stadt 7 Millionen Mark, so erbat sie von der Regierung die Genehmigung zu einer Anleihe von 10 Millionen Mark. Diese Genehmigung wurde ihr erteilt mit der Maßgabe, daß die Schuldverschreibungen im Hinblick auf den großen Anleihebedarf des Reiches lediglich verpfändet und nicht auf den Markt gebracht werden durften. Eine solche genehmigte Anleihe

Digitized by Google

beleiht nun die Reichsdarlehnskasse bis zu 70%. Die Stadt erhielt also gegen die Verpfändung der Anleihe, die an sich doch keinerlei Sicherheit bot, von der Kasse ein Darlehen von 7 Millionen Mark. Die Reichsbank aber lieferte der Darlehnskasse die 7 Millionen Mark in Banknoten, erhielt dafür von der Kasse 7 Millionen Mark in Darlehnskassenscheinen und konnte dann auf diese 7 Millionen Mark Darlehnskassenscheine 21 Millionen Mark neue Banknoten ausgeben. Von den insgesamt 12,9 Milliarden Mark Darlehnskassenscheinen befanden sich so 3,2 Milliarden bei der Reichsbank; 9,5 Milliarden waren in Umlauf. Die gesamten vom Reich ausgegebenen papiernen Zahlungsmittel (Banknoten, Darlehnskassenscheine, Reichskassenscheine) betrugen bei Ausbruch der Revolution rund 27 Milliarden Mark.*)

Das alte Regime hat uns 89 Milliarden fundierter Kriegsschulden (77,8 Milliarden 5%ige Reichsschuldverschreibungen, 2,3 Milliarden 5%ige Reichsschatzanweisungen und 8,9 Milliarden 4½%ige Reichsschatzanweisungen) und 48 Milliarden schwebender Kriegsschulden (unverzinsliche Schatzanweisungen), im ganzen also 137 Milliarden Kriegsschulden hinterlassen. Darin sind natürlich nicht enthalten die Kosten für die Demobilmachung und für die Wiederherstellung des Heeres, ferner nicht 11½ Milliarden, die vorgesehen waren für die Inanspruchnahme von Grundstücken auf Grund des Kriegsleistungsgesetzes, für die Entschädigung der durch den Krieg heimgesuchten Gebiete des Deutschen Reichs, für die Entschädigung der deutschen Reedereien und für die Erstattung der von den Bundesstaaten vorschußweise übernommenen Familienunterstützungen.

Wäre unsere Offensive im Sommer 1918 geglückt, und hätten wir am 6. November unsere Unterhändler statt zur Annahme furchtbarer Waffenstillstandsbedingungen zum Abschluß eines Friedens ohne Annektionen und ohne Kriegsentschädigungen entsenden können, so hätten die Kriegsschulden des Reichs (einschließlich der noch ausstehenden Kosten für Demobilmachung usw.) rund 160 Milliarden Mark betragen. Unsere finanzielle Lage wäre auch dann entsetzlich gewesen. Denn unsere Kriegführung war besonders teuer und unsere Kriegssteuerpolitik besonders schlecht. Das sind Dinge, über die man sich klar sein muß, wenn man unsere jetzige Finanznot verstehen will. Und man muß dies um so nachdrücklicher betonen, als sich schon jetzt eine üppige Legendenbildung breit macht, die unsere finanzielle Lage vor Ausbruch der Revolution zu verklären sucht. So schreibt z. B. der Sonderberichterstatter des „Berliner Tageblatt" unter dem 3. Mai über eine Unterredung, die ihm einer unserer „Sachverständigen" in Versailles, ein „Finanzmann von Ruf", gewährt hat:

*) Dazu kamen noch die durch Bundesratsverordnung vom 22. Oktober 1918 zu gesetzlichen Zahlungsmitteln erklärten, am 2. Januar 1919 fälligen Zinsscheine der Kriegsanleihen, die Noten der vier deutschen Privatnotenbanken und das Notgeld der Städte und Industriebetriebe.

Digitized by Google

„Wir haben in der Zeit des Waffenstillstandes durch die Streiks und die revolutionäre Bewegung mehr Geld verloren als im Kriege!" ruft er aus. „Noch im November hätte die Entente von uns verlangen können, was sie nach den Andeutungen der Zeitungen jetzt fordert. Furchtbar schwer und hart wäre es gewesen, aber wir hätten es geleistet. Wie wir nun so unerhörte Verpflichtungen übernehmen und einhalten sollen, weiß ich nicht."

Gewiß haben zahlreiche Finanzmänner von Ruf und ohne Ruf durch die Streiks und die revolutionäre Bewegung mehr Geld verloren als im Kriege. Aber es ist barer Unsinn daraus zu schließen, das gleiche gelte auch für die Allgemeinheit. Um was für Verluste handelt es sich denn bei den Streiks? Am 3. Mai berichtet das „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands": „Durch die wilden Bergarbeiterstreiks im Ruhrgebiet von November 1918 bis einschließlich April 1919 sind ausgefallen 7 009 431 Schichten, 98 772 966 Mark an Lohn und 4 601 030 Tonnen Kohlen. Für diese ausgefallenen Kohlen und Löhne hätten sich viele viele Lebensmittel kaufen lassen." Sind das nun wirklich Summen, die zu Buch schlagen? 4,6 Millionen Tonnen Kohlen, die einen Wert von 200 Millionen Mark darstellen, und für die wir ganze 70 000 Tonnen Mehl hätten einführen können? Und der Geldverlust durch die revolutionäre Bewegung? Da wird immer wieder behauptet, wir hätten infolge der Unruhen 5 Milliarden Mark an Heeresgut verloren. Das ist nicht richtig. In der Denkschrift des Reichsfinanzministers Schiffer von 12. März 1919*) heißt es inbezug auf die „Verwertung entbehrlich gewordenen Heeresguts": „Während zur Zeit des Waffenstillstandsangebots der Einnahmebetrag aus diesen Verkäufen auf etwa 8 Milliarden Mark geschätzt werden konnte, ist heute nur noch mit einer Gesamteinnahme von etwa 3 Milliarden Mark zu rechnen." Unser Waffenstillstandsangebot aber erfolgte am 5. Oktober. Will man etwa die späteren Unruhen verantwortlich machen für alles, was auf dem Rückzuge vom 5. Oktober bis 9. November verloren gegangen ist? Und will man alle Verluste bei dem beschleunigten Rückzug nach Abschluß des Waffenstillstands auf die Unruhen schieben? Und endlich, will man behaupten, daß alles Heeresgut, was sich Militärpersonen und Zivilisten zu Unrecht angeeignet haben, der deutschen Volkswirtschaft verloren gegangen ist? Wer die Tatsachen nüchtern prüft, wird finden, daß, was wir durch die Streiks und die revolutionäre Bewegung an Geld verloren haben, nur einen kleinen Bruchteil des Betrages bedeutet, den die kapitalisierten Renten an unsere Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen ausmachen. Von den sonstigen Geldverlusten durch den Krieg ganz zu schweigen. Als wir um Waffenstillstand baten, waren wir auch finanziell so gut wie bankrott, und das gleiche galt für Frankreich. So töricht und so gefährlich es war, wenn man vielfach noch im vierten

*) Drucksachen der Verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung Nr. 158 S. 16.

Digitized by Google

Kriegsjahr hoffte, Frankreich könne uns, wenn es besiegt sei, eine große Kriegsentschädigung zahlen, so töricht und gefährlich ist es, heute zu behaupten, noch im November hätte die Entente von uns verlangen können, was sie jetzt fordert. Wir sind finanziell leistungsunfähiger als vor 6 Monaten, aber der Unterschied ist nicht sehr groß.

Wie haben sich nun unsere Finanzen seit dem 9. November entwickelt? Von Steuern wird nur geredet. In seinem Vortrag in der Berliner Handelskammer vom 9. Dezember 1918 sprach der Reichsschatzsekretär Schiffer davon, eine neue Kriegsgewinnsteuer und eine Erhöhung der Zigarettensteuer durch Verordnung noch vor Zusammentritt der Nationalversammlung einzuführen. Er hat das nicht getan, und er hat auch der Nationalversammlung keine einzige Steuer vorgelegt. Dabei waren die Ausgaben namentlich infolge der ungeheuren Ansprüche des Freiwilligenheeres außerordentlich groß. Und da man nicht den Mut fand eine Anleihe herauszubringen, blieb als einzige Geldquelle die Notenpresse. Die unverzinslichen Schatzanweisungen, die am 7. November 48 Milliarden ausmachten, stiegen in den sechs Monaten bis zum 7. Mai auf 66 Milliarden. Gleichzeitig stieg der Umlauf an Banknoten von 17,0 auf 26,7 Milliarden, der Umlauf an Darlehnskassenscheinen von 9,5 auf 11,1 Milliarden. Die Tatsache, daß die papiernen Zahlungsmittel auf etwa 40 Milliarden gestiegen sind, genügt vollständig, um den Sturz der Papiermark auf 37 Pfennig (7. Mai) zu begründen. Man braucht zur Erklärung nicht erst den Einfuhrüberschuß, der ja überdies in den letzten sechs Monaten nicht höher war als vorher, heranzuziehen. Auch wenn bei uns gearbeitet worden wäre wie nie zuvor, der Kurs der Mark wäre gesunken, und die Kosten der Lebenshaltung wären gestiegen, solange die zur Bestreitung der öffentlichen Ausgaben erforderlichen Geldmittel fast nur durch die Notenpresse und fast gar nicht durch Steuern beschafft wurden. Vielleicht auf keinem Gebiete tut uns Einkehr mehr not als in der Finanzpolitik. Unsere Finanzpolitik war leichtsinnig, solange wir an den Sieg glaubten, sie blieb leichtsinnig auch nach der Niederlage, sie ist leichtsinnig bis auf den heutigen Tag.

Wie hat nun unsere Finanzpolitik auf die Größe des Volksvermögens gewirkt? Mancher ist wohl geneigt zu sagen: gar nicht. Denn was das Reich durch seinen Verzicht auf hohe Steuern ärmer geworden sei, das seien die Volksgenossen reicher. Und in der Tat, das Volksvermögen besteht ja aus der Summe der Vermögen der Privatwirtschaften und der öffentlichen Gewalten. Vor Kriegsausbruch betrug das Privatvermögen etwa 260 Milliarden, das Vermögen von Reich, Staaten und Gemeinden (abzüglich Schulden) etwa 25 Milliarden, das gesamte deutsche Volksvermögen mithin 285 Milliarden. Heute ist das Privatvermögen — bei starker Geldentwertung — vielleicht um 50 Milliarden höher, also gleich 310 Milliarden. Das „Vermögen" von Reich, Staaten und

Digitized by Google

Gemeinden aber ist infolge der Kriegsschulden um etwa 185 Milliarden niedriger anzusetzen, also auf minus 160 Milliarden. Das deutsche Volksvermögen wäre somit von 260 + 25 = 285 Milliarden auf 310 — 160 = 150 Milliarden gesunken. Und dies um fast die Hälfte verringerte Volksvermögen ist vorbelastet durch die Rentenansprüche unserer Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen und durch die Entschädigungsansprüche unserer Gegner, ganz zu schweigen von der weiteren Verminderung durch die Abtretung wertvoller Gebiete.

Ist es nun richtig zu sagen, die Höhe unseres Volksvermögens sei durch unsere Finanzpolitik nicht beeinflußt worden: wenn wir, etwa wie England, noch 25 Milliarden mehr an Steuern erhoben hätten, so wären zwar die öffentlichen Schulden um 25 Milliarden geringer, aber auch das Vermögen der Privatwirtschaften wäre um 25 Milliarden kleiner, das Volksvermögen mithin das gleiche wie heute? Es ist nicht richtig. Wie in England, so wurden auch bei uns von vornherein für Heereslieferungen viel zu hohe Preise bewilligt. Hier wie dort stiegen die Einkommen zahlreicher Verbraucher. Da man ihnen aber bei uns das Gegengift einschneidender Steuern vorenthielt, wuchs ihre Kaufkraft ins Unermeßliche. Infolgedessen wurden bei uns alle Waren weit mehr verteuert als in der Knappheit des Angebots begründet war. Das Reich aber mußte immer höhere Preise bewilligen, immer höhere Kriegsunterstützungen gewähren, immer höhere Löhne und Gehälter zahlen. Hätte es 25 Milliarden mehr Steuern erhoben, so wären die öffentlichen Schulden nicht nur um 25, sondern vielleicht um 40 bis 50 Milliarden geringer, und der Papiergeldumlauf wäre vielleicht noch nicht halb so groß wie jetzt. Das Vermögen der Privatwirtschaften aber wäre zwar kleiner als heute; die Besitzer wären jedoch nicht schlechter daran, weil ihr Geld mehr wert wäre.

Im August 1917 habe ich an dieser Stelle unsere Kriegssteuerpolitik aufs schärfste verurteilt: „Es ist höchste Zeit, daß hier Wandel geschaffen wird. Es muß unverzüglich ein Finanzprogramm aufgestellt werden, das dem Reiche eine jährliche Mehreinnahme von etwa 8 Milliarden Mark dauernd sichert, und dies Programm muß noch in der gegenwärtigen Legislaturperiode Gesetz werden." Einer der wenigen, die damals in die gleiche Kerbe schlugen, war Bernhard Dernburg. Die anderen fanden unsere Finanzpolitik vortrefflich, das Geld bliebe ja im Lande, keinesfalls sei die große Steuerreform eilig, aufgeschoben sei nicht aufgehoben. Nun, das Geld blieb nicht im Lande, aufgeschoben war aufgehoben. Ein Teil der Kriegsgewinne ist durch den militärischen und politischen Zusammenbruch dem Steuerfiskus endgültig verloren gegangen; ein anderer Teil hat sich inzwischen ins Ausland verflüchtigt; und das schlimmste: viele Milliarden deutschen Volksvermögens werden uns mit den Gebietsabtretungen entgleiten.

Wir können also das Versäumte nicht mehr nachholen. Aber über eins sollten

Digitized by Google

wir uns klar sein: wir haben Unterlassungssünden nachgerade genug begangen, und wir müssen unverzüglich die Neuordnung unserer Finanzen in Angriff nehmen. Ein Weg dafür soll im nächsten Heft gezeigt werden.

Südafrika

Von R. Peycke

Am 31. Mai kann die südafrikanische Union, eine Schöpfung Großbritanniens, auf ein 9jähriges Bestehen zurückblicken. Dem Namen nach britischer Besitz, verfügt dieser junge Staatenbund über eine, vom britischen Parlament gewährleistete Selbstregierung, die durch nichts beschränkt ist. Wohl weht die britische Flagge über Südafrika und ein britischer General-Gouverneur herrscht dort an Stelle des englischen Königs, jedoch seine Vollmachten beschränken sich auf die Bestätigung der vom südafrikanischen Parlament erlassenen Gesetze, während derselbe von dem ihm zustehenden Vetorecht kaum jemals Gebrauch machen wird, da er sich in Gegensatz der Bevölkerung, ob britischer Abkunft oder Buren, setzen würde, die eifersüchtig darüber wachen, daß ihren Freiheiten kein Abbruch geschieht.

Wenngleich Großbritannien weder Abgaben noch Zölle aus diesem Gebiet bezieht, so hat es doch ungeheuren Vorteil durch diesen Besitz, denn da der Handel der Flagge folgt, so hat Großbritannien den Löwenanteil des ganzen Handels. Außerdem aber gewährt die südafrikanische Union der britischen Industrie und seinem Handel einen Vorzugszoll von 5% und bei staatlichen und städtischen Lieferungen rechnet man mit einer weiteren Vergünstigung von 5%, so daß bei Lieferungen von Eisenbahnmaterial, elektrischen Anlagen und Wasserwerken die ausländische Konkurrenz so gut wie ausgeschlossen ist. Ferner bewilligte das Parlament freiwillig einen jährlichen Zuschuß von 500 000 Pfd. Sterling für die britische Flotte.

Die Wahlen für das erste Unionsparlament ergaben eine ziemlich bedeutende Mehrzahl der südafrikanischen Parteien gegenüber den Briten, die nunmehrige Partei der Unionisten.

Demokratischem Gebrauche gemäß mußte die Regierung in die Hände der Mehrheitspartei gelegt werden und der General-Gouverneur sah sich veranlaßt, General Botha, der nur wenige Jahre zuvor als Führer der Buren den Engländern feindlich gegenüber gestanden hatte, mit der Bildung des Kabinetts zu betrauen, welches anfänglich aus 10 Personen bestand, seitdem aber auf 7 verringert wurde.

Der Wunsch der Oppositionspartei, unter Führung von Dr. Jameson, daß

Digitized by Google

das erste Kabinett ein Koalitionskabinett sein müßte, konnte nicht verwirklicht werden.

Die beiden Burengenerale Smuts und Herzog traten ebenfalls in das Kabinett ein, jedoch sah sich der letztere veranlaßt, wieder auszuscheiden, nachdem er bemerkt, daß Botha und Smuts sich allzusehr den englischen Anschauungen näherten und begründete die Nationalisten-Partei, welcher sich die Mehrzahl der Bewohner des Orange-Freistaates anschlossen, die der britischen Oberherrschaft fremd gegenüberstehen und die das Leid, das ihnen von den Engländern zugefügt worden ist, nicht sobald vergessen können, und deren Hauptziel die vollständige Loslösung von Großbritannien ist.

Bei Ausbruch des Krieges sind die beiden Burengenerale Botha und Smuts, die nur wenige Jahre zuvor für ihr Vaterland gegen England gekämpft haben, willige Werkzeuge der britischen Regierung. Vergessen war der Freiheitskampf, vergessen das Blut, das geflossen und vergessen die 28 000 Frauen und Kinder der beiden Republiken, die in den Internierungslagern umkamen und denen man wenige Monate zuvor, nahe bei Bloemfontein, ein Denkmal gesetzt hatte.

Im Jahre 1910 verweigerten Botha und Smuts die Annahme eines englischen Titels und vier Jahre später führen die beiden Burengenerale englische Truppen um deutsche Kolonien zu rauben.

Um dem Feldzug nach Deutsch-Südwest den Anschein einer Berechtigung zu geben, scheute das Kabinett Botha nicht vor einer Fälschung zurück, die ihresgleichen so leicht nicht finden wird.

Nakap sollte von den Deutschen angegriffen sein und es galt Südafrika zu verteidigen, denn nur für diesen Zweck war zwei Jahre zuvor die südafrikanische Landeswehr geschaffen worden. Nun ergab sich aber, daß Nakap auf keiner britischen oder südafrikanischen, wohl aber auf deutschen Karten, als in deutschem Gebiet liegend, verzeichnet war. Nakap, welches nunmehr eine Berühmtheit wurde, war weder ein Dorf noch ein Ort, sondern nur, was der Südafrikaner als „Pleck" oder „Plaats" bezeichnet, auf deutsch ein Fleck oder Platz, ein vorgeschobener Posten oder ein alleinstehendes Haus.

Bei dieser Entdeckung war guter Rat teuer, doch englische List überwindet alles. Auf den dem südafrikanischen Parlament vorgelegten Karten war das deutsche Nakap verschwunden und an seiner Stelle jenseits der Grenze ein britisches Nakap erstanden, welches von Deutschen beschossen sein sollte und wodurch der Eintritt Südafrikas in den Krieg seine Berechtigung erhielt.

Die Fälschung wurde von Mitgliedern der Nationalisten entdeckt und scharf gegeißelt, jedoch die Mehrzahl beschloß den Krieg und die Presse nahm von diesem Vorkommnis keine Notiz.

Die Anwerbungen waren so wenig befriedigend, daß die Regierung sich genötigt

Digitized by Google

sah, eine allgemeine Mobilmachung anzuordnen, welche unter den Buren in Transvaal, dem Orange-Freistaat und sogar in der Kap-Kolonie auf starken Widerstand stieß, wodurch der Bestand der Regierung Botha in Frage gestellt wurde. Die Rebellenbewegung nahm immer größeren Umfang an, so daß die Regierung sich gezwungen sah, Krieg gegen die eigenen Bürger zu führen. Letztere, die nur mit wenigen Gewehren bewaffnet waren, scheinen gar nicht die Absicht gehabt zu haben, einen Bürgerkrieg zu entfachen und nur durch gemeinsames Auftreten ihren Protest gegen den Krieg mit Deutschland zu bezeigen. Bei einem Zusammenstoß mit den südafrikanischen Truppen wurden eine Anzahl von Buren getötet und gefangen genommen. General Beyers, der kurz zuvor noch Kriegsminister gewesen war, wurde bei dieser Gelegenheit erschossen und General De Wet gefangen genommen. Etliche wurden später hingerichtet, doch hat man nicht gewagt, auch dieses Urteil an den sehr beliebten und berühmten General De Wet auszuführen. Anfang Oktober wurde eine südafrikanische vaterländische Feier im Theater zu Pretoria abgehalten. Einige junge Engländer, die dieses Fest zu stören suchten, wurden stark verprügelt. Die Presse schwieg sich über diesen Vorfall gänzlich aus.

Die sogenannte Rebellion wurde hiernach ziemlich schnell beendet und unter dem inzwischen veröffentlichten Kriegsrecht hatte die Regierung die Macht in den Händen, alle dienstpflichtigen Männer zu zwingen, Kriegsdienste zu leisten. Wer sich weigerte die Waffen aufzunehmen, der wurde gezwungen, an den strategischen Bahnen, die nach Deutsch-Südwest angelegt wurden, zu arbeiten. Es ist dieses in Afrika eine Arbeit, die nur von Schwarzen verrichtet wird und ehe ein Bur sich derartig erniedrigt, ergreift er lieber die Waffe. Hierdurch erklärt es sich auch, warum so viele junge Buren an dem Feldzuge nach Deutsch-Südwest teilgenommen haben. Eine sehr große Anzahl aber haben sich geweigert und es vorgezogen, Polizeidienste zu verrichten, weil sie nicht gegen Deutsche kämpfen wollten. Man ist in Deutschland gar zu leicht geneigt, die Buren ob ihrer Haltung während dieses Krieges zu tadeln, und übersieht dabei, daß das Volk der Buren nicht nur die Bewohner der früheren beiden südafrikanischen Republiken, sondern auch die Buren der Provinzen Natal und des alten Kaplandes umfaßt. Letztere sind bereits seit über 100 Jahren britische Untertanen und durch englische Schulen stark beeinflußt, während erstere die Leiden des Krieges um ihre Freiheit noch nicht verschmerzt haben und den Briten feindlich gesinnt sind, und diese waren es auch hauptsächlich, die bei Beginn des Weltkrieges der südafrikanischen Regierung Schwierigkeiten bereiteten. Für die ihnen von uns erwiesenen Wohltaten haben sich die Burenfrauen dankbar erwiesen durch Sammlung von Geldern für die in Not geratenen deutschen Familien und viele der heimatlos gewordenen Frauen und

Digitized by Google

Kinder haben auf den Burenfarmen im Orange-Freistaat und dem Transvaal gastliche Aufnahme gefunden. Während in den großen Städten, die vorwiegend von Engländern bewohnt sind, alles deutsche Eigentum vernichtet und die Familien vertrieben wurden, ist nichts derartiges den kleineren Landstädten und Dörfern geschehen, ja es haben sogar die „Rebellen" deutsches Eigentum gegen brandstiftende Engländer geschützt, deren grausame Kriegführung gegen Frauen und Kindern den Buren noch allzusehr in der Erinnerung lebt.

Die weitaus größte Mehrzahl der Buren sind ausgesprochene Republikaner, deren Ziel es ist, Südafrika von der englischen Oberhoheit zu befreien. Soweit aus den spärlichen Nachrichten ersichtlich ist, die während des Krieges zu uns gekommen sind und meistens nur in unzusammenhängender Weise in Briefen von Zivilinternierten, hat diese Bewegung in letzter Zeit bedeutende Fortschritte gemacht und besonders auf Grund der 14 Punkte Wilsons, die das Selbstbestimmungsrecht der kleinen Völker in Aussicht stellt. Überall im Lande wurden unter dem Feldgeschrei: „Afrika für die Afrikander" Versammlungen abgehalten, zu denen die Buren in großen Scharen aus meilenweiter Entfernung zusammenströmten, um Südafrikas Freiheit zu verlangen. Im Gegensatz hierzu wurden von der Bothapartei ebenfalls Versammlungen inszeniert, welche dem Anscheine nach aber als ein vollständiger Mißerfolg zu betrachten sind. Die bedeutende Summe von 10 000 Pfd. Sterl. wurde gesammelt, um eine Gesandtschaft, unter Führung von General Hertzog nach nach Europa zu senden, um Wilson die Wünsche der Buren zu unterbreiten, falls England die Unabhängigkeit verweigern sollte. Anfangs verweigerte die südafrikanische Regierung dieser Gesandtschaft Pässe auszustellen, da aber General Hertzog vor kurzem in Europa eingetroffen ist, so hat die Regierung dem Druck einer Mehrheit wohl nachgeben müssen. Die Los von England-Bestrebungen haben bereits einen derartigen Umfang angenommen, daß beide Häuser des S. A. Parlaments es für notwendig hielten, diese Angelegenheit zur Sprache zu bringen. Man beschäftigte sich bereits drei Tage lang damit und nahm General Hertzog noch am Tage vor seiner Abreise daran teil. Der Antrag der Unionisten gegen diese Bewegung wurde mit großer Mehrheit verworfen, und wenn die Debatte auch sachlich verlief, so läßt sich feststellen, daß das Verhältnis zwischen Bur und Briten keineswegs ein freundschaftliches zu nennen ist.

Reitz, der Vorsitzende des Senats, hatte sich zu verantworten, weil er einer Unabhängigkeits-Versammlung beigewohnt hatte und er erklärte, daß er als alter Präsident einer Republik, welche ihre Unabhängigkeit verloren und als Ex-Staatssekretär einer anderen, er seiner früheren politischen Überzeugung treu

Digitized by Google

geblieben und er in seinem Herzen immer noch ein Republikaner geblieben sei, und er würde einer südafrikanischen Republik zujauchzen, die auf konstitutionellem Wege zustande gekommen sei.

Die Gefolgschaft von Botha und Smuts ist sehr gering und besteht in der Hauptsache nur noch aus Engländern und Leuten englischer Abstammung. Bereits zu Anfang des Krieges bezeichneten etliche, in holländischer Sprache erscheinende Zeitungen Botha als „Landesverräter".

Man darf natürlich nicht außer acht lassen, daß Botha, sowohl wie Smuts echte Südafrikaner sind, die auf ihre Art ihrem Lande Dienste leisten wollten und da denselben für die Hilfeleistung der Eroberung der deutschen Kolonien im besonderen Deutsch-Südwest versprochen wurde, so werden dieselben auf den Handel bestehen. Es ist daher nicht ausgeschlossen, daß wenn die Beiden mit einem derartigen Erfolg zurückkehren, nicht nur die britischen Südafrikaner, sondern auch ein Teil der Buren zujubeln wird. Die Nationalisten aber werden auch fernerhin den Raub nicht gutheißen, würde derselbe sie doch noch mehr an England fesseln und die angestrebte Freiheit in Frage stellen.

Vor wenigen Monaten hat sich Minister Burton, der bereits seit Beginn der Union im Kabinett sitzt, dahin geäußert, daß nur diejenigen Zivilinternierten nach Deutschland gesandt werden sollten, die solches beantragten. Ausgenommen hiervon seien lästige und zweifelhafte Personen, welchen aber Gelegenheit gegeben würde, die Entscheidung des höchsten Gerichtshofes in Anspruch zu nehmen. Ferner erwähnte Minister Burton, daß Südafrika gewillt sei, nach Friedensschluß Handel mit Deutschland zu treiben.

Diese Eröffnungen haben allerdings nicht den Beifall der südafrikanischen britischen Presse gefunden, welche es für nötig hielt, nochmals zu einer großen Hetze gegen die Deutschen auszuholen unter den Stichworten: Heraus mit den Hunden! Kein Handel für die nächsten 5—6 Jahre! Inzwischen aber haben die Nationalisten eine Bewegung ins Leben gerufen, deren Bedeutung nicht zu unterschätzen ist, richtet sich dieselbe doch gegen die Bestrebungen der englischen Jingoisten und in allen Städten und Dörfern Südafrikas wurden Protestversammlungen abgehalten gegen die Anordnung, die Deutschen und die Nachkommen in Südafrika geborener Deutschen aus dem Lande zu vertreiben und sogar in Städten mit vorwiegend englischer Bevölkerung haben die Nationalisten derartige Versammlungen abgehalten.

Seit vierzig Jahren hat jeder britische Gouverneur bei Empfängen seitens der Deutschen, in den verschiedensten Städten, dieselben wegen ihres ruhigen Verhaltens gelobt und ihre Tätigkeit für die Entwickelung des Landes mit den zutreffenden Worten erwähnt: Die Deutschen sind ein wertvolles Haben für Süd-

Digitized by Google

afrikas — Welchen Zweck Burton mit seiner Rede verfolgte, ist schwer abzusehen und mit dem ersten Angebot hat er keinen besonderen Erfolg zu verzeichnen gehabt, haben sich doch sofort 1000 zur Rückwanderung gemeldet, unter denen sich 300 mit Familie befinden. Anscheinend aber hat Minister Burton nicht allzuviele Lust sich ganz in die Hände Englands zu geben, denn als Verkehrsminister hat derselbe ganz eigenartige Erfahrungen mit den englischen Industriellen gemacht. Im Jahre 1913 hatte Burton sich vor dem Parlament zu verantworten, weil er es gewagt hatte, einen Auftrag für Lokomotiven und Wagen nach Deutschland zu geben. Es war der erste derartige Auftrag, der seit dem Burenkriege nicht nach England ging, während bekanntlich vorher der Transvaal den Bedarf seines Eisenbahnmaterials in Deutschland deckte.

Bei seiner Rechtfertigung erwähnte er, daß die britischen Fabrikanten nicht nur hohe Verbandspreise gestellt, sondern sich auch geweigert hätten, die gewünschte Lieferzeit anzunehmen. Die deutsche Fabrik in Kassel aber hätte eine kürzere Lieferzeit in Aussicht gestellt und nicht nur jede Garantie betreffs der Ausführung nach den vorgelegten Plänen gegeben, sondern dieselbe wäre obendrein noch um 800 000 Mark billiger gewesen, wie die britischen Fabrikanten. Da Herr Burton vor allen Dingen die Interessen der südafrikanischen Steuerzahler im Auge haben muß, so ist es begreiflich, daß er sich freie Hand behalten will. Das Eisenbahnmaterial Südafrikas ist nicht nur durch den Feldzug nach Deutsch-Südwest stark mitgenommen, sondern es hat während der ganzen Zeitdauer des Krieges auch nicht die geringste Auffrischung erfahren können, war doch England nicht einmal imstande Ersatz an Röhrenkessel zu senden, geschweige denn sonstiges Material. Und wenn ein Mitglied vom Kabinett Botha sich bereits in günstigem Sinne äußert, so geht man kaum fehl anzunehmen, daß eine von den Nationalisten gebildete Regierung uns noch weit mehr Entgegenkommen zeigen wird. Eine Neuwahl für das Parlament muß binnen kurzem stattfinden und es ist mehr wie fraglich, ob Botha oder Smuts die Regierenden sein werden. Bereits etliche Jahre vor dem Kriege wurde in der sehr einflußreichen englischen Presse sehr eifrig gegen Deutschland gehetzt und die Buren vor dem preußisch-deutschen Militarismus bange gemacht, und während des Krieges hat die Presse das Unglaublichste darin geleistet Deutschland und die Deutschen schlecht zu machen, jedoch durfte man feststellen, daß die in holländischer Sprache erscheinenden Zeitungen nicht alles für bare Münze nahmen. Sogar Belgier wurden herausgesandt, um als „Kronzeugen" die von den Deutschen in Belgien verübten Greueltaten zu erzählen, doch hatten diese Leute die Erfahrung zu machen, daß der Bur nicht ganz so leichtgläubig ist, wie das englische Publikum.

Jeder Kenner südafrikanischer Verhältnisse und der Buren wird mir beistimmen, daß der Bur viel lieber mit einem Deutschen, wie mit einem Engländer

Digitized by Google

Handel treibt, der auf den Buren, wie auf alle übrigen Völker, als minderwertig herabsieht. In früheren Jahren war Südafrika ein Abladeraum für viel junge Briten, die ohne weiteres als Regierungsbeamte angestellt wurden, seitdem aber die Sprache der Buren der englischen Sprache gleichberechtigt ist, muß ein Beamter beide Sprachen sprechen können und infolgedessen werden nur noch geborene Südafrikaner angestellt und zwar meistens solche von burischer Abkunft, denn die andern fühlen sich immer mehr als Briten, denn als Südafrikaner und halten es unter ihrer Würde, die Sprache der Buren zu erlernen.

Der deutsche Handel ist zurzeit ausgeschaltet, da man aber bereits den Wunsch geäußert hat, mit Deutschland wieder in Handelsbeziehungen zu treten, so muß hier der Hebel angesetzt werden, denn die englischen Großhandelshäuser werden vor der Hand noch Schwierigkeiten machen. Schreiber dieses Aufsatzes unterbreitete im Januar 1914 einem sehr bedeutenden Farmer im Orange-Freistaat, der auch Mitglied des Oberhauses ist, einen Vorschlag um den englischen Zwischenhandel auszuschalten und bewies an Hand einer Reihe von marktgängigen Waren, daß durch die Gründung einer Einkaufszentrale für Farmer, jedes Mitglied, wo derselbe auch seinen Wohnsitz haben möchte, 10—20% billiger kaufen könnte, wie zu jener Zeit vom Importhause. Gleichzeitig aber würde die Einkaufszentrale, nach Abzug aller Spesen noch einen guten Überschuß aufweisen. Dieses ist der Punkt, wo der deutsche Handel wird einsetzen müssen. Die deutsche Regierung muß die südafrikanische Regierung einladen, von Zeit zu Zeit aus Buren bestehende Gesandtschaften für Studienzwecke nach hier zu senden, um die deutschen Industrien in Augenschein zu nehmen, um ihren Landsleuten darüber Bericht zu erstatten. Daß die Kosten der ganzen Reise vom Reich zu tragen sind, ist selbstverständlich. Derartige Unternehmungen würden reiche Früchte tragen und sollten auch auf andere Länder ausgedehnt werden.

Zur gefälligen Beachtung!

In dem Zeitfragen-Verlag Berlin-Zehlendorf-West erscheint unter dem Titel „Deutschlands Wiederaufbau" eine Sammlung kleiner Schriften, die sich die Aufgabe gestellt haben, weite Kreise unseres Volkes über die wichtigen sozialen und wirtschaftlichen Gegenwartsfragen aufzuklären. Der heutigen Nummer unseres Blattes ist kostenlos eine Abhandlung aus dieser Sammlung beigefügt, die für unsere Leser von ganz besonderem Interesse sein wird. Die Lektüre der kleinen Schrift sei deshalb angelegentlichst empfohlen.

Weitere Exemplare der kleinen Broschüre können zum Preise von 25 Pfg. für das Stück von dem Verlag nachbezogen werden.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 26 a I. Für Anzeigen F. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag: Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 69. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag. Inland, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.50, übriges Ausland M. 7.50. Einzelnummer 50 Pfg. / Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 48.

Digitized by Google

Soeben erschienen:

Das Zeugnis der 13 Tage

Von Paul Rohrbach

Preis geheftet M 1.80

In Ergänzung seiner Schrift „Woher es kam" schildert der bekannte Verfasser in dieser Broschüre insbesondere die Ereignisse der letzten 13 Tage vor dem Kriege und veröffentlicht Briefe maßgebender politischer Persönlichkeiten. Ein weiteres Kommentar erübrigt sich, da die Schrift für sich selbst spricht.

Rechtzeitige Bestellungen nimmt jede Buchhandlung und der Verlag entgegen.

Dorendorf & Dresel Verlag, Hamburg I, Semperhaus A

Photo-Apparate
kauft u. verkauft
Gg. Leisegang Berlin
Potsdamerstr. 138
Tauentzienstr. 12
Schloß-Platz 4

Wartburg-Verlag * Berlin-Schöneberg

Heinrich Horst

Über Staatsformen

2. veränderte Auflage

Eine leichtfaßliche Darstellung der grundlegenden politischen Probleme

Preis 1.30 Mark

Gegen Voreinsendung von M. 1.50 auch direkt vom Verlag. Postscheckkonto: Berlin 55775.

A. WARMUTH · Speditionsgeschäft

Zentrale: BERLIN C. 2, Hinter der Garnisonkirche 1 u.
Fernsprecher Norden 309, 310, 1642, 4472 u. 4512.
Leipziger Abteilung: Dorotheenstr. 20 u. Zentrum 2609.

Versand von Gütern aller Art nach allen Orten der Welt.

Möbeltransport — Lagerung.

Für Eheleute! In 250. Aufl. erschien neu:

Hygiene der Ehe

Wichtiges Aufklärungsbuch über alles, worüber Verheiratete u. Brautleute Bescheid wissen sollten. Von d. bek. Berliner Frauenarzt Dr. med. Zikel. Geg. Einsendg. von M. 2.— frko. oder Nachn. durch Medizin. Verlag Dr. Schweizer, Abt. 378, Berlin NW 87, Repkowpl. 5. Neue Prosp. gr. u. fr.

MARGRAF & Co. G. m. b. H. BERLIN

SPEZIALITÄT: PERLENKETTEN

JUWELEN

FÜR ANKAUF BESOND. ABTEIL.

Digitized by Google

Kataloge der Altertümersammlung in Stuttgart

In dieser Sammlung erschien soeben als 3. Band:

Deutsche Bildwerke
des 10. bis 18. Jahrhunderts

Von Julius Baum

Mit 20 Tafeln und zahlreichen Textabbildungen
Das Werk wird nur in einer einmaligen beschränkten Auflage hergestellt, es ist auf feinstes Friedens-Matt-Kunstdruckpapier gedruckt und in ganz Leinen mit Goldpressung gebunden

Preis M 75.–

Die Bedeutung der Stuttgarter Sammlung deutscher Plastiken beruht vor allem darin, daß die Werke aus einem verhältnismäßig engen Gebiet stammen und ihre genaue Herkunft, bisweilen auch ihre Entstehung, bekannt ist. Sie bieten dadurch eine sichere Grundlage und ein in seiner örtlichen Beschränkung reiches Material für das wichtige Sonderkapitel schwäbischer Kunstgeschichte. Den Beziehungen, die zwischen der Kunstübung des schwäbischen Stammes und der allgemeinen Kunstentwicklung herüber- und hinüberlaufen, geht der Verfasser in einer groß angelegten, reich illustrierten Einleitung nach, läßt es aber ebenso bei der Einzelbeschreibung der Bildwerke nicht an Ausblicken und Beziehungen zur außerschwäbischen Kunst fehlen. — In dieser gründlichen kunsthistorischen Durchdringung des Stoffes und in der sehr reichen Zahl an Abbildungen im Text und auf Sondertafeln beruht der Wert des Werkes für die Spezialforschung.

Für jeden Kunstfreund und für alle, die sich zu der künstlerisch reichen Vergangenheit des schwäbischen Stammes und Landes hingezogen fühlen, ist das Werk eine Quelle genußreicher Belehrung — für die zahlreichen Sammler deutscher Holzplastiken schlechthin unentbehrlich

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen
Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart und Berlin

Digitized by Google

4. Jahrgang * 13. Juni 1919 * Heft 24

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Das unerhörte Vorgehen der feindlichen Generäle, vor der Klärung der Friedensverhandlungen im linksrheinischen Gebiet die vollendete Tatsache eines selbständigen Pufferstaates zu schaffen, kann nur dazu dienen, die Entschlossenheit unserer Delegation in Versailles zu stärken, den Gegnern die Unterschrift zu weigern, solange sie im Abc eines loyalen Willens nicht anständig zu buchstabieren gewillt ist. Die breite Masse der linksrheinischen Bevölkerung lehnt die Versuchung zum Hochverrat ab, auch wo Regierungsinstanzen mehr feig als politisch ihre Pflichten vernachlässigt haben; den Hochverrätern ist in Speyer und Wiesbaden die Quittung ausgestellt worden. Mit verprügelten Knochen wird es schwer gelingen, sich Autorität zu verschaffen. Den unsicheren klerikalen Kreisen des Rheinlandes aber müßte die Erinnerung an den großen deutschen Patrioten Joseph Görres ihre Schmach in der Seele brennen lassen.

*

Paris und einige große Städte der französischen Provinz werden durch starke Streiks in ihrem wirtschaftlichen und sozialen Leben gelähmt. Man wird sehr vorsichtig sein müssen in der gesamtpolitischen Bewertung dieser Erscheinungen, vor allem in ihrem Zusammenhang mit den Vorgängen zu Versailles. Sie sind nur als Symptom wichtig, daß die Hinauszögerung des Friedens durch die gegenwärtigen Machthaber zu einer weiteren inneren Zersetzung führen muß. Die Franzosen stehen vor der Frage, ob ihrem Sieg über die Mittelmächte nun militärische Anstrengungen im Osten und Südosten Europas folgen sollen. Dagegen aber sträubt sich die breite Masse, die nicht eine imperialistische, sondern eine soziale Politik als Abschluß der unendlichen Leiden erwartet. Clemenceau aber hat für die innere Politik keine schöpferischen Gedanken zur Verfügung.

*

Prag hat von Paris gelernt: daß der Imperialismus ein Mittel ist, über innere Schwierigkeiten hinwegzuhelfen. Man war deshalb bei den Tschechen eifrig be-

Digitized by Google

müht, die Volksphantasie auf Kosten der Deutschen und Magyaren mit wirtschaftlichen, finanziellen und nationalpolitischen Erwartungen zu spannen und die Entschlossenheit, mit der die verhältnismäßig geschonte Materie im letzten Spätjahr ihre künftigen künstlichen Grenzen militärisch wahrnahm, täuschte Kraft vor. In der Slowakei ist jetzt ein Zusammenbruch eingetreten, der in Prag, das sowieso schon unter sozialen Zuckungen litt, eine schwere Ernüchterung bringen muß. Die neue Situation muß in Versailles die Hilflosigkeit der bloßen Brutalität erneut steigern.

*

Englands Sorgen sind im Wachsen. In Aegypten und Indien ist nur nach hartem militärischen Zugriff äußere Ruhe eingekehrt. Dazu kommt Afghanistans Angriff an Indiens Grenze. Noch bedenklicher ist, daß in Irland Sinn-Feiner und bolschewistische Arbeiterschaft zur Ausrufung von Sowjetverwaltungen übergegangen sind. Auch in der englischen Arbeiterschaft gärt es. Der mächtige „Dreibund" — Transport-, Kohlen- und Werftarbeiter — drängt stark vor und das Streikfieber hat sogar die Polizeimannschaft erfaßt, die mit Arbeitsniederlegung sofort nach Friedensschluß droht. Unzweifelhaft steht Lloyd George vor einer sehr verzwickten innerpolitischen Lage. Wird auch im Weltkriege C. Schurzens Wort Recht behalten, daß für die Verwaltung des Alltags der Obrigkeitsstaat zwar überlegen sei, für die Regelung der Schicksalsfragen eines Volkes aber die Demokratie?

*

Der frühere russische Minister des Äußern Ssassonow, jetzt diplomatischer Vertreter Koltschaks bei der Entente, hat kürzlich in London erklärt, daß „das Vorhandensein eines selbständigen Polens mit dem jetzt wieder entstehenden Rußland nicht vereinbar sei." Diese Erklärung ist für den russischen Volksimperialismus sehr bezeichnend. Noch sind Koltschaks Truppen nicht über die Wolgalinie vorgerückt und schon beginnt Rußland, nach alter Weise seine Fangarme überall hin auszustrecken. Den Polen würden wir es durchaus gönnen, vom russischen Imperialismus wieder brutal angefaßt zu werden, aber wir dürfen nicht vergessen, daß sich ein Rußland, das sich an Polen, dem Bundesgenossen der Entente, vergreift, vorher schon Ukraine, Litauen, Weißrußland und Baltenland vergewaltigt haben müßte. Da Deutschland, wie die bittere Erfahrung gezeigt, weder mit dem Bolschewismus, noch mit der russischen Reaktion unter Koltschak verständigen kann, so steht und fällt Deutschlands Ostpolitik mit der Erhaltung der Randstaaten, von Finnland angefangen bis hinunter zum Kaukasus. Diese nationalen Staaten würden zudem im stande sein, Moskowiens unersättliche Gier und Polens Appetit nach fremden Ländern zu dämpfen und damit den Osten Europas endlich seine natürliche Entwicklung zu verschaffen.

*

Digitized by Google

Verantwortung und Friedensschluß

Von Dr. Paul Rohrbach den 7. Juni 1919

In der feindlichen Presse, am ausführlichsten in der „Times", ist kürzlich der Inhalt jenes Berichts veröffentlicht worden, den die Untersuchungskommission der Alliierten und Assoziierten über die Schuld Deutschlands am Ausbruch des Weltkrieges erstattet hat. Die Mitteilungen der „Times" sind offenbar soweit genau, daß man sich nach ihnen in allen wichtigen Punkten ein Bild davon machen kann, wie der Bericht selber aussieht: das Dokument, das die Grundlage bildet, um Deutschland zum Tode durch wirtschaftliche und nationale Erwürgung zu verurteilen. Die Behauptung, Deutschland, und zwar Deutschland allein, habe den Krieg verschuldet, dient den Feinden in jedem einzelnen Punkt ihres Friedensinstruments dazu, ihre Bedingungen zu rechtfertigen. Daß dabei kein Unterschied zwischen dem früheren und dem jetzigen Deutschland gemacht wird, mag für politische Dilettanten und Utopisten überraschend sein; wer Verstand hatte, hat nie daran gezweifelt, daß es so kommen würde. Jede einzelne feindliche Note geht davon aus, daß es selbstverständlich ist: erstens, daß das demokratisch umgemodelte Deutschland genau so zu behandeln sei, wie das frühere militärische, zweitens, daß die deutsche Regierung für den Krieg verantwortlich war.

Man sollte meinen, daß Behauptungen und Forderungen von diesem Gewicht nur auf Grund eines Beweismaterials aufgestellt werden können, das mindestens denen, die es vorbringen, absolut eindrucksvoll und überzeugend erscheinen muß. Lernt man aber den Bericht der feindlichen Untersuchungskommission kennen, so sieht man: er ist so oberflächlich und leichtfertig verfaßt, so voll von geradezu ungeheuerlichen, tatsächlichen und logischen Fehlern, mit derartigen Lücken und Auslassungen behaftet, daß, wenn man die feindlichen Diplomaten, die ihn verfaßt und zur Grundlage ihres Friedensdiktats gemacht haben, nicht für politische Kinder halten will, ihnen die Gutgläubigkeit abgesprochen werden muß. Der Sachverhalt auf jener Seite ist vollkommen klar. Der Plan der Entente, Deutschland unschädlich zu machen, ist geglückt, durchgreifender, als den Teilhabern der Genossenschaft vorher je träumte. Es muß nun dafür gesorgt werden, daß die Einstreichung des Gewinns und die dauernde Fesselung des Opfers moralisch bemäntelt, nach speziell angelsächsischer Methode womöglich zum moralischen Pflichtgebot erhoben werden. Dazu bedarf es des Beweises der deutschen Schuld. Der Beweis ist notwendig, also wird er beigebracht; was die Tatsachen dazu sagen, ist gleichgültig. Man läßt fort, wodurch Deutschland entlastet wird, man unterschlägt alles die Entente belastende Material, man schiebt, was gebraucht wird, in eine künstlich zurechtgemachte Beleuchtung, deutet um, verrückt, verdreht und übertreibt den Rest, und die „moralische" Urteilsbegründung ist fertig.

Digitized by Google

Die deutsche Friedensdelegation hat bekanntlich vier Herren, Prof. Hans Delbrück, Prof. Albrecht Mendelssohn-Bartholdy, General Graf Montgelas und Prof. Max Weber nach Versailles berufen, und sie ersucht, sich zu dem feindlichen Kommissionsbericht zu äußern. Delbrück hat in seiner politischen Korrespondenz im Juniheft der „Preußischen Jahrbücher" („Die Verantwortungs-Frage") einen wichtigen Kommentar zu dem von ihm mitverfaßten Gegenbericht der deutschen Kommission gegeben. Die deutschen Ausführungen sind teilweise schon in den Zeitungen veröffentlicht worden. Sie werden voraussichtlich in aller Vollständigkeit erschienen sein, wenn dieser Artikel unsern Lesern vorliegt. Delbrück hebt besonders zwei Beispiele für die „ungeheuerlichen Fehler" des feindlichen Berichts hervor. In diesem heißt es unter anderem:

Seit dem 21. Juli hatte die deutsche Mobilmachung begonnen, zunächst durch Einberufung einer gewissen Jahresklasse der Reserve, dann von deutschen Offizieren aus der Schweiz, endlich der Garnison von Metz am 25. Juli. Am 26. Juli war die deutsche Flotte aus Norwegen zurückberufen worden . . . Am 1. August sandte der Deutsche Kaiser dem König von England ein Telegramm, in dem der Satz vorkam: „Die Truppen an meiner Grenze werden gerade telegraphisch und telephonisch abgehalten, die französische Grenze zu überschreiten . . ." Nun verstrichen von diesem Zeitpunkte noch zwei Tage bis zur Kriegserklärung, und da der deutsche Mobilmachungsbefehl von demselben 1. August datiert ist, geht daraus hervor, daß das deutsche Heer auf Grund früherer Befehle mobilisiert und versammelt worden war.

Wer das liest, kann nur sagen, daß man entweder böswillig oder unzurechnungsfähig sein muß, um solche Sätze zu schreiben und zu glauben. Wer an die Mobilmachungstage 1914 bei uns denkt, der wird sich erinnern, in welch einen außerordentlichen Zustand das deutsche Leben damals versetzt worden, wie das ganze Volk aus seinem Beruf und seiner täglichen Arbeit gerissen war und alle öffentlichen Einrichtungen nur noch dem Aufmarsch der Truppen dienten. Wer einen Funken von Verstand und Nachdenken hat, der weiß, auch ohne es gesehen zu haben, wie eine Mobilmachung in einem Volk wie das deutsche aussieht. Die Möglichkeit einer heimlichen Mobilmachung vorauszusetzen, ist blödsinnig. Man kann ebensogut von einem heimlichen Bombardement einer Festung sprechen. Mit Recht sagt die deutsche Denkschrift:

Es wird also behauptet, daß ein Heer von mehr als zwei Millionen Mann insgeheim mobilgemacht und an der Grenze versammelt wurde, daß alle zur Erreichung der Kriegsstärke nötigen Ergänzungsmannschaften eingezogen, alle Pferde und Fahrzeuge ausgehoben, tage- und wochenlang Militärtransporte durchgeführt wurden, ohne daß die in Deutschland befindlichen fremden Botschafter, Gesandten, Konsuln, Militärattachees, Zeitungsberichterstatter und sonstigen Agenten davon irgend etwas erfahren hätten.

Jener Satz in dem Telegramm des Kaisers konnte sich natürlich nur darauf beziehen, daß die an der Grenze stehenden Truppenkörper strengen Befehl erhalten hatten, Grenzüberschreitungen, aus denen sich gefährliche „Zwischenfälle" ergeben konnten, zu vermeiden. Welche Vorstellung haben die Verfasser des feindlichen

Digitized by Google

Kommissionsberichts und die Ententediplomaten in Versailles von dem kritischen Vermögen und der Fassungskraft der Völker, wenn sie es wagen, einen derartigen Unsinn, wie die heimliche deutsche Mobilmachung *vor* dem 1. August 1914, aufzustellen! Welch eine verbrecherische Frivolität ist es, auf solche Weise das Urteil zu begründen, Deutschland sei schuld am Weltkriege und verdiene zur Strafe verstümmelt und bis aufs letzte Blut ausgepreßt zu werden! So sieht das „positive" Material für den Schuldbeweis aus. Jetzt begreift man allerdings, weshalb Clémenceau den Bericht uns nicht aushändigen wollte. Wie aber stehen die politischen und militärischen Oberhäupter der Entente, wie steht das verantwortliche Haupt der großen amerikanischen Republik da, nachdem man weiß, wie böswillig und unwissend das Aktenstück zusammengestoppelt ist, auf das sie den Anspruch als moralische Richter über Deutschland gründen!

Es wird genügen, noch *ein* Beispiel aus dem Ententebericht zu geben, das ihn, wenn es möglich wäre, noch vernichtender charakterisiert, als die heimliche deutsche Mobilmachung. Es besteht in der Tatsache, *daß die russische Mobilmachung in dem Schriftstück überhaupt nicht erwähnt wird.* Gegenüber diesem Maß von Heuchelei und Zynismus ist es schwer, den richtigen Ausdruck zu finden. Wer auch nur etwas Kenntnis von den Dingen hat, der weiß, daß die russische Mobilisation den Kernpunkt bildet, um den sich das Urteil in der Frage des Weltkrieges zu bewegen hat. In einem Dokument, das nicht anders, als von dem Gefühl einer überwältigenden Verantwortlichkeit getragen sein darf und das von der höchsten Genauigkeit zumal in den Grundfragen sein muß, diesen Zentralpunkt nicht einmal zu berühren, ist nur für jemand möglich, der da weiß, daß er ein völlig unwissendes Publikum vor sich hat, und der von Rücksichten objektiver Gewissenhaftigkeit unbeeinflußt ist. So wie der Schuldbericht der Ententekommission es tut, kann man nur sprechen, wenn man Mitverschworene, Trottel oder Ignoranten als Adressaten im Auge hat. Wir empfehlen ihn in Deutschland zu allererst denjenigen Leuten zur Lektüre, die bisher noch an eine Schuld Deutschlands geglaubt haben und die nicht genug eilen konnten, mit solchen Bekenntnissen sich und ihr Vaterland vor der Welt wegzuwerfen!

Der Schuldbericht berücksichtigt ebenso auch mit keinem Wort die umfassende und bedeutsame Literatur, die sich seit Jahren um die Schuldfrage gebildet und die sich seit Morels Nachweis der besonderen Schuld Rußlands und Entlastung Deutschlands vor mehr als zwei Jahren um wichtige Publikationen vermehrt hat. Alle diese Schriften sind auf der feindlichen Seite natürlich genau bekannt und studiert. Es gibt heute bei der Entente keine Propagandastelle und keine Kanzlei mehr, wo man das mehr als 700 Seiten starke Buch von dem Schweizer *Dr. Ernst Sauerbeck* in Basel nicht kennen sollte: *Der Kriegsausbruch, eine Darstellung von neutraler Seite an Hand des Akten-*

Digitized by Google

materials, Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart und Berlin 1919. In dieser ungeheuren Arbeit, die alle offiziellen Dokumente, soweit sie bisher veröffentlicht sind, erschöpfend vollständig beibringt und die einzelnen Stücke jedes durch das andere kritisiert, ist unparteilich und unwiderleglich der Nachweis geliefert, daß die Ententemächte, vor allen Dingen die russische und die französische Regierung, die vollkommen unter dem Einfluß des Kriegswillens standen, den Krieg herbeigezogen haben, während England, das ihn mit Leichtigkeit hätte verhindern können, nichts Entscheidendes unternahm, um den gefährdeten Frieden zu retten. Die erste Auflage von Sauerbecks Werk ist bereits vergriffen. In der Schweiz hat es außerordentliches Aufsehen gemacht. Von der Entente wird natürlich versucht, diese Waffe, die vernichtend wirken muß, sobald jemand von ihr erfährt, durch Totschweigen unschädlich zu machen. Zu widerlegen sind die Darstellung und die Kritik Sauerbecks nicht; sie können nur noch durch weitere Aufdeckungen vervollständigt werden. Ein Beginn dazu ist jetzt eben durch die Veröffentlichung wichtiger Stücke aus der russischen diplomatischen Korrespondenz der Vorkriegszeit gemacht worden, die in der Tagespresse geschieht und die zeigt, daß sogar Grey, der bisher als der Geschobene erschien, doch aktiver an der politischen Vorbereitung des Krieges teilgenommen zu haben scheint, als man bisher glaubte. Das Ende dieser Publikationen wird noch abzuwarten sein. Sie erschienen zuerst Mitte März in der Berliner 12-Uhr-Mittagszeitung, blieben aber damals merkwürdigerweise ganz ohne Aufmerksamkeit. Es handelt sich um Veröffentlichungen eines Beauftragten im russischen Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten, Pokrowski, in der Moskauer Wochenschrift „Prawda", Ende Februar und Anfang März: Briefe der russischen Botschafter in Paris und London an Sfassonow, einige Telegramme und vertrauliche Berichte Sfassonows an den Zaren. Das ganze Material ist neuerdings der Presse nochmals mitgeteilt, aber immer noch nicht genügend beachtet worden. Am bedeutsamsten ist ein Bericht Sfassonows über seinen Besuch in England im September 1912, der sowohl Grey als auch den König Georg von einer geradezu feindseligen Stimmung gegen Deutschland erfüllt und einem antideutschen englisch-russischen Bündnis geneigt erscheinen läßt.

Man kann sagen, daß das Material zur Schuldfrage jetzt täglich wächst. Was bis zum Mai vorlag, ist in meiner Schrift: über das „Zeugnis der 13 Tage" (Hamburg, Dorendorf und Dräsel) gesammelt. Ich hebe daraus hervor den Brief von Jean Jaurès vom 29. Juli 1914, die Denkschrift Morels, das Geständnis Miljukows über die russische Schuld am Kriege, den russischen Kronrat am 21. Februar 1914 und anderes. Die Beweise gegen die Ententemächte sind derart erdrückend, und die Legende, die man dort über die deutsche Schuld am Kriege mit allen Mitteln aufrecht zu erhalten sucht, ist so scham- und gewissenlos, daß man schon ein „Unabhängiger" oder ein deutscher Pazifist sein muß, um zu glauben, was

Digitized by Google

kein einziger wissender Politiker auf der Ententeseite glaubt: daß Deutschland der schuldige Teil am Ausbruch des Krieges ist. Wir müssen fest darauf bestehen, daß es zur unparteiischen Untersuchung kommt, und niemals darf ein Friedensvertrag, mag er sonst enthalten, was er wolle, unterschrieben werden, der uns direkt oder indirekt ein schimpfliches und unwahrhaftiges Schuldbekenntnis auferlegt!

Die deutsche Kriegserklärung gegen Rußland 1914

Von Staatsminister G. von Jagow

Heft 22 dieser Wochenschrift vom 30. Mai brachte eine Besprechung des „ersten Memoiren-Trios" aus der Feder des Herrn Dr. Friedrich Thimme. Wie ich mit Freude ersehen habe, gelangt der Verfasser zu dem Ergebnis, daß die drei kürzlich erschienenen Schriften von Helfferich, Pourtalès und mir die Auffassung von der Friedensliebe der deutschen Politik und Kaiser Wilhelms II. zu vertiefen geeignet sind, und daß es angesichts des Versuchs unserer Feinde, in dem Friedensvertrag ein Schuldbekenntnis zu erpressen, eine Selbstentehrung wäre, wenn wir als Volk ein solches Bekenntnis aussprächen und in die Folgen einer solchen Lüge einwilligten.

Ich kann dieser Folgerung nur voll beistimmen. Selbst in seiner dunkelsten Stunde darf ein Volk, das sich noch eine Zukunft sichern will, sich nicht so weit erniedrigen, einen Frieden zu unterzeichnen, der ein Todesurteil bedeuten würde. Es wäre ein Verrat an sich selbst, ein Frevel an den Nachkommen, eine Schändung seiner Vergangenheit.

Der Verfasser des Artikels läßt es dahingestellt, ob die Darlegungen der drei Schriften überall volle Durchschlagskraft besitzen. Möglich, daß es nicht der Fall ist. Vollständig schlüssige Beweise werden sich bei politischen Vorgängen nur dann erbringen lassen, wenn die vollständigen Archive aller Regierungen und die Herzen aller feindlichen Staatslenker geöffnet werden könnten. Von welchem Geist die gegnerischen Staatsmänner erfüllt sind, welchen Zwecken für sie der Ausgang des Weltkrieges dienen soll, darein gewähren die Friedensbedingungen einen vielsagenden Einblick.

Besonders moniert der Verfasser, daß ich den gegen unsere Politik erhobenen Vorwurf, zuguterletzt die Dinge durch die formelle Kriegserklärung gegen Rußland überstürzt zu haben in meiner Schrift *) auch nicht ganz zu entkräften vermocht hätte. Ich möchte hierzu noch nachträglich auf ein interessantes Dokument hinweisen, das in der erst kürzlich erschienen Schrift: „Rußlands Vorbereitung zum Weltkrieg, auf Grund unveröffentlicher russischer Urkunden" von Robert Hoeniger (bei S. Mittler u. Sohn, Berlin 1919) behandelt ist.

*) „Ursachen und Ausbruch des Weltkrieges", Verlag von R. Hobbing, Berlin.

Digitized by Google

Es wird da das Protokoll über die Beratungen einer Militärkommission, die im November 1912 in St. Petersburg tagte, wiedergegeben. Die damalige politische Lage erinnert in mancher Hinsicht an diejenige von 1914. Einer Zusammenkunft des Zaren mit Kaiser Wilhelm II. in Baltischport im Juli waren vier Wochen später anläßlich des Besuches des französischen Ministerpräsidenten Poincaré in Petersburg und Moskau russisch-französische Verbrüderungsfeiern gefolgt. (Auch im Frühjahr 1914 sah man in Rußland dem angekündigten Besuch Herrn Poincarés, jetzt Präsidenten der alliierten Republik, entgegen, der dann kurz vor Ausbruch des Krieges wirklich stattfand.) Im Herbst 1912 brach mit dem Krieg des Balkanbundes gegen die Türkei ein neues Balkangewitter aus. Die Haltung der russischen Politik war schwankend und unklar — man war noch nicht gerüstet. Aber der Gegensatz zu Österreich verschärfte sich von neuem. Man rechnete mit der Möglichkeit eines österreichisch-serbischen Krieges, der Rußland dann auf Seiten Serbiens gegen Österreich-Ungarn führen und weiter das Eingreifen Deutschlands auf der einen, des Frankreichs auf der anderen Seite zur Folge haben würde. Diesen Eventualitäten galten die militärischen Beratungen; sie beschäftigten sich mit der österreichischen und deutschen Front. Die Truppen an letzterer dürfen nicht geschwächt werden. Österreich-Ungarn würde gezwungen sein, an zwei Fronten gleichzeitig Krieg zu führen. Trotzdem sagt das Protokoll, ist kaum anzunehmen, daß unser Gegner, politisch und militärisch erwogen, von Handlungen agressiver Art Abstand nehmen und sich zur Verteidigung in seinen Grenzen entschließen wird. Nur für den Fall, daß Rußland den Augenblick verpaßt, gleichzeitig mit Serbien in den Kampf einzutreten, kann Österreich erdrückende Kräfte nach Süden werfen." (Das erklärt die Mobilmachung von 14 russischen Korps gegen Österreich im Juli 1914, als dieses 8 Korps gegen Serben mobilisiert hatte*). Die Kommission hält es daher „für unumgänglich, 1. zur Verkündung der russischen Mobilmachung den Moment nicht zu verpassen, 2. den Krieg mit solcher Berechnung zu führen, daß die russischen Operationen zur vollen Entwicklung gelangen zu einer Zeit, wo Österreich den Krieg mit Serbien noch nicht beendet hat".

Ferner: Nach einer früheren Verordnung sollte die Mobilmachung auch die Verkündung des Krieges sein. Diese Verordnung ist nach Ansicht der Kommission aufzuheben, und zwar aus folgenden Gründen: „Es kann sich als vorteilhaft erweisen", sagt das Protokoll, die Konzentrierung zu vollziehen, ohne die Feindseligkeiten zu beginnen, damit dem Gegner nicht unwiederbringlich die Hoffnung genommen wird, der Krieg könne noch vermieden werden. Unsere Maßnahmen müssen hierbei durch diplomatische Scheinverhandlungen maskiert werden, um die Befürchtungen des Gegners möglichst

*) Notabene, nachdem Serbien zuerst mobilgemacht hatte.

Digitized by Google

einzuschläfern." Und weiter: „Dabei ist anzustreben, möglichst viel Zeit zu gewinnen, weshalb ohne Grund die Feindseligkeiten nicht zu eröffnen sind."

Also Zeit gewinnen wollten die Russen zur Vollendung ihres Aufmarsches und zu diesem Zweck unsere Befürchtungen durch diplomatische Scheinhandlungen einschläfern! Genau das, was uns zwang, die Lage zu klären. Wir hatten das russische „Einschläferungs"-Spiel durchschaut. Daß angesichts der Übermacht unserer Feinde unser Heil nur in der Schnelligkeit lag, habe ich in meiner Schrift ausgeführt. Ebenso, daß wir nach dem sogenannten Schlieffenschen Feldzugsplan — über dessen Richtigkeit ich mir kein Urteil anmaße — versuchen mußten, Frankreich zu schlagen, ehe Rußland mit seiner ganzen Streitmacht über uns herfallen konnte. Frankreich konnte mit dem Eingreifen in den Krieg warten bis formeller Kriegszustand zwischen Rußland und uns bestand, also Rußlands Verzögerungstaktik secundieren. Eine erfolgreiche Offensive gegen Frankreich erschien nur auf dem Wege durch Belgien möglich. Der Durchmarsch durch letzteres wurde nur nötig und war nur zu rechtfertigen infolge des Krieges mit Frankreich. So bedingte eines das andere. Daß 2 mobilisierte Armeen, wie Kaiser Nicolaus nach dem Rezept seines Generalstabs vorschlug, sich lange gegenüberstehen werden, ohne daß es zu feindseligen Handlungen der Truppen kommt, wird niemand annehmen. Dann beginnt der Krieg von selbst, ohne besondere Erklärung. Aber wie lange es dauert, ist schwer vorauszusehen. Das Protokoll sagt ausdrücklich, daß die Feindseligkeiten — um Zeit zu gewinnen — nicht ohne Grund zu eröffnen sind. Und selbst nach einem feindlichen Akt einzelner Truppenteile hätten „diplomatische Scheinverhandlungen", Entschuldigungen etc., sich noch fortsetzen lassen, um wiederum Zeit zu gewinnen und schließlich uns doch das Odium der formellen Angreiferrolle aufzubürden. Es war die mißliche Aufgabe der Politik, die Situation für das Einsetzen der militärischen Aktion zu klären, für die jeder Tag zählte. Das Bedenken des diplomatischen Nachteils mußte hinter den militärischen Notwendigkeiten zurücktreten. Es war die Ungunst unserer geographischen Lage.

Die russische Kriegslist ist durch das angeführte Protokoll genügend enthüllt. Und wie es in Frankreich stand, zeigt schon der Umstand, daß die französische Mobilmachung in Paris zur gleichen Stunde wie die unsrige in Berlin, am 1. August nachmittags, verkündet worden.

Der Vorwurf einer Überstürzung der Dinge kann bei dieser Sachlage wohl nicht aufrecht erhalten werden. Es wäre ein unverzeihliches Unrecht gegen unser Volk, gegen unsere Truppen gewesen, wenn wir um eines diplomatischen Scheins willen die russische Absicht, unsere „Befürchtungen einzuschläfern", nicht durchkreuzt und auch nur einen Tag nach Ablehnung unseres Ultimatums mit der Kriegserklärung gezögert hätten.

Digitized by Google

Sehr bemerkenswert und vielsagend ist auch die Darlegung der Hoenigerschen Schrift, daß aus den Berechnungen der 1912er Militärkommission über die Munitionssicherung der für die Fertigstellung der Rüstung und für den Kriegsbeginn damals ins Auge gefaßte Termin sich etwa auf den September 1914 berechnen läßt.

Nachtrag: Inzwischen ist, wie das Wolff Tel. Bur. aus Christiania meldet, in der Person des russischen Generals Gurko ein neuer Zeuge für die Richtigkeit unseres Vorgehens erstanden. Der General, der sich zur Zeit in Christiania aufhält, schreibt im dortigen „Morgenbladet", vom deutschen Standpunkt aus sei die russische Mobilmachung gleichbedeutend mit der Möglichkeit für Rußland gewesen, unverzüglich den Krieg zu beginnen. Die einzige Überlegenheit Deutschlands habe in der Schnelligkeit seiner Mobilisation gelegen. Hätte Deutschland auf eine formelle Kriegserklärung Rußlands gewartet, so würde es diesen Haupttrumpf preisgegeben haben. Folglich hätte die russische Mobilmachung für Deutschland die Notwendigkeit bedeutet, ohne einen Tag zu vergeuden, Rußland den Krieg zu erklären.

Kontinentalpolitik

Grundsätzliches

Von Dr. Leo Schwering, Köln

Deutschland ist ein einziges großes Versuchsfeld geworden. Wir suchen nach neuen Wegen und zwar überall. Kein Wunder, wenn auch auf dem Gebiete der Außenpolitik, dieses Stiefkindes unserer Nation am alten gerüttelt wird und unbegangene Pfade locken. Wenn der alten Diplomatie der Vorwurf einer krassen Ideenarmut seit Bismarcks Abgang nicht erspart werden kann, so schlagen unsere außenpolitischen Schwarmgeister vielfach heute ins Gegenteil, sie überkugeln sich förmlich in neuen ganz ungeahnten Vorschlägen. Die meisten sind kaum ernst zu nehmen. Leicht beieinander, so möchte man ihnen mit Wallenstein zurufen, wohnen die Gedanken, doch hart im Raume stoßen sich die Sachen! Ernstere Beachtung vielleicht verdienen diejenigen, welche als politisches Ziel gleichsam die Vereinigung von Festland-Europa zu einem wirtschaftlich-politisch wohlgeschlossenen Block erstreben. Also Vereinigte Staaten von Europa! Sie schließen dabei Großbritannien aus, sie wollen es sogar auf das schärfste bekämpfen. Und darin haben sie recht, wenn sie erklären, die Inselmacht sei gar kein europäischer Staat! Man wird auch nicht verkennen dürfen, daß in den Entwürfen dieser „Kontinentalpolitiker" etwas Verlockendes liegt. Wenn sie im übrigen für eine deutsch-russische Annäherung sind, so sagen sie damit nichts Neues; denn sie ist altes Erbgut Bismarckscher Traditionen*), neu ist nur der Ver-

*) Wir sind anderer Ansicht. Siehe Artikel „Bismarcks auslandspolitisches Erbe", Nr. 18. Die Redaktion.

Digitized by Google

such einer gleichzeitigen Verständigung nach Westen und nach Osten, also vor allem zwischen Deutschland Frankreich und Rußland.

Der geschichtlich geschulte Leser wird zunächst über diesen Plan, soweit die westliche Republik in Frage kommt, betroffen sein, da er eine 2000jährige historische Erfahrung doch nicht so ohne weiteres verleugnen kann. Liegen in ihr zwischen den beiden großen Völkern nur „Mißverständnisse", „Unklarheiten" vor, die bei genauerer Betrachtung sich als überhaupt nicht bestehend entpuppen, oder handelt es sich hier um tiefer liegende Probleme, die ihren Ursprung in geographischen, rassenpsychologischen, wirtschaftlichen natürlichen Rivalitäten haben, die beide Völker von einander scheiden werden, so lange sie „sie selbst" bleiben? Ich glaube nicht, daß eine nüchterne Beurteilung der Dinge hier eine andere Antwort finden kann als die, daß es gewisse historisch-politische Lagerungsverhältnisse gibt, die so unveränderlich und so alt sind, wie gewisse geologische. Es sind geschichtliche Grundbegriffe, an die man nicht rühren kann, weil man sonst eben Dinge ändern müßte, die unveränderlich ihrer Natur nach sind, wie der Charakter oder die Neigung des Menschen zu gewissen Fehlern. Von diesem Standpunkte aus wird man auch dem Einwurf der Kontinentalpolitiker leicht begegnen können, wenn sie natürlich vor allem bezüglich Frankreich darauf aufmerksam machen, ihre Tätigkeit solle und brauche auch nicht von heute auf morgen erfolgreich sein; hier sei eben lange Arbeit zu leisten, die Zeit werde ihr bester Bundesgenosse werden! Hegel hat irgendwo einmal gesagt, das einzige, was man aus der Geschichte lerne, sei dies, daß die Völker nichts daraus lernten! Das ist boshaft, aber sollten wir wirklich nichts aus der deutsch-französischen Geschichte gelernt haben? Vielleicht doch dies, daß die Illusion im Kopfe des Deutschen dann am lebendigsten gewesen sei, wenn die realpolitischen Wirklichkeiten für die Erfüllung seiner Illusionen am aussichtslosesten waren.

Es ist auch der Versuch gemacht worden, in der jüngsten Geschichte unseres Nachbarn darauf hinzuweisen, daß für die von den Kontinentalpolitikern vorgeschlagenen Ziele sich Ansätze gerade seit 1871 fänden; nur die Unfähigkeit der deutschen Diplomatie habe sie nicht zu nutzen verstanden. Wir leugnen eine gewisse Annäherung damals nicht, aber was war ihr Grund? Nicht der Versuch einer Annäherung an sich, sondern die gemeinsame deutsch-französische Kampfstellung gegen Großbritannien in kolonialen Fragen. Und nur solange, wie diese bestand, gab es gewisse Linien der „Annäherung". Dieser entscheidende Punkt fällt heute weg; Frankreich ist kolonial überfaturiert! Gegensätze hat das auf allen Gebieten stagnierende Land mit Großbritannien kaum mehr ernstliche. Die näheren Umstände des höchsten Gegensatzes zwischen Großbritannien und der Republik in der jüngsten Epoche, also während Faschoda, aber sind namentlich allen zu empfehlen, die der Fata morgana einer „Kontinentalpolitik" nachjagen. Faschoda ist der

Digitized by Google

Ursprung der entente cordial! Und wie zurückhaltend gegen uns war selbst ein so gemäßigter und uns im Grunde nicht ungünstig gesinnter Politiker wie der bekannte Historiker und Ministerpräsident Gabriel Hannoteaux! Solange Deutschland eine Macht ist, wenn auch nur eine bescheidene, ist „Kontinentalpolitik" gegenüber Frankreich unmöglich, trotz des neu gewonnenen Elsaß. Kein Volk ist seiner Natur nach imperalistischer als das französische. Das sind Tatsachen, die wir nicht ändern können!

Doch lassen wir die geschichtlichen Erinnerungen, denen übrigens in den Erörterungen, die sich mit den in Frage stehenden Problemen beschäftigen, leider durchgängig viel zu kurz kommen, und prüfen wir die Dinge in der Gegenwart. Da scheinen sich mir zwei Fragen von ausschlaggebender Bedeutung zu erheben, nämlich: kann Frankreich den Weg gehen, den die Kontinentalpolitiker ventilierten, und dann: will es ihn gehen! Es ist klar, daß, wenn Aussicht da wäre, wir alles versuchen müßten, Frankreich dazu zu bringen, denn der große Kontinentalblock würde in der Tat eine wirkliche Friedensgarantie bedeuten, und das zu erreichen, darf keine Arbeit und keine Anstrengung als zu groß geachtet werden.

Kann Frankreich? Man sollte meinen die Frage sei müßig; denn welche Großmacht könnte nicht, wie sie wollte. Aber gerade der Weltkrieg hat uns bis zur Evidenz gezeigt, daß auch die Großmächte gewisse Grundlagen ihrer Existenz nicht verlassen dürfen, ohne daß sie diese auf Sand bauen. Damit konzentriert sich die Frage enger auf die Erörterung: Wird Großbritannien geneigt sein, einen Block, wie den vorgeschlagenen, zu ermöglichen oder gar zu unterstützen. Jeder, der die europäische Geschichte seit den letzten Jahrhunderten kennt, wird darauf: nein antworten müssen. Großbritannien würde eine seiner Grundlagen aufgeben, wenn es nicht alles daran setzte, die vorgeschlagene Verbindung zu verhindern. Und es läßt sich leider nicht leugnen, daß diese politische und moralische Macht Druckmittel genug besitzt, um unsern westlichen Nachbarn fest an der Hand zu behalten. Die Kontinentalpolitik, wie sie vorgeschlagen wird, ist eben gar keine reine Angelegenheit der drei genannten Staaten, die nur zu wollen brauchen, um das heute scheinbar Unmögliche zu einer politischen Wirklichkeit zu machen. Großbritanniens Politik muß sogar im Augenblick stärker denn je danach drängen, in Frankreich auf dem europäischen Kontinent einen Kontinentaldegen zu behalten, denn die Entwicklung der Dinge in Rußland ist für die Entente d. i. vor allem England, nicht zufriedenstellend. Und jeder Zug der neuesten britischen Politik beweist das. Man denke nur an die der Verwirklichung nahen Pläne eines Kanaltunnels; die umwälzenden Umstände des U-Bootkrieges nötigen die Inselmacht zu einer festen und unzerstörbaren Verbindung mit dem Festlande, um nur einen Punkt hervorzuheben. Wir würden daher bei unseren Versuchen den schärfsten Widerspruch Großbritanniens finden, so scharf, daß Frankreich gar nicht kann, selbst wenn es wollte. Und Frankreich ist niemals weniger

Digitized by Google

Herr seiner eigenen Entschlüsse gewesen als seit dem Weltkriege; er hat die Abhängigkeit dieses Landes nicht nur finanziell, sondern auch politisch von den Angelsachsen ins Ungemessene vergrößert. Der lebendige Ausdruck dessen ist das angelsächsisch-französische Einvernehmen in Versailles, das bereits schriftlich fixiert scheint. Uns dünkt, daß das einzige, was wir hier für die nächste Zukunft, wenn nicht entscheidende Änderungen in der ganzen Weltlage eintreten, was ja immerhin möglich ist, bezüglich Frankreich erreichen können, ist, der Versuch einer ehrlichen Verständigung und eines schiedlich friedlichen Nebeneinanders dieser zwei seit einem Jahrtausend eifersüchtigen Rivalen, deren steter Gegensatz ja eine der Quellen gewesen ist, aus denen die Weltmacht Großbritannien emporkam.

Aber will Frankreich? Wir erblicken in der heutigen französischen Presse keine Versuche dazu. Im Gegenteil nie ist die Sprache dort erbarmungsloser gegen Deutschland gewesen. Der Chauvinismus, der in Frankreich weit mächtiger ist wie bei uns, berauscht sich bereits wieder an dem Gedanken eines den Kontinent leitenden Frankreich, was übrigens nach dem Zusammenbruche Deutschlands und Mitteleuropas ganz natürlich ist. Die Politik Frankreichs in der österreichischen Frage ist voll Mißwollen gegen das deutsche Volk! Frankreich vergißt nicht! Kein Volk tut es weniger wie dieses, dessen hochgespannter Nationalstolz durch keine sozialistische Agitation ganz ausgeräumt werden wird, das gehört zur französischen Mentalität, die ihr ebenso charakteristisch ist, wie uns der Wille zur Arbeit!

Wir fürchten daher aus historischen und völkerpsychologischen Gründen, daß die Anhänger der Kontinentalpolitik sich bezüglich des Westens auf einem Wege befinden, der eine schöne Illusion ist! Bei ihren sozialistischen Anhängern mag der Umstand immerhin entschuldigen, daß sie der umgestaltenden Kraft des sozialistischen Gedankens auch in Frankreich eine übertriebene Bedeutung zumessen. Frankreich ist viel weniger Industrieland wie das Reich, und es wird es durch den Weltkrieg, der die Entvölkerung ins tragische vermehrt hat, nicht mehr werden. Aber auch auf bürgerlicher Seite sollte man nicht in den Fehler fallen, dadurch die Mißgriffe des alten Regimes auszugleichen, daß man nun genau das Gegenteil von dem zu tun sich anschickt, das früher üblich war und der letzte Schluß der Weisheit kaiserlicher Politik zu sein schien. Zurückhaltung und Nüchternheit ist namentlich in der Außenpolitik überall, wo nicht ganz klare Pfade daliegen, vorläufig ein Erfordernis, das wir trotz der Bekundung unserer unbedingten Friedensliebe betonen müssen. Unterdessen wird sich die praktische Verwendbarkeit des neuen Völkerbundes von selbst zeigen. Die Anhänger der Kontinentalpolitik scheinen von ihm selbst nicht durchdrungen zu sein. Das ist verständlich. Die Grundlage des Völkerbundes ist ein Friede der Gerechtigkeit und der Versöhnung. Werden wir ihn erwarten dürfen? Die Verhandlungen werden es lehren!

Digitized by Google

Ein Weg zur Neuordnung unserer Finanzen

Von R. Kuczynski

Vor dem Kriege betrugen die Schulden von Reich, Staaten und Gemeinden rund 25 Milliarden Mark. Nach dem Kriege werden sie, falls ein Frieden nach den Grundsätzen Wilsons bald zustande kommt — einschließlich 50 Milliarden Entschädigung an unsere Gegner*) — rund 260 Milliarden betragen. Die Summe aller Privatvermögen wird man gegenwärtig auf etwa 310 Milliarden schätzen können. Nach Abzug des unentbehrlichen Hausrats usw. und nach Verlust Elsaß-Lothringens und der überwiegend polnischen Landesteile wird man sie auf nicht mehr als 260 Milliarden ansetzen dürfen. Günstigstenfalls werden also die öffentlichen Schulden ebenso hoch sein wie die Summe aller Privatvermögen. Für die öffentlichen Schulden aber haftet das ganze Volk. Würde mithin der Reichsfinanzminister jetzt jedem Deutschen schreiben: „Du schuldest uns Dein ganzes Vermögen", so würde er dem Sachkenner nichts Neues mitteilen, sondern lediglich eine Tatsache feststellen.

Es wäre nun sehr wohl denkbar, die letzte Konsequenz aus diesem Tatbestand zu ziehen und das ganze Privatvermögen zugunsten des Reichs zu konfiszieren. Eine solche Maßnahme wäre auch technisch ohne allzugroße Schwierigkeiten durchzuführen. Alle inländischen Schuldverpflichtungen (öffentliche Anleihen, private Obligationen, Hypotheken usw.) würden annulliert, die heute gültigen Geldzeichen außer Kurs gesetzt, Grund und Boden, Fabriken, Häuser in das Eigentum des Reiches übergeführt. Die Einnahmen des Reichs aus der Verpachtung der landwirtschaftlichen Betriebe und der Vermietung der Wohnungen, Werkstätten usw. würden dann voraussichtlich genügen, um die laufenden inneren Ausgaben zu decken. Steuern brauchten im wesentlichen nur mehr erhoben zu werden, um die Verpflichtungen an unsere Gegner zu erfüllen. Die öffentlichen Finanzen wären mit einem Schlage saniert. Der private Erwerbstrieb würde angespornt wie nie zuvor, und die deutsche Volkswirtschaft könnte vielleicht einer neuen Blüte entgegengehen. Die aufreizende Ungleichmäßigkeit des Besitzes, der Hauptgrund für die Unzufriedenheit der Massen, wäre fürs erste beseitigt. Trotzdem erscheint die Konfiskation des gesamten Privatvermögens zurzeit aus innerpolitischen Gründen undurchführbar. Eine Wirtschaftsverfassung, die alle Erwerbsfähigen zur Arbeit zwingt und zunächst auf ihr Arbeitseinkommen beschränkt und alle dauernd Erwerbsunfähigen auf öffentliche Unterstützung verweist, ist für zahlreiche einflußreiche Volksgenossen unvorstellbar. Ein entsprechender Gesetzentwurf würde

*) Der heutige (diskontierte) Wert der in unseren Gegenvorschlägen angebotenen 100 Milliarden läßt sich erst berechnen, wenn die Jahresraten festgelegt sind.

Digitized by Google

weder im Kabinett noch in der Nationalversammlung eine Mehrheit finden. Der an sich vielleicht zweckmäßigste Weg zur Neuordnung unserer Finanzen ist damit versperrt.

Die Gegner jeder Vermögensabgabe schlagen den umgekehrten Weg vor. Die öffentlichen Schulden sollen einstweilen unvermindert bestehen bleiben und die Schuldzinsen, wie alle anderen Ausgaben, aus den laufenden Einnahmen der Bevölkerung bestritten werden. Nun beziffert Dernburg die künftigen Reichsschuldzinsen auf jährlich 9248 Millionen, den sonstigen „lebensnotwendigen Bedarf des Reichs" auf 8181 Millionen und den Bedarf der Bundesstaaten und Gemeinden auf 5600 Millionen, den gesamten öffentlichen Jahresbedarf also auf 23 Milliarden. Durch Einschränkung der Heeresausgaben, die Dernburg für die kommende Friedenszeit auf jährlich 2 Milliarden bemißt, durch Beschleunigung der Finanzreform, aus der Dernburg vor dem 1. April 1920 keine Einnahmen erwartete, und durch Ersparnisse infolge der Abtretung Elsaß-Lothringens und der überwiegend polnischen Landesteile ließe sich der Bedarf wohl auf 20 Milliarden ermäßigen. Anderseits erhöht er sich durch die Entschädigungen an unsere Gegner auf mindestens 23 Milliarden. Nun wird man das Gesamteinkommen der Bevölkerung des Deutschen Reichs nach der Gebietsabtretung auf nicht mehr als 40 Milliarden schätzen dürfen. Davon müßten auch nach Abbau der Preise und nach Abzug aller Zölle und Steuern auf Lebensmittel, selbst bei ausschließlicher Pflanzenkost und dürftigster Bekleidung und Heizung, etwa 15 Milliarden (70 Pfennig auf den Kopf und Tag) nur zur Befriedigung dieser notwendigsten Bedürfnisse (ohne Wohnung) verwendet werden. Es ist daher ganz unmöglich, 23 Milliarden durch laufende Steuern aufzubringen.

Unter diesen Umständen bleibt nichts anderes übrig als einen Mittelweg zu suchen, d. h. einen Teil der Schulden durch eine teilweise Vermögenskonfiskation abzubürden und den dann noch verbleibenden öffentlichen Bedarf aus dem Einkommen der Bevölkerung zu decken.

1. Die bisherigen Vorschläge für eine einmalige Vermögensabgabe krankten im allgemeinen daran, daß sie eine Schätzung des Vermögens an einem Stichtage durch den Besitzer vorsahen. Das führt zu großen Ungerechtigkeiten, weil der Wert an einem bestimmten Tage, namentlich in erregten Zeiten, durch mannigfache Zufälle beeinflußt wird, und weil die Abgabe um so kleiner ausfällt, je unehrlicher der Besitzer ist. Eine weitere Schwäche besteht darin, daß die ins Ausland gebrachten Vermögensteile freibleiben. Alle diese Fehlerquellen werden bei dem folgenden Vorschlag nahezu ausgeschaltet:

Mit dem .... 1919 geht die Hälfte aller Vermögen in das Eigentum des Deutschen Reiches über.

Digitized by Google

Jeder Besitzer von Reichsbanknoten, Reichskassenscheinen, Darlehnskassenscheinen und jeder Besitzer von Reichsanleihen, Reichsschatzanweisungen hat diese Werte in der Zeit vom . . . bis . . . 1919 bei einer der im „Reichsanzeiger" bekannt zu gebenden Umtauschstellen einzureichen. Er erhält die Hälfte des Nennwertes in neuen Stücken zurück. Das alte Papiergeld gilt vom . . . 1919 ab nicht mehr als gesetzliches Zahlungsmittel; auch werden von diesem Tage ab alte Zinsscheine nicht mehr eingelöst.

Jeder Besitzer von Anleihen der Bundesstaaten, Provinzen, Kreise und Gemeinden, sowie von Schuldverschreibungen, Pfandbriefen, Obligationen, Aktien und Kuxen inländischer Unternehmungen hat diese Werte nebst Zinsbogen bzw. Dividendenbogen in der Zeit vom . . . bis . . . 1919 bei einer der im „Reichsanzeiger" bekannt zu gebenden Abstempelungsstellen einzureichen. Er erhält dann die abgestempelten, auf die Hälfte des bisherigen Nennwerts herabgesetzten Stücke mit neuen, ebenfalls auf die Hälfte des bisherigen Wertes reduzierten, Zins- bzw. Dividendenbogen, während das Reich Doppelstücke zurückbehält. Die alten Zins- bzw. Dividendenscheine werden nicht mehr eingelöst.

Den Besitzern von Sparkassenguthaben und Bankguthaben wird die Hälfte ihrer Guthaben gestrichen.

Die Inhaber von Landwirtschafts-, Gewerbe- und Handelsbetrieben sind berechtigt, die Geschäftsanteile stiller Teilhaber usw. auf die Hälfte herabzusetzen.

Die Einlösung zurzeit der Vermögensabgabe laufender Wechselverbindlichkeiten und Rechnungen hat in neuem Geld und zwar nur zur Hälfte des Nennwerts des Wechsels bzw. des Betrags der Rechnung zu erfolgen.

Die Lebens- und Rentenversicherungsgesellschaften sind berechtigt, den Gesamtwert der zur Zeit der Vermögensabgabe laufenden Versicherungen um die Hälfte ihres „Zeitwertes" zu kürzen.

Die Hälfte aller Hypotheken, Grundschulden und Rentenschulden ist an das Reich abzutreten. Das Reich wird Besitzer von Teilhypotheken usw., die mit den Stammhypotheken gleichen Rang haben.

Jeder Eigentümer eines inländischen Grundstücks hat die Hälfte seines eigenen Guthabens an dem Grundstück an das Reich abzutreten. Als Guthaben des Eigentümers gilt der „gemeine Wert" des Grundstücks zur Zeit der Vermögensabgabe, abzüglich der hypothekarischen Belastung. Kann oder will der Eigentümer den Besitzanteil des Reichs nicht in Geld oder Geldeswert ablösen, so ist in Abteilung III des Grundbuchs für das Reich eine den vorhandenen Eintragungen nachgeordnete Sicherungshypothek in Höhe seines Anspruchs einzutragen. Diese Sicherungshypothek ist dem Reich mit 5% zu verzinsen und mit mindestens 1½% jährlich zu tilgen. Die vollständige oder teilweise Ablösung dieser Sicherungshypothek kann seitens des Grundstückseigentümers jederzeit erfolgen.

Digitized by Google

Jeder Inhaber eines Gewerbe- oder Handelsbetriebs hat die Hälfte der in seinem Besitz befindlichen Waren (Rohstoffe, Halb- und Fertigfabrikate) an das Reich abzutreten. Die Ablieferung erfolgt in natura. Ein Rückkauf der abgetretenen Waren durch den bisherigen Eigentümer ist zulässig. Gesamtwarenbestände im Wert von weniger als 10 000 Mark werden nicht von der Abgabe betroffen, ebensowenig im Betrieb benutzte Arbeitswerkzeuge und Maschinen, soweit sie den Bestand vom 1. Januar 1919 nicht übersteigen.

Von der Abgabe befreit ist das Vermögen der öffentlich-rechtlichen Körperschaften (Staaten, Gemeinden, Kirchen, Handelskammern, Innungen usw.), der Träger der Sozialversicherung (Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- und Privatangestelltenversicherung, Knappschaftskassen), der Pensions- und Sterbekassen, der Aktiengesellschaften und Gewerkschaften. Von der Abgabe können auf Antrag befreit werden Stiftungs- und Vereinsvermögen, insoweit sie nachweislich gemeinnützigen Zwecken dienen.

Besitzern festverzinslicher Werte (Schuldverschreibungen, Pfandbriefe, Obligationen, Sparkassenguthaben, Bankguthaben, Hypotheken usw.), die am . . . 1919 das 45. Lebensjahr überschritten haben oder dauernd erwerbsunfähig sind und denen nach Entrichtung der Vermögensabgabe eine Jahresrente von weniger als 1000 Mark verbleibt, kann auf Antrag eine lebenslängliche Rente in doppelter Höhe der ihnen verbliebenen Rente gewährt werden, wenn sie auch die andere Hälfte ihrer festverzinslichen Werte an das Reich abtreten.

2. Dem Reiche ist der Pflichtteil eines Kindes einzuräumen, wenn ein Erblasser nicht wenigstens drei Kinder oder Nachkommen von drei Kindern hinterläßt. Das Reich würde erhalten: die Hälfte des Nachlasses der ohne Hinterlassung von Eltern, Ehegatten oder Kindern Verstorbenen; ein Viertel des Nachlasses der unter Hinterlassung von Eltern oder Ehegatten oder einem Kind Verstorbenen; ein Sechstel des Nachlasses der verheirateten unter Hinterlassung von Eltern oder einem Kind und der verwitweten unter Hinterlassung von zwei Kindern Verstorbenen; ein Achtel des Nachlasses der verheiratet Verstorbenen mit zwei Kindern. Nachlässe bis zu 20 000 Mark, beim Vorhandensein von zwei Kindern bis zu 30 000 Mark, wären vom Zugriff des Reiches auszuschließen.*)

3. Die Reichserbschaftssteuer ist unter Aufhebung der bestehenden staatlichen Zuschläge, der besonderen staatlichen Erbschaftssteuern und der Besitzzuwachssteuer etwa in folgender Weise auszubauen: Die jetzt gültigen Normalsätze werden verdoppelt; der Erwerb von Todes wegen oder durch Schenkung an Ehegatten wird zu einem Normalsatz von 2%, an Kinder und Abkömmlinge

*) Vgl. Dr. Kuczynski und Dr. Mansfeld, Der Pflichtteil des Reiches, Berlin 1917.

Digitized by Google

von Kindern zu einem Normalsatz von 4% besteuert. Steuerbeträge bis zu 20 Mark werden nicht erhoben. Die bestehende Progression, die je nach der Höhe des Erwerbs bis zum 2½fachen des Normalsatzes (bei über 1 Million) ansteigt, wird beibehalten, jedoch mit der Abänderung, daß für die Bemessung des Steuersatzes Erbanfall und Vermögen zusammengerechnet werden. Die Abstufung erfolgt also nicht nach der Größe des Erbteils, sondern nach dem nunmehrigen Gesamtvermögen des Erben. Der Millionär würde zu dem höchsten Erbschaftssteuersatz herangezogen, gleichviel, ob sein Erbanfall groß oder klein ist; der Unbemittelte hingegen würde je nach der Höhe des Erbanfalls besteuert. (Wer heute von seinem Bruder 250 000 Mark erbt, hat — abgesehen von etwaigen staatlichen Zuschlägen — an Reichserbschaftssteuer zu zahlen: 1,7 × 4% = 6,8% = 17 000 Mark; wer künftig von seinem Bruder 250 000 Mark erbt, hätte, wenn sein sonstiges Vermögen 50 000 Mark nicht übersteigt, insgesamt zu zahlen: 1,7 × 8% = 13,6% = 34 000 Mark, wenn aber sein sonstiges Vermögen 750 000 Mark übersteigt: 2,5 × 8% = 20% = 50 000 Mark.)

4. Die wichtigste direkte Steuer muß nach wie vor die Einkommensteuer sein. Will man einen dem gewaltigen Bedarf entsprechenden Betrag, sagen wir 4 Milliarden, daraus gewinnen, so müßte man, wenn man dabei die preußische Einkommensteuer zum Vorbild wählen wollte, in der Progression bei den höchsten Einkommen bis zu etwa 70% hinaufgehen. Eine derartige Einkommensteuer nach einer 50 prozentigen Vermögensabgabe und neben einer scharfen Aufwand- und Vermögenszuwachssteuer würde aber an die Steuermoral der Wohlhabenden Anforderungen stellen, die sie kaum erfüllen würden. Überdies würde eine solche Steuer sehr zahlreiche und sachkundige, daher hoch zu besoldende Steuerbeamte erfordern. All das ließe sich ohne Einbuße für den Fiskus vermeiden, wenn man dazu überginge, die Einkommen vorzugsweise an der Quelle zu erfassen. Zu diesem Zwecke wäre der Gedanke der im Entwurf vorliegenden Kapitalertragssteuer dahin auszubauen, daß er auch auf alle Einkommen aus Gehalt Lohn, Pension usw. angewendet würde. Wie der Schuldner 10% der Kapitalerträge an das Reich zu zahlen hätte, so müßte der Arbeitgeber 10% der Gehälter, Löhne, Pensionen usw. an den Reichsfiskus abführen. Die Einkommen aus Grundvermögen, Handel und Gewerbe und anderer selbständiger gewinnbringender Beschäftigung wären dann von der Behörde zu veranlagen und mit 10% zu versteuern. Zur Abgabe einer Steuererklärung wären nur mehr die Zensiten verpflichtet, die ein Gesamteinkommen über 6000 Mark haben. Sie hätten zu zahlen bei einem Einkommen von nicht mehr als 9000 Mark 11% ihres Gesamteinkommens, bei mehr als 9000 Mark bis 12 000 Mark 12%, bei mehr als 12 000 Mark bis 15 000 Mark 13% usw. und bei einem Einkommen von mehr als 78 000 Mark 35% ihres Gesamteinkommens. Dabei wären

Digitized by Google

ihnen die auf dem Wege der Kapitalertrag-, Lohn- usw. Steuer bereits gezahlten Beträge, insoweit sie diese durch Quittung nachweisen können, anzurechnen.

5. Die Einkommensteuer zieht den Sparer und den Verschwender mit den gleichen Sätzen heran. Die Besitzzuwachssteuer begünstigt sogar den Verschwender. Das Interesse an dem Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft gebietet aber die Bevorzugung des Sparers. Anderseits kann auf eine starke Besitzzuwachssteuer schon deshalb nicht verzichtet werden, weil die Vermögensabgabe nur die bei Friedensschluß vorhandenen Vermögen, diese aber sehr hart trifft und die nach Friedensschluß entstandenen Vermögen überhaupt nicht berührt. Zur Ergänzung der Einkommensteuer sollte daher unter Aufhebung der bestehenden Besitzzuwachssteuer eine kombinierte Aufwand- und Vermögenszuwachssteuer eingeführt werden. Dabei wäre etwa so zu verfahren: Aufwand und Vermögenszuwachs sind alljährlich zu veranlagen und zusammenzurechnen. (Die so errechnete Summe stellt den Betrag dar, den der Zensit in dem betreffenden Jahre hätte ausgeben können, ohne sein Vermögen zu vermindern.) Um nun das Sparen zu fördern, soll der Vermögenszuwachs zu zwei Dritteln steuerfrei bleiben. Außerdem soll ein Aufwand von 6000 Mark zusätzlich je 2000 Mark für jeden unterhaltsberechtigten Angehörigen abgezogen werden dürfen. Von dem verbleibenden Betrag ist eine Steuer von 15% zu entrichten. Bei der Veranlagung wäre zu beachten: Steuerpflichtige Schenkungen und Erbanfälle rechnen nicht als Vermögenszuwachs; Personalsteuern sind vom Aufwand abzusetzen. (Wenn ein Ehepaar mit zwei Kindern, bei einem Reineinkommen von 20 000 Mark abzüglich Personalsteuern, nichts gespart und das gleiche Vermögen am Jahresschluß wie am Jahresanfang hat, hätte es zu zahlen: 15 % von [20 000 Mark — 12 000 Mark] = 1200 Mark. Hat es unter den gleichen Voraussetzungen 6000 Mark gespart, so hätte es zu zahlen: 15% von [20 000 Mark — 4000 Mark — 12 000 Mark] = 600 Mark.)

6. Mit Rücksicht auf die scharfe Heranziehung der Vermögen durch die einmalige Vermögensabgabe, den Pflichtteil des Reiches und die Erbschaftssteuer, und der großen Einkommen durch die progressive Einkommensteuer und die Aufwand- und Vermögenszuwachssteuer dürfte es sich rechtfertigen, die Umsatzsteuer, die zweifelsohne die kleinen Einkommen stärker belastet als die großen, zu erhöhen. Es würde sich empfehlen, sie zu verdoppeln, also den Satz von ½% auf 1% zu steigern.

Die vorgeschlagene einmalige Vermögensabgabe dürfte mindestens 120 Milliarden erbringen. Dadurch würden 6 Milliarden Schuldzinsen gespart. Die Verminderung der Reichsschulden und des Papiergeldumlaufs würde aber zugleich eine Erhöhung des Wertes der Mark bewirken und einen Abbau der Preise und

Digitized by Google

Löhne im Gefolge haben. Das würde für den einzelnen die Vermögensabgabe weniger fühlbar machen. Reich, Staaten und Gemeinden aber würden Ersparnisse haben, die man mit 1 Milliarde sicher nicht zu hoch veranschlagt. Der gesamte Jahresbedarf würde dann noch 16 Milliarden betragen. Davon könnten gedeckt werden durch

Pflichtteil des Reichs	400	Millionen
Erbschaftssteuer	500	"
Einkommensteuer	4000	"
Aufwand- und Vermögenszuwachssteuer	800	"
Umsatzsteuer	1800	"
Heutige Steuern des Reichs (einschl. Branntweinmonopol, ausschl. Erbschaftssteuer, Besitzzuwachssteuer, Umsatzsteuer)	3600	"
Heutige Steuern der Staaten und Gemeinden (ausschl. Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuern)	1100	"
zusammen	12200	"

Die fehlenden 3800 Millionen müßten durch den Ausbau der indirekten Steuern (auch Monopole) im Reich und der Gemeindesteuern aufgebracht werden.

Von größter Bedeutung ist nun die Verteilung der Steuererträge auf Reich, Staaten und Gemeinden. Die Staaten und Gemeinden haben nach der Gebietsabtretung und nach dem durch die Vermögensabgabe bewirkten Abbau der Preise und Löhne einen Jahresbedarf von vielleicht 4500 Millionen. Ihre bisherigen Steuern (ohne Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuern) erbringen etwa 1100 Millionen. Durch stärkere Ausnutzung der Grundsteuer in den ländlichen Bezirken u. ä. dürfte es gelingen, den Ertrag auf 1350 Millionen zu steigern. Der Rest könnte aus der Vermögensabgabe, der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer gedeckt werden:

Durch die Vermögensabgabe wird das Reich in großem Umfange Gläubiger der Staaten und Gemeinden. Aus diesen Schuldtiteln könnte das Reich 1. die von den Gemeinden geleisteten Vorschüsse für Kriegsunterstützungen, Erwerbslosenfürsorge usw. erstatten; 2. den Staaten — zur Entschädigung für den Verzicht auf ihren Anteil an der Reichserbschaftssteuer, die staatlichen Zuschläge auf die Reichserbschaftssteuer und die staatlichen Erbschaftssteuern — soviel zahlen, wie sie in den Jahren 1909 bis 1918 insgesamt an Einnahmen aus Erbschaften gehabt haben, das sind vielleicht 250 Millionen; 3. den Staaten und Gemeinden — zur Entschädigung für den Verzicht auf die selbständige Festsetzung von direkten

Digitized by Google

Personalsteuern (Einkommen- und Vermögenssteuern) — soviel zahlen, wie sie im Durchschnitt der Jahre 1913 und 1918 aus Einkommen- und Vermögenssteuern bezogen haben, zuzüglich 5 Mark auf den Kopf der Bevölkerung; das sind vielleicht 5¾ Milliarden.

Wenn sich so die Schulden der Staaten und Gemeinden — abgesehen von den erstatteten Vorschüssen — um 6 Milliarden vermindern, verringert sich ihr Jahresbedarf um rund 300 Millionen (ganz abgesehen von der Verbesserung ihres Kredits, der durch die Schuldenverminderung eintreten würde).

Für die Einkommensteuer dürfte sich etwa folgender Verteilungsschlüssel empfehlen: Von dem Ertrag verbleiben vorweg dem zuständigen Staat und der zuständigen Gemeinde je 10%; die übrigen 80% werden in der Weise verteilt, daß von dem Gesamtertrag 40% dem Reiche zufließen, 10% den Staaten und 15% den Gemeinden nach Maßgabe ihrer Einwohnerzahl bei der jeweils letzten Volkszählung und 5% den Staaten und 10% den Gemeinden nach Maßgabe ihrer Einkommen- und Ergänzungssteuereinnahmen im Jahre 1913. Es würden also den Staaten 25% und den Gemeinden 35%, d. h. bei einem Gesamtertrag von 4000 Millionen 1000 bzw. 1400 Millionen zufließen.

Nach dem bestehenden Gesetze erhalten die Staaten 10% des Ertrages der Umsatzsteuer, die Gemeinden gleichfalls 10% und außerdem für Lebensmittelversorgungszwecke 5%, aber nicht mehr als 50 Millionen Mark. Würde man diese Bestimmungen für die verdoppelte Umsatzsteuer aufrechterhalten, und zwar unter Aufhebung der Beschränkung auf 50 Millionen, so würden von dem geschätzten Gesamtertrag von 1800 Millionen 180 Millionen an die Staaten und 270 Millionen an die Gemeinden gehen.

Von dem Gesamtbedarf der Staaten und Gemeinden in Höhe von 4500 Millionen würden also gedeckt durch

eigene Steuern	1350	Millionen
Schuldenverringerung	300	„
Anteil an Einkommensteuer	2400	„
Anteil an Umsatzsteuer	450	„
zusammen	4500	Millionen.

Voraussetzung für die hier vorgeschlagene Finanzreform ist ein Frieden nach den Grundsätzen Wilsons. Auch dann ist in dem Plan noch ein Loch von 3800 Millionen, das vor allem durch den Ausbau der indirekten Steuern (auch Monopole) zu stopfen wäre. Werden uns durch den Friedensvertrag übermäßige finanzielle Opfer oder Bedingungen auferlegt, die unsere Wirtschaft knebeln, so ist eine Sanierung unserer Finanzen ausgeschlossen, und wir können dann unsere

Digitized by Google

Verpflichtungen weder an unsere Volksgenossen noch an unsere Gegner erfüllen. Voraussetzung ist aber auch, daß wir die Reform unverzüglich in Angriff nehmen. Wir wirtschaften jetzt mit einem Defizit, das sich allein im Reich auf monatlich 2 Milliarden beläuft, also die dauernden Lasten allein für das Reich allmonatlich um 100 Millionen steigert. Der Pflichtteil des Reichs und die Erbschaftssteuer sollten sofort eingeführt werden. Jeder Tag des Aufschubs bedeutet für den Fiskus einen Entgang von mehreren Millionen. Auch die Verdoppelung der Umsatzsteuer, eine Erhöhung der Zigarettensteuer und vielleicht selbst die einmalige Vermögensabgabe könnten noch vor Friedensschluß in Wirksamkeit treten. In jedem Falle aber sollten sich Reichsregierung und Nationalversammlung so zeitig über die gesamte Finanzreform einigen, daß sie am Tage nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages Gesetzeskraft erlangen kann.

Die ärztliche Versorgung des zukünftigen deutschen Heeres

Von Dr. Bruno Glaserfeld, Berlin-Schöneberg

I.

Die Nationalversammlung in Weimar hat kürzlich die vorübergehende Bildung der Reichswehr beschlossen. Über die Beschaffenheit unseres zukünftigen Heeres ist noch nicht gesprochen worden; wir kennen bisher weder die Stärke noch seine Zusammensetzung. Erst der Friedensvertrag wird uns ein Bild geben, und dann muß die Nationalversammlung das neue Heeresgesetz beschließen. Monate werden mithin vergehen, ehe an die Einzelheiten des deutschen Zukunftsheeres wird gedacht werden können.

Wenn ich schon heute meine Ansichten über die Organisation der ärztlichen Versorgung im Heere niederschreibe, so tue ich es nicht etwa, um eine fertige Materie der Öffentlichkeit zu übergeben, sondern um die Diskussion, welche nicht früh genug darüber eröffnet werden kann, in Fluß zu bringen. Nur eine längere, freie Aussprache, das Anhören aller Meinungen, können dazu führen, daß wir für das Zukunftsheer die beste ärztliche Versorgung bekommen. Die Nationalversammlung hat nur wenig Ärzte in ihren Reihen: Es ist daher notwendig, daß sie für die Materie Beiträge von fachkundiger Seite vorfindet.

Eine ernsthafte Sachkritik der bestehenden Staatseinrichtungen war in Deutschland bisher selten. Nimmt man sich unsere politischen und fachwissenschaftlichen Zeitschriften zur Hand, so findet man nirgends eine eingehende Kritik des Heeres-Sanitätswesens. Überall nur Artikel über die vorzüglichen Einrichtungen des militärischen Gesundheitsdienstes und die

Digitized by Google

hervorragenden Leistungen des aktiven Sanitätsoffizierkorps. Jetzt ist es an der Zeit, freimütig vor der Öffentlichkeit alle die Schäden zu besprechen, welche dem bisherigen System unseres Sanitätswesens anhafteten.

Ich bemerke gleich am Anfang meiner Ausführungen, daß ich nicht gewillt bin, Beispiele aus meiner langjährigen Erfahrung oder derjenigen vieler mir bekannten Fachgenossen anzuführen: denn ich will in keiner Weise Personen zu nahe treten, die nach meiner Ansicht nichts für die von ihnen begangenen Fehler können, sondern nur Opfer des Systems sind.

Am System krankte der gesamte Sanitätsoffiziersapparat. Die Fehler begannen in dem Bestehen einer Sonderschule für die zukünftigen Heeresärzte. Das Sanitätsoffizierkorps ergänzte sich zum größten Teil aus den Studierenden der Kaiser-Wilhelms-Akademie für das militärärztliche Bildungswesen. Diese trug viel Schuld an dem, was am aktiven Sanitätsoffizier zu verurteilen war. Man komme bei dieser Gelegenheit nur nicht mit Schlagworten und Beweisen für all das Gute und Große, was die Akademie in den Jahrhunderten ihres Bestehens geleistet hat; ich weiß auch, welche bedeutenden Kliniker früher Schüler der Akademie gewesen sind, wie die Akademie bemüht war, in hygienischen und militärärztlichen Fragen maßgebend Stellung zu nehmen. In unsere Zeit paßt die Akademie nicht mehr hinein; sie hat sich schon seit Jahrzehnten überlebt, da sie die Vertreterin des schlimmsten Kastengeistes, den man sich denken kann, war. Dem jungen Abiturienten, der in die Akademie eintrat, wurde, bewußt oder unbewußt, eingeimpft, daß er etwas anderes, als die übrigen jungen Leute, welche Medizin studieren, sei. Dadurch, daß er tagein, tagaus mit den Kameraden der Akademie zusammenlebte, hatte der junge Student es nicht nötig, Verkehr mit den Zivilkollegen zu suchen. Die Abgeschlossenheit, in der beide Studentenkategorien nebeneinander lebten, war fast absolut. Die Akademie schickte ihre Zöglinge nur zu den Vorlesungen der Berliner Universität, sie belegte nur ganz bestimmte Collegs; dem Studenten war es nicht erlaubt oder aus Zeitmangel unmöglich, nach freier Wahl Dozenten zu hören, für die er sich interessierte. Dies alles erzog ihn zur Einseitigkeit. Dann kam das praktische Jahr, das er als zukünftiger Militärarzt vor dem Staatsexamen ablegte, während der Zivilstudent es nach demselben absolvieren mußte. Alle diese Einrichtungen führten zu einer Kluft zwischen Zivil- und Militärstudenten, welche für letzteren unabsehbaren Schaden stiftete. Der junge Staatsexaminand zog nun Uniform an, erhielt militärisch eine gehobene Stellung als Vorgesetzter; was war da natürlicher, als daß dieser junge Mensch von einigen zwanzig Jahren annahm, kraft seines Studiums auf der Akademie, kraft der anderen vermeintlichen Vorzüge, kraft der zukünftigen Zugehörigkeit zu dem Offiziersstand nehme er eine Ausnahme-, d. i. eine gehobene Stellung in der Medizin ein!

Digitized by Google

Wir müssen zugeben, daß der fertige Assistenzarzt im großen und ganzen über ein genügendes Wissen dank der ihm zuteil gewordenen staatlichen Ausbildung verfügte, um sich praktisch betätigen zu können. Jetzt fing für die Mehrzahl der Sanitätsoffizere die Berufstätigkeit bei der Truppe und in den vielen kleinen Lazaretten an. Selbst der mit dem besten Wissen ausgestattete Arzt mußte bald einsehen, daß er hier infolge des Mangels an geeigneter Tätigkeit vieles, wenn nicht alles verlernte. Der Truppenarzt blieb nicht im Konnex mit der ärztlichen Wissenschaft; nur sehr wenig Garnisonstädte hatten Vereinigungen von Sanitätsoffizieren zur Pflege der ärztlichen Kunst und Wissenschaft, in den kleinen Garnisonen dachte der Sanitätsoffizier nur selten daran, an den wissenschaftlichen Vereinen der Zivilärzte teilzunehmen.

Die gesamten bei der Truppe beschäftigten Militärärzte litten an einem erschreckenden Grade von Untätigkeit. Neben dem geringen Revierdienst, der Schreibtätigkeit, waren in der Mehrzahl der Garnisonen 1—1½ Stunden Lazarettdienst die ganze Tagestätigkeit. Jedermann wußte, daß der Militärarzt bei dieser Tätigkeit ärztlich versauern mußte, zumal glücklicherweise dank des guten Gesundheitszustandes unserer damals kerngesunden Soldaten der Zugang im Revier und Lazarett sehr gering war.

Die Unteroffiziere und Mannschaften hatten in den allerseltensten Fällen ärztliches Vertrauen zu dem aktiven Sanitätsoffizier. Sie sahen in ihm den Vorgesetzten, dem sie nicht widersprechen durften, und konnten ihm nicht gegenübertreten, wie es das Verhältnis zwischen Arzt und Patient verlangt. Wenn der Kranke trotz seiner Beschwerden zunächst auf die militärischen Gepflogenheiten achten mußte, wenn er Furcht haben mußte, bei geringfügigem Irrtum in der Anrede des Dienstgrades einen Verweis zu erhalten, konnte er in dem Arzt nicht seinen Helfer und Berater sehen. Dazu kam, daß die Schematisierung der militärischen Pharmakopöe es dem Sanitätsoffizier verbot, in seinen Medikationen viel Veränderungen eintreten zu lassen, so daß der Kranke meist schon vorher wußte, was auf die vorgetragenen Beschwerden ihm verordnet werden würde: auch das erhöhte nicht das Vertrauen. Drittens wußte der Patient, daß er zunächst fast von jedem Sanitätsoffizier für einen Simulanten gehalten wurde, zumal wenn er nicht Fieber oder ein weit sichtbares Leiden darbot.

Der einzelne Nichtskönner schadete bei der Truppe dem Rufe der Sanitätsoffiziere viel mehr, als ein schlechter Zivilarzt dem Rufe der Allgemeinärzte. Das Publikum meidet den nichtsverstehenden Zivilarzt. Der Soldat aber mußte in der Behandlung seines Truppenarztes bleiben, ob er wollte oder nicht: Da war nicht Kassenarztsystem mit beschränkter Arztwahl, sondern mit ein und demselben Arzt, den zu wechseln für den Kranken unmöglich war. Kann man sich da über das mangelnde Vertrauen der Mannschaften wundern?

Digitized by Google

Den Offizieren fehlte ebenfalls das Vertrauen zum Sanitätsoffizier, welcher für sie gesellschaftlich zum Kameraden zweiter Klasse gehörte. Sie hatten bald erkannt, daß der Sanitätsoffizier infolge des Mangels an ärztlicher Tätigkeit nicht auf der Höhe seiner Wissenschaft war, und entzogen selbst demjenigen Arzt ihr Vertrauen, der, als er zum Regiment kam, es noch besaß. Die Sanitätsoffiziere haben es überdies nicht verstanden, mit den Offizieren umzugehen. Teils um es mit ihren militärischen Vorgesetzten nicht zu verderben, teils um die Offiziere jederzeit in ihren Wünschen zu befriedigen, bildete es sich aus, daß der Sanitätsoffizier häufig eine servile Haltung dem Offizier, selbst dem jüngsten, gegenüber einnahm. Bekanntlich ist nichts schädlicher beim Verhältnis zwischen Arzt und Kranken, als ein solches Wesen des Arztes.

Die Klagen von Offizier und Mann nahmen mit dem zunehmenden Alter der Sanitätsoffiziere begreiflicherweise zu. Regimentsärzte und Oberstabsärzte in analogen Stellungen hatten durch die jahrelange geringe ärztliche Tätigkeit schon selbst so wenig Vertrauen zu ihrem Können, daß sie gar nicht mehr gern behandelten. Ihre Hauptbeschäftigung bildeten der militärische Schreibkram und die Akten: Bei dieser Tätigkeit wurde schließlich recht wenig ärztliches Wissen verlangt.

Gewiß, viele der Übelstände waren bekannt, und man sah in den letzten Jahren vor dem Kriege ein, daß die Sanitätsoffiziere zur Auffrischung ihrer Kenntnisse zu Kursen abkommandiert werden mußten. Was halfen aber die besten Kurse, wenn nachher die Praxis zur Verwertung des Erlernten fehlt? Die Kurse konnten die Fehler des Systems nicht wettmachen.

Andererseits glaubte der frühere Staat, die Ausbildung der Sanitätsoffiziere auf eine sehr gediegene Höhe durch die vielen Gelegenheiten der Ausbildung gebracht zu haben, welche er ihnen durch jahrelange Kommandierung an Universitätsinstitute und Krankenhäuser zuteil werden ließ. Hierin lag der gröbste Fehler der früheren Verwaltung, da die spezialistisch ausgebildeten Militärärzte meist dem Militär verlorengingen. Ein großer Teil zog bald nach der Ausbildung den bunten Rock aus und schuf sich eine gute Praxis, nachdem Zulassung zur Privatdozentur oder Krankenhausanstellung vorangegangen waren. Ein anderer Teil hatte wenig Gelegenheit, die spezialistisch erworbenen Kenntnisse am Krankenbett des Soldaten zu verwerten, da er nach der Ausbildung bald die vorbereitenden theoretischen Stellungen für die höheren Dienstgrade erhielt. Nur ein ganz kleiner Teil der Ausgebildeten blieb dem eigentlichen Heer erhalten, so daß dies wirklich Nutzen aus der jahrelangen Ausbildung ziehen konnte.

II.

Wie haben sich die aktiven Sanitätsoffiziere im Kriege bewährt? Wir müssen einen Unterschied zwischen jüngeren und älteren Ärzten machen. Aktive

Digitized by Google

Assistenz- und Oberärzte waren im Front- und Etappenheer bei der Ausführung ärztlicher Arbeit nicht sichtbar; warum sie nicht zum Truppen- und Lazarettdienst herangezogen wurden, gehört nicht zu unserem Thema. Jedenfalls hat die Militärverwaltung hierdurch eigens bewiesen, daß der ärztliche Dienst beim gesamten Heer ohne die niederen Stufen der aktiven Sanitätsoffiziere gut zu bestellen ist.

Die älteren Sanitätsoffiziere nahmen die Stellungen von Chefärzten der Sanitätskompagnien, Feld- und Kriegslazarette, von Divisions- und Korpsärzten, Kriegslazarettdirektoren ein. An der Hand der Kriegssanitätsordnung, welche diese Ärzte beherrschten, haben sie manches gut hygienisch angeordnet und durchgeführt. Der Weltkrieg zeigte aber, daß das Festhalten an den starren Paragraphen der Kriegssanitätsordnung nur von Übel für Verwundete und Kranke sein konnte. Die aktiven Sanitätsoffiziere haben in ihrer dem Fortschritt abgeneigten, für den Augenblick nicht eingestellten Art sich nicht von den alten Zöpfen trennen können. Das alte System schaltete verständiges Selbsthandeln, Selbstdisponieren in den mannigfachen Zufällen des Krieges, bes. des Bewegungskrieges, aus und wurde daher ein furchtbarer Hemmschuh. Der aktive Sanitätsoffizier versagte am meisten auf Kriegsschauplätzen, deren Natucharakter dem An- und Abtransport viele Schwierigkeiten bot, welche in der für den siegreichen Offensivkampf zugeschnittenen Kriegssanitätsordnung nicht vorgesehen waren. Wieviel Befehle wurden zum Nichtabtransport von Kranken und Verwundeten gegeben, nur weil nach irgendwelchen Bestimmungen, die für den speziellen Fall garnicht brauchbar waren, gehandelt werden mußte; wieviel unserer Patienten haben unter diesen vermoderten Paragraphen zu leiden gehabt! Daß trotzdem noch überall halbwegs die ärztliche Versorgung funktionierte, lag nur daran, daß die ordinierenden Ärzte, welche ja durchweg dem Zivilstande angehörten, nach ihrem eigenem Kopf das Richtige im richtigen Augenblick wählten.

Führte dieses Kleben am Paragraphen schon zu Unzuträglichkeiten bei der Krankenversorgung, so waren andrerseits das Meldungswesen und die immerwährenden Berichte, die Hauptbeschäftigung der höheren aktiven Sanitätsoffiziere im Kriege, direkt von Schaden für die Kranken. Durch die Drangsalierung mit den Meldungen, an denen sinn- und zwecklos festgehalten wurde, lenkte man die ordinierenden Ärzte und die Chefärzte der unteren Sanitätsformationen von der Krankenversorgung viel zu viel ab, da ein guter Teil des Tages, welcher besser zur genauen ärztlichen Behandlung der Kranken hätte verwandt werden sollen, zur Aufstellung der Meldung benötigt wurde.

Die aktiven Sanitätsoffiziere lernte man am besten bei Besichtigungen der Sanitätsformationen kennen. Lazarettbesichtigungen! Difficile est, satiram non scribere. Jeder, welcher als Patient oder Arzt dieses Theater nur

Digitized by Google

einmal mitgemacht hat, wird mir Recht geben, wenn ich behaupte, das ganze System ist morsch und muß moderner Zeit weichen. Worum bekümmerte sich der aktive Arzt? Die Zentimeterzahl des Abstandes zwischen Bett und Wand, das Spinngewebe, die Krankheitsnummer an der Kopftafel waren die Hauptsorgen. Der Kranke interessierte nicht, der Verwundete bildete manchmal eine Ausnahme. Erzählte der ordinierende Arzt etwas rein Medizinisches, so fand er taube Ohren. Man hatte stets das Gefühl, dem ganzen Stand der aktiven Sanitätsoffiziere mangelt es an Interesse für die Wissenschaft und die Kranken, weil die Erziehung im Heeressanitätswesen sie davon entwöhnt hatte.

In allen diesen Punkten erhebe ich, wie ich oben schon sagte, keinen persönlichen Vorwurf gegen den einzelnen. Ich klage das System an, welches den Sanitätsoffizier zu einem Buchstabenmenschen, zu einem Schreibbeamten, degradierte. Die obere Behörde verlangte den Schreibkram, der untergebene Sanitätsoffizier mußte, um nicht dem Vorgesetzten Anlaß zu Klagen zu geben, den Hauptwert auf die Meldungen, die strenge Ausführung der Kriegssanitätsordnung legen. Dabei bleibt es eine Frage, ob nicht einfache Beamte oder tüchtige Sanitätsfeldwebel die Schreibarbeit der aktiven Sanitätsoffiziere hätten ebenso gut allein erledigen können. Jedenfalls fiel der aktive Sanitätsoffizier bei der Behandlung von Krankheiten und Heilung von Wunden absolut aus. Diese Haupttätigkeit, auf die es schließlich dem deutschen Volk und Heer ankam, lag ganz in den Händen der Zivilärzte.

Zu diesen gehörten die Sanitätsoffiziere des Beurlaubtenstandes und die große Zahl der vor dem Kriege nicht gedienten Ärzte, die sog. Feldärzte. Unter Letzteren befanden sich unsere besten deutschen Ärzte, welche Ruf und Ansehen bei Publikum und Fachgenossen genießen. Trotzdem vermochte das aktive Sanitätsoffizierkorps, insbesondere die Spitzen, sich nicht freizumachen von Vorurteilen gegen diese Ärzte in militärischer Hinsicht. Während im Veterinärsanitätswesen vom Anfang des Krieges an der ungediente Tierarzt wie der Veterinäroffizier verwandt und befördert wurde, war die Stellung des Feldarztes bis zum Schluß des Feldzuges eine heiß umstrittene. Lange Kämpfe mußten wegen der Abzeichen der Feldärzte, wegen ihrer Stellung zu den Sanitätsoffizieren geführt werden; trotzdem gelang es nicht, ihnen volle Gleichberechtigung mit den aktiven Ärzten und denen des Beurlaubtenstandes zu verschaffen. Die Verärgerung war daher bei den Feldärzten eine große und minderte ihre Arbeitsfreudigkeit. Der Schaden, der dadurch für das Heer entstand, belastet das Schuldkonto der aktiven Sanitätsoffiziere sehr.

Wir haben somit nachgewiesen, daß im Frieden der aktive Sanitätsoffizier nicht in der Lage war, dem kranken Soldaten die bestmögliche Behandlung angedeihen zu lassen, daß im Kriege er in den jüngeren Rangstufen sich bei der

Digitized by Google

Krankenbehandlung selbst ausschaltete und der ältere sich gar nicht mit der Behandlung abgab und die Arbeit der behandelnden Ärzte hemmte.

III

Um diese Mängel abzustellen, muß der neue Gesetzgeber das Übel bei der Wurzel fassen. Der Militärarzt muß von dem engen Kastengeist befreit werden, durch den ihm die Fühlung mit der übrigen Medizin verloren ging. Da zwischen dem ärztlichen Können bei der Behandlung kranker Soldaten und anderer kranken Menschen kein Unterschied besteht, kann die Ausbildung der Ärzte für Soldaten und Zivil absolut die gleiche sein. Der Student soll auf der Universität nicht für eine Spezialität in der Medizin ausgebildet werden, sondern zunächst mal allgemein medizinisch gebildet werden. Ebenso wie der zukünftige Knappschaftsarzt, Berufsgenossenschaftsarzt keine Extraausbildung während der Studienjahre gebraucht, so auch nicht der Militärarzt. Ich schlage daher die Schließung der Kaiser-Wilhelm-Akademie vor.*) Der wundervolle Bau der Akademie kann für wissenschaftliche Universitätszwecke verwandt werden, die einzig dastehende Bibliothek muß der Gesamtheit voll und ganz erschlossen werden.

Die für das Heer notwendigen Ärzte werden der allgemeinen Ärzteschaft entnommen. Für jedes Bataillon oder eine gleichwertige militärische Formation wird ein Arzt von der Regierung gewählt. Die Wahl kann nur Kollegen berücksichtigen, welche 10 Jahre nach dem Staatsexamen sind, wissenschaftlich und praktisch das gehörige Ansehen beim Publikum und bei ihren Fachkollegen genießen. Dieser Bataillons-, pp. Arzt, welcher in der Nähe seines Truppenteils zu wohnen hat, hat das Recht seiner Privatpraxis nachzugehen; er schließt mit dem Militär einen Vertrag ab, in dem er sich zur Ausführung der bisherigen Dienstobliegenheiten des Truppensanitätsoffiziers verpflichtet. Er erhält einen angemessenen Lohn. Heer sowie Bataillonsarzt haben das Recht vierteljähriger Kündigung. Der Bataillonsarzt trägt keine Uniform, ihm kommt nur die Anrede: Herr Doktor zu — keine nebensächliche, sondern sehr wichtige Anordnung! Rangunterschiede gibt es unter den Bataillonsärzten, die sich alle koordiniert sind, nicht.

Der kranke Soldat hat die Pflicht, sich zunächst bei seinem Bataillonsarzt untersuchen zu lassen. Behagt ihm die Behandlung nicht, so steht ihm das Recht zu, einen anderen Bataillonsarzt derselben Stadt zu Rate zu ziehen.

*) In der Wochenschrift: Die Glocke (3. 5. 1919, 5. Heft) schlägt Bigieg vor, die Akademie in ein Internat für Medizinstudierende umzuwandeln.

Digitized by Google

In der Kaserne kommen nun aber eilige Fälle vor, die Truppe muß öfters auf Übungen ärztlich versorgt oder auf Manövern begleitet werden. Hierzu müssen junge Kollegen, welche eben ihr praktisches Jahr abgelegt haben, zur Verfügung stehen. Die paar Handreichungen, die hierbei in Betracht kommen, als da sind Notverbände, Injektionen, Lazarettüberführungen, kann der frischgebackene Arzt selbständig jederzeit ausführen. Damit jedes Regiment ständig eine junge Hilfskraft zur Verfügung hat, genügen drei Ärzte, von denen jeder am Tage 8 Stunden Dienst tut. Diese Unterärzte erhalten ein den Krankenhausassistenzärzten analoges Gehalt, freie Verpflegung und Wohnung; sie müssen sich für ein Jahr verpflichten, dürfen nicht länger beim Heer bleiben, da sonst ihre praktische Ausbildung leiden würde. Es versteht sich von selbst, daß die Unterärzte unter der Kontrolle des Bataillonsarztes, der ihr Vorgesetzter ist, stehen.

Sollen die Militärlazarette bestehen bleiben? Einem eigenen Militärlazarett spreche ich die Existenzberechtigung ab, wenn es nicht täglich einen Krankenstand von 100 Kranken hat. Für eine geringere Anzahl von Kranken lohnen sich nicht die kostspielig zu unterhaltenden Lazarettanlagen. In Städten mit kleineren Garnisonen — und das wird ja nach dem Heeresgesetz die überwiegende Mehrzahl sein — werden die der klinischen Behandlung bedürftigen Soldaten in die allerorts vorhandenen städtischen Krankenhäuser gelegt; diese bringen sie in einer Extrabaracke unter, die ärztliche Versorgung versehen gegen ein jährliches Pauschale die von der Stadt angestellten Krankenhausärzte. Berlin und ähnliche größere Garnisonstädte behalten ihre Militärlazarette; die dort tätigen Abteilungsärzte und Assistenten werden von der Regierung aus freier Bewerbung sämtlicher deutscher Ärzte gewählt. Ein Chefarzt ist unnötig und bedeutet Vergeudung ärztlicher Kraft; die Funktionen desselben führt ein Beamter aus, welcher etwa die Stellung eines Verwaltungsdirektors unserer städtischen Krankenhäuser erhält. Und entsprechend übernimmt der älteste Abteilungsarzt die Funktionen eines ärztlichen Direktors.

Die Regelung des gesamten ärztlichen Truppen- und Lazarettdienstes untersteht einer oberen Sanitätsbehörde im Kriegsministerium. Diese muß sich aus den erfahrensten Ärzten zusammensetzen, welche fest angestellt sind und keine Nebenbeschäftigung haben dürfen. Die Ärzte, für die man am Anfang einige der bisherigen, im Ministerium tätigen aktiven Sanitätsoffiziere wegen ihrer Verwaltungskenntnis verwenden könnte, werden nach Vorschlag der wissenschaftlichen Deputation für das Gesundheitswesen vom Kriegsminister gewählt. Um aber eine Gewähr dafür zu haben, daß diese Behörde stets das wissenschaftlich Beste und praktisch Richtigste anordnet, steht ihr ein Fachbeirat zur Seite, welcher sich zu gleichen Teilen aus Mitgliedern der medizinischen Fakultäten Deutschlands

Digitized by Google

und des Verbandes der Ärzte Deutschlands zusammensetzt. Die Verbindung der Behörde mit den Truppenärzten wird für jeden Korpsbezirk durch einen **Korpsarzt** aufrecht erhalten, welcher Truppen- und Lazarettdienst beaufsichtigt. Dieser wird von der Sanitätsbehörde aus der Zahl der Bataillonsärzte gewählt und hat das Recht, konsultative Praxis zu treiben; ein Adjutant steht ihm nicht zur Seite. Alle übrigen Instanzen zwischen Korps- und Bataillonsärzten fallen als überflüssig fort.

Ich bin mir voll bewußt, daß bei Ausführung eines solchen Planes die meisten bisherigen Sanitätsoffiziere existenzlos werden würden. Über die Art der Abfindung und eventuellen Entschädigung, welche recht und billig wäre, spreche ich hier nicht. Jedenfalls dürfen sie kein Hinderungsgrund sein, um zeitgemäße Reformen einzuführen.

Notizen

Rückwandererhilfe. Im Unglück zeigt sich die wahre Gesinnung der Menschen, und nicht nur der Menschen als solcher, sondern auch als Volksgenossen. Hätte dieser Krieg erfolgreich für uns geendet, so hätte auch das Auslandsdeutschtum fortan noch weit größeres für den deutschen Gedanken und die deutschen Interessen in der Welt leisten können, als bisher. Es hat draußen redlich gearbeitet; auf seine Arbeit ging nicht wenig von dem Aufschwung zurück, den wir auch zu Hause spürten. Wer viel im Auslande gewesen ist, der hat davon eine starke Vorstellung erhalten.

Nun ist es anders gekommen, und nun hat sich unsere Gesinnung im Unglück zu bewähren. Es geht uns in der Heimat sicher schlecht genug, und niemand von uns weiß, was ihm bevorsteht. Sollen wir daraus den Schluß ziehen, daß auch innerhalb der deutschen Volksgemeinschaft jeder sich jetzt selber der Nächste ist, und daß von niemandem verlangt werden kann, daß er noch Opfer für andere bringen soll, seien es selbst die deutschen Brüder, die jetzt als Rückwanderer aus dem Auslande vertrieben, an die Tür der Heimat klopfen? Gewaltsam, ohne Rücksicht auf ihre Wünsche und Interessen, werden sie von den Feinden heimgesandt, bevor der Friede geschlossen ist. Nicht alle von ihnen sind mittellos; manche haben noch ihre Beziehungen in der Heimat und brauchen nicht zu fragen, wohin sie ihren Stab setzen sollen, sobald sie innerhalb der deutschen Grenzen sind. Viele aber haben zu Hause keine Wurzeln mehr und haben draußen alles verloren. Sie kommen ohne Hilfsmittel und wissen buchstäblich nicht, was anfangen und wohin sich wenden.

Hier ist es, wo unsere Gesinnung im Unglück sich zu zeigen hat. Die tiefste nationale Sittlichkeit besteht doch in der naturhaft wirkenden Kraft des Gefühls: ich muß dem helfen, der vom Blut meines Volkes ist! Wer so empfindet, der rechnet nicht erst, wie gut oder wie schlecht es ihm selbst geht, was er selbst zu fürchten hat, was für Sorgen ihm bevorstehen, sondern wenn er überhaupt noch helfen kann, so hilft er: mit viel oder mit wenig, mit Geldmitteln oder mit seiner Persönlichkeit, mit Gewährung von Unterkunft, mit Werbearbeit oder mit irgend etwas anderem — nur daß er nicht anders kann, als auf irgend eine Weise zu helfen.

Digitized by Google

Die Zahl der Vertriebenen, zu denen auch die Deutschstämmigen aus den Grenzen des einstigen Rußland und vielleicht bald genug die Ausgewiesenen aus den deutschen Kolonien gerechnet werden müssen, beträgt viele Zehntausende. Es kann sein, daß es Hunderttausende werden: aus Amerika, Afrika, China, England, Indien, Australien, Frankreich, Italien, Portugal, Siam, den deutschen Kolonistengebieten in Osteuropa und dem Baltenlande. Ein großer Teil von diesen Vertriebenen und Rückwanderern ist ganz hilflos; einem anderen muß die erste Handreichung gewährt werden, irgendwo eine vorläufige Wurzel zu fassen.

Der Rückwandererhilfe steht kein amtlicher Apparat zur Verfügung. Nur Ermunterungsworte der Besten unseres Volkes und die moralische Werbekraft ihrer Gründer: Reichswanderungsstelle, Vereinigung für deutsche Siedlung und Wanderung, Deutsches Auslandmuseum, Fürsorgeverein für deutsche Rückwanderer, Vereinigte Ausschüsse der Reichsdeutschen aus Feindesland, Verein für das Deutschtum im Ausland und andere. Es handelt sich um eine schwere, längere Zeit erfordernde und für die Zukunft des Vaterlandes überaus wichtige Aufgabe, die großer Mittel bedarf. Die gemeinsam geschaffene Organisation heißt:

Rückwandererhilfe, E. V. Berlin W. 35, Schöneberger Ufer 21.
Postscheckkonto: Berlin 49 023; Bankkonto: Reichsbank, Berlin.

Die Rückwandererhilfe bittet um Spendung von Geldmitteln und sie sucht für die Organisation ihrer Tätigkeit in Berlin und im Reiche die ehrenamtliche Mitarbeit einflußreicher, im öffentlichen Leben stehender Personen.

Sie bezweckt werktätige Hilfe für die aus Feindesland heimkehrenden Auslanddeutschen. Sie will ihnen neue Lebensgrundlagen schaffen, sie der produktiven Arbeit in der Heimat und dem Pionierdienst im Ausland erhalten. Dr. P. Rohrbach.

Die „Nationalisierung" der Industrie. Die Nationalisierung der Industrie wird in den Nationalstaaten von Gesichtspunkten aus beabsichtigt, die auch bei uns in Deutschland Aufmerksamkeit verdienen. Wenn es sich auch vorderhand nur um Aspirationen handelt, die von tschechisch-slowakischer Seite ausgehen, so darf man dennoch nicht übersehen, daß die Interessengemeinschaft mit Jugoslawien und Polen eine weitgehende ist. Selbst wenn die drei Staaten keine Zollgemeinschaft schließen, sind doch die gegenseitigen Interessen so ineinandergewebt und verstrickt, daß angenommen werden kann, es würde den tschechischen Regierungsmännern wohl gelingen, ihre Ideen durchzusetzen.

Der Gedanke der Nationalisierung der Industrie wird nämlich tschechischerseits so aufgefaßt, daß die wichtigsten, im Tschechenlande hervorgebrachten Industrieartikel von den andern slawischen Staaten vorzugsweise gekauft werden sollten. Die Anregung zu diesem Programm hat die Tschechisierung der Skodawerke gegeben. Es handelt sich vor allem darum, die Österreichische Kreditanstalt in Wien aus diesem Konzern herauszubringen. Es hat sich eine tschechische Bankengruppe unter Führung der Zivnostenska Banca gebildet, welche in Gemeinschaft mit einem Ententevertreter die Verwaltung der Skodawerke übernimmt. Der Ententevertreter hat natürlich die Aufgabe eines Kontrollorgans, namentlich mit der Bestimmung, zu prüfen, an wen die Geschütze und Munition abgegeben werden. Denn die Skodawerke sollen ihre Abteilung „Geschütze und Munition" beibehalten.

Digitized by Google

Ganz besondere Entwicklung will man der Lokomotivabteilung geben. Man hat die Absicht, in Gemeinschaft mit den Daneg-Werken, nicht nur den gesamten Lokomotivbedarf der tschecho-slowakischen Republik zu decken, sondern auch den der „benachbarten und befreundeten" Staaten. Das zielt darauf hin, daß eventuell nicht nur Polen und Jugoslawien seine Lokomotiven und Waggons in Pilsen und Prag kaufen soll, sondern daß man auch Mittel haben werde, dem benachbarten Deutschösterreich seine Fabrikate aufzuzwingen, obgleich in der Nähe von Wien große Lokomotiv- und Waggonbauanstalten arbeiten.

Die Nationalisierung der Industrie soll also so aufgefaßt werden, daß die tschechischen Werke richtunggebend bleiben müssen für den Bedarf nicht nur der slawischen Staaten, sondern auch Ungarns, Rumäniens, usw. Auf diese Weise will sich die Leitung der Skodawerke und der Danegwerke im voraus die Sicherheit verschaffen, selbst eine forcierte Produktion mit Leichtigkeit absetzen zu können.

Auslanddeutsche. Zu dem Aufsatz von Leo Hempel-Chuchul, der mehrfach zustimmende und ergänzende Äußerungen hervorgerufen hat, macht uns das Deutsche Ausland-Institut in Stuttgart darauf aufmerksam, daß es bereits vor längerer Zeit ein Preisschreiben erlassen hat, über dessen Zweck folgende Mitteilung die nötige Aufklärung gibt. „Es soll die Frage der Wahlfähigkeit von Auslanddeutschen, die im Besitze einer deutschen Staatsangehörigkeit sind, und zwar auch solcher, die vielleicht auch noch eine zweite Staatsangehörigkeit besitzen, sowohl nach ihrer völkerrechtlichen wie auch nach ihrer staatsrechtlichen Seite untersucht werden. Dabei werden positive Vorschläge über die praktische Durchführung, insbesondere die Aufstellung von Kandidatenlisten und das Wahlverfahren, sowie eine rechtsvergleichende Darstellung erwartet." Die Arbeiten müssen bis zum 1. Juli abgeliefert sein. Nähere Mitteilungen über das Preisausschreiben sind durch die Geschäftsstelle des Ausland-Instituts in Stuttgart zu beziehen.

In diesem Heft erscheint eine Anzeige des Reichsbank-Direktoriums, um deren Beachtung wir bitten.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant z. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a I. Für Anzeigen J. V. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland M. 7.50. Einzelnummer 50 Pfg. / Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 68.

Digitized by Google

4. Jahrgang * 20. Juni 1919 * Heft 25

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Der sozialdemokratische Parteitag in Weimar hat seine politische Note durch Bernsteins Isolierung und die Abfuhr von Cohen-Reuß erfahren. Die offiziellen Parteireden, auch die von Scheidemann, haben keine besondere Geistigkeit gezeigt; sie waren taktisch angelegt und sie haben ihr Ziel erreicht, die übergroße Mehrheit der Vertreter hinter die Männer in der Regierung zu bekommen. Wäre Bernstein nicht aufgetreten, um in pazifistischer Monomanie das deutsche Schuldbekenntnis herunterzubeten, so wäre die Tagung wohl ohne starken politischen Einschlag geblieben; denn Cohen-Reuß wiegt, trotz aller publizistischen Betriebsamkeit, innerhalb seiner Partei lange nicht so viel, als die Außenwelt glaubt, seine Hinrichtung durch Scheidemann wäre ein innerer Parteivorgang geblieben. Aber Bernstein hat etwas wie einen internationalen Namen; und seine politische Taprigkeit, eine Mischung von professoraler Pedanterie und weichmütiger Eitelkeit, ist nur in Deutschland bereits Legende, während das Ausland ihn noch als Mann alter Tradition bewertet. Daß der sozialdemokratische Parteitag, daß vor allem neben den Ministern Leute wie Adolf Braun und Keil mit höchstem Nachdruck das unsagbar törichte und zwecklose Sekundieren des fremden Imperialismus mit höchster Entschiedenheit ablehnten, bedeutet eine Festigung der Gesinnung der nationalen Verantwortlichkeit. Das ist das Positive und Gute dieses Parteitags.

*

Herr Emil Barth, ehemals unabhängiger „Volksbeauftragter", hat zwar manchmal den Eindruck eines wichtigtuerischen Hysterikers gemacht, fühlt aber den Beruf des schöpferischen Staatsmanns in sich. Er hält sich, wie er es vor dem 9. November gewesen, als den unabhängigen Kommissar für militärische Machtgewinnung; wie er ehedem für Waffen und Munition der Revolution besorgt war,

Digitized by Google

so lag ihm auch daran, für den neugeplanten Umsturz sich der kriegerischen Macht zu versichern. Die Regierungstruppen sollten versprechen, daß sie jeder Regierung, auch einer unabhängigen, loyal zur Verfügung stehen; es sollte ihnen gelohnt werden. Die Überlegung war ganz logisch. Jede Regierung braucht ihre Stütze. Aber die Logik findet ihre Grenze an den Geboten des Anstands. Kein Tag vergeht, wo nicht die Radikalen allen Schimpf auf die Freiwilligen häufen; aber einer ihrer Führer nimmt keinen Anstand, die täglich Besudelten als Stütze des eigenen Machtstrebens zu umschmeicheln. Höher geht es nicht gut. „Abfallprodukt eines Zersetzungsprozesses" wurden die Unabhängigen einmal von Clara Zetkin getauft; die Zersetzung schreitet fort.

*

„Wenn wir den Kampf ums Recht abbrechen, so werden andere ihn nicht für uns weiter führen. Wenn aber Deutschland nur noch kurze Zeit die Entschlossenheit zeigt, lieber neue Leiden auf sich zu nehmen, als den Vertragsbruch von Versailles zu zeichnen, so werden der Sache des Rechts in allen Ländern Bundesgenossen von ungeahnter Stärke erstehen. Wir würden die verlorene Weltachtung wiedergewinnen. Es gibt nur diesen einen Weg zur Rettung und wir müssen ihn gehen." — Mit diesen Worten schließt Prinz Max von Baden im „Berl. Tgbl." einen Artikel über Deutschlands „Kampf ums Recht".

*

Die Prager Regierung hat über das gesamte tschechische Staatsgebiet das Standrecht verhängt. Das heißt: sie fürchtet, daß der Zusammenbruch der slowakischen Front zu inneren Erschütterungen führen kann. Die Nachrichten stehen unter strenger Zensur; niemand kann den augenblicklichen Stand der dortigen Dinge völlig übersehen. Grund genug für uns, den gequälten Deutschböhmen zu sagen und zu zeigen, daß ihr Schicksal unser Schicksal ist.

*

Wilson erleidet eine Niederlage nach der anderen in Amerika. Im Senat, der eine starke republikanische Mehrheit besitzt, hat Wilson durch den Beschluß, den Versailler Friedensvertrag zu veröffentlichen, eine persönliche Niederlage erlitten. Jetzt hat auch Hearst, der demokratische Zeitungsmagnat, dem Präsidenten die Freundschaft gekündigt, weil er den Bau einer amerikanischen Flotte vernachlässige. Es wäre gänzlich verkehrt, diese Opposition gegen Wilson als deutschfreundlich hinzustellen. Die Republikaner haben nämlich stets eine reservierte Haltung gegenüber Deutschland eingenommen. Ihre Opposition ist auf parteitaktische Beweggründe zurückzuführen, indem sie hoffen, für die nächste Präsidentenwahl alle mit Wilsons Versailler Tätigkeit unzufriedenen Elemente vor ihren Parteiwagen spannen zu können.

Digitized by Google

Eine politische Alternative

Von Dr. Paul Rohrbach

Es ist mehr als wahrscheinlich, daß die Antwort in Versailles auf unsern Gegenvorschlag zum Frieden auf die eine oder die andere Weise für uns unannehmbar sein wird. Natürlich werden sogenannte Deutsche es trotzdem fertig bekommen, drapiert in eine zu knapp geratene staatsmännische Badehose, oder einfach heulend und zähneklappernd, die Annahme zu empfehlen. Das tun ja schon heute nicht nur unabhängig-sozialdemokratische, sondern auch „demokratische" Organe, z. B. die „Vossische Zeitung". Wer Sympathie für unsere demokratische Entwicklung hat, muß das bedauern, denn eine kräftigere Keule, um zukünftig die Demokratie moralisch totzuschlagen, als die jetzigen Artikel des Herausgebers und der Korrespondenten dieses demokratischen Blattes, wird schwer zu finden sein. Wem umgekehrt daran liegt, daß die Demokraten sich um ihren politisch-nationalen Kredit bringen, wird sich freuen und gern darauf verzichten, hervorzuheben, daß die Mehrzahl der demokratischen Organe sich tapfer und national verhält. Der Artikel des badischen Ministers Haas kürzlich zu Pfingsten im „Berliner Tageblatt" gehört zum besten, was über die Friedensfrage, Annehmen oder Nichtannehmen, geschrieben worden ist; er war eine moralische Erquickung.

Es fragt sich, wie die Regierung denkt und empfindet. In ihrer großen Mehrheit, wie es scheint, fest. Die Behauptungen, die man hört, es gebe in ihr auch eine oder die andere weich-faulige Stelle, möchten wir bis auf weiteres ablehnen. Die wirkliche Rückgratlosigkeit sitzt wo anders, und zu ihr können wir nur sagen, daß für Schlaffheit gegenüber dem feindlichen Verlangen, die Abwürgung Deutschlands solle von uns selbst als Urteil anerkannt werden, es nur eine mögliche Erklärung gäbe: moralische Empfindungslosigkeit in nationalen Fragen. Die kann im übrigen mit routinierter Klugheit und jeder möglichen Pose verbunden sein, aber sie wird das einfachste Gemüt, das sittlich-national auf festem Boden steht, nicht täuschen. Wir hören ja schon im voraus das jetzt noch verhaltene Hohngelächter der Feinde, wenn der Raubfriede unterzeichnet wird und sie dann sagen können: das wußten wir ja von vornherein, daß der deutsche Hund sich zu mehr als etwas heiserem Gebell nicht aufraffen wird! Und die Neutralen, die sich noch einen Rest von Wohlwollen und Teilnahme für Deutschland bewahrt haben, werden uns mit achselzuckendem Bedauern den letzten moralischen Kredit entziehen, den sie uns daraufhin noch zu gewähren bereit waren, daß sie unser Festbleiben beim „Unannehmbar" für glaubhaft hielten. Die Blamage, erst „niemals" gesagt zu haben, und dann doch umzufallen, fehlt uns nach allem was geschehen ist, gerade noch!

Für eine deutsche Politik, die tapfer handeln und die Möglichkeit innerer sitt-

Digitized by Google

licher Wiedergesundung für Deutschland retten will, gibt es zwei Wege. Beide erfordern Mut, Nerven und gesunden vaterländischen Instinkt, und der eine noch mehr als der andere. Auf unser Nein wird der Feind voraussichtlich damit antworten, daß er den Waffenstillstand für aufgehoben und den Kriegszustand für wiederhergestellt erklärt. Der nächste Schritt wäre dann das Einrücken in das bisher unbesetzte deutsche Gebiet. Bekommen wir so von neuem den Krieg, dann könnten wir reagieren, indem wir alles rollende Material abfahren, alle Eisenbahnbrücken im Westen sprengen, die Bahnlinien gründlich zerstören und mit den noch vorhandenen Kriegsvorräten und den Truppen hinter die Elbe zurückgehen. Die Elblinie ist nach dem Rhein der erste große Verteidigungsabschnitt. Man braucht nicht zu verkünden, daß wir an der Elbe siegreiche Schlachten schlagen und die Franzosen wieder aus Deutschland hinauswerfen werden. Auch wenn wir stark genug zu solchen Hoffnungen wären, so würde es doch zu keinen wirklichen Kämpfen kommen, denn der bloße Eindruck, daß Deutschland Widerstand leistet, daß ein neuer Feldzug im großen Stil nötig ist mit mühseligen Wiederherstellungsarbeiten von monatelanger Dauer und mit Hunderttausenden von Soldaten, im Verein mit der offenkundigen Tatsache, daß eine Nation zertreten werden soll, die sich aufgerafft hat, ihren letzten Hauch an die Verteidigung ihrer Ehre zu setzen, wird den Vormarsch der Entente-Truppen lähmen. Es wird sogar weit mehr geschehen als eine bloße Lähmung. Die französischen Soldaten werden einfach die Demobilisierung erzwingen, und auch die englischen werden sich nicht dazu gebrauchen lassen, in Hamburg und Stettin zu landen und in das Innere von Ostdeutschland zu marschieren. Dafür sind die vorhandenen Anzeichen deutlich genug. Vom deutschen Standpunkte aus spräche also vieles dafür, eine solche Politik zu versuchen. Der Schaden, der dabei angerichtet würde, wäre natürlich groß; aber was würde er bedeuten gegenüber der vollständigen Aussaugung unseres Lebensblutes und der Verwandlung aller Deutschen in eine Nation von Sklaven und Bettlern, wenn der feindliche „Friede" Wirklichkeit werden sollte!

Trotzdem kann ein Bedenken gegen den Plan erhoben werden. Er würde wahrscheinlich nicht nur die Weigerung der feindlichen Soldaten, Deutschland zu besetzen (dazu gehörten in jedem Falle mehr als eine halbe Million Mann) und die selbsttätige Demobilisierung in Frankreich, sondern darüber hinaus die französische, vielleicht auch die italienische und englische Revolution zur Folge haben. Das würde Deutschland im Augenblick entlasten, und für unsere unabhängige Sozialdemokratie würde es auch abgesehen davon den Plan sicher empfehlen, aber für unsere Zukunft und für die der Menschheit im ganzen könnten schwere Gefahren entstehen. Man könnte nicht wissen, ob nicht Folgen eintreten, durch welche die Kultur des Abendlandes überhaupt dem Untergange anheimfällt. Auch

Digitized by Google

auf diese Gefahr hin könnten und müßten wir jenes Mittel ergreifen, wenn es kein anderes gäbe, um den verhängnisvollen Tropfen, das Gift der feigen Unterwerfung, das auch die ganze Nachkommenschaft moralisch ruiniert, aus unserm Blute fernzuhalten. Gibt es aber wirklich kein zweites?

Es gibt eins, einen Weg, etwas weniger heroisch, aber dafür auch weniger gefährlich für die menschliche Kultur, den wir einschlagen können, um uns lebensfähig und lebenswürdig zu erhalten, wenn Wilson und die Entente uns den Frieden verweigern. Wir können antworten: Eure Bedingungen heben das oberste Lebenserfordernis eines großen Volkes, die Souveränität, auf; es hat keinen Zweck und es ist unserer unwürdig, im bloßen Schein eigener Staatlichkeit weiter zu leben — also übernehmt selber die Regierung von Deutschland und organisiert die Knebelung und Aussaugung, auf die es euch ankommt, offen unter eurer eigenen Verantwortlichkeit!

Es wird erzählt, unter den Ministern und Parteiführern seien erst mehrere gewesen, denen es nicht ganz undenkbar schien, die — nach ihrer Natur noch nicht recht erkannten — feindlichen Bedingungen anzunehmen. Als sie aber erst begriffen hatten, daß es sich tatsächlich um nichts anderes handelte, als ein lückenlos geschmiedetes System des Völkermordes an Deutschland, wurde ihnen die Unmöglichkeit klar, und für die Sitzung der Nationalversammlung, die nach der Übergabe der Bedingungen einberufen wurde, wurde das „Unannehmbar" fest. So würde sich auch das ungeschickte Vorkommnis erklären, daß eine Wiedergabe der Scheidemannschen Rede, die für die Vertreter fremder Blätter im voraus fertiggestellt war, diesen ohne das „Unannehmbar" zugestellt werden konnte. Im Auslande, und besonders bei der Entente, ist daraus Kapital in dem Sinne geschlagen worden, daß doch keine Festigkeit in bezug auf Ablehnung des Unmöglichen in Deutschland bestände. Man kann aber zum Glück sagen, daß, je mehr die Bedingungen in Deutschland diskutiert worden sind (und auch je mehr sich die Unwahrhaftigkeit des Vorwurfs erweist, Deutschland trage die Hauptschuld am Kriege), desto fester die Stimmung wird. Auch auf dem sozialdemokratischen Parteitag hat die Erkenntnis gesiegt, daß die Bedingungen ein Todesurteil sind (und sein sollen), und daß man nichts ähnliches annehmen kann. Hans Delbrück charakterisiert sie im Juniheft der Preußischen Jahrbücher:

„Jedes einzelne Glied des wirtschaftlichen Körpers ist mit seinen Drähten unterbunden und abgeschnürt, so daß die natürliche Blutzirkulation allenthalben aufgehoben ist; gleichzeitig sind die Adern zwischen den Drähten angeschlagen, um uns das Lebensblut abzuzapfen. Die finanziellen Lasten, die uns auferlegt werden, sind nicht nur höher, als wir sie bei noch so großer Anstrengung tragen könnten, sondern sie sind überhaupt nicht begrenzt. Die Feinde haben das Recht, sie nach ihrem Ermessen immer noch weiter zu erhöhen. Ehe nicht die gesamte Summe abgezahlt ist, üben unsere Feinde eine Zwangsverwaltung über uns aus. Sie kontrollieren unsere Ausfuhr, sie kontrollieren unsere Einfuhr. Sie kontrollieren unsere Fabriken, so daß sie auch der Handelsspionage offenstehen

Digitized by Google

und die geistige Arbeit unserer Techniker ungeschützt ist gegen Diebstahl. Sie kontrollieren unsere Einnahmen und Ausgaben. Sie sind Herren über unser Steuerwesen. Eine commission des réparations sitzt in Paris und übt Regierungsbefugnisse über Deutschland aus, die weit über das hinausgehen, was ehemals dem Kaiser und König von Preußen und dem Bundesrat bei uns verfassungsmäßig zustand... Unsere Feinde behalten sich jetzt das Recht dauernder Eingriffe in die Gerichtshoheit Deutschlands vor, und freie Deutsche können vor fremde Militärgerichte gestellt werden. Millionen von Deutschen werden ungefragt dieser oder jener Fremdherrschaft ausgeliefert..."

Diese Kennzeichnung ist so richtig wie möglich. Sie zeigt, daß uns nichts von Souveränität übrigbleibt. Sie zeigt auch, daß oberflächliche Teilmilderungen nicht imstande sind und auch nie vom Feinde darauf angelegt sein werden, uns die nationale Souveränität und die wirtschaftliche Lebensmöglichkeit wiederzugeben. Soll das geschehen, so muß der Friedensvertrag von Grund auf neugebaut werden. Das zu erreichen aber haben wir kein direktes Mittel. Wir müssen die Konsequenz aus der Lage ziehen, in die man uns hineinzwingen will und entschlossen auch die ganze äußere Last und Verantwortung für die Ausführung des Todesurteils auf die Feinde legen. Mögen sie sehen, wie sie damit fertig werden. An dem materiellen Ertrage ihrer Politik werden sie wenigstens keine Freude haben, wenn sie die commission des réparations von Paris nach Berlin setzen und Deutschland von ihr regieren lassen müssen.

Die gebotene Form ist dann für uns, daß die Nationalversammlung sich auflöst und die Regierung zurücktritt, indem sie die Behörden anweist, den Weisungen der feindlichen Kommission, die die Gewalt übernimmt, zu folgen. Im allgemeinen wird das ohne äußere Erschütterung geschehen, ausgenommen eine Stelle, den Osten. Oberschlesien, die noch freien Teile von Posen, West- und Ostpreußen werden in keinem Fall dazu gebracht werden können, sich den Polen zu unterwerfen. Hier würde die Regierungsgewalt einfach aufhören. Aber sie würde ganz ebenso aufhören, wenn eine deutsche Staatsgewalt sich fände, die es versuchen wollte, nach Unterzeichnung des Ententefriedens jene Gebiete selber den Polen auszuliefern. Was unter solchen Umständen im Osten würde, vermag niemand klar zu sehen. Vermutlich würden die Polen, deren Streitkräfte innerlich schlecht zusammenhalten sollen, geschlagen werden.

Natürlich besteht auch noch die formelle Möglichkeit, daß die gegenwärtige Regierung zurücktritt und eine neue sich findet, die den Vertrag nach dem Willen Clémenceaus und Northcliffes unterschreibt. Einer solchen Regierung aber wäre kein Deutscher mehr Gehorsam in dem Sinne schuldig, daß er ihre Entscheidung als für sich selbst und die Nation moralisch bindend anerkennt. Was Feiglinge, Verräter und schuftige Intriguanten unterzeichnen mögen, das bindet in Gegenwart und Zukunft kein Volk, und der moralische Galgen für sie wäre schon gerichtet. Vielleicht eines Tages auch der hölzerne.

Digitized by Google

Der tschechoslowakische Staat und das Angebot von St. Germain

Von Dr. Hermann Ullmann

„Vyborně, Clemenceau!“ Bravo, Clemenceau! So überschreiben tschechische Zeitungen ihre Berichte über Versailles und Saint Germain. In der Tat profitiert kaum ein Volk so herrlich von der Ahnungslosigkeit der weisen Vier in bezug auf die mitteleuropäischen Fragen wie das durch den klugen und fanatischen Dr. Kramarsch vertretene. Was dem tschechoslowakischen Staat zum Fraß vorgeworfen wird, das geht weit über die kühnsten Erwartungen der tschechischen Patrioten, die 1913 die österreichische Regierung regierten, 1914 die Kriegsanleihe obstruierten und die Spionage organisierten, 1915 sich hinter Loyalitätskundgebungen verschanzten, 1916 ihre Agenten und Überläufer im Auslande teils verleugneten, teils unterstützten, 1917 „im Rahmen der Monarchie“ eine weitgehende Selbständigkeit anstrebten und das Bündnis mit Deutschland bekämpften, im Januar 1918 das Selbstbestimmungsrecht der Völker zur Grundlage ihrer Politik machten und im November 1918 dieses selbe Selbstbestimmungsrecht als „eine Phrase“ erklärten. Sie haben verhältnismäßig spät den Weg zur Entente gefunden und es war lange zweifelhaft, ob dort ihre Verdienste voll anerkannt würden. Ihre Unterhändler haben es aber vorzüglich verstanden, namentlich die Angst Frankreichs auszunützen und sich als den berufensten Torhüter und Gefängniswächter für das politisch und wirtschaftlich eingekerkerte Deutschland zu empfehlen; nebenbei als mitteleuropäischen Hort gegen den Bolschewismus und als Träger eines brauchbaren Militarismus, sowie als Führer einer deutschfeindlichen Donauföderation in irgendeiner Gestalt. Man muß gestehen: Der junge Staat traut sich einiges zu. Und wenn er sich bei seiner hübschen Beute (ein einziger Bezirk in Deutschböhmen, Gablonz, trug im alten Österreich soviel Steuern wie Dalmatien) allerlei gestatten kann, so muß dennoch die Ausgabe für Landesverteidigung (gegen wen?), die der letzte Voranschlag des jetzt mit seiner Demission drohenden Raschin enthielt, als etwas hoch gelten: 674 Millionen Kronen, sechsmal soviel, wie für Unterrichtszwecke. Dabei werden jetzt schon von den nationalistischen Blättern Raschin bittere Vorwürfe gemacht, daß er dem Landesverteidigungsminister, dem ehemaligen großen Antimilitaristen Klofatsch, gegenüber knausere: Das sei an der erheblichen Niederlage in der Slowakei schuld. Das sagt man einem Raschin, den am meisten chauvinistischen unter den Prager Machthabern, der von den Agenturen der tschechoslowakischen Republik in Holland und der Schweiz, im Finanzteil gekaufter Blätter als der Arzt der tschechischen Finanzen gefeiert wurde. Daß die Kritik an seinen Finanzmaßnahmen den deutschböhmischen, aber auch radikalen tschechisch-sozialistischen Blät-

Digitized by Google

tern bei Strafe der Einstellung verboten war, daß überhaupt die deutschböhmische Presse bis auf das dienstwillige, von keinerlei Gesinnung gehemmte, nur geschäftlichen Rücksichten folgende „PragerTagblatt" mundtot gemacht ist, das gehört mit zum Bilde dieser jungen, im Namen der Weltdemokratie gegründeten Republik.

Augenblicklich ist die Vorzensur eingeführt, da man allzu deutliche Berichte über die Niederlagen in der Slowakei fürchtet. Sokoln müssen eingezogen, französische schwarze Hilfstruppen benutzt werden, die Deutschböhmen (!) werden zum Heeresdienst gepreßt, und die Spitäler im Innern Böhmens sind überfüllt. Freilich ist aus den Berichten nicht klar ersichtlich, ob die ungarischen Bolschewisten ihre Erfolge mehr ihren Waffen oder der geringen Kampfbegierde auf der anderen Seite verdanken. Jedenfalls hat das Regiment 28 bereits in ähnlicher Weise sich ausgezeichnet wie auf den russischen und italienischen Kriegsschauplätzen, nachdem es einige Monate lang zur Belohnung für seine Leistungen sich hatte in Deutschböhmen belustigen dürfen. Vor etwa zwei Monaten hat Minister Klofatsch kleine Meutereien im tschechoslowakischen Heere geschickt unterdrückt und die Presse hat von ihnen nicht viel erfahren. Jetzt, da dieses Heer seine erste wirkliche Probe bestehen soll, muß die tschechische Regierung verzweifelte Hilferufe an die Entente richten. So „volkstümlich" der „Feldzug" gegen das wehrlose Deutschböhmen war, so wenig volkstümlich ist der gegen die ungarischen Bolschewisten. Nicht minder unbeliebt ist die italienische Führung, der geradezu etwas ähnliches vorgeworfen wird wie das, was tschechische Offiziere im alten österreichischen Heere verübten, und auch der französische Oberbefehl muß sich schärfste heimliche Kritik gefallen lassen. Der unnatürlich überspannte Militarismus des kleinen Staates vermehrt natürlich seine inneren Spannungen und wenn auch die jüngsten sehr ernsten Lebensmittelkrawalle in Prag und in vielen Provinzstädten zunächst keinen politischen Anlässen entsprungen zu sein scheinen, so haben sie doch zusammen mit verschiedenen anderen Ursachen politische Folgen gehabt. Die ausgesprochene Cliquenwirtschaft der herrschenden Kreise, die tief herabreichende Korruption wird nach der Methode „Haltet den Dieb!" gerade in dem Blatt, das dem Finanzminister Raschin nahesteht, „Narodni Listy", am schärfsten gerügt. Raschin hat seine Demission angeboten, seine Partei, die national-demokratische, der auch Kramarsch angehört, ihren Austritt aus dem Kabinett angedroht. Die übrigbleibende agrarisch-sozialdemokratische Regierung will die Verantwortung nicht übernehmen, und so hat sich allmählich die innere Krise zu einer regelrechten politischen ausgewachsen, die inzwischen mit Rücksicht auf St. Germain verschleppt wird.

Gleichzeitig macht man die heftigsten Anstrengungen, durch die Tat zu beweisen, daß es ein geschlossenes deutschböhmisches Siedlungsgebiet nicht gibt. Ohne die Mitwirkung irgendwelcher deutscher Vertreter kam, wie die wichtigsten anderen

Digitized by Google

Gesetze, ein Gesetz über die Gemeindewahlen zustande, das allerlei Möglichkeiten für die schamloseste Wahlgeometrie offen läßt. Zu Städten mit deutscher Mehrheit werden tschechische Landbezirke hinzugeschlagen, die tschechische Besatzung soll in rein deutschen Gebieten mit stimmberechtigt sein, die Minderheiten werden künstlich durch Beamte vermehrt und was dergleichen im alten Österreich eingeübte Kunststückchen mehr sind. Gemeindevertretungen, die sich nicht demütig fügen, werden aufgelöst und die Verhaftungen, namentlich deutscher Sozialdemokraten, nehmen in letzter Zeit wieder erstaunlich überhand. Gleichzeitig ist man mit allen Mitteln bemüht, die Deutschen durch Lockungen zu gewinnen, das im Dienste mehrerer Regierungen ergraute „Prager Abendblatt" und das „Prager Tagblatt" malen eine „tschechoslowakische Schweiz" in den holdesten Farben an den Horizont, ohne das die deutschen Parteien einstweilen von ihren bisherigen Wegen und von der Forderung einer Volksabstimmung sich abdrängen ließen. Für den 18. Juni ist ein eintägiger Generalstreik angesetzt. Vor allem die Sozialdemokraten haben mit Bestimmtheit erklärt, daß sie eine Entscheidung über die Köpfe der Bevölkerung hinweg nicht anerkennen würden, und heute schon ist die deutschböhmische Irredenta ein Tatsache, mit der die Tschechen sicher rechnen müssen.

Unter diesen Umständen ist es auch kein Wunder, daß sie einstweilen nach einem gewissen Einvernehmen mit Deutschland streben. Die einsichtigeren unter ihren Wirtschaftspolitikern sehen natürlich recht wohl ein, daß sie das deutsche Wirtschaftsgebiet und die deutschen Verkehrswege brauchen. Von Deutschland aus arbeiten ihnen wiederum mancherlei rein kapitalistische Rücksichten in die Hände, gerade so wie die Interessen der großen Wiener Banken und eines Teiles der Großindustrie einer Abtrennung Deutschböhmens vom tschechoslowakischen Staat entgegenwirken. Vor allem schädlich wirken hier die Interessen solcher Unternehmungen, die in Deutschböhmen Filialen errichtet haben und nun oft in der kurzsichtigsten Weise mit der tschechischen Regierung paktieren oder ihren deutschböhmischen Besitz kurzerhand an tschechische Kriegsgewinner losschlagen, wie z. B. kürzlich die Berliner Bergmann-Werke mit ihrer Bodenbacher Zweigniederlassung taten. Wenn man schon den Direktoren und Aktionären solcher Unternehmungen jene selbstverständliche nationale Moral nicht zumutet, die keinem Engländer gepredigt zu werden braucht, so kann man doch vielleicht die reine Zweckmäßigkeitserwägung anstellen, ob das Kapital nicht gerade jetzt besser daran täte, sich weniger moralfrei zu gebärden. Die Empörung unter der deutschböhmischen Arbeiterschaft über Fälle dieser Art ist nicht gering. Ferner kommt auf deutscher Seite dem tschechischen Bemühen um eine möglichst kostenlose „Verständigung" auf wirtschaftlichem Gebiete die merkwürdige reichsdeutsche Vorstellung zugute, als herrsche zwischen Tschechen und Deutschen

Digitized by Google

gleichsam nur eine Art Mißverständnis, als sei der Gegensatz jedenfalls weniger tief und ernsthaft, als der zwischen Deutschen und Polen. Dabei spielt natürlich jene Reichsborniertheit keine geringe Rolle, der „das Hemd näher sitzt als der Rock", wobei dieser Vergleich den Wertunterschied zwischen den Deutschböhmen unmittelbar an den Grenzen des Reiches und denen innerhalb seiner bisherigen Grenzen bezeichnen soll. Man könnte angesichts der letzten Entwicklungen fragen, welche Art von Deutschtum enger zum Reiche gehöre: jenes, das trotz der schwersten Hemmungen aus früherer Absonderung zu ihm hinstrebt oder jenes, das immerhin auch Hochverräter aus seinen eigenen Reihen hervorbringt. Jedenfalls wäre es die höchste Zeit, daß das reichsdeutsche Bewußtsein endlich einmal lerne: deutsche Menschen sind das wichtigste Besitztum, Kohlen und Exportmöglichkeiten erst das zweitwichtigste. Es sieht sehr nach veralteten und nicht besonders bewährten Methoden aus, wenn reichsdeutsche Bevollmächtigte in dem Augenblick, da die tschechische Presse in allen Tonarten über Deutschlands Demütigung frohlockt und spottet, die „moralische Kraft" des tschechischen Präsidenten bewundern, ohne ein Wort darüber, daß diese „moralische Kraft" 3½ Millionen Deutsche mit Füßen tritt.

Die Zwiespältigkeit der tschechoslowakischen Politik, ihre unüberbrückbaren inneren Widersprüche werden von den Klügeren unter ihnen längst empfunden. Der ganze maßlos überspannte Imperialismus der Tschechen entspringt aus Schwäche. Aus Furcht überfrißt sich die tschechische Friedensdelegation mit rein deutschen Gebieten, zu denen solche hinzukommen sollen, die bisher nicht einmal gefordert worden sind, wie Gmünd, und aus Furcht letzten Endes entspringen die Pläne einer von den Tschechen geführten Donauföderation. Vor kurzem erklärte Nemec, der als Führer der tschechoslowakischen Sozialdemokratie in Paris weilt, alle Völker des früheren Österreich-Ungarn müßten dahinsiechen, wenn diese Donauföderation nicht zusammenkomme. Er vergaß, daß Deutschösterreich solcher Isolierung nicht ausgesetzt wäre, weil es sich an Deutschland anschließen kann. Seit es zum geschichtlichen Leben erwacht ist, will das tschechische Volk über seinem eigenen Schatten springen. Jener krankhafte Deutschenhaß, aus dem jede politische Regung des tschechischen Volkes quillt, widerspricht in allen seinen Forderungen der geographischen Lage dieses Volkes. Dieser altererbte Haß, die Furcht vor der „Germanisation" treibt es immer wieder an, gegen seinen eigenen Vorteil zu handeln, seine Kräfte übermäßig anzuspannen und zu vergeuden, macht sie zu Trabanten fremder Interessen. Der Masarycksche Plan eines Bündnisses zwischen Polen, Tschechoslowakei, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien und Griechenland, also eines Ostbundes, der sich wie ein großer Block dem „deutschen Drang nach dem Osten" angeblich entgegenstellen soll, richtet sich in seinen

Digitized by Google

letzten Folgerungen nicht gegen Deutschland allein, sondern versucht auch gegen den Stachel der Westmächte zu löken, die durch diesen Ostbund vom Osten abgesperrt würden. England ist denn auch diesem Plan nicht besonders hold und wünscht auch die Vereinigung der Nord- und Südslawen nicht gerade sehnlich. Es braucht ein Gegengewicht gegen die Tschechoslowakei und begünstigt den zweiten tschechischen Plan, den eines polnisch-tschechoslowakisch-deutschösterreichischen Bundesstaates, der durch einen südslawischen-magyarisch-rumänischen Block ergänzt würde. Für die Deutschen im ehemaligen Österreich bedeutet der eine wie der andere Plan wirtschaftliche und politische Hörigkeit, für die Deutschen im Reiche aber eine Verewigung der Drohung im Osten. Von beiden Plänen ist sicher, daß sie dem innersten Willen der daran beteiligten Völker zuwiderlaufen und daß sie namentlich über die Kräfte des tschechoslowakischen und südslawischen Staates gehen, denen die Führung zugedacht wäre. Von beiden Plänen ist sicher, daß sie nur vorübergehend durchgeführt werden könnten und daß sie, wie einstweilen überall im Südosten, doch nur zerstören, nicht dauernd aufbauen würden.

Der Weltimperialismus muß sich offenbar bis in die letzte Folgerichtigkeit der Karikatur hinein austasen. Die Schule, die er bei den „Siegern" im Südosten, bei den Kriegsgewinnern unter den kleinen Völkern gemacht hat, zeigt, wie eine gute Karikatur seine innersten Schwächen. Wenn der Vertrag, den man Deutschland zugemutet hat, vor allem Brutalität, Grausamkeit, geschäftlichen Zynismus zeigte, so beweist der Deutschösterreich vorgelegte vor allem ein Übermaß von Borniertheit und Verständnislosigkeit. Die englische und amerikanische Kommission in Wien scheint von den weisen Vier in Paris überhaupt nicht gehört worden zu sein. Man hat einfach den neu entstandenen Staaten wie im Märchen alle Wünsche erfüllt, und diese haben mit der Verantwortungslosigkeit, mit der sie bereits im alten Österreich Raubbau getrieben, sich genommen, was ihnen schmeckt. Gegenüber der Art, wie diese neuen Staaten aufgebaut werden, kann man sich mitten in der unsäglichen Demütigung, die wir alle und jeder einzelne erleben, eines Gefühls der Überlegenheit nicht erwehren. Der Leidende sieht immer schärfer. Offenbar müssen auch erst die einstweilen siegreichen Völker Schiffbruch leiden, ehe sie ihr Heil erkennen. Der Linkssozialist Modracek hat kürzlich als weißer Rabe vor der Knechtung Deutschböhmens gewarnt. Man wird ihn erst hören, wenn es für beide Teile reichlich spät ist. Das tschechische Volk, daß so viel wirkliche Begabung für Kulturarbeit im eigenen Sinne des Wortes hätte, könnte seine Kräfte reichlich ausleben in der Heilung der Kriegsschäden und mit dem Aufbau eines wahrhaft demokratischen Staates von ungewöhnlicher nationaler Geschlossenheit und, ein gutes Einvernehmen mit den Nachbarn vorausgesetzt, auch wirtschaftlicher Freiheit. Da es dieses

Digitized by Google

Einvernehmen vor allem mit Deutschen suchen müßte, legt es sich lieber die Last einer unbesieglichen Irredenta, eines unerträglichen Militarismus und schärfster innerer Spannung, endlich die Herrschaft der Entente auf. Es wird unter dieser Last zusammenbrechen und ohne Freund sein in Lagen, in denen es des Freundes bedarf.

Rußlands Vorbereitungen für den großen Krieg

Von G. Frantz, Major im Generalstabe

Mit dem Jahre 1909 setzten in Rußland eine Reihe von Heeresreformen ein. Sie begannen in engen Grenzen und bedeuteten zunächst kaum mehr als eine Beseitigung organisatorischer Mängel. Allmählich nahmen sie jedoch einen immer größeren Umfang an und richteten ihre Spitze offenkundig gegen Westen.

Nach geringfügigen Verbesserungen 1909 brachte die Heeresreform 1910/12 zwar nur eine unwesentliche Vermehrung der Friedensstärke (sie betrug damals etwa 48 000 Offiziere und 1 300 000 Mann), dafür aber eine bedeutende Steigerung der Schlagfertigkeit und Vervollkommnung im inneren Ausbau des Heeres. Bisher als Cadres für Reserveformationen dienende Truppenteile wurden in aktive umgewandelt, die leichten Feldhaubitzbatterien und technischen Truppen vermehrt; eine schwere Artillerie des Feldheeres wurde neu gebildet.

So konnten neue Truppenverbände gebildet werden:

in Europa: 4 Armeekorps, 5 Infanterie-Divisionen, eine finnländische Schützenbrigade;

in Sibirien: 2 Armeekorps, 2 Schützendivisionen, 33 selbständige Schützen-Bataillone.

Die Durchführung territorialer Ergänzung ermöglichte es, den Übergang von der Friedens- auf die Kriegsstärke jederzeit schnell zu vollziehen.

Von 1912 an wurde die Erhöhung des Friedensetats beschleunigt. Die sibirischen Truppen hatten seit dem japanischen Kriege eine so hohe Etatsstärke behalten, daß sie jederzeit für den Abtransport zu kriegerischer Tätigkeit bereit waren. An der Westgrenze wurde der schon 1909 auf 158 Mann heraufgesetzte Etat der Infanterie-Kompagnie weiter gesteigert. Die Kavallerie- und Kosaken-Divisionen erhielten im Herbst 1913 und Frühjahr 1914 die noch fehlenden Maschinengewehr-, Sappeur- und Nachrichtenabteilungen sowie die vollzählige Bespannung ihrer Bagagen. Soweit sie an der Westgrenze standen (12 Divisionen), waren sie somit zum Einfall in das feindliche Gebiet jederzeit innerhalb weniger Stunden marschfertig. Auch die Gefechtsbatterien der fahrenden Artillerie wurden im Westgebiet voll bespannt.

Digitized by Google

Von welchem Umfange die durchgeführten Etatserhöhungen waren, beweist die 1913 vorgesehene Vermehrung des Rekrutenkontingents um 130 000 Mann und Erhöhung der Gesamtfriedensstärke auf 2 320 000 Mann (gegen 880 000 Mann in Deutschland). Eine weitere vorübergehende Verstärkung des Mannschaftsbestandes wurde seit 1912/13 im Winter durch Zurückbehaltung des ausgedienten Jahrganges bis zum April, im Sommer durch Vermehrung der zu Übungen des Beurlaubtenstandes eingezogenen Mannschaften erreicht. Dank ersterer Maßnahme blieben in der für die Schlagfertigkeit der Armee so kritischen Rekrutenausbildungsperiode bei der Infanterie drei, bei der Kavallerie vier voll ausgebildete Jahrgänge unter den Fahnen. Die Iststärke der Armee erhöhte sich dadurch um annähernd eine halbe Million Mann; die Zahl der erforderlichen Mobilmachungs-Ergänzungsmannschaften war nunmehr Sommer und Winter die gleiche, ohne daß man die noch nicht vollkommen ausgebildeten Rekruten mit ins Feld zu nehmen brauchte. Dies bedeutete eine erhebliche Vereinfachung der Mobilmachungsarbeiten.

Die Zahl der im Sommer eingezogenen Übungsmannschaften und die Übungsdauer des einzelnen wurden von Jahr zu Jahr gesteigert. Im Jahre 1914 übten 890 000 Mann gegen 456 000 im Jahre 1911. Durch Gefangenenaussagen ist bestätigt, daß in den Monaten April bis Juni 1914 eingezogene Reservisten und Reichswehrleute bis zum Kriegsausbruch bei der Fahne zurückbehalten wurden. Die Kriegsbereitschaft Rußlands war also in diesem Sommer weit über das gewöhnliche Maß hinaus erhöht!

Man hatte in Rußland die Bedeutung und Überlegenheit von Deutschlands schneller Mobilmachung wohl erkannt. Man war sich klar darüber, daß demgegenüber der Vorteil großer zahlenmäßiger Überlegenheit auf russischer Seite nur dann voll ausgenutzt werden konnte, wenn es gelang, im Aufmarsch an der Grenze mit dem Feinde mindestens gleichen Schritt zu halten, wenn möglich ihn zu überholen. Die Schwierigkeit der geographischen Verhältnisse mußte durch Beschleunigung in der Mobilmachung nach Möglichkeit ausgeglichen, der durch die kürzeren und besseren Verbindungen Deutschland gegebene Vorsprung nachgeholt werden. Rußland rechnete mit einem Beginn der deutschen Operationen am 10. Mobilmachungstage. Dem trug die russische Mobilmachungsvorschrift von 1911 Rechnung, indem sie die Mobilmachung um einen Tag verkürzte, so daß die Marschbereitschaft der Feldtruppenteile im allgemeinen auf den 5. Mobilmachungstag festgesetzt werden konnte.

Durch Probemobilmachungen in größerem oder kleinerem Umfange bei den aktiven Truppenteilen sollten die Mobilmachungsvorarbeiten praktisch nachgeprüft werden; die erforderlichen Mannschaften und Pferde wurden von anderen Truppenteilen abgegeben. Dies war also eine reine Übung, wie wir sie

Digitized by Google

in Deutschland auch kannten, bei der eine gleichzeitige Steigerung der Schlagfertigkeit zwar nicht unmittelbar stattfand, deren Wert aber trotzdem nicht verkannt werden darf. Die für Probemobilmachungen ausgeworfenen Mittel wurden 1913 auf mehr als das Doppelte gegen 1912 erhöht!

Erheblich weiter gingen die Kontrollmobilmachungen, eine in Deutschland nicht angewendete Maßnahme. Sie ordneten fast vollständige Mobilmachung bestimmter Truppenteile mit Hilfe aus dem Lande ausgehobener Mannschaften, Pferde und Fahrzeuge an. Für den nicht Eingeweihten war äußerlich also ein Unterschied gegen die tatsächliche Mobilmachung kaum zu erkennen, und es bestand die Möglichkeit, vor dem künftigen Gegner die regelrechte Mobilmachung durch solche Kontrollmobilmachungen zu maskieren.

Am deutlichsten kommt das Bestreben Rußlands, durch entsprechende Maßnahmen den Zentralmächten bei Überführung des Heeres auf den Kriegsfuß einen Vorsprung abzugewinnen, in der im Frühjahr 1913 erlassenen „Verordnung über die Kriegsvorbereitungsperiode" zum Ausdruck. Nach ihrer Bestimmung wurden in die „der Eröffnung der Feindseligkeiten vorausgehende Periode diplomatischer Verwicklungen und politischer Spannung für die Vorbereitung und Sicherstellung des Erfolges bei der Mobilmachung und für den Aufmarsch" eine Fülle von Mobilmachungsmaßnahmen vorausgenommen, die bei uns erst in die Mobilmachungszeit fielen.

In der Verordnung waren die zu treffenden Mobilmachungsarbeiten in zwei Kategorien geteilt; für die der 1. Kategorie waren laufende Kredite, für die bei erhöhter Spannung anzuordnende 2. Kategorie die außerordentlichen Kredite in Anspruch zu nehmen. Bei planmäßiger Durchführung der Kriegsvorbereitungsperiode blieb für die eigentliche Mobilmachung kaum noch etwas zu tun übrig, da während der Vorbereitungsperiode auch die Einziehung noch fehlender Ergänzungsmannschaften zu „Übungen" erfolgte. Rußland hatte alsdann bereits einen gewaltigen Vorsprung, während es seinerseits mit gutem Gewissen sagen konnte, daß der „Mobilmachungsbefehl" noch nicht erlassen sei. Tatsächlich wurde 1914 die Kriegsvorbereitungsperiode am 26. Juli erklärt; aber schon im Frühjahr war mit einer Reihe von Maßnahmen begonnen worden, die eigentlich erst in der ersten Kategorie hätten durchgeführt werden sollen: Vermehrte Übungen der Ergänzungsmannschaften (vergl. oben), Pferdeankäufe, Pferdeausfuhrverbot, Pferdemusterungen, Ankäufe von Kriegsmaterial, Auffüllung der Verpflegungsbestände, Produktionssteigerung bei der Kriegsindustrie, Einstellung der Getreideausfuhr. So war bei Beginn der offiziellen Mobilmachungsarbeiten tatsächlich die Mobilmachung fast abgeschlossen und der Abtransport der Truppen nach dem Kriegsschauplatz konnte alsbald beginnen.

Beachtenswert waren auch die Beschleunigungen in der Übernahme des polnischen Bahnnetzes in fiskalische Verwaltung und der doppelgleisige

Digitized by Google

Ausbau der sibirischen Bahn, sowie der forcierte Ausbau der Festungen Nowogeorgiewsk, Kowno und Grodno.

Etwas verspätet setzten die Marinerüstungen ein; mit dem Flottenprogramm von 1912 und der Grundsteinlegung zum Hafen von Reval begann auch auf diesem Gebiete fieberhafte Tätigkeit.

Die für alle diese umfangreichen Kriegsrüstungen erforderlichen gewaltigen Geldmittel standen zur Verfügung aus den reichen finanziellen Überschüssen der außerordentlich günstigen Erntejahre 1910—13 und aus der französischen 17 Milliardenanleihe, dank der Opferwilligkeit der Duma und dem Entgegenkommen der Verbündeten. Außerdem wurde der „freie Barbestand der Reichsrentei" in Höhe von 1,1 Milliarden Rubel, bisher „Kriegsdispositionsfonds" und „unversehrbarer Schatz für den Kriegsfall", Anfang 1914 für Heereszwecke zur Verfügung gestellt.

Es entsprach dem auf der Petersburger Versammlung der Generalstabs-Chefs der Militärbezirke im November 1912 vertretenen Grundsatz: „Die Mobilmachungsmaßnahmen durch diplomatische Scheinverhandlungen zu maskieren, um die Befürchtungen des Gegners möglichst einzuschläfern und ihm nicht unwiederbringlich die Hoffnung zu nehmen, der Krieg könne noch vermieden werden", wenn alle die oben erwähnten Kriegsrüstungen nach Möglichkeit geheim gehalten wurden. Frachten mit Heeresgut wurden falsch deklariert, die Zensurbestimmungen für die Presse verschärft, die Spionageabwehr außerordentlich scharf gehandhabt; Truppentransporte aus Sibirien nach dem Westen fuhren angeblich zu großen Manövern; die Erhöhung des Rekrutenkontingents wurde im Heeresbudget verschleiert.

Daß diese Kraftanstrengungen Rußlands auf einen Krieg gegen die Zentralmächte, Deutschland und Österreich-Ungarn, gerichtet waren, lag in der gesamten politischen Lage begründet. Auch zahlreiche Hetzartikel der russischen und französischen Presse lassen darüber keinen Zweifel. Wie tief der Gedanke eines baldigen Krieges gegen Deutschland in der Armee wurzelte, verriet deutlich genug die sehr verbreitete Militärzeitschrift „Raswjedschik": Sie forderte in einem Artikel Anfang Januar 1914, daß bei Kriegslagen eine der beiden Parteien immer die „Deutsche" heißen müsse.

Ein Segen für das Land waren diese Kriegsrüstungen Rußlands schon im Frieden nicht. Kulturelle Aufgaben, die zum Wohle des Volkes dringend notwendig waren und im Interesse seiner wirtschaftlichen Entwicklung lagen, mußten aus Mangel an Mitteln immer wieder zurücktreten. Es sei nur erinnert an die Hebung der Volksbildung, Verbesserung der Verkehrsverhältnisse, die so notwendige Weiterentwicklung des Bahn- und Kanalnetzes, soweit sie nicht durch strategische Rücksichten bedingt wurden, Regulierung der Flüsse! Die hohen Ansprüche des Kriegs- und Marineministeriums ließen für solche Aufgaben nur

Digitized by Google

geringe Summen verfügbar. Sie stützten sich auch auf die von dem Verbündeten an der Seine erhobenen Forderungen. Frankreich präsentierte seinen Wechsel auf die von ihm gewährte 17 Milliardenanleihe. Aufmerksam verfolgte es die Verwendung des Geldes und den Gang der Kriegsrüstungen in Rußland. Die französische Presse war reich an drängenden Ermahnungen, die den starken Einfluß auf Rußlands Kriegsrüstungen gegen den gemeinsamen Feind erkennen lassen. Deutlich wird der Sorge Ausdruck gegeben, Rußland könne sich durch ein „asiatisches Abenteuer" verleiten lassen, seine Bündnispflichten und „Aufgaben als europäische Macht" zu vergessen.

Wie viel wirksamer noch mag der offizielle, aber nicht öffentliche Druck gewesen sein, der von den amtlichen Stellen auf die russische Regierung ausgeübt wurde! Die gegenseitigen Besuche führender Persönlichkeiten müssen unter diesen Gesichtspunkten an Bedeutung gewinnen, sie waren mehr als nur Höflichkeiten. In das Jahr 1912 fallen die wechselseitigen Besuche Poincarés, des Großfürsten Nicolai Nicolajewitsch, Fürsten Lieven (Chef des russischen Admiralstabes) und Shilinskis (russischer Generalstabschef). An Besprechungen in Paris nahmen Admiral Grigorowitsch (Marineminister), Sassonow (Außenminister) und Suchomlinow (Kriegsminister) teil. 1913 waren Ministerpräsident Kokowzow und General Danilow (Oberquartiermeister im Großen Generalstabe) in Frankreich, der französische Admiralstabschef Lebris in Rußland. Die russischen Manöver sahen Joffre mit einer Abordnung von fünf Generalen und sieben Stabsoffizieren als Gast. Kurz vor Ausbruch des Krieges besuchte Poincaré noch Petersburg.

Im Sommer 1914 waren die geplanten Kriegsrüstungen in der Armee noch nicht durchgehends beendet, die Flottenausrüstungen noch bedeutend im Rückstande. Im Vertrauen auf die Mitwirkung Frankreichs und Englands glaubte man in Rußland trotzdem stark genug zu sein, um die günstige politische Lage zum Kriege mit Deutschland ausnutzen zu können. Der Suchomlinowprozeß hat gezeigt, welche Mittel die Kriegspartei Rußlands selbst dem Zaren gegenüber wählte, um ihr langersehntes Ziel zu erreichen.

Englische Eingeborenenbehandlung in Deutsch-Südwest-Afrika

Von Bezirksamtmann von Zastrow

Unter allem englischen Lügengewebe, die der Krieg hervorgebracht hat, nimmt das Blaubuch über die deutsche Eingeborenenbehandlung in Südwest eine der ersten Stellen ein. Wohlweislich hat man es in Südwest nicht veröffentlicht und eine nur dürftige Zeitungsnotiz ließ nicht erkennen, was der Welt vorgelegt wurde, um zu „beweisen", daß Deutschland keine Kolonien haben dürfe.

Digitized by Google

Wer die ganze Zeit der Okkupation in Südwest mitgemacht hat, hat es nicht schwer, die Behauptungen des Blaubuchs durch eigene Handlungen der Engländer zu widerlegen. Das Material, das mir hauptsächlich vom Norden des Schutzgebietes hierfür zur Verfügung steht, ist derart umfangreich, daß es leicht Bände ausfüllen könnte. Es soll hier deshalb nur ein kurzer Überblick gegeben werden. Selbstverständlich werden nur Ereignisse mitgeteilt werden, die ich selbst erlebt habe, für die ich mich also verbürgen kann, oder solche, für die ich einwandsfreien Beweis liefern kann.

Die besten Beurteiler, ob die Eingeborenen lieber deutsche oder englische Verwaltung haben, sind die Eingeborenen selbst. Ihre Ansicht ist jedem, der die Verhältnisse kennt, nicht zweifelhaft. Als kurz nach Beendigung der Feindseligkeiten in Südwest die Engländer, besonders die Herero, große Versprechungen machten, ihnen unter anderem auch ihr altes Land am Waterberg und anderswo zurückzugeben versprachen, war natürlich die Freude groß. Die Hoffnung war aber nur kurz. Es blieb bei Worten, nur einige Wasserstellen wurden den Herero überlassen, und für jedes Stück Vieh, das sie dorthin stellen, mußten sie eine hohe Gebühr bezahlen. Die Enttäuschung war natürlich groß.

Bald erfuhren die Eingeborenen auch bei anderen Gelegenheiten, wie wenig man sich auf die Engländer verlassen konnte. In Grootfontein und Tsumeb waren bei der Besatzung viele Sachen verschwunden, so viele, daß der englische Kapitän der Polizei, ein Bur, mir sagte, sie hätten so gut wie überhaupt keine Bestände mehr. Der Verdacht lenkte sich auf die Eingeborenen, und Haussuchungen wurden auf den Werften vorgenommen. Hiergegen ließ sich natürlich nichts einwenden, auch nicht, daß das, was gestohlen war, weggenommen wurde. Dabei blieb es aber nicht. In Tsumeb wurden alle Eingeborenen bei der Haussuchung aus der Werft herausgetrieben. Dann gingen die Soldaten von einem Pontok zum anderen. Als die Untersuchung beendet war und die Eingeborenen zurückgehen durften, stellten sie fest, daß aus vielen ihrer Koffer das bare Geld verschwunden war. Sie wandten sich Beschwerde führend an den Magistrat. Dieser gab die Antwort, sie sollten angeben, wer das Geld gestohlen habe. Hierauf antworteten die Eingeborenen: „Das können wir doch nicht, wir waren ja bei der Untersuchung nicht auf der Werft, sondern wurden draußen festgehalten. Wir können daher nicht wissen, wer es gestohlen hat!" Mit einem Achselzucken entließ darauf der Beamte die Leute und die Sache war erledigt.

Etwas anders ging es in Grootfontein zu. Hier wurde alles, was den untersuchenden Soldaten auch nur einigermaßen brauchbar erschien, weggenommen und auf das Bureau gebracht. Hier sollten die Eingeborenen die Berechtigung zum Besitz nachweisen. Ein Teil der Sachen war bereits auf dem Wege von der Werft nach dem Bureau verschwunden und wurde bei den im englischen Dienste

Digitized by Google

stehenden Eingeborenen oder den Soldaten gesehen. Sie wieder zu bekommen, war nicht möglich. Aber auch von den anderen Sachen behielt man das, was man brauchen konnte. So hatte der Herero Jeremias, der über 20 Jahre im Dienste des Bezirksamts gestanden hatte, einige Zeltbahnen, die er sich teils selbst gekauft, teils von mir geschenkt erhalten hatte, damit er in der Regenzeit beim Übernachten im Freien nicht durchnäßt werde. Auch diese waren weggenommen. Ich gab die Erklärung ab, daß sie Eigentum der Eingeborenen seien und erhielt die übliche Antwort: „Matter is under consideration". Nach einigen Tagen frug ich den Eingeborenen, ob er die Zeltbahnen zurückerhalten habe. Seine Antwort war: „Nein, laß nur. Armer Engländer muß Eingeborene seine schmutzigen Sachen klauen, soll sie behalten."

Eine ungeheure Verachtung spricht aus diesen Worten. Und das war das Charakteristische in dem Verhalten der Eingeborenen zu den Deutschen und Engländern, daß sie vor den Deutschen stets Respekt zeigten, vor den Engländern nicht. Das kann nicht Wunder nehmen, wenn man bedenkt, daß Engländer und Eingeborene zusammen gestohlenen Schnaps trinken, wie ich es genau weiß, daß sie zusammen auf Diebstahl ausgehen, wie ich sie selbst überrascht habe, als sie meinen Kühlschrank nachts erbrechen wollten. So erklärt es sich auch, daß Handlungen der Eingeborenen vorkamen, die zur deutschen Zeit unmöglich gewesen wären. Nicht des Humors entbehrt die Tatsache, daß man auf einem Bezirksamt lange Zeit Patronen von den dort bei den Engländern arbeitenden Eingeborenen kaufen konnte. In jeder Menge wurden sie abgegeben. Ein großer Karton kostet 6 Pfd. Sterl. 15 Schilling.

Natürlich ist diese Haltung und Gesinnung der Eingeborenen denjenigen englischen Beamten, die sich ein klares Urteil bewahrt haben, nicht unbekannt geblieben. Sie sehen das Verfehlte ihrer Bestimmungen ein. Und es dürfte keine bessere und kürzere Widerlegung des ganzen englischen Blaubuches geben, als die Äußerung des Magistrats von Grootfontein, Major Brownlee, die er zu mir tat: „Ihre Eingeborenenbehandlung war richtiger, als die unsere ist." Dies Urteil ist deshalb von besonderem Werte, als es von einem Manne stammt, der, wie er sagte, fast seine ganze Dienstzeit in Eingeborenenreservaten in der Union gewesen ist oder sich sonst stets mit ihnen hat beschäftigen müssen.

Derselben Ansicht wie er sind durchgehend die Buren. Aus dieser Meinungsverschiedenheit zwischen Buren und Engländern entstanden die unglaublichsten Mißstände. Es war verpönt den Eingeborenen zu schlagen, so etwas taten ja nur die grausamen Deutschen. Irgend etwas mußte aber geschehen. Einen Ausweg zu finden war recht schwer. Stand sich ein Farmer gut mit der Polizei und hatte über einen Eingeborenen zu klagen, so lud er den Polizisten zu einer Flasche Schnaps oder Whisky ein. Während diese vertilgt wurde, verließ der Farmer

Digitized by Google

die Stube und der in Frage kommende Eingeborene trat herein. Unter 4 Augen hatte dieser mit dem Polizisten alsdann eine Zwiesprache, die niemand mit anhörte. Nur lautes Wehgeschrei des unglücklichen Opfers verkündete, was drinnen vorging. Dem Polizisten konnte nichts geschehen, ein Zeuge war bei der Tat nicht dabei gewesen, und nach den so glänzenden englischen Rechtsgrundsätzen kann niemand verurteilt werden, wenn nicht ein Zeuge die strafbare Handlung eidlich nachweisen kann.

Daneben gab es auch andere Mittel. Wiederholt konnte man beobachten, wie Eingeborene stehen und ein großes schweres Buch so lange festhalten mußten, bis sie zusammenbrachen. Dies war eine besonders bei den Frauen beliebte Strafe. Sie wurde in so grausamer Weise vollzogen, daß Deutsche sich darüber beschwerten, weil sie den Anblick nicht ertragen konnten. Ferner war es beliebt widerspenstige Eingeborene vor einem großen Ast zu spannen und ihn so lange im Trabe hin und herziehen zu lassen, bis der Gequälte nicht mehr konnte. Ein anderer Eingeborener stand mit einem Schambok bewaffnet stets in der Nähe, um ihn anzutreiben.

Aus Lüderitzbucht liegen von den Diamantfeldern einwandsfreie eidliche Erklärungen vor, nach denen Eingeborene von englischen Polizisten geschlagen und mißhandelt worden sind. Eine eidliche Erklärung lautet:

„Die Polizisten bedienten sich dabei nicht nur des Schamboks, sondern schlugen mit demjenigen Gegenstande zu, der ihnen gerade zur Hand war. So habe ich z. B. gesehen, daß sie die Steigbügelriemen abschnallen und damit auf die Eingeborenen einschlugen. Einmal mißhandelte ein Polizist einen Hottentotten in meiner Gegenwart mit einem Riemen. Derartige Feststellungen haben außer mir viele Sortierer und Angestellte auf den Feldern getroffen."

Andere besagen:

Anfang März 1919 sind der Pomona Diamantgesellschaft viele Ovambo entlaufen, weil sie nicht entlassen worden waren. Nachdem es dem englischen Beamten der Station Pomona nicht gelungen war, diese Eingeborenen weiterhin in Pomona zurückzuhalten, ritt eine Abteilung Polizisten unter Führung des Sergeanten van Heerden von Lüderitzbucht ab, um die Ovambo zur Rückkehr zu zwingen. Als die letzteren der Aufforderung der Patrouille nicht Folge leisteten, schlugen die Polizisten mit Schamboks auf sie ein. Der Ovambo Inngathi Nr. 1402/2031 wurde derart mit dem Gewehr auf den Kopf geschlagen, daß er zu Boden fiel und mit der Karre in das Lazarett transportiert werden mußte. Die übrigen Eingeborenen ließ das Eingeborenenkommissariat zur Strafe nicht abfahren. Sie erhielten keinerlei Verpflegung mehr und mußten deshalb ihr mühsam erspartes Geld hier für ihren Unterhalt verausgaben. Außerdem müssen diese Ovambo hin und wieder hier für die Engländer arbeiten, ohne daß sie Bezahlung erhalten. Dieser Zustand währt jetzt schon 5 Wochen.

Bei der Kolmanskop Diamond Mines Ltd. müssen mit Ausnahme eines Sonntages im Monat die Eingeborenen jeden Sonntag bis Mittag arbeiten. Die englische Behörde, die davon unterrichtet ist, tut nichts zum Schutze der Eingeborenen, die natürlich einen Ruhetag in der Woche haben möchten.

Digitized by Google

In Swakopmund ging eines Abends ein englischer Polizist, wahrscheinlich angetrunken, auf die Werft, um sich ein Weib zum Geschlechtsverkehr zu holen. Er stieß auf Widerstand bei den Männern. Da ließ er den Pfiff aus seiner Polizeipfeife ertönen. Andere Soldaten kamen herzu und ohne jede Veranlassung begannen diese zu schießen. Erfolg 1 Herero tot, mehrere verwundet. Natürlich war die Aufregung unter den Eingeborenen groß, alle wollten Swakopmund verlassen, viele schickten ihre Frauen fort. Daß eine Bestrafung der Soldaten eingetreten ist, ist nicht bekannt geworden. Ein ähnlicher Vorfall spielte sich Weihnachten 1917 in Grootfontein ab, wo die betrunkenen Soldaten eine Reihe von Eingeborenen, Männer und Weiber, verprügelten. Der Fall wurde zwar untersucht, der Hauptäter aber, Sergeant Hattingh, erhielt kurz darauf einen Vertrauensposten, so daß die Strafe nicht besonders gewesen sein kann.

Diese Fälle mögen genügen. Sie lassen sich aus jedem Orte des Schutzgebiets beliebig vermehren. Es handelt sich nicht um Ausnahmen, sondern es ist ein System.

Wir Deutsche haben die Prügelstrafe zugelassen gehabt. Sie durfte von dem Bezirksamtmann als Richter und in ganz bescheidenem Umfange von besonderen namentlich dazu ernannten Beamten ausgeführt werden. Über jede Verurteilung mußte ein Protokoll aufgenommen werden und die Strafe, wenn es sich um mehr als 15 Schläge handelte, schriftlich begründet werden. Alle diese Urteile unterlagen der Revision des Gouvernements, die sie stets, die Lokalbeamten wissen das alle, sehr genau und peinlich ausführte. Ich glaube, es ist kein Zweifel, welche Art der Bestrafung besser ist. Wir Deutschen sind ehrlich und sagen, was wir tun, der Engländer behauptet etwas, was sich wunderschön anhört, das sich aber in Wirklichkeit ganz anders verhält.

Einen schlagenden Beweis für die englische Heuchelei im Blaubuch bietet die Ovambofrage. Das Blaubuch behauptet, einer deutschen Besetzung des Ambolandes würde gleich ein Blutbad gefolgt sein und Besuche Deutscher wären stets unfreundlich aufgenommen worden. Schon die Entgegnungsschrift des Kolonialamtes weist auf die Unrichtigkeit dieser Behauptungen hin. Wir Deutschen haben stets den Nutzen vom Ambolande gehabt, den man aus ihm ziehen konnte und haben es fertig gebracht, in Frieden mit ihm zu leben.

Wie aber die Engländer? Kaum, daß sie sich dort niederließen, kam es zu Streitigkeiten mit den Kapitänen. Nicht ein Jahr verging und Waffengewalt mußte angewandt werden, um das verloren gegangene Prestige wieder herzustellen. Mit großen Opfern auf beiden Seiten gelang es, den Kapitän Mandume und seinen Stamm unschädlich zu machen. Das waren dieselben Ovambo, die 2 Jahre vorher Oberstleutnant Franke auf seinem Zuge gegen die Portugiesen ihre Unterstützung angeboten hatten. Ganz so schlecht scheint danach das Verhältnis zwischen Deutschen und Ovambo nicht gewesen zu sein.

Auch die Engländer selbst in Südwest haben die Auffassung des Blaubuchs nicht geteilt. Warum haben sie es nötig gehabt, bei dem stellvertretenden Bezirksamtmann von Outjo, Schäfer und bei mir, Haussuchungen zu halten, mir zu ver-

Digitized by Google

bieten den Ort Grootfontein zu verlassen, bloß weil ich im Verdacht stand, geheime Beziehungen mit Mandume zu unterhalten? Mit Menschen, die so wie wir Deutschen geschildert werden, hält doch kein Ovambo Beziehungen aufrecht. Mit dem tiefen Mißtrauen, das sie gegen uns gehabt haben sollen, ist es vielleicht doch nicht so weit her gewesen. Und weshalb war es denn notwendig, alle deutschen Missionare sofort aus dem Ambolande auszuweisen, wenn sie gegen die Deutschen Mißtrauen hatten?

Wie in der Denkschrift des Kolonialamtes schon nachgewiesen, hat die deutsche Regierung bei Hungersnöten im Ambolande stets helfend eingegriffen und, z. B. 1909, große Mengen Nahrungsmittel den Ovambo geschenkt. Dieselbe Frage trat im Jahre 1916 an die Engländer heran, da wieder der Regen ausgeblieben und eine völlige Mißernte eingetreten war. Nichts geschah. Obwohl seines Amtes enthoben, wendete sich Gouverneur Seitz an die Verwaltung, wies auf die in Okakuejo an der Grenze des Ambolandes liegenden großen Vorräte hin und bat die Engländer, sie ins Amboland zu schicken. Nichts geschah. Inzwischen hatte die Hungersnot einen ungeheuren Umfang angenommen. Viele Tausende waren schon tot, andere Tausende lagen im Sterben. Wer sich noch bewegen konnte, machte sich nach Tsumeb auf den Weg in der Hoffnung, von der dortigen deutschen Minenverwaltung Nahrungsmittel zu erhalten. Der Weg von Namutoni nach Tsumeb war mit Leichen besät. Jetzt endlich fingen die Engländer an sich zu regen. Die Leichen auf dem Wege nach Tsumeb wurden an Ort und Stelle verbrannt. Dies geschah aber so liederlich, daß überall halb verbrannte Glieder liegen blieben. Diese haben die nachfolgenden Ovambo, von Hunger getrieben, genommen und abgenagt. Was würde der Verfasser des Blaubuchs gesagt haben, wenn dies unter deutscher Herrschaft geschehen wäre?

Ferner wurde in Tsumeb von der Regierung für die Verhungerten Maismehl als Nahrung gekocht. Zweifellos sehr anerkennenswert, wenn es nur richtig durchgeführt worden wäre. Das Mehl wurde aber so lüderlich zubereitet, trotz der sogenannten Liebe zu den Eingeborenen, daß es nur halb durchgekocht war. So mußte es von den armen Verhungerten gegessen werden. Die Folge war, daß sehr viele, die sich bis Tsumeb gerettet hatten, an akuter Dysenterie erkrankten und starben.

Nicht viel anders war es mit der dritten Maßnahme. Wie in deutscher Zeit, wurde endlich auch von Okakuejo aus Kost den Ovambo gegeben. Es war aber ein Unterschied. Wir Deutschen hatten sie umsonst gegeben, die Engländer ließen sie sich bezahlen, und zwar recht gut. Ein Sack Maismehl z. B. soll 1 Kuh wert gewesen sein. Ob das Urteil des Ovambo über den Engländer, er sei habsüchtig, so ganz falsch ist?

Im ganzen sind bei dieser Hungersnot nach einwandsfreien Schätzungen mehr

Digitized by Google

als 25 000 Menschen umgekommen. Das Blaubuch sagt: „Die Rückgabe Deutsch-Südwest-Afrikas an Deutschland würde den Ovambo früher oder später das Schicksal der Herero bringen."

Nirgends in Südwest-Afrika haben es die Engländer verstanden, sich mit den Eingeborenen zu stellen. Das kann nicht wundernehmen, denn unsere Eingeborenen sind in Charakter und Veranlagung von denen der südafrikanischen Union gänzlich verschieden. Wie oft hat nicht jeder, der draußen war, von den Engländern gehört, diese Eingeborenen seien die schlechtesten und faulsten, die es gäbe. Vier Mann leisteten nicht das, was einer in der Union leiste. Dabei seien sie noch anmaßend und frech.

Schon diese Anschauung mußte auf das gegenseitige Verhältnis von Bedeutung sein. Dazu kam aber noch, daß die englische Verwaltung auch sonst auf ihre Eigentümlichkeiten und Bedürfnisse wenig Rücksicht nahm. So wurden z. B. die Werften der Eingeborenen in Grootfontein verlegt, da sie zu nahe am Ort liegen sollten. An sich war dagegen nichts zu sagen, denn eine Werft ist schnell abgerissen und wieder aufgebaut. Während des Krieges war es schon schwieriger, da alles so teuer geworden ist und jedes Stück Wellblech, das ein Eingeborener zum Dach brauchte, sehr teuer bezahlt werden mußte. Aber auch dies wäre noch zu ertragen gewesen. Auf den Plätzen jedoch, wohin die Werften verlegt wurden, gab es im Jahre 1916 und auch 1919, als ich wegging, noch kein Wasser. Die Weiber und Männer mußten sich jeden Tropfen Wasser über 1 Kilometer weit herantragen. Kann man sich da wundern, daß der Eingeborene, der an sich schon kein großer Freund der Reinlichkeit ist, sich überhaupt nicht mehr wäscht und daß die sanitären Verhältnisse darunter leiden?

Wie dies der Fall war, konnte man besonders zur Zeit der Grippe-Epidemie, spanische Influenza nannte man sie draußen, sehen. Fast alle Eingeborenen lagen krank mit hohem Fieber und kein Wasser war auf der Werft. Da wollten Kranke mit über 40 Grad Fieber nach dem weiten Brunnen gehen, um sich Wasser zu holen.

Auf diese Grippe-Epidemie muß überhaupt jetzt kurz eingegangen werden, da sie für deutsch und englisch sehr charakteristisch ist und auf die Stimmung der Eingeborenen großen Einfluß ausgeübt hat.

Obwohl die Epidemie in Südafrika auf das furchtbarste wütete und hunderttausende von Opfern forderte, obwohl ihre Ausbreitung über das Schutzgebiet absolut sicher kommen mußte, traf die Verwaltung keinerlei Vorkehrungen und Vorbereitungen, um gegen sie anzukämpfen. Man wurde von ihr völlig überrascht und die Folge ist gewesen, daß neben dem leicht zu vermeidenden Tode von mehreren hundert Weißen, Tausende von Eingeborenen unnötig haben sterben müssen. Die genaue Zahl der Todesfälle ist nicht bekannt. Es sind aber

Digitized by Google

auf einzelnen Betrieben bis ein Drittel sämtlicher Leute gestorben. Und die Verheerung wäre noch größer gewesen, wenn nicht die Deutschen eingegriffen und sich der armen Eingeborenen angenommen hätten. In Grootfontein z. B. haben die Deutschen fast alles ganz allein gemacht. Kein Engländer tat etwas, mit Ausnahme des Magistrats, persönlich. Er stand aber machtlos da, weil keiner seiner Untergebenen ihm gehorchte und seine Anordnungen ausführte. An anderen Orten war es ebenso, z. B. in Lüderitzbucht, Keetmanshoop, Windhuk, Tsumeb, wo Eingeborene verhungert wären, wenn die Deutschen sich nicht um sie gekümmert hätten. Und die Fürsorge für Eingeborene soll den Engländern am Herzen liegen! Natürlicherweise haben die Eingeborenen diese Tätigkeit der Deutschen sehr dankbar anerkannt. Auch hier haben sie gesehen, wer ihre wahren Freunde waren.

Stets war es naturgemäßes Bestreben der deutschen Regierung, die Eingeborenen zufrieden zu stellen. Dies ist ihr, wie aus dem bisher Gesagten klar hervorgeht, auch gelungen. Natürlich spielte dabei die Frage des Viehhaltens der Eingeborenen eine große Rolle, und besonders die Herero legten stets großen Wert auf Besitz von Vieh. Wenn nun auch die gesetzliche Bestimmung bestand, daß ohne Genehmigung des Gouverneurs kein Großvieh gehalten werden durfte, so wurde doch stets auf die Bedürfnisse der Eingeborenen Rücksicht genommen. Dies beweist allein schon der Umstand, daß die Eingeborenen des Bezirks Grootfontein im Juli 1915, als die Engländer die Verwaltung übernahmen, über 750 Stück Großvieh neben über 9000 Stück Kleinvieh besaßen. Diese Zahlen zeigen, wie auskömmlich und gut die Eingeborenen leben konnten. Denn all dies Vieh haben sie in den wenigen Jahren nach dem Aufstande erworben. 1907 waren im Besitz von Eingeborenen im Bezirk nur 445 Stück Kleinvieh und wenig Großvieh.

Nicht nur materiell, auch geistig war ein erfreulicher Aufschwung der Eingeborenen zu beobachten. Die Strafen gegen Herero zeigten eine erfreuliche Abnahme, sie bekamen Ehrgefühl und auch ohne Strafe konnte man sie zur Ordnung weisen. Einen großen Anteil an dieser Besserung hatte die Mission, die besonders in den Jahren vor dem Kriege auf sehr gute Erfolge zurückblicken konnte. Fast jeder Eingeborene ließ sich taufen. Leider sind aber all diese Erfolge durch die englische Okkupation sehr stark erschüttert worden. Dies kann nicht verwundern, wenn man berücksichtigt, daß die dauernden Lügen und Bestechlichkeiten der Engländer dem Eingeborenen nicht verborgen blieben, daß sie gegen Belohnung als Zeugen gegen Deutsche angeworben wurden und daß die Verwaltung nichts unterließ, um die Deutschen in ihren Augen herabzusetzen.

Die Folge davon war, daß die moralischen und sittlichen Begriffe der Eingeborenen ins Wanken gerieten. Sie stahlen viel mehr als zur deutschen Zeit, die Unsittlichkeit nahm erschreckend zu und das Heidentum machte sich wieder rege.

Digitized by Google

Mit aufrichtiger Trauer bedauern alle Freunde der Eingeborenen diese Entwicklung, für die die unglücklichen Opfer am wenigsten zu beschuldigen sind.

Ein Beispiel solcher Verwahrlosung bietet die Aussage des Bastards Jan Cloete. Jeder in Grootfontein hat den alten „Aujan", den Botendiener des Bezirksamts gekannt. Hier im Blaubuch erscheint er als großer Hasser der Deutschen. Als ich im April d. Js. aus Grootfontein weg mußte, kam er, um Abschied zu nehmen. Folgendes waren seine Abschiedsworte: Mein Herz ist so traurig, daß mein lieber, lieber Herr weg muß. Was soll aus uns werden? Ich werde meinen lieben Herrn nicht vergessen. Wir rohen Menschen (ons rooi menshers, d. h. Bastards und Hottentotten) sind deutsch und werden immer deutsch bleiben. Wir können mit den Engländern nicht leben." Das sagte er, in Hoffnung auf ein Abschiedsgeschenk, das am liebsten in Schnaps bestehen sollte, ebenso überzeugt zu mir, wie er dem Verfasser des Blaubuchs seine Märchen über die deutschen Soldaten aufgebunden hat. Der alte ehrliche Gauner Aujan war und ist Nützlichkeitsmensch.

Zum Schluß sei noch eine persönliche Bemerkung gestattet. Ich habe den zweifelhaften Vorzug genossen, in mehreren englischen Blaubüchern erwähnt zu werden. Im vorliegenden heißt es, ich sei wegen meiner gerechten Eingeborenenbehandlung bei den Ansiedlern verhaßt. Ob dies zutrifft, kann ich nicht entscheiden. Aus den Worten und Taten der Ansiedler habe ich es nicht gemerkt. In einem anderen, dem über Verurteilungen von Deutschen vor dem Obergericht, heißt es unter Nennung meines Namens, daß ich die Buschleute den Farmern zum Abschießen überliefert hätte.

So werden englische Blaubücher gemacht.

Korrektheit

Von Axel Schmidt

Äußere Korrektheit, nicht innere Vornehmheit drückten dem Zeitalter Wilhelms II. den Stempel auf. Während der Revolution, wo die alten Bindungen sich lösten, zeigte sich der Mangel an Persönlichkeiten in erschreckender Weise. Es fehlt überall an Männern, die die Sache über die Form stellen. Überall in der Beamtenschaft kommt noch immer der alte Korpsstudent zum Vorschein, der nur zu oft äußere Sicherheit markiert, um seine innere Haltlosigkeit zu verdecken. Steifer Nacken, Überzeugungstreue und Charakterfestigkeit waren und sind bei Beamten nicht beliebt, weil sie einen Hemmschuh zum Vorwärtskommen bilden. Die höheren Beamten in der Provinz, die noch heutzutage bei den Volksschullehrern die sozialdemokratische Gesinnung verketzern, beweisen, daß sie trotz Weltkrieg und Revolution nichts zugelernt und nichts vergessen haben. Damit wollen wir natürlich nicht denjenigen jungen Beamten das Wort reden,

Digitized by Google

die sofort nach dem 9. November ihr sozialdemokratisches Herz entdeckten, um möglichst schnell Anschluß an die neue Regierungspartei zu finden.

Wie das Ideal der Korrektheit bei uns in Deutschland selbst das Nationalgefühl überwuchert hat, dafür bietet der Fall des Regierungspräsidenten in Wiesbaden, von Meister, ein erschreckendes Beispiel. Als der Hochverräter Doorten seinen Putschversuch unternahm, reichte dieser Regierungspräsident schleunigst sein Abschiedsgesuch ein, weil er einerseits von diesem Hochverräter nicht Befehle erhalten wollte, andererseits aber die Ansicht vertrat, nichts gegen ihn vornehmen zu können, weil er dem französischen Befehlshaber die Zusicherung gegeben hatte, seinen Anweisungen zu folgen und Doorten offensichtlich General Mangins Schutz genoß. Der höchste preußische Beamte am Platze zog es also vor, in der Stunde der höchsten Gefahr für das deutsche Vaterland „korrekt" zu bleiben. Er „desertierte" vor dem Feinde, statt den Konflikt seiner Pflichten zu durchkämpfen. Die schlichten deutschen Bürger, die mit Stöcken und Fäusten die Anmaßung des Herrn Doorten und Konsorten herausprügelten, haben zwar nicht korrekt gehandelt, aber den Dank Deutschlands verdient. Und unserer Meinung nach hätte der Regierungspräsident von Meister an ihre Spitze gehört, indem er von seinem Hausrecht hätte Gebrauch machen müssen. In Zeiten des Alltags mag die Beamtenschaft mit Korrektheit auskommen, in Zeiten der Volksnot aber gehört mehr dazu als ein gut sitzender Rock, gehört ein Herz auf dem rechten Fleck, das die Not des Volkes als seine eigene fühlt. Wir brauchen Tellgeist. Damit hapert es aber noch sehr im deutschen Vaterlande. Die einst als „vaterlandslose Gesellen" verschrieenen deutschen Arbeiter haben auf dem Parteitag in Weimar ein kräftiges Bekenntnis zum deutschen Volk und zum deutschen Staat abgelegt. Ja noch mehr, in Oberschlesien und im Rheinlande wollen selbst die Unabhängigen nichts von Sonderbündelei wissen. Leider kann man das nicht überall von der Oberschicht sagen. Dort schleicht manch selbstsüchtiger Gedanke durch die Reihen. Hier spekuliert man bei einer Abtrennung auf geringere Steuern. Dort hofft man dadurch von der Sozialisierung frei zu kommen. Hier glaubt man bessere Geschäfte machen und dort vermeint man ein strammes Kirchenregiment aufrichten zu können. Auch in Deutschösterreich sind die Sozialdemokraten die energischsten Vertreter Großdeutschlands, während auch dort die Christlich-Sozialen (das österreichische Zentrum) den Anschluß mit allerlei Bedenken so stark belasten, daß er zusammenzubrechen droht.

Über die Notwendigkeit, der deutschen Republik eine Wehrmacht zu schaffen, braucht in der „Deutschen Politik" kein Wort verloren zu werden. Umsomehr muß vor Gefahren gewarnt werden, die je länger, je mehr nicht unbesprochen bleiben können. Daß Blut fließt, wo geschossen wird, ist ebenso selbstverständlich,

Digitized by Google

wie daß Späne fliegen, wo gehobelt wird. Wo es sich aber um Bürgerblut handelt, muß doppelt vorsichtig umgegangen werden. Es ist einfach unerträglich, daß die Militärgerichte gegen Offiziere, wie im Falle Rosa Luxemburg und Liebknecht, so milde und schleppend verhandeln, wenn sich zu gleicher Zeit die Hinrichtungen der Zivilisten nach den Standgerichten so überstürzen, daß nicht einmal der telegraphische Einspruch des bayerischen Ministerpräsident die Exekution aufhalten konnte. Noch schlimmer ist es, daß der Verlauf des Prozesses Vogel und der Untersuchung gegen Marloh derartige Lücken aufwies, daß beide ganz gemütlich entfliehen konnten, während Leviné und Toller in Ketten zum Richter geführt wurden. Diese Fälle lassen einfach die Aufhebung der militärischen Gerichtsbarkeit als dringendste Notwendigkeit erscheinen, weil es sich mit erschreckender Deutlichkeit erwiesen hat, daß in Zeiten der Erregung die beiden gegnerischen Parteien völlig außerstande sind, sich in die Gedankenwelt der anderen hinein zu versetzen. Dem Vorwurf von Klassenjustiz dürfte durch diese Urteilsfällungen wieder kräftige Nahrung zugeführt worden sein. Gerade diejenigen, die die Notwendigkeit von Todesurteilen anerkennen, sollten daher mit aller Energie darauf drängen, daß die höchste Strafe nicht durch solche Mißgriffe entwertet werde. Ganz abgesehen davon werden durch das scheinbare Messen mit zweierlei Maß Tausende von Sozialdemokraten in die Reihen der Kommunisten getrieben. Durch diese Ausführungen soll keine Kritik an den Personen des Kriegsgerichts gefällt werden, sondern einem System, das Todesurteil gesprochen werden, das in die deutsche Republik aus dem Obrigkeitsstaat hineinragt. Die Regierung Scheidemann sollte daher mit aller Energie für eine Abschaffung der Kriegsgerichte eintreten, weil nichts so sehr zu einer Beruhigung der Gemüter beitragen würde.

Gewiß hat niemand ein Recht zu verlangen, daß mit einem Schlage aus allen Offizieren überzeugte Republikaner werden. Gott sei Dank, wenn es noch aufrechte Männer gibt, die ihre Überzeugung nicht nach ihrem jeweiligen Vorgesetzten wechseln. Aber wie verlangt werden muß, daß ein alter Beamter seinen Abschied nimmt, wenn er sozialistische Gesinnung als ehrenrührig ansieht, so muß auch verlangt werden, daß die Offiziere, die im Dienste bleiben, sich ehrlich auf dem Boden der Republik stellen. Leider mehren sich immer mehr die Stimmen, die darüber klagen, daß der alte Geist des Obrigkeitstaates im Offizierkorps wieder mehr die Oberhand gewinnt.

Wir haben anfänglich den Rebellengeist Tells dem Korrektheitsideal Meisters gegenübergestellt. Jetzt, wo wir von der Stellung der Offiziere sprechen, sei ein Fall aus der neueren Zeit angeführt. Der Finnländer Schaumann erschoß im Anfang dieses Jahrhunderts den Würger seines Vaterlandes General Bobrikow und gleich darauf sich selbst in der richtigen Erkenntnis, daß er damit

Digitized by Google

seinem Vaterlande den größten Dienst leiste. Er ist seitdem zum Teil Finnlands geworden, dessen Grab das ganze Jahr hindurch frische Blumen schmücken. Wie jämmerlich erscheint dagegen die Tat von Runge und Vogel, wie feig und hinterlistig eine gefangene wehrlose Frau zu erschlagen und dann noch um der „Divisionsehre" willen die Leiche in den Kanal zu werfen. Soweit wir entfernt sind, aus diesen Verfehlungen zweier Soldaten einen generellen Vorwurf zu machen, so nimmt es doch wunder, daß sich unter den deutschen Offizieren kein öffentlicher Protest erhoben hat und diese Verwunderung steigt noch nach dem Fall Marloh. Wird kein Trennungsstrich zwischen Vogel, Marloh und Konsorten gezogen, so kann sich das Offizierskorps nicht wundern, wenn sich das Verhältnis zwischen dem deutschen Volk und Offizierskorps immer mehr zuspitzt. Nicht nur die deutsche Arbeiterschaft, sondern auch weite Kreise der Bürgerschaft werden über das Offizierskorps das Urteil fällen, daß äußere Korrektheit über innere Wahrhaftigkeit gesiegt habe. Gerade jetzt, wo der Reichswehrminister Noske auf dem sozialistischen Parteitag die Freiwilligentruppen so energisch vor ungerechten Angriffen verteidigt hat, wäre es einfache Anstandspflicht des Offizierkorps, alles daran zu setzen, um diese Eiterbeule aufzustechen. Nicht Meister, Vogel und Marloh dürfen die Wahrzeichen Neu-Deutschlands sein, sondern der alte Tellgeist.

Drei Monate Preußische Landesversammlung

Von Prof. Dr. Martin Rade in Marburg, M. d. Pr. L. V.

Die Preußische Landesversammlung, am 26. Januar gewählt, am 13. März zum erstenmal zusammengetreten, sieht nun auf drei Monate ihres Bestandes zurück. Die erste ihres Zeichens, trägt sie offiziell und andauernd den stolzen Namen: „Verfassunggebende". In der Tat hat sie am 20. März dem Lande Preußen eine Notverfassung gegeben, indem sie ein Gesetz von acht Paragraphen „zur vorläufigen Ordnung der Staatsgewalt in Preußen" verabschiedete. Die endgültige Verfassung zu unternehmen hat sie auch noch nicht den leisesten Schritt getan. Aus gutem Grunde. Man wird erst die Verfassung des Reiches abwarten, ehe man die des Gliedstaates in den so gestalteten Körper hineingestaltet. Das kann sich bis in den Herbst hinziehen.

Was hat inzwischen die Landesversammlung geleistet? Sie hat 30 Vollsitzungen abgehalten (gegen 39 Sitzungen der am 6. Februar eröffneten Deutschen Nationalversammlung). Sie währten durchschnittlich fünf Stunden. Dazu täglich Kommissions- und Fraktionssitzungen. Über vierhundert Anträge, Anfragen u. dgl. füllten ihre Akten. Es ist fleißig gearbeitet worden. Oft ging man früh um 10 Uhr ins Haus und verließ es erst bei Nacht, rechtschaffen müde. Mehr

Digitized by Google

noch, es ist eifrig gearbeitet worden. Von 401 Abgeordneten sind 329 neue Leute. Wie sollte es anders sein, als daß ihre große Mehrzahl mit viel Erwartung und Liebe ans Werk ging!

Eifer und Arbeit ist noch nicht Leistung. Aber Voraussetzung dazu. Viel kleine Gegenstände wurden erledigt. Auch einige Gesetze verabschiedet.*) Und nichts ist unwichtig. Dennoch befriedigend ist das Ergebnis nicht. Wir haben unter großen Hemmungen gelitten.

Vor allem natürlich unter der Zeitlage. Unter dem Schicksal unseres Vaterlandes. Nicht nur innerlich. Das trug insofern nichts aus, als es weder unseren Arbeitseifer gelähmt, noch — von wenigen Tagen abgesehen — den Ausfall von Sitzungen veranlaßt hat. Vielmehr so: unser Arbeitsprogramm wurde dadurch verrückt. Wir haben durch die Beschäftigung mit der Friedensnot viel Zeit und Kraft verloren. Zum Teil ist die Nationalversammlung daran schuld. Dadurch, daß sie in Weimar tagte, wir in Berlin, und dadurch, daß sie in Zeiten der Spannung überhaupt nicht zusammen war, wir aber unsere Sitzungen hielten. Damit kam eine Art Beruf über uns, Sachen zu treiben, die uns eigentlich nichts angingen. Denn Krieg und Friede ist jedenfalls nicht Landes-, sondern Reichs-Angelegenheit. Das zeigte sich auch, als beide, National- und Landesversammlung, sich mit dem Friedensvorschlag der Entente befaßten. Die Nationalversammlung diesmal in Berlin, hatte am 12. Mai einen großen Tag. Wer ihn miterlebte, wird ihn nicht vergessen. Das Duplikat, das am 13. Mai die Landesversammlung lieferte, war — trotz der feinen Rede Friedbergs — kläglich. Nicht nur, daß sich ein einmal gelungener Akt nicht wiederholen läßt, es rächte sich hier die naive Selbstverständlichkeit, mit der die Landesversammlung in die auswärtigen Dinge hineinging. Begreiflich zwar. Denn Preußen wurde durch die territorialen Absichten der Feinde vornehmlich betroffen. Und die Abgeordneten der gefährdeten Gebiete befanden sich in einer Aufregung, die berechtigt war. Man stand auch unter dem natürlichen Zwang, den geängsteten Bewohnern dieser Landesteile zu beweisen, daß man für ihre Not ein Herz habe. Aber das alles nahm viel Zeit und hätte — kürzer — wirksamer ausfallen können. Eins aber sei doch noch nachdrücklich unterstrichen: alles Nationalversammlungspielen der Landesversammlung ist vom Übel. Die Dublikate sollten streng und weise vermieden werden. Auch wenn die Versuchung groß ist. Der Ältesten-Ausschuß hat darüber zu wachen.

Viel Zeit kosteten uns auch die innerdeutschen Sondergelüste, vornehmlich des Rheinlandes. Und dafür waren wir ja gewiß kompetent. Es fragt sich nur, ob da

*) Zum Staatshaushalt, zur Gemeinde-Einkommensteuer, über Landeskulturbehörden, Schaffung eines Wohlfahrtsministeriums, Umlegung von Grundstücken in Köln, Magistratswahlen in Schleswig-Holstein, Aufhebung der Ortsschulinspektionen.

Digitized by Google

immer die politische Klugheit regierte. Ich denke an den 28. Mai. Das Zentrum hatte schon am Tage vorher (mitten in Verhandlungen über die Ortsschulinspektion) seine loyale Erklärung zu der rheinischen Separation abgegeben, es wiederholte sie, als der Gegenstand nunmehr auf der Tagesordnung stand. Statt, daß nun alle Parteien mit Genugtuung davon Kenntnis genommen hätten und so dem Auslande das Bild einer geschlossenen Einigkeit geboten worden wäre, kam es zu einem ziemlich wüsten *) Ausbruch des Mißtrauens wider das Zentrum. Das war menschlich und ehrlich, aber ermangelte jeder politischen Disziplin.

Es war auch politisch interessant insofern, als die sozialdemokratischen Parteien (beide!) sich wohl noch niemals so energisch für die Einheit des Reiches und Preußens eingesetzt haben. Das war ein Ausdruck von Empfindungen, mit denen man für die Zukunft zuversichtlich rechnen darf. Aber wie viel siegreicher wäre der Eindruck gewesen, wenn man die Selbstzucht besessen hätte, das Zentrum nach seinen Erklärungen mit in das Ganze dieser Gesinnung des Hauses hereinzuziehen.

Voraussicht und Selbstbeherrschung sind überhaupt nicht die Tugenden dieses Parlaments. Man läßt sich gehen. Die Mitglieder der zu einer Regierung verbundenen Parteien mißhandeln sich gelegentlich recht ungeniert. Das beliebte Mittel dazu sind die Zwischenrufe. Zum Teil sind sie ja nur der Ausfluß der Langenweile, und die sie am lautesten pflegen, sind nicht immer die berufenen Sprecher ihrer Fraktion. Aber Gewicht und Wirkung dieser Ergüsse soll man doch nicht unterschätzen. (Wobei ich freilich nicht umhin kann zu bemerken, daß die Wichtigkeit, welche uns schon seit undenklichen Zeiten die offiziellen Drucke der Verhandlungen den Zwischenrufen angedeihen lassen, im Grunde ein Skandal ist. Ignorieren kann sie ja der Bericht nicht, schon weil und soweit die Redner sie oft und gern auffangen und verwerten. Aber wie sie im Druck hervorgehoben und musterhaft auch unnötig registriert sind — selbst in dieser papierarmen Zeit immer eine oder mehrere Zeilen für sich einnehmen —, das geht über den Anspruch und wider den Geschmack. Auch hier sollte der Ältestenausschuß Wandel schaffen.) Meister in Zwischenrufen ist anerkanntermaßen Adolph Hoffmann. Aber man sollte sich seltener den Luxus leisten, mit ihm darin zu wetteifern. Es ist zuweilen, wie nach Verabredung, gerade ihm gegenüber, auf Zwischenrufe ganz verzichtet worden: der Erfolg für die Würde der Verhandlung und ihre schnelle sachliche Abwicklung war erquickend.

Ich nannte soeben Adolph Hoffmann. Er ist die markanteste Persönlichkeit

*) So wüst, wie die Zeitungen schrieben, geht es im Hause niemals her. Man ist immer erstaunt, wenn man dabei war, was die Zeitungsberichte aus lebhaften Momenten und leidenschaftlichen Szenen für ihre Leser an Sensationen zu machen wissen.

Digitized by Google

in der Landesversammlung und beherrscht sie gelegentlich. Das gilt auch von seiner Partei. Die Fraktion der Unabhängigen ist 24 Mitglieder stark. Aber ganz abgesehen von dem, was sie Kraft dieser Stärke an Stimmen und Rednern einsetzen kann, hat ihr Dasein allein durch den Widerspruch, den es weckte, immer wieder die Auseinandersetzungen bestimmt. Weit über Gebühr. Die Männer der Regierung sind mit Vorliebe gegen sie losgegangen; Sprecher der Rechten haben sie oft ganz unnötig gereizt. Im Grunde haben sie damit dieser Partei nur guten Dienst getan. Größerer Erfolg als Beachtung kann ihr im Parlament nicht beschieden sein. Ganze Sitzungen, die wahrlich durch ihre Tagesordnung dies Los nicht verdienten, sind über dem Gezänk mit den Unabhängigen fruchtlos hingegangen.

Den Neuling mochte solches Aufeinanderprallen der Leidenschaften willkommen sein. Denn insgemein gehen die Stunden in grausamer Monotonie dahin. Die Vollversammlungen sind in der Regel eine unerlaubte Sammlung langweiliger Mitteilungen und langer Reden. *) Der Zuschauer von der Tribüne ist nach wie vor entsetzt über das Bild, daß unten im Sitzungssaal sich ihm darbietet; aber nach aller Psychologie kann es nicht anders sein. Alles Wichtige ist in Fraktion und Kommission schon vorher doppelt und dreifach beraten. Nichts Neues darf man erwarten. Kommt es doch, so gleicht es den spärlichen Rosinen in Kriegskuchen. Den Reden fehlt grundsätzlich das Ziel, die Anwesenden zu überreden. Sie sind grundsätzlich nur Bericht von dem, was die Fraktion zur Sache meint und was — etwa vom Zentrum abgesehen — im voraus jedermann weiß. Sie sind außerdem faktisch für den Redner die Gelegenheit, seine Wähler wissen zu lassen, daß er leibhaftig in der Landesversammlung vorhanden ist; im bessern Fall auch noch, sachliche Kenntnisse und Erwägungen, wie er sie besitzt, vor dem Zeitung lesenden Publikum auszukramen. Wer die Bedeutung des Parlaments von heute nach diesen Vollversammlungen beurteilen würde, könnte nur zu einem sehr abschätzigen — und ungerechten — Urteil kommen.

Der Wechsel der Redner ist sicher ein weit größerer als in früheren Land- oder Reichstagen. Abgesehen von Adolph Hoffmann und den übrigen Unabhängigen, die bei ihrer geringeren Zahl und ihrem größeren Trotz — der offensichtlich zuweilen bloß darauf ausgeht, den Parlamentarismus zu diskreditieren — recht häufig die Rednerbühne in Anspruch nehmen! Große Redner gibt es in dieser

*) Dem Abgeordneten, dem es gar zu langweilig wird, daß er anfängt, sich darüber Gedanken zu machen, ob er nicht seine Zeit daheim nützlicher zubringen kann, bietet das jetzt giltige Wahlsystem die Beruhigung, daß keine Rücksicht auf Wähler und Partei ihn an der Niederlegung seines Mandats zu hindern braucht, da sich durch die Nachfolge seines Listen-Nachbars die Lücke alsobald automatisch wieder schließen würde.

Digitized by Google

Versammlung überhaupt nicht. Am besten spricht der Finanzminister Südekum. Führende Männer gibt es natürlich in jeder Fraktion, aber auch da nur mehr durch die stille Geltendmachung altparlamentarischer oder sonstiger Vorzüge, führend in den Verhandlungen des Hauses nach dem Muster früherer berühmter Reichs- oder Landtagsmänner ist bisher auch nicht einer aufgetreten.

Aber das liegt im Wesen dieser ganz anders zustande gekommenen Versammlung. Die Menge der neuen Leute läßt Autoritäten nicht so leicht aufkommen. Und auch die Männer der Regierung unterliegen an ihrem Teil dieser Situation.

Wir haben ein Koalitionsministerium von (Mehrheits-) Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten. Es ist verfassungsmäßig nur ein Ausfluß der Landesversammlung. Die Personalfragen der Regierungsbildung und Ämterbesetzung haben uns daher von Anfang an und bis jetzt andauernd beschäftigt. Nur die Mehrheitsparteien kamen dafür in Betracht. Aber gerade diese entbehrten der Regierungsgewohnheit und damit der ererbten Regierungsweisheit. Schlichte Talente mußten sich in die Bewältigung ungeheurer Aufgaben hineinbegeben. Wer das berücksichtigt, wird finden, daß die Verantwortlichen im Preußenparlament und in dem aus ihm herausgeborenen Preußenministerium gar nicht wenig geleistet haben.

Das Fraktionsleben kennt jeder nur von seiner eigenen Fraktion. Die beiden Rechtsparteien sind durch ihr Beiseitestehen vieler Sorgen ledig. Die Hauptlast der Geschäfte trägt die Mehrheitssozialdemokratie; und so wohl es ihr offenbar tut, endlich einmal über Macht und Ämter im Staat zu verfügen, so wird es ihr offenbar nicht leicht, alle die Stellen, die sie meint beanspruchen zu können, auch zu besetzen. Sie zehrt dabei vom Kapital ihrer Organisation. Zentrum und Demokratie werden dadurch, daß sie vieles bei dieser Koalitionsregierung nicht durchsetzen können, immer wieder an die Grenzen ihrer Bedeutung erinnert. Aber sie genießen das ebenso interessante wie heikle Los von Mittelparteien: alle Probleme, die dem Ganzen des Hauses sich aufdrängen, wollen in ihrem Schoße in konzentrierter Form genossen und bewältigt sein. Das gibt der Mitwirkung einen kleineren besonderen Reiz. Freie Wirtschaft und Sozialisierung, Selbstbestimmung der Landesteile und Einheitsstaat, Schulideal und Rücksicht auf die dank unserer Geschichte in unserm Schulwesen mächtigen Faktoren — diese und andere Gegensätze wollen fürs einheitliche Handeln verarbeitet sein. Das gibt den Fraktionssitzungen eine Lebendigkeit und Wichtigkeit, die für die Schwierigkeit der politischen Aufgabe reichlich entschädigt. Es mag schon sein, daß Parteien, die an dieser verantwortlichen und vermittelnden Lage keinen Anteil nehmen, es leichter haben, den Beifall ihres Anhangs zu suchen und zu finden: aber diese Arbeit für das Ganze muß im engeren Kreise geleistet werden, und wer ihren

Digitized by Google

Wert erkannt hat, wird ihren Vorzug empfinden. Es ist in der Demokratischen Fraktion in diesem Sinne redlich geschafft worden, und nur das eine muß man beklagen, daß über der Fülle der politischen Einzelfragen, die uns beschäftigt haben, das Grundsätzliche viel zu kurz gekommen ist. Trotz aller dieser Sitzungen, trotz allen Eifers mangelte es dazu immer wieder an Zeit.

Billigerweise wird man diese drei Monate als eine Probezeit ansehen dürfen, in der sich die Landesversammlung auf ihre eigentliche Aufgabe eingestellt und eingeübt hat. Sie heißt die „Verfassunggebende". Wenn nicht unberechenbare Ereignisse ihr dies Werk unmöglich machen — morgen schon oder in fernerer Zeit —, wird sie mit demselben Eifer, mit dem sie bisher alles mögliche erledigte, auch dieses anfassen. Großzügig kaum, aber redlich.

Man ertappt sich aber beim Gedanken an diese kommende Arbeit immer wieder bei dem für ein Landtagsmitglied ketzerischen Gedanken: warum noch eine Verfassung neben der deutschen? Weshalb noch die vielen Landesversammlungen? Landesregierungen? Dem berechtigten Verlangen nach lebenskräftigen Organen der Gliedstämme und Gliedländer am Reichskörper könnte wohl anders Genüge geschehen als durch derlei Konsequenzen einer halben und zweifelhaften Souveränität. Der 9. November hätte reinere Wirtschaft machen sollen im Vaterlande. Da er das nicht getan hat, wird man die weitere Entwickelung nach Kräften in die rechten Bahnen leiten müssen. Das Ziel heißt: ein deutscher Staat mit so viel Selbstverwaltung seiner Glieder, als die von ihm gehegten Güter fordern und vertragen.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für außerdeutsche Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a I. Für Anzeigen J. V. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland M. 7.50. Einzelnummer 50 Pfg. / Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 68.

Digitized by Google

4. Jahrgang * 21. Juni 1919 * Heft 26

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Das Kabinett Bauer ist eine Schöpfung Erzbergers; dieser wird als stellvertretender Chef des Ministeriums zweifellos den entscheidenden Einfluß ausüben, zumal er seinen Kollegen an Betriebsmeiertum und Skrupellosigkeit weit überlegen ist. Daß er selber die Reichsfinanzen in Ordnung bringen soll, ist nur eine Dekoration seiner politischen Zielsetzung, und das ist vielleicht nicht das schlimmste, denn eine schöpferische Kraft, wie sie die deutsche Finanzlage verlangt, ist von diesem unheilvollen Mann noch nie ausgegangen. Im übrigen trägt das Ministerium fast in allen seinen Besetzungen die Züge des Provisorischen; Hermann Müller als Auslandsminister bedeutet das Eingeständnis der subalternen Wurstelei. Denn so vortrefflich dieser Mann als Charakter ist, so brauchbar er als zuverlässiger Parteisekretär war — daß er jetzt der Gegenspieler von Balfour, Tardieu, Lansing sein soll, das ist mehr als Deutschland in dieser dunkelsten Stunde verdient.

*

Die Versenkung der deutschen Flotte ist ein heroisches Abenteuer und darum, zwischen dem vielen Kleinen, Angstlichen, Zweckgebundenen eine Erfrischung. Die deutschen Matrosen haben dafür gesorgt, daß die deutschen Schiffe nicht zu dauernden Zeugnissen der deutschen Erniedrigung werden. Den Engländern haben sie damit bis zu einem gewissen Grade freilich auch eine Last abgenommen; deren Sinn war es nicht, daß ihre Freunde im Verband durch Zuteilung des ausgezeichneten deutschen Schiffsmaterials eine maritime Stärkung erfahren. Die Enttäuschung in Paris wird die englische Bewachung mittreffen. Nun, dies mag der andern Sorge sein. Wir freuen uns, daß es noch deutsche

Digitized by Google

Seeleute gab, die durch eine letzte Tat das Kiel des November 1918 etwas ausgleichen.

*

„Mit dem Glauben an das deutsche Volk steig ich ins Grab". Diesen Trostspruch hat Hindenburg dem deutschen Volke in seiner schwersten Stunde mitgegeben. Schon lange ist dieser Heerführer über all seine Streitgenossen hinausgewachsen und zum treuen Eckart des deutschen Volkes geworden.

*

Graf Montgelas, Schücking, Quidde — lauter Männer, die auch dem Ausland als Vertreter des Pazifismus bekannt sind, bleiben bei ihrer Ablehnung der Friedensunterzeichnung. Sie wissen, daß dieser Frieden den Friedensgedanken tötet. Nicht weil er den Chauvinismus der dumpfen Verzweiflung gebären wird, sondern weil er in sich unlauter und unsittlich ist und damit den Rechtsgedanken niederschlägt. Es ist merkwürdig, wie in diesen Tagen die Temperamente sich scheiden. Unter hohen Offizieren finden sich die leidenschaftlichsten Anhänger der Unterzeichnung. In den Fraktionen der Mehrheit sind plötzlich fast durchweg die Männer, die durch vier Jahre die national schärfere Tonart gepflegt haben wollten, zum Einschwenken bereit. Die dem deutschen Volk die größten Schmeicheleien sagten, sind jetzt dabei, am geringsten von ihm zu denken. Nicht zu viele sind tapfer genug, die Entscheidung unter weltgeschichtliche Verantwortung zu stellen; sie machen Politik aus Angst vor den nächsten acht Wochen. Es ist notwendig anzuerkennen, daß führende deutsche Pazifisten (neben dem Typ der Nicolai und Gerlach) heute um der Reinheit ihrer Idee willen diese Tapferkeit zeigen.

*

Auf der Höhe des Siegerruhms stürzt Italien in die Wirrnis der Kabinettskrisis. Orlando hat weder die Nationalisten befriedigen noch die inneren Nöte abwehren können; Sonninos auswärtige Politik kommt nicht weiter und der Drei-Männer-Rat in Paris steht vor den peinlichsten Aufgaben. Denn gleichviel wie Weimar sich entscheidet, die Balkanfrage bleibt für die Entente noch ungelöst und das bedeutet, daß sie selber noch in verwirrter Problematik stecken bleibt. Paris hat allen Grund, unruhig zu werden; denn der Mann, der Orlandos Kabinett gestürzt hat, Nitti, steht nicht ohne Grund im Verdacht, über Frankreichs Freundschaft skeptisch zu denken. Die französische Presse fürchtet, daß der römische Imperialismus abgebaut werde und daß Giolitti in irgendeiner Form wieder zum Einfluß komme. Das kann wegen der Regelung der Beziehungen zu Deutsch-Österreich von Bedeutung werden; denn Italien sieht sich heute am meisten von den durch Frankreich verhätschelten Slaven bedrängt.

Digitized by Google

Belogen — betrogen — entehrt

Von Dr. Paul Rohrbach

den 22. Juni 1919.

Vor einigen Monaten sprach ich mit einem unsrer leitenden Staatsmänner über die voraussichtliche Bedeutung der Schuldfrage für den Friedensschluß und fragte ihn, ob er es nicht für zweckmäßig hielte, daß alles erreichbare Material hierüber im voraus objektiv und populär zur Verteidigung Deutschlands zusammengefaßt würde? Darauf erhielt ich zur Antwort: „Das lohnt nicht, die Welt ist des Themas überdrüssig und bei den Friedensverhandlungen wird von der Schuldfrage überhaupt nicht mehr die Rede sein!" Hier haben wir ein Beispiel für das schlechte Urteil unserer Diplomatie. Dieselbe Unfähigkeit zur richtigen Beurteilung des Gegners finden wir aber auch bei den neuen Regierungskräften in Deutschland und ebenso bei der großen Mehrzahl der Wortführer in den Parteien und in der Presse. In Deutschland sind von Beginn des Krieges an alle wichtigen Entscheidungen getroffen worden entweder in falscher Beurteilung der Feinde oder überhaupt ohne Nachdenken über die feindliche Psychologie. So wurde der Krieg geführt, so wurde der Zusammenbruch herbeigezogen, so ist über den Waffenstillstand verhandelt worden, und so wird jetzt der Friedensschluß unterzeichnet.

Mit diesem Frieden verfolgen die Feinde ein doppeltes Ziel: 1. Deutschland moralisch zu entrechten, und 2. es materiell zu ruinieren. Mit dem zweiten Punkt sind sie zugleich bestrebt, die Kriegskosten von ihren Völkern auf uns abzuwälzen. Das „moralische" Ziel ist so wichtig wie das materielle. Man könnte die Behandlung Deutschlands den Völkern nicht plausibel machen, wenn nicht das Schuldurteil, das die Alliierten und Assoziierten gefällt haben, allgemein von der Welt bekräftigt würde. Deutschlands Schuld muß feststehen, sonst ist ein solcher Friede unmöglich. Die politischen Führer von Wilson bis Clémenceau wissen sehr gut, daß es eine Lüge ist, von unsrer Schuld in dem Sinne zu sprechen, wie sie es tun. Das Beweismaterial dafür, daß die russische und die französische Regierung den Krieg gewollt haben und daß die englische sie nicht daran gehindert hat, ist überwältigend. In der Ententeantwort wird wieder gesagt, wir hätten den Krieg erklärt und ihn bewußt verfolgt. Kein Ententepolitiker ist wirklich so dumm, daß er nicht begriffe: für Deutschland wurde das Hinauszögern der Entscheidung über Krieg oder nicht Krieg mit jedem Tag lebensgefährlicher. England brauchte nur den Finger ernsthaft aufzuheben, so hielt es Rußland in Ruhe, und der Friede war gerettet. Aber das alles ist gleichgültig; Deutschland soll nicht nur schuldig sein, sondern auch das Schuldurteil unterschreiben und sich das Brandmal der Schande für die Jahrhunderte selber aufdrücken. Man kann reden, was man will — allein schon die Auslieferung des Kaisers, gleichviel, ob mit oder ohne Protest, ist eine solche Selbstschändung,

Digitized by Google

die sich nie verwischen wird, auch wenn es uns nach Menschenaltern wieder gelingen sollte, die Exportziffern und die Sparkasseneinlagen bergehoch aufzutürmen.

Mußte das alles sein? Mußten wir unterschreiben? Wir mußten nicht und wir durften nicht. Da wird gesagt, wenn wir nicht unterschreiben, so bricht das Reich auseinander, und Aufruhr und Plünderung erheben sich von einem Ende bis zum andern. Möglich, daß es dazu gekommen wäre, wenigstens zum Letzteren. Robert Bosch, einer der größten süddeutschen Industriellen, hat gesagt:

Den vorgelegten Friedensvertrag kann kein Deutscher durchführen, also kann ihn auch kein Deutscher unterschreiben. Unsere Gegner mögen die ganze Verantwortung tragen und selbst auch noch die Regierung Deutschlands übernehmen, die Not kann dadurch nicht größer werden. Die Folgen fallen aber unsern Gegnern zur Last, ohne daß ein Deutscher sich eine weitere Verantwortung auferlegt.

Das ist nach der einen Seite hin das Entscheidende: was man nicht halten kann, soll man nicht unterschreiben. Wer die Sinnesverfassung unsrer Feinde kennt, der weiß auch, daß es mit zu ihrem System gehört, gleichzeitig das Unerfüllbare zu verlangen, und sich jede Maßnahme vorzubehalten, sobald die sicher vorauszusehende Nichterfüllung da ist. Die neue Regierung weiß, daß Erfüllung undenkbar ist. Sie unterschreibt trotzdem und muß sich, wenn sie nicht aus Narren besteht, sagen: in vierzehn Tagen oder drei Monaten oder sobald es irgend gewünscht wird, kann es beim Feinde heißen: ihr haltet der Vertrag nicht, also treten die angekündigten Folgen ein; wir besetzen, was uns paßt, und halten uns schadlos, wie es uns gefällt. Dann kommt das doch, dem man jetzt entgehen will. Natürlich heißt es: das werden die Feinde nicht tun. So hieß es auch vor dem Waffenstillstand und vor der Übergabe des Friedensdiktats von Versailles. Sehen denn die Leute, die den Schandfrieden unterschreiben wollen, nicht, daß jetzt wieder die satanische Richtung auf der Gegenseite gesiegt hat, die Deutschland mit Bewußtsein abwürgen, die zwanzig Millionen Deutsche verkommen und verhungern lassen will? Was könnte denn die herrschenden Vertreter dieser Denkart in Frankreich und England daran hindern, den ersten Vorwand (wir müssen ihnen ja Vorwände bieten wie Sand am Meer) zu benutzen, um Nord- und Süddeutschland durch eine Besatzungszone von Frankfurt bis Eger zu trennen, das rheinisch-westfälische Industriegebiet oder die Nordseehäfen zu besetzen, mit der Erneuerung der Hungerblockade und dergleichen zu drohen? Nichts ist zweifelhafter, als ob in einigen Monaten oder Jahren in den Ententeländern soviel Vernunft und Gerechtigkeit wieder aufgekommen sein wird, oder ob die Interessengegensätze bei unsern heutigen Feinden dann schon so stark sein werden, daß wir der Vollendung des nationalen Abtötungsprozesses entgehen, dem wir uns jetzt durch Unterschrift ausliefern. Es ist ein großer Irrtum zu glauben, mit der Zeit werde das Urteil der Welt über den Frieden sich schon zurechtstellen. Viel-

Digitized by Google

mehr wird es umgekehrt heißen: die Deutschen haben unterschrieben, und wer unterschreibt, erkennt an. Wir können uns verklausulieren und protestieren soviel wir wollen — scripta manent, Geschriebenes bleibt, und was wir geschrieben haben, geht gegen unsere Ehre.

Wir sind von Wilson und von der Entente belogen und betrogen worden. In der „Daily News" (Pariser Korrespondenz vom 11. Juni) heißt es unter der Überschrift „Der Bruch der Bürgschaften":

Man muß daran erinnern, daß den Deutschen am 5. November endgültig ein Friede auf der Basis der 14 Punkte versprochen wurde. Gleichzeitig wurde ihnen weiter mitgeteilt, daß die von ihnen geforderte Wiedergutmachung gemäß der dort gegebenen Definition zu verstehen sei... Mit andern Worten: Die Alliierten haben jetzt den Deutschen einen Vertrag vorgelegt, der in wichtigen Punkten einen definitiven Bruch der Bürgschaften bedeutet, die man Deutschland freiwillig im November gab. Das spricht für die Revision der Friedensbedingungen in ihrem gegenwärtigen Stande, soweit die Gerechtigkeit in Frage kommt. Ebenso bestimmt liegt der Fall vom Standpunkte der Ratsamkeit aus. Deutschland ist außer Stande, die auferlegten Bedingungen zu halten, und wenn es nicht den Frieden auf einer Lüge aufbauen will, indem es Leistungen verspricht, von denen es weiß, daß es sie nicht erfüllen kann, so hat es keine andere Wahl, als die Unterzeichnung abzulehnen. Was diese Entscheidung bedeuten würde, kann angesichts der gegenwärtigen Lage in Europa jeder vorhersehen, der auch nur die oberflächlichste Kenntnis der Dinge in Rußland, Ungarn, Rumänien, Italien, Österreich, Frankreich, Tschecho-Slovakien, Polen und dem Baltischen Gebiet besitzt.

Hier sagt uns ein anständiger Engländer mit klaren Worten: wenn ihr nicht lügen wollt, so dürft ihr nicht unterschreiben. Als Mann von praktischem politischen Verstand fügt er auch gleich die Warnung an seine eigene politische Seite hinzu: zwingt die Deutschen nicht zu dieser Wahl, denn es werden die gefährlichsten Folgen für ganz Europa daraus entstehen. Was aber haben wir in Deutschland statt dessen erlebt? Wir wollen das einmal mit den Worten des „Berliner Tageblatts" (vom 22. Juni) wiedergeben; schärfer brauchten wir es selbst auch nicht zu sagen:

Diejenigen, die versucht haben, der deutschen Politik eine andere Richtung zu geben, haben sich seit langem nicht mehr über das Endergebnis getäuscht. Sie sind überzeugt und dürfen überzeugt sein, daß die Entente uns niemals solche oder ähnliche Friedensbedingungen angeboten hätte, wenn sie gewußt hätte, das ganze deutsche Volk sei einig in einem festen, unerschütterlichen Nein. Durch ihre zahllosen Agenten hat die Entente alle ihre Sprünge und Risse in der Mauer zählen lassen, und sie konnte die Haltlosigkeit, die sich noch obenein als politische Klugheit gebärdete, auch aus der Ferne sehen. Die „Freiheit", ehemalige, jetzt an anderer Hysterie krankende Kriegsmacher und journalistische Narren riefen ihr die beruhigende Kunde, daß wir jeden Vertrag annehmen müßten, in allen Spielarten zu. Wenn man den Vertretern der Entente, die hier in Weimar weilen, und die seit Wochen und Monaten in Berlin die geeigneten Personen ausgehorcht und bearbeitet hatten, jetzt sagt: „Sie haben ungemein geschickt operiert, aber Sie haben soviel Dummköpfe gefunden, daß Ihnen Ihre Tätigkeit erleichtert

Digitized by Google

wurde", dann lächeln sie fein. Lächelnd geben sie zu, daß die Naivität in diesem Lande Gretchens noch immer in Blüte sei. Als dann der Geist Erzbergers auch über die Sozialdemokratie kam, schwand von allen Widerstandsmöglichkeiten der letzte Rest.

Das ist für den praktischen Politiker das Furchtbarste an der Besiegelung unsrer nationalen Katastrophe durch die Unterschrift, daß diese Schande nicht nötig gewesen wäre. Man kennt die Hysteriker und Herostraten, die einstigen Kriegstreiber und jetzigen Kotaumacher vor der Entente, die uns zusammen mit ein paar verzagten Schwachköpfen und der unabhängigen Sozialdemokratie in dies Unglück hineingetrieben haben. Einige und feste Haltung — mehr war nicht nötig, um die Feinde zu einem Frieden zu nötigen, den wir hätten ertragen können. Das Bild eines moralisch entschlossenen Deutschland wäre imstande gewesen, die Satanisten drüben zurückzuscheuchen. Auch Prinz Max von Baden hat richtig den Kern der Lage charakterisiert, als er schrieb:

Die Stärke der (englischen) Opposition gegen den Friedensvertrag hängt wesentlich von Deutschland ab. Heute arbeitet die Opposition gegen den Friedensvertrag wie unter einer Lähmung: Es werden täglich in England falsche Nachrichten ausgestreut über Meinungsverschiedenheiten in der deutschen Delegation, zwischen der Delegation und der Regierung, über diesen oder jenen Minister, der bereit wäre, ein neues Kabinett zur Unterzeichnung zu bilden. Die Korrespondenten fühlen täglich den Puls der deutschen öffentlichen Meinung und melden jedes Schwanken und Nachlassen....

Erst wenn es gelungen ist, in der öffentlichen Meinung der Welt den Eindruck festzusetzen, daß Deutschland die Kraft finden wird, die Unterzeichnung zu verweigern und die Konsequenzen auf sich zu nehmen, erst dann wird es in England zur politischen Kraftprobe zwischen Gegnern und Anhängern des Vertrages kommen.

Auch unter denen, die das Unterzeichnen befürwortet haben, gibt es Männer, die nicht rein aus Schwäche oder Vaterlandslosigkeit handeln, sondern die glauben, eine unvermeidliche Notwendigkeit zu erfüllen. Sie stehen dabei vor allem unter der Wirkung der Furcht, daß, wenn nicht unterzeichnet wird, der Feind unter Kriegsrecht das Land überzieht, der Süden abfällt, Gewalt und Plünderung in den großen Städten ausbrechen. Wohl möglich, daß es dazu gekommen wäre — aber doch nur darum, weil wir nicht von Anfang an darauf ausgegangen sind, die Welt zu überzeugen, daß wir die moralische Kraft zur Weigerung, komme was da wolle, finden würden. Den Mut allerdings mußten wir haben, die Feinde äußerstenfalls zu zwingen, die letzte unmenschliche Konsequenz aus ihrer Gesinnung zu ziehen. Das hätte vielleicht eine schwere Krisis und weitere große materielle Verluste für Deutschland im ganzen und für einen Jeden von uns bedeutet, aber zugleich unsern moralischen Triumph und für die Gegner, wenn sie es wirklich darauf ankommen ließen, die moralische Vernichtung. Was kommt in unsrer Lage auf „moralischen" Triumph an? könnte jemand fragen. Alles!, denn bevor man lebt, muß das Leben wert sein, gelebt zu werden. Das ist zugleich auch das tiefste Fundament für den Wiederaufbau der äußeren Kräfte der Nation. Und dies Fundament rauben uns die Unterzeichner des Friedens.

Digitized by Google

Die Reichseinheit in Gefahr?

Von Dr. Theodor Heuß

den 21. Juni 1919.

Es ist ganz unverkennbar, daß diejenigen, die für die Unterzeichnung des Friedens eintreten, sich von Tag zu Tag mehr des Arguments bedienen: nur mit ihr könne die Einheit des Reiches gerettet werden. Die „Frankfurter Zeitung" hat diesen Ton angeschlagen und die „Vossische Zeitung" hat ihn verstärkt; sie will seit langem wissen, daß im Süden der Wille zum Separatismus vorhanden ist und daß er sich im gegebenen Fall, Einmarsch, Sonderverhandlungen durch die Entente, bereit zeigen wird, ein oder mehrere selbständige Staatswesen herzustellen. Man zitiert den Rheinbund, was so viel heißt: daß diese Staaten dann bei Frankreich ihre Anlehnung finden werden.

Nun kann schlechterdings kein Wort der Beschönigung versucht werden für die Notlage, in die der Süden durch einen Einmarsch der Feinde kommen wird; aber was nicht geduldet werden kann, ist dies, daß mit dieser hochpolitischen Maskierung eine Entscheidung sich zu begründen sucht, ohne daß die sachlichen und seelischen Voraussetzungen gegeben sind. Sie ist wegen ihrer Fernwirkung in die Zukunft geradezu gefährlich und vergiftend; denn aus ihr wird die Formel und Legende der norddeutschen Anhänger der Unterzeichnung emporwachsen: man mußte nachgeben, weil die „schlappen Brüder" im Süden nicht durchgehalten hätten. Daß diese Losung, Ausrede der Bequemlichkeit, in die Kleinmünze resignierender Wohlweisheit ausgegeben werden wird, steht heute schon fest. Als Süddeutscher halte ich mich für verpflichtet, dagegen einiges zu sagen. Die Unterzeichner mögen sich ihre Gründe zurechtlegen — sie können so achtbar sein wie nur immer — sie sollen aber die gemeindeutsche Zukunft, an der ihnen soviel liegt, nicht von vornherein mit dieser Lesart vom moralischen Zwang der Süddeutschen belasten. Man wird sonst in Zukunft die treuesten Männer und Frauen des Südens verantwortlich machen für den Verlust von Danzig und Westpreußen und man wird damit im deutschen Bewußtsein eine böse Lüge verewigen.

Daß es natürlich auch im Süden Leute gibt, die eine Unterwerfung unter den Willen von Versailles wünschen, ist selbstverständlich; auch wir sind mit unseren Unabhängigen gesegnet. Daß die Furcht vor dem Einmarsch viele Gemüter schwer bedrückt, darf nicht wundernehmen. Aber daß irgendwie ernsthafte Kreise auf die Annehmlichkeiten eines Sonderfriedens mit dem Feind spekulieren, ist für Baden und Württemberg eine Erfindung; auch München wird ernüchtert sein, nachdem Eisner seiner Zeit mit seinen unseligen Anbiederungsversuchen eine so derbe Abfuhr durch Clemenceau erfahren hat.

Den Franzosen ist eine Zerstückelung Deutschlands zweifellos erwünscht. Aber

Digitized by Google

ihre tatsächliche Macht, sie durchzusetzen, ist durch ihre eigene Begehrlichkeit gefesselt. Ihre Aussichten auf „Wiedergutmachung" verringern sich in dem Maße, als sie einzelnen deutschen Landesteilen Erleichterungen versprechen, um sie dem Rest weiterhin aufzubürden. Sie werden mit ihren Lockungen selber sparsam sein. In der Lebenshaltung ist der Süden nicht in derselben Notlage wie der Norden, und daß er von den Franzosen mit Kohle versorgt werde, ist bei deren eigenen Nöten höchst problematisch. Die Entente wird mit allerhand Gesten und mit antipreußischen Redensarten freigebiger sein als das in der letzten Zeit Gewohnheit gewesen — ihre letzte Denkschrift weist ja schon diese Richtung —, aber auf die wirtschaftliche Versklavung auch des Südens wird sie keinen Deut verzichten. Im übrigen: Boche bleibt Boche, und der Bayer war eine Zeitlang für den französischen Bürger, unterstützt von der blauweißen Koketterie, die höchste Steigerung des deutschen Kriegsbarbarentums.

Wir haben während des Krieges, aus der Praxis der Verteilungswirtschaft, verstärkten Partikularismus erfahren — zugestanden. Die Revolution, an staatspolitischer Phantasie armselig, hat diesen nicht zu überwinden verstanden, sondern ihn unter Eisners Führung befestigt. Die Verfassungsarbeit, die den großgedachten Entwurf von Dr. Preuß verballhornte, hat das ihrige dazu getan, dem bundesstaatlichen Bau des Reiches seine winklige Enge zu belassen; hätte er großen staatsmännischen Wurf gezeigt, dann wäre uns diese ganze leidige Auseinandersetzung vielleicht erspart geblieben. Aber wir stehen offenbar erst im Elementarunterricht der Erkenntnis, daß innere und äußere Politik sich bedingen.

Das sind nun verpaßte Gelegenheiten.

Doch wir müssen einen Schritt weiter wagen. Wir setzen das Schlimmste als gegeben, wofür heute die Unterlagen Konjektur des Bedürfnisses nach Gründen sind, setzen die Möglichkeit ein, der Süden sondere sich durch eigene Abkommen vom Reich. Das wäre schmerzlich, aber es wäre nur eine Episode.

Gewiß, wir stehen alle unter dem Eindruck, daß das Gefühl für nationale Würde, daß der eingeborene nationale Sinn durch den Zusammenbruch furchtbar gelitten haben. Aber so billig und ekelhaft es ist, jetzt darum das eigene Volk in einem fort zu beschimpfen, so kurzsichtig und frivol, auf diesem gegenwärtigen Zustand die verantwortliche Politik aufzubauen. Haben wir, weil das in Versailles und St. Germain so beschlossen wurde, auf die Vereinigung mit Deutschösterreich verzichtet? Nur der hoffnungslose Tagespolitiker oder der modische Verräter am nationalstaatlichen Gedanken hat dieses Ziel „abgeschrieben", das der nächste Inhalt unseres politischen Arbeitens bleiben muß. So wenig dieses Diktat der Feinde von uns als endgiltig angenommen wird, so wenig würden Verabredungen süddeutscher Regierungen lange Dauer haben.

Denn erstens gibt es ein süddeutsches Wirtschaftsleben für sich gar nicht; die

Digitized by Google

Verflechtung des Austausches und der Finanzen ist so innig geworden, daß beide Teile, und künftig noch mehr als früher, nur von ihrer Ergänzung und Durchdringung leben können. Zum andern aber: Deutschland wird seine nationale Erneuerung von seiner Jugend erhalten und die Demokratie wird sich in der deutschen Geschichte dadurch rechtfertigen und festigen, daß sie den nationalen Gedanken, von allem Dynastischen gelöst, in seiner urtümlichen Bedeutung und Wucht herstellt und zum Träger geschichtlicher Verantwortung macht. Das bedeutet aber, daß sie durch ihre innere Kraft taktische Züge verzweifelter Situationen, wenn sie gemacht werden würden, überwinden müßte.

Der Moral unseres Volkes kann man nichts mehr zumuten. Das läßt sich hören, und die so argumentieren, glauben vielleicht, daß es nichts weiter verschlage, wenn dieses gequälte Volk sich selber noch den Stempel freiwilliger Entehrung aufdrückt. Aber wie denn? Wird nicht die Fremdherrschaft des Feindes die Rute der Erziehung werden, und wird sie nicht fruchtbarer wirken, wenn sie offen, brutal wirkt? Die Moral ist von einer Besetzung weniger bedroht als von der Resignation der Selbsterniedrigung, die aus der Geschichte nicht mehr auszulöschen.

Das Schicksal scheint entschieden. In der Nationalversammlung wird eine Mehrheit zusammengesucht für die Unterzeichnung. Die Sozialdemokraten sollen dann ehrlich sagen, daß es die Angst vor der „unabhängigen" Hetze ist, die sie bestimmte, so rasch umzulernen. Das Zentrum soll bekennen, daß es Erzbergers restlosen Bereitwilligkeiten keine in sich ruhende Festigkeit entgegenzusetzen wußte. Aber niemand, auch die Publizisten nicht, sollen damit hausieren, daß die Sorge um Süddeutschland ein Zwang gewesen sei. Denn nichts wird die Einheitsmoral so vergiften wie dieses Gerede.

Das Femgericht

Von sehr geschätzter Seite wird uns geschrieben:

Deutschland hat den Friedensentwurf seiner Gegner mit einer Denkschrift beantwortet, in der es zwar die Stellung des Besiegten einnimmt, der an den Sieger eine Entschädigung zu zahlen hat, aber die Stellung des Schuldigen ablehnt, der sich von seinen Richtern strafen läßt. Gerade dies aber ist es, was die Gegner von ihm verlangen. Die feindlichen Regierungen haben durch ihre Presse ihren eigenen Bevölkerungen das ganze deutsche Volk so lange als verbrecherisch dargestellt, daß sie jetzt in die Zwangslage versetzt sind, von ihm eine Buße im Sünderhemd verlangen müssen, bevor sie mit einigem Anstand zulassen können, daß Deutschland in den Bund der Völker aufgenommen wird.

Digitized by Google

Vergebens hat demgegenüber die neue Deutsche Regierung eine unparteiische Untersuchung beantragt, um die Schuld am Kriege festzustellen. Die alliierten und assoziierten Regierungen haben wiederholt erklärt, die Schuld sei längst festgestellt. Sie haben aus dem Schweigen Deutschlands auf eine zweideutige Auslegung, die die Entente dem Vorvertrag über die Friedensgrundlagen gab, ein Anerkenntnis der Schuld konstruieren wollen. Niemals haben sie gesagt, was dem deutschen Volke vorgeworfen wird; nicht einmal das steht fest, was seinen früheren Leitern, von denen es sich losgesagt hat, zur Last gelegt wird. Ein geheimes Gericht wie die mittelalterliche Feme hat über das deutsche Volk den Stab gebrochen, und die Heere und Flotten der Alliierten sind die Henker, die den Spruch vollziehen sollen.

Es ist seltsam, daß gerade die Mächte, die unter dem Schlachtruf einer wahrhaften und offenen Politik gegen die Geheimdiplomatie des deutschen Imperialismus zu Felde gezogen sind, sich jetzt auf einen geheimen Urteilsspruch berufen. Es ist seltsam, daß die Staatsmänner, die dem deutschen Volke empfahlen, sich von seinen autokratischen Machthabern zu befreien, es jetzt mit diesen für solidarisch erklären. Und es ist mehr als seltsam, daß die Politiker, die jetzt ihre eigene Bevölkerung durch eine Geheimdiplomatie sondergleichen im Unklaren über den Gang der Friedensverhandlungen, ja über ihren eigenen Friedensentwurf lassen und ihnen dadurch mit der Kenntnis auch die Verantwortung für ihre künftigen Geschicke abnehmen, die das deutsche Volk für Geschicke verantwortlich machen, die unter ähnlicher Nichtachtung des Volkswillens zustande gekommen sind.

Die Presse der Entente weist, wie nach einem amtlichen Stichwort, immer wieder darauf hin, daß die Bevölkerung Deutschlands und Deutschösterreichs dem Kriege zugejubelt habe. Sie unterschlägt dabei die Tatsache, daß sowohl die deutsche wie die österreichische Bevölkerung, unbekannt mit den Einzelheiten des diplomatischen Vorspiels der Weltkatastrophe von 1914, des guten Glaubens lebte, von einem tückischen Feinde nach lange vorbedachtem Plane in vollem Frieden überfallen worden zu sein, daß beide überzeugt waren und überzeugt sein konnten, einen Verteidigungskampf gegen die Machtgelüste der Nachbarn zu kämpfen.

Wenn die autokratische Regierung, die man in den alliierten und assoziierten Ländern den Kaiserreichen Mitteleuropas zum Vorwurf machte, eine rückständige Herrschaftsform war, ein Verbrechen gegen den Geist der Demokratie — warum führen „die großen Vier" die Friedensverhandlungen in so autokratischer Weise? Wenn es richtig ist, den Völkern in so entscheidenden politischen Verhandlungen, die das Schicksal der Welt gestalten, kein Mitbestimmungsrecht zu geben, wie kann man dann das deutsche Volk dafür verantwortlich machen, was in den Kabinetten der Mächte im Juli 1914 versäumt wurde, um den Weltfrieden zu be-

Digitized by Google

wahren, was in diesen Kabinetten geschah, um die kriegerische Entladung herbeizuführen?

Es ist ein altes Wort: Den Wahnsinn der Könige haben die Völker zu büßen. Auch der Versuch, auf dem Wege des schriftlichen Verfahrens und unter Ausschluß der Öffentlichkeit aus dem Zusammenbruche Europas einen internationalen Neubau aufzurichten, ist Wahnsinn. Deutschland würde die Völker, deren leitende Staatsmänner diesen Wahnsinn begehen, nicht dafür verantwortlich machen, auch wenn es die Macht dazu hätte; es hat der Gewalt aus voller Überzeugung entsagt. Aber büßen werden sie ihn, dafür sorgt die Weltgeschichte, wenn sie nicht selbst zum Rechten sehen. Es gibt keine Verantwortlichkeit ganzer Völker vor den Staatsmännern anderer Völker; wohl aber gibt es eine Verantwortlichkeit der Staatsmänner vor ihren eigenen Völkern. Noch jedes freie Volk hat das Recht geltend gemacht, seine Führer zur Rechenschaft zu ziehen, wenn sie sich als Verführer erwiesen hatten. Auch das deutsche Volk nimmt jetzt dieses Recht in Anspruch. Vielleicht kommt die Zeit, wo die Brüdervölker, die heute seine Feinde sind, sich wieder auf dieses Recht besinnen.

Bethmann Hollwegs „Betrachtungen zum Weltkriege"

Von Dr. Friedrich Thimme

Den Kriegsbüchern Jagows, Helfferichs und des Grafen Pourtalès ist nun der erste Band der Betrachtungen Herrn von Bethmann Hollwegs zum Weltkriege gefolgt. Es ist sehr beklagenswert, daß das Buch des fünften Kanzlers, das ähnlich seinen Vorläufern in großen Linien eine Schilderung der Zustände vor dem Kriege und der Ereignisse bis zur Kriegserklärung gibt, und das ohne alle Frage nicht bloß durch die Persönlichkeit seines Autors, sondern auch in sich die beste und wichtigste der bisher von deutscher Seite erschienenen Verteidigungsschriften ist, nicht ein halbes Jahr früher erscheinen konnte. Das öffentliche Urteil der Welt würde sich dann nicht so sehr in dem Sinne der vorwiegenden oder gar der alleinigen Schuld der Mittelmächte am Kriege verhärtet haben. Freilich ob das Buch Herrn von Bethmann Hollwegs imstande gewesen wäre, den mit so erstaunlicher Oberflächlichkeit und Leichtfertigkeit abgefaßten Bericht der von der Entente für die Feststellung der Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges niedergesetzten Kommission zu beeinflussen oder gar die Antwort der Entente hintanzuhalten, die noch einmal in einer bisher nicht erhörten Weise alle und jede Verantwortung auf Deutschland allein und zwar nicht nur auf die deutsche Regierung, sondern auch auf das deutsche Volk häuft, das muß bezweifelt werden. Gegen vorsätzlich bösen Willen und gegen absolute Herzenshärtigkeit kämpfen, wie gegen Dummheit die Götter selbst vergebens. Eine um so wichtigere und entscheidendere Rolle

Digitized by Google

aber wird das Zeugnis Herrn von Bethmann Hollwegs für das Wiederaufnahmeverfahren vor dem Richterstuhl des Weltgewissens haben, das das deutsche Volk von Stund an mit aller Energie betreiben muß und wird.

Nicht als ob Herr von Bethmann Hollweg für die Einleitung eines solchen Wiederaufnahmeverfahrens ganz neue, bisher unbekannte Tatsachen beibrächte. Sensationelle Enthüllungen wird in dem Buche niemand suchen, der die vornehme, jede Indiskretion weit von sich weisende Zurückhaltung des fünften Kanzlers kennt. In der Hauptsache operiert Herr von Bethmann Hollweg, wie vor ihm schon Jagow, mit den bekannten, durch die neuerlichen Veröffentlichungen aus den russischen Archiven vermehrten Materialen, die freilich hier und da durch neue Einzelzüge bereichert werden. Neu ist z. B. der bezeichnende Umstand, daß Rußland sich einer schriftlichen Fixierung des bekannten Potsdamer Abkommens vom November 1910 mit der Ausflucht entzogen hat, daß das Wort des Zaren genüge; neu, was über die Vorgeschichte der mit besonderer Klarheit und Durchsichtigkeit dargestellten Mission Haldanes im Jahre 1912 erzählt wird; neu mancherlei Einzelheiten über die russische Orient- und Meerengenpolitik, über die Erneuerung des Dreibundes im Jahre 1913 usw. Auch unsere Kenntnisse über die Vorgänge während der Julikrise 1914 werden vielfach vertieft, richtiger vielleicht gesagt, befestigt. Völlig hinweggeräumt wird die Legende vom Potsdamer Kronrat vom 5. Juli, die selbstverständlich auch durch Hardens hartnäckigen Versuch, sie durch einen angeblich am 6. stattgefundenen Kriegsrat zu ersetzen, nicht galvanisiert werden kann. Neu und wichtig sind Herrn von Bethmann Hollwegs Mitteilungen über die Genesis der Kriegserklärung an Rußland, bei der die Auffassung des Generalstabschefs von Moltke (gegenüber der des Kriegsministers von Falkenhayn, der von der Kriegserklärung schädliche politische Folgen befürchtete) durchdrang. Neu sind endlich auch eine ganze Anzahl von Zeugnissen für die Friedensliebe des Kaisers. Wir hören, daß der Kaiser seine Tangerfahrt im Jahre 1904, von der er wohl wußte, daß sie uns in gefährliche Engagements verwickeln könne, sehr gegen eigenes Wollen und nur auf das Drängen seiner politischen Ratgeber unternommen hat, wie sich denn auch sein persönlicher Einfluß auf friedliche Erledigung der Marokkokrisis des Jahres 1905 sehr stark geltend gemacht habe. Wir erfahren, daß Wilhelm II. auch in den Jahren 1911 und 1912 sorgsam auf die Bewahrung des Friedens bedacht gewesen ist und in seinem unbedingten Friedenswillen keineswegs erlahmte, seit er, etwa von 1912 an, sich immer mehr von der Koalition überzeugte, die sich, ähnlich der Kaunitz'schen, gegen Deutschland bilde, und die über uns herfallen werde. Ausdrücklich und in ergreifenden Worten bezeugt es Herr von Bethmann Hollweg dem Kaiser auf Grund jahrelangen, vertrauensvollsten Gedankenaustausches, daß er mit seinem tief und leidenschaftlich gefühlten Friedenswillen auch in dem unheilvollen Sommer 1914

Digitized by Google

das äußerste getan habe, um einen friedlichen Ausweg zu finden. Darf man hoffen, daß dieses Zeugnis, das sich ganz mit denjenigen Jagows, Helfferichs und vieler anderer Vertrauter des Kaisers deckt, das haßerfüllte Zerrbild eines nach Weltherrschaft, Krieg und Blut lechzenden Tyrannen zerreißen wird, auf Grund dessen unsere Gegner den Kaiser vor ihren Richterstuhl ziehen möchten? In Deutschland wenigstens sollte das Buch Herrn von Bethmann Hollwegs auch den letzten Zweifel beseitigen, daß deutsche Ehre nie in eine Auslieferung und Verurteilung des Kaisers willigen darf und kann.

Aber nicht auf den neuen Mitteilungen, sei es über die Politik, sei es über Persönlichkeiten, beruht die Hauptwirkung des Bethmannschen Buches. Noch weniger bestrickt es durch äußere Vorzüge der Darstellung, die vielmehr in Aufbau und Ausdrucksweise ein wenig schwerfällig anmutet. Kein größerer Gegensatz ist denkbar als zwischen der glatten und flüssigen Erzählungskunst des Fürsten Bülow und der schweren, oft etwas ungelenken Schreibweise Herrn von Bethmann Hollwegs, die sich oft in Wiederholungen ergeht, freilich ungewollt gerade dadurch starke Wirkungen auslöst, daß sie den Blick des Lesers immer wieder auf dieselben Hauptgesichtspunkte lenkt: auf den steinharten Kriegswillen Rußlands, auf die schweren Unterlassungssünden Frankreichs und namentlich Englands, die nichts, gar nichts getan haben, um diesen Kriegswillen zu erweichen.

Mit der Herrn von Bethmann Hollweg eigenen Schwerflüssigkeit aber hängt eine andere Eigenschaft zusammen, die das eigentliche Geheimnis der seinem Buche innewohnenden Durchschlagskraft ausmacht. Das ist, neben der Nüchternheit und Sachlichkeit, die immer nur überzeugen, nie bestechen will, die absolute Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit, von der jedes seiner Worte gleichsam durchtränkt ist. Das sittliche Ethos, von dem schon die Kriegsreden Herrn von Bethmann Hollwegs erfüllt waren, und das ihnen so starke Wirkung bis tief in das Ausland hinein verliehen hat, verleugnet sich auch in dem Buche nicht. Mit diesem Ethos ist wieder — auch das trägt viel zur Wirkung der Bethmannschen Darstellung bei — ein Maß von Unbefangenheit und Objektivität des Urteils verknüpft, das bisher von keinem anderen der mithandelnden Staatsmänner auch nur annähernd erreicht worden ist. Weit entfernt, seinen Betrachtungen den Charakter einer Apologie Deutschlands oder gar einer Selbstapologie aufzudrücken, ist Herr von Bethmann vielmehr bestrebt, sie zur Höhe einer leidenschaftslosen, welthistorischen Anschauungsweise zu erheben. Es ist ihm keineswegs darum zu tun, Deutschland von jeder Mitschuld am Kriege rein zu waschen; nein, er erkennt ruhig das biblische Wort an: wir sind allzumal Sünder. Er spricht einmal von der Gesamtschuld aller am Kriege beteiligten Nationen, die er in dem allgemeinen Irrglauben aller Mächte, auch Deutschlands sucht, mit den Mitteln der Koalitionen und Rüstungen, die tatsächlich doch überall der Verwirk-

Digitized by Google

lichung eigenen Machtbegehrens galten, den Menschheitsaufgaben der Politik gerecht werden zu können. Er räumt ein, daß in den deutschen Zuständen und dem deutschen Verhalten vor dem Kriege Elemente der Unruhe vorhanden gewesen seien, die der immer wieder betonten Friedensliebe Deutschlands zu widersprechen schienen: die geräuschvolle Flottenpropaganda, der nationale Überschwang der alldeutschen Bewegung, die aber, wie Bethmann Hollweg mit Recht hervorhebt, ihr Gegenstück in dem weit schlimmeren Chauvinismus der Ententeländer fand, gelegentliche temperamentvolle, die deutsche Kriegsmacht stark herausstreichende Äußerungen des Kaisers, die ihren eigentlichen, doch auch auf die Bewahrung des Friedens gerichteten Zweck verfehlten. Er gesteht bereitwillig zu, daß in Deutschland, wo freilich der Führung der auswärtigen Geschäfte in den unklaren, jeder Stabilität entbehrenden Parteiverhältnissen ganz besondere Schwierigkeiten erwuchsen, so wenig wie in England die Staatskunst stark genug gewesen sei, die Welt durch eine große Tat vor einem Schicksal zu bewahren, das nicht erst seit den Julitagen 1914 als gewaltiges Unwetter am Himmel stand. Ganz offen spricht Herr von Bethmann Hollweg auch von den Mängeln seines eigenen Handelns. Freimütig bekennt er, daß er nicht der Mann der geschickten Regie sei, daß er bei der Mission Haldane 1912 in bester Absicht vielleicht den Fehler begangen habe, den vor allem auf die Herstellung eines politischen Verständnisses gerichteten Verhandlungen eine zu breite Ausgangsbasis gegeben zu haben, daß er bei dem Beginn der Julikrise 1914 zu sehr des Glaubens gewesen sei, daß selbst russisches Denken davor zurückschrecken werde, ohne äußerste Not den furchtbaren letzten Schritt zu tun, und daß jedenfalls England, vor die allerletzte Entscheidung gestellt, die Erhaltung des Weltfriedens höher schätzen werde als seine Freundschaften mit Frankreich und Rußland. Auch das gibt Herr von Bethmann Hollweg, auf die Gefahr hin, damit seinen deutschen Gegnern einen Vorteil wider sich einzuräumen, rundweg zu, daß der Krieg nicht bloß politisch nicht geschickt in Szene gesetzt, sondern auch wirtschaftlich und finanziell nicht vorbereitet gewesen sei: ein Zugeständnis, das übrigens aufs stärkste für unsere Nichtschuld am Kriege zeugt. Daß Herr von Bethmann Hollweg sich auch heute noch zu dem Unrecht an Belgien bekennt, bedarf nicht erst der Erwähnung. Freilich leugnet er, und das mit Recht, daß unser Einmarsch in Belgien bestimmende Bedeutung für den Gang der Weltkatastrophe gehabt habe.

Von welch hoher Warte aus Herrn von Bethmanns Buch geschrieben ist, erkennt man am besten, wenn man verfolgt, wie er auch unseren Gegnern gerecht zu werden versucht. Wiederholt nimmt er namentlich die englische Politik dagegen in Schutz, daß sie von langer Hand her einen kriegerischen Überfall auf Deutschland geplant habe. Er warnt davor, aus den drastischen Enunziationen der englischen Kriegshetzerpartei auf kriegstreibende Tendenzen des englischen

Digitized by Google

Volkes in seiner Gesamtheit zu schließen. Er glaubt nicht wie Helfferich daran, daß es England bei den Verständigungsbestrebungen, etwa bei der Mission Haldane, lediglich um hinterhältige Scheinverhandlungen zu tun gewesen sei, sondern er billigt vor allem einem Grey die bona fides zu. Freilich den Vorwurf vermag er der englischen Politik nicht zu ersparen, daß sie, während Deutschland in der Julikrise doch mindestens seit dem 28. Juli, das Äußerste aufgeboten hat, um auf Österreich im Sinne einer direkten Verständigung mit Rußland einzuwirken, nichts Entscheidendes getan habe, um dem Kriegswillen der russischen Machthaber entgegenzutreten. Ausdrücklich nimmt Herr von Bethmann Hollweg, und das will bei ihm viel sagen, die Äußerung des ersten deutschen Weißbuchs, England habe „Schulter an Schulter" mit Deutschland für den Frieden gearbeitet, zurück: „Den eigenen amtlichen Veröffentlichungen unserer Gegner, die Licht genug auch über den Londoner Anteil an der diplomatischen Unterbauung des Krieges verbreiten, widerspräche es, wollten wir noch heute an dieser Ansicht festhalten."

Auch Frankreich sucht Herr von Bethmann Hollweg durchaus gerecht zu werden. Insofern allerdings ist sein Urteil über die französische Regierung schärfer als über einen Grey, als er ihr vorwirft, durch wohlberechnete Unwahrhaftigkeit in der Darstellung der tatsächlichen Vorgänge das französische Volk in den Glauben versetzt zu haben, daß wir die heimtückischen Angreifer seien. Aber immerhin läßt Herr von Bethmann gelten: „Die leidenschaftlich Vorstoßenden waren die russischen Machthaber, die französischen warteten sympathisch zu." Der Friedensliebe des französischen Volkes läßt der ehemalige Kanzler volle Gerechtigkeit widerfahren. Mit großer Achtung spricht er auch von der Ertüchtigung des französischen Volkes seit 1870, der französischen Renaissance, die man in Deutschland über gewissen geschmackwidrigen und krassen Boulevarderscheinungen nicht genügend gewürdigt habe. Rückhaltlos gibt er die wunderbare Energie zu, mit der Frankreich die grausigen Kriegsjahre durchgefochten habe.

Den eigentlichen Kriegsschuldigen, das ergibt sich schon aus seinen obigen Worten, sieht Herr von Bethmann Hollweg in dem zaristischen Rußland. Mit großem Nachdruck weist er u. a. auf das Protokoll der russischen Regierung vom 21. Februar 1914 hin, worin es mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit hieß, daß es „gegenwärtig die Aufgabe der zielbewußten Arbeit des Ministeriums des Äußeren sei", die erwartete Krisis — den künftigen Krieg, herbeizuführen. Mit schärferem Nachdruck noch hebt er als das entscheidende Moment für den Krieg, das alle Friedensbemühungen zum Scheitern gebracht habe, die russische Mobilmachung, heraus. Eingehend untersucht Herr von Bethmann Hollweg die verschiedenen Gründe, die für die russische Generalmobilmachung in Betracht kommen konnten, um zu dem Schluß zu gelangen: Rußland hat mobil gemacht, weil es den Krieg wollte. In der absoluten Gewißheit, die die deutsche Regierung schon

Digitized by Google

am 31. Juli zu haben glaubte, daß Rußland unter allen Umständen den Krieg wollte, und die er durch die inzwischen erfolgten Enthüllungen über die allgemeinen Pläne Sassonows sowie über die Hergänge bei der russischen Mobilisation noch doppelt und dreifach bewiesen zu sehen glaubt, erblickt Herr von Bethmann Hollweg auch eine volle Rechtfertigung für die Kriegserklärung an Rußland.

Ob Herr von Bethmann Hollweg in diesem wichtigen Punkte, ob er auch in dem anderen, warum die deutsche Regierung zugelassen hat, daß Österreich das serbische Ultimatum ohne die vorherige Kenntnis der deutschen Regierung und ohne Billigung seines Wortlauts hat erlassen dürfen, die Welt überzeugen wird, das steht dahin. Es ist bezeichnend, daß der Bericht der feindlichen Schuldkommission die Tatsache der russischen Mobilisierung gar nicht erwähnt; man ist einfach entschlossen, diese Maßregel nicht einmal als ein Accedens gelten zu lassen. Stat pro ratione voluntas. Es wird sich empfehlen, die beiden „schwachen Punkte", die die Haltung der deutschen Regierung während der Julikrise nach einer weitverbreiteten Meinung aufzuweisen hat, die Stellung zum österreichischen Ultimatum und die „überstürzte" Kriegserklärung an Rußland, an der Hand der Bethmannschen Betrachtungen einer tiefer eindringenden Untersuchung zu unterziehen. So viel aber darf doch schon jetzt gehofft werden, daß die eingehenden Darlegungen Herrn von Bethmanns, mögen sie die Welt im einzelnen überzeugen oder nicht, der „summarischen und pharisäerhaften Schuldsprechung" des Gegners, wie sie in der Antwortnote der Entente auf den Gipfel getrieben ist, den Boden entziehen werden. Möge doch die Menschheit, deren Urteil nach einem Worte Wilsons die letzte Instanz in all diesen Dingen bildet, einmal die Darlegungen Bethmann Hollwegs mit dem Bericht der feindlichen Schuldkommission und mit der Antwort der Entente konfrontieren. Wir sind überzeugt, daß kein Neutraler, ja, keiner unserer Gegner, der irgend guten Willens ist, aus einer solchen Vergleichung Schlüsse zugunsten der feindlichen Sache und ihrer Gerechtigkeit ziehen kann. Bei Bethmann Hollweg eine bereitwillige Anerkennung der eigenen Schwächen und Fehler, eine unbefangene und vornehme Würdigung der feindlichen Völker, sichtliches Bestreben, gerecht und objektiv zu urteilen. Bei unseren Gegnern eine Selbstüberhebung und eine Selbstgerechtigkeit ohnegleichen, ein wütender Haß, der nicht einmal an dem deutschen Volk ein gutes Haar läßt, ein blindes und rachsüchtiges Anathema, wie es die Weltgeschichte noch nicht gesehen hat. Wir sind völlig sicher, daß der Menschheit einmal, wenn auch erst in vielleicht später Zeit, die Augen aufgehen werden über die Wahrheit, die schon in einem solchen Vergleich zutage tritt.

Dem deutschen Volke aber möge das Buch Herrn von Bethmann Hollwegs eine letzte eindringliche Mahnung sein, ein „eigenes unwahres und würdeloses Schuldbekenntnis" standhaft abzuweisen. Wir brauchen nicht abzustreiten, daß wir eine

Digitized by Google

Mitverantwortung an dem Kriege tragen. Wir brauchen uns nicht einmal vollkommen auf den Standpunkt Herrn von Bethmann Hollwegs zu stellen, wenn er seine Auffassung dahin zusammenfaßt: „Aufgerichtet ist der Holzstoß zum Weltbrande von Mächten der Entente, Deutschland hat die Scheite nicht zugetragen." Aber uns als die allein Schuldigen, die allein Verantwortlichen am Kriege zu bekennen, dazu hat in Deutschland nach den gehäuften Zeugnissen der letzten Zeit, zu denen noch die Bekundung des letzten deutschen Weißbuches treten, nach dem Kardinalzeugnis vor allem Herrn von Bethmann Hollwegs, den nicht ohne Grund ein neutrales Blatt einmal den wahrhaftigsten unter allen am Kriege beteiligten Staatsmännern nannte, kein Deutscher, wer es auch sei, noch das Recht.

Die elsaß-lothringischen Parteien und die Autonomiefrage

Von Fr. Koenig.

Die Vorkämpfer der „République une et indivisible", wie sich das republikanische Frankreich seit der großen Revolution mit Vorliebe zu nennen pflegt, fühlen sich allem Anschein nach den politischen Problemen, welche die „elsaß-lothringische Frage" in ihrer neuen Form für Frankreich aufwirft, gegenüber recht hilflos. Sie hatten gedacht, daß Elsaß-Lothringen sich im ersten Affekt glühender Liebe zur „mère-patrie" vorbehaltlos in den Verband des französischen Staates einfügen ließe; nunmehr aber machen sie die betrübende Erfahrung, daß nicht nur gewisse „bochisierte" Individuen sich gegen die Segnungen des französischen Zentralismus und Nationalismus sperren, daß sogar für völlig zuverlässig erachtete Kreise *sich in erster Linie als Elsässer und Lothringer fühlen* und mit denjenigen gemeinsame Sache machen, die zum Schutz ihrer Heimat gegen die Flut von Westen Dämme aufzuwerfen für nötig erachten.

Zuerst erschien die „*Republikanische Volkspartei*, die Erbin des elsässischen Zentrums, auf dem Plan; naturgemäß haben in ihr, wenigstens äußerlich, die nationalistischen Elemente von ehedem Oberwasser erhalten, so daß es nicht Wunder nehmen kann, daß jeder Akt öffentlicher Betätigung mit der Beteuerung unverbrüchlicher Liebe zu Frankreich beginnt. So sehr aber auch der Mund von Floskeln der Verehrung für Frankreich überströmt, das Programm der Partei ist so „regionalistisch", daß man es geradezu autonomistisch nennen kann. Nichts vom Eigenwesen ihrer Heimat, nichts von den wertvollen Errungenschaften der deutschen Zeit will die „Republikanische Volkspartei" aufgeben; sie will vor allem kein Quentchen von dem Einfluß, den die Kirche im Land besitzt, auf dem Altar des antiklerikalen „Mutterlandes" opfern; dabei ist es ihr völlig gleich-

Digitized by Google

gültig, ob Frankreich durch diese ihre Haltung Schwierigkeiten außen- und innerpolitischer Art, aus denen kaum ein Ausweg zu ersehen ist, bereitet werden oder nicht.

Die französische Republik von heute steht und fällt mit der Trennung von Kirche und Staat. Die Republikanische Volkspartei aber erklärt kaltblütig, daß sie diese Trennung nicht dulden könne, daß sie vielmehr Freiheit und Achtung vor jeder religiösen Überzeugung und darum die konfessionelle Volksschule verlangen müsse.

Die französische Republik ist ausgesprochen zentralistisch; sie ist nicht imstande, Partikularismen zu ertragen, die der Nation nur bedingten Gehorsam erweisen, oder sich der Nation kulturpolitisch bis zu einem gewissen Grade zu entziehen suchen. Die „Republikanische Volkspartei" aber beansprucht für Elsaß-Lothringen nicht nur wirtschaftlichen Regionalismus, sondern auch administrativen, so daß der elsaß-lothringische Staat in seinen Grundzügen erhalten bliebe; sie verlangt auch kulturpolitischen Regionalismus, insofern als die Sprachenfrage in Schule und öffentlichem Leben den Bedürfnissen der alemannisch-fränkischen Bevölkerung Elsaß-Lothringens entsprechend geregelt werden müsse und nicht den nationalistischen Wünschen Frankreichs gemäß.

Die französische Republik hat naturgemäß das Bestreben, sich einen aus innerfranzösischen Elementen bestehenden national-zuverlässigen Beamtenapparat im Lande zu schaffen, um die Französierung möglichst beschleunigen zu können. Die „Republikanische Volkspartei" aber erklärt, daß die Beamtenstellen in Elsaß-Lothringen in erster Linie den Elsässern und Lothringern gehören und gibt den Franzosen zu verstehen, daß sie als Landfremde empfunden werden und sich daher zu Beamten in Elsaß-Lothringen nicht recht eignen.

Mit am bezeichnendsten aber ist, daß die „Republikanische Volkspartei" ihren regionalistischen Charakter dadurch in schärfster Weise zum Ausdruck brachte, daß sie sich entschloß, sich keiner der bestehenden französischen Parteien anzuschließen: „Es wäre für uns ein großer Vorteil gewesen," so erklärte ihr Vorsitzender Pfleger am 10. Mai in einer öffentlichen Versammlung zu Straßburg, „wenn wir uns an eine große Partei in Frankreich hätten anschließen können, aber das war nicht möglich, da es eine solche Partei nicht gibt, in der wir restlos hätten aufgehen können." (Lothr. Volkszeitung Nr. 114 vom 17. Mai.)

Trotz allem aber, so sagt Herr Pfleger, Separatisten sind die Männer der Republikanischen Volkspartei nicht. Eins aber sind sie gewiß, wie die Elsässer überhaupt: ausgezeichnete politische Taktiker! Ein bedeutender französischer

Digitized by Google

Politiker, es war wohl Maurice Barrès, sagte einst: „Die elsaß-lothringischen Abgeordneten sind Heuchler, Ehre diesen braven Männern!" Er wollte damit seine französischen Landsleute beruhigen, denen der Opportunismus ihrer elsässischen Freunde zu weit ging; wir wollen das häßliche Wort nicht aufnehmen, wollen uns vielmehr damit begnügen, festzustellen, daß sie auch den Franzosen gegenüber die politische Taktik nicht verlernt haben.

Wie einst zur deutschen Zeit die Schwenkung des elsässischen Zentrums zur nationalistischen Bewegung die anderen Parteien nach sich zog, so ist es auch jetzt wieder; sie alle: Demokraten und Sozialisten folgten mit der einen Ausnahme des Einspänners Blumenthal automatisch dem Zentrum, da sie sich der Erkenntnis nicht verschließen konnnten, daß sie so wie die Volksstimmung augenblicklich ist, bei anderer Einstellung unweigerlich unter die Räder kämen. Und so erklärt auch die Erbin der liberal-demokratischen Partei von einst, die „demokratisch-republikanische Partei", daß der Leitgedanke ihres Programms der „Regionalismus" sei. Zwar verlangt sie in der Frage des Verhältnisses von Kirche und Staat die Anwendung der französischen Trennungsgesetze, stellt sich aber wirtschaftlich, sozialpolitisch und administrativ auf denselben Boden, wie ihr einflußreicherer Rivale. Und ebenso erklärt sie: „Ein Anschluß an eine bestehende französische Partei ist aus Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse und Bedürfnisse des Elsaß und Lothringens auf der andern Seite nicht ins Auge gefaßt." Aus „taktischen" Rücksichten wird die Parteigründung Blumentals und sein Anschluß „an die völlig abgewirtschaftete radikale Partei Frankreichs," die der Träger des Gedankens der „république une et indivisible" ist, verurteilt (Elsässer Nr. 118 vom 6. Mai über die Tagung der Demokratisch-Republikanischen Partei vom 4. Mai). Der „Elsässer", das Hauptblatt der Republikanischen Volkspartei, spricht ironisch von einem „Regionalismus mit Hindernissen", „der aber schon einen Fortschritt gegenüber dem ersten Echo ihrer regionalistischen Forderungen bedeute."

Diese Entwicklung geht natürlich den Parisern stark auf die Nerven; vor allem die radikale Partei, die Trägerin der alten zentralistisch-republikanischen Tradition, fühlt ein gelindes Grausen im Hinblick auf dieses Elsaß-Lothringen, das nicht nur für sich eine Sonderstellung im Rahmen Frankreichs verlangt, sondern es sogar wagt, von Frankreich zu fordern, daß es sich seinerseits grundlegend ändere, wenn es auf die seelische Eingliederung der „wiedergewonnenen Brüder" rechnen wolle. Bezeichnend ist, daß einer ihrer Sachverständigen für elsässische Fragen, Herr Oesinger, im Pariser „Radical" der Demokratisch-Republikanischen Partei den Vorwurf macht, „germanistisch" zu sein.

Das aber wird naturgemäß unter den augenblicklichen Verhältnissen von den

Digitized by Google

Führern dieser Partei als böswillige Anrempelung empfunden und so bleibt ihr Organ: „Die Neue Zeitung", die Antwort nicht schuldig. Ihr Chefredakteur Charles Frey, der zugleich Vizepräsident der neuen Partei ist, setzt sich in Nr. 143 seiner Zeitung vom 25. Mai in einem polemischen Artikel: „Die politische Frage im Elsaß" mit Herrn Oesinger in einer Weise auseinander, die demjenigen, der zwischen den Zeilen zu lesen versteht, tiefe Einblicke in die augenblickliche Geistesverfassung des Landes gestatten.

Charles Frey sieht sich genötigt, im Namen der Demokratisch-Republikanischen Partei des Elsasses den Pariser Radikalen zu erklären: „Wir sehen keine Möglichkeit der Verständigung, wenn die radikale Partei nicht Methode und Leute ändert." Und ähnlich liest das Journal d'Alsace-Lorraine Herrn Oesinger den Text:

„Die jungen Parteiführer, von denen Sie mit so viel Überhebung sprechen, werden trotzdem ihre Rolle spielen, und wahrscheinlich viel besser, als Sie es erwarten. Wenn das Elsaß Sie wirklich interessiert, hätten Sie allen Anlaß, sie vorsichtiger zu behandeln, denn hinter ihnen steht eine ganze Bevölkerung, bereit, ihnen recht zu geben."

Und Charles Frey sagt weiter:

„Wir sind durch eine gute politische Schule gegangen und haben vor allem gelernt mißtrauisch zu sein. Wir kaufen keine Katz im Sack. Und wenn wir eine Sache nicht kennen, studieren wir sie, ehe wir uns entscheiden. Wir werden daher — so Herr Oesinger, verstehen wir die Politik — uns zunächst darüber klar zu werden versuchen, was uns im Lande nottut, was wir brauchen und was wir wollen. Dann wollen wir versuchen, diesen unseren politischen Willen durchzusetzen. Wir werden dabei die politischen Parteien Frankreichs an der Arbeit zu beobachten haben und uns, unbeeinflußt durch schöne Namen und Programme, für die entscheiden, die uns geeignet und gewillt erscheinen, unsere Interessen zu vertreten. Gewiß, wir wissen und haben es zur Genüge gehört, daß die französischen Interessen jetzt die unseren sind. Aber wir haben unsere eigene politische Schule, und jetzt bereits eine politische französische Erfahrung, die uns lehrt, den Spieß umzudrehen, und mit Nachdruck zu betonen, daß unsere Interessen die französischen sind, daß es zunächst gilt, unsere Interessen zu wahren, wenn man den Interessen Frankreichs dienen will. Deshalb, gerade weil wir die Vertretung der elsässischen Interessen an die Spitze stellen, sind wir eine national-französische Partei, und darin machen uns weder die inhaltlosen Schlagworte, noch die lächerlichen, altjüngferlichen Verdächtigungen der Ladenhüter der Pariser Politik irre."

Mit der Gewandtheit eines journalistischen Akrobaten versucht sich der in allen Säckeln politischer Taktik gerechte Chefredakteur der „Neuen Zeitung" an dem Kunststück, den Parisern klarzumachen, daß auch die elsässische Demokratie die Autonomie des politischen Willens für sich in Anspruch nehme, ohne sich eine Sünde wider den heiligen Geist der „idée française" zu schulden kommen zu lassen. Ob die Synthese überhaupt möglich ist, darüber mit ihm zu rechten, ist nicht unsere

Digitized by Google

Sache, die wir dem Elsaß aus innerer Überzeugung den Weg frei geben, dahin zu gehen, wohin Neigung und Interesse es treiben. Vielleicht versteht Herr Ch. Frey selber im stillen seine These mit einem großen Fragezeichen; wichtig aber ist, auch für uns, die wir die Entwicklung der elsässischen Dinge mit innerer Anteilnahme verfolgen, den eigenen Worten dieses vor kurzem noch nationalistischen Heißsporns zu entnehmen, daß auch er sich genötigt sieht, Frankreich gegenüber den Primat der elsässischen Interessen für die elsässische Politik zu betonen.

Der Hintergrund aber für diese scharfe politische Wendung gegen Paris ist der geradezu allgemeine politische Katzenjammer im Lande, der sich infolge der französischen Rückständigkeit, der französischen Willkür und des französischen Eigendünkels weitester Kreise der Bevölkerung bemächtigt hat. Die elsässischen Politiker sind von jeher gewohnt, sich von den Wellen der instinktiven Gefühlsregungen der Bevölkerung tragen zu lassen und aus ihnen Kapital für ihre partei-politischen Bestrebungen zu schlagen. So bequemen sie sich denn auch jetzt der im Volke gärenden Unzufriedenheit an, versuchen aber gleichzeitig mit Seiltänzergewandtheit die Brücken nach Westen hin gangbar zu erhalten. Ob es ihnen auf die Dauer gelingt, den Ansprüchen ihres Frankreich gegenüber immer kritischer und selbstbewußter werdenden Volkes auf Durchsetzung seiner partikularistischen Belange gerecht zu werden, ohne Frankreich vor den Kopf zu stoßen, das wird die Zukunft lehren.

Das eine steht jedenfalls fest: Gelöst ist die elsaß-lothringische Frage nicht. Sie besteht zum mindesten zunächst als innerfranzösische fort und stellt den französischen Staat vor geradezu unüberwindliche Schwierigkeiten. Jederzeit aber kann sie wieder je nach der Weltlage zu einer internationalen werden; latent ist sie es dauernd; so lange wenigstens, als der deutschen Forderung, Elsaß-Lothringen das Selbstbestimmungsrecht zu gewähren, nicht genug getan ist. Wenn Frankreichs Ententegenossen Augen hätten zu sehen und Ohren zu hören, es müßte sie heute schon ein gelindes Grausen erfassen vor dem Unheil, das sie durch ihre kurzsichtigen Beschlüsse anzurichten auf bestem Wege sind; sie erwiesen Frankreich den größten Dienst, wenn sie ihre Beschlüsse hinsichtlich Elsaß-Lothringens einer Revision unterzögen, ehe es zu spät ist.

Der alte Schlendrian

Von Universitätsprofessor Dr. L. Bergsträsser

Der Kriegsausbruch traf unsere amtliche auswärtige Politik in ihrer Sünden Maienblüte; das Urteil steht fest und trifft zu; doch geht man fehl, wenn man meint, es habe daran, oder nur daran gelegen, daß die amtlichen Stellen

Digitized by Google

über die Vorgänge in den anderen Ländern nicht genügend unterrichtet gewesen seien. Wir wissen, daß sie die diplomatischen Vorgänge im engsten Sinne, die Verhandlungen der Gegner, recht gut zu verfolgen verstand. Sehr viel weniger die in den breiteren Massen des Volkes sich abspielenden. Doch wäre man einseitig, wenn man den alten Regierenden allein da die Schuld gäbe. Es stand bei uns ganz allgemein so; auch die Regierten hatten von den Verhältnissen anderer Länder im großen und ganzen keine Ahnung. Konnten sie auch nicht haben, denn dazu gehörte ein genaues eigenes Studium und unendlich viel Zeit. Über sehr viele Dinge konnte man sich von Deutschland aus überhaupt nicht orientieren, wenn man nicht fremdländische Zeitungen zur Hand nahm; und zwar nicht etwa Zeitungen des betreffenden Landes, die der Sprache wegen bei den kleineren Gebieten oft Schwierigkeiten machten, sondern große Zeitungen der führenden Weltmächte.

Das schlimme war, daß unsere Auslandsberichterstattung vielfach, man kann auch sagen, zumeist ganz unzulänglich gewesen ist. Und am meisten gilt das für das amtliche Büro, für Wolff. Man müßte doch annehmen, daß dies wenigstens überall zuverlässige und politisch geschulte Berichterstatter gehabt hätte; aber dem war leider nicht so, schon aus dem einfachen Grunde, weil Wolff in der Regel viel zu wenig bezahlte, als daß er erstklassige Kräfte bekommen hätte.

Und diese Verhältnisse haben leider, wie so vieles, die Revolution überdauert. Trotzdem jetzt die Berichterstattung der größten deutschen Nachrichtenagentur von einer noch ganz anderen Bedeutung ist als sie vorher je gewesen. Denn heute wird auch die auswärtige Politik nicht mehr vom Auswärtigen Amte in souveräner Unabhängigkeit gemacht, sondern verantwortlich ist letzten Endes die deutsche Nationalversammlung, oder ihre Mehrheit, die ja die leitenden Männer bestellt hat und sie jederzeit abberufen kann. Daraus erwächst ihr die Pflicht, die Fragen der auswärtigen Politik ganz anders und viel gründlicher, viel mehr ins Einzelne hinein zu behandeln als vorher.

Nun sagt man aber leider nicht zu viel, wenn man behauptet, daß dies unter den augenblicklichen Verhältnissen selbst für den kaum möglich ist, der sich allein auf das Studium dieser Fragen konzentriert; für das Gros der Abgeordneten und der sonstigen Politiker ist es einfach ausgeschlossen, denn es fehlt so gut wie jegliches Material.

Sehen wir uns einmal die Verhältnisse an, wie sie wirklich liegen. Einer der wichtigsten und uns für Gegenwart wie Zukunft am meisten angehenden Folgen des Zusammenbruches der Mittelmächte bestand darin, daß sich auf dem Boden Österreich-Ungarns eine ganze Anzahl selbständiger Staaten bildete; ebenso in Westrußland. Alle diese Staaten berühren sich mit Deutschland, oder mit Deutschösterreich. Ihre Verhältnisse, ihr Ausmaß ihre Zukunft, die Richtung

Digitized by Google

ihrer Politik, die ganzen Fragen ihres inneren Aufbaues sind noch völlig ungeklärt, sind für uns politisch, kulturell, wegen der vielen Deutschen innerhalb dieser Staaten, sind ebenso wirtschaftlich von größter Bedeutung. Trotzdem erfahren wir über sie so gut wie nichts. Über Polen kommen ab und an unzusammenhängende Nachrichten; ein Bild von der Lage selbst nur in der Provinz Posen kann sich der nicht machen, der nicht besondere private Quellen hat. Über Lettland unterrichtet der Pressebeirat des Gesandten Winnig wenigstens einigermaßen. Über Litauen schweigt sich männiglich aus. Über die Tschecho-Slowakei dringt diese oder jene Stimme zu uns, ein Interview, ein paar magere tatsächliche Nachrichten. Über den jugoslawischen Staat nicht ein Sterbenswörtchen. In den ganzen Monaten haben wir über ihn, trotz der wichtigen Auseinandersetzungen mit Italien nie anders als durch die ausländische, italienische oder englische Presse erfahren; das meiste noch aus den Berichten, die die Vertreter einzelner großer Zeitungen in Lugano ihren Blättern aus den italienischen Zeitungen schickten. Das Wolffsche Büro hat hier vollkommen versagt.

Am tollsten steht es eigentlich mit Deutschösterreich. Da sprechen Schwierigkeiten der Sprache nicht mit; da sind die alten Berichterstatter; man sollte meinen eingearbeitete Leute; aber der Vertreter von Wolff mag wohl alt sein, journalistisch eingearbeitet ist er gewiß nicht. Was tischt er uns auf? Immer wieder Auszüge aus den Wiener Zeitungen aus der Neuen Freien Presse, der Zeit, aus den ihnen nahestehenden Neugründungen, die alle des gleichen Charakters sind und unter dem Einflusse der Hochfinanz stehen; sie sind überdies anschlußfeindlich und sie werden zwar viel als Insertionsorgane benutzt, geben aber weder die Stimmung Wiens wieder (man vergleiche die Wahlen!!) noch die sonstiger politisch ernst zu nehmender Kreise. Aus der „Republik", dem nationaldemokratischen Blatte, erfahren wir rein gar nichts; die einflußreichen, gut geleiteten Provinzzeitungen, wie das Granzer Tageblatt, die Innsbrucker Nachrichten, werden einfach totgeschwiegen. Ob sie der Wiener Berichterstatter nicht kennt? Und sie geben doch die Meinung und Stimmung sehr wichtiger Teile des deutschen Volkes in Deutschösterreich wieder. Das nur als einige Beispiele.

Man verstehe sie nicht falsch. Man schließe aus ihnen beileibe nicht, wir wollten darauf hinaus, daß uns nun Wolff mit massenhaften Auszügen anschlußfreundlicher Zeitungen überschütte. Im Gegenteil; die Aufgabe des Berichterstatters müßte sein in gut gewählten Auszügen ein vollständiges und unparteiisches Bild der Vorgänge im fremden Staate zu geben. Das kann man, wenn man politisch geschult und technisch versiert ist, vor allem, wenn man einmal gelernt hat, Haupt- und Nebensachen zu unterscheiden, was aller geistigen Arbeit Anfang ist. Man sehe sich etwa die Berichte an, die die Frankfurter Zeitung aus Genf über die französische Presse erhält; sie sind in dem, was wir wünschen,

Digitized by Google

musterhaft. Das auch nur als Beispiel. Ein Berichterstatter darf sich nicht mit einer Gruppe oder Richtung identifizieren, er soll keine Tendenzpolitik machen in der Auswahl der Nachrichten. Seine eigene Auffassung kann er in eigenen Artikeln mitteilen, gewiß, das ist sogar dankenswert, da er das Material gut kennt und deshalb etwas zu sagen haben wird; aber er soll Nachrichten und Kritik trennen.

Seine Berichterstatterarbeit hat darin zu bestehen, das nötige Material zur Beurteilung herbeizuschaffen; eine entsagungsvolle aber auch eine fruchtbare Tätigkeit. Es ist ein großer Fehler unserer Berichterstattung vor dem Kriege gewesen, darauf nicht genügend wert gelegt zu haben. Und während der Militärherrschaft im Kriege wurde es damit nur schlimmer; die Tätigkeit des Kriegspresseamts war ja überhaupt nicht mehr zu überbieten, war unbedingt schädlich, während sie durch sachliche Informationen gerade in damaliger Zeit sehr viel hätte wirken können.

Die neuen Verhältnisse stellen uns neue Aufgaben; es ist höchste Zeit, daß an ihre Lösung herangegangen werde, ehe unwiederbringlicher Schaden angerichtet ist, soweit das nicht heute schon der Fall sein dürfte. Die einschlägigen Stellen müssen sich dazu vereinigen, Wandel zu schaffen. Der Friedensausschuß des Reichstages wäre dazu ebenso berechtigt und verpflichtet wie das Auswärtige Amt; denn ohne einen festen Rückhalt in der öffentlichen Meinung, ohne sachliche Unterstützung durch sie, wird es seiner Aufgabe in Zukunft noch weniger gerecht werden können als bisher.

Man wende nicht ein, das verursache zu große Kosten. Wir haben vor dem Kriege immer am falschen Orte gespart, wir sollen es nicht jetzt auch noch tun. Kann das W.T.B. derartiges nicht ohne finanzielle Unterstützung durchführen, so muß sie ihm eben gewährt werden. Wenn dann die zahlende Stelle auf Auswahl und Besoldung der Mitarbeiter einen gewissen Einfluß ausübt, so kann das, wie die Dinge liegen nichts schaden; nur vor einem soll man sich hüten, auch in diese Fragen parteipolitische Gesichtspunkte hineinzutragen, die doch nichts mit ihnen zu schaffen haben. Aber handeln, handeln, aufräumen mit dem alten Schlendrian, frische Luft hereinlassen in die dumpfen Stuben ausgeleierter Trägheiten; das ist dringende Aufgabe.

Der Wirtschaftsimperialismus der Vereinigten Staaten

Von Dr. Walter Treuherz

Die Union ist zum ökonomischen Zentrum der Weltwirtschaft geworden. Nord- und Südamerika haben sich genähert, streben zur wirtschaftlichen Ergänzung. Die Vereinigten Staaten sind vom Schuldner- zum Gläubiger-

Digitized by Google

staat geworden. Über einer umfangreichen Flotte weht heute das Sternenbanner. Auf eigenen Werften entstehen in schneller Folge neue Schiffe. Noch zu Beginn des Krieges war die Union vorwiegend Rohstoffexporteur; jetzt ist sie der erste Industriestaat der Welt, angewiesen auf die Ausfuhr von Fertigfabrikaten. Ein aufstrebender Organismus. Hundert Millionen Einwohner auf einem Raume, der Siedlungs- und Ernährungsmöglichkeiten für mindestens 400 Millionen hätte.

Dagegen: Hilfsbedürftig, erschöpft durch vierjährigen Krieg zuckt Europa. Weite Strecken des alten Kontinents sind verwüstet. Die fieberhafte Arbeit von vier Jahren wurde dem Moloch der Unfruchtbarkeit hingeworfen: Maschine und werktätige Hand durften nur Güter erzeugen, deren Bestimmung Vernichtung war. So schmolz der Vorrat an Waren, der Grundstock an Produktionsmitteln schnell zusammen. Aber der Geldbedarf wuchs und geriet in Mißverhältnis zur Produktivität der Arbeit. Schulden mußten gehäuft, Hypotheken dem Kommenden aufgehalst werden. Von 140 bis auf mehr als 1000 Milliarden Mark ist die Staatslast der Kriegführenden gewachsen. Und sie wird weiter trotz Waffenstillstand und Friedensschluß steigen.

Der dräuenden Wucht dieser Verpflichtungen steht ein überall im Werte gemindertes Vermögen an unbeweglichem, nicht mobilisierbarem Besitztum gegenüber. Mehr noch: in Zahlen unfaßbar ist die Vernichtung von etwa 10 Millionen werktätiger Männer, der Verlust an Arbeitskraft von vielen Millionen Kriegsbeschädigter. Der Rest ist schwach, werkentwöhnt, arbeitsunfroh. Da aber nur ein durch festen Willen zur Tat gestraffter Arm den sachlichen Produktionsmitteln Werte entreißen kann, wirkt die psychische Schwäche der heimkehrenden Krieger weiter wertmindernd, sinkt die zeugende Arbeitsfähigkeit der europäischen Männerschaft.

Die Wirtschaftsstarre greift über die Grenzen des alten Kontinents hinaus. Nicht nur Kurland, Litauen und Polen sind verwüstet; auch das asiatische sibirische Fruchtland liegt vernachlässigt, unbeackert, wenig gepflegt. Kleinasien ist entvölkert. In Anatolien vegetiert eine männerarme, dem Hungertode nahe Einwohnerschaft. Persien und der Kaukasus blieben nicht unberührt. Indien zittert unter den Nachwehen der Weltkatastrophe. —

Auf dem alten europäischen Kulturboden ordnen die Völkerschaften sich zu neuen Staatsgebilden. Sie beginnen auf den Ruinen sich einzurichten. Aber es fehlt an allem: an Nahrung, Rohstoff und Geld. Kaum befreit, rufen sie nach Hilfe. Sie bezeugen ihren Arbeitswillen und bitten um Kredit, ohne den sie besser unbefreit blieben.

Nur Einer kann ihn gewähren, nur ein Staat die Welt neu organisieren: die wirtschaftlich und politisch mächtig gewordene Union.

Digitized by Google

Die Monroedoktrin, die splendid isolation dieses Erdteils, ist nicht mehr aufrechtzuerhalten. Die Union muß unter den Streichen der kapitalistischen Zauberrute, tief verflochten in die Weltwirtschaft, dem allmächtigen Verwendungsstreben des Kapitals folgen und die brennende Aufgabe lösen, das müde Europa nach neuem Gesetz zu kolonisieren. Dieser Zwang ist stärker als die für den Tag geprägten Äußerungen amerikanischer Staatsmänner glauben machen.

Schon schließt sich der Ring um Europa. Frankreich, Italien und England sind Schuldner der Vereinigten Staaten. Mit ihrem politischen Ehrgeiz hat die Union als einem Gegner zu rechnen. Sie wird ihn langsam, Schritt um Schritt, durch die Eroberung wirtschaftlicher Konzessionen zurückdrängen, sofern die alliierten Mächte vor dem Finanzgewaltigen um des äußeren Friedens willen sich beugen. Wenn nicht — wird es zum offenen Kampf kommen. Erstaunlich, wie schnell bereits jetzt (noch während der Pariser Verhandlungen) der Wettbewerb zwischen den beiden angelsächsischen Mächten scharfe Formen angenommen hat. Die Erklärung geht dahin: Amerika hat unverzüglich nach Abschluß des Waffenstillstands seine Wirtschaftspläne ausgeführt und, den Zeitumständen entsprechend, zunächst die Bearbeitung der europäischen Randstaaten in Angriff genommen. In Holland, Schweden, Norwegen, Dänemark und der Schweiz schließt die Union langfristige Verträge auf Lieferung von Kohlen zu Preisen ab, die erheblich unter den englischen und deutschen Sätzen liegen. Das Erscheinen amerikanischer Kohle, dem Eisen- und Stahlerzeugnisse in großer Menge folgen sollen, ist nicht nur durch die sonst mit Ballast nach Europa zurückkehrenden Transportdampfer für die Überführung der amerikanischen Armee zu erklären. Diese Lieferungen sind nicht vorübergehender Natur. Den schwedischen Staatsbahnen wird z. B. der Abschluß eines langjährigen Vertrages auf Belieferung mit Kohle angeboten. Italien hat bereits Abschlüsse auf lange Zeit mit der Union getätigt. In Dänemark ist sogar die Errichtung großer Fabriken geplant, in denen amerikanische Maschinen zusammengestellt werden sollen, um von dort billig die Märkte zu überfluten. Kopenhagen soll Ausgangspunkt für den Handel mit Skandinavien und dem europäischen Rußland werden. Voreilig fürchtet Dänemark bereits die Konkurrenz von Gotenburg, das schwedische Interessenten gleichzeitig zielbewußt zu einem großen nördlichen Hafen auszubauen beabsichtigen. Amerika will exportieren. Charakteristisch für seine Pläne ist — auch nach Abzug der üblichen Yankeeübertreibungen — ein Interview, das „Berlinske Tidende" anfang Mai veröffentlichte. Der Vertreter eines sehr großen amerikanischen Handelshauses erklärt darin mit großer Bestimmtheit und frischer Offenheit: „Wir können nicht nur dasselbe leisten, was andere Länder bisher geleistet haben, sondern wir können in größeren

Digitized by Google

Mengen exportieren, als es jemals bisher erlebt worden ist. Wir haben aus dem Export eine Spezialität gemacht. Wir wollen den Markt erobern, und wir können die Konkurrenz mit allen Gegnern aufnehmen, weil die amerikanischen Behörden uns unterstützen. Wir haben ein besonderes Gesetz, das den Exportfabrikanten erlaubt, sich zusammenzuschließen, um die Preise bei den Einkäufen zu drücken und dadurch den Exportmarkt auf dem Preisniveau zu halten, das je nach der Zeit notwendig ist." Das besondere Gesetz, auf das hier angespielt wird, ist die Webb Pomerene Export Trade Act vom 10. April 1918, welche die Trustbildung für Firmen, die sich dem Außenhandel widmen wollen, gestattet. —

Es ist anzunehmen, — und die Zurückhaltung der amerikanischen Bankhäuser beweist dies bereits — daß der Entente künftig keine großen Kredite mehr eingeräumt werden. Die Union beginnt ihre wirtschaftlichen Reserven vielmehr für die Finanzierung der neu entstandenen europäischen Staaten, vielleicht auch (doch wird dies noch sorgsam geleugnet und hinter undurchsichtigen Schleiern geborgen) für die Eroberung der deutschen Industrie bereitzuhalten. Als Frankreich und England auf die Emission einer interalliierten Anleihe, die auch Amerika garantieren sollte, drängten, lehnten die Vereinigten Staaten daher jede Gemeinsamkeit kurz ab. Die Erkenntnis, daß ein Bankerott Deutschlands ganz Europa in den Abgrund reißen müßte, begann sich in den Köpfen klardenkender Wirtschaftspolitiker der Entente durchzuringen. Ein Ausweg aber schien sich nur zu bieten, wenn die Union veranlaßt wurde, eine internationale Anleihe für Deutschland zu übernehmen und aus ihrem Erlös die ersten Raten der Kriegsentschädigung in bar England und Frankreich auszuhändigen. Die finanziellen Berater Wilsons haben indessen mit einer Deutlichkeit, die kaum zu wünschen übrig ließ, erklärt, daß sie zwar gewillt seien, Europa mit Handelskrediten behilflich zu sein, nicht aber geneigt sind, für die deutschen Verpflichtungen Bürgschaft zu leisten; denn, so hieß es mit Recht, der Kongreß würde niemals einen Antrag von dieser Tendenz genehmigen. Vom amerikanischen Standpunkt war diese Ablehnung sehr klug. Freilich kann nicht geleugnet werden, daß die unsinnigen Wirtschaftsklauseln der Versailler Bedingungen durch diese Ablehnung eine besondere Verschärfung erfahren haben; denn die Entente war nun vor die Wahl gestellt, entweder auf einen Teil ihrer Forderungen gänzlich zu verzichten, oder sich rücksichtslos — ungeachtet der für die Weltwirtschaft durch eine Erdrosselung Deutschlands gefährlichen Folgen — an der deutschen Konkursmasse schadlos zu halten.

Der Protest der Neutralen gegen die Deutschland zugemuteten Bedingungen hat aber die Entente mittlerweile um eine weitere Hoffnung betrogen. Auch die Neutralen wären nicht mehr bereit, die Finan-

Digitized by Google

zierung Deutschlands nach Annahme des ursprünglichen Friedensentwurfes zu übernehmen. Der Kurssturz der deutschen Mark im neutralen Ausland war in dieser Hinsicht eine treffliche Antwort an die Entente, die ihr ebenso unwillkommen wie uns gewesen sein dürfte.

Das Ziel Amerikas ist weiter gesteckt als den Alliierten bequem ist. Die Ausfuhrarbeit nach den neutralen Staaten ist bereits im Gange. Nun handelt es sich darum, den kleinen, befreiten Völkern „Hilfe" zu bringen. Dabei soll durchaus methodisch vorgegangen werden. Ein System der Einkreisung Europas wird befolgt. Die von dem Meer leicht zu erreichenden Küstenstaaten werden zuerst in Angriff genommen. Daraus erklärt sich u. a. auch das Interesse der Amerikaner für Fiume und den südslawischen Staat. Die Frage eines nördlichen Hafens für Polen, das Problem Danzig, gewinnt für die Union in diesem Zusammenhang eine besondere wirtschaftliche Bedeutung. Wird Kopenhagen amerikanischer Umschlagshafen in der Ostsee, so ist die Einbeziehung Danzigs in die wirtschaftliche Interessensphäre der Union nicht mehr schwierig. Danzig, Fiume und Triest heißen die Endpunkte der neuen Wirtschaftsstraße, die Europa in der Nord-Süd-Richtung durchlaufen soll. An ihren Borden stehen die Grenzpfähle der gehätschelten befreiten Völker: Polen, Tschecho-Slowaken und Südslawen. Dem west-östlich rauschenden Donaustrom, der uralten Wegrichtung der in Mitteleuropa siedelnden Völker soll durch Weichsel und nord-südlichen Eisenbahnstrang die alte Kraft abgeschnürt werden. Sollte aber die stolze Gewalt der Donau allen Hindernissen zum Trotz dennoch der alte Handelsweg kraft eines inneren natürlich wirkenden Wirtschaftsgesetzes bleiben, so ist Vorsorge getroffen, daß der Stoß aufgefangen wird, denn am Ausgang des Schwarzen Meeres, in Byzanz, wird die Union als Mandatar des Völkerbundes walten und (wenn auch politisch neutral) ein Sammelbecken expansiver Wirtschaftskräfte bilden. Überall erhebt sich das Sternenbanner. Eine mächtige Handelsgesellschaft, die „American Trade Corporation", ist mit einem Kapital von 20 Millionen Dollar vor kurzem in Konstantinopel gegründet worden. Wenn die Entente sich anschicken wird, den Levantehandel wieder großzügig aufzunehmen, wird sie hier einen wohlorganisierten, kampfbereiten Gegner vorfinden.

Der amerikanische Plan der wirtschaftlichen Durchdringung Europas geht von der richtigen Erkenntnis aus, daß niemand anders als die Union den kleinen Völkern durch umfangreiche Anleihen helfen kann ihren Staatsbau zu errichten. Für diese Unterstützung müssen natürlich Sicherheiten, will sagen wirtschaftliche Konzessionen, Teilnahme an der Ausbeutung natürlicher Hilfsquellen gewährt werden. Die Vereinigten Staaten hoffen in den neuen Staatsgebilden für ihren Warenabsatz einen gefügigen und aufnahmefähigen Absatz-

Digitized by Google

markt zu finden. Das Bedürfnis nach Industriegütern ist erfahrungsgemäß in jungen, ehrgeizigen Staaten besonders groß. Wie die Zollgesetzgebung einst auch gestaltet werden mag, der Gläubigerstaat wird stets allen Wettbewerbern voraus Vorteile haben. Um dies zu begünstigen, wird von amerikanischen Finanzleuten immer wieder mit einer gewissen Wärme von den „kleinen Völkern" gesprochen. Aus dem gleichen Grunde ist offenbar dem französischen Plan, die Kriegsschuld der zerschlagenen Donaumonarchie zwischen Ungarn und Deutschösterreich zur Hälfte und den Rest zwischen Tschecho-Slowaken und Südslawen aufzuteilen, ein amerikanisches Projekt entgegengestellt worden, demzufolge die Tschecho-Slowaken nur 10%, und die Südslawen nur 5% zu übernehmen hätten. Die Union will damit erreichen, daß die Zinszahlung auf die Schuldsummen, die letzten Endes nicht in Geld sondern im Warenaustausch entrichtet werden, nicht zu einer starken Verkoppelung mit den Empfangsberechtigten, das ist die Entente, führt. Ihr Ehrgeiz ist vielmehr, selbst die Finanzierung der kleinen Staaten zu übernehmen und damit entscheidenden Einfluß auf die Wirtschaftsentwicklung zu gewinnen.

Zwei große Landgebiete in Europa können die Vereinigten Staaten heute noch nicht aus politischen Gründen in ihre Pläne einbeziehen. Das eine Gebiet heißt Deutschland; es ist aber von amerikanischem Kapital bereits blockiert durch die Bearbeitung der nordischen Staaten und die Kette Polen, Tschecho-Slowakien, das slawische Königreich und in gewissem Sinne Deutschöstererich. Das andere Gebiet heißt Rußland. Und auch um dies Land haben die Vereinigten Staaten bereits ihre Zirkel gesponnen. Vielseitiger Angriff soll hier den Erfolg bringen. Als westliches Ausfallstor ist Polen zu betrachten. Von Norden sind Einfälle über Petersburg, auf der Linie Kopenhagen—Finnischer Meerbusen geplant. Von Osten endlich soll Rußland durch Sibirien abgeriegelt werden. In dieser Gegend hat die Union, wie überall an der Westküste des Stillen Ozeans, eine langjährige, zähe Pionierarbeit geleistet. Ihr kommt jetzt zugute, daß der wirtschaftliche Niedergang von Sowjetrußland den Schwerpunkt der industriellen Entwicklung mehr nach Osten verschoben hat. Seitdem aber auch die Ukraine von der bolschewistischen Invasion erfaßt ist, findet eine immer stärkere Abwanderung nach Sibirien statt, dessen politisches und industrielles Zentrum Omsk zu werden verspricht. Die Eisenbahnen im fernen Osten scheinen allmählich ganz unter nordamerikanischen Einfluß zu gelangen. Eine technische amerikanische Kommission hat der „Times" zufolge ihren Hauptsitz in Wladiwostok bereits aufgeschlagen und Nebenstellen im Ural errichtet. Der Handels- und Industrietag für Sibirien, die Organisation aller sibirischen Verbände hat, Zeitungsnachrichten zufolge, kürzlich Pläne für die Industrialisierung des Landes, den Bau von Eisenbahnen, die Ausbeutung der reichen nordsibirischen Waldgebiete

Digitized by Google

fertiggestellt. Das Inventar für die Einrichtung aller maschinellen Anlagen soll gegen langfristige Kredite aus den Vereinigten Staaten bezogen werden.

Beispiele dieser Art lassen sich beliebig vermehren. Will man aber die russisch-amerikanische Politik verstehen, so muß man sich diese wirtschaftlichen Momente vergegenwärtigen. Der Widerwille Wilsons gegen eine militärische Aktion zum Sturze der Bolschewiki, sein Plan, der wirtschaftlichen Aushungerung Sowjet-Rußlands durch Stützung der Randstaaten, findet in den großzügigen kommerziellen Plänen der Vereinigten Staaten eine Erklärung. Großrußland ist arm; wirtschaftlich reich sind nur die Randstaaten. Deshalb sollen diese erst durch amerikanisches Kapital erschlossen werden. Sowjetrußland ist der Union dann ohnehin ausgeliefert. Wie weit auch die bevorstehende Anerkennung des Admirals Koltschak durch wirtschaftliche Erwägungen veranlaßt ist, läßt sich z. Zt. noch nicht klar übersehen. Indessen steht fest, daß die Union von der Verwirklichung ihrer wirtschaftsimperialistischen Pläne auch im Osten nicht mehr weit entfernt sein dürfte.

Notizen

Bündnis der Polen mit den Bolschewisten. Der in Berlin erscheinende „Golos Rossiji", der sich zwar „Organ des russischen demokratischen Gedankens" nennt, aber Koltschaks reaktionäre Politik vertritt, bringt in seiner Nummer 89 folgende interessante Mitteilung: „Die gewisse Besserung in der militärischen Lage des Bolschewismus ist, wie uns aus sicherer Quelle gemeldet wird, das Resultat einer Vereinbarung des Bolschewismus mit den Polen. Wie bekannt, wurden die Beziehungen zwischen beiden Staaten nach der Einnahme Wilnas durch die polnischen Truppen abgebrochen; der polnische Vertreter Wenkowski in Moskau kehrte sogar nach Warschau zurück. Wie es sich aber jetzt erweist, sind die Verhandlungen bald darauf wieder erneuert worden, zuerst in Lodz und dann in Kursk, wo eine Reihe von Sitzungen unter Leitung von Rakowski für die Bolschewisten einerseits und Slominski für die Polen andererseits geführt wurden. Es wurde dort eine Vereinbarung getroffen, als deren Resultat die Bolschewisten die volle Möglichkeit erhielten, von der Westfront ihre Truppen zurückzuziehen. Das Aufhören jeglicher feindlicher Zusammenstöße ist jetzt die Folge dieser Abmachung. Für die Bolschewisten ist es nicht leicht, gleichzeitig gegen Koltschak, die Nordtruppen, die Ukrainer und so weiter zu kämpfen. Durch ihre Vereinbarungen mit den Polen ist es ihnen möglich geworden, von der Westfront all ihre Reserven fortzunehmen und sie nach der Ostfront zu werfen. Auch von der Südfront haben sie nicht nur Infanterie, sondern auch Artillerie und Kavallerie zurückgezogen, weil dorthin die Hauptkräfte der Polen geworfen worden sind, die gut ausgerüstet die Möglichkeit haben, energisch die ukrainischen Truppen anzugreifen. Auf diese Weise haben die Bolschewisten durch ihre Vereinbarung mit den Polen nicht nur an der polnischen, sondern auch an der ukrainischen Front eine Verbesserung ihrer Lage erfahren. In gut orientierten Kreisen ist die Mitteilung eingetroffen, daß die Bolschewisten den Polen den Besitz Wilnas und einer Reihe anderer Städte

Digitized by Google

im Westgebiete garantieren. Im Hinblick auf diese Vereinbarung sind die letzten bolschewistischen Veröffentlichungen voller Hoffnung und halten ihre Lage in den den Ukrainern fortgenommenen Gebieten für gesichert. Die „Iswestija" (offizielles Organ der Räterepublik) weist in einer ihrer letzten Nummern darauf hin, daß das Rußland der Räterepublik keinerlei Eroberungstendenzen gegenüber Polen hat, das letzteres aber durch Koltschak bedroht wäre. Worin diese Drohung bestehen soll, ist nicht bekannt,*) aber es bleibt ein Faktum, daß ein Teil der nationalen polnischen Presse den Gedanken vertritt, daß eine Wiederherstellung Rußlands nicht im polnischen Interesse läge und daß daher eine Vereinbarung mit den Bolschewisten in militärischer Beziehung durchaus vorzuziehen wäre. In der bolschewistischen Politik ist gleichfalls eine nicht unbeträchtliche Hinneigung für die Notwendigkeit einer Verbesserung der Beziehungen zu Polen durchaus bemerkbar.

Sehr bezeichnend ist in dieser Beziehung eine Erklärung des „Proletarskij Echo" vom 5. Juni. Der militärische Mitarbeiter der Zeitung N. Tumanow schreibt: „Polnischerseits droht Räterußland keinerlei Gefahr. Polen ist augenblicklich gar zu sehr mit der militärischen Aufgabe der Befestigung des neuen Groß-Polens beschäftigt, dessen Grenzen sich mit jedem Tage ausdehnen und das noch mit der Ukraine und Litauen Krieg führen muß. Bei den polnischen Führern ist deswegen keine Geneigtheit vorhanden, eine konterrevolutionäre Politik in bezug auf Räterußland zu betreiben und an dieser Front sind die Bolschewisten vor Verwickelungen gesichert."

Diese Mitteilung von Abmachungen zwischen Polen und den Bolschewisten bildet eine vortreffliche Ergänzung zu den Protesten der Deutschen Regierung gegen die Verwendung der Hallerschen Truppen im deutschen Osten. Die Entente stellte bekanntlich das Verlangen, die Hallerschen Truppen durch Deutschland passieren zu lassen, weil sie dazu bestimmt seien, in den Kampf der Entente gegen den Bolschewismus einzugreifen. Statt dessen hat die polnische Regierung bei Eintreffen der Hallerschen Armee sich schleunigst mit den Bolschewisten verständigt, um diese Truppen vertragswidrig gegen Deutschland und die Ukraine verwenden zu können. Die Bolschewisten und Polen scheinen sich auf historischer und kirchlicher Grundlage in die durch den Weltkrieg entstandenen Randstaaten teilen zu wollen, wie es im Jahre 1667 die Vorgänger dieser beiden Reiche in bezug auf die Ukraine taten, indem sie das Reich unter sich aufteilten. Der Dnjepr bildete damals die Grenze, indem die westlich von ihm gelegenen Gebiete Polen, die östlichen Moskowien zufielen. Wie es damals nur eine Atempause war, um die letzte Entscheidung zwischen den beiden Rivalen herbeizuführen, so wird auch dieses Mal die Ländergier beider Völker auf die Dauer keine Ruhe im Osten geben, bis sie ihre Kräfte gemessen haben werden.

Revolution und Marine. In dem Artikel „Der Friede der Revolution" in Heft 21 ist durch einen Fehler in der telefonischen Übermittlung gleich am Eingang von „Feigheit der Marine" statt „Feigheit in der Marine" die Rede. Gegen diese Wendung, die durch ein unangenehmes Versehen den Eindruck eines höchst ungerechten Vorwurfs macht, wird in einer Zuschrift von Marineseite mit Recht Widerspruch erhoben. Es ist ausgeschlossen, den Vorwurf der Feigheit gegen die Marine als Ganzes zu erheben. Wir

*) Das Erstaunen des „Golos Rossiji" über die Behauptung, daß Koltschak eine Bedrohung der polnischen Staatlichkeit bilde, ist verwunderlich, weil Ssassonow, der diplomatische Vertreter Koltschaks, wie wir in Nr. 24 mitgeteilt haben, offen erklärt hat, daß das „Vorhandensein eines selbständigen Polens mit dem jetzt entstehenden Rußland nicht vereinbar sei".

Digitized by Google

möchten bei dieser Gelegenheit auf einen bereits am 3. April d. Js. erschienenen Aufsatz von Korvettenkapitän Scheibe im „Deutschen Offizierblatt" hinweisen. Der Verfasser gibt wichtiges Material über die Psychologie der Revolution, insbesondere der Marinemeuterei, die den Anfang machte. Zwei Hauptführer in Kiel, Lothar Popp und Karl Appelt, haben in einer Broschüre selbst darüber gesagt, der Losbruch bei der Flotte sei nicht zufällig, sondern wohlbegründet gewesen, denn es „waren bei der Marine immer dieselben Leute zusammen und dadurch die Möglichkeiten zur Bildung revolutionärer Gruppen als Ausgangspunkte einer zielbewußten und großzügigen Bewegung von vornherein am ehesten gegeben." Dazu kam die stete Fühlung der Mannschaften mit der Werftarbeiterschaft in Kiel und Wilhelmshaven und die unmittelbare Verbindung mit den revolutionären Agitationszentren der unabhängigen Sozialdemokratie dortselbst.

Auch Richard Müller hat auf dem Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte gesagt: „Der Flottenvorstoß — einerlei, ob er nun wirklich beabsichtigt war oder nicht — war nur der letzte Anstoß, der die Bewegung auslöste." Dem widersprechen aber die Zeugnisse aus der Mitte der Meuterer selbst. Es war ursprünglich keine Revolution, sondern eine Meuterei, weil ein Teil der Marinemannschaften, größtenteils Heizerpersonal, nicht in die Schlacht ausfahren wollte. Auch einer ihrer Wortführer in der bürgerlichen Presse, Kapitän Persius, hat bestätigt, die Leute hätten nicht in den Tod wollen (und sie dafür gelobt!). Die Leute sagten wörtlich: wenn die Offiziere sterben wollen, so mögen sie das allein besorgen; uns fällt es nicht ein. Daß eine Seeschlacht keine Lebensversicherung ist, weiß jedermann; das Gerede aber, die Flotte solle zielbewußt in den Untergang geführt werden, war Unsinn. Der Schlachtplan hätte einen schöneren Sieg bringen können, als selbst die Skagerrakschlacht! Die U-Boote, denen eine wichtige Aufgabe zugedacht war und die schon lange draußen waren, dachten auch nicht an Meuterei, sondern mit entschlossenem Mut an die Schlacht. An die Revolution dachten die Agitatoren, die auf den großen Schiffen das Gerede von der „Todesfahrt" ausgesprengten. Sie wußten, woran sie die Leute zu packen hatten: bei der Todesfurcht, anders ausgedrückt, bei der Feigheit. Feige in diesem Sinne sind von Natur die meisten Menschen, aber Disziplin und gutes Beispiel sind starke Gegenkräfte. Das eigentliche Werk der Revolutionsprediger war es daher, den natürlichen moralischen Schweinehund loszubinden; das übrige besorgte dann dieser Bundesgenosse von selber. Jetzt hat die Flotte in Scapa Flow gezeigt, daß wenigstens bei einem Teil der alten Besatzung auch der alte Ehrbegriff noch lebt. Wir danken ihr dafür.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Leutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 30 a I. Für Anzeigen F. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland M. 7.50. Einzelnummer 50 Pfg. / Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 68.

Digitized by Google

Digitized by Google

LIBRARY USE
RETURN TO DESK FROM WHICH BORROWED
LOAN DEPT.
THIS BOOK IS DUE BEFORE CLOSING TIME
ON LAST DATE STAMPED BELOW

LIBRARY USE AUG 25 1972 8 1

REC'D LD AUG 25 '72 -3 PM 3 6

AUG 24 2005

LD62A-30m-2,'71
(P2003s10)9412A-A-32

General Library
University of California
Berkeley

LD 21A-60m-2,'67
(H241s10)476B

General Library
University of California
Berkeley

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google